
Die Krise der österreichischen Außenpolitik

1787-1792

Österreich, die „französische Frage“

und das Ende der Ära Kaunitz

BAND 2

BAND 2

TEIL III

DER WEG ZUR INTERVENTION

**1. Die Französische Revolution als
realpolitische Herausforderung**

1.1 Das "zweite Frankreich" - Die Emigranten 327

Die Anfänge ... 328 - Die "geheime Außenpolitik" der Tuileries im Kampf mit den Emigranten ... 331

1.2 Frankreich, das Reich und die "Elsässer Irrungen" 335

Die Wurzeln des Problems ... 335 - Das Reformwerk der Constituante und der Proteststurm ... 337 - Das Reich und die "revolutionäre Ausstrahlung" ... 351

1.3 Die päpstlichen Enklaven Avignon und Comtat-Venaissin 353

**2. Die "französische Staatsumwälzung"
als sozialrevolutionäre Bedrohung**

2.1 Propaganda und Gegenpropaganda 357

Jakobiner, Demokraten, Republikaner und Volksverführer ... 357 - Der Fall Théroigne de Méricourt ... 363 - Französische Diplomaten als potentielle "Keimträger" ... 364 - Gegenpropaganda - Edmund Burke ... 365

2.2 Der "aufgeklärte Absolutismus" als Schutzschild? 367

2.3 Belgien als Kontaktstelle 370

**2.4 "Ein Schritt zurück, zwei Schritte vorwärts"?
Leopold II.** 374

**3. Österreichs Frankreichpolitik 1790/91
Zwischen "Abstinenz" und "Intervention"**

3.1 Veränderte organisatorische Rahmenbedingungen 380

Die k.k. Vertretung in Paris 1790-1792 ... 380 - Der "Conseil secret" der Tuileries ... 382

**3.2 Die Elsaß-Frage. Von den Individualbeschwerden
zum internationalen Problem** 385

3.3 Ausbruch aus der Sackgasse. Der Fluchtversuch der königlichen Familie 390

Vorstöße der Emigranten ... 391 - Die Initiative der königlichen Familie ... 400 - Die Italienreise Leopolds II. und die Großoffensive der Emigranten ... 404 - Die "Flucht von Varennes" ... 414

3.4 Die Bemühungen Leopolds II. um ein "Konzert der Mächte"	422
<i>Alte Invasionsängste ... 422 - Lüttich und Basel: Habsburg als Handlanger der Reaktion? ... 424 - Zwi- stigkeiten ... 428 - Präliminarien zu einem Mächtekoncert ... 430 - Informationsnotstand ... 431 - Das Zirkular von Padua ... 433 - Das Rundschreiben der Staatskanzlei ... 436</i>	
3.5 Das Reich, die Elsaß-Frage und die Wiener Konzertbemühungen	442
3.6 Erste Reaktionen der Souveräne	448
<i>Spanien ... 448 - Neapel-Sizilien und Sardinien ... 452 - Preußen ... 453 - Großbritannien ... 455 - Schweden ... 458 - Rußland ... 460</i>	
3.7 Französische Abwehrmaßnahmen	463
<i>"Diplomatie der Schadensbegrenzung" ... 464 - Die Vorstöße des Triumvirats in Brüssel und Wien ... 467 - Doppelspiel in Koblenz ... 473</i>	
3.8 Das vorläufige Ende des Interventionskurses	475
<i>Die Deklaration von Pillnitz ... 475 - Gedeckter Rückzug. Die inoffizielle Sistierung des Interventionskur- ses ... 482 - Die Sanktionierung der Verfassung durch Ludwig XVI. und die Folgen ... 485 - Exkurs: Re- volution und Staatenwelt. Das Problem der völkerrechtlichen Anerkennung ... 491 - "Sauve qui peut ... le Roi!" ... 493</i>	
3.9 Die "Einfrierung" der Konzertbemühungen: Das Novemberzirkular	499
<i>Rußland ... 502 - Preußen ... 506 - Spanien und Schweden ... 507</i>	

TEIL IV

DIE INTERVENTION UND IHR SCHEITERN

1. Der Weg in den Krieg	
1.1 Die Kardinalprobleme	511
<i>Die Emigranten ... 512 - Reich und Revolution ... 516 - Belgien ... 521</i>	
1.2 Die Provokation	523
<i>Die Offensive der Nationalversammlung ... 523 - Die Dezembernote der Staatskanzlei ... 525 - Wohin mit den Emigranten? ... 530?</i>	
1.3 Krieg als Allheilmittel	535
<i>Die Offensive der Tuilerien ... 535 - Kriegskurs ... 539 - Wende in Wien ... 542 - Suche nach neuen Freunden ... 545 - Die Umsetzung des neuen Kurses ... 548</i>	

1.4 Die preußisch-österreichische Allianz und die "polnische Frage"	553
<i>Rückblende ... 553 - Die mühsame Einigung ... 555</i>	
1.5 Die unaufhaltsame Entwicklung Richtung Krieg	558
<i>Das belgisch-französische Junktim ... 558 - Notenkrieg ... 559 - Zäsur oder Kontinuität? ... 567 - Der Sturz des Feuillant-Ministeriums ... 571 - Krieg in jedem Fall? ... 575 - Die Reaktivierung des Mächtekonzerts ... 587</i>	
1.6 Die französische Kriegserklärung	591
<i>Paris ... 592 - Brüssel ... 596 - Wien und Berlin ... 598</i>	
 2. K r i e g	
2.1 ... para bellum	599
<i>Schwanengesang auf den Konzertgedanken ... 599 - Krieg der Manifeste ... 601 - Die Mobilisierung der Kräfte ... 603 - Klare Fronten ... 608 - Verpaßte Gelegenheiten ... 610</i>	
2.2 Schutz und Schirm	618
<i>"altdeutscher Patriotismus" oder: die Last der Kaiserkrone ... 618 - Nothelfer in Italien ... 623</i>	
2.3 Ablenkung vom Ziel	625
<i>Die "polnische Frage" und kein Ende ... 625 - Die Wiedererweckung des "bayerischen Tauschplanes" ... 629</i>	
2.4 Weichenstellungen	636
<i>Krieg der Manifeste II ... 636 - Frankfurt ... 638 - Mainz ... 643 - Koblenz: "Le manifeste de Brunswick" ... 645 - Kaunitz' Rücktritt ... 647</i>	
2.5 Intervention ohne Ziel	650
<i>Der Sturz der Königtums in Paris ... 650 - Der 10. August und die Folgen ... 653 - Die Emigranten am Ziel? ... 655</i>	
2.6 Länderschacher	659
2.7 Der Weg nach Paris	666
2.8 Kein Ende der "französischen Komödie"	670
<i>Weiter im Alleingang ... 670 - Die Kanonade von Valmy und der Rückzug der Alliierten ... 676 - ... ein wohlfeiles marché ... 679</i>	
2.9 Wechselbäder: Vorarbeiten zur Ersten Koalition	682
<i>Der Weg zur Reichskriegserklärung ... 682 - Sondierungen in der Schweiz ... 684 - Spanien ... 685</i>	

2.10 Der französische Gegenschlag	687
<i>Terrainverlust im Reich ... 688 - Die französische Offensive gegen Belgien ... 690 - Italien ... 619</i>	
2.11 Pyrrhussieg des Pragmatismus?	692
 3. Ausblick und Zusammenfassung	
3.1 Die Zweite Polnische Teilung und Kaunitz' Triumph	696
3.2 Einige allgemeine Betrachtungen: Neues Völkerrecht und "New Diplomacy"	702
<i>Die Kritik der Aufklärung: Ideeller Anspruch oder Politik als Moral ... 702 - Von der "Selbstbestimmung der Völker" zum französischen "Imperialismus" ... 705</i>	
3.3 Anstelle einer Zusammenfassung: Die "Kriegsschuldfrage" im Widerstreit der historischen Interpretationen	712
 QUELLEN UND LITERATUR 	
Ungedruckte Quellen	721
Gedruckte Quellen	734
Nachschlagewerke, Behelfe, Bibliographien, Sammelrezensionen	739
Literatur	742
 1 graphische Darstellung ("Schematische Darstellung der Organisation der k.k. Außenpolitik 1787/92")	 20/21

TEIL III

DER WEG ZUR INTERVENTION

1. Die Französische Revolution als realpolitische Herausforderung

An Prüf- und Stolpersteinen im Verkehr zwischen "Alteuropa" und dem revolutionären Frankreich bestand kein Mangel. Die Ausstrahlung der revolutionären Schockwellen v.a. in das benachbarte Ausland, die Ängste vor allfälligen missionarischen Ambitionen der Pariser "Feuerköpfe" und der schüchterne Beginn einer "ideologischen Konfrontation" werden noch zu thematisieren sein. Wirkte in diesen Bereichen alles in allem mehr die Imagination als die politische Realität auf die Formierung eines insgesamt bedenklichen Gefahrenbildes, so lassen sich doch zum anderen wenigstens zwei "Bruchzonen" ausmachen, in denen Frankreich wirklich in zunehmend ernste *realpolitische* Auseinandersetzungen mit dem Rest des Kontinents geriet:

1. die Frage der scharenweise ins Ausland strömenden französischen Emigranten, die lebhaft Stimmung gegen die Revolution machten, und
2. die völkerrechtlich-diplomatischen Streitigkeiten, die sich bei der Unifizierung und Gleichschaltung des französischen Staatsgebietes im Umgang mit einigen dem Prinzip des flächendeckenden souveränen Nationalstaates widersprechenden Altlasten vergangener Jahrhunderte ergaben - gegenüber einzelnen deutschen Reichsständen im Elsaß bzw. in Lothringen, gegenüber dem Papst und seinen Enklaven in Südfrankreich.

Waren einige Mitglieder des Staatensystems über das 1787 eingeläutete Ausscheiden eines innerlich zunehmend ausgehöhlten Frankreich aus der Pentarchie der Großmächte vorerst nicht eben unglücklich, so bedurfte diese sorglos-schadenfrohe Haltung einer zunächst vorsichtigen, dann deutlicher akzentuierten Revision, sobald die revolutionären innenpolitischen Umwälzungen eine spürbare Außenwirkung entfalteten und damit die Eigeninteressen der übrigen Staaten gefährdeten. Aus dem innerfranzösischen "drame philosophique" war mit der Zeit ein Schaustück für ganz Europa geworden.

Bei Reformschritten der Constituante zeigte sich in manch kritischen Bereichen auf französischer Seite recht früh eine für die übrige Staatenwelt schockierende Tendenz, alte Rechtstitel zu mißachten, "modernes Völkerrecht" zu propagieren und dem Denken in dynastischen Kategorien das nationale Element entgegenzuhalten, speziell in der "Elsaßfrage" oder im Zusammenhang mit der Annexion der päpstlichen Enklaven Avignon und Comtat-Venaissin. Die neue Begrifflichkeit diente aber bei näherem Hinsehen - gerade in den genannten Fällen - durchaus der Bemäntelung einer in Wahrheit längst grundgelegten Entwicklung, die die Revolution als Erbin des Ancien Régime nun lediglich zu vollenden bestrebt war. Daß man sich dabei radikalerer Methoden und einer neuen "Rechtfertigungsideologie" bediente, um Distanz zum üblichen Länderraub und Länderschacher im Stile der Kabinettspolitik des 18. Jahrhunderts zu gewinnen, kann nicht wirklich überraschen¹⁾.

1.1 Das "zweite Frankreich" - Die Emigranten

Mehr psychologisch als machtpolitisch von Gewicht spielte die französische Emigration als leidenschaftlichste Feindin der neuen Ordnung besonders in der Krisenzeit von 1791/92 durch ihre Kriegstreiberei eine wesentliche Rolle bei der Entzündung des großen internationalen Flächenbrandes. Sie, die "anti-

¹⁾ Vgl. auch Sorel 2, S. 1-35.

nation" (F. Furet), bildete gewissermaßen die wichtigste Brücke zwischen Innen- und Außenpolitik, die Verbindungslunte zwischen zwei Pulverfässern²⁾.

In einem unglückseligen Hin und Her wechselseitigen Aufschaukelns radikalisierte die Emigrantenfrage als zunehmend außenpolitische Bedrohung die innenpolitische Diskussion in Frankreich und ließ die angeheizte innerfranzösische Stimmung schließlich wieder auf die Beziehungen zu anderen Staaten rückstrahlen. Ächtete im Inneren eine zunehmend rigorose Gesetzgebung der französischen Nationalversammlungen durch Drohungen und Beschlagnahme der Emigrantengüter jene, die das Land verlassen hatten und nicht müde wurden, die Neuerungen der Revolution von außen zu bekämpfen, so war eine effektive Beseitigung dieser Gefahr letztlich nur durch Druck auf die ausländischen Gastgeber der Revolutionsflüchtlinge, also durch eine außenpolitische Lösung zu erreichen. Die hartnäckigen Bemühungen der Emigranten um ein Retablisement des Ancien Régime tel quel blieben zwar, was das revolutionäre Frankreich nicht zur Kenntnis nehmen konnte und wollte, steril, belasteten und kompromittierten aber andererseits die von ihnen bestürmten Mächte in ihrer ohnedies schwierigen Stellung zum neuen Frankreich. Weder jene, die den hochnäsigen und vielfach ohne diplomatischen Takt agierenden Aristokraten Unterschlupf und (vorsichtige) Unterstützung gewährten, noch Frankreich selbst haben der zwischen Loyalität und Vaterlandsverrat schlingern den Emigration daher ein gutes Andenken bewahrt. Ihr Bild in der Geschichte ist dementsprechend überwiegend negativ definiert worden; Edmund Burke blieb mit seiner Meinung, daß nur wer das revolutionäre Frankreich verlasse moralisch richtig handle, sehr weitgehend alleine.

Die Anfänge

Die in verschiedene Etappen und sozialen Ebenen teilbare und komplexe verzweigte Fluchtbewegung, die insgesamt wohl ca. 130.000 Franzosen in alle Regionen Europas führte, ist eine denkbar heterogene gewesen. Die Auswanderungswellen nach 1789 betrafen alle drei Stände, die beiden ersten, Klerus und Adel, natürlich in besonderem Maße. Hier wieder war es der französische Hof- und Hochadel, der am frühesten, unmittelbar nach dem Scheitern des letzten entscheidenden Versuchs, das Ruder heranzureißen, Mitte Juli 1789 den Weg ins Exil antrat und die klingendsten Namen beistellte. Auf diese "émigration dorée" folgten mit zunehmender Radikalisierung der Revolution konservative Kleinadelige, aber auch exponierte Angehörige des Dritten Standes, und zuletzt mußte nicht selten auch die "noblesse libérale", treibende Kraft der jungen Revolution, nach dem Zerplatzen des Traums von einer konstitutionellen Monarchie ihr Heil in der Flucht suchen. Den höchsten Anteil an Auswanderern zählte schließlich der

²⁾ Neben Sorel 2, S. 165-175 usw. H. Forneron, *Histoire général des émigrés pendant la Révolution française* 1 (Paris 1884), Léonce Pingaud (Hrsg.), *Correspondance intime du comte de Vaudreuil et du comte d'Artois pendant l'émigration* 2 Bde. (Paris 1889), Ernest Daudet, *Histoire de l'émigration pendant la Révolution française. 1: De la prise de la Bastille au dix-huit Fructidor* (Paris 1904), Duc de Castries, *Les Emigrés 1789-1814* (= *Le testament de la monarchie* 3; Paris 1962), Jean Vidalenc, *Les émigrés français 1789-1825* (= *Publications de la faculté des lettres et sciences humaines de l'université de Caen* 2; Caen 1963), ders., *Les émigrés français dans les pays allemands pendant la Révolution*. In: Jürgen Voß (Hrsg.), *Deutschland und die Französische Revolution*. 17. Deutsch-französisches Historikerkolloquium des Deutschen Historischen Instituts Paris (Bad Homburg, 29. September - 2. Oktober 1981) (= *Beihefte der Francia* 12; München 1983) 154-167, Ghislain de Diesbach, *Histoire de l'émigration* (Paris 1975), Jacques Godechot, *La Contre-Révolution. Doctrine et action 1789-1804* (Paris 1984), Centre des archives diplomatiques de Nantes, *Les Français à l'étranger et la Révolution* (Nantes 1989), Jean Tulard (Hrsg.), *La Contre-Révolution. Origines, histoire, postérité* (Paris 1990). Die Zahlen und Statistiken bringt bei: Donald Greer, *The Incidence of Emigration During the French Revolution* (= *Harvard Historical Monographs* 24; Cambridge, Mass., 1951). Eine hervorragende Quelle - gerade für den Emigrantenalltag auf höchster Ebene - ist das von Ernest d'Hauterive herausgegebene *Journal d'émigration du comte d'Espinchal* (Paris 1912). Auch der Emigrantenführer Prince de Condé hinterließ eine Art Tagebuch: Comte de Ribes (Hrsg.), *Journal d'émigration du Prince de Condé 1789-1795* (Paris 1924). Franz Hempelmann, *Die Emigranten und die französische Revolution in den Jahren 1789-92* (Diss. Hamburg 1935) ist eine biedere Kompilation aus der allgemeineren Literatur und ohne größeren Wert. Die österreichische Emigrantenpolitik bei Maria Pawlik, *Emigranten der Französischen Revolution in Österreich 1789-1814* (ungedr. phil. Diss. 1967) und nochmals übersichtlicher zusammengefaßt von ders. unter gleichem Titel in *MIÖG* 77 (1969) 78-127. Speziell zur Situation der Emigranten in Belgien erschöpfend Benedikt Preste, *Die Einstellung der Regierung der Österreichischen Niederlande zur französischen Emigration in den Jahren 1789-1794* (ungedr. phil. Diss. Wien 1947) nach den Akten im Bestand Belgien des HHStA und insoferne Félix Magnette, *Les émigrés français aux Pays-Bas* (= *Académie royale de Belgique. 2^e série, Bd. IV; Brüssel 1907*) ergänzend.

Klerus, dessen Spitze sich ja durchwegs aus dem hohen Adel rekrutierte. Andererseits trieben die großangelegte Kirchenreform der Constituante und ihre zunehmend harte Umsetzung den Spaltkeil durch den gesamten geistlichen Stand und damit auch viele Angehörige des niederen Klerus in die Emigration.

Schon in der Nacht des 16. Juli 1789 hatte der jüngere Bruder des Königs, der Graf von Artois, einer der Träger der letzten, vom Hof ausgehenden absolutistischen Umkehrversuche, auf Befehl des Monarchen Frankreich mit seinen Söhnen Angoulême und Berry verlassen - aus Sicherheitsgründen, wie es hieß. Eine Schar von Verwandten und Höflingen, darunter die Prinzen von Gebliut Condé, Bourbon, Conti mit familiärem Anhang, die Polignacs, der Vorleser der Königin, Abbé Vermond, die Minister des "Kabinetts der 100 Stunden", besonders Baron de Breteuil und Marschall Broglie, der Großstallmeister von Frankreich Charles-Eugène de Lorraine Prince de Lambesc (1751-1825), bekannt durch seinen berüchtigten Kavallerieangriff auf einen Demonstrationzug in Paris am 12. Juli 1789, taten es ihm nach oder hatten der Heimat sogar schon früher den Rücken gekehrt. Die erste Route führte die prominenten Emigranten meist Richtung Brüssel oder nach Luxemburg, Breteuil setzte sich (über Brüssel) schließlich in die Schweiz nach Solothurn ab, ebenso die Familie Polignac, die wir dann in Rom und Venedig wiederfinden. Die Emigrationsbewegung - jedenfalls in den obersten gesellschaftlichen Schichten - war bereits in ihrer ersten Phase so stark, daß in Frankreich Klagen über den Abfluß von Vermögen und mangelnden Absatz bei Luxuserzeugnissen laut wurden. Im November 1789 veranschlagte Botschafter Mercy die Zahl der alleine aus Paris Ausgewanderten auf astronomische 100.000 Seelen und vermeldete auch für die Linientruppen unrealistisch erschütternde Desertionsstatistiken.

Am 19. Juli 1789 berichtete der österreichische bevollmächtigte Minister in Brüssel, Graf Trauttmansdorff, die Ankunft der Familie Condé und der Prinzen Berry und Angoulême in der belgischen Hauptstadt; Artois selbst blieb in Namur zurück. In aller Eile hatten sich die hochrangigen "Gäste", so gut es eben ging und unter Mitnahme weniger Habseligkeiten, aus Frankreich geflüchtet; nun mangelte es ihnen am Notwendigsten für ihre fast 25jährige Odyssee durch Europa. Die österreichischen Verantwortlichen vor Ort waren über die Ankunft der königlichen Verwandtschaft in den sehr unruhigen belgischen Provinzen alles andere als erfreut. Trauttmansdorff gab sich überzeugt, daß die französischen Flüchtlinge nur noch mehr Unruhe erzeugten. Sie kamen als Unterlegene, als Opfer ihrer Anhänglichkeit an den König, wie der bevollmächtigte Minister im August 1789 gegenüber Staatskanzler Kaunitz meinte, "envisagés en général comme attestant le triomphe de la nation ou de l'opposition victorieuse du peuple à l'autorité royale". Dementsprechend wollte man den incognito reisenden Emigranten der ersten Stunde - "personnes de distinction et surtout de la famille royale" - zwar nach Anweisung der Staatskanzlei gastfreundlich entgegenkommen, es aber an "empressement", sie in Belgien zurückzuhalten, nicht übertreiben und schon gar nicht den unzutreffenden Eindruck erwecken, als gedächte man sich in die französischen Interna einzumischen. Denn, so formulierte Trauttmansdorff gegenüber dem Kaiser Mitte Juli 1789: "On est toujours fort occupé des événemens qui se passent en France; on les attend et les reçoit avec une avidité incroyable. Le cri général est d'applaudir à ce que fait la Nation. Celui du coeur seroit, je pense, le regret de n'avoir pu réussir à faire de même. Les esprits sont excessivement montés". Auch jene Emigranten, die in den Schweizer Kantonen Zuflucht suchten, obwohl hier ebenfalls der "Geist der Unruhe" verbreitet schien, standen unter Beobachtung der k.k. Residentschaft zu Basel, die im übrigen zu größter Zurückhaltung im Verkehr mit den hochadeligen Flüchtlingen angehalten war.

Schon Anfang August verließen die Condés und die Familie Artois' Belgien Richtung Turin. So bildete sich schließlich ab September 1789 im Königreich Sardinien-Piemont (Viktor Amadeus III. war der Schwiegervater sowohl des Comte d'Artois als auch des Comte de Provence), ein kleiner Exilhof aus, der nach und nach durch den Zustrom weiterer Flüchtlinge verstärkt wurde. Lediglich Prince de Conti blieb vorerst in Belgien zurück³⁾.

³⁾ Mercy an Kaunitz (23. 7. 1789 - O*, 17. 8. 1789 - O*, 18. 11. 1789 - O*), dto. (29. 7. 1789 - O; SA Frkr. Berichte 177 Mercy-Kaunitz 1789 VII-VIII), dto. (17. 8. 1789 - P; ebd. Konv. Mercy-Kaunitz 1789; Druck: A&F 2, S. 262f). Mercy an Marie-Antoinette (16. 8. 1789). Joseph II. an Leopold von Toskana (27. u. 30. 7. 1789; Druck: Arneht, Leopold 2, S. 263f). Trauttmansdorff an Kaunitz (19. 7., 15. 8. 1789; Belgien DD A Berichte 315) bzw. an Joseph II. (19., 20., 21. 7., 2. 8. 1789; Belgien DD A Berichte 315; Druck: Schlitter, Geheime Correspondenz, S. 314-316, 332-334), Kaunitz an Trauttmansdorff (29. 7. 1789; Belgien DD A Weisungen 64). Kaunitz an Tassara (22. 8., 24. 10. 1789; SA Schweiz Weisungen 181). Der Kaiser sandte immerhin "Kondolenzschreiben" an einige prominente Emigranten (Lambesc, Broglie), die sich im Sommer 1789 nach Luxemburg geflüchtet hatten (15. 8. 1789, KA Kabinettskanzlei HBP 51): "J'étois vraiment peiné et scandalisé de la cause qui vous a obligé de vous y rendre [nach Luxemburg]". Prince de Conti kehrte übrigens Anfang April 1790 nach Frankreich zurück: Mercy an Kaunitz (9. 4. 1790 - O; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Mercy-Kaunitz 1790 I-IV).

Die gemütlichen unpolitischen Anfänge waren nach nur kurzer Verschnaufpause rasch vorbei, die Zeit der konterrevolutionären Sturmläufe brach an. Prince de Lambesc und sein Bruder Joseph-Marie Prince de Vaudémont (1754-1802) aus dem Hause Lothringen genossen anders als die meisten französischen Emigranten eine bevorzugte Behandlung durch das sonst im Kontakt mit den Flüchtlingen so skeptische bis ablehnende Wien, ja sie erfuhren später sogar offizielle diplomatische Unterstützung bei ihren Bemühungen, in Frankreich als "princes de Lorraine", also als Ausländer anerkannt zu werden, um so ihre Vermögenswerte vor dem traurigen Schicksal durchschnittlichen Emigrantenbesitzes bewahren zu können. Im Juni 1791 traten die beiden Brüder im Range eines Generalmajors bzw. eines Obristen in k.k. Kriegsdienste. Kaum Anfang August 1789 in Luxemburg eingetroffen, schmiedete Lambesc bereits gefährliche Pläne: Der Kaiser sollte sein getreues Kavallerieregiment Royal-Allemand aus französischem Sold in die k.k. Armee übernehmen; auch die übrigen Fremdruppen - insgesamt 30.000 Mann Eliteeinheiten der französischen Armee - schienen angeblich zu einem solchen Dienstwechsel bereit. Joseph II. lehnte ab⁴).

Im Oktober 1789 befaßte Artois unter Ausnützung des Schocks der "Oktoberrevolte" von Turin aus den Kaiser in Wien speziell in seiner Eigenschaft als Verbündeter Frankreichs und Bruder der Königin etwas verschleiert mit dem Gedanken einer Intervention von außen. Durch den im Sommer 1789 nach Wien emigrierten Jean-François de Pérusse Baron d'Escars (1747-1822) - "ein verdächtiger und", wie Mercy warnte, "in Ansehung unsers allerhöchsten Hofes übelgesinnter Mann, der dem Prinzen Heinrich von Preußen und dem preußischen Hofe [...] ergeben ist" - ließ er einen Brief überreichen, in dem er den Weg Frankreichs in Anarchie und Demokratie und das Schicksal der königlichen Familie in den schwärzesten Farben schilderte. Dabei vergaß er auch nicht, wohl mit Blickrichtung Belgien auf die beginnende Außenwirkung der revolutionären Saat hinzuweisen. Bei Joseph II. fand er aber mit seinem Anliegen über mitleidsvolle Worte für das traurige Schicksal von Schwester und Schwager hinaus wenig Echo; sehr zur Freude Marie-Antoinettes. Mehr noch: Der Kaiser - in seiner kuriosen Selbstdefinition "ni démocrate ni aristocrate" - wies auf die völlige Übereinstimmung des Königs mit der revolutionären Entwicklung hin, eine Tatsache, die jede Einmischung verbiete, und erteilte Artois den freundschaftlichen Rat, doch das feindliche Lager des "parti aristocrate" zu verlassen, dessen unausgeglichener Umsturzplan vom Juli 1789 die Radikalisierung erst beschleunigt hätte, jede Hoffnung auf eine Lösung der Probleme durch einen Bürgerkrieg der Provinzen aufzugeben, nach Frankreich zurückzukehren und am Reformwerk aktiven Anteil zu nehmen. Gleichzeitig vermuteten der französische Außenminister Montmorin und Mercy aber, und zwar zu Recht, daß sich Artois auch an Berlin um Unterstützung gewandt hatte, und dies schien ohnedies seinen eigentlich borussophilen Neigungen viel eher zu entsprechen. Danach brach der Kontakt mit Wien für längere Zeit ab. Artois verstärkte seine Sondierungen in Preußen (Februar 1790), wo er vor dem Hintergrund der österreichisch-preußischen Krieg-in-Sicht-Krise seine stark antiösterreichische Gesinnung hervorstrich und Friedrich Wilhelm mit der Anregung zu ködern suchte, statt eines direkten Angriffs auf Österreich die Revolution in Frankreich mit Waffengewalt zu beenden und danach die unpopuläre Allianz mit Österreich durch ein Bündnis mit Preußen abzulösen⁵).

⁴ Trauttmansdorff an Joseph II. (3. 8. 1789; Druck: Schlitter, Geheime Correspondenz, S. 334-336); "Mémoires et renseignements donnés par le prince de Lambesc sur l'état des troupes étrangères au service de France..." (Belgien DD A Berichte 315; Druck: Schlitter, Geheime Correspondenz, S. 690 Anm. 600); Joseph II. an Trauttmansdorff (10. 8. 1789; Druck: Schlitter, Geheime Correspondenz, S. 344f). Zur Übernahme der "princes de Lorraine" in k.k. Kriegsdienste siehe Leopold II. an Tige (7. 6. 1791; KA Kabinettskanzlei HBP 78b). Zur Biographie Lambescs bis zu seiner Emigration Jacques Vicoigne de Fleury, *Autour de la grande écurie: Le prince de Lambesc, grand écuyer de France* (Paris 1928). Weiters: Georges Englebert, *Les Lorrains dans les années impériales XVIII^e et XIX^e siècles*. In: Jean-Paul Bled et al. (Hrsg.), *Les Habsbourg et la Lorraine* (Presses universitaires de Nancy 1988) 123-127. Über den Zwischenfall vom 12. Juli 1789 speziell Paul G. Spagnoli, *The Revolution Begins: Lambesc's Charge, 12 July 1789*. In: *FHS 17* (1991) 466-497. - Ähnliche Anliegen wie Lambesc 1789 brachten dann im Frühjahr 1790 Kommandeure anderer ausländischer Regimenter vor, die mit baldiger Auflösung der nicht-französischen Truppenkörper rechneten und so an einem schleunigen Dienstwechsel interessiert waren. Wien zeigte sich nicht abgeneigt, und Botschafter Mercy meinte, man könne die Einheiten besonders gut im Kampf gegen die belgischen Insurgenten verwenden. Die Bemühungen zerschlugen sich, da die Nationalversammlung die ausländischen Truppen doch nicht entließ: Mercy an Kaunitz (30. 5. 1790 - O/P. S. 1, 23. 7. 1790 - O; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Mercy-Kaunitz 1790 V-VIII); Kaunitz an Mercy (30. 6. 1790, 18. 8. 1790; SA Frkr. Weisungen 175 Konv. Kaunitz-Mercy 1790 VI-XII).

⁵ Joseph II. an Mercy (3. 11. 1789) mit Artois an Joseph II. (Moncalieri, 19. 10. 1790) und Josephs Antwort (30. 10. 1789), beide gedr. A&F 2, S. 275-279; das originale Schreiben Artois' mit dem K der Antwort Josephs in SA Frkr. IJK 4 Konv. Artois-Joseph II. Mercy an Kaunitz (18. 11. 1789 - O*), an Joseph II. (18. 11. 1789). - Noailles an Montmorin (10. 10. 1789; AMAE CP Autriche 358). Duc des Cars (Hrsg.), *Mémoires du Duc des Cars 2 Bde.* (Paris 1890), hier Bd. 2, S. 127-169, mit sehr interessanten Mitteilungen über das Wiener Gesellschaftsleben und die Empfänge bei Kaunitz. - Das 2. Schreiben Artois' an Friedrich Wilhelm II. (14. 2. 1790) hat Bl. ... (Hrsg.) *Zur Vorgeschichte der Revolutionskriege*. In: *JZ 74* (1895) 250-262 ediert. Darin

*Die "geheime Außenpolitik" der Tuileries
im Kampf mit den Emigranten*

Repräsentation und Zeremoniell im Sinne des völkerrechtlichen Rituals blieben ungeachtet der seit 1790 fortschreitenden Beschneidung der königlichen Befugnisse nicht die einzigen Aktionsbereiche Ludwigs XVI. oder seiner noch viel rührigeren Gattin Marie-Antoinette. In einer sich mit den Interessen und Intrigen der Emigration zu einem für Außenstehende unmöglich durchdringbaren Knäuel verstrickenden Sekretpolitik suchte das Königspaar - z.T. auf unterschiedlichen Schienen - die Absichten der Nationalversammlung und selbst des Außenministeriums zu unterwandern. Ließ sich schon an der Innenpolitik der Tuileries nach dem Ausfall mehrerer Koordinatoren und wichtiger Ratgeber kaum eine Struktur, ein System ablesen, so gilt dies letztlich auch für die geheime "Außenpolitik" des Königs. Mit Ludwigs "privater" Sekretdiplomatie erhielten die "konterrevolutionären" Bestrebungen der Tuileries neben den Kontakten der Königin nach Wien und Brüssel eine weitere Facette, öffneten sich neue Betätigungsfelder, durch die eine möglicherweise einseitige Abhängigkeit von Habsburg aufgelockert oder dessen unwillige Übervorsicht vielleicht durchbrochen werden konnten.

Für Marie-Antoinette standen Mercy in Paris, später in Brüssel und schließlich in letzter Instanz der Kaiser in Wien als Ansprechpartner zur Verfügung. Der König mußte auf private Geheimagenten zweifelhaften Werts zurückgreifen, auf abgesprungene Mitglieder des diplomatischen Korps wie z.B. Duc de La Vauguyon, Botschafter in Spanien und ehemaliger Außenminister in Baron de Breteuils Kabinett der 100 Stunden, dessen hervorragende Stellung am spanischen Königshof genützt werden wollte. Der schon kurz nach dem Scheitern seiner Politik der eisernen Hand ins Ausland geflohene Breteuil war es auch, der nicht nur die Verbindung zu La Vauguyon herstellte, sondern zugleich die "geheime Außenpolitik" Ludwigs in für das Ausland oft kaum verständlicher Konkurrenz zu den Emigranten koordinierte. Zu Jahresbeginn 1791 begann er im Vorfeld des Fluchtversuchs der königlichen Familie entsprechende Aktivitäten zu entfalten (vgl. unten), nachdem er sich lange Zeit recht ruhig verhalten hatte⁶⁾.

Der wichtigste erste Schritt der königlichen Geheimpolitik war - natürlich ohne Konsultation mit den Ministern - bereits kurz nach dem Skandal der "Oktoberrevolution" 1789 gesetzt worden. Der König entsandte Mitte Oktober 1789 einen ehemaligen Mitarbeiter des französischen Außenministeriums, Abbé de Fontbrune, nach Madrid, um beim spanischen König, dem Chef des jüngeren Zweiges des Hauses Bourbon, möglichst rasch feierlichen Protest gegen die revolutionäre Entwicklung einzulegen und die Erklärung vom 23. Juni 1789 zum non plus ultra seiner Konzessionsbereitschaft zu erklären. Alles, was darüber hinausging und die unumschränkte königliche Autorität in Frage stellte, war ihm nur durch Gewalt oder Drohungen entrissen worden. Das entsprechende Schreiben an König Karl IV. datierte vom 12. Oktober 1789 und erreichte den Escorial Anfang November 1789. Nach mehreren Geheimtreffen mit Floridablanca langte Fontbrune im Dezember 1789 wieder in Paris ein. Eigentlich mit leeren Händen. Wohl erstaunt über die eigenartige Art der Kontaktnahme antworteten die Spanier ausweichend auf die vorsichti-

fiel der signifikante Satz: "V.M. [Friedrich Wilhelm II.] veut affaiblir la maison d'Autriche; c'est le voeu de mon coeur."

⁶⁾ René-Marie Rempelberg, *Aux origines du ministère de l'Intérieur. Le ministre de la maison du Roi 1783-1788*. Baron de Breteuil (Paris 1975) bietet leider keine Biographie Breteuils, sondern wirklich nur eine Geschichte des Staatssekretariats der Maison du Roi. Die fehlende Studie ersetzt ein Quellenwerk von hohem Wert: Jean Grassion/Frans Durif (Hrsg.), *Marquis de Bombelles. Journal 3* (Genf 1993). Bombelles, französischer Botschafter in Venedig, war später wichtigster Mitarbeiter Breteuils. Der schwierige Charakter Breteuils scheint seiner Tätigkeit als Auslandsagent des Königs übrigens nicht eben förderlich gewesen zu sein. "Le baron de Breteuil avoit une dureté impérieuse et insolente dans le caractère et une immoralité dans les principes qui lui faisoit regarder comme personnelle et propre l'autorité qui lui étoit confiée"; Bobé, *Mémoires d'Angiviller*, S. 167. Bei den Österreichern - besonders bei Botschafter Mercy - war Breteuil auch als französischer Vermittler am Teschener Friedenskongreß von 1779 nicht unbedingt beliebt. Obwohl er ursprünglich als "Choiseulist" und Günstling der Königin galt, war er vielmehr ein Allianszskeptiker und Mann des Königs. Vgl. auch Girault de Coursac, *Louis XVI*, S. 577-588. Material zur "Geheimpolitik" Ludwigs XVI. und Marie-Antoinettes enthält unter etwas irreführendem Titel Paul & Pierrette Girault de Coursac, *Enquête sur le procès du Roi* (Paris 1992). Die Arbeit leidet aber wie auch die Vorgängerstudie *Louis XVI et Marie-Antoinette* unter den Verzerrungen einer oft allzu krausen Verschwörungstheorie und einer bemüht hagiographischen Tendenz. Die beiden Autoren versuchen unter anderem den Nachweis zu führen, die Auslandsaktivitäten des Königspaares wie auch die geheimen Kontakte zu Mirabeau seien in Wahrheit nur von der Königin ausgegangen und dem König nie bekannt geworden (s. besonders S. 193-217, 274-307). Die Vollmacht für Breteuil erklären die Autoren zur Fälschung, für die im übrigen Marie-Antoinette verantwortlich gemacht wird.

gen Sondierungen Ludwigs in Hinblick auf spanische Unterstützung für royalistische Aufstände in der Provinz oder im Falle eines Fluchtversuchs und rieten der königlichen Familie, inmitten eines aufsässigen und gewalttätigen Volkes nichts zu riskieren oder das eigene Leben in Gefahr zu bringen⁷⁾.

Von den zunehmend hektischer werdenden Bemühungen der Emigranten wollten sich die Tuilerien dagegen weder persönlich gefährden noch das politische Kalkül oder den fadenscheinigen Kompromiß mit der Revolution stören lassen. Die Verhinderung unbedachter Schritte des Turiner Exilhofes wurde noch in der ersten Jahreshälfte 1790 zu einem wesentlichen Anliegen der königlichen Familie bzw. von König und Königin. Denn die Schwester des Königs, Madame Elisabeth, stand mit ihrem Vertrautenkreis aus radikalen Royalisten, dem sog. "Salon français", den Ambitionen Artois' viel näher und mit diesem auch in regem Briefverkehr. Im März 1790 informierte Marie-Antoinette ihren Mentor Mercy von dem dringend geäußerten Wunsch Artois', Ludwig XVI. möge dem König von Sardinien "eine feyerliche Protestation gegen die Decreten der Nationalversammlung" einsenden und ihn mit einer Handlungsvollmacht ausstatten. Auch hatten die Emigranten einen Emissär, Jean-Baptiste Gereon de Malescombes Baron de Castelnau (1734-?), den ehemaligen französischen Vertreter in Genf, mit geheimen Aufträgen nach Spanien entsandt, ohne aber den gewünschten Erfolg zu erzielen, und in der Schweiz Sondierungen vornehmen lassen. Mercy trat vehement gegen derart verstiegene Pläne auf und "bewieß der Königin, daß eine auf geradewohl unternommene und sodan mißlungene Contrerevolution unter allen Unglücksfällen der größte seyn würde". Ein Umsturzversuch schien ihm, wenn überhaupt, nur aus dem Innern des Königreichs selbst auf Erfolg rechnen zu können. Für diese Eventualität waren freilich die Voraussetzungen noch nicht geschaffen: 1. eine mächtige königliche Partei in den Provinzen, 2. die Verbringung des Hofes aus der "Revolutionszentrale" Paris, 3. ein verlässliches Truppenkorps und 4. ausreichende Geldmittel.

Auch Artois' Pläne, in die Mercy schließlich Einblick erhielt, basierten auf der Flucht des Königs aus Paris, zu der man Ludwig notfalls sogar gegen seinen Willen zu zwingen gedachte. Wäre er einmal entkommen, wollte Artois oder, wie Mercy sich wohl adäquater ausdrückte: der "comité de Turin" in den Provinzen des Midi einen bewaffneten Aufstand anzetteln. International sah man keine Probleme: England würde neutral bleiben, die Schweizer Kantone, Spanien und Sardinien wären zur Hilfe bereit, die in ihren Elsässer bzw. Lothringer Besitzungen bedrohten Reichsstände könnten am Rhein Aufstellung nehmen, Preußen - sollte der Krieg mit Österreich noch zu vermeiden sein - der großen Koalition ebenfalls beitreten. Eindringlich warnte der Botschafter vor einer übereilten Mitwirkung der Tuilerien an derlei un- ausgegorenen, für die königliche Familie möglicherweise lebensgefährlichen Projekten und riet wie üblich Abwarten und Temporisieren an, zumal Hilfe aus dem Ausland angesichts der aufgewühlten gesamt-europäischen Lage nicht zu erwarten war.

"Ich habe getrachtet", schrieb Mercy Kaunitz Ende Mai 1790, "dem König und der Königin einsehen zu machen, daß annoch alle Provinzien überhaupt mit einer Art von Wahnsinn behaftet sind, daß das einzige Heilmittel dießer schrecklichen Krankheit von der einzuführenden abentheuerlichen Staatsverfaßung und den manchfältigen Inconvenienzen, die hieraus entspringen, auf die ganze Nation drücken und solcher zuletzt das neue System ganz verleiten [!] werden, herzuleiten sey."

⁷⁾ Das Protestschreiben Ludwigs XVI. ist auch im Wiener HHStA auszugsweise erhalten, und zwar in einer nicht näher bestimmten Beilage zu einem italienischen Schreiben Karls IV. von Spanien (27. 12. 1791; SA Spanien HK 15 Konv. 1791/4). Die Kernpassage lautet: "Je n'accuse point le coeur des François. La plupart sont encore bons et je ne doute pas qu'ils ne reconnoissent leurs torts lorsqu'ils auront les yeux ouverts sur les factieux qui les ont égarés. Mais en même tems je me dois à moi-même, je dois à mes enfants, je dois à ma famille et à toute ma maison de ne pas laisser avilir entre mes mains la dignité royale qu'une longue suite de siècles a affermie dans notre maison. J'ay choisi Votre Majesté comme le chef de la seconde branche de notre maison pour déposer entre ses mains la protestation solennelle que je fais contre tous les actes contraires à l'autorité royale qui m'ont été extorqués par la force depuis l'époque du 15 juillet de cette année et en même tems d'accomplir les promesses que j'avois faites par mes déclaration du 23 juin précédent. Je prie Votre Majesté de garder cette protestation secrette jusqu'à l'occasion de pouvoir s'en servir." - Note Fontbrunes/Beilage und sein autobiographischer Rechenschaftsbericht ([1793]; SA Frkr. Varia 45 Konv. Briefe und Journal Fontbrunes). - Spanien gab das Geheimnis offiziell erst im November 1791 an Wien bekannt, als Floridablanca dem k.k. Botschafter Kageneck das originale Schreiben Ludwigs XVI. zeigte: Kageneck an Kaunitz (21. 11. 1791; SA Spanien DK 121 Konv. 2). Wien wußte aber schon zu Jahresbeginn 1790 Bescheid, da aus Spanien einlaufende chiffrierte Reaktionen auf die Mission Fontbrune in den Tuilerien nicht selbständig entziffert werden konnten und über Mercy an die Zifferkanzlei in Wien weitergeleitet wurden, wo man die weltbesten Dechiffreure vermutete: Mercy an Kaunitz (4., 28. 1. 1790 - O*). Auch Fontbrune selbst hatte Leopold II. während seines Wienaufenthalts im Sommer 1790 über die Geheimverhandlungen Ludwigs XVI. mit seinem spanischen Cousin informiert. - Mousset, S. 227-234.

In der Tat wirkten die Vorstellungen Mercys, und so maß sich der Botschafter den wesentlichsten Anteil an einer neuen Mission des königlichen Geheimdiplomaten Abbé Fontbrune zu, die diesen nun nach Turin führte (März/April 1790). Ludwig XVI. ließ seinem Bruder Artois explizit jede Unternehmung ohne seine Zustimmung und vorhergehende Absprache untersagen. Zugleich hatte Fontbrune zu überprüfen, inwieweit der sardinische König bereits von Artois in seine gefährlichen Projekte mit hineingezogen worden war. Von Turin verfügte sich Fontbrune schließlich mit Spezialaufträgen der Königin nach Wien, wo er im Mai 1790 eintraf und während des hitzigen Sommers der österreichisch-preußischen Kriegsgefahr und der Reichenbacher Verhandlungen mehrfach Gespräche mit Leopold II. führte. Dieser zeigte sich hier, jedenfalls nach den Schilderungen Fontbrunes, dem Gedanken einer nachdrücklichen Bereinigung der "französischen Irrungen" wesentlich aufgeschlossener, als die offizielle Wiener Linie, die spitzen Bemerkungen eines verärgerten Kaunitz und besonders die Aussagen gegenüber den Emigranten aus dem Kreise um Artois vermuten ließen. Ein Eindruck, der gut den Tatsachen entsprechen kann, denn daß die Staatskanzlei eine "kühle", kalkulierte Politik betrieb, die nicht immer nach dem Herzen Leopolds war, zeigte sich stets aufs neue, sobald der Kaiser auf seinen Reisen der Kontrolle durch die Behörde entglitt. Artois hatte Fontbrune in Turin zudem mit Sondierungen in Berlin betraut, das in bewußtem Kontrast zu den vorsichtigen Österreichern den Interventionsplänen der Emigranten recht offen begegnete und sogar Geld anbot, doch blieb die Preußen-Mission unausgeführt.

Fontbrune wurde schließlich nach anfänglich allseitiger Zufriedenheit zwischen den Fronten zerrieben und fiel durch gezielte Intrigen sowohl bei der königlichen Familie, die ihn bald für einen Agenten der Emigranten hielt, als auch bei Artois in Ungnade. Der neapolitanische Botschafter am französischen Königshof, Marchese di Circello, der Ende August 1790 von Paris zu einer Urlaubsreise nach Wien aufbrach und von den Tuileries mit umständlichen Berichten über die triste Lage der königlichen Familie für Leopold II. betraut war, trug zu dieser Erkältung mit bei. Schon während der Frankfurter Krönungsreise Leopolds, auf der Fontbrune das künftige Reichsoberhaupt begleitete, wurde jedenfalls klar, daß ihn Baron Jean-François-Henri Flachslanzen (1734-1797), ehemaliger Vizekommandant im Elsaß und Abgeordneter zur Nationalversammlung, der nun von seinem Hauptquartier im Württembergischen aus als angeblicher Interessenvertreter der Tuileries im Ausland agierte, als Vertrauensmann der königlichen Familie beim Kaiser abgelöst hatte; trotz wiederholter Warnungen der Königin und entsprechender Zusagen Leopolds bewahrte ihm der Kaiser allerdings weiter großes Vertrauen⁸).

Im August 1790 sandte Ludwig XVI. einen weiteren Geheimemissär, Antoine-Charles du Houx Baron de Vioménil (1728-1792), nach Turin, um die Prinzen einmal mehr und nachdrücklichst zur Ruhe zu mahnen, nachdem das feste Vorhaben Artois' und seiner Vertrauten bekannt geworden war, unbedingt vor

⁸ Notiz Mercys (24. 3. 1790; FA SB 71 d. G), Mercy an Kaunitz (15. 4. 1790 - O*/P. S. 1, 30. 5. 1790 - O*/P. S. 1) und die Anlagen zu Mercys Partikularschreiben an Kaunitz (29. 5. 1790), insbesondere Mercys für Marie-Antoinette bestimmte "Observations sur le contenu de trois lettres de Turin, datées du 28 avril, des 1er et 5 de mai 1790" der Pläne Artois', gedr. bei A&F 2, S. 302-309. Vgl. drei wohl an Madame Elisabeth gerichtete Schreiben vom 28. 4., 1. u. 3. 5. 1790 als Abschriften bzw. Zusammenfassungen in FA SB 71 d. G mit einem Brief Mercys an die Königin vom 13. 5. 1790. Dem Schreiben Artois' vom 28. 4. 1790 lag übrigens eine Liste von Ministern für ein zu bildendes neues Kabinett bei. Abschrift eines Schreibens des Comte d'Artois an Marie-Antoinette (25. 5. 1790) in FA SB 71 d. D. Mercys "Notes du 14 au 20 juillet 1790" (FA SB 71 d. G). - Vgl. das autobiographische Material Fontbrunes zu seinen verschiedenen Missionen in SA Frkr. Varia 45 Konv. Briefe und Journal Fontbrunes 1789-1792, darunter besonders sein umfangreiches Journal ("Suite historique des circonstances dans lesquelles j'ai été employé par LL. MM. T.C.") mit romanhaften Schilderungen seiner geheimen Zusammentreffen mit Leopold II. Eine "Gegendarstellung" in italienischer Sprache wohl aus dem engsten Umkreis Leopolds ebd. Vgl. auch Bombelles, Journal 3, S. 87f (Mai 1790), Schlitter, Marie Christine, S. XI-XXII, faßt die verschiedenen Anwürfe aus Emigrantenkreisen nach den österr. Akten zusammen. - Über die Mission Circellos v.a. Mercy an Kaunitz (20. 8. 1790 - P) u. Marie-Antoinette an Leopold II. (17. 8. 1790; FA FK A 26; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 135f). Des Cars, Mémoires 2, S. 163ff, ist zu entnehmen, daß Circello förmliche Kreditive für Flachslanzen als Auslandsagenten des Königs und d'Escars als seinen verlängerten Arm am Wiener Hof überbrachte, die dann in Frankfurt eingehändigt wurden. Flachslanzen war jedenfalls eng mit dem Erzbischof von Toulouse, Fontanges, einem engen Vertrauten der Tuileries, befreundet. Über Madame Elisabeth vgl. die hagiographische, aber sehr materialreiche Schrift E.-M. du L***, Madame Elisabeth de France, soeur de Louis XVI 2 Bde. (Paris 1932). - Die von den Emigranten behauptete englische Neutralitätszusage gründete sich auf einen Brief William Pitts an Calonne, von dem letzterer dem König eine Kopie nach Paris sandte. Wie Mercy richtig bemerkte, gab London damit nur die Zusage, daß England mit den revolutionären Unruhen in Frankreich in keiner Weise sympathisiere und diese auch nie gefördert habe. Calonne an Ludwig XVI. (London, 9. 4. 1790); AN AE II 1168A. Vgl. ausführlich Michael Wagner, England und die französische Gegenrevolution 1789-1802 (= Ancien Régime, Aufklärung und Revolution 27; München 1994) 71-84. Siehe auch J. Holland Rose, The Comte d'Artois and Pitt in December 1789. In: EHR 30 (1915) 322-324 über einen Brief Artois' vom Dezember 1789, in dem nach Beseitigung der revolutionären Hydra die Sprengung des "système autrichien" von 1756 und der Anschluß Frankreichs an die Tripelallianz in Aussicht gestellt wird.

Mitte Oktober einen "Hauptstreich" zu wagen. Mercy beruhigte zwar das entsetzte Königspaar mit dem Hinweis, daß derlei ohnedies mangels entsprechender Mittel eher in der Phantasie der Turiner Projekt-schmiede als in der Realität stattfinden konnte, doch ergab die Mission Vioménil, daß der König von Sardinien selbst schon bedenklich weit ins Netz der konterrevolutionären Pläne seines Schwiegersohnes gegangen war. Wenigstens prinzipiell und unter gewissen Voraussetzungen signalisierte Viktor Amadeus seine Bereitschaft, Ludwig XVI. "aus der Art von Gefangenschaft, unter welcher er schmachtete, herauszureissen und mittelst Anwendung seiner Macht, seines Geldes, ja seines ganzen Vermögens das gekränkte Ansehen aller gekrönten Häupter zu rächen, auf dem Fall und sobald als die andern Mächte ein Gleiches thun und gemeinsame Sache unter sich machen würden."⁹⁾

Die erste ernstzunehmende Großoffensive der Turiner Emigranten brach im Sommer 1790 gegen Österreich los. Im Juli 1790 wurde Artois in Wien aktiv, pochte im Sinne der Blutsverwandtschaft und der bourbonisch-habsburgischen Allianz, ja im Interesse aller Souveräne und Regierungen auf eine Erklärung Leopolds II. zu den französischen Angelegenheiten und bestellte in der Person des Baron de Castelnau einen "Gegenbotschafter" am Hoflager des Apostolischen Königs. Castelnau war ein besonderer Hitzkopf, der ab August 1790 auf eine österreichische Intervention für die Zeit nach der Wiederunterwerfung der belgischen Provinzen, auf radikale Schritte auch gegen den Willen Ludwigs XVI. drang und den Bruder der Königin bis zur Krönung nach Frankfurt verfolgte. Leopold ließ sich aber, durch die bekannte Zwietracht zwischen königlicher Familie und "comité de Turin" bestärkt, aus seiner reservierten Haltung nicht herauslocken und ging auf den abenteuerlichen Plan eines von Belgien aus zu unternehmenden Überraschungsangriffs gegen Paris nicht weiter ein. Noch taten sich jene schwer, die den europäischen Souveränen den Kampf gegen die Revolution und für die Rettung des Allerchristlichsten Königs als einen Kreuzzug für ihre monarchischen Eigeninteressen und verdienstvollen Einsatz im Sinne fürstlicher Solidarität schmackhaft machen wollten. Nirgends aber entging man ihnen, und als Leopold II. im August 1790 nach Fiume reiste, um dort das zur neapolitanisch-österreichischen Dreifachhochzeit anreisende neapolitanische Königspaar in Empfang zu nehmen, war sofort der für Artois tätige französische Botschafter in Venedig, Marquis de Bombelles, in Adelsberg zur Stelle, um dem Habsburger zur Rettung der Königin Truppen- und Finanzhilfe abzufordern¹⁰⁾.

Daß aber ebenfalls im September 1790 eine Übersiedlung der Familie Polignac in die Hauptstadt der österreichischen Lombardei, nach Mailand, drohte, war nicht weniger unangenehm als die rastlosen Zudringlichkeiten der verschiedenen Sendlinge. Der Generalgouverneur Erzherzog Ferdinand und der bevollmächtigte Minister Graf Wilczek reagierten hilflos. Die Polignacs als zentrale Personen der ehemaligen "côterie de la Reine" trugen immer noch den Makel aus besseren Zeiten, galten als mitschuld am katastrophalen Ruf Marie-Antoinettes und waren durch die haßerfüllten Berichte Mercys auch in Wien noch in bester negativer Erinnerung. Kamen sie nun nach Mailand, so zogen sie als Zielscheibe des Hasses gewiß weiterhin die scharf beobachtenden Augen der Pariser Revolutionäre auf sich, nicht nur Emigranten, sondern auch französische Spione und Emissäre der Propaganda, derer man im Mailändischen ohnedies schon genug zu haben meinte, nach sich¹¹⁾.

⁹⁾ Zum Auftrag Vioménils vgl. Marie-Antoinette an Mercy (26. 7. 1790; FA SB 71 d. A/Konv. 1790; Druck: Rochette/Beaucourt 2, S. 185), Notiz Mercys zum 1. 8. 1790 (Gespräch mit der Königin in St. Cloud; FA SB 71 d. G) und den verspäteten Bericht nach Wien darüber: Mercy an Kaunitz (4. 10. 1790 - O*) P. S. Pingaud, *Correspondance de Vaudreuil* 1, S. 269-275 (Vaudreuil an Artois, 21. 8. 1790).

¹⁰⁾ Artois an Leopold II. (Pavia, 18. 7. 1790; SA Frkr. HK 4 Konv. Artois-Leopold II.), an Kaunitz (Turin, 20. 7. 1790; FA SB 70 Kaunitz-Leopold II. Konv. 1790; Druck: Beer, Joseph, S. 372). Leopold II. an Artois (21. 9. 1790; SA Frkr. HK 4 Konv. Leopold II.-Artois, FA SB 70 Kaunitz-Leopold II. Konv. 1790; Druck: Beer, Joseph, S. 371f Anm.), Kaunitz an Artois (19. 9. 1790; SA Frkr. Varia 42 Konv. Frkr. Varia 1790), Kaunitz an Leopold II. (29. 8. [Druck: Beer, Joseph, S. 370], 15. 9., 21. 9. 1790; FA SB 70 Kaunitz-Leopold II. Konv. 1790 u. StK Vorträge 147 Konv. 1790 VIII-IX), Leopold II. an Kaunitz (Laibach, 3. 9. u. 22. 9. 1790; FA SB 70 Kaunitz-Leopold II. Konv. 1790; beide gedruckt: Beer, Joseph, S. 371f). - Der Briefwechsel Castelnaus mit Leopold II. und Kaunitz erliegt in SA Frkr. Varia 42 Konv. Schreiben Castelnaus 1790. Bombelles an Leopold II. (20. 8. 1790; SA Frkr. Varia 42 Konv. Bombelles-Leopold II.). Bombelles, *Journal* 3, S. 117-124 (mit Bericht Bombelles' an Artois unter Betonung der "Revolutionsfurcht" Leopolds II.). - Eine Denkschrift aus Emigrantenkreisen, in der das allgemeine Interesse der europäischen Souveräne an den Vorgängen in Frankreich beschworen wurde: "Mémoire par lequel on met en vue les conséquences auxquelles [dans] l'état actuel de la France peuvent se trouver les souverains [...]" (o.D. [Sommer/Herbst 1790]; SA Frkr. Varia 42 Konv. Frkr. Varia 1790).

¹¹⁾ Erzherzog Ferdinand an Mercy (25. 9. 1790; SA Frkr. Varia 42 Konv. Frkr. Varia 1790), an Artois (21. 9. 1790; SA Frkr. HK 4 Konv. Ferdinand-Artois). - Pingaud, *Correspondance de Vaudreuil* 1, S. 359-365 (an Artois, 6. 11. 1790).

1.2 Frankreich, das Reich und die "Elsässer Irrungen"

Die Wurzeln des Problems

Mächtepolitisch nicht unbedingt eine der brennendsten Fragen der späten achtziger und frühen neunziger Jahre, hatte dennoch die problematische Ausdehnung des innerfranzösischen Reformprogramms auf jene zwar innerhalb der Grenzen Frankreichs gelegenen, aber doch besonderen Status genießenden ausländischen "Güterbesitzer" Anteil an der allgemeinen Klimaverschlechterung zwischen Frankreich, dem Reich und dem Kaiser. Eben im Zusammenspiel mit anderen Faktoren, besonders mit der Emigrantenproblematik, erhielt die "Elsaßfrage" ihre Explosivkraft, ließ sie sich bei der Behandlung der "französischen Frage" insgesamt ab 1791 bequem zu einer "Auffettung" der Beschwerdepunkte gegen Frankreich mißbrauchen¹²⁾.

Die Wurzeln des Konflikts reichten bis weit in die Zeit vor 1789 zurück. Schon bei ersten Reformversuchen des moribunden Ancien Régime hatte sich die verworrene Lage in jenen Gebieten von Flandern bis an den Oberrhein deutlich gezeigt, deren Souveränität im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts Frankreich

¹²⁾ Aretin, Heiliges römisches Reich 1, S. 251-274, der die Konfrontation zwischen Reich und Revolution v.a. im Zeichen des österreichisch-preußischen Dualismus beleuchtet ("Die Teilung Deutschlands"). Die eigentlich "reichische" Perspektive bringt nun erschöpfend ein Karl Härter, Reichstag und Revolution 1789-1806. Die Auseinandersetzung des Immerwährenden Reichstags zu Regensburg mit den Auswirkungen der Französischen Revolution auf das alte Reich (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 46; Göttingen 1992), wo sich (S. 32-68) auch eine äußerst verdienstvolle Darstellung der institutionellen Rahmenbedingungen findet. Härter, der im Gefolge Aretins die preußisch-österreichische "Raupolitik" sehr stark herausstellt, überschätzt die Zäsur des Jahres 1789 für die Elsaßer Frage, übergeht die ganz ähnlich gerichteten Reformen des Ancien Régime seit 1787 und verkürzt in seiner doch sehr konsequenten Konzentration auf die Ebene des Reichstags ganz allgemein die "Vorgeschichte" seit 1648. Daß die vorzügliche Arbeit ausgerechnet auf die Berücksichtigung der französischen Aktenüberlieferung verzichtet, ist ein sicher berechtigter Vorwurf, der allerdings mit Blick auf die weite zeitliche Erstreckung der Arbeit und die breite Streuung des konsultierten deutschen Materials relativiert werden muß. Nützliche Ergänzungen bietet z. T. der Sammelband von Karl Otmar Freiherr von Aretin/Karl Härter (Hrsg.), Revolution und konservatives Beharren. Das Alte Reich und die Französische Revolution (= Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz/Abt. Universalgeschichte Beiheft 32; Mainz 1990) mit den Aufsätzen von Karl Otmar von Aretin, Deutschland und die Französische Revolution (S. 9-20), Eckhard Buddruss, Die Deutschlandpolitik der französischen Revolution zwischen Traditionen und revolutionärem Bruch (S. 145-154) und Karl Härter, Der Reichstag im Revolutionsjahr 1789 (S. 155-174). Nur der Vollständigkeit halber ist zu nennen Jean Tulard, La diplomatie française et l'Allemagne de 1789 à 1799. In: Jürgen Voss (Hrsg.), Deutschland und die Französische Revolution. 17. Deutsch-französisches Historikerkolloquium des Deutschen Historischen Instituts Paris (Bad Homburg 29. September-2. Oktober 1981) (= Beihefte der Francia 12; München 1983) 43-48. Sydney Seymour Biro, The German Policy of Revolutionary France. A Study in French Diplomacy During the War of the First Coalition 1792-1797 (Harvard University Press 1957), hier Bd. 1, ist jetzt weitgehend überholt. Die beste Detailstudie zur Elsaßproblematik im engeren Sinne und zu den betroffenen Reichsständen bleibt jene von Theodor Ludwig, Die deutschen Reichsstände im Elsaß und der Ausbruch der Revolutionskriege (Straßburg 1898), dort auch eine Darstellung der durch bunten Erbgang verwirrenden Besitzverhältnisse. Der Autor dringt bis auf die unterste Ebene der in ihrer Komplexität schwer zu fassenden Thematik vor und gibt eine Verwaltungsgeschichte des Elsaß zur Zeit des Ancien Régime; die Behandlung des Problems im internationalen Spannungsfeld bleibt ihm eher Nebensache (S. 121-197). Zur französischen Perspektive vgl. Sorel 2, S. 77-84, 95-98, Pierre Muret, L'affaire des princes possessionnés d'Alsace et les origines du conflit entre la Révolution et l'Empire. In: RHMC 1 (1899/1900) 433-456, 566-592 [stark antipreußisch], Bertrand Auerbach, La France et le Saint-Empire Romain Germanique depuis la paix de Westphalie jusqu'à la Révolution française (Paris 1912) 427-456 [tendenziös und in der Betonung der antirevolutionären Politik des Reichs zu rigoros; vgl. etwa die Beurteilung der Wahl Leopolds II. als Beweis für eine "tendance réactionnaire et antifrançaise"] und jüngst Valérie Poinssotte, Les relations diplomatiques entre la France et les électors ecclésiastiques rhénans de 1789 à 1792. In: Ecole Nationale des Chartes. Positions des thèses 1986, S. 141-150. Den preußischen Standpunkt trägt - die anti-preußischen Wertungen Murets korrigierend - Wilhelm Lüdke, Preußen und die elsässische Frage nach. Die ansonsten recht gründliche Studie von Peter Muzik, Egid Valentin Felix Freiherr von Borjé 1719-1793. Leben und Werk eines österreichischen Staatsmannes (ungedr. phil. Diss. Wien 1972) widmet der österr. Frankreichpolitik am Reichstag nur sehr wenig Raum. Francine Roze (Hrsg.), La Révolution en Lorraine. Ausstellungskatalog zur Ausstellung im Musée Historique Lorrain 19. Mai-31. August 1989 (o.O., o.D.) übergeht die Problematik der Reichsenklaven in Lothringen, und auch Eric Hartmann, La Révolution française en Alsace et en Lorraine (Paris 1990) widmet in seiner ansonsten erschöpfenden Studie dieser Frage nur wenig Raum. - Als reichhaltige Quellensammlung mit zahlreichen Berichten der an den rheinischen Kurhöfen stationierten k.k. Diplomaten an die Reichshofkanzlei in Wien ist immer noch heranzuziehen: Joseph Hansen (Hrsg.), Quellen zur Geschichte des Rheinlandes im Zeitalter der Französischen Revolution 1780-1801 (= Publikationen der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde 42; Bonn 1931/33), für unseren Betrachtungszeitraum die Bde. 1 und 2.

nur unter gewissen Bedingungen und unter Wahrung älterer Sonderrechte zugefallen war. Besonders unklar schien an zu vielen Punkten die staatsrechtliche Stellung des noch mit zahllosen Enklaven durchsetzten Elsaß nach dem Westfälischen Frieden von 1648; weniger spektakulär war die Situation in Lothringen, das während des Polnischen Thronfolgekrieges an den polnischen Exilkönig Stanislas Leszczyński, 1766 aber definitiv an Frankreich kam, für das Habsburg-Lothringen aber dennoch im Reichsfürstenrat weiterhin unter dem Aufruf der Markgrafschaft Nomeny Sitz und Stimme führte¹³).

Der Vertrag von Münster hatte in einer Vielzahl von Paragraphen die territoriale Satisfaktion Frankreichs zu regeln versucht, dabei aber, wie die Entwicklung zeigte, mehr offengelassen als befriedigend geklärt. Französische Juristen und Diplomaten postulierten seit dem 17. Jahrhundert gestützt auf mißverständliche Passagen der §§ 73 und 74 des Münsteraner Vertragsinstruments, 1648 sei das ganze Elsaß unter volle französische Souveränität gefallen, während deutsche Staatsrechtler nur eine Abtretung des ehemals habsburgischen Besitzes und der österreichischen Gerechtsame (österreichisches Territorium im Sundgau, die Landgrafschaft in Ober- und Unterelsaß und das Landvogteirecht über die elsässische Dekapolis) zugeben wollten und im übrigen unter Berufung auf § 87 IPM die explizit verankerte Reichsunmittelbarkeit der im genannten Paragraphen namentlich aufgeführten elsässischen Stände (Murbach, Lüders, Andlau, Münster, Lützelstein, Hanau, Fleckenstein, Oberstein, Reichsritterschaft im Unterelsaß, Dekapolis) hervorkehrten. Frankreich sollte sich mit jenen Rechten zufrieden geben, die zuvor das Haus Österreich geübt hatte. Eine "via-media-Partei" unter den Historikern des 19. Jahrhunderts optierte dagegen für einen bewußt unklaren Wortlaut des Friedensinstruments, der beiden Seiten üppige Interpretationsmöglichkeiten eröffnete. Karl Otmar von Aretin schließlich vertritt ebenso wie Karl Härter den Standpunkt, daß Elsaß und Lothringen nie aufhörten, Bestandteile des Reichs zu sein, und sah lediglich ein "Kondominium" Frankreichs, eine Beteiligung an der Summe der staatlichen Rechte als gegeben an, "ohne daß die Oberhoheit des Reiches deshalb beseitigt oder verletzt worden wäre."

Frankreich wollte, nachdem es in den ersten Jahren nach dem Westfälischen Frieden die "enge Interpretation" des Reichs teilen mußte, unzweifelhaft mehr, nämlich die tatsächliche und volle Souveränität über die Stände des Elsaß. Erst mit dem Holländischen Krieg in den siebziger Jahren änderte sich die französische Politik. Ludwig XIV. unterwarf 1673 die widerspenstige Dekapolis, 1675 überschritt die Jurisdiktion des Conseil Souverain die Grenzen des alten österreichischen Besitzes, und während der Verhandlungen von Nimwegen zielte die Diplomatie des Sonnenkönigs offen auf die Festschreibung einer Zession des gesamten Elsaß ab. Ebenso vergeblich waren Revisionsbemühungen von kaiserlicher Seite, denn lediglich der in Münster festgeschriebene Zustand wurde bestätigt.

Die Reunionspolitik der frühen achtziger Jahre brachte schließlich einen neuen Vorstoß: die Ämter zwischen Selzbach (bislang die Nordgrenze des "französischen" Gebiets) und Queich fielen unter französische Souveränität. Frankreich schuf damit einen faktischen Zustand, der keinerlei Anspruch auf internationale Anerkennung erheben konnte. Im Frieden von Rijswijk 1697 wurde zwar das 1681 via facti in Besitz genommene Straßburg auch vertraglich abgetreten; dafür enthielt das Instrument aber zugleich Bestimmungen zur Wiederherstellung der Reichsunmittelbarkeit genau benannter Stände, also zur Aufhebung verschiedener rechtswidriger Annexionen bzw. "Reunionen". Die Friedensschlüsse von Rastatt, Baden und Wien beinhalteten ebensowenig eine Anerkennung der französischen Herrschaft über das ganze Elsaß, so daß bei Ausbruch der Revolution an Frankreich - völkerrechtlich gedeckt - nichts weiter als die im Frieden von Münster benannten Gebiete und Gerechtsame (1648) sowie Straßburg (1697) und Landau (1714) zu Recht als französisch gelten konnten. Schon nach dem Frieden von Rijswijk hatte Frankreich das Dilemma der umstrittenen Souveränitätsverhältnisse durch Übertragung eines der alten Reichsverfassung nachgebildeten Grundprinzips auf das Verhältnis der französischen Krone zu den Enklaven im Elsaß, aber auch und vor allem zu den 1697 restituierten Reunionen außerhalb zu lösen versucht: durch die

¹³) Der hohen Komplexität der Frage kann hier nicht im einzelnen nachgegangen werden. Armand Brette, *Les limites et les divisions territoriales de la France en 1789* (Paris 1907) und Jean-François Noël, *La problèmes de frontières entre la France et l'Empire dans la seconde moitié du XVIII^e siècle*. In: RH 235 (1966) 333-346 geben zumindest einen ersten Eindruck der verwirrenden Lage. Besonders nach 1918 entstand vor aktuellem politischem Hintergrund viel Schrifttum zur Frage des deutsch-französischen Grenzverlaufs. Einen brauchbaren Überblick mit weitem zeitlichen Horizont bietet Gaston Zeller, *Comment s'est faite la réunion de l'Alsace à la France* (Paris 1948). Über mißlungene reichische Revisionsversuche nach 1648 vgl. etwa Hermann Hackert, *Der Friede von Nimwegen und das deutsche Elsaß*. In: HZ 165 (1942) 472-509.

Unterscheidung zwischen der alles überwölbenden Souveränität ("domaine suprême") Frankreichs und der nachrangigen Landeshoheit ("supériorité territoriale") der Reichsstände, die nur die "droits seigneuriaux" und einen begrenzten Teil der Souveränitätsrechte für sich in Anspruch nehmen durften.

Da von Unterhandlungen auf Reichstageebene keine Lösung dieser Causa zu erwarten stand, suchte sich die französische Krone seit langem direkt mit den landsässigen bzw. hauptsächlich außerhalb des Elsaß residierenden Betroffenen in Privatverträgen auszugleichen und deren Anerkennung des faktischen Zustandes, also der französischen Souveränität, gegen Garantie des Besitzstandes zu erzwingen. Völkerrechtlich blieb dies freilich unverbindlich, da die einzelnen Reichsstände zu einer solchen "Entfremdung von Reichslehen" gar nicht berechtigt waren und das Reich diese individuelle Unterwerfung unter französische Souveränität bloß inoffiziell und jedenfalls ohne Billigung zur Kenntnis nahm. Die alte Diözesan- und Metropolitaneinteilung blieb von allen Veränderungen unberührt, die Diözese Straßburg galt weiterhin nicht als Teil der französischen Kirche, das Konkordat hatte daher hier keine Gültigkeit. Auch blieb das Elsaß außerhalb des französischen Zollgebietes, das in den Vogesen endete. Erst die Revolution schob die Zollgrenzen an den Rhein vor.

Die Souveränität der französischen Krone über das Elsaß kam bei allen Einschränkungen hinreichend zum Ausdruck, in der vorgeordneten höheren Verwaltung, in der Militär- und Finanzhoheit und in vielfältigen Appellationsmöglichkeiten an den Conseil souverain. Die Verwaltungsvereinheitlichung des französischen Absolutismus und mit ihr die starke Hand der Intendanten machte schon lange vor der Revolution vor den Reichsständen nicht gänzlich halt; weder vor jenen, die im Lande ansässig blieben (z.B. die unterelsässische Reichsritterschaft, die der rechtsrheinischen Ritterschaft als gesonderter Bezirk beitrug), oder über keine eximierenden "lettres patentes" verfügten und daher der französischen Herrschaft unbedingt, also etwa in der Gerichtshoheit auch über die Person, unterworfen und selbst steuerpflichtig waren, noch vor jenen besonders bevorrechteten Einsprengseln, die durch verwirrenden Erbgang an größere "auswärtige" Reichsstände gelangten und daher zu deren minderwichtigen Annexen wurden. Was ihre Besitzungen im Elsaß anging, waren die stolzen Reichsstände von mit Souveränitätsrechten begabten elsässischen Landherrn peu à peu zu besonders privilegierten ausländischen Landbesitzern mit den üblichen gerichtlichen, leib- und grundherrschaftlichen Rechten und (oft sehr beträchtlichen) Einnahmen abgesunken. Die Aufrechterhaltung des fadenscheinigen Kompromisses im Elsaß war freilich nur solange möglich, solange Frankreich und das Reich auf einer wenigstens in den Grundzügen gemeinsamen verfassungsmäßigen Basis standen.

Das Reformwerk der Constituante und der Proteststurm

Bereits die französischen Pläne zu einer umfassenden Neuregelung der Provinzial- und Lokaladministration ab Juni 1787 drohten durch die Einrichtung neuer, mittels Wahl zu bestellender Gemeindeversammlungen weitere Eingriffe in die hergebrachten Herrschaftsstrukturen und die bestehenden Magistrate und Dorfgerichte herbeizuführen; gleiches galt für die Gerichtsreformen seit Frühjahr 1788 und die Verstärkung des Steuerdrucks im November 1787; noch vor der Krise des Jahres 1789 rüttelte der letzte Reformschub des Ancien Régime an den Fundamenten des Feudalregimes¹⁴⁾.

Schon damals begannen einzelne Reichsstände für ihre französischen Enklaven Widerstand gegen die ohnedies nur rudimentär durchgeführten und vielfach boykottierten Neuerungen zu leisten bzw. die Reformen am Königshof zu bekämpfen; schon damals lief man Gefahr, der Steuerbefreiung, des letzten Restes der alten landesherrlichen Stellung, und der herrschaftlichen Gerichtsbarkeit verlustig zu gehen. Allerdings fehlte es von Anfang an an einer gemeinsamen Linie der Betroffenen, zwischen Verhandlungsbereitschaft und Unnachgiebigkeit sollte man bis zum Ende schwanken. Aber auch die Politik der im Kräftefeld der unterschiedlichsten Strömungen gefangenen, letztendlich einer Eximierung der Reichsfürsten zuneigenden französischen Krone blieb unentschieden.

Die Revolution von 1789 sprach bald eine deutlichere Sprache. Denn der "révolution des députés" in Versailles und der diese stützenden "révolution urbaine" in Paris folgte im Sommer 1789 in aller Heftigkeit eine seit Frühjahr schwelende "révolution des paysans". Viele Schlösser und Klöster gingen mit den

¹⁴⁾ Vgl. Maurice Bordes, *L'administration provinciale et municipale en France au XVIII^e siècle* (Paris 1972) 334-342. Die Entwicklung seit 1648 und die beginnenden Eingriffe nach 1787 stellt Ludwig, S. 1-120, hervorragend gegenüber.

zugehörigen Herrschaftsarchiven in Flammen auf. Die "Grande Peur" vor Brigantenheeren und aristokratischen Verschwörungen tat ein übriges zur Anfachung der hitzigen Situation. Die Sorge vor einem Überschwappen der bäuerlichen Revolution, die man nicht im Blut ersticken konnte und wollte, veranlaßte schließlich die Nationalversammlung zu unvermeidlichen Zugeständnissen. Liberale Adelige unternahmen in der berühmten Nacht des 4. August 1789 den vielgelobten Vorstoß zu einer Abschaffung der Privilegienherrschaft und besonders des Feudalsystems (Dekret vom 5./11. August 1789). "Exaltation générale" und "calcul politique" verbanden sich zu der Zielvorstellung, alte "Feudalrechte" gegen "bürgerliches" Geld umzumünzen. Erste Schwierigkeiten ergaben sich, nachdem sich der Enthusiasmus gelegt hatte, schon bei der Abfassung entsprechender Dekrete in den folgenden Tagen. Die Ausführungsbestimmungen ließen z.T. bis in den Sommer 1790 auf sich warten. Der "seigneur" verlor alle herrschaftliche Gewalt und wurde endgültig zum bloßen Grundeigentümer, Teile seiner Rechte hob man ersatzlos auf ("droits abolis sans indemnités": herrschaftliche Gerichtsbarkeit, main morte, Hand- und Spanndienste, an die Person gebundene Leistungen), Teile erklärte man für ablösbar ("droits rachetables"); die Kirche büßte den Zehent ein, Rom ging der Annaten (immerhin durchschnittlich mehr als 350.000 Livres pro Jahr) verlustig - ein eklatanter Verstoß gegen das Konkordat. Von einer Totalenteignung der Feudalherren schlechthin konnte aber keine Rede sein, "terres féodales" sollten lediglich in "biens fonciers ordinaires" umgewandelt werden¹⁵⁾.

Die im Elsaß begüterten und berechtigten Reichsstände protestierten einhellig - wenngleich wieder nicht gemeinsam. In ihren Reklamationen bei Hof bestritten sie zwar gar nicht den Übergang der Souveränität über das Elsaß an Frankreich - dem standen auch großteils ihr Separatanerkennungen der französischen Oberhoheit entgegen -, sie wollten sich aber in ihren landeshoheitlichen Rechten nicht mit den übrigen französischen Adelligen und ihren seigneurialen Privilegien auf gleiche Stufe stellen lassen und keine Kategorisierung ihrer Rechte vornehmen, die ja als Totum durch Verträge garantiert waren und jetzt unbedingt eine Eximierung ihrer Gebiete zu erfordern schienen. Der König schlug sich auch tatsächlich auf ihre Seite und erinnerte die Nationalversammlung nachdrücklich an die besonderen Rechte der Reichsstände (September 1789) - ohne Erfolg. Verfieng also dieser Weg des direkten Protestes nicht mehr, da die Klärung der Frage nicht mehr dem autokratischen Willen des Allerchristlichsten Königs unterlag, so stand immerhin noch der Rekurs an das Reich als Schutzmacht und Garant des Westfälischen Friedens und der Folgeverträge offen. Freilich war man sich der Gefahr einer Internationalisierung des Konflikts bewußt, und so entschloß sich auch nur ein Teil der gekränkten Reichsstände sogleich zu einer Befassung Regensburgs.

Noch ehe die Neustrukturierung der französischen Kirchenverfassung die Bruchlinien im Verhältnis zwischen Reich und Revolution weiter vergrößerte (vgl. dazu im Detail unten), war es ein Kirchenfürst gewesen, der als erster den Widerstand gegen die Dekrete der Nationalversammlung auf seine Fahnen heftete: der streitbare antiaufklärerische Graf Limburg-Styrum, Fürstbischof von Speyer, den soziale Unruhen bis in seine Residenz zu Bruchsal verfolgten.

Auch Botschafter Mercy in Paris hatte sofort die gefährvollen Folgewirkungen der in jener legendären Nacht des 4./5. August 1789 gefaßten Beschlüsse erkannt, denen ja auch der Zehent zum Opfer fiel. Der selbstlose Wettstreit der liberalen Adelligen, "sehr wichtige Entsaugungen und Opfer zum Besten des Volkes zu decretiren", hatte zwar die Mehrheit auf seiner Seite und machte Hoffnung auf die Beseitigung schreiender Mißstände. Daß aber beträchtliche Reklamationen vieler Betroffener zu erwarten standen,

¹⁵⁾ Vgl. über die "Revolution der Bauern" auch die entsprechenden Passagen in Georges Lefebvres Klassiker 1789. Das Jahr der Revolution (dt. TB-Ausg. München 1989), bes. S. 129-161. Eine gute Darstellung der franz. "Grundherrschaft" und der revolutionären Reformen bietet Michel Garaud, Histoire générale du droit privé français de 1789 à 1804. La Révolution et la propriété foncière (Paris 1958). Die Zustimmung des Königs zu den August-Dekreten folgte erst am 3. November 1789. Eine Übersicht über die ersatzlos aufgehobenen bzw. abzulösenden Rechte gab das Dekret vom 15./28. März 1790, jenes vom 3./9. Mai 1790 setzte den Rückkaufmodus fest. Aufgrund der Höhe der Ablöse war der Rückkauf für viele oft genug illusorisch und wegen der Komplexität des Feudalrechts die Unterscheidung zwischen entschädigungslos zu Beseitigendem und Abzulösendem mehr als problematisch. Erst im Sommer 1793 wurden die Reste der "féodalité" brutal beseitigt. Ausführlich zu der sehr komplexen Problematik die entsprechenden Abschnitte bei Philippe Sagnac, La législation civile de la Révolution française 1789-1804. Essai d'histoire sociale (Paris 1898), die relevanten Dokumente in Ph. Sagnac/P. Caron (Hrsg.), Les comités des droits féodaux et de législation et l'abolition du régime seigneurial 1789-1793 (Paris 1907), Ausschnitte daraus bei L. Cahen/R. Guyot (Hrsg.), L'oeuvre législative de la Révolution (Paris 1913).

daran durfte nicht ernstlich gezweifelt werden. Mercy hatte der Staatskanzlei sogleich mit eindrucksvollen Zahlenbeispielen zu belegen gesucht, wieviel gerade einzelne französische Kirchenfürsten nun von ihrem Einkommen einbüßten¹⁶⁾.

Etwa zeitgleich mit dem Bericht Botschafter Mercys muß in Wien im August 1789 eine Beschwerde des Fürstbischofs von Speyer eingelangt sein, der sich bereits mit anderen, gleichfalls von den Neuerungen betroffenen Reichsständen in Verbindung gesetzt hatte und endlich auch in Wien den Stein ins Rollen bringen wollte. Unermüdlich bombardierte Limburg-Styrum ab Sommer 1789 Kaiser und Reichshofkanzlei mit Eingaben und Promemorien und setzte alle Hebel in Bewegung, um eine Eximierung seiner linksrheinischen Besitzungen und Gerechtsame - v.a. seiner sechs Ämter am rechten Queichufer - zu erreichen. Zwar hatte sich einer seiner Vorgänger am Speyerer Bischofsthron im Jahre 1756 für seine Güter und Gefälle jenseits der Queich freiwillig der Oberhoheit des Rex Christianissimus unterworfen, allerdings - ganz abgesehen von den Sicherungsbestimmungen des Westfälischen Friedens - unter französischer Garantie aller Rechte, Besitzungen und Gerechtsame, insbesondere der Jurisdiktions- und Territorialhoheitsrechte. Vehemente Proteste aus Speyer waren daher bereits 1787/88 laut geworden, als der Reformversuch der Provinzial- und Lokalverwaltung speyerische Herrschaftsrechte bedrohte, sogar von einer Aufhebung der bisherigen Steuerfreiheit die Rede war und schließlich 1788 die neue Gerichtsorganisation kurzfristig die Gerichtshoheit des Fürstbischofs gefährdete. Daß eine Zugehörigkeit der speyerischen Enklaven jenseits der Queich zum französischen Staatsgebiet trotz der ungeklärten Grenzverhältnisse zunehmend zur französischen *communis opinio* wurde, schien sich nicht zuletzt dadurch zu bestätigen, daß im März 1789 auch Speyer zur Teilnahme an den Wahlen für die Generalstände geladen wurde. Einmal mehr protestierte man damals gegen die Mißachtung der Sonderstellung der Reichsfürsten und erhielt immerhin im Mai 1789 vom französischen Außenministerium die Zusicherung, daß die Rechte der linksrheinisch begüterten Reichsstände auch weiterhin gewahrt würden. Diese Zusage war nun durch die August-Dekrete der Nationalversammlung zur Überraschung des Fürstbischofs Lügen gestraft worden. Schon kurze Zeit nach Bekanntwerden der Abschaffung des Feudalsystems verweigerten denn auch die unruhig gewordenen Untertanen der speyerischen Ämter über der Queich die Entrichtung des Zehents und der meisten anderen Abgaben. Ganze Gemeinden und Ämter rotteten sich zusammen, um die Herrschaftsbeamten zur Auslieferung der Rechstitel und Urkunden zu nötigen.

Im Gefolge des bitteren Protests vom August 1789 erstattete der Reichsvizekanzler dem Kaiser noch im September 1789 einen ersten gründlichen Vortrag zur Elsaß-Frage. Fürst Colloredo konnte zwar nicht in Abrede stellen, daß die Unterwerfung Speyers unter französische Oberhoheit im Jahre 1756 die Situation verkomplizierte, doch wurde dieses reichskonstitutionswidrige Benehmen, zu dem auch andere Reichsstände in ihrer Not Zuflucht genommen hatten, durch ein wesentliches Faktum wenigstens aufgewogen: das französische Vorgehen im Elsaß war von Anfang an - also seit dem 17. Jahrhundert schon - alles andere als legal. Auch der Reichsvizekanzler vertrat natürlich die Rechtsmeinung der meisten deutschen Staatsrechtler, wenn er erklärte, daß im Frieden von Münster Ludwig XIV. (§ 73) nur ehemals habsburgischer Besitz bzw. Gerechtsame zugestanden worden waren, das Instrument in § 87 dagegen den anderen begüterten und berechtigten Reichsständen ihre Besitzungen *mit Landeshoheit und Reichsunmittelbarkeit* bestätigt hatte. Nur durch bewaffnete Eroberung und faktische Inbesitznahme hatte sich Frankreich im Laufe der Dezennien im Elsaß ausdehnen und das erreichen können, was ihm auch der Rijswijker Friede keineswegs konzedierte. Schon 1699 war allerdings am Reichstag von Pfalz-Birkenfeld die peinliche Frage aufgeworfen worden, wie es sich denn eigentlich mit den Souveränitätsverhältnissen im Elsaß verhalte. Sie blieb damals unbeantwortet, die Lage im Elsaß weiterhin undurchsichtig. Auch Revisionsbemühungen während des Spanischen Erbfolgekrieges waren schließlich nicht mehr als eitler Anspruch, die förmliche Abgabe Landaus - des nördlichsten Glieds der Dekapolis - an Frankreich 1714 bestärkte Versailles vielmehr in der Ansicht, nun tatsächlich das gesamte Elsaß bis an die Queich unter Kontrolle gebracht zu haben. Grenzregelungsbestimmungen des Wiener Friedens von 1738 blieben unausgeführt.

¹⁶⁾ Mercy an Kaunitz (17. 8. 1789 - O*). Rudolf Reinhard, Der Speierer Fürstbischof von Limburg-Styrum in der Verteidigung seiner reichsfürstlichen Rechte in seinen oberqueichischen Besitzungen gegen die Ansprüche der Französischen Revolution im Jahre 1789. In: Freiburger Diözesanarchiv 3. F. 9 (1957) 303-311, Jürgen Voss, Soziale Unruhen im rechtsrheinischen Teil des Hochstifts Speyer im Zeitalter der Französischen Revolution. In: Ders., Deutsch-französische Beziehungen im Spannungsfeld von Absolutismus, Aufklärung und Revolution (= Pariser Historische Studien 36; Bonn/Berlin 1992) 297-312. Besonders eingehend mit einer gelungenen Vorgeschichte des "Abrutschens" der sechs oberqueichischen Ämter Speyers unter frz. Souveränität sowie des verbissenen Widerstands Limburg-Styrum: Georg Eugen Kunzer, Die Beziehungen des Speierer Fürstbischofs Damian August Philipp Karl Grafen von Limburg-Styrum zu Frankreich (Diss. München [Druck Speyer] 1915).

Bei derart unsicheren Verhältnissen riet der Reichsvizekanzler Joseph II. im September 1789, keinesfalls als Reichsoberhaupt bei der französischen Krone tätig zu werden und so einer Reichsdeliberation vorzugreifen. Sicher hatte der Kaiser in der Wahlkapitulation versprochen, das Reich zu schützen und zu schirmen, aber andererseits auch zugesagt, mit den benachbarten christlichen Mächten Frieden zu halten und die Reichsfriedensschlüsse nicht im Alleingang zu interpretieren, sondern den Rat der Stände zu hören. Der Kaiser - mit ganz anderen Sorgen als den Querelen zwischen Frankreich und den gekränkten Reichsständen belastet - beschloß daraufhin, eine bloß freundlich-dilatorische Antwort an den Fürstbischof nach Bruchsal zu senden und beschleunigte damit wohl das Bestreben Limburg-Styrum, die Sache auf den Reichstag zu bringen. Auch die Staatskanzlei hatte sich in ihrem Gutachten zu den Speyerer Protesten betont pragmatisch verhalten. Gerade in der kritischen 2. Jahreshälfte 1789 sah man dort keinerlei Veranlassung, eine uralte Streitfrage, um die sich das Reich selbst seit 50 Jahren nicht mehr bekümmert hatte, wieder aufzuwärmen. Lieber wollte man dem Fürstbischof die Möglichkeit einräumen, seine Gravamina an den Reichstag zu bringen, als den Kaiser vorpreschen sehen oder den Reichshofrat mit einem Fall befassten, für den er gar nicht kompetent war und der sich zudem auch kaum auf dem "reinen" Rechtsweg lösen ließ¹⁷⁾.

Dennoch war gänzliche Passivität des Reichsoberhauptes in dieser Frage wenig statthaft. Denn daß sich einzelne Betroffene an den Reichstag wandten - im Januar/Februar 1790 wurden in Regensburg u.a. die Beschwerden des Johannitermeisters, des Bischofs von Straßburg und des Bischofs von Speyer diktiert - und Limburg-Styrum im Januar 1790 angeblich gar mit dem in den Augen der Reichshofkanzlei ganz verfassungswidrigen Gedanken umging, die russische Zarin als Garantin des Teschener und damit auch des Westfälischen Friedenswerkes als Mediator in die Elsässer Frage hineinzuziehen, erzeugte einen gewissen Druck, schuf aber andererseits auch erst die Voraussetzungen für ein verfassungsgemäßes Tätigwerden des Reichsoberhauptes. Denn den Reichsberatungen durch isolierte Aktionen aus Wien vorzugreifen erachtete der Reichsvizekanzler zumal angesichts der bekannt österreichfeindlichen Stimmung im Reich und des Mißtrauens gegen Joseph II. für zu bedenklich. Immerhin wollte man sich im Sinne des Fürstbischofs von Speyer endlich dazu herbeilassen, Botschafter Mercy in Paris mit ersten Sondierungen ("freundschaftlichen Insinuationen") beim Allerchristlichsten König zu betrauen, mit denen man sich nicht allzuweit nach vorne wagte und auf beiden Seiten Anerkennung gewinnen mochte, anstatt sich fruchtlos zu kompromittieren. Gerade die Staatskanzlei zeigte sich noch im Januar 1790 überaus skeptisch und nahm die allgemein geäußerte Vermutung, daß Frankreich seine Beschlüsse vom Sommer 1789 auch wirklich in völkerrechtswidriger Weise gegen die Reichsstände durchsetzen wollte, keineswegs für bare Münze¹⁸⁾.

Die Beschwerden der Betroffenen verschafften sich freilich immer vernehmlicher Gehör. Der in der Halsbandaffäre von 1785/86 zu trauriger Berühmtheit gelangte Kardinal Rohan, Fürstbischof von Straßburg - er blieb als Kirchenfürst mit Sitz und Stimme im Reichsfürstenrat und französischer Grandseigneur eine Schlüsselfigur sowohl der Elsaß- als auch der Emigrantfrage - hatte sich noch im November 1789 mit seinen Reklamationen an den Oberrheinischen Kreis und an der Jahreswende 1789/90 mit anderen an den Regensburger Reichstag selbst gewandt. Den Kaiser hatten Domkapitel und Fürstbischof natürlich gleichfalls nicht mit Eingaben verschont. Zwar war das Hochstift Straßburg auch auf rechtsrheinischem Gebiet begütert, die wirklich einkunftsintensiven Besitzungen lagen aber auf französischer Seite, und für jene Teile des Hochstifts hatten sich die Vorgänger des Fürstbischofs nach dem Beispiel anderer Reichsstände der französischen Souveränität unterworfen. Nun drohten die harten französischen Reformmaßnahmen den elsässischen Teil des Straßburger Hochstifts voll zu erfassen, Bischof und Domherren aber aus der "Classe der Eigenthümer" auf das Niveau "besoldeter Kirchendiener" zu drücken, schrieb man dem Kai-

¹⁷⁾ Fstbf. von Speyer an RVK (Bruchsal, 20. 8. 1789) mit Promemoria, Vortrag des RVK (11. 9. 1789) mit Beilagen, RVK an Fstbf. von Speyer (24. 9. 1789), Fstbf. von Speyer an RVK (Bruchsal, 29. 12. 1789), Fstbf. von Speyer an RVK (Bruchsal, 20. 1. 1790) mit der Denkschrift an den Reichstag (20. 1. 1790; Druck); RK RkgF 1/2. Das Gutachten der Staatskanzlei zum Vortrag des RVK (17./18. 9. 1789; StK Interiora Reichscirculanden 21).

¹⁸⁾ Vortrag RVK (10. 1. 1790), Staatskanzlei an Reichskanzlei (10. 1. 1790), Reichskanzlei an Staatskanzlei (12. und 15. 1. 1790), Reichskanzlei an Mercy (13. 1. 1790); RK RkgF 1/2. Gutachten der Staatskanzlei zum Vortrag des RVK (11. 1. 1790; StK Interiora Reichscirculanden 21). RVK an Leykam (25. 1. 1790; RK Weisungen a. d. Principalkommission 13a). Mercy selbst hatte schon zuvor von den beträchtlichen Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Reformen in einigen Provinzen und besonders gegen die Reichsfürsten berichtet: Mercy an Kaunitz (4. 1. 1790 - O*). Fstbf. von Speyer an Mercy (20. 1. 1790) mit dem Entwurf einer Antwort des Botschafters: SA Frkr. Varia 42 Konv. Frkr. Varia 1790.

ser flehentlich im Dezember 1789. Die Verarmung des Domkapitels, so wurde Joseph II. belehrt, widerspricht freilich dem Interesse des Reichs insgesamt, denn 16 Straßburger Präbenden standen deutschen Herren von fürstlichem oder altgräflichem Rang zu¹⁹⁾.

Im Oberrheinischen Kreis schienen sich die Beschwerdeführer zu konzentrieren: Neben Speyer und Straßburg waren auch die bedeutenden elsässischen Besitzungen Pfalz-Zweibrückens (Kleeberg, Gutenberg, Bischweiler, Seltz, Hagenbach, Germersheim, Petite Pierre/Lützelstein, Rappoltstein-Ribeauvillé ...) trotz der Schutz- und Garantierklärungen, die man sich im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts durch Anerkennung der französischen Souveränität teuer genug erkaufte hatte, von den französischen Reformen betroffen. Mit Basel, Württemberg, Baden und anderen zählte Zweibrücken aber bald zu jenen, die - durch jeweils unterschiedliche Motive - Verhandlungsbereitschaft erkennen ließen. Nachdem man mehr als ein Jahr lang kaum Einkünfte aus den Zweibrückener Exklaven im Elsaß hatte beziehen können und auch die Gerichtshoheit durch den Umbau des Verwaltungslebens so gut wie beseitigt war, mußte sich Herzog Karl II. von Zweibrücken (1747-1795) geschlagen geben und Ausgleichsverhandlungen einleiten, um nicht völlig leer auszugehen²⁰⁾.

Einer der konsequentesten und kompromißlosesten Beschwerdeführer war dagegen der Landgraf von Hessen-Darmstadt, Ludwig IX. (1719-1790), der im Januar 1790 erstmals in Wien vorstellig wurde, um auf das Schicksal seiner elsässischen Besitzungen um den Hauptort Buchweiler aufmerksam zu machen. Die bedeutendsten Ämter der 1736 an Hessen-Darmstadt gefallenen Reichsgrafschaft Hanau-Lichtenberg lagen jenseits des Rheins und fanden sich so ab Sommer 1789 unter dem Damoklesschwert des französischen Reformeifers wieder. Auch Hanau-Lichtenberg hatte sich im Laufe des 18. Jahrhunderts mehrfach der französischen Souveränität unterworfen und dafür alle landeshoheitlichen Rechte behalten dürfen, die mit der Oberhoheit des Allerchristlichsten Königs vereinbar waren. Der Sohn und Nachfolger Ludwigs IX., Ludwig X. (1753-1803), wiederholte im Dezember 1790, als er in Wien um Lehensmutung für Hanau-Lichtenberg einkam, und neuerlich im Frühjahr 1791 - die Einkünfte waren nun bereits seit nahezu zwei Jahren versiegt - das Ansuchen seines Vaters um Schutz und Beistand des Kaisers. Den französischen Entschädigungsanträgen verschloß er sich anders als sein Kreismitglied Zweibrücken konsequent. Nicht nur die Rechte der geistlichen Reichsfürsten ließen sich nach Meinung des Landgrafen billigerweise nicht in Geld ablösen (bestenfalls im Verhältnis 1:1 mit Land und Leuten). Dem Reich durften Land und Leute, mithin wesentliche Teile des Reichskörpers nicht für Geld oder "gar um Assignate" feil sein. Auch die territorialen Annexe der weltlichen Reichsstände jenseits des Rhein waren ihm nicht bloßes Privateigentum, sondern teilweise eingeschränkte Landeshoheiten über Gebiete, die immer noch dem deutschen Reichskörper angehörten. Kaiser und Reich standen daher nach Interpretation Hessen-

¹⁹⁾ Straßburger Domkapitel an RVK und Kaiser (11. 12. 1789), Degelmann an RVK (Frankfurt, 12. 12. 1789) mit "Mémoire et observations du prince-évêque de Strasbourg (Druck) und "Promemoria des Hochstiftes Strasburg" (Druck): RK RkgF 1/2. - Vgl. über das Exil des Straßburger Kardinal-Fürstbischofs Rohan eingehend aus dem Blickwinkel der Eitenheimer Lokalhistorie Jörg Sieger, Kardinal im Schatten der Revolution. Der letzte Fürstbischof von Straßburg in den Wirren der Französischen Revolution am Oberrhein (Kehl 1986).

²⁰⁾ Degelmann an RVK (Frankfurt, 22. 11. 1789) mit Promemoria des Kreisdirektoriums (20. 11. 1789), RVK an Degelmann (30. 11. 1789), Degelmann an RVK (2. 12. 1789) mit "Observations très-importantes pour la maison palatine des Deux-Ponts" (1789; Druck), Karl von Pfalz-Zweibrücken an Leopold II. (26. 1. 1791): RK RkgF 1/2. In der Zweibrückener Sache gab es jedoch Differenzen zwischen der Zweibrückener Linie, Herzog Karl und seinem Bruder Maximilian, dem späteren bayerischen König (zu Beginn der Revolution noch in französischen Kriegsdiensten), und dem in Lützelstein mitberechtigten pfalzbayerischen Kurfürsten als Chef des Hauses, der die Verhandlungswilligkeit nicht guthieß: RVK an Leykam (30. 3. 1791; RK Weisungen a. d. Principal-commission 13a) u. an Blumendorf (27. 3. 1791; RK RkgF 1/2). Die Pfalz übte auch Mitregierungsrechte in den eigentlich speyerischen Gebieten von Landeck, Altenstadt und Dahn. - Kurt Baumann, Territoriale Entwicklung des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken. In: Willi Alter (Hrsg.), Pfalzatlas. Textband II (Speyer 1971) 1213-1224. Die innenpolitische Komponente beleuchtet Eberhard Weis, Pfalz-Bayern, Zweibrücken und die Französische Revolution. In: Jürgen Voss (Hrsg.), Deutschland und die Französische Revolution, S. 118-131. Weiters Rudolf Schrepfer, Pfalzbayerns Politik im Revolutionszeitalter von 1789-1793 (München 1903), Günther Ebersold, Rokoko, Reform und Revolution. Ein politisches Lebensbild des Kurfürsten Karl Theodor (Frankfurt/Main etc. 1985). Als Kuriosum zu nennen Ludwig Maenner, Bayern vor und in der Französischen Revolution (= Politische Bücherei 29; Stuttgart/Berlin/Leipzig 1927), bes. Kap. 4 "Die Französische Revolution und Zuckungen im bayerischen Volk".

Darmstadts die Oberbotmäßigkeit und zum Teil das lehensherrliche Obereigentum zu²¹⁾).

Schon am 7. Januar 1790 hatte der Oberrheinische Kreis ein Conclusum beschlossen, das die französischen "Nationalverfügungen" - ob man sie nun aus "Irrtum" oder durchaus im Bewußtsein des Unrechts erlassen hatte - schärfstens verurteilte und an das Reichsoberhaupt sowie die übrigen Reichskreise weitergeleitet werden sollte. Zugleich wollte man in Paris vorstellig werden und auch den französischen Gesandten beim Oberrheinischen Kreis, Baron Groschlag, mit den Vorwürfen konfrontieren. Plötzlich erinnerte man sich auch eines während des Spanischen Erbfolgekrieges diskutierten kaiserlichen Vorhabens, für die Rückführung der von Frankreich im Laufe der Zeit illegal entfremdeten Reichslande im Elsaß zu sorgen. Das französische Außenministerium war einigermaßen bestürzt; die bisher zersplittert agierenden Reichsstände hatten nun - auch aus Angst vor einer Ansteckung ihrer deutschen Lande mit dem revolutionären Virus - erstmals zu einer Gemeinschaftsaktion gefunden²²⁾).

Die Liste der Beschwerdeführer wurde in wähernder Zeit immer länger. Auch der Johanniterorden machte sich noch vor Ablauf des Jahres 1789 beim Kaiser zu Werke, bezog doch das deutsche Großpriorat des Ritterordens mit Hauptsitz in Heitersheim - der deutsche Johannitermeister war immerhin seit dem 16. Jahrhundert Reichsfürst mit Sitz und Stimme am Reichstag - aus den in Elsaß und Lothringen gelegenen und nun vom Reformwerk der Constituante akut bedrohten Komtureien einen ganz wesentlichen Teil seines Einkommens. Wie Speyer erhielt auch der Johannitermeister bloß eine dilatorische Antwort²³⁾).

Im Januar 1790 schaltete sich Maximilian Franz, Kurfürst von Köln in seiner Eigenschaft als Hoch- und Deutschmeister des Deutschen Ordens im Reichsfürstenrang mit Sitz und Stimme am Reichstag ein. Besorgt um die Ordensballeien in Elsaß und Lothringen, rief er den Kaiser als obersten Ordensschirmer an und wünschte sich wie andere auch entsprechende Schritte der k.k. Botschaft in Paris²⁴⁾).

Selbst österreichische Untertanen wurden schließlich von den weitreichenden Folgewirkungen im Gefolge der Abschaffung des Feudalsystems in Mitleidenschaft gezogen. So besaß z.B. die Universität Freiburg i. Br. im Elsaß zwei geistliche Pfründe, nämlich die ehemalige Augustinerchorherrenpropstei Oelenberg bei Mülhausen und St. Ulrich, die der hohen Schule 1774 vertraglich garantiert worden waren. Dennoch hatte man gegen Jahresende 1789 wie andere "gewöhnliche" Pfründenbesitzer die Aufforderung zur Aufstellung eines Güterverzeichnisses erhalten. Mercy ging noch im April 1790 die Weisung zu, die Beschwerden aus Freiburg bei den französischen Zentralbehörden zu unterstützen. Der Botschafter freilich war skeptisch, auch wenn ein Dekret der Nationalversammlung ausländischen Güterbesitzern noch für das ge-

²¹⁾ Ludwig IX. an Joseph II. (16. 1. 1790), Ludwig X. an die Reichsversammlung (14. 4. 1790) mit Promemoria des Landgrafen in seiner Eigenschaft als Graf von Hanau-Lichtenberg (Darmstadt 1790; Druck), Darmstädtisches Promemoria an das Kurfürstenkollegium in Frankfurt (August 1790; Druck), Ludwig X. an Leopold II. (23. 12. 1790), RVK an Ludwig X. (19. 1. 1791), Ludwig X. an Leopold II. (16. 5. 1791) mit "Promemoria" (1791; Druck); RK RkgF 1/2. Zur Unterstützung der Darmstädter Bemühungen in Paris durch die k.k. Diplomatie: Vortrag Kaunitz (19. 6. 1790; StK Vorträge 147 Konv. 1790 VI-VII). Kaunitz an Mercy (19. 6. 1790; SA Frkr. Weisungen 175 Konv. Kaunitz-Mercy 1790 VI-XII; Druck: Vivenot I, S. 488f), Mercy an Kaunitz (7. 7. 1790 - O). - J. R. Dieterich, Die Politik Landgraf Ludwigs X. von Hessen-Darmstadt von 1790-1806. In: Archiv für hessische Geschichte N.F. 7 (1910) 417-453 setzt zeitlich ganz andere Schwerpunkte.

²²⁾ Reichskanzlei an Mercy (26. 1. 1790), Vortrag RVK (26. 1. 1790) mit dem Conclusum des Oberrheinischen Kreises, Oberrheinischer Kreis an Joseph II. (Frankfurt, 28. 1. 1790); RK RkgF 1/2. Der Fränkische und der Schwäbische Kreis folgten mit etwas schwächeren Conclusa (2. 3. u. 18. 6. 1790). Als Außenminister Montmorin am 11. 2. 1790 der Nationalversammlung das Oberrheinische Kreisconclusum mitteilen ließ, wurde auch die Aufnahme von Entschädigungsverhandlungen mit den betroffenen Reichsfürsten beantragt, die Angelegenheit jedoch vertagt: AP 11, S. 547f.

²³⁾ Hompesch an Joseph II. (Malta, 14. 11. 1789), Vortrag RVK (15. 12. 1789) und Beantwortung des Schreibens (17. 12. 1789), Johannitermeister Joseph Benedikt von Heitersheim an Joseph II. (Heitersheim, 14. 1. 1790) mit "Promemoria", RVK an Johannitermeister (1. 2. 1790); RK RkgF 1/2. Das Gutachten der Staatskanzlei zum Vortrag des RVK (16. 12. 1789; StK Interiora Reichsirculanden 21). - Zur problematischen Stellung des Malteserordens in Frankreich und zu den ausländischen Interventionen zu seinen Gunsten im Jahre 1790 vgl. einige Materialien in AN F 7 4402.

²⁴⁾ Kfst von Köln an Joseph II. (7. 1. 1790), RVK an Kfst von Köln (29. 1. 1790); RK RkgF 1/2. Max Franz an Kfst von Mainz (5. 4. 1790) und die Antwort des Mainzers (11. 4. 1790); Hansen I, S. 594-598, 601-604. - Über die Kölner Haltung gegenüber der Revolution vgl. insgesamt Paul Biermanns, Die Politik des Kurfürsten von Köln Maximilian Franz gegenüber der französischen Revolution in den Jahren 1789-1792 (= Beiträge für die Geschichte Niedersachsens und Westfalens 23; Hildesheim 1910) und auch Braubach, Max Franz, S. 259-275 [kursorisch]. Bernhard Demel, Der Deutsche Orden und die Krone Frankreichs in den Jahren 1648-1789. In: Hermann Brommer (Hrsg.), Der Deutsche Orden und die Ballei Elsaß-Burgund (= Veröffentlichungen des Alemannischen Instituts Freiburg i. Br. 63; Bühl 1996) 97-187. Der Kurfürst war nicht nur als Hoch- und Deutschmeister von der Beseitigung der "feodalité" betroffen, sondern mußte auch um die bisher zu Lehen ausgegebene, erst 1787 an Max Franz zurückgefallene Kurkölnner Herrschaft Sulz im Unterelsaß kämpfen. Die Verluste des Deutschen Ordens veranschlagte man mit 100.000 Gulden pro Jahr.

samte Jahr 1790 den Genuß eigentlich abgeschaffter Einkünfte weiter zusicherte, und riet zur raschen Abstoßung der Elsässer Besitzungen; ebenso Geschäftsträger Blumendorf im Jahre 1792. Denn bis 1791/92, als es hieß, daß die Nationalversammlung den eigenmächtigen Verkauf der Pfründen veranlassen wollte, um sich so für die Beschlagnahme von Besitzungen aufgelassener französischer Klöster in Belgien (September 1791) zu revanchieren, hatte sich die Verwirrung sichtlich nicht aufgeklärt. Österreich war zwar bereit auf Patronatsrechte, Grundzinsen, Frondienste und andere Gerechtsame zu verzichten, freilich nur gegen entsprechende Entschädigung. Staatskanzler Kaunitz machte sich noch kurz vor Kriegsausbruch 1792 eine Freude daraus, die französische Verfassung gegen ihre Schöpfer zu kehren: "Man sollte glauben, daß in Frankreich wie in jedem wohlgeordneten Staat die Leistung unpartheyischer Gerechtigkeit der Hauptgegenstand der Regierung seyn sollte, besonders da die französische Nation bey jeder Gelegenheit ihren Nachbarn die tröstliche Versicherung giebt, daß die neue Constitution bloß auf Gerechtigkeit und Billigkeit gegründet und ganz auf die Einschränkung der willkührlichen Gewalt gerichtet sey."²⁵⁾

Die von Botschafter Mercy aus Paris einlangenden Nachrichten zur Elsaß-Frage im allgemeinen lauteten indes nicht eben vergnüglich, warfen sie doch ein bezeichnendes Schlaglicht auf die für die Reichsstände gar nicht günstigen Machtverhältnisse in der französischen Hauptstadt. König und Außenministerium, die den Rechtsstandpunkt der Beschwerdeführer verstanden und zu einem guten Teil auch billigten, waren in dieser Frage nicht mehr die ausschlaggebenden Stellen. Die Lösung der diffizilen Problematik lag im wesentlichen bei der Nationalversammlung, und diese - daran ließ Mercy keinen Zweifel - ging, auch was Völkerrechtsverträge anlangte, von ganz anderen Grundsätzen aus als die hohe Politik des Ancien Régime. Als entmutigendes Beispiel führte der Botschafter zum Vergleich die - auf Wunsch der Insel erfolgte - endgültige Inkorporierung Korsikas in das französische Staatsgebiet und ihre administrative Gleichschaltung an (30. November 1789). Selbst die Proteste des Vertreters der Republik Genua, die immer noch die volle Souveränität beanspruchte, brachten keinen Erfolg, ebensowenig die Vorstellungen des französischen Außenministers Montmorin, der der Volksvertretung Vertragstreue als wesentlichen Bestandteil internationaler Politik verständlich zu machen suchte.

Trotzdem wurde das Prinzip des zurückhaltenden Abwartens wurde dagegen den österreichischen Vertretungsbehörden in Regensburg von der Staatskanzlei mehrmals eingepfist. Nach dem Geschmack der Behörde reagierten die Betroffenen recht überhitzt auf eine potentielle Gefahr, über deren Realitätsgehalt sich noch gar keine bestimmte Aussage treffen ließ. Mitte Februar 1790 präzisierte Kaunitz dem österreichischen und dem kurböhmischen Komitialgesandten am Reichstag, daß man in Wien nicht verstehe, "wie dermal schon die Beschwerden der Reichsstände gegen noch unbestimmte Verfügungen der französischen Nationalversammlung ein Gegenstand einer förmlichen Reichsberathschlagung" sein könnten. Der Staatskanzler setzte kurz vor dem nun voraussehbaren Eintreten des Interregnums auf die Wirkung der gütlichen Vorstellungen, die die betreffenden Reichsstände selbst am französischen Hof erhoben und die Joseph II. durch Botschafter Mercy unterstützen ließ. Letzten Endes glaubte man nicht, daß sich Frankreich über die Proteste einfach hinwegsetzen würde. Der französische Botschafter in Wien, Marquis de Noailles, sah sich allerdings seit Februar 1790 seitens der Reichskanzlei mehrfach mit Vorhaltungen zur Frage der "gekränkten Reichsstände" konfrontiert, und auch das französische Außenministerium ließ, so unwohl es sich bei der Verteidigung einer letztlich unhaltbaren Rechtsposition gefühlt haben mag, keinen Zweifel daran, daß das "neue Frankreich" sich bei Ausübung seiner Souveränitätsrechte jede Einmischung von außen verbat und keinesfalls daran dachte, sein "Staatsinteresse" dem Interesse einzelner Individuen unterzuordnen.

Der Tod Josephs II. im Februar 1790 und das anschließende "Interregnum" entthob schließlich Wien gegen die Befürchtungen des Reichsvizekanzlers sehr weitgehend der Beschäftigung mit der lästigen Elsässer Angelegenheit - einzig der Fürstbischof von Speyer bestürmte auch Leopold II. in seiner Eigenschaft als König von Böhmen und Ungarn - und ließ die Sache in Wien vorübergehend einschlafen, obwohl der

²⁵⁾ Kaunitz an Mercy (14./15. 4. 1790 - O) mit Beilagen, Mercy an Kaunitz (4. 10. 1790 - O*). Mercy an Montmorin (20. 6. 1790) u. Montmorin an Mercy (27. 8. 1790); SA Frkr. NW 14 Konv. Paris 1789-1800. Kaunitz an Blumendorf (30. 12. 1791, 4. 4. 1792; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Blumendorf 1791, Konv. 1792 III-VII), Blumendorf an Kaunitz (7. 11. 1791, 18. 1. 1792; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1791 VII-XII bzw. 1792), an Mercy (21. 11. 1791, 9./12. 2. 1792; SA Frkr. Varia 42 Konv. Mercy-Blumendorf 1790/91, Frkr. Varia 46 Konv. Blumendorf-Mercy 1792 I-LX; Druck: Hubert, S. 69-76). "Note relative au séquestre ordonné par l'Empereur" (Beschlagnahme französischen Klosterbesitzes in Belgien): AP 34, S. 550f (31. 10. 1791). AN D XXIII/2.

Reichstag - sich in endlose Querelen um die Rechte der Reichsvikare und des Reichstags verstrickend - gerade vor dem Hintergrund der "elsässischen Frage" weiterhin in Aktivität blieb. Daß die Affäre aber - sobald ein neues Reichsoberhaupt gekürt war - wieder ganz oben auf der Tagesordnung stehen würde, konnte auch dem französischen Außenministerium nicht verborgen bleiben. Frankreich interessierte sich daher ganz besonders dafür, ob auch Josephs Nachfolger Leopold von Toskana gesonnen war, die mit der Kaiserkrone verbundenen Beschwerneisse auf sich zu nehmen, und zu ihnen zählte nun eben die Hypothek der Elsaßfrage, die für die österreichisch-französischen Beziehungen leicht zu einem Stolperstein werden konnte. Noch im Oktober 1790 sorgte sich das französische Außenministerium um die Verbindlichkeiten, die dem Kaiser durch die Wahlkapitulationen gerade im Hinblick auf die Elsässer Angelegenheit zuzuwachsen drohten²⁶).

Im Sommer 1790 erhielt die Streitsache eine neue Facette. Für die innere Entwicklung des revolutionären Frankreich von besonderer Bedeutung und auch für die Verschärfung der Elsaßfrage maßgebend war die in der sogenannten "Constitution civile du clergé" (12. Juli 1790) gipfelnde Umgestaltung der traditionellen französischen Kirchenorganisation durch die Nationalversammlung. Mit der Zivilverfassung des Klerus endete im Sinne der proklamierten Gleichheit die Sonderstellung der Geistlichkeit als erster, von Steuerleistungen befreiter Stand des Königreichs. Die Kirche wurde unter Kränkung päpstlicher Rechte und unter Bruch des Konkordats von 1516 definitiv "verstaatlicht". Es kam mit einem Wort zu einer Nationalisierung des Katholizismus, die wohl dem Zug der Zeit entsprach. Man denke dabei an die Parallelen zu den josephinischen Diözesanreformen zur Ausschaltung fremder Einflüsse mittels Abtrennung und Neubildung von Diözesansprengeln. Der im Münchener Nuntiaturstreit kulminierende Gegensatz zwischen dem von den größeren Gliedstaaten des Reiches angestrebten Territorialkirchenwesen, der Unterwerfung der katholischen Kirchenorganisation unter die Landesherrschaft und der den Weg zur vollen Staatssouveränität verlegenden Reichskirche war auch eine wesentliche Frage der Reichspolitik am Vorabend der Revolution. Die französische Kirchenreform hatte natürlich beträchtliche Auswirkungen auf die Reichskirche. Ließen sich die von der Diözesanregulierung der Zivilverfassung betroffenen deutschen Kirchenfürsten wie Mainz, Trier, Speyer, Basel oder Lüttich ihre angestammten Rechte ablösen, so mußte auch der Kampf der geistlichen Reichsfürsten gegen das katholische Territorialkirchentum in Österreich und Bayern unglaublich werden²⁷).

Eine Ablöse der katholischen "Staatsreligion" durch eine andere hatte man auch in Frankreich keineswegs geplant. Die Reform der kirchlichen Struktur per se war nicht Teil eines vorgefaßten aufklärerischen Programms, schon gar nicht ein gewollter Schlag gegen "l'infâme". Der Klerus hatte sich ja - jedenfalls in den unteren Rängen - im Juni 1789 durch sein Zusammengehen mit dem Dritten Stand einige Anerkennung verdient. Vielmehr schlugen die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Umstrukturierungen gleichsam automatisch auf die Kirche zurück, so wie schon die Nacht des 4. August 1789 mit der Abschaffung der Feudalstruktur auch dem Klerus Einbußen gebracht hatte - etwa die Abschaffung des Zehnten - und die Erklärung der Menschenrechte die Monopolestellung der katholischen Kirche durch die Anerkennung anderer Religionsgemeinschaften erschütterte. Die katastrophale Finanzlage Frankreichs mußte notgedrungen die Blicke auf das große Vermögen der Kirchen und Klöster (ein Viertel bis ein Fünftel des Bodens) lenken, dessen man zur Sanierung der Situation bedurfte. Schon im November 1789 wurde die Umwandlung der, wie man nun argumentierte, der Kirche bloß zweckgebunden zu Kultus und Armenpflege etc. überlassenen "biens du clergé" in "biens nationaux" beschlossen. Als Ausgleich stellte der Staat im April 1790 ein Budget für den katholischen Kultus zur Verfügung - für viele Pfarrer nachgerade eine Verbesserung der Lebensumstände. Härter ging man mit der nicht sehr geschätzten Ordensgeistlichkeit ins Gericht und hob im Oktober 1789 die Klostergebäude, im Februar 1790 die kontemplativen Orden und Kongregationen auf.

Von Ende Mai bis Juli 1790 diskutierte und beschloß die Constituante schließlich die "Constitution civile du clergé", die das im August 1789 eingesetzte Comité ecclésiastique der Nationalversammlung erarbeitet hatte. Die Zahl der Bistümer wurde von 135 auf 83 beschränkt (die Diözesanregulierung also der Departementseinteilung angepaßt) und in zehn Metro-

²⁶) Mercy an Colloredo (28. 1. 1790), Reichskanzlei an Mercy (17. 2. 1790): RK RkgF 1/2. Kaunitz an Borié/Seilern (15. 2. 1790; StK DK Regensburg Österr. Gesandtschaft Weisungen 9). Ganz anders noch dto. (6. 2. 1790; StK DK Regensburg Kurbohm. Gesandtschaft Weisungen 6). - Montmorin an Noailles (13. 2., 2. 4. 1790), Noailles an Montmorin (13. 2., 24. 2., 17. 4., 2. 6. 1790); AMAE CP Autriche 359. Die Frage der möglichen Unterbrechung der habsburgischen Kaiserreihe nach dem vorauszusenden Tod Josephs wurde von Botschafter Noailles schon Anfang Juni 1789 - also ohne Bezug zur Elsaßfrage - aufgerollt: Noailles an Montmorin (3. 6. 1789; AMAE CP Autriche 357). Mercy an Kaunitz (10. 3. 1790 - O*, 4. 10. 1790 - O*). Fstbf von Speyer an RVK und an Leopold II. (Bruchsal, 17. 3. 1790), Mercy an Fstbf von Speyer (23. 2. 1790); RK RkgF 1/2. Vortrag Kaunitz (30. 3. u. 3. 4. 1790); StK Vorträge 147 Konv. 1790 I-III bzw. IV-V. Kaunitz an Mercy (1. 4. 1790 - O; SA Frkr. Weisungen 175 Konv. Kaunitz-Mercy 1790 I-V). - Insgesamt Härter, S. 70-98. Zur Korsika-Frage die Miscellen von Christian Ambrosi. Les deux annexions de la Corse (1768 et 1789). In: AHRF 43 (1971) 7-22, R. Emmanuelli, Le gouvernement de Louis XVI offre à la république de Gênes la rétrocession de la Corse (1790). In: AHRF 46 (1974) 623-640 u. allgemeiner René Boudard, Gênes et la France dans la deuxième moitié du XVIII^e siècle 1748-1797 (Thèse, Clermont-Ferrand 1962). Korsika war unter Verkenennung französischer Rechte auf die Insel bereits bei den Generalständen 1789 durch Abgeordnete vertreten.

²⁷) Vgl. etwa Aretin, Heiliges Römisches Reich I, S. 140 und 370-452. Konkret zu den Protesten des Trierer Kurfürsten beispielsweise Emil Zenz. Die kirchenpolitischen Beziehungen zwischen dem Erzstift Trier und Frankreich nach Ausbruch der Französischen Revolution. In: Archiv für mittelrheinische Kirchengeschichte 4 (1952) 217-228.

politianverbände zusammengefaßt. Die Domkapitel verschwanden. Die Bischöfe sollten von den Wahlversammlungen der Departements, die Pfarrer von den Wahlversammlungen der Distrikte gewählt werden und - gleich den übrigen Staatsbeamten - einen Treueid auf die Nation ablegen.

Das an sich akzeptable Reformwerk bedurfte freilich in den Augen vieler kirchlicher Würdenträger einer Sanktionierung durch eine höhere spirituelle Autorität. Die Constituante lehnte allerdings ein von den Bischöfen gefordertes Nationalkonzil ab, und von Seiten des Papstes, der von Kardinal Bernis, dem in der Literatur recht unterschiedlich bewerteten französischen Botschafter beim Hl. Stuhl, beraten wurde, war eine Approbierung keinesfalls zu erwarten. Schon im Juli 1790 hatte Pius VI. nach einer sehr scharfen ersten Verurteilung der Kirchenpolitik der Constituante in einem geheimen Konsistorium (März 1790) wissen lassen, daß die Zivilverfassung unannehmbar sei. Nach langem Zögern gab Ludwig XVI. dennoch im August 1790 seine Zustimmung zum Reformdekret. Die vielfältigen Widerstände des Klerus führten schließlich zur Verschärfung der Gangart. Am 27. November 1790 setzte die Constituante den Priestern "exerçant une fonction publique" eine zweimonatige Frist zur Ablegung des Eides auf die Verfassung, also auch auf die Zivilverfassung des Klerus. Die Eidfrage provozierte sofort eine regional unterschiedlich bedeutsame Spaltung in "prêtres constitutionnels/jureurs" und "prêtres réfractaires/insérentés" (v. a. in Nord- und Westfrankreich), in der sich z. T. auch die Gegensätze zwischen revolutionsfeindlicher ländlicher Bevölkerung und revolutionärer Stadt abzeichneten. Nur sieben Bischöfe legten den geforderten Eid ab, die Ablöse der eidverweigernden Kirchenfürsten gestaltete sich bisweilen recht schwierig, ebenso die Auflösung alter Diözesen. Nur etwa ein Drittel der geistlichen Mitglieder der Nationalversammlung war im Januar 1791 zur Eidesleistung bereit; in den Reihen des niederen Klerus dürfte das Verhältnis zwischen eidverweigernden und konstitutionellen Priestern auf 50 % zu 50 % zu veranschlagen sein. Mit den Eidverweigerern wurde anfänglich großzügig verfahren, sie durften - wie wohl abgesetzt - bis zur Ablöse in ihren Gemeinden bleiben und sollten dann Pensionen erhalten. Größeren Schwierigkeiten begegneten meist die "neuen Pfarrer", oft ehemalige Ordensleute, die in den Gemeinden auf deutliche Ablehnung stießen. Die Dienste der eidverweigernden Priester wurden vielerorts vorgezogen, so daß von einem echten Schisma gesprochen werden kann.

Nun durfte freilich der Papst nicht länger schweigen und richtete am 10. März und am 13. April 1791 zwei Breven (*Quod aliquantum* und *Caritas*) an die französischen Bischöfe. Hierin verurteilte er die Zivilverfassung als häretisch und schismatisch, auch namentlich jene Bischöfe, die sie akzeptiert hatten, sowie die neugewählten Hirten und wetterte schließlich gegen alle Neuerungen und Prinzipien der Revolution, gegen die Erklärung der Menschenrechte, gegen Denk-, Rede- und Preßfreiheit. Priester, die den Eid bereits geleistet hatten, sollten diesen bei sonstiger Suspension widerrufen. Während die Pariser Drucke der beiden "Bullen" öffentlich gemeinsam mit einer lebensgroßen Puppe des Papstes verbrannten, erklärte der Papst den zur Ablöse des Kardinal de Bernis als Botschafter in Rom bestimmten Comte de Ségur wie jeden anderen Franzosen, der den "serment civique" abgelegt hatte, zur unerwünschten Person und berief nach der verärgerten Reaktion Frankreichs den Nuntius (Mai 1791), schließlich auch den zurückgebliebenen Geschäftsträger ab (August 1791)²⁸.

In Frankreich selbst radikalisierte sich die Kirchenpolitik mehr und mehr. Der liberale Kurs gegen die eidverweigernden Priester wurde aufgegeben, die Legislativversammlung bemühte sich ab Herbst 1791 um eine regelrechte Verfolgung der "prêtres réfractaires", stieß jedoch in diesen Fällen auf das unerbitliche Veto des bisher so nachgiebigen Königs (November 1791, Mai/Juni 1792). Hier, aus den Reihen der eidverweigernden Priester und ihren Gemeinden, schöpften Konterrevolution und Emigration neue Kräfte; die Verteidigung der wahren römisch-katholischen Kirche wurde auch für jene Emigranten zur heiligen Pflicht, deren Vorleben alles andere denn gottgefällig zu nennen war²⁹.

²⁸ Hauptsächlicher Informant des Hl. Stuhls nach Verwaisung der päpstlichen Vertretung in Paris war Louis-Siffrein Salamon (1750-1829), Rota-Auditor und conseiller-clerc am Pariser Parlament. Vgl. Abbé Bridier (Hrsg.), *Monseigneur de Salamon. Mémoires inédits de l'internonce à Paris pendant la Révolution* (Paris 1890), Vicomte de Richemont (Hrsg.), *Correspondance secrète de l'abbé de Salamon, chargé des affaires du Saint-Siège pendant la Révolution, avec le cardinal de Zelada 1791-1792* (Paris 1898), Charles Ledré, *L'abbé de Salamon, correspondant et agent du Saint-Siège pendant la Révolution* (Paris 1965).

²⁹ Die Literatur zur Kirchenpolitik der Revolution ist kaum noch zu übersehen. Vgl. den Forschungsbericht von Bernard Plongeron/Jean Godel, 1945-1970. *Un quart de siècle d'histoire religieuse. A propos de la génération des "secondes lumières" 1770-1820*. In: *AHRF* 44 (1972) 181-203, 352-389. Albert Mathiez, *La France et Rome sous la Constituante*. In: *RF* 52 (1907) 97-131, 53 (1907) 139-167, 326-353, 385-410, 54 (1908) 97-130, 308-333 ist die beste "Diplomatiegeschichte" der romisch-französischen Beziehungen; vgl. aber natürlich auch Sorel 2, S. 98-104, 115-129, 195-202. Interessant auch die Instruktion für den 1791 zum franz. Botschafter in Rom ernannten, vom Papst aber als persona non grata abgelehnten Comte de Ségur (1791) bei Gabriel Hannotaux (Hrsg.), *Recueil des instructions données aux ambassadeurs et ministres de France* 20: Rome 3 (Paris 1913) 507-523. Giustino Filipone, *Le relazioni tra lo stato pontificio e la Francia rivoluzionaria. Storia diplomatica del trattato di Tolentino I (= Istituto di studi storico-politici 5; Mailand 1961)* hat nur eine relativ oberflächliche Vorgeschichte. Marginal Georges Bourgin (Hrsg.), *La France et Rome de 1788 à 1797. Regeste des dépêches du cardinal secrétaire d'état tirées du fonds des "Vescovi" des Archives Secrètes du Vatican* (Paris 1909). Vgl. weiters E. E. Y. Hales, *Revolution and Papacy 1769-1846* (London 1960), Peter van Kessel, *Rom und die Französische Revolution*. In: Reinard Elze/Heinrich Schmidinger/Hendrik Schulte Nordholt (Hrsg.), *Rom in der Neuzeit. Politische, kirchliche und kulturelle Aspekte* (Wien/Rom 1976) 179-197, Timothy Tackett, *Religion, Revolution and Regional Culture in Eighteenth-Century France. The Ecclesiastical Oath of 1791* (Princeton University Press 1986). Frédéric Masson, *Le cardinal de Bernis depuis son ministère 1758-1794* (Paris 1884) 447-560, René Vailiot, *Le cardinal de Bernis. La vie extraordinaire d'un honnête homme* (Paris 1985) 303-329, Gustave Gautherot, Gobel, évêque métropolitain constitutionnel de Paris (Paris 1911), François Cadilhon, *La diplomatie pontificale en France à la fin de l'Ancien Régime 1785-1791*. In: *RHD* 107 (1993) 215-225.

Die Zivilverfassung des Klerus vom Sommer 1790 und ihre Folgewirkungen bescherten Wien nach der Kaiserkrönung Leopolds II. im Oktober 1790 eine deutliche Zunahme der Reklamationen. Auch mächtige Kirchenfürsten wie die Metropoliten von Mainz und Trier zählten nun zu den Gekränkten, da die Anpassung der Diözesangrenzen an die neue Departementsstruktur - die Zivilverfassung des Klerus verbot ausdrücklich die Anerkennung der Autorität eines auswärtigen Bischofs oder Erzbischofs - z.B. Trier des lothringischen Teils des eigenen Ordinariates ("terra gallica") beraubte, die Neuregelung der Metropolitanverbände Mainz und Trier um ihre französischen Suffragane (Straßburg, Metz, Toul, Verdun, Nancy, St. Dié) brachte und die Mainz nachgeordneten Bistümer Speyer und Basel gleichfalls ihre Zuständigkeit für die französischen Teile ihrer Diözesen (Ober- und Unterelsaß, Sundgau) einbüßten³⁰).

Altbekannten Beschwerdeführern aber eröffnete sich so ein neues, schier unerschöpfliches Argumentationsreservoir. Gerade für den Speyerer Fürstbischof waren die radikalen Umgestaltungsmaßnahmen in der französischen Kirchenstruktur ein weiterer Impuls, seine Beschwerden zu verstärken. Frankreich verstieß nun nicht allein gegen seine Völkerrechtsverträge mit dem Reich, die die Sonderstellung der Reichsstände im Elsaß begründeten, sondern rüttelte an der Reichsverfassung selbst und löste damit auch jede Bindewirkung der freiwilligen Unterwerfung einzelner Reichsstände unter französische Souveränität. Speyer war keinesfalls bereit, zugunsten des Gleichheitssystems der Nationalversammlung auf seine unstrittigen Eigentumsrechte zu verzichten; Völkerrecht, die Unverletzlichkeit des Eigentums - von der französischen Constituante selbst zu einem heiligen Recht erklärt - und die Reichsverfassung stritten nach dem Empfinden des Speyerer Fürstbischofs mit dem egoistischen Bestreben Frankreichs, alles der eigenen Konvenienz unterzuordnen.

Der von Frankreich seit Frühjahr 1790 forcierte Versuch, die betroffenen Reichsstände durch Entschädigungszahlungen in Geld mürbe zu machen, stieß auch in Speyer auf barsche Ablehnung. Der Fürstbischof betrachtete seinen elsässischen Besitz als ergänzenden Teil seines Reichsfürstentums, den zu schützen und zu verteidigen er durch die Reichsverfassung verbunden sei. Eine Entschädigung in Geld empfand Limburg-Styrum als beleidigend; die politische Existenz eines Reichsfürsten - und damit auch des gesamten Reichskörpers - war gefährdet und reine Schimäre, wenn man sie bloß auf Geld gründete. Das Reich brauchte mit Land und Leuten, Regalien und Gerichtsbarkeit ausgestattete Fürsten, und eben das stellte das neue Frankreich für die Annexe jenseits des Rheins in Frage. In den speyerischen Gebieten im Elsaß waren bis Anfang 1791 die Gerichtsrechte des Fürstbischofs durch die Einsetzung neuer Richter so gut wie beseitigt, die Amtsstuben versiegelt, die fürstbischöflichen Beamten außer Tätigkeit. Die ehemals nach Bruchsal steuerpflichtigen Untertanen unterlagen nun der französischen Steuerhoheit und verweigerten ihrem angestammten Herrn seit Januar 1790 die Abgaben. Mit der Umgestaltung der französischen Kirchenverfassung drohte nun ab Sommer 1790 auch die Aufhebung des Kollegiatstiftes und der seit dem 16. Jahrhundert mit Speyer verbundenen Fürstpropstei Weissenburg, für die der Fürstbischof am Reichstag im Fürstenrat eine zweite Stimme führte und nach wie vor die Reichsbelehnung empfing. Daß Weissenburg nie als Teil der französischen Kirche gegolten hatte und daher nun schwerlich den innerfranzösischen Reformbestimmungen - die Limburg-Styrum als der katholischen Kirchenverfassung widersprechend verurteilte - unterworfen werden konnte, galt den Verfechtern des französischen Einheitsstaates nichts. So war es nur logisch, wenn man nicht nur die territorialen Überlappungen beseitigte, sondern auch den französischen Teil der Diözese Speyer abtrennte und dem neuen Bistum Straßburg zuwies. Bereits im Dezember 1790 hatte der Fürstbischof von Speyer in einem Hirtenbrief den Klerus seiner Diözese auf die angestammte Kirchenordnung eingeschworen. Kein anderer Oberhirte als Speyer als Bischof bzw. Mainz als Metropolit durfte anerkannt werden³¹).

³⁰) Liselotte Vezin, Die Politik des Mainzer Kurfürsten Friedrich Karl von Erthal vom Beginn der französischen Revolution bis zum Falle von Mainz 1789-1792 (Diss. Bonn [Druck Dillingen] 1932). Heribert Raab, Clemens Wenzeslaus von Sachsen und seine Zeit 1739-1812. 1: Dynastie, Kirche und Reich im 18. Jahrhundert (Freiburg/Basel/Wien 1962) sowie Helmut Göring, Die auswärtige Politik des Kurfürstentums Trier im XVIII. Jahrhundert vornehmlich unter Franz Georg von Schönborn (= Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte 54; Heidelberg 1922) reichen nicht in unsere Zeit. Für das vorrevolutionäre Verhältnis Clemens Wenzeslaus' zu Frankreich jedoch wichtig Bernhard Josef Kreuzberg, Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen des Kurstaates Trier zu Frankreich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bis zum Ausbruch der französischen Revolution (= Rheinisches Archiv 21; Bonn 1932).

³¹) "Ministerial-Note des Herrn Baron von Groschlag [...] nebst der darauf erteilten Ruckantwort [...] (Dezember 1790; Druck), Fstbf von Speyer an RVK bzw. an Leopold II. (16. 2. 1791) mit zahlreichen (gedruckten) Beilagen; RK RkgF I/2. Eine weitere Speyerer "Protestation [...]" (28. 2. 1791) u.a. auch in AMAE CP Allemagne 663. Kfst von Trier an Max Franz von Köln (18. 6., 10. 12. 1790) zu den Eingriffen der Franzosen in die Metropolitan- und Diözesanrechte. Antwort des Kölner Kfst (15. 12. 1790); Hansen 1, S. 632f. 747-748.

Besonders dramatisch hatte sich die Situation des Straßburger Domkapitels und des Fürstbischofs Kardinal Rohan entwickelt. Ersteres war vorerst nach Lichtenau bei Kehl, der Kardinal im Juli 1790 nach Ettenheim geflüchtet. Das Vermögen des Hochstifts wurde bereits inventarisiert und zum Verkauf ausgeschrieben, den Kanonikern der Zutritt zur Kathedrale Kirche verwehrt. Selbst auf dem rechtsrheinischen Territorium des Straßburger Hochstifts fühlte man sich nicht mehr sicher vor den Nachstellungen der "ungläubigen" Franzosen und hatte dementsprechend bereits in der vorderösterreichischen Verwaltungszentrale um Hilfe für den Fall innerer Unruhen ersucht. Für Anfang März 1791 war in Straßburg die Wahl eines neuen Bischofs ausgeschrieben worden. Der Kurfürst von Mainz, in dessen Kirchenprovinz die Straßburger Diözese fiel, stellte sich selbstredend vor seinen Suffragan. In Wien legte man Verwahrung gegen die Verletzung der Reichsfriedensschlüsse ein, der französische Gesandte in Mainz, O'Kelly, mußte sich schwere Vorwürfe wegen der kirchenrechtswidrigen Wahl neuer Bischöfe gefallen lassen. Um so heftiger wurde nun auch das Drängen des persönlich betroffenen Reichserzkanzlers auf eine schärfere Gangart des Kaisers. Kardinal Rohan wetterte in einem scharfen Manifest vom April 1791 gegen das haltlose Treiben der Franzosen, die offensichtlich vergaßen, daß der Straßburger Bischof auch Reichsfürst war und es bei seinen Besitzungen nicht um reines Privateigentum, sondern um staatsvertraglich gesicherte Landeshoheit ging. Schützenhilfe erhielt Rohan nicht nur vom Mainzer Kurfürsten und Erzbischof, der sich für seine und seiner Suffragane Rechte in einen bitteren Konflikt mit Frankreich einließ (Dezember 1790), gegen die Ereiferungen der Revolutionäre donnerte und die bereits längere Zeit zurückliegende Unterwerfung Speyers und Straßburgs unter die Souveränität des Allerchristlichsten Königs für reichsrechtlich gänzlich unverbindlich erklärte. Auch ein anderer Reichsfürst, Friedrich Karl Herzog zu Mecklenburg, den die französischen Maßnahmen in Straßburg insofern tangierten, als er durch sie seine zwei protestantischen Domherrenstellen bzw. die Einkünfte daraus verlor, die ihm im Osnabrücker Frieden zugesichert worden waren, schaltete sich - eher am Rande - in den Verzweigungskampf des Straßburger Fürstbischofs ein³²).

Die Benediktinerabtei Munster wurde ebenfalls mit Berufung auf den Westfälischen Frieden beim Kaiser vorstellig, wenig später gefolgt von der Fürstäbtissin des adeligen Damenstifts von Andlau, dessen Eigentum schon zur Versteigerung ausgeschrieben war, und der Fürstäbtissin des hochadeligen Kanonissenstifts von Remiremont im lothringischen Moseltal, Louise-Adélaïde de Bourbon (1757-1824), einer Tochter des Emigrantenführers Prince de Condé, die den Kaiser vergeblich um Aufnahme der von den Franzosen vertriebenen adeligen Damen in ein österreichisches Gotteshaus ersuchte³³).

Auch der Prämonstratenserabtei Wadgassen in Lothringen drohte trotz einer zwar komplizierten, aber dennoch vertraglich abgesicherten Sonderstellung das Schicksal eines gewöhnlichen französischen Ordenshauses, so daß man sich im Februar 1791 in der Not an Leopold II. nach Wien wandte. 1766-1769 war Wadgassen im Gefolge eines Tauschvertrags zwischen Nassau-Saarbrücken und Frankreich unter die

³²) Straßburger Domkapitel an RVK bzw. an Leopold II. (Lichtenau/Kehl, 2. 11. 1790) mit Protestschreiben an Ludwig XVI., dto. an RVK und an Leopold II. (Lichtenau, 17. 1. 1791) mit Beilagen, Kardinal Rohan an RVK bzw. an Leopold II. (Ettenheim, 23. 2. 1791), Kfst von Mainz an RVK (22. 3. 1791), Kardinal Rohan an Leopold II. (6. 4. 1791) mit "Manifest" an die Reichsmitstände (6. 3. 1791; Druck), Kfst von Mainz an RVK (18. 12. 1790) mit Note an den frz. Gesandten in Mainz O'Kelly (14. 12. 1790) u. einem Schreiben des Kfst an den Fstbf von Straßburg (14. 12. 1790), Herzog von Mecklenburg-Schwerin (2. 5. 1791) mit "Promemoria" für den Reichstag (20. 4. 1791; Druck); RK RkgF 1/2. Kölner Ministerium an den frz. Gesandten Colbert-Maulevrier (20. 12. 1790; Druck; Hansen I, S. 750f). - Die Mainzer Haltung gegenüber der Französischen Revolution beleuchtet im Überblick Franz Dumont, Mainz und die Französische Revolution. In: Jürgen Voss (Hrsg.), Deutschland und die Französische Revolution, S. 132-148, wobei natürlich der Schwerpunkt auf der (auch von der DDR-Historiographie) recht gründlich untersuchten "Mainzer Republik" 1792/93 und - mehr noch - auf der Franzosenzeit ab 1797/98 liegt. Ausgewogen und in breitem Längsschnitt T.C.W. Blanning, Reform and Revolution in Mainz mit ausführlicher Würdigung des aufklärerischen Reformwerks unter der Regierung Erthals.

³³) Stift Munster an Leopold II. (29. 11. 1790), Fürstäbtissin und Kapitel von Andlau an RVK bzw. an Leopold II. (9. 12. 1790); RK RkgF 1/2. Andlau gehörte mit zu jenen geistlichen Niederlassungen im Elsaß, die nach den Erhebungen der Reichskanzlei seit dem 17. Jahrhundert allmählich nicht mehr um Reichsbelehnung nachgesucht hatten, obwohl sie im § 87 IPM namentlich genannt wurden: RVK an Leykam (22. 12. 1790; RK Weisungen a. d. Principalcommission 13a). Fürstäbtissin von Remiremont an Leopold II. (Turin, 29. 9. 1790); SA Frkr. Varia 42 Konv. Frkr. Varia 1790; dto. (Turin, 15. 12. 1790), die Antwort des Kaisers (25. 1. 1791) als Beilagen zu Kaunitz an Gherardini (3. 2. 1791); SA Sardinien Weisungen 33 Konv. Weisungen 1791. Vortrag Kaunitz (22. 11. 1790; StK Vorträge 147 Konv. 1790 X-XII). Einen ähnlichen Wunsch wie Remiremont ließ das adelige Frauenstift von Maubeuge - unterstützt von Königin Marie-Antoinette - in Wien anbringen: Blumendorf an Kaunitz (7. 3. 1791/P.S.; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1791 I-VI). Weitere Beispiele für "Asylansuchen" geistlicher Niederlassungen Pawlik (MIÖG), S. 106.

limitierte Landeshoheit des Allerchristlichsten Königs gekommen. Kaiser und Reich sowie der französische König hatten dabei der Abtei ihre alten Rechte und Freiheiten aus nassauischer Zeit bestätigt. Wadgassen behielt also auch unter französischer Oberhoheit eine unverkennbare Sonderstellung, eine "befreite" Konstitution ohne wirklichen Zusammenhang mit dem lothringischen Umland und rechnete sich selbst durchaus noch zum Reich, so wie auch die Franzosen Wadgassen im Grunde als Ausland betrachteten. Seit Herbst 1790 kam es nun allerdings zu schweren Übergriffen des Distrikts Saarlouis³⁴⁾.

Bedeutend exotischer mutet schon die Bitte der eigentlich aufgehobenen Schweizer Benediktinerpriorei Romainmôtier (Diözese Lausanne) an, die im Juni 1791 in Regensburg und beim Kaiser als Beschwerdeführerin auftrat, um auf den Verlust ihrer Rechte und Einkünfte in der Franche-Comté aufmerksam zu machen. Diese war ja seit dem 16. Jahrhundert Teil des Burgundischen Reichskreises gewesen und 1678 auch nur bedingnisweise, also unter den in spanischer Zeit geltenden Einschränkungen, an Frankreich abgetreten worden, so daß sich mit einiger Phantasie selbst hier ein Einspruchsrecht von Kaiser und Reich konstruieren ließ³⁵⁾.

Im Juni 1791 meldete sich auch der Fürstbischof von Basel - in anderer Hinsicht ein besonderes Sorgenkind des Reichs (vgl. zu den innenpolitischen Schwierigkeiten im Fürstbistum unten), dessen Glied er nach Entlassung der Schweiz aus dem Reichsverband geblieben war - zu Wort. Bischof und Hochstift waren in mehrfacher Weise von den Reformmaßnahmen der Nationalversammlung betroffen. Zum einen besaß Basel im Elsaß viele Zehentrechte, Gefälle, Renten und Lehen, das Domkapitel lebte überhaupt zum überwiegenden Teil von den elsässischen Besitzungen; zum anderen reichte die Diözese Basel bis weit in das Elsaß, umfaßte vor allem das Oberelsaß und den Sundgau. Verurteilte der Basler Fürstbischof noch im April 1791 in einem eigenen Hirtenbrief den Ende März 1791 für das Departement Haut-Rhin gewählten, also den französischen Teil der Basler Diözese usurpierenden neuen konstitutionellen Bischof, einen Kleriker der Diözese Basel, als "Miethling" und eingedrungenen Hirten, erklärte er seine Weihe für ungültig, verbot ihm, sich Bischof zu nennen und Pfarrer einzusetzen, so wagte man allerdings anders als andere Reichsstände in Basel nicht, die Beschwerden in Regensburg zur Diktatur bringen zu lassen. Der Fürstbischof konnte auf seine überaus unruhig gewordenen Untertanen nicht zählen, diese lebten in bunter Gemengelage mit französischer Bevölkerung, waren durch vielfältige verwandtschaftliche Beziehungen eng mit ihnen verknüpft, die Basler Lande zudem im Gegensatz zu anderen Reichsgrenzgebieten nicht durch den Rhein geschützt und liefen so vielleicht Gefahr, bei den ersten Anzeichen einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Frankreich und dem Reich von französischen Truppen überrannt zu werden; zumal - jedenfalls für den Fürstbischof - kein Zweifel daran bestand, daß seine Untertanen im Ernstfall mit den Franzosen gemeinsame Sache machen würden, die ja doch für die "schwache Überlegung des gemeinen Volkes" ein zu verführerisches Beispiel boten, durch die Abschaffung der Feudallasten, aber auch durch die "vermeintliche Gleichheit des Standes". So glaubte Basel spezielles Anrecht auf den kaiserlichen Schutz gegen die "französischen Nationalvergewaltungen" zu haben, andererseits aber durchaus Verhandlungsbereitschaft gegenüber Frankreich signalisieren zu dürfen, bot doch die Bereinigung der unübersichtlichen territorialen Gemengelage im Grenzgebiet zu Frankreich Gelegenheit, die Situation etwas zu entwirren. Im Spätsommer 1791 begannen dazu intensivere Verhandlungen³⁶⁾.

Währenddessen hatten andere Reichsfürsten, die bisher an prominenter Stelle der verhandlungswilligen Stände figurierten, ihre Geduld verloren. Die direkten Gespräche mit Frankreich führten zu keinem Ergebnis, selbst die Interventionen des Kaisers bei seinem königlichen Schwager in Paris brachten nicht den gewünschten Erfolg, sondern bewiesen vielmehr, daß Frankreich gar nicht daran dachte nachzugeben. So fand sich im Mai 1791 auch der enttäuschte Markgraf von Baden für die gefährdeten Enklaven Beinheim, Rodemachern und Hespringen nach langem Schweigen unter den Beschwerdeführern ein³⁷⁾.

³⁴⁾ Abt, Prior und Prokurator von Wadgassen an Leopold II. (26. 2. 1791) mit Promemoria: RK RkgF 1/2. Zur Causa der Abtei Wadgassen vgl. u. a. AN D XXIII/2 d. Wadgassen (mit Briefwechseln aus dem Jahre 1792). Auch Nassau-Saarbrücken setzte sich seit 1791 wiederholt für die Sonderrechte Wadgassens ein.

³⁵⁾ Prior von Romainmôtier an RVK bzw. an Leopold II. (Regensburg, 29. 6. 1791; RK RkgF 3-5).

³⁶⁾ Fstbf von Basel an Leopold II. (Pruntrut, 8. 6. 1791) mit "Hirtenbrief" (5. 4. 1791; Druck): RK RkgF 1/2. Blumendorf an RVK (30. 9. 1791; RK RkgF 3-5). Betroffen war auch der Kanton Basel, der über Grundbesitz und Zehentrechte im Sundgau verfügte. Der Basler Vertreter in Paris, Peter Ochs, mußte intervenieren: AN F 7 4400 Konv. Suisse.

³⁷⁾ Markgraf von Baden an Leopold II. (30. 5. 1791); RK RkgF 1/2. - Max Lenz, Ein deutscher Kleinstaat in der französischen Revolution. In: Preußische Jahrbücher 70 (1892) 671-705. Jürgen Voss, Baden und die Französische Revolution. In: Ders., Deutsch-französische Beziehungen im Spannungsfeld von Absolutismus, Aufklärung und Revolution (= Pariser Historische Studien 36; Bonn/Berlin 1992) 271-296, erstmals in: Ders., Deutschland und die Französische Revolution, S. 98-117 (mit zahlreicher weiterer Literatur, die ich hier übergehe).

Der Herzog von Württemberg, bisher gleichfalls sehr verhandlungsbereit (im März/April 1791 war er sogar selbst incognito nach Paris gekommen), wandte sich im Sommer 1791 an den Kaiser, als die stürmischen Ereignisse in Frankreich und die Machtergreifung der Nationalversammlung den trotz der laufenden Verzögerungen erhofften vernünftigen Kompromiß in weite Ferne rückten, ein Überspringen des revolutionären Funkens auf württembergisches Hoheitsgebiet aber durchaus wahrscheinlich machten. Württemberg war nämlich in besonders vielfältiger Weise von den französischen Neuerungen betroffen. Im Oberelsaß besaß man die Allodialherrschaften Horburg und Reichenweier (seit 1748), v.a. aber mahn- te die reichslehenbare gefürstete Grafschaft Mömpelgard (Montbéliard), eine von französischem Territo- rium umschlossene Enklave, für die Württemberg immerhin eine zweite Stimme im Reichsfürstenrat führte und in der ein Bruder des Herzogs, Friedrich Eugen (1732-1797), 1795-1797 selbst Herzog von Württemberg, der Schwiegervater Erzherzog Franz' und des russischen Großfürsten Paul, der Verwal- tung vorstand, zu Vorsicht und Verhandlungsbereitschaft. Zwar war die Zugehörigkeit Mömpelgards zum Reich unbestritten, die wirtschaftliche Verflochtenheit mit dem benachbarten französischen Gebiet, v.a. mit Burgund, jedoch so stark, daß besondere Rücksichtnahme angezeigt schien. Außerdem galt die Stellung der an Mömpelgard anstoßenden Allodialherrschaften Blamont, Héricourt, Clémont und Châte- lot sowie der drei altburgundische Lehen (Granges, Clerval und Passavant), die das Mömpelgarder Kern- gebiet ergänzten und in unübersichtlich enger Weise mit Frankreich verwoben waren, als wenig eindeu- tig. Bereits zweimal während des 17. Jahrhunderts und einmal im Laufe des 18. Jahrhunderts hatten die Franzosen die württembergischen Enklaven besetzt und dem Herzog von Württemberg schließlich nach der letzten Okkupation von 1723-1748 nach dem Beispiel der meisten anderen Reichsstände eine Aner- kennung der französischen Souveränität gegen Zusicherung des faktischen status quo abgepreßt³⁸). Fürst Karl Wilhelm Friedrich von Leiningen (1724-1807), der aus seiner unmittelbaren Reichsgrafschaft Dagsburg (Dabo) einen beträchtlichen Teil seiner Einkünfte bezog, Löwenstein-Wertheim für die Graf- schaft Püttlingen (Puttelange) bei Forbach mit durchaus beträchtlichen Jahreseinnahmen, Hohenlohe- Waldenburg-Bartenstein (Oberbronn), der Fürst zu Salm-Salm für das reichsunmittelbare Reichsfürsten- tum Salm zwischen Lothringen und Elsaß mit mehr als 10.000 Einwohnern (Hauptort Senones), Wied- Runkel für die Reichsgrafschaft Kriechingen/Créhange schlossen den Reigen der Betroffenen und nim- mermüden Betroffenen. Auch Nassau-Saarbrücken zählte durch seine große Enklave Saarwerden zwi- schen Lothringen, den Trois Evêchés und dem Elsaß zu den Geschädigten. Einige französische Private, die in der Nachfolge deutscher Reichsstände besonders bevorrechtete Herrschaften in Elsaß oder Loth- ringen innehatten, waren ebenfalls als Streitparteien aufgetreten, darunter auch der ehemalige französi- sche Kriegsminister Prince de Montbarrey, der lehensmäßige Großpräfekt über die elsässische Dekapolis ("grand préfet des dix villes impériales d'Alsace"). Selbst der Adel des Oberelsaß, der anders als die un- terelsässische Reichsritterschaft keine Reichsunmittelbarkeit beanspruchen konnte, war en bloc rege ge- worden und wollte immerhin - auf der allgemeinen Beschwerdewelle mitreitend - darauf verweisen, daß Frankreich auch gegenüber dem Adel im Oberelsaß via facti viel mehr erschlichen hatte, als ihm 1648 von Habsburg konzediert worden war. Denn die österreichische Herrschaft im oberen Elsaß sei stets be- schränkter Natur gewesen. Auf diesem umständlichen Argumentationsweg gedachte man sich gleichfalls unter den ohnedies schon unwirksamen Schutzschirm des Westfälischen Friedens zu flüchten, dadurch ei- nen besonderen Rechtsstatus zu konstruieren und so letztlich zu erreichen, daß der Adel im Oberelsaß ganz nach dem Beispiel "echter" Reichsstände von den Reformmaßnahmen der Konstituante eximiert

³⁸) Zwei Schreiben des Herzogs von Württemberg an Leopold II. (Hohenheim, 16. 7. 1791; RK RkgF 3-5). Vortrag Kaunitz (22. 7. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 VII). Leopold II. an Kaunitz (18. 8. 1791; RK RkgF 3-5), "Promemoria des Herzogs von Württemberg" (o.D., SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 I-V). AN F 7 4399 (v.a. "Résumé de la négociation entamée avec Monsieur le baron Rieger pour les indemnités à accorder à Monsieur le duc de Wurtemberg o.D.). Die unübersichtliche Ge- mengelage zwischen Württemberg und Frankreich hatte 1786/87 zu einem von Kaiser und Reich gebilligten Tauschvertrag ge- führt, der nur unzureichende Ergebnisse erbrachte: Vortrag Kaunitz (22. 2. 1787; StK Vorträge 143 Konv. 1787 I-II) zum Gut- achten des RVK in dieser Sache, Kommentar der Staatskanzlei zum Vortrag des RVK (7./13. 11. 1787; StK Interiora Reichscircu- landen 21), RVK an Mercy (8. 12. 1787; SA Frkr. Weisungen 174 Konv. Colloredo-Mercy 1787). Ähnliche Flurbereinigungen gegenüber Frankreich hatten schon zuvor Österreich (1769, 1779), Nassau-Saarbrücken (1766, 1770), Nassau-Weilburg (1776), Lüttich (1772/73), Leyen (1781), Trier (1778), Zweibrücken (1766, 1783, 1786), Salm (1751) und Basel (1780) ausverhandelt. - Erwin Hölzle, Das Alte Recht und die Revolution. Eine politische Geschichte Württembergs in der Revolutionszeit (Mün- chen/Berlin 1931) bleibt sehr im allgemeinen und setzt andere zeitliche Schwerpunkte, vgl. jedoch S. 99-103.

blieb³⁹⁾.

Erhebungen des französischen Außenministeriums faßten den Kreis der Betroffenen und den geographischen Radius des Problems sogar noch etwas weiter, als die in der Reichshofkanzlei einlangenden Beschwerdeschriften vermuten lassen. Die Grafschaft Leyen verlor die lothringische Herrschaft Forbach, Trier hatte u.a. Besitz im Hennegau zu verteidigen, und eine Reihe weiterer geistlicher Niederlassungen im Elsaß konnte mit Recht Ansprüche auf Sonderbehandlung geltend machen (Kapitel St. Thomas in Straßburg, Universität und katholisches Seminar Straßburg, die Abtei Selz, die Priorei St. Peter zu Kolmar, der Fürstabt des weltlichen Ritterstiftes Murbach). Anders als die offizielle Linie des französischen Außenministeriums im Verkehr mit dem österreichischen bzw. kaiserlichen Gegenüber beweisen die internen Feststellungen und Gutachten der Pariser Behörde und ihrer Sachverständigen, daß man die Linie der Nationalversammlung in der französischen Diplomatie nicht billigte und sie nur sehr schweren Herzens nach außen verteidigte. Für das Außenministerium bestand kein Zweifel daran, daß sich die Rechte der betroffenen Reichsstände auf völkerrechtlich verankerte Verträge gründeten und Frankreichs Ausdehnung bis an die Queich und die sukzessive Erstreckung der Souveränität über alle ausländischen Enklaven ein bloß faktisch herbeigeführter, von Kaiser und Reich keineswegs abgeegneter Zustand war. Die Sympathien Außenminister Montmorins gingen eindeutig in Richtung einer Eximierung der reichsständischen oder sonst bevorrechteten Besitzungen im Elsaß. Sie hatten ja auch keine Deputierten zu den Generalständen entsandt, der freiwillige Verzicht auf die Feudalrechte, wie er in den Sommerdekreten der Nationalversammlung zum Ausdruck kam, konnte sohin für sie kaum bindend sein. Auch der Spezialist für deutsches Staatsrecht im französischen Außenministerium, Christian Friedrich Pfeffel (1726-1807), machte sich den Rechtsstandpunkt der Reichsstände zu eigen. Beraubte man sie ihrer alten Rechte, deren Garantie *conditio sine qua non* der Gebietsabtretungen gewesen war, so befreite Frankreich selbst das Deutsche Reich von der Verbindlichkeit, die - solchergestalt einseitig verletzten - Völkerrechtsverbindlichkeiten weiter als bestehend anzuerkennen. Ganz abgesehen davon, daß man die Aufmerksamkeit auf die durch Gewaltakte erzwungene, wegen der fehlenden Ratifikation durch Kaiser und Reich ohnedies unrechtmäßige Unterwerfung der Reichsstände nur noch unübersichtlicher gewordene Rechtsunsicherheit, also auf die durchaus löchrige und "relative" französische Souveränität im Elsaß lenkte. Wandte man nun neues französisches Recht auf die Besitzungen der Reichsstände im Elsaß bzw. in Lothringen an, die durch den Westfälischen Frieden von 1648 bzw. den Wiener Frieden von 1738 explizite oder implizite

³⁹⁾ Fürst von Leiningen an Leopold II. (17. 1. 1791); RK RkgF 1/2. Gerhard Wild, Das Fürstentum Leiningen vor und nach der Mediatisierung (Diss. Mainz 1954) 5-7, Eva Kell, Zwischen reichsständischer Existenz und reformerischem Aufbruch. Das Fürstentum Leiningen im Zeitalter der Französischen Revolution. In: Aretin/Härter, S. 73-81. Zu Leiningen gehörte auch die Herrschaft Weiherheim bei Straßburg. - Ein anderes Mitglied des Hauses Salm, Friedrich Fürst zu Salm-Kyrburg (1745-1794), ein politischer Abenteurer, der sich nach starkem, aber unrühmlichem Engagement an der Seite der holländischen Patrioten in Paris der Revolution verschrieb, hatte unterdessen schon im Sommer 1790 den Unwillen Botschafter Mercys erregt, indem er die Uniform der Pariser Nationalgarde anlegte und Bataillonskommandant seines Distrikts wurde: Mercy an Kaunitz (20. 8. 1790 - O*). Er stimmte späterhin auch nicht in das allgemeine Gezeter der übrigen in Elsaß-Lothringen vom französischen Reformwerk betroffenen Reichsfürsten ein, sondern stellte sich vielmehr hinter die Abschaffung der "droits féodaux": Salm-Kyrburg an Baron von Haimb (17. 7. 1791; RK RkgF 3-5). Der Chef des älteren Zweiges der Familie, Fürst Konstantin Alexander Joseph von Salm-Salm (1762-1828), distanzierte sich von seinem "revolutionären" Verwandten. Zu Salm gehörten noch einige Lehen in Lothringen und der Champagne. Über Salm Arthur Kleinschmidt, Geschichte von Arenberg, Salm und Leyen 1789-1815 (Gotha 1912) 123-160 und Pierre de La Condamine, Au temps des ducs de Lorraine. Une principauté de conte de fées. Salm en Vosges (Paris 1965). - Zu Kriechingen: François-Yves Le Moigne, Versailles et Crêchange au XVIIIe siècle ou les aléas d'une politique frontalière. In: L'Europe, l'Alsace et la France. Problèmes intérieurs et relations internationales à l'époque moderne. Etudes réunies en l'honneur du doyen Georges Livet pour son 70e anniversaire (Colmar/Straßburg 1986) 307-316, Claudia Ulbrich, Traditionelle Bindung, revolutionäre Erfahrung und soziokultureller Wandel. Denning 1790-1796. In: Aretin/Härter, S. 113-130. - Schreiben und Denkschrift Montbarreys (26. 5./2. 6. 1791; AMAE MD Alsace 59). Vgl. auch ein (gedrucktes) Memorandum Montbarreys mit einer "Consultation de la faculté de droit en l'université électorale palatine de Heidelberg sur la nature de la grande préfecture des dix villes impériales confédérées de la province d'Alsace" in RK RTA 365 (Reichstagsdikate 1791 XCVI). - Adel des Oberelsaß an RVK bzw. an Leopold II. mit Promemoria (Arlesheim, 3. 2. 1791; RK RkgF 1/2). Zur Situation des Adels vgl. jetzt Erich Peizer, Der elsässische Adel im Spätfudalismus. Tradition und Wandel einer regionalen Elite zwischen dem Westfälischen Frieden und der Revolution 1648-1790 (= Ancien Régime, Aufklärung und Revolution 21; München 1990).

besonders geschützt waren, so entsagte man gleichsam selbst der ja nur bedingnisweise abgetretenen Provinzen⁴⁰).

Das Reich und die "revolutionäre Ausstrahlung"

Betrachtet man das Reich als konservativen Gegenpol zur Französischen Revolution und ihrem Grundprinzip des souveränen, säkularisierten und homogenen Nationalstaates, kann man in der Tat mit K. Härter von einer grundlegenden Infragestellung gerade des "anachronistischen" Reichsverbandes durch die Vorgänge outre-Rhin sprechen. So nimmt es nicht wunder, daß man im Reich der Kontagiosität der revolutionären Prinzipien bereits wesentlich früher als in den k.k. Erblanden größte Aufmerksamkeit geschenkt und sich sogar recht bald zu ansatzweise konkreten Maßnahmen durchgerungen hat. Das Bewußtsein der "Immunität" ist angesichts der brüchigeren Struktur der "Kleinstaaterei" auf Reichsebene gewiß weniger stark ausgeprägt gewesen. Neben der Frage der in Elsaß-Lothringen possessionierten Reichsstände wurde daher das Thema "innere Sicherheit", die sich für Frankreich direkt benachbarte und machtpolitisch schwachbrüstige kleinere Reichsstände natürlich anders stellte als für die aufwendig modernisierten Großmächte, zu einer ernstzunehmenden Problematik.

Flackerten nun parallel zur Französischen Revolution in einzelnen Territorien des Reiches Unruhen auf, so war man - ohne Blick für die oft ganz unterschiedlichen Wurzeln lokaler Unzufriedenheit - sehr rasch mit simplen Erklärungsmustern bei der Hand: französische Wühlarbeit wurde fast durchgehend als Quelle des Übels herausgestellt, die man vielerorts durch Unterdrückung und Abschottung zum Versiegen bringen wollte. Schon Ende 1789 berichtete z.B. der französische Repräsentant beim Regensburger Reichstag vom festen Willen vieler Reichsstände "d'opposer une barrière à cette funeste contagion et d'en préserver l'Allemagne"; der Oberrheinische Reichskreis wurde im Oktober/November 1789 aktiv, gegen Jahresende 1789 stellte man in Überschätzung der revolutionären Situation auf Reichsebene Überlegungen zu einer Verbesserung der Reichsexekutionsordnung an. Da man sich aber über das Procedere nicht zu einigen vermochte, verblieb die Initiative schließlich bei den einzelnen Kreisen, die z.T. energische Beschlüsse faßten und mit Warnungspatenten abmahnten, und den häufiger bemühten Reichsgerichten.

Die Wirkung einer Politik der kleinen Einzelschritte blieb entsprechend begrenzt, und noch späterhin sparte der Reichsvizekanzler gegenüber dem französischen Botschafter in Wien nicht mit Vorwürfen wegen der anhaltenden Überflutung Deutschlands mit "schädlichem" Schriftgut von jenseits des Rheins, eine Tatsache, die sicher dem allgemeinen Klima und der Lösung der ohnedies komplexen Elsaß-Frage schadete. Zu Beschwerden und Sorge mag durchaus Veranlassung bestanden haben: Der französische Vertreter in Mainz, O'Kelly, berichtete jedenfalls im März 1791 nach gewichtigen Gewährsmännern von den Fortschritten des "esprit de liberté" bis in die Staaten des Königs von Preußen und des Kurfürsten von Sachsen⁴¹).

Nicht in der revolutionären Bedrohung keimte aber die Todeskrankheit des Deutschen Reichs; sein Ende war nicht die Folge sozialer Revolutionen, sondern das Ergebnis "der Auseinandersetzung zwischen Reichsverfassung und Staatssouveränität" (K. O. von Aretin); die revolutionäre Abstrahlung nach Deutschland bewirkte zunächst v.a. eine Stärkung des traditionellen, konservativen Elements und schließ-

⁴⁰) AN F 7 4399, besonders "Note concernant la négociation entamée avec les princes d'Empire qui ont des possessions en France" (29. 1. 1791) und "Note" (11. 12. 1790). Eine interessante Rechtfertigung der französischen Politik gegenüber den Reichsständen findet sich in den "Papiers Montmorin": "Précis historique sur la conduite tenue relativement aux affaires d'Allemagne" (AN T 427). Vgl. weiters "Observations franches et amicales sur le projet d'indemniser les princes possessionnés en Alsace [...]" und "Etat des seigneuries privilégiées appartenantes aux princes territoriaux d'Alsace": AMAE MD Alsace 59. Besonders fundiert ebd. das Rechtsgutachten Pfeffels (über ihn vgl. Samoyault, S. 302): "Mémoire sur la ci-devant province d'Alsace" (o.D.). - Das franz. Außenministerium beschäftigte eben wegen der komplizierten staatsrechtlichen Situation der franz. Herrschaft im Elsaß nach 1648 einen eigenen Experten für deutsches Reichsrecht, den 1722 institutionalisierten "jurisconsulte", dessen Kompetenz sich rasch auf alle völkerrechtlichen Fragen allgemeinerer Natur ausweitete: Les affaires étrangères 1, S. 119-121. Zu von der Leyen vgl. Kleinschmidt, S. 295ff.

⁴¹) Noailles an Delessart (2. 11. 1791; AMAE CP Autriche suppl. 23), O'Kelly an Montmorin (25. 3. 1791; AN F 7 4398 d. Allemagne). - Auerbach, France, S. 431.

lich durch "Revolution von oben" im langen Schatten der napoleonischen Expansion, wie die Zwangsmodernisierungen der Rheinbundzeit beweisen, oder aber als Abwehrreaktion hierauf langfristigen Wandel und nachhaltige Modernisierung⁴²⁾.

Die Forschung hat z. T. immer noch Probleme, die Dichotomie zwischen angeblicher Revolutionsimmunität und starken Bemühungen um rechtzeitige Unterdrückung aufzulösen, einen Mittelweg zu finden zwischen der von K.O. von Aretin postulierten weitgehenden "Immunität" des Reichs gegen die Ideen der Französischen Revolution, zwischen dem "Fehlen einer revolutionären Situation" und der hartnäckigen Suche der "Jakobinismusforschung" nach einer "deutschen Revolution", die sich für manche in der Summierung von Aufständen, Unruhen und revolutionärer Publizistik erschöpft, andererseits aber durchaus auf eine Reihe z. T. überreaktiver und - so scheint es - um so vielsagenderer Maßnahmen der Reichsstände verweisen kann. Ein Gegensatz, der auch in der "Arbeitsteilung" zwischen Politikgeschichte und Sozialgeschichte wurzeln mag. K. Härter hat in jüngerer Zeit die Begrenztheit des auf sozial- und geistesgeschichtliche Faktoren konzentrierten Ansatzes, aber auch die Enge des lokalhistorischen Zugangs kritisiert; beide vernachlässigten, so Härter, das konkret-politische Handeln und überschätzten - die Revolutionshysterie einzelner Reichsfürsten verinnerlichend - Breite wie Tiefe der Aufstandsbewegungen und Unruheherde sowie generell die Wirkung der revolutionären Ausstrahlung, die nur dann effektiv und nachhaltig wirkte, wenn sie - wie etwa nach 1792 - von der militärischen Expansion des revolutionären Frankreich begleitet und unterstützt wurde⁴³⁾.

Sicher werden die Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre in ländlichen Gebieten, aber auch in einzelnen Städten Deutschlands an Ober- und Mittelrhein, in der Pfalz, an Saar und Mosel, ja bis nach Kursachsen auftretenden Unruhen - zum Teil konnte man sie nur durch Reichs- und Kreisexekutionen unterdrücken - meist verschieden und hauptsächlich auf lokaler Grundlage zu erklären sein, ohne daß man damit Verbindungslinien zu den revolutionären Erschütterungen in Frankreich (etwa die zeitliche Beschleunigung der Eruptionen) gänzlich vom Tisch kehren sollte. Gerade gegenüber den mächtigeren Reichsfürsten nahm auch die Staatskanzlei mitunter ihre Lässigkeit angesichts der revolutionären "Ansteckungsgefahr" zurück und unterstrich die Notwendigkeit gemeinsamen Vorgehens, wohl weil sie erkannte, daß doch bisweilen so etwas wie "Revolutionsfurcht" grassierte, die sich für die eigene Machtpolitik sublimieren ließ. So hieß es aus Wien im September 1790 angesichts des sächsischen Bauernaufstandes vom Sommer in für den Wettiner Kurfürsten bewußt schmeichelhaften Worten: "Die Spuren des unseeligen Geistes der Unruh, welche sich nunmehr auch bey dem kursächsischen Landvolk unter der mildesten und weisesten Regierung äußern, beweisen wie nothwendig es je mehr und mehr wird, daß alle Souverainen auf die Hemmung dieses gefährlichen allgemeinen Unweesens vereinigte Aufmerksamkeit wenden."⁴⁴⁾

⁴²⁾ Zum Problem der "deutschen Revolution" nun besonders und überzeugend - auf der Basis der "Realpolitik" der Reichsstände und unter starker Relativierung der Ergebnisse der "Jakobinismusforschung" sowie der rein sozialgeschichtlichen Interpretation - die Arbeit von Karl Härter, S. 11-31, 287-377. und nach wie vor Palmers Kapitel "Germany: The Revolution of the Mind" (Bd. 2, S. 425-456). Vgl. weiters Aretin I, bes. S. 106-109, der Französische Revolution und aufgeklärten Absolutismus als "Lösungen ein und desselben Problems" wertet, ders., Deutschland und die Französische Revolution. In: Aretin/Härter, Revolution, S. 9-20, mit ernster Kritik an der zu teleologischen Jakobinismusforschung. Ders., Das Reich in seiner letzten Phase 1648-1806. Das Problem der Regierbarkeit im Heiligen Römischen Reich. In: Ders., Das Reich. Friedensgarantie und europäisches Gleichgewicht 1648-1806 (Stuttgart 1986) 19-51 ("Das Problem einer deutschen Revolution", S. 41-45). Vgl. auch Volker Press, Warum gab es keine deutsche Revolution? Deutschland und das revolutionäre Frankreich 1789-1815. In: Dieter Langewiesche (Hrsg.), Revolution und Krieg. Zur Dynamik historischen Wandels seit dem 18. Jahrhundert (Paderborn 1989) 67-85, teilweise auch ders., Österreich, das Reich und die Eindämmung der Revolution in Deutschland. In: Helmut Berding (Hrsg.), Soziale Unruhen in Deutschland während der Französischen Revolution (= Geschichte und Gesellschaft Sonderheft 12; Göttingen 1988) 237-258. Zu den möglichen Auswirkungen einer Ära der Revolutionen auf das Schicksal der Landstände in einzelnen Territorien des Reiches zwischen finanzpolitisch notwendiger "Liberalisierung" und Revolutionsfurcht vgl. ebenfalls Aretin I, S. 32.

⁴³⁾ Über das (soziale) Unruhepotential in Deutschland ist sehr viel Literatur erschienen, von denen beispielsweise nur genannt seien: Lüdtké, Kampf, S. 75-83. Hansen 2, S. 46*-91*, Helmut Berding, Französische Revolution und sozialer Protest in Deutschland. In: Herzog/Stephan/Winter, Sie, und nicht wir, S. 415-430, Eberhard Weis, Ländliche und städtische Unruhen in den linksrheinischen Gebieten von 1789 bis 1792. In: Ders., Deutschland und Frankreich um 1800. Aufklärung - Revolution - Reform (München 1990) 110-124. Die gründlichste Übersicht zur gegenständlichen Problematik bietet natürlich der Sammelband von Helmut Berding (Hrsg.), Soziale Unruhen in Deutschland während der Französischen Revolution (= Geschichte und Gesellschaft Sonderheft 12; Göttingen 1988). Härter wie Anm. 42.

⁴⁴⁾ Kaunitz an Hartig (1. 9. 1790; StK DK Sachsen 28 Konv. Berichte/Weisungen 1790). - Zum sächsischen Bauernaufstand 1790 vgl. etwa Siegfried Hoyer, Der Beginn der Französischen Revolution und Kursachsen. Verbindungen zum sächsischen Bauernaufstand 1790. In: Timmermann, Französische Revolution, S. 369-379, Michael Wagner, Der sächsische Bauernaufstand und die Französische Revolution in der Perzeption der Zeitgenossen. In: Berding, Soziale Unruhen, S. 149-165.

1.3 Die päpstlichen Enklaven Avignon und Comtat-Venaissin

Die deutschen Reichsstände waren nicht alleine von den Bemühungen der Constituante um eine Vereinheitlichung des einen und unteilbaren Frankreich betroffen. Der Heilige Stuhl - über die innerfranzösische Kirchenpolitik auch in anderer Weise in harter Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution - zählte mit seinen beiden südfranzösischen Besitzungen Avignon und Comtat-Venaissin gleichfalls zu jenen, die die beträchtliche Rückstoßwirkung des französischen Transformationsprozesses am eigenen Leib zu spüren bekamen⁴⁵). Ein Konflikt, in dem sich vielleicht mehr als an anderen Reibungspunkten der französischen Außenbeziehungen eine Art ideologischer Gegensatz zwischen Alt und Neu oder besser ein deutlicher Traditionsbruch zu einer Beschleunigung und Radikalisierung auch der realpolitischen Positionen bemerkbar gemacht haben mag. Nicht der tief gläubige Mensch, sondern der mündige, glaubensskeptische, seiner Rechte und seiner Vernunft bewußte Bürger trat dem Papst nun in einer Frage entgegen, die schon im 17. und 18. Jahrhundert auch zwischen dem Allerchristlichsten König und dem Stellvertreter Christi auf Erden mehr als einmal für handfeste politische Auseinandersetzungen gesorgt hatte. Aber für viele Abgeordnete zur französischen Nationalversammlung war der Papst nicht nur keine spirituelle Autorität mehr; was für die realpolitische Beurteilung des Konflikts viel entscheidender sein mußte und die Lösung dieser Frage via facti verlockend leicht erscheinen ließ: das Oberhaupt des Kirchenstaates war machtpolitisch ein "Fliegengewicht", das anders als die parallel betroffenen Reichsstände in Elsaß und Lothringen nicht einmal über eine Rückendeckung verfügte, wie es Kaiser und Reich für die deutschen Fürsten gegebenenfalls sein konnten.

Spätestens seit dem Anfall der Provence an Frankreich im 15. Jahrhundert und der fortschreitenden Vereinheitlichung und Arrondierung des Staatsganzen im Zeichen des königlichen Absolutismus standen die päpstlichen Enklaven als lästiger Fremdkörper in reger publizistisch-staatsrechtlicher Diskussion. Bereits 1663, 1688 und 1768-1774 hatten diplomatische Spannungen zwischen dem Allerchristlichsten König und dem Hl. Stuhl zu temporären Besetzungen der Territorien geführt, die im 13./14. Jahrhundert - einer Zeit verwirrender Herrschaftsverhältnisse in Südfrankreich - an den Papst gefallen waren. Der Comtat-Venaissin mit dem Hauptort Carpentras kam 1274 definitiv unter päpstliche Herrschaft, 1348 wurde Avignon (seit 1309 bekanntlich Papstresidenz) an Clemens VI. verkauft und verblieb im Besitz der Nachfolger Petri, als man wieder nach Rom zurückkehrte. Die oberste Verwaltung der beiden verwaltungstechnisch geschiedenen Gebiete übte als Substitut des Papstes zunächst ein Legat aus. Er residierte zunehmend selten vor Ort und überließ die tatsächliche Amtsführung einem der Avignonesischen Kongregation in Rom untergeordneten Vizelegaten. Seit dem Ende des 16. Jahrhunderts ist dieser Vizelegat als wirklicher Regent der Enklaven anzusprechen, eine Situation, die 1693 durch die Abschaffung des Legaten-Postens offiziellisiert wurde. So wie der Vizelegat war auch der Bischof (seit 1476 Erzbischof) von Avignon, die zweite wichtige Persönlichkeit, meist Italiener und seit dem 16. Jahrhundert Wegbereiter eines verstärkten italienischen Einflusses. Allerdings wurde im 16. Jahrhundert anstelle des Latein oder Provençal das Französische die gebräuchliche Amtssprache, wie denn überhaupt der engen Bindung der beiden Enklaven an das sie umgebende französische Territorium durch die staatsrechtliche Absonderung kaum Hindernisse erwachsen. Schon die Erzdiözese von Avignon griff auf französisches Gebiet über, die Einwohner der päpstlichen Territorien erhielten durch Franz I. eine besondere Rechtsstellung zuerkannt, nämlich den Status von "régnicoles", der sie den übrigen Franzosen an Rechten gleichstellte, dabei aber in vielfacher Hinsicht begünstigte - ein Zugeständnis, das zugleich auch den Charakter der Einsprengsel als Protektorate der französischen Krone unterstrich. Auch in wirtschaftlichen Belangen profitierten die Untertanen des Hl. Stuhls - zum Mißvergnügen und Schaden der Franzosen - in besonderem Maße von ihren Privilegien.

⁴⁵) Neben der schon genannten Literatur speziell Jules Viguier, *La réunion d'Avignon et du Comtat Venaissin à la France* (août 1789 - septembre 1791). In: RF 21 (1891) 424-449, 23 (1892) 149-160 und 26 (1894) 150-168 [einseitig-polemisch, aber gute Zusammenfassung des komplizierten Ereignisablaufs in den päpstlichen Enklaven], Mathiez, *La France et Rome*, bes. S. 139-167, Aira Kemiläinen, "L'affaire d'Avignon" 1789-1791 from the Viewpoint of Nationalism (= Suomalaisen Tiedeakatemia Toimituksia B,172; Helsinki 1971), Jean-Jacques Clère, *Le rattachement d'Avignon et du Comtat à la France: Approche juridique 1789-1791*. In: AHRF 64 (1992) 571-587.

Ende der achtziger Jahre des 18. Jahrhunderts hatte die Unzufriedenheit mit der päpstlichen Verwaltung allerdings merkbar zugenommen. Der Brotmangel des Winters 1788/89 führte ähnlich wie in Frankreich bis Frühjahr 1789 trotz päpstlicher Kornzulieferungen zu kleineren Unruhen, die intensive Befassung mit den französischen Geschehnissen initiierte auch in den Enklaven Reformbestrebungen, ab Sommer 1790 kam es zur Gründung von Zweigstellen der *Société des amis de la Constitution*. Die benachbarten französischen Departements schalteten sich in die inneren Turbulenzen ein, französische Offiziere und Soldaten sollten späterhin die Kader der Bürgerkriegsparteien bilden.

Eine außerordentliche Generalversammlung der drei Stände des Comtat trat noch im September 1789 zusammen und ersuchte den Papst um Zustimmung zur Einberufung einer Generalstän­deversammlung. Pius VI. verweigerte sie (Februar 1790) und gestattete lediglich Beratungen über allfällige konkrete Reformmaßnahmen. Ungeachtet dessen fanden sich im Frühjahr 1790 die Ständevertreter in Carpentras zusammen, erklärten sich zur "Assemblée représentative du Comté Venaissin" (Mai 1790) und entsandten Agenten zur Constituante in Paris. Über Sommer und Herbst 1790 kam es zu bedeutenden Reformschritten, zur Übernahme der französischen Verfassung und zur Abschaffung des Feudalsystems.

Viel radikaler gestaltete sich die Entwicklung in dem seit Herbst 1789 unruhigen Avignon, wo auch Handwerkerzünfte, Bauern und Arbeiter gegen wohlhabende Bürger, Adelige und Geistlichkeit eine tragende Rolle in der Revolutionierung der Stadt übernahmen. Der alte Stadtrat trat im Februar 1790 zurück, im März/April 1790 wurde die französische Verfassung angenommen; aus einer breit angelegten Wahl ging schließlich im April 1790 eine neue fortschrittlichere Munizipalität hervor. Die in einem päpstlichen Breve vom April 1790 erneuerte Reformunwilligkeit Roms wurde ignoriert. Mitte Juni 1790 beschlossen nach einem "aristokratisch-papistischen" Umsturzversuch und der Vertreibung des Vizelegaten die Distriktsversammlungen den Anschluß an Frankreich, eine entsprechende Petition erging an die Pariser Nationalversammlung, bei der nun auch avignonesische Kommissare eine rege Tätigkeit als Lobbyisten entfalteten.

Zwischen Avignon und den in einem pacte fédératif angeschlossenen Gemeinden des Comtat einerseits und dem konservativeren Haut Comtat um Carpentras andererseits kam es in weiterer Folge zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen, in denen auch die alten Rivalitäten zwischen den beiden größten Städten der päpstlichen Territorien (Avignon zählte etwa 24.000, Carpentras 12.000 Einwohner, der Comtat-Venaissin insgesamt etwa 150.000 Bewohner) fortlebten. Carpentras und Teile des Comtat-Venaissin wollten ganz einfach den Führungsanspruch Avignons und die angestrebte Vereinigung der beiden Gebiete nicht anerkennen und hielten der päpstlichen Oberhoheit letzten Endes doch die Treue. Zur weiteren Verwirrung der Lage spalteten sich dann auch noch die liberalen avignonesischen Kräfte in zwei Lager.

Den progressiven Kräften Frankreichs freilich durfte ein Sieg der "Papisten" schwerlich ins Konzept passen. Die Angst, Teile der Enklaven könnten in Fortführung ihrer traditionellen Rolle als Asylbereiche zu einem Hort der Konterrevolution werden, mag insoferne mitgewirkt haben. Drei Mediatoren der französischen Nationalversammlung war es trotz großer Schwierigkeiten vorbehalten, im Sommer 1791 mit Unterstützung französischer Truppen geordnete Verhältnisse herzustellen und in neuerlichen Abstimmungen die tatsächliche Anschlußwilligkeit der Bevölkerung zu ermitteln. Die überwiegende Mehrzahl der Gemeinden sprach sich für ein Aufgehen im französischen Territorium aus. Dieses Ergebnis bildete schließlich die Grundlage für die weiteren Schritte der scheidenden Constituante.

Hier hatte schon im November 1789 der Abgeordnete Charles-François Bouche, Advokat am Parlament von Aix und als Autor einer Geschichte der Provence (1785) mit der Materie gut vertraut, den Antrag auf Einverleibung Avignons und des Comtat-Venaissin gestellt und damit in den Enklaven großes Aufsehen erregt. Wenn auch der Motion zunächst keine Folge gegeben wurde, so wirkte doch der Druck der öffentlichen Meinung im Hintergrund fort. Denn in vielen "cahiers de doléances" hatten sich v.a. die Anrainerprovinzen der päpstlichen Gebiete für diese Rückführung zweier integrierender Bestandteile der Provence ausgesprochen. Wirtschaftliche und zollpolitische Überlegungen, insbesondere der Blick auf ein "reculement des barrières aux frontières", dürften hier eine ganz zentrale Rolle gespielt haben. Periodisch kehrten nun in der Constituante ausführliche Debatten über den einzuschlagenden Kurs in dieser Frage wieder (Frühjahr 1790, November 1790, Frühjahr 1791). Ein eigenes Comité d'Avignon war gebildet worden (Juli 1790), dessen Referent, Baron de Menou, unzählige Stunden mit aufwendigen staatsrechtlich-historischen Studien in der Bibliothèque Royale zubrachte, ehe er am 30. April 1791 seinen Bericht zur Fundierung französischer Ansprüche auf die beiden "entfremdeten" Gebiete unterbreitete.

Noch aber verneinte die Nationalversammlung in einer namentlichen Abstimmung vom 4. Mai 1791 die ihr vorgelegte Frage, ob die beiden päpstlichen Territorien "parties intégrantes de l'Empire français" seien, mit knapper Stimmenmehrheit.

Erst am 14. September 1791 - die Vermittler hatten ihr Werk getan - wurde die Einverleibung beschlossen, von finanzieller Entschädigung des ehemaligen Landesherrn war nicht die Rede. "L'Assemblée nationale déclare qu'en vertu des droits de la France sur les Etats réunis d'Avignon et du Comtat Venaissin, et que, conformément au voeu librement et solennellement émis par la majorité des communes et des citoyens de ces deux pays pour être incorporés à la France, lesdits deux Etats réunis d'Avignon et du Comtat Venaissin font, dès ce moment, partie intégrante de l'Empire français." Aus dem 1797 vom Papst im Vertrag von Tolentino anerkannten Gebietszuwachsen entstand schließlich das Département Vaucluse⁴⁶).

Die Begründung und Untermauerung dieses den völkerrechtlichen Regeln natürlich widerstrebenden Vorgehens war überaus vielschichtig gewesen und hatte neben den herkömmlichen rechtshistorischen Versuchen, die Unrechtmäßigkeit der mittelalterlichen Gebietsabtretungen unter Beweis zu stellen, im Zeichen der Nationalstaatlichkeit auch das Argument der gemeinsamen Sprache und Kultur sowie das Recht auf Selbstbestimmung gegen feudalistischen Länderschacher gesetzt, wie es auch im Wiedervereinigungsdekret besonders zum Ausdruck kam. Da verfielen die Einwürfe der um Abbé Maury, wortgewaltiges Mitglied der Académie française, gescharten Rechten nicht, die von dem sich abzeichnenden, international bedenklichen Hang des neuen Frankreich zu völkerrechtswidrigen Gebietsabsorptionen fortwährende außenpolitische Konflikte besorgte und auf den mit der bitteren Realität sichtlich in Widerspruch stehenden Eroberungsverzicht vom Mai 1790 verwies. Wiedervereinigung war eben keine Eroberung.

Daß sich die Lage in den Enklaven noch einige Zeit nicht beruhigte, zeigte sich bald. V.a. die radikale Kirchenpolitik der "Patrioten" führte noch im Oktober 1791 in Avignon zu einem überwiegend von den Bauern der Umgebung getragenen "konterrevolutionären" Rückschlag und dieser wieder zu blutiger Repression durch die avignonesische Nationalgarde. Die willkürliche Verhaftung von Gemäßigten und "Papisten" gipfelte in der internationalen Aufsehen erregenden wahllosen Tötung von etwa 50 Gefangenen Mitte Oktober 1791. Erst die Ankunft französischer Truppen und Kommissare garantierte ab Anfang November 1791 den Rechtszustand. Im Kontext der heraufziehenden Konfrontation zwischen Revolution und Alteuropa war die große Stunde der Avignon-Frage aber noch gar nicht gekommen (vgl. unten).

⁴⁶) AP 25, S. 562, 577-584, AP 30, S. 631f (14. 9. 1791). - Blumendorf an Kaunitz (16. 9. 1791; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1791 VII-XII).

2. Die "französische Staatsumwälzung" als sozialrevolutionäre Bedrohung

"La Révolution française prend l'Europe au dépourvu. L'Europe est impuissante à la combattre parce qu'elle est incapable de la comprendre. Ce n'est point la nouveauté du fait et la surprise de l'événement qui déconcertent les hommes d'état de l'ancien régime; la Révolution française trompe leurs calculs et bouleverse leurs notions politiques, justement parce qu'elle ne les étonne point. Ils n'y aperçoivent qu'une crise pareille à beaucoup d'autres dont ils ont la tradition ou l'expérience. Ils la jugent sur de fausses analogies et règlent leur conduite envers elle sur des conjectures sans fondement. Il y avait eu un grand nombre de révolutions en Europe, et notamment aux dix-septième et dix-huitième siècles; mais aucune n'avait revêtu le caractère universel que prit la Révolution française. Ce caractère échappe nécessairement à l'Europe au début de la Révolution; mais l'Europe continue de s'abuser très-longtemps après que l'événement aurait dû dissiper toutes les illusions. Cette aberration primitive et cet aveuglement prolongé s'expliquent par les mêmes motifs: les idées acquises et les jugements tirés des précédents."

Albert Sorel, *L'Europe et la Révolution française* 1, S. 543.

An der Frage "War die Angst vor revolutionärer Ansteckung ein (wesentliches) Motiv der hohen Politik?" kann keine Untersuchung der österreichischen Außenpolitik im Zeitalter der Französischen Revolution vorübergehen. Auch wenn, um das Nein gleich vorwegzunehmen, "Revolutionsfurcht" späterhin bestenfalls zur Unterfütterung der im wesentlichen machtpolitisch bestimmten Haltung gegenüber Frankreich diente und hauptsächlich die Rechtfertigungsrhetorik auf dem Weg zur Intervention stützen sollte, die Angst vor dem "Revolutionsgift" also keine wirklich bestimmende Triebkraft für die österreichische Außenpolitik hatte, so ist doch andererseits ebenso offensichtlich, daß das Bedrohungsbild auf innenpolitischer Ebene durchaus gesehen wurde und mit den Jahren zu einem Accelerando der Gegenmaßnahmen führte, daß kurzum die Radikalisierung der bilateralen Beziehungen auf außenpolitischem Niveau auch eine innere Verhärtung mit bewirkte. Dies galt übrigens für Frankreich, wo der Überlebenskampf gegen die Einkreisung in die Terreur der Jahre 1793/94 führte, gleichermaßen wie für Österreich, wo die "französische Gefahr" allmählich, aber dafür um so dauerhafter für eine reaktionäre Verknöcherung sorgte.

Bedenken des Auslands gegen Explosivkraft und Ansteckungsgefahr der Französischen Revolution setzten aber nicht erst als Gegenreaktion auf die vehemente Kriegspropaganda der Brissotins/Girondisten 1791/92 und deren aggressives messianisches Sendungsbewußtsein ein; sie waren wesentlich älter. Die kritischen bis feindseligen Beobachter bedienten sich bei ihren Betrachtungen über die Entwicklung in Frankreich von Anfang an gerne einer medizinischen Sprache und verglichen nicht selten in metaphernreicher Diktion den verfallenden französischen "Staatskörper" mit einem kranken menschlichen Körper, dessen Leiden - die "französische Epidemie", die "französische Pestilenz", das "französische Fieber", die "französische Staatsseuche", "Freiheitsunsinn", "Schwindelgeist", "Revolutionsgift" usw. - durchaus auf andere überspringen mochten. Und spiegelverkehrt bezeichnete man logischerweise die "nicht-infizierten" Franzosen in den folgenden Jahren, v.a. dann, als die Intervention 1791/92 näherzurücken begann, als den "gesunden" Teil der Nation ("partie saine de la nation").

Waren innere Turbulenzen und "Revolutionen" in Form von Verfassungskrisen, Parteienkämpfen oder Bürgerkriegen in der Staatengeschichte bisher von außenstehenden Beobachtern meist als "crises particulières" eingeschätzt worden, die der einzelstaatlichen Konvenienz entsprechend neue Chancen und Optionen im internationalen Wettbewerb eröffneten und letztlich keine "ideologische Bedrohung" überkommener Ordnungen darstellten, so mußte - auch durch die ärgerlichen Reperkussionen innerfranzösischer Reformschritte auf außenpolitischem Gebiet - augenfällig werden, daß die Französische Revolution im Gegensatz dazu nicht als rein interne, Frankreich lähmende Krise gesehen werden konnte, über die man sich je nach Standpunkt freuen oder sorgen durfte. Schon das himmelstürzende Reformwerk der Constituante machte klar, daß hier eine Großmacht durch eine neue Verfassung nach den Worten des k.k. Botschafters in Paris zu einem "hors d'oeuvre" innerhalb der alteuropäischen Staatenwelt zu werden drohte. Alexis de Tocqueville stellte in "L'ancien régime et la Révolution" in origineller Weise die Französische Revolu-

tion und ihr gewaltiges Potential mit jenem "religiöser", von konkreten Anlässen sich lösender Revolutionen in eine Reihe, etwa mit der Ausbreitung des Christentums und dem Siegeszug des Islam. Aus dem Willen, spezifisch französische Mißstände zu reformieren, entwickelte sich in relativ kurzer Zeit die verwegene Aspiration, "la régénération du genre humain" insgesamt in die Hand zu nehmen. Missionarischer Zelotismus, Proselytismus und Propaganda erschienen Tocqueville so als adäquate Instrumente dieser neuen "révolution religieuse", die mit ihrer - politischen Umwälzungen bis dahin weitgehend fremder - Leidenschaftlichkeit zwangsläufig viele Zeitgenossen erschrecken mußte⁴⁷⁾.

Auch Denker und Gestalter wie Comte de Mirabeau hatte natürlich die allgemeine Sprengkraft, die den Prozessen im neuen Frankreich innewohnte, rasch erkannt: "[...] Autant la révolution française rallie la majorité des nations autour des autorités légitimes dans les pays passablement constitués et paisiblement organisés, autant elle a mis en péril les gouvernements arbitraires et purement despotiques." Ganz besonders für Belgien, aber auch für die Schweiz und das Reich sah der wortgewaltige Tribun große Gefahren heraufziehen.

"Dans les superbes provinces de l'Allemagne qui avoisinent le Rhin, si l'on ne se hâte pas de resserrer le noeud fédéral, d'étayer partout ce bâtiment gothique et même d'en refaire, mais sur les anciennes proportions, quelques parties, il y aura des secousses incalculables et la première en engendrera sans nombre dont on ne peut assigner ni l'étendue ni le terme. [...] Burke a dit que la France n'offroit plus au politique qu'un grand vuide [gemeint ist wohl Edmund Burkes Rede vor dem House of Commons vom Februar 1790]. Burke a dit une grande sottise. Ce vuide est un volcan dont on ne sauroit avec prudence perdre de vue un moment ni les éruptions ni la lave."⁴⁸⁾

2.1 Propaganda und Gegenpropaganda

Jakobiner, Demokraten, Republikaner und Volksverführer

Bei Mirabeaus optimistischer Einschätzung der Vitalität des neuen Frankreich war ein wesentlich aggressiveres Element als die "selbsttätige Verbreitung" der "französischen Grundsätze" noch gar nicht berücksichtigt, das die spätere Propagandataktik der Gironde schon seit dem ersten Revolutionsjahr vorwegzunehmen schien: nämlich die im Ausland meist überängstlich verfolgten Bemühungen einzelner politischer Gruppierungen - insbesondere der bald zum europäischen Schreckbild gewordenen, einfach als Synonym bzw. Sammelbegriff für "radikalrevolutionäre" und "anarchistische" Demokraten verstandenen "Jakobiner" - die in Frankreich aufgehende Saat der "doctrine subversive" zur Demolierung staatlicher Autorität auch außerhalb des revolutionären Mutterlandes fruchtbar werden zu lassen; gewiß weniger systematisch als dann ab Jahresende 1792 und jedenfalls noch ohne Unterstützung und Förderung seitens der staatlichen Verwaltung wie späterhin.

Die sehr unterschiedslose Abqualifizierung fast aller politisch aktiven und engagierten französischen revolutionären Parteien als "Demokraten", "Republikaner", "Clubisten", "Anarchisten" und "Volksverführer" legt den Verdacht nahe, daß das Ausland - durch das bunte politische Spektrum und den raschen Wandel überfordert - die laufenden (Links-)Verschiebungen im politischen Spektrum nicht oder nicht korrekt nachvollziehen konnte und allen "Rebellen" des Jahres 1789 weiterhin mißtrauisch begegnete. Nicht selten will es scheinen, als ob auch den Verantwortlichen in Wien nur die politisch nicht engagierten, passiven und die Extreme von rechts wie von links meidenden Franzosen die in den Jahren 1791/92 häufig verwendete Bezeichnung "partie saine de la Nation" verdienten. Diese "sanior pars" unter Frank-

⁴⁷⁾ Alexis de Tocqueville, *L'ancien régime et la Révolution*, hrsg. von J. - P. Mayer (Paris 1967) 71.

⁴⁸⁾ Ohne verlässliche Bestimmung in FA SB 71 d. G, teilweise, aber abweichend zitiert bei Stern, *Mirabeau et la politique étrangère*, S. 386f, sowie bei Sorel 2, S. 43 (Note Mirabeaus für Lamarck, 1. 9. 1790). Vgl. Stern, *Leben Mirabeaus* 2, S. 246-263 (Kap. Mirabeau und die auswärtige Politik), hier S. 247 Anm. 1, wonach es sich dabei um eine Mercy im September 1790 für Leopold II. eingehändigte Denkschrift Mirabeaus handelt.

reichs Bevölkerung, die nur Ruhe und Ordnung wünschte, hielt man zugleich für die zahlenmäßige Mehrheit, die in Wahrheit nur von einer kleinen, aber besonders aktiven und politisch aufgeladenen Minderheit unterjocht wurde.

Dieser analytische Fehlansatz sollte sich trotz des guten Informationsstandes auf die praktische Seite auch der österreichischen Frankreichpolitik negativ auswirken und Koalitionen mit einflußreichen innerfranzösischen Kräften erschweren, wo nicht verunmöglichen. Aus den progressiven "Häuptern der Revolution" von 1789, den Constitutionnels, den im Sommer 1791 vom Jakobinerklub abgespaltenen Feuillants, den Anhängern Lafayettes u.a., waren ja bis zum entscheidenden Krisenjahr 1792 z.T. konservative Revolutionsskeptiker geworden - für Wien und die k.k. Diplomatie freilich darum noch lange keine ernstzunehmenden Verbündeten gegen die "neue Linke", gegen die ab Herbst 1791 den Jakobinerklub und die Legislativversammlung beherrschenden Brissotins bzw. Girondisten. Nur ein formeller Übertritt aus dem Lager der Revolutionäre in das des französischen Hofes mit Abschwörungscharakter wie im Falle Mirabeaus oder des "Triumvirats" begründete eine Revidierung bisheriger Urteile. Freilich war auch das "politologische" Vokabular noch recht eingeschränkt, so daß unter "Demokraten" oder "Patrioten" vieles, auch viel Gegensätzliches verstanden werden konnte; im wesentlichen erhielt das Etikett "Demokrat" aber sehr bald schon den fauligen Beigeschmack von "Ausschreitung" und "Volksanarchie", auch gemäßigte Liberale und Fortschrittliche fielen so unterschiedslos unter die "Jacobinophobie" des "Establishments"⁴⁹⁾.

Nicht nur revolutionäres Schrifttum aller Art und die regierungsseitig unmöglich zu kontrollierende Pariser Presse belasteten in den Jahren nach 1789 mehr und mehr das Verhältnis Frankreichs zu anderen Staaten, die an publizistische Insulte in Friedenszeiten nicht gewohnt waren. Die in der Praxis unbeschränkte französische Preßfreiheit schuf entsprechende Freiräume für Ausritte gegen die gekrönten Häupter, Ausfälle, die sich aber auch die Abgeordneten zur Legislative ab Herbst 1791 in zunehmender Zahl und Heftigkeit erlaubten. Der französische Außenminister Delessart hatte so 1791/1792 alle Hände voll zu tun, die Attacken von Tagespresse, Flugschriftenliteratur usw. gegenüber dem Ausland abzuschwächen und der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß sich die europäischen Mächte "über dergleichen elende Schreiber-eyen hinaussetzen und solche vielmehr mit Verachtung und Mitleyden ansehen werden, denn es wäre ja nicht glaubbar, daß man deßwegen Frankreich den Krieg ankündigen sollte. Der Contrat Social des J.J. Rousseau seye die Grundursache aller jener Schwärmer-eyen. Diesen hätte man ursprünglich verbrennen und somit durch Ausrottung der Wurzel dem Übel bevorkommen sollen."⁵⁰⁾

Besonders die angebliche Aussendung von politischen "Missionaren" der Pariser Klubs in viele europäische Länder war es, die nach 1789 das Klima vergiftete oder jedenfalls als Vorwand für ganz anders motivierte Spannungen dienen konnte. Seit 1790 liefen bei der Staatskanzlei in Wien von den verschiedensten k.k. Auslandsvertretungen nicht nur zunehmend Anzeigen über bedenklich sprießendes "auführerisches Schrifttum" und entsprechende Empfehlungen zu Verboten, sondern v.a. Nachrichten über solche Emissäre ein.

Für Botschafter Mercy stand schon im November 1789 außer Zweifel, daß die bedenklichen Vorgänge in Frankreich für die Anrainerstaaten im weitesten Sinne ein gefährliches Beispiel abgeben konnten, und pries dabei die im Königreich Neapel getroffenen Vorsichtsmaßregeln als vorbildlich an, die Franzosen - hohe Standespersonen ausgenommen - die Einreise verwehrten und die Einfuhr revolutionärer Schriften verboten. Im Januar 1790 war in den Berichten des Botschafters von echter "Proselytenmacherei" internationalen Zuschnitts die Rede, davon,

"wie sehr sich die hiesige Freyheitsenthousiasten angelegen seyn lassen, ihre Lieblingslehre aller Orten mehr und mehr auszubreuen. Es sind sichere Spuren vorhanden, daß sie sich nicht allein begnügen, die hierüber erschienene häufige Schriften außer Landes zu schicken und durch veranlaßte Übersetzungen unter dem gemeinen Volke zu verbreiten, sondern daß sie auch sogar verschiedene

⁴⁹⁾ Über den undifferenzierten Gebrauch politischer "Schimpfwörter" wie "Jakobiner" oder "Demokraten" vgl. u.a. auch Roider, Thugut, S. 86f, der zu Recht Parallelen zu der ebenso oberflächlich-abwertenden Verwendung von Begriffen wie "Bolschewik" oder "Kommunist" in unserem Jahrhundert sieht. Botschafter Mercy hatte Staatskanzler Kaunitz im Mai 1790 eine wohl prägende, aber für den weiteren Verlauf der Entwicklung zu einfache Darstellung der Parteiverhältnisse in Paris gegeben, wenn er schrieb: "Il s'est formé à Paris un club dans le couvent des Jacobins; c'est le point de réunion où tous les partisans de la Révolution vont préparer les matières qui sont agitées ensuite à l'Assemblée Nationale." (Mercy an Kaunitz 29. 5. 1790 - P/Beilage "Note pour servir d'éclaircissement ...").

⁵⁰⁾ Blumendorf an Kaunitz (13. 1. 1792; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1792).

der Landessprache kündige Emissarien nach Deutschland und unter andern nach Bayern geschickt haben sollen, mit dem Auftrage, ihre neue anzügliche Lehre alda zu predigen und Proselyten zu machen." Der Botschafter empfahl, auf der Hut zu sein "und solche Maßregeln einzuschlagen, wodurch dergleichen gefährlichen Lehrern die Betretung der k.k. Staaten versagt sowie die Verbreitung ihrer Schriften soviel nur möglich verhindert werden mögte." Ein entsprechender Emissär für die österreichischen Erblände war bereits unterwegs⁵¹⁾.

Tragende Organisation all dieser subversiven Auslandsaktivitäten zur Verbreitung der "neuen Staatslehre" war Gerüchten zufolge der aus den Aposteln des "französischen Schwindelgeistes" zusammengesetzte Pariser Club de la Propagande⁵²⁾. Dessen Organisation, seine angeblichen Projekte und Ziele enthüllte im Frühjahr 1790 eine Broschüre mit dem Titel "Démonciation à toutes les puissances de l'Europe d'un plan de conjuration contre sa tranquillité générale suivie d'un discours prononcé au club de la propagande le 21 mai 1790". Sie beschrieb das Ziel des Club de la Propagande mit "de développer, de défendre & de propager les principes d'une constitution libre & plus généralement de contribuer de toutes ses forces aux progrès de l'art social" und schloß mit einer angeblichen "Hetzrede" des Abgeordneten Adrien Duport (1759-1798), in der dieser zur Revolutionierung ganz Europas aufrief⁵³⁾.

⁵¹⁾ Mercy an Kaunitz (18. 11. 1789 - O*, 28. 1. 1790 - O*, 30. 5. 1790 - O*/P. S. 1), dto. (9. 6. 1790 - O; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Mercy-Kaunitz 1790 V-VIII). Schließlich warnte Mercy auch vor der nach Deutschland abgereisten Schaubühne von Nancy, die mit zwei Schauspielern wesentlich an der großen Militärrevolte von Nancy im Sommer 1790 beteiligt gewesen sein soll: Mercy an Kaunitz (4. 8. 1790 - O). Als der k.k. Geschäftsträger in Paris, Blumendorf, im Oktober 1791 das neueste Werk des ehemaligen Abgeordneten zur Constituante, Volney, "Les ruines ou méditations sur les révolutions des empires" an Botschafter Mercy nach Brüssel übersandte, wies er ausdrücklich auf die darin enthaltenen sehr gefährlichen Prinzipien hin und empfahl ein Verbot für die Erblände: Blumendorf an Mercy (12. 10. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy 1790/91).

⁵²⁾ Bei diesem "Club de la Propagande" soll es sich - etwa nach den Behauptungen der ultra-royalistischen "Actes des Apôtres" - um die im April 1790 gegründete, freilich keineswegs linksradikale "Société patriotique de 1789", nach anderen wieder um den "Cercle social" gehandelt haben, deren Auslandsbeziehungen offensichtlich zu den wildesten Gerüchten Anlaß gaben: Augustin Challamel, Les clubs contre-révolutionnaires. Cercles, comités, sociétés, salons, réunions, cafés, restaurants et librairies (Paris 1895) 391-443. Vgl. Ranke, Ursprung und Beginn, S. 70, Sorel 1, S. 55, 66f, 543f, 2, S. 105-114, Hansen 1, S. 749 (Dezember 1790), 912-917 (Juli 1791), Georges Lefebvre, La Révolution française (= Peuples et civilisations 13; Paris Neuaufl. 1951) 190-198, Godechot, Grande nation 1, S. 99-132, 160-164, und Palmer 2, S. 50-65, Roland Marx, Strasbourg, centre de la propagande révolutionnaire vers l'Allemagne. In: Voss, Deutschland und die Französische Revolution, S. 16-25, Alain Ruiz, Agents de la propagande révolutionnaire en Allemagne de 1789 à 1792: Les voyageurs et leurs récits sur la France. Ebd. S. 82-97, hier S. 82f, Erich Pelzer, Die französische Revolutionspropaganda am Oberrhein 1789-1799. In: Hans-Otto Mühleisen (Hrsg.), Die Französische Revolution und der deutsche Südwesten (München/Zürich 1989) 165-182, und besonders Stern, Mirabeau et la politique étrangère, S. 388ff. Über die preußische Furcht vor revolutionärer Ansteckung vgl. Wilhelm Lüdtkke, Friedrich Wilhelm II. und die revolutionäre Propaganda 1789-1791. In: FBPG 44 (1932) 70-83 u. neuerdings Günter Birtsch, Revolutionsfurcht in Preußen 1789 bis 1789. In: Otto Büsch/Monika Neugebauer-Wölk (Hrsg.), Preußen und die revolutionäre Herausforderung seit 1789 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 78; Berlin/New York 1991) 87-101, ebd., S. 103-117, Horst Möller, Preußische Aufklärungsgesellschaften und Revolutionserfahrung, ebd., S. 213-266, Ursula E. Koch, Französische Revolution und preußische Tagespublizistik 1789. Lüdtkke konstatiert bei Friedrich Wilhelm II. ab Sommer 1790 verstärkte "Revolutionenfurcht", die bis Sommer 1791 noch von der betont gelassenen Haltung Hertzbergs überlagert wurde, und mißt ihr einige Bedeutung sowohl für die Erkaltung des Interesses an den belgischen und lüttichischen Erhebungen als auch im Rahmen der österreichisch-preußischen Annäherung zu.

⁵³⁾ Druck in SA Frkr. Varia 42 Konv. Frkr. Varia 1790 mit einer freimaurerfeindlichen "Note" und einer Denkschrift "La Loge rouge dévoilée à toutes les têtes couronnées" (Juli 1790), die beiden letzteren handschriftlich. Siehe dazu u.a. auch Johannes Rogalla von Bieberstein, Die These von der Verschwörung 1776-1945. Philosophen, Freimaurer, Juden, Liberale und Sozialisten als Verschwörer gegen die Sozialordnung (= Europäische Hochschulschriften III/63; Bern/Frankfurt 1976), bes. S. 101. Vgl. Graf Merode an Leopold II. mit zahlreichen Mémoires vom 19. 8. 1791/13. 10. 1791 und einem Rapport verbal vom 22. 12. 1791 (letzteres zu den "Umtrieben" französischer Botschaftsangehöriger in Wien): SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 X-XII. Die angebliche Rede Duports war das Produkt des Comte d'Antraigues, stammte also aus Emigrantenkreisen. Vgl. Joseph Feldmann, Le "discours de Duport" et la propagande révolutionnaire en Suisse. In: AHRF 27 (1955) 55-58, Jacqueline Chaumié, Le réseau d'Antraigues et la Contre-Révolution 1791-1793 (Paris 1965), Jacques Godechot, Le comte d'Antraigues, un espion dans l'Europe des émigrés (Paris 1986) 74ff.

Schon im Sommer 1790 waren im "Journal von und für Deutschland" und im Hamburger "Politischen Journal" ernste Kassandrarufer gegen den französischen Revolutionsgeist und die Aktivitäten des Club de la Propagande zu lesen gewesen. Die Warnungen Botschafter Mercys aus Paris erhielten gleichfalls mehr Brustton. Im August 1790 forderte der sonst so kühle Diplomat,

"daß sich alle [europäischen Mächte] ohne Ausnahm gegen die anarchische Freyheitsseuche, die unfehlbar Frankreich zugrunde richten wird, sorgfältig auf ihrer Hut halten mögten. Es sind augenscheinliche Proben vorhanden, daß die Stifter dieses verderblichen Systemes alle ihre Glory, alle ihre Absichten und Wünsche darinne setzen, solche Lehre in allen europäischen Staaten zu verbreiten, daß sie zu diesem Ende einen festgesetzten Plan und eine grosse Anzahl Emissarien unterhalten, die sie aller Orten in wirksame Thätigkeit setzen. Außerdem wird es ihnen keineswegs an nöthigen Geldvorrath fehlen, um diesen schädlichen Anschlag auf eine höchst besorgliche Art auszuführen. Das Ausserordentliche und die Unwahrscheinlichkeit einer solchen Idee werden solche nur desto gefährlicher machen, massen man in andern Ländern sich sehr schwer wird überzeugen wollen, wie nothwendig es sey, sich gegen eine solche Seuche zu verwalten. Die äusserste Bemühungen dieser gegen alle gekrönte Häupter gerichteten Verschwörung werden auf die allgemeine Verführung des Militarstandes gerichtet seyn, und, wie ich von guten Quellen her weis, hat man den vorzüglichsten Augenmerk auf Deutschland, und zumalen auf die königlich oesterreichische Erblande und die Staaten des Königs in Preussen, geworfen."

Die Ausgangslage für eine internationale Abwehraktion schien Mercy dabei gar nicht ungünstig. Denn (August 1790):

"Auswärtig sehen alle Frankreich mit nicht minderer Verachtung als Abscheu an. Sie sind mit allem Recht gegen die häßliche Bearbeitung aufgebracht, die man sich hier mittelst der Absendung zahlreicher Emissaires in alle europäische Staaten mit dem Auftrag erlaubt, auch all dort Aufruhr zu predigen und fortzupflanzen. Ich kann nicht genugsam auf die schon öfters gehorsamst angezeigte Warnungen bestehen, wie nöthig es sey, alle mögliche Vorsichtsmitteln gegen diese verderbliche Seuche einzuschlagen. [...] Ich bin überzeugt, daß das System einer anzustiftenden allgemeinen Revolution in Europa der Hauptgegenstand jener Zerstörer ihres eigenen Vaterlands seye [...], ein dem politischen Verstand nach sehr natürliches System [...], maßen, da die neue französische Constitution mit keiner einzigen der anderen übrigen europäischen Mächten vereinbarlich ist, die Nation von ihnen gänzlich abgeschnitten und ohne allem Einfluß auf das allgemeine Gleichgewicht bleiben würde, es wäre dann, daß die Regierungsformen aller anderen Monarchien auf gleichen Fuß mit der hiesigen gebracht werden."⁵⁴⁾

Marie-Antoinette warnte ihren Bruder Leopold II. in Wien um dieselbe Zeit nicht weniger eindringlich vor Freimaurerverbindungen; "c'est par cette voie que tous les monstres d'ici comptent d'arriver dans tous les pays au même but." Auch aus Turin, der damaligen Hochburg der französischen Emigranten unter Comte d'Artois, kamen von höchster Stelle Warnungen über den sich allerorten verbreitenden "Auf-ruhrgeist", ein für alle Staaten bedenklicher Gegenstand - so auch die Staatskanzlei, die sich sodann ungewohnt interventionistisch vernehmen ließ: Diese Warnungen "stimmen mit den häufigen Nachrichten überein, die wir von allen Orten erhalten, und beweisen die dringliche Nothwendigkeit, daß nicht allein jeder Staat für sich dieser verderblichen Schwärmerey entgegenarbeite, sondern sich auch mit den benachbarten, in gleichen Grade bedroheten Staaten über die Maaßregeln einverstehe, die nicht anders als in gemeinschaftlicher Mitwirkung dieser Pest zu steuern hinlänglich wären."⁵⁵⁾

Vieles spricht dafür, daß, wie auch Kaunitz annahm, diese Revolutionsfurcht v.a. von den radikaleren Konterrevolutionären in Frankreich selbst und schließlich von der Emigration, aber auch von den Auslandsagenten der königlichen Familie systematisch gefördert wurde, weil man die Angst vor revolutionärer Ansteckung noch für das wirksamste "Zwangsmittel" gegenüber den lange Zeit jeder Intervention in Frankreich abgeneigten Mächten hielt. Selbst das Werben des Grafen Fersen um eine Beteiligung des

⁵⁴⁾ Mercy an Kaunitz (20. 8. 1790 - O*, 4. 10. 1790 - O*/P. S.).

⁵⁵⁾ Marie-Antoinette an Leopold II. (17. 8. 1790). Kaunitz an Gherardini (30. 6. 1790; SA Sardinien Weisungen 33 Konv. Weisungen 1790).

Kaisers an den phantastischen Interventionsplänen Gustavs III. von Schweden operierte im September 1791 mit dem "gemeinsamen Nenner" der Revolutionsangst, der Furcht vor Ansteckung durch eine bislang unbekannte "Staatskrankheit". Eine Taktik, die bei Kaunitz überhaupt nicht verfiel. Dem ehemaligen russischen Gesandten in Frankreich, Simolin, der im Februar 1792 die Verantwortlichen in Wien auftrags der französischen Königin bestürmte, entgegnete nun der Staatskanzler apodiktisch, daß keine Infektion zu fürchten sei und sich jeder Staat mit der Überwachung und betont abschreckenden Verfolgung der Emissäre der "propagande" bescheiden könne; der dramatische Abstieg Frankreichs im Zeichen der Revolution aber müsse für die Völker Warnung genug sein⁵⁶).

Von verschiedenen Seiten kam auch aus Frankreich selbst Schützenhilfe für jene, die die Angst vor konsequenter französischer Propagandaarbeit schürten. Zum einen natürlich von der äußersten Rechten, die mitunter als innerfranzösischer Arm der Emigration Frankreichs Lage und die Umtriebe der progressiven Kräfte in den schwärzesten Farben schildern wollte. In der Pariser Nationalversammlung war es etwa im November 1790 Abbé Maury, ein prominenter Kopf der rechten Opposition, der seine Kollegen in leidenschaftlichen Worten auf die subversive Tätigkeit einzelner politischer Gruppierungen hinwies:

"La ligue exécrationnelle qui s'est formée contre les souverains est une épée nue dont la pointe se montre en mille endroits différents et dont la poignée est dans cette capitale. C'est d'ici qu'est partie cette légion de brigands qui se sont dispersés dans tout le royaume et même dans toute l'Europe pour soulever les peuples, suborner les troupes, exciter au pillage, acheter des assassinats et pour faire souscrire des actes d'insurrection, à la lueur des incendies."

Andererseits empfand die äußere Linke es als durchaus nützlich, wenn Europas Fürsten vor den Gefahren einer Ausbreitung der neuen Ideen erschauerten. Jean-Louis Carra ging in seiner Zeitschrift, den zunehmend provokanter werdenden "Annales patriotiques", schon im März 1790 auf den Club de la Propagande ein:

"Il va s'établir dans cette capitale une société de la propagande de liberté qui s'occupera à composer et à faire traduire en plusieurs langues [...] des adresses aux peuples européens [...] On avertit les princes étrangers, qui ne sont pas d'humeur à souffrir dans leur pays la circulation des idées de droit naturel et des principes d'une raison universelle, de faire construire au plutôt, autour des nations dont ils se disent les propriétaires, une forte muraille pour empêcher la diffusion de ces lumières"⁵⁷).

Staatskanzler Kaunitz selbst zeigte sich mit der Zeit sichtlich gereizt angesichts der häufigen Berichte über angebliche Emissäre "zu Verbreitung des Aufbruchgeistes" im Reich und witterte ebenso wie bei der Panikmache gerade der Emigranten konkrete politische Ziele. "Aber soviel ich weiß", schrieb er dem bevollmächtigten Minister bei Kurtrier und Kurköln, Graf Metternich, einem der eifrigsten Berichtersteller über französische Propagandatätigkeit,

"ist noch kein solcher Aufbruchprediger in dem Reich gesehen oder mit Anzeigen eines solchen Vorhabens entdeckt worden. Dies beweist meines Erachtens, daß die Sache viel übertrieben wird oder die Polizey in den meisten Provinzen Deutschlands sehr schlecht bestellt ist. Die Ursache, warum viele Reichsstände diesen Gerüchten gern Glauben beimessen und die Gefahr dem k.k. [Hof] als wahr und groß vorstellen, ist leicht zu errathen: Man will uns andurch zur eilfertigen Theilnahme an

⁵⁶) Fersen an Gustav III. (22. 9. 1791; Feuillet 4, S. 110-114): "Il me paroît que pour simplifier les affaires de France, il n'y a qu'une chose à présenter, c'est la nécessité d'un exemple qui empêche les philosophes, les innovateurs et les peuples des autres pays d'imiter ceux de France, en leur prouvant qu'on n'outrage pas impunément la majesté royale". - Simolin an Katharina II. (1. 3. 1792; Feuillet 5, S. 255-265). - Der Auslandsagent der Tuilerien, Baron de Breteuil, führte ebenfalls gerne "l'activité de la propagande" ins Treffen. "On me mande de Paris que les mesures de cette propagande semblent redoubler plutôt que s'affoiblir": Breteuil an Mercy (Solothurn, 20. 4. 1791; SA Frkr. Varia 48 Konv. Breteuil-Mercy 1791-1793).

⁵⁷) AP 20, S. 575 (aus der umfangreichen Rede Maurys zur Avignon-Frage vom 20. 11. 1790), Annales Patriotiques et littéraires de la France No. 168 (19. 3. 1790). - In Koblenz, dem Zentrum der Emigranten, erschien um die Jahreswende 1791/92 eine Broschüre mit dem Titel "Secrets, causes et agens des Révolutions de France", die einen großen, seit mehr als 100 Jahren angesponnenen Verschwörungsplan von Protestanten, Jansenisten, Atheisten, Freimaurern und Aufklärern aufzudecken bestrebt war: RK RkgF 3-5. Die Broschüre enthielt im Anhang eine "Liste des membres de l'Assemblée se disant nationale de France qui ont embrassé le système de la Propagande".

ihren besondern Angelegenheiten mit Frankreich auffordern und uns zu Vorschriften verleiten, die weder der Erheblichkeit der Sache noch den Umständen und am wenigsten unserm Staatssystem angemessen wären." Um nur wenig später mit ironischem Unterton hinzuzusetzen: "Ueberhaupt wünsche ich, daß man im Reiche sich mit mehr Ernst und nachbarlicher Zusammensicht bemühe, von den vielen unsichtbaren Emissären, die alles in eitle Furcht und Schrecken setzen, einen zu entdecken, und nach Untersuchung seiner Aufträge, Absichten und Benehmens an demselben ohne alle Rücksicht ein erspiegelndes Beispiel auf eine auffallende Art statuieren. Dieß würde auf die eigenen Unterthanen einen guten Eindruck machen und den Muth der sogenannten Propaganda in ihre chimerischen Unternehmungen bald fallen machen, wenn ihre Apostel die Martyrer ihrer Thorheiten und das Opfer ihrer Unbesonnenheit werden. Ich kann nicht begreifen, wie man im Reiche sich vor diesen Emissären so sehr fürchten und so sorglos über ihre Entdeckung seyn kann."

In der Tat schürte besonders einer der "hitzigsten Köpfe" der französischen Emigration, der nach Ettenheim geflüchtete Fürstbischof von Straßburg, Kardinal Rohan, der zugleich auch Reichsstand war, die Angst vor französischen Umtrieben mit dem Ziel einer Revolutionierung ganz Europas und rief wiederholt zur Zerstörung der Brutnester auf⁵⁸⁾.

Die Instrumentalisierung der Revolutionsfurcht, der Wink mit dem Zaunpfahl durch Hinweise auf die "sozialrevolutionäre Komponente" der Revolution und den Club de la Propagande, ja die Drohung mit einer Aufwiegelung aller Völker, der Überschwemmung ganz Europas mit Emissären und der Unterhöhung der Truppendisziplin durch Lockmittel aller Art wurde zum (mäßig wirksamen) taktischen Mittel. Die Angst vor französischen Emissären steigerte sich schließlich bei so manchem ins Phantastische. Anschläge auf Leib und Leben der Souveräne schienen bald nicht mehr ausgeschlossen. So nimmt es nicht Wunder, wenn man angesichts des mysteriös plötzlichen Todes Leopolds II. im März 1792 vielfach davon ausging, daß der Kaiser von Jakobinern vergiftet worden sei⁵⁹⁾.

Wenig später, im April 1792, berichtete der vorderösterreichische Regierungspräsident, Joseph Thaddäus Vogt Freiherr von Sumerau (gest. 1817), von Mordplänen der Jakobiner - "eine Rotte rasender und tollkühner Ungeheuer" - nun auch gegen König Franz und Staatskanzler Kaunitz; neuerlich dann im Juni 1792 anlässlich der bevorstehenden Kaiserkrönung Franz'. Im September 1792 schließlich griffen französische Emigranten einen Zahnarzt aus Straßburg auf, der angeblich einen Mordanschlag auf den preußischen König plante, und Regierungspräsident Sumerau - 1801 übrigens Vizepräsident, 1803 Präsident der Polizeihofstelle - zog im Oktober 1792 eine vielsagende "antiaufklärerische" Bilanz:

"Die leider sich schon häufig und fast in allen Reichen Europens eingestellte Folgen einer übel verstandenen Aufklärung zwingen mich zu glauben, daß derselben boshafte Vertheidiger, worunter das gefährliche Illuminatenvolk vorzüglich gehöret, und ihre schwarze Anschläge, so geringschätzig sie auch aussehen mögen, die größte Aufmerksamkeit in allen Staaten verdienen und nothwendig machen."⁶⁰⁾

⁵⁸⁾ Kaunitz an Metternich (23. 2. u. 19. 4. 1791; StK DK Reich Weisungen 252 Konv. Weisungen an Metternich 1791), ähnlich an Lehrhach (16. 4. 1791; StK DK Bayern 66 Konv. Weisungen 1791/1). - Rohan an Leopold II. (Ettenheim, 23. 2. 1791; RK RkgF 1/2). Kardinal Rohan behauptete, daß die im Januar 1791 in das Elsaß entsandten drei Kommissare der Nationalversammlung (Mathieu Dumas, Jean-Marie Héroult de Séchelles und Jean-Baptiste Foissey) 30 Millionen zur Aufwiegelung der Reichsterritorien erhalten hätten. Nach Interpretation der Königin dienten die gewaltigen Barschaften, die Dumas angeblich mit sich führte, vielmehr dazu, die gekränkten Reichsstände mit Geld umzustimmen: Blumendorf an Ph. Cobenzl (15. 2. 1791; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1791 I-VI); Mathieu Dumas, Souvenirs 1770-1836 I (Paris 1839) 479-486, Jean-François-Eugène Robinet, Héroult de Séchelles. Sa première mission en Alsace. In: RF 22 (1892) 457-474. Rohan selbst lebte in Furcht vor einem Anschlag und ging nur mit starker Leibwache aus: Sieger, S. 225-269. - Zinzendorf berichtet in seinem Tagebuch (KA NL Zinzendorf TB 35 - 14. 10. 1790) von dem beträchtlichen Kopfzerbrechen, das die Ausstrahlung der Französischen Revolution zu dieser Zeit den Wiener Zentralbehörden bereitete: "Le prince de Kaunitz et le comte de Pergen sont fort occupés des illuminés, de la commission de propagande à Paris, de l'abbé Ceruti et d'autres à Turin qui cherchent à soulever les peuples."

⁵⁹⁾ D'Escars an Leopold II. (3. 3. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Descars-Leopold II.). Blumendorf an Mercy (19. 3. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Blumendorf-Mercy 1792 I-IX; Druck: Hubert, S. 120-122); Mercy an Marie-Antoinette (16. 4. 1792; FA SB 71 d. B/A; Druck: Arno, Marie-Antoinette, S. 261f). Noailles an Delessart (7. 3. 1792; AMAE CP Autriche suppl. 24). - Zur wahren Todesursache Leopolds (linksseitige Oberlappenpneumonie mit eitriger Pleuritis) vgl. Wandruszka 2, S. 383.

⁶⁰⁾ Sumerau an Kaunitz (12. u. 16. 4., 1., 11. 6., 5. 9. u. 11. 10. 1792; StK Provinzen Vorderösterreich Berichte 1). Dreyer an Ph. Cobenzl (22. 9. 1792; StK DK Preußen 70 o. K.).

Der Fall Théroigne de Méricourt

Eine prominente Aktivistin der Revolution, der auch - jedenfalls von der royalistischen Presse - führende Beteiligung an den Greuelszenen vom 5./6. Oktober 1789 unterstellt wurde, schien den Österreichern schon im Februar 1791 mit der bekannten, ja fast schon legendären Anne-Josèphe Théroigne de Méricourt (1762-1817) ins Netz gegangen zu sein - ein Ereignis, das ungeheuer weite Kreise zog.

Bäuerlicher Abstanmung und - da im Luxemburgischen geboren - österreichische Untertanin, hatte die Théroigne ein romanhaftes Abenteuerleben hinter sich, ehe sie im Paris der Jahre 1789 und 1790 ihr schwärmerisches Interesse für die junge Revolution entdeckte und auf den Zuschauertribünen der Nationalversammlung und v.a. im kleinen Kreise mäßig erfolgreicher Privatclubs eine bescheidene politische und volksbildnerische Tätigkeit entfaltete.

Im Mai 1790 kehrte sie nicht zuletzt angesichts der drohenden Verhaftung wegen angeblicher Beteiligung an den Unruhen der Oktobertage des Jahres 1789 von Paris in den Raum Lüttich-Luxemburg zurück, wo man ihr gleichfalls bald subversive Tätigkeit zuschrieb. Am 16. Februar 1791 wurde sie schließlich unweit Lüttich von französischen Emigranten mit Billigung und Unterstützung des österreichischen bevollmächtigten Ministers in Brüssel, Graf Mercy, entführt und mitsamt ihren Papieren, von denen man sich wichtige Aufschlüsse über das revolutionäre Geschehen in Frankreich und Belgien erwartete, nach Freiburg im Breisgau und im März weiter in die Feste Kufstein gebracht, wo man im Mai 1791 durch den Stadthauptmann von Konstanz Hofrat Blanc, einen bekannten Aufklärer und "Agrarreformer" der maria-theresianisch-josephinischen Zeit, eine Untersuchung einleitete ... "in größter Stille, in Geheim und ohne alles Aufsehen". Dabei erwiesen sich die Vorwürfe der Emigranten, die so vehement auf die Verhaftung Théroignes gedrängt hatten, als völlig haltlos, sowohl was ihre behaupteten Aktivitäten im Oktober 1789 als auch ihre vorgebliche Zugehörigkeit zum Club de la Propagande anlangte, so daß die Théroigne - seit August 1791 unter Hausarrest in Wien - im November 1791 in die Österreichischen Niederlande zurückgeschickt wurde. Es stand fest, wie Kaunitz dem Kaiser schon im August 1791 melden mußte, "daß diese Person zwar eine gefährliche Phantastinn, aber keineswegs eines in Frankreich oder in diesen Landen begangenen Verbrechens geständig sey und überwiesen werden könne".

Anfang 1792 kehrte die "amazone révolutionnaire" von Belgien wieder nach Paris zurück, wo sie zunächst v.a. vom Jakobinerklub als "Märtyrerin der Freiheit" geehrt wurde, bald aber für die Girondisten Partei bezog und schließlich seit 1794 - starke Anzeichen gesundheitlicher und geistiger Zerrüttung hatten sich schon während ihrer Gefangenschaft in Kufstein gezeigt - als Geisteskranke bis zu ihrem Tode in der Salpêtrière einsaß⁶¹).

⁶¹) V.a. die "Frauengeschichte" hat Théroigne de Méricourt als einer der schillerndsten Frauengestalten der Revolution in den letzten Jahren wieder vermehrt Beachtung geschenkt, natürlich unter anderen Aspekten, als dies im späteren 19. und frühen 20. Jahrhundert der Fall war. Aus der zahlreichen Literatur nenne ich nur Elisabeth Roudinesco, *Théroigne de Méricourt. Une femme mélancolique sous la Révolution* (Paris 1989) und nun wohl erschöpfend Helga Grubitzsch/Roswitha Bockholt, *Théroigne de Méricourt. Die Amazone der Freiheit* (Pfaffenweiler 1991) mit einer quellengerechten Darstellung der Gefangenschaft in Österreich. Weitere Literatur ist verzeichnet bei Walter I, S. 523f, und Caldwell I, S. 595f. Über den Leiter der österreichischen Untersuchung, Hofrat Blanc, vgl. Karl Grünberg, Franz Anton von Blanc. Ein Sozialpolitiker der thesianisch-josephinischen Zeit (Aus: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche 1911, S. 119-202), bes. S. 188-193. Das überreiche Aktenmaterial zu Entführung und Gefangenschaft der Théroigne verteilt sich über mehrere Bestände des HHStA; die wichtigsten Schriftstücke - darunter auch die von ihr verfaßte Lebensgeschichte, zuletzt in deutscher Sprache veröffentlicht von Helga Grubitzsch/Roswitha Bockholt, *Théroigne de Méricourt. Aufzeichnungen aus der Gefangenschaft* (Salzburg/Wien 1989) - erliegen neben verstreuten Stücken im Bestand Belgien, im Handarchiv Kaiser Franz', in den Sammelbänden und in den Hauptreihen der Staatenabteilung Frankreich in SA Frankreich Varia 43, 44 (hier die Berichte Hofrat Blancs) und 46. Vgl. weiters die wichtigen Staatskanzleivorträge vom 27. 2. 1791 (StK Vorträge 148 Konv. 1791 II), 14. 4. 1791 mit zahlreichen Beilagen (StK Vorträge 148 Konv. 1791 III-IV), 1. 8. 1791 (StK Vorträge 149 Konv. 1791 VIII-X), Abschlußvortrag vom 18. 11. 1791 (StK Vorträge 149 Konv. 1791 XI-XII) und aus AMAE CP Pays-Bas espagnols/autrichiens 182 die Berichte des franz. chargé d'affaires, Lagravère, vom 10. (P.S.) und 22. 12. 1791 sowie Marie-Christine an Leopold II. (6. u. 8. 12. 1791; Druck: Schlitter, Marie-Christine, S. 208-211).

Simon Schama läßt übrigens sein Buch *Citizens* mit einer schauerlichen Darstellung des traurigen Endes der Théroigne ausklingen (S. 873, 875).

Französische Diplomaten als potentielle "Keimträger"

Das Mißtrauen vieler Staaten und gekrönter Häupter richtete sich aber in den Revolutionsjahren nicht nur gegen Geheimemissäre der "Propagande" bzw. des Jakobinerklubs, sondern auch gegen offizielle diplomatische Vertreter des seit 1789 de facto entmachteten Allerchristlichsten Königs im Ausland. Sie machten sich gewissermaßen Edmund Burkes Ausruf zueigen: "So viele Gesandte, so viele Spione und Brandstifter, so viele tätige Sendboten der Demokratie." Jenseits meist fehlender konkreter Verdachtsmomente transportierten Schritte wie Zurückweisung der neu zu akkreditierenden Diplomaten, ihre betont unfreundliche Behandlung bzw. die Zulassung regelrechter "Gegenbotschafter" der Emigranten viel mehr die prinzipielle Aversion gegen das ohnedies nur fadenscheinige Miteinander zwischen dem französischen König und der Revolution zwischen 1789 und 1791 bzw. 1791/92; es waren Signale gegen das "neue Frankreich". Schweden, der Heilige Stuhl und das besonders zwiespältig agierende Spanien nahmen hier eine gewisse Vorreiterrolle ein⁶²).

Bemerkenswert ist der Fall des ehemaligen Sekretärs des Pariser Jakobinerklubs, Guillaume Bonnacarrère (1754-1825), der später noch im französischen Außenministerium des ersten Gironde-Kabinetts ab März 1792 Karriere machte. Seine Anfang 1791 geplante Entsendung als französischer Vertreter nach Lüttich erregte am Ort seiner Bestimmung, aber auch in Brüssel wegen seiner politischen Couleur und des vermuteten Auftrags zu Propagandaarbeit großes Aufsehen. Botschafter Mercy fürchtete, das kaum befriedete Lüttich könnte nun systematisch zu einem Ansteckungsherd ausgebaut werden, mit entsprechenden Gefahren für die belgischen Lande "qui ne sont déjà que trop disposés à goûter la pernicieuse morale de la propagande démocratique". Bonnacarrère wurde schließlich vom Lütticher Fürstbischof zurückgewiesen; die Beziehungen zu Frankreich blieben gespannt⁶³).

Königin Marie-Antoinette strich selbst anlässlich der auf massiven Druck der Nationalversammlung vorgenommenen größten Rochade im französischen auswärtigen Dienst die Notwendigkeit heraus, die neuen Diplomaten nach Möglichkeit zurückzuweisen und nicht anzuerkennen. "Il me semble impossible", schrieb sie, "qu'aucun souverain puisse recevoir un ministre qui n'est pas du choix du Roi et qui irait sous le nom du Roi des Français qui n'est point le titre sous lequel les autres puissances nous reconnaissent." Dabei verwies sie auf die energische Haltung der Könige von Schweden und Spanien, die dem französischen diplomatischen Dienst während der Revolution größte Hindernisse in den Weg legten. Ähnliches erhoffte man sich natürlich von Wien⁶⁴).

In der Tat blieb das im Dekret vom Mai 1790 und dann wieder in der Verfassung von 1791 verankerte ausschließliche Recht des Königs auf die Ernennung der diplomatischen Vertreter Frankreichs nicht wirklich gewahrt. Einmal von der Regierung getroffene Personalentscheidungen waren vor diesem Hintergrund des öfteren Gegenstand erregter Debatten in der Nationalversammlung. So mancher Abgeordnete wettete gegen die alte Ernennungspolitik und propagierte die Bestellung der Gesandten durch die Volksvertreter. Die Diplomaten des Allerchristlichsten Königs mußten es sich nun gefallen lassen, von einzelnen Volksvertretern als im Halbdunkel agierende Schattengestalten, ja als "espions privilégiés" apostrophiert zu werden, die endlich durch aufrichtige "Wahrheitskünder" ersetzt werden sollten. Gegen das ausschließliche Ernennungs- und Weisungsrecht des Königs stand im Grunde auch die eidliche Verpflichtung der Diplomaten des Ancien Régime auf das "neue Frankreich". Dazu diente der mit Dekret vom 17. No-

⁶²) Über das französische diplomatische Korps vgl. Les Affaires étrangères Bd. 1, S. 141-219, 305-315, 331-338, Claude Delibes, Le personnel diplomatique français dans les cours européennes à la fin de l'Ancien Régime (Mémoire de maîtrise, Paris 1979), Claire Bénazet, Ambassadeurs et ministres de France de 1748 à 1791. Etude institutionnelle et sociale. In: Ecole nationale des chartes. Positions des thèses 1982, S. 19-28. Frankreich unterhielt 1787 12 Botschafter, 20 Gesandte und bevollmächtigte Minister zuzüglich Residenten und kleinerer Vertretungsagenten.

⁶³) Noailles an Montmorin (20. 4. 1791), Montmorin an Noailles (19. 6. 1791); AMAE CP Autriche 361. Weiters Kaunitz an Metternich (19. 4. 1791); StK DK Reich Weisungen 252 Konv. Weisungen an Metternich 1791), Mercy an Kaunitz (5. 4. 1791; Belgien DD A Berichte 320) mit beigelegtem "Extrait d'une lettre datée de Paris du 24 mars 1791". Offensichtlich fürchtete man in Lüttich zeitgleich sogar einen französischen Angriff: Mercy an Metternich (18. 4. 1791; SA Frkr. 49 Konv. Mercy-Metternich 1791-1794).

⁶⁴) Marie-Antoinette an Mercy (3./13. 2. 1791; FA SB 71 d. A/Konv. 1791; Druck: Rocheterie/Beaucourt 2, S. 215-224). Blumendorf gab in seinem Bericht an die Staatskanzlei vom 29. 3. 1791 einen Überblick über den gewaltigen Personalabtausch im französischen diplomatischen Dienst: SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1791 I-VI. - Seit Oktober 1789 ersetzte die Bezeichnung "roi des Français" den afrehrwürdigen "roi de France et de Navarre".

vember 1790 verbindlich gemachte "serment civique"⁶⁵). Dessen Verweigerung und notorisch "konterrevolutionäre Haltung" führten konsequent zur Abberufung des widerspenstigen Diplomaten. Regelrechte Umbesetzungsschübe im diplomatischen Korps Frankreichs beseitigten unbelehrbare Revolutionsgegner, die dann meist direkt in die Reihen der Emigranten übertraten oder ihren Nachfolgern zumindest vor Ort das Leben schwer zu machen trachteten, bzw. es füllten die Gesandtschaftssekretäre das nicht selten zum Dauerzustand verlängerte Interim aus, als sich mit zunehmender Radikalisierung der revolutionären Entwicklung die personellen Ressourcen immer weiter einengten⁶⁶).

In Wien selbst hatte man seit langem ein wachsames Auge auf das Personal der französischen Repräsentanz geworfen. Denn auch wenn der altgediente französische Botschafter Marquis de Noailles politisch völlig unverdächtig war, so sah sich Erzherzog Franz doch schon im April 1791 genötigt, in seinem Geschäftsbuch streng zu notieren⁶⁷): "Die Leute des französischen Botschafter betragen sich ungebührlich und raisonniren mit einer besonderen, ihrer Landesdenkungsart angemessenen Freyheit in den Wirthshäusern."

Gegenpropaganda - Edmund Burke

Daß ausgerechnet das "liberale" England jenen Denker hervorbrachte, der die konservative Revolutionsfeindlichkeit auf ein gewisses intellektuelles Niveau hob und für die konterrevolutionäre "Philosophie" bestimmend blieb, mag auf den ersten Blick überraschen. Ebenso, daß hier gerade Edmund Burke, vielen als Fürsprecher der nordamerikanischen Kolonien in ihrem Freiheitskampf gegen das englische Mutterland bekannt, den Lorbeer davontrug und seit Februar 1790 seine Stimme gegen die Ereignisse in Frankreich zu erheben begann⁶⁸).

Im November 1790 erschienen die von W. Mommsen treffend als "Manifest der Gegenrevolution", von J. Godechot als "bréviaire de la contre-révolution occidentale" charakterisierten "Reflections on the Revolution in France" (vier Wochen später folgte eine französische Übersetzung), die jenen charakteristischen anti-rousseauistischen, tief konservativen Geist atmen. "Mir ist, als winkte uns eine fürchterliche Krise", grübelte Burke, "nicht für die Angelegenheiten von Frankreich allein, sondern für die Angelegenheiten von Europa und vielleicht von mehr als Europa. Alle Umstände zusammengenommen, ist die Französische Revolution die erstaunungswürdigste, die sich noch bisher in der Welt zugetragen hat."⁶⁹)

⁶⁵) AP 20, S. 483. Bereits im Ausland befindliche Vertreter hatten ihn schriftlich binnen Monatsfrist einzusenden. Erst an den Ort ihrer Bestimmung abgehende Diplomaten mußten den vorgeschriebenen Eid vor den Beamten jener Gemeinde ablegen, von dem aus sie ihren Posten antraten. Am 31. Dezember 1790 präsentierte Außenminister Montmorin der Nationalversammlung eine erste Übersicht der bisher eingelaufenen Reaktionen (29. 12. 1790; AP 21, S. 742).

⁶⁶) Ein interessantes Fallbeispiel, das der französischen Botschaft in Solothurn, diskutiert Louis Bergès, *Le Roi ou la Nation? Un débat de conscience après Varennes entre diplomates français (juillet 1791)*. In: RHD 98 (1984) 31-46. Der französische Botschafter bei der Schweizer Eidgenossenschaft, Vêrac, demissionierte nach der Suspendierung der königlichen Gewalt und räumte das Botschaftspalais, machte aber seinem Nachfolger, dem Botschaftssekretär Theobald Bacher, das Leben schwer, indem er mit den Emigranten intrigierte und sich weigerte, ihn als Geschäftsträger zu präsentieren. Vgl. auch Friedrich Otto, *Theobald Bacher. Ein elsässischer Diplomat im Dienste Frankreichs 1748-1813* (Straßburg 1907).

⁶⁷) FA Handarchiv Kaiser Franz 19 "Relation über die mir in Abwesenheit Seiner Majestät anvertraut gewesene Geschäfte", zit. bei Wolfgruber, S. 180. Kaiser Leopold II. wollte auf strenge Überwachung ausländischer, besonders französischer Vagabunden, ihrer Reden und Schriften geachtet wissen: ebd. "Befehle Seiner Majestät während Dero Abwesenheit in Italien von Anno 1791" und FA SB 27 "Lettres de S.M. l'Empereur à Son Altesse Royale l'archiduc François" ein Brief o.D. (wohl April/Mai 1791).

⁶⁸) Vgl. aus der reichen Burke-Literatur speziell: Stephan Skalweit, *Edmund Burke und Frankreich* (= Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen. Geisteswissenschaften Abhandlungen 60; Köln/Opladen 1956), Dietrich Hilger, *Edmund Burke und seine Kritik der Französischen Revolution* (= Sozialwissenschaftliche Studien 1; Stuttgart 1960), Wolfgang J. Mommsen, *Edmund Burke und die Französische Revolution*. In: *Politische Ideologien und nationalstaatliche Ordnung. Studien zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Festschrift für Theodor Schieder zu seinem 60. Geburtstag* (München/Wien 1968) 39-66. Weiters Frank O'Gorman, *The Whig Party and the French Revolution* (London etc. 1967), Godechot, *Contre-Révolution*, S. 56-74, Black, *Age of Revolutions*, S. 355-367, Wagner, *England*, S. 34-71. Über Burkes Kontakte zu den französischen Emigranten vgl. spezieller Colin Lukas, *Edmund Burke and the Emigrés*. In: François Furet/Mona Ozouf (Hrsg.), *The French Revolution and the Creation of Modern Political Culture 3: The Transformation of Political Culture 1789-1848* (Oxford 1989) 101-114.

⁶⁹) Edmund Burke, *Betrachtungen über die Französische Revolution*, hrsg. von Ulrich Frank-Planitz (Zürich 1987; in der Übersetzung von Friedrich Gentz) 46 (Kap. "Die Französische Revolution und ihre fürchterlichen Folgen"). Die handliche Ausgabe enthält auch (S. 477-542) die "Gedanken über die französischen Angelegenheiten".

Vgl. auch Klaus Epstein, *Die Ursprünge des Konservatismus in Deutschland. Der Ausgangspunkt: Die Herausforderung durch die Französische Revolution 1770-1806* (Frankfurt etc. 1973, engl. Erstauflage 1966).

Als unbedingter Anhänger der in einem langem historischen Prozess gewachsenen Institutionen Englands, die noch am ehesten jene von ihm so geschätzte gemischt-gemäßigte Herrschaftsform garantierten, verurteilte Burke die antihistorische Neukonstruktion, wie sie in Frankreich gegen die von Gott gesetzte Gesellschaftsform zwangsweise durchgesetzt wurde, und erkannte deutlich die "sozialrevolutionäre" Komponente des Pariser Geschehens, die die christliche Religion nicht mehr als Basis jeder Gesellschaft und Garant für Stabilität respektierte. Die bestehende - ständisch gegliederte - Herrschafts- und Sozialordnung konnte im Verständnis des Engländers bestenfalls durch behutsame und vorsichtige Reformen, keinesfalls aber durch "daring innovations" weiter optimiert werden. Trägerschicht des Staatslebens war für Burke die politisch mündige Oberschicht (und nicht wie in Frankreich der "Abschaum der Rechtsverdreher"), der Kreis an "politischer Öffentlichkeit" also stark eingeschränkt. So hatten seine Sympathien etwa der Prérévolution der Privilegierten gegen den exzessiven Absolutismus des französischen Königtums gegolten, die eine für Frankreich vernünftige "monarchie tempérée" hätte herstellen können, ehe sie den Weg freimachte für eine mit Anarchie gleichzusetzende Demokratieform à la française; wo die Menschenrechte den Geist erfaßt hatten, da galt, so Burke, eine gute Verfassung nichts mehr.

Auch im Denken Burkes geriet schließlich die Revolution zum mutwilligen Werk einer kleinen Gruppe von intellektuell-philosophischen Verschwörern, zu einer literarischen Kabale, wie er es nannte, deren bedenkliche Ausstrahlung eine Gefahr für die gesamteuropäische Ordnung darstellte. Er erkannte in der Französischen Revolution früher als viele andere den Sieg eines neuen Prinzips, eine "revolution of doctrine and theoretic dogma", der ein ähnliches Sprengpotential eignete wie der Reformation des 16. Jahrhunderts. Während so mancher sich noch in realpolitischen Sicherheitsillusionen wog, führte Burke bereits den "ideologischen Kampf" zwischen verschiedenen Gesellschaftsordnungen. War etwa noch die Belgische Revolution als eine "rebellion against innovation" zu begreifen, so markierten die Vorgänge in Frankreich ganz im Gegensatz dazu eine "revolt of innovation". Letztere war, indem sie nach Burkes Einschätzung Gehorsam und Unterwerfung beiseite schob und widernatürliche Gleichmacherei an ihre Stelle setzte, die Negation der bekannten Herrschaftsverhältnisse, eine Perversion der natürlichen Ordnung, die erste "totale Revolution", die ihre Parteigänger mit dem quasi-religiösen Geist des Proselytismus erfüllte und sozialen Sprengstoff entzünden konnte (und eben auch gegen die englischen Sympathisanten der Französischen Revolution richteten sich die "Reflections"), galt Burke doch die Auflösung eines Gemeinwesens zu Recht nicht als ausschließlich politischer, sondern vielmehr als "sozialer Zerstörungsprozeß".

In Brüssel und Wien nahm man Burkes "Betrachtungen" in der französischen Übersetzung schon sehr bald nach Erscheinen mit Interesse zur Kenntnis. Kaunitz soll sich von den revolutionskritischen Gedanken des Engländers schier begeistert gezeigt haben, so versicherte jedenfalls ein Verehrer Burkes nach einem Abendessen beim Staatskanzler im März 1791⁷⁰⁾.

Der englische Politiker wurde seit 1791 zu einem "der konsequentesten Anhänger des Interventionsprinzips" (W. Mommsen), um die Ausbreitung der "Pariser Philosophie" zu verhindern ... eine Geisteshaltung die ihn angesichts der überwiegend interventionsfeindlichen Haltung der meisten europäischen Mächte bald in das Lager der Emigranten führen mußte und 1791 in einer "politischen Mission" seines zum Amateurdiplomaten gewordenen Sohnes Richard zu den französischen Prinzen am Rhein sowie in einer interventionistischen Schrift, den "Thoughts on French Affairs", vom Jahresende 1791 gipfelte, in der er die Gefahr einer revolutionären Ansteckung für alle europäischen Länder herauszustreichen suchte und die unerträglich passive Haltung der meisten Kabinette auf einen rein machiavellistischen Kern reduzierte. Programmatisch stellte Burke fest, daß die europäische Politik insgesamt aber auch die einzelstaatliche Politik sich primär mit Frankreich zu befassen hätte. Ganz besonders die sehr umstrittene Linie sei-

⁷⁰⁾ Robert Dodge an E. Burke (26. 3. 1791); Alfred Cobban/Robert A. Smith (Hrsg.), *The Correspondence of Edmund Burke* 6 (Cambridge University Press 1967) 239f. Das Erscheinen der "Reflections" wurde von der k.k. Gesandtschaft in London bereits Anfang November 1790 angezeigt: Rewitzky an Kaunitz (9. 11. 1790; SA England Berichte 127 Konv. 1790 VII-XII). Geschäftsträger Blumendorf in Paris bemühte sich eifrig um ein Exemplar der französischen Ausgabe: Blumendorf an Mercy (26., 29. 11., 10. 12. 1790; SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy 1790/91). Im Februar 1791 schmökerte in Wien auch Graf Zinzendorf bereits in Burkes "Reflections": KA NL Zinzendorf TB 36 (5. 2. 1791). 1791 erschien eine erste deutsche Übersetzung nach der 4. englischen Auflage der "Reflections" bei Joseph Stahel in Wien. Die beste Übertragung ins Deutsche besorgte bekanntlich Friedrich Gentz; seine Übersetzung erschien erst 1793 in Berlin und war Friedrich Wilhelm II. gewidmet. Vgl. u.a. auch über einzelne Aspekte der geistigen Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution in Preußen Paul Wittichen, *Die innere Geschichte Preußens während der französischen Revolution*. Gentz und Humboldt. In: FBPG 19 (1906) 1-33.

nes eigenen Heimatlandes, das nicht nur jeden Gedanken eines Eingreifens in französische Interna für sich ablehnte, sondern darüberhinaus durch bewußt undurchsichtiges Agieren andere, prinzipiell willigere Mächte behinderte, mußte ihm dabei Kopfzerbrechen bereiten. Dringend warnte Burke vor der in der Tat verbreiteten Illusion, die französische "Republik" sei nicht lebensfähig und würde von selbst in sich zusammenbrechen; vielmehr gab er sich überzeugt, daß man die Hauptursachen für die Stabilität eben jener erbärmlichen Verhältnisse in Frankreich in der irrigen Annahme zu suchen und zu finden hatte, das Unhaltbare würde sich selbst vertilgen, alle aktiven Maßnahmen seien überflüssig. Ihm, der auf eine Konterrevolution aus dem Inneren nicht mehr zählen zu können meinte, schien mit der Dauer des Bestehens die Festigkeit des französischen Systems bestenfalls zu wachsen und Entrüstung darüber um so berechtigter, daß die europäischen Kabinette und ihre diplomatischen Dienste - dem "französischen Geist" verfallen - der Bedrohung einzig mit Apathie und Phlegma begegneten und gerade Wien die übrigen Höfe nur an Unlauterkeit überragte.

2.2 Der "aufgeklärte Absolutismus" als Schutzschild?

Schon aus den Ausführungen zur französischen Propaganda ist klar geworden, daß es heute gegen alle Klischeevorstellungen keineswegs leicht fällt, die Gratwanderung zwischen "Revolutionsangst" und "Revolutionsimmunität" in den Argumentationsmustern der europäischen Höfe im Angesicht der Französischen Revolution nachzuvollziehen. Einerseits finden sich besonders seit 1790 sehr häufig Hinweise auf die "Wühlarbeiten" französischer Emissäre im Ausland, spielte, wie sich zeigen wird, die oft beschworene Frage der "Ansteckungsgefahr" eine propagandistisch nicht unwesentliche Rolle in den schließlich 1791/92 zur Intervention gegen das revolutionäre Frankreich führenden Diskussionen und v. a. in den auf Effekt nach außen bedachten Schlüsseldokumenten der 1. Koalition. Andererseits gaben sich aber gerade die Verantwortlichen in Wien im Gegensatz zu den Gesandten im Ausland mehrheitlich überzeugt, daß man letztlich ein Überspringen des Funkens aus verschiedenen Gründen nicht fürchten mußte.

Sah man das Reformwerk des "aufgeklärten Absolutismus" als wirkungsvollen Schutzschild? In den k.k. Erblanden hatte anders als in dem nur scheinbar reformunwilligen Frankreich des Ancien Régime Kaiser Joseph II. selbst den Part eines reformfreudigen "Revolutionärs von oben" übernommen und so in genau umgekehrter Rollenverteilung zu den französischen Vorgängen die "rückwärtsgewandten", verfassungskonservativen Unruhen in Belgien und Ungarn provoziert; fanden die "Schlagworte" der Revolution also im (nach-)josephinischen Österreich wie im friderizianischen Preußen keinen rechten Boden, "weil hier der Fortschritt kaum überboten werden konnte" (V. Bibl)?⁷¹⁾

⁷¹⁾ Ernst Wangermann, Von Joseph II. zu den Jakobinerprozessen (Wien/Frankfurt/Zürich 1966; engl. Erstausgabe 1959), nochmals zusammengefaßt in ders., The Austrian Achievement 1700-1800 (London 1973), ders., Österreichische Aufklärung und Französische Revolution. In: Ernst Wangermann/Birgit Wagner (Hrsg.), Die schwierige Geburt der Freiheit. Das Wiener Symposium zur Französischen Revolution (Wien 1991) 183-192, Helmut Reinalter, Radikale Aufklärung und Josephinismus - Reform oder Prärevolution? und Josephinismus, Geheimgesellschaften und Jakobinismus. Zur radikalen Spätaufklärung in der Habsburgermonarchie In: ders., Österreich und die Französische Revolution (Wien 1988) 13-33 und natürlich Szabo, Kaunitz passim. Die Frage der "Revolutionsimmunität" durch zeitgerechte "Modernisierung von oben" behandelt in allgemeiner Weise auch T. C. W. Blanning, Conclusion: Germany and the French Revolution. In: Reform and Revolution, S. 303-334 (unter Betonung der stabilisierenden Wirkung der deutschen Aufklärung als einer Allianz von Intellektuellen, Beamten und Herrschenden), nochmals ders., The French Revolution and the Modernization of Germany. In: Central European History 22 (1989) 109-129. Das Zitat nach Bibl ist entnommen Viktor Bibl, Kaiser Josef II. Ein Vorkämpfer der großdeutschen Idee (Wien/Leipzig o.J.) 303, einem - wie schon der Untertitel erkennen läßt - sehr tendenziösen, aber nicht ganz unnützlichen Werk. Der Vollständigkeit halber sind zum Themenkreis "Österreich und die Französische Revolution" noch zu nennen: Maria Malitz-Novotny, Die französische Revolution und ihre Rückwirkungen auf Österreich 1789-1795 (ungedr. phil. Diss. Wien 1951), Marie-Luise Schubert, Die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung Wiens mit der Französischen Revolution (ungedr. phil. Diss. Wien 1968), zusammengefaßt als Wie reagierte Wien auf die Französische Revolution? In: ÖGL 14 (1970) 505-522, Irina Bletschacher, Das Franzosenbild in Deutschland und Österreich zur Zeit der Französischen Revolution 1789-1794 (ungedr. Dipl.-Arb. Wien 1989), L'Autriche et la Révolution française (= *Austriaca* Dezember 1989/Nr.29; Rouen 1989), Kinley Brauer/William E. Wright (Hrsg.), Austria in the Age of the French Revolution 1789-1815 (Minneapolis 1990), Gilda Pasetzky, Das Erzbistum Salzburg und das revolutionäre Frankreich 1789-1803 (= Europäische Hochschulschriften III/680; Frankfurt etc. 1995) ist selbst zu Vergleichszwecken untauglich. Auf die reichhaltige Literatur zum "aufgeklärten Absolutismus" gehe ich nicht ein. Zahlreiche Titel sind in der Bibliographie bei Heinz Duchhardt, Das Zeitalter des Absolutismus (= Grundriß der Geschichte 11; München²1992) angeführt.

Auf französischer Seite, wo man ja eigentlich dem despotischen Element in Josephs II. Wesen und Politik mit großer Skepsis begegnete, sah man durchaus Parallelen zwischen der radikalreformerischen Tätigkeit des Kaisers und den Vorgängen in Frankreich seit 1787. In diesem Zusammenhang ist eine Äußerung des französischen Außenministers Dumouriez vom April 1792 von Interesse. In einem Gespräch mit dem österreichischen Geschäftsträger Blumendorf bekannte der Minister, daß Joseph II. "mit dem reinsten, besten Willen die Ausführung seiner nützlichen Reformationsprojekten in seinen Staaten zutheil verfehlt hätte, weiln Seine Majestät mit zu vieler Behendigkeit hierunter zu Werke gegangen seyen. Im Grunde habe dieser Monarch in den oesterreichischen Staaten dasjenige bereits eingeführt oder nach der Hand einführen wollen, was nachher die Revolution in Frankreich zustande gebracht habe." Dabei stellte Dumouriez zugleich für die nächsten 20 Jahre Revolutionen in den meisten europäischen Staaten in Aussicht und schrieb den ungeachtet aller Verbote doch auch ins Ausland einsickernden "unzähligen theils guten, theils elenden gedruckten Schriften" einen beträchtlichen Stellenwert bei der "Aufklärung der Völker" zu. Er halte es daher für das Beste, wenn sich die Souveräne "zur Vermeidung aller popularischen Explosion" selbst an die Spitze der Revolutionen in ihren Ländern stellten, etwa nach dem Beispiel des polnischen Königs⁷²).

Der "aufgeklärte Absolutismus" mit seinen "Reformen von oben" als "deutsche Form der Revolution" (K. O. v. Aretin), die damit verbundene Entschärfung krasser Mißstände sowie fehlende soziale Voraussetzungen sind oft als Gründe für die relative "Revolutionsimmunität" der deutschen Mächte und auch des Reiches namhaft gemacht worden; dies trotz einer deutlichen "Untergangsstimmung" in Deutschland und einem weitgehenden Unbehagen gegenüber der Reichsverfassung zu Ende des Jahrhunderts. Die Revolution in Frankreich blieb für viele eine spezifisch französische Reaktion auf dort herrschende "abus" eines degenerierten Absolutismus. Einzig unter deutschen Dichtern und Denkern stieß die Revolution auf große Resonanz und ein anfangs positives Echo, ehe spätestens die Septembermassaker des Jahres 1792 auch einen begeisterten Revolutionsanhänger wie Klopstock, dessen Ode "Sie und nicht wir" die vielsagende Überschrift für einen Vergleich zwischen der revolutionären Situation in Frankreich und jener im Deutschen Reich liefern mag, zum Gegner der "französischen Exzesse" werden ließen; "Gegner und Bekehrte" (A. Stern) überwogen rasch⁷³).

Gerade die um 1740 überdeutlich gewordene Rückständigkeit Österreichs im Verhältnis zu anderen Großmächten, der fehlende Zusammenhalt der heterogenen Teile der Monarchie und die bitteren Erfahrungen der Staatskrise des Österreichischen Erbfolgekrieges waren wesentliche Anstöße für eine besonders dynamische Spielart des "aufgeklärten Absolutismus" und das in seinen Anfängen primär machtpolitisch motivierte Reformprogramm des "aggiornamento" gewesen. Bis 1780 hatte sich Wien zum Spitzenreiter im

⁷²) Blumendorf an Kaunitz (20./27. 4. 1792. SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1792).

⁷³) Aus der schier unübersehbaren sozial- und geistesgeschichtlichen Literatur zur Revolutionsrezeption bzw. -perzeption in Deutschland - das Gefälle zwischen Politik- und Geistesgeschichte hat sich seit der Einmahnung einer mehr ideengeschichtlichen Zugangsweise durch G. P. Gooch 1920 genau umgekehrt - nenne ich nur: Heigel I, S. 273-326 (Kap. "Die französische Revolution und der deutsche Volksgeist"), Jean Jaurès, Histoire socialiste de la Révolution française. 4: La Révolution et l'Europe (ND der Neuausg. Paris 1971 Paris 1989), Alfred Stern, Der Einfluß der Französischen Revolution auf das deutsche Geistesleben (Stuttgart/Berlin 1928), Jacques Droz, L'Allemagne et la Révolution Française (Paris 1949), ders., Deutschland und die Französische Revolution (Wiesbaden 1955), G. P. Gooch, Germany and the French Revolution (London 1965 [ND Ausgabe 1920]), Rudolf Vierhaus, "Sie und nicht wir". Deutsche Urteile über den Ausbruch der Französischen Revolution. In: Deutschland und die Französische Revolution, S. 1-15, Gonthier-Louis Fink, La littérature allemande face à la Révolution française 1789-1800: Littérature et politique - libertés et contraintes. Ebd., S. 249-300, Theo Stammen/Friedrich Eberle (Hrsg.), Deutschland und die Französische Revolution 1789-1806 (= Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert I; Darmstadt 1988), Deutschland und die Französische Revolution 1789-1989. Eine Ausstellung des Goethe-Instituts zum Jubiläum des welthistorischen Ereignisses (Stuttgart 1989), Rainer Schoch (Hrsg.), Freiheit-Gleichheit-Brüderlichkeit. 200 Jahre Französische Revolution. Ausstellung im Germanischen Nationalmuseum Nürnberg 1989 (Nürnberg 1989), Helmut Berding/Etienne François/Hans-Peter Ullmann (Hrsg.), Deutschland und Frankreich im Zeitalter der Französischen Revolution (Frankfurt 1989), Arno Herzig/Inge Stephan/Hans G. Winter (Hrsg.), Sie, und nicht wir. Die Französische Revolution und ihre Wirkung auf Norddeutschland und das Reich 2 Bde. (Hamburg 1989), Roger Dufraisse (Hrsg.), Revolution und Gegenrevolution 1789-1830. Zur geistigen Auseinandersetzung in Frankreich und Deutschland (= Schriften des Historischen Kollegs Kolloquien 19; München 1991), Axel Kuhn, Die Französische Revolution und Deutschland. In: Helmut Reinalter (Hrsg.), Die Französische Revolution. Forschung - Geschichte - Wirkung (= Schriftenreihe der internationalen Forschungsstelle Demokratische Bewegungen in Mitteleuropa 1770-1850 2; Frankfurt etc. 1991) 131-142. Nützlich die Forschungsdiskussion von Elisabeth Fehrenbach, Deutschland und die Französische Revolution. In: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), 200 Jahre amerikanische Revolution und moderne Revolutionsforschung (= Geschichte und Gesellschaft Sonderheft 2; Göttingen 1976) 222-253.

Reformwettkampf aufgeschwungen, eine starke Bürokratie aufgebaut und die intermediären Gewalten sehr weit zurückgedrängt; rücksichtslose Zentralisierung und Bürokratisierung, aber auch wohlfahrtsstaatliche Impulse hatten ihr Werk getan, in den Augen vieler aber auch gerade im Dezennium der josephinischen Alleinherrschaft den aufgeklärten Absolutismus in einen aufgeklärten Despotismus abgleiten lassen.

Staatskanzler Kaunitz interessiert in diesem Zusammenhang nicht nur als Koordinator der österreichischen Außenpolitik, sondern auch als wesentlicher Initiator und Träger des Reformprogramms der mariatheresianisch-josephinischen Ära. Seine Führungsrolle bei der Schaffung eines "Staatskirchentums" in der Zeit des "Protojosephinismus" (K. Vocelka) ist seit F. Maaß immer wieder ebenso hervorgehoben worden wie das Reformwerk in der zur Staatskanzlei ressortierenden Lombardei als Spielwiese, als "Wiege des Josephinismus". Kaunitz trat - folgt man Franz Szabo, dem besten Kenner des Innenpolitikers Kaunitz - für einen absoluten, regelnden Staat ein, dem aber "checks and balances" nicht abhanden kommen durften, um nach Möglichkeit die Gefahr eines arbiträren Despotismus zu vermeiden. In dieser Hinsicht wertet denn Szabo auch den von Kaunitz ins Leben gerufenen Staatsrat von 1761 als Barriere gegen schrankenloses Absolutismus und als "Gewissen" des Monarchen. Auch den aufgeklärten Absolutismus beurteilt Szabo nicht als beharrend-konservativ, sondern sehr positiv als beinahe modernistisch, mit dem Ziel einer Neugestaltung der Gesellschaft, in der Untertanen zu mündigen Bürgern aufgewertet werden sollten, wobei gerade Kaunitz die "Chance" des Staates im "gemeinen Mann" gesehen habe. Von Joseph II. unterschied den Staatskanzler, der gleichfalls ein konsequenter Staatsabsolutist war, wie im Außenpolitischen so auch im inneren Reformweg ganz besonders die Art und Weise des Vorgehens und eine Abneigung gegen das militaristisch-despotische Element im Wesen des Kaisers. Kaunitz war in der Methode elastischer und pragmatischer, konnte des Kaisers "täppische Methode des Dreinfahrens" (G. Küntzel) nicht goutieren. In seiner "politisch-staatsrechtlichen" Vorstellungswelt mag der Staatskanzler letztlich wohl eine "Mischung" aus den drei unterschiedlichen Herrscherpersönlichkeiten gewesen sein, die seine Karriere mitbestimmten: aus dem "matriarchalischen Absolutismus" Maria Theresias, aus dem idealistisch-rücksichtslosen Absolutismus Josephs II. und dem "Konstitutionalismus" Leopolds II., der - wenigstens im Prinzip - den Vertragscharakter im Verhältnis zwischen Herrscher und Untertanen betonte. Die markante Charakterisierung Kaunitz' als "Kind der Aufklärung", "Bruder des Josephinismus" und "Vater des Liberalismus", die A. Novotny einmal lieferte, hat zweifellos einiges für sich.

Bis zu einem gewissen Grade war die Wiener Selbstzufriedenheit also berechtigt, wenn man sich freute, nun im Angesicht der Französischen Revolution die Aufwendungen der Reformjahre auch dadurch belohnt zu erhalten, daß ein totaler Umsturz der bestehenden Ordnung nicht zuletzt wegen der prinzipiellen Zufriedenheit der Untertanen nicht zu befürchten stand. Daß man freilich wachsam blieb, um weiterhin "gute Polizey" zu gewährleisten, setzt sich dazu nicht in grundsätzlichen Widerspruch. So mag sich ein gerüttelt Maß an Aufrichtigkeit in Kaunitz' relativ lässigen Ton gemischt haben, als er endlich im Februar 1791 den k.k. Geschäftsträger in Paris, Blumendorf, anwies, beim französischen Außenministerium Vorstellungen gegen unehrenhafte Hetzereien französischer "Freiheitsapostel" zu erheben. Entsprechende Anzeigen waren aus verschiedenen Teilen des Reiches, besonders auch von der vorderösterreichische Landesregierung, eingelaufen. Denn die Kommissare der Nationalversammlung, die seit Januar 1791 im sehr bewegten Elsaß für Ruhe und Ordnung sorgen sollten, wurden - wir hörten schon davon - verdächtigt, in Vorderösterreich Unfrieden stiften zu wollen. Besonders interessant ist in diesem Kontext die öfter und auch hier nachweisbare kalmierende Aussage des Staatskanzlers, die Erblande seien ohnehin kein Nährboden für revolutionäre Unruhen, gründeten doch die inneren Staatsmaximen des Kaisers - hier ist wohlgermerkt von Leopold II. die Rede! - ohnedies auf Gerechtigkeit, Billigkeit und "wohlverstandene bürgerliche Freiheit", stehe jedem der Weg zum Thron offen und behandle man die Untertanen "mit Billigkeit und Liebe".

In der internen Diskussion gab man sich doch deutlich vorsichtiger und zeigte mehr Interesse und auch Sensibilität für allfällige Ansteckungsgefahren, zumal nach Rücknahme wesentlicher Reformschritte des Josephinismus durch Leopold II. Kaunitz meinte dazu etwa noch zu Jahresanfang 1791, eine Wiedereinführung bereits abgeschaffter Lasten unterliege "in gegenwärtigen Zeiten, wo aufrührerischer Schwindelgeist epidemisch ist, wahrhaft sehr wesentlichen Bedenken"; und die zunehmend hysterischen Berichte österreichischer Auslandsvertretungen über die angebliche Propagandatätigkeit französischer Emissäre blieb à la longue nicht ohne Widerhall in der Polizei- und Ausländerpolitik der Wiener Zentralstellen. Es darf daher wohl davon ausgegangen werden, daß die über das glaubhafte Maß hinausgehende, teils recht

aufgesetzt wirkende ostentative Gelassenheit speziell der Staatskanzlei und ihres auf- und abgeklärten Behördenchefs wesentlich zum Ziel hatte, keine "verkleinerliche Aengstlichkeit an Tag zu legen" - ein aus der internationalen Machtpolitik entlehntes Argument, das auch später bei Fragen des Verbots von revolutionsfreundlichen Publikationen eine nicht unwesentliche Rolle spielte⁷⁴).

Das Jahr 1790 mit Bauernunruhen in vielen Teilen der Monarchie hatte hinreichend bewiesen, daß auch auf habsburgischem Boden Unruhepotential auf breiterer Ebene vorhanden war. Freilich ist dieses Spannungsverhältnis auf dem Lande weniger vor dem Hintergrund der großen französischen Bauernunruhen im Sommer 1789 zu sehen, auch wenn mitunter darauf Bezug genommen wurde, sondern viel eher im Zusammenhang mit der allgemeinen Verwirrung um Einführung bzw. Aufhebung der josephinischen Steuer- und Urbarmalregulierung vom Februar 1789. Der neue König von Böhmen und Ungarn kassierte schon rasch nach seiner Ankunft in Wien die an die Vorgänge in Frankreich erinnernden Versuche Josephs II., die Feudallasten tunlichst in Geld umzuwandeln (April 1790). Aber selbst in Leopolds Musterstaat Toskana, kam es, kaum war der Großherzog nach Wien abgereist, im April/Juni 1790 in Pistoia, Livorno und Florenz zu bedenklichen, von bäuerlichen und v.a. von den ärmeren Schichten der Stadtbevölkerung getragenen Unruhen gegen Leopolds Kirchen- und Getreidepolitik, gegen die Judengemeinden und die Exponenten des Leopoldinismus im Lande, wie den Bischof von Pistoia, Scipione de' Ricci. Unter dem Druck der Straße beugte sich der Regenschaftsrat zunächst den Wünschen der Bevölkerung, ehe Leopold II. mit österreichischem Militär aus der Lombardei die alten Zustände wieder herstellte⁷⁵).

2.3 Belgien als Kontaktstelle

Mochte man sich in Wien für das "Herz der Erblände" nicht ohne eine gewisse Berechtigung mit einer weitgehenden Revolutionsimmunität beruhigen, so war für die dislozierten, mit Frankreich in unmittelbarer Tuchfühlung stehenden Provinzen Vorderösterreich und Belgien erhöhte Vorsicht angezeigt.

Der vorderösterreichische Regierungspräsident von Sumerau widmete sich denn auch seit seinem Amtsantritt im Frühjahr 1791 von seiner Residenz Freiburg im Breisgau aus besonders der Beobachtung der Französischen Revolution und konnte vorerst relativ beruhigende Meldungen nach Wien erstatten. Was die Gemütslage der vorderösterreichischen Untertanen anlangte, so schien trotz oder gerade wegen der nahen Nachbarschaft zu Frankreich alles zufrieden zu sein.

Sumerau fand die Stimmung "im ganzen vollkommen ruhig und in ihr keine Lust zur französischen anarchischen Freyheit. Sie [die österreichischen Untertanen] wissen, daß die französischen Untertanen mit Abgaben ungleich stärker als sie belegt waren. Sie kennen die auffallende Armuth des französischen Landmanns von jeher. Und nun sehen sie auch, daß die eingebildete französische Freyheit in ein unbeschreibliches Elend und Unsicherheit des Vermögens und Lebens ausgeartet sey. [...] Jene hören noch fast täglich den Wunsch des Elsässer Landmanns aus seinem Munde: Kaiser Leopold möchte doch kommen und das Elsaß wieder an sich bringen."⁷⁶)

⁷⁴) Kaunitz an Blumendorf (19. 2. 1791; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Blumendorf 1791; Druck: Vivenot I, S. 104); ähnlich Kaunitz an Metternich (23. 2. 1791; StK DK Reich Weisungen 252 Konv. Weisungen an Metternich 1791); Blumendorf an Kaunitz (7. 3. 1791); Kaunitz an Mercy (18. 2. 1791; Belgien DD A Weisungen 66); Metternich an Mercy (o.D. [Februar 1791]; Belgien DD B 119). Kaunitz Votum vom 1. 1. 1791, Votum o.D. zum Vortrag der Böhmisches-österreichischen Hofkanzlei vom 10. 11. 1792; KA Kaunitz-Voten 5 Konv. 1787-1790 u. 6 Konv. 1791-1792. - Montmorin an Gabard (4. 3. 1791), Gabard an Montmorin (23. 3. 1791); AMAE CP Autriche 361. - Über die Maßnahmen gegen die Verbreitung der "schädlichen Freiheitsgrundsätze" im Inneren (Zirkular an die Landeschefs betreffend französische Umtriebe, September 1790, Auftrag des Kaisers zur genauen Überwachung von Ausländern und Kaffeehäusern, November 1790, Ausweisung unruhiger Ausländer, Kontrolle der Paßbewerungen usw.) vgl. besonders Wangermann, Joseph II., S. 73-78, und ergänzend ders., *Influences et activités françaises en Autriche 1789-1794. Hypothèses et faits*. In: *Austriaca* 6 (1980) 129-135.

⁷⁵) Wandruszka 2, S. 291-301, Helmut Reinalter, *Soziale Unruhen in Österreich im Einflußfeld der Französischen Revolution*. In: ders., *Österreich und die Französische Revolution*, S. 34-47.

⁷⁶) Sumerau an Leopold II. (16. 6. 1791; StK Provinzen Vorderösterreich Berichte 1). Ganz anders noch die Befürchtungen der vorderösterreichischen Regierung im September 1790: Kaunitz-Votum vom 17. 9. 1790 (KA Kaunitz-Voten 5 Konv. 1787-1790).

Viel weniger zufriedenstellend war die Situation in den belgischen Provinzen, dem größten Sorgenkind der "monarchia austriaca", wo der immer aggressivere revolutionäre "Bazillus" aus Frankreich auf ein durch jahrelange Unruhen geschwächtes staatliches "Immunsystem" stieß. Ungeachtet der Tatsache, daß die Erhebung in den Österreichischen Niederlanden nie "sozialrevolutionären" Charakter getragen hatte und sich in ihrem ideologischen Kern gleichsam als Kontrapunkt zu der die alte Ordnung umstoßenden Französischen Revolution definierte, lag hier die für Österreich gefährlichste Kontaktstelle.

Schon mit dem Ausbruch der ersten Unruhen in Belgien im Jahre 1787 war ja die Frage aufgeworfen worden, ob und inwieweit Frankreich, damals noch ein halbwegs handlungsfähiger Staat alter Ordnung, Anteil an den bedenklichen Vorgängen in den Österreichischen Niederlanden nahm. An Interferenzen zwischen der französischen Staatsumwälzung ab 1789 und der ideologisch ganz anders ausgerichteten belgischen Sezession 1789/90 konnte schließlich, auch ohne daß sich eine konsequente Linie ausmachen ließ, überhaupt nicht mehr gezweifelt werden. Die progressiveren Kräfte der Pariser Parteienlandschaft suchten Kontakt zu gleich oder ähnlich orientierten Gruppierungen in Belgien und Lüttich, trachteten Einfluß zu nehmen und ihr Gedankengut zu verbreiten und machten so den Beneluxraum zu einem regelrechten Pulverfaß.

Noch vor dem endgültigen Verlust der belgischen Provinzen Anfang Dezember 1789 hatte niemand anders als Joseph II. die bedenkliche Vorbildwirkung der Vorgänge in Frankreich für das latente belgische Unruhepotential deutlich erkannt. Schon die Unruhen im ländlichen Frankreich während des Sommers 1789 galten dem Reformkaiser als "un exemple des plus pernicieux pour les voisins, surtout pour les Pays-Bas dont les habitants font depuis des années le métier d'être les singes des Français". Belgien sah sich nach Berichten aus Brüssel mit französischen Emissären und Flugschriften zur Unterminierung der Truppendisziplin überschwemmt; die anhaltende Gärung in Frankreich, verhinderte nach Einschätzung der österreichischen Verantwortlichen, daß in den abgelegenen Provinzen beruhigende Reformschritte griffen. Das gefährlich verführerische Beispiel der sozialrevolutionären Komponente in der Französischen Revolution machte Joseph sogar im November 1789 als Grund für seine zu diesem Zeitpunkt tatsächlich allgemein auf Befriedung der stürmischen internationalen Lage bedachte Politik namhaft:

"Le vertige est en vérité trop fort qui a gagné presque toutes les nations, et l'exemple de tout ce qu'on a osé en France impunément [...] est en vérité trop tentant pour la plus basse classe du peuple pour que chacun n'ait point à désirer dans ces circonstances la paix. Mes provinces belgiques ne sont malheureusement que trop infectées de ce poison et je ne sais encore ce qui en arrivera, puisque l'on fait journellement des nouvelles découvertes de complots les plus odieux."

Auch gegenüber seinem Bruder Leopold zeigte sich Joseph tief beunruhigt angesichts der Kontagiosität des revolutionären Bazillus und stellte nicht nur Beziehungen zwischen dem Pariser Beispiel und der Unruhe in den belgischen Provinzen her, sondern ordnete auch die Revolte in Lüttich, die anhaltenden Umtriebe der holländischen Patrioten sowie die "émeutes populaires" in Köln, der österreichischen Ortenau, der Pfalz und Zweibrücken in diesen Kontext ein; selbst Staatskanzler Kaunitz hielt Anfang August 1789 den "Geist der Unruhe und der Empörung" in einer schwachen Stunde schlicht für den "Unstern unseres Jahrhunderts"⁷⁷⁾.

Gerade nach Wiedereingliederung der belgischen Provinzen in den österreichischen Herrschaftsbereich ab Jahresende 1790, einer "weichen Restauration", die für H. Pirenne "une sorte de vice-royaume soumis à un simple protectorat" realisierte, war die Sorge vor französischen Querschüssen gegen die Bemühungen

⁷⁷⁾ Joseph II. an Mercy (3. 8. 1789 - P, 3. 11. 1789 - P). Joseph II. an Leopold (6., 31. 8. 1789; Druck: Arneht, Leopold 2, S. 265f, 272f). Trautmansdorff an Joseph II. (19., 30. 7. u. 15. 10. 1789; Belgien DD A Berichte 315 u. 316). Die Schreiben Trautmansdorffs vom 19. u. 30. 7. 1789 bei Schlitter, Geheime Correspondenz, S. 314, 327-330, gedr. Kaunitz an Bossart (4. 8. 1789; StK DK Köln 18). Die Berichte aus den k.k. Vertretungen im Rheinland enthielten seit Sommer 1789 vermehrt Nachrichten über Aufruhr und Unruhe à la française. Vgl. etwa Kornrumpf an RVK (6. 9., 6. u. 9. 11. 1789), Bossart an RVK (10. 9., 31. 12. 1789), Schlick an RVK (17. 2. 1790); Hansen 1, S. 440-442, 443-445, 469-471, 521f, 560f. - In Österreich wurden in dieser Atmosphäre französische Publikationen verfolgt, die "abgeschmackte Verleumdungen" gegen Marie-Antoinette enthielten, so z.B. im Sommer 1789 die "Mémoires justificatifs de la comtesse de Valois" (London 1789); Joseph II. an Hofrat Beer (19. 7. 1789; KA Kabinetuskanzlei HBP 51). Über die Unruhen in der Ortenau vgl. u.a. Karl Obser, Baden und die revolutionäre Bewegung auf dem rechten Rheinufer im Jahre 1789. In: ZGO N.F. 4 (1889) 212-247, Hermann Baier, Die revolutionäre Bewegung in der Landvogtei Ortenau im Jahre 1789. In: ZGO N.F. 23 (1908) 300-327.

um eine dauerhafte Beruhigung und Befriedung des Landes omnipräsent. Dabei wirkten der französische König und sein Ministerium in Paris bis 1792 ohnedies noch hemmend auf etwaige Verbrüderungswünsche eines aufkeimenden revolutionären Messianismus. Bereits die ersten Berichte des Chefs der "jointe provisoire" in Brüssel, des ehemaligen Staats- und Kriegssekretärs und chef-président des belgischen Regierungskonseils, Henri de Crumpipen (1738-1811), zum Jahreswechsel 1790/91 und vollends die Relationen Botschafter Mercys in seiner Eigenschaft als interimistischer bevollmächtigter Minister ab Januar 1791 sind ebenso angefüllt mit Meldungen über französische Emissäre, Propagandaaktionen und Kontakte zu belgischen Oppositionellen wie die Berichte des k. k. Geschäftsträger Blumendorf aus Paris.

Die französischen Wühlarbeiten mußten um so bedenklicher sein, als die Situation in Belgien nach der Zeit des "Interregnums" nichts weniger als stabil, das alte Verwaltungsnetz aber in Anarchie versunken war und der "système de popularité" in den Augen Mercys derart tiefe Wurzeln geschlagen hatte, daß Zugeständnisse unumgänglich schienen, um die latente und besonders in Brabant starke Bereitschaft zu Widerspruch und Revolte allmählich zu ersticken.

Dabei trat die für viele merkwürdige und beunruhigende Situation ein, daß die belgischen "Demokraten" (Vonckisten) sich als erste den wieder in ihre Herrschaftsrechte eintretenden Österreichern näherten, guten Willen verrieten und von Wien gerne benützt wurden "pour", wie sich Leopold II. ausdrückte, "balancer l'autorité des états". Die Flüchtlingsströme im "Dreiländereck" Frankreich-Belgien-Lüttich wurden unübersichtlich: Während die exponiertesten Statisten nach England und in die Vereinigten Provinzen entwichen, die Trümmer der belgischen Freiwilligenarmee im November/Dezember 1790 vor den siegreichen österreichischen Truppen unter Feldmarschall Bender auf französisches Territorium strömten und ab Januar 1791 auch die unterlegenen Lütticher Revolutionäre sich nach Frankreich absetzen mußten, machten sich viele Vonckisten aus dem nordfranzösischen Exil auf in die Heimat, um ihr "demokratisches" Reformprogramm nun mit und nicht mehr gegen Habsburg durchzusetzen. Ende Februar 1791 entstand in Brüssel zu diesem Behufe eine "Société des amis du bien public".

Staatskanzler Kaunitz wollte sich so gar nicht für das vorsichtige Taktieren der belgischen Politik Leopolds erwärmen und lehnte - jetzt, wo man sich eine härtere Gangart erlauben konnte - als Macht- und Prestigepolitiker jede Ängstlichkeit verratende "conduite molle" gegen rebellische Untertanen ab. Auch in Brüssel fehlten die Stimmen nicht, die die Freundlichkeit Mercys gegenüber allen Parteien, auch den schwerst kompromittierten, verurteilten, ihn als Demokraten verleumdeten, wie der französische Resident in Brüssel im Mai 1791 berichtete. Ausgerechnet in den liberalen Vonckisten hatte die österreichische Restauration vielleicht noch am ehesten Verbündete gegen die Mehrheit der nach Einschätzung Botschafter Mercys rückständig-fanatischen Belgier, die den wohlgemeinten Reformen aus der Zentrale nur mit verböhrtter Sturheit, mit "opiniâtreté stupide", begegnete. Der Gefahren einer solchen Politik des Gegenineinanderauspielens von Statisten und Vonckisten war man sich dabei durchaus bewußt. Durch ihre vergleichsweise geringe Zahl fielen die "Demokraten" allerdings, auch wenn sie große Terraingewinne erzielten, vorerst noch nicht entscheidend ins Gewicht und entpuppten sich zudem, bald in ihren Reformhoffnungen enttäuscht, als gefährliches Bindeglied zum beschleunigten revolutionären Prozeß in Frankreich; Mercy hatte sich schon im Februar 1791 diesbezüglich keinen Illusionen hingegeben.

Viele Vonckisten traten denn auch wieder den Rückzug nach Frankreich an, als sie erkannten, daß die neue österreichische Administration den Reformwillen nicht so weit treiben wollte, wie es dem Programm der belgischen "Patrioten" und ihrem Wunsch nach strenger Gewaltenteilung und einer echt konstitutionellen Monarchie auf parlamentarischer Basis entsprochen hätte. Eine Entwicklung, die sich vielleicht am besten biographisch gebündelt in der Person des "Lafayette des Pays-Bas" und Vorsitzender der "amis du bien public", Edouard de Walckiers (1758-1837), einfangen läßt. Aus der Bankierssippe Nettine-Laborde stammend, schloß er sich 1789 dem liberalen Flügel der belgischen Revolution um Vonck an, mußte nach der Zerschlagung der Vonckisten durch die Gruppe um Van der Noot nach Frankreich flüchten (April 1790) und kehrte im Januar 1791 aus seinem französischen Exil nach Brüssel zurück, um mit den Österreichern zu kooperieren, ehe ihn seine Enttäuschung über die österreichische Reformunlust wieder zur Emigration veranlaßte. Während dieses zweiten Exils wurde er schließlich zum wesentlichsten Aktivisten der belgisch-französischen Kooperation gegen die habsburgische Herrschaft in den Niederlanden.

Daß Mercy in seinem Bemühen, gegen alle gute Miene zu machen, recht weit ging, war allgemein bekannt, und der französische Resident in der belgischen Hauptstadt, Lagravière, durfte Anfang April 1791 wohl mit Recht spötteln, daß niemand das Audienzzimmer des bevollmächtigten Ministers unzufrieden

verließ. Auch für französische Gesprächspartner hatte Mercy je nach Adressat den passenden Ton parat, und Lagravière konnte sich so bald über eine prononciert gemäßigte Haltung der "grauen Eminenz" Marie-Antoinettes wundern. Die Revolution in Frankreich wollte man als irreversiblen Vorgang zur Kenntnis nehmen, wenn sich bloß - auch im Sinne der österreichischen Belgienpolitik - eine Konsolidierung der Entwicklung herbeiführen ließ.

Zu den "internen" Schwierigkeiten kamen die weiterhin vermuteten geheimen Umtriebe der Statisten sowie preußische und britische Störmanöver. Auch die zahlreich ins Land strömenden französischen Emigranten schufen Probleme - nicht nur durch ihre politischen Zudringlichkeiten (vgl. unten); ihr Dienstpersonal und sonstiger bunter Anhang mußten überwacht werden und machten neben anderen Faktoren den Aufbau eines funktionierenden Polizeidepartements zu einem Hauptanliegen Mercys gleich zu Beginn seiner Amtszeit. Bereits im Mai 1791 kam es in Belgien zu Konflikten zwischen den "aristokratisch" gesinnten französischen Emigranten und französischen "Demokraten" ... die innerfranzösischen Wirren schienen sich in verkleinertem Rahmen nun auch im benachbarten Ausland zu wiederholen. Kurzum: Die französische Nachbarschaft war und blieb ein wesentliches Hindernis für die Bemühungen der österreichischen Verwaltung um eine definitive Ruhigstellung der Provinzen, und alle Beteuerungen des Pariser Ministeriums halfen nichts gegen die "Privatränke" der Jakobiner und "scheelsichtiger Höfe". Im Kreuzfeuer der vermuteten französischen Propagandaaarbeit standen aber nicht nur die nach wie vor unruhigen belgischen Untertanen des Kaisers, sondern auch - und dies war doppelt bedenklich - die im Lande stationierten fast 50.000 Mann starken k.k. Truppen⁷⁸).

Angesichts dieser störenden Aktionen französischer Provenienz lag es für jene, die den lange Zeit interventionsfeindlichen Kurs Wiens aufbrechen wollten, nahe, das Bedrohungsbild einer neuerlichen, durch französische Emissäre oder auch nur durch die gefährliche Nachbarschaft per se angeheizten "belgischen Revolution" als Argument zu nützen; auch Königin Marie-Antoinette verabsäumte nicht, den Kaiser noch während der ersten Jahreshälfte 1791 wiederholt auf die Tatsache hinzuweisen, daß die Österreichischen Niederlande wohl kaum je zur Ruhe kommen konnten, solange sich Frankreich außer Kontrolle befand, und insofern jede Unterstützung für die königliche Autorität in Frankreich dem Kaiser selbst zugute kommen mußte⁷⁹).

⁷⁸) Die Geschichte Belgiens in den Jahren 1791/92 hat vom österr. Standpunkt aus Heinrich von Zeissberg, *Zwei Jahre belgischer Geschichte* (1791, 1792) 2 Tle. (= Sitzungsberichte der kais. Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Classe 123/124; Wien 1891) unter gründlicher Auswertung der (hier nur stichprobenartig herangezogenen) Belgica des HHStA erschöpft (zu den Beziehungen zu den Vonckisten 1, S. 48-60). Weiters Juste, Mercy-Argenteau, Polasky, S. 183-213, u. natürlich Tassier, *Démocrates*, S. 413-445. Crumpfen an Kaunitz (24. 26. 12. 1790 u. o.D.), Mercy an Kaunitz (16., 21. 1., 5., 19., 23. 2. u. 10. 5. 1791); Belgien DD A Berichte 318, 319, 321; Mercy an Kaunitz (22. 1., 17. 4. 1791); SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1791; Mercy an Leopold II. (13. 1., 25. 2., 17. 4., 16. 6. 1791; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Leopold II.); Leopold II. an Mercy (4. 2., 12. 3., 14. 5. 1791; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Leopold-Mercy 1791), Kaunitz an Mercy (6. 2., P.S. 29. 3. 1791; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Mercy 1791 I-VII). Blumendorf an Mercy (19. 11., 10. 12. 1790; SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy 1790/91), Mercy an Blumendorf (24. 1. 1791; FA SB 71 d. B/A), Mercy an Metternich (20. 1. 1791; Belgien DD B 119), Mercy an Stadion (8. 2. 1791; SA Frkr. Varia 49 Konv. Mercy-Stadion 1791/93). Leopold II. an Marie-Christine (Ende März und April 1791; Druck: Wolf, S. 215, 220-222), Marie-Christine an Leopold II. (28., 31. 3., 8. u. 15. 4. 1791; Schlitter, Marie-Christine, S. 95-101), Generalgouverneure an Leopold II. (30. 7. 1791; Belgien DD A Berichte 322 Konv. Relationen der Generalgouverneure 1791 VII-XII). Entwurf für einen Brief Mercys an die Generalgouverneure (25. 2. 1791; Belgien DD B 119). "Copie de la lettre écrite à S.E. le ministre plénipotentiaire comte de Mercy-Argenteau par les commissaires de la Société des amis du bien public" (5. 5. 1791; Belgien DD B 146-148). Blumendorf an Kaunitz (8. 1., 7. 3. 1791; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1791 I-VI). - Lagravière an Montmorin (23. 1., 5. und 26. 4., 18. 5. 1791; AMAE CP Pays-Bas espagnols/autrichiens 180). - Bei den angeblichen französischen Wühlarbeiten in Belgien spielten der Pariser Jakobinerklub, der verhaßte Marquis de Lafayette und natürlich der Herzog von Orléans in den Augen der Österreicher die Hauptrollen. Unter den zum Einsatz gekommenen Sendlingen fanden sich prominente Namen wie Sémonville, Dumouriez und der bereits mehrfach durch radikale Publizistik unangenehm aufgefallene, als preussischer Söldling verächtigte Jean-Louis Catra. Zu Carras Tätigkeit für Preußen vgl. auch Blumendorf an Mercy (17. 12. 1790; SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy 1790/91). Über die Belgiennission Dumouriez' im Sommer 1790 informiert auch Mirabeaus "10e note à la cour" (9. 7. 1790; Druck: Bacourt I, S. 366f). - Suzanne Tassier, Edouard de Walckiers, promoteur de l'union des Belges et des Liégeois 1792. In: *Revue de l'université de Bruxelles* no. 2 (Déc. 1938/janv. 1939) 139-165. Patricia Chastain Howe, *French Revolutionary Foreign Policy and the Belgian Project 1789-1793* 2 Bde. (PhD Thesis Chapel Hill 1982) war mir leider nicht zugänglich.

⁷⁹) Marie-Antoinette an Mercy (3./13. 2. 1791), an Leopold II. als P.S. Blumendorfs an Cobenzl (15. 2. 1791), an Leopold II. (27. 2. 1791; FA FK A 26; Druck: Arneht, Marie-Antoinette, S. 146f); Marie-Antoinette an Mercy (7. 3. u. 6. 5. 1791; FA SB 71 d. A/Konv. 1791; Druck: Rocheterie/Beaucourt 2, S. 226-228, 235-240). Ein fingiertes Schreiben Mercys an Marie-Antoinette (7. 3. 1791; FA SB 71 d. B/A; Druck: Arneht, Marie-Antoinette, S. 147-150).

2.4 "Ein Schritt zurück, zwei Schritte vorwärts"? – Leopold II.

In wie harter Weise sich der angeblich "gefühlskalte" Leopold II. fast durchgehend von der Politik seines Bruders - "dispotica e confusa", wie er sie selbst gerne charakterisierte - distanzierte, ist bereits angeklungen. Durch vorgeschützte Reiseunfähigkeit zögerte er seine Anreise nach Wien bis zum Tod Josephs hinaus, um nicht durch die belastende Hypothek der Mitregentschaft in den Bankrott Josephs verwickelt zu werden. Das Programm der Distanzierung hatte den gewünschten Erfolg, es unterstrich in überdeutlicher Weise die Gegensätzlichkeit zwischen den Brüdern und prägte sie auch der Nachwelt ein: Joseph und Leopold repräsentierten, so will es nachträglich scheinen, zwei "grundlegende Staatsprinzipien" (G. Barudio)⁸⁰).

Auch Staatskanzler Fürst Kaunitz hatte sich beim Regierungsantritt des neuen Herrschers bemüht, primär das Positive am Ende des "josephinischen Despotismus" zu sehen und das Anbrechen einer neuen "friedlichen" Ära als Chance für die in Bedrängnis geratene Habsburgermonarchie zu begreifen ... nicht nur im Außenpolitischen. Bereits wenige Tage nach dem Tode Josephs II. erhielt der österreichische Vertreter in Florenz aus der Staatskanzlei den eiligen Auftrag, die Wiener Behörde möglichst gründlich "von den Grundsätzen und Gesinnungen" des Großherzogs in bezug auf die "öffentliche Landesverwaltung" in Kenntnis zu setzen und dazu tunlichst Gesetze und Verordnungen als Anschauungsmaterial einzusenden; denn es schien nach dem, was man über den Bruder des seligen Kaisers wußte, klar, daß mit Leopold wohl auch eine "konstitutionelle Besinnung" einkehren würde. Das leopoldinische Programm für Österreich nach 1790 war denkbar einfach: Beruhigung der extrem kritischen außenpolitischen Situation, Wiedergewinnung Belgiens, Kalmierung der ungünstigen innenpolitischen Lage v.a. durch Retablierung der völlig entmachteten Stände auf der Basis des status quo von 1780, also durch "Rückkehr zu den theresianischen Zuständen", die Friedrich Walter als Leitmotiv des leopoldinischen "Reformwerks" ausgemacht hat.

Kaunitz trat zunächst, seinen bereits zur Krisenzeit des Josephinismus gesteuerten Kurs fortführend, als Befürworter eines Ausgleichs mit den gefährlich renitenten Ständen der Monarchie auf. Deputierte der Landstände aus den einzelnen Provinzen sollten nach Hof kommen und dort ihre berechtigten Gravamina anbringen dürfen; allerdings nur gestaffelt und nach Provinzen getrennt, "um der Gefahr der möglichen Folgen einer allgemeinen Nationalversammlung sich nicht auszusetzen". Kaunitz warnte vor zu weitreichenden Zugeständnissen an die Stände, besorgte eine unbedachte Preisgabe von Herrscherrechten und erhob noch im April 1790 angesichts überzogener Postulate der galizischen Stände warnend die Stimme: exzessive Konzessionen dürften keiner Provinz gemacht werden, "sans mettre V.M. dans le cas de devenir ce que se trouve être actuellement le roi de France"⁸¹).

⁸⁰) Albert Jäger, Kaiser Joseph II. und Leopold II. Reform und Gegenreform 1780-1792 (= Oesterreichische Geschichte für das Volk 14; Wien 1867), Alfons Huber, Die Politik Kaiser Josephs II. beurtheilt von seinem Bruder Leopold von Toscana (Innsbruck 1877), Victor Bibl, Die Restauration der niederösterreichischen Landesverfassung unter Kaiser Leopold II. Ein Beitrag zur Geschichte der österreichischen Stände und inneren Staatsverwaltung (Innsbruck 1902), Heinz Hoßlacker, Die Reformpolitik Leopolds von Toscana. In: HZ 165 (1942) 23-46, Wandruszka, Leopold II., passim, für die österreichische Zeit bes. Bd. 2, S. 249-261, 328-342, 353f, 372, ders., Joseph II. und das Verfassungsprojekt Leopolds II. Die Abolition und Wiederherstellung der toskanischen Sekundogenitur 1784-1790. In: HZ 190 (1960) 18-30, ders., Die Persönlichkeit Kaiser Leopolds II. In: HZ 192 (1961) 295-317, Friedrich Walter, Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte von 1500-1955 (= VKNGÖ 59; Wien/Köln/Graz 1972) 108-124 (zu den "geistesgeschichtlichen" Hintergründen der Verwaltungsreformen und des herrscherlichen Selbstverständnisses von Joseph II. bis Franz II.) nach der ausführlicheren verwaltungshistorischen Darstellung in ÖZV Abt. II, Bd. 1/2/1. Neuerdings Helmut Reinalter, Die Verschwörungstheorie in Österreich zur Zeit der Französischen Revolution. In: ders., Österreich und die Französische Revolution, S. 79-91. Gerda Lettner, Das Rückzuggefecht der Aufklärung in Wien 1790-1792 (= Campus Forschung 558; Frankfurt/New York 1988) knüpft mit ihrer kritischen Bewertung Leopolds an das negative Bild des Kaisers an, das Ernst Herrmann in den sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts für das "reaktionäre" außenpolitische Gesamtkonzept des Habsburgers skizziert hat (vgl. oben die Ausführungen zur leopoldinischen Polenpolitik und ihren Bezügen zur Situation in Frankreich). Zu Leopolds "geheimen Aktivitäten" schon, wenngleich mit einer anderen Wertung, Denis Sitagi, Ungarn und der geheime Mitarbeiterkreis Kaiser Leopolds II. (= Südosteuropäische Arbeiten 57; München 1961). Zu Hoffmann speziell Valjavec, Anfänge, und - mit Vorsicht - Herbert Spilka, Die Pressepolitik Leopold II. (ungedr. phil. Diss. Wien 1980).

Das Zitat aus Günter Barudio, Das Zeitalter des Absolutismus und der Aufklärung 1648-1789 (= Fischer Weltgeschichte 25; Frankfurt 1981).

⁸¹) Kaunitz an Veigl (25. 2. 1790; SA Toskana Weisungen 32 Konv. Staatskanzlei-Veigl 1790). "Entwurf eines Vortrags ..." (17. 3. 1790), Kaunitz an Leopold II. (10. 4. 1790; StK Vorträge 147 Konv. 1790 IV-V). Ein konkretes Fallbeispiel bringt Miriam J. Levy, Governance & Grievance. Habsburg Policy and Italian Tyrol in the Eighteenth Century (Purdue University Press 1988).

So sehr sich freilich die Hoffnung des Staatskanzlers auf die allseits entkrampfende, entspannende Wirkung des Thronwechsels erfüllte, so rasch erwies sich auch, daß Leopold II. Kaunitz' Verständnis von Macht- und Prestigepolitik nicht teilte und auch im Inneren - jedenfalls zu Beginn seiner Regierung - keineswegs in der vom Staatskanzler letztlich für nötig empfundenen Härte gegen den Druck von unten trat. Was bei Joseph II. scheinbar im Übermaß vorhanden war, fand der Fürst bei Leopold sichtlich unterrepräsentiert. Der neue Herrscher pflegte als echter "cunctator" alles solange vor sich herzuschieben, wie es nur irgend ging.

Das hier als Kapitelüberschrift gewählte Wortspiel von Ernst Wangermann illustriert sehr treffend die "pragmatische" Linie Leopolds, ist aber vielleicht noch mehr Ausdruck der schwer zu fassenden Politik Leopolds, dessen Wirken von der Forschung entsprechend unterschiedlich beurteilt wird. A. Wandruszka hat sich stark, aber letzten Endes wenig überzeugend gegen die oft vertretene Ansicht gewehrt, Leopold habe in der letzten Phase seines Lebens unter dem Eindruck der Französischen Revolution eine reaktionäre Kehrtwendung vollzogen, dadurch seinen Ruf als aufgeklärter Regent aufs Spiel gesetzt und jene Linie vorgegeben, die sein Sohn und Nachfolger Franz dann zum "vormärzlichen" System ausgebaut hat. Auch D. Silagi lehnte die Einschätzung Leopolds als Wegbereiter des franziszeischen Österreich ab und stellte sich so gleichfalls gegen den programmatisch kontrastierenden Buchuntertitel, den Albert Jäger bereits 1867 einer Studie über Joseph II. und Leopold II. gab: 'Reform und Gegenreform'.

Nach Versuchen, Leopold als "Revolutionär auf dem Thron" zu porträtieren, und Wandruszkas viel zu hagiographischer, dabei aber sehr breitenwirksamer Sicht des "rätselhaften" Kaisers hat Gerda Lettner ihn in jüngerer Zeit mit einiger Radikalität als Angelpunkt der "Gegenaufklärung" und Initiator eines aufklärungsfeindlichen "Umerziehungsprozesses" dargestellt. Daß der Kaiser, der "außer sich selbst niemandem getraut" hat (E. Wangermann), den Wert der "öffentlichen Meinung" anders als sein Bruder sehr hoch veranschlagte und sie durch gezielte Beeinflussung zu steuern, ja zu manipulieren suchte, war schon länger bekannt. Lettner hat aber dieses Bemühen Leopolds um das "Publikum" mit negativem Gehalt gefüllt und besonders die an den Behördenchefs und der aufklärerisch durchgesetzten Behördenstruktur vorbeilauende systematische Förderung der "Gegenaufklärung" hervorgehoben. Speziell der wichtigste antiaufklärerische, freimaurer- und illuminatenfeindliche Publizist, der Wiener Universitätsprofessor Leopold Alois Hoffmann, sein Hauptsprachrohr, die "Wiener Zeitschrift", und die Bemühungen Hoffmanns um die Bildung einer regelrechten "Kaiserpartei", einer Art "geheimen Gesellschaft" in Diensten des Monarchen, die als "Propagandazentrale" dienen sollte, haben mehr oder weniger die nachhaltige Unterstützung Leopolds erfahren. Prominente Exponenten der österreichischen Aufklärung wie Gottfried van Swieten (1733-1803) und Joseph von Sonnenfels (1733-1817) sahen sich dagegen an den Rand gedrängt, ihren Einfluß beschnitten und schlugen publizistisch zurück. Lettner stellte dabei die Instrumentalisierung einer "konservativen Partei" in den Rahmen einer Gesamtstrategie zur Durchführung der antirevolutionären Außenpolitik. Die "Hochzeit" Hoffmanns und seines publizistischen Kampfes gegen "die Hundswuth aus Frankreich" endete mit dem Tode Leopolds; Franz II. pensionierte ihn, die "Wiener Zeitschrift" mußte 1793 ihr Erscheinen einstellen.

Der oft beschriebene liberale "Konstitutionalismus" der italienischen Zeit Leopolds sollte die eigenartig diffusen Seiten der beiden Wiener Jahre nicht verdecken. Von 1779 bis 1782 hatte man im Umkreis Pietro Leopoldos an einem letztlich nicht in die Praxis umgesetzten Verfassungsprojekt für die Toskana gearbeitet, das den krönenden Abschluß des umfassenden aufklärerischen Reform- und Erneuerungswerks hätte bilden sollen. Das Grundmuster der projektierten "gemäßigten monarchischen Regierung", die die "absolute Gewalt" des Monarchen durch Vertragswesen und politische Stände abpolsterte und gewachsene Rechte respektierte, ließ an Modernität und Selbstbescheidung des Fürsten nichts zu wünschen übrig, der sich freiwillig einer Beschränkung der allumfassenden Herrschergewalt durch rigorose Gewaltenteilung zwischen dem Souverän und einer Volksvertretung mit Aufsichts- und Bewilligungsrechten unterwerfen wollte. Die Verfassungspläne Leopolds und seine belgischen "Träumereien" (vgl. oben) haben ihm überschwengliche Elogien von Historikern und Zeitgenossen eingetragen; für H. Holidack war er "der erste konstitutionell gesinnte Monarch" der europäischen Geschichte, der das Gebot Montesquieus der Trennung von Exekutive und Legislative verinnerlichte; Robert Palmer nannte Leopold "one of the most reasonable men ever to occupy a European throne", und während seiner Florentiner Zeit wurde der Habsburger von französischer Seite gar als "Salomon de notre siècle" apostrophiert.

Aber selbst was seine Verfassungsvorstellungen anlangte, war Leopold ein "Herrscher der Widersprüche", der als Lenker der Geschicke einer bedrohten Großmacht pragmatischer und sicher machiavellistischer agieren mußte als noch in seiner Eigenschaft als italienischer "Duodezfürst". Aus dieser Dichoto-

mie zwischen Theorie und Praxis, zwischen Wunschwelt und Realpolitik ist es wohl zu erklären, daß F. Walter bei seinen allgemeinen Erläuterungen zum Gegensatz zwischen josephinischer und leopoldinischer Politik auf nur wenigen Seiten zu widersprüchlichen Ansichten kommen und die beiden meist als musterhaftes Gegensatzpaar dargestellten Brüder Leopold und Joseph sogar zusammenrücken konnte, weil an Divergierendem letztlich v.a. die Regierungsmethoden ins Auge fielen: Vorsichtiges, aber zähes Taktieren gegen brutales Durchgreifen. F. Walter hielt Leopold dabei für in der Regierungspraxis durch seine liberalen Theorien kaum berührt und letztlich im Grunde zu keiner Beschränkung der absoluten Gewalt bereit, um am Ende wieder wenigstens einen prinzipiellen Widerstreit zwischen dem absoluten Alleinherrscher Joseph, unter dem sich die Fürstengewalt zu größter Dichte steigerte, und dem "überzeugten Konstitutionalisten" Leopold zu konzedieren, der gleichwohl dazu verurteilt war, "im Kampf um den Bestand der Monarchie das Rad der Geschichte zurückzudrehen", und nicht "er selbst" sein konnte.

In Leopolds Politik der Notmaßnahmen und der vorsichtigen Regeneration verwischten sich denn auch die Grenzen zwischen den Resten einer Politik der Überzeugung und einer notwendig pragmatischen Linie des Gegeneinanderauspielens von Interessengruppen und sozialen Schichten. So fällt es gewiß nicht leicht, die Förderung von Bürger- und auch Bauernstand, die z.T. ständische Vertretung forderten, einzig der physiokratischen Qualifizierung des 4. Standes als nützlichster Bevölkerungsgruppe zuzuordnen und ihren Einsatz als Gegengewicht zu Adel und Klerus, besonders im Kampf gegen die Adelsopposition in Ungarn, zu übersehen. Hier schlachtete man sogar in vom Kaiser gegen die eigene Zensur geförderten Pamphleten die Vorgänge in Frankreich propagandistisch aus und stellte die mögliche Vorbildwirkung der Französischen Revolution und ihrer Bauernunruhen als Schreckgespenst für die widersetzliche Adelsnation heraus.

Die Liste der Widersprüche läßt sich noch wenigstens um die zwiespältige Politik Leopolds auf dem Gebiet der Geheimen Polizei verlängern. Zwar löste er das finsterste Werkzeug des "josephinischen Despotismus", die (Geheime) Polizei, deren Oberleitung unter Graf Pergen als Polizeiminister seit 1789 den Rang einer Hofstelle einnahm, durch eine "Verlängerung" der Polizeiverwaltung in ihrer bisherigen Form auf, und der über die Rückführung der quasi autonomen Polizei unter die Autorität des Gesetzes enttäuschte Pergen trat im März 1791 zurück. Doch signifikant für Leopolds primär auf Optik und Schonung der Sensibilitäten bedachte Politik war, daß auf Überwachung, Bespitzelung und konsequente Beeinflussung der öffentlichen Meinung keineswegs verzichtet wurde. Schon als Großherzog von Toskana hatte er sich in Florenz eine "Spähertruppe" gehalten und großes Interesse an polizeistaatlichen Methoden gezeigt. Nun sollte eine Art privater staatspolizeilicher "Geheimdienst" die einst staatlichen Agenden in Eigenregie übernehmen.

Nach den vorstehenden Ausführungen überrascht es kaum, daß auch die Einschätzung der Französischen Revolution durch Leopold sich phasenweise veränderte und letztlich widersprüchlich blieb. Seine Einstellung zu Frankreich und den Franzosen war schon den Zeitgenossen, die ihm von jeher eine besondere Vorliebe für England unterstellten, einigermaßen unklar, und dies trotz des stark französischen Zuges seiner Erziehung und des massiven Einflusses von französischem Gedankengut auf seine religiösen, staatspolitischen und ökonomischen Vorstellungen. Leopolds Haltung gegenüber der Prérévolution und der Anfangsphase der Französischen Revolution erhellt besonders gut aus Briefen an Joseph II. und v.a. an seine Schwester Marie-Christine, die Generalgouverneurin der Österreichischen Niederlande. Aus ihnen sprechen die Freude über den Schiffbruch des französischen Despotismus und die große Hoffnung auf die Arbeit der Generalstände, durchaus im Sinne des leopoldinischen Verfassungsverständnisses. Ludwig XVI., für den Leopold nur verächtliche Bemerkungen übrig hatte, sollte durch eine neue Verfassung zu einer Einschränkung der exuberanten königlichen Gewalt in Frankreich gezwungen werden (Beschneidung der Exekutivgewalt, Abtretung der gesetzgebenden Gewalt, Steuerbewilligungsrecht der regelmäßig zu berufenden Generalstände, Abschaffung der Kabinettsjustiz, Lokalverwaltung durch Provinzialstände); von diesem Programm versprach er sich eine Regeneration Frankreichs, ja dessen möglichen Wiederaufstieg zum vielleicht mächtigsten Staat des Kontinents, jedenfalls eine beträchtliche, den europäischen Reformprozeß allgemein vorantreibende Beispielwirkung. Im Frühjahr 1789 nahm der Großherzog sogar Überlegungen zu seinem 1782 eingeschlafenen toskanischen Verfassungsprojekt wieder auf, bei denen er die aktuelle französische Literatur rezipierte⁸²).

⁸²) Leopold an Joseph II. (17. 12. 1787 u. 28. 6. 1789; Druck: Arneth, Leopold 2, S. 151, 257); Leopold an Marie-Christine (7. 3., 9., 24. 6. 1789; Druck: Wolf, S. 49-52), Leopold an Marie-Christine (4. 6. 1789; Druck: Beer, Leopold, S. 210-215). - Wandruszka 2, S. 353f.

Schon die "Ausschreitungen" und "impertinences" des Sommers 1789 haben Leopold dann zu einer Ablehnung der zu weit getriebenen revolutionären Entwicklung gebracht; die "tumultuarische Entartung" der anfangs noch in geregelten Bahnen verlaufenden Revolution war nicht nach seinem Geschmack, Sorge vor der Vorbildwirkung der französischen "Exzesse" wird greifbar. Leopolds Bruder, Max Franz, Kurfürst von Köln, sprach ihm sicher aus der Seele, als er im August 1789 schrieb: "Il est incroyable à quels excès la fureur d'un peuple excitée [!] qui n'est contenu par aucune autorité peut se porter, et pourtant c'est la nation la plus policée, à ce que l'on prétend." Und Leopold selbst setzte im September 1789 nach:

"Les affaires de France sont toujours terribles. On ne peut pas prévoir comment cela finira. Il n'en peut venir que beaucoup de mal et aucun bien. Je ne plains que la Reine à qui, mal à propos, on donne la faute de tout. On pouvoit diminuer l'autorité arbitraire du Roy et des ministres, les déprédations dans les finances et cela étoit juste sans bouleverser de fond en comble la monarchie et toute la Constitution. Cet exemple de la France sera suivi tôt ou tard dans d'autres pays et y fera du mal et verser bien du sang mal à propos."

Tröstlich war nun plötzlich, daß dieses wenig sympathische "neue Frankreich" durch sein inneres Chaos für wenigstens ein Jahrhundert aus dem internationalen Rennen geworfen schien, so daß der deutlich durchbrechende Haß der "Nation" gegen Habsburg wenig anrichten konnte. Leopold fand sichtlich Geschmack an Voltaires Einschätzung seiner Landsleute "que les François étoient ou des singes ou des tigres". Hatte er noch in der ersten Jahreshälfte 1789 den arbiträren Despotismus des Allerchristlichsten Königs und seine verschiedenen Versuche, die alten Verfassungsregeln zu brechen, verurteilt, so echauffierte sich der Großherzog definitiv nach der zwangsweisen Überführung der königlichen Familie nach Paris im Oktober 1789 über die viel zu weiche Haltung Ludwigs: "Il faut avoir le sang d'eau claire, les nerfs d'étoupe et l'âme de coton pour se conduire de cette façon. J'en suis indigné et ne plains que la reine, car j'ai un pressentiment qu'on finira par l'enfermer." Die Wiener Gesellschaft nahm gleichfalls durchaus regen Anteil an den Vorgängen in Frankreich, die Werke und Schriften Mousniers, Calonnes, Mirabeaus, Condorcets wurden rezipiert. Die stürmischen Ereignisse des Sommers 1789 und des Oktober 1789 bildeten dabei die Spitzen der Interessenkurve, die freilich auch so manchen - und nicht nur Leopold von Toskana - zu einem gewissen Umdenken bewogen. Bis in die höchsten Kreise des Adels und des Beamtentums hatten lange Zeit unverhüllte Sympathien für das Ende des französischen Absolutismus und die Patrioten um Necker und Lafayette gereicht, die nun in logischer Konsequenz in Frankreich selbst der von Versailles in den letzten 20 Jahren andernorts etwa in den nordamerikanischen Kolonien Englands und in den Vereinigten Niederlanden mit unterschiedlichem Erfolg geförderten Sache der Freiheit zum Durchbruch verhelfen wollten. Die anfängliche Anerkennung wich bei vielen mehr oder weniger rasch ernststen Bedenken, als sich zeigte, daß die weitere Entwicklung in Frankreich jeder Kontrolle zu entgleiten drohte und das Reformwerk der Constituante, wie man meinte, mehr einem Werk der Zerstörung denn einem ernstzunehmenden Rétablissement glich. Ein enttäuschter Liberaler wie Graf Zinzendorf zog schon im November 1790 eine recht deprimierende Bilanz, wenn er das Motto der französischen Nationalversammlung mit "détruire sans édifier" umschrieb⁸³).

Die französische Botschaft in Wien beobachtete Leopold nach seiner Ankunft in Wien natürlich sehr genau und schenkte besonders den Äußerungen des neuen Monarchen über die französische "Staatsumwälzung" große Beachtung. Die Absorbierung fast aller Aufmerksamkeit durch die Bereinigung der außen- wie innenpolitischen Lage beruhigte allfällige französische Interventionsängste einigermaßen; schon vor der Thronbesteigung Leopolds tröstete man sich mit dessen antikriegerischem, betont friedliebendem Wesen und seinem dem josephinischen völlig entgegengesetzten System der inneren Wohlfahrt, "car il ne passe pas pour avoir le génie guerrier, mais pour être possédé de la passion des économistes". Die erste Gelegenheit zu direkter Kontaktnahme mit dem Apostolischen König fand der französische Botschafter Marquis de Noailles am Ostertag 1790, als er von Leopold in Audienz empfangen wurde. Dabei äußerte

⁸³) Max Franz an Leopold (Spa, 15. 8. 1789) u. Leopold an Max Franz (18. 9. 1789): FA FK A 26 Konv. Max Franz-Leopold, Teildrucke im Anhang bei Lüdtko, Kampf, S. 127-129. Leopold an Marie-Christine (7. 7. 1789; Druck: Beer, Leopold, S. 215-220), Leopold an Marie-Christine (27. 10. 1789; Druck: Wolf, S. 63f). - KA NL Zinzendorf TB 34 (26./27. 4., 26.-31. 7., 3. 8. 1789), TB 35 (30. 11. 1790).

der König zwar sein Bedauern für die großen Opfer von Adel und Klerus und die Bedrängnisse der königlichen Familie, meinte aber zugleich, daß Frankreich vielleicht nach längerer Durststrecke und dem damit verbundenen Ausfall aus dem internationalen System wieder einen "grand état de force" erreichen könnte.

Wesentlich unbefriedigender fiel ausgerechnet ein wenige Stunden nach der Audienz bei Leopold geführtes Gespräch des Botschafters mit Kaunitz und van Swieten aus, die deutlich negative Töne anschlugen. Van Swieten - "un homme qui a des connoissances, le ton dissertateur et une hardiesse de principes qui a fait plus de mal que de bien à ce pays-ci" und Kaunitz sklavisch ergeben - hielt mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg, daß die Entwicklungen in Frankreich notwendigerweise in einen Bürgerkrieg münden müßten und der König anschließend noch absoluter regieren werde als je zuvor. Kaunitz startete seinerseits einen Frontalangriff auf die Vergehen des neuen Frankreich:

"Il [Kaunitz] se met à parler ironiquement de la démocratie que de très bonnes têtes en France veulent établir. Il cite comme un exemple de despotisme que le Roi n'auroit jamais tenté l'aliénation qui a été prononcée des biens ecclésiastiques. C'est quelque chose de très plaisant que d'entendre Monsieur le prince de Kaunitz exercer sa censure sur notre peu de ménagement pour le clergé, tandis que sous son ministère un seul ordre de l'Empereur a sabré les biens de l'Eglise et qu'on en a formé une caisse dite de Religion. [...] Je lui ai simplement observé que notre Constitution n'étant pas achevée, il ne falloit pas se presser de la juger, qu'à l'égard des biens ecclésiastiques la question se réduisoit aux termes les plus simples, que le clergé appartenoit à la Nation, que ses biens lui appartenoient de même, qu'ainsi la Nation avoit pu en disposer comme de son propre. [...] Il seroit difficile, a repris le prince de Kaunitz, d'être partisan de votre constitution actuelle. Je le suis et très hautement, ai-je répliqué, depuis que le Roi s'est déclaré chef de la Révolution."

Dieser sehr "undiplomatische" Wortwechsel vom April 1790 bestimmte in der Folge das ganz unzutreffende Bild, das sich die französische Diplomatie von der Rollenverteilung in Wien machte: Ein ob der Unrentabilität der französischen Allianz verbitterter, die politische Entwicklung in Frankreich verteufelnder Staatskanzler stand scheinbar gegen den liberalen und zurückhaltenden Leopold II.⁸⁴⁾

Auch andere Bonmots des Habsburgers schienen diese maßvolle Haltung zu unterstreichen. Noch Anfang Oktober 1790, kurz vor der Frankfurter Kaiserkrönung, äußerte sich Leopold gegenüber dem badischen Minister Wilhelm Freiherrn von Edelsheim (1737-1793) mit Zurückhaltung über die Revolution. Für Deutschland bestehe keine Ansteckungsgefahr, "denn unsere Nation ist weder so verdorben, noch so gedrückt, noch so enthusiastisch". Und etwa um dieselbe Zeit hielt er dem preußischen Diplomaten Lucchesini bezüglich preußischer Interventionsabsichten gegen Frankreich (vgl. oben) angeblich entgegen, die Vorgänge in Frankreich seien eine Lehre für alle Fürsten und Mahnung, sich gegenüber ihren Untertanen großer Mäßigung zu befleißigen. Daß es nun gegen Ende der Ära Kaunitz speziell unter Leopold II. viel mehr auf den Herrscher ankam als auf den Staatskanzler, mußte auch Botschafter Noailles beruhigen. Der von A. Wandruszka so sehr hervorgestrichene "Neutralismus" Leopolds in Äußerungen gegen ausländische Staatsmänner und Diplomaten ist dabei aber sicher weniger Ausdruck einer authentischen eigenen Meinung als vielmehr Spiegel des Bemühens - in Wahrheit mehr noch der politischen Verantwortlichen als des hier oft eigene Wege gehenden Kaisers selbst - in für Österreich sehr kritischer Zeit die "Frankreichfrage" nicht unbedacht zu einem "heißen Eisen" werden zu lassen. Wandruszka ist kaum zuzustimmen, wenn er betont, in welch engen Grenzen gerade Leopolds "Revolutionsfurcht" sich bewegte, und weiter meint, man könne dem Kaiser eher den Vorwurf machen, er habe die von Frankreich ausgehende Gefahr für die Monarchie unterschätzt. Häufig begegnen - speziell nach der Radikalisierung der Situation in Frankreich ab Sommer 1791 - Anweisungen des Kaisers an die Polizei bzw. an die Länderchefs, auf subversive Umtriebe zu achten und besonders Ausländer (Franzosen und Italiener) zu überwachen, "die", so schrieb Leopold Ende Dezember 1790 an Polizeiminister Graf Pergen, "aus Mangel einer Beschäftigung ihre Zeit in Caffée- und Schenkhäusern zubringen und sich solcher Umstände bedienen, um das leichtgläubige Volk irrezuführen und gegen ihre Obrigkeiten und deren gute Anordnungen aufzuhetzen". Im September 1791 zeigte sich der Kaiser besonders unzufrieden mit der unruhigen Stimmung. Auf

⁸⁴⁾ Noailles an Montmorin (7. 4. 1790) sowie weiters die Berichte des Botschafters vom 6. 2., 17. 3., 14. u. 21. 4. 1790 mit Beobachtungen über Leopold II.: AMAE CP Autriche 359.

Landstraßen und frequentierten Gassen würden Zettel ausgestreut, in denen man sich erdreistete die Regierung zu kritisieren und es sogar wagte, "das Volk zur Ergreifung der französischen Grundsätze und Nachahmung dieser tollsinnigen Freiheitsbestrebung auf alle mögliche Art anzureizen und aufzumuntern"; selbst ein k.k. Offizier, der nach einer Frankreichreise "von denen französischen Prinzipien den Kopf so verrückt bekommen", daß er auch in der Öffentlichkeit und in der Kaserne mit dem "neuen" Gedankengut aufwartete, schien dem Kaiser besonderer Aufmerksamkeit wert; und noch im Januar 1792 sprach Leopold gegen Franzosen und Niederländer in Wien quasi pauschal den Verdacht aus, "daß sie verderbliche Absichten haben und vielleicht gar französische Emissaires sein können"⁸⁵).

⁸⁵) KA Kabinettskanzlei HBP 75a, 78b bzw. 105: Leopold II. an Perglen (26. 12. 1790, 2. 2. 1791), an Sauer (3. u. 10. 9. 1791, 7. 1. 1792). Die Überwachung, ja gegebenenfalls die Verhaftung von verdächtigen Franzosen empfahl er auch seinem Sohn, dem Großherzog von Toskana: Leopold II. an Leopold von Toskana (4. 7. 1791; SA Frkr. Varia 44 Konv. Leopold II.-Großhzg v. Toskana 1791; Druck: Vivenot I, S. 545). - Ähnlich wie gegenüber Edelsheim scheint Leopold in Frankfurt mehrfach betont zu haben, daß in Deutschland - und besonders in den habsburgischen Erblanden wegen ihrer sprichwörtlichen Heterogenität - Umwälzungen wie in Frankreich nicht möglich wären: Evariste Bavoux (Hrsg.), *Mémoires secrets de J. M. Augeard, secrétaire des commandements de la reine Marie-Antoinette* (Paris 1866) 240; Wandruszka 2, S. 289, 341, 352, 354. Richtiger als Wandruszka urteilt sicher Küntzel, S. 95, wenn er gegen die angeblich kühle Selbstsicherheit des Kaisers feststellt: "Darüber hinaus aber war er [Leopold] lebhaft von der Gefahr der sozialen Ansteckung durchdrungen, die er von einer demokratischen Republik für das monarchische Prinzip in seinem Reiche und der Welt befürchtete". - Eine konsequente Untersuchung der "staatlichen Pressepolitik" im Angesicht der Französischen Revolution und der Berichterstattung über die Vorgänge in Frankreich seit Sommer 1789 etwa anhand der amtlichen "Wiener Zeitung" könnte noch interessante Aufschlüsse liefern. Vgl. vorerst Gustav Otruba, Die Anfänge der Französischen Revolution, ihre wirtschaftlichen und sozialen Ursachen, die Abschaffung der Feudalität und die Erklärung der Menschenrechte im Spiegel der Berichterstattung der "Wiener Zeitung". In: *Wiener Geschichtsblätter* 44 (1989) 145-179, Alex Balisch, The Wiener Zeitung Reports on the French Revolution. In: Brauer/Wright, *Austria*, S. 185-192, Ernst Wangermann, Die Bilder der Französischen Revolution in der Habsburger Monarchie. In: *ÖGL* 39 (1995) 337-342.

3. Österreichs Frankreichpolitik 1790/91

Zwischen "Abstinenz" und "Intervention"

"L'Europe donnait, aux premiers actes de la Révolution française, du temps, de l'attention, du retentissement: c'était ce qu'il lui fallait pour grandir."

Alphonse de Lamartine, Histoire des Girondins I (Paris 1847) 290

3.1 Veränderte organisatorische Rahmenbedingungen

Die k.k. Vertretung in Paris 1790-1792

Mit dem Abzug Botschafter Mercys zu den belgischen Pazifikationsverhandlungen nach Den Haag im Oktober 1790 und der Rückstufung der Botschaft in Paris auf den Stellenwert einer - gemessen an früheren Tagen - "normalen", ja personell unterversorgten diplomatischen Vertretung war auch die Verschiebung der Prioritäten in Österreichs Außenpolitik klar zum Ausdruck gekommen: Frankreich spielte im zerbröselnden Allianzsystem Wiens keine nennenswerte Rolle mehr⁸⁶). Am deutlich reduzierten Rahmen der österreichischen Vertretung änderte sich aber auch dann nichts, als die internationale Politik sich nach der Bereinigung der großen europäischen Konfliktherde im Laufe des Jahres 1791 mit verstärkter Aufmerksamkeit der "französischen Frage" zuwandte. Von Oktober 1790 bis zum Kriegsausbruch im April 1792 war Österreich in Paris nur mehr durch einen Geschäftsträger vertreten, durch den nunmehr zum Botschaftsrat beförderten langjährigen Botschaftssekretär Mercys, Franz Paul Zigeuner von Blumendorf. Eine Rückkehr Mercy-Argenteaus wurde zwar vielfach diskutiert, aber aus verschiedenen Gründen schließlich nicht mehr realisiert.

Nach der Abreise Mercys und eines Teils seines Gefolge, darunter auch des Botschaftskanzlisten Hoppé, mußte die k.k. Vertretung in Paris seit Herbst 1790 im wesentlichen als Ein-Mann-Betrieb geführt werden. Blumendorf hatte alle anfallenden Arbeiten, besonders die umfangreichen Korrespondenzen mit der Staatskanzlei, der Reichskanzlei und Botschafter Mercy, neben den recht zahlreichen konsularischen Aufgaben selbst zu erledigen. Die zunehmende Arbeitsüberlastung und die ungemütliche innere Situation Frankreichs, schließlich die wachsenden Spannungen zwischen Frankreich und Österreich nagten an den Nerven des Geschäftsträgers in einem Maße, das ihn immer lebhafter die Abreise aus Paris wünschen ließ. Neben Blumendorf harrten auch die Privatangestellten Mercys in Paris aus, v.a. sein Sekretär Franz Kruthoffer, der die Obsorge über das Gesandtschaftspalais und die Besitzungen des Botschafters bei Paris übernahm, und Mercys "Buchhalter" Dunkel.

⁸⁶) Die folgenden Bemerkungen fußen im wesentlichen auf der Einleitung zu Hochedlinger, Weg in den Krieg, und verstreuten "technischen" Bemerkungen in den Korrespondenzen. Auf Einzelnachweise wird verzichtet.

Charakteristisch für die Jahre 1790/92 sind nun die Vervielfältigung der Informationskanäle, durch die die Wiener Verantwortlichen Einblick in die Vorgänge in Frankreich erhielten, und eine gewisse institutionelle Verwirrung. Blumendorf berichtete aus Paris v.a. über seine Verhandlungen mit dem französischen Außenministerium, zum einen an die Staatskanzlei, zum anderen an die Reichskanzlei, deren Stellenwert mit der Frage der in Elsaß-Lothringen begüterten Reichsstände deutlich anwuchs. War der Geschäftsträger neben dem französischen Botschafter in Wien für den Reichsvizekanzler und seine Behörde das einzige Sprachrohr, durch das man diese diffizile Problematik mit dem französischen Gegenüber ordnungsgemäß verhandeln konnte, so betrachtete die Staatskanzlei die rückgestufte k.k. Vertretung in Paris nach 1790 lange Zeit offensichtlich nur als mehr oder weniger vernachlässigbaren Außenposten, den man nicht einmal über die wesentlichsten Etappen der österreichischen Frankreichpolitik auf dem laufenden hielt. In kritischen Phasen des Jahres 1791 herrschte so völlige Funkstille, peinliche Informationsrückstände Blumendorfs gegenüber dem französischen Außenministerium waren die Folge. Nachrichten vom Abschluß der österreichisch-preußischen Präliminarkonvention im Juli 1791, von den Konzertbemühungen des Kaisers gegen Frankreich und den Ergebnissen der Entrevue von Pillnitz kamen dem Geschäftsträger nur mit Verspätung und auf verschlungenen Wegen zu. Selbst die Antwort Leopolds II. auf die Notifikation der Verfassungsannahme durch den französischen König teilte die Staatskanzlei Blumendorf nicht direkt mit, sondern ließ sie über die französische Botschaft in Wien zustellen. Erst an der Jahreswende 1791/92 ließ die steigende "Kriegsgefahr" eine verstärkte Einbindung des Geschäftsträgers in Paris und ein "offizielles" Agieren über die k.k. Vertretung vor Ort dringend geraten erscheinen.

Der Grund für dieses merkwürdige Procedere der Staatskanzlei ist klar: Der organisatorische Brennpunkt der österreichischen Frankreichpolitik lag seit Januar 1791 mit der Etablierung Botschafter Mercys in Brüssel eigentlich in der belgischen Hauptstadt, sowohl für Blumendorf, der mit seinem Vorgesetzten eine sehr intensive geheime Korrespondenz führte, als auch für Staatskanzler Kaunitz. Die Vertretung in Paris war vom Gesichtspunkt der hohen Politik aus nur mehr ein vorgeschobener Beobachtungsposten, der auch nicht mehr in den diplomatischen Kurierdienst einbezogen wurde und lange Zeit überwiegend auf dem "ordinari Postweg" berichten mußte. Entsprechend vorsichtig und trocken hatte Blumendorf seine Relationen zu verfassen. Botschafter Mercy wurde freilich von seinem langgedienten Mitarbeiter aus Paris kontinuierlich mit wichtigen Hintergrundinformationen versorgt und verfügte in Blumendorf zudem über eine verlässliche Kontaktstelle zu seinen alten Pariser Freunden und - politisch von größter Bedeutung - v.a. zur Königin.

Die Aufrechterhaltung des Schriftverkehrs zwischen Marie-Antoinette und Mercy zählte 1790-1792 sicher mit zu den wesentlichsten Aufgaben des k.k. Geschäftsträgers. Bis zur Abreise Mercys im Oktober 1790 hatte der Notenwechsel zwischen Botschafter und Königin, da man die Substanz im persönlichen Gespräch abhandeln konnte, überwiegend noch nicht jene staatspolitische Bedeutung, die sie dann nach der kurzen Unterbrechung des Kontakts während der Verhandlertätigkeit Mercys in Den Haag und einer gefährlichen, aber Episode gebliebenen direkten Fühlungnahme der Königin mit Wien über Blumendorf in den Jahren 1791/92 gewinnen sollte. Nach anfänglicher Skepsis des Botschafters, der für die Geheimhaltung fürchtete und Nachrichten lieber nur mündlich über Blumendorf ausrichten wollte, bürgerte sich ein intensiver und für die "konterrevolutionäre" Geheimpolitik der Tuilerien sehr wichtiger Gedankenaustausch ein. Blumendorf erhielt aus Brüssel auf sicherem Wege meist durch private Überbringer chiffrierte Noten, die er entschlüsselte, an die Königin weiterleitete und gegebenenfalls mit mündlichen Erläuterungen versah. Über den gleichen Kanal liefen in der Regel auch die Antworten der Königin an Mercy nach Brüssel. Für Korrespondenzstücke und Briefpassagen, die zwar über den k.k. Geschäftsträger in die belgische Hauptstadt abgingen, ihm aber nicht zugänglich sein sollten, benützten Mercy und Marie-Antoinette seit März 1791 nicht das Chiffriersystem der k.k. Botschaft, sondern ein kompliziertes, in den Tuilerien ersonnenes Verschlüsselungsverfahren.

Der Kontakt zwischen der Königin und Botschafter Mercy in Brüssel riß selbst dann nicht ab, als die königliche Familie nach dem Scheitern des Fluchtversuchs vom Juni 1791 unter strenger Überwachung durch die Pariser Nationalgarde in den Räumlichkeiten der Tuilerien nur sehr geringe Bewegungsfreiheit besaß und dem gesamten diplomatischen Korps der Zutritt verwehrt blieb. Es fanden sich Mittel und Wege, die vertrauliche Korrespondenz auch weiterhin zu pflegen. Ab September 1791 - und wohl auch schon für die Zeit davor - bewährten sich die Kammerfrauen der Königin als Mittlerinnen für Nachrichten und geheime Schriftsätze.

Der "Conseil secret" der Tuileries

Trotz der von Mercy und Comte de Lamarck in die Wege geleiteten Gewinnung des Grafen Mirabeau für die Sache des Hofes und der vorsorglichen Bildung eines "Schattenministeriums" war die Abreise des k.k. Botschafters im Oktober 1790 ein weiterer schwerer Schlag für jene, die sich um die politische Zukunft der königlichen Familie sorgten; auch Marie-Antoinette wußte sehr wohl, was sie an ihrem Mentor verlor⁸⁷). Wohlmeinenden Beratern der Tuileries wie Mirabeau, Lamarck und dem Erzbischof von Toulouse, Fontanges, fehlte nun mit der Person des Doyen des k.k. diplomatischen Dienstes der allseits respektierte Rückhalt gegen den ewig schwankenden, die Ratschläge aber schließlich nicht oder nur teilweise befolgenden Hof. Auch nach Oktober 1790 blieb freilich ein recht intensiver, in den Krisenphasen des Jahres 1791 besonders wichtiger und aufschlußreicher Gedankenaustausch zwischen dem Botschafter in Den Haag bzw. in Brüssel und Lamarck, der sich selbst als Platzhalter Mercys verstand, bestehen; er gibt uns Aufschluß über das weitere Schicksal des "Conseil secret". Lamarcks Mitteilungen gingen an Blumendorf, der sie kopierte und an Mercy weiterverschickte. Auf dem gleichen Weg trafen die Antworten in Paris ein⁸⁸).

In dieses starke "innenpolitische" Engagement der k.k. Botschaft, besonders in die engen Kontakte zu Mirabeau und Lamarck wurde selbst die Staatskanzlei in Wien nicht rückhaltlos eingeweiht. Speziell in Hinblick auf die intime Kooperation mit Comte de Lamarck, der sich durch sein - nun lebhaft bedauertes - kurzzeitiges Engagement im liberalen Lager der belgischen Revolution in Wien überaus verdächtig gemacht hatte, empfahl es sich, nicht alle Karten auf den Tisch zu legen, persönliche Sympathien für den belgischen Grandseigneur möglichst herunterzuspielen und wiederholte Fürsprachen für Lamarcks unermüdliches Bemühen um eine Rückkehr in österreichische Dienste mit scheinbar machiavellistischen Gründen zu bemänteln, etwa mit dem Wunsch, über Lamarck das einflußreiche Haus Arenberg für die Sache des Kaisers in Belgien zu gewinnen. Auch seine Korrespondenz mit der Königin machte Mercy den Wiener Behörden mehr als einmal nur gekürzt und geschönt oder auszugsweise zugänglich.

Im Dezember 1790 versuchte Mirabeau, den "Conseil secret" auszubauen und mit einer verlässlichen Person des Ministeriums zu verknüpfen; dies war - gegen den hartnäckigen Widerstand des Königs - seit langem der Plan des Tribunen gewesen. Dabei verfiel man nun auf Außenminister Comte de Montmorin, den letzten erprobten, dabei aber schwachen und von der königlichen Familie immer noch als "Neckerist" kritisch betrachteten Minister, der zudem in der 2. Jahreshälfte 1790 selbst verstärkt Annäherung an Mirabeau gesucht hatte. Gerade dem Portefeuille Montmorins wurde von Mirabeau wegen des engen Zusammenhanges zwischen der internationalen Lage und einer Notpolitik im Interesse der Tuileries großer Stellenwert zugemessen. Montmorin hatte bisher als einziger immer wieder die heftigen Attacken der Nationalversammlung gegen die Exekutive politisch überlebt; sein Kokettieren mit den "Patrioten" und gute Beziehungen zu Lafayette, die ihn freilich bei Mirabeau verdächtig machten, verliehen ihm in der öffentlichen Meinung lange Zeit eine Art Sonderstatus. Ohne daß man Montmorin völlig in das komplexe, auf mehreren Ebenen gespannte Beziehungsnetz zwischen Mirabeau, Lamarck und der königlichen Familie oder in die geheimen Verbindungen der Königin zu Mercy vollständig einweihte, war damit der Kern dessen konstituiert, was gerüchteweise dann in der antiköniglichen Propaganda der Jahre 1791/92 als "Comité Autrichien" bezeichnet wurde - ein schwaches Gegengewicht gegen ein seit den letzten Umsetzungen nicht rückhaltlos "königstreues" Ministerium und die allmächtige Nationalversammlung. Außerdem verweigerte sich die Staatskanzlei dem im März 1791 gegenüber Geschäftsträger von Blumendorf geäußerten Wunsch des französischen Außenministers, auch die offiziellen bilateralen Kontakte auf zwei Ebenen laufen zu lassen: auf einer ostensiblen, die auch der Nationalversammlung zugänglich sein sollte, und einer geheimen, dem König und Montmorin zu persönlicher "Kenntniß und Leitung" reservierten. Das ambitionierte Ziel dieser brüchigen Koalition zur Rettung einer möglichst starken Monarchie in Frankreich legte Mirabeau in seiner umfangreichen Denkschrift vom 23. Dezember 1790 nieder. Mit Bestechung und einer großangelegten Propagandamaschinerie zur systematischen Diskreditierung der Natio-

⁸⁷) Marie-Antoinette an Leopold II. (17. 8. 1790), dto. (3. 10. 1790; FA FK A 26; Druck: Arnoeth, Marie-Antoinette, S. 137f), an Mercy (20. 8. 1790; FA SB 71 d. A/1790; Druck: Rocheterie/Beaucourt 2, S. 192f).

⁸⁸) Zu den technischen Details bzgl. der Abwicklung des Briefwechsels Mercy-Lamarck und zur Rolle Lamarcks als Koordinator des "Conseil secret" vgl. seine autobiographische Einleitung im Bd. 1 der Edition von Bacourt sowie die kommentierende Bemerkung Mercys zu drei Briefen Lamarcks an ihn: FA SB 88 Konv. I.

nalversammlung und der "Revolutionszentrale" Paris sollten die öffentliche Meinung gewonnen, die königliche Position v.a. in den Provinzen ausgebaut und der Boden für die nächste Volksvertretung und ihr Reformwerk bereitet werden. Aus Desorganisation, Krise und Anarchie konnte Besseres entstehen. Mercy wertete den Plan zur Festigung der Autorität des Königs und der ihm übertragenen exekutiven Gewalt als theoretisch zwar perfekt, hielt den "grand dessein" aber für in der Praxis schwer umsetzbar. Mirabeaus Absichten gediehen letztlich über schüchterne Ansätze nicht hinaus. Die zwiespältige Haltung des Hofes gegen den Tribunen, der bei den Debatten um die Eidesverpflichtung für Priester auf die Zivilverfassung des Klerus gegen Jahresende 1790 und durch andere "revolutionäre" Äußerungen den Hof wieder schockiert, verärgert und verwirrt, ja selbst Lamarck unsicher gemacht hatte, die nur halbherzige Unterstützung seiner Pläne und die besonders lethargische Haltung des Königs verhinderten die erfolgreiche Umsetzung der Planungen Mirabeaus⁸⁹).

Mirabeaus Tod am 2. April 1791 riß trotz alledem eine tiefe Lücke in den Beraterstab der königlichen Familie. Ein schwerer Schlag für die Tuilerien, deren maßvoller Verteidiger in der Versammlung und im Jakobinerklub der "Tribun" war, auch wenn er konterrevolutionären Ambitionen eine klare Absage erteilte und statt dessen Konterreform und Teilrevision der Verfassung auf seine Fahnen schrieb. Die Möglichkeit, eine starke Führerpersönlichkeit für seine Nachfolge zu finden und das "Schattenministerium" vor dem endgültigen Abrutschen in die völlige Bedeutungslosigkeit zu bewahren, reduzierte sich auf null.

Im April 1791 berichtete Blumendorf Staatskanzler Kaunitz denn auch sehr ausführlich über Krankheit und Tod Mirabeaus und die feierliche Überführung seiner sterblichen Überreste in das Pantheon und zollte so der "Grundsäule der neuen hiesigen Staatsverfassung" seinen Tribut. Ohne die geheime Tätigkeit Mirabeaus für den Hof preiszugeben, ließ der Geschäftsträger keinen Zweifel daran, daß mit dem Toten eine nicht erneuerbare Stütze für die königliche Familie weggebrochen war.

"Eurer Hochfürstlichen Gnaden gütigste Nachsicht soll ich nun mir über die Ausdehnung dieses Artikels gehorsamst erbitten", schrieb Blumendorf, "denn ich glaubte, mir hierüber einige umständlichere Details erlauben zu dürfen, in Erwägung, daß sie einen Mann betreffen, der bey der hiesigen Revolution eine so wichtige Rolle gespielt und als die Hauptstütze des neuen Staatsgebäudes fortan angesehen war, sodann auch, da hiebey der andauernde Enthusiasmus der Nation für alle die eingeführte Neuerungen in dem hellsten Lichte erscheint. Es ist indessen sicher und gewiß, daß Mirabeau in diesen letzteren Zeiten, und zumalen seitdem er eine Stelle in dem Département von Paris erhalten hatte, auf die Herstellung der allgemeinen Ruhe und Ordnung einen ernstlichen Augenmerk geworfen, daß er aus diesem Grunde denen Chefs des Club des Jacobins als den hauptsächlichsten Anstiftern und Beförderern der Unruhen in seinem Herze den Krieg angekündigt und wahrscheinlichweise mittelst seiner großen Kenntnissen und den Ressourcen seines Genie Mittel gefunden haben würde, der Sache eine bessere Wendung zu geben und das ganz herabgefallene Ansehen und Einfluß des Hofes nach und nach wieder einigermaßen zu erheben, daß sein Hinscheiden ebenbesagten Chefs nunmehr neuen Muth und Kräften gebe, um ihre bedenkliche Absichten, die auf nichts weniger als auf die gänzliche Vernichtung der königlichen Gewalt und die Einführung einer ganz republikanischen Verwaltung abzuzielen scheinen, mit verdoppeltem Eifer durchzusetzen und somit den Umsturz der hiesigen Monarchie in voller Maße zu befördern"⁹⁰).

⁸⁹) Zum "Conseil secret" und seinen Aktionen insgesamt vgl. aufbauend auf der oben zu Mirabeau genannten Literatur, bes. Stern, Leben Mirabeaus 2, S. 223-245; Mirabeaus "15e Note à la Cour" (30. 7. 1790; Druck: Bacourt 1, S. 381-383). Die Schreiben Lamarcks an Mercy (28. 10., 9., 19., 21. 11., 6., 25., 30. 12. 1790, 22./26. 1., 6. u. 23. 2. 1791) sind bei Bacourt 2, S. 46-51, 54-58, 88-90, 116-119, 178f, 189-194, 207-212, 218-220, 231-234 gedr. Nur jene vom 6. und 30. 12. 1790 bzw. vom 22./26. 1. und 6. 2. 1791 sind abschriftlich in FA SB 88 Konv. I erhalten geblieben. Mercy an Lamarck (14./15. 1. 1791; FA SB 71 d. B/A; Druck: Bacourt 2, S. 197f). Das große Projekt Mirabeaus vom Dezember 1790 ist dargelegt in der "47e Note à la Cour" (Bacourt 2, S. 125-177). - Die Briefe Marie-Antoinettes an Leopold II. vom 22. 10. 1790 u. 27. 12. 1790 (Feuillet 1, S. 355-357, 382-384) sind wohl apokryph. Blumendorf an Kaunitz P.S. (7, 3, 1791).

⁹⁰) Blumendorf an Kaunitz (9. 4. 1791; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1791 I-VI), an Mercy (31. 3., 1., 2. u. 3. 4. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy 1790/91), Mercy an Leopold II. (17. 4. 1791), an Blumendorf/Marie-Antoinette (5. 4. 1791; FA SB 71 d. B/A; Druck: Aréth, Marie-Antoinette, S. 154f), an Lamarck (4., 10. 4. 1791; Druck: Bacourt 2, S. 257, 261). - Vortrag "nomine Excellentissimi" an Erzherzog Franz (1. 5. 1791; StK Vorträge 148 Konv. 1791 V).

So mußte Mercy seinen alten Wunsch nach einem starken königstreuen Ministerium endgültig begraben, ein "principal ministre de grande force", der wie zu Zeiten Maurepas' die Fäden der Politik bündelte, war auf weiter Flur nicht auszumachen. Im Gegenteil: der 1790 mühsam aufgebaute "Conseil secret" zerfiel nach dem Tode Mirabeaus zusehends, Konkurrenz zwischen dem König und der Königin, der so mancher die Lenkung der königlichen Politik eher zutraute, wurde auch in diesen schweren Zeiten bemerkbar. Verärgert über die Sterilität seiner Bemühungen, denen man in den Tuileries mit einigem Mißtrauen begegnete, kapitulierte im Herbst 1791 auch Comte de Lamarck mit der tristen Feststellung: "Le Roi est incapable de régner"; er zog sich zunächst im Oktober 1791 auf seine französischen Besitzungen bei Valenciennes zurück und ging schließlich in seine belgische Heimat, wo er eng mit Mercy und dessen Stab zusammenarbeitete. Erst spät erfüllte sich - gegen vehementen Widerstand in Brüssel und große Skepsis in Wien - seine Hoffnung auf endgültige Rehabilitierung und Rückkehr in österreichische Dienste. Ebenfalls im Oktober 1791 schied Montmorin aus seinem Amt als Außenminister, in dem er durch seinen häufigen Kontakt mit dem König mehr recht als schlecht noch nützliche Dienste als Schaltstelle im Conseil hätte leisten können, und wirkte hinfort im Hintergrund weiter als im wesentlichen einflußloser Berater der königlichen Familie⁹¹).

Neben Blumendorf bewährte sich in Paris - speziell ab Sommer/Herbst 1791 - mehr und mehr ein ehemaliger Sekretär und Mitarbeiter in Mirabeaus "Denkfabrik", der Jurist Jean-Joachim Pellenc (1750-1833), als geheimer Informant des Comte de Lamarck, der die Berichte seines Konfidenten wieder an Mercy in Brüssel weiterleitete; von hier gingen sie als Beilagen zu den Botschafterberichten nach Wien und ergänzten die diplomatischen Aktenstücke in sehr nützlicher Weise um kenntnisreiche Analysen der innenpolitischen Vorgänge, über die man so auch im Bereich der Staatskanzlei bestens informiert sein mußte. Mercy jedenfalls zollte den detailreichen Hintergrundinformationen Pellencs über die Vorgänge in der Nationalversammlung und in den politisch einflußreichen Zirkeln mehrfach seine Anerkennung. Während Blumendorf mit seinen Meldungen nach Brüssel und Wien die offizielle Ebene abdeckte, lieferte der für den Blick hinter die Kulissen viel besser plazierte Pellenc die komplementären Informationen ... in einer Zeit, da Außenpolitik nicht mehr ausschließlich im Kabinett elaboriert wurde, doppelt wichtig.

Diese Art der Informationsbeschaffung war aber nicht der einzige Aspekt in Pellencs Aufgabenbereich. Zugleich und vor allem sollte er - gewissermaßen in der Nachfolge Mirabeaus und Lamarcks - als Konsulent des Königspaares dienen, es über die Vorgänge in der Nationalversammlung auf dem laufenden halten, Minister beraten, Beziehungen zu wichtigen Abgeordneten herstellen und seine guten Kontakte zu den Konstitutionellen und Gemäßigten zum Besten des Hofes einsetzen. Die Königin begegnete ihm allerdings mit anhaltendem Mißtrauen. Auch zwischen Montmorin und Pellenc bestanden Kooperations-schwierigkeiten. Immerhin lohnte man dem Schützling Lamarcks seine Dienste mit einem nicht unbeträchtlichen Gehalt aus der Zivilliste.

Nach und nach wuchsen mit Zunahme der inneren Spannung und den bald offen geäußerten Anschuldigungen gegen einen phantomhaften "Comité Autrichien", das, wie man zu Recht, aber seine Wirksamkeit deutlich überschätzend mutmaßte, in den Tuileries die Fäden zog, auch Angst und Sorge des in Paris zurückgebliebenen "Korrespondenten" Pellenc, zumal nach Kriegsausbruch im April 1792. Mit dem Sturz des Königtums am 10. August 1792 endete seine Tätigkeit in Paris; Pellenc flüchtete nach England und arbeitete - nun in österreichischem Sold - weiter mit Mercy zusammen, kehrte aber später nach Frankreich zurück und fand unter dem Regime Napoleons I. im Pariser Außenamt Anstellung⁹²).

⁹¹) Mercy an Blumendorf (1. 3. 1791; FA SB 71 d. B/A), Marie-Antoinette an Mercy (3./7. 2. 1791), Mercy an Leopold II. (25. 2. 1791; O in FA SB 88 Konv. I). Lamarck an Mercy (28. 9. 1791; FA SB 88 Konv. I; Druck: Feuillet 2, S. 374-382), an Leopold II. (11. 5. u. 28. 11. 1791; SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 IX-XII). - Lagravère an Delessart (21. 12. 1791, 15. 1., 4. 4. 1792; AMAE CP Pays-Bas espagnols/autrichiens 181 bzw. 182). Zeissberg 2, S. 118-121.

⁹²) Jules Flammermont, La correspondance de Pellenc avec les comtes de La Marck et de Mercy. In: RF 16 (1889) 481-502 und verstreute Hinweise bei J. Bénétruy, L'atelier de Mirabeau. Von Pellenc soll auch der "große Plan" Mirabeaus vom Dezember 1790 stammen. Die Korrespondenzstücke Pellenc-Lamarck sind bei Bacourt und für 1792 v. a. nach den Vorlagen des HHStA bei Glagau abgedruckt. - In Paris war man sich später der "Agententätigkeit" Pellencs zu Beginn der Revolution durchaus bewußt. Vgl. AMAE Personnel 1re série vol. 56, fol. 185-196v, besonders "Note sur M. Pellenc" (Juni 1826). GK 447 (Nachlaß Thugut): Briefe Pellencs aus 1810/13. - Mercy korrespondierte 1791/92 über Blumendorf auch mit royalistischen Kreisen in Paris, etwa mit dem Bruder des Schriftstellers und Journalisten Antoine de Rivarol (1753-1801), dem sog. "Vicomte" de Rivarol, den er zu publizistischer Tätigkeit im Sinne der Tuileries anfeuerte. Die Briefe Rivarols in SA Frkr. Varia 45 Konv. Rivarol-Mercy. Vgl. auch Jean-Paul Bertaud, Les Amis du Roi. Journaux et journalistes royalistes en France de 1789 à 1792 (Paris 1984).

3.2 Die Elsaß-Frage

Von den Individualbeschwerden zum internationalen Problem

Bei aller Nonchalance im Umgang mit "alterwürdigen" Völkerrechtsverträgen hatte sich doch auch die französische Nationalversammlung bemüht, der rechtlichen Sonderstellung der reichsständischen Enklaven an der Ostgrenze so gut als möglich Rechnung zu tragen. Das Dekret vom 15. März 1790, mit dem endlich eine Menge Feudalrechte ohne Entschädigung und definitiv abgeschafft wurden (wie die grundherrschaftliche Gerichtsbarkeit, *corvée*, *péage*, *pontenage* etc.) sah immerhin einen Vorbehalt zugunsten der Reichsstände vor, und am 28. April 1790 erging seitens der Volksvertretung an den König die Einladung, Verhandlungen mit den betroffenen Reichsfürsten einzuleiten. Im Juni/Juli 1790 bereiste der französische Infanterieoberst, ehemalige Amerikakämpfer und Veteran der Hollandkrise von 1787 Chevalier Jean de Ternant (1751-?) auf einer ausgedehnten "Good-will-Tour" die Höfe von Baden, Speyer, Zweibrücken, Württemberg, Darmstadt, Trier, Köln und Leiningen, um diese Reichsstände von der Rechtsanschauung Frankreichs zu überzeugen und sie zur Annahme von Entschädigungszahlungen zu bewegen, stieß aber fast durch die Bank auf ablehnende oder zumindest ausweichende Reaktionen⁹³).

Frankreich verfehlte so angesichts einer relativ einheitlichen Front der Ablehnung nach und nach sein Hauptziel: zu verhindern, daß das Anliegen einzelner Reichsstände allmählich eine Sache des gesamten Reichs und des Kaisers wurde. Ende Oktober 1790 kam die Elsässer Angelegenheit, die Frage der "princes possessionnés", in der Nationalversammlung wieder zur Verhandlung. Der Rapporteur des Comité féodal, Merlin de Douai, widmete sich dabei durchaus den alten Vertragsverbindlichkeiten und den komplexen Souveränitätsrechten im Elsaß, ließ aber in seiner bekannten Rede vom 28. Oktober 1790 keinen Zweifel daran, daß dem "neuen Frankreich" der freie Wille der elsässischen Bevölkerung auch in der Souveränitätsfrage unverhältnismäßig mehr galt als die Berufung auf urkundliche Rechtstitel. "Aujourd'hui que la souveraineté des peuples [...] est enfin consacrée avec éclat [...] qu'importent au peuple d'Alsace, qu'importent au peuple français les conventions qui dans les temps du despotisme ont eu pour objet d'unir le premier au second. [...] Le peuple alsacien s'est uni au peuple français parce qu'il l'a bien voulu." Aus dieser Vereinigung des Elsaß mit Frankreich ergab sich das Recht, auch diese Provinz gleichzuschalten, selbst hier gegen die Gerechsamkeit der Feudalherren, also auch der gleichfalls zu einfachen "seigneurs" gewordenen Reichsfürsten mit Aufhebung vorzugehen. Selbst für die ausländischen "Güterbesitzer" in den elsässischen Departements Haut-Rhin und Bas-Rhin galt somit der Wille der französischen Allgemeinheit, von dem prinzipiell keine Ausnahme statthaft oder erzwingbar war. Lediglich aus freien Stücken wollte die französische Nation den betroffenen Reichsstände auch weiterhin Entschädigungszahlungen als Ablöse für die unterdrückten Feudalrechte gewähren oder sogar den käuflichen Erwerb der die territoriale Geschlossenheit störenden Enklaven in Aussicht stellen. Ein diesbezügliches Dekret trug dem König die Einleitung von offiziellen Verhandlungen auf. Im Dezember 1790 wurden die betroffenen deutschen Höfe mit Zirkularschreiben des französischen Außenministeriums um Einleitung entsprechender Gespräche in Paris und Absendung von Bevollmächtigten ersucht - ein verlockendes Angebot, das brüsk auszuschlagen sich nur wenige leisten konnten⁹⁴).

⁹³) Vgl. zur Mission Ternant besonders Muret, S. 566-574. Den geringen Erfolg der französischen Ausgleichsbemühungen schrieb Paris v.a. preußischen Gegenbearbeitungen zu. Im September 1789 hatte der kurbrandenburgisch-preußische Reichstagsgesandte Görtz eine Werbereise gestartet: ebd., S. 444-448 (verzerrend), des letzteren falsche Ausführungen korrigierend Lüdtko, Preußen und die elsässische Frage, S. 26-34, Härter, S. 72f. Das Dekret vom 15. 3. 1790 und die Einladung an den König vom 28. 4. 1790 in AP 12, S. 172-177 ("Décret concernant les droits féodaux" vom 15. 3. 1790, Titre II Art. 39-3 zur Entschädigung der Reichsstände), AP 15, S. 316 (Einladung an den König, Erkundigungen über die anspruchsberechtigten Reichsstände einzuziehen, 28. 4. 1790/Nachtrag zum Dekretvorschlag vom 15. 3. 1790). Zu Ternant - er war ab 1791 französischer Vertreter bei den Vereinigten Staaten von Amerika - vgl. Bodinier, S. 453f. Zu den Vorgängen am Reichstag von Sommer 1790 bis Frühjahr 1791 insgesamt vgl. Härter, S. 98-117.

⁹⁴) Merlin de Douai in der Nationalversammlung und Dekretsentwurf (28. 10. 1790): AP 20, S. 75-84. Blumendorf an Kaunitz (29. 10. 1790). Sprach der Dekretsentwurf vom 28. 10. 1790 nur von den beiden elsässischen Departements, so präziserte die Nationalversammlung im Juni 1791, daß alle betroffenen Reichsstände unter die Bestimmungen der Verfügung fielen und Entschädigung auch für den bisherigen Einkommensverlust gewährt werden sollte: AP 27, S. 337 (19. 6. 1791). Das Pariser Außenministerium plädierte seit Juni 1790 für einen Ankauf der Reichsenklaven: Muret, S. 454.

Zu diesem Zeitpunkt freilich hatte die Elsaß-Frage eine neue Etappe erreicht. Waren bisher bloß die betroffenen Reichsstände zuerst getrennt beim Kaiser, ab Januar 1790 in den Kreisen und schließlich auf dem Reichstag mit ihren Gravamina und Beschwerdeconclusa hervorgetreten, so setzten unmittelbar nach der Frankfurter Kaiserkrönung Leopolds II. endlich auch die in der Reichsstadt versammelten Kurfürsten von Trier und Köln und die fünf kurfürstlichen Wahlbotschafter ein deutliches Zeichen, das nur mehr schwer übergangen werden konnte: In einem Kollegialschreiben forderten die Kurfürsten und ihre Vertreter im Oktober 1790 das neue Reichsoberhaupt gleich zu Beginn seiner Regierung zu einer nachdrücklichen Behandlung der Elsässer Angelegenheit auf. Leopold II. sollte sein reichsoberhauptliches Ansehen zugunsten der betroffenen Reichsstände in die Waagschale werfen und, würden seine Mittlerdienste fruchtlos bleiben, auf dem Reichstag entsprechende Gegenmaßnahmen beraten lassen. Zum Entsetzen des französischen Außenministeriums war nunmehr der Kaiser als Reichsoberhaupt von höchster Stelle mit einer Problematik befaßt worden, die Frankreich stets als rein innerfranzösische Frage behandelt sehen wollte. Vergeblich versuchte Paris, den Kaiser von einer Befolgung des kurfürstlichen Antrags abzubringen, indem es auf das große Entgegenkommen des Königs im Verfahren mit den ausländischen Güterbesitzern verwies. Da sich Frankreich zu Entschädigungszahlungen oder zum gänzlichen Erwerb der reichsständischen Einsprengsel bereitfand und die Betroffenen so lediglich eine Einkunftsquelle durch eine andere abgegolten bekamen (den politischen Wert der Enklaven wollte man nicht anerkennen), sah man im französischen Außenministerium keinen Anlaß mehr zu berechtigten Beschwerden und unterstrich selbstbewußt, daß die Neuordnung des "régime intérieur" Frankreich genauso zustand wie jedem anderen souveränen Staat auch. Und das Prinzip der "uniformité", eine Grundsäule der neuen Verfassung, gebot, das Reformwerk auch auf Elsaß und Lothringen zu erstrecken. Leopold II. - ein Souverän, der auf die Wahrung historischer Rechte bekanntlich großes Gewicht legte - ließ sich freilich durch die ohnedies verspäteten Vorstellungen des französischen Geschäftsträgers Gabard nicht von dem rigoros verfassungstreuen Weg abbringen, den ihm seine Pflichten als Reichsoberhaupt und - so der Verdacht der Franzosen - die Rivalität mit Preußen vorzeichneten. Als Ende Dezember 1790 die französische Argumentation in Wien entwickelt wurde, hatte der Kaiser bereits den von vielen langersehten Schritt als Reichsoberhaupt gesetzt. Auch im diplomatischen Alltag zeigte sich nur zu bald zum Ärger des französischen Außenministeriums, daß das österreichische Gegenüber die Elsässer Frage unbedingt als das behandelt wissen wollte, was Frankreich unmöglich anerkennen konnte, ohne die größten Probleme heraufzubeschwören: als Reichssache, die daher auch nicht mehr mit der Staatskanzlei, sondern einzig und allein mit der Reichshofkanzlei und dem nach französischer Einschätzung recht schwierigen und umständlichen Reichsvizekanzler Colloredo verhandelt werden mußte. Konsequenter weigerte sich Geschäftsträger Gabard mit entsprechender Rückendeckung seines Ministeriums, der Aufforderung der Staatskanzlei nachzukommen, die oberste Reichsbehörde mit dieser Causa zu befassen. Wollte man in einer Sache die Eröffnung einer "négociation en règle" vermeiden, die man ohnehin als französisches Internum ohne wesentliches Einspruchsrecht außenstehender Dritter darzustellen bestrebt war, so mußte Reichsvizekanzler Fürst Colloredo aus dem Spiel bleiben⁹⁵).

Bereits Mitte Dezember 1790 hatte sich Leopold II. nach einem ausführlichen rechtshistorischen Vortrag des Reichsvizekanzlers, in dem nun neben den alten Beschwerden gegen die reichsfriedensschlußwidrige Ausdehnung der französischen Souveränität im Elsaß auch die Auswirkungen der Zivilverfassung des Klerus eine beträchtliche Rolle spielten, zu einer ersten Maßnahme im Sinne des kurfürstlichen Kollegialschreibens vom Oktober entschlossen, um die Elsaß-Problematik einer gütlichen Regelung zuzuführen und Frankreich zur Einhaltung jener völkerrechtlichen Verpflichtungen zu mahnen, deren Mißachtung schwerwiegende Folgen haben, auf Frankreich ein schlechtes Licht werfen und schließlich auch Deutschland seiner Vertragsverbindlichkeiten entheben könnte. Ein noch recht freundschaftliches Schreiben an den französischen Schwager (14. Dezember 1790) legte gegen die Beschwerde der in Elsaß und Lothringen begüterten Reichsstände und die Kränkung ihrer international abgesicherten Rechte ("contra pacificationes publicas") Verwahrung ein, strich die Rechtsvorbehalte des Westfälischen Friedens von 1648 und der nachfolgenden Reichsfriedensschlüsse hervor und begehrte schließlich die Befreiung der betroffe-

⁹⁵) Kollegialschreiben der Kfst und kfstl. Wahlbotschafter an Leopold II. (Frankfurt, 10. 10. 1790; RK RkgF 1/2). Speyer und Darmstadt hatten das Kurkollegium im August 1790 mit entsprechenden Eingaben befaßt: Hansen I, S. 734f. - Montmorin an Gabard (4. 12. 1790; AMAE CP Autriche 360). Kanzleimäßiger Auszug aus der ostensiblen Depesche (4. 12. 1790) für die Staatskanzlei: SA Frkr. Varia 42 Konv. Frkr. Varia 1790. Gabard an Montmorin (1., 5. 1. 1791; AMAE CP Autriche 361).

nen Reichsstände von den französischen Neuerungen. Die Unterwerfung einiger Reichsfürsten unter die französische Souveränität galt in der Argumentation von Kaiser und Reichsvizekanzler nichts, denn die französischen Zugewinne im Elsaß von 1648 umfaßten nur das, was Österreich damals besaß, und hier alleine war der französische König imperator in regno suo, ansonsten blieb die Landeshoheit den einzelnen Ständen, die Suprematie aber Kaiser und Reich weiterhin vorbehalten. Über diese Bindungen an das Reich stand selbst den Betroffenen kein unabhängiges Verfügungsrecht zu.

Damit hatte der Kaiser genau das getan, was das französische Außenministerium bei seinen eben in ein konkreteres Stadium tretenden Ausgleichsverhandlungen mit den gekränkten Reichsständen am allerwenigsten brauchen konnte: er stärkte in französischer Sicht den Verhandlungsunwilligen und den z.T. gehässigen, weil durch das Entschädigungsangebot jeder ernstzunehmenden Basis beraubten Reklamationen den Rücken und arbeitete so noch Berlin in die Hände, das die Elsaß-Frage angeblich zu einer Kompromittierung Österreichs mißbrauchen wollte. Nicht nur das französische Außenministerium reagierte betroffen, als Geschäftsträger Blumendorf das Schreiben des Kaisers Anfang Januar 1791 überreichte, und glaubte die Sache zwischen dem Drängen von Kaiser und Reich auf vollständige Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und der wilden Entschlossenheit Frankreichs, auf den einmal beschlossenen Reformen zu beharren, derart verfahren, daß man selbst einen europäischen Krieg um lächerliche Feudalrechte nicht mehr ausschließen konnte. Auch in der Pariser Öffentlichkeit erregte die kaiserliche Verwendung für die reichsständischen "Güterbesitzer" einiges Aufsehen. Für Blumendorf bestätigte sich dabei nur einmal mehr, daß die österreichfeindlichen Kreise in Frankreich keine Gelegenheit ausließen, die öffentliche Meinung zu manipulieren und gegen das Erzhaus aufzubringen. In einigen französischen Zeitungen waren sogar recht schiefe Übersetzungen des lateinischen kaiserlichen Schreibens zum Abdruck gekommen, die - so führte Blumendorf bei Außenminister Montmorin Beschwerde - dem Reichsoberhaupt einen recht gebieterischen Ton in den Mund legten⁹⁶).

Knapp drei Wochen nach Einlangen des kaiserlichen Schreibens antwortete der französische König (22. Januar 1791) seinem Schwager in Wien. Frankreich versuchte nun recht geschickt, so zu agieren, als ob die im Dezember 1790 konkret eingeleiteten Ausgleichsverhandlungen mit den betroffenen Reichsständen das kaiserliche Mahnschreiben überflüssig machten, und sprach in hintergründiger Naivität die Hoffnung aus, Leopold möge an geeigneter Stelle auf eine Annahme der von Frankreich in Aussicht gestellten großzügigen Entschädigungen drängen. Nicht der Rechtsweg versprach eine rasche und befriedigende Entflechtung der deutschen und französischen Interessen in der Bruchzone an der Grenze, sondern die Beurteilung nach Vernunft und Konvenienz. Gerade vom Kaiser als Freund erwartete man sich, nachdem er mit seinem Brief an Ludwig XVI. seinen Pflichten als Reichsoberhaupt genügt hatte, tatkräftige Mitwirkung an der Beruhigung einer brisanten Streitfrage. Denn gemeinsam mit den immer beunruhigendere Ausmaße annehmenden Aktivitäten der französischen Emigranten im Ausland und der latenten Angst vor einer durch Alteuropa geförderten Konterrevolution goß die Elsaß-Frage nur Öl ins Feuer und heizte die innenpolitische Stimmung in Frankreich weiter an. Nicht einmal die Tatsache, daß der Kaiser in der Sache bereits als Reichsoberhaupt tätig geworden war, konnte aber Frankreich dazu bewegen, mit Leopold auch in dieser Eigenschaft zu verhandeln. Wandte sich das französische Außenministerium an den Kaiser, so interessierte er einzig als Verbündeter und Erblandsfürst. Die Schwierigkeiten Frankreichs mit den im Elsaß bzw. in Lothringen begüterten Reichsständen galten als rein innenpolitische Probleme zwischen dem König und seinen Vasallen. Der Rechtsmeinung der Reichshofkanzlei und der meisten deutschen Staatsrechtler über die eng begrenzte Souveränität Frankreichs im Elsaß, wie sie Geschäftsträger Blumendorf in Paris zu verfechten hatte, hielt das französische Außenministerium nach außen den im Einvernehmen mit den Betroffenen erfolgten Übergang des dominium supremum an Frankreich entgegen, das den Reichsständen nur die mit der übergeordneten französischen Suprematie vereinbaren "landeshoheitlichen" Rechte beließ und im übrigen alle "rapports politiques et féodaux" mit dem Reich kappte. Von ei-

⁹⁶) Vortrag RVK (13. 12. 1790) mit dem Schreiben Leopolds II. an Ludwig XVI. (14. 12. 1790), RVK an Blumendorf (14. 12. 1790), RVK an Kurmainz, Kurtrier und Kurköln (22. 12. 1790), RVK an Kfst von Mainz (30. 12. 1790), Kfst von Mainz an RVK P.S. (30. 12. 1790), Kfst von Trier an RVK (31. 12. 1790); RK RkgF 1/2. Das O des ksrll. Anschreibens an Ludwig XVI. in AMAE CP Autriche 360, eine A in SA Frkr. HK 5 Konv. Leopold II.-Ludwig XVI. 1790-91. Blumendorf an Kaunitz (19., 27. 12. 1790, 21. u. 30. 1. 1791; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1790 X-XII bzw. 1791 I-VI), an Colloredo (27. 12. 1790, 20. u. 31. 1. 1791; RK RkgF 1/2), an Mercy (10. 1. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy 1790/91). RVK an Blumendorf (12., 26. 1. 1791; RK RkgF 1/2). - Max Franz an Leopold (22. 12. 1790), Leopold II. an Max Franz (31. 12. 1790); Lüdike, Kampf, S. 146f.

ner aufrechtgebliebenen Verbindung zwischen den Exklaven im Elsaß und dem Reichskörper - außer in der Person der Reichsfürsten selbst - wollte man nichts wissen; niemand konnte zwei Souveränen zugleich gehorchen, kein Vertrag eine Garantie zugunsten des Vasallen gegen seinen rechtmäßigen Herrn enthalten, ohne zum "monstre en politique" zu werden. In Frankreich jedenfalls zählten die betroffenen Reichsstände für den dem Reich längst "fremd" gewordenen Grundbesitz auf französischem Hoheitsgebiet nur mehr in ihrer Eigenschaft als französische Vasallen bzw. als gewöhnliche "propriétaires" und nicht als Glieder des Reichs. Noch Mitte April 1791 wollte Außenminister Montmorin das österreichische Gegenüber zu der Ansicht bekehren "que notre indépendance relative à l'Alsace et à la Lorraine est aussi plénière, aussi absolue qu'elle l'est relativement à la Champagne ou à la Normandie".

Dem französischen Geschäftsträger in Wien, Gabard, wurde ausdrücklich untersagt, sich mit der Reichshofkanzlei einzulassen, und so mußte er versuchen, das Antwortschreiben des Allerchristlichsten Königs bei der Staatskanzlei zu deponieren. Eine Anerkennung der Reichskanzlei als Ansprechpartner bedeutete zugleich das Eingeständnis, daß es sich tatsächlich um eine Reichssache handelte und letztlich auch der Reichstag zu einer Einmischung als "arbitre" oder "partie contractante" berechtigt war, obwohl Frankreich ihm weder nach dem Wortlaut des Westfälischen Friedens und schon gar nicht angesichts der Entschädigungsangebote der Nationalversammlung ein Interventionsrecht zubilligte. Auch die Beeinträchtigung jener Rechte einzelner Prälaten, Bischöfe und Metropolitane, deren Festschreibung im Frieden von Münster keinem Zweifel unterliegen konnte, wollte das französische Außenministerium herunterspielen, zum andern aber den finanziellen Schaden voll berücksichtigen. Ausländische Kirchenfürsten waren ja auch bisher für die französischen Teile ihrer Sprengel gewissen Beschränkungen unterworfen gewesen, mußten um ein "brevet de permission" des Königs einkommen oder aber einen landsässigen Stellvertreter beschäftigen, so argumentierte man nun entschuldigend und warb um Verständnis für das in anderen Ländern durchaus anerkannte Prinzip, daß Untertanen/Bürger ihr Recht nicht außerhalb des Landes suchen durften, womöglich bei einem Richter, der die französischen Gesetze gar nicht kannte. Nirgends aber findet sich der Urgrund der Differenzen zwischen Reich und Revolution von französischer Seite so pointiert zusammengefaßt wie in einer Weisung Außenminister Montmorins an den französischen Reichstagsgesandten in Regensburg vom März 1791: "Notre nouvelle constitution est incompatible avec le régime féodal."

Gabard hatte allerdings mit seiner unnachgiebigen Linie keinen Erfolg. Kaunitz und sein Vizekanzler Cobenzl - unter scharfer Beobachtung des eifersüchtigen Reichsvizekanzlers Colloredo und wiederholt mit ganz unberechtigten Vorwürfen der Reichsbehörde konfrontiert - lehnten es konsequent ab, sich in dieser Reichssache zu sehr zu exponieren, und der französische Geschäftsträger argwöhnte, daß es der Staatskanzlei durchaus in ihr Konzept, das Erzhaus aus weiteren außenpolitischen Verwicklungen herauszuhalten, paßte, wenn die lästige Elsaß-Frage der Reichsbehörde und damit dem Kaiser in seiner Qualität als Reichsoberhaupt zufiel; hier ließen sich mit den ungemütlichen Verpflichtungen eines Kaisers bequeme Ausflüchte finden, sobald Frankreich die freundschaftlich-allianzgemäße Verwendung des Verbündeten begehrte. Gabard konnte daher das französische Antwortschreiben nicht übergeben. Staatsvizekanzler Cobenzl nahm nur eine Kopie entgegen und verwies den Chargé d'affaires im übrigen an den Reichsvizekanzler; zu einer direkten Abgabe des Briefes beim Kaiser glaubte sich Gabard aber wegen seines niedrigen Ranges aus protokollarischen Gründen nicht berechtigt⁹⁷⁾.

So lange die Reichskanzlei als expedierende Behörde des kaiserlichen Schreibens vom 14. Dezember 1790 nicht eine entsprechende Reaktion des allerchristlichsten Königs in Händen hatte, galt der Brief Leopolds II. als unbeantwortet. Und, was viel wichtiger war: bis Frankreich nicht entweder durch eine re-

⁹⁷⁾ Montmorin an Gabard (24./25. 1. 1791) mit Ludwig XVI. an Leopold II. (22. 1. 1791): AMAE CP Autriche 361. Eine Abschrift des kgl. Antwortschreibens u.a. auch in SA Frkr. HK 5 Konv. Ludwig XVI.-Leopold II. RVK an Leykam (4. 2. 1791), Ph. Cobenzl an RVK (4. 2. 1791) mit "Substance d'une conférence avec le chargé d'affaires de France" (3. 2. 1791; K in SA Frkr. Varia 44) und einer "Communication verbale et confidentielle" des frz. Geschäftsträgers (Auszug aus der Depesche des französischen Außenministeriums vom 25. 1. 1791; auch in SA Frkr. NW 14 Konv. V. d. frz. Botschaft 1789-1798/von Gabard), RVK an Kaunitz (8. 2. 1791), Note Kaunitz' (9. 2. 1791), RVK an Kaunitz (10. 2. 1791); RK RkgF 1/2. Gabard an Montmorin (5., 9., 13. und 26. 2. 1791), Ph. Cobenzl an Gabard (12. 2. 1791), Montmorin an Gabard (10. 2. 1791): AMAE CP Autriche 361. Eine ausführliche Darlegung des französischen Rechtsstandpunktes zu den Souveränitätsverhältnissen im Elsaß findet sich bei Montmorin an Noailles (18. 4. 1791; AMAE CP Autriche 361) und in der Korrespondenz des frz. Außenministeriums mit dem frz. Residenten in Regensburg: Montmorin an Béranger (10. 2., 15. 3., 2. 4. 1791), Béranger an Montmorin (1. 3. 1791): AMAE CP Allemagne 663. Die Weisung vom 10. 2. 1791 gedr. bei Auerbach, S. 439-444.

stitutio in integrum den reichsfriedensschlußmäßigen Stand wiederherstellte - hier konnten sich die Franzosen sicher sein, daß die betroffenen Untertanen Widerstand leisten würden - oder aber durch einen Ländertausch die Betroffenen in der einzig akzeptablen Art und Weise entschädigte (eine "illegale" Anregung, die man natürlich nur inoffiziell lancierte), blieb die Elsaß-Frage eine Belastung nicht nur für die Beziehungen zwischen Paris und dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation, sondern auch für die ohnedies moribunde österreichisch-französische Allianz. Die "metaphysische Distinktion", die das französische Außenministerium zwischen dem Kaiser als Reichsoberhaupt und Leopold II. als König von Böhmen und Ungarn - und nur nach den bona officia des letzteren verlangte man - machen wollte, erregte in der Reichskanzlei belustigten Ärger. Frankreich wußte doch wohl, daß es sich um ein und dieselbe Person handelte? Ob aber einzelne Reichsfürsten für sich im Laufe der Dezennien seit 1648 die französische Oberhoheit anerkannt hatten - meist war dies ohnedies nur aus Angst vor den Konsequenzen einer Weigerung und unter Druck geschehen -, hielt die Reichsbehörde für rechtlich unerheblich. Damit mußte die um das französische dominium supremum über das gesamte Elsaß kreisende Argumentationsstrategie des Pariser Außenamtes Schiffbruch erleiden und der vor dem Hintergrund der dauernd bekundeten Bereitschaft zu gerechter Entschädigung ohnedies inkonsequent anmutende Wunsch, die "besondere Klasse" der reichsständischen Güterbesitzer im wesentlichen den französischen Leidensgenossen gleichzuhalten, in sich zerfallen. Den vertraglich abgesicherten Rechtstiteln der meisten Beschwerdeführer aus dem Reich hatte Frankreich einen bloß faktisch und mit zwielichtigen Mitteln herbeigeführten Zustand ohne juristisch ernstzunehmenden Rückhalt entgegensetzen. Anfang März 1791 gab Außenminister Montmorin schließlich - wenigstens was die Form der Übergabe des Antwortschreibens anlangte - nach. Gabard durfte - aus purer Gefälligkeit für Kaunitz, hieß es - dem Reichsvizekanzler in Wien ein neuausgefertigtes Schreiben Ludwigs XVI. einhändigen. Doch legte man Wert auf die Feststellung, daß dies nichts an dem bekannten Rechtsstandpunkt Frankreichs änderte: Kaiser und Reich waren in der Elsaß-Frage, einer reinen "Partikularangelegenheit", "sans qualité", also ohne Kompetenz, sich einzumischen; Explikationen mit der Reichskanzlei kamen daher auch weiterhin nicht in Frage. Dafür schenkte man der Anregung Fürst Colloredos, die Angelegenheit durch einen Ländertausch zu lösen, mehr Beachtung als erwartet. Einziger Pferdefuß: Frankreich verfügte nicht über die für ein solches Tauschgeschäft nötigen Territorien ... Österreich sollte sie zur Verfügung stellen!⁹⁸).

Am 19. März 1791 übergab der französische Geschäftsträger dem Reichsvizekanzler in Wien endlich das "verbesserte" Schreiben des Allerchristlichsten Königs. Inhaltlich hatte sich nichts Nennenswertes geändert. Frankreich fand lediglich für das Benehmen der betroffenen Reichsstände deutlichere Worte der Entrüstung; obwohl ihre Sache als französische Vasallen das Reich gar nicht betraf und Frankreich trotzdem großzügige Entschädigungen gewähren wollte, hatten einzelne Reichsfürsten die ganze Angelegenheit erst mutwillig aufgeköcht, anstatt den Weg des Ausgleichs zu beschreiten. Ein weiteres Mal wiederholte Ludwig XVI. seinen Wunsch, sein Schwager Leopold II. möge in Kenntnis der tatsächlichen Lage der Dinge die überzogenen Forderungen der "princes possessionnés" nicht weiter unterstützen und sie auffordern, die französischen Ausgleichsangebote anzunehmen. Einen Mittler zwischen sich und den betroffenen deutschen Güterbesitzern hielt man für der französischen Unabhängigkeit und Souveränität ganz entgegen: "chacun est maître chés soi". Die französischen Emigranten wie auch die Gegner des österreichisch-französischen Allianzsystems hatten sich bereits der Sache der gekränkten Reichsstände bemächtigt und durch gefälschte, in Paris großes Aufsehen erregende Druckwerke versucht, böses Blut zu machen und die Stimmung anzuheizen.

Nach längerer Denkpause schickte die Reichsbehörde das Schreiben des französischen Königs mit einem Vortrag des Reichsvizekanzlers und dem Entwurf eines Kommissionsdekrets für den Regensburger Reichstag Ende März 1791 dem Kaiser auf seine Italienreise nach. Auf eine neuerliche Zurückweisung wegen der Formalfehler (das Schreiben war gegen altes Herkommen trotz wiederholter Ermahnungen nicht in lateinischer Sprache abgefaßt worden, nicht einmal eine lateinische Übersetzung lag bei) verzichtete der Reichsvizekanzler zum Besten der Sache. Es war daher nur mehr eine Frage weniger Wochen, ehe das eintrat, was Frankreich immer hatte vermeiden wollen, viele Reichsstände aber seit langem herbeischnten: die Elsaß-Frage wurde endgültig Gegenstand der Reichstagsberatungen, einer weiteren Radikalisierung der Positionen stand auf beiden Seiten nur mehr wenig entgegen. Denn wenn auch die Reichs-

⁹⁸) RVK an Blumendorf (5., 16. 2., 5. 3. 1791), Blumendorf an RVK (18. 2., 6. 3. 1791); RK RkgF 1/2. Blumendorf an Kaunitz (9. 2., 21. 2., 7. u. 19. 3. 1791; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1791 I-VI).

kanzlei und besonders die Staatskanzlei stets zur Mäßigung riefen und den Kaiser konsequent davor warnten, sich für andere zu exponieren, so fehlte es doch nicht an einflußreichen "Hardlinern" wie dem über die Folgewirkungen der französischen Kirchenreform erbosten Kurfürsten von Mainz oder Kräften (speziell Preußen), die nach allgemeiner Meinung die Elsaß-Frage nur für eigene Ziele mißbrauchen und vor allem die französisch-österreichische Allianz womöglich gar durch einen Reichskrieg auflösen wollten. Daß das Reich den von Frankreich als einzig nützlich empfundenen Schritt setzte, also die Reichsstände - wie verfassungsmäßig nötig - zu direkten Ausgleichsverhandlungen mit Paris autorisierte, wurde demnach immer unwahrscheinlicher. Dafür spukte das Gespenst des Krieges durch die Überlegungen des französischen Außenministeriums ... ein Schreckensszenario, das ja auch den Kaiser beunruhigen mußte, denn wie sollte er sich im Kriegsfall, eingezwängt zwischen seinen Verpflichtungen als Reichsoberhaupt und jenen als französischer Verbündeter, verhalten?

Gegen alle Unwägbarkeiten der zu erwartenden Reichsdeliberation boten einzig die Zusicherungen der Wiener Behörden Anlaß zu Hoffnung: Selbst der Reichsvizekanzler, der hitzige Beschlüsse des Regensburger Reichstags angesichts der wenig befriedigenden französischen Erklärung ebensowenig ausschließen wollte wie ein Doppelspiel des Berliner Hofes, beruhigte den französischen Geschäftsträger mit dem Hinweis, daß gerade für die machtpolitisch schwachen Reichsstände der Weg von einer Entschließung zu ihrer konkreten Umsetzung stets besonders dornig war, sich von Österreich und Preußen angesichts der noch verwirrend gefährlichen internationalen Lage aber keine nachhaltige Unterstützung erwarten ließ. Auch Staatskanzler Kaunitz bestätigte dem Ende März 1791 nach seinem langen Heimaturlaub wieder in Wien eintreffenden Botschafter Marquis de Noailles, der Kaiser müsse zwar (auch mit Blick auf die Gefahr preußischer Intrigen, wie der Reichsvizekanzler ergänzte) seinen Pflichten als Reichsoberhaupt nachleben, denke aber darüberhinaus nicht daran, dem französischen Verbündeten Scherereien zu bereiten oder die Gemüter unnütz aufzuwühlen. Die Schwerfälligkeit und der lähmende Formalismus der Reichsberatungen sollten dabei Frankreich nach den ermunternden Prognosen der Österreicher zugute kommen⁹⁹).

3.3 Ausbruch aus der Sackgasse

Der Fluchtversuch der königlichen Familie

Die Flucht der königlichen Familie aus dem unruhigen Paris war seit langem in vielen konterrevolutionären Kombinationen eine ganz wesentliche, ja *die* Voraussetzung für ein Eingreifen von außen bzw. für die Entzündung eines Bürgerkrieges gewesen. Die Königin wurde nicht müde, in ihren Schreiben an den kaiserlichen Bruder in Wien die Lage als besonders drückend zu schildern; "elle est trop déchirante, elle doit affliger tout souverain de l'univers, à plus forte raison un bon parent comme vous" (Mai 1790). Dabei mahnte sie sich und andere im resignativen Ton einer Märtyrerin wohl unter dem starken Einfluß Mercys noch zur Geduld und zur Fortsetzung einer Politik der Konzessionen und des Nachgebens - "le temps et la patience sont les vrais remèdes à nos maux". Sicher sehr zum Gefallen Leopolds II., der zwar - so schrieb er der Schwester jedenfalls - großen Anteil an ihrer traurigen Situation nahm, aber doch noch lange Zeit vollauf mit der Aufarbeitung der josephinischen Altlasten nach innen wie nach außen beschäftigt war. Im November 1790 schien Marie-Antoinette eine Beruhigung der Lage in weiter Ferne;

⁹⁹) Montmorin an Gabard (4. 3. 1791) mit dem "neuen" Schreiben des frz. Königs (wieder datiert 22. 1. 1791); AMAE CP Autriche 361, SA Frkr. Varia 44 Konv. Montmorin-Gabard. Gabard an RVK und RVK an Gabard (19. 3. 1791), RVK an Kfst von Köln (20. 3. 1791), Vortrag RVK (30. 3. 1791) mit dem originalen "neuen" Antwortschreiben Ludwigs XVI. und dem Entwurf eines ksrfl. Kommissionsdekrets, RVK an Kfst von Mainz (31. 3. 1791), RVK an Blumendorf (23. 3., 6. 4. 1791), Blumendorf an RVK (21. 3., 29. 4. 1791); RK RkgF 1/2. Schlick an RVK (23. 3. 1791; Druck: Hansen 1, S. 791-794). Max Franz an Kfst von Mainz (1. 4. 1791) u. dessen Antwort (4. 4. 1791); Hansen 1, S. 800-802, 804. Blumendorf an Mercy (15. 1., 28. 3. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy), an Kaunitz (29. 3. 1791), RVK an Leykam (21. 3. 1791; RK Weisungen a.d. Principalscommission 13a). - "Note pour Monsieur de Noailles" (10. 3. 1791), Gabard an Montmorin (23. 3. 1791), Noailles an Montmorin (30. 3., 9., 13. 4. 1791); AMAE CP Autriche 361. "Avis réquisitoire des conseillers, ambassadeurs [...] assemblés en Diète" (Regensburg, Februar 1791 - Druck: SA Frkr. DS 9 und RK RkgF 1/2).

"les mots de liberté et de despotisme sont tellement gravés dans leurs têtes [der Franzosen], même sans les définir, qu'ils passent sans cesse de l'amour du premier à la terreur du second. Il s'agit de bien épier le moment où les têtes seront assez revenues pour les faire jouir enfin d'une juste et bonne liberté, telle que le Roi l'a toujours désiré lui-même pour le bonheur de son peuple, mais loin de la licence et de l'anarchie qui précipitaient le plus beau royaume dans tous les maux possibles".

Mercy schrieb der Königin im November und Dezember 1790 noch aus Den Haag in beschwichtigendem Ton vom allgemeinen Interesse, das man am Schicksal der königlichen Familie nehme, und von der Bewunderung für die wackere Haltung Marie-Antoinettes. Im übrigen vertrat er seine altbekannte Position des Zuwartens: die Emigranten müßten im Zaum gehalten werden, die schreckliche Situation in Frankreich könne auf Dauer nicht bestehen und würde ohnedies automatisch zum Zusammenbruch führen. "Les effets infaillibles des maux présents doivent agir sur l'opinion et préparer un avenir désirable. Il faut à cela le temps de la maturité. On ne peut la hâter, il suffit de ne point en arrêter les progrès."¹⁰⁰⁾

Vorstöße der Emigranten

Aber nicht nur im Inneren Frankreichs, auch von seiten der Emigranten, die man bislang stets umsonst zu größter Zurückhaltung gemahnt hatte, drohte nun mehr und mehr ernste Gefahr. Gerade nach der Beilegung der österreichisch-preußischen Krise des Sommers 1790 und angesichts der bevorstehenden Wiedereingliederung der belgischen Provinzen in den habsburgischen Herrschaftsbereich schienen sich dem Turiner Emigrantenkomitee neue Chancen bei seinen lebhaften Versuchen, die Passivität des Kaisers und Schwagers der Königin aufzubrechen, aufzutun. Auch war dies die Zeit, da Preußen als erste Großmacht den Gedanken einer Polizeiaktion gegen Frankreich auf den Verhandlungstisch gebracht hatte.

Gerade die weiche Art, mit der Leopold II. während der Frankfurter Krönungsreise den ihn umschwirrenden Vertretern der Emigranten begegnet war, konnte schließlich nicht ohne Auswirkungen bleiben. Möglicherweise nur vage Andeutungen über die Möglichkeit großzügiger finanzieller Unterstützung durch Wien, die der Kaiser schon gegenüber Bombelles im August 1790 und dann wieder im Verkehr mit Castelnau und Flachslanden in Frankfurt im Oktober 1790 gemacht haben mochte, provozierten schon bald den nächsten Schlag der Turiner Gruppe. Ende Oktober 1790 behelligte Artois - durch die "Erfolgsmeldungen" seiner Agenten beim Kaiser zu optimistisch gestimmt - Leopold aufs neue und pries sich dabei als den angesichts der Gefangenschaft der königlichen Familie einzig natürlichen Rettungsanker der gutgesinnten Franzosen, der "François infortunés par leur fidélité", an. In Turin sammelte sich also das wahre Frankreich, denn Ludwig XVI. ließ allmählich Zweifel an seiner standhaften Gesinnung aufkommen und günstige Gelegenheiten, das Ruder herumzureißen, offensichtlich bewußt verstreichen. Exzessive Nachgiebigkeit gegenüber dem revolutionären Prozeß nährte nach Einschätzung der Emigranten den Verdacht, der König habe sich mit seiner tristen Lage bereits abgefunden. Täglich wuchs nach den Schilderungen Artois' die Zahl der Emigranten, die sich ihm anschlossen; die "Untaten" der Nationalversammlung sorgten für anhaltenden Zulauf der Turiner Exulanten und verstärkten auch den Mißmut der französischen Provinzen, auf die die Politik der Emigranten bekanntlich so große Hoffnungen setzte. Wie schwierig es war, die Revanchege Gedanken zu zügeln und seine Anhänger noch weiter zurückzuhalten, ohne sie zu verärgern, wollte Artois dem Kaiser keinesfalls verbergen und ihn so in nicht ungeschickter Weise bewegen, mit seinen Ratschlägen die störende Passivität der königlichen Familie aufzuweichen und einer ungeordneten Explosion der Unzufriedenheit durch eine eigene Befreiungsaktion zuvorzukommen.

Auch institutionell verstärkte sich der Druck der Emigranten auf Wien. Statt des ungeschickten Baron de Castelnau trat seit November 1790 wieder Baron d'Escars in Wien in Erscheinung, wo er als Sprachrohr Flachslandens agierte. Da dieser bekanntlich auch den Anspruch erhob, in der Nachfolge Fontbrunes die

¹⁰⁰⁾ Marie-Antoinette an Leopold II. (1. 5. 1790; SA Frkr. HK 6 Konv. Marie-Antoinette-Leopold II.; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 122f) und die Antwort Leopolds II. vom 17. 5. 1790 (FA FK A 26; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 125f). Weiters Marie-Antoinette an Leopold II. (29. 5. 1790; FA FK A 26; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 126f), dto. (17. 8., 3. 10. 1790), dto. (7. 11. 1790; FA FK A 26; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 139-141). Mercy an Marie-Antoinette ([] 11. 1790 u. 16. 12. 1790; FA SB 71 d.B/B; Druck: Feuillet 1, S. 373f u. 377-380), Sorel 2, S. 135-143, 178-189, 219-230, Max Lenz, Marie-Antoinette im Kampf mit der Revolution. In: Preußische Jahrbücher 78 (1894) 1-28, 255-311.

Interessen der königlichen Familie im Ausland zu vertreten, also gewissermaßen die Anliegen der Turiner Emigranten wie der Tuilerien zu bündeln, gewann d'Escars bis zur Klärung der verwirrenden Verhältnisse durch die Königin im Dezember 1790 einen gewissen Sonderstatus, und auch die Haltung Wiens gegenüber den Emigranten lockerte sich etwas auf.

Bereits in Frankfurt hatte Flachslanden den Kaiser im Oktober 1790 zu überzeugen versucht, daß längeres, durch die Angst um die Sicherheit der königlichen Familie in Paris motiviertes Zuwarten nicht nur die Sicherheit der europäischen Throne, sondern schlichtweg das politische Überleben der Tuilerien gefährdete und besonders die Königin den gräßlichsten Risiken wie Ehescheidung oder Verstoßung aussetzte. Neben der Bildung einer antirevolutionären Mächtekoalition, der die völkerrechtliche Frage der im Elsaß begüterten deutschen Reichsstände einen guten Anhaltspunkt für eine allfällige Intervention bot, tat sich nach Einschätzung Flachslandens gerade im Herbst 1790, als k.k. Truppen endlich zur Befriedung der Österreichischen Niederlande anmarschierten, eine weitere verlockende Variante auf: Hatten diese erst einmal ihre Aufgabe, im eigenen Hause reinen Tisch zu machen, erfüllt, konnten sie sich dem Unruheherd Frankreich in der unmittelbaren Nachbarschaft zuwenden. Dies schien auch nach den Behauptungen der Emigranten die Basis für Fluchtpläne der allmählich wieder zu mehr Aktivität bekehrten königlichen Familie zu sein. Sobald die k.k. Truppen in der Lage waren, ihren "Rückzug" aus Paris zu decken, wollte sie aus der Gefangenschaft ausbrechen.

François Baron de Roll (1743-1797), der Vertrauensmann Artois' am preußischen Königshof, machte sich zu dieser Zeit auf den Rückweg nach Turin. Auch hier waren die Aussichten nicht eben rosig. Daß Berlin zwar einer Intervention gegen Frankreich prinzipiell nicht abgeneigt war, hatte sich schon im September/Oktober 1790 bei den preußisch-österreichischen Sondierungsgesprächen in Breslau und Frankfurt gezeigt (vgl. oben). Beachtliche territoriale Kompensationen auf Kosten Frankreichs waren damals als Preis für ein preußisches Eingreifen in Diskussion gestanden, und auch die Bedingungen für tätige preußische Hilfe, die Friedrich Wilhelm II. jetzt über Roll nach Turin gelangen ließ, machten rasches preußisches Einschreiten wenig wahrscheinlich. Berlin wollte einen schriftlichen Beweis, daß Ludwig XVI. eine Intervention des Auslandes auch wirklich wünschte, und v.a. ... der Kaiser mußte sich an die Spitze dieser Rettungsaktion setzen¹⁰¹).

An entsprechenden Einflüssen auf Leopold fehlte es nicht. Während der normale diplomatische Verkehr zwischen Kaiser und Allerchristlichstem König auf Geschäftsträgerebene abgesunken war, tauschten Wien und Paris gegen Jahresende 1790 Sondergesandtschaften aus, durch deren Kanal man auch den schon Ende Februar 1790 von Florenz aus aufgenommenen vertraulichen Briefkontakt zwischen Leopold II. und Marie-Antoinette ergänzen konnte. Den Vorwand dafür boten die üblichen Notifikationen und Komplimentierungen aus Anlaß von Wahl und Krönung Leopolds II. zum Kaiser im Oktober 1790. Da man dazu aber wechselseitig nicht "Berufsdiplomaten", sondern Höflinge einsetzte, war der praktische Nutzen gering, die Verwirrung überwog.

Der Kaiser entsandte von Frankfurt aus einen seiner besonderen Günstlinge, den kaiserlichen Kämmerer Fürst Karl von Liechtenstein, zur Notifizierung von Wahl und Krönung nach Paris. Liechtenstein traf Mitte Oktober 1790 in Paris ein und fand während seines sich merklich hinausziehenden Aufenthalts von fast einem Monat neben seinen zeremoniellen Verpflichtungen auch Zeit für ein kurzes vertrauliches Gespräch mit der Königin, die er nervlich sehr belastet fand, aber auch für Beobachtungen der französischen Lage, über die er in einem längeren Rapport ausführlich Bericht legte.

Mercy und nach ihm Blumendorf waren bei allen kritischen Zwischentönen um einigermaßen sachliche Berichterstattung bemüht gewesen. Fürst Liechtenstein zeigte sich dagegen als fast fanatischer Gegner des revolutionären Prozesses und gab phantastischen Gerüchten und angeblichen Mord- und Ehescheidungsplänen gegen die Königin in seinem Bericht breiten Raum. Kein Wunder, wenn man die Quelle in Rechnung stellt, aus der er nach eigenem Eingeständnis schöpfte. Es war niemand anders als Abbé Maury, der Wortführer der royalistischen "Noirs" in der Nationalversammlung, der auch mit Gegenprojekten zur Rettung der königlichen Familie vor weiterer Erniedrigung, ja vor einem nicht auszuschließenden Kö-

¹⁰¹) Artois an Leopold II. (Pavia, 30. 10. 1790; SA Frkr. HK 4 Konv. Artois-Leopold II.). - Flachslanden an Leopold II. (1. u. 7. 10., 5. 11. 1790; SA Frkr. Varia 42 Konv. Flachslanden-Leopold II.). - D'Escars an Leopold II. (13., 18., 23. 11., 6. 12. 1790), Note (21. 11. 1790); SA Frkr. Varia 42 Konv. d'Escars-Leopold II. Die intensiven Kontakte zwischen Leopold und d'Escars werden durch die Memoiren des letzteren (Bd. 2) vollauf bestätigt. D'Escars und Flachslanden wurden allerdings von den Tuilerien nicht anerkannt.

nigsmord durch harsches Einschreiten des Kaisers aufwartete. Fürst Liechtenstein hielt die Pläne, die ihm von Maury und Offizieren der aufgelösten Gardes du Corps vorgetragen wurden, für durchaus brauchbar und stellte den allenfalls in Frankreich - einem wirtschaftlich bereits weitgehend ruinierten Land - einmarschierenden k.k. Truppen ein günstiges Horoskop. V.a. in der Provinz ließe sich Unterstützung gegen die "Spitzbübereien" der Pariser Nationalversammlung erwarten, im Elsaß und in Lothringen habe man Liechtenstein sogar gesagt: "Faites que votre Empereur vienne, et nous le recevrons à bras ouverts!" Eine Intervention, die durchaus, so sah es Liechtenstein, auch im Interesse der übrigen Staaten Europas liegen mußte. Die Demokraten waren nämlich nicht nur bei ihren Aktivitäten in der Nationalversammlung den Aristokraten durch ihre vorbereitende Arbeit im Jakobinerklub überlegen, sondern trachteten auch, wie er nach einem Besuch des "extremistischen" Cercle Social von Abbé Claude Fauchet (1744-1793) feststellen mußte, durch die Entsendung von Emissären andere Nationen und speziell deren Truppen zum Aufbruch zu bewegen und insbesondere in Ungarn und den (damals noch nicht unterworfenen) Österreichischen Niederlanden zu agitieren. Bei seiner Rückkehr Ende November 1790 konnte Liechtenstein dem Kaiser - dieser traf am 20. November 1790 von der ungarischen Königskrönung aus Preßburg wieder in Wien ein - auch eine Menge mitgebrachter Privatbriefe übergeben, die allesamt von Exponenten des ultraroyalistischen Lagers stammten¹⁰²).

Wien kapitulierte indes auch angesichts solcher Einflüsterungen keineswegs vor den laufenden Anstürmen der Emigranten, die nun auch zunehmend Schützenhilfe von Seiten des Turiner Gastgebers, Viktor Amadeus III. von Sardinien, und seines Botschafters in Wien, Marquis de Brême, erhielten. In Frankfurt hatte sich Leopold noch - sicher verführt durch die preußischen Anregungen - gerade gegenüber de Brême sehr weit exponiert und Anregungen ausgesprochen, die Viktor Amadeus von Sardinien als wichtigster Gastgeber der Emigranten natürlich sofort begierig aufgriff. Er betrachte, hatte Leopold dem sardinischen Diplomaten damals erklärt, das französische "bouleversement" als Sache aller Monarchen ("la cause de tous les rois") und sei entschlossen, mit bewaffneter Macht in Frankreich einzugreifen, sobald die königliche Familie außerhalb der Hauptstadt in Sicherheit wäre. Wicder unter der Fuchtel der Staatskanzlei in Wien nahm der Kaiser seine interventionistische Haltung deutlich zurück und wehrte ab, obwohl er seine ernste Sorge vor den angeblichen "effets contagieux de la Révolution française" weiterhin unterstrich und die Bemühungen um eine Abstellung der Unordnung nicht aufgeben wollte. Dazu mußte aber die Lage im Inneren Frankreichs noch reifen und die internationale Lage sich so aufklären, daß die Nachbarmächte ohne größere Bedenken mitwirken konnten. Er interessierte sich zwar als Bruder und Souverän für die Vorgänge in Frankreich, eben aus zärtlicher Zuneigung für die königliche Familie dürfe er freilich keinen Handlungen zustimmen oder gar die Hände bieten, die deren Position noch verschlechterten und besonders die Königin gefährdeten¹⁰³).

Immerhin kam man aber in der Korrespondenz mit Artois im Dezember 1790 so weit, daß man schon konkrete Bedingungen für ein etwaiges Eingreifen in Frankreich nannte (die natürlich allesamt in den unausgesehenen Plänen des "comité de Turin" noch nicht erfüllt waren); wenigstens bekundete man prinzi-

¹⁰²) Ph. Cobenzl an Blumendorf (Frankfurt, 9. 10. 1790; SA Frkr. Weisungen 175 Konv. Kaunitz-Blumendorf 1790 IX-XII), Leopold II. an Ludwig XVI. (Frankfurt, 10. 10. 1790; SA Frkr. HK 5 Konv. Leopold II.-Ludwig XVI., O in AMAE CP Autriche 360); Blumendorf an Mercy (15. 10. 1790; SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy 1790/91), an Kaunitz (21. 10., 5. 11. 1790), Marie-Antoinette an Leopold II. (7. 11. 1790). Der Bericht Liechtensteins (30. 11. 1790; SA Frkr. Berichte 178) ist auszugsweise bei Armeth, Marie-Antoinette, S. 139f Anm., und in französischer Übersetzung mit einem dem Rapport beiliegenden "Mémoire" von Comte de Pimodan, Rapports du prince Karl de Lichtenstein, envoyé à Paris pour notifier à la cour de France l'avènement de Léopold II au trône impérial. In: RQH N.S. 45 (1911) 152-158 veröffentlicht worden. Die Aussagen Liechtensteins zur kritischen Lage der Königin in Paris dürften den Kaiser ziemlich beeindruckt, ihn aber jedenfalls sehr "pensif" gemacht haben: KA NL Zinzendorf TB 35 (25. 11. 1790).

¹⁰³) Viktor Amadeus an Leopold II. (8. 11. 1790) u. Leopold II. an Viktor Amadeus (12. 12. 1790); SA Sardinien Hofkorrespondenz 35 Konv. Sard. Hof an ksrll. Hof 1790 bzw. Konv. Leopold II. an sard. Hof. - Der ehem. Secrétaire des commandements der Königin, Augeard, hat in seinen Mémoires eine ausführlichere Schilderung seines Zusammentreffens mit dem Kaiser in Frankfurt hinterlassen, die sich sehr gut in das schwankende Bild der leopoldinischen Frankreichpolitik. Einerseits war auch Leopold II. überzeugt, daß eine Einmischung in franz. Interna keiner ausländischen Macht zustand ("Quant à la Révolution française, il m'est assez difficile de m'en mêler: il n'est aucun souverain dans l'univers qui ait le droit de demander compte à une nation d'une constitution qu'elle se donne. Si elle est bonne, tant mieux pour elle, si elle est mauvaise, ses voisins en profiteront"), andererseits forderte er - von der Staatskanzlei unbeaufsichtigt - die Tuileries offensichtlich zur schleunigen Flucht auf. Erfolgte oder glückte diese weder erwarten nicht, so schien ihm - wie Augeard berichtet - eine Kriegserklärung der Nationalversammlung der einzig brauchbare Prätext, um doch intervenieren zu können: Augeard, Mémoires, S. 238-244.

piell großes Interesse an einer Lösung der "französischen Frage", sobald sich die internationale Österreicher wieder aufgehellt haben würde. Auch Staatskanzler Kaunitz fand sich bemüht, trotz der Zurückweisung der Anwürfe Artois' und seines Kreises "in allgemeinen Ausdrücken Vertrauen und guten Willen" zu demonstrieren. Alle Kalkulationen mußten dem Primat der Sorge um die Sicherheit der königlichen Familie und der Maximierung der Erfolgchancen untergeordnet werden. So dachte der Kaiser bei allem Mitgefühl für die ungemütliche Lage seiner Schwester nicht daran, als erster Souverän offen gegen die Revolution in Frankreich Stellung zu beziehen und durch sein Beispiel das übrige Europa mitzureißen. Die Initiative lag bei Ludwig XVI. Wollte der Allerchristlichste König ausländische Hilfe, so mußte er zunächst Paris verlassen (nach dem Informationsstand der Emigranten war dies für März 1791 geplant), die revolutionäre Entwicklung in Frankreich so feierlich desavouieren, wie er sich zuvor an ihre Spitze gesetzt hatte, die Hilfe der europäischen Höfe förmlich anrufen ("pour être rétabli dans tous ses droits"), sie über die mögliche Unterstützung aus dem Inneren Frankreichs informieren und mit alledem die Bildung eines Mächtekonzerts ermöglichen. Eine besondere Rolle war dabei in den Augen Wiens notwendigerweise dem spanischen Königshaus als Nebenzweig des Hauses Bourbon und Verwahrer der königlichen Protestation vom Oktober 1789 zugemessen. Dem österreichischen Gesandten in Turin, Gherardini, wurde im Januar 1791 zur österreichischen Emigrantenpolitik präzisiert,

"daß man diesseits zwar in vague Bereitwilligkeitsversicherungen eingegangen ist, solche aber mit so beschaffenen Klauseln und Voraussetzungen verbunden hat, daß der hiesige Hof sich keineswegs zu Dingen, die ihn compromittiren könnten, anheischig gemacht, sondern vielmehr die vollkommene Freyheit vorbehalten hat, nach Maaßgab der eintretenden Fälle die Parthie, so mit seinen Umständen und Interessen übereinstimmen wird, zu ergreifen." So war es sicher auch leise Kritik an den oft unbedachten Äußerungen des Kaisers in persönlichen Gesprächen, wenn Kaunitz all dem bald noch als generelle Richtlinie hinzusetzte: "Gleichwie dann überhaupt bey dieser französischen Revolutionsgeschichte und der äußersten Häcklichkeit der allerseitigen Verhältnisse es immer mehr rathlich scheint, in öffentlichen Äußerungen hierüber sich verschlossen zu halten."¹⁰⁴⁾

Als Reaktion auf die Gesandtschaft Lichtenstein vom Oktober 1790 entsandte Ludwig XVI. im Dezember 1790 den Kammerherrn Amédée-Bretagne-Malo Marquis de Duras (1771-1838) nach Wien. Von der Königin erhielt der Sonderbeauftragte einen von Blumendorf chiffrierten Brief an Leopold II. anvertraut, in dem Marie-Antoinette in deutlicher Abgrenzung von den Emigranten eindringlichst vor "falschen", nicht autorisierten Emissären der königlichen Familie warnte - dazu zählte sie nun auch ganz besonders Abbé de Fontbrune. Nur wer mit einem "Beglaubigungsschreiben" Botschafter Mercys oder einem chiffrierten Stück aus den Tuileries selbst ausgestattet war, durfte den Anspruch erheben, die königliche Familie und ihre Interessen wirklich zu vertreten. Auch über die Fluchtpläne und die Haltung gegenüber den Emigranten erfuhr man nun Näheres. Eine Flucht war zwar wünschenswert, aber nach Meinung der Königin zur Zeit nicht möglich. Dies bedeutete, daß die Emigranten auch weiterhin mit allen Mitteln von unbedachten Schritten abgehalten werden mußten. Zu diesem Zwecke hatte Ludwig XVI. noch im Dezember 1790 wieder einmal an den König von Sardinien und an Artois geschrieben, um die Prinzen und ihren Anhang bei sonstigem förmlichem Desaveu zu zügeln.

Duras traf am 29. Dezember 1790 in Wien ein, konnte aber wegen einer Erkrankung des Kaisers an der "petite vérole volante" erst am 6. Januar 1791 vorgelassen werden und reiste wenig später wieder ab. Die Antwort Leopolds, die Marquis de Duras abgesehen von einem sehr allgemein gehaltenen Schreiben mündlich zu überbringen hatte, fiel nun aber derart mysteriös und mißverständlich aus, daß man einige Zeit benötigte, um die Verwirrung aufzuklären. Die Königin war v. a. erstaunt über die eigenartige Aufforderung des Kaisers, Paris doch endlich zu verlassen, und mußte Mercy und über Blumendorf in Wien

¹⁰⁴⁾ Artois an Leopold II. (Turin, 3. 12. 1790; SA Frkr. HK 4 Konv. Artois-Leopold II.), Leopold II. an Artois (7. u. 25. 12. 1790; SA Frkr. HK 5 Konv. Leopold II.-Artois). Dazu jeweils die begleitenden Vorträge der Staatskanzlei (7. [8.] 12. u. 20. 12. 1790; StK Vorträge 147 Konv. 1790 X-XII) und "Précis de l'essentiel de ce que pourroit répondre S.M. l'Empereur à Monsieur le comte d'Artois" (Jca. 20. 12. 1790; SA Frkr. Varia 42 Konv. Frkr. Varia 1790). Kaunitz an Gherardini (3. 1. u. 3. 2. 1791; SA Sardinien Weisungen 33 Konv. Weisungen 1791). - Flachslanden unterstützte das Drängen der Emigranten und wollte Leopold bestimmen, wenigstens die Königin von der dringenden Notwendigkeit einer baldigen Flucht zu überzeugen. Lafayette arbeitete angeblich gegen die Flucht, Barnave und die "Factieux" seines Kreises aber sogar an der Errichtung einer Republik; an Leopold II. (28. 11., 13. 12. 1790; SA Frkr. Varia 42 Konv. Flachslanden-Leopold II.). - D'Escars an Leopold II. (10., 17., 25., 27. 12. 1790; SA Frkr. Varia 42 Konv. D'Escars-Leopold II.).

direkt um Nachforschungen bzw. um Richtigstellung ersuchen. Sofort witterte sie Intrigen der Emigranten, die die königliche Familie aus rein egoistischen Gründen zu einer übereilten Flucht treiben wollten¹⁰⁵).

Auch vom König von Sardinien erfuhr man in Wien in den letzten Dezembertagen 1790, daß Ludwig XVI. Anfang Dezember 1790 wieder nach Turin geschrieben und zur Unterlassung unüberlegter Aktionen (konkret gegen Lyon) gemahnt hatte, die die Sicherheit der königlichen Familie gefährdeten und Frankreich mit Bürgerkrieg bedrohten. Nicht nur gegenüber dem französischen König, auch gegenüber dem Wiener Hof verteidigte Viktor Amadeus III. seinen Schwiegersohn Artois und dessen aufrichtiges Bemühen um eine Rettung der französischen Monarchie. Das Mahnschreiben Ludwigs XVI. bestätigte ihn nur in seiner Meinung, daß der Allerchristlichste König in Wahrheit unfrei war und sich der Diktatur seines Ministeriums und damit des Marquis de Lafayette endgültig ergeben hatte. Die Emigranten reagierten allenthalben zutiefst frustriert und entsetzt. Die Flucht schien nun definitiv auf die schöne Jahreszeit verschoben; eine gefährliche und irreversible Diktatur Lafayettes drohte.

Für den Kaiserhof freilich war der Wille der Königin allein ausschlaggebend, und Leopold schwenkte nun - zunehmend verärgert über die nimmermüde Aufdringlichkeit der Emigranten - sehr zur Freude der Staatskanzlei zurück auf die Linie totaler Zurückhaltung. Artois mußte gemäß dem authentischen Wunsch Marie-Antoinettes klargemacht werden, daß sich Wien nun mit ihm in keine Verhandlungen einlassen wollte ("pour lui ôter tout espoir de traiter ultérieurement avec lui sur les affaires de France"). Die lästige und - weil leicht mißbräuchlich verwendbar - auch schädliche Korrespondenz mit dem turbulenten Emigrantenführer (Kaunitz bezeichnete ihn reichlich respektlos als "étourdi") war auf ein unpolitisches Maß zurückzuführen und Artois zu bedeuten, daß Leopold die Politik seiner Schwester approbierte und sich daher ebenfalls jedes "überschnellte" Tätigwerden der Emigranten strikt verbat (Januar 1791)¹⁰⁶.

Seit Jahresende 1790 hatte sich aber doch auch die schicksalsergebene Ruhe der Königin auszudünnen begonnen; ihr "dégout" gegen Frankreich und die Franzosen aller Klassen und politischen Gruppierungen brach durch. Im Januar 1791 kündigte sie - welch Omen - eine erste Sendung von Wertgegenständen nach Brüssel an, warf zugleich die Frage nach einer möglichen Unterstützung durch die in den Österreichischen Niederlanden zahlreich stationierten k.k. Truppen auf und sprach von Hilfe seitens des spanischen und sardinischen Königs sowie der Schweizer Kantone.

In der Praxis erschien so manchem das Fluchtvorhaben äußerst riskant oder gar undurchführbar. Es schuf eben jene klaren Fronten, die viele lieber vermieden sehen wollten, um nicht ihrerseits zu einer eindeutigen Position verhalten zu werden. Daß von Leopolds anfänglicher Anerkennung für die verfassungsmäßige Beschränkung des französischen Königs durch die Generalstände nichts mehr übriggeblieben war, lag freilich auf der Hand. Seinem Bruder Max Franz von Köln schrieb er im Januar 1791, dessen antifranzösische Stimmung unterstützend und Wohlwollen für die Anliegen der gekränkten Reichsfürsten signalisierend: "Pour ce qui regarde les affaires de France, vous avez bien raison: la démence, le désordre et l'injustice en est inconcevable. Je suis persuadé que cela ne pourra durer." Aber es blieb dabei: Ohne ein Zusammenwirken der größeren europäischen Mächte und ehe nicht die königliche Familie der Pariser Gefangenschaft entkommen war, kam ein Einschreiten nicht in Frage, mußte man eine vorsichtige Sprache führen.

¹⁰⁵) Blumendorf an Kaunitz (17. 12. 1790; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1790 X-XII), der Bericht vom 19. 12. 1790 mit dem als P.S. getarnten Brief der Königin vom gleichen Datum (Druck: Arneht, Marie-Antoinette, S. 143). Das ostensible Schreiben der Königin (19. 12. 1790; FA FK A 26; Druck: Arneht, Marie-Antoinette, S. 142). Leopold II. an Marie-Antoinette (12. 1. 1791; FA FK A 26; Druck: Arneht, Marie-Antoinette, S. 145f), Marie-Antoinette an Mercy (20. 1. 1791; ehemals FA SB 71 d. A [fehlt]; Druck: Rocheterie/Beaucourt 2, S. 211-213) und die Antwort Mercys über Blumendorf vom 8. 2. 1791 (FA SB 71 d. B/A) sowie Mercy an Blumendorf (1. 3. 1791). - Montmorin an Gabard (20. 12. 1790), Gabard an Montmorin (29. 12. 1790, 1. u. 8. 1. 1791), Duras an Montmorin (1. u. 8. 1. 1791); AMAE CP Autriche 360 bzw. 361.

¹⁰⁶) Ludwig XVI. an Viktor Amadeus (7. 12. 1790) u. dessen Antwort (17. 12. 1790), in Wien mitgeteilt durch Marquis de Brème (Brème an Leopold II., 31. 12. 1790; SA Sardinien HK 35 o.K.); SA Frkr. Varia 42 Konv. Frkr. Varia 1790. - Leopold II. an Kaunitz (3. 1. 1791; StK Vorträge 148 Konv. 1791 I; Druck: Beer, Joseph, S. 380), Kaunitz an Leopold II. (4. 1. 1791; StK Vorträge 148 Konv. 1791 I). Leopold II. an Artois (8. [9.] 1. 1791; SA Frkr. IIK 5 Konv. Leopold II.-Artois; Druck: Feuillet 1, S. 395). Bombelles, Journal 3, S. 167f, gibt die Briefe des Kaisers an Artois vom 25. 12. 1790 u. 9. 1. 1791 wieder. - Flachsländen an Leopold II. (25. 12. 1790; SA Frkr. Varia 42 Konv. Flachsländen-Leopold II.). - D'Escars an Leopold II. (3. 1. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. D'Escars-Leopold II.).

Botschafter Mercy zog im Januar 1791 in einem Schreiben an Comte de Lamarck eher die Verlegung der zweiten Nationalversammlung aus Paris in Erwägung, ein Schritt, der den König gleichfalls aus seiner "Gefangenschaft" befreien würde, und dies ganz im Gegensatz zu einer tatsächlichen Flucht "sans secousse". Also eine "innerfranzösische Lösung" im Sinne des großen Plans des Comte de Mirabeau. Aber der perniziöse Einfluß der Emigration, die er spitz als "folies du dehors" bezeichnete, auf die wankelmütigen Entschließungen der königlichen Familie in Paris schien dem Botschafter keineswegs völlig gebannt. Für die Flucht der königlichen Familie in eine grenznahe Festungsstadt - möglicherweise nach Valenciennes - hatte der Botschafter in Brüssel durch Mitteilungen Blumendorfs bereits gegen Ende Januar 1791 vielerlei Indizien, ohne daß sich noch die Königin wirklich deutlich dazu geäußert hätte. Allzu blindem Vertrauen auf die Hilfe des Kaisers suchte man durch Darstellung der schwierigen und unruhigen Lage in den Österreichischen Niederlanden vorzubeugen, um sie als "lieu de retraite" möglichst wenig schmackhaft zu machen, und war ansonsten lange Zeit überzeugt, daß, sollte eine Flucht trotz allem unabdingbar nötig werden, diese besser Richtung Reichsgrenze oder gegen die Schweiz, also gegen Straßburg oder Lyon, erfolgen müsse, damit man nicht im belgischen Raum zwischen zwei Feuer geriet und andererseits das unruhige Elsaß - nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Frage der gekränkten Reichsstände - gemeinsam mit der Bretagne als Ausgangsbasis für einen ausgreifenden Bürgerkrieg (für Mercy die einzig wahre Chance des Königtums) nutzen konnte. Auch die Staatskanzlei empfahl der Königin über Blumendorf dringend (Januar 1791), nach Möglichkeit "die Ergreifung einer entscheidenden Parthey auf spätere Zeiten aufzuschieben, um einerseits dazu die günstigste Gelegenheit auszusehen, andererseits aber jene übrigen Höfe, deren Beystand oder Wiedersetzung auf den Erfolg einfließen würde, nach und nach dahin zu stimmen, daß seinerzeit die etwaige Zustandebringung eines dießfälligen Concerts möglich würde, indem sich ein glücklicher Ausschlag nur entweder von einer äußerst vortheilhaften Wendung der inneren französischen Umstände oder von einem solchen fremden Concert, am besten aber von einer Vereinigung beyder Voraussetzungen hoffen ließe"¹⁰⁷).

Die bislang massivste Offensive der Emigranten stand dabei erst bevor. Der ehemalige Generalkontrollor der Finanzen, Calonne, hatte seit seiner Ankunft in Turin frischen Wind in die Segel des bis dahin eher orientierungslos treibenden Schlachtschiffs Artois gebracht. Schon aus seinem langjährigen englischen Exil versuchte Calonne wiederholt, für die Emigranten um den Bruder des Königs zu wirken und etwa Premier Pitt in ihrem Sinne zu bearbeiten. Im Oktober 1790 kurz vor der Abreise nach Turin erschien sein aufsehenerregendes Werk *De l'état de la France présent et à venir* - eine radikale Abrechnung mit der seiner Meinung katastrophalen Politik der Constituante, die ihn bei den bis dahin immer noch mißtrauischen Emigranten gut einführte. Ende Oktober 1790 traf er auf seiner Reise nach Süden - die Tuilerien hatten vergeblich versucht, ihn vom Anschluß an die Emigranten um Artois abzuhalten - in Mannheim zufällig mit dem von der Frankfurter Königsreise kommenden Abbé de Fontbrune zusammen und setzte gemeinsam mit diesem die Fahrt nach Turin fort, wo man im November 1790 einlangte. Diese Reise Seite an Seite mit jenem Mann, dem die Königin schon seit den Zeiten, als Calonne Generalkontrollor der Finanzen gewesen war (vgl. oben), unerschütterlichen Haß widmete, mochte ausgereicht haben, um auch Fontbrune fortan unverwendbar erscheinen zu lassen¹⁰⁸).

¹⁰⁷) Leopold II. an Max Franz (13. 1. 1791; FA SB 26 Konv. Max Franz-Leopold II.; Druck: Lüdtke, Kampf, S. 149). - Mercy an Lamarck (15. [14.] 1. 1791; FA SB 71 d. B/A; Druck: Bacourt 2, S. 197f). - Marie-Antoinette an Mercy (11. 1. 1791; FA SB 71 d. A/Konv. 1791; Druck: Rocheterie/Beaucourt 2, S. 209-211). Die angekündigte Kiste mit den Diamanten der Königin wurde schließlich erst im März 1791 zugestellt. Sie blieb bis 1794 ungeöffnet. Mercy an Kaunitz (22. 1. 1791; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1791; Druck: Feuillet 1, S. 423-424), an Blumendorf (24. 1. u. 8. 2. 1791). Ph. Cobenzl an Blumendorf (26. [27.] 1. 1791; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Blumendorf 1791). - Auch Spanien war in die Sondierungen der königl. Familie im Vorfeld der Flucht stark einbezogen worden, vgl. dazu Mousset, S. 234-250.

¹⁰⁸) Blumendorf sandte das Werk Calonnes schon Anfang November 1790 an die Staatskanzlei in Wien ein: an Kaunitz (10. 11. 1790), Lamarck an Mercy (9. 11. 1790; Druck: Bacourt 2, S. 54-58). - Fontbrune an Leopold II. (4. 12. 1790, o.D. u. 9. 2. 1791) u. das Journal Fontbrunes: SA Frkr. Varia 45 Konv. Briefe u. Journal Fontbrune 1789-1792. Bombelles, Journal 3, S. 176. - Über Calonne vgl. besonders Christian de Parrel (Hrsg.), *Les papiers de Calonne. Documents pour servir à l'histoire de la contre-révolution. Ire série: Les finances des princes en 1790, 1791, 1792* (Cavaillon 1932), Pierre Jolly, *Calonne 1734-1802* (Paris 1949), Robert Lacour-Gayet, *Calonne. Financier, réformateur, contre-révolutionnaire 1734-1802* (Paris 1963). Hätte Artois, wie im Sommer 1790 durchaus noch im Bereich des Möglichen, Breteuil nach Turin berufen, so wäre einer Verschmelzung der Emigrantenpolitik mit der Linie der Tuilerien sicher weniger im Wege gestanden. Vgl. Bombelles, Journal 3, S. 113f (28. 7. 1790).

Nach der Ermahnung der Königin vom Dezember 1790 gedachte Wien den Emigranten konsequent die kalte Schulter zu zeigen; aber noch ehe der entsprechend abweisende Brief Leopolds vom Januar 1791 bei Artois einlangte, hatte dieser erneut die Initiative ergriffen. Um die Sachen zügiger als bisher voranzutreiben, sollten direkte mündliche Aussprachen an die Stelle des umständlichen Schriftverkehrs treten. Zu diesem Zweck reiste Calonne Anfang Januar 1791 von Turin über die Schweiz und Süddeutschland, wo er sich mit Baron Flachslanden beriet, Richtung Wien, um Artois' Wünsche und Pläne im Detail zu explizieren und zugleich als Vorhut einer Reise des Emigrantenführers in die österreichische Hauptstadt das Terrain zu bereiten. Artois gab jetzt vor, durch den großen Andrang an französischen Flüchtlingen und ihren Rachedurst zu einer Positionsveränderung gezwungen zu sein. Um eine Explosion in Sardinien-Piemont zu verhindern, sollte sich die Emigrantenhochburg in Turin im Einvernehmen mit Viktor Amadeus III. auflösen. Prince de Condé ging mit seiner Familie nach Deutschland, Artois selbst wollte die ersten Reaktionen Leopolds in Venedig abwarten, wo er Mitte Januar 1791 eintraf. Nur unter großen Schwierigkeiten gelang es den Österreichern, die ungebetenen Gäste doch noch abzuwehren und den politische Eklat eines Zusammentreffens mit den Häuptern der französischen Emigration zu vermeiden. Artois wurde brieflich aufgefordert, in Venedig zu bleiben, und mußte sogar versprechen, während der für März geplanten Italienreise des Kaisers diesen nicht zu behelligen. Calonne aber traf am 19. Januar 1791 wenige Meilen vor Wien ein; auch ihn ereilte die unerschütterliche Weigerung des Kaisers, durch den kompromittierenden Charakter eines solchen Zusammentreffens die königliche Familie in den Tuileries zu gefährden, verbunden mit der Weisung, die Erblände so rasch als möglich zu verlassen. Der Versuch Calonnes, den durch Reparaturen an seiner Berline erzwungenen mehrtägigen Aufenthalt in Wien trotz strengsten Incognitos zu einem Treffen mit Leopold II. zu benützen, schlug fehl. Als er bei einem Maskenball zum Kaiser vordringen wollte, verpaßte er ihn und wurde nur des Prince de Ligne habhaft, den er lange mit seinen politischen Vorstellungen traktierte. Nur wenige Informationen über diesen Kurzbesuch Calonnes in Wien und den pittoresken Zwischenfall während der Redoute drangen nach außen; nicht einmal Kaunitz war eingeweiht worden; der Kaiser erledigte selbst in seinem Arbeitszimmer gemeinsam mit Staatsvizekanzler Cobenzl die anfallende Korrespondenz mit dem intellektuellen Führer der französischen Emigranten.

Statt der mündlichen Erläuterungen, mit denen er ursprünglich betraut worden war, übergab Calonne schriftliche Zusammenfassungen der von den Emigranten vertretenen Position. Nach den letzten Standpauken aus den Tuileries schien ihnen klar, daß man König und Königin nochmals anfeuern und notfalls auch gegen ihren Willen aus Paris verbringen oder ansonsten im Falle einer vorhergehenden Intervention die Stadt Paris für die Sicherheit der Allerchristlichsten Majestäten haftbar machen mußte - eine nun laufend wiederkehrende unglückselige Idee, die bei ihrer Realisierung im Jahre 1792 noch schreckliche Folgewirkungen zeitigen sollte. In den Augen der Emigranten war es offensichtlich nicht bloße Unentschlossenheit, die die königliche Familie zur laufenden Aufschiebung und nun wohl zur Aufgabe des Fluchtplanes bewogen hatte, sondern der zum System erhobene Unwille, sich aus der ungemütlichen Lage selbst und mit Energie zu befreien. Irreführt durch Lafayettes Versprechungen, eine dem passiven und friedfertigen Charakter des Königs am besten entsprechende Konsolidierung auf gewaltfreiem Wege herbeizuführen, und verschreckt durch die Drohung, eine Intervention des Auslandes oder der Emigranten könnte für seine Familie den Tod bedeuten, hatte sich Ludwig XVI. offensichtlich in sein Schicksal gefunden, wie zum Beweis erst im Dezember 1790 sogar Klerus und Kirche an die Revolution verraten und auch den Emigranten gegenüber einen herrlich-feindseligen Ton angenommen. Je deutlicher aber die Tatenlosigkeit des Königs wurde, desto mehr wuchs die Bereitschaft der wirklich "wohldenkenenden" Franzosen zum allesentscheidenden Verzweigungskampf zwischen Gut und Böse. Und Eile war auch geboten, denn ließ man der Nationalversammlung genug Zeit, ihr Werk zu konsolidieren und auch die bislang revolutionsfeindlichen Provinzen durch die Lockungen eines losen Föderativsystems für das neue Frankreich zu gewinnen, verpaßte man für immer den günstigen Zeitpunkt für ein koordiniertes Zusammenwirken von zahlenmäßig noch bescheidener ausländischer Intervention und innerem Widerstand. Gegen fest verankerte republikanische Eiferer, revolutionären Fanatismus und Millionen echter Bürger-Soldaten aber sah Calonne keine Chance auf Erfolg - weder für ein Eingreifen von außen noch für die Umsetzung der Fluchtpläne. Die Prinzen des Hauses Bourbon mußten also handeln, wollten sie sich am bevorstehenden Ruin Frankreichs nicht mitschuldig machen; bei totaler Handlungsunwilligkeit der Tuileries sollte Artois gar bevollmächtigt werden, das Schicksal des französischen Bourbonenthrons in seine Hände zu nehmen, und dem Ausverkauf der Thronrechte durch den König einen Riegel vorschieben. Für sich konnte Lud-

wig XVI. wohl verzichten - obwohl Zugeständnisse eines "monarque captif" an eine "nation en délire" natürlich irrelevant waren; seine Nachkommen und selbst im Eventualfall die Prinzen von Gebürt hatten aber unzweifelhafte Rechte am französischen Thron. Widerstand war daher nicht nur ein Recht, sondern schlechthin eine Verpflichtung "et envers leur postérité et envers la nation et envers tous les souverains intéressés à empêcher que les droits de la monarchie et les principes de l'autorité ne soient à la merci d'un moment d'aveuglement". Dem Zerfall der französischen Monarchie mit all ihren Folgewirkungen für das Staatensystem und das europäische Gleichgewicht, der Auflösung der französisch-österreichischen Allianz und der "subversion totale" der europäischen Ordnung durch ein "débordement de la licence démocratique" durfte wohl auch der Kaiser nicht tatenlos zusehen¹⁰⁹).

Baron Flachslanden meldete sich unterstützend aus dem Württembergischen zu Wort, bewertete aber die Haltung der Tuilerien zutreffender als ein gefährliches, weil Enttäuschung auch bei den treuesten Anhängern provozierendes System der totalen Verstellung nach allen Seiten. Außer Botschafter Mercy in Brüssel schienen Ludwig XVI. und Marie-Antoinette niemandem zu trauen; die Ausgleichsverhandlungen mit Lafayette dienten nur dem Zeitgewinn, im Lafayette-hörigen Kabinett hatte man (außer mit Einschränkungen in Außenminister Montmorin) keine Stütze. Deshalb war es auch besonders schwer, authentische Einsichten in die Pläne der königlichen Familie zu gewinnen. Flachslanden förderte um so lebhafter die Bemühungen des Comte d'Artois um eine Mächtekoalition - mit Österreich, Preußen, England und deutschen Reichsständen waren bereits Verhandlungen aufgenommen worden - und weigerte sich, in das System der Apathie mit einzustimmen, das die königliche Familie all ihren Dienern verordnete. Auch gegen ihren Willen mußte man dem unglücklichen Königspaar helfen, den Kaiser in Wien aber dadurch anspornen, daß man ihm das Schreckgespenst einer engen Kooperation zwischen Preußen und den Emigranten um Artois an die Wand malte. Sollte Friedrich Wilhelm II. Leopold auch noch als Retter Europas den Lorbeer rauben?

Paris verfolgte indes die Auflösung der Emigrantenhochburg Turin sehr genau, und daß sich Condé schließlich Ende Februar 1791 in Worms am Rhein niederließ, sorgte für besonderes Aufsehen. Sofort wurden in Frankreich Ängste laut, er könnte mit österreichischen Truppen in Vorderösterreich oder den belgischen Provinzen kooperieren. Die Österreicher wieder sorgten sich zunehmend vor einem unautorisierten Handstreich der Emigranten, die bei ihren massiven Rüstungen am Rhein vom Mainzer Kurfürst nach Kräften unterstützt wurden.

Ende Januar/Anfang Februar 1791 wurde in Paris und Turin die Abweisung von Calonne und Artois bekanntgegeben und begründet "par des motifs non moins relatifs aux circonstances générales de l'Europe qu'à la situation personnelle du Roi et de la Reine de France", wie es gegenüber Viktor Amadeus III. hieß; Anfang Februar 1791 - nun wieder mit Hilfe von Staatskanzler Kaunitz - zerpflückte man die schriftlichen Vorbringen Calonnes als undurchführbar und abstrus. Von Frankreich zu erbringende Vorleistungen blieben - nach einer baldigen Gesundung Österreichs - die Bereitstellung von Finanzmitteln, Vorräten und Auffangstellungen für die potentiellen Intervenienten, ganz abgesehen von der Grundvoraussetzung, der Herstellung des Mächtekonzerts als Ausgangsbasis ausländischen Einschreitens gegen den revolutionären Unruheherd. Selbst dann aber erschienen dem Staatskanzler die Erfolgsaussichten sehr gering, und außerdem hatte der Allerchristlichste König selbst alle Manöver der Emigranten untersagt. Comte d'Artois wurde entsprechend beschieden, Baron d'Escars erhielt die zurückhaltende Position

¹⁰⁹ Artois an Leopold II. (Turin. 1. 1. 1791; SA Frkr. HK 4 Konv. Artois-Leopold II.; Druck: Feuillet 1, S. 390-393). Leopold II. an Kaunitz (14. 1. 1791; Druck: Beer, Joseph, S. 383f), Kaunitz an Leopold II. (14. 1. 1791; StK Vorträge 148 Konv. 1791 I). Leopold II. an Artois ([.]. Januar 1791; SA Frkr. HK 5 Leopold II.-Artois), Artois an Leopold II. (Venedig, 15. u. 26. 1. 1791; SA Frkr. HK 4 Konv. Artois-Leopold II.; Druck: Feuillet 1, S. 399f, 441-443). Das abgefangene Schreiben, durch das man in Wien schon vorzeitig von den Reiseplänen Calonnes erfuhr, ist wohl Roll an D'Escars (Turin, 1. 1. 1791; SA Frkr. 45 Konv. Frkr. Varia I-V). Ph. Cobenzl an Gherardini (27. 1. 1791; SA Sardinien Weisungen 33 Konv. Weisungen 1791). - Die Schriftstücke zur Wienreise Calonnes sind gesammelt in SA Frkr. Varia 44 Konv. Schreiben, Denkschriften Calonnes 1791 und großteils gedr. bei Feuillet 1, S. 402-418, 422f, 434-437: Calonne an Leopold II. (bei Wien, 19. 1. 1791), Leopold II. an Calonne ([14.] 1. 1791), Ph. Cobenzl an Calonne (19. 1. 1791), d'Escars an Ph. Cobenzl (20. 1. 1791), Calonne an Ph. Cobenzl (Sieg-hartskirchen, 20. 1. 1791) mit "Abrégé de l'exposé des faits" (ein "Supplément à l'exposé des faits" [22. 1. 1791] in SA Frkr. HK 4 Konv. Artois-Leopold II.), Calonne an Ph. Cobenzl (Sieg-hartskirchen bzw. Wien, 21., 23. 1. 1791), Ph. Cobenzl an Calonne (23. 1. 1791). - Darstellung der Kabinettskanzlei zu den Verhandlungen mit Fontbrune (SA Frkr. Varia 45 o.K.), - KA NL Zinzendorf TB 36 (27. 1. 1791). - Gabard an Montmorin (9. 2. 1791; AMAE CP Autriche 361). Vgl. auch Des Cars, Mémoires 2, S. 170-204, Sorel 2, S. 175-178, Léon G. Péliissier, Le comte d'Artois et la police vénitienne 1790-1791. In: RHD 15 (1901) 543-570, Robert Lacour-Gayet, Calonne en Italie et en Autriche 1790-1791. In: RHD 63 (1949) 38-74.

Wiens noch viel deutlicher ausgedeutet. Abbé de Fontbrune eilte als nimmermüder Postillon mit den entsprechenden Mitteilungen zu Artois nach Venedig; Marie-Antoinette aber - durch das lange Schweigen Wiens nach ihrer geheimen Warnung vor den Emigranten vom Dezember 1790 und den weitgehend unterbrochenen Kontakt mit Mercy bereits recht unruhig geworden - erhielt von der Staatskanzlei über Geschäftsträger Blumendorf im Februar 1791 die beruhigende Mitteilung, daß der Kaiser den Zudringlichkeiten von Artois und Calonne wacker widerstanden und die beiden nicht vorgelassen habe¹¹⁰).

Während sich in Turin die Kommandozentrale der Emigranten in der ersten Jahreshälfte allmählich auflöste, errichteten sie in Brüssel - kaum war das österreichische Regime im Dezember 1790 wiederhergestellt worden - einen neuen, bald sehr bedeutenden Brückenkopf. Angeführt wurden sie hier von einem ehemaligen Abgeordneten zur Constituante und Maréchal de Camp, Jean-Claude-Marie-Victor Marquis de Laqueuille (1742-1810), der Anfang Januar 1791 in der belgischen Hauptstadt eintraf. Nach anfänglicher Unsicherheit über seine Position war er bald als Parteigänger des Comte d'Artois gebrandmarkt, Zurückhaltung daher angesagt. Aber nicht nur die österreichischen Behörden in Belgien, auch der im Januar 1791 nach Brüssel zurückgekehrte Vertreter des offiziellen Frankreich, Chevalier de la Gravière, hatte unter dem Massenansturm der französischen Emigranten - meist "gens de considération" - und ihrem forschen Auftreten zu leiden. Mercy durfte sich schwer weigern, mit ihnen zu verkehren, denn böse oder, wie man sagte, "schädliche" Absichten konnte man ihnen anfangs nicht nachweisen. Der bevollmächtigte Minister nahm an, daß es den französischen Auswanderern in Belgien zunächst vorzüglich darum ging, der Heimat und den dortigen politischen Entwicklungen möglichst nahe zu sein. Die Hofhaltung mußte entsprechend aufgebläht werden, mehrmals pro Woche waren große Dinners für die französischen Standespersonen zu geben; prominente Durchreisende wie später Anfang Juni 1791 Madame de Calonne empfing man mit ausgesuchter Höflichkeit. Um Zusammenstöße mit den "weißen Kokarden" zu vermeiden, zog sich Lagravière aus dem Gesellschaftsleben der belgischen Hauptstadt weitgehend zurück, denn das Wohnzimmer Mercys glich wegen der vielen desertierten französischen Offiziere mehr dem Hauptquartier einer französischen Armee. Empfangs- und Audienzräumlichkeiten des bevollmächtigten Ministers waren von hunderten französischen Standespersonen überschwemmt. Mercy selbst, zunehmend verärgert, daß sich ihm durch Beschäftigung mit reinen Interiora seine eigentliche Domäne, die Diplomatie und hohe Politik, nach und nach entfremdete, schätzte im Mai 1791 die lästigen Gäste alleine für Brüssel auf etwa 1.000 Köpfe¹¹¹).

¹¹⁰) Flachslanden an Leopold II. (12., 14. 1. u. 16. 2. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Flachslanden-Leopold II.). - D'Escars an Leopold II. (10., 19., 26. 1., 1., 4., 6. u. 23. 2. 1791), Leopold an d'Escars (25. 2. 1791); SA Frkr. Varia 42 D'Escars-Leopold II. - Blumendorf an Mercy (14. 1., 12. 3. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy 1790/91). - Kaunitz an Leopold II. (4. 2. 1791; StK Vorträge 148 Konv. 1791 II) mit "Questions, réponses et opinion sur un papier intitulé précis des faits", Kaunitz an Leopold II. (5. 2. 1791; ebd., O in FA SB 70 NW Kaunitz-Leopold II./1791), Leopold II. an Kaunitz ([5. 2. 1791]) und kstl. Apostille zu Kaunitz an Leopold II. (8. 2. 1791); Beer, S. 389-391. Zur Antwort des Kaisers an den König von Sardinien vgl. Leopold II. an Ph. Cobenzl (8. 2. 1791; falsch datiert 1790 u. daher irrig in StK Vorträge 147 Konv. 1790 I-III). Der Brief an Viktor Amadeus (6. [8.?] 2. 1791; SA Sardinien HK 35 Konv. Leopold II. a.d. sard. Hof) ist bei Feuillet 2, S. 1f, abgedr., die Antwort an Artois (6. 2. 1791; SA Frkr. HK 5 Konv. Leopold II.-Artois) ebd., S. 2-4. Das Empfehlungsschreiben des sard. Königs für Artois (3. 1. 1791) in SA Sardinien HK 35 Konv. Sard. Hof an Leopold II, gedr. bei Feuillet 1, S. 393f. - Ph. Cobenzl an Blumendorf (26. [27.] 1. 1791), Blumendorf an Ph. Cobenzl (15. 2. 1791) mit dem als chiffriertes P.S. getarnten Brief der Königin. Schlick an RVK (2. 3., 1., 22. u. 27. 4., 4. 5. 1791; Druck: Hanscn 1, S. 778-781, 802f, 811f, 817-819).

¹¹¹) Mercy an Blumendorf (18. 1., 8. 2. 1791; FA SB 71 d. B/A), an Kaunitz (21. 1., 23. 2. 1791; Belgien DD A Berichte 318 bzw. 319). Mercy an Marie-Antoinette (16. 5. 1791; FA SB 71 d. B/B; Druck: Feuillet 2, S. 52-58). - Lagravière an Montmorin (20., 21, 23. 1., 21. 3., 5. u. 29. 4., 5., 11., 28. 5., 2., 19. 6. 1791; AMAE CP Pays-Bas espagnols/autrichiens 180).

Die Initiative der königlichen Familie

Parallel zu den Peinlichkeiten der Mission Calannes nach Wien wurde im Januar 1791 auch der Koordinator der geheimen königlichen Außenpolitik, Baron de Breteuil, von seinem Schweizer Exil aus tätig. Im Juli 1789 geflohen hatte er sich lange Zeit ruhig verhalten. Nur im April 1790 fiel sein Name in der Korrespondenz Mercys, als ihn der Botschafter bedenkllicher Verhandlungen mit den Schweizer Kantonen um Truppenhilfe und finanzielle Unterstützung für die Tuileries verdächtigte. Nun zu Jahresbeginn 1791 ließen wohl das immer hektischer werdende Agieren der Emigranten und die Vorbereitungen für die Flucht der königlichen Familie gerade gegenüber dem verwirrten Wiener Hof deutlichere Schritte angezeigt erscheinen. In der zweiten Januarhälfte 1791 erreichte Mercy in Brüssel ein Abgesandter Breteuils mit einem Brief des Barons. Auch aus Paris waren deutliche Anklänge an einen Fluchtplan der königlichen Familie an die Ohren Mercys gedrungen; nun bestätigte Breteuil die Gerüchte und zog zugleich jene Vollmacht hervor, die ihm der König im November 1790 für allfällige Verhandlungen mit ausländischen Mächten hatte zukommen lassen, um seinem Ersuchen um österreichische Unterstützung gegen die "dangereuse maladie" Frankreichs mehr Gehör zu verschaffen. In der Tat warteten die Tuileries offensichtlich nur mehr auf die bestätigende Nachricht von der endgültigen Befriedung der Österreichischen Niederlande, ehe sie ihr Fluchtvorhaben in die Tat umsetzten, für die man natürlich effiziente Hilfe des Kaisers benötigte. Intensive Vorbereitungen waren längst eingeleitet worden, loyale Truppen standen zur Deckung des Fluchtweges bereit, der die königliche Familie in eine grenznahe französische Festung führen sollte. Wie konnte der Kaiser nun fürs erste seinem Cousin unter die Arme greifen? Mit Geld. Für die Realisierung seiner Pläne benötigte Ludwig ca. 15 Millionen Livres - eine ansehnliche Summe, mit der Leopold aushelfen sollte, rückzahlbar nach Retablierung der Monarchie in Frankreich. Denn durch Versuche, einen derart gewaltigen Kredit im Ausland aufzunehmen, mußte die königliche Familie zwangsläufig die strenge Geheimhaltung ihrer Fluchtpläne gefährden. Doch Breteuil hatte sich geirrt, wenn er auf mehr Glück hoffte, als den Emigranten um Artois bisher beschieden war. Mercy würdigte ihn - obwohl die Königin höchstselbst Breteuil als den wichtigsten Vertrauensmann der Tuileries und Wegbereiter der für März/April 1791 vorgesehenen Flucht eingeführt hatte - nur einer sehr unbedeutenden Antwort, die jedenfalls klarstellte, daß der Kaiser sich für die nächste Zeit der Ausheilung der eigenen Wunden zuwenden mußte; einem außenpolitischen Abenteuer konnte und wollte man sich daher nicht aussetzen¹¹²). Die Königin selbst freute sich zwar über die Abweisung der Emigranten, ließ sich andererseits aber nicht von ihrem deutlich ausgereiften Fluchtvorhaben abbringen. Die Pläne und Ansichten der Tuileries und des königlichen Auslandsagenten Baron de Breteuil legte sie noch im Februar 1791 relativ detailliert in einem umfangreichen Schreiben an Mercy offen. Nun war die Flucht bereits in greifbare Nähe gerückt,

¹¹²) Mercy an Kaunitz (15. 4. 1790) P.S. 1, Mercy an Kaunitz (22. 1. 1791) mit Beilage Breteuil an Mercy (Solothurn, 12. 1. 1791; O in FA SB 71 d. G; Druck: Feuillet 1, S. 426-433). Breteuil hatte eine Abschrift jener Vollmacht (20. 11. 1790) beigelegt, mit der ihn Ludwig XVI. "vis-à-vis des différentes puissances avec lesquelles vous pourriez avoir à traiter pour moi" ausgestattet hatte (eh A Breteuils in FA SB 71 d. G; Druck: Feuillet 1, S. 370). Die Konkretisierung der Fluchtpläne war sichtlich ein Verdienst Breteuils, der Ludwig XVI. im Oktober 1790 zu einer entschlossenen Vorgangsweise in dieser Sache und speziell zum Rückzug in eine sichere Festungsstadt innerhalb der Grenzen Frankreichs riet. Die Ausstellung der Vollmacht mag eine Reaktion auf diese Initiative gewesen sein. Marquis de Bombelles wurde erst Ende März 1791 von Breteuil in seine Offensive einbezogen; der Briefwechsel zwischen den beiden befindet sich heute gleichfalls in Privatbesitz; im übrigen vgl. Bombelles, Journal, Bd. 3. Neben Breteuil und Bombelles gehörte auch der Bischof von Pamiers, César d'Agoult, zu den Fluchthelfern Ludwigs XVI. im Ausland. Er hatte dem König im Oktober 1790 die Pläne Breteuils mitgeteilt. Seit längerem eine wichtige Persönlichkeit im Umfeld der königlichen Familie und an den praktischen Flucht vorbereitungen führend beteiligt war Axel Graf Fersen (1755-1810), schwedischer Offizier in französischen Diensten und Liebhaber der Königin. Gab es einen "Conseil secret" der Tuileries, der wirklich das Vertrauen Ludwigs XVI. und besonders Marie-Antoinettes besaß, so war es sicher Graf Fersen. Über Fersen vgl. v.a. Baron R. M. de Klinckowström (Hrsg.), Le Comte de Fersen et la cour de France. Extrait des papiers du grand-maréchal de Suède, comte Jean Axel de Fersen 2 Bde. (Paris 1877/78), Alma Söderhjelm, Fersen et Marie-Antoinette. Journal intime et correspondance du Comte Axel de Fersen (Paris 1930). Die Korrespondenz Fersens mit Breteuil und Bouillé bei Klinckowström Bd. 1. - Mercy an Blumentorf (24. 1. 1791), Marie-Antoinette an Mercy (11., 20. 1. 1791). Die Fluchtvorbereitungen stellen v.a. anhand der Korrespondenz Marie-Antoinettes zusammen: Max Lenz, Die Vorbereitung der Flucht Ludwigs XVI. (Oktober 1790 bis Juni 1791). Ein Beitrag zur Kritik der französischen Memoirenliteratur. In: HZ 72 (1894) 1-43, 213-246, Schlüter, Marie Christine, S. XXIV-XXVI (Paraphrasierung der österr. Akten), Clapham, S. 44-57, Arnaud-Bouteloup, S. 228-253. Weitere Spezialliteratur über die "Flucht von Varennes" bleibt hier unberücksichtigt. Die "Verschwörungstheorie", wonach die Königin ursprünglich nur mit ihren Kindern, jedenfalls aber ohne den König nach Brüssel fliehen wollte, um von hier eine veritable Konterrevolution einzuleiten, ausführlich bei Girault de Coursac, Enquête.

der April des laufenden Jahres für ihre Realisierung in Aussicht genommen. Man hatte die nötigen Kontakte zu Generalleutnant François-Claude-Amour Marquis de Bouillé (1739-1800) aufgebaut, der als Kommandant der Linientruppen in Lothringen und den Trois Evêchés die militärische Deckung des Fluchtunternehmens in seinem Kommandobereich übernehmen sollte, während man auf die Pläne Mirabeaus und Lamarcks, den König nach Compiègne zu verbringen, nur zum Schein einging. Schon seit Februar arbeitete Ludwig XVI. an seinem "Fluchtmanifest", das zugleich auch Programm für die "Neuerichtung" der Monarchie auf der Basis der königlichen Erklärung vor den Generalständen vom 23. Juni 1789 sein wollte.

Unterstützung von außen - Spanien, die Schweizer Kantone und natürlich der Kaiser wurden in den Tullerien hauptsächlich genannt - schien allerdings unbedingte Voraussetzung für ein Gelingen, ja überhaupt für eine Umsetzung des Streichs, der den König und seine Familie auf Vorschlag Bouillés nicht in das große Metz, sondern nach Montmédy führen sollte. Von hier aus konnte man sich dann nötigenfalls in das Elsaß zurückziehen, und auch die Österreichischen Niederlande lagen in unmittelbarer Nachbarschaft. Dabei flöste die anhaltend dilatorische Sprache Wiens in einer Sache, die doch "cause des Rois et non une simple affaire politique" war, auch der Königin wenig Zutrauen ein. Mehr Gefallen fand man da schon am hektischen Rumoren des Königs von Schweden, der sich zur Rettung des Königturns in Frankreich angeblich mit Spanien, Rußland und dem Kaiser verbinden wollte; eine Bündniskonstellation, die auch Marie-Antoinette als Gegengewicht zum üblen Willen der englisch-niederländisch-preußischen Tripelallianz anempfahl. An der Notwendigkeit einer Flucht aus dem "Pariser Hexenkessel" gab es in den Augen der Königin Anfang März 1791 nichts mehr zu rütteln; "il vaut encore mieux périr en cherchant un moyen de se sauver qu'en se laissant écraser entièrement dans une inaction totale"¹¹³).

Die Chancen für einen Fluchtversuch schienen dabei gerade damals recht schlecht zu stehen. In dem Maße, in dem die Sorge vor den Manövern der Emigranten und ihrer Hetze im Ausland wuchs und zunehmend von angeblichen Fluchtplänen der königlichen Familie die Rede ging, wurde auch der Zugriff der Stadt Paris auf die verbliebenen Reste der königlichen Familie immer fester. Als die Tanten des Königs, Adélaïde (1732-1800) und Victoire (1733-1799), in der ersten Jahreshälfte Frankreich verlassen wollten, um über Savoyen nach Rom zu reisen, war dies nur unter größten Schwierigkeiten und Rechtsstreitigkeiten möglich; mehrere Male wurden die Töchter Ludwigs XV. auf ihrer Fahrt angehalten und molestiert (Februar/März 1791); und als gegen Ende Februar 1791 parallel zur Abreise der königlichen Tanten noch dazu das Gerücht kursierte, auch Monsieur, der Bruder des Königs, wolle sich ins Ausland absetzen, marschierte eine beachtliche Menschenmenge auf die Residenz des Comte de Provence, das Palais du Luxembourg, und rang ihm das Versprechen ab, in Frankreich zu bleiben und sein Schicksal unauflöslich mit dem des Königs zu verbinden. Freilich: der bewußt eingesetzte Druck der Straße als Mittel zur Realisierung politischer Ziele und zur Kaltstellung gefährlicher politischer Opposition war nicht dazu angetan, den Flüchtlingsstrom in Richtung schützendes Ausland zum Versiegen zu bringen und die europäischen Mächte von der Ehrlichkeit der Aussöhnung zwischen König und Revolution zu überzeugen¹¹⁴). Mercy gab sich aller Skepsis ungeachtet durchaus kooperativ und ließ die Königin wissen, daß er die Idee eines Konzerts mit Spanien, Rußland, Schweden und Dänemark in Wien zur Sprache gebracht habe. Die internationale Lage schien allerdings zur Zeit nicht für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der "französischen Frage" geeignet, und schon gar nicht war mit der Unterstützung Londons, ja nicht einmal mit dessen wohlwollender Neutralität zu rechnen, widersprach doch eine "Gesundung" des alten Rivalen Frankreich dem englischen "Staatsinteresse". Die Empfehlung der österreichischen Diplomatie, zu allererst England ruhig zu stellen, dessen Unterstützung für den französischen "parti populaire" zu verhindern und einen Finanzrückhalt von 20-30 Millionen anzulegen, sollte den Tag X noch soweit als möglich hinausschieben; ebenso die Warnung, das Ausland - der Kaiser ausgenommen - würde sicher nicht für Got-

¹¹³) Marie-Antoinette an Mercy (3./13. 2., 7. 3. 1791), an Leopold II. als P.S. zu Blumendorfs Bericht an Cobenzl (15. 2. 1791); Leopold II. an Mercy (4. 2. 1791), Mercy an Leopold II. (25. 2. 1791). - Zur Überspielung Lamarcks vgl. Mémoires de M. de Bouillé sur la Révolution française 2 Bde. (Paris 1801), hier Bd. 2, S. 16-21. Noch wesentlich detaillierter die Erinnerungen seines ebenfalls an den Flucht vorbereitungen mitarbeitenden Sohnes: P.-L. de Kermaingant (Hrsg.), Souvenirs et fragments pour servir aux mémoires de ma vie et de mon temps par le marquis de Bouillé (Louis-Joseph-Amour) 1 (Paris 1906).

¹¹⁴) Blumendorf an Kaunitz (30. 1., 9., 21./24. 2., 7., 11. u. 19. 3. 1791). - Zur Abreise der Tanten des Königs vgl. auch H. Babled, Le départ de Mesdames Tantes du Roi. 19 février 1791. In: RF 20 (1891) 418-441, 21 (1891) 51-75.

tes Lohn zugunsten des französischen Königs intervenieren, kleine territoriale Zugeständnisse an die interventionswilligen Nachbarn (darunter auch die Zufriedenstellung der gekränkten Reichsstände) müßten einkalkuliert werden¹¹⁵).

Leopold II. plädierte in der spärlichen Direktkorrespondenz mit seiner Schwester gleichfalls für Zeitgewinn und Temporisieren; die Königin war zwar ebenfalls für ein Agieren mit viel "prudence", sah aber zugleich allzu langes Zuwarten als verhängnisvoll an, um so mehr, als Spanien zugesagt hatte einzugreifen, wenn auch der Kaiser, die Schweizer Kantone und Sardinien sich dazu bereit fänden. Für den Kaiser bedurfte es dagegen einer deutlichen Ausweitung dieser Konzertbemühungen über den Kreis der von den Tuileries selbst ins Auge gefaßten Nachbarstaaten hinaus.

Immerhin machte sich Wien nun unter dem Druck der drohenden Flucht wirklich ernsthaftere Gedanken über die Situation in Frankreich und ein mögliches österreichisches Eingreifen. Eines stand weiterhin völlig außer Streit: solange die königliche Familie nicht aus Paris entkommen war (und die Schwierigkeiten der Tanten des Königs bei ihrer Ausreise aus Frankreich im Februar 1791 schienen alles andere als ermutigend), ließ sich an eine Intervention von außen keinesfalls denken. Auch harsche Demonstrationen wie der Abbruch der diplomatischen Beziehungen sollten daher vorerst besser unterlassen werden. Anders verhielt es sich, wenn der König einmal aus seiner Gefangenschaft entkommen war und den getreuen Teil der Nation um sich scharte, obwohl man auch in der internationalen Politik der ersten Jahreshälfte 1791 genug Hindernisse für eine "gesamteuropäische" Frankreichpolitik und damit für die Umsetzung der Fluchtpläne fand. Die 'Oczakow-Krise' zwischen Preußen und Großbritannien einerseits und Rußland andererseits sowie die Schwierigkeiten auf dem Weg zum österreichisch-türkischen Frieden hielten ganz Europa bis zum Sommer 1791 in Spannung (vgl. oben). Gerade die wichtigste "Schutzmacht" des französischen Königiums, die Habsburgermonarchie, war zusehr mit den Ereignissen in Osteuropa verflochten, zu stark mit der Schadensbegrenzung nach dem Türkenkrieg und der Rettung der letzten österreichischen Bündnisachse nach Petersburg beschäftigt, um den anderen, mittlerweile unbrauchbaren Alliierten - Frankreich - mit enormem Aufwand vor dem weiteren Verfall zu bewahren.

Die Grundfragen waren und blieben in den Augen Wiens: 1. Ist eine Flucht aus Paris ohne große Gefahr möglich? 2. Hat man einen verlässlichen Zufluchtsort im Auge? 3. Verfügt man über eine starke Partei, treue Truppen, eine ergebene Provinz als Auffangbecken und ausreichend Geld? Die Antworten mußten so ungewiß ausfallen, wie es die entsprechenden Aussichten in der Realität waren. So überrascht es kaum, wenn Botschafter Mercy von Brüssel aus das angekündigte Abenteuer der königlichen Familie konsequent zu verschleppen trachtete und trostreiche Hoffnung immer noch an eine Reinigung aus dem Inneren, v. a. an die nächste Legislatur knüpfte, wo man sich eine starke Mehrheitspartei aufbauen mußte. "Il conviendrait dans ce cas", instruierte Mercy die Königin Ende März 1791, "de conserver une attitude de captivité qui infirmât tout ce qui s'est fait ou se fera. Le système de rectifier partiellement les horreurs que commet l'assemblée paraît très impolitique; plus ses oeuvres seront atroces, plus elle opérera de mal et plus l'autorité monarchique deviendra nécessaire au salut de l'état".

Die Wiener Hinhaltetaktik und das Argumentieren im Zirkelschluß brachte die Königin Mitte April 1791 in heftige Erregung. Energisch stellte sie Mercy die alles entscheidende Frage nach der Kooperationswilligkeit der Österreicher: "Si nous pouvons parvenir à sortir de Paris et arriver dans une ville forte et que nous réclamions de là les secours de l'Emp. sur nos frontières, pouvons-nous y compter, *oui ou non?*" Würde der Kaiser an den Grenzen Truppen als Rückhalt für die flüchtige königliche Familie zur Verfügung stellen und durch seine Bereitschaft auch Sardinien und die Schweizer Kantone ermuntern? Weiteres Aufschieben war ausgeschlossen, das Warten auf die neue Legislatur unmöglich, empfand man doch die öffentliche Meinung nun als für einen aufrüttelnden "Paukenschlag" besonders günstig¹¹⁶).

Als am 18. April 1791 ein Volksauflauf die vorgesehene Abreise der königlichen Familie nach St. Cloud verhinderte und die Pariser Nationalgarde als Schutz gänzlich versagte, sah sich das Königspaar in seinem festen Vorsatz bestärkt, Paris schleunigst zu verlassen und sich in die Festung Montmédy unter den

¹¹⁵) Mercy an Blumendorf (1., 12. u. 17. 3. 1791; FA SB 71 d. B/A), an Marie-Antoinette (7. 3. 1791). Blumendorf an Kaunitz/als P.S. getarntes Billet der Königin (19. 3. 1791).

¹¹⁶) Marie-Antoinette an Leopold II. (27. 2. 1791); Leopold II. an Mercy (12. 3. 1791; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Leopold II.-Mercy 1791) mit "Betrachtungen über die französische Angelegenheiten und die letzten Schreiben der Königin" (K in SA Frkr. Varia 48 Konv. Nachtrag 1786-1793; Druck: Schlitter, Marie Christine, S. XXVIIIff), an Marie-Antoinette (14. 3. 1791; FA FK A 26; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 151f). Mercy an Blumendorf/Marie-Antoinette (29. 3., 21. 4. 1791; FA SB 71 d. A/B; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 152-154, 156-160), dto. (5. 4. 1791); Marie-Antoinette an Mercy (14. 4. 1791; FA SB 71 d. A/Konv. 1791; Druck: Rochetier/Beaucourt 2, S. 230-233); Mercy an Leopold II. (17. 4. 1791).

Schutz der wenigstens teilweise zuverlässigen Truppen Generalleutnant Bouillés zu begeben. Dringend ersuchte die Königin Mercy um starke österreichische Truppenkonzentrationen bei Arlon-Virton und Mons hart an der Grenze hinter Montmédy, um einen schicklichen Vorwand für parallele französische Aktivitäten in dieser Grenzregion zu haben. Lediglich nach außen zeigte man sich um eine Beruhigung der Lage bemüht und machte gute Miene zum bösen Spiel, während an Mercy immer schwärzere und dramatischere Lageschilderungen ergingen. Ein längeres Verbleiben in Paris, so fürchtete man jetzt in den Tuileries, könnte gar als Zustimmung zu den Schreckensszenen und Ausschreitungen ausgelegt werden, während mit der Flucht des Königs und einem Agieren aus sicherer Position in der Provinz endlich auch die zahlreichen Unzufriedenen sich offen zeigen könnten. Mercy stellte der Entschlossenheit zur Flucht stets Bedenken entgegen, besonders - wie immer - das Interesse Englands am Ruin Frankreich, ein System, dem schließlich wohl auch Preußen als Trabant Londons würde huldigen müssen. Da wogen die Hoffnungen, die man auf den schicksalhaft mit Frankreich verketteten bourbonischen Hof in Madrid setzte, vergleichsweise leicht, und ein hoher Preis für die buchstäbliche Ersteigerung der unbedingt nötigen englischen Neutralität drohte ... vielleicht gar in Form territorialer Abtretungen in Übersee¹¹⁷).

Auf diplomatischer Ebene mußten die Wogen, die die verhinderte Abreise der königlichen Familie nach St. Cloud zur Freude besonders der Emigranten aufgepeitscht hatte, möglichst geglättet werden. Gerade mit Blick auf die unsichere Haltung des Auslands schien eine Beruhigung der Gemüter dringend angezeigt; Lamarck, Montmorin u.a. starteten eine entsprechende Offensive. Mit Rundschreiben des Außenministers vom 23. April 1791 sollten die diplomatischen Vertreter Frankreichs an den Höfen Europas aus gegebenem Anlaß zu regelrechten Anwälten des neuen Frankreich umfunktioniert werden. Der französische Botschafter in Wien, Noailles, übermittelte der Staatskanzlei am 10. Mai 1791 ein Exemplar des mit *Copie d'une lettre du ministre des affaires étrangères, adressée par ordre du Roi, à tous les ambassadeurs & ministres de Sa Majesté dans les Cours étrangères* überschriebenen Drucks - "bien extraordinaire tant pour les phrases que pour les principes", wie der Kaiser meinte.

Die französischen Diplomaten hatten Gerüchte von einer De-facto-Gefangenschaft des Königs, wie man sie allenfalls aus der von den Parisern erst wenige Tage zuvor verhinderten Abreise der königlichen Familie nach Saint-Cloud erschließen mochte, zu dementieren und statt dessen die vorbehaltlose Anhänglichkeit Ludwigs XVI. an die neue "Staatsverfassung" zu unterstreichen. Sie sollten an ihren Wirkungsstätten die wahre Haltung des Monarchen zur Revolution klarstellen, "afin qu'il ne puisse rester aucun doute ni sur les intentions de Sa Majesté, ni sur l'acceptation libre qu'Elle a donnée a la nouvelle forme de gouvernement, ni sur son serment irrévocable de la maintenir". Eine neue Verfassung, "propre à faire le bonheur de la France & du Monarque" habe "l'ancien ordre de choses, où la force apparente de la royauté ne cachoit que la force réelle de quelques corps aristocratiques", ersetzt. Das, was man Revolution nenne, sei in Wahrheit bloß die Vernichtung "d'une foule d'abus accumulés depuis des siècles". Jetzt gebe es nur mehr "citoyens égaux en droit, plus de despote que la Loi, plus d'organes que des fonctionnaires publics." Der König, "dont la véritable force est indivisible de celle de la Nation", mußte "une heureuse Constitution qui régénéroit tout à la fois la Nation, la Monarchie & son autorité" unbedingt billigen, die heilbringenden Reformen sanktionieren und exekutieren lassen. Als die gefährlichsten Feinde der Revolution betrachtete man in Paris folgerichtig jene, die, sich als wahre Freunde des Königs gerierend, eigentlich aber bloß den Auswüchsen des Ancien Régime nachtrauernd, v.a. durch Intrigen an den Höfen Europas Zweifel an der Gesinnung und der Handlungsfreiheit des Monarchen ausstreuten.

Mit dieser auf Effekt bedachten und doch recht vordergründigen Erklärung - schon zwei Monate später durch das bei der Flucht hinterlassene "Manifest" Ludwigs Lügen gestraft - sah der Abgeordnete Jean-Baptiste-Charles Chabroud (1750-1816), der an der Spitze einer Deputation der Versammlung dem König die Anerkennung der Volksvertreter aussprach, die heiligen Prinzipien der Menschenrechte in die Mysterien der Diplomatie rezipiert. Die Wahrheit sah anders aus, und die folgende Emigrationswelle von Höflingen und Hofstaatsmitgliedern ließ keinen Zweifel übrig.

¹¹⁷) Blumendorf an Mercy (18., 20. 4. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy 1791), an Kaunitz (21. 4., 6. 5. 1791; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1791 I-VI), an Mercy (23. 4. 1791; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Leopold II. 1791) mit Marie-Antoinette an Mercy (20. 4. 1791; FA SB 88/I u. SA Frkr. Varia 49 Konv. Mercy-Marie-Antoinette 1791/92; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 155f), Marie-Antoinette an Mercy (6. 5. 1791); Mercy an Blumendorf (24. 4. 1791; FA SB 71 d. B/A; Arneth, Marie-Antoinette, S. 160 Anm.), an Marie-Antoinette (27. 4., 11. 5. 1791; FA SB 71 d. B/A; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 160f, 163f), dto. (16. 5. 1791); Mercy an Leopold II. (28. 4. 1791; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Leopold II. 1791), an Kaunitz (28. 4. 1791; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1791).

Kaunitz selbst erkannte zwar das Ziel der doppelbödigen Taktik des Königs, mit der dieser die "factieux" einschläfern und den geeigneten Zeitpunkt zu einer Flucht abwarten wollte, gab diesem Bemühen aber angesichts des allgemeinen Mißtrauens weniger Chancen denn je¹¹⁸⁾.

In dieser diffusen Situation erhielt der k.k. Geschäftsträger Blumendorf unerwartete Unterstützung. Der ehemalige k.k. Internuntius an der Pforte und Gesandte in Neapel Baron Thugut wagte ausgerechnet in dieser kritischen Phase des Jahres 1791 eine Reise nach Paris, hauptsächlich wohl um sich seines während eines längeren Frankreichaufenthalts in den achtziger Jahren veranlagten Vermögens anzunehmen. Daß er dabei auf eigenen Wunsch "geheime Aufträge", wozu ihn auch seine langjährige Tätigkeit als französischer Informant oder besser als Doppelagent Wiens besonders befähigte, überbürdet erhielt, unterliegt keinem Zweifel. Sie bestanden vermutlich in zusätzlicher Informationsbeschaffung. Jedenfalls bewährte sich der über Brüssel anreisende Thugut als moralische und fachliche Stütze des k.k. Geschäftsträgers.

Was immer er im Auftrag Leopolds und mit Wissen Staatsreferendar Spielmanns in Paris auszuführen hatte, scheint durch die stürmische Lage in der französischen Hauptstadt und die scharfe Überwachung, die man ihm seit seiner Ankunft am 18. Mai angedeihen ließ, deutlich erschwert worden zu sein ... Pariser Zeitungen verbreiteten, er sei mit geheimen Unterhandlungen betraut, im Jakobinerklub, so meinte Thugut, kam ebenfalls mehrmals die Rede auf ihn -, so daß er sich dann hauptsächlich seinen Geldgeschäften und privaten "amusements" widmen konnte. An den Fluchtvorbereitungen der königlichen Familie hatte er keinen Anteil, auch wenn Zeitgenossen und viele seiner Freunde dies glaubten.

Um nicht den Verdacht zu erregen, mit dem Fluchtversuch des Königs in irgendeiner Verbindung zu stehen, blieb er - deprimiert über die Situation in Paris, das "jadis le centre des douceurs de la vie" ihm jetzt bloß als "un repaire de scélérats" galt - nach längeren Abreisevorbereitungen doch noch bis zum 11. August 1791 und machte sich dann auf den Weg nach Brüssel. Hier blieb Thugut im Mitarbeiterkreis Mercys und kehrte im Juni 1792 nach Wien zurück, ehe er im März 1793 das Ruder der österreichischen Außenpolitik übernahm¹¹⁹⁾.

Die Italienreise Leopolds II. und die Großoffensive der Emigranten

Leopold II., der die Flucht lange Zeit zwar für "utile et avantageux", letztlich aber für zu gefährlich hielt und die Bemühungen um ein Konzert der Mächte als vorrangig einstufte, hatte indessen während seiner Italienreise wesentlich mehr versprochen, als Brüssel oder Wien zu gleicher Zeit für machbar und vernünftig hielten; dabei, und dies machte die Sache doppelt gefährlich, war sein Ansprechpartner nicht

¹¹⁸⁾ Das gedruckte Rundschreiben in SA Frkr. NW 1789-1800 14 Konv. V. d. französischen Botschaft 1789-1798/von Noailles 1789-1792" bzw. mit Begleitstücken in RK RkgF 1/2 (Mai 1791). Es war dem Hof von der Gruppe Barnave-Duport-Lameth oktroziert worden. Blumendorf an Kaunitz (6. 5. 1791); Leopold II. an Kaunitz (Mantua, 20. 5. 1791); Kaunitz an Leopold II. (8. 5. 1791). Mercy an Kaunitz (17. 5. 1791); Belgien DD A Berichte 321). - Montmorin an Noailles mit Rundschreiben (29. 4. 1791). Noailles an Montmorin (11. 5. 1791); AMAE CP Autriche 361. - Flachslanden an Leopold II. (9., 20. 5. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Flachslanden-Leopold II.). Zu den ersten Beratungen der königlichen Familie nach dem Eklat des 18. April durch Lamarck, Montmorin u.a. vgl. Blumendorf an Mercy (23. 4. 1791 - Beilage zu Mercy an Leopold II. 28. 4. 1791) mit Blumendorf an Marie-Antoinette (21. 4. 1791) und Lamarck an Marie-Antoinette (21. 4. 1791). Duc des Cars (Hrsg.), Mémoires de Madame la Duchesse de Tourzel I (Paris 1883) 281f.

¹¹⁹⁾ Spielmann (?) an Erzherzog Franz (?) ((Ende Mai 1791); StK Vorträge 148 Konv. 1791 V) mit Beilage (Thugut an Spielmann, 14. 5. 1791), Leopold II. an Spielmann (Mailand, 18. 6. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 VI), Thugut an Spielmann (Brüssel, 25. 8. 1791; SA Frkr. Varia 45 Konv. Frankreich Varia 1791 VI-VIII); Blumendorf, an Mercy (3. 6., 12. 7., 11., 15. 8. 1791), an Hoppé (19. 5. 1791); SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy 1790/91; an Kaunitz (26. 5. 1791; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1791 I-VI). Vgl. auch den Briefwechsel (1790-1794) zwischen Thugut und Mercy in SA Frkr. Varia 49 Konv. Thugut-Mercy, daraus hier zu seiner mit "affaires pécuniaires" motivierten Reise: Thugut an Mercy (8. 4. 1791). - Lagravière an Montmorin (5. 5. u. 21. 8. 1791; AMAE CP Pays-Bas espagnols/autrichiens 180 u. 181). - Zu Thuguts Tätigkeit als französischer Agent bzw. - wohl richtiger - als österreichischer Doppelagent in den siebziger Jahren vgl. (meist allerdings recht oberflächlich) Roeder, Thugut, S. 40-46 (dazu Soulavie, Mémoires historiques 4, S. 324-334), zu seinen Geldanlagen in Frankreich während der achtziger Jahre Roeder, S. 66ff, zum Parisaufenthalt ebd. S. 81-88, zum Brüsseler "think tank" um Mercy 1791/92, ebd. S. 88-96. Thugut an Kabinettsminister Colloredo (18. 3. 1792; Druck: Vivénot, Vertrauliche Briefe I, S. 1f). Als der französische Außenminister Montmorin die ehemalige Agententätigkeit Thuguts für Frankreich enthüllte, konnte er damit bestenfalls Uneingeweihte wie Lamarck und Blumendorf verschrecken.

etwa der Vertrauensmann der königlichen Familie Breteuil bzw. sein verlängerter Arm in Italien, der im Dezember 1790 zurückgetretene französische Botschafter in Venedig, Marquis de Bombelles, gewesen, sondern niemand anders als Comte d'Artois. Die Zugeständnisse des Kaisers dienten zwar in seinem eigenen Verständnis nur der Zügelung der Emigranten und ihrer gefährlichen Konterrevolutionsprojekte und waren, wie er beteuerte, gar nicht ernst gemeint. Aber Marie-Antoinette zeigte sich dennoch ebenso wie später Mercy entsetzt darüber, daß sich der Kaiser derart weit und sorglos in Artois' und seines bösen Geistes Calonne Projekte eingelassen hatte, und wies diese denn auch als höchst gefährlich und für das Ansehen des Königs schmälern zurück (vgl. unten). Auch in Brüssel rochen die dort massierten französischen Emigranten Lunte; schon Ende Mai 1791 hatten sie relativ genaues Kenntnis von den Fluchtplänen der königlichen Familie, konnten aber Mercy nicht weiter aus der Reserve locken. Ebensowenig wie sich der Botschafter davon abhalten ließ, die Tuileries eiterhin geduldig zur Vorsicht, will sagen: zur Aufschiebung der Flucht aus der Hauptstadt zu mahnen. Nach Überwindung der bedenklichen Talsohle vom April 1791 und der allmählichen Aufhellung des internationalen Horizonts schien ihm nun das gigantische Wagnis einer heimlichen "Entfernung" aus Paris unnotwendiger denn je, und in eben diesem Maße wärmte er seine alten Ratschläge zu einem primär innenpolitisch ausgerichteten Aktionsplan wieder auf: Gewinnung von Abgeordneten der nächsten Legislative, Bildung eines unbedingt verlässlichen Ministeriums, Ansiedlung der Nationalversammlung außerhalb von Paris usw. Auch Staatskanzler Fürst Kaunitz blieb überaus skeptisch und zweifelte noch Anfang Juni 1791 in einem Brief an den Kaiser massiv an den Erfolgchancen eines Fluchtversuchs:

"Quant à moi, je ne croirai à l'évasion de la famille royale que lorsque je la verrai. J'ai peine à penser qu'elle soit possible et que sérieusement on ose la tenter, attendu que vraisemblablement ce seroit sans succès, en s'exposant aux plus grands dangers, et, supposé même qu'elle pût réussir, faute de moyens de toute espèce vraisemblablement sans autre effet que celui d'avoir mis les personnes de la famille royale en liberté, sans avoir mis par là leur vie en sûreté, supposé que les factieux aient réellement le projet d'y attenter, les méchants ne manquant pas pour cet effet de moyens de loin comme de près. Ce dont je me flatte c'est que l'on ne tentera pas l'exécution de l'idée de l'évasion, parce que, en y repensant à tête reposée, on en sentira l'impossibilité".

Staatsreferendar Spielmann arbeitete Mitte Mai 1791 "Betrachtungen über die französischen Angelegenheiten" aus, in denen er eine Flucht als die unrätlichste Maßnahme darzustellen bestrebt war. Denn sollte sie scheitern, würde aus des Königs politischer Gefangenschaft auch eine "physikalische". Gelingen die Flucht aber, konnte man den Monarchen leicht der Krone für verlustig erklären. Die Verschiedenheit der Interessen unter den europäischen Höfen machte zudem eine internationale Gemeinschaftsaktion zu Ludwigs Gunsten immer noch höchst unwahrscheinlich, andererseits vermochte aber ein einzelner Hof ohne Konzert und Einverständnis mit den anderen Puissancen nichts auszurichten. England, so nahm man in der Staatskanzlei an, würde sich wohl überhaupt nie zu einem Plan bereithalten, "welcher dahin gehen dürfte, die königliche Gewalt [in Frankreich] wieder in ihrem vorigen Umfange zu reintegrirren und dem französischen Hofe das volle Gewicht seines ehemaligen politischen Einflusses zu verschaffen". Dies sei im übrigen, so Spielmann, auch mit dem österreichischen Staatsinteresse unvereinbar. Ein sicheres Mittel zur Bündelung aller Konvenienzen war letztlich ein Tribut an den einzelstaatlichen Egoismus: die Vergrößerung der als anti-revolutionäre Helfer auftretenden Mächte - Österreich, England, Preußen und Spanien - auf Kosten Frankreichs. So konnte einerseits das Königreich nachhaltig geschwächt, dafür aber andererseits die königliche Gewalt "in integrum" restituiert werden. Ein Plan ohne jede "moralische Seite", wie der Staatsreferendar sofort sich selbst korrigierend einwarf. Dafür bestand durchaus die Gefahr, daß eine mit derartigen Hintergedanken ersonnene Intervention des Auslands in Frankreich zur Abkehr vom bisherigen "Schwindelgeist", zur Anspannung aller Kräfte und zu erneuter Konsolidierung führte. Wahre "cause commune de tous les souverains" konnte in Wirklichkeit ohnehin nur ein Punkt sein

nicht "die dermalige innerliche französische Constitution und die Wiederherstellung der vorigen königlichen Macht und Gewalt, sondern lediglich die vollkommene persönliche Sicherheit und Freyheit des Königs, der Königin und der königlichen Familie, die vollständige Aufrechterhaltung des ihnen gebührenden Decoré, die hinlängliche Sicherstellung und Bedeckung aller Erfordernisse ihrer Würde, ihres Hofstaates etc., mit einem Worte die strenge Beobachtung alles dessen, was man auch bey der beschränktesten monarchischen Regierungsform der Majestät eines Königs und seiner Familie schuldig ist."

Würden selbst diese Minimalbedingungen dem König verweigert, auch wenn er sich in anderen Punkten beugte, dann bestand Hoffnung auf ein Konzert der europäischen Mächte, das mit einer fermem Sprache und notfalls mit Demonstrationen sein Auslangen finden konnte.

Dem Zirkularschreiben des französischen Außenministeriums vom April 1791 maß Staatsreferendar Spielmann in seinem Aufsatz beträchtliche Bedeutung zu, hatte sich doch der König dadurch selbst viele Fluchtwege verlegt und dem Ausland vorerst mögliche Vorwände genommen:

"Die neue französische Constitution wird darin ministerialiter allen europäischen Höfen als ein mit Einstimmung des Königs und der Nation vollbrachtes Werk dargestellt. In dieser Voraussetzung hat kein fremder Hof auch nicht das geringste Scheinrecht, sich in die Domestica einer unabhängigen Nation zu mischen und jenes für ungültig anzufechten, was diese Nation vereinigt mit dem König in ihrer innerlichen Staatseinrichtung zu verändern und festzusetzen für gut gefunden hat. Freylich weis man leider, was es mit dieser praetendirten freyen Einwilligung des Königs für eine Beschaffenheit hat. Allein solange diese Beschaffenheit nicht von ihm selbst und zugleich von einem grossen Theil der Nation öffentlich aufgedeckt wird, welches von dem König allein ohne äusserste Gefahr unmöglich geschehen kann, so muß das, was nun in seinem Namen und auf seinen Befehl öffentlich und ministerialiter erklärt worden, so wie es liegt, verstanden und angenommen werden." Nach allem argumentativen Hin und Her ein glattes Plädoyer für österreichische Zurückhaltung¹²⁰).

Die Emigranten blieben indes trotz der Schlappe zu Jahresanfang 1791 nicht untätig. Bereits im Februar 1791 war Abbé de Fontbrune als Überbringer der kaiserlichen Abmahnungsschreiben bei Artois in Venedig eingetroffen. Die Emigranten gehorchten vorerst und verließen die Lagunenstadt, um dem Kaiser wie gewünscht bei seiner Durchreise im März 1791 nicht zu kompromittieren. Calonne hatte sich sogar Mitte Februar 1791 in Wien nach dem Itinerar der Italienreise Leopolds erkundigt, damit man unabsichtliche Zusammentreffen vermeiden konnte. Vielversprechenden Ankündigungen guten Willens; die Realität sah freilich anders aus, und die Emigranten nützten natürlich die einmalige Chance, die sich ihnen bot, als der Kaiser ohne Aufsicht der Staatskanzlei die Apenninhalbinsel bereiste. Leopold entglitt wieder einmal der Kontrolle seiner vorsichtigen Beamten und verließ unter dem verwirrenden Sperrfeuer der Emigranten und der Gruppe um den Auslandsagenten des Königs, Breteuil, allmählich den Kurs der völligen Zurückhaltung. In Wien dagegen löste sich die "Gegenbotschaft" der Emigranten weitgehend auf. Im April 1791 verließ d'Escars die Reichshaupt- und Residenzstadt und verfügte sich ins Reich.

Schon auf der ersten wichtigen Station der Italienreise des Kaisers, in Venedig, brachen die Emigranten ihr Versprechen: Fontbrune und Bombelles - letzterer noch in undurchsichtiger Weise zwischen Artois und Breteuil schwankend - wurden vorstellig und ließen durch ihre Querelen die verwirrende Brüchigkeit in den Reihen der Auslandsfranzosen deutlich werden. Der Kaiser gab sich zornig über die bunte Vielfalt verschiedener Agenten, die sich mehr oder weniger alle auf die Tuilerien beriefen, sich dabei aber anschwärzten und auszustechen suchten. Dadurch tat man freilich der eigenen Sache nichts Gutes, denn Leopold II. zog sich um so eher auf die Informationen Botschafter Mercys aus Brüssel zurück, der allerdings die Mitteilungen der Königin interpretierend und wertend filterte, wenn er sie an den Kaiser oder die Staatskanzlei weiterleitete. Eine Weichenstellung wurden schon jetzt vorgenommen: Bombelles machte den Kaiser Ende März 1791 in Venedig mit dem Vorhaben Artois' vertraut, das recht unruhig gewordene Königreich Sardinien-Piemont gleichfalls zu verlassen und - mit der Erlaubnis Leopolds - seinem Cousin Condé nach Deutschland zu folgen¹²¹).

¹²⁰) Kaunitz an Leopold II. (9. 6. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 VI), "Betrachtungen über die französischen Angelegenheiten" ([an den Kaiser expediert 13. 5. 1791]; SA Frkr. Varia 45 Konv. Frankreich Varia I-V). Daß der Kaiser in Italien mehr und mehr die Überzeugung gewann, daß der "französische Unfug" endlich aufhören müsse, machte an Europas Fürstenhöfen und in Diplomatentreisen rasch die Runde: Frhr. von Stein an Friedrich Wilhelm II. (18. 5. 1791; Druck: Hansen I, S. 830-835). - Mercy an Blumendorf (bzw. an Marie-Antoinette) (29. 3., 21. 4., 26. 5. 1791; FA SB 71 d. B/A). Mercy wurde über die Entwicklung der internationalen Lage auf dem laufenden gehalten: Kaunitz an Mercy (30. 5. 1791; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Mercy 1791 I-VII).

¹²¹) Calonne an [] (Venedig, 16. 2. 1791; SA Frkr. Varia 44 Konv. Schreiben, Denkschriften Calonnes etc.). Journal Fontbrunes (SA Frkr. Varia 45). Bombelles an Leopold II. (Venedig, 27. u. 30. 3. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Bombelles-Leopold II.). Bombelles, Journal 3, S. 189f, 198f, 201-211. D'Escars an Leopold II. (1. 3., 13. 4. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. D'Escars-Leopold II.). D'Escars stand mit dem frz. Botschaftssekretär in Wien, Gabard, in Kontakt: D'Escars an Gabard (Aachen, 28. 5. 1791; SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 I-V). - Den besten Überblick über die Verhandlungen des Kaisers mit den Emigranten während der Italienreise geben Leopold II. an Kaunitz (Florenz, 9. 5. 1791; StK Vorträge 148 Konv. 1791 V; Druck: Beer, S. Joseph, 402 [ohne Beilagen]) und dessen bedeutende Annexe, darunter besonders der "Mémoire sur ce qui s'est passé à

Baron Flachslanden forcierte währenddessen aus seinem württembergischen Exil die Idee eines Mächtekonzerts zur Rettung der königlichen Familie und machte sich - verärgert über die Lethargie der Tuileries - definitiv die Theorie der Falken unter den Emigranten zu eigen, daß man Ludwig XVI. und Marie-Antoinette auch gegen ihren Willen befreien mußte; und die einzige wahre Stütze des Allerchristlichsten König, die einzige Hoffnung Europas auf die Errettung vor der "philantropischen" Seuche war eben der Kaiser ... unterstützt von einem wirksamen Konzert der Mächte. Angst und Schrecken hatten die Revolution sich etablieren geholfen, Angst und Schrecken sollten nun die "scélérats" in Paris in die Flucht schlagen¹²²).

Nach Marquis de Bombelles gelang es schließlich auch dem gefürchteten "Erzintriganten" im Lager der Emigranten, Calonne, dem Kaiser eine Audienz abzutrotzen. Dies schien immer noch besser als die alternative Option, die man dem Kaiser zur Auswahl gestellt hatte: ein Treffen mit dem Grafen von Artois selbst. Am 9. April 1791 langte Leopold II. in Florenz ein, schon zwei Tage später gefolgt von Calonne, der strengstes Incognito wahrte und während seines mehrtägigen Aufenthalts zweimal zu intensiven Gesprächen mit dem Kaiser zusammentraf. Auch die Emigranten verlangten nun von Österreich nicht mehr, daß es alleine das Risiko einer Rettungsaktion zugunsten des Allerchristlichsten Königs auf sich nahm. Nur durch ein koordiniertes Zusammenwirken der wichtigsten europäischen Mächte und nach Sicherstellung englischer Neutralität war die diffizile Frankreichfrage wirklich befriedigend zu lösen. Freilich verblieb auch in diesem Rahmen dem Kaiser eine unbezweifelbare Führungsrolle. An ihm lag es, die übrigen Mächte (man hatte konkret Spanien, Sardinien, Neapel, das Reich und die Schweizer Kantone im Auge) mitzureißen und durch Truppendemonstrationen in Belgien und Vorderösterreich auch im Faktischen voranzugehen. Dabei waren sich die Emigranten der von den Österreichern zur Rechtfertigung ihrer Zurückhaltung gerne ins Treffen geführten schwierigen internationalen Lage besonders in Osteuropa durchaus bewußt. Wollte man aber auch noch bis zum Abschluß des russisch-türkischen Friedens zuwarten, um in Frankreich wirklich mit Macht einzugreifen, so waren die königliche Familie und Frankreich verloren, die Länder Europas vielleicht selbst längst mit dem Keim der Revolution infiziert. Schien es da nicht im Interesse aller, wenn sich die Streitparteien für vier Monate zu einem Stillhalteabkommen verpflichteten, damit die Gutgesinnten Muße für ihre Aktion gegen die "factieux" in Paris fanden?

Die Emigranten selbst hatten bereits mit der Arbeit an der europäischen Interessensgemeinschaft begonnen und mit Spanien intensive Sondierungsgespräche aufgenommen. Das Protestmanifest des Hauses Bourbon, das die Intervention des Auslandes absichern und legitimieren sollte, mußte nicht nur die Unterschriften der geflohenen Mitglieder der französischen Königsfamilie und der Prinzen von Geblüt tragen, sondern auch jene der übrigen Zweige des Hauses Bourbon, also der Könige von Spanien und Neapel-Sizilien sowie des Infanten von Parma. Alle den Aufträgen der Cahiers de doléances zuwiderlaufenden Anschläge der französischen Constituante auf die Vollgewalt des Königs von Frankreich, das sündhafte Vorgehen gegen die Heilige Mutter Kirche, die Propagierung der "irreligion", die Mißachtung sakrosankter Pakte und (Völkerrechts-)Verträge und schließlich "les effets contagieux d'une doctrine qui attaque tous les gouvernements, qui rompt tous les liens de l'ordre social, qui menace la tranquillité de toutes les nations" sollten in diesem Zusammenhang eingehend gewürdigt werden und das Eingreifen des Auslands begründen helfen.

Ob der unfreie Ludwig XVI. nun der Intervention nach außen Widerstand leistete oder nicht, wurde vor dieser Front ausländischer Ablehnung und angesichts des Protests des bourbonischen Gesamthauses irrelevant. Der gefangene und handlungsunfähige König von Frankreich sah sich so gleichsam entmündigt, und da auch Monsieur in den Händen der Revolutionäre war, fiel die Vertretung der wahren Interessen der französischen Monarchie logischerweise dem Comte d'Artois zu. Die feierliche Verwahrung des Hauses Bourbon gegen die revolutionär-anarchische Entwicklung in Frankreich sollte erst parallel zum tatsächlichen Eingreifen der europäischen Mächte und gleichzeitig mit einem Protestmanifest der innerfranzösischen Opposition erscheinen. Hier lag in den Verhandlungen der Emigranten mit Spanien - abgesehen von dem üblichen Feilschen um finanzielle Unterstützung oder die Übernahme von Bürgschaften -

Florence" (o.D.). Es ist dies der erste Teil eines umfangreicheren Journalbuchs der Kabinettskanzlei über die Kontakte des Kaisers zu den frz. Emigranten (o.D.), das sich in SA Frkr. Varia 44 befindet.

¹²²) Flachslanden an Leopold II. (4. 4. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Flachslanden-Leopold II.). Flachslanden machte zugleich einen konterrevolutionären Plan des nun in spanische Dienste übergetretenen Amerikakämpfers Claude-Anne de Rouvroy Marquis de Saint-Simon (1743-1819) bekannt.

der Schwerpunkt, denn Artois dachte nicht daran, sich von den Souveränen im Falle des Falles in den Hintergrund drängen zu lassen. Die ausländische Intervention durfte keinesfalls ohne möglichst breite Unterstützung aus dem Inneren Frankreichs, aus den angeblich mehrheitlich Artois zuneigenden Provinzen erfolgen; sie mußte von der - so behauptete man - sehr starken und nun noch durch die verfehlte Kirchenpolitik der Nationalversammlung angefrischten innerfranzösischen Widerstandsbewegung ausdrücklich reklamiert werden, wollte man den Anschein eines ungebetenen Aggressors vermeiden und den König selbst nicht noch zum (formellen) Widerstand gegen jene zwingen, die eigentlich zu seiner Rettung herbeieilten. Die ohnedies explosive, nur durch den mäßigenden Einfluß Artois' unter Kontrolle gehaltene Situation in Frankreich war unbedingt zu nützen; der innere Widerstand bot sowohl für den König, wenn er doch noch fliehen sollte, als auch für das Eingreifen von außen den entscheidenden Rückhalt, verließ Artois die Gloriole des antirevolutionären Heros und befreite die skeptischen Höfe Europas durch die Anregung, letztlich nur als "Hilfstruppen" der malkontenten Franzosen einzugreifen, von dem hinderlichen Alpdruk, sich zu weit aus dem Fenster lehnen zu müssen. In den konkreten Verhandlungen mit Spanien überragte freilich nach den Bitternissen der Konfrontation mit England 1790 eine Frage alles andere: wie würde das englische Kabinett auf Europas Kampf gegen die revolutionäre Bedrohung in Frankreich reagieren, wollte es wirklich, wie oft kolportiert, eine Allianz mit dem neuen Frankreich eingehen? Die Emigranten versicherten, daß die Briten gar nicht daran dachten, den übrigen Mächten Hindernisse in den Weg zu legen, und sich streng neutral verhalten würden. Von Georg III. war allgemein bekannt, daß er die "Exzesse" der Pariser Revolutionäre mit größtem Abscheu beobachtete, und diese Strömung in den englischen Zirkeln der Macht gedachte man in Emigrantenkreisen zu nützen. Calonne wollte sogar Pitts angebliche Neutralitätszusage vom Jahre 1790 aktualisieren und bestätigen lassen, um Madrid jede Angst zu nehmen.

Die Reaktion Spaniens, das an dem lebhaften Naturell der Emigrantenführung wenig Geschmack fand, fiel freilich reichlich kühl und vorsichtig aus. Das vorgeschlagene Manifest an die Constituante hielt man in Madrid einer veritablen Kriegserklärung gleich, und für einen bewaffneten Schlagabtausch glaubte man Frankreich viel besser gerüstet. Die Anrainerstaaten jedenfalls hatten in den Augen der Spanier in den Grenzregionen noch viel zu wenig militärische Vorkehrungen getroffen, um sich ungestraft und ohne Gefahr, sich lächerlich zu machen und Frankreich sogar im Angesicht der Bedrohung von außen zu einen, großmäulige Drohgebärden leisten zu können.

Auch Königin Marie-Antoinette hatte Ende März 1791 - in Vertretung ihres erkrankten Gatten - zur Feder gegriffen, um den Comte d'Artois ein weiteres Mal zur Zurückhaltung und zum Verbleib in Italien zu mahnen und seine Anschläge beim Kaiser zu tadeln. Die Emigranten mußten ein für allemal zur Kenntnis nehmen, daß sich König und Königin jede Aktion verbat, die nur Schaden anrichten konnte und ihre eigenen Pläne gefährdete. Der Bruder des Königs wieder beschwerte sich über das kränkende Mißtrauen der Tuilerien, die offensichtlich seine vernünftigen Gegenvorstellungen fürchteten und ihm seine wilde Entschlossenheit neideten, bis zum letzten Blutstropfen die Rechte von Thron und Altar auf der Basis der königlichen Erklärung vom 23. Juni 1789 zu verteidigen und die revolutionären Ärgernisse in einer koordinierten "explosion générale" innerer wie äußerer Kräfte vom Erdboden zu tilgen.

Der Kaiser allerdings hielt einstweilen noch stand. Es konnte keine Rede davon sein, Artois den Oberbefehl über eine österreichische Eingreiftruppe in Belgien anzuvertrauen und sich bestimmt zur Sache zu äußern, ehe man die anderen betroffenen Höfe gehört hatte. Immerhin gestattete man Artois Mitte April 1791 die Übersiedlung nach Aachen und in weiterer Folge in das belgische Namur, sofern er sich ruhig verhielt und partielles Vorpreschen seiner Anhänger verhinderte. Dabei kamen die Pariser Ereignisse des 18. April 1791 der Hetze der Emigranten sehr weit entgegen, und Artois benützte die Skandalnachrichten aus der französischen Hauptstadt sofort, um den ohnedies schon schwankenden Kaiser endgültig mürbe zu machen. Nun beschränkte sich der Kampf nicht mehr auf ein Ringen zwischen jenen, die einen starken und dominanten Souverän nach altem Muster wünschten, und jenen, die an der Fabrikation eines konstitutionellen Marionettenkönigs arbeiteten. Nur zu offensichtlich hatte sich jetzt eine starke Partei in den Konflikt eingeschaltet, die überhaupt keinen König mehr wollte! Indem man den König hinderte, nach St. Cloud zu reisen, bewies man aller Welt unwiderlegbar - und hoffentlich auch den noch zweifelnden Österreichern -, daß Ludwig XVI. nicht einmal den Anschein von Denk- und Handlungsfreiheit für sich reklamieren konnte. Für die Prinzen des Hauses Bourbon mußte dies das Signal sein, ihr Schweigen zu brechen, Rücksichten abzulegen und jenen zu folgen, die wie Madame Elisabeth, die Schwester des Königs, aus den Tuilerien selbst zur Gewaltanwendung rieten. Dazu aber war eine Konferenz zwischen Ar-

tois, dem Vertreter des legitimen Frankreich, und dem Kaiser, dem Hoffnungsträger Europas, unumgänglich notwendig. Leopold II. ließ keinen Zweifel daran, daß auch er dringend die Rückkehr geordneter Zustände in Frankreich wünschte. Für ein so bedeutendes Unterfangen aber mußte jeder Dilettantismus, jeder übereilte oder unüberlegte Schritt, jedes Tätigwerden ohne Zusammenwirkung der "puissances majeures et voisines" tödlich sein. Wenigstens in einer Hinsicht allerdings war der Bann gebrochen: Artois durfte - nur mit kleinem Gefolge und getarnt als zufällige Reisebegegnung - den Kaiser bei seiner Rückreise aus Florenz in Mantua treffen und die Frankreichfrage ausführlicher mit ihm diskutieren. Eine bislang noch nicht dagewesene Chance für die Politik der Emigranten!¹²³⁾

Mittlerweile war auch der Steuermann der geheimen Außenpolitik der Tuileries, Baron de Breteuil, zu einer neuen Offensive angetreten. Als mehrfaches Nachstoßen bei Mercy in Brüssel die Verhandlungen um den erbetenen 15 Millionen-Kredit und die Bereitstellung einer österreichischen "force de démonstration" in Belgien und im Breisgau nicht beschleunigte, riß auch Breteuil angesichts der Hinhaltetaktik Mercys die Geduld. Er wandte sich nun Mitte April 1791 gleichzeitig an Staatskanzler Kaunitz in Wien und den Kaiser in Florenz, um endlich eine schlüssige Antwort auf sein Anbringen zu erhalten. Kaunitz antwortete wie sein Schüler Mercy ausweichend und gab sich dem Kaiser gegenüber entsetzt angesichts der monumentalen Forderungen Breteuils und der Rückschlüsse, die sich daraus für die Terminisierung des bislang von Wien stets abgelehnten Fluchtplans der königlichen Familie ziehen ließen.

Der kranke Kaiser allerdings kam nicht so leicht davon, denn bei ihm wurde noch Ende April 1791 in Florenz ein Abgesandter Breteuils persönlich vorstellig: Marquis de Bombelles entledigte sich zwar noch ein letztes Mal der ihm eingehändigten Aufträge des Comte d'Artois, gab sich dann aber endgültig als Vertrauensmann Breteuils und damit als verlängerter Arm der Tuileries zu erkennen. Seine Loyalität gegenüber der Krone ging - so erklärte er dem Kaiser - der Anhänglichkeit an Artois vor. Auch Bombelles drängte nun - bestärkt durch die Vorfälle des 18. April - auf beschleunigte Hilfe für den gefangenen König und die Erfüllung der Ansuchen Breteuils. Jedes Argument wurde benützt, um - oft in verdächtiger Nähe zu den Plänen der Emigranten - den Kaiser zu überzeugen, daß ein Eingreifen endlich auf Erfolg, Zustimmung und Unterstützung rechnen konnte: große Bereitschaft Spaniens und Sardinien, die Instrumentalisierbarkeit der Elsaß-Frage am Reichstag, der Familiensinn des Kaisers, die Sorge um das Überleben der Allianz mit Frankreich und mehr noch die Angst vor einer Verbreitung der französischen Demokratie über die Grenzen des Ursprungslandes hinaus. Da ließ sich durchaus auch etwas kräftiger auftragen als bisher: der Kaiser sollte seine Truppen in Belgien autorisieren, zum kritischen Zeitpunkt auch französische Grenzstädte wie z. B. Valenciennes zu besetzen, wenn sie freiwillig ihre Tore öffneten, österreichische Kavallerie begleitend zur Flucht der königlichen Familie als Propagandisten der royalistischen Sache durch die Provinzen streifen lassen und durch Beschleunigung der Vorgänge am Regensburger Reichstag die Beistellung von Reichstruppen ermöglichen. Alles in allem zog sich Leopold II. dann aber doch relativ unbeschadet aus der Affäre. Ehe man nicht die Absichten der Tuileries kannte, durfte von deutlichen Entschlüssen nicht im entferntesten die Rede sein. Auch auf Leopolds Schwester Marie-Antoinette fiel in einem Brief, den Bombelles Anfang Mai 1791 mit auf den Weg in die Schweiz erhielt, zurückhaltender Tadel: Wenn er, Leopold, trotz großer Sorge nichts unternahme, so v.a. deshalb, weil er

¹²³⁾ Artois an Leopold II. (Parma, 8. 4. 1791 - Venedig, 24. 4. 1791 - Vicenza, 28. 4. 1791; SA Frkr. HK 4 Konv. Artois-Leopold II.). Leopold II. an Artois (Florenz, 2. 5. 1791; SA Frkr. HK 5 Konv. Leopold II.-Artois). - Calonne an [?] (18. 4. 1791) mit "Courtes réflexions sur un grand objet", Calonne an Leopold II. (Venedig, 25. 4. 1791); SA Frkr. Varia 44 Konv. Schreiben, Denkschriften Calonnes. Als Beilagen zu Leopold II. an Kaunitz (9. 5. 1791) gesammelt: Mémoire des Comte d'Artois für den spanischen Hof (o.D.) mit "Projet de protestation de la maison de Bourbon", "Avis du cabinet de Madrid" (o.D.), "Mémoire de l'ambassadeur d'Espagne à Venise, Las Casas, sur la conduite que le comte d'Artois doit tenir" (25. 4. 1791), "Mémoire du comte d'Artois [...] sur l'attentat commis envers le Roi" (Vicenza, 28. 4. 1791; O in SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 I-V) und zwei Stücke aus der geheimen Korrespondenz zwischen Artois und Marie-Antoinette: Marie-Antoinette an Artois (20. 3. 1791) und die Antwort Artois' (Parma, 6. 4. 1791), beide gedr. bei Feuillet 2, S. 20f, 33-35, und auch in SA Frkr. 44 Konv. Ludwig XVI.-vgl. Brüder in A erhalten. Der Kaiser äußerte sich in Briefen an seinen Sohn Erzherzog Franz - entgegen der communis opinio - übrigens sehr zufrieden über Calonne und sein maßvolles Verhalten. "J'ay vu ici deux fois Monsieur de Calonne. C'est de tous les François que j'ay vu[s] le plus raisonnable et le plus modéré": Zwei Briefe Leopolds II. an Franz (o.D.; FA SB 27 Konv. Lettres de Sa Majesté l'Empereur et Roi à Son Altesse Roiale l'archiduc François 1791). - Las Casas an Leopold II. (Venedig, 11. 5. 1791; SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 I-V). Jacqueline Chaumié, La correspondance du chevalier Las Casas et du marquis de Bombelles, ambassadeurs de France et d'Espagne à Venise, sous la Révolution. In: RHD 64 (1950) 99-141, 65 (1951) 76-128, Lacour-Gayet, Calonne en Italie, S. 70-73, Michel Eude, Breteuil, Bombelles, Castrics en 1791. In: AHRF 34 (1962) 36-53 [unvollständig], Bombelles, Journal 3, S. 218f.

um das Leben der königlichen Familie fürchte, die Planungen der Tuileries nicht hinreichend bekannt seien und die verwickelten Kontaktnahmen und das verwirrende Chaos von Sendlingen und Vertrauensleuten jede Klarheit verhinderten¹²⁴).

Am 18. Mai 1791 war es dann soweit. Einen Tag nach der Ankunft des Kaisers traf auch Comte d'Artois - erst gegen Ende der Verhandlungen von Calonne unterstützt - ein und konnte seine Anliegen erstmals mündlich darlegen. Am 18., 19. und 20. Mai 1791 kamen Artois und Leopold zu jeweils mehrstündigen Gesprächen zusammen. Stolz berichtete der Kaiser nach dem Ende der anstrengenden Diskussionen dem Staatskanzler, wie sehr er sich bemüht hatte, den 'Übereifer Artois' und seiner Mannen zu zügeln. Um welchen hohen Preis aber, mochte sich Kaunitz gedacht haben, als ihn Ende Mai 1791 die umfangreiche Depesche Leopolds über die in Mantua vorgenommenen Weichenstellungen erreichte. Vorbei war nun die Zeit der Abstinenz in der österreichischen Frankreichpolitik. Zwar hatte der Kaiser immer noch ein gerüttelt Maß an Vorsicht bewahrt und einen Manifestentwurf der Emigranten zurückgewiesen, in dem Leopold im Anschluß an das Protestschreiben des Hauses Bourbon sein drohende Haltung gegenüber Frankreich mit den üblichen Argumenten (darunter natürlich wie immer die Sorge vor dem "progrès contagieux du système antimonarchique" und seit neuestem auch die Frage der gekränkten Reichsstände) begründen und grausame Rache androhen sollte, würden die Pariser Tyrannen der königlichen Familie ein Leids antun und ihr den Rückzug an einen Ort ihrer Wahl verwehren. Entscheidend aber war: der Kaiser hatte sich nun für eine aktivere Frankreichpolitik verbürgt und den Emigranten bindende Zusagen gemacht, sobald die königliche Familie durch ihre Flucht und anschließend zu erwartende Proteste bzw. Hilferufe an die europäische Öffentlichkeit jene Voraussetzungen schuf, die Kaunitz selbst - allerdings auf rein hypothetischer Ebene - im Dezember 1790 als unbedingte *conditio sine qua non* für ein Tätigwerden von österreichischer Seite festgelegt hatte.

Die Idee des europäischen Mächtekonzerts zur Bändigung der revolutionären Hydra in Frankreich bekam nun endlich realen Gehalt; die Staatskanzlei in Wien und Botschafter Mercy erhielten entsprechenden Auftrag, sich auf die neue Wendung der Dinge einzustellen. An Kaunitz erging der Befehl, konkrete Vorbereitungen für die Bildung einer internationalen Aktionsgemeinschaft und Kontaktnahme mit verschiedenen europäischen Höfen zu treffen, natürlich auch um den zu erwartenden übertriebenen Schilderungen der Emigranten über Willen und Streben des Kaisers zuvorzukommen. Erste Schritte sollten den Königen von Spanien und Sardinien gelten; der k.k. Gesandte in Berlin, Fürst Reuß, war mit Sondierungen bei Friedrich Wilhelm II. und Bischoffwerder zu betrauen, die Elsaß-Frage in Regensburg im Rahmen des reichsverfassungsmäßig Zulässigen zu beschleunigen. Sogar finanziell wollte man den Emigranten unter die Arme greifen: Die Hofkammer sollte Auftrag erhalten, die Bürgschaft für eine Anleihe des Comte d'Artois über zwei Millionen Livres bei Bankhäusern in Amsterdam und Frankfurt zu übernehmen.

Von seinen waghalsigen Invasionsplänen gegen Frankreich, die eine Umklammerung des Revolutionsherdes durch Truppen Spaniens, Sardiniens, der Schweizer Kantone und womöglich des Reichs und Diversionen gegen die Franche-Comté und den Dauphiné vorsahen, den von inneren Aufständen und überlaufenden französischen Linientruppen unterstützten Hauptstoß aber aus den Österreichischen Niederlanden gegen Paris festlegten, konnte Artois nichts durchsetzen. Lediglich die auch den Wünschen der Tuileries entsprechende Bildung eines starken österreichischen Kordons von 30-35.000 Mann in der Linie Namur-Charleroi-Mons-Ath-Leuze wurde für Ende Juni 1791 zugesagt; ob und wann man tätig werden wollte, ließ der Kaiser offen. Die Emigranten ihrerseits setzten nun nur noch auf ein von den Manifesten des

¹²⁴) Vortrag Kaunitz (25. 4. 1791; StK Vorträge 148 Konv. 1791 III-IV) mit Breteuil an Kaunitz (Solothurn, 13. 4. 1791) und Kaunitz an Breteuil (26. 4. 1791). Breteuil an Leopold II. (Solothurn, 13. 4. 1791) und "Mémoire du marquis de Bombelles sur ce que le baron de Breteuil demande au nom du Roi" (o.D.); Beilagen zu Leopold II. an Kaunitz (9. 5. 1791). Die O der Schreiben Breteuils an Kaunitz und Leopold in SA Frkr. Varia 44 Konv. Breteuil-Mercy, Kaunitz, Leopold II. - Breteuil an Mercy (Solothurn, 26. 2., 3. u. 20. 4. 1791; SA Frkr. Varia 48 Konv. Breteuil-Mercy). - Bombelles an Leopold II. (Florenz, 28. u. 29. 4. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Bombelles-Leopold II.) ebenfalls mit "Mémoire de Monsieur de Bombelles [...] sur ce que Monsieur de Breteuil demande au nom du Roi". Bombelles, Journal 3, S. 219-228 (mit einer deutlich interventionsfreundlicheren Linie Leopolds). Bombelles war für die Zeit nach der Wiederherstellung der "Ordnung" in Frankreich vom König als neuer Außenminister vorgesehen. - Leopold II. an Marie-Antoinette (2. 5. 1791; über Bombelles und Breteuil zugestellt; verschiedene A, u.a. in SA Frkr. Varia 44 Konv. Auslieferung a. d. Archives Nationales; Druck: Arnoeth, S. 161-163).

Hauses Bourbon und einer Erklärung des Kaisers begleitetes bewaffnetes Eingreifen des Auslandes; eine Flucht der königlichen Familie schien ihnen nach den Ereignissen des 18. April und vollends nach dem Rundschreiben des französischen Außenministeriums aussichtslos¹²⁵).

Kaum hatten Artois und sein Kreis Leopold von ihrer Anwesenheit befreit, da bedrängte die "Gegenpartei" in Gestalt des Marquis de Bombelles den Kaiser in Cremona. Der Kontaktmann Breteuils wiederholte einmal mehr die dringenden Bitten der königlichen Familie und ihrer Vertrauensleute um finanzielle Unterstützung, da man sonst das Gelingen der Fluchtpläne gefährdet sah, informierte den Kaiser aber v.a. über die nach wie vor unaufgelöste Frontstellung gegenüber den Emigranten um Artois. Noch ehe die Tuileries über die für sie natürlich schockierenden Mantuaner Gespräche informiert worden waren, ließen sie keinen Zweifel daran, daß man die Pläne der Emigranten und auch deren Übersiedlungsvorhaben nach Deutschland schärfstens verurteilte und darin bestenfalls eine Gefährdung der für Ende Mai 1791 geplanten Flucht aus Paris erblickte; und wenn Artois schon nicht davon abgehalten werden konnte, Turin und Italien zu verlassen, so sollte er wenigstens Condé und Worms meiden und einen grenzferneren Ort auswählen, an dem ihn Paris keiner unmittelbar feindseligen Projekte verdächtigen durfte. Ein eigener Emissär der Tuileries, Alexandre-Jules-Benoit de Bonnières (1749-1800), ehemals Intendant des Comte d'Artois, machte sich auf den Weg nach Deutschland, um seinen ehemaligen Dienstgeber rechtzeitig abzufangen. In Ulm traf er Ende Mai 1791 auf den Bruder des Königs. Artois mußte bei aller Skepsis gegen die Urheber dieses eigenartigen Schrittes der Überlegung einiges abgewinnen können, daß die Factieux in Paris nur darauf warteten, das einzig wirklich freie Mitglied aus der engeren Königsfamilie als unangreifbaren Fluchtpunkt des alten Frankreich und damit als ernste Gefahr für die Vollendung des revolutionären Werks auszuschalten. Solange man der Constituante keinen Vorwand bot, Artois als Landesverräter zu ächten, behielt er seine Eventualrechte auf den Thron und störte so das heimtückische Kalkül jener, die die Monarchie beseitigen oder eine andere Dynastie auf den Thron bringen wollten. Schließlich war Artois bereit, dem Wunsch seines Bruders zu willfahren und ohne weiteren Kontakt mit Prince de Condé nicht nach Mannheim oder Worms, dem Aufenthaltsort Condés, sondern zu seinem Onkel, Kurfürst Clemens Wenzeslaus von Trier, nach Koblenz zu reisen. Am dringenden Wunsch, möglichst bald von Worten zu Taten überzugehen, und am Losbrechen des Übersiedlungsstroms von Emigranten aus Italien ins Reich änderte dies nichts. Und um auch den leicht umstimmbaren Kaiser so gut als möglich im Einflußbereich der Artois-Fraktion zu halten, traf Ende Mai 1791 ein neuer "Gegenbotschafter" der Emigranten beim Kaiser in Mailand ein: Duc de Polignac, der Gatte der einstigen Busenfreundin der Königin. Leopold II. schätzte ihn als "très-honnête, sage et modéré", glaubte darin auch den Geschmack Marie-Antoinettes zu treffen und gestattete ihm in weiterer Folge die Benützung direkter Kanä-

¹²⁵) Artois an Manfredini (Verona, 13. 5. 1791; SA Frkr. HK 4 Konv. Artois-Leopold II.). Der Brief Artois' an den Kaiser fehlt. Leopold II. an Kaunitz (Mantua, 20. 5. 1791) mit "Points à fixer et sur lesquels il est à souhaiter que l'Empereur veuille bien prononcer de présent/XVIII articles lus à l'Empereur par le comte d'Artois le 18 may 1791 et apostilles écrites par lui sous la dictée de S. M. Impériale". Das von Artois eigenhändig annotierte O in SA Frkr. Varia 44 Konv. Verhandlungen mit Artois. "Projet de manifeste du comte d'Artois" (SA Frkr. Varia 44 Konv. Verhandlungen mit Artois). Leopold II. an Mercy (Florenz, 14. 5. 1791; Druck: Schlitter, S. 307f Anm.), dto. (Mantua, 20. 5. 1791; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Leopold-Mercy 1791; Druck: Feuillet 2, S. 60). Leopold II. an Marie-Christine (Ica, 20. 5. 1791; Wolf, S. 231). Am 1. 6. 1791 konnte Kaunitz auf Anfrage dem frz. Botschafter das Zusammentreffen zwischen Kaiser und Comte d'Artois und des letzteren Reise nach Deutschland bestätigen: Noailles an Montmorin (1. 6. 1791; AMAE CP Autriche 361). Ein angeblicher Abgesandter der Tuileries, Comte Alphonse de Durfort (1753-1823), war Anfang Mai in Mailand eingelangt und hatte sich unter Druck in den Dienst der Emigranten begeben. Diese behaupteten nun, Durfort habe seitens der königlichen Familie Auftrag, Artois als Vertrauensmann der Tuileries zu Verhandlungen und konzertierten Aktionen mit dem Kaiser zu autorisieren, und sei zugleich der Überbringer jener Unterlagen, die man in Mantua mit Leopold diskutieren wollte. Comte de Durfort erhielt nach der Konferenz zur Information für die Tuileries ein geheimes Mémoire anvertraut, in dem die Emigranten offensichtlich ihre Version der Gespräche mit dem Kaiser präsentierten. Ein solches Mémoire scheint als "Copie de 20 articles à lire à Leurs Majestés de la part de S.M.I. et que l'Empereur prie le Roi de conserver" (Gedächtnisnotiz [Mai 1791]; SA Frkr. HK 6 Marie-Antoinette-Leopold II. [bei Marie-Antoinette an Leopold II (1. 6. 1791) abgelegt]) erhalten geblieben zu sein. Schlitter, Marie Christine, S. XLV, versteht wohl unter dieser letzteren pièce jenes gefälschte "Protokoll", das Durfort schließlich im Auftrag der Emigranten dem Königspaar in Paris statt der "Points à fixer ..." samt Gegenbemerkung überreicht haben soll; entsprechend groß war das Befremden in den Tuileries (vgl. unten). - Pingaud, Correspondance de Vaudreuil 1, S. 396-402 (an Artois, 19. 6. 1791).

le, durch die sich der hemmende Einfluß der Staatskanzlei in Wien umgehen ließ¹²⁶).

Nachdem die Emigranten nun den Kaiser gewonnen glaubten, wandten sie ihr Hauptaugenmerk dem preußischen König zu. Baron de Roll erhielt neue Instruktionen und kehrte als Beauftragter Artois' rasch nach Berlin zurück. Unter Hinweis auf das in Arbeit befindliche Mächtekonzept und die bevorstehenden Direktsondierungen des Kaisers über Fürst Reuß ersuchte Artois Friedrich Wilhelm II. um Mitwirkung an der projektierten Interessen- und Aktionsgemeinschaft gegen "l'association frénétique qui confond tous les rangs, attaque tous les empires et outrage tous les souverains". Die Pariser Revolutionäre sollten soweit eingeschüchert werden, daß sie den in Manifesten vorzutragenden und von einer ansehnlichen Truppenmacht unterstützten Forderungen des Mächtekonzepts keinen nennenswerten Widerstand mehr entgegensetzten. Dem noblen Charakter des preußischen Königs würde es nun entsprechen, so der Standpunkt der Emigranten, wenn auch Berlin 10-12.000 Mann zur Verfügung stellte und sie gemeinsam mit den Reichstruppen am Rhein Aufstellung nehmen ließ, um die hier nur schwach präsenten Österreicher zu stärken. Roll traf Anfang Juni 1791 in der preußischen Hauptstadt ein und wurde von Friedrich Wilhelm II. wieder sehr gut aufgenommen. Vom Gesandten des offiziellen Frankreich Demoustier, der mit Roll seit langem gut bekannt und selbst ein überzeugter Royalist des rechten Flügels war, drohte keine Gefahr; er übergab später den Tadel des französischen Außenministeriums, das erst auf anderem Wege von den "Intrigen" Rolls in Berlin erfahren mußte, und warb sogar um Verständnis für die Auslandsaktivitäten der Emigranten, die ja nur ihre wohlgegründeten Rechte durchsetzen wollten¹²⁷).

Die Italienreise Leopolds fiel zeitlich denkbar ungünstig, der Kaiser war nicht nur von Elgin, Bischoffwerder (vgl. oben) und dem Grafen von Artois heimgesucht, sondern im Mai 1791 zu allem Überfluß auch durch eine Erkrankung über zwei Wochen in Florenz festgehalten worden. So hatte er Italien immer noch nicht verlassen, als mit der Flucht der königlichen Familie die Bombe endlich platzte und eine koordinierte und einheitliche österreichische Linie nottat. Selbst der Staatskanzler sah in der verworrenen Situation Ende Juni 1791 "bey der außerordentlichen Complicirung der Umstände und bey der großen Verschiedenheit in den Meinungen und Absichten der Königin, des Comte d'Artois, der übrigen geflüchteten Prinzen, dann des spanischen und einiger andern Höfe" nicht mehr klar.

Erst Ende Mai/Anfang Juni 1791 - die Zeit war bereits bedenklich weit vorangeschritten - begannen die Tuilerien allmählich, den Nebel, der ihre Fluchtprojekte und ihre Wünsche an Leopold II. immer noch umgab, durch Direktinformationen aufzulösen und den verbissenen Widerstand Botschafter Mercys gegen eine zu starke Involvierung Österreichs zu brechen. Zwei Sendlinge Breteuils - darunter wieder Marquis de Bombelles - fanden sich jetzt en suite beim Kaiser in Mailand ein. Die Emigranten sollten auch vom Kaiser nochmals nachhaltig abgemahnt und von einer Übersiedlung nach Deutschland abgehalten, Truppen und Geld als österreichische Beiträge für die bevorstehende Reise Ludwigs XVI. und seiner Familie an die Grenze bereitgestellt werden; Truppen, auf die die königliche Familie im Ernstfall zurückgreifen wollte, "pour entrer ici, tant pour servir d'exemple à nos troupes que pour les contenir".

¹²⁶) Breteuil an Leopold II. (14. 5. 1791; SA Frkr. Varia 44 Konv. Breteuil-Mercy, Kaunitz, Leopold II.). Bombelles an Leopold II. (Cremona, 22./23. 5. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Bombelles-Leopold II.). Bombelles, Journal 3, S. 229-233. - "Mémoire pour S. M. I., envoyé le 31 mai 1791" und "Apperçu des inconvénients de la lettre du Roy et du petit mot de la Reine" (SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Leopold II.). Das Mahnschreiben Ludwigs XVI. an Artois (16. 5. 1791; SA Frkr. Varia 44 Konv. Ludwig XVI.-kgl. Brüder) ist gedr. bei Feuillet 2, S. 59. Artois an Leopold II. (Verona, 22. 5. 1791; SA Frkr. HK 4 Konv. Artois-Leopold II.). Polignac an Leopold II. (Mailand, 5. 6. 1791; SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Leopold II.). "Points d'instruction donnés par le comte d'Artois au duc de Polignac avec les réponses de S.M." (SA Frkr. Varia 44 Konv. Verhandlungen mit Artois). Artois an Leopold II. (Ulm, 31. 5. u. 1. 6. 1791; SA Frkr. HK 4 Konv. Artois-Leopold II.) u. an Ludwig XVI. (30. 5. 1791; SA Frkr. 44 Konv. Ludwig XVI.-kgl. Brüder). - Chambrier an Friedrich Wilhelm II. (Turin, 11. 5. 1791; SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 I-V). In Anbetracht der Tatsache, daß Fontbrune angeblich nicht mehr das Vertrauen des Kaisers genoß, war er über alle Vorgänge sehr gut informiert. Immerhin reiste er im Juni 1791 im Auftrag Leopolds Richtung Koblenz, um den Emigranten nochmals die kaiserlichen Zusagen vom Vormonat zu bestätigen, und kehrte dann nach Italien zurück, wo ihn in Verona als einen der ersten die Nachricht vom Scheitern des Fluchtversuchs der königlichen Familie erreichte. Vgl. sein Journal (SA Frkr. Varia 45). Bombelles, Journal 3, S. 183, führt dies ebenso wie Des Cars, Mémoires 2, S. 201f, auf Fontbrunes Wissen um eine geheime Liebesbeziehung Leopolds aus Florentiner Zeiten zurück. - Zu den massiven Rüstungen der Emigranten am Rhein bzw. zum Eintreffen Artois' und Calonnes vgl. etwa Schlick an RVK (2., 18. 6. 1791), Frhr. von Stein an Friedrich Wilhelm II. (7., 14., 18., 21. 6. 1791): Hansen 1, S. 844f, 851-853, 857-861, 875-877.

¹²⁷) "Instruction pour le baron de Roll" (21. 5. 1791; SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 VI-VIII). - Reuß an Kaunitz (4., 7. 6. 1791; StK DK Preußen 69 Konv. Berichte 1791). - Montmorin an Demoustier (9. 9. 1791), Demoustier an Montmorin (20. 9. 1791): AMAE CP Prusse 212.

Marie-Antoinette war dabei zutiefst erstaunt über den hohen Grad an Uninformiertheit des Kaisers und seine Unsicherheit darüber, wer nun wirklich die Anliegen der Tuilerien im Ausland vertrat. Noch immer war damit aber nicht jede Unsicherheit beseitigt; der Kaiser antwortete postwendend, verwies, was seine eigenen Pläne für eine Unterstützung anlangte, auf das Mitbringen des Comte de Durfort, der bald in Paris eintreffen mußte, und erfüllte sofort den Wunsch der königlichen Familie, die Mission Bonnières durch ein kaiserliches Mahnschreiben an Artois zu unterstützen. Schon wenige Tage darauf traf ein Bote der Königin ein und übergab ein Schreiben Marie-Antoinettes, in dem die Schwester ihren Bruder endgültig auf ihren Kurs festlegte. Alle Abmachungen Leopolds mit den Emigranten, über die Durfort nach seinem Eintreffen in Paris Anfang Juni 1791 die königliche Familie informiert hatte, wurden scharf zurückgewiesen; die Tuilerien verfolgten ihren eigenen Plan, der nun kurz vor der Umsetzung stand, und wollten sich ihre Berechnungen gewiß nicht von den turbulenten Aktivitäten der Emigranten durchkreuzen lassen. Selbst Duc de Polignac mußte jetzt das Spiel kurzfristig verloren geben. Seine Verweise auf die Bereitschaft von wenigstens fünf französischen Provinzen, sich für den Comte d'Artois zu erheben, und eine angeblich gewaltige Opposition innerhalb der Constituante selbst fruchteten wenig nun, da der Kaiser den Wunsch der Königin erfüllen und vorerst das Eintreten des Ernstfalls, also die Realisierung des Fluchtvorhabens, abwarten wollte. Erst gegen Mitte Juni 1791 war nach hektischer Korrespondenz und den Protesten der Königin gegen die Förderung der Emigranten die völlige Verwirrung zwischen dem in Italien ohne Aufsicht der Staatskanzlei reisenden Kaiser, Wien, Brüssel und Paris einigermaßen aufgeklärt und Leopold endgültig für das Projekt der Tuilerien gewonnen. Gelang die Flucht - und nur in diesem Fall -, wollte der Kaiser handeln und in Brüssel Befehl erteilen, Ludwig XVI. mit allen Mitteln ("soit en argent, soit en troupes") an die Hand zu gehen, ansonsten aber für später ein Konzert mit Spanien, Sardinien, den Schweizer Kantonen und einigen Reichsständen einleiten, ein Manifest für den Ernstfall vorbereiten und die wirren Umtriebe der Emigranten so gut als möglich zügeln¹²⁸). Die Versuche der Gruppe um Artois, mit kaiserlicher Unterstützung eine Explosion im Inneren Frankreichs nach Kräften anzufachen und etwa die gewalttätigen Konflikte zwischen Protestanten und Katholiken im Languedoc durch Waffenhilfe aus Livorno zur Eskalation zu bringen, stießen bei Leopold II. auf keine Gegenliebe mehr¹²⁹).

Auch in Brüssel hielten die Emigranten natürlich nicht still. Im Gegenteil: die in Mantua gemachten Zugeständnisse Leopolds waren Anlaß, sofort bei Mercy nachzustoßen und zu ermitteln, inwieweit bereits Vorkehrungen zur Erfüllung der allerhöchsten Versprechungen getroffen worden waren. Der ehemalige

¹²⁸) Leopold II. an Kaunitz (Mailand, 18. 6. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 VI) mit einer "Note über die französischen Angelegenheiten" (Mailand, 18. 6. 1791); Vortrag Kaunitz' (29. 6. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 VI). Leopold II. an Mercy (Mantua, 20. 5. 1791), Mercy an Kaunitz (25. 5. 1791; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1791), Leopold II. an Erzherzog Franz ([Ende Mai 1791]; FA SB 27 "Lettres de Sa Majesté l'Empereur et Roi à Son Altesse Royale l'archiduc François 1791"). Marie-Antoinette an Leopold II. (22. 5., 1. 6. 1791; SA Frkr. HK 6 Konv. Marie-Antoinette-Leopold II.; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 165-168), Leopold II. an Marie-Antoinette (6. 6. 1791; SA Frkr. HK 5 Konv. Leopold II.-Marie-Antoinette, FA SB 71 d. D; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 173). Die Hilfszusage des Kaisers für den Fall der gelungenen Flucht ist enthalten in Leopold II. an Marie-Antoinette (12. 6. 1791; SA Frkr. HK 5 Konv. Leopold II.-Marie-Antoinette; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 177-179), Marie-Antoinette an Mercy (1., 4., 5. 6. 1791; SB 71 d. A/Konv. 1791 bzw. FA SB 88/Konv. I; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 169-172); Mercy an Marie-Antoinette (9. 6. 1791; FA SB 71 d. B/A; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 176). Zwei zur Abfertigung vorbereitete Schreiben Mercys an die Königin vom 9. bzw. 11. 6. 1791 sind nicht abgeschickt worden, informieren aber doch über die österreichischen Truppenmassierungen an der belgisch-französischen Grenze: FA SB 71 d. B/A, das wichtigere Stück vom 9. abgedr. bei Arneth, Marie-Antoinette, S. 174f. Breteuil an Leopold II. (Solothurn, 27. u. 30. 5. 1791; SA Frkr. Varia 44 Konv. Breteuil-Mercy, Kaunitz, Leopold II.), Bombelles an Leopold II. (Mailand, 5. 6. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Bombelles-Leopold II.). Dem Brief Breteuils vom 27. 5. 1791 lag ein Zettelchen der Königin bei (19. 5. 1791), dessen Inhalt - durch Erwärmen sichtbar zu machen - sich auf ein neuerliches Desaveu gegen Calonne beschränkte. Bombelles, Journal 3, S. 235-241. Leopold II. an Artois (Mailand, 6. 6. 1791; SA Frkr. HK 5 Konv. Leopold II.-Artois), an Marie-Christine (Mailand, 19. 6. 1791; Druck: Wolf, S. 236f).

¹²⁹) Der Plan, konterrevolutionäre Brückenköpfe im Inneren Frankreichs zu errichten (im Spätherbst 1790 etwa durch Besetzung Lyons), war alt. Gerade der Sprengstoff, den der konfessionelle Hader in Südfrankreich, besonders im Vivarais, bereitstellte, bot sich den Emigranten seit 1790 immer wieder als nützliches Instrument an. In Jaës an den Grenzen zwischen Ardèche, Lozère und Gard versammelten sich bis zur blutigen Repression im Sommer 1792 immer wieder katholisch-royalistische Verbände. Erstmals kam es im August 1790 auf Anstiften der Turiner Emigranten zu einer revolutionsfeindlichen Großkundgebung mit 20-25.000 Teilnehmern v.a. aus den Reihen südfranzösischer Nationalgarden. Die katastrophale Organisation verhinderte aber im Sommer 1790 ebenso wie bei der nächsten Versammlung im Februar 1791 jeden konkreten Erfolg: Godechot, Contre-révolution, S. 248-258 (mit weiterer Literatur zu royalistischen Versuchen im Vivarais bzw. in Lyon). G. Roberti (Hrsg.), Général Marquis de Mallesse. Mémoires d'un officier aux gardes françaises 1789-1793 (Paris 1897).

Intendant des Languedoc, Balainvilliers, fand sich noch in der ersten Junihälfte 1791 als Beauftragter Artois' in der belgischen Hauptstadt ein und klärte den verdutzten, weil immer noch gänzlich uninformierten Mercy auf. Der Botschafter hatte weder vom Kaiser aus Italien noch von Kaunitz Mitteilung über die Verhandlungen mit den Emigranten erhalten. Sein Informationsstand beschränkte sich auf eine kaiserliche Weisung aus Florenz von Mitte Mai 1791, die noch ganz im alten Stil weitestgehender Zurückhaltung gefaßt war. Nun glaubte Mercy seinen Ohren nicht zu trauen, als Balainvilliers seine (offensichtlich gezinkten) Karten auf den Tisch legte. Unter Berufung auf das Fehlen jeglicher Instruktionen, die das Vorbringen der Emigranten bestätigt und den diametralen Gegensatz zwischen ihren Behauptungen und der bisherigen österreichischen Linie der Abstinenz aufgelöst hätten, wich der Botschafter aus und lehnte auch ein Treffen mit Artois als nutzlos und gefährlich ab.

Mercys dringendes Ersuchen um Verhaltensbefehle wurde überraschend spät erfüllt. Erst am 23. Juni 1791 exekutierte die Staatskanzlei in Wien die Befehle des Kaisers vom 20. Mai und instruierte Brüssel in der gewünschten Weise; nicht vor Ende des Monats hielt Mercy die zu diesem Zeitpunkt längst vom Lauf der Ereignisse überholte Weisung in Händen, wußte er über die Wünsche des Kaisers Bescheid, wie man sich, im Falle die Flucht der königlichen Familie aus Paris tatsächlich statthatte, verhalten sollte. Kanzler Kaunitz begründete den Schlendrian mit der Arbeitsüberlastung der Behörde. In Wahrheit muß wohl ein Quentchen Obstruktion gegen die zu engagierte Frankreichpolitik des Kaisers mitgespielt haben. Der Fluchtversuch, mit dem sich der Kaiser nun sichtlich angefreundet hatte, wurde von Kaunitz immer noch als höchst unpolitisch abgelehnt; und was die Bereitschaft Leopolds, einen Kredit der Emigranten über zwei Millionen zu garantieren, anlangte, so tat die Staatskanzlei offensichtlich auch hier genug, um zu bremsen. Kaunitz dachte gar nicht daran, die Hofkammer mit dieser gewiß Aufsehen erregenden Finanzoperation zu befassen, und leitete den Auftrag an das niederländische Generalgouvernement weiter. Hier konnte man sicher sein, daß Botschafter Mercy eher den übervorsichtigen Kurs der Staatskanzlei als das in Wallung geratene geschwisterliche Engagement des Kaisers teilte. Auch in den Generalgouverneuren Marie-Christine und Albert von Sachsen-Teschen, die eben dabei waren, ihren Posten in Brüssel wieder anzutreten, hatte man Verbündete gegen die Emigranten. Marie-Christine schauderte - noch gar nicht in Belgien angekommen - vor den Massen der dort ihr Unwesen treibenden französischen Flüchtlinge; durch ihre hirn- und orientierungslosen Aktivitäten nützten sie zwar nicht der königlichen Familie, schaden aber dafür um so mehr der Beruhigung der Lage in Belgien, indem sie verstärkt die Aufmerksamkeit der Franzosen auf die Österreichischen Niederlande lenkten und nur noch mehr "Jakobinerapostel" anzogen. In jedem Fall schien auch ihr ein Eingreifen in französische Interna von Belgien aus nicht nur gefährlich, sondern schlichtweg unmöglich, wollte man nicht durch Truppenabzüge in den erst vor einem halben Jahr wieder unterworfenen Provinzen eine neuerliche Erhebung provozieren; denn nur das massiv präsente Militär garantierte in den Österreichischen Niederlanden Ruhe und Ordnung¹³⁰).

Die "Flucht von Varennes"

Am 14. Juni 1791 meldete ein sichtlich entnervter Blumendorf die, wie er, ohne wirklich eingeweiht zu sein, mutmaßen mußte, unmittelbar bevorstehende Flucht der königlichen Familie an Mercy nach Brüssel. Ihm und Thugut hatten die Tuileries geraten, Paris entweder zu verlassen oder wenigstens bei Freunden unterzutauchen, um im kritischen Moment nicht im Botschaftspalais Opfer des Volkszornes zu werden - eine Empfehlung, die Mercy nur unterstützen konnte. Zugleich sollte Kruthoffer auf Anweisung

¹³⁰) Mercy an Leopold II. (16. 6. 1791; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Leopold II., O in FA SB 88/I; Druck: Feuillet 2, S. 86-90). Vortrag Kaunitz (21. 6. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 VI). Kaunitz an Mercy (23. 6. 1791). - Artois an Mercy (Ulm. 1. 6. 1791), Calonne an Mercy (3. 6. 1791): FA SB 88/I, das O des Schreibens von Artois in SA Frkr. Varia 44 Konv. Verhandlungen mit Artois. Mercy an Marie-Antoinette (11. 6. 1791; FA SB 71 d. B/A). - Marie-Christine an Leopold II. (Bonn, 1./2., 5., 16., 21. 6. 1791; Druck: Schlüter, Marie-Christine, S. 107-112, 117f, 118-120). - Der Hofkammerpräsident Graf Chotek war aber über die prinzipielle Zusage des Kaisers nicht einmal informiert worden und verbot daher den österreichischen Vertrauensbankiers in Frankfurt jedes Tätigwerden, als Calonne im Juni 1791 vorstellig wurde. Chotek an Leopold II. (2. 7. u. 19. 9. 1791; SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 VI-VIII bzw. 1791 IX-XII). Zur ksrll. Bürgschaft für die Anleihe der Prinzen und zu anderen nicht oder nur teilweise erfüllten finanziellen Zugeständnissen vgl. besonders SA Frkr. 45 Konv. Anleihe der bourbonischen Prinzen. Die Liquidierung der Schulden, für die Artois und Monsieur mit dem französischen Staatsvermögen gebürgt hatten, zog sich nach der Restauration 1814/15 noch bis 1822 hin.

Mercys Vorbereitungen zur Bergung des bei den Bankiers Laborde und Boyd & Ker eingelagerten Vermögens des Botschafters treffen, Blumendorf aber die geheimen Gesandtschaftspapiere verbrennen. In der Tat stand die Flucht unmittelbar bevor, denn Blumendorfs Bericht an Mercy vom 14. lag schon eine geheime Note der Königin in Spezialverschlüsselung bei, in der sie dem Botschafter die Details des Fluchtplans und besonders den auf Montag, 20. Juni 1791, festgesetzten Tag der Abreise mitteilte.

Bereits am 16. Juni 1791 hatte Mercy die Meldungen über die nun offensichtlich nicht mehr zu verhindernde Flucht an Staatskanzler und Kaiser weitergeleitet und bestätigte sie am 22. Juni als sicher zu erwarten, nachdem am Tag zuvor (21. Juni 1791) in Brüssel zu allem Überfluß noch ein Vertrauter der Königin eingelangt war und eine Schatulle, mehrere Geldsäcke und ein Paket Wechselbriefe sehr beträchtlichen Wertes übergeben hatte. Mercy deponierte die Sendung gemeinsam mit den bereits im März übersandten Diamanten der Königin im Trésor Royal zu Brüssel¹³¹).

Als Kaunitz daher am 23. Juni 1791 Mercy mit großer Verspätung über die Pläne des Kaisers zur Unterstützung des ungeduldigen französischen Königspaares instruierte und im übrigen weiterhin zur Aufschiebung des gefährlichen Planes riet, hatte die Entwicklung die zaudernden Österreicher wieder einmal um Längen überholt. Immer noch vermochte sich die Staatskanzlei nicht aus ihren paradoxen Überlegungen zum Fluchtplan von König und Königin zu lösen: zwar war die Selbstbefreiung der Tuilerien aus der Tyrannei der Hauptstadt einerseits Grundvoraussetzung für ein verstärktes Agieren des Auslandes, erschien aber andererseits als bedenkliches Risiko, zu dem man im Augenblick nicht raten wollte. Auch an der Zustandebringung eines Konzerts zweifelte Kaunitz, denn die Wiederherstellung der absoluten Regierungsgewalt und damit die Anbahnung eines Wiederaufstiegs Frankreichs "auf die vorige Stufe seiner Macht und seines allgemeinen politischen Einflusses" hielt der Staatskanzler in Anlehnung an die Überlegungen Spielmanns vom Mai für dem wesentlichen "Staatsinteresse" Berlins und Londons, aber auch und vor allem dem österreichischen Staatsinteresse für keineswegs angemessen; eine "Theilung französischer Dépouillen" aber schien bloß Stoff zu endlosen Querelen zu liefern. Was konnte nun aber "cause commune" der zu einem Konzert einzuladenden Souveräne sein? Für Kaunitz kam hier nur "die gemeinsame Bestimmung und werthtätige Anwendung der zweckmäßigsten Mittel, durch welche die französische Freiheitsschwärmerei von weiterer Verbreitung zu andern Staaten" abgehalten werden könne, in Frage. Dazu galt es auch, dem Übel in Frankreich, dem Ausgangsort selbst, gegenzusteuern, um die Sicherheit und Freiheit der königlichen Familie zu garantieren "sowie überhaupt alles dasjenige [...], was die Würde, das Ansehen und das Decorum eines Königs auch bei einem eingeschränkten monarchischen Regierungssystem erfordert", ganz wie es Staatsreferendar Spielmann bereits einen Monat zuvor thematisiert hatte. Daß dies als Basis für ein Mächtekonzert mehr als wackelig und kaum für "ministerielle" Verhandlungen geeignet war, lag auf der Hand.

Am selben Tag, an dem die Kaunitzische Weisung endlich nach Brüssel erging (23. Juni 1791), berichtete Mercy endlich von der nunmehr in der Nacht des 20. auf den 21. Juni definitiv erfolgten Flucht; die erste sichere Kunde brachte ihm ein Billet des Grafen Fersen aus Mons vom 22. Juni 1791; dieser, einer der wichtigsten Mitorganisatoren der Flucht, hatte sich im Laufe des Abenteuers von der königlichen Familie

¹³¹) Blumendorf an Mercy (14. 6. 1791; SA Frkr. Berichte 179 Konv. Mercy an Kaunitz 1791/Beilage zu Mercy an Kaunitz 22. 6. 1791; Druck: Feuillet 2, S. 81f), das beiliegende Schreiben der Königin an Mercy (14. 6. 1791) - "écrit avec un chiffre particulier entre elle et moi" - erliegt u.a. in Abschrift von der Hand Mercys in SA Frkr. Varia 49 Konv. Mercy-Marie-Antoinette (Druck: Feuillet 2, S. 91, dort falsch datiert auf den 19. 6. 1791); Mercy an Kaunitz (16. 6. 1791; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1791; Druck: Feuillet 2, S. 85f), Mercy an Blumendorf (17. u. 18. 6. 1791; FA SB 71 d. B/A); Blumendorf an Mercy (19. 6. 1791; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1791/Beilage zu Mercy an Kaunitz 22. 6. 1791; Druck: Feuillet, S. 90f), Mercy an Kaunitz (22. 6. 1791; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1791; Druck: Feuillet 2, S. 121f).

Die wesentlichen Dokumente zur Hinterlegung und Aufbewahrung der Pretiosen und des Bargelds, das die Königin übersandte, sind in FA SB 71 d. F gesammelt und von Otto Karmin, *Le trésor de Marie-Antoinette et le comte de Fersen*. In: *Revue historique de la Révolution française* 15 (1923) 121-145 gemeinsam mit dem Briefwechsel Fersen-Thugut aus dem Jahre 1794 publiziert worden (SA Frkr. Varia 49 Konv. Fersen-Thugut 1794). Im Jahre 1794 meldete Graf Fersen - vergeblich - unter Berufung auf seine gewaltigen Auslagen für den Fluchtversuch 1791 und ausgestattet mit einer entsprechenden Willenserklärung des Königspaares vom Juni 1791 Ansprüche auf das von der Königin Mercy zur Verwahrung anvertraute Depot in der Höhe von 1,5 Millionen Livres an. Vgl. weiters dazu Pimodan, S. 438-444, und G. Bélissent, *Le comte de Fersen, créancier de Louis XVI*. In: *Revue historique de la Révolution française* 15 (1923) 353-366. Noch im Jahre 1792 erteilte die Königin Mercy den Auftrag, ungefähr 300.000 Livres gewinnbringend zu veranlagern: Marie-Antoinette an Mercy (Februar 1792; FA SB 71 d. A/o.K.; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 244-246), Mercy an Marie-Antoinette (11. 2. 1792; FA SB 71 d. B/A; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 246-248), Mercy an die Generalgouverneure (22. 2. 1792; Belgien DD B 119).

getrennt und schließlich belgisches Territorium erreichen können, ebenso - auf getrennten Wegen, ganz wie es der Qualität der unglücklichen Ehe entsprach - Monsieur, der älteste Bruder des Königs, und seine Frau. Am 22. bereits hatte Blumendorf aus Paris, wo sich die Diplomaten sofort nach Bekanntwerden der "Abreise" des Königs gegen drohende Übergriffe einzuigeln begannen, von der Flucht und gleich danach vom Scheitern derselben berichtet. Für Blumendorf, die Privatsekretäre und die in Paris zurückgebliebenen Wertgegenstände aus seinem Besitz fürchtete Mercy nun das Schlimmste und empfahl sogar, den französischen Botschafter in Wien gegebenenfalls als Faustpfand zu benützen. Mit dieser Versicherung und auch mit der Aussicht auf eine allgemeine Auflösung der diplomatischen Missionen in Paris mußte der sorgenvolle Blumendorf in Paris beruhigt werden, denn der Fluchtversuch der königlichen Familie Richtung Österreichische Niederlande hatte gemeinsam mit verdächtigen Truppenbewegungen das denkbar ungünstigste Licht auf Habsburg und seine mögliche Mitwisser- und Mittäterschaft geworfen.

Am 25. Juni - dem Tag des Wiedereintreffens der königlichen Familie in Paris - informierte auch Mercy die Staatskanzlei vom tragischen Scheitern des Fluchtversuchs der königlichen Familie. Einzig von der "Weisheit" Kaunitz' erwartete sich der Botschafter noch sinnvolle Schritte zur Rettung der königlichen Familie - und besonders der Königin - aus den Händen der "französischen Kannibalen"; er selbst dachte dabei an eine Erklärung des Kaisers zugunsten seiner Schwester und Bemühungen um eine entsprechende Intervention ausländischer Mächte gegen eine "assemblée monstrueuse de gens pour qui rien n'est sacré et qui dans leurs mesures ne se dirigent que par les impulsions les plus forcenées". Blumendorf bestätigte vom Ort des Geschehens, daß König und Königin nun "wirkliche Staatsgefangene" unter scharfer Bewachung waren, der Pouvoir Exécutif dem Monarchen entzogen und den Ministern übertragen wurde. Jeder offizielle Kontakt zwischen dem diplomatischen Korps in Paris und der königlichen Familie war unterbunden.

Noch in Unkenntnis des gescheiterten Fluchtversuchs und in heilloser Verwirrung der verschiedenen Informationskanäle erging am 27. Juni aus der Staatskanzlei in Wien eine neue Weisung an Mercy, in der man ihn über die direkten Kontakte zwischen Leopold und Marie-Antoinette informierte und Brüssel die mittlerweile in Wien eingetroffenen neuesten Willensentschliefungen des Kaisers bekanntgab, längst überholt durch die Entwicklung der Dinge. Insbesondere der kaiserliche Befehl an Mercy, im Falle einer Flucht die königliche Familie rückhaltlos zu unterstützen, mutete nun fast peinlich an. Erst am 30. Juni 1791 langte in Wien die sofort mit der Bitte um klare Verhaltensbefehle und eine möglichst unzweideutige Linie an den Kaiser nach Italien weitergeleitete Nachricht vom Scheitern der "Flucht von Varennes" ein¹³²).

Der Weg zu einer Intervention des Auslandes zugunsten der königlichen Familie, die man längere Zeit für an Leib und Leben akut bedroht hielt, schien indes immer wahrscheinlicher. Neben einem förmlichen Protestschreiben, das kurz nach seiner Flucht der Nationalversammlung durch den Intendanten der Zivilliste überstellt wurde, hatte Ludwig XVI. für den Fall eines Scheiterns der Flucht auch eine Art Manifest für das Ausland vorbereitet, das nun über Graf Fersen in die Hände der Österreicher gelangte. Hierin informierte Ludwig XVI. die europäischen Kabinette über seine anhaltende Unfreiheit und beschwerte sich bitter, daß ihm von seinen Untertanen Generosität stets nur mit "outrages sans nombre" und einer seit zwei Jahren andauernden "Gefangenschaft" gelohnt wurden. Er war zu allem bereit gewesen, in der Hoffnung auf eine fruchtbringende Arbeit der Volksvertreter - eine trügerische Erwartung, wie sich schließlich gezeigt habe. Jede Regierungsgewalt sei zerstört, die politischen Klubs hatten sich der Autorität bemächtigt; auch "le reste de simulacre d'autorité", die dem König verblieben sei, könne nichts mehr ausrichten. Deshalb habe er, Ludwig, einen letzten Versuch unternommen, seine Freiheit wiederzuerlangen,

¹³²) Kaunitz an Mercy (23., 27. 6. 1791; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Mercy 1791; Druck: Vivenot I, S. 538-543); Vortrag Kaunitz' (30. 6. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 VI). Blumendorf an Kaunitz (22., 26. 6., 4. 7. 1791; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1791 I-VI bzw. VII-XII), an Colloredo (22. 6. 1791; RK RkgF 1/2), an Mercy (23. [I], 28. 6., 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy 1790-1791); Mercy an Kaunitz (23. u. 25. 6. 1791; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1791 u. Belgien DD A Berichte 321). Das Schreiben vom 23. 6. 1791 ist gedr. bei Feuillet 2, S. 123f, dort (Anm. 2) auch das Billet Fersens an Mercy vom 22. 6. 1791 (das O in SA Frkr. Varia 44 Konv. Graf Fersen); Mercy an Metternich (?) (25. 6. 1791; Belgien DD A Berichte 321), an Blumendorf (6. 7. 1791; FA SB 71 d. B/A).

"pour se rallier aux Français qui désirent véritablement le bien de leur patrie". Seinem Schwager Leopold II. übertrug der Allerchristlichste König Hilfsmaßnahmen zu seiner und Frankreichs Rettung¹³³).

Auch der bislang so vorsichtige und zögernde Mercy redete nun angesichts einer nur zu offensichtlichen Gefangenschaft des Königs und zu gewärtigender bedenklicher Schritte der Nationalversammlung - vielleicht sogar über die Suspendierung der königlichen Gewalt hinaus - kurzfristig einer deutlicheren Politik das Wort und belehrte den Kaiser noch Ende Juni 1791

"que depuis des siècles les fastes de l'histoire présentent peu d'événements d'un intérêt aussi majeur que l'est celui de la situation actuelle de la France et de son infortuné monarque. Les conséquences de ce phénomène d'horreur sont du ressort de la politique la plus profonde, ainsi que les moyens à employer pour prévenir les suites d'une époque aussi mémorable. Elle pourroit être regardée comme la cause commune des potentats et comme un danger qui menace d'ébranler tous les trônes de l'Europe."

Ganz aber verlor die k.k. Diplomatie auch jetzt nach Überwindung des ersten Schocks nicht ihre gewohnt vorsichtige Feinsinnigkeit und Zurückhaltung. Das Schreiben, das Generalleutnant Bouillé, der mittlerweile nach Luxemburg geflüchtete glücklose "militärische Koordinator" des königlichen Fluchtversuchs, der Nationalversammlung übersandte, wollte Mercy nämlich nicht, wie von Bouillé gewünscht, durch seine Hände nach Paris zustellen, um damit Österreich nicht gleichsam offiziell in den Fluchtversuch zu verwickeln, und ließ es über die gewöhnliche Post von Aachen aus befördern. Trotzdem verursachte der Brief Bouillés, in dem dieser zur Entlastung des Königs die gesamte Schuld auf sich nahm, großes Aufsehen und erregte starken Widerwillen gegen Bouillés Asylland Österreich, das man ohnedies der mehr oder minder aktiven Anteilnahme am Abenteuer von Varennes verdächtigte. Selbst der französische Außenminister Montmorin hielt die Ausweisung Bouillés aus den Österreichischen Niederlanden im Sinne einer Klimaberuhigung für angezeigt¹³⁴).

Noch hatten die klärenden Weisungen aus Wien weder Mercy noch die Generalgouverneure erreicht. Die Depeschen würden auch schwerlich die Sorgen der österreichischen Verantwortlichen in Belgien beseitigt haben, denn alle Pläne und Versprechungen des Kaisers kreisten stets um die Hypothese einer gelungenen Flucht des Königspaares aus seinem Pariser Gefängnis. Nun hatte aber einzig Monsieur mit Frau belgisches Gebiet erreicht und war am 25. Juni abends, während die königliche Familie wieder in die Hauptstadt zurückgebracht wurde, in Brüssel eingetroffen. Sofort nach Einlangen der ersten Hinweise auf den waghalsigen Versuch Ludwigs XVI. und Marie-Antoinettes hatte auch Artois Koblenz verlassen, um sich ins belgisch-französische Grenzgebiet zu begeben. Gegen Ende Juni 1791 waren dann die Spitzen der Emigration in Brüssel versammelt und fest entschlossen, Mercy und die Generalgouverneure in die Enge zu treiben. Artois konnte nun auch Papiere vorlegen, die unzweifelhaft bewiesen, daß der Kaiser in Italien wirklich jene Zugeständnisse gemacht hatte, an deren Wahrheitsgehalt man eigentlich lieber nicht glauben wollte. Am Abend des 30. Juni 1791 erhielt man endlich die nötigen Nachrichten aus Wien, um den Informationsstand wenigstens nach den seit Ende Mai 1791 ausgegebenen kaiserlichen Richtlinien aktualisieren zu können.

Daß nun der Fluchtversuch kläglich gescheitert war, die königliche Familie aber mehr als je zuvor in unverhüllter Gefangenschaft schmachtete, bot die willkommene Ausflucht, um sich auch jetzt noch den Zumutungen der Emigranten zu entwinden. An den Kaiser, der sich in einer ersten Herzensaufwallung ge-

¹³³ "Déclaration du Roi adressée à tous les Français à sa sortie de Paris" (20. 6. 1791), Druck in SA Frkr. Druckschriften 9, veröffentlicht u.a. bei Feuillet 2, S. 95-119. Das "Manifest" Ludwigs XVI. an die ausländischen Mächte ist bei Arneth, Marie-Antoinette, S. 184f, mit der irrigen Datierung Juli 1791 abgedruckt. Vgl. dazu Schlitter, Marie-Christine, S. 311 Anm. 133. Das O dieses Schriftstückes in FA FK A 26. Das Begleitschreiben Fersens an Mercy vom 25. 6. 1791 in SA Frkr. Varia 44 Konv. Graf Fersen. Klinckowström 1, S. 3 (Journal, 25. 6. 1791), Söderhjelm, Fersen, S. 183f. Fersen erregte sich darüber, daß trotz der Zusagen des Kaisers noch keine Befehle in Brüssel eingegangen waren ("c'est un Italien tout à fait que ce Léopold").

¹³⁴ Mercy an Leopold II. (30. 6./1. 7. 1791; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Leopold II. 1791, das O in FA SB 88/I; Druck: Feuillet 2, S. 134-138), an Kaunitz (30. 6./1. 7. 1791; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1791) mit einer Abschrift des Schreibens von Bouillé (Luxemburg, 26. 6. 1791; abgedr. in AP 27, S. 602-604). Blumendorf an Mercy (12., 26. 7. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy 1790/91), an Kaunitz (16. 7. 1791; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1791 VII-XII). Erste Lebenszeichen nach der gescheiterten Flucht gab die Königin Graf Fersen bzw. Mercy durch Billets vom 26. u. 29. 6. 1791 (FA SB 71 d. A/o.K.; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 180). Am 28. 6. 1791 ersuchte Mercy Blumendorf um Informationen über die Lage der Königin und instruierte ihn für die Wiederanknüpfung des unterbrochenen Kontakts auf verschiedenen Umwegen (an Blumendorf, 6. 7. 1791; FA SB 71 d. B/A. - Bouillé trat wenig später in schwed. Dienste.

wiß zu weit exponiert, das Machbare vom Unrealistischen zu wenig geschieden hatte, appellierte Mercy, vor weiteren Schritten unbedingt das Zustandekommen des Mächtekonzernts abzuwarten, denn von allen Mächten drohte Leopold bei einem voreiligen Lospreschen gegen Frankreich am meisten zu verlieren. Bis man aus Wien bzw. Italien neue Befehle erhielt, war wertvolle Zeit gewonnen, durfte man die Emigranten dadurch hinhalten, daß man sie auf die durch das Scheitern der Flucht völlig geänderten Bedingungen verwies.

Anfang Juli 1791 verließen Monsieur und Artois samt Familien Brüssel über Aachen, wo man mit Gustav III. zu Gesprächen zusammentraf, Richtung Koblenz, nicht ohne noch die Privatschatulle der Generalgouverneure um 100.000 Francs erleichtert zu haben. Mercy hatte umsonst gehofft, durch dieses Almosen die Forderung der Emigranten nach der versprochenen kaiserlichen Bürgschaft für ihren 2-Millionen-Kredit abwehren zu können. Nun war Belgien zwar von den Führern und Leitfiguren der französischen Flüchtlinge befreit; mehrere tausend Männer und Frauen - darunter massenhaft Deserteure der französischen Armee aus den Grenzfestungen - stellten aber mit ihren Unterstützungsforderungen und verstiegenes Projekten gegen das revolutionäre Frankreich weiterhin die Geduld der belgischen Führung auf eine harte Probe. Am 5. Juli 1791 konnte der gesundheitlich schwer angeschlagene Mercy endlich, aber sehr zum Bedauern der Generalgouverneure seine seit langem geplante Kur in Spa antreten, doch ließen ihm die stürmischen Ereignisse des Sommers dazu nicht das nötige Otium. Graf Metternich übernahm - nach einer kurzen Einschulung durch Mercy in Lüttich - endgültig die Geschäfte eines bevollmächtigten Ministers in Belgien. Auch weiterhin sollte jedoch Mercy nicht zuletzt auf Wunsch von Kaiser und Staatskanzler neben der ihm explizit übertragenen Koordination der österreichischen Frankreichpolitik auch den Generalgouverneuren als Konsulent zur Verfügung stehen.

Belgien war immer noch nicht völlig befriedet, die Stimmung oft - lokal unterschiedlich - gespannt, wie Marie-Christine und Herzog Albert bei ihrem nicht sonderlich herzlichen Empfang in Brüssel Mitte Juni und den Huldigungen der Provinzen in den Wochen danach selbst bitter feststellen konnten. Auch begann sich bald neuer Widerspruchsgeist unter den Ständen zu regen; lebhaftes französische Intrigen und eine gefährliche Koalition aus Statisten und Vonckisten bedrohten in einem Klima der allgemeinen Unzufriedenheit - so schätzten die Generalgouverneure die Lage zunehmend pessimistisch ein - die Sicherheit dieses österreichischen Außenpostens; ja man bereute schon die Milde und Nachgiebigkeit, die Mercy während der Monate seiner Tätigkeit in Belgien an den Tag gelegt hatte. Die allenthalben vermuteten Emissäre der französischen Propaganda fungierten über ideologische Gegensätze hinweg als Katalysatoren für die malcontenten Belgier aller Schattierungen. Denn einen gemeinsamen Nenner fand man leicht ... die Abschüttelung des habsburgischen Jochs.

"D'un autre côté tout fourmille d'émissaires de la propagande pour tâcher d'établir leur système parmi les habitants de ce pays, liberté fondée sur leur fameux droit de l'homme, ils s'appliquent et réussissent à attirer dans leur parti les deux qui divisent ces pays et d'ailleurs si opposés entre eux de principes sur tous les points hors sur celui de l'indépendance de l'autorité souveraine et de l'insubordination à toute espèce de gouvernement", schrieb Marie-Christine ihrem kaiserlichen Bruder im August 1791.

Seit Anfang Oktober 1791 war der Lieblingsneffe der Generalgouverneure, der als ihr Nachfolger im Amte in Aussicht genommene und schon vom belgischen Kongreß im November 1790 zum "Großherzog" gekürte Erzherzog Karl (1771-1847), in Brüssel anwesend; die dynastische Klammer verstärkte sich¹³⁵).

¹³⁵) Mercy an Kaunitz (23. 6., 30. 6./1. 7. 1791), an Leopold II. (30. 6./1. 7. 1791). Artois an Mercy (1. 7. 1791; SA Frkr. Varia 44 Konv. Verhandlungen mit Artois). Marie-Christine an Leopold II. (28. 6., 1. u. 3. 7. 1791; Druck: Schlitter, Marie-Christine, S. 120-124, 125f, 126-128). - Kaunitz an Mercy (14., 28. 5. 1791; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Mercy 1791 I-VII). "Note pour un P.S. au prince de Kaunitz" (14. 5. 1791; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1791). Marie-Christine an Leopold II. (9., 16., 30. 6., 19. 7., 2., 3., 12., 20., 21., 25. 8., 1., 6., 28. 9. 1791; Druck: Schlitter, Marie-Christine, S. 112-117, 125, 134-136, 142-144, 146-149, 155-157, 158-161, 165-169, 181-183). Erzhzg. Karl an Leopold II. (17. 10. 1791; FA FK A 26). - Zur definitiven Installierung Metternichs vgl. u.a. Kaunitz an Mercy bzw. an Metternich (27. 6. 1791; Belgien DD A Weisungen 67) u. Mercy an Generalgouverneure (Spa, 9. 7. 1791; Belgien DD B 119). - Lagravière an Montmorin (23., 25., 26., 27., 28., 30. 6., 2., 4., 5., 10. 7.. 2. 10. 1791; AMAE CP Pays-Bas espagnols/autrichiens 180 bzw. 181). - Zeissberg 1, S. 74-105, 116-147 (Erzherzog Karl), Mathy, S. 137-170. Metternichs Verhältnis zu den Generalgouverneuren und einzelnen Exponenten des Gouvernement war problematisch.

Die Emigranten dachten freilich nicht daran, das Mercy gegebene Versprechen einer "conduite tempori-sante et réservée" zu halten. Die Verlagerung ihrer Schaltzentrale aus dem entlegenen Turin an den Rhein, in die unmittelbare Nachbarschaft Frankreichs, wo ihnen geistliche Reichsfürsten mit Freuden Unterschlupf und Rückhalt gewährten, sollte sich als hervorragender Schachzug bewähren. Hier in Koblenz, dem politischen Zentrum der Emigration unter Monsieur und Artois, bzw. im mainzischen Worms, wo sich unter Condé schon seit Jahresanfang 1791 eine Emigrantenarmee formierte, saß man nun wirklich am Puls der weiteren Entwicklungen, konnte man die sich bedrohlich gegen Frankreich zusammenballenden Gewitterwolken dirigieren und durch eine trickreiche "Öffentlichkeitsarbeit" auch noch so bescheidene Erfolge, ja gar veritable Niederlagen zu großen Erfolgen ummünzen. Speziell die Vortäuschung oder zumindest die übertriebene Darstellung ausländischer Unterstützung für die Sache der Emigranten mußte in Frankreich Unruhe und Angst vor der seit langem befürchteten Intervention der alteuropäischen Mächte erzeugen. Erst in räumlicher Nähe zum Mutterland und in Kooperation mit den von Frankreich ohnedies mit wachsendem Mißtrauen beobachteten gekränkten Reichsständen spannte dies das Klima bis zum Äußersten; seit Februar 1791 unterhielten die Emigranten sogar einen eigenen Beauftragten beim Regensburger Reichstag.

Max Franz, Kurfürst von Köln und Bruder des Kaisers, beobachtete seit Mitte Juni 1791 mit stetig wachsender Skepsis das verantwortungslose Treiben der Emigranten und ihrer Gastgeber, der Kurfürsten von Mainz und Trier. Obwohl nahezu mittellos und eigentlich durch die internen Streitigkeit kopflos, spielten sie hier entlang des Rheins in einer gefährlichen Bruchzone Kriegskomödie und gefährdeten dadurch nicht nur die Sicherheit des Reichs, sondern v.a. auch das Leben der Königin. Mitte Juli 1791 war das Kommen und Gehen der Emigranten klingenden Namens im Rheinland beinahe unübersehbar geworden. Breteuil - er hatte schließlich im Juni 1791, als die Flucht näherrückte, sein Hauptquartier in Solothurn verlassen, um in Luxemburg oder Aachen dem Ort des Geschehens näher zu sein -, Barentin, der ehemalige Siegelbewahrer, und Bouillé gaben sich die Klinke in die Hand; alles reiste nach Aachen, um dort mit Gustav III. von Schweden zusammenzutreffen, der sich schon als Haupt einer gesamteuropäischen Aktionsgemeinschaft gegen die Revolution gerierte¹³⁶).

Noch von Brüssel aus hatte sich Anfang Juli 1791 wieder eine Flut von Denkschriften und Bittbriefen der königlichen Brüder ergossen, konzentriert auf die beiden Höfe, die man als besonders wichtig für jede Interventionspolitik begriff - Preußen und Österreich -, und abgestimmt auf die Suspendierung des Königs und den Anschluß Monsieurs an das Lager der Emigranten. Dem Comte de Provence mußte nun unstrittig die Regentschaft für den de facto entmachteten Ludwig XVI. bzw. den noch unmündigen und gleichfalls gefangenen Dauphin zufallen. Die ausländischen Mächte sollten ihre diplomatischen Vertreter aus Paris abziehen und die offiziellen französischen Diplomaten an ihren Höfen als zugunsten der Repräsentanten der Emigration beurlaubt betrachten. Standen aber Absetzung, Verurteilung Ludwigs XVI. bevor, war gar ein Königsmord nicht mehr auszuschließen, so mußte auch die andere Seite den Weg der Gewalt beschreiten. Durch sein Beispiel die anderen Mächte mitzureißen war Sache des Kaisers; die versprochenen 35.000 Mann k.k. Truppen und die rasenden, kaum noch zügelbaren Emigranten bildeten eine solide Ausgangsbasis für den geplanten Vorstoß aus Belgien über Nordfrankreich Richtung Paris, sofern nicht ohnedies die drohenden Erklärungen des Kaisers und der Prinzen oder die Konzentrationsbewegungen der Österreicher ausreichten, um die Revolutionäre einzuschüchtern. An der Spitze des europäischen Kreuzzugs wollten die königlichen Brüder selbst mit einer "nationalfranzösischen" Vorhut tätig werden; dies nahm dem Unternehmen den üblen Beigeschmack ausländischer Aggression. Um Englands Haltung klar zu ermitteln, damit das ewig zaudernde Spanien in das Mächtekonzert zu zwingen und vielleicht sogar hannöversche Hilfstruppen zu gewinnen, ging Calonne im Juli 1791 noch einmal nach London. Baron de Roll erhielt ebenfalls Anfang Juli 1791 neue Instruktionen für seine Tätigkeit in Berlin, und für die angeblich schon weit gediehenen Verhandlungen mit Hessen-Kassel für einen Truppenmietvertrag erbat man die Fürsprache des Kaisers. Eine hessisch-preußische Heeresgruppe - zusammen etwa 30.000 Mann - sollte dann gegen das Elsaß vorgehen, Straßburg mit anderen festen Plätzen Friedrich Wilhelm II. einstweilen als Entschädigungspfand zur Verfügung gestellt werden. Für den Kaiser aber hielt man schon alleine die Aussicht, mit der Niederringung Frankreichs auch die Voraussetzungen für eine endgültige Ru-

¹³⁶) Max Franz an Leopold II. ([Juni 1791]; StK DK Köln 1; Druck: Vivenot 1, S. 543), dto. ([Anfang Juli 1791] u. 13. 7. 1791; FA FK A 26 Konv. Max Franz-Leopold II.). Breteuil an Mercy (Solothurn, 14. 6. 1791; SA Frkr. Varia 48 Konv. Breteuil-Mercy). Romanzow an Galiczyn (Frankfurt, [Sommer 1791]; SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 I-V).

higstellung Belgiens zu schaffen, für einen gewichtigen Anreiz. Jeder Kleinkrieg zwischen den Auslandsagenten der Tuilerien und den königlichen Brüdern, den einzig legitimen Sachwaltern der "royauté", mußte nun aufhören; der lästigste Konkurrent, Baron de Breteuil, wurde daher umgehend ermahnt, seine selbständigen Aktionen einzustellen¹³⁷).

Der einflußreichste Repräsentant der königlichen Familie im Ausland war nun aber - neben Baron de Breteuil - mehr und mehr der Geliebte der Königin, Graf Fersen. Seit Juni 1791 in Brüssel im Umkreis Mercys unterhielt auch er eine geheime Korrespondenz mit Marie-Antoinette, die ihn aus ihrer Gefangenschaft in den Tuilerien über die tatsächlichen Wünsche und Sorgen der königlichen Familie unterrichtete. Seit Ende Juni 1791 hatten sich Mercy und Fersen auch gemeinsam um eine Klärung der Position Ludwigs XVI. gegenüber den Emigranten bemüht. Diese erforderte doch wohl nach der gelungenen Flucht Monsieurs eine Neubestimmung. Der Botschafter Mercy war zwar über das Auftreten des Comte de Provence in Brüssel - gerade im Vergleich mit dem viel gewandteren Artois - tief enttäuscht, aber zugleich - wie Fersen - überzeugt, daß das nunmehrige Oberhaupt der Emigranten eine Vollmacht des Königs für etwaige Verhandlungen mit dem Ausland benötigte, um Tuilerien und Emigration endlich institutionell zu verklammern und für das in Arbeit befindliche Mächtekonkordat zu berechenbaren Faktoren zu machen. Wie aber stellte sich die königliche Familie die Überbrückung der Handlungsunfähigkeit Ludwigs XVI. konkret vor, wer sollte als "Premierminister der Emigration" das Sagen haben, Calonne oder Breteuil? Das Ergebnis war wieder einmal ein halbherziges: Monsieur erhielt kein unumschränktes *plein-pouvoir*. Dieses müßte ja, hieß es aus Paris, den ausländischen Mächten mitgeteilt werden und könnte dann schwerlich geheim bleiben. Viel wichtiger schien den Tuilerien, die Gefangenschaft des Allerchristlichsten Königs und den Todeskampf der Monarchie in Frankreich zum Gegenstand eines Kongresses der befreundeten und verbündeten Mächte zu machen. Hier sollte - begleitet von eindrucksvollen Machtdemonstrationen, jenseits der französischen Grenze freilich und möglichst vorsichtig, also ohne Massaker und Ausschreitungen in Paris zu provozieren - über Mittel und Wege beraten werden, die französische Anarchie - die "démocratie française" - abzustellen und das Königtum zu erneuern. Offene Gewalt hielt Marie-Antoinette für äußerst gefährlich, und schon zeigte sich in der Politik der königlichen Familie jene Linie, die schnurstracks auf die Annahme der Verfassung im September 1791 zuführte. Denn weder erwartete man sich "echte" Freiheit für die Zeit der Begutachtung der Konstitution durch den König, noch wagte man offen zu bekennen, daß fast die gesamte revolutionäre Entwicklung seit 1789 dem Willen des Königs widersprach. Eine Änderung war ohnedies unmöglich, solange die Mehrheit der Franzosen den Neuerungen positiv gegenüberstand. Den Geist der Nation wieder für den König zu gewinnen, sollte hinfort die Hauptaufgabe der königlichen Familie sein, und im Rahmen dieses recht bescheiden gewordenen Programms der Sanierung von innen konnte das behutsame und klug dosierte Muskelspiel eines Mächtekonkordats einen nützlichen Beitrag leisten.

Dies waren die Instruktionen, mit denen Fersen Mitte Juli 1791 nach Wien aufbrach. Unterstützt von lobenden Empfehlungen Mercys und besonderen Elogen der Generalgouverneurin Marie-Christine konnte ihm selbst die Tatsache nichts anhaben, daß ihn auch sein König, Gustav III. von Schweden, einer der umtriebigsten Gönner der Emigranten, mit dem Fersen auf der Durchreise in Aachen zusammentraf, für seine Interventionspläne einspannte und ihn so in völlig unerwünschte Nähe zu einer wenig erfolgversprechenden Traumtänzerpolitik brachte. So mußte Fersen etwa im Auftrag Gustavs den Engländer Quintin Craufurd (1743-1819), einen Vertrauten Marie-Antoinettes, nach England senden, um die britischen Gesinnungen in der französischen Frage nochmals zu ergründen, und in weiterer Folge am Kaiserhof auch noch die versponnenen Invasionspläne Gustavs aufzutischen (vgl. unten).

Ende Juli 1791 traf Fersen auf Zwischenstation in Koblenz ein. Enttäuscht mußten hier die königlichen Brüder, die sich wesentlich mehr autorisierten Spielraum für ihre Aktivitäten erwartet hatten, zur Kenntnis nehmen, wie bescheiden der ihnen durch Fersen ausgehändigte "Vertrauensbeweis" Ludwigs XVI.

¹³⁷) Monsieur an Leopold II. (Brüssel, 1. 7. 1791), Artois an Leopold II. (Brüssel, 2. 7. 1791), Mémoire von Monsieur/Artois für Leopold II. (Brüssel, 2. 7. 1791): SA Frkr. HK 4 Konv. Artois bzw. Monsieur-Leopold II. - "Instruction pour Monsieur le baron de Roll" (gez. Calonne; 2. 7. 1791; SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 VI-VIII). - Monsieur an Breteuil (Brüssel, 2. 7. 1791; Druck: Feuillet 2, S. 138f). Pingaud, Correspondance de Vaudreuil 2, S. 16-20. Auch Bombelles stellte jetzt seine Direktkontakte zum Kaiser ein. Im Lager der Prinzen konnte er nach seiner unrühmlichen Tätigkeit als Doppelagent, wie er selbst wußte, keine Aufnahme finden: Bombelles an Leopold II. (Stuttgart, Juli 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Bombelles-Leopold II.). Chaumié, Correspondance, S. 131-141. Über Monsieur als neuen Führer der Emigration vgl. etwa Gérard Walter, Le Comte de Provence. Frère du Roi, "Régent de France", Roi des Emigrés (Paris 1950) 166-203, Evelyne Lever, Louis XVIII (Paris 1988) 149-197

letztlich ausfiel: man berechtigte sie lediglich im grundsätzlichen zu Verhandlungen mit fremden Mächten und bat dringend, von Gewaltmaßnahmen abzusehen. So verhärteten sich die Fronten sofort wieder, als man der Ernüchterung und dem Ärger Ausdruck verlieh und dabei sogar vergeblich versuchte, den desillusionierenden Inhalt des königlichen Schreibens besonders vor Wien geheimzuhalten. Eine Zusammenarbeit mit dem ihrer Einschätzung unfähigen und intriganten Breteuil kam für Provence und Artois unter keinen Umständen in Frage; auch Mercy, der Breteuil und seine "intrigante activité" nicht besonders schätzte und ihm während eines kurzen und unergiebigem Zusammentreffens in Spa während der ersten Augushälfte die kalte Schulter zeigte, konnte nicht umhin, lebhaft zu bedauern, daß der Ungeist der Intrigen und Eifersüchteleien - ganz wie vordem in Versailles - nun auch die Auslandsfranzosen und mit ihnen die königliche Familie in den Abgrund zu führen drohte. Der Kurzaufenthalt in der Kommandozentrale der Emigranten bestätigte Graf Fersen in seiner Abneigung gegen den Comte d'Artois, vor dem er auch Gustav III. nachdrücklich gewarnt hatte. Artois, der den viel vernünftigeren Comte de Provence völlig beherrschte und nach wie vor für eine rasche und gewaltsame Handlungsweise votierte, sah sich schon als Oberbefehlshaber der europäischen Kreuzritter wider die Revolution und hatte zu seiner Unterstützung mittlerweile die Marschälle Broglie und Castries, anerkannte Veteranen des Siebenjährigen Krieges, zu sich berufen. Ein gefährliches Signal. Mit guten Nachrichten kehrte Ende des Monats auch Callonne von einer kurzen England-Mission zurück. Wenigstens er war sich der Neutralität Englands für den Fall eines europäischen Einschreitens gegen die Revolution völlig sicher, selbst wenn er - außer einem Komplimentierungsschreiben Georgs III. für den Comte de Provence - zur Untermauerung seiner Behauptungen nichts Schriftliches vorweisen konnte. So schien Fersen, als er Koblenz verließ, mehr als zweifelhaft, ob auch die Emigranten die Sicherheit der königlichen Familie als obersten Wert anerkannten¹³⁸).

Chronologisch sind wir aber bereits zu weit vorausgeeilt, denn die Weichenstellungen nahmen diesmal nicht Mercy in Brüssel oder Kaunitz in Wien vor. Der Kaiser in Italien sezte fernab vom Ort des Geschehens und mit entsprechender Zeitverzögerung jene Schritte, die die österreichische Frankreichpolitik in zukunftsweisende Bahnen lenkte.

¹³⁸) "De la part de Monsieur le comte de Fersen" an Marie-Antoinette [Juni 1791], abgedr. bei Feuillet 2, S. 161f, als Mercy an Marie-Antoinette (Mitte Juli 1791). Fersen an Mercy (Brüssel, 15. 7. 1791) mit einem Brief der Königin an Fersen ([8. 7. 1791], Fersen an Mercy (Aachen, 23. 7. 1791) mit Gustav III. an Mercy (Aachen, 18. 7. 1791) und Fersen an Mercy (Koblenz, 26. 7. 1791); SA Frkr. Varia 44 Konv. Graf Fersen. Mercy an Fersen (12. 8. 1791; Druck: Klinckowström 1, S. 157f), Klinckowström 1, S. 6-8 (Journal, 25./26. 7. 1791), S. 141f, 147f, Söderhjelm, Fersen, S. 193-206, dort auch Teile der Korrespondenz Fersen/Marie-Antoinette, bes. (S. 204-206) der Brief der Königin an Fersen zur Frage der Vollmacht für Monsieur (8. 7. 1791). Hier sind auch die Wünsche der Tuilerien an das Ausland erstmals nach Varennes in aller Deutlichkeit formuliert worden: "Le roi pense que c'est par la voie des négociations seule que leurs secours [der europäischen Mächte] pourrait être utile à lui et à son royaume, que la démonstration des forces ne doit être que secondaire et si l'on se refusait ici à toute voie de négociation. Le roi pense que la force ouverte, même après une première déclaration, serait d'un danger incalculable". Abschrift einer Vollmacht Ludwigs XVI. für seine Brüder (7. 7. 1791) bei Klinckowström 1, S. 145. Mercy an Blumendorf (Spa, 13. 7. 1791; FA SB 71 d. B/A), an Kaunitz (Spa, 18. 7. 1791; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1791) bzw. an Leopold II. (Spa, 18. 7. 1791; ebd. Konv. Mercy-Leopold II. 1791; Druck: Feuillet 2, S. 167-171). Marie-Christine an Leopold II. (14., 18. u. 24. 7., 15. 8. 1791; Druck: Schlitter, Marie-Christine, S. 128-134, 138-141, 151f). Mercy an Kaunitz (Brüssel, 12. 8. 1791; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1791 bzw. Frkr. Varia 44 Konv. Auslieferung aus den Archives Nationales; Teildruck: Feuillet 2, S. 208-211), an Marie-Christine (Spa, 16. 7. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Mercy-Marie-Christine 1791). - Artois/Provence an Ludwig XVI. (4./5. 8. 1791; SA Frkr. Varia 44 Konv. Ludwig XVI.-kgl. Brüder). Zu Craufurd übrigens Emile Dard, Un rival de Fersen. Quintin Craufurd (Paris 1947).

3.4 Die Bemühungen Leopolds II. um ein "Konzert der Mächte"

Nach der Katastrophe von Varennes war ein tatenloses Zuwarten des Kaisers nicht mehr möglich; weder als Bruder der Königin noch als erster der europäischen Souveräne durfte Leopold den offensichtlich außer Kontrolle geratenden Vorgängen in Frankreich untätig zusehen. Die bereits längere Zeit vor Kenntnisnahme des Scheiterns des Fluchtversuchs in einer Phase der gespannten Erwartung angestellten Überlegungen zur Situation in Frankreich und einer eventuellen Sanierung durch die europäischen Mächte mußten nun auf ihre Praktikabilität geprüft werden. Die vor dem Abschluß stehende Annäherung an Preußen (vgl. Teil 2) und die enorme Verbesserung der österreichischen Position im Konzert der Mächte eröffneten dabei neue Perspektiven.

Alte Invasionsängste

Die Verschärfung des zwischenstaatlichen Klimas im österreichisch-französischen Verhältnis blickte zu diesem Zeitpunkt bereits auf eine längere Vorgeschichte zurück. Ausgerechnet dem so vorsichtigen Österreich war - auch dies ein Produkt der austrophoben Paranoia (T.C.W. Blanning) in Frankreich - seit dem Jahre 1789 immer wieder der Plan einer konterrevolutionären Intervention zugunsten des königlichen Absolutismus unterstellt worden. Schon im Juli 1789 hieß es, daß sich Comte d'Artois nach Wien geflüchtet hätte und österreichische Husaren, die Paris überfallen wollten, angeblich bei Vincennes gesichtet wurden! Der erfolgreiche Türkenfeldzug des Jahres 1789 verstärkte tatsächlich die Angst, Kaiser Joseph II. könnte - vom Balkankrieg vielleicht bald befreit - eine Armee zur Wiederherstellung der Allgewalt seines Schwagers nach Frankreich entsenden. Gezielte Gerüchte von einer vom Ausland gestützten Konterrevolution hielten das Klima auf dem Siedepunkt: "on ne parle que de massacres, les alarmes, les haines se propagent avec plus d'acharnement", wußte Botschafter Mercy im Mai 1790 mitzuteilen, "on fomente de plus en plus dans Paris la fureur du peuple par des chimères de contre-révolution".

Das österreichische Durchzugsbegehren vom Juli 1790 führte nicht nur, wie wir sahen, zu verstärkter Überwachung der Außenpolitik durch die Nationalversammlung (vgl. oben), sondern auch zu einer Sintflut von hysterischen Interventionsgerüchten gegen den Wiener und den Turiner Hof, aber auch gegen andere Mächte, denen man Kriegsrüstungen und enge Verbindungen zu den Emigranten unterstellte. Militärische Bewegungen aller Art bezog man - unter Verkennung der gesamteuropäischen Lage - auf sich und argwöhnte, so analysierte der k.k. Botschafter noch im Juli 1790,

"daß diese Bewegungen nur bloß von der gefaßten Unruhe der fremden Monarchen herrühren, indem sie wohl vorsähen, daß das Beyspiel der Franzosen von ihren untergebenen Völkern nachgeahmet werden dürfte und daß besagte Könige daher ganz zum Ausbruch bereite Anschläge vielleicht gefaßt haben, ein Volk zu bestrafen, welches den übrigen ein so grosses Beyspiel gegeben hätte."

Das galt besonders für französische Intrigen in den sezessionistischen belgischen Provinzen; hier ließen sich die "Revolutionäre" auch von der ganz unterschiedlichen Ausrichtung der belgischen Erhebung gegen Österreich nicht irre machen. Mercy ordnete diese Begünstigung rebellischer habsburgischer Untertanen und die Versuche, die "Freiheitsseuche" bei den österreichischen Truppen zu verbreiten, denn auch in den größeren Kontext der allianzfeindlichen Bemühungen ein, die Achse Wien-Paris endgültig zu zerbrechen und die Freundschaftsbande aufzulösen. Aber auch die französischen Invasionsängste waren nicht immer ohne Basis, wie die Aufforderungen Botschafter Mercys gegenüber seiner vorgesetzten Behörde, sich doch endlich Gedanken über die Gefahr der französischen Propaganda und notwendige Gegenmaßnahmen der europäischen Höfe zu machen, oder die preußischen Interventionspläne vom September 1790 belegen.

Das Ziel der bewußt geschürten Interventionshysterie schien Mercy klar: Anarchie und Angst schufen jenes Klima, in dem die Pflanze der Revolution am besten gedieh und sich am ehesten der triste innere Zustand kaschieren ließ (August 1790):

"Au lieu de remédier aux vraies sources du mal qui sont la misère et le mécontentement des provinces, on ne se repaît que d'idées chimériques sur les prétendus projets des puissances étrangères de renverser la nouvelle constitution française. Toujours attentifs aux mouvements imaginaires du dehors, toujours sans prévoyance sur ceux très réels de l'intérieur, on a favorisé l'anarchie et elle a pris une telle consistance que l'on pourrait se croire arrivé au moment terrible du sauve qui peut."¹³⁹⁾

Noch kurz vor seiner Abreise nach Den Haag im Oktober 1790 protestierte Mercy bei Außenminister Montmorin auf das schärfste gegen die "boshaftesten Verläumdungen und Unwahrheiten", die in Paris gegen Österreich ausgestreut wurden. Wien sei fest entschlossen, sich nicht in französische Interna einzumengen, erwarte sich aber, daß auch Frankreich entsprechend handle und die Truppenversammlung im Luxemburgischen zum Zwecke der Rückeroberung Belgiens nicht mißverstehe. Ohne großen Effekt - im Gegenteil, denn die gegen Jahresende erfolgreich abgeschlossene Unterwerfung der Österreichischen Niederlande und der Einmarsch der k.k. Truppen vergrößerte noch die Sorge vor der nun wieder auf etwas sicherere Beine gestellten österreichischen Nachbarschaft und einem eventuellen Einsatz der derart disponiblen bewaffneten Macht zugunsten von Adel, Geistlichkeit und im Elsaß begüterten Reichsständen. Im November 1790 rechnete der k.k. Geschäftsträger Blumendorf damit, daß im Zuge der Überprüfung der Völkerrechtsverträge Frankreichs durch die Nationalversammlung bald die Auflösung der Allianz mit Österreich erfolgen und statt dessen ein neues Bündnis mit Preußen geschlossen werde; dies diene zum Beweis, "wie sehr man hier das wahre Interesse des Königreichs miskenne und wie sehr es den Feinden des allerdurchlauchtigsten Erzhauses gelungen habe, durch ihre schädliche Insinuationen die alten Vorurteile gegen dasselbe bey der hiesigen Nation wieder aufzuwecken".

Selbst das französische Außenministerium äußerte wiederholt Bedenken gegen die massive Truppenpräsenz in den k.k. Niederlanden und schlug - zur Verbesserung der Optik - eine Reduzierung derselben vor. Kaunitz ließ dem französischen Gegenüber inoffiziell und in geschickt verklausulierter Sprache ausrichten, daß dessen Invasionsängste und Bedenken gegen die (durch die noch nicht völlig hergestellte Ruhe in Belgien hinreichend erklärte) Stationierung starker Truppeneinheiten wohl auf ein schlechtes Gewissen deuteten, das möglicherweise von den französischen Intrigen in den Österreichischen Niederlanden, der allgemeinen Verbreitung des Aufruhrsamens in den europäischen Staaten und der Kränkung der Königin und Schwester des Kaisers herrührte. Außenminister Montmorin entschuldigte sich später zwar für die laufenden Verdächtigungen. "Alleine es wäre schwer, wo nicht unmöglich, einige im höchsten Grade exaltirte Köpfe, die auch nur die geringste auswärtige Bewegungen durch Vergrößerungsgläser ansähen, auf den rechten Gesichtspunkt sogleich zurückzubringen"; die sich zuspitzende Frage der in Elsaß-Lothringen begüterten deutschen Reichsstände und die jüngste Intervention des Kaisers in dieser Sache, angebliche österreichische Truppenkonzentrationen an der Rheingrenze und die in der ersten Jahreshälfte 1791 auf Ansuchen erfolgte Verlegung von einigen hundert Mann k.k. Truppen auf das durch innere Unruhen erschütterte Gebiet des Fürstbischofs von Basel - ein Vorgehen, das man französischerseits als Verstoß gegen den Vertrag zwischen dem Fürstbischof und Frankreich von 1780 erachtete - sorgten "bey der bekannten argwohnsvollen Verfaßung der Gemüther" weiterhin für Unruhe und erleichterten den Gegnern des österreichisch-französischen Allianzsystems, so Blumendorf, "durch ihre gehässige Insinuationen und Untergrabungen einen fast allgemeinen widrigen Eindruck gegen dasselbe zu veranlassen". Im Gegenzug demonstrierten auch die Franzosen Verteidigungsbereitschaft, besonders im Elsaß. Blumendorf wußte im Januar 1791 gar zu berichten, daß der preußische Gesandte in Paris das Gerücht ausstreute, Österreich wolle nach der erfolgreichen Niederschlagung der Lütticher Revolution die "Auferweckung" des Burgundischen Reichskreises unter Beiziehung von Elsaß, Lothringen und der Franche-Comté betreiben. Angeblich in Belgien ausschwärmende französische Emissäre des Jakobinerklubs wieder beunruhigten die Österreicher in zunehmendem Maße.

¹³⁹⁾ Mercy an Kaunitz (23. 7. 1789 - O*, 18. 11. 1789 - P, 29. 5. 1790 - P, 30. 7. 1790 - O, 20. 8. 1790 - O* u. P, 25. 8. 1790 - O*/P.S. 2, 3. u. 9. 1790 - O). Crumpipen an Kaunitz (28. 12. 1790; Belgien DD A Berichte 318). Sogar hinter dem Reichsbacher Stillstand wählte man mitunter Abreden gegen Frankreich: Bray, Mémoires, S. 94 (15. 9. 1790).

Es nimmt daher nicht sonderlich wunder, wenn Wien sich bemüht zeigte, auch schon prophylaktisch an anderen Höfen den Gerüchten über angebliche Interventionspläne, wie sie auch die Emigranten nährten, jede Wahrscheinlichkeit zu nehmen - etwa in London, wo Österreich zu Jahresbeginn 1791 mit Rücksicht auf die noch sehr prekäre internationale Situation leise treten mußte. Der k.k. Gesandte in der englischen Hauptstadt, Graf Stadion, erhielt Auftrag, Premierminister Pitt klarzumachen, daß der Kaiser eine Einmischung in französische Interna dem Interesse seiner Staaten überhaupt nicht gemäß fand und sich auch der "Wideraufhebung der vorigen französischen Verfassung" keineswegs annehmen wollte. Einzig Angriffe auf die königliche Familie sollten Anlaßfall für ein Einschreiten der ausländischen Mächte sein, und so weit würde, wie man hoffte, Paris die "Raserei" nicht treiben. Kurzum: Leopold II. wollte sich nicht in die Französische Revolution einmischen,

"ausgenommen, daß mehrere der respectablesten Mächte Europens und darunter insonderheit England, es sey zur Abwendung gefährlicher Folgen und Anschläge auf die Ruhe der Unterthanen aller übrigen Staaten oder etwa zur Abwendung irgendeines allen königlichen Häuptern in der Person des Königs in Frankreich drohenden Schimpfes in ein dießfälliges Concert zu treten durch zukünftige Vorfälle veranlaßet würden"¹⁴⁰).

Lüttich und Basel: Habsburg als Handlanger der Reaktion?

Ganz gegen die üble Reputation konnte sich in Wien die Linie der eisernen Hand und des harten Durchgreifens weder für die Frankreichpolitik durchsetzen noch in bezug auf die österreichische Haltung gegenüber kleineren lokalen "Revolutionen", etwa in den Fürstbistümern Lüttich und Basel, die sich selbst als zur Stillung der Unruhen unfähig erwiesen, die Oberhand gewinnen. Österreich war nicht bereit, für die geistlichen Landesherrn und ihre Interessen blutige Henkersdienste zu leisten und erteilte viel lieber wohlgemeinte Ratschläge zu landesväterlicher Milde und Nachsicht. Schon aus blankem Eigeninteresse an einer ehrlichen Befriedung.

Besonders Lüttich interessierte die Politik der Staatskanzlei wegen der Nähe zu und den Verflechtungen mit den belgischen Provinzen. Man wollte daher nach Wiedereinsetzung des vertriebenen Fürsten genau darüber wachen, "daß in diesem Lande kein unruhiger Partheygeist herrsche, der seine gefährliche Wirkung gar leicht über unsere Gränzen verbreiten könnte". Eine Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung manu militari versprach aber nicht die nötige Dauerhaftigkeit und Stabilität, und Wien dachte - auch mit Blick auf den ungünstigen Ruf einer sich in Interna fremder Länder einmischenden, interventionslustigen Macht, der gegenüber Frankreich bloß kompromittierend sein konnte - gar nicht daran, nach Vollstreckung der reichskammergerichtlichen Urteile durch starke Truppenpräsenz auf Kosten des Landes die "Privatrache" des Lütticher Fürstbischofs auf Dauer zu decken und damit letztlich die Lütticher in die Arme der französische "Demokratie" zu treiben. Nur eine weitgehende Amnestie - "eine Vergeßenheit des Vergangenen", wie man sich ausdrückte -, weise Nachsicht und "kluge Anstalten" konnten die Irregeleiteten in das rechte Geleise und die Flüchtlinge ins Land zurückbringen; "schwindelnde Köpfe müssen mit Gelassenheit geleitet werden", und außerdem benötigte man das in Lüttich gebundene Truppenkorps an anderer Stelle. Dennoch zog sich die wirkliche "Befriedung" Lüttichs bis gegen Jahresende 1791 hin, da sich, wie auch Staatskanzler Kaunitz kritisierte, der Fürstbischof nur schwer zu einer gütlichen Übereinkunft entschließen konnte und "Privatfeindseligkeiten" das Klima belasteten. Erst im August/September 1791 zogen die k.k. Truppen bis auf eine Garnison von 2.000 Mann ab, und Kaunitz ließ

¹⁴⁰) Mercy an Kaunitz P.S. (4. 10. 1790 - O*) mit Beilage und Mercy an Montmorin (19. 9. 1790; AMAE CP 360; veröffentlicht in der Gazette de France, 28. 9. 1790); Blumendorf an Kaunitz (10., 17. 11., 5., 17. 12. 1790, 8. u. 30. 1., 9. 2., 7. 3., 29. 3., 9. 4., 31. 7. 1791; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1790 X-XII bzw. 1791 I-VI u. VII-XII), an Mercy (21., 26. 11., 10., 13., 17. 12. 1790, 4., 10. 1., 12. u. 28. 3., 20. 4., 17. 5., 26. 7. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy 1790/91), an RVK (8. 6. 1791; RK RkgF 1/2); Kaunitz an Blumendorf (12. 1. 1791; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Blumendorf 1791; Druck: Vivenot 1, S. 537f) u. an Mercy (12. 1. 1791; ebd. Konv. Kaunitz-Mercy 1791 I-VII). Kaunitz an Stadion (5. 1. 1791; SA England Weisungen 130 Konv. Weisungen 1791).

dem Fürstbischof noch einmal empfehlen, den "Weg der Güte" zu beschreiten, da bei zu großer Strenge und "durch gehäßige Beyspiele der Privatrache" ein Wiederaufbrechen der alten Unruhen zu befürchten war¹⁴¹⁾.

Kaum war in Lüttich das Größte von den k.k. Truppen bereinigt worden, da erreichte auch schon ein weiteres Hilfsersuchen eines geistlichen Landesherrn den Kaiser in Wien. Es kam diesmal aus dem Fürstbistum Basel. Im Dezember 1790 hatte Fürstbischof Joseph Sigismund von Roggenbach seinen Archidiacon Johann Heinrich Hermann Freiherrn von Ligertz an den Kaiserhof entsandt, um das Reichsoberhaupt auf die große Gefahr aufmerksam zu machen, die dem Bistum durch einen "wirklichen Aufruhr" seiner Hochstiftsuntertanen drohte, und um entsprechende Hilfe zu bitten. Er selbst hätte alle möglichen "Sanft- und Langmuthsmitteln" erschöpft, ohne seine vom bösen Beispiel der französischen Nachbarschaft verführten Untertanen zur Raison bringen zu können. Die Staatskanzlei unterstützte zunächst das Begehren des "gutgesinnten" Basler Fürstbischofs und sprach sich für die Durchführung einer kleinen "Polizeiaktion" aus - auch im Sinne der Erhaltung von Ruhe und Sicherheit im Umkreis der eigenen vorderösterreichischen Lande. Mit einem kleinen Detachement Infanterie sollte das zuständige vorderösterreichische Militärkommando - im noch nicht eingetretenen äußersten Notfall - die unruhigen Bewohner von Porrentruy/Pruntrut (hier residierten die Bischöfe seit der Reformation in Basel, während sich das Domkapitel nach Arlesheim zurückgezogen hatte), die dem Kirchenfürsten solches Kopfzerbrechen bereiteten, eigentlich in Schach halten können. Der Kaiser stimmte zu (Januar 1791), und auch der Mainzer Kurfürst begann sich als Reichserzkanzler und mitausschreibender Fürst des Oberrheinischen Kreises für das Schicksal seines Mitbruders und Reichsmitstandes zu interessieren¹⁴²⁾.

Bald zog jedoch die Angelegenheit viel weitere Kreise als erwartet: Zahl und Potential der unzufriedenen Untertanen war höher als ursprünglich angenommen, sehr rasch verbreitete sich das Gerücht einer großangelegten Intervention des Kaisers, von dem sich auch das französische Oberelsaß um Hüningen betroffen glaubte; die widerspenstigen Basler Untertanen wieder zählten auf französische Unterstützung. Auch im vorarlbergischen Dornbirn war es zu Unruhen gekommen, die nur durch k.k. Truppen unter Kontrolle gebracht werden konnten, der Gedankensprung zu den permanent kolportierten Wühlarbeiten französischer "Aufruhrprediger" fiel um so leichter. Das größte Hindernis legten Stadt und Kanton Basel der reichsmittständischen und "nachbarlichen" Hilfsbereitschaft Leopolds für Bischof Roggenbach in den Weg. Sie verweigerten den zum Einsatz bestimmten k.k. Truppen den Durchzug von Rheinfelden durch Basler Gebiet ins Hochstift, warfen sich in Verteidigungspose und wollten die gesamte Eidgenossenschaft mit der Frage befassen.

Staatskanzler Kaunitz zeigte Verständnis für die Bedenken der Basler, instruierte den k.k. Residenten in Basel Tassara, die Sache einstweilen auf sich beruhen zu lassen, und sprach im übrigen die Hoffnung aus, daß sich die Lage im Fürstbistum selbst beruhigen, der Fürstbischof aber gerade angesichts der Schwierigkeiten sich eher "gnädig und nachsichtig als streng" zeigen würde. Immerhin schien es nicht ausgeschlossen, daß die benachbarten Schweizer Kantone in einer militärisch abgesicherten schiedsrichterlichen Aktion vermittelnd in die Basler Wirren eingriffen und den Österreichern so weitere Schritte ersparten. Mittlerweile hatte sich aber die Reichshofkanzlei in die Sache eingeschaltet und die Wiener Politik wieder auf eine schädliche Zweigleisigkeit geführt. Hatte Kaunitz - stets bemüht, eine mögliche Intervention zugunsten des Fürstbischofs als rein nachbarschaftliche Hilfe darzustellen und von reichsoberhauptlichem Schutz möglichst nicht zu sprechen, da ansonsten ein Alleingang Wiens ohne Konsultierung des Reichs gegen die Reichsverfassung verstieß - Tassara schon bei den ersten negativen Signalen aus Basel zum

¹⁴¹⁾ Fstbf von Lüttich an RVK und an Leopold II. (10. 12. 1790; RK RkgF 1/2), Kaunitz an Metternich (5. 1. 1790 [recte: 1791], 27. 5. 1791; StK DK Reich Weisungen 251 Konv. Weisungen 1790 bzw. Konv. Weisungen an Metternich 1791). Mercy an Kaunitz (21. 1. 1791; Belgien DD A Berichte 318), an Metternich (28. 4. u. 14. 5. 1791; Belgien DD B 119), an Leopold II. (18. 7. 1791). Vortrag Kaunitz (26. 11. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 XI-XII). - Mathy, S. 125-131.

¹⁴²⁾ Vgl. neben Marco Jorio, Der Untergang des Fürstbistums Basel (1792-1815). Der Kampf der beiden letzten Fürstbischöfe Joseph Sigismund von Roggenbach und Franz Xaver von Neveu gegen die Säkularisation (Diss. Freiburg/Schweiz 1982) 22-30 die entsprechenden Passagen (mit Dokumentenanhang) bei Gustave Gautherot, Les relations franco-helvétiques de 1789 à 1792 (Paris 1908) sowie ausführlich von dems., La Révolution française dans l'ancien évêché de Bâle 2 Bde. (Paris 1908), hier bes. Bd. 1: La République rauracienne, mit allerdings betont anti-österreichischer Bewertung der Intervention Wiens. Ferner Gautherot, Gobel, u. Josef Feldmann, Propaganda und Diplomatie. Eine Studie über die Beziehungen Frankreichs zu den eidgenössischen Orten vom Beginn der Französischen Revolution bis zum Sturz der Girondisten (= Beihefte der Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte 10; Zürich 1957) u.a. S. 63-70.

Stillhalten instruiert, so war er vom Reichsvizekanzler angewiesen worden, unbedingt auf der Durchzugsgenehmigung zu bestehen. Auch die Militärbehörden wurden hinter dem Rücken der Staatskanzlei wieder in Aktivität gesetzt, und der Kaiser ermahnte höchstpersönlich in einem Schreiben von Ende Februar 1791 den Kanton Basel, die Verweigerung des zahlenmäßig bedeutungslosen und daher auch mit keinen Nachteilen verbundenen Truppendurchzugs zu überdenken. Kaunitz war und blieb äußerst skeptisch, fürchtete bei fortgesetztem Beharren der Schweizer auf ihrem Durchzugsverbot eine schwere Kompromittierung des kaiserlichen Ansehens, aber auch ganz allgemein eine Verschlechterung des Klimas gegenüber der Eidgenossenschaft und das Aufleben alter Vorurteile gegen angeblich versteckte Absichten Österreichs. So schien es die beste und billigste Lösung, aus dem Schlamassel zu entkommen, wenn die Schweizer selbst die Ärmel hochkrempelten und dem Bischof notfalls die gewünschte Hilfe angedeihen ließen. Schließlich gaben die Basler aber unter dem Druck der größeren Kantone im März 1791 doch nach und gewährten den Durchmarsch¹⁴³).

Die Freude der Staatskanzlei hielt sich in engen Grenzen, und immer noch hoffte man, daß der Notfall, der stets als Vorbedingung für die Entsendung der Truppen in das Basler Hochstift genannt wurde, schließlich nicht eintrat. Mit einem unzweideutigen Verweis auf die mit militärischen Operationen verbundenen Belastungen für Bischof und Untertanen sollte der k.k. Resident in Basel einen letzten Versuch unternehmen, Roggenbach zu einer gütlichen Lösung des Problems zu drängen. Kaiser und Reich würden es dem Fürstbischof zu danken wissen. "Das eigene Interesse eines jeden Staates erfordert übrigens", belehrte Kaunitz den Fürstbischof im März 1791, "daß man kein Mittel unversucht lasse, den Ausbruch eines öffentlichen Aufstandes der Untertanen sowohl im Lande als an den Gränzen zu verhindern, da die Folgen hievon bey diesen Zeiten mehr als jemals von unübersehblichen Gefahren seyn können." Umsonst: Roggenbach bestand auf der Einlösung der österreichischen Versprechungen, ein Detachement k.k. Truppen mußte endlich in Marsch gesetzt werden - unter der Aufsicht eines Regierungsrates der vorderösterreichischen Regierung, Hermann von Greiffenegg, der aber mit keiner Exekutionskommission der Reichshofkanzlei ausgestattet war und nur Auftrag hatte, zwischen dem verärgerten Bischof und den angeblich von französischen Emissären aufgehetzten Untertanen zu vermitteln. Am 18. März 1791 marschierten etwa 400 Österreicher in das Fürstbistum ein. Wie im Falle des Lütticher Fürstbischofs wollte die Staatskanzlei klargestellt sehen, daß die österreichische Unterstützung für den Landesherrn nicht zu einer Bedrückung der Untertanen führte und eine ungerechte "Privatrache" deckte.

"Ich vermuthe nicht", artikulierte Kaunitz die Hoffnungen Wiens gegen den Residenten in Basel im März 1791, "daß nun die Gegenwart militärischer Gewalt ein oder den andern unzeitig eifrigen Diener des Fürsten aufmuntern sollte, auf harten Forderungen zu bestehen oder wegen unwesentlichen Dingen es auf das äußerste Mittel, nemlich auf die immer bedenkliche Anwendung der Gewalt ankommen zu lassen. Da Seine k.k. Majestät durch väterliche Nachsicht, Güte und Langmuth in ihren eigenen Staaten die Ruhe hergestellt und gegründet haben, so erwarten Allerhöchstdieselben mit Rechte von ihrem Nachbarn, dem Sie ihre Hilfe leihen, daß er sich derselben nach ihrem Beispiel mit der nemlichen klugen Mäßigung bedienen möge."

Der Fürstbischof von Basel mußte auch die Interessen seiner benachbarten Reichsmitstände berücksichtigen. Eskalierte die Unruhe im Hochstift Basel, so konnte der Krankheitsherd in bedenklicher Art auf die benachbarten "Reichsprovinzen" ausstrahlen. Die Verbindungen zwischen den "Basler Aufwieglern" - einer ihrer führenden Köpfe, Hofrat und Geheimratssekretär Joseph-Antoine Rengguer, war mit dem konstitutionellen Erzbischof von Paris, Jean-Baptiste Gobel, selbst einst Basler Weihbischof, verwandt - und den Vorgängen im revolutionären Nachbarland waren bekanntlich recht eng.

¹⁴³) Fstbf von Basel an Kaunitz u. Ph. Cobenzl (23. 12. 1790; RK Kleinere Reichsstände 69 Basel). Vortrag Kaunitz (15. 1. u. 8. 3. 1791 u. Beilage; StK Vorträge 148 Konv. 1791 I bzw. 1791 III-IV). Kaunitz an Tassara (22. 1., 19. 2., 5. 3. 1791; SA Schweiz Weisungen 181). Ludwig XVI. an Bürgermeister und Rat der Stadt Basel (23. 2. 1791). RVK an Kfst von Köln (20. 3. 1791); RK RkgF 1/2. Kfst von Mainz an Kaunitz (24. 2. 1791; RK Kleinere Reichsstände 69 Basel), die Antwort Kaunitz' (10. 3. 1791; ebd. u. Druck: Vivenot 1, S. 105f). RVK an Kfst von Mainz (5. 3. 1791) mit Leopold II. an Basel (27. 2. 1791): Vivenot 1, S. 101-104. Basel antwortete am 15. 3. 1791 (Druck: Vivenot 1, S. 107f). AN D XXIII/2 d. "Affaire du traité entre la France et l'évêque de Bâle", F 7 4400.

Im Sommer 1791 schien in Pruntrut alles ruhig und friedlich, und obwohl man sich auch in den Wiener Behörden fragte, ob der Ruhe denn wirklich zu trauen war, sehnte man ganz gegen die Intentionen Roggenbachs und seiner Berater den Zeitpunkt herbei, zu dem die k.k. Truppen wieder abziehen konnten. Der sichtlich auf Objektivität bedachte österreichische Kommissar Greifenegg bekam indes den Ärger der fürstbischöflichen "Falken" zu spüren, die nicht müde wurden, ihn kurzerhand "als einen gefährlichen Demokraten" an den Pranger zu stellen, weil er das intendierte Schreckensregime des Fürstbischofs nicht mittragen wollte. Die gegen Greifenegg gerichteten Anfeindungen drangen auf indirekten Wegen schließlich im September 1791 bis nach Wien, provozierten dort aber bloß eine für die zwiespältige Haltung der Staatskanzlei durchaus aufschlußreiche Abmahnung an die Verleumder des Regierungsrates, der doch nur seinen Auftrag erfüllte. War man selbst nicht unmittelbar betroffen, so zeigte man sich auch in Wien zu bemerkenswerter Objektivität und überraschender Sensibilität in der Wortwahl fähig: "Zur Bequemlichkeit [...] gibt man nun ohne Unterschied den verhaßten Namen Demokraten allen denjenigen, welche sich um die Rechte der Unterthanen annehmen oder für sie um Nachsicht bitten, so wie man nicht minder mit dem gehässigen Namen Aristokrat belegt wird, wenn man für die wohlhergebrachten Gerechtsame der Geistlichkeit und des Adels spricht". Eindringlich appellierte Kaunitz direkt an den Basler Fürstbischof, statt mit Strenge und abschreckendem Beispiel "mit kluger Mäßigung" die verhetzten und irgeleiteten Schäfchen seiner Herde zu beruhigen, "Sinnesänderung und bessere Stimmung der Gemüther" zu bewirken. Das gebot freilich in erster Linie nicht das humanitär-aufklärerische Wohlfahrtsdenken, sondern mehr noch der pure politische Selbsterhaltungstrieb. Selbst die Staatskanzlei gab sich im September 1791 überzeugt, daß der Geist der Unruhe unter den Untertanen der Reichslande der vorherrschende war, die "Anhänger der französischen Revolution" stetig anwuchsen, weil, wie man in stets widersprüchlicher Argumentation schwer leugnen konnte, die Situation französischer Bürger der deutscher Untertanen doch turmhoch überlegen war und sich keinesfalls mehr realistisch erwarten ließ, daß man die Dinge in Frankreich in den vorrevolutionären Stand zurückzuführen vermochte. Das verführerische französische Beispiel würde also Bestand haben!

Wollte man in einer so sensiblen und gefahrengeneigten Atmosphäre die doppelt verheerende Beispielwirkung von Widersetzlichkeiten vermeiden und die Unterstützung der Untertanen für die eventuelle Abrechnung mit der Revolution nicht verlieren, mußte man weniger bekämpfend als vielmehr schon prophylaktisch tätig werden und im Ansatz unterbinden, was später bei öffentlicher und exemplarischer Bestrafung nur die Feinde der Regierungsgewalt vermehrte;

"die falschen Freiheitsprediger an den dortigen Gränzen erhalten Gelegenheit, die Köpfe noch mehr mit Begriffen von eingebildeter Unterdrückung und Tyrannei der Staatsverwaltung anzufüllen und zu verwirren. [...] denn das Blendende von dem Wahren zu unterscheiden ist die Sache des Volks nicht, das gemeinlich nur von dem Schein angenehm oder unangenehm getäuscht wird. Wollten wir aber auch als sicher annehmen, daß das gesamte Reich zur Vertheidigung der durch die französische Revolution gekränkten Reichsstände zu den nachdrücklichsten Maßregeln schreiten werde und auf diese Art der Verbreitung dieser Freiheitsgrundsätze Gränzen könnten gesetzt werden, so würden eben durch diese Maßregeln die Fürsten Deutschlands noch mehr in den Fall kommen, die Gemüther ihrer Unterthanen zu beruhigen und für sich einzunehmen, damit ihre Abneigung sich nicht in eben dem Falle thätig zeige, wo man ihre mit unumgänglichen neuen Beschwerden verbundene Mitwirkung so nöthig hat".

Während der Bischof und sein Kreis ein Wiederaufflammen des Aufruhrs und ein Nachstoßen der Franzosen befürchteten, sobald die k.k. Truppen wieder abzogen, und mit Angst und Schrecken für den Tag X vorarbeiteten, riet die Staatskanzlei "im Zusammenhange mit den dermaligen gewiß sehr bedenklichen Weltumständen" - also vor dem Hintergrund der Französischen Revolution - zu einer großzügigen Verfahrensweise. Die Haupträdelsführer waren ohnedies bereits außer Landes, Mitschuldige und Anhänger zu zahlreich und Zeiten wie Umstände gegenüber den letzten, hart unterdrückten Unruhen im Hochstift, auf die man von bischöflicher Seite verwies, derart gewandelt, daß man in Wien ein ähnliches Verfahren nicht einmal in Erwägung ziehen wollte, sondern weiterhin lebhaft empfahl, beide Augen zuzudrücken

und sogar den reuigen Auführern die Rückkehr ins Land zu gestatten¹⁴⁴). In diese "internen" Bedenken der Wiener Politik gegen die Gefahren, denen man sich durch die oft wider Willen übernommene Rolle eines "Revolutionspolizisten" aussetzte, hatte Frankreich keinen Einblick, schon gar nicht die öffentliche Meinung und ihre Vorreiter, die Vertreter der progressiven Kräfte in der Constituante. Seit Februar 1791 wurden daher in Frankreich eine Aufstockung der Linientruppen und die Bildung starker Freiwilligenverbände in Angriff genommen, die Rüstungen im unruhigen Elsaß und gegen die Rheingrenze, wo sich nun am anderen Ufer die Emigranten zu konzentrieren begannen, verstärkt, ohne daß dies, wie im Pariser Außenministerium zunächst befürchtet, zu größerer Beunruhigung im Ausland geführt hätte. Der österreichische Vizekanzler Cobenzl zeigte sich im Gespräch mit dem französischen Geschäftsträger Gabard betont gelassen, versäumte aber nicht, dem Wunsch Ausdruck zu verleihen, auch Frankreich möge Österreich mehr Gerechtigkeit widerfahren lassen. Der französische Chargé d'affaires Gabard und Botschafter Noailles, der im März 1791 auf seinen Wiener Posten zurückkehrte, taten dies zwar, die Unruhe über mögliche Interventionsabsichten des Auslandes vermochten sie und das Außenministerium in Paris allerdings nicht zu zerstreuen. Besonders in den französischen Grenzgebieten herrschte Angst vor einer österreichischen Invasion; jede Truppenverschiebung im Breisgau machte böses Blut. Botschafter Noailles war selbst während seiner Durchreise Richtung Wien etwa in Straßburg Augenzeuge dieser Befürchtungen geworden - Befürchtungen, die Vizekanzler Cobenzl im Gespräch nur mit einem Lachen quittierte¹⁴⁵).

Zwistigkeiten

Neben den großen außenpolitischen Vorgängen sind auch die Qualität der "Nachbarschaft" au jour le jour und der alltägliche bilaterale Kontakt für das Verhältnis zweier Staaten zueinander von Aussagekraft und Gradmesser des zwischenstaatlichen Klimas. Auch hier kam es seit 1790/91 mehr und mehr zu bedenklichen Spannungen zwischen Frankreich und Österreich. An sich unerhebliche Zwischenfälle trübten das ohnedies schiefe Bild einer akut gefährdeten Freundschaft.

Im Juni 1791 entsandte die Nationalversammlung den Generalsekretär im Justizministerium Honoré-Marie-Nicolas Duveyrier (1753-1839) in offizieller Mission zu Prince de Condé nach Worms, um dem militärischen Führer der Emigranten ein Dekret der Constituante (11. Juni 1791) mitzuteilen, durch das ihm die Volksvertretung bei Androhung von Repressalien und sonstiger Sequestration seiner Besitzungen die Rückkehr nach Frankreich binnen 14 Tagen, wenigstens aber die schleunige Entfernung von den französischen Grenzen auftrug. Bei seiner Rückreise, die ihn über Luxemburg führte und - zeitlich überaus unglücklich - mit dem Scheitern des Fluchtversuchs von Varennes zusammenfiel, wurde Duveyrier vom österreichischen Festungskommandanten auf Ansuchen von Emigranten unter fadenscheinigen Vorwänden verhaftet und von den zufällig anwesenden Offizieren aus dem Stab Bouillés, die sich nach dem mißlungenen Fluchtversuch nach Luxemburg abgesetzt hatten, molcstiert. Erst nach 22tägigem Arrest kam er

¹⁴⁴) Kaunitz an Tassara (19., 23., 26. 3., 11. 5., 6. 8. 1791; SA Schweiz Weisungen 181), an Schlick (18. 9. 1791; StK DK Reich Weisungen 251 Konv. Weisungen an Schlick 1791; Druck: Vivencot I, S. 252-257) und beigelegt Kaunitz an Fstbf von Basel (17. 9. 1791) mit "Betrachtungen" der Staatskanzlei über die Sinnhaftigkeit einer beschwichtigenden Politik. Sumerau an Kaunitz (19. 2. 1792) mit einer Rechtfertigungsschrift Greifeneggs (Basel, 8. 2. 1792); StK Provinzen Vorderösterreich Berichte 1. Greifenegg hatte auch die Funktionen des im Dezember 1791 verstorbenen k.k. Residenten bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft Emmanuel Tassara übernommen: Sumerau an Kaunitz (12. 12. 1791; StK Provinzen Vorderösterreich Berichte 1); Vortrag Kaunitz (5. 3. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 III).

¹⁴⁵) Montmorin an Gabard (10. 2. 1791), Gabard an Montmorin (26. 2., 2. u. 9. 3. 1791), Noailles an Montmorin bzw. an den Bürgermeister von Straßburg, Dietrich (30. 3. 1791), Noailles an Montmorin (20. 4. 1791); AMAE CP Autriche 361. Die Reichshofkanzlei beschwerte sich nach Meldungen des Hofkriegsrates übrigens ihrerseits über beunruhigende französische Bewegungen an der belgisch-luxemburgischen Grenze und freche Invasionsdrohungen französischer Soldaten: Hofkriegsrat an Reichshofkanzlei (21. 5. 1791; RK RkgF 1/2) mit einem Bericht FM Benders (12. 5. 1791). Noailles an Montmorin (25. 5. 1791; AMAE CP Autriche 361). Auch aus Belgien kamen wiederholt Klagen über Grenzverletzungen und Exzesse seitens der französischen Nationalgarden. Vgl. v.a. Metternich an Kaunitz (30. 7. 1791; Belgien DD A Berichte 322); Marie-Christine an Leopold II. (30. 7. 1791; Druck: Schlitter, Marie Christine, S. 141f).

am 18. Juli 1791 auf Anordnung des belgischen Generalgouvernements wieder frei. Die Angelegenheit erregte großen Unwillen; das Comité Diplomatique der Nationalversammlung zog scharfe Satisfaktionsforderungen in Erwägung¹⁴⁶⁾.

Die gegen Jahresende 1790 geänderte französische Marineflagge - an die Stelle des weißen Lilienbanners trat die Trikolore - führte gleichfalls zu unfreundlichen Verwicklungen. Die Änderung notifizierte man zwar noch im Dezember 1790 in Wien in aller Form, dennoch wurde ein französischer Schiffskapitän wegen der neuen Seefahne in Ostende insultiert ... mit Billigung offizieller belgischer Stellen, wie es schien. Das Generalgouvernement zog sich auf die Schutzbehauptung zurück, man habe in Brüssel keine förmliche Benachrichtigung über die Änderung der Flagge erhalten. Schwierigkeiten gab es auch mit der neuen dreifarbigen Nationalkokarde, deren Einführung allerdings noch nicht Gegenstand einer offiziellen Notifikation geworden war, so daß im Verständnis der Wiener Staatskanzlei die von den Emigranten ostentativ getragene weiße Kokarde die einzig gültige blieb und das von französischen Stellen lebhaft kritisierte Verbot des trikoloren Pendants in Belgien volle Berechtigung hatte¹⁴⁷⁾.

Auch Wien hatte aber durchaus seine Gravamina gegenüber Paris geltend zu machen. Als sich ein österreichischer Leutnant der Luxemburger Garnison bei der Verfolgung von Deserteuren in die lothringische Festungsstadt Thionville wagte, wurde ihm nicht bloß die nach dem bestehenden österreichisch-französischen Kartell geforderte Auslieferung rundweg abgeschlagen, sondern er selbst von der aufgebracht Bevölkerung kräftig bedrängt. Nur Pferde und Ausrüstung erhielt er ausgeliefert. Trotz energischen Drängens der Pariser Zentralbehörden auf eine Wiedergutmachung verlief die Sache schließlich im Sande¹⁴⁸⁾.

Die weitesten Kreise zog allerdings die "Affäre Bargum". Henning Frederik Bargum (1733-?), Direktor der 1787 gegründeten privaten Kommerzial-Leih- und Wechselbank in Wien und später zwielichtiger Operationen mit falschen Wechseln beschuldigt, war im Oktober 1790 mit seiner Frau und dem Buchhalter Heinrich Schwarz aus der österreichischen Hauptstadt geflüchtet und schließlich im Dezember in Hünningen auf österreichisches Ersuchen verhaftet worden. Allerdings verweigerte der Bürgermeister von Hünningen gegen das Gebot gutnachbarschaftlicher Beziehungen die Auslieferung der Beschuldigten an die k.k. Behörden und drohte sogar mit der Freilassung der Übeltäter. Für den k.k. Geschäftsträger in Paris begann damit zu Jahresbeginn 1791 ein dauerndes Anrennen gegen bürokratische Schwierigkeiten und politische Widerstände. Die durchaus gutwilligen Pariser Ministerien erwiesen sich schließlich als machtlos in einer Sache, die, wie Blumendorf klagte, "untereinstens nicht den geringsten Anstand gelitten haben würde"; nun aber das denkbar deutlichste Licht auf die Schwäche der Zentralbehörden zu werfen schien. Der Bürgermeister glaubte sich nur nach einem entsprechenden Dekret der Nationalversammlung richten zu müssen; die Beschuldigten nutzten geschickt mögliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des österreichischen Vorgehens und Formalbedenken. Die Sache kam schließlich vor das Comité Diplomatique der Nationalversammlung. Das Comité empfahl zwar die Auslieferung, die Nationalversammlung schloß sich dieser Rechtsmeinung aber nicht an. Eine zwischenstaatliche Konvention zur Auslieferung von Verbrechern fehlte eben, so daß diese "nachbarliche Gefälligkeitssache" nicht zuletzt auch angesichts der turbulenten Ereignisse des Sommers 1791 liegen blieb und man sich nach dem Ausbruch der anti-österreichischen Stimmung in der Legislative im Herbst 1791 keinerlei Chancen mehr auf eine gütliche Lösung im Sinne Wiens ausrechnen konnte. Auch der Staatskanzlei riß schließlich die Geduld, man drohte mit entsprechend unfreundlichen Gegenreaktionen - vergeblich. Nach der Kriegserklärung im April

¹⁴⁶⁾ "Rapport fait par Monsieur Duvoyrier à l'Assemblée Nationale" (22. 7. 1791; AN F 7 4396); AP 28, S. 115, 121, 522-525. Metternich an Kaunitz (20. 7. 1791; Belgien DD A Berichte 322), Blumendorf an Mercy (20., 22. 7. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy 1790/91), an Kaunitz (18. 6., 31. 7. 1791; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1791 VII-XI) sowie weiteres Material in Belgien DD B 167-167 1/2. - Das Dekret gegen Condé in AP 27, S. 129ff.

¹⁴⁷⁾ Montmorin an Gabard (15. 12. 1790), Gabard an Montmorin (29. 12. 1790); AMAE CP Autriche 360; Montmorin an Noailles (19. 9. 1791; AMAE CP Autriche 362), Gabard an Kaunitz (28. 12. 1790; SA Frkr. NW 14 Konv. V. d. französischen Botschaft/von Noailles). Blumendorf an Mercy (9. 10. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy 1790/91); Kaunitz an Mercy (21. 6. 1791), an Metternich (21. 9. 1791); Belgien DD A Weisungen 67.

¹⁴⁸⁾ Blumendorf an Mercy (13. 6. u. 30./31. 10. 1791 u.ö.; SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy 1790/91); an Montmorin (15. 6. 1791; AMAE CP Autriche 361) mit dem Bericht des k.k. Offiziers, Procès-verbal (31. 5. 1791; AMAE CP Autriche 361). Blumendorf an Kaunitz (24. 8. 1791; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1791 VII-XII). Lagravière an Montmorin (10. 6. 1791) mit einer Note (9. 6. 1791); AMAE CP Pays-Bas espagnols/autrichiens 180.

1792 war das Ende der "Affäre Bargum" vorgezeichnet. Auf Vortrag des Comité Diplomatique beschloß die Nationalversammlung im Mai 1792 die Nichtauslieferung der vom "despotisme autrichien" verfolgten und seit 18 Monaten inhaftierten Personen - aus Mangel an schlüssigen Beweisen für ihre Schuld (23. Mai 1792)¹⁴⁹).

Präliminarien zu einem Mächtekonkordat

In der Staatskanzlei hatte man schon seit längerem, vor allem aber noch im Juni 1791, als endlich mit der Realisierung der Fluchtpläne der Tuilerien zu rechnen war, ernste Überlegungen über die Möglichkeit einer Aussprache mit Preußen und England zu den französischen Angelegenheiten angestellt,

"nicht sowohl weil itzt schon etwas Wirksames in der Sache zu bewerkstelligen wäre, als um sich darüber aufzuklären, was man seinerzeit hierin von diesen Mächten zu erwarten hätte, damit zum voraus ein unverfänglicher Plan gemacht und solcher nachher auch mit andern dabey interessirten Mächten [...] concertirt werden könnte."

Das Eis mußte aber mit Behutsamkeit gebrochen werden, um Wien nicht zu kompromittieren. Eine Abschrift eines dem Kaiser nach Italien mit übersandten Aufsatzes der Staatskanzlei in französischer Sprache sollte zu diesem Zweck den im Gefolge des Kaisers reisenden offiziösen Abgesandten Londons und Berlins, Lord Elgin und Oberst Bischoffwerder, "in Gestalt zufälliger Gedanken" zur ersten Sondierung überreicht werden.

Machte auch die äußerliche Zustimmung Ludwigs XVI. zu den Schritten der Nationalversammlung ein Interventionsrecht des Auslandes fraglich, so lag doch auf der Hand, daß die Umsetzung der Fluchtpläne schlagartig neue Voraussetzungen schaffen und ein Eingreifen der europäischen Mächte geradezu erzwingen mußte: Freiheit, Sicherheit und ein Mindestmaß an "decorum" für den Allerchristlichsten König und seine Familie so gut als möglich sicherzustellen, lag nach der uns schon bekannten Argumentation Wiens im allgemeinen Interesse; wo aber verliefen die Grenzen der Toleranz? Auch die Eindämmung der weiteren Ausbreitung eines lästigen "esprit de licence et de subversion" auf dem Kontinent war schließlich eine Aufgabe, der sich die Höfe in den Augen des Staatskanzlers unbedingt zu stellen hatten. Von hier schien der Weg zu Interzession oder gar Intervention nicht weit, und darüber sollten sich nach dem Willen der Staatskanzlei England, Preußen und Österreich vertraulich, offen und auf maßvoller Basis einigen, hauptsächlich mit Blick auf den "bien général", weniger auf die einzelstaatliche Konvenienz.

Die gerade zu dieser Zeit im Werden begriffene Allianz mit Preußen galt vor dem Hintergrund der französischen Angelegenheiten jetzt als doppelt nützlich. Preußen hielt man - im Gegensatz zu früheren Überlegungen - für "erzbereit", einem Konkordat zur Eindämmung der Französischen Revolution beizutreten, "da dessen wahres Staatsinteresse verlangt, daß Frankreich wieder zu seinem ganzen vorigen Glanz und Übergewicht in Europa gelange, weil ihm die französische Freundschaft viel natürlicher ist als die englische und die Erfahrung gelehrt hat, daß Oesterreich von Frankreich nie eine aufrichtige Freundschaft zu erwarten hat." Ingeheim wünschte der preußische Hof, so die k.k. Diplomatie, wohl um so mehr eine völlige Wiederherstellung der königlichen Gewalt in Frankreich, als man das unfreundliche und egoistische Betragen Londons mit Bitternis und Ärger registrierte. Englands Gesinnungen hielt man denn auch für den preußischen ganz entgegengesetzt; der Londoner Hof würde Konterrevolutionspläne zu hinterreiben suchen, "wenn er nicht besorgen müste, einerseits daß der jetzige Zustand Frankreichs zu gewaltsam ist, um lange fortdauern zu können, andererseits, daß die ansteckenden zügellosen Freyheitsgrundsätze in

¹⁴⁹) Entsprechende Stücke in SA Frkr. NW 14 Konv. A. d. frz. Botschaft/an Gabard u. Konv. V. d. frz. Botschaft/von Gabard. Weiters Kaunitz an Blumendorf (29. 12. 1790). Blumendorf an Kaunitz (21. 1., 7. 3., 15. 4., 26. 5., 18. 6., 16. 7., 5. 10. 1791; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf 1791 I-VI bzw. VII-XII); Kaunitz an Blumendorf (15. 2., 2., 4., 16., 30. 4., 15. 6. 1791; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Blumendorf 1791). Auch AMAE CP Autriche enthält mehrere Stücke zur "Affäre Bargum". Zu den Vorgängen im Comité Diplomatique AN F 7 4396 und F 7 4397 d. "Affaire des sieurs Barhum (!) et Schwartz". AP 44, S. 55f. - Daß die österreichische Hocharistokratie in Gestalt der Familien Schwarzenberg, Colloredo und Noßitz an der Bank beteiligt waren, verleiht der Affäre zusätzliche Bedeutungsschwere. Vgl. Hannes Stekl, Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung. Österreichs Hocharistokratie vom 18. bis ins 20. Jahrhundert. In: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Europäischer Adel 1750-1950 (= Geschichte und Gesellschaft Sonderheft 13; Göttingen 1990) 144-165, hier S. 151f. u. v.a. Fritz Rager, Die Wiener Commercial-Leih- und Wechselbank 1787-1830. Ein Beitrag zur Geschichte des österreichischen Aktienbankwesens (Wien 1918).

den englischen Colonien, in Irland, ja in Großbritannien selbst bedenkliche Fortschritte machen könnten." Bestenfalls aus diesem Grund werde vielleicht auch England einem Konzert "zur Abhelfung des französischen Unwesens" beitreten, "aber nur einem solchen, welches auf die Herstellung einer gemischten, beschränkten und so beschaffenen Regierungsform abzielte, damit die Aufmerksamkeit des französischen Hofes durch innere Beschäftigungen von Einmengungen und Anmaßungen in auswärtigen Verhältnissen hinlänglich abgehalten werde und die Zeiten des in Europa überwiegenden bourbonischen Familienpakts [nicht] wieder aufleben." Hierin stimmte das Staatsinteresse Österreichs mit dem britischen ganz überein, und dies wies London als vorzüglichen Ansprechpartner der österreichischen Diplomatie aus, die nun nach dem Vorschlag Kaunitz' vom 21. Juni 1791 in London, Berlin, Madrid und Turin direkt tätig werden sollte, um an diesen Höfen den Weg zu wirklichen Verabredungen zu ebnet, andererseits aber die "exagerirten Begriffe, die der Herr Comte d'Artois zu verbreiten aufgelegt scheint", richtigzustellen.

Ende Juni 1791 hatte Kaunitz bereits den Entwurf zu einer Deklaration vorbereitet, mit der die zum Konzert aufzufordernden Hauptmächte im Falle einer Konterrevolution oder gewaltsamer Auftritte *bei Ausbleiben des geplanten Fluchtversuchs der königlichen Familie* ihr eventuelles Eingreifen in die "französischen Angelegenheiten" hätten einleiten können. Diese Erklärung sollte "bey der Nation und den widrigesinnten Partheyen [...] einigen imponirenden Eindruck hervorbringen" und nach Genehmigung durch den Kaiser noch direkt oder über Mercy der Königin in Paris zur Approbierung unterbreitet werden. Das projektierte Manifest der Souveräne verstand sich eigentlich primär als Antwort auf das den ausländischen Mächten offiziell notifizierte Zirkular des französischen Außenministeriums vom April 1791 und umfaßte nachstehende Punkte: Anmeldung von Zweifeln an der tatsächlichen Freiheit des Königs und folgerichtig an der wirklich freiwilligen Zustimmung zur revolutionären Entwicklung, Einmahnung vollständiger Freiheit für den König bei Ausübung der ihm von der Nation übertragenen Rechte, Verankerung der Unverletzlichkeit des Königs und der königlichen Familie, Androhung von Maßnahmen für den Fall weiterer "violences et atteintes que l'on commettra ou permettra de commettre à l'avenir contre le Roi, la Reine et la famille royale", Ankündigung von effektiven Schritten der im Konzert verbundenen Souveräne zur Wahrung der Verfassungen, Gesetze und Besitzverhältnisse im eigenen Lande und zum Schutz ihrer Untertanen vor einer "propagation de principes et d'une imitation d'exemples qui, suivant leur intime conviction, menaceroient l'Europe d'une subversion totale."¹⁵⁰⁾

Informationsnotstand

Beim Kaiser in Italien herrschte in den ersten Tagen nach der Flucht von Schwester und Schwager die denkbar größte Verwirrung. Die ersten via Turin einlangenden Nachrichten bestätigten zunächst den Erfolg des Fluchtversuchs und erreichten den Kaiser noch in Mailand (27. Juni). Die unsichere Lage und die verworrenen, widersprüchlichen Angaben hielten Leopold II. dann während seiner Weiterreise mehrere Tage in Padua fest (er war am 29. Juni aus Mailand aufgebrochen), wo er letzte Neuigkeiten abwarten wollte. In Verona hatte man noch die mehrfach bestätigte Nachricht von der geglückten Flucht erhalten, in Padua aber fand man einen Kurier des Kurfürsten von Trier vor, der die authentische, zunächst aber als irrig verworfene Meldung vom Scheitern der Flucht brachte; am Tag danach widerlegte wieder eine Kuriersendung aus Turin dieses Gerücht, das zuvor allerdings noch durch eine Sendung aus Mailand bestätigt worden war. Die lange gültige Version der Ereigniskette, die man sich in der kaiserlichen Suite aus den verschiedenen konfusen Informationen zusammenstoppelte, besagte, daß die königliche Familie nach gelungener Flucht zwar in Varennes verhaftet, schließlich aber doch von Generalleutnant Bouillé befreit worden war. Der König befinde sich in Metz, hieß es nun, der Rest der königlichen Familie habe sich nach Luxemburg zurückgezogen.

¹⁵⁰⁾ Vortrag Kaunitz (17. 6. 1791) mit einem Aufsatz über die französischen Angelegenheiten, Vorträge Kaunitz (21. u. 29. 6. 1791): StK Vorträge 149 Konv. 1791 VI. Der "Projet de déclaration" beim Vortrag vom 29. 6. 1791. Dazu und zum Folgenden nach den Archivalien des HStA Schlüter, Marie Christine, S. XLVII-LIX. - Küntzel, S. 97, 101 et passim, betont, "Begriffe wie Solidarität der monarchischen Interessen, gesellschaftliche Ordnung Europas" seien für den reinen Machtpolitiker Kaunitz, der die Revolution hauptsächlich als Schwächung Frankreichs begrüßte, nur "Schall und Rauch" gewesen.

Die internationale Politik mußte sich nach dem Willen des Kaisers umgehend auf diese neue und erfreuliche Situation einstellen und durch rasche Bereinigung der Altlasten den Weg für eine konsequente Unterstützung des Allerchristlichsten Königs freimachen: Der König von Preußen war zu "menagieren", der Friede mit den Türken sollte auf der in Reichenbach vereinbarten Grundlage umgehend abgeschlossen werden - "nos circonstances et la bonne foi l'exigent, sans aller chicanner pour des petits objets de confirmation qui n'en valent pas la peine et ne font que nous faire du tort dans le public", ließ Leopold seinen Sohn, Erzherzog Franz, wissen.

Am 2. Juli sandte der Kaiser aus Padua ein erstes überschwengliches Schreiben an seine in Luxemburg vermutete Schwester Marie-Antoinette, in dem er seiner Freude und Erleichterung über die gelungene Flucht unverhalten Ausdruck verlieh: "Tout ce qui est à moi est à vous: argent, troupes, enfin tout! Disposez-en librement, je ne désire que de vous être bon à quelque chose". Am 5. Juli folgten zwei weitere Schreiben, eines an Ludwig XVI., ein anderes an Marie-Antoinette, in denen Leopold Schwager und Schwester seiner Unterstützung versicherte und die in Aussicht genommenen Schritte gegenüber den anderen Mächten darlegte. Dem König erklärte er:

"Vous avez en moi un frère, un ami et un allié sûr et fidèle. Tout ce qui est en mon pouvoir est à vos ordres; vous n'avez qu'à me témoigner vos désirs. Mes ministres, les gouverneurs-généraux aux Pays-Bas, mes généraux, mes troupes ont l'ordre ainsi que le comte de Mercy de se prêter à tout ce que vous pouvez désirer d'eux"; und seiner Schwester gegenüber setzte er noch hinzu: "Ma soeur [Marie-Christine] et le comte de Mercy ont tous les ordres nécessaires pour faire quelconque manifestation, déclaration, mouvement ou marche de troupes que vous pourrez ordonner, trop heureux si je puis vous être bon à quelque chose et servir à remettre ordre chez vous pour terminer un système scandaleux qui aurait bouleversé l'Europe entière à la longue".

"Mon parti dans les affaires de France est pris comme parent, ami et allié du roi de France à présent qu'il est libre, qu'il a repris son autorité, qu'il a protesté contre tout ce qui a été fait en son nom et qu'il a dû sanctionner", schrieb Leopold auch dem Staatskanzler in ungewohnt geradliniger Art. "Je suis résolu de l'assister et de le soutenir de tout mon pouvoir et de toutes mes forces, soit en lui fournissant les moyens pécuniaires dont il pourroit avoir besoin dans le moment et dont vous chargerez le comte de Mercy, soit en faisant faire une déclaration des plus fortes et menaçantes à l'Assemblée Nationale, soit en faisant marcher et agir mes troupes des Pays-Bas où le besoin l'exigera et même en France, et enfin en engageant les princes de l'Empire comme chef de l'Empire par le moyen légal de la Diète et le roi de Prusse et les Suisses à appuyer et seconder les désirs du Roi de France. Tout ceci pourtant et toutes les démarches de ma part ne devront se faire qu'en conséquence et en conformité des demandes et désirs du Roi même auquel j'ai fait connoître directement mes intentions à cet égard, ne voulant agir dans toute cette affaire que comme parent, ami et allié du Roi à sa réquisition."

In der Tat bereitete der Kaiser am selben Tag auch entsprechend offensiv-enthusiastische Schreiben an die Könige von Spanien und Sardinien vor, um sie in die nun geplanten energischen Schritte gegen Frankreich einzubinden, Truppenmassierungen und entsprechende Erklärungen gegen Paris zu initiieren. Die Eidgenossenschaft, das Reich und der König von Preußen sollten in weiterer Folge ebenfalls um ihren Beitrag gebeten werden; Leopold zählte sogar auf hessische Truppen, und Oberst Bischoffwerder hatte angeblich angeboten, die preußischen Truppen in Westfalen würden bei einem entsprechenden Hilfsersuchen Ludwigs XVI. bereitgestellt. Dabei gab sich Leopold überzeugt, daß es letztlich keiner tatsächlichen Gewaltanwendung bedurfte und bloße Demonstrationen mehr als ausreichend wären "pour faire tout rentrer dans l'ordre et empêcher la propagation de systèmes et de principes dont à la fin toutes les cours et surtout les plus voisins seroient les premières victimes".

Der k.k. Botschafter in Madrid, Graf Kageneck, die erst kürzlich nach langem unfreiwilligem Exil nach Brüssel zurückgekehrten Generalgouverneure und Graf Mercy wurden in gleichem Sinne instruiert. Von Spanien erwartete der Kaiser Truppenkonzentrationen an den Grenzen und im Ernstfall sogar den bewaffneten Einsatz auf französischem Gebiet, der auch den k.k. Truppen in den Österreichischen Niederlanden bei einem entsprechenden Hilfsersuchen des französischen Königs vorgeschrieben wurde; allerdings streng getrennt von den königstreuen französischen und nur unter dem Kommando österreichischer Generale. Die Verhandlungen mit dem Auslandsagenten der Tuilerien, Baron de Breteuil, v.a. aber mit den

Emigranten, die einzig den Zweck gehabt hätten, Artois und seine Anhänger im Zaum zu halten, erklärte der Kaiser nun als durch die neue Situation ein für allemal beendet. Die Generalgouverneure und Mercy sollten sich nach Luxemburg begeben, um dort die Betreuung der königlichen Familie zu übernehmen und persönlich für deren Wohlergehen zu sorgen¹⁵¹⁾.

Das Zirkular von Padua

Der erste Deklarationsentwurf Kaunitz' vom 29. Juni war durch die rasenden Ereignisse obsolet geworden. Als daher am 30. Juni 1791 in Wien die Nachricht von der gescheiterten Flucht der königlichen Familie eintraf, empfahl der Staatskanzler dem Kaiser - "um vorderhand wenigstens das Leben des Königs und der Königin zu retten und für ihre persönliche Sicherheit zu sorgen" - die umgehende Absendung eines eigenhändigen Zirkulars an die Zarin und die Könige von Preußen, England, Spanien, Sardinien und Neapel, dem eine den neuen Umständen angepaßte Deklaration beigelegt werden sollte. Diese entsprach der schließlich vom Kaiser auch tatsächlich expedierten Fassung. Das Paduaner Zirkular war also das Werk der Staatskanzlei, die damit nicht zuletzt die zu befürchtenden Schritte der wie üblich plan- und ziellos agierenden Emigranten und Prinzen von Geblüt überdecken wollte, während Leopold einem Protestmanifest des Hauses Bourbon - zur Ablenkung von eigenmächtigen Aktionen - in den ersten Tagen nach Bekanntwerden der Katastrophe von Varennes durchaus positiv gegenüberstand und ein solches Anfang Juli 1791 selbst bei den Kurfürsten von Köln und Trier und bei Prince de Condé angeregt hatte.

Auch in Koblenz, wo die Nachricht vom Scheitern der Flucht am 24. bekannt und am 25. Juni durch einen Adjutanten Bouillés bestätigt wurde, herrschte beim Kurfürsten von Trier und den Häuptern der Emigranten größte Bestürzung. Der Kurfürst von Köln und der in Aachen kurende König von Schweden stimmten in das allgemeine Lamento und den Ruf nach Vergeltung ein. Die Emigranten sahen sich nun in ihrer langjährigen Propaganda gegen die Nationalversammlung als "Kerkermeisterin" eines nur scheinbar freien Königs bestätigt und planten, ein Manifest gegen die Usurpation der Nationalversammlung zu publizieren "und solches durch ein von den in hinreichender Anzahl an den Gränzen anwesenden Parlamentsglieder abzuhaltendes Lit de Justice bekräftigen zu lassen". Sogar die Generalgouverneure in Brüssel erwiesen sich zur Sorge Kaunitz' nach Meldungen Mercys willens, im Falle akuter Lebensgefahr für Marie-Antoinette - auch ohne vorherige Bewilligung des Kaisers, aber in seinem Namen - eine Deklaration an die Nationalversammlung zu schicken - "par laquelle S.M. s'en prendroit à la Nation de tout ce que son auguste socour pourroit éprouver de sinistre"¹⁵²⁾.

¹⁵¹⁾ Leopold II. an Marie-Antoinette (Padua, 2. 7. 1791; SA Frkr. HK 5 Konv. Leopold II.-Marie-Antoinette 1791/92; Druck: Arneht, S. 181f), an Ludwig XVI. und Marie-Antoinette (Padua, 5. 7. 1791; SA Frkr. HK 5 Konv. Leopold II.-Ludwig XVI. 1790/91 bzw. Leopold II.-Marie-Antoinette 1791/92; Druck: Arneht, S. 182-184). - Leopold II. an Erzherzog Franz ([Ende Juni 1791], Padua, 5. u. 6. [7.] u. o.D. [Anfang Juli] 1791; FA SB 27 Konv. Lettres de Sa Majesté l'Empereur et Roi à Son Altesse Royale l'archiduc François 1791), Leopold II. an Kaunitz P.S. (Mailand, 27. 6. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 VI; Druck: Beer, Joseph, S. 413-416), Leopold II. an Kaunitz (Padua, 5. 7. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 VII) mit den Beilagen: Leopold II. an König von Sardinien (5./6. 7. 1791; SA Sardinien HK 35 Konv. Leopold II. a. d. sard. Hof 1791), an Kageneck (5. 7. 1791; auch in SA Frkr. Varia 44 Konv. Leopold II.-Kageneck; Druck: Feuillet 2, S. 152ff), an Marie-Christine u. Albert von Sachsen-Teschen (5./6. 7. 1791; Druck: Feuillet 3, S. 373-375; Wolf, S. 240-242, 245-250 [mit Beilagen]) u. schließlich an Mercy (5./6. 7. 1791; O in SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Leopold II.-Mercy 1791; Druck: Feuillet 3, S. 376-379, Wolf, S. 242-245, das P.S. gedruckt bei Schlitter, Marie-Christine, S. 310 Anm. 132). Leopold II. an Maria Carolina von Neapel-Sizilien (Padua, 5./6. 7. 1791; SA Neapel Instruktionen/HK 26). Vgl. auch Leopold II. an Erzherzog Ferdinand (Padua, 5./6. 7. 1791; SA Frkr. Varia 44 Correspondenz Leopold II.-Erzherzog Ferdinand). Marie-Christine an Leopold II. (14., 22. 7. 1791; Druck: Schlitter, Marie-Christine, S. 128-133, 136-138). - Zu den verwirrenden Informationen, die den Kaiser in Italien über die Flucht der königlichen Familie nach und nach erreichten, vgl. Condé an Leopold II. ([25. 6. 1791]; SA Frkr. HK 4 Konv. Condé-Leopold II.) u. eine Fülle sekundärer Korrespondenzen in SA Frkr. Varia 44 Konv. Correspondenz Leopold II.-Erzherzog Ferdinand u. Konv. Leopold II.-Wilezek, Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 VI-VIII. Polignac an Leopold II. (Padua, 27. 6. 1791; SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Leopold II.). Wertvolle Ergänzungen zu den Wirnissen bringt das Geschäftsjournal der Kabinettskanzlei über die Verhandlungen des Kaisers mit den Emigranten (SA Frkr. Varia 45). - Pingaud, Correspondance de Vaudreuil 2, S. 1-14.

¹⁵²⁾ Vortrag Kaunitz (30. 6. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 VI) mit "lettre circulaire" und "projet de déclaration commune", die beiden letzteren abgedr. bei Vivenot 1, S. 185-187. Vortrag Kaunitz' (5. 7. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 VII); Mercy an Kaunitz (25. 6. 1791), Metternich an Leopold II. u. Kaunitz (25. u. 27. 6. 1791; SA Frkr. Varia 45 Konv. Frankreich Varia 1791 VI-VIII u. als Beilage zu den Vorträgen vom 30. 6. u. 5. 7. 1791). Kfst von Trier an Leopold II. (25. u. 27. 6. 1791; StK DK Trier 5; Druck: Vivenot 1, S. 542f). Metternich an RVK (24.-27. 6. 1791), Schlick an RVK (27. 6. 1791); Hansen 1, S. 877-882, 886-888.

Am 6. Juli stand auch für den Kaiser in Padua endgültig außer Zweifel, daß die Flucht gescheitert war. Die positiven Nachrichten bestätigten sich nicht, vielmehr erhärteten sich nach Ankunft zweier Kuriere am 5. Juli in zunehmender Dichte jene von der Verhaftung und der anschließenden Rückführung der königlichen Familie nach Paris. Am selben Tag erreichte Leopold auch die definitive Bestätigung der Staatskanzlei vom 30. Juni. Der Kaiser rechnete mit "terribles conséquences", zumal durch Ausbreitung des schlechten Beispiels. Um mittels Einschüchterung und Drohung zu retten, was noch zu retten war, wollte Leopold sich nun eiligst mit den übrigen Mächten in Verbindung setzen, "pour empêcher au moins avec le concours des autres puissances la suite des attentats [...] et les inconvénients tendans à la destruction de toute monarchie, gouvernement et autorité quelconque." Am 6. Juli 1791 versandte Leopold II. daher das von Kaunitz vorgeschlagene Rundschreiben und den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung an die Zarin, die Könige von Preußen, England (dieses erhielt der in Padua anwesende Lord Elgin persönlich eingehändigt), Spanien, Neapel und Sardinien; auch die Kurfürsten von Köln und Trier wurden vom Kaiser direkt informiert, war doch nun gerade dem Reich mit seinen Gravamina gegen Frankreich eine gewichtige Rolle innerhalb der Aktionsgemeinschaft zugedacht, deren Ziel Leopold in seinem Schreiben an den Bruder in Köln mit "sauver notre soeur et étouffer cette funeste épidémie française" recht deutlich zusammenfaßte.

In seinem Paduaner Zirkular erklärte der Kaiser, daß er - als Reichsoberhaupt und Souverän der österreichischen Erblande - sich nun nach dem "attentat inouï" der Gefangennahme der Königs und seiner Familie, die alle vorhergehenden Schritte desavouierte und ihnen das Siegel der Illegalität aufdrückte, zur Einleitung eines Konzerts entschlossen habe und eine Aktionsgemeinschaft "de conseils, de concerts et de mesures pour revendiquer la liberté et l'honneur du Roi Très-Chrétien et de sa famille et pour mettre des bornes aux extrémités dangereuses de la Révolution française" vorschlage. Am dringendsten erschien ihm dabei die Übergabe einer gemeinsamen Erklärung oder inhaltlich abgestimmter getrennter Noten durch die diplomatischen Vertreter in Paris "qui puissent faire rentrer en eux-mêmes les chefs du parti violent et prévenir des résolutions désespérées, leur laissant encore des voies ouvertes à une résipiscence honnête et à l'établissement pacifique d'un état de choses en France qui sauve du moins la dignité de la couronne et les considérations essentielles de la tranquillité générale". Um den Erklärungen aber Nachdruck zu verleihen, wurde die Notwendigkeit unterstrichen, auch entsprechende Machtmittel ("moyens suffisamment respectables") zur Rückendeckung bereitzustellen. Zur Bildung eines solchen "concert de mesures vigoureuses" sollten die k.k. Minister an den einzelnen Höfen in weiterer Folge noch entsprechende Instruktionen der Staatskanzlei erhalten.

Im beigelegten Deklarationsentwurf wertete der Kaiser den Fluchtversuch des Königs als schlagendsten Beweis für dessen Unfreiheit und die, wie man ohnedies schon lange vermutet hatte, nur erzwungene Zustimmung zu den Dekreten der Nationalversammlung. Die zum Konzert vereinigten Mächte sollten daher, wie es "l'honneur de leurs couronnes, les liens du sang et le maintien de l'ordre et de la tranquillité publique de l'Europe" geboten, die Sache des Allerchristlichsten Königs zu ihrer eigenen erklären. Die wesentlichste Forderung galt der Freilassung der königlichen Familie, der Zusicherung von "inviolabilité" und "respect" - "auxquels le droit de nature et des gens obligent les sujets envers leurs princes". Jedes weitere Attentat gegen Sicherheit, Person und Ehre des Königs, der Königin und der königlichen Familie sollte "avec éclat" gerächt werden;

"enfin ils ne reconnaîtront comme loi et constitution légitimement établies en France que celles qui se trouveront munies du consentement volontaire du Roi, jouissant d'une liberté parfaite, mais qu'au cas contraire ils employeront de concert tous les moyens placés en leur puissance pour faire cesser le scandale d'une usurpation de pouvoir qui porterait les caractères d'une révolte ouverte et dont il importerait à tous les gouvernements de réprimer le funeste exemple."

Im Denken der Staatskanzlei schienen sich mit den Turbulenzen rund um die Flucht von Varennes generell eine Verschärfung der Sprache und ein deutlicheres Selbstbewußtsein abzuzeichnen, wie ein noch Anfang Juli 1791 an den Kurfürsten von Mainz, seit langem Befürworter einer harten Linie, versandtes Schreiben Kaunitz' nahelegt. Mit dem Fluchtversuch war endgültig und für die Augen aller klargestellt, was man ohnedies schon längst teils wußte, teils ahnte: die bisherige Zustimmung Ludwigs XVI. zu den revolutionären Entwicklungen war bloß eine Folge "der zügellosen Volksgährungen"; die bisher oft unbegreifliche Kongruenz zwischen Versammlung und König löste sich in nichts auf. Der Fluchtversuch war ein deutliches Signal an die europäischen Mächte, auch der Kaiser mußte jetzt in den Augen Kaunitz'

verpflichtet sein, "die schonende Rücksichten [...] in eine offenbare und thätige Theilnahme an dem persönlichen Schicksal des Königs, seines Blutsverwandten und Allirten, zu verwandeln" und das Menschengeschlecht vor einer Ausbreitung der verderblichen französischen Grundsätze und einer Nachahmung des ärgerlichen Beispiels zu bewahren. Nun war es auch an den einzelnen Reichsständen - ob von den französischen Reformmaßnahmen direkt betroffen oder nicht -, im Ernstfall zu dem projektierten europäischen Konzert nach Kräften beizutragen. Der Staatskanzler träumte sogar von einer förmlichen Einladung an den Reichstag, dem Kaiser auch in seiner Eigenschaft als Reichsoberhaupt und im Namen des gesamten Reiches den Beitritt zu dieser Fürstenallianz zu gestatten (zur Elsaß-Frage vgl. unten); "das allgemeine Ansehen des ganzen Reichs gewänne dadurch einen neuen Glanz, da daßelbe auf diese Art in der allgemeinen Sache aller souverainen Staaten thätig erscheinet", und stellte sich durch die Anlehnung an die mächtigsten Höfe Europas um so mehr gegen französische Aggression sicher. Eine vorteilhafte und einleuchtende Möglichkeit, die Gravamina der deutschen Reichsstände "mit der großen Angelegenheit aller Mächte" in Verbindung zu bringen, eröffnete sich. Auch aus der Schweiz kamen im Laufe des Sommers 1791 angeblich positive Signale für die kaiserlichen Konzertbemühungen¹⁵³).

Mercy hatte gegenüber Kaunitz die euphorischen Befehle des Kaisers vom 5. Juli zur rückhaltlosen Unterstützung der königlichen Familie nach der vermeintlich gelungenen Flucht, "premier mouvement du coeur sensible et généreux de l'Empereur", wie schon deren Vorläufer vom Mai und Juni einigermaßen deutlich verurteilt; auch die Konzertbemühungen hielt er für reichlich gewagt. Die Weiterleitung des Paduaner Zirkulars an den Kurfürsten von Trier, der es natürlich sofort den Emigrantenführern bekanntmachte und als Bremser gegenüber den französischen Prinzen selbstverständlich ungeeignet war, erachtete er für leichtfertig und kompromittierend. Die platte Erklärung Madrids, die der spanischen Botschafter noch Anfang Juli 1791 in Paris übergab, und die überaus trockene Antwort, die der österreichische Gesandte in London auf seine Konzertanträge von Premierminister Pitt erhielt, bestätigten Mercy in seiner Skepsis gegen einen drohenden Alleingang Leopolds.

Der Kurfürst von Köln, der nach Erhalt des kaiserlichen Schreibens nach Spa gereist war, um sich dort mit Mercy über die weitere Vorgangsweise zu besprechen, fand diesen denn auch "un peu froid" und jedem Interventionsplan sichtlich abgeneigt; die erste Erregung hatte sich gelegt.

"[...] je persiste en effet", schrieb Mercy an Kaunitz, "dans mes doutes soit sur le fond de la chose, soit sur les moyens d'y remédier et je resterai dans cette perplexité jusqu'à ce que V.A. ait revu, rectifié et préparé tout ce qui tient à un si grand objet, le plus étrange, le plus critique peut-être qui depuis des siècles se soit présenté aux méditations des cabinet de l'Europe. [...] J'ai toujours pensé et le pense encore que l'Empereur ne pourroit, sans compromettre le sort de sa monarchie, s'embarquer dans une aussi périlleuse aventure, à moins que l'Angleterre et la Prusse n'en partagent les chances et ne s'y livrent de bonne foi." Und eben letzteres erschien ihm mehr als unwahrscheinlich.

Die unseligen Umtriebe der Emigranten - ihre Führer, die Brüder des Königs, hatte Mercy Ende Juni/Anfang Juli in Brüssel ja noch näher kennen und verachten gelernt - galten ihm dabei als größte Gefahr für eine "systematische" Vorgangsweise. Nur im Falle intolerabler Exzesse der Pariser Nationalver-

¹⁵³) Das Zirkular mit der "déclaration commune" wie oben, A auch in SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 VI-VIII. Leopold II. an Kaunitz (Padua, 6. 7. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 VII), P.S. Leopolds II. an Kageneck ([6. 7.] 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 VI - zum Vortrag vom 29. 6. 1791 u. SA Frkr. Varia 44 Konv. Leopold II.-Kageneck; Druck: Feuillet 2, S. 154f), Leopold II. an Kfst von Köln (Padua, 5./6. 7. 1791; StK DK Köln HK 1; Druck: Vivenot 1, S. 546f), an Kfst von Trier (Padua, 4./5./6. 7. 1791; StK DK Trier 5; Druck: Vivenot 1, S. 545f) mit Leopold II. an Prince de Condé (4. 7. 1791). Condé wurde wenig später ebenfalls in allgemeinen Worten von den Konzertbestrebungen des Kaisers informiert: Leopold II. an Condé (Padua, 6. 7. 1791; SA Frkr. HK 5 Konv. Leopold II.-Condé). Anders als bei Vivenot im Kopf des dort gedruckten Rundschreibens angegeben war der Kurfürst von Mainz nicht Adressat desselben; er wurde von Kaunitz direkt über die Änderung der Wiener Linie informiert, und zwar noch ehe der Kaiser das Zirkular versandt hatte: Kaunitz an Kfst von Mainz (3. 7. 1791; StK DK Reich Weisungen 251 Konv. Weisungen an Schlick 1791). Weiters die Schreiben des Staatskanzlers an den Kfst vom 24. 7. (nun mit dem ksrl. Zirkular) und 18. 8. 1791 (ebd.; Druck: Vivenot 1, S. 206f, 225-229). Kaunitz an Tautphäus (1. 8. 1791; StK DK Bayern 67 Konv. Weisungen 1791/2). Schlick an RVK (8., 14. 7. 1791), Komrumpf an RVK (13., 24., 30. 7. 1791); Hansen 1, S. 893-899, 917f, 919-921. - Die Wiener Zeitung berichtete erst in ihrer No. 54, 6. 7. 1791, vom Fluchtversuch der königlichen Familie und beschränkte sich auch in der Folgezeit auf eine recht vordergründige, auf die Debatten der Nationalversammlung konzentrierte Berichterstattung über die Vorgänge in Frankreich. Die Frankreichpolitik des Kaisers, soweit sie nicht Reichspolitik ist, wird nicht thematisiert.

sammlung sah Mercy eine echte Chance, den drohenden "pourparlers vagues, longues et stériles" zu entgehen und die Mächte, die ansonsten bloß zu egoistischen Abschirmungsmaßnahmen im eigenen Land greifen würden, zu wirklich energischem Vorgehen zu bewegen, für das er selbst schon ein militärisches Szenario skizzierte, andererseits aber "une contenance plus menaçante qu'active" empfahl. Hier war den Emigranten oder besser den mit ihnen in Kontakt stehenden französischen Royalisten im Grenzgebiet eine erhebliche, wenn auch bloß dienende Rolle zugehört, sollten sie doch den Kaiserlichen die Grenzfestungen des Cambrésis, Flanderns und des französischen Hennegau in die Hände spielen und so mithelfen, die strategische Deckung für die Revolutionszentrale Paris zu sprengen. Auch Marie-Antoinette ließ Mercy auf geheimen Wegen über Blumendorf von seiner mit vereinzelt Hoffnungsschimmern durchsetzten Skepsis hinsichtlich der Konzertbemühungen unterrichten¹⁵⁴).

Das Rundschreiben der Staatskanzlei

Etwa 14 Tage nach dem Zirkular von Padua erging schließlich in zeitlich versetzten Staffeln das vom Kaiser bereits angekündigte Rundschreiben der Staatskanzlei an die k.k. Vertreter in Berlin, Petersburg, London, Madrid, Neapel und Turin mit detaillierteren Weisungen zu den österreichischen Konzertbemühungen. In seinem Kern bewußt allgemein gehalten, wollte es die Kollision einzelstaatlicher Interessen vermeiden und so einen breiten Konsens ermöglichen.

Die französische Nationalversammlung hatte nun, wie die Flucht der königlichen Familie bewies, ohne Zweifel die ihr vom König und der Nation übertragenen Vollmachten überschritten; die Zugeständnisse waren dem Monarchen letztlich nur durch Einschüchterung entrissen worden. Für die nahe Zukunft stand freilich noch Schlimmeres zu erwarten, trachtete doch - so die ganz unzutreffende Sicht der Staatskanzlei - die gegenwärtig in der Versammlung präponderierende Partei danach, die Abgeordneten zu extremen Schritten zu bewegen

"et surtout à une voie partielle et arbitraire d'interpréter et modifier l'exécution de ses propres décrets qui introduiraient une constitution incompatible [...] avec les notions les plus générales d'un gouvernement monarchique (le seul que l'expérience de tous les siècles assigne à de vastes états), de même qu'avec l'honneur, la représentation décente et la sûreté actuelle et future du Roi et de la famille royale".

Der dramatische Fluchtversuch des Königs war in dieser Sichtweise eine legitime Form des Widerstandes gegen diese Tendenz, die bei der Abreise aus Paris hinterlassene Erklärung das einzig authentische "Glaubensbekenntnis" Ludwigs XVI. Alle künftigen in Unfreiheit getätigten Äußerungen wurden dadurch und durch die dem Kaiser zugestellte Erklärung an die europäischen Mächte schon zum voraus Lügen gestraft. Die Souveräne waren folglich im Verständnis der Staatskanzlei berechtigt, ja auch im Interesse der Sicherheit der eigenen Kronen geradezu aufgefordert "à revendiquer la liberté du Roi Très-Chrétien et le maintien essentiel de la forme du gouvernement qui date en France du premier établissement de la nation." Denn:

"Ils [die Souveräne Europas] doivent à la tranquillité, au bonheur des peuples qu'ils gouvernent, de les garantir des progrès d'une contagion de mécontentement, d'insubordination et de révolte dont les premiers symptômes avertissent à voix distincte tous les gouvernements qu'elle ne connaîtra plus ni bornes ni remèdes, si l'on tolère la réduction complète de la France à un état d'anarchie de l'espèce la plus funeste et la plus séduisante, puisqu'en dépouillant la royauté de toute autorité réelle, les loix de stabilité et d'exécution, l'administration civile comme la discipline militaire d'obéissance et d'énergie, elle tend à soumettre tous les pouvoirs à la violence impunissable d'une populace aveugle, livrée sans frein à toutes les impulsions de la séduction et du crime."

¹⁵⁴ Max Franz an Leopold II. (13. 7. 1791 u. Spa, 18. 7. 1791; FA SB 26 Konv. Max Franz-Leopold II.). Mercy an Kaunitz u. an Leopold II (Spa, 18. 7. 1791), an Marie-Christine (16. 7. 1791), an Blumendorf (Spa, 13. 7. 1791) u. an Marie-Antoinette (28. 7. 1791; FA SB 71 d. B/A; Druck: Arnetz, Marie-Antoinette, S. 186).

Dies sollte aber nicht durch Abschottung der einzelnen Staaten und Verhärtung im Inneren geschehen, das Werk der Aufklärung, Grundlage der europäischen Prosperität und der Überlegenheit des Kontinents über andere Völker, nicht zerstört werden, auch wenn sich, wie man nicht ohne Scharfsicht bemerkte, das revolutionäre Übel eben gerade "par l'abus des communications et des lumières" fortpflanzte. Durch reine Abschirmmaßnahmen mußte es notwendigerweise zur Isolierung der einzelnen Staaten kommen, auch die aufgeklärtesten Fürsten würden so unter dem Eindruck der französischen Anarchie zur Einstellung ihrer Reformprogramme bewogen und den bornierten Primat von Ruhe und Ordnung ausrufen. Die Basis der europäischen Völkergemeinschaft und der kosmopolitischen Aufklärung drohte sich mit der Zeit aufzulösen

... die "communauté d'institutions en tous genres, d'administration interne, de mœurs douces et tranquilles, d'opinions éclairées et d'une religion bienfaisante et épurée qui les réunit toutes comme en une seule famille de nations et d'où naît cette facilité de communications et d'échanges, cette association générale de lumières qui multiplie à l'infini les ressources de l'industrie et achemine partout les arts, les sciences ainsi que toutes les branches de l'administration publique à des degrés toujours croissants de perfection".

Die internationalen Bemühungen mußten sich daher auf die Quelle des Übels selbst und nicht primär auf die Folgewirkungen, die Ausstrahlung nach außen, richten. Dem trug auch der von der Staatskanzlei vorgelegte Maßnahmenkatalog Rechnung. Hier spielte wieder einmal die Abgabe einer eindringlichen Erklärung eine Rolle, durch die man jede Gefährdung der königlichen Familie abwenden, ihre Freiheit und die "formes les plus essentielles de la monarchie française" sichern wollte, "en rapprochant sa nouvelle constitution des concessions qui sont émanées et pourront émaner de la volonté libre du Roi et des pouvoirs constatés de la nation."

Im Hintergrund mußten freilich Maßnahmen getroffen werden, um die Deklaration durch einen "appareil de force suffisant" aus Beiträgen aller Mächte zu decken. So ließ sich vielleicht schon durch militärisches Muskelspiel und bloße Einschüchterung einer "nation égarée" ohne kostenaufwendigen Krieg und lästiges Blutvergießen einiges erreichen. Gezielte Warnschüsse sollten dem fehlgesteuerten französischen Staatsschiff vor den Bug gesetzt werden: Abberufung der diplomatischen Vertreter, Abbruch des Personen- und Warenverkehrs zur Isolierung Frankreichs, dem so die Gefahren eines Ausschlusses aus der großen europäischen Völkergemeinschaft vor Augen geführt werden konnten, sofern die Nationalversammlung die Freilassung des Königs und eine "réforme légale de la constitution française" verweigerte. Weitere Verhandlungen zwischen den Mächten waren nach dem Wunsch Wiens einem formlosen Diplomatentreffen in Aachen oder Spa vorbehalten, wie ihn die Tuilerien wünschten. Der österreichische Vertreter stand bereits fest: Botschafter Mercy sollte die Interessen des Kaisers und wohl auch der Königin von Frankreich vertreten¹⁵⁵).

Die ostensiblen Zirkulardepeschen waren in der Regel noch mit vertraulichen Zusatzinstruktionen für den Gesandten gekoppelt, die der spezifischen Situation der österreichischen Politik gegenüber dem jeweiligen Hof Rechnung trugen und uns tiefere Einblicke in die Befürchtungen und Erwartungen der Wiener Verantwortlichen gewähren.

Das Konzert sollte zwar à la longue "auf alle übrige christliche europäische Staaten" - auch auf das Reich - ausgedehnt werden. Die Führungsrolle hatte man aber längst der Trias Wien, Berlin und London zugeordnet. Ihr Zusammenwirken war Voraussetzung für das Zustandekommen des Konzerts, ihre Initiative mußte den übrigen Höfen erst den Weg weisen. Bei der konkreten Ausführung des Konzertgedankens und der Harmonisierung der einzelstaatlichen Konventionen sah man allerdings in Wien seit langem die größten Schwierigkeiten. Bis zu welchem Grade sollte etwa die königliche Autorität und "Regierungsvollkommenheit" in Frankreich wiederhergestellt werden? Bestanden Vergrößerungsabsichten auf Kosten Frankreichs? Wie sah es mit den Mitteln zur Ausführung der Konzertabsichten aus? Die Frage etwaiger territorialer Wünsche der Konzertmächte wurde schon prima vista verworfen, da derlei Forderungen ei-

¹⁵⁵) Das Zirkular liegt in zahlreichen Abschriften vor, u.a. als Beilage zu Kaunitz an Mercy (29. 7. 1791; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Mercy 1791 I-VII; Druck: Vivenot 1, S. 211-216 [Auslassungen]), in SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 VI-VIII usw. Das K in StK Interiora Circularien u. Notificationen 7. Es ist bei Vivenot 1, S. 208-211, abgedruckt. Vgl. auch Vorträge Kaunitz (21. 7. u. 1. 8. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 VII u. VIII-X).

nen eher hinderlichen als förderlichen Zerstücklungswettlauf nach sich ziehen mußten. Was den Grad der in Frankreich zu leistenden Sanierungsarbeiten betraf, war auch Wien weiterhin betont zurückhaltend. Man zielte lediglich auf die Rettung der allerwesentlichsten Bestandteile der monarchischen Regierungsform und die Einbremsung der zügellosen "Volksanarchie" ab. Wenigstens dies mußte jede Macht in Europa wünschen.

Dem k.k. Gesandten in Berlin, Fürst Reuß, begründete man das bescheidene Ziel des Konzerts näher:

"Ein hauptsächlichster Beweggrund dieser Zurückhaltung fließt aus der nothwendigen Rücksicht für den englischen Hof, ohne dessen vollkommener Beystimmung und activer Mitwirkung Höchstselbe [der Kaiser] die glückliche Ausführung der Unternehmung für so unthunlich halten, daß Sie den öffentlichen oder geheimen Widerspruch der zu verabredenden Maaßregeln mit den englischen Interessen und Entschließungen als eine Klippe ansehen, an welcher das ganze Vorhaben unfehlbar und zum größten Schaden der Theilnehmer scheitern würde."

Eine solche Entwicklung mußte unbedingt vermieden werden, denn Europas Situation im Angesicht revolutionärer Erschütterungen schien nichts weniger als rosig:

"Die Niederlande, ein grosser Theil von Deutschland und Italien, die Reiche von Pohlen und Ungarn haben bereits solche Beyspiele der Behendigkeit und Heftigkeit, mit welcher sich der Geist der Unabhängigkeit verbreitet, geliefert, die wirklich alle Staaten beunruhigen müssen, und kömmt einmal in Frankreich die abgezielte uneingeschränkte Democratie zu einer soliden Consistenz, so ist kein Fürst in Europa sicher, seinen Nachfolgern die Krone unbeschädigt zu hinterlassen. Immerhin aber werden alle zwischen zwey Parteyen keine dritte Wahl haben, entweder zur geschwindern oder langsamern Herabstufung ihrer Gewalt selbst nachgiebige Hände zu bieten oder aber zu deren Rettung solche Mittel anzuwenden, welche dem sanften und wohlthätigen Charakter der meisten jetzigen Souverainen ebenso unangenehm als gewissermassen verkleinerlich fallen werden, da nichts so sehr den heutigen aufgeklärten und gemäßigten Regierungsgrundsätzen widerstrebt als jene mißtrauische Behutsamkeit sowohl in Rücksicht auf Fremde und Reisende als auf das Betragen der eigenen Unterthanen, jene dem Fortgang der Wissenschaften und Industrie hinderliche Verschärfung der Censurs- und Polizeyanstalten, endlich jene ängstliche Consolidirung mancher verjährter Mißbräuche und Vorurtheile, welches doch nach und nach unentbehrliche Vorkehrungen gegen ein Uibel seyn werden, das vorzüglich durch solche Weege und Mittel vorbereitet und begünstiget wird, die zu Beförderung des bürgerlichen Wohls am gedeihlichsten beytragen sollte[n]. [...] Es ist nicht zu läugnen, daß der äußerste Grad, auf den man die niederländischen und Lütticher Aufruhren kommen ließ, zur allgemeinen Verbreitung des übertriebenen Freyheitshang[s], ja selbst zur Bestärkung der Extremitaeten in Frankreich ungemein viel beigetragen hat. Gleichwie dann letzteres Reich itzt die gerechte Vergeltung der Unterstützung empfindet, die es den nordamerikanischen Insurgenten ange-deihen ließ."

Auch gegenüber Spanien argumentierte die Staatskanzlei - so wie Leopold gegenüber dem Kurfürst von Köln - sehr stark mit der Gefahr einer "contagion de l'exemple de la France" und der daher doppelt dringenden direkten Bekämpfung der Quelle des Übels; der "système français" durfte sich nicht konsolidieren und in anderen Staaten Fuß fassen. Würde ein Konzert der Mächte nicht zustandekommen, würden sich die Staaten auf bloße Sicherungsmaßnahmen zurückziehen, so gab sich Österreich durchaus nicht verlegen: der Kern der Erblände sei weit vom französischen Krankheitsherd entfernt, sogar die dislozierten belgischen und italienischen Provinzen hielt man - in wenig überzeugender Argumentation - für sicher, ließ aber keinen Zweifel daran, daß Abschirmungsmaßnahmen letztlich nur "palliatifs", also Notbehelfe, sein konnten, während der schreckliche Zustand Frankreichs doch zu "Radikalkuren" drängte. Einzig das proponierte Konzert mit den wichtigsten europäischen Höfen als Trägersäulen versprach hier Effizienz und Durchschlagskraft. Denn hinter drohenden Erklärungen und selbstbewußten Forderungen mußten im Verständnis des Kaisers schon die Machtmittel zu entsprechender Einschüchterung der Franzosen bereitstehen: "il ne faut parler haut que quand on est en forces et mesures pour se faire craindre et respecter", belehrte Leopold den Kölner Kurfürsten.

Daß an "eine gänzliche Wiederherstellung der vorigen Regierungsform und königlichen Macht" in Frankreich nicht gedacht war, verschwieg man selbst dem Madrider Hof nicht. Auch dem spanischen König sei wohl, so hieß es in kenntnisreicher Anspielung auf das durchaus nicht spannungsfreie Verhältnis zwischen dem älteren Zweig der französischen Bourbonen und dem spanischen "Juniorpartner", "die Wiederauflebung des ganzen ehemaligen Glanzes und Übergewichts der französischen Monarchie nicht angenehm". Vor allem aber ging es bei der eingeschränkten Zielvorgabe - wir sagten es bereits mehrmals - um die Gewinnung Englands, an dessen Kooperationswilligkeit ohnedies größte Zweifel bestanden. Denn das immer und immer wieder beschworene Schema der französisch-britischen Erbfeindschaft diktierte ein offensichtlich unabänderliches, mit den Aktionsplänen des Wiener Hofes ganz unverträgliches "Grundgesetz", das zum Kehrreim im Leichengesang auf das Mächtekonzert zu werden drohte: London hatte an der Abstellung der französischen Anarchie gar kein Interesse, wollte nicht, daß der alte Rivale Frankreich zu "Ruhe und Konsistenz" zurückfand. Möglicherweise trug sich das Kabinett Pitts gar doch mit dem Gedanken, aktiv aus der mißlichen Situation der Bourbonen billigen Profit zu schlagen, die französischen und spanischen Kolonien wenigstens in interessanten Stücken dem eigenen Empire einzuverleiben. Durch solche Zugeständnisse die Mitwirkung Londons zu erkaufen schien auch dem Wiener Hof vor allem wegen der bedenklichen Folgewirkungen unter den Konzertmächten ein reichlich überhöhter Preis, den man nur im äußersten Notfall zahlen wollte.

Diese bitteren Zweifel überspielte man freilich mit trickreichen Argumenten: die Notwendigkeit einer "Einschränkung der zu weit getriebenen Volksfreyheit" mußte wohl auch den Engländern einleuchten, zumal "in Erwägung des eigenen Ruhestandes ihrer Kolonien und irländischen Unterthanen". Selbst die britischen Inseln waren also, so gab man jedenfalls dem k.k. Gesandten in London, Graf Stadion, zur Unterstützung der Konzertierungsvorschläge mit auf den Weg, vor dem Revolutionsfieber von jenseits des Kanals nicht gefeit:

"Je eingeschränkter die Macht des Königs in England schon ist und je geringer dessen Mittel zur Behauptung seiner Gewalt sind, je leichter können ähnliche Volksrevolutionen in seinen Reichen bey der ersten künftigen Veranlassung entstehen [...]. Wäre aber auch die Verbreitung der Unabhängigkeitsgrundsätze der Krone England nicht selbst gleich allen andren gefährlich, so kann selbe doch weder miskennen noch seinem wesentlichsten Interesse gemäß finden, daß hiedurch die Republick Holland der Gefahr eines abermaligen und vollkommenen Überschwungs der patriotischen Parthey unmittelbar ausgesetzt wird, daß die an Frankreich gränzende Staaten, wenn sie nicht von andern Mächtigeren unterstützt werden, dem einwirkenden Beyspiel und den geheimen Aufheuzungen der französischen Nation bey ihrer eigenen Unmacht nicht werden widerstehen können, daß sowohl die bißher genannten als alle übrigen Staaten und Provinzen, worinn sich nach und nach Revolutionen äußern dürften, sich alle mit der französischen Nation wenigstens auf eine lange Zeit auf das engste zu ihrer gemeinschäftlichen Vertheidigung verbinden werden, daß endlich in Frankreich selbst der Zustand der Anarchie in die Länge nicht werde bestehen können, sondern (wenn eine Contre-Réforme zur Rettung der Monarchie durch Vermittlung des Concert unmöglich würde) sich wahrscheinlich in mehrere abgesonderte, aber durch ein gemeinschäftliches politisches Band gleich den Vereinigten Niederlanden und Nordamericanischen Staaten unter sich verknüpfte Freystatten abtheilen und somit eine solche Regierungsform entstehen dürfte, welche ihrer Aufnahme und insonderheit der Aufblühung ihrer Handlung und Seemacht unläugbar günstig wäre."

Versäume man den günstigen Zeitpunkt zum Eingreifen in Frankreich, so würde dadurch die Bereinigung der Lage zu einem späteren Zeitpunkt nur noch schwieriger, "gleichwie insonderheit das Versäumniß dieses Zeitpunkts und die hiedurch begünstigte Entstehung eines unabhängigen Systems der französischen Colonien den Colonien andrer Nationen ein so verführerisches Beyspiel zur Nachahmung darstellen dürfte, daß die etwaige Erweiterungshofnung Englands sich unvermuthet in Verluste der eigenen Pflanzstädte verwandeln könnte." So war nicht gänzlich auszuschließen, daß doch auch England eine (sehr vorsichtige) contre-réforme in Frankreich im eigenen Interesse zuließ, ohne den Konkurrenten wieder mit seiner einstigen Machtfülle auszustatten. Darauf war nun der ganze österreichische Vorschlag gebaut: "Derselbe bezielet bloß die allernothwendigste Vorkehrung, damit nicht durch vollständige Unterdrückung des königlichen Ansehens und durch die Allgewalt der demokratischen Parthey in Frankreich ein immerwährender Zunder zu fernern ähnlichen Volksrevolutionen bestehe."

Für die Staatskanzlei stand jedenfalls fest,

"daß, um zu hindern, daß nicht aus einem vollkommenen Sieg der Democraten ein solches Verhältniß entstehe, welches alle Vortheile der republikanischen Regierungsart mit der Vermeidung der daraus für sehr große Staatskörper entstehenden Inconvenienzen vereinige, das einzige Mittel dieses sey, den weitem Fortschritten dieser Parthey durch die beschränkte Wiederherstellung einer königlichen Parthey solche Gränzen zu setzen, deren Schwankungen verbunden mit der Unbehülflichkeit einer so großen Staatsmaschine alle Triebwerke derselben auf die inneren Verhältnisse hinlänglich einschränken werden, um ihre Wirkung von äußeren Gegenständen und Erweiterungen abzuwenden."

Die Vorfälle in Paris, die "Pöbelunruhen" des Juli 1791, wertete man in Wien als Beweis, daß die erklärte Inviolabilität des Königs und seine in Aussicht gestellte Freilassung letztlich auf ein "Wortspiel" hinausliefen und kein Vorwand für eine internationale Beruhigung sein konnten, kurzum als Beleg dafür, "daß die bisherigen Constitutionsgrundsätze der Assemblée Nationale keineswegs hinreichen, die Sicherheit, Würde und Gerechtsamen des Königs vor dem Ausbruch eines zügellosen Volks und den Machinationen der Clubben zu bewahren"¹⁵⁶).

Artois und Monsieur vergaßen im Laufe der Zeit wieder auf die Ermahnungen ihres Bruders und verließen die engen Bahnen, die ihnen die Tuileries gerne vorgezeichnet hätten. Mehr noch: die Aktivitäten der Emigranten traten nun im Sommer 1791 in ihr entscheidendes Stadium. Noch Anfang Juli 1791 hatten die Prinzen Flachslanden mit Verhandlungsvollmachten nach Wien entsandt. Schließlich folgten noch Baron d'Escars, der als Nachfolger des Mitte August 1791 nach Koblenz zurückreisenden Roll zur Übernahme der Emigrantenbotschaft in Berlin vorgesehen war und auf seiner Route über Wien nochmals die Hilfsbereitschaft des Kaisers auf ihre Tauglichkeit überprüfen sollte, Ende Juli 1791 Duc de Polignac, seit Ende Mai der offizielle Vertreter Artois' bei der Person des Kaisers, und Anfang August 1791 der Vertrauensmann der Königin, zugleich Sendling des emigrantenfreundlichen Königs von Schweden, Graf Fersen, der sofort zu einer ausführlichen Partikularaudienz beim Kaiser vorgelassen wurde. Der französische Botschafter, Marquis de Noailles, notierte zunehmend beunruhigt die zahlreichen Neuankömmlinge. Ausgerechnet Abbé de Fontbrune, der von der Königin als Erzintrigant verteilte ehemalige Vertrauensmann der Tuileries, wagte den einzig sinnvollen Schritt und suchte durch ein Treffen zwischen Flachslanden, Polignac und Fersen Anfang August 1791 die ewige Rivalität zwischen den Auslandsagenten der Tuileries und den Emigranten um Artois und Monsieur zu beenden - ohne Erfolg¹⁵⁷).

Auch die Prinzen in Koblenz sahen natürlich in den allmählich ruckbar werdenden Bemühungen des Kaisers um ein Konzert der europäischen Mächte gegen die endgültig aus den Fugen geratene Revolution ihre große Chance; Mitte Juli 1791 sorgte das Eintreffen der entsprechenden Mitteilungen Leopolds an den Kurfürsten von Trier in Koblenz für Hochstimmung. Hier gab man den Rundschreiben des Kaisers von Anfang Juli 1791 natürlich die radikalste Auslegung, ahnte aber sehr wohl, daß eine internationale Aktionsgemeinschaft schwerlich die hochgesteckten Ziele der Emigranten zu den ihren machen würde. Um so mehr mußte man der eigenen Stimme Gehör verschaffen. Ohne Erbarmen - und v. a. ohne sich auf Verhandlungen mit den französischen Rebellen einzulassen - sollte, ging es nach den Vorstellungen der Prinzen, nun endlich an die völlige Wiederherstellung der alten französischen Verfassung geschritten werden. Dem standen nach Einschätzung der Emigranten keine nennenswerten Hindernisse entgegen, war doch die französische Nation gespalten in einen größeren Teil, der auf Erlösung aus dem revolutionären Alptraum hoffte und dafür alles zugestehen wollte, und eine kleinere, die faktische Macht innehabende Gruppe. Nur dieser Schritt garantierte, so suchte man den Kaiser und Europas Souveräne, die vielleicht schon ihre Throne wackeln sahen, zu ködern, die effektive Vertilgung der französischen Seuche und ihrer

¹⁵⁶) Kaunitz an Reuß (20. 7. 1791; StK DK Preußen 69 Konv. Weisungen 1791, zit. nach A in SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 VI-VIII), an Kageneck (29. 6. 1791; SA Spanien DK 121 Konv. 3), dto. P.S. zum Zirkular (31. 7./1. 8. 1791; SA Spanien DK 121 Konv. 3), an Stadion P.S. (27./29. 7. 1791; SA England Weisungen 130 Konv. Weisungen 1791). Leopold II. an Kfst von Köln (29. 7. 1791; StK DK Köln HK 1; Druck: Vivenot 1, S. 549f).

¹⁵⁷) Vollmacht von Monsieur/Artois für Flachslanden (Brüssel, 2. 7. 1791; RK RkgF 3-5). Flachslanden an Leopold II. (1., 20. 7., 7. 8. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Flachslanden-Leopold II.). D'Escars an Leopold II. (Wien, 11. 8. 1791; ebd. Konv. D'Escars-Leopold II.), Des Cars, Mémoires 2, S. 211-220. Journal Fontbrunes (SA Frkr. Varia 45). Noailles an Montmorin (15., 20., 30. 7., 6. 8. 1791; AMAE CP Autriche 362). - Reuß (Dreyer) an Kaunitz (23. 7., 16. 8., 6. 9. 1791; StK DK Preußen 69 Konv. Berichte 1791).

propagandistischen Außenwirkung. Ließ man sich aber auf Gespräche ein oder machte gar Zugeständnisse, so könnten auch die übrigen gekrönten Häupter Europas rasch gezwungen sein, ähnliche Neucrungen in ihren eigenen Herrschaftsbereichen zuzulassen.

Flachslanden behelligte - auf größte Eile drängend - den Kaiser Anfang August 1791 nochmals mit den Koblenzer Invasionsplänen gegen Frankreich, deren Hauptstoß gegen Paris nach einer alten Idee just von den belgischen Provinzen aus geführt werden sollte, bestand auf einer engen Einbindung der königlichen Brüder in die Feldzugsplanungen und auf der Zustimmung der Kaisers zur Annahme des Regententitels durch Monsieur. In den Tuileries erschauerte man angesichts dieser waghalsigen Pläne, die kaum Aussicht auf Erfolg hatten, aber das Kalkül, ja das Leben der königlichen Familie ernstlich bedrohen konnten. Marie-Antoinette ließ in ihrer geheimen Korrespondenz mit Mercy keinen Zweifel daran, daß die Weigerung der königlichen Brüder, mit Breteuil anstatt mit Calonne zu kooperieren, und deren Festhalten an schon mehrfach explizit verurteilten Vorhaben auch jetzt noch eine Kooperation zwischen dem König und seinen Brüdern verunmöglichten. Der Kaiser sollte daher bewirken, wozu den Emigranten der kühle Kopf und die Vernunft fehlten, und die französischen Flüchtlinge unbedingt zurückhalten. Ernstzunehmende Hilfe erwartete man sich in den Tuileries einzig und allein von einer europäischen Mächtekoalition¹⁵⁸).

¹⁵⁸) Monsieur/Artois an Leopold II. (Schönbornlust, 18. 7. 1791; SA Frkr. HK 6 Konv. Provence/Artois-Leopold II.) mit Mémoire. Die am 31. 7. 1791 von Polignac übergebenen Stücke sind nochmals gesammelt in SA Frkr. Varia 46. Flachslanden an Leopold II. (7. 8. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Flachslanden-Leopold II.).

3.5 Das Reich, die Elsaß-Frage und die Wiener Konzertbemühungen

Anders als die meisten übrigen europäischen Souveräne, die Leopold II. im Laufe des Sommers 1791 in seine Pläne einer Rettungsaktion für das französische Königtum einbeziehen wollte, zählte das deutsche Reich zwar zu den machtpolitisch weniger attraktiven und durch die Fährnisse der Reichsverfassung nur schwer aktivierbaren potentiellen Partnern, rechnete dafür aber zu jenen Mächtegruppierungen, die von den Auswirkungen der "französischen Staatsumwälzung" von Anfang direkt betroffen waren. Die bisher von den Wiener Behörden so zurückhaltend, ja unwillig behandelte Elsaß-Frage und der Ärger der geistlichen Reichs- und Kurfürsten ließen sich nun für die Konzertbemühungen des Kaisers gut benützen. Blenden wir nochmals zurück.

Die geistlichen Kurfürsten - besonders Mainz und Köln - hatten, entsetzt über die brutale Umsetzung der französischen Kirchenreform, längst die Führungsrolle unter den aktiveren, verhandlungsfeindlichen und zu Radikallösungen drängenden Reichsfürsten übernommen, als im Sommer 1791 die Entwicklungen jenseits des Rheins ihrem politischen Kurs nach und nach recht zu geben schienen. Max Franz, Kurfürst von Köln, hatte seinem Bruder Kaiser Leopold II. schon Anfang Januar 1791 seine Zweifel an der Sinnhaftigkeit des Verhandlungsweges zur Kenntnis gebracht. Gegen "ces gens de Paris, poissardes et compagnie, qui se sont assujetti le Roi, le clergé et la noblesse et les parlemens" konnte auch das kaiserliche Mahnschreiben an Ludwig XVI. (Dezember 1790) für seinen Geschmack nicht viel ausrichten. Die Nationalversammlung, gefangen in der "démence d'une nation entière", mache sich ja gar nichts aus alten Verträgen, deren Studium den Volksvertretern sichtlich zu mühsam war. Leopold unterstrich zwar im Briefwechsel mit seinem Bruder, daß er zu energischem Durchgreifen und einer tatkräftigen Unterstützung der Anliegen des Reichs eigentlich durchaus bereit sei, doch könne er nicht handeln, ja nicht einmal einen hohen Ton anschlagen, solange sich die Reichsstände selbst noch nicht geeinigt hätten. Ausflucht oder bedauernde Feststellung, es läßt sich kaum entscheiden. Staats- und Reichskanzlei wollten jedenfalls in der 1. Jahreshälfte 1791 von österreichischem Muskelspiel in dieser Angelegenheit nichts wissen. Weigerte sich der Reichsvizekanzler, sich in der schwierigen Frage nach den tatsächlichen Souveränitätsverhältnissen im Elsaß "authentisch" zu äußern, so ließ Kaunitz im Januar 1791 überhaupt keinen Zweifel daran, daß Österreich als Reichsmitstand - und nur in dieser Hinsicht war die Rolle Wiens machtpolitisch von Gewicht - sich in einer noch gar nicht hinreichend aufgeklärten Frage keinesfalls besonders "herausstellen" oder "ohne Nutzen für die gute Sache" bloßstellen wollte. Solange nicht ein allgemeiner Reichsschluß jeden Reichsstand zu verhältnismäßiger Mitwirkung an der Sache verpflichtete, also eine Gemeinschaftsaktion verbürgte, betrachtete Österreich, so Kaunitz, die ganze Causa als "fremde Angelegenheit" und durfte - um bei dem französischen Verbündeten nicht noch Zweifel an der habsburgischen Neutralität und Allianztreue zu nähren oder seine vielfältigen Rücksichten als Großmacht zu gefährden - den betroffenen Reichsstände bestenfalls durch freundschaftliche Vorstellungen in Paris beispringen. Das laute Gezeter einzelner Reichsfürsten und auch die angeblichen finanziellen Einbußen der im Elsaß begüterten Beschwerverführer sah man in der Staatskanzlei mit ebenso relativierendem Blick wie die hysterisch gefürchteten französischen "Revolutionsmissionare", die Gerüchten zufolge deutsche Lande bereisten. Zudem hatten ja viele der jetzt in Klaggeschrei ausbrechenden Reichsstände (darunter auch Speyer) durch unvorsichtigen Verzicht auf ihre Hoheitsrechte selbst die verfahrenere Situation mit provoziert.

Ließ Wien der Sache ihren verfassungsmäßigen Lauf, brachte man die Sache also auf den Reichstag, so hatte man die beste Gewähr, daß man sich nicht vorzeitig kompromittierte und eine Sache übereilte, in der dem Kaiser gewiß eine höchst unangenehme Aufgabe zwischen den Fronten zufallen mußte. So lehnte Wien natürlich auch den Plan einer Koalition der deutschen Großmächte (Österreich, Brandenburg-Preußen und Hannover-England) ab, den Mainz und Köln nicht nur für den Fall einer tatsächlichen Exekution gegen Frankreich, sondern auch schon im Vorfeld zur Einschüchterung der Nationalversammlung für besonders zweckdienlich hielten. Unter dem argumentativen Deckmantel, daß es dem Kaiser alleine nicht zugemutet werden konnte, den Widerstand und die Abwehrmaßnahmen des Reiches zu tragen, Reichsschlüsse ohne faktische Macht aber leere Buchstaben bleiben mußten, legte man es auf seiten der

Kriegsfürsten in Wahrheit auf eine Beschleunigung der Sache an¹⁵⁹).

Mit der Mißachtung feierlicher Verbindlichkeiten und altehrwürdiger Vertragsinstrumente verletzte auch die französische Nationalversammlung nach dem Empfinden des Mainzer Kurfürsten heiliges Menschenrecht. Die einzelstaatliche Konvenienz, wie sie nun von der Revolution in den Vordergrund gerückt wurde, lieferte demgegenüber keinen konkurrenzfähigen Rechttitel. Bei seinen Bemühungen, das einseitige Vorgehen der Franzosen als friedensbrüchige Handlung bloßzulegen, schöpfte der Kurfürst alle Argumentationsmöglichkeiten aus, um die unwilligen Österreicher aus ihrer Passivität zu locken, und appellierte auch an den übrigen deutschen Höfen zu patriotischer Teilnahme. Wenn man sich schon nicht durch Mitleid für die gekränkten Reichsstände bewegen ließ, so richteten doch vielleicht weitergehende Schreckensvisionen und realpolitische Bedrohungsbilder mehr aus. Denn wer das Westfälische Friedenswerk untergrub, der stellte letztlich die Reichsverfassung an sich in Frage, und - eine interessante "geostrategische" Überlegung - fiel erst einmal die "aufgelockerte", mit Sonderrechten durchgesetzte Struktur des Elsaß als brauchbare "Pufferzone" zwischen dem konzentrierten Absolutismus des französischen Kernlandes und dem Reich, so erhielt für den Reichskörper die Bedrohung von jenseits des Rheins gerade im Zeichen des ganz Europa gefährdenden Neuerungsgespirits zusätzliche Bedeutung.

Der Sturmlauf der geistlichen Kurfürsten brach sich in Wien an einer Mauer der Ablehnung. Auch der Reichsvizekanzler - eigentlich ein Untergebener des Mainzer Reichserzkanzlers - erwies sich wenig willig, die hektischen Bemühungen des Kurfürsten mitzutragen; ihm galten die Preußen durch ihr Engagement gegen Rußland und v.a. durch das Bündnis mit England, von dem man nach gemeiner Rede annahm, daß es die Revolution in Frankreich aus egoistischen Motiven eher begrüßte als ablehnte, als ernstes Hindernis auf dem Weg zu einem Zusammenschluß der Reichsstände; andererseits konnte sich der Kaiser unmöglich alleine vor die Bresche stellen oder gar mit Frankreich Krieg beginnen. Das Klima wurde bis Mai 1791 immer frostiger, sehr zum Schaden der Reichsangelegenheiten und zum Bedauern Kaunitz', der - wiewohl nur "erbländischer Hofkanzler" - Gefahr lief, ersatzweise zur Klagemauer des Mainzer Kurfürsten zu werden und so die latenten Kompetenzkonflikte mit Fürst Colloredo ungewollt zu verschärfen. Dafür entschädigte sich Erthal durch umfassende Korrespondenzführung mit anderen Reichsständen, gekrönten Häuptern und dem Hl. Stuhl in Rom, die den Verdacht nahelegte, der Mainzer wolle vielleicht eigenmächtig an einer großen Koalition gegen die Französische Revolution zimmern. Auf die größte Resonanz stieß der Kurfürst bei seinem Kölner Mitbruder, der seiner haßerfüllten Ablehnung des französischen "Unfugs" keinen Zwang mehr antat und schon damals eine Handelssperre gegen Frankreich vorschlug, um die Franzosen möglichst hart zu treffen. Die Französische Revolution spiele mit dem Reich, meinte er, "wie mit einer Puppe [...], die man willkürlich entkleidet" - eine Tatsache, die jeden deutschen Patrioten auf die Barrikaden bringen müsse¹⁶⁰).

Erst seit Frühjahr 1791 stand einer Reichsberatschlagung über die Elsässer Frage nichts mehr im Wege. Im April hatte der Kaiser von Italien aus sein Placet zu den Vorschlägen des Reichsvizekanzlers von Ende März gegeben. In seinem Kommissionsdekret, das am 30. April mit einer beachtlichen Zahl der im Laufe der Jahre bei der Reichshofkanzlei eingelangten Beschwerdeschriften zur Diktatur kam, legte Leopold II. seine bisherigen Ausgleichsversuche mit Ludwig XVI. offen und ersuchte, da Frankreich auf seinem Rechtsstandpunkt beharrte, die versammelten Stände um ein Reichsgutachten in dieser Sache. Nun war auch das Reich in corpore über den ganzen Umfang der Streitfrage informiert und mit Lösungsvorschlägen betraut, "wie auf dem durch gewaltsame Erschütterung in seiner Art so wesentlich veränderten französischen Terrain das alte System der deutschen Fürsten einen sichern Grund finden" könne. Der Zeit-

¹⁵⁹) Max Franz an Leopold II. (6. 1. 1791) u. Leopold an Max Franz (13. 1. 1791): FA FK A 26 Konv. Max Franz-Leopold II., Lütke, Kampf, S. 148f. Kaunitz an Borié/Seilern (28. 1. 1791; StK DK Regensburg Österr. Gesandtschaft Weisungen 9), an Metternich (23. 2. 1791; StK DK Reich Weisungen 252 Konv. Weisungen an Metternich 1791), an RVK (11. 3. 1791; RK RkgF 1/2). RVK an Leykam (13. 1. 1791; RK Weisungen a. d. Principalcommission 13a). Kfst von Mainz an RVK (17. 1., 12. 2. 1791), RVK an Kfst von Mainz (27. 1. 1791; Druck: Vivenot 1, S. 77f); RK RkgF 1/2. - Die Geschehnisse am Reichstag vom Eintreffen des Kommissionsdekrets bis zum Reichsgutachten im August 1791 stellt Härter, S. 118-166, erschöpfend dar.

¹⁶⁰) Kfst von Mainz an Leopold II. (31. 3. 1791), Kfst von Köln u. Kfst von Mainz an RVK (2. 4. 1791), RVK an Kfst von Mainz (10. 4. 1791); RK RkgF 1/2. RVK an Leykam (15. 4. 1791; RK Weisungen a. d. Principalcommission 13a). Kaunitz an Schlick (20. 5. 1791; StK DK Reich Weisungen 251 Konv. Weisungen an Schlick 1791) mit Kaunitz an Kfst von Mainz (20. 5. 1791; Druck: Vivenot 1, S. 157f). Der umfassende Briefwechsel des Mainzer Kurfürsten ist z.T. bei Vivenot 1, S. 108f, 120-125, 156f, 159f, 167-169, 171f. nach der Aktenüberlieferung des Mainzer Erzkanzlerarchivs im HHStA abgedruckt. Das Schreiben des Kfst von Köln (11. 4. 1791) ebd., S. 121f. Schlick an RVK (19. 5. 1791; Druck: Hansen 1, S. 836f).

punkt, zu dem die Reichsberatungen beginnen sollten (Juni 1791), war freilich für ein ruhiges und besonnenes Herangehen an die diffizile und konflikträchtige Materie denkbar ungeeignet. Schon bei Eintreffen des kaiserlichen Kommissionsdekrets in Regensburg Ende April 1791 hatten die Zwischenfälle rund um die versuchte Reise der königlichen Familie nach Saint Cloud in ärgerlicher Weise angezeigt, daß sich das innenpolitische Klima in Frankreich in Wahrheit keineswegs beruhigt hatte und eine friedliche Lösung der anstehenden Probleme kaum zu erwarten stand. Und die weitere Entwicklung im Juni 1791 mit dem traurigen Höhepunkt der Flucht von Varennes samt Folgewirkungen stellte dann überhaupt alle Überlegungen auf eine neue Grundlage.

Noch aber konnte man sich in Wien während der ersten Wochen nach Einlangen des Kommissionsdekrets auf eine abwartende Position zurückziehen und den Dingen in Regensburg ihren Lauf lassen. Ein willkommener Schutzschild gegen die anhaltenden Anläufe des Mainzer Kurfürsten, der neben dem Fürstenbund und seinen Vormächten Preußen und Hannover auch den Kaiser über seine formale Funktion als Reichsoberhaupt hinaus als deutsche und europäische Großmacht viel tätiger und drängender sehen, also die mächtigeren Reichsstände vorschieben wollte und über seinen Vertreter am Reichstag die von Österreich stillschweigend übergangene Beschuldigung fallen ließ, Wien sei wohl mehr für Frankreich als für das Interesse des Reichs gesinnt. Umsonst - denn Reichskanzlei und Staatskanzlei waren sich weiter darin einig, daß bloß "lärmende Klagen" oder eine herrische Sprache bei der leicht reizbaren Nationalversammlung nichts ausrichteten, Österreich gerade als Großmacht vielfältigen Rücksichten verbunden blieb, sich der Kaiser möglichst bedeckt zu halten hatte, seine Vertreter in Regensburg - ob kaiserlich, kurböhmisch oder österreichisch - und sonst im Reich neutral oder, wie man es sinnig nannte, "leidend" agieren mußten. Man sagte zwar zu, alle kommenden Beschlüsse der Reichsversammlung als Reichsmitstand brüderlich mittragen zu wollen, dachte aber einstweilen nicht daran, besondere Vorlieben oder Abneigungen zu zeigen, die Sache zu beschleunigen oder gar zu verzögern. Sofort erteilte den österreichischen Reichstagsgesandten Borié gemessener Tadel, als er den Kurs strengster Unparteilichkeit für einen Moment verließ. Deutlich machten sich auch jetzt noch in der Wiener Reichspolitik die Folgewirkungen der josephinischen Ära bemerkbar, in der es den "Feinden des Erzhauses" gelungen war, den Kaiser zu dämonisieren und alle österreichischen Schritte in ein schiefes Licht zu rücken. Auch die Sorge um den Fortbestand der französisch-österreichischen Allianz wurde bemüht, wenn es darum zu tun war, um Verständnis für den schwierigen Kurs zwischen den Pflichten als Reichsglied und Reichsoberhaupt und den Verbindlichkeiten als französischer Verbündeter zu werben. Immerhin habe die österreichisch-französische Allianz - so die Argumentation der Staatskanzlei - auch im Zusammenhang mit der Elsaß-Frage Früchte getragen. Nur der Rücksichtnahme des Königs von Frankreich auf seinen Schwager und Verbündeten wollte man es zuschreiben, daß die Nationalversammlung nicht einfach über die Beschwerden der Reichsstände hinweggegangen war und immer noch Ruhe und Friede an der Rheingrenze herrschten; und ausgerechnet diesen ohnedies schon durchlässig gewordenen Schirm trachtete der Berliner Hof durch übelste Intrigen zum Schaden des Reiches endgültig zu zerstören, indem er (wie die Reichskanzlei verbreitete) den Kaiser im Reich beschuldigte, die Sache mutwillig verzögern zu wollen, in Frankreich aber just das Gegenteil verbreiten ließ. In den machtpolitischen Kalkulationen Wiens längst vernachlässigbar und als Gegengewicht gegen die Tripelallianz bekanntlich nicht bewährt fand man im Zusammenhang mit der lästigen Elsaß-Frage wieder Geschmack an der Allianz von 1756, ersparte sie doch Österreich als Argument gegen die hektischen Bemühungen einzelner Reichsfürsten eine stärkere Involvierung im Westen, während in Osteuropa der Horizont noch nicht restlos aufgeklärt war. Ließ sich nur irgendwie der Schein der Äquidistanz zu den Streitparteien aufrechterhalten, so nahm man sogar gerne auf sich, zwischen zwei Feuer zu geraten. Dies ging so weit, daß sich die österreichische Diplomatie im März/April 1791 gegenüber dem französischen Gesandten in Mainz ausdrücklich von dem Verdacht einer Interessensgemeinschaft mit dem nach dem Geschmack der Staatskanzlei viel zu radikal argumentierenden Mainzer Kurfürsten distanzierte. Der Endzweck aller kalmierenden Schritte der Staatskanzlei galt - so Kaunitz Anfang Mai 1791 - als erreicht, "wenn es öffentlich bekannt wird, daß wir zur Bescheidenheit und Mäßigung rathen und im ganzen uns bloß leidend benehmen". Die von Mainz proponierten "Fünf Fragen", die die Reichstagsberatungen über die Elsässer Frage vorab kanalisieren und letztlich auf Kollisionskurs mit dem revolutionären Frankreich bringen sollten, stießen bei den Österreichern auf sehr wenig Gegenliebe und blieben unbeantwortet. Die französischen Reformen als Friedensbruch zu verurteilen, daher die das deutsch-französische Verhältnis regulierenden Basisabkommen seit 1648 für obsolet zu erklären, die volle Souve-

ränität über das Elsaß *expressis verbis* zu reklamieren und mit der Durchsetzung des Rechtsstandpunktes zu drohen, war eben im April 1791 ein von den internationalen Rahmenbedingungen und der Lage in Frankreich noch nicht gedecktes Programm¹⁶¹).

Zu Recht bestätigte Botschafter Noailles noch im Mai und Juni 1791 dem französischen Außenministerium, daß Moderation und Bemühen um Ausgleich die politische Linie der befaßten Wiener Behörden bestimmten. Der Kaiser wolle seinen Verbündeten ("qui ne lui étoit pas très utile dans ce moment, mais qui pouvoit le devenir dans un autre tems") keinesfalls verlieren, fände es in seinem Interesse, Zeit zu gewinnen, und habe deshalb den Reichstag auch bloß mit einem recht lakonischen Kommissionsdekret befaßt. Die österreichischen Stimmen in Regensburg würden überhitzte Beschlüsse in jedem Fall verhindern. Außenminister Montmorin in Paris sah die Entwicklungen weniger rosig. Immerhin versuchte der Kaiser das Unmögliche, nämlich seine Verpflichtungen als Reichsoberhaupt mit jenen eines französischen Alliierten in Einklang zu bringen, und das im Angesicht der alten Rivalität mit Preußen, die es Leopold II. schwerlich erlaubte, durch zu lockeren Umgang mit seinen Aufgaben als Kaiser die mühsam zurückeroberten Sympathien des Reichs leichtfertig an die Preußen zu verspielen. Frankreich wieder war zu keinem Nachgeben in der Sache bereit und durfte eine über oberflächliche Mittlerdienste hinausgehende "intervention légale" des gesamten Reichs in der Elsaß-Frage keinesfalls zugeben, wollte man nicht Selbstzweifel bezüglich der Souveränitätsfrage einbekennen. Das französische Außenministerium bestand weiterhin auf Direktverhandlungen mit den Betroffenen.

Eine ruhige und unleidenschaftliche Diskussion hatten Kaunitz und Außenminister Montmorin noch im Juni 1791 für die Reichsberatschlagungen in der Elsaß-Frage gewünscht, der Staatskanzler, um sein außenpolitisches Kalkül nicht gestört, den Kaiser nicht alleine mit der undankbaren Verteidigung der Reichsinteressen beladen zu sehen, das französische Außenministerium aber v.a., weil die leidige Frage der "princes possessionnés" sich mehr und mehr mit der Emigrantenproblematik und den Ängsten vor einem konterrevolutionären Schlag des Auslandes zu einer hochexplosiven Mixtur verband. Graf Artois, der Führer der Emigranten, ließ sich ja im Juni 1791 am Rhein nieder und konzentrierte - offensichtlich in Kooperation mit den geistlichen Reichsfürsten - nun auch noch die Mehrzahl der französischen Flüchtlinge in dieser sensiblen Bruchzone. Überall währte die aufgeheizte Stimmung in Paris feindselige Truppenverschiebungen und gefährliche Kriegsvorbereitungen¹⁶²).

Einen nützlichen Sperrriegel gegen mehr der Eskalation als der Beruhigung zuarbeitende Ambitionen der zumeist recht echauffierten und auf Revanche brennenden (geistlichen) Reichsstände mochte insoferne der kurbraunschweigische Antrag auf Bildung einer Reichsdeputation zur objektiven Prüfung der reichsständischen Gravamina in der Elsaß-Frage abgeben (unter Ausschluß der Betroffenen). Er erreichte aber in Kurfürstenkolleg und Reichsfürstenrat keine Mehrheit und erwies sich schließlich nur als neuerliche Belastung des Klimas. Der Kaiser hatte sich zwar über die Reichskanzlei gegen die Einsetzung einer Reichsdeputation ausgesprochen, sich aber andererseits durch die von der Staatskanzlei für nötig befundene Rücksichtnahme auf Kurbraunschweig-Hannover dem begründeten Verdacht ausgesetzt, als könne auch Wien dem Deputations-Antrag durchaus positive Seiten abgewinnen. V.a. die direkt betroffenen Reichsstände - ohnedies durch den kühlen Ton der k.k. Diplomatie in der Elsässer Frage recht irritiert und ver-

¹⁶¹) RVK an Prinzipalkommissar u. Konkommisnar (22. 4. 1791) mit Leopold II. an Thurn u. Taxis (Florenz, 9. 4. 1791); RK Weisungen a. d. Principalcommission 13a. Kommissionsdekret (Regensburg, 26. 4. 1791/diktirt 30. 4. 1791); RK RTA 365 Reichstagsdiktate XCVI 1791 u. auch in AMAE CP Allemagne 663). Kaunitz an Schlick (20. 3., 2. 4. 1791), an Kfst von Mainz (8. u. 12. 4. 1791; Druck: Vivenot 1, S. 118-120, 122f); StK DK Reich Weisungen 251 Konv. Weisungen an Schlick 1791. RVK an Kaunitz (22. 4. 1791), RVK an Kfst von Mainz (23. 4. 1791), Kaunitz an RVK (25. 4. 1791), RVK an Kaunitz (27. 4. und 6. 5. 1791), Kaunitz an RVK (13. 5. 1791) mit Beilage, Vortrag RVK (3. 5. 1791), Leopold II. an Kfst von Mainz (Mantua, 18. 5. 1791) und RVK an Kfst von Mainz (26. 5. 1791), RVK an Kfst von Köln (26. 5. 1791); RK RkgF 1/2. Die Schreiben des Kaisers und des RVK an den Kfst von Mainz sind bei Vivenot 1, S. 158, gedr. Kaunitz an Borié (27. 4., 6., 18., 21. 5. 1791; StK DK Regensburg Österr. Gesandtschaft Weisungen 9), an Seilern (17. 5. 1791; StK DK Regensburg Kurböhm. Gesandtschaft Weisungen 6). - Auch der Kölner Kurfürst Max Franz, ein ewiger Preußenskeptiker, ging Ende Juni 1791 noch davon aus, daß Preußen nichts anderes im Sinn hatte, als den Wiener Hof durch Drängen auf eine harte Sprache gegenüber Frankreich in Verlegenheit zu bringen, selbst aber trotz der "Verfügungsgewalt" über den (freilich allmählich zerfallenden) Fürstenbund nichts Konkretes in Angriff nehmen wollte: Kfst von Köln an Leopold II. ([Ende Juni 1791]; StK DK Köln HK 1; Druck: Vivenot 1, S. 543f). - Die Diskussion um die Mainzer "Fünf Fragen" ausführlich bei Härter, S. 121-129.

¹⁶²) Noailles an Montmorin (4., 7., 14., 21., 25. 5., 30. 6. 1791), Montmorin an Noailles (11. 5., 11. 6. 1791); AMAE CP Autriche 361. Montmorin an Béranger (17. 5. 1791; AMAE CP Allemagne 663). - Blumendorf an Kaunitz (26. 5. 1791), an RVK (8. 6. 1791; RK RkgF 1/2).

unsichert - liefen gegen die Idee einer Reichsdeputation Sturm, die ja anzudeuten schien, daß das Reich Zweifel an der Berechtigung der Beschwerden hatte. Die Mehrgleisigkeit der k.k. Diplomatie am Regensburger Reichstag tat ein übriges, Verwirrung zu stiften und auch zwischen den Wiener Zentralbehörden zusätzlich Mißtrauen zu säen; sogar der Kölner Kurfürst mußte zu berichten, daß die Vertreter des Kaisers in Regensburg im Vertrauen die widersprüchlichen Instruktionen der beiden Kanzleien herumzeigten. Die österreichische Vertretung in der Reichstagsstadt mußte schließlich unter massivem Druck die Weisung der Staatskanzlei unausgeführt lassen und von einer Unterstützung des hannoverschen Deputations-Antrags Abstand nehmen (Mai/Juni 1791).

Seit Anfang Juli 1791 begann sich ohnedies die vorsichtige Linie der Staatskanzlei deutlich zu ändern: die nun unverhüllte Gefangenschaft des französischen Königs und die Machtergreifung der Nationalversammlung machten jede Rücksichtnahme weitgehend hinfällig. Im Rahmen der Konzertbemühungen des Kaisers, über die Kaunitz den Mainzer Kurfürsten schon sehr früh, noch ehe das Paduaner Zirkular ergangen war, informiert hatte (siehe oben), erhielt auch das Reich in den österreichischen Überlegungen einen neuen Stellenwert. Die Elsaß-Frage wurde so zu einem Konfliktpunkt unter vielen, der sich praktisch einsetzen ließ.

Durchaus radikale antirevolutionäre Abwehrmaßnahmen im Reich - bisher für Kaunitz eher Aufhänger für spöttische Bemerkungen - finden sich seit Juli 1791 wiederholt auch in den Weisungen der Staatskanzlei diskutiert, während die Reichskanzlei wegen der unklaren Lage Anfang Juli 1791 die Suspendierung der Reichstagsverhandlungen wünschte; statt der passiven und abwartenden Rolle, die man bisher eingenommen hatte, empfahl sich - jedenfalls für die Staatskanzlei - eine engere Zusammenarbeit mit dem Mainzer Direktorialsandten in Regensburg, um das rasche Zustandekommen eines Reichsgutachtens zu gewährleisten und den angesichts der österreichischen Zurückhaltung bereits unruhigen Erzkanzler des Reichs für den Einbau der Reichsstände in die geplante Allianz gegen Frankreich zu gewinnen. So ließ sich vielleicht beizeiten in die Beratschlagungen am Reichstag die Anregung einbringen (und gegebenenfalls im kaiserlichen Ratifikationsdekret zum erwarteten Reichsgutachten verankern), den Kaiser auch als Reichsoberhaupt *nomine imperii* zum Beitritt zum Mächtekonzert zu berechtigen und das Kreismilitär zu mobilisieren. Die Sommerferien des Reichstags wurden abgesagt.

Vergessen waren plötzlich alle Mahnungen zu Vorsicht und Zurückhaltung, alle Bedenken gegen die völkerrechtliche Stichhaltigkeit der reichsständischen Gravamina, zu deren Entstehen nach Eingeständnis Wiens ja viele Reichsfürsten selbst durch gütliche Vereinbarungen mit Frankreich, das Reich aber durch überlanges Schweigen beigetragen hatten. Auch die Staatskanzlei schien in der allgemeinen Hitze etwas den kühlen Kopf zu verlieren. Wie fest man nun in Wien an einem Zustandekommen des Mächtekonzerts und einer Anbindung des Reichs an die europäische Koalition gegen das revolutionäre Frankreich arbeitete, zeigte sich, als Ende Juli 1791 eine eigenartige Anfrage des kurpfälzischen Gesandten in Wien auf den Tisch kam. Gustav III. von Schweden hatte sich in Absprache mit den Führern der Emigranten über seinen Regensburger Reichstagsgesandten Oxenstierna an den pfälzbayerischen Kurfürsten in München gewandt und um Bereitstellung von Truppen für seine phantastischen Operationspläne gegen Frankreich ersucht, Karl Theodor das Ansuchen des schwedischen Königs an Leopold II. weitergeleitet, um von hier weitere Anweisungen zu erhalten. Zwar nahm man in Wien an, daß Pfalzbayern durch die Befassung des Kaisers im wesentlichen die Gesinnungen Österreichs ausforschen und eine Zustimmung Wiens gewiß dazu benützen wollte, später auch eine offizielle Schadloshaltung für aufgelaufene Unkosten reklamieren zu können; anders als früher aber kam es zu keiner brutalen Zurückweisung eines derart "unpolitischen" Schrittes. Kaunitz betrachtete das kuriose Ansinnen der Bayern vielmehr als nützliche Gelegenheit, auch in München Stimmung für die Konzertbemühungen zu machen und schon jetzt auf den Entschluß des Kaisers zu verweisen, wenn sich erst einmal die Hauptmächte geeinigt hätten, "das gesammte Reich zum Beytritt und gleicher Sprachführung zu bewegen, dadurch aber das besondere Interesse der gekränkten Reichsfürsten mit dem allgemeinen in eine vortheilhafte Verbindung zu bringen". Bis dahin kamen aber isolierte Attacken natürlich nicht in Betracht.¹⁶³⁾

¹⁶³⁾ RVK an Lehrbach (8. 6. 1791), an Kfst von Köln (8. 6. 1791), Kfst von Köln an RVK (20. 6. 1791): RK RkgF 1/2. RVK an Kaunitz (10. u. 13. 7. 1791), Kaunitz an RVK (12. u. 14./15. 7. 1791 mit Beilagen), Kfst von Köln an RVK (Spa, 31. 7. 1791); RK RkgF 3-5. Kaunitz an Schlick (15. 7. 1791; Druck: Vivenot 1, S. 199-201) mit Beilagen. Kaunitz an Seilern/Borié (12. 6., 23. 6., 2. 5., 15. u. 18. 7. 1791; StK DK Regensburg Österr. Gesandtschaft Weisungen 9 bzw. Kurböhm. Gesandtschaft Weisungen 6), an Seilern (24. 6. 1791; StK DK Regensburg Kurböhm. Gesandtschaft Weisungen 6; Druck: Artin 2, S. 207-212). Vorträge Kaunitz (24. u. 25. 7. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 VII) mit Beilage. Schrepfer, S. 22. Zu den institutionellen Wirnissen österreichischer Außenpolitik in Regensburg vgl. u.a. auch die Äußerungen des Kölner Kurfürsten: Max Franz an Metternich (25. 8. 1791; FA FK A 51 Konv. Kfst von Köln-Metternich). - Artin 1, S. 257f, 269, betont das "neue", seit Sommer

Wenigstens die allgemeinen Teile der Beratschlagungspunkte vom Frühjahr/Sommer 1791 wurden schließlich - nach heftigen Diskussionen in spürbar entschärfter Form - im Reichsgutachten von Anfang August 1791 festgeschrieben, das insgesamt dem Rechtsstandpunkt der geistlichen Reichsfürsten folgte. Es fehlten allerdings die besonders energischen Bestimmungen über Abwehrmaßnahmen gegen Bedrohung von außen und von innen, also gegen die angebliche französische Propaganda (das Reichsgutachten enthielt schließlich nur den Antrag an den Kaiser, einheitliche Maßnahmen gegen aufrührerisches Schrifttum, dessen Erzeuger und Verbreiter zu ergreifen - "der landesherrlichen Polizeigewalt jedoch ohne Eintrag" - und die Kreise zur Herstellung der reichskonstitutionsmäßigen Wehr- und Verteidigungsstandes anzumahnen), die Sequestrierung französischer Besitzungen im Reich als Vergeltung für die Mißachtung verschiedenster Eigentumsrechte durch die Franzosen, und auch die vorgeschlagene Boykottierung des deutsch-französischen Handels, wie sie von Kurköln Anfang Juni 1791 in Beantwortung der "Fünf Fragen" proponiert worden waren. Köln hatte damit argumentiert, daß der Handel über den Rhein ausschließlich der französischen Wirtschaft zugute gekommen sei, und vorgeschlagen, durch einen Militärkordon zu gewährleisten, daß die letztlich durchaus entbehrlichen französischen Produkte nicht mehr ins Reich gelangten. Hörte die Konkurrenz aus Frankreich aber erst einmal auf, so erwartete man sich ein regelrechtes Aufblühen der deutschen "Industrie". Sogar die Staatskanzlei hatte verschiedene Punkte des Kurkölners Votums durchaus goutiert, v.a. jene zur Reichssicherheit, aber auch ganz prinzipiell den Radikalismus der vorgeschlagenen Maßnahmen immerhin als nützliche Warnung an all jene begrüßt, die glaubten ungestraft Raubbau am Deutschen Reich betreiben zu können.

Das Reichsgutachten vom 6. August 1791 (diktirt 16. August 1791) wirkte weniger durch die im wesentlichen fehlenden konkreten Maßnahmen gegen den Reichsfriedensstörer Frankreich als durch die Klärung des deutschen Rechtsstandpunktes in der elsässisch-lothringischen Frage: Das Reich forderte die unbedingte Einhaltung der alten Reichsfriedensschlüsse und sprach sich damit unmißverständlich zur Souveränitätsfrage und zur Rechtmäßigkeit jener Separatvereinbarungen vieler Reichsstände aus, durch die diese versucht hatten, ihre Sonderstellung gegen das expandierende absolutistische Königtum in Frankreich doch noch schützen zu können. Ohne Billigung von Kaiser und Reich erfolgt, wurden sie nun durch das Reichsgutachten für unverbindlich und ungültig erklärt; französischer Oberhoheit unterlag nur, was durch die Reichsfriedensschlüsse seit dem Frieden von Münster 1648 tatsächlich abgetreten worden war. Da Frankreich selbst sich offensichtlich an Völkerrechtsverträge nicht mehr gebunden fühlte, glaubte man es sich leisten zu können, auch auf seiten des Reichs mit dem alten Brauch des furchtsamen Still-schweigens im Angesicht von Rechtsbruch und gewaltsamer französischer Expansion auf Kosten Deutschlands brechen zu können und den De-Facto-Besitzstand Frankreichs an der westlichen Reichsgrenze nicht mehr anerkennen zu müssen. Jetzt verurteilte man offen die Anwendung der französischen Reformdekrete auf die reichsständischen Enklaven in Elsaß-Lothringen als Bruch der Reichsfriedensschlüsse und als Kränkung der Oberherrschaft und Oberstlehensherrlichkeit von Kaiser und Reich. Nach dem formal und inhaltlich ungenügenden Schreiben des französischen Königs erging an den Kaiser der Antrag, nochmals - nun aber auch namens des Reiches - in Paris vorstellig zu werden; wegen der unsicheren Lage in Frankreich überließen es die Reichsstände aber dem Reichsoberhaupt, ob und wann er dieses Ersuchen erfüllen wollte. Denn nur die wenigsten konnten es mit ihrem fürstlichen Selbstverständnis vereinbaren, das Anliegen des Reichs auch dem neuen Machthaber in Frankreich, der Nationalversammlung, der Urheberin allen Ärgers, vorzutragen. Immerhin würde sich ja ein solcher Schritt als Anerkennung der Constituante als "rechtmäßiger Gewalt" interpretieren lassen.

So blieb das Ergebnis der Reichsberatungen etwas kümmerlich und jedenfalls weit hinter dem zurück, was sich der Kurfürst von Trier, der Hauptgastgeber der Emigranten, noch Mitte Juli 1791 in einem Brief an den Kaiser gewünscht hatte ... die Aufgabe jeder Verhandlung und ein rigoroses Vorgehen mit gewaffneter Hand: "La meilleure et la plus efficace négociation serait la marche de 50.000 hommes bien disciplinés. On dira que ce n'est pas un conseil épiscopal et éloigné de la charité, mais au contraire, je la crois la plus propre à épargner le sang et à rétablir la tranquillité". Bis Mitte August 1791 hatte sich

1791 deutlich intensivierte Interesse Kaunitz' an Reichsfragen und unterstreicht seine Ablehnung einer "Aufteilung" des Reiches in zwei Interessensphären. Cobenzl und Spielmann, die neuen einflußreichen Männer am Kaiserhof, hätten dem Staatskanzler die Reichspolitik als ein Betätigungsfeld überlassen, "auf dem sein Starrsinn nicht weiter schaden konnte", und auch später die Ablenkung des lästigen Alten gerne gesehen.

aber die Staatskanzlei nach der kurzen "Hitze" des zugegeben recht stürmischen Juli wieder in eine bequemere Abwarteposition zurückgezogen. Man hielt die Lage in Frankreich für zu unbestimmt und wollte in jedem Fall das Zustandekommen des Mächtekonzernts abwarten, von dessen Gelingen man auch die weitere Entwicklung der Elsaßproblematik abhängig glaubte¹⁶⁴).

3.6 Erste Reaktionen der Souveräne

Bis September 1791 verharrte Wien nun in Abwarteposition. Das überraschend energische Vorpreschen von Kaiser und Staatskanzlei im Juli 1791 wich schon bald einem gewissen Unbehagen über die selbst-aufgelegte Führungsrolle in einem nicht mehr ganz auszuschließenden Kampf gegen das neue Frankreich. Zwar verhinderten vorerst die zurückhaltenden Reaktionen der europäischen Mächte auf die Konzertbemühungen Leopolds und die vorübergehende Beruhigung der Lage in Frankreich selbst eine Eskalation, doch die Österreich von der französischen öffentlichen Meinung ohnedies seit langem unterstellten Bemühungen um eine "Polizeiaktion" gegen die revolutionäre Entwicklung waren so greifbar geworden, Wien hatte sich so weit exponiert, daß es gegenüber dem revolutionären Frankreich oder gegenüber jenen Mächten, die Österreich zum Konzert eingeladen hatte, kein Zurück mehr gab; in den nächsten Konflikt mit den Franzosen ging man daher nicht mehr aus der Position des neutral-kritischen Beobachters mit weitem Handlungsspielraum, sondern nolens volens als konterrevolutionärer Rädelsführer.

Spanien

Spanien kam bei dem Versuch, eine antirevolutionäre Allianz zu schmieden, aus verschiedenen Gründen besondere Bedeutung zu¹⁶⁵). Der jüngere Zweig des Hauses Bourbon war natürlich speziell dazu berufen,

¹⁶⁴) Reichsgutachten (6./16. 8. 1791; RK RTA 365 Reichstagsdikate XCVI 1791 und auch AMAE CP Allemagne 663). Die Diskussionen zum Reichsgutachten im Reichsfürstenrat während des Sommers 1791 in RK RTA 262 Reichsfürstenratsprotokoll 1790/91. Das kurkölnische Votum z.B. als Beilage zu Kfst von Köln an RVK (6. 6. 1791); RK RkgF 1/2, gedr. bei Hansen I, S. 838-840. RVK an Leykam (21. 8. 1791; RK Weisungen a. d. Principalcommission 13a), an Ludolf (27. 7. 1791; RK RkgF 3-5). Kaunitz an Seilern/Borié (16. 7. 1791; StK DK Regensburg Kurböhm. Gesandtschaft Weisungen 6), dto. (21. 7. 1791; ebd.; Druck: Vivenot I, S. 201f), an Kornrumpf (14. 8. 1791; StK DK Weisungen 252 Konv. Weisungen an Kornrumpf 1791). Kfst von Trier an Leopold II. (18. 7. 1791; StK DK Trier 5; Druck: Vivenot I, S. 547-549). Roger Dufraisse, *Les relations économiques entre la France révolutionnaire et l'Allemagne*. In: Voss, *Deutschland und die Französische Revolution*, S. 214-248, zeigt, daß erst der Eintritt des Reichs in den Krieg gegen Frankreich im März 1793 einen wirklichen Einschnitt in den deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen brachte. - Der französische Gesandte in Berlin warnte das Pariser Außenministerium, daß auch Preußen als Haupt des Fürstenbundes auf Reichsebene nicht mehr lange würde schweigen können: Demoustier an Montmorin (23. 7. 1791; AMAE CP Prusse 212).

¹⁶⁵) Die Forschungslage zur spanischen Frankreichpolitik ist nicht übermäßig befriedigend. Als erste bibliographische Orientierung leistet gute Dienste Jean-René Aymes, *España y la Revolución francesa: Ensayo de bibliografía crítica*. In: Jean-René Aymes (Hrsg.), *España y la Revolución francesa* (Barcelona 1989) 3-68, speziell S. 20-22. Hermann Baumgarten, *Geschichte Spaniens zur Zeit der französischen Revolution* (Berlin 1861) [v.a. unter Auswertung der Berichte des preuß. Gesandten in Berlin], Albert Sorel, *La diplomatie française et l'Espagne de 1792 à 1796*. In: RH 11 (1879) 298-330, 13 (1880) 41-80 [Schwerpunkt nach 1793], Alexandre Tratchevsky, *L'Espagne à l'époque de la Révolution française*. In: RH 31 (1886) 1-55, Geoffroy de Grandmaison, *L'ambassade française en Espagne pendant la Révolution 1789-1804* (Paris 1892), Mousset, S. 274-301, Jacqueline Chaumié, *La correspondance des agents diplomatique d'Espagne en France pendant la Révolution*. In: Bulletin hispanique 37 (1935) 189-195 (Einleitung), 353-389 u. 38 (1936) 502-536 (Regesten), dies., *Les relations diplomatiques entre l'Espagne et la France de Varennes à la mort de Louis XVI* (= Bibliothèque de l'École des Hautes Etudes Hispaniques 27; Bordeaux 1957) [Darstellung der durch die Emigrantenumtriebe in Katalonien hervorgerufenen Schwierigkeiten; Spaniens Rolle auf der internationalen Szene bleibt eher im abseits]. Floridablancas Propagandakrieg gegen die Revolution eingehend behandelt bei Richard Herr, *The Eighteenth-Century Revolution in Spain* (Princeton ²1973) 239-268. Nur kursorisch natürlich Überblickswerke wie Bottineau, S. 332-344, oder John Lynch, *Bourbon Spain 1700-1808* (Oxford/Cambridge, Mass., 1989) 375-395. Zu den österreichisch-spanischen Beziehungen im Revolutionszeitalter: María Luisa Robledo del Prado, *Relaciones entre España y Austria en el reinado de Carlos IV (1788-1807)*. In: Hispania 46 (1986) 327-351. Die Berichte des österreichischen Botschafters Graf Kageneck liegen nun auch für den uns hier interessierenden Zeitraum 1789-1792 in Edition vor: Hans Otto Kleinmann, *Die Berichte des Grafen Kageneck 3 Bde.* (= Berichte der diplomatischen Vertreter des Wiener Hofes aus Spanien in der Regierungszeit Karls IV. 1789-1808 1-3; Madrid 1990/94). Ich selbst habe für die vorliegende Studie die Originaldepeschen benutzt.

für die Interessen des französischen Cousins einzutreten, und dementsprechend auch von Ludwig XVI. selbst schon gegen Jahresende 1789 zum Verwahrer seines formellen Protestes gegen die ihm von der Revolution entrungenen Zugeständnisse auserkoren worden (vgl. oben). Aber auch aus machtpolitischen Erwägungen, so vermutete die Staatskanzlei in Wien seit langem, mußte Spanien den "gänzlichen Zerfall des königlichen Ansehens in Frankreich" bedauern. Hier lag ein Ansatzpunkt, das belastete Verhältnis zwischen den Wiener Habsburgern und den Bourbonen in Madrid zu retten. Allerdings beschränkte sich die österreichische Diplomatie lange Zeit auf "aufrichtige Bekümmern" und "fromme Wünsche" für eine Sanierung der Lage und betonte, wie man der Gesandtschaft in Madrid noch im April 1790 eintrichterte, daß "nie irgendeiner Erwartung oder Zumuthung von was immer für einer dießfälligen Theilnehmung Raum gegeben werden könne". Die Staatskanzlei ging in durchaus zutreffender Einschätzung der Lage davon aus, daß die Französische Revolution für das außenpolitische System Spaniens ein besonders mißliches Ereignis war, gründete sich doch das ganze politische System des Madrider Hofes auf Rivalität und Gleichgewicht zwischen Frankreich und Großbritannien. "Seine eigene Ruhe und Sicherheit, die Erhaltung seiner außereuropäischen Besitzungen, sein politisches Ansehen in Europa beruheten darauf, daß diese zwey Mächte ihre Aufmerksamkeit und Kräfte wechselseitig erschöpften und beyde in Spanien jene Macht verehren und fürchten mußten, deren Zuwachs zugunsten der einen das Übergewicht entschied oder doch die Schale der schwächern unfehlbar wieder aufrichtete", und für die Rolle des "Züngleins an der Waage" zugunsten Frankreichs ließ sich Spanien denn auch stets einen hohen Preis bezahlen. Diese Basis der spanischen Politik war nun mit dem längst besiegelten politischen Effacement Frankreichs zerstört, London der Alleinherrschaft zur See bedenklich nahe gekommen und sogar in der Lage, auch auf dem Festland den Ton eines Diktators anzunehmen. Spanien sah sich dagegen aus seiner lukrativen Schiedsrichterrolle "in seine wahren beschränkten Verhältniße zurückgesetzt"; es hatte sogar nach anfangs vielversprechenden Signalen die Chance, der bedrohlichen Achse London-Den Haag-Berlin durch Anschluß an Wien und Petersburg entgegenzuwirken und so den Ausfall Frankreichs zu kompensieren, ungenützt verstreichen lassen, ja in bedenklicher Weise mit der Tripelallianz geliebäugelt und seine alte Eifersucht gegen das Erzhaus keineswegs abgelegt. Die Interessenskollisionen mit der habsburgischen Italienpolitik, noch verstärkt durch die österreichisch-neapolitanischen Hochzeiten vom September 1790, hatten so ihre Fortsetzung gefunden.

Seit dem Ausbruch der Revolution zeigte Spanien nur "unzulängliche, unzusammenhängende und sich selbst widersprechende Maaßnahmen"; vielleicht wollte man andere Mächte - speziell den Kaiser - zur Unterstützung der Konterrevolution aufmuntern, selbst aber daran möglichst nicht teilnehmen. Madrids Politik war und blieb ein undurchdringliches und verworrenes Gestrüpp aus vielkritisierter Tatenlosigkeit und scharf antirevolutionärer Grundhaltung, die auch vor Brüskierung der Franzosen nicht zurückschreckte. Als im Sommer 1790 der langjährige französische Botschafter beim Katholischen König, Duc de la Vauguyon, abgelöst und durch Marquis de Pons ersetzt werden sollte, verweigerte Spanien das "agrément" und lähmte so den zwischenstaatlichen Verkehr auf oberster Ebene. Der interimistische französische Geschäftsträger Marquet d'Urtubise sah sich größten Widrigkeiten und peinlichen Auftritten mit Graf Floridablanca ausgesetzt, der mit seiner vernichtenden Meinung über die Nationalversammlung nicht hinter dem Berg hielt.

Die österreichische Haltung gegenüber Spanien mußte dem frostigen Klima zwischen den beiden Höfen entsprechend reserviert ausfallen. Spanischen Anwürfen war auch und gerade in bezug auf die Vorgänge in Frankreich mit größter Vorsicht zu begegnen.

"Solches ist insonderheit von Anwürfen zu verstehen", schrieb man dem k.k. Botschafter in Madrid, Kageneck, noch im April 1791, als die Fluchtpläne der Tuileries virulent zu werden drohten, "so auf die innerlichen französischen Angelegenheiten Bezug haben dürften, über welche Angelegenheiten sich öffentlich mit der größten Behutsamkeit zu äußern, in vorfallenden vertraulichen Gesprächen mit dem Ministerio aber in den allgemeinen Satz zu beschränken ist, daß Seine Kaiserliche Majestät sowohl aus zärtlicher Zuneigung für Ihre Allerchristlichste Majestäten als aus billiger Theilnehmung an dem allgemeinen Besorgniß der Verbreitung übertriebener Freyheitsgrundsätze die Herstellung eines ruhigern, anständigern und gemäßigteren Verhältnißes der französischen innern Angelegenheiten allerdings wünschten, bisher aber weder in den Plänen und Vorbereitungen der kö-

niglichen und aristocratischen Partheyen noch in den Gesinnungen der auswärtigen Mächte solche hinlängliche Maaßregeln und Dispositionen wahrzunehmen wären, welche zu einer nahen Erzielung des Endzwecks viele gründliche Hofnung geben könnten." ¹⁶⁶⁾

Nennenswerte Aktivität entfalteten Spanien und sein dirigierender Minister, der erkonservative Absolutist Graf Floridablanca, nur, wenn es um die Abschottung des Landes gegen schädliche Einflüsse aus dem revolutionären Frankreich ging. Schon zu Jahresbeginn 1791 wurde an der Pyrenäengrenze ein Kordon als Schutzwall gezogen, seit langem standen die sich in Spanien aufhaltenden, immer zahlreicher werdenden Franzosen unter relativ strenger Überwachung, befanden sich doch, wie die k.k. Vertretung in Madrid zu berichten wußte (Januar 1791), unter ihnen angeblich viele, "welche Aufruhr unter das gemeine Volk zu verbreiten suchen, ja sich vor allem angelegen seyn lassen, bey dem gemeinen Manne eine vollkommene Abneigung gegen die königlichen Personen und die Minister zu erwecken. Daher entspringen die satyrischen und schädlichen Schriften, welche man mit den gefährlichsten Absichten in der Stille zu verbreiten trachtet."

Schon im Juni 1791 hatte sich die österreichische Politik dann aber im Rahmen der vorbereitenden Sondierungsgespräche, die man für den Fall der inner balden erwarteten Flucht der königlichen Familie aus den Tuilerien mit verschiedenen Mächten eröffnete, auch zu einem Schritt am Madrider Hof durchgerungen. Verstärkte Konzentrierung von Truppeneinheiten an den Grenzen zu Frankreich und v.a. die Promulgierung eines Manifests durch den Katholischen König zugunsten seines unglücklichen französischen Cousins - möglichst ohne für Ludwig XVI. gefährliche Drohungen, harsche Protestationen und "öffentliche Darstellung der Absicht einer Contrerevolution" - sollten dabei angeregt werden. Die zwischenzeitlich erfolgte Flucht der königlichen Familie aus Paris und ihr Scheitern machte schließlich dieses Projekt zugunsten des Paduaner Zirkulars hinfällig.

Auch der spanische König Karl IV. hatte aber mittlerweile - durch verdächtige Hilfsersuchen auf den Fluchtversuch Ludwigs XVI. vorbereitet, aber noch in Unkenntnis des Scheiterns - einen Aktionsplan zur Eindämmung der angeblich ganz Europa, jede monarchische Autorität, Religion und Ordnung bedrohenden französischen Seuche entworfen und dem Kaiser Ende Juni 1791 davon Kenntnis gegeben. Darin war den besonders gefährdeten und zudem durch enge Familienbande mit Frankreich verknüpften Nachbarstaaten Spanien, Österreich und Sardinien die Führungsrolle im Abwehrkampf zgedacht. Das spanische Projekt sah die Verbringung der Allerchristlichsten Majestäten in eine sichere Festungsstadt auf französischem Territorium und die Abstellung einiger ausländischer Truppen zu ihrer Deckung vor. Bis zum kritischen Zeitpunkt sollten die entsprechenden Einheiten als "cordon sanitaire" an den Grenzen zu Frankreich gesammelt werden. Von seinem Fluchtort aus war es dann an Ludwig XVI. selbst, aus eigener Kraft, aber unterstützt durch auswärtige Geldzuwendungen und Rückendeckung Maßnahmen zur Schaffung einer starken royalistischen Partei und damit letztlich zur Behebung der Anarchie zu setzen (21. Juni 1791).

Das Zirkular des Kaisers vom 6. Juli traf mit großer Verspätung erst Anfang August 1791 in Spanien ein. Längst schon hatte hier Karl IV. auf das ungeheuerliche "Attentat" gegen Ludwig XVI. und die königliche Familie reagiert, wie der Katholische König in seiner Antwort an Leopold II. stolz vermeldete (7. August 1791). Der spanische Botschafter in Paris, der in den Krisentagen nach Ausführung und Scheitern des Fluchtversuchs als Familienbotschafter die Führung über das angesichts der eigenen Situation und der Gefangenschaft des Königspaares beunruhigte diplomatische Korps in der französischen Hauptstadt übernahm, mußte noch Anfang Juli 1791 eine Erklärung übergeben, die ihm so scharf erschien, daß er einige Passagen glättete und den erwarteten üblen Eindruck durch ein freundliches Begleitschreiben an Außenminister Montmorin zu lindern suchte. Wirklich führte die spanische Note in der Nationalversammlung zu stürmischen Diskussionen; man verbat sich die aufdringliche Einmischung des spanischen Königs in französische Interna auf das schärfste. Die spanische Note hatte die Flucht des Königs unverhüllt als Signal dafür gewertet, daß sich der Allerchristlichste König nach langer Leidenszeit den Insulten der Pari-

¹⁶⁶⁾ Kaunitz an Kageneck (15. 4. 1790; SA Spanien DK 120 Konv. 5), dto. (20. 4. 1791; SA Spanien DK 121 Konv. 3) mit "Betrachtungen über die gegenwärtigen politischen Verhältnisse des spanischen Hofes" (gedr. bei Kleinmann, Politik, S. 396-400); Kageneck an Kaunitz (23. 5. 1791; SA Spanien DK 121 Konv. 1). - Blumendorf an Kaunitz (5. 12. 1790), an Mercy (14. 1. 1791). Alfred Morel-Fatio/Henri Léonardon (Hrsg.), Recueil des instructions données aux ambassadeurs et ministres de France 12/2: Espagne 3 (Paris 1899) 389-392.

ser Bevölkerung endlich entziehen wollte, und die Franzosen in väterlich bevormundendem Ton ermahnt, die Berechtigung für diesen Schritt Ludwigs zu überdenken und ihm die schuldige Verehrung erweisen, ihm endlich "liberté" und "immunité" zuzugestehen. Dem König von Spanien würde so die traurige Pflicht erspart "de réprimer les perturbateurs".

Dem vom Kaiser proponierten Entwurf einer Erklärung zur Lage in Frankreich schloß sich der spanische Hof nicht widerspruchslos an. Man wünschte sich eine modifizierte Erklärung an die Nationalversammlung, in der unbedingt klargestellt werden sollte, daß die Mächte nur eine neue Verfassung anerkannten, die von einem wirklich und unbestreitbar freien König angenommen wurde. Graf Floridablanca bat sich in seinem Gespräch mit Botschafter Kageneck zusätzlich eine Verstärkung der ideologischen Komponente aus. Man möchte in der zu erlassenden Erklärung auch berücksichtigen,

"daß selbe [die Assemblée Nationale] sich habe beygehen lassen, nicht allein alle Mächte Europens zu schänden, von allen Potentaten öffentlich übel zu sprechen und schreiben zu lassen, sondern daß sie auch gesucht hätte, die Verfassungen aller Staaten anzugreifen, durch die gefährlichsten Grundsätze zu untergraben und durch eine Menge überall hingeschickter Emissaires zugrund zu richten, wobei es auf nichts weniger angesehen ware, als überall Aufruhr, Unordnung und Blutvergießen zu stiften. Der hiebey gemachte Ausfall gegen die Assemblée Nationale ware ungemein heftig und schien allerdings die Sprache des Herzens zu seyn."

Die "Sprache des Herzens" ganz Spaniens, nicht nur des Ministeriums, das alles andere über den Vorgängen in Paris aus den Augen zu verlieren drohte, schien nun gegen Frankreich zu reden. Der Nationalhaß der Spanier gegen die Franzosen breche, so Botschafter Kageneck Anfang August 1791, täglich mehr hervor, und werde von der Geistlichkeit und der Regierung angeheizt.

"Auch die gemeinsten Spanier auf den Straßen erklären, daß sie bereit sind, gegen die Franzosen zu kämpfen, weil selbe an Sonn- und Feyertagen keine Messe hören. Andere behaupten, der Pabst habe einen Kreuzzug gegen die atheistischen Franzosen ausgesprochen und derjenige, welcher gegen selbe zu Felde ziehe, erhalte vollkommenen Ablaß aller seiner Sünden. Ferners behauptet das hiesige Volk, alle Mächte hätten sich entschlossen, Frankreich einen wohlverdienten Krieg anzukündigen, und ehestens werde der Fürst von Nassau mit 20.000 Russen in Spanien zum Angriff von Bayonne eintreffen, und mehrere dergleichen Sachen, welche alle die Verbitterung der hiesigen Nation gegen Frankreich anzeigen".

Besonders kleinere Puissancen, das von Österreich übergangene Schweden, auch Portugal und Dänemark, sollten, ging es nach dem Wunsch des spanischen Ministeriums in die allgemeinen Konzertbemühungen einbezogen werden; weder der vertrauliche Umgang Spaniens mit Schweden und der anhaltende Kontakt des Madrider Hofes mit Duc de La Vauguyon, dem ehemaligen französischen Botschafter, der sich noch immer größter Wertschätzung erfreute, versprochen dabei zunächst einen unbeeinflussten und "vernünftigen" Kurs der spanischen Politik. Immerhin distanzierte sich Karl IV. aber noch Anfang August 1791 mit Rücksicht auf die Sicherheit der königlichen Familie in Paris von dem im Juli 1791 zur Diskussion gekommenen, reichlich versponnenen Invasionsprojekt Gustavs III., dem er gegen eine fanatisierte Bevölkerung keine Chance gab, sagte zu, seine Auslandsvertretungen im Gleichklang mit der k.k. Diplomatie handeln lassen zu wollen, ja er berief sogar seinen Botschafter aus Paris zurück und wünschte sich - freilich umsonst - Gleiches auch von anderen Souveränen.

Nach den Beobachtungen des Grafen Kageneck erreichte das spanische Interesse an den Entwicklungen in Frankreich im August 1791 seinen Höhepunkt, ehe die Sorge vor England und dessen verdächtiger Zurückhaltung einen radikalen Schwenk bewirkte. Der k.k. Botschafter in Madrid sprach nun von "sichtbarer Furcht und Verlegenheit", die Spanien daran hinderten, sich in wirklich konkrete Verbindlichkeiten einzulassen. Dies korrespondierte schließlich ganz der wieder in ruhigere Gewässer steuernden Wiener Politik im Spätsommer 1791. In einem Handschreiben an den Katholischen König sistierte Leopold II. denn auch im September 1791 angesichts der Zurückhaltung der meisten Mächte seine Konzertbemühungen¹⁶⁷).

¹⁶⁷) Karl IV. an Leopold II. (21. 6. 1791), Leopold II. an Karl IV. ([29./30.] 7. 1791), Karl IV. an Leopold II. (7. 8. 1791; Druck: Feuillet 4, S. 131-133) mit der Note vom 1. 7. 1791 u. einem Brief Karls IV. an Gustav III. (3. 8. 1791); SA Spanien HK 15 Konv. 4. Der Vorschlag einer modifizierten Erklärung erhalten als Beilage zu Ph. Cobenzl an Mercy (Prag, 5. 9. 1791; SA Frkr. Weisungen 182 Konv. Cobenzl-Mercy 1790/91; Druck: Vivenot 1, S. 554-557). Karl IV. an Leopold II. (23. 8. 1791), Le-

Neapel-Sizilien und Sardinien

Am unkompliziertesten zeigten sich die italienischen Mittelmächte in ihren Reaktionen auf die Einladungsschreiben, besonders der König von Neapel, der seinem Land schon seit Beginn der Revolution harte Abschottungsmaßnahmen gegen Franzosen verordnet hatte. In der Antwort an seinen Schwager Leopold gab er sich ganz durchdrungen von der Notwendigkeit, einer weiteren Radikalisierung der Französischen Revolution und den daraus erwachsenden Gefahren nach außen einen Riegel vorzuschieben. Mit Freuden wollte er daher dem geplanten Konzert der Mächte beitreten und seinen Vertreter in Paris zu einem konzertierten Vorgehen mit den übrigen Diplomaten vor Ort anweisen, wußte aber nicht so recht, wie er selbst der französischen Diplomatie begegnen sollte. Denn trat man mit ihr in normalen Kontakt, so bedeutete dies doch wohl zugleich eine Anerkennung der von der Nationalversammlung arrogierten Gewalt¹⁶⁸).

Mehr Gewicht kam dem Königreich Sardinien zu, der ersten Heimstätte der Emigranten, einem strategisch wichtigen Knotenpunkt zwischen dem revolutionären Frankreich und Oberitalien; je nach Entwicklung konnte Turin zum Bollwerk gegen oder zur Einfallspforte für die revolutionären Einflüsse aus Frankreich werden. Schon Mitte und wieder Ende Juni 1791 hatte sich Leopold II. während seiner Italienreise gegen den König von Sardinien sehr scharf über die Notwendigkeit einer Eindämmung des französischen Unwesens ("épidémie qui menace tous les gouvernements") und die Bildung einer Koalition - besonders unter den Nachbarn Frankreichs - geäußert. Er betrachte, hieß es da, "les affaires de France comme la cause de tous les souverains et un concert nécessaire entre toutes les puissances pour mettre un frein à la propagande des systèmes de fausse liberté qui, en détruisant le sacré lien de la religion, en anéantissant tout ordre, lien ou autorité, ne tendent qu'à rendre les peuples malheureux et à détruire les souverains et confondre tous les états et toutes les classes de citoyens. Voilà ma façon de voir sur les affaires de France"¹⁶⁹).

Die Konzertbemühungen des Kaisers nahm Turin sehr günstig auf, begriff sich aber selbst als das wohl schwächste, durch die bedenkliche französische Nachbarschaft akut gefährdete Glied der Sperrkette gegen Frankreich, das unbedingt der Unterstützung durch die anderen Mächte bedurfte. Mußte sich Sardinien also gegenüber dem großen Nachbarn im Westen exponieren, so konnte und durfte es dies nur unter gewissen Bedingungen tun. So kam Viktor Amadeus wieder auf die von Leopold II. bereits zugesagte Verstärkung der k.k. Truppen im Mailändischen zu sprechen, die die böswilligen Elemente in den habsburgischen und sardinischen Landen abschrecken und nun vor dem aktuellen Hintergrund beschleunigt werden sollte. Unter die Verabredungen der zum Konzert aufgeforderten Mächte, so wünschte Turin, mußte man auch wechselseitige Garantieerklärungen gegen französische Überfälle und Beistandsverpflichtungen bei inneren Unruhen aufnehmen. Der Kaiser fand nichts dabei, all dies nochmals zuzusagen; die Truppen in der Lombardei sollten nach Abschluß des Türkenfriedens auf 12-15.000 Mann verstärkt werden, wie es seiner Grundüberlegung über die Natur des angestrebten Mächtevereins entsprach. Dieser sollte, so die griffige Kurzformel, ein "concert de mesures effectives quant au rassemblement des forces, mais dilatoires quant à leur emploi" sein.

Sardinien hatte schon auf die ersten Nachrichten vom Scheitern des Fluchtversuchs Anfang Juli 1791 mit verstärkten Grenzsicherungen begonnen und die Rüstungen im Laufe des Sommers weiter gesteigert. Die Grenze zu Frankreich war lang, nur mit wenigen Festungen durchsetzt und erforderte eben deswegen zahlreiche Truppen, die man sich allerdings wegen der prekären und durch angebliche Umtriebe der französischen "Propaganda" bedrohten Ruhe im Inneren des Landes nicht an die Grenze zu werfen getraute. Besonders Savoyen und Nizza schienen gefährdet. Turin machte sich auch bereits Gedanken, wie man sich zur bevorstehenden neuen Verfassung Frankreichs stellen sollte. Alles mußte vermieden werden, was nur irgendwie den Anschein erweckte, als anerkenne man die Anmaßungen der Nationalversammlung.

opold II. an Karl IV. (Prag, 18. 9. 1791); SA Spanien HK 15 Konv. 4; Druck: Vivenot 1, S. 234, 257; Ph. Cobenzl an Kageneck (Prag, 18. 9. 1791; SA Spanien DK 121 Konv. 3). - Fernannuñes an Montmorin (8. 7. 1791) mit Floridablanca an Fernannuñes (1. 7. 1791) und der Erklärung des spanischen Königs (1. 7. 1791); AN F 7 4398 d. Espagne; diese auch - in der nicht entschärfen Version - als Beilage zu Cobenzl an Mercy (Prag, 5. 9. 1791). Blumendorf an Kaunitz (4., 16. 7. 1791). Fernannuñes an Montmorin (28. 3. 1791; AN F 7 4398 d. Espagne). - Kageneck an Kaunitz (3. 1., 28. 2., 8. 8., 15. 8., 22. 8., 29. 8. 1791; SA Spanien DK 121 Konv. 1 u. 2); Kaunitz an Kageneck (29. 6. 1791; SA Spanien DK 121 Konv. 3). Zu dem durch die Ereignisse der Flucht überholten Entwurf der Staatskanzlei für ein Handschreiben des Kaisers an den spanischen König vgl. die verschiedenen Konzepte mit Verbesserungen in SA Spanien HK 15 Konv. 4. Kageneck an Leopold II. bzw. an Kaunitz (8. 8. 1791; SA Spanien DK 121 Konv. 2 u. 5 u. als Beilage zu Ph. Cobenzl an Mercy 5. 9. 1791). Zu den Schreiben nach Spanien und Turin auch Leopold II. an Kaunitz (23. 7. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 VII; Beer, Joseph, S. 419), Vortrag Kaunitz' (28. 7. 1791;

Eine grundlegende Verfassungsreform alleine durch die Nation und unabhängig von jeder Mitwirkung des Königs, der nur zu nachträglicher Zustimmung berufen werde, galt dem Turiner Nachbarn als ein zu bedenkliches Beispiel. Skeptisch gab sich Viktor Amadeus bezüglich des vom Kaiser vorgeschlagenen Abbruchs aller Kommunikationen mit Frankreich und mehr noch hinsichtlich der Mitwirkung anderer italienischer Staaten: bei den kleinen Republiken der Halbinsel bestand seiner Meinung wenig Aussicht auf Erfolg. Genua neigte ohnedies dem neuen Frankreich zu, lediglich der Papst konnte vielleicht Geldmittel beisteuern¹⁷⁰).

Preußen

Die Nachricht von der abenteuerlichen Flucht der königlichen Familie aus den Tuileries war in Berlin am Abend des 28. Juni durch einen Kurier der Emigranten eingelangt, angeblich zur einhelligen Freude des Berliner Publikums¹⁷¹). Die Ernüchterung folgte auf dem Fuße. Die Bestürzung des preußischen Königs über das Scheitern des Fluchtversuchs und die erniedrigende Rückholung Ludwigs XVI. in die französische Hauptstadt muß sehr tief gewesen; "Quel terrible exemple!" soll Friedrich Wilhelm II. mehrfach ausgerufen haben. Sowohl der k.k. Gesandte in Berlin, Fürst Reuß, als auch der gleichfalls sehr beunruhigte französische Gesandte Demoustier sandten eindringliche Schilderungen an ihre vorgesetzten Behörden. Der offizielle Kontakt mit der französischen Vertretung in Berlin wurde sofort unterbrochen. Man bewahrte sich vernünftige Mäßigung, ließ sich aber doch gegenüber den zudringlichen Emigranten, die in der preußischen Kapitale durch Baron de Roll vertreten wurden, zu einigen unvorsichtigen Stellungnahmen hinreißen, ohne freilich extreme Wünsche der Flüchtlinge etwa nach Abberufung des preußischen Gesandten aus Paris zu erfüllen. Immerhin wurde von der Goltz, der sich lange Zeit seine guten Kontakte

StK Vorträge 149 Konv. 1791 VII).

Die von Spanien vorgeschlagene Einbindung Portugals und Dänemarks in die Konzertbestrebungen erfolgte - reichlich spät - im Dezember 1791, so daß diese Höfe gleichzeitig mit der Information über die vom Kaiser im Sommer 1791 gesetzten Schritte auch deren Sistierung zur Kenntnis nehmen mußten: Kaunitz an Breuner und Lebzelttern (8. 12. 1791; irrig in SA Spanien DK 121 Konv. 3). Ende der achtziger Jahre war übrigens der damals bereits drei Jahrzehnte alte Gedanke einer Verheiratung Josephs II. mit der Infantin von Brasilien wieder im Raum gestanden, eine Idee, die den Kaiser durchaus nicht erfreute. Er dachte jedenfalls nicht daran, sich die Prinzessin "an Hals laden" zu lassen: Joseph II. an Kaunitz (11. 2. 1789; StK Vorträge 146 Konv. 1789 I-II). Kaunitz an Lebzelttern (2. 5. 1789; SA Portugal Weisungen 33 Konv. Weisungen 1786-1798).

¹⁶⁸) Ferdinand IV. von Neapel an Leopold II. (15. 7. 1791; SA Neapel 27). - Georges Grosjean, Les relations diplomatiques de la France avec les Deux-Siciles de 1789 à 1793. In: RF 15 (1888) 9-45, André Bonnefons, La cour des Deux-Siciles dans les premières années de la Révolution française. In: RQII N.S. 38 (1904) 444-469. Harold Acton, The Bourbons of Spain 1734-1825 (London 1956) ist zu kursorisch; Alexander Freiherr von Helfert geht in seiner stattlichen Studie Königin Karolina von Neapel und Sicilien im Kampfe gegen die französische Weltherrschaft 1790-1814 (Wien 1878) auf die frühen Jahre so gut wie gar nicht ein.

¹⁶⁹) Leopold II. an den König von Sardinien (Mailand, 14. u. 28. 6. 1791; SA Sardinien HK 35 Konv. Leopold II. a. d. sard. Hof 1791); Viktor Amadeus an Leopold II. (19. 6. 1791; SA Sardinien HK 35 Konv. Sard. Hof a. d. Kaiser 1791).

¹⁷⁰) Viktor Amadeus an Leopold II. (5., 13./14. 7. 1791; SA Sardinien HK 35 Konv. Sard. Hof a. d. Kaiser 1791) u. die Antwort des Kaisers (30. 7. 1791; SA Sardinien HK 35 Konv. Leopold II. a. d. sard. Hof 1791), der ein Exemplar der Zirkulardepesche der Staatskanzlei direkt beigeschlossen wurde. Das Zirkular an den k.k. Gesandten in Turin, Marchese Gherardini, vom 27. 7. 1791 in SA Frkt. Varia 45 Konv. Frkt. Varia 1791 VI-VIII. Viktor Amadeus an Leopold II. (3. 9. 1791; SA Sardinien HK 35 Konv. Sard. Hof a. d. Kaiser 1791) mit einem "Mémoire" vom gleichen Datum. - KA Kabinettskanzlei HBP 78b: Überlegungen zur Verstärkung der k.k. Truppen in der Lombardei (Ende Juli 1791). - Die Quellen zum Problembereich "Italien und die Französische Revolution" schlüsselt im übrigen eines der verdienstvollsten publizistischen Erzeugnisse des Bicentenaire in einer erschöpfenden Übersicht über die einschlägigen Archivbestände (Serie I) und die Sammlungen revolutionärer Druckschriften (Serie II) auf: La Rivoluzione francese (1787-1799). Repertorio delle fonti archivistiche e delle fonti a stampa conservate in Italia e nella città del Vaticano 4 Bde. + 1 Reg. Bd. (= Pubblicazioni degli archivi di stato sussidi 4; Rom 1991), hier I: Le fonti archivistiche, hrsg. von Paola Carucci/Raffaele Santoro (Rom 1991), zu Neapel, S. 283-301, zu Sardinien, S. 15-27.

¹⁷¹) Vgl. neben Rankes Ursprung und Beginn (etwa S. 78-113) über den Beginn der Konfrontation zwischen Frankreich und Europa speziell Kurt Heidrich, Preussen im Kampfe gegen die Französische Revolution bis zur zweiten Teilung Polens (Diss. [Teilabdruck] Berlin 1908, Langfassung Stuttgart/Berlin 1908), die bislang eingehendste, darstellerisch brillante, wenngleich auf das Jahr 1792 konzentrierte Aufarbeitung der preußischen Aktenüberlieferung. Heidrich attestiert der preußischen Frankreichpolitik ganz offen den Wunsch nach territorialem Zuerwerb als wahres Movens (S. 9: "Der König sah in der Bekämpfung der Revolution eben nur ein Mittel, durch einen Krieg gegen sie für seinen Staat einen Gebietszuwachs zu erhalten."), zuerst mit Absichten auf Jülich und Berg, wie die eigenartigen Sondierungsversuche gegenüber den Österreichern im Herbst 1790 zeigten, dann mehr auf Polen gerichtet. Willy Real, Von Potsdam nach Basel. Studien zur Geschichte der Beziehungen Preußens zu den europäischen Mächten vom Regierungsantritt Friedrich Wilhelms II. bis zum Abschluß des Friedens von Basel 1786-1795 (= Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft 70; Basel/Stuttgart 1958) ist ein recht großzügiger Überblick in blumiger Sprache mit deutlichem Hang zu sehr positiver Bewertung der preußischen Politik. Kurt Holzappel, Intervention oder Koexistenz. Preußens Stellung zu Frankreich

zu den progressiven Kreisen der Nationalversammlung als hohes Verdienst angerechnet hatte (vgl. oben das Kapitel zur Mission Ephraim), zu großer Zurückhaltung angewiesen; Verhandlungen mit der völkerrechtlich ja inexistenten Nationalversammlung durften nicht stattfinden¹⁷²).

Der König von Preußen antwortete Ende Juli 1791 - wenige Tage nach Abschluß des österreichisch-preußischen Präliminarvertrags - auf die Anträge seines neuen Freundes Leopold vom Monatsanfang. In einem persönlichen Schreiben unterstrich Friedrich Wilhelm II. zwar die für alle Regierungen evidente Gefahr der in Frankreich überschäumenden "anarchie populaire", sah aber für eine Intervention unter Beteiligung Preußens noch nicht alle Hindernisse ausgeräumt: erst nach Abschluß der österreichisch-türkischen Friedensverhandlungen in Sistow und nach dem Ende des Krieges zwischen Rußland und der Pforte ließ sich nach preußischem Geschmack an eine aktive Teilnahme denken ... freilich unbedingt unter Beiziehung Großbritanniens, wofür der König in seiner Eigenschaft als Alliierter Londons sich als privilegierter Vermittler anbot. Ungeachtet der dilatorischen Sprache enthielt eine begleitende Instruktion für den preußischen Gesandten in Wien, Jacobi, eine detaillierte Diskussion der österreichischen Vorschläge, an denen man kaum ein gutes Haar ließ; Staatskanzler Kaunitz fand die preußischen Einwände in vielen Punkten durchaus vernünftig. Aus preußischem Blickwinkel mußte die von der Staatskanzlei vorgeschlagene Erklärung der Souveräne von Anfang an von sehr ernstzunehmenden Machtmitteln im Hintergrund gestützt werden, wollte man sich nicht bloßstellen lassen; mit anderen Worten bedeutete dies einen "accord complet des puissances coopérantes" schon vor Erlaß des Manifests.

Dem Abbruch des Personen- und Handelsverkehrs mit Frankreich vermochte Preußen nichts abzugewinnen; eine solche Maßnahme erachtete man in Berlin als für die so eng mit Frankreich verflochtenen deutschen Staaten sehr schädlich, da mit bedeutenden Einkommensverlusten verbunden. Die vielfach geforderte Abberufung der diplomatischen Vertreter wieder kam einer Kriegserklärung gleich und sollte doch besser erst im Moment des wirkliche Bruchs erfolgen. König und Kabinettsministerium empfahlen daher, die allgemeine Aufmerksamkeit der Zusammenziehung jener Truppen zuzuwenden, die man schließlich im Ernstfall gegen Frankreich auch wirklich einsetzen würde, sollte man die Forderungen auf friedlichem Wege nicht durchsetzen können. Für einen aufsehenerregenden Diplomatenkongreß in Aachen oder Spa, wie von Wien vorgeschlagen, sah Berlin indes keinerlei Notwendigkeit. Die anstehenden Fragen ließen sich auch über die bisher genutzten Kanäle klären.

Wie viele andere konzertwillige Mächte forderte Preußen für die Zeit nach der Einigung der "Kernmächte" (womit die bereits vom Kaiser direkt eingeladenen Höfe gemeint waren) die Zuziehung weiterer Staaten. Selbst die Reichsstände konnten formell eingeladen und gegebenenfalls die Wiederherstellung ihrer gekränkten Rechte in Elsaß und Lothringen als Rechtfertigung ins Treffen geführt werden. Der zweckgebundene Einsatz des Konzerts für die Einzelinteressen der betroffenen Reichsstände kam freilich nicht in Frage, kollidierte diese Deviation doch mit dem auch von Berlin gewünschten hehren Ziel der geplanten europäischen Gemeinschaftsaktion: der Wiederherstellung der Monarchie (wenigstens in ihren "formes essentielles"), von Ordnung und Regierungsgewalt in Frankreich, entsprechend der "constitution émanée des pouvoirs constatés de la Nation et librement avouée et sanctionnée par le Roi". Auf territoriale Forderungen sollten daher alle Teilnehmer durch eine rechtsförmliche Erklärung schon zum voraus verzichten.

Nicht nur die detaillierte Besprechung der österreichischen Propositionen, für die man doch z.T. die Voraussetzungen und Vorbedingungen nicht erfüllt glaubte, zeigte, daß Berlin einem Einschreiten gegen den "französischen Unfug" nicht abgeneigt war. Auch König Friedrich Wilhelm II. selbst ließ Äußerungen fallen, die dies nahelegten. Dem k.k. Gesandten Fürsten Reuß stellte er peinlich konkrete Fragen, etwa nach dem Kandidaten des Kaisers für den Oberbefehl über die alliierten Truppen gegen Frankreich (Reuß nannte schon damals indirekt als möglichen General en chef den Herzog von Braunschweig, "einen für einen klugen und erfahrenen General und Politiker bekannten und vornehmen Herrn"), nach Stärke und Disposition der österreichischen Heereskörper. Auch was die Haltung Englands betraf, gab sich der Preußenkönig letztlich optimistischer: selbst wenn London nicht aktiv eingreifen wollte, so mußte es doch die "Herstellung des monarchischen Ansehens in Frankreich" gerne sehen und würde sicher nichts dagegen unternehmen. Besonders in Gesprächen mit führenden französischen Emigranten ließen die Preußen an ihrer Handlungsbereitschaft keinen Zweifel. Niemals aber wollte man, wurde beteuert, die Annahme der

1789-1792. In: ZfG 25 (1977) 787-802 enthält z.T. interessante Einschätzungen, die aber durch gezwungene Versuche, Schlagworte der marxistisch-leninistischen Geschichtsphilosophie einzubauen, etwas getrübt werden (vgl. etwa die Wertung des Interventionskrieges gegen Frankreich als "Versuch, ein Ventil zu schaffen und den Klassenkampf nach außen zu verlagern"). Eine luzide Zusammenfassung der Haltung Preußens gegenüber der Revolution unter Berücksichtigung innen- wie außenpolitischer Kompo-

Anträge der Nationalversammlung durch das in Wahrheit unfreie Königspaar anerkennen: "jede Art von Vorschlägen der Nationalversammlung als eines illegalen corporis müßte von den auswärtigen Mächten als verwerflich angesehen werden, da dieselbe, wenn auch der König pro forma in Freyheit gesetzt würde, doch immer die Gewalt in der Hand zu verderblichen Beyspielen für alle anderen Nationen mit ihrem König unterhandelt."

Der französische Gesandte Demoustier beobachtete sehr aufmerksam die preussisch-österreichischen Verhandlungen. Als großer Revolutions skeptiker brachte er problemlos Verständnis auf, wenn die europäischen Mächte im Angesicht der "Ansteckungsgefahr" und der skandalösen Vorfälle in Frankreich Abwehrstellung bezogen. Einem ausgewiesenen "Prussomanen" wie Demoustier galt der König von Preußen als natürlicher Verbündeter Frankreichs und zugleich auch als Garant dafür, daß es zu keiner Zerstückelung des französischen Territoriums durch die Interventionsmächte kam. Freilich: Die haltlose Preß- und Meinungsfreiheit in Frankreich, die anhaltenden Beleidigungen der gekrönten Häupter machten gerade in einem vergleichsweise liberalen Land wie Preußen viel böses Blut. Denn für geordnete Staaten könne zu weit getriebene Toleranz gegen eine hypertrophe Publizistik nur bedeuten, daß die Regierung entweder ohnmächtig oder Komplize war. Berlin schien dem französischen Diplomaten alles andere als immun gegen das Beispiel der französischen "Brandschreiber"¹⁷³).

Großbritannien

Neben Österreich spielte gewiß Großbritannien, einmal nach langem Zögern zu aktivem Vorgehen entschlossen, als Organisator und "Zahlmeister der Koalition" (P. R. Rohden) die wichtigste Rolle in den Reihen der Revolutionsgegner. Es hat daher auch gerechterweise Seite an Seite mit Habsburg einen besonders prominenten Platz in der "Dämonologie" der Französischen Revolution angewiesen erhalten¹⁷⁴). Noch länger und noch deutlicher als Wien hatte aber gerade die englische Politik versucht, sich aus den von der französischen Staatsumwälzung ausgelösten europäischen Wirren herauszuhalten, und sich ostentativ unbeteiligt gegeben; für M. Duffy etwa bestimmte der Schock der Regierungsniederlage in der Oczakow-Krise von 1791 die rigorose britische Abstinenz wesentlich mit. Erst als 1793 ureigenste Interessen durch die revolutionäre Expansion gefährdet schienen, griff man ein. Für unseren Betrachtungszeitraum kann jedenfalls in der Tat von einem bewußten Neutralismus des Inselkönigreichs in französischen Belangen gesprochen werden, und dies nährte jenen schlimmen Verdacht, der seit Beginn des inneren Verfalls des französischen Rivalen immer wieder geäußert worden war: England betrachtete die Schwächung Frankreichs möglicherweise nicht nur als willkommene Ausschaltung eines alten Konkurrenten, sondern legte vielleicht kräftig Hand an, um das Chaos und die Machtlosigkeit jenseits des Ärmelkanals noch zu vergrößern.

nenten bietet Horst Möller, Primat der Außenpolitik: Preußen und die französische Revolution 1789-1795. In: Deutschland und die Französische Revolution. 17. Deutsch-französisches Historikerkolloquium des Deutschen Historischen Instituts Paris (Bad Homburg 29. September - 2. Oktober 1981), hrsg. von Jürgen Voss (= Beihefte der Francia 12; München 1983) 65-81. Dominique Bourel, Zwischen Abwehr und Neutralität: Preußen und die Französische Revolution 1789 bis 1795/1795 bis 1803/06. In: Otto Büsch/Monika Neugebauer-Wölk (Hrsg.), Preußen und die revolutionäre Herausforderung seit 1789 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 78; Berlin/New York 1991) 43-57. - Zu den nach der "Wiedervereinigung" aus Merseburg ins Geheime Staatsarchiv nach Berlin rücküberführten einschlägigen archivalischen Quellen preussischer Provenienz vgl. Meta Kohnke, Quellen zur Geschichte der Französischen Revolution von 1789 im Zentralen Staatsarchiv, Dienststelle Merseburg. In: Die Französische Revolution von 1789 (= Jahrbuch für Geschichte 39; Berlin 1990) 427-445.

¹⁷²) Reuß an Kaunitz (29. 6. u. 2., 12. u. 16. 7. 1791; StK DK Preußen 69 Konv. Berichte 1791). - Demoustier an Montmorin (2., 9., 12., 30. 7. 1791; AMAE CP Prusse 212).

¹⁷³) Friedrich Wilhelm II. an Leopold II. (31. 7. 1791; StK DK Preußen HK 1 Konv. Kg. v. Preußen an Kaiser; Druck: Vivenot 1, S. 228f) u. Instruktion für Jacobi (28. 7. 1791; StK DK Preußen 70 Konv. Promemorien des kgl. preussischen Gesandten; Druck: Vivenot 1, S. 218-221). Vortrag Kaunitz (7. 8. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 VIII-X) mit Beilage. Reuß an Kaunitz (2., 9. 8. 1791; StK DK Preußen 69 Konv. Berichte 1791). Demoustier an Montmorin (30. 7., 2. 8. 1791; AMAE CP Prusse 212).

¹⁷⁴) Als Überblick über die britische Außenpolitik jener Tage sehr nützlich und faßlich, allerdings sehr kursorisch die entsprechenden Passagen im Bd. 1 von Ward/Gooch, Cambridge History of British Foreign Policy, S. 209ff. Spezieller John T. Stoker, William Pitt et la Révolution française 1789-1793 (Paris 1935). Eine erste "moderne" Einführung in die gegenständliche Problematik insgesamt bietet neben Ehrman 2, S. 42-52, Jeremy Black, Anglo-French Relations in the Age of the French Revolution 1787-1793; ausführlich nun ders., Age of Revolutions, S. 329-376, mit weit ausholender Vorgeschichte. Weiters die Sammelbände von Colin Jones (Hrsg.), Britain and Revolutionary France: Conflict, Subversion and Propaganda (= Exeter Studies in History 5; Exeter 1985) u. H. T. Dickinson (Hrsg.), Britain and the French Revolution 1789-1815 (Basingstoke/London 1989), bes. Michael

Oder stand gar das "Gold Pitts" am Beginn der Revolution? Aller zur Schau getragener Non-Interventionismus half nichts gegen die Gerüchteküche einer aufbrausenden Zeit. Wie die Machthaber "Alteuropas" ungeachtet aller Immunitätsbeteuerungen nicht ohne jede Sorge vor revolutionärer Ansteckung und politischer Destabilisierung lebten, so währte umgekehrt das revolutionäre Frankreich allenthalben subversive Aktivitäten der europäischen Mächte am Werke. Sehr bald schon setzte sich sogar der bis in die Historiographie des 19. Jahrhunderts reichende Irrglaube fest, britisches Geld habe die inneren Unruhen Frankreichs gefördert oder gar provoziert. Pitt, so hieß es nicht selten, sei der wirkliche Urheber jener Finanzkrise, die am Beginn des französischen Zusammenbruchs stand. Selbst die offizielle französische Diplomatie war keineswegs frei von diesem Vorurteil. Neben den durch die ohnedies latente Angliphobie leicht erklärbaren psychologischen Mechanismen ist dabei sicher auch die dubiose Rolle des Herzogs von Orléans zu berücksichtigen, dessen Intrigen wohl tatsächlich großen Anteil an der Kanalisierung und (begrenzten) Steuerung der Pariser Revolution hatten und über dessen allseits bekannte Anglomanie der Bezug zu vermeintlichen Machinationen Englands im Hintergrund hergestellt werden konnte. Wahr ist freilich, daß erst nach dem Eintritt Großbritanniens in den antirevolutionären Krieg 1793 von dort tatsächlich auch ein regelrechter "underground war" gegen Frankreich geführt wurde.

Diese mentalitätsgeschichtlich sehr interessante Tendenz, dem außenpolitischen Gegner oder "Erbfeind" - meist unter Verkennung der realen Möglichkeiten - jede nur denkbare Intrige anzuhängen und ihn gewissermaßen zum Sündenbock für alle Übelstände und Schwierigkeiten zu machen, sämtliche Befürchtungen an diesem Feindbild zu fixieren, ist nicht erst Produkt einer dafür natürlich besonders anfälligen Zeit revolutionärer Stürme gewesen. Schon die englisch-französischen Beziehungen des Ancien Régime kennen - auf beiden Seiten - derlei Phänomene, die eben wie rote Fäden bis in die Revolutionsära durchlaufen. Britischen Ängsten über französische Umtriebe in Indien, besonders in dem damals aktuellen Krisenherd Maisur, oder in der näher gelegenen Achillesferse Irland stand die französische Besorgnis gegenüber, England könnte Frankreichs Schwäche ausnützen und dessen Kolonien rauben. Um aber nicht ein vordergründig einleuchtendes und bequemes Bild von "logischen Phobien" zu entwerfen, ist auch einer gegenläufigen Tendenz zu gedenken - der großen Englandfreundlichkeit der Gironde-Partei um Brissot ab 1791/92, die natürlich hauptsächlich ihrer realpolitischen Zielsetzung, Österreich zu isolieren, entsprang, weniger der reichlich gezwungenen Konstruierung von Parallelen zwischen dem englischen und dem französischen politischen System. Anders als die ebenso erfolglosen Anbiederungen an Preußen fügte sich die Annäherung an Großbritannien schwerlich in das wiederentdeckte System der "natürlichen Allianzen". Davon soll später noch die Rede sein.

Auch Österreich beobachtete natürlich die nach der Hollandkrise des Jahres 1787 wieder in alter Heftigkeit aufbrodelnde Feindschaft zwischen Versailles und London sehr aufmerksam. Frankreich trieb mit der im Juni 1788 in Toulon gelandeten Gesandtschaft des größten Gegenspielers der Engländer in Indien, Tippoo Sahib von Maisur, im Sommer und Herbst des Jahres großen Aufwand - ein entbehrlicher Wink mit dem Zaunpfahl! -, witterte dafür aber selbst permanent und allenthalben englische Subversion. Mit fortschreitend kritischer Lage im Inneren Frankreichs hieß es mehr und mehr, daß neben dem klassischen Druckmittel der Flottenrüstung zur Einschüchterung Frankreichs London nun auch dazu übergehe, die internen Turbulenzen des Nachbarn und Nebenbuhlers anzuheizen. Als im Sommer 1788 etwa in der Bretagne Unruheherde aufloderten, berichtete auch der k.k. Botschafter aus Paris von angeblichen englischen Waffenlieferungen und finanzieller Hilfe, über "heimliche engländische Einblasungen". Düstere Absichten Englands auf die französischen Kolonien, insbesondere auf die "Zuckerinseln" in den Antillen, wurden immer wieder kolportiert, und die Chancen für eine erfolgreiche Realisierung dieses Planes standen besser denn je, so Mercy im Sommer 1788. Anfang Januar 1790 war der französische Außenminister Montmorin nicht nur überzeugt, daß London für die belgische Revolution verantwortlich sei, an der Themse lag für ihn auch die "Haupttriebfeder" der Französischen Revolution. Wien bestärkte Frankreich lange Zeit in der Überzeugung, daß London den Verlust der nordamerikanischen Kolonien nicht verschmerzen konnte, und wenn es vielleicht auch die innere Verlegenheit in Frankreich nicht direkt förderte, so sehe es sie dennoch gerne und betrachte französisches Leid grundsätzlich als eine "Art von billiger Wiedervergeltung". Die Raubabsichten Londons gegen das ohnedies geschrumpfte französische Kolonialreich und die Annahme kaum verhohlener Freude der Briten am völligen machtpolitischen Verfall Frankreichs waren und blieben Standardversatzstücke in den Argumentationsmustern vieler europäischer Mächte der Zeit, besonders auch in der Wiener Staatskanzlei, wo man selbst aus den schwarzen Jahren

1789/90 noch die übelsten Erinnerungen an das "tyrannische Albion" mit sich schleppte¹⁷⁵).

Die dunkle Antwort des englischen Königs auf das Einladungsschreiben Leopolds II. aus Padua bestätigte alte Vorurteile und war letztlich mehr oder weniger - jedenfalls in der Sicht Wiens - eine Absage an jede Einmischung in die französischen Interna, eine Linie, die Georg III., wie er betonte, schon seit Beginn der Revolution konsequent verfolgte (Juli 1791). Doch habe er gleichzeitig nie aufgehört, am Schicksal der Königsfamilie innigen Anteil zu nehmen. Die englische Linie werde daher von der internationalen Lage abhängen und ... "de ce que les intérêts de mes sujets relativement aux affaires de la France pour ront exiger". Nach Abschluß der Friedensverhandlungen des Kaisers mit den Türken und einer Klärung des russisch-türkischen Konflikts wäre man aber sehr gerne bereit, "le concert le plus parfait sur les affaires générales de l'Europe" zu bilden. Reichlich ernüchternd, war doch der König in England immerhin noch jene Kraft, deren negativ-ablehnende Haltung gegenüber der Revolution völlig außer Zweifel stand. Die gleichzeitige massive Obstruktion Hannovers gegen eine entschiedenere Gangart des Reiches in Regensburg tat ein übriges, Österreich zu verärgern.

Graf Stadion, der k.k. Gesandte in London, hatte schon nach den ersten erschreckenden Nachrichten im Gefolge des gescheiterten Fluchtversuchs von Varennes, ohne Instruktionen aus Wien abzuwarten, bei Außenminister Grenville interveniert, aber auf seine Anfragen nur ausweichende Antworten erhalten; dies blieb auch weiterhin die Linie des Londoner Kabinetts, selbst wenn man dem französischen Geschäftsträger Barthélemy gegenüber als "Privatmeinung" des Ministeriums hervorhob, daß man die Beibehaltung der Monarchie in Frankreich wünsche und keine andere Regierungsform als tragbar ansehe. Wien gab sich betroffen, daß London so geringes Interesse an der Eindämmung der französischen Anarchie bekundete und dem Kaiser immer noch diffuse geheime Absichten unterstellte. Sowohl das Anschreiben Leopolds II. als auch das darauffolgende Zirkular der Staatskanzlei wurden unter "Aufschubsvorwänden" abgetan. Seit August 1791 stellte das Foreign Office auch den eigenen Diplomaten gegenüber immer wieder heraus, daß man in London zur "most scrupulous neutrality in the French business" entschlossen war.

Kein Wunder also, daß Stadion eine traurige Bilanz ziehen mußte: "Nach allen Notionen, die ich hier haben kann, ist Herr Pitt mit den gegenwärtigen Verwirrungen in Frankreich als einem Umstande, der dem gegenwärtigen engländischen System ein grosses Gewicht mehr verschaffet und welcher in Zukunft diesem Hofe mehrere Vortheile versprechen kann, sehr zufrieden", ja er trage - so das alte Stereotyp - wohl gar unter den Hand zur Fortdauer der Anarchie bei. Das englische Volk sei zwar von allen wahrscheinlich "den französischen Irrthümern" am abgeneigtesten und zeige Widerstreben gegen jeden Reformationsgeist, der Volksstimmne wären aber nach dem Einbekenntnis des Oppositionsführers James Fox alle Schritte der Regierung für oder gegen die Revolution in Frankreich gleichermaßen zuwider; Stadion machte dafür nicht nur den aus Frankreichs Verfall für England erwachsenden Vorteil verantwortlich, sondern nannte auch den alten Nationalhaß als ernstzunehmendes Motiv für ein im Grunde dem wahren Staatsinteresse widerstrebendes Klima der Abstinenz. So blieb angesichts der ärgerlichen britischen Haltung auch Graf Stadion ohne weitere Weisungen aus Wien. Die englische Zurückhaltung traf natürlich nicht nur die österreichischen Konzertbemühungen schwer, sondern a fortiori auch die Zudringlichkeiten der Emigranten und Edmund Burkes, der für sie kräftigst die Werbetrommel rührte¹⁷⁶).

(1993) 360-382, Wagner, England, S. 11-34. Die entsprechenden Passagen bei Rössler, Stadion I, S. 148-165, sind leider ganz unerheblich. Eine Seitenproblematik behandelt Jeremy Black, La presse britannique et la Révolution française. In: Pierre Rétat (Hrsg.), La Révolution du journal 1788-1794 (Paris 1989) 309-319. Als Quellenwerk von mäßigem Interesse ist zu nennen Oscar Browning (Hrsg.), The Despatches of Earl Gower, English Ambassador at Paris From June 1790 to August 1792 (Cambridge 1885). Die spätere Rolle Englands als Subsidienegeber beleuchtet Karl F. Helleiner, The Imperial Loans. A Study in Financial and Diplomatic History (Oxford 1965).

¹⁷⁵ Mercy an Kaunitz (25. 6. 1788 - O; SA Frkr. Berichte 176 Konv. Mercy-Kaunitz 1788 V-VII), dto. (19. 7. 1788/II - O*, 17. 8. 1789 - O*, 18. 11. 1789 - O*, 4. 1. 1790 - O*).

¹⁷⁶ Georg III. an Leopold II. (23. 7. 1791; SA England HK 5 Konv. Georg III.-Leopold II.; Druck: Vivenot I, S. 227). - Stadion an Kaunitz (1., 12. 7., 12. 8. u. 30. 9. 1791; SA England Berichte 131 Konv. Berichte 1791 VII-XII), Cobenzl an Stadion (Prag, 5. 9. 1791; SA England Weisungen 130 Konv. Weisungen 1791). Stadion an Mercy (11. 10. u. 13. 12. 1791; SA Frkr. Varia 49 Konv. Stadion-Mercy 1791/93). Marie-Christine an Leopold II. (17. 8. 1791; Druck: Schlitter, Marie-Christine, S. 153-155). - Barthélemy an Monmorin (9., 15., 26. 8. 1791; AMAE CP Angleterre 578). Die Engländer versicherten mehrfach, daß sie an den internen Schwierigkeiten Frankreichs keinerlei Anteil hatten, während der Vertretungsbehörde in Wien verboten wurde, dem Kaiser Hoffnung auf britische Unterstützung zu machen. Das erhöhte österreichische Interesse an der Lage in Frankreich wurde v.a. als wirksames Mittel zur Erpressung Österreichs bei den Friedensverhandlungen in Sistow begrüßt, was auch im Schreiben Georgs III. vorsichtig anklang: Grenville an Auckland (23. 8. 1791), an Keith (19. 9. 1791); Ward/Gooch I, S. 209f. Vgl. auch Black, British Policy, S. 216-218.

Schweden

Besonders aktiv zeigte sich ganz im Gegensatz zu England Gustav III. von Schweden. Schwedens kreuz-zughaftes Engagement mußte aber marginal, die Willenskundgebungen und (nicht weit gediehenen) Aktionen der Höfe von Stockholm und auch Petersburg im Angesicht der Französischen Revolution letztlich steril bleiben¹⁷⁷). Beide waren von den revolutionären Stürmen in Frankreich - alleine schon auf Grund der räumlichen Distanz - nicht betroffen, und dennoch (vielleicht gerade deswegen) bekannten sie sich, anders als die meisten übrigen europäischen Mächte, am stärksten zu rückhaltloser Revolutionsfeindlichkeit und deutlicher Unterstützung der Emigranten. Dies führte die beiden Intimfeinde Rußland und Schweden schließlich auch in einer Defensivallianz zusammen.

So sehr Schwedens Kräfte durch den Krieg mit dem überlegenen Rußland mitgenommen worden waren, so wenig ließ sich Gustav III. davon abbringen, nun nach Bereinigung des Konflikts mit der Zarin groß-angelegten Plänen zur Wiederherstellung des Ancien Régime in Frankreich nachzuhängen, wozu ihn wohl persönliche Gefühle für die Bourbonen (sie hatten immerhin seinen Staatsstreich von 1772 unterstützt und Gustavs Politik durch für Schweden ertragreiche Subsidienvträge gestärkt), Prestigedenken und die Hoffnung auf finanzielle Unterstützung durch andere Mächte bestimmten.

Gustav III. hatte seine anfängliche Aufklärungsbegeisterung bald abgelegt und zeigte sich zunehmend dem Gedanken des Gottesgnadentums und der Idee der Solidarität der Kronen verhaftet. Rebellion mußte folgerichtig Sakrilegcharakter haben, und nicht umsonst nannte der "aufgeklärte Despot" und Zerstörer der libertären Verfassung Schwedens die Pariser Revolutionäre die "orang-outangs de l'Europe". Freilich gab es auch in Schweden, dem an den wissenschaftlichen Fortschritten der Aufklärungsära nicht unbeteiligten "Frankreich des Nordens", einen gewissen Nährboden für den revolutionären Samen, weniger bei Bürgern und Bauern, deren Status Gustav erst mit der Vereinigungs- und Sicherheitsakte von 1789 angehoben hatte, als bei den königsfeindlichen Adeligen, die in den französischen Staatsumwälzungen vor allem sahen, was sie sehen wollten und sich für ihr Land wünschten: eine rigorose Beschränkung der absolutistischen Gewalt des Monarchen. Das ließ sie selbst den adelsfeindlichen Grundzug der Revolution in Frankreich übersehen.

Gustavs Haltung gegenüber dem "französischen Unfug" war von Anfang an klar. Schon 1789 bot der Monarch, der selbst im Inneren mit eiserner Faust das Adelsregiment vernichtete und sich den Rahmen für wahrhaft absolutistische Herrschaft zimmerte, den Emigranten der ersten Stunde, dem Comte d'Artois und dem Prinzen Condé, Asyl an. 1790 kursierten in Paris Gerüchte von schwedischen Interventions- und Invasionsplänen, mißtrauisch beobachtete man die Annäherung zwischen Stockholm und Petersburg, für die seit September 1790 eine schwedische Mission am Zarenhof arbeitete.

Die Wiener Staatskanzlei hielt die neu entdeckte Zuneigung Schwedens für den Erzrivalen Rußland für reichlich aufgesetzt und witterte dahinter berechnende Bemühungen um eine günstige Grenzkorrektur und eine Steigerung des Bündniswertes Schwedens im problematischen Beziehungsdreieck Petersburg-London-Berlin. Wiens Rolle im Norden war seit der Jahreswende 1790/91 nicht unkompliziert, da man eine ausgleichende Haltung nach allen Seiten mit der russischen Allianz vereinbaren mußte. Der k.k. Gesandte in Schweden hatte schon im Januar 1791 zur Richtschnur erhalten, "daß unser Allerhöchster Hof seinen Umständen angemessen findet, mit allen bedeutenden europäischen Höfen (selbst mit Preussen, wenn solches nach gleicher Gesinnung handelt) in Ruhe und Freundschaft zu leben, dabey aber den fernern Bestand der rußischen Allianz vorzüglich wünscht. Gleichwie nun die Vereinigung beyder Absich-

¹⁷⁷) Als Standardwerk gilt A. Geffroy, *Gustave III et la cour de France* 2 Bde. (Paris 21867), hier Bd. 1. G. A. Cruwell, *Die Beziehungen König Gustafs III. von Schweden zur Königin Marie-Antoinette von Frankreich* (Berlin 1897) faßt die ältere Literatur kurz zusammen, marginal André Lefèvre, *Gustave III de Suède, chevalier servant de la cour de France*. In: RHD 71 (1957) 49-56. René Bittard des Portes, *Les derniers jours d'une mission diplomatique en Suède (août 1790 - avril 1792)*. In: RHD 9 (1895) 244-264. L. Léouzon le Duc (Hrsg.), *Correspondance diplomatique du Baron de Staël-Holstein, ambassadeur de Suède en France, et de son successeur comme chargé d'affaires le baron Brinkman. Documents inédits sur la Révolution 1783-1799* (Paris 1881) liefert weit mehr Aufschluß über die französische Innenpolitik jener Tage, zu der der Botschafter auf Grund seiner familiären Bande und die daraus sich ergebende soziale Integration in die Pariser Gesellschaft besonderen Zugang hatte, als über die schwedische Haltung gegenüber der Revolution. Nordmann, *Gustave*, S. 225-241, Barton, *Scandinavia*, S. 191-199. - Zu den beileibe nicht vollständig ausgeschöpften schwedischen Quellen siehe auch Sören Tomnos, *The Diplomatica Collection in the Swedish National Archives* (= Skrifter utgivna av Svenska Riksarkivet 5; Stockholm 1980).

ten in diesem Augenblick viele Behutsamkeit erfordert, so ist alle Sprachführung über Gegenstände, die einen dießfälligen Contrast verursachen könnten, mit besonderer Zurückhaltung und Klugheit abzumessen." Die Zuschauerrolle war daher die einzig adäquate¹⁷⁸⁾.

Beinahe ohne Unterlaß hatte indes der nach der Abreise des letzten französischen Botschafters, Marquis de Pons, als Geschäftsträger zurückgebliebene Chevalier de Gausson mit dem Unwillen des schwedischen Monarchen zu kämpfen. Die revolutionsfreundlichen radikalen Zeitungen wurden zu Anfang 1790 verboten, im Dezember 1791 die Einfuhr französischen Schrifttums untersagt, die politische Zensur verschärft, den Klerus zu antifranzösischen Kanzelreden angehalten.

Unterdessen trat der schwedische König mit dem "Auslandsagenten" Ludwigs XVI., Baron de Breteuil, in Verbindung (Mai 1791), besprach Interventionspläne mit Karl IV. von Spanien. Spanische Subsidien vorausgesetzt, wollte er mit 16.000 Mann in Frankreich eindringen und gegen Paris marschieren, unterbreitete diesen Plan schließlich den Emigranten. Mit durchaus berechtigter Besorgnis hatte Frankreichs Vertreter in Stockholm daher im Mai 1791 des Abenteurerkönigs Abreise nach Deutschland gemeldet, hinter der man zutreffenderweise Kontakte mit französischen Emigrantenkreisen vermutete (Gespräche in Aachen, Juli 1791), die aber auch mit den Gustav seit längerem bekannten Fluchtplänen der königlichen Familie in Verbindung stand. Paris wußte die Rolle Schwedens in diesem Konnex richtig einzuschätzen. Zugleich ließ Gustav III. den als neuen französischen Gesandten in Schweden vorgesehenen Marquis de Vibraye zur *persona non grata* erklären, zeigte sich der französischen Emigration gegenüber dafür aber um so gastfreundlicher. Im Juli 1791 traf etwa Comte de Saint-Priest, kürzlich noch umstrittener Innenminister Ludwigs XVI., in Stockholm ein, im September 1791 wurde Baron d'Escars als Botschafter der Emigranten in der schwedischen Hauptstadt "akkreditiert" und schließlich auch der durch seine prominente Rolle im Rahmen der Flucht von Varennes hinreichend bekannte Generalleutnant Bouillé mit seinem Sohn in schwedische Dienste und für abenteuerliche Landungspläne Gustavs in Frankreich als Kommandeur in Aussicht genommen. Noch von Aachen aus verurteilte Gustav III. die Entwicklungen in Frankreich auf das entschiedenste. Sein Botschafter in Paris, Staël-Holstein, der übrigens im Verdacht stand, die "principes démocratiques" seiner Gattin, "Madame de Staël", der Tochter Jacques Neckers, zu teilen, und entsprechend übel angeschrieben war, kommunizierte nach dem Scheitern der Flucht von Varennes nicht mehr mit dem französischen Ministerium und war lange Zeit auf dem Sprung, abgerufen zu werden (Graf Fersen entsprach eher dem Geschmack des Königs, führte auch seit 1790 eine offiziöse Korrespondenz mit Gustav); das Comité Diplomatique wieder versuchte der Feindseligkeit Gustavs mit Repressalien wie der Erhöhung der Zölle auf schwedische Produkte zu begegnen.

Von seinem "Kuraufenthalt" in Aachen aus mischte sich Gustav III. ungebeten - denn er hatte wie auch die übrigen Mächte zweiten Ranges keine Einladung zum Konzert erhalten - sogar in die große Mächtepolitik. Graf Fersen, der enge Vertraute Marie-Antoinettes, wurde mit einem Schreiben des schwedischen Königs nach Wien gesandt, wo er von Anfang August 1791 bis September 1791, den Kaiser bis zur böhmischen Königskrönung in Prag verfolgend, Gespräche über ein Eingreifen der europäischen Mächte in Frankreich und den möglichen Anteil seines ritterlichen Königs führte. Gustav III. drängte und beschwor den Kaiser in seinem Brief:

"Vous êtes frère, vous êtes souverain et dans toutes ces qualités vous ne pouvez que ressentir vivement ce qui se passe en France, et Votre Majesté comme le premier prince de la Chrétienté est aussi le seul qui puisse donner aux autres l'exemple d'une confédération si nécessaire non seulement pour sauver un Roi et une Reine malheureux et si peu dignes de l'être, mais aussi pour étouffer une secte qui, en détruisant tout ordre, prêche l'irreligion et la désobéissance."¹⁷⁹⁾

Ende Juli verließ Gustav III. endlich Deutschland, forcierte aber von Schweden aus weiterhin die militärischen Vorbereitungen für ein Einschreiten in Frankreich. Doch fehlte das Wichtigste ... Geld. Graf Fersen drang im September 1791 in Prag beim Kaiser im Auftrag seines Königs immer noch vehement

¹⁷⁸⁾ Kaunitz an Ludolf (10. 1., 22. 5. 1791); SA Schweden 71 Konv. Weisungen 1791.

¹⁷⁹⁾ Gustav III. an Leopold II. (Aachen, 23. 7. 1791), die nichtssagende Antwort des Kaisers ([19. (17.) 8. 1791]; Druck: Feuillet 3, S. 441f); SA Schweden 71 Konv. 1791/2. Mercy an Leopold II. (30. 6./1. 7. 1791); Blumendorf an Mercy (26. 7., 13. 9. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy 1790/91). - Noailles an Montmorin (6. 8. 1791; AMAE CP Autriche 362). Zum schwed. Angebot an Breteuil auch Bombelles, Journal 3, S. 241-243.

auf energischere Maßnahmen zur Rettung der königlichen Familie. Fersen verwies darauf, daß der von den Tuileries gewünschte Mächtekongreß ohne militärisches Muskelspiel seinen Zweck schwerlich erfüllen könne. Das französische Volk sei dumm und leichtgläubig, würde in Panik verfallen und Paris bedroht glauben, sobald Truppen an den Grenzen auftauchten - "la peur, la désunion et peut-être le soulèvement de quelques provinces frontalières feront le reste", zumal angesichts der kritischen inneren Lage und einer ohnedies weitverbreiteten Unzufriedenheit.

Ein abenteuerlicher Plan Gustavs III. sah - in Verbindung mit koordinierten Ablenkungsaktionen anderer Mächte - die Anlandung eines etwa 16.000 Mann starken schwedischen Invasionskorps in der Normandie vor. Der Kaiser sollte dafür, so eröffnete Fersen gleichfalls im September 1791 den verduztten Österreichern, den Hafen von Ostende als Zwischenstation für die schwedischen Truppentransporte zur Verfügung stellen. Mit durchsichtigen Ausflüchten zogen sich die österreichischen Verantwortlichen aus der Affäre: die Jahreszeit sei für den Beginn von Operationen ungünstig, diese bedürften noch längerer Vorbereitungen, und den gemeinsamen Schritten des Konzerts könne man durch Einzelmaßnahmen ohnehin nicht vorgreifen.

Auch ohne den in Wien zurückgebliebenen Fürsten Kaunitz als ewigen Mäher zur Vorsicht dachten die in Prag anwesenden Spitzen der Staatskanzlei jetzt, da man schon zum Rückzug aus dem Frankreichabenteuer blies (vgl. allgemein zur Rücknahme des Interventionskurses unten), keineswegs daran, eine schwedische Flotte mit eindeutig feindlichen Absichten in einem belgischen Seehafen aufzunehmen, London und Den Haag dadurch zu verärgern und schließlich durch Unterstützung für "den nur allzu bekannten romantischen Rittergeist des Königs" unzweideutig zu signalisieren, daß der Kaiser auch selbst zu einseitigen Hostilitäten gegen Frankreich bereit war. Denn es mußte völlig einerlei sein, ob man mit eigenen Truppen agierte oder fremde vorschob. Gerade vor dem Hintergrund einer noch reichlich unklaren internationalen Situation und der im September 1791 bevorstehenden Lösung der Verfassungskrise in Paris, durch die jeder Interventionsanlaß wegfiel, war es undenkbar, sich von den Schweden kompromittieren und derart tief in die Sache verstricken zu lassen, daß es kein Entkommen mehr gab.

In seinen Vieraugengesprächen mit dem Kaiser hatte der von diesem sehr geschätzte Fersen immerhin entdeckt, was andere Diplomaten längst wußten: daß Leopold II. sich mitunter gerne in einer selbständigen Politik erging, sich gerade in der Frankreichfrage wohl nicht eben leichten Herzens zur unterkühlten Linie seiner Staatskanzlei bekannte, aber gegen die Schwerfälligkeit der Behörde und gegen den Widerstand Vizekanzler Cobenzls, Staatsreferendar Spielmanns und besonders gegen den bremsenden Kurs des alten Staatskanzlers letztlich nichts ausrichtete. Anfang Oktober 1791 kehrte Graf Fersen, der nicht nur als Agent des schwedischen Königs, sondern auch als kundiger Informant über Interna der Tuileries aufgetreten war, wieder nach Brüssel zurück¹⁸⁰).

Rußland

Analysiert man die Weisungen, die begleitend und ergänzend zum kaiserlichen Rundschreiben von Anfang Juli 1791 und zum Zirkular der Staatskanzlei an die k.k. Botschaft in Petersburg ergingen, so gewinnt man den Eindruck, daß der "französische Unfug" und dessen notwendige Bekämpfung in dem mitt-

¹⁸⁰) Instruktion Gustavs III. für Fersen (21. 7. 1791; Druck: Klinckowström 1, S. 148-150). Fersen an Leopold II. (Prag, 12. 9. 1791) u. an Cobenzl (Prag, 13. 9. 1791), jeweils mit einem "Mémoire", und Note Fersens mit dem Entwurf einer Konvention (Prag, 21. 9. 1791): SA Schweden 71 Konv. 1791/2. Das Mémoire und der Konventionsentwurf mit der Begleitnote sind gedr. bei Feuillet 4, S. 117-124 u. 125-128. Der Vortrag Cobenzls beim Kaiser in dieser Sache (Prag, 23. 9. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 VIII-X). Die Antwort Cobenzls auf das Anbringen Fersens (Prag, 25. 9. 1791; SA Schweden 71 Konv. 1790/3 und Konv. Weisungen 1791; Druck: Feuillet 4, S. 128-130). Cobenzl stellte die Propositionen des schwedischen Königs mit den Gespinnten der Emigranten in eine Reihe: Ph. Cobenzl an Kaunitz (Prag, 23. 9. 1791; StK FriedA 75 Konv. B/A). Leopold II. an Marie-Christine (6. 8. 1791, o.D., September 1791; Druck: Wolf, S. 260-263), Marie-Christine an Leopold II. (24. 7., 15. 8. 1791; Druck: Schlitter, Marie-Christine, S. 138, 151f). - Fersen an Gustav III. (21., 22. und 26./27. 9. 1791; Druck: Feuillet 4, S. 103-117). Vgl. auch die ausführlichen Aufzeichnungen Fersens zu seiner Mission am Kaiserhof bei Klinckowström 1, S. 8-31. Die Unzufriedenheit Fersens mit der österr. Politik und der Doppelbödigkeit Leopolds II. im besonderen war entsprechend groß: Fersen an Marie-Antoinette (10./12./13. 10. 1791; Druck: Klinckowström 1, S. 193-196).

lerweile recht problematisch gewordenen Verhältnis zum russischen Verbündeten primär als willkommenen Kitt für die brüchige Allianz dienen sollten¹⁸¹).

In den Instruktionen an Botschafter Cobenzl geben die "ärgerlichen" Vorgänge in Frankreich bestenfalls die Kulisse ab, vor der die Beziehungen der beiden Kaisermächte zu ihren großen Gegenspielern der Jahre davor, zu England und Preußen, weiter die eigentliche Hauptrolle spielten. Sehr bemüht bestrebte sich Wien, die Annäherung an Berlin nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Konzertbemühungen gegen die aus den Fugen geratende Französische Revolution darzustellen. Wichtiger noch und jedenfalls für die kritischen Augen Petersburgs betonenswert erschien die Abkühlung im Verhältnis zwischen Berlin und London. Diese Chance zur Revanche für die beiden Kaisermächte mußte, so wünschte sich die Staatskanzlei, durch eine Fortsetzung der Freundschaft zwischen Kaiser und Zarin bei gleichzeitiger Vertiefung des Grabens zwischen England und Preußen genützt werden. So konnten sich Wien und Petersburg wieder die nötige Präponderanz in den "affaires générales de l'Europe" erstreiten; die Sanierung der politischen Lage in Frankreich - auf der Basis eines Minimalprogramms und natürlich ohne Wiederherstellung der alten französischen Machtstellung - entsprach schon dem Bedürfnis, England und seinen "vues despotiques" nicht jeden bremsenden Rivalen zu nehmen, aber auch der notwendigen Abwehr der Ansteckungsgefahr für die italienischen und belgischen Besitzungen Habsburgs, wovon anderen Mächten gegenüber nie die Rede war.

Das endgültige Ausscheiden Österreichs aus dem Türkenkrieg - also die Aufgabe der Verzögerungstaktik bei den Verhandlungen mit der Pforte und der möglichst rasche Abschluß in Sistow - und die für Rußland unangenehmen Allianzanbahnungen mit den Preußen erhielten vor dem Hintergrund der Interventionspläne gegen Frankreich eine höhere Rechtfertigung und ordneten sich ein in das Bemühen um eine Beruhigung, ja Harmonisierung des bisher so problematischen Verhältnisses der Kaiserhöfe zu den übrigen europäischen Mächten; ein "état au moins passager de confiance et de bonne harmonie générale" war Voraussetzung für die Mitwirkung oder wenigstens die passive Konnivenz der übrigen Mächte.

Erste russische Erklärungen zu den Vorfällen in Frankreich waren voll der Entrüstung über den Anschlag gegen den Allerchristlichsten König. Solange Österreich einen vergleichsweise energischen Kurs steuerte, solange ließ sich mit Rußland wenigstens in der Frankreichfrage im Gleichklang agieren. In einem Schreiben an den Kaiser gab sich die Zarin noch im August 1791 empört über die Beleidigung, die letztlich allen Souveränen in der Person Ludwigs XVI. widerfahren war. Dem von Leopold angeregten, allerdings noch um die bisher ausgesparten Höfe von Kopenhagen, Stockholm und Lissabon zu erweiternden Konzert gegen eine "nation égarée", gegen die Ausbreitung von Anarchie und Schwindelgeist und der Überreichung von drohenden Erklärungen der Mächte "pour concourir à effectuer la liberté du Roi très-Chrétien, celle de la Reine, son épouse, et de la famille royale et afin de réprimer les excès dangereux de la licence et de l'anarchie qui se sont élevées sur les débris du trône de ce monarque malheureux, mais vertueux et parfaitement estimable par sa bonté et sa bienfaisance" stimmte sie daher mit Feuer und Flamme bei, ja sogar dem Vorschlag einer Kappung aller Beziehungen zu Frankreich vermochte sie ganz anders als etwa Preußen etwas abzugewinnen. Nicht nur aus den europäischen Häfen, von allen Meeren sollte die neue französische Flagge verschwinden.

¹⁸¹) Zur russischen Haltung gegenüber der Französischen Revolution vgl. allgemein: Anatole G. Mazour, The Russian Ambassador in France 1789-1792. In: The Russian Review 1 (1942) 86-93, V. Sirotkin, Absolutistische Restauration oder Kompromiß mit der Revolution. Ein wenig bekanntes Memorandum Katharinas II. In: Heiner Timmermann (Hrsg.), Die Französische Revolution und Europa 1789-1799 (Saarbrücken 1989) 309-342 [mit kaum rezipierter russ. Literatur], Scharf, S. 429-449. James W. Marcum, Catherine II and the French Revolution: A Reappraisal. In: Canadian Slavonic Papers 16 (1974) 187-201 versuchte - nicht sehr glaubhaft - die verbreitete Ansicht zu relativieren, die Zarin habe sich nie mit dem Gedanken einer Teilnahme an der bewaffneten Intervention in Frankreich getragen und ihre von Haßtiraden gegen die französischen Revolutionäre begleiteten Aufrufe zur Wiederherstellung des Ancien Régime eben nur zur Maskierung ihrer polnischen Gelüste benützt - eine Auffassung, die schon auf die Jahre 1791/93 zurückgeht und auch von zeitgenössischen Diplomaten geteilt wurde. B. Dembinski, La Russie et la Révolution française 1789-1792 (Extrait du Bulletin de l'Académie des Sciences de Cracovie, Mars 1896; Krakau 1896) ist die frz. Zusammenfassung des gleichnamigen Buches von Dembinski. Andrei A. Lobanov-Rostovsky, Russia and Europe 1789-1825 (Durham N.C. 1947) widmet der russischen Frankreichpolitik für die uns interessierende Zeit keine Aufmerksamkeit. Charles de Larivière, Catherine II et la Révolution française (Paris 1895) war mir leider nicht zugänglich. Eine wichtige Quelle gerade auch zu Katharinas Einstellung gegenüber der Revolution in Frankreich ist ihr Briefwechsel mit dem sachsen-gothaischen Vertreter in Paris, dem Literaten Friedrich Melchior Baron von Grimm (1723-1807), der schon 1878/1881/1885 von I. K. Grot ediert wurde. Siehe jetzt zu dieser Quelle Serguei Karp, La correspondance entre Grimm et Catherine II: Les manuscrits, les publications et les nouvelles perspectives de la recherche (unveröffentlichtes Manuskript für die Internationale Tagung des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Zerst, 27. - 31. August 1996: Katharina II., Rußland und Europa).

In der Staatskanzlei aber scheint indes schon Ende Juli 1791 die Skepsis gegenüber dem eingeschlagenen Interventionskurs definitiv die Oberhand gewonnen zu haben. Ein gewaltsames Durchgreifen kam überhaupt nicht mehr in Frage; es ging lediglich um die friedliche Durchführung einer stabilisierenden "Konterreform",

"welches nur durch die vereinbarte Wirkung zweier Mittel gehofft werden kann, wenn nämlich auf der einen Seite der Assemblée Nationale durch die nachdrückliche Sprachführung aller großen Mächte, durch wirkliche drohende Rüstungen und Demonstrationen und durch die Hemmung aller Communication hinlänglich imponirt wird, andererseits aber ihre gütliche Herabstimmung durch eine solche Mäßigung der Forderungen einer Contre-Reforme zu erleichtern [gesucht wird], wovon sich die Herbeziehung des vernünftigsten Theiles der Nation mit Wahrscheinlichkeit hoffen ließe."

Die Ausstattung Frankreichs mit einem soliden Festungsgürtel, der Enthusiasmus der Bevölkerung, der unsichere Stand der österreichischen Herrschaft in Belgien, wo das Mißvergnügen weiterschwelte und von französischen Aufwieglern am Glimmen erhalten wurde, die divergierenden Interessen der Mächte machten, so die Wiener Argumentation, alle darüberhinausgehenden Bemühungen noch im Ansatz zu einem wenn nicht aussichtslosen, so doch jedenfalls bedenklichen Unterfangen¹⁸²).

¹⁸²) Kaunitz an L. Cobenzl (8. u. 23. 7. 1791; Druck: Vivenot 1, S. 187-193, 202-206), dto. (13. 8. 1791): SA Rußland II Weisungen 176 Konv. Weisungen 1791. Die Angst, England und Preußen arbeiteten immer noch primär an einer Sprengung der österreichisch-russischen Allianz, war selbst jetzt kurz vor Abschluß des österreichisch-preußischen Präliminarvertrags Ende Juli 1791 ungewöhnlich groß. Leopold II. an Katharina II. (13. 8. 1791; Druck: Beer, Leopold, S. 151f). - Katharina II. an Leopold II. (11. 8. 1791; Druck: Vivenot 1, S. 550f, Beer, Leopold, S. 149f). Die wichtigsten russischen Schriftsätze erhielt Mercy mit der Depesche Vizekanzler Cobenzls vom 29. 9. 1791 aus Prag zugestellt (SA Frkr. Weisungen 182 Konv. Cobenzl-Mercy 1790/91; Druck: Vivenot 1, S. 558f), darunter den Brief der Zarin vom 11. 8. 1791, eine Weisung Ostermanns an Galiczyn (15. 8. 1791), diverse Entwürfe des russischen Ministeriums. - Das verdächtig große Interesse der Zarin an den Vorgängen in Frankreich und ihr Drängen zu einer Intervention des österreichischen Verbündeten waren seit Februar 1791 nach den Berichten Botschafter Cobenzls bestens bekannt: Krieg gegen die Französische Revolution 1, S. 27ff.

3.7 Französische Abwehrmaßnahmen

Daß der Fluchtversuch der königlichen Familie, ihre Wiedereinbringung nach Paris und die Suspendierung der königlichen Gewalt der bisher von den Mächten meist noch recht lässig betrachteten "französischen Staatsumwälzung" und damit auch dem ausländischen Interesse eine neue Qualität verliehen, war auch jenen klar, die jetzt in Frankreich das Ruder übernahmen. Gegen die sehr stark gewordene antikönigliche Stimmung suchten schon seit Frühjahr 1791 ehemals zur Linken der Constituante zählende Abgeordnete wie Antoine-Pierre-Joseph-Marie Barnave (1761-1793), Adrien Duport und Alexandre Lameth (1760-1829) - in der Revolutionshistoriographie als "Triumvirat" bekanntgeworden - den Ausgleich zwischen Revolution und Krone ... im Sinne der vor der Fertigstellung stehenden Konstitution. Mitte Juli 1791 spaltete sich eben über dieser diffizilen Frage der Jakobinerklub; die gemäßigteren Geister aus Parteigängern der Triumvirn und Anhängern Lafayettes gründeten eine neue Gruppierung, den "club des Feuillants", der den Jakobinern für einige Zeit völlig den Rang ablief und als eine Art "Ordnungspartei" für die Sicherung der "gemäßigten Revolution" und eine Stärkung der Exekutive arbeiten wollte. Dem "Triumvirat" und seinen nach Varennes aufgebauten geheimen Kontakten zu den Tuilerien, besonders zur Königin, erging es freilich nicht besser als Mirabeau und dem "Conseil secret": die königliche Familie verfolgte - wengleich ohne Programm - eigene Ziele und Projekte und benützte die Kontakte zu den einstigen Hauptgegnern in der Nationalversammlung nur kurzfristig für die Ruhigstellung der aufgeheizten Stimmung nach der gescheiterten "Flucht von Varennes". Äußerlich mit Erfolg: die Flucht wurde von der Nationalversammlung zunächst zu einer Entführung der königlichen Familie durch die Feinde der Revolution umgedeutet, der "Verrat" des Königs blieb in der Folge trotz vieler Gegenstimmen ungesühnt. Die Gemäßigten brauchten den Monarchen, um ihr Ziel zu erreichen: "que la Révolution s'arrête!" (Barnave)¹⁸³).

Im Verständnis der Konstitutionellen mußte in der Krisenzeit nach der Rückführung der königlichen Familie in die Hauptstadt eine Bedrohung von außen das interne Reformprogramm und die Politik der Ruhigstellung gefährden, das ohnedies hitzige Klima weiter anfeuern. Sowohl in Brüssel bei Botschafter Mercy als auch direkt beim Kaiser in Wien trachteten sie daher - die Korrespondenzkanäle der Königin nun für die offiziöse Außenpolitik Frankreichs nützend - die österreichische Politik um jeden Preis von ihrem Interventionskurs abzubringen, wurden aber von Marie-Antoinette sofort desavouiert. Wien ließ sich ohnehin nicht zu der Ansicht bekehren, daß Drohungen und Einschüchterung in Frankreich alles andere bewirken mußten als eine Rückkehr zu normalen Bedingungen, und rechnete es sich in der Folge vielmehr als Verdienst an, daß man durch das eitle Schreckgespenst eines europäischen Konzerts gegen den "französischen Unfug" das Schlimmste verhindert hatte. Die Entwicklung bis zum Ende des Krisenjahres sollte noch überdeutlich zeigen, wofür die auch in Wien nicht unumstrittenen Interventionsdrohungen eigentlich die Grundlagen geschaffen hatten: für eine nun nicht mehr zu beruhigende Kriegsstimmung und eine dem Kaiser letztlich durchaus unwillkommene Rolle als Anführer eines antirevolutionären Kreuzzugs.

¹⁸³) Sorel 2, S. 265-292, Glagau, S. 3-31, Clapham, S. 86-102, Schlitter, Marie-Christine, S. LIX-LXXXV (nach den österr. Akten), Arnaud-Bouteloup, S. 258-281, 295-301, Ludovic de Contenson, Marie-Antoinette, Barnave et Fersen. In: RHD 49 (1935) 28-42. Die relevante Quelle ist Alma Söderhjelm (Hrsg.), Marie-Antoinette et Barnave. Correspondance secrète (juillet 1791-janvier 1792) (Paris 1934) mit einer ausführlichen Diskussion über die lange Zeit umstrittene Authentizität der Korrespondenz, die maßgebliche Darstellung Georges Michon, Essai sur l'histoire du parti feuillant. Adrien Duport (Thèse, Paris 1924). Vgl. ergänzend Georges Michon (Hrsg.), Correspondance inédite de Barnave en 1792 (Thèse complémentaire Paris 1924). Michon betont darin die allmähliche Wandlung des Kriegsgegners Barnave und seine nach der Jahreswende 1791/92 stärker werdende Ansicht, der Krieg würde zu einer Verbesserung der Verfassung und damit zu einer Stärkung der königlichen Autorität führen. René Fonvieille, Barnave et Marie-Antoinette d'après les correspondances secrètes (Grenoble 1989) ist ein populärer Bildband. Z.T. recht interessant dagegen die Bemerkungen von Théodore de Lameth zu anderen Zeitzeugnissen: Eugène Welvert (Hrsg.), Notes et souvenirs de Théodore de Lameth (Paris 1914). Die besten Einführungsdarstellungen für die Jahre 1791/92 sind Marcel Reinhard, 10 août 1792. La chute de la Royauté (Paris 1969) und Michel Winock, L'échec au Roi 1791-1792 (Paris 1991).

"Diplomatie der Schadensbegrenzung"

Auch die offizielle französische Diplomatie zeigte sich um Schadensbegrenzung bemüht. Ihr Handlungsspielraum wurde freilich durch Varennes und die Folgen dramatisch eingeengt. Denn völkerrechtlich war und blieb der König aller Veränderung und Schwächung ungeachtet auch nach 1789 die einzig akzeptierte Anlaufstelle der bei ihm akkreditierten Diplomaten. Diese idealtypische Vorstellung führte nun während der Suspendierung der königlichen Gewalt im Anschluß an den gescheiterten Fluchtversuch bis zur feierlichen Annahme der Verfassung (25. Juni/16. Juli bis 14. September 1791) zu merkwürdigen Pattstellungen und einer gewissen Lähmung bzw. Irregularität des diplomatischen Verkehrs, da Europas Diplomaten beim französischen König akkreditiert waren, die Nationalversammlung nun zwar alle Macht, aber keinen international anerkannten Status hatte und somit auch dem Agieren der französischen Diplomaten im Ausland die Grundlage ihrer Kreditivschreiben entzogen wurde. Die Beziehungen vieler Staaten zu Frankreich kamen daher während dieser "république de fait" (A. Aulard) im Sommer 1791 zum Erliegen. Erst die Notifikation der Verfassungsannahme durch Ludwig XVI. im September 1791 und die Reaktionen der Adressaten darauf setzten die regulären völkerrechtlichen Rahmenbedingungen meist wieder in Kraft.

An Botschafter Noailles erging zwar noch am 22. Juni 1791 eine kurze Mitteilung über die "Abreise" des Königs aus Paris, die peinlichen Nachrichten über das Scheitern der Flucht, die Verbringung der königlichen Familie nach Paris und die anschließende "Verfassungskrise" erfuhr der französische Botschafter aber, da der Postverkehr mit Paris sichtlich stockte, zuerst aus dem Munde des österreichischen Staatskanzlers. Geschockt zog sich Noailles in sein Palais in der Johannesgasse zurück, stellte die gesellschaftlichen Kontakte weitgehend ein, ging nur mehr aus, wenn es mit der Staatskanzlei etwas zu besprechen galt, und wartete - lange Zeit vergeblich - auf nähere Mitteilungen des französischen Außenministeriums. Ängstlich beobachtete der Botschafter aus der Zurückgezogenheit die Reaktionen Wiens auf die Vorgänge in Frankreich. Die gemäßigte österreichische Linie schien sich, wie er auch an der Berichterstattung der sonst so moderaten "Wiener Zeitung" ablesen zu können glaubte, merklich zu verhärten. Erste Meldungen über eine angebliche Erklärung des Kaisers drangen bis zu Noailles. Über die tatsächliche Haltung des oft genug an seinen Ministern vorbeiregierenden und nun in Italien unbeaufsichtigt agierenden Monarchen, dessen Gefühle für Frankreich sich ohnedies in Grenzen zu halten schienen, war man sich aber in der französischen Botschaft in Wien immer noch nicht schlüssig. So mußte auch der Wert der anfangs durchaus beschwichtigenden Äußerungen von Staatskanzler und Staatsvizekanzler beschränkt sein und der Blick sich vielmehr auf realpolitische Hindernisse für einen allfälligen Interventionskurs des Kaisers richten: auf den kritischen Zustand der österreichischen Staatsfinanzen, den noch nicht geschlossenen Frieden mit den Türken und die wieder virulente "polnische Frage". Was bedeuteten aber diese kleinen Problemfelder gegen die nun zu ihrem Abschluß kommende "monströse Allianz" zwischen Wien und Berlin, das ureigenste Werk des Kaisers, in dem Botschafter Noailles nur üble Folgewirkungen und gegen Frankreich gerichtete Bestimmungen vermuten konnte?¹⁸⁴⁾

Mit einiger Verspätung bemühte sich das Außenministerium in Paris, so gut als möglich dem verheerenden Eindruck, den die Situation der königlichen Familie und die unruhige Pariser Lage mit ihrer königsfeindlichen Stimmung im Ausland erzeugen mußten, gegenzusteuern und gerade in Wien einer überstürzten Interventionspolitik tunlichst vorzubeugen. Einwirkungen von außen, ja selbst eine drohende Sprache könnten zur Zeit bestenfalls irritierende Wirkungen hervorbringen, so Außenminister Montmorin in einem sehr engagierten Rundschreiben, und die kluge und gemäßigte Politik der Nationalversammlung gegen die Hetze der republikanisch-demokratischen "factieux" und die "Exzesse" der Straße schwer kompromittieren, also durchaus kontraproduktiv wirken. Mit geringem Erfolg versuchte das Pariser Außenministerium der Staatskanzlei ein differenziertes Bild der zu komplexen politischen Landschaft in Frankreich zu vermitteln. Die Prinzipien der Nationalversammlung, die sich nun in einer "Allianz der besten Köpfe" konsequent um eine Beschwichtigung der turbulenten Situation bemühte und - ungeachtet der bis zur Verfassungsannahme durch den König verlängerten Suspendierung des Souveräns - die Monarchie si-

¹⁸⁴⁾ Montmorin an Noailles (22. u. 30. 6. 1791; AMAE CP Autriche 361), Noailles an Montmorin (2., 6., 7., 10., 13., 15., 27. u. 30. 7. 1791; AMAE CP Autriche 362). Zugleich verboten die Österreicher die Einfuhr des "Moniteur" in die Österreichischen Niederlande: Lagravière an Feltz (4. 8. 1791; Belgien DD B 167-167 1/2), an Montmorin (1. 8. 1791; AMAE CP Pays-Bas espagnols/autrichiens 181).

cherstellen wollte, dürften, hieß es, nicht mit den maßlosen Äußerungen aufrührerischer Schreiberlinge verwechselt werden. Allerdings: Die Mehrzahl der Franzosen bekannte sich zu den Grundprinzipien der Revolution, die sich nicht wieder rückgängig machen ließ. Im Verständnis der französischen Außenpolitik dieser Übergangszeit mußte es dem Eigeninteresse des Kaisers durchaus entsprechen, wenn er einfacher "spectateur" blieb und nicht - für einen aufgeklärten Fürsten ohnedies undenkbar - bei einer verbündeten Nation Feuer legte. Versteckte Drohungen mit der von Frankreich ausgehenden "Ansteckungsgefahr" fehlten nun auch in den offiziellen Schriftsätzen der französischen Diplomatie nicht: der für die übrigen Staaten bedenkliche "état d'agitation", in dem sich Frankreich seit 1789 befand, und der damit verbundene "zèle de l'apostolat" würden erst dann abflauen und zur Ruhe kommen, wenn sich die innere Lage beruhigen und alles in seine natürlichen Geleise zurückkehren könnte. Als Belohnung für ein passives Verhalten des Kaisers stellte das französische Außenministerium die Beibehaltung der Allianz mit Österreich in Aussicht, freilich umgewandelt in eine "nationale" Allianz, wie man es schon 1790 für den "pacte de famille" beschlossen hatte.

Auch wenn man sich französischerseits redlich beflissen zeigte, die in ganz Europa kursierenden Meldungen über den inneren Zustand Frankreichs als heillos übertrieben darzustellen, und den Protest- und Signalcharakter der Flucht des Königs bis zur Unkenntlichkeit relativieren wollte, so war man sich doch bewußt, daß der Juni 1791 die politische Situation des Landes speziell nach außen radikal verändert hatte: aus der Frage der "régénération intérieure" hatte sich eine internationale Problematik entwickelt, in die einzugreifen die europäischen Mächte nicht unbedingt abgeneigt waren. Frankreich schien durch das provisorische Ende des Königtums gleichsam eine "puissance toute nouvelle" geworden zu sein, die Europa nach Lust und Laune anerkennen konnte oder nicht¹⁸⁵⁾.

Dies zeigte sich auch in Wien, wo der völkerrechtlich unklare Status Frankreichs sofort auf die Stellung des französischen Botschafters zurückschlug. Als Noailles Ende März 1791 von seinem langen Heimaturlaub zurückgekehrt war, hatte er seine Kreditivschreiben dem eben nach Italien abgereisten Kaiser nicht mehr übergeben können. Nun nach der Rückkunft Leopolds II. am 20. Juli stellte sich die Frage nach der Sanierung dieses protokollarischen Mißstandes. Der Kaiser entschied sich dafür, den Botschafter angesichts der "Gefangenschaft" des Allerchristlichsten Königs nicht zur Audienz zu empfangen und ihm hinfür auch den Zutritt zu den sonntäglichen "cercles" bei Hof zu verwehren. Direkte französische Kommunikate konnten von der Staatskanzlei nicht mehr angenommen werden.

"Der König sey seit seiner forcirten Zurückkunft", so begründete der Staatskanzler die Haltung Wiens im August 1791, "nach Paris von der Assemblée Nationale selbst als Staatsgefangener facto erklärt worden und werde noch fortan als solcher behandelt. Unser Hof so wie jeder anderer müßte ihn daher in dieser Lage der Umstände für nicht existierend betrachten, und da die Assemblée Nationale ein Ens sey, welches man nicht kennt, so wäre man auf keine Weise imstande, mit ihr so wie mit irgendeinem andern Unbekannten in die geringste Geschäftsbehandlung einzugehen. Hierin liege dann auch die Ursach, wegen welcher ich mich mit ihm, Marquis Noailles, in keine ministeriellen Äußerungen einlassen könnte, da ich seinen aufhabenden Botschaftscharakter insoweit für suspendirt ansehen müßte, als derjenige, den er zu repräsentiren die Ehre hätte, als nicht existierend zu betrachten sey."¹⁸⁶⁾

Die Weigerung Wiens, mit Botschafter Noailles weiterhin geschäftlich zu kommunizieren, kam einer Sittierung der diplomatischen Beziehungen gleich. Der k.k. Geschäftsträger in Paris erhielt allerdings keinerlei diesbezügliche Weisung und setzte folgerichtig seine Gespräche mit den französischen Stellen wie gewohnt fort. Dies entsprach zwar ganz dem noch am 21. Juni 1791 in Dekretform fixierten Wunsch der

¹⁸⁵⁾ Montmorin an Noailles (19., 20. 7., 3., 5., 13. 8., 6. 9. 1791), Noailles an Montmorin (3., 4., 10., 11., 12., 17., 20., 27. 8., 3. 9. 1791); AMAE CP Autriche 362. - Die Staatskanzlei erhielt Auszüge aus den ostensiblen Rundschreiben des französischen Außenministeriums vom 19./20. 7. u. 3. 8. 1791 u. den Entwurf des Verfassungstextes: Vortrag Kaunitz (5. 8. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 VIII-X), Noailles an Kaunitz (20. 8. 1791; SA Frkr. NW 14 V. d. frz. Botschaft/von Noailles); die frz. Kommunikate in SA Frkr. Varia 44 Konv. Montmorin an Gabard/Noailles. Die Korrespondenz Noailles-Montmorin ist für Sommer/Herbst 1791 z.T. ediert worden von H. Labouret, *La fuite de Louis XVI et la cour de Vienne*. In: RHID 52 (1938) 1-44. Montmorin stand zu diesem Zeitpunkt ganz unter dem Einfluß der Feuillant-Abgeordneten Thouret, Beaumetz, Chapelier, Barnave, Dupont, d'André, Tourzel. *Mémoires* 1, S. 379.

¹⁸⁶⁾ Vortrag Kaunitz (22. 7., 12. 8. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 VII u. 1791 VIII-X). - Kaunitz an Noailles (23. 7. 1791), Ph. Cobenzl an Noailles ([23. 7. 1791]), Noailles an Montmorin (24. 7. 1791); AMAE CP Autriche 362.

die verwaiste exekutive Gewalt an sich ziehenden Nationalversammlung, "la correspondance d'amitié et de bonne intelligence" zu anderen Staaten weiterzuführen, wovon auch die in den ersten Tagen nach Varennes ziemlich verschreckten ausländischen Vertreter durch ein Rundschreiben des nun fast völlig zugunsten des Comité Diplomatique entmachteten Außenministers verständigt wurden, doch blieb Blumendorf während des kritischen Sommers 1791 nahezu vollständig aus dem Verteiler der Staatskanzlei und sehr weitgehend aus dem allgemeinen Informationsfluß ausgesperrt¹⁸⁷).

So war er auch für das französische Außenministerium als Informationsquelle über die Intentionen Wiens völlig unbrauchbar. In Paris kursierten noch Mitte August 1791 nur vage Gerüchte über eine angeblich scharfe Erklärung des Kaisers, die, so mutmaßte man, die spanische Note noch um einiges übertraf; das Paduaner Zirkular hielt man lange Zeit für unecht. Botschafter Noailles berichtete um die Augustmitte etwas näher über die bedenklich selbständigen Schritte des Kaisers während seiner Italienrundreise und erfuhr endlich vom erfolgten Allianzabschluß zwischen Wien und Berlin. Erst Ende August druckte die Gazette Universelle ein Manifest des Kaisers ab, über dessen Echtheitswert Blumendorf mangels Instruktionen keine Aussage machen konnte. Die gleichzeitige Reise des Comte d'Artois nach Wien und von hier weiter zur geplanten Entrevue zwischen dem preußischen König und Leopold II. in Sachsen (siehe unten) sorgte jedenfalls für beträchtliches Aufsehen und ließ Außenminister Montmorin wie auch Botschafter Noailles mehr und mehr einen bevorstehenden "Anschlag" der ausländischen Mächte befürchten.

In Wien gingen von Blumendorf vorderhand wenig beruhigende Mitteilungen ein, insbesondere über den mehr und mehr grassierenden, speziell vom Jakobinerklub propagierten "Republicanismus" und vielerlei "Zusammenrottungen des Volkes". Aber andererseits mußte der k.k. Geschäftsträger doch auch den Bemühungen der Constituante um eine Beruhigung der Lage und ihrem Kampf gegen "Volksanarchie" und drohende "Pöbelherrschaft" Lob spenden und damit letztlich die Versicherungen des französischen Außenministeriums bestätigen. Indem die Nationalversammlung die Fiktion einer "Entführung" des Königs aufrechterhielt, versuchte sie, in einem durchsichtigen Kompromiß zu retten, was noch zu retten war. Der konservative Teil der Assemblée wollte damit die Revolution zugunsten einer stabilisierten "monarchie constitutionnelle" beendet sehen.

Auch Blumendorf lieferte also Bausteine für eine nuanciertere Betrachtung der sich immer weiter auffächernden französischen Parteienlandschaft; Zweifel am Schicksal der in den Tuileries unter relativ strenger Überwachung festsetzenden königlichen Familie blieben freilich: "Überhaupt hat der neuliche unglückliche Vorfall [die Flucht] eine allgemeine Stockung der Geschäften und eine solche Ungewißheit über die Zukunft veranlaßt, daß man noch fortan in dem Dunkeln herumirret, ohne vorsehen oder muthmaßen zu können, auf welche Weise der dießfällige Ausschlag ausfallen werde", meldete Blumendorf Anfang August 1791.

"In den ersten Tagen der Zurückbringung Ihrer Majestäten war die Gährung der Gemüther auf einen sehr hohen Grade gestiegen. Die anzüglichsten Schmachschriften und Kupferstiche gegen den König und die Königin wurden im öffentlichen Kaufe ausgesetzt, der gefährlichen Motionen zu geschweigen, die in dem ersten Feuer gegen Ihre Majestäten gemacht wurden. Es erhob sich eine Parthey in den verschiedenen Clubs, welche die republikanischen Grundsätze frey predigte, ja durch häufige Kundmachung gedruckter Adressen solche unter das Publikum auszubreiten trachteten. Obschon nun die Nationalversammlung, die während dieses kritischen Zeitpunktes in ihrem Betrag viele Klugheit, Mäßigung und kaltes Geblüt geäußert hatte, weit entfernt ist, solche für die Monarchie höchst gefährliche Meynungen gutzuheißen und noch weniger zu unterstützen, so bleibt dennoch das Schicksal Ihrer Majestäten unentschieden und dabey fortan ungewiß, auf welche Art jener wichtige Gegenstand entschieden werden dürfte."

Am 17. Juli 1791 entlud sich endlich die Spannung zwischen dem von radikaleren Clubs wie dem Cercle Social und den Cordeliers geförderten Republikanismus und den konservativ-gemäßigten Kräften in einem blutigen Zusammenstoß königsfeindlicher Demonstranten mit der Pariser Nationalgarde auf dem Marsfeld; die Befürworter einer radikaleren Lösung der Verfassungsfrage im Sinne einer Absetzung des Königs wurden verfolgt und entzogen sich durch Flucht. Tagelang herrschte in Paris das Kriegsrecht.

¹⁸⁷) Blumendorf an Kaunitz - P.S. u. Beilage (22. 6. 1791), an Montmorin (23. 6. 1791; AMAE CP Autriche 361).

Was Blumendorf schließlich mehr beunruhigte als die allmählich abebbenden innenpolitischen Emotionen waren die mit dem Anwachsen der Interventionsstimmung unter den Fürstenhöfen zunehmend zur Schau getragene Verteidigungsbereitschaft und die mit der Aufbietung der ersten Freiwilligenverbände verstärkt einsetzende Aufrüstung. Einzelne Radikale schlugen sogar vor, im Falle einer drohenden Invasion die fremden Truppen systematisch zur Desertion zu bewegen. 50 Millionen standen angeblich zu diesem Zweck bereit, und daß sich das französische Hauptaugenmerk im Falle eines Konflikts mit Wien auf die Achillesferse der österreichischen Erblande, auf Belgien, richten würde, stand für Blumendorf außer Zweifel¹⁸⁸⁾.

Die Vorstöße des "Triumvirats" in Brüssel und Wien

Ende Juli 1791 erhielt Mercy - seine Tätigkeit als interimistischer bevollmächtigter Minister in den Österreichischen Niederlanden war ja mit der Ankunft der Generalgouverneure Mitte Juni 1791 und der Amtsübernahme des Grafen Metternich Anfang Juli zu Ende gegangen - von der Staatskanzlei einen neuen Aufgabenbereich zugewiesen, den er inoffiziell schon seit langem quasi nebenher mit betreut hatte: der ehemalige k.k. Botschafter in Paris wurde definitiv als Angelpunkt der österreichischen Frankreichpolitik mit Sitz in Brüssel institutionalisiert.

Noch war alles in der Schwebe, die wichtigsten Reaktionen auf die Konzertbemühungen des Kaisers hatten noch aus. Zwar gab der Präliminarvertrag mit Preußen den Österreichern Hoffnung, auch gegen allfällige Querschüsse Englands, das dadurch, wie Kaunitz meinte, wohl "Stoff zum Nachdenken" erhalte und seine "bedenklichen Trennungs- und Herrschaftsgesinnungen" gegen ein System der übrigen Mächte wegen der fatalen Optik kaum würde durchsetzen können. Aber der greise Fürst blieb zu sehr Skeptiker, um nicht in letzter Instanz schon Ende Juli 1791 an den Erfolgsaussichten für die "Zustandbringung eines aufrichtigen Concerts der Höfe zur Abhelfung des französischen Unfugs" tiefe Zweifel zu hegen. Eben diese geringe Wahrscheinlichkeit ließ aber allergrößte Vorsicht angezeigt erscheinen: Der Kaiser durfte sich einerseits jetzt in nichts einlassen, was ihn später isolieren und seine Kräfte übersteigen mochte, war es aber zugleich andererseits seiner Würde und Ehre als primus unter den europäischen Souveränen, als Schwager und Alliiertes des Königs schuldig, seine Stimme im Senat der Mächte als erster zu erheben. Ein Zwiespalt, dessen man sich in Wien von Anfang an bewußt war. So konnte es letztlich nicht ausbleiben, daß Leopold bei dem Versuch, jenen, die kein Interesse an der Abstellung der französischen Turbulenzen hatten und sich durch ihre Reaktionen auf sein Rundschreiben selbst entlarven würden, die Maske vom Gesicht zu reißen, letztlich selbst schlechte Figur machte. Denn auch Österreichs Anteilnahme an den ärgerlichen Vorgängen in Frankreich, jedenfalls aber sein aktives Engagement gegen die Ausbreitung des "système de France" hielten sich in vergleichsweise engen Grenzen. Leopold II. dachte gar nicht daran, sich gegen Frankreich alleine vorzuwagen; in Frage kam nur ein gemeinschaftliches Agieren der europäischen Mächte nach einem "concert préalable" und unter Ausschaltung der Emigranten¹⁸⁹⁾.

Dieses Mißverhältnis zwischen der äußerlich für Frankreich sicher bedrohlich wirkenden Interventionsstimmung und der in Wahrheit relativ geringen Aussicht auf einen Erfolg der kaiserlichen Bemühungen um eine Gemeinschaftsaktion der europäischen Mächte ist in Paris verständlicherweise nicht immer korrekt eingeschätzt worden. Die Ereignisse der Folgezeit bis zur Annahme der Verfassung durch Ludwig XVI. im September 1791 waren auch keineswegs dazu angetan, das Gefühl der Bedrohung zu lindern. Im Gegenteil.

So überrascht es kaum, daß während des Sommers 1791 die Konstitutionellen in der Nationalversammlung in ihrem Bemühen um eine Aussöhnung von Königtum und Revolution parallel zur besänftigenden Sprache des Pariser Außenministeriums alle Hebel in Bewegung setzten, um gerade den Kaiser von sei-

¹⁸⁸⁾ Blumendorf an Mercy (20. 7., 11., 15., 27., 29. 8., 8., 13. 9. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy 1790/91), an Kaunitz (4., 16., 31. 7., 24. 8. 1791), dto. (3. 9. 1791; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1791 VII-XII). AP 30, S. 217-222 (5. 9. 1791): Referat des Vicomte de Noailles über die außenpolitisch-militärische Lage Frankreichs und die Gefahr eines Angriffs.

¹⁸⁹⁾ Kaunitz an Mercy (29. 7. 1791), Leopold II. an Mercy (30. 7. 1791; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Leopold II.-Mercy 1791). Leopold II. an Marie-Christine (30. 7. u. 4. 8. 1791; Druck: Wolf, S. 254-257, 259f).

nem drohenden Interventionskurs abzubringen. Das "Triumvirat" nützte Ende Juli 1791 die nach der gescheiterten Flucht vorerst weitgehend unterbrochene Korrespondenz der Königin mit Mercy in Brüssel und Leopold II. in Wien und diktierte Marie-Antoinette Briefe, in denen auch sie dringend vor einer direkten Einmischung warnen und die günstigen Gesinnungen der "sanior pars" in der Nationalversammlung bestätigen mußte. Sofort desavouierte die Königin freilich auf geheimem Wege die Bemühungen der Konstitutionellen, um in Wien keinen falschen Eindruck aufkommen zu lassen, bekannte sich aber prinzipiell zur Nützlichkeit ihrer "geheimen Kontakte" zu einflußreichen Mitgliedern der Nationalversammlung, die sich offen und ehrlich verhielten und vor allem Interesse an der Wiederherstellung der königlichen Autorität bekundeten ... "quoiqu'ils tiennent toujours à leurs opinions"¹⁹⁰).

Dabei verstärkten Marie-Antoinette, Außenminister Montmorin und auch die Geheimdiplomatie der Konstitutionellen ihr Drängen auf eine Rückkehr Mercys nach Paris. Umsonst freilich. Hatte Mercy der Königin noch im Dezember 1790 versichert, daß er möglichst bald nach Paris zurückzukehren wünsche, seine Berufung zum interimistischen bevollmächtigten Minister ihm daher denkbar ungelegen komme und er sich dementsprechend für eine ehebaldige Wiedereinsetzung der Generalgouverneure in Brüssel stark gemacht habe, so wurde die laufend diskutierte und von vielen gewünschte Wiederversetzung des k.k. Botschafters nach Paris mit der Zeit immer unwahrscheinlicher. Denn sie konnte letztlich nur als Zustimmung Österreichs zu den Vorgängen und Entwicklungen in Frankreich ausgelegt werden, ganz abgesehen von den persönlichen Gefahren, denen sich gerade Mercy als "Einbläser" der Königin in einem Land ausgesetzt sehen mußte, das es mit dem Völkerrecht und den diplomatischen Immunitäten nicht immer ganz genau nahm.

Schon Mitte Juli 1791 hatte Mercy über Blumendorf ein Anwurf aus dem Milieu der Konstitutionellen um Méréville (den Sohn des Bankiers und Freundes Mercys, Laborde), Lameth, Barnave, Duport & Cie. erreicht, in dem man auch an seiner Adresse zu einer ehrlichen Aussöhnung des Königs mit der Nation und der Verfassung mahnte. Der König mußte in den Augen der Parlamentarier beweisen, daß er von seinen revolutionsfeindlichen Ideen abgekommen war, und den ungünstigen Eindruck, den seine Flucht erzeugt hatte, vergessen machen. Eines war klar: Nur ein einigermaßen starker König konnte die Funktion eines dringend nötigen Ruhepois erfüllen; geschwächt und "avili" beschleunigte er nur die Auflösung der "liens du gouvernement". Die Haltung des Auslands spielte hierin eine nicht unbeträchtliche Rolle, und man sparte nicht mit drohenden Zwischentönen, mit Hinweisen auf einen möglichen "bouleversement universel" und einen Kampf auf Leben und Tod zwischen Frankreich und den Monarchen Europas, sollten diese die neue französische Konstitution nicht anerkennen und ihre feindselige Attitüde nicht aufgeben.

Mercy ließ sich von diesem Einschüchterungsversuch nicht wirklich beeindrucken. Für den Botschafter bestätigten solche Ausritte vielmehr die "perversité" der Absender; auch den Schatten einer guten Absicht erachtete er bei ihnen für ausgeschlossen, und nur der heilsamen Angst vor entsprechenden Schritten des Auslands schrieb Mercy die Sondierungen der Konstitutionellen zu.

"On y voit l'insolente logique avec laquelle ils cherchent à intimider les trônes en leur annonçant le projet insensé de les renverser. Cette choquante menace suffiroit seule pour exciter l'attention des cours sur un système lequel - propagé par des scélérats qui joignent des talents à une audace sans bornes - finiroit par bouleverser l'Europe, si l'on ne se hâtoit d'en étouffer les germes dans les lieux mêmes où il a pris naissance".

Mercy hatte gar nicht die Absicht, die "Gefängniswärter" der königlichen Familie in ihren Bemühungen um eine internationale Sanktionierung ihrer Politik zu unterstützen. Seinem Freund, dem Bankier Laborde, gab er zu verstehen, daß er sich seit seiner Abreise aus Frankreich, wo er während seiner Amtszeit als Botschafter ohnedies nur verkannt und verleumdet worden sei, völlig aus den französischen Internas heraushalte. An der Revolution selbst und ihren führenden Köpfen lag es, die kritische Lage zu sanieren.

¹⁹⁰) Blumendorf an Mercy (28. 7. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy 1790/91), Marie-Antoinette an Mercy (29./30. 7., 31. 7. 1791; FA SB 71 d. A/o.K. bzw. Konv. 1791; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 187, 193f) mit einer "Note explicatoire" Mercys). Michon, Duport, S. 286-292 (zur "Außenpolitik" der Feuillants); Söderhjelm, Correspondance, S. 61-65. - Auch Thugut, der sich während seines Parisaufenthalts ein Bild machen konnte, wertete die Annäherung der Triumvirn an die königliche Familie und ihr Bemühen um eine Entschärfung der Verfassung als Chance für die Monarchie: Thugut an Spielmann (25. 8. 1791).

"C'est à la sagesse de ceux qui dirigent la Révolution française d'en faire naître les moyens par une coïncidence d'intérêt commun qui ne soit fondé ni sur des menaces plus propres à aliéner qu'à intimider les autres nations ni sur le principe que leur sort doit dépendre d'une adoption sans réserve des nouvelles formes de liberté et d'égalité dont le temps et l'expérience pourront seuls constater les avantages. En attendant que l'Europe soit parfaitement éclairée sur la solution de ce problème, elle ne voit encore que des malheurs, des fugitifs [die Emigranten] et un monarque sous le glaive. Puisse ce funeste tableau disparaître à nos regards et faire place aux aspects consolants du rétablissement de l'ordre, de la sûreté individuelle et de ce respect pour le droit des gens sans lequel il ne peut exister de liaisons entre les humains."¹⁹¹⁾

Mercy war mit den Verhandlungen zwischen dem Hof und dem Triumvirat also keineswegs einverstanden; daran ließ er auch gegenüber der Königin keinen Zweifel. Gerade Lameth, Barnave und Duport waren und blieben für ihn - überaus talentierte - "scélérats". Duport galt dem Botschafter überhaupt als "le plus déterminé anti-royaliste et le factieux le plus intrépide de l'Assemblée", von dem nichts Ehrliches zu erwarten stand. Nur ein Konzert der Mächte war in den Augen Mercys geeignet, die Quelle des französischen Systems zum Versiegen zu bringen, hatte aber, so mutmaßte auch der Botschafter, letztlich nur geringe Aussicht auf Realisierung. Die Tuilerien selbst mußten den Revolutionären um so mehr durch Mut, Entschlossenheit und den festen Vorsatz, alles zu riskieren, um vernünftige Bedingungen durchzusetzen, imponieren. Marie-Antoinette akzeptierte zwar die Ratschläge Mercys zu Festigkeit und Willensstärke, mußte zugleich aber einräumen, daß man in den Tuilerien dazu nicht die Kraft habe und sich daher mit Temporisieren begnügen müsse; "temps" und "sagesse", die um sich greifende Unzufriedenheit mit der Nationalversammlung und die schlechte wirtschaftliche Situation des Landes mochten vielleicht von sich aus ein "avenir plus heureux" eröffnen, wie es Mercy seit Jahr und Tag predigte. Einstweilen habe man aber die Verfassung - ein "tissu d'absurdités", in der Sicht Marie-Antoinettes - wohl oder übel anzunehmen und könne das Gesicht nur durch kritische Vorbehalte wahren, die gemeinsam mit den Protesten des Königs anlässlich der Flucht aus Paris als Basis für spätere "revisionistische" Vorstöße dienen sollten. Von den fremden Mächte wünschte sich die Königin ein starkes und drohendes Auftreten "avec une force en arrière d'elles", aber ohne jede direkte Invasionsabsicht¹⁹²⁾.

Am Abend des 12. August 1791 traf Abbé Joseph-Dominique Louis (1755-1837) mit einer langen Reihe von Empfehlungsschreiben in Brüssel ein, um als Abgesandter der Konstitutionellen die bekannten Anliegen des Triumvirats nun auch mündlich zu forcieren. Die Mission des Abbé Louis war in den Augen Mercys wie schon die Schritte des Triumvirats und seiner Freunde in der Zeit davor lediglich Ausdruck der Angst der Nationalversammlung vor einem ausländischen Eingreifen. Die immer wieder vehement geforderte Rückkehr des k.k. Botschafters nach Paris sollte v.a. die Zustimmung des Kaisers zur drohenden Verfassungsannahme des Königs signalisieren. Den Anwürfen des Abbé Louis begegnete Mercy vage. Er spielte den Ball zurück und mahnte nochmals zu einer maßvollen und durchdachten Vorgangsweise der Nationalversammlung, von der die Haltung der ausländischen Mächte abhängen mußte. Mercy hatte dem unliebsamen Emissär ursprünglich aus dem Weg gehen wollen und nicht zuletzt auch aus diesem Grund geplant, eine schon länger vorgesehene Reise nach England zu realisieren. Nun benützte er seine Reisepläne zur Einschüchterung der Konstitutionellen; denn auch eine "petit voyage de plaisir" nach London konnte doch - im Rahmen der Konzertbemühungen des Kaisers betrachtet - zur heilsamen Verschreckung der Franzosen instrumentalisiert werden. In Wahrheit beurteilte Mercy die Haltung Englands weiterhin überaus skeptisch, skeptischer noch als die Staatskanzlei in Wien, und damit als für die Konzertbestrebungen des Kaisers höchst nachteilig; die Position Londons blieb eine störende Unbekannte

¹⁹¹⁾ Der Brief der Konstitutionellen liegt als von Blumendorf überstellte chiffrierte Note (11. 7. 1791) mit Bemerkungen Mercys als Beilage zu Mercy an Leopold II. bzw. zu Mercy an Kaunitz (Spa, 18. 7. 1791) vor. Mercy an Laborde (20. 7. 1791; FA SB 71 d. B/A). Zu den Verhandlungen zwischen Hof und Nationalversammlung vgl. auch das leider isolierte Stück Mercy an Lamarche (28. 6. 1791; FA SB 71 d. B/A). Söderhjelm, Correspondance, S. 37-49, 51-61. - Vgl. auch F. Vermale, Barnave et les banquiers Laborde. In: AHRF 11 (1937) 48-64.

¹⁹²⁾ Mercy an Marie-Antoinette (28. 7. 1791), Marie-Antoinette an Mercy (7. 8. 1791; FA SB 71 d. A/Konv. 1791; Druck: Ar-neth, Marie-Antoinette, S. 196-198). Mercy an Kaunitz (12. 8. 1791).

in den Kalkulationen der österreichischen Frankreichpolitik, von der freilich das Gesamtergebnis abhing. Die Englandreise des Botschafters brachte in die mysteriöse Haltung Pitts und seines Kabinetts auch nicht mehr Licht als die Berichte der k.k. Gesandtschaft vor Ort¹⁹³).

Als Mercy Mitte August 1791 Brüssel verließ, hieß es allenthalben, der Doyen des k.k. diplomatischen Dienstes wolle lediglich als Tourist London und seine Umgegend kennenlernen, und auch Mercy selbst beklagte sich schließlich, daß ihm die vielen gesellschaftlichen Verpflichtungen, denen er denn doch nicht ausweichen konnte, für sein Besichtigungsprogramm nur wenig Zeit gelassen hätten. König Georg III., der ihn ausführlich über die Lage der königlichen Familie in Paris befragte, Premier Pitt und Außenminister Grenville empfingen Mercy bzw. luden den Botschafter zur Tafel, ohne daß sich Fortschritte bei der Auflockerung der britischen "Verschlossenheit" in der französischen Causa hätten erzielen lassen¹⁹⁴). Vom Standpunkt der hohen Politik wenig ernstzunehmen, für den heutigen Betrachter aber dennoch kurios waren die Gespräche Mercys mit Edmund Burke, Quintin Craufurd und John Frederick Sackville Duke of Dorset (1745-1799), dem ehemaligen britischen Botschafter in Paris (1783-1789), die sich allesamt sehr für das Schicksal der königlichen Familie interessierten. Burke äußerte dabei - und dies scheint Mercy besonders frap্পiert zu haben, ließ es doch etwas Hoffnung auf ein Umdenken der Briten übrig -, daß auch England gegen die "nouvelle doctrine française" nicht immun sei, und übergab Mercy im übrigen einen Aufsatz für Marie-Antoinette mit der Bitte um sichere Weiterleitung. Der Botschafter entsprach dem Ersuchen insofern, als er einen Auszug des sehr leidenschaftlichen Schriftsatzes anfertigte und ihn mit kritischen Kommentaren für die Königin versah. Mercy teilte im Prinzip die Meinung Burkes, der die Königin eindringlich vor jeder Verhandlung mit "factieux" und "traîtres", vor jeder Kompromißbereitschaft, kurz vor der Annahme der Verfassung warnte und die einzige Überlebenschance des Königtums in einer festen und eindrucksvollen Haltung sah, hielt sie aber bei aller Schlüssigkeit für "dangereuse dans le fait". Der Botschafter, der sich noch vor kurzem ganz ähnlich wie Burke geäußert hatte, bot nun den Tuileries nur mehr seine alten Aufrufe als (wenig hilfreichen) Ratschlag an: nichts zu überstürzen und weiterhin nach Möglichkeit Zeit zu gewinnen, bis man klarer sah. Ende August 1791 reiste Mercy nach etwa zehntägigem Aufenthalt wieder nach Belgien zurück¹⁹⁵).

¹⁹³) Blumendorf an Mercy (5. 8. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy 1790-1791) mit einer Note des Comte de Lamarck über den Abbé Louis (5. 8. 1791; Druck: Bacourt 2, S. 288-290, Feuillet 2, S. 200-204), Mercy an Kaunitz u. P.S. (12./13. 8. 1791). Die "Empfehlungsschreiben" für Louis: Montmorin an Mercy (9. 8. 1791; FA SB 71 d. C), Lamarck an Mercy (9. 8. 1791; FA SB 71 d. C), Laborde an Mercy (7. 8. 1791; FA SB 71 d. D); das vertrauliche Schreiben Lamarcks an Mercy (10. 8. 1791; Druck: Bacourt 2, S. 290f). Die ostensible Antwort Mercys auf das offizielle Anschreiben der Königin (14. 8. 1791) in FA SB 71 d. B/B, Druck: Feuillet 2, S. 212-214. Weiters in FA SB 71 d. B/B: Mercy an Lamarck (14. 8. 1791; Druck: Bacourt 2, S. 291f, Feuillet 2, S. 215f), an Laborde (14. 8. 1791; Druck: Feuillet 2, S. 216f), an Montmorin (14. 8. 1791; Druck: Feuillet 2, S. 217f). - Berichte des schwed. Botschafters Staël (18., 25. 8. 1791); Léouzon le Duc, S. 225-227.

¹⁹⁴) Stadion an Kaunitz (19., 23. u. 28. 8. 1791; SA England Berichte 131 Konv. Berichte 1791 VII-XII), Mercy an Leopold II. (4. 9. 1791); SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Leopold II., O in FA SB 88/Konv. I) u. an Kaunitz (4. 9. 1791; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1791, O in SA Frkr. Varia 44 Konv. Auslieferung a. d. Archives Nationales; Druck: Feuillet 2, S. 273-277). Blumendorf an Mercy (8. 9. 1791). - Barthélemy an Montmorin (26. 8., 2. 9. 1791; AMAE CP Angleterre 578), Lagravière an Montmorin (16. 8., 1., 11. 9. 1791; AMAE CP Pays-Bas espagnols/autrichiens 181).

¹⁹⁵) Mercy an Marie-Antoinette mit "Réflexions de M. Burke pour être envoyées à la reine de France" (London, 20. 8. 1791; SA Frkr. Varia 44 Konv. Auslieferung a. d. Archives Nationales, FA SB 71 d. G; Druck: Feuillet 2, S. 243-247); der englische Entwurf Burkes bei Cobban/Smith, Correspondence of Edmund Burke 6, S. 349-352. Das Schreiben Mercys mit den Burkeschen Betrachtungen dürfte durch Quintin Craufurd zugestellt worden sein: Marie-Antoinette an Mercy (5. 9. 1791; FA SB 71 d. A/Konv. 1791; Druck: Rocheterie/Beaucourt 2, S. 281). Vgl. weiters Burke an Duke of Dorset (17. 8. 1791), an seinen Sohn Richard (25. 8. 1791), Richard Burke an seinen Vater (25. 8. 1791), Edmund Burke an Richard (1. 9. 1791), Burke an Duke of Dorset (6. 9. 1791); Cobban/Smith 6, S. 348f, 366-369, 369-373, 376-378, 385f. Wie Calonne sich während seines Englandsaufenthalts im Juli 1791 über Mercys Zurückhaltung erregte, so war auch Burke schließlich unter dem Einfluß seines Sohnes, der den Botschafter für "democratically inclined" hielt, mehr und mehr ein Kritiker der angeblichen Doppelzüngigkeit Wiens. Vgl. Chiffrebeilage für Mercy zu Stadion an Kaunitz (11. 10. 1791; SA England Berichte 131 Konv. Berichte 1791 VII-XII, SA Frkr. Varia 49 Konv. Stadion-Mercy) und Richard Burke an Edmund Burke (Koblenz, 10. 9. 1791) in Correspondence of Edmund Burke 6, S. 388. Richard Burke jr. hatte übrigens bereits Anfang August 1791 einen pathetischen Appell an Ludwig XVI. gerichtet, dem zufolge der König seine Hoffnungen nur auf eine Intervention von außen gründen könne. Vgl. Richard Burke an Ludwig XVI. (Brüssel, 6. 8. 1791) in Correspondence of Edmund Burke 6, S. 318-320. Der französische Geschäftsträger beobachtete Burkes Aktivitäten und besonders seine Beziehungen zu den Emigranten genau, überschätzte aber wohl dessen Einfluß auf das Londoner Kabinett. Vgl. etwa Barthélemy an Montmorin (30. 9. 1791; AMAE CP Angleterre 578). - Siehe auch Burkes Abrechnung mit der "machivellistischen" Politik Leopolds II. in seinen "Gedanken über die französischen Angelegenheiten" (Ed. Planitz, S. 526ff).

Auch Staatskanzler Kaunitz goutierte im übrigen den Appell Burkes nicht; er fand ihn "der Staatsklugheit und den Umständen gar nicht angemessen". Welche Schrift er gerade zu dieser Zeit besonders lobte, muß aber doch einigermaßen überraschen: die im Juni 1791 als Sonderbeilage zur "Geschichte der gegenwärtigen Zeit", im September 1791 dann auch selbständig als Büchlein erschienene Schrift "Kreuzzug wider die Franken" von Karl Clauer (gest. 1794), einem in Straßburg wirkenden deutschen Jakobiner aus Thüringen, der darin vehement gegen die drohende Interventionspolitik der europäischen Mächte und die Hetze der französischen Emigranten polemisierte. Der Staatskanzler bewertete die Broschüre als unwiderlegliches "Meisterstück". "Ich finde diese kleine Arbeit", schrieb er Staatsreferendar Spielmann, "unvergleichlich, habe in langer Zeit nichts so Stattliches gelesen"¹⁹⁶).

Comte de Lamarck, Mercys Vertrauter in Paris, war von den Triumvirn Anfang August 1791 gleichfalls zur Unterstützung der Mission des Abbé Louis nach Brüssel verpflichtet worden; wie die Königin ließ er aber sofort sein Désaveu folgen und übersandte Mercy gleichsam als Kompensation einen Aufsatz jenes Pellenc, der in den folgenden Monaten als geschätzter Gutachter über französische Interna herangezogen wurde. Pellenc vertrat freilich eine Position, die deutlich rechts von jener der Konstitutionellen angesiedelt war. Der Verfassungsreform der Constituante vermochte er ebensowenig abzugewinnen wie der bloß vordergründigen Freiheit, die die Väter der Konstitution, die wahren Machthaber im Lande, dem König für den Prozeß der Begutachtung einräumen wollten. An keinem Punkt des aufgewühlten Landes konnte Ludwig XVI. wirklich frei sein. Auch in den Augen Pellencs bedurfte es daher viel eher drohender Maßnahmen des Auslandes ("menaces apparentes"), um Versammlung und öffentliche Meinung zu den nötigen Abänderungen im Verfassungswerk zu bewegen, als der beschwichtigenden Missionen zu Mercy (Abbé Louis) und den Emigranten (Jean-Philippe de Franquetot Chevalier de Coigny [1743-ca. 1806]). Dabei war dem einstigen Mitarbeiter in Mirabeaus "brain trust" die besondere Natur der Französischen Revolution keineswegs verborgen geblieben. Sie galt ihm nicht wie vielen anderen als das Werk einer kleinen Gruppe von "Verbrechern", die revolutionäre Bewegung wurde vielmehr von der gesamten Nation getragen und entzog sich nicht zuletzt durch laufende "changements de scène" den Bemühungen um eine Vorausbestimmung künftiger Entwicklungen.

"C'est la nation entière qui est agitée. Il y a deux mille causes pour un seul effet, et tout calcul sur des causes aussi multipliées devient impossible. [...] la France est à peu près en politique ce que seroit le monde physique de Descartes au milieu du choc de ses tourbillons. Une seule chose est constante, c'est la nature de la maladie, car après tout il n'y a de changements que dans les symptômes. La cause du mal est d'avoir donné à la multitude une si grande impulsion que l'opinion publique a dans chaque point du royaume une autorité plus forte que les administrateurs et les tribunaux [...] Figurez-vous ce que doit être un pays compacte en population gouverné par 25 millions de législateurs".

Eine Erkenntnis, die nicht eben dazu angetan war, die Interventionslust der europäischen Mächte zu vergrößern, und jene vagen Hoffnungen zu bestätigen, die die Kabinette an die auch von Pellenc bestätigte Furcht der Nationalversammlung vor "Anschlägen" des Auslandes und der Emigranten knüpfen mochten¹⁹⁷).

Nicht nur in Brüssel, der Schaltzentrale der österreichischen Frankreichpolitik, auch in Wien wurde das Triumvirat etwa zeitgleich vorstellig. Als Sprachrohr diente wieder die Königin. Über Botschafter Noailles, also auf hochoffiziellstem Niveau, wurde im August 1791 ein ausführlicher Brief Marie-Antoinettes an ihren kaiserlichen Bruder nach Wien zugestellt. Darin informierte die Königin Leopold II. über einen

¹⁹⁶) Kaunitz an Spielmann (16. 9. 1791; StK FriedA 75 Konv. B (Pillnitz)/A; Druck: Vivenot 1, S. 252). Um welche Broschüre es sich dabei handelte, ist nur aus dem Dorsalvermerk des Registrators zu erschließen. Über Clauer vgl. u. a. Hans Werner Engels, Karl Clauer. Bemerkungen zum Leben und zu den Schriften eines deutschen Jakobiners. In: Helmut Reinalter (Hrsg.), Jakobiner in Mitteleuropa (Innsbruck 1977) 167-194, Hansen 1, S. 901-904, u. auch Härter, S. 318 Anm. 136 (mit weiterer Literatur). Zur späteren Verfolgung des "Kreuzzugs" in Österreich, der, wie es nun offiziell hieß, "ganz mit schwärmerischen gallikanischen staatsverderblichen Grundsätzen angefüllt" war, vgl. auch KA Kaunitz-Voten 6 Konv. 1791/92 (Votum vom 16. 11. 1792) u. Handschreiben Franz II. (24. 9. 1792; KA Kabinettskanzlei HBP 106a).

¹⁹⁷) Aufsatz Pellencs über die französischen Angelegenheiten (3. 8. 1791; vgl. entsprechend Lamarck an Mercy [23. 8. 1791; Ba-court 2, S. 292-299]) als Beilage zu Mercy an Kaunitz P.S. (12./13. 8. 1791; Teildruck: Schlüter, S. 312-315 Anm. 147). Marie-Christine an Leopold II. (3. 8. 1791; Druck: Schlüter, Marie-Christine, S. 144-146).

"Umdenkprozeß", den sie seit ihrer "Reise", wie sie den Fluchtversuch in Anlehnung an den offiziellen Sprachgebrauch der Nationalversammlung nannte, angestellt habe. Die einflußreichen Köpfe der Assemblée, die "chefs de la Révolution", hätten sich nun vereinigt und offen für die Monarchie und die Wiederherstellung der Ordnung ausgesprochen; die Aufwiegler würden mit harter Hand niedergehalten, die wiedergewonnene Stärke wolle die Versammlung zur Beendigung der Revolution nützen. Sicherheit und Ruhe könnten bald gesichert, eine Stärkung der "autorité royale" in absehbarer Zeit eine Folge der allgemeinen Beruhigung sein, eine für ganz Europa wünschenswerte Entwicklung. Gewaltames Vorgehen von außen gefährde dagegen die königliche Familie, denn Frankreich sei fest entschlossen, sich zu verteidigen, und wohl auch dazu durchaus in der Lage. Zwar befinde sich die Armee in schlechtem Zustand, doch würden die in großer Zahl vorhandenen und hochmotivierten bewaffneten Männer dieses Defizit mehr als wettmachen und den militärischen Erfolg jeder Invasion höchst zweifelhaft machen. Vom Kaiser erwartete man sich daher, so die Königin in ihrem Schreiben, daß er sich nach der Linie des französischen Königs richtete und den Weg der gütlichen Wiedergewinnung von "confiance", "considération" und "autorité" von außen unterstützte. Dafür winkte als Belohnung die Erneuerung der französisch-österreichischen Allianz durch die scheidende Nationalversammlung; ein populäres und allgemein anerkanntes Königtum aber wäre der beste Garant dafür, daß das Bündnis auch beibehalten würde. Über Mercy und Blumendorf unterstrich die Königin sofort den erzwungenen Charakter ihres Briefes an den Kaiser und ließ in Wien um eine vorzeigbare "Scheinantwort" ersuchen, die in Absprache mit Botschafter Mercy erarbeitet werden sollte¹⁹⁸).

Das Eintreffen des Schreibens der Königin, ein "aufgedrungen nachgeschriebener Aufsatz", wie Kaunitz zutreffend formulierte, sorgte in Wien für einige Aufregung und entsprechend ausführliche Diskussionen, bei denen sich auch wieder - heute nicht mehr exakt rekonstruierbare - Divergenzen zwischen Staatskanzler und Staatsreferendar auftraten. Kaunitz trachtete jedenfalls, so schrieb er, als dem Kaiser das Konzept einer Rückantwort vorgelegt wurde, der Antwort "dignité" und "énergie" zu verleihen, also nach Möglichkeit "der Antwort eine solche Wendung zu geben, welche denjenigen, so dieses Schreiben veranlaßt haben, die zu erwartende Folgen nachdrücklich vor Augen legt, doch aber zugleich Euer Majestät nicht einseitig und vor der Zeit compromittirt und allenfalls eine Thür zur gütlichen Abkunft offenläßt, gesetzt, daß die Gefahr der Folgen den Revolutionshäuptern früh oder spät genugsam imponierte, um daß sie deren Ausbruch auf schickliche Art zuvorkommen wünschten". Besonders auf die Rahmenbedingungen der Verfassungsannahme durch den König wollte Kaunitz aus Anlaß der kaiserlichen Antwort eingehen: "parfaite liberté" nur an einem Ort außerhalb Frankreichs war dabei unbedingte Voraussetzung, sowohl für die Anerkennung der Akzeptation als auch für die Aufhebung der Konzertbemühungen.

In den Wiener Archiven finden sich heute zwei sehr unterschiedliche Entwürfe für eine kaiserliche Antwort an die Schwester in Paris vor; eine wenig zurückhaltende Fassung stellt in recht heftigen Worten Fürstenpflicht und Fürstensolidarität gegen "révolte" und "anarchie", erklärt die Sache Ludwigs XVI. zur "cause commune" aller Souveräne und nennt auch Bedingungen für eine internationale Anerkennung des laufenden Verfassungsprozesses: die vollständige und unbezweifelbare Freiheit des Königs bei Prüfung und Annahme der neuen Konstitution. Die Forderungen des imaginären Mächtekonzerts, wie sie Leopold II. und die Staatskanzlei schon in ihren Rundschreiben vom Juli 1791 skizziert hatten, sollten in der französischen Verfassung Berücksichtigung finden: "maintien des propriétés les plus essentielles du gouvernement monarchique, l'inviolabilité, la sûreté, la représentation décente du Roi et de sa famille, la réalité de son influence dans le gouvernement et l'exécution des lois qui la lui assurent, enfin une organisation compatible avec la subordination des pouvoirs et la tranquillité publique". Nur auf diesen Grundlagen könne Europa das Werk der Versammlung als "constitution vraiment légale" anerkennen, nicht aber, wenn der König weiterhin "privé d'autorité réelle par des lois ou contradictoires ou sans effet" bleibe, "prisonnier au milieu de sa cour, jouet des fureurs des partis et des excès d'une populace incoercible". Insofern mußten der "intérêt général" der europäischen Mächte und die Wünsche Frankreichs, dessen wei-

¹⁹⁸) Marie-Antoinette an Leopold II. (30. 7. 1791; SA Frkr. HK 6 Konv. Marie-Antoinette-Leopold II.; Druck: Arnetz, Marie-Antoinette, S. 188-192). Die Vorlage für den Brief bei Süderhjelm, Correspondance, S. 65f Anm. 1, registriert. Blumendorf an Kaunitz und P.S. (31. 7. 1791; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1791 VII-XII). Ein Brief der Königin an Mercy vom 5. 8. 1791, ehemals in FA SB 71 d. A, fehlt heute. - Noailles an Montmorin (11., 15., 22. 8. 1791), Kaunitz an Noailles (21. 8. 1791): AMAE CP Autriche 362.

te Landstriche sich nicht "comme de petites républiques" regieren ließen, letztlich zusammenfallen, sofern die Franzosen es nicht vorzogen, sich von den anderen Nationen zu isolieren "par un système monstrueux dont le moindre effet sera l'interruption de toutes les voies d'une communication contagieuse". Dieser Theaterdonner entsprach wohl kaum der gewünschten ostensiblen Scheinantwort, um die Marie-Antoinette den Bruder gebeten hatte. Viel eher schien da schon der zweite, sehr gemäßigte Entwurf, der schließlich über die französische Botschaft in Wien auch wirklich zugestellt worden sein dürfte, den Erwartungen zu entsprechen. Hier gab sich Leopold II. äußerlich erfreut über die von seiner Schwester und zugleich auf offiziellem Wege vom französischen Außenministerium in Aussicht gestellte Hoffnung auf Besserung der Lage in Frankreich. Diese könnte die berechtigten Bedenken der über die unwürdige Behandlung des Allerchristlichsten Königs entrüsteten Mächte ("alarmés au plus haut point des dangers que les horreurs de la révolte et de l'anarchie n'envahissent par la suite tous les états") zerstreuen. Der drohende Unterton war hier viel dezenter gesetzt und verwies schon auf das sich abzeichnende Scheitern der Konzertbemühungen. Freilich: die europäischen Mächte würden sich nicht länger mit Äußerlichkeiten begnügen und sehr genau auf die konkrete Umsetzung der Ankündigungen achten. So lag es an Frankreich selbst, die Gesinnungen und Maßnahmen des Mächtekonzerts zu lenken, ja durch Sicherstellung der vom König in seiner authentischen Erklärung vom 20. Juni 1791 geforderten "conformité de la constitution [...] avec les caractères qui dérivent de la conception la plus essentielle du gouvernement monarchique" eine Intervention der europäischen Höfe gänzlich überflüssig zu machen. Entscheidend waren aber auch die Rahmenbedingungen, unter denen die Annahme der neuen französischen Verfassung durch Ludwig XVI. erfolgen mußte: völlig freiwillig, unbeeinflusst und in unzweifelhafter physischer und psychischer Freiheit, und für Kaunitz bedeutete dies eine Vornahme des Sanktionsaktes durch den König "de quelque lieu hors de son royaume dans lequel il se trouveroit hors de toute gêne"¹⁹⁹).

Doppelspiel in Koblenz

Die Vorstöße des "Triumvirats" beschränkten sich nicht auf die beiden Zentren der österreichischen Frankreichpolitik Wien und Brüssel. Auch die Emigranten mußten in die Schranken gewiesen werden, wollte man mit dem Gesamtprogramm der inneren Befriedung und Beruhigung Frankreichs Erfolg haben. Denn dabei kam den königlichen Brüdern in Koblenz als ewigen Mahnern zu einer aggressiv-feindseligen Politik der europäischen Mächte besondere Bedeutung zu. Im Lager der Emigranten war bereits seit Juli 1791 bekannt, daß ein solcher Schritt drohte. Fest entschlossen, einer Deputation der Nationalversammlung keinesfalls Gehör zu schenken und für sich jede Geste der Versöhnung zurückzuweisen, mußten die Prinzen auch verhindern, daß sich der Kaiser von ähnlichen Aktionen beeindrucken ließ und in seinem Willen, gegen Frankreich vorzugehen, doch noch schwankend wurde. Bereits in der Frage des Regententitels für Monsieur war man an die Grenzen österreichischer Nachgiebigkeit gestoßen, und das Zauberwort während der Sommermonate 1791 lautete, daß man erst die Antworten der europäischen Souveräne auf die Einladung zum Konzert abwarten mußte, ehe man sich in weitere Diskussionen einließ. Die Führer, die die führenden Revolutionäre nun nach Wien, Brüssel und Koblenz auszustrecken im Begriff waren, konnten nach Einschätzung der Prinzen und ihrer Berater bestenfalls als Folgen jener Panik begriffen werden, in die die Nationalversammlung angesichts der Drohgebärden des Auslands verfiel. Verhandlungen mit rebellischen Untertanen, durch die man sich nur gegenüber den wohldenkenden Franzosen compromittierte, kamen nicht in Betracht.

Die entscheidenden Weichenstellungen für die Frankreichpolitik der europäischen Mächte erwartete man sich in Koblenz von dem für Ende August 1791 geplanten Treffen zwischen dem preußischen König und dem Kaiser. Aus diesem Schlüsselereignis durften jene, die am ehesten berufen waren, die Interessen des wahren Frankreich auf internationaler Ebene zu verteidigen, keinesfalls ausgesperrt bleiben, und so fragte

¹⁹⁹) Leopold II. an Marie-Antoinette (17. 8. 1791; SA Frkr. HK 5 Konv. Leopold II.-Marie-Antoinette; Druck: Armeth, Marie-Antoinette, S. 198-200), der 2. Entwurf (20. 8. 1791) ist ebenfalls bei Armeth, S. 200-203, gedr. Die beiden Schreiben des Kaisers vom August 1791 in stark bearbeiteter Konzeptform auch in SA Frkr. Varia 44 Konv. Auslieferung a. d. Archives Nationales. Es bleibt unklar, welche Fassung expediert wurde. Zu den Veranlassungen in der Staatskanzlei vgl. Vortrag Kaunitz (12. 8. 1791) u. begleitender Vortrag zur Unterbreitung des (1.) Antwortsentwurfs (16. 8. 1791) mit Beilagen, Leopold II. an Kaunitz (17., [] u. [19.] 8. 1791); StK Vorträge 149 Konv. 1791 VIII-X.

man noch Anfang August 1791 beim Kaiser in Wien an, ob man nicht Artois gestatten wollte, an den Gesprächen teilzunehmen. Leopold II. freilich suchte die Prinzen hinzuhalten. Die Ereignisse rund um Varennes hatten in seinen Augen klar und deutlich bewiesen, daß entgegen den Beteuerungen aus Koblenz mit einer innerfranzösischen Unterstützung für einen konterrevolutionären Umsturzversuch nicht zu rechnen war. Die ganze Last des Unternehmens fiel daher notwendigerweise auf die ausländischen Mächte zurück. Das bedeutete, daß - wenn überhaupt - nur in einer beeindruckenden Koalition der wichtigsten Puissancen und mit adäquaten Mitteln losgeschlagen werden durfte. Von den Prinzen verlangten die erst anlaufenden Verhandlungen zwischen Wien und den übrigen Höfen genau eine Tugend, über die sie gewiß nicht verfügten: Geduld²⁰⁰).

In seiner letzten Antwort auf die Anbringen der Emigranten hatte der Kaiser Mitte August 1791 die Zulassung des Comte d'Artois zu den bevorstehenden Gesprächen mit Friedrich Wilhelm II. zwar nicht ausgeschlossen, aber doch recht deutlich darauf verwiesen, welches Aufsehen ein solcher Schritt international und besonders in Frankreich hervorrufen mußte. Als der Brief des Kaisers Richtung Koblenz abging, hatte wieder einmal der stürmische Lauf der Ereignisse das vorsichtige Kalkül der Österreicher über den Haufen geworfen. Der lange befürchtete Abgesandte des Triumvirats, Chevalier de Coigny, war am 11. August 1791 in Koblenz eingetroffen. Er übergab neben einem offiziellen, von den "chefs de l'Assemblée" diktierten Schreiben des Königs, in dem die Emigranten wie erwartet zur Rückkehr ermahnt wurden, einen geheimen Brief Ludwigs XVI. mit der unmittelbar an Monsieur gerichteten Aufforderung, ausschließlich zum Wohle Frankreichs und ohne Rücksicht auf die Person des Königs zu handeln. Würde das Ausland nicht bald tätig werden, so mußten die Tuilerien wohl oder übel nachgeben, also die im Endstadium befindliche Arbeit an der neuen Konstitution sanktionieren. Der Emissär der Triumviren - weit entfernt, im offiziellen Sinne seiner Mission tätig zu werden - erwies sich als engagierter Konterrevolutionär, der die Brüder des Königs hinter vorgehaltener Hand in ihrer radikalen Haltung bestärkte. Coigny riet dazu, die ohnedies verschüchterten Franzosen durch Drohgebärden noch weiter zu verschrecken und dem König wie auch den loyalen Franzosen durch entsprechende Manöver des Auslands den Rücken zu stärken. Nun gab es auch für Artois und Provence kein Halten mehr. Das Eintreffen der kaiserlichen Antwort wurde gar nicht mehr abgewartet; Artois brach sofort Richtung Wien auf, um der Dringlichkeit der Umstände entsprechend die Anliegen der Emigranten persönlich beim Kaiser zur Geltung zu bringen, konnten doch in dieser kritischen Phase lasches Auftreten oder Langsamkeit das Ende der französischen Monarchie bedeuten. Die ablehnende Haltung des Auslands und ein förmlicher Protest der Prinzen gegen das mit dem Ende der Monarchie gleichbedeutende neue Verfassungswerk mußten umgehend in einem Manifest bekundet, erste Truppenbewegungen der Mächtekoalition als Vorgeschmack auf die drohende Strafexpedition angeordnet werden; zugleich sollte man Monsieur zum Regenten erklären, um die bloß erzwungene und in Unfreiheit durchaus denkbare Annahme der Konstitution durch Ludwig XVI. auf wirksame Weise zu invalidieren.

"Plût à Dieu qu'il [Artois] fût lui et son conseil et ses projets à un million de lieues loin de vous et de nous ici!", schrieb Marie-Christine aus Brüssel an ihren Bruder, als sie von der Abreise Artois' Richtung Wien erfahren hatte. Ein wahrhaft prophetischer Wunsch²⁰¹).

²⁰⁰) Polignac an Leopold II. (2., 5. 8. 1791; SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Leopold II.). Monsieur und Artois an Leopold II. (Schönbornlust bzw. Koblenz, 9. 8. 1791; SA Frkr. HK 6 Konv. Provence-Leopold II. bzw. HK 4 Konv. Artois-Leopold II.). Leopold II. an Monsieur/Artois (16. 8. 1791; SA Frkr. HK 5 Konv. Leopold II.-Provence/Artois).

²⁰¹) Monsieur an Leopold II. (Schönbornlust, 12. 8. 1791; SA Frkr. HK 6 Konv. Provence-Leopold II.), Artois an Leopold II. (Regensburg, 16. 8. 1791; SA Frkr. HK 4 Konv. Artois-Leopold II.). Polignac an Leopold II. (18. 8. 1791; SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Leopold II.) mit Calonne an Polignac (Regensburg, 16. 8. 1791). Blumendorf an Mercy (28. 7. 1791), an Kaunitz (31. 7., 24. 8. 1791). Marie-Christine an Leopold II. (17. 8. 1791; Druck: Schlitter, Marie-Christine, S. 152-155). Kornrumpf an RVK (17. 8. 1791; Druck: Hansen I, S. 934f.). - Bétenger an Montmorin (16./17. 8. 1791; AMAE CP Allemagne 663).

3.8 Das vorläufige Ende des Interventionskurses

Die Deklaration von Pillnitz

Bereits seit langem war - wir sprachen schon davon - ein Treffen zwischen Leopold II. und Friedrich Wilhelm II. vorgesehen, und zwar im Umfeld der für September 1791 geplanten Krönung des Kaisers zum böhmischen König in Prag. Gastgeber sollte nach der im Sommer 1791 in Italien definitiv getroffenen Abrede der Kurfürst von Sachsen, dessen Lande sich nicht nur geographisch für eine Mittlerrolle zwischen den beiden einstigen Rivalen und nunmehrigen Freunden anboten, Ort der wichtigen Herrscherbegegnung das kurfürstliche Lustschloß Pillnitz bei Dresden sein.

Das "Treffen von Pillnitz" ist nun freilich nicht als Meilenstein der österreichisch-preußischen Aussöhnung in die Geschichte eingegangen, sondern - allerdings zu Unrecht - als wesentlicher Schritt der neuen Verbündeten Österreich und Preußen in Richtung Intervention gegen das revolutionäre Frankreich. Wie so oft bei der Beurteilung der Frankreichpolitik der europäischen Mächte ein grobes Mißverständnis ... mitverschuldet durch die betroffenen Kabinette selbst, die - noch ganz Gefangene einer Arkanpolitik ohne große Rücksichtnahme auf erst schüchtern keimende Faktoren wie öffentliche Meinung und internationale Optik - der zu erwartenden üblen Signalwirkung ihres verklausulierten Eingehens auf die Wünsche der französischen Emigranten nicht die nötige Beachtung schenkten.

In der Nacht vom 18. auf den 19. August 1791 war überraschend Graf Artois in Begleitung von Graf Ladislas-Valentin Esterházy (1740-1805), einem ehemaligen engen Vertrauten Ludwigs XVI. und Marie-Antoinettes, und Calonne, dem "Premierminister" der Emigranten, in Wien eingetroffen, wo er nicht in der französischen Botschaft, sondern im spanischen Gesandtschaftspalais wohnte. Das unerwartete Ereignis verzögerte die bereits terminisierte Abfahrt des Kaisers nach Böhmen bzw. Sachsen um zwei Tage, da man sich dem zwar unwillkommenen, aber erlauchten Gast widmen zu müssen glaubte und die Zudringlichkeiten der Emigranten eingehende Konzertierungen zwischen Staatskanzlei und Hofburg erforderten. Mehrfach - darunter am 20. August zu einer besonders ausführlichen Konferenz, in der wesentliche Punkte der Diskussionen in Pillnitz vorweggenommen wurden - traf man schon in Wien zu politischen Gesprächen und im feierlichen Rahmen größerer gesellschaftlicher Ereignisse zusammen und nahm die Eingaben und Wunschlisten des Emigrantenführers entgegen. Auch dem Staatskanzler stattete der Bruder Ludwigs XVI. samt Suite einen Besuch ab. Der Kaiser ließ sich schließlich breitschlagen und gestattete den Emigranten die Teilnahme an der Entrevue von Pillnitz. Gegen den Willen Kaunitz', der sich über die lästigen Zumutungen der Franzosen reichlich irritiert zeigte und dringend von einer Zulassung des umtriebigen Artois zu den Gesprächen mit dem König von Preußen und dem sächsischen Kurfürsten abriet, gerade zu einem Zeitpunkt, als sich der die französische Frage umhüllende Nebel der Auflösung, jedenfalls aber der Auflockerung näherte, und jedes Vorpreschen die österreichische Position kompromittieren mußte. Am 22. August 1791 frühmorgens verließ der Kaiser endlich Wien, um über Prag nach Pillnitz weiterzureisen. Artois war am selben Tag einige Stunden zuvor aufgebrochen.

Während sich Außenminister Montmorin in Paris noch der bislang durchaus berechtigten Hoffnung hingab, daß die feindseligen Bemühungen der Emigranten bei den ausländischen Mächten letztlich nur auf geringes Interesse stoßen würden, hatten in Pillnitz die Ereignisse bereits ihren Lauf genommen und offensichtlich eine Kehrtwendung veranlaßt. Auch die Berechnungen Kaunitz' sahen sich dadurch erheblich gestört. Vor dem Eintreffen Artois' in Wien und dem wirkungsgeschichtlich verheerenden Eindruck der Pillnitzer Deklaration schienen dabei im August 1791 die Hitzten des Juli vielen Beobachtern allmählich zu verfliegen. Nur zu gerne machte auch Wien alle aktiven Maßnahmen vom Zustandekommen des Mächtekonzerts abhängig: Ohne Mitwirkung der übrigen europäischen Mächte wollte Leopold II. nichts unternehmen und schon gar nicht eine Ausdehnung der in den verschiedenen Zirkularen festgelegten bescheidenen Ziele vornehmen, Monsieur als Regenten, seinen Repräsentanten Polignac als "wirklichen" französischen Botschafter in Wien anerkennen, einen k.k. Diplomaten in Koblenz akkreditieren oder gar die Retablierung der alten französischen Verfassung zusagen. Der Zweck der internationalen Aktionsgemeinschaft sollte - ganz gegen die Wünsche der Emigranten - auch dann schon als erreicht gelten, wenn die Nationalversammlung von selbst die wesentlichen Punkte "wirklich und vollständig" erfüllte; und die

Hoffnung, daß die Constituante aus eigenem Antrieb dem König einen akzeptablen "Conciliationsplan" vorlegen und damit eine Intervention doch noch hinfällig machen könnte, hatte man noch keineswegs zu Grabe getragen. Ein Schleichweg aus dem Dilemma blieb offen²⁰²).

Schon lange vor Bekanntwerden der Ergebnisse der Entrevue waren aus dem antipreußischen Lager kritische Stimmen gekommen, so von Max Franz, Kurfürst von Köln, der sich als alter Preußenfeind, über die neuentdeckte Freundschaft zwischen Habsburg und Hohenzollern entsetzt zeigte. Er konnte und wollte nicht verstehen, warum Leopold nach allen Demütigungen, die man von preußischer Seite hatte hinnehmen müssen, noch ein Treffen mit dem preußischen König erbettelte, anstatt den selbstbewußten Glanz seiner kaiserlichen Würde zu entfalten. Der Kurfürst von Mainz aber jubilierte noch in Unkenntnis des tatsächlichen Verhandlungsergebnisses über den Frieden von Sistow und die erhofften Pillnitzer Abreden zwischen Preußen und Österreich, "wodurch auch im Occidente endlich einmal wieder Ordnung und dauerhafte Ruhe hergestellt werde". Dem "französischen Unwesen" sollte nach dem Willen des deutschen Erzkanzlers "ein ebenso ernstliches als schleuniges Ende" bereitet werden, und dazu bedurfte es im Verständnis des Mainzers allein der raschen Ankunft von österreichischen Truppen in den vorderen Reichskreisen. Nicht nur defensive Abwehrmaßnahmen gegen französisches Gesindel und etwaige Ausritte der disziplinenlosen französischen Truppen geboten dies. Auch die angeblich große Unzufriedenheit im Elsaß, das nach Erlösung seufzte, verhieß - so der Kurfürst - einen raschen Sieg. Ansonsten war aber ein französischer Erstschlag über den Rhein zu befürchten, ein Verwüstungszug "des zur Revolution gedungenen Gesindels" durch die rheinischen Lande. Das Bekanntwerden der Pillnitzer Deklaration bestätigte später den Kurfürsten-Erzkanzler nur in seinen maßlosen Hoffnungen auf eine baldige Niederringung der Revolution: "Bei allen diesen Umständen scheint mir, dass Se. kaiserl. Maj. keine herrlichere Epoche finden können, sich einen unsterblichen Ruhm zu erwerben und den Tollsinn der Franzosen [...] gebührend zu züchtigen, als eben die gegenwärtige, wo alles dazu so sichtbar die Hände bietet"²⁰³).

Am 25. August zu Mittag traf der Kaiser in Begleitung von Erzherzog Franz, FM Lacy und Staatsreferendar Spielmann in Pillnitz ein, kurz darauf gefolgt von Friedrich Wilhelm II., dem preußischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm, General Fürst Hohenlohe, Bischoffwerder, Generaladjutant Hermann Johann Ernst von Manstein (1742-1808) u.a. Die gesellschaftlichen Ereignisse der Folgetage mit kulinarischen Höhepunkten, opera buffa, Feuerwerken, touristischen Ausflügen ins nahegelegene Dresden und die gelegentlichen Gespräche zwischen Kaiser, König und Kurfürst, der sich nicht zuletzt mit Blick auf die polnische Frage unter gewissen Modifikationen gerne der preußisch-österreichischen Allianz und den Maßnahmen zur Bekämpfung der französischen "Contagion" anschließen wollte, wurden erst am letzten Tag (27. August 1791) von jenen offensichtlich recht stürmischen Verhandlungen mit den Emigranten überschattet, durch die das Freundschaftstreffen bekannt geworden ist.

Auf hartnäckiges Drängen der Emigrantenführer, die mit Artois, Calonne, Flachslanden, Polignac, Esterházy, Roll und Bouillé ziemlich geschlossen anwesend und zudem durch die Unterstützung der Zarin in Gestalt des Fürsten von Nassau-Siegen gestärkt waren, fertigten Österreich und Preußen die berühmte

²⁰²) Artois an Leopold II. (Wien, 19. 8. 1791) mit "Exposé que les frères du roi de France présentent à Sa Majesté l'Empereur et à Sa Majesté le roi de Prusse". dto. (20. 8. 1791) mit Artois an Friedrich Wilhelm II. (20. 8. 1791) und Artois an Rosenberg (20. 8. 1791); SA Frkr. HK 4 Konv. Artois-Leopold II. Leopold II. an Artois (20. 8. 1791; SA Frkr. HK 5 Konv. Leopold II.-Artois). - Kaunitz an Mercy (19. u. 23. 8. 1791; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Mercy 1791 VIII-XI; Druck: Vivenot 1, S. 552-554), an Tautphäus (19. 8. 1791; StK DK Bayern 67 Konv. Weisungen 1791/2). Die Weisungen an Mercy dienen v.a. dazu, den Botschafter über die Verhandlungen des Kaisers mit den Emigranten auf dem laufenden zu halten und enthielten daher Abschriften der wichtigsten Schriftstücke. Leopold II. an Friedrich August von Sachsen (2./3. [4.?] 8. 1791; Druck: Beer, Leopold, S. 248f) und die Antwort des Kfst (9. 8. 1791; Teildruck: Neumann 1, S. 468); StK DK Sachsen HK 2. Leopold II. an Kaunitz (Mitte August, [19.] 8. 1791), Ph. Cobenzl an Leopold II. ([20. oder 21.] 8. 1791); StK Vorträge 149 Konv. 1791 VIII-X. Leopold II. an Marie-Christine ([ca. 21.] 8. 1791; Druck: Wolf, S. 252-254), Marie-Christine an Leopold II. (17. 8. 1791; Druck: Schlitter, Marie-Christine, S. 152). - Noailles an Montmorin (20., 22., 24. u. 31. 8. 1791), Montmorin an Noailles (6. 9. 1791); AMAE CP Autriche 362.

²⁰³) Max Franz an Leopold II. (19. 8. 1791; Druck: Lüdke, Kampf, S. 149), an Metternich (25. 8. 1791; FA FK A 51 Konv. Max Franz-Metternich). Kfst von Mainz an RVK (Aschaffenburg, 29. 8. 1791; RK RkgF 3-5), an Kaunitz (Aschaffenburg, 29. 8. u. 15. 9. 1791; Druck: Vivenot 1, S. 235f, 248f). Kornrumpf an RVK (20., 28. 8. 1791), Schlick an RVK (21. 8. 1791); Hansen 1, S. 938f, 945f. Die Staatskanzlei glaubte nicht an ein Vordringen der Franzosen über den Rhein, gegen unternehmungslustiges "Gesindel" hatte man aber in Kooperation mit Baden und Basel ohnehin Maßnahmen getroffen: Kaunitz an Schlick (30. 8. 1791; StK DK Reich Weisungen 251 Konv. Weisungen an Schlick 1791). Kaunitz an Bossart/Buol/Röthlein (23. 8. 1791; StK DK Köln 19).

Deklaration von Pillnitz aus. Die berühmte Erklärung Leopolds II. und Friedrich Wilhelms II. schrieb dabei eigentlich nur ein weiteres Mal den Kern der Konzertbemühungen fest: das Schicksal Ludwigs XVI. wurde neuerlich zum "objet d'un intérêt commun à tous les souverains de l'Europe" erklärt, wieder sprach man die Hoffnung aus, daß das angetragene Konzert - als Vorbedingung für jede direkte Aktion zugunsten des französischen Königs - zustande komme und die angeschriebenen Souveräne die ihren Kapazitäten angemessenen Mittel ergreifen möchten, "pour mettre le roi de France en état d'affermir dans la plus parfaite liberté les bases d'un gouvernement monarchique également convenable aux droits de souverains et au bien-être de la nation française".

Dann folgte die berühmte Schlüsselstelle der Erklärung, durch die sich das Dokument über die Rundschreiben vom Juli 1791 vorwage, trotz der einleitenden Relativierung:

"Alors et dans ce cas [also nach Formierung des Mächtekonzernts] Leurs dites Majestés l'Empereur et le roi de Prusse sont résolues d'agir promptement d'un mutuel accord avec les forces nécessaires pour obtenir le but proposé et commun. En attendant elles donneront à leurs troupes les ordres convenables pour qu'elles soient à portée de se mettre en activité".

Um den Schlußsatz hatten sich heftige Kontroversen entzündet. Artois und Calonne drangen darauf, schon jetzt Truppen zu einem Winterfeldzug in Marsch zu setzen, und nur mit Mühe ließen sich die Forderungen der Emigranten auf den schwammigen letzten Satz zurückschrauben.

Bewußt hatte man durch die salvatorische Klausel am Beginn - "eine feierliche Garantie der planmäßigsten Untätigkeit" (F. Gentz) - den Wert der Erklärung gering gehalten und eine mißbräuchliche Verwendung der Note seitens der Emigranten tunlichst unmöglich zu machen versucht. Freilich: auch so war die Pillnitzer Deklaration - "impudente et insuffisante à la fois" (A. de Lamartine) - eine unnötige Dienstleistung für die französischen Prinzen und ihre Gefolgsleute, denen man ja die Verbreitung der Note überließ und damit eine bedenkliche publizistische Waffe in die Hand gab. Und die vorläufige Bilanz? Für Vizekanzler Cobenzl, der aus Prag den in Wien zurückgebliebenen Staatskanzler mit vordergründigem Optimismus über die möglichen Folgewirkungen der Vorfälle von Pillnitz zu beruhigen suchte, war die Erklärung "das Non plus ultra von großmüthiger Rücksicht für die französischen Angelegenheiten". Leopold II., der Pillnitz in der Nacht auf den 28. August verlassen hatte und am 30. wieder in Prag eingetroffen war, freute sich bei aller Irritation über die "folies" der Emigranten primär über die vertieften Beziehungen zum sächsischen Kurfürsten, über das warme Bekenntnis des preußischen Königs zur neuen und möglichst bald zu einem Definitivvertrag auszugestaltenden Freundschaft mit Österreich und das damit unumstößlich besiegelte Ende des Fürstenbundes, zu dem Friedrich Wilhelm II. selbst schon spöttische Bemerkungen fallen ließ. Staatsreferendar Spielmann fühlte sich als Redaktor der Zugeständnisse an die Emigranten nicht eben wohl, amüsierte aber dafür den Staatskanzler durch eine vernichtende Schilderung des preußischen Königs, eine stammelnde, uninformierte und seinen Günstlingen entsprechend ausgelieferte "ungeheure Fleischmaschine", und des gleichfalls nicht eben vielversprechenden Kronprinzen. Fürst Kaunitz - in seinem Gartenpalais in Wien-Mariahilf zurückgeblieben - konnte mit all dem nur "en gros" zufrieden sein; die Nachgiebigkeit gegenüber den Emigranten legte sich wie ein Schatten auf das ganze Treffen, auch wenn man zur Freude des Staatskanzlers österreichischerseits in einer begleitenden Erklärung zur Pillnitzer Deklaration die penetranten Anwürfe der Prinzen in die Schranken wies, eine Erklärung, so Kaunitz in bewährter Selbstgefälligkeit, "welche in mehr mäßigen Ausdrücken im wesentlichen dasjenige enthält, was ich dem Calonne und Consorten etwas bestimmter alhier gesagt habe und von seite derselben ohne Replique geblieben ist".

Den letzte Ausweg aus der Sackgasse, in die man sich durch die etwas lautstarken Schritte während des ereignisreichen Sommers 1791 manövriert hatte, bot die zu erwartende Verfassungsannahme durch Ludwig XVI. Durch sie konnte der französische König nicht nur das eigene Land aus der inneren Krise, sondern auch die fremden Mächte und besonders Österreich aus ihrer nervenanspannenden Alarmposition befreien. Mit viel Verachtung für den Schwager des Kaisers schrieb Kaunitz Anfang September 1791 an Spielmann in Prag: "Vermuthlich wird uns des guten Louis XVI. Poltronnerie und Schwäche aus aller Verlegenheit ziehen, worüber wir nicht lange mehr in Zweifel bleiben können." Auch Leopold war in-

nerlich längst vom Gedanken an eine Intervention in Frankreich abgekommen und wollte viel lieber das "Ausbrennen" der Revolution abwarten²⁰⁴).

Gegen die verhüllten Drohungen des Pillnitzer Dokuments war freilich die gleichzeitig übergebene, von Kaunitz so gelobte "communication verbale" des Kaisers, in der er eine umfangreiche Denkschrift der Emigranten mit weitreichenden Forderungen abfertigte und so die Maxime des Staatskanzlers im Verhältnis zu den flüchtigen Prinzen - "ibunt quo poterunt" - wenigstens ansatzweise zu der seinen machte, als ausgleichendes Gewicht um so eher unbrauchbar, als diese "Begleitdokumente" außerhalb der Kanzleien kaum bekannt wurden.

Der drohenden Verfassungsannahme durch ihren natürlich als unfrei betrachteten Bruder und damit dem bevorstehenden Aus für die Konzertbemühungen der europäischen Mächte, von denen man allein eine Sanierung der Lage erwartete, sollte nach dem Willen des Comte de Provence und des Comte d'Artois noch zeitgerecht durch ein Manifest des Hauses Bourbon begegnet werden, wie es auch der Kaiser lange Zeit mit Artois diskutiert und noch Anfang Juli 1791 für wünschenswert gehalten hatte. In dieser Proklamation gedachte man - parallel zu der projektierten "déclaration commune" der zum Konzert aufgerufenen Mächte - gegen alles zu weitem, was in Frankreich den Gesinnungen der Prinzen zuwiderlief: gegen die Usurpationen der Nationalversammlung, gegen die wiederholten Beleidigungen der königlichen Familie, gegen die Verletzung der Rechte der französischen Kirche, gegen die Kränkung der Eigentumsrechte und gegen die herrschende Anarchie. Allen per se nichtigen Akten der Nationalversammlung wollte man offen entgegenzutreten, das Haus Bourbon (aus Spanien erwartete man noch eine Antwort auf die entsprechenden Vorschläge) sollte förmliche Berufung gegen Zugeständnisse einlegen, die dem König auf gewaltsamem oder trickreichem Wege entrissen würden "au préjudice des droits inaliénables de la couronne de France". Die Unfreiheit Ludwigs XVI. mußte aber vor allem eine entscheidende Folgewirkung haben, um den Zustand der Regierungslosigkeit für Frankreich zu beenden: die gleichsam automatische Übertragung der Regentschaft an den Comte de Provence als ältesten Bruder des Königs. All das natürlich begleitet von Drohungen mit Repressalien durch die Streitkräfte des sich formierenden europäischen Konzerts an die Adresse der Stadt Paris und der verantwortlichen Mitglieder der Nationalversammlung für den Fall weiterer "Anschläge" auf die königliche Familie. Dem Kaiser hatten die Emigranten dabei natürlich ebenso wie dem König von Preußen und einzelnen Anrainerstaaten eine entscheidende Rolle zugeacht: Vorbereitungen für den Truppenmarsch Richtung Frankreich, Verschiebungen von Einheiten und Rüstungen sollten alleine schon durch ihr Bekanntwerden einschüchternd wirken, Signale aus Wien den Abschluß des (von Preußen nur kurzfristig und halbherzig unterstützten) Truppenstellungsvertrags zwischen den Prinzen und Hessen-Kassel erleichtern.

²⁰⁴ Die wesentlichsten österreichischen Dokumente sind gesammelt in StK FriedA 75 Konv. B "Die Zusammenkunft des Kaisers Leopold II. mit dem König Friedrich Wilhelm II. [...]". Leopold II. an Kaunitz (Prag, 30. 8. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 VIII-X; Druck: Beer, S. 424f), Ph. Cobenzl an Kaunitz (Prag, 31. 8. 1791; StK FriedA 75 Konv. B/A), Spielmann an Kaunitz (Prag, 31. 8. 1791; StK FriedA 75 Konv. B/B; Druck: Vivenot 1, S. 236-241), Kaunitz an Leopold II. (4. 9. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 VIII-X; Druck: Beer, S. 425f), an Spielmann (4. 9. 1791; StK FriedA 75 Konv. B/B; Druck: Vivenot 1, S. 241f), Leopold II. an Max Franz von Köln ([Prag, September 1791]; FA FK A 26 Konv. Leopold II.-Max Franz; Druck: Lüdtko, Kampf, S. 150), an Marie-Christine (Prag, 30. 8. u. 5. 9. 1791; Druck: Beer, Leopold, S. 221-223, bzw. Wolf, S. 263-266), Kaunitz an Kardinal Hrzan (17. 10. 1791; SA Rom Korrespondenz 210 Konv. Weisungen 1791). - Friedrich August von Sachsen an Leopold II. (1. 9. 1791; StK DK Sachsen HK 2). - KA NL Zinzendorf TB 36 (1. 9. 1791): "Le comte d'Artois, dit-il [Spielmann], est étourdi comme le plus petit marquis françois, Monsieur de Calonne un menteur et d'une légèreté extrême". Keith an Grenville (7. 9. 1791; Druck: Gillespie Smyth 2, S. 484-487); Ernest Daudet (Hrsg.), Mémoires du Comte Valentin Esterházy (Paris 1905) 305-311, Bouillé, Souvenirs 1, S. 323-328, Bray, Mémoires, S. 207-209 (6. 9. 1791). - Sorel 2, S. 231-264, Sybel, Geschichte (4. Aufl./neue Ausg.) 1, S. 298-314, Wandruszka 2, S. 365-368.

Die Deklaration von Pillnitz selbst ist in dem von Staatsreferendar Spielmann eigenhändig bearbeiteten "Originalkonzept" erhalten in StK FriedA 75 Konv. B/C (Druck Vivenot 1, S. 234). Eine beglaubigte Ausfertigung existiert in Wien nicht, gleichfalls nicht in der Allgemeinen Urkundenreihe; eine solche fehlte auch im Geheimen Staatsarchiv in Berlin: Ranke, Ursprung und Beginn, S. 107f Anm. 2, Heigel 1, S. 435f Anm. 2. Die von den beiden Souveränen unterzeichnete "Ausfertigung", deren Existenz lange Zeit großen Zweifeln unterlag (Ranke, Ursprung und Beginn 2. Aufl., S. 264f), wurde Artois ausgehändigt. Vgl. Bittner, Chronologisches Verzeichnis 2, S. 46. Nur die Druckfassungen, etwa bei Neumann 1, S. 468-470, enthalten sechs apokryphe geheime Separatartikel zu verschiedenen Fragen, darunter v. a. zur sächsischen Sukzession in Polen und zum preussischen Interesse an Danzig und Thorn, das der Kaiser zu unterstützen versprach. In seinem Schreiben an Max Franz vom September 1791 (s. o.) sprach Leopold II. allerdings selbst im Zusammenhang mit den Pillnitzer Abreden von "quelque arrangement sur la succession de Pologne".

Was die Brüder des Königs unter wirklicher Freiheit für Ludwig XVI. verstanden, präzierte Monsieur in einer "Note particulière", nicht ohne kräftig die Angst vor einer Ansteckung ganz Europas mit der französischen Pest zu schüren. Die Frage des psychischen und physischen Handlungsspielraums für den Allerchristlichsten König schien nicht nur den Prinzen im Vorfeld der ihrem Abschluß zusteuernden Arbeit der Nationalversammlung an der neuen Verfassung von fundamentaler Bedeutung. Denn hier lag der Schlüssel für die Bewertung des wahren Verhältnisses zwischen Königtum und Revolution. Nahm Ludwig XVI. die Verfassung nur unter mehr oder weniger subtilem Druck an, oder standen ihm wirklich ernstzunehmende Wahlmöglichkeiten offen? Legte man die Latte für die Bemessung von Freiheit oder Unfreiheit des Königs hoch genug, so ließ sich damit der ganze Prozeß der Verfassungsprüfung schon zum voraus als lächerliche Komödie entlarven. Sicher war es in den Augen Koblenz' und vieler anderer nicht die Wiederherstellung der alten Rahmenbedingungen, wie sie vor Varennes geherrscht hatten, also jene fadenscheinige Freiheit, in der der Allerchristlichste König seit dem 6. Oktober 1789 permanent bedroht, ausspioniert und überwacht wurde. Nur weit von Paris, etwa an der belgisch-französischen Grenze unter starker Bedeckung durch fremde oder zuverlässige französische Truppen, konnte Ludwig XVI. wirklich frei und voll handlungsfähig sein.

Auf all dies ließ sich der Kaiser nicht ein. Er verwies kalt und knapp darauf, daß dem Allerchristlichsten König die Konzertbemühungen der europäischen Mächte wohl bekannt seien und ihm dies hinreichend (Selbst-)Vertrauen geben müsse. Die förmliche Übernahme der Regentschaft durch Monsieur konnte dabei nur einen schädlichen Effekt haben. Der Erlaß eines Manifests seitens der Prinzen wurde von der Zustimmung des spanischen Königs abhängig gemacht; eine Erklärung der zum Konzert eingeladenen Mächte könne es aber vor dem Zustandekommen der Aktionsgemeinschaft schwerlich geben. Isolierte Schritte einzelner Höfe schienen den Österreichern verhängnisvoll und ganz und gar zweckwidrig²⁰⁵).

In Paris wurde die Pillnitzer Konferenz sehr bald ruchbar, die Deklaration erschien schließlich in den Zeitungen, natürlich aufgebauscht durch die Emigranten und unglücklicherweise gerade im kritischen Prozeß der Verfassungsannahme durch Ludwig XVI. All dies veranlaßte, wie Blumendorf berichtete, einige Unruhe und "vieles Nachdenken". Der k.k. Geschäftsträger - selbst lange Zeit ohne jede präzise Information über die Geschehnisse in Sachsen - tat sein Möglichstes, die Gemüter zu beruhigen. Seine Hypothese, man habe in Pillnitz vor allem die "polnische Frage" diskutiert, fand freilich von Anfang an wenig Glauben.

Die französischen Vertretungsbehörden in Wien und Berlin beobachteten aufmerksam und interpretierten die Ergebnisse des Monarchentreffens meist in offensiv-aggressivem Sinne. Optimismus und Bedenken angesichts einer internationalen Entwicklung, die nun allmählich die Aufmerksamkeit der Mächte für eine konsequentere Beschäftigung mit der Lage in Frankreich freigab, hielten sich dabei annähernd die Wage. Botschafter Noailles tröstete sich einerseits mit der bekannt interventionsfeindlichen Linie der Spitzenbeamten in der Staatskanzlei und vermutete eine ähnliche Entwicklung in Preußen, zum anderen aber beunruhigte man sich über das definitive Ende des Türkenkrieges und das Freiwerden bisher gebundener Einheiten, glaubte Truppenverschiebungen erkennen zu können und munkelte auch von preußischen Geldspritzen für die Emigranten.

Um zu verhindern, daß die Emigranten durch falsche Mitteilungen nicht nur die öffentliche Meinung, sondern auch die königliche Familie in Paris irreführten und vielleicht zu unüberlegten Schritten verleiteten, erhielt Botschafter Mercy Anfang September 1791 Weisung, die Tuileries möglichst eingehend über die wahren Hintergründe zu informieren. Hatte er zuerst selbst noch die Pillnitzer Deklaration durchaus als hoffnungsvolle Drohung gegen das revolutionäre Frankreich verstanden, als Aufforderung, die inneren Turbulenzen endlich zu beenden, so mußte er sehr rasch erkennen, daß der kaiserliche Hof natürlich keinesfalls an eine Beschleunigung des Interventionskurses dachte und vielmehr angesichts der insgesamt durchaus nicht zufriedenstellenden Antworten der europäischen Mächte auf die Konzerteinladung Leopolds II. längst den Rückzug aus der exponierten Stellung vorbereitete. Auch König und Königin sollten sich daher vorerst passiv verhalten und die weitere Entwicklung der internationalen Lage abwarten. War es bis Juni 1791 die Flucht der königlichen Familie aus Paris gewesen, die zwar stets als Voraussetzung

²⁰⁵) "Note particulière de Monsieur" ([August (?) 1791]), "Points à fixer préalablement aux grandes opérations et sur lesquels la circonstance présente demande que l'Empereur veuille bien prononcer sans délai" (20. 8. 1791), die kaiserliche "Communication verbale" als Antwort darauf: StK FriedA 75 Konv. B/C u. gedr. bei Vivenot I, S. 229-234. Das O der "Note particulière" in SA Frkt. HK 6 Konv. Provence/Artois-Leopold II.

für ein Eingreifen des Auslandes genannt, gleichzeitig aber als zu gefährlich abgelehnt wurde, so klammerte sich die Staatskanzlei nun an die "vorhergehende Zustandebingung eines immer sehr ungewissen Concerts zwischen den großen Höfen", um jede Eskalation zu vermeiden. Auch aus dem Beraterkreis der Tuilerien, von Comte de Lamarck, kamen Warnsignale; ihm schien der anstehende Staatsbankrott Frankreichs als "Lösungsansatz" viel interessanter. Lamarck warnte Mercy in Brüssel, sich von England, Preußen und den Emigranten, die alle ihr eigenes Süppchen kochten, in einen kostspieligen Krieg gegen Frankreich verwickeln zu lassen. Ein Rückschlag konnte gerade für den Kaiser die verheerendsten Auswirkungen haben: die unwiederbringliche Auflösung der Allianz von 1756 bei gleichzeitigem Fortbestehen der Tripelallianz und den Verlust Belgiens in einem französischen Gegenstoß²⁰⁶).

Schon wenige Tage nachdem man in Pillnitz auseinandergegangen war, gab Artois neue Beweise "seines zudringlichen Leichtsinns", so daß sich der Kaiser genötigt sah, "um sich von weiteren Behelligungen Ruhe zu verschaffen", freilich aber ohne große Hoffnung auf dauerhaften Erfolg, dem Prinzen endlich "ohne Schonung" die Meinung zu sagen. Noch von Dresden aus hatte sich Artois nochmals an den Kaiser gewandt, für die Deklaration von Pillnitz gedankt, dabei aber doch auf konkrete Schritte gedrängt, ohne die die Verlautbarungen seiner Meinung steril bleiben mußten. In einer Denkschrift stellte er Leopold eindringlich vor, daß längere Untätigkeit für die Emigranten nicht mehr lange zumutbar sei, nicht zuletzt, weil es zunehmend schwierig wurde, die an Zahl rasch anwachsenden Flüchtlinge zu versorgen und von feindseligen Aktionen gegen ihr Heimatland abzuhalten. Ein erster Schritt zur Umsetzung der Pillnitzer "Versprechungen" sollte die schon mehrfach geforderte Absendung einer Vorhut durch Österreich und Preußen (insgesamt 20-25.000 Mann) Richtung Frankreich sein. Mit dieser Eingreiftruppe, die leicht um die zahlreichen bewaffneten französischen Emigranten und 12.000 Mann Miettruppen des Landgrafen von Hessen-Kassel zu einem ansehnlichen Armeekorps erweitert werden konnte, war man für den Ernstfall gewappnet und entging den Gefahren, denen man sich dann aussetzte, wenn man sich erst im kritischen Moment zur Mobilisierung entschloß. Auch der altbekannte Plan eines Manifests der Prinzen wurde von Artois wieder aufgewärmt. In besonderer Schärfe wollten die königlichen Brüder unterstreichen, daß Ludwig XVI. mit der Verfassungsurkunde recht eigentlich der völlige Verzicht auf seine Kronrechte zur Unterschrift vorgelegt würde. Die Nationalversammlung zwinge den König förmlich, selbst Hand an die Vernichtung der Monarchie anzulegen. Sollte Ludwig XVI. daher bis Mitte Oktober 1791 aus seiner schmachvollen Gefangenschaft nicht in völlige Freiheit, also in eine Festungsstadt an der Nord- oder Ostgrenze unter militärischem Schutz ausländischer Truppen, entlassen werden, wollte Monsieur umgehend Titel und Funktion eines Regenten annehmen.

Leopold II. wies das Ansinnen der Prinzen indigniert zurück, es sei ganz gegen den Tenor der Pillnitzer Abreden, von denen er keineswegs abzugehen beabsichtige. Ohne Mitwirkung der Hauptmächte wollte Österreich keinen Finger rühren. Provence und Artois erhielten vom Kaiser daher die eindringliche Mahnung, bei sonstiger öffentlicher Desavouierung alles zu unterlassen, was der Pillnitzer Erklärung widersprach. In Brüssel allerdings hatten die Emigranten schon bald nach Pillnitz ihre publizistische Offensive enthüllt. Der dortige Vertreter der Emigranten, Marquis de Laqueuille, übergab im Anschluß an einen kurzen Ausflug nach Koblenz zur Septemtermitte 1791 in Brüssel jenes als Brief getarnte Mémoire, das die Prinzen dem König in Paris zur "Information" über die Pillnitzer Gespräche und ihr Ergebnis zukommen lassen wollten ... ein wahres Kriegsmanifest, sehr zum Entsetzen der Generalgouverneurin Marie-Christine. Artois und Monsieur hatten gar nichts dabei gefunden, Preußen und besonders den Kaiser auf diesem Wege übel zu kompromittieren. Zudem ließen die Emigranten die Erklärung von Pillnitz in einem Brüsseler Journal veröffentlichen, zusammen mit einer Auslegung in ihrem Sinn. Umsonst hatte Marie-Christine geharnischt gegen derartige Schritte protestiert ... das in Koblenz gedruckte "Manifest" der Prinzen kursierte bereits massenhaft in Frankreich und sorgte in Paris für einiges Aufsehen; auch Brüssel wurde rasch mit Exemplaren dieser Denkschrift überschwemmt. Der bevollmächtigte Minister, Graf Met-

²⁰⁶ Ph. Cobenzl an Mercy und P.S. (Prag, 5. 9. 1791). Mercy an Blumendorf (11., 14. 9. 1791; FA SB 71 d. B/A); Blumendorf an Kaunitz (16. 9., 5. 10. 1791), an Mercy (21., 29. 9. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy 1790/91). Lamarck an Mercy (10. 9. 1791; Druck: Bacourt 2, S. 317-320). - Noailles an Montmorin (7., 10., 14., 21. und 24. 9. 1791; AMAE CP Autriche 362). Demoustier an Montmorin (30. 8., 6. 9. 1791; AMAE CP Prusse 212). Heftige Szenen in Pillnitz, v.a. zwischen Calonne und Spielmann, erwähnt ein Schreiben des französischen Chargé d'affaires in Berlin, Gorla, an Montmorin (11. 10. 1791; AMAE CP Prusse 212). Dies bestätigt Des Cars, Mémoires 2, S. 220-223, nach den Erzählungen der in Pillnitz anwesenden Emigranten.

ternich, drängte lebhaft, die französischen Emigrantenverbände nicht länger zu dulden, weil man so den französischen "Demokraten" um so mehr Anreiz zur Unterwanderung österreichischer Positionen in Belgien bot. Die Prinzen verteidigten sich zwar Ende September 1791 bei Leopold, die Österreicher aber rieten - wie es Mercy empfahl - den Emigranten, die Amnestie zur Rückkehr nach Frankreich zu nützen, "woselbst sie bey günstiger Gelegenheit der guten Sache mehr als im Auslande Vortheil bringen, auf allen Fall aber ihr eigenes Schicksal vor gewissen Verderben sicherstellen würden"²⁰⁷).

Auch ein weiterer Vorstoß der Emigranten - diesmal offensichtlich unterstützt von Preußen - störte die Prager Krönungsfeierlichkeiten. Die Prinzen hatten versucht, über den preußischen General Fürst Hohenlohe, der - von der französischen Emigration seit langem umworben - lebhaft ein wichtiges Truppenkommando wünschte, auch Preußen massiv zur Abschickung von Truppen zu bewegen. Anfang September 1791 kamen der militärische Bevollmächtigte der Emigranten, Generalleutnant Bouillé, und Fürst Hohenlohe selbst nach Prag, um den Kaiser gewissermaßen als Nachtrag zu den Pillnitzer Versprechungen und parallel zur brieflichen Initiative Artois' zu nachdrücklichen - militärischen - Maßnahmen gegen Frankreich zu drängen. Umsonst - gegen den bedächtigen Kurs FM Lacys, der für die österreichische Seite die "Militärkonferenzen" mit den Emigranten führte, blieben alle Anstürme und verschiedene leichtfüßige Invasionspläne ebenso fruchtlos wie das gleichfalls im September 1791 vorgebrachte Ostende-Projekt der Schweden (siehe oben)²⁰⁸).

²⁰⁷ Ph. Cobenzl an Kaunitz (Prag, 7. 9. 1791; StK FriedA 75 Konv. B/A; Druck: Vivenot 1, S. 234f). Artois an Leopold II. (Dresden, 29. 8. 1791; SA Frkr. HK 4 Konv. Artois-Leopold II.; Druck: Vivenot 1, S. 235) mit einem "Mémoire" (Druck: Feuillet 2, S. 255-259) und einem "Projet d'article à insérer dans le manifeste des frères du Roi", Leopold II. an Artois (Prag, 5. 9. 1791; SA Frkr. HK 5 Konv. Leopold II.-Artois; Druck: Vivenot 1, S. 243), Monsieur/Artois an Leopold II. (Schönbornlust, 14. 9. 1791; StK FriedA 75 Konv. B/A; Druck: Vivenot 1, S. 248) mit dem Brief an den König, Artois an Leopold II. (Schönbornlust, 28. 9. 1791; SA Frkr. HK 4 Konv. Artois-Leopold II.). - Ph. Cobenzl an Mercy (Prag, 29. 9. 1791) u. das bei Vivenot nicht gedr. P.S. Blumendorf an Mercy (29. 9. 1791). Der gedr. Brief der Brüder des Königs und der Prinzen von Geblüt an Ludwig XVI. (10./11. 9. 1791; Druck, Koblenz 1791) etwa in SA Frkr. DS 9. - Die Denkschriften für den Kaiser von Ende August 1791 waren von Artois auch dem Berliner Hof überstellt worden: Spielmann an Kaunitz (Prag, 8. 9. 1791; StK FriedA 75 Konv. B/B; Druck: Vivenot 1, S. 244). Marie-Christine an Leopold II. (14., 18., 25. 9. 1791; Druck: Schlüter, Marie-Christine, S. 175-180). Metternich an Kaunitz (3. u. 19. 9. 1791; Belgien DD A Berichte 323). Kornrumpf an RVK (3. 10. 1791; Druck: Hansen 1, S. 966f). Laqueuille an Metternich (22. 9. 1791; Belgien DD B rot 1). Mercy an Ph. Cobenzl (16./17. 9. 1791; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Cobenzl 1791/92). - Lagravière an Montmorin (28. 9. 1791; AMAE CP Pays-Bas espagnols/autrichiens 181).

²⁰⁸ Ph. Cobenzl an Kaunitz (Prag, 7. 9. 1791). Polignac an Ph. Cobenzl (22. 9. 1791), Ph. Cobenzl an Polignac (Prag, 26. 9. 1791); SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Cobenzl bzw. Cobenzl-Polignac. - Fersen an Gustav III. (21. 9. 1791). Vgl. auch Bouillé, Mémoires 2, S. 116-124, Bouillé, Souvenirs 1, S. 328-330, Schlüter, S. 322f Anm. 189. - Der private Briefwechsel zwischen Friedrich Wilhelm II., Bischoffwerder und Kaunitz aus der ersten Septenberhälfte 1791 (StK FriedA 75 Konv. A/E; Druck: Vivenot 1, S. 242, 246f) belegt Friedrich Wilhelms II. anhaltende Entschlossenheit, gemeinsam mit Wien die Beruhigung der internationalen Lage zu nützen, um sich ernsthaft der "französischen Angelegenheiten" anzunehmen, sollten die Mächte ihre "tourment menaçante" beibehalten. Generalleutnant Bouillé hatte bereits Mitte August 1791 vom Comte de Provence eine Vollmacht zu Verhandlungen mit Preußen und Österreich über die militärische Intervention gegen Frankreich erhalten. Die "pleins pouvoirs" sind abgedruckt bei Feuillet 2, S. 211. Wohl in Verbindung zu den Gesprächen mit Bouillé und Hohenlohe zu sehen sind die "Dispositions projetées pour les armées étrangères que l'on se propose d'envoyer au secours du roi de France" aus der Feder Bouillés (SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 I-V, KA Nachlaß Lacy 11 Konv. X/1). Mit mehr als 130.000 Mann - Truppen, die von Österreich, Preußen, der Eidgenossenschaft, Sardinien, Spanien und den Reichsständen gestellt werden sollten - spielte er darin verschiedene Invasionspläne durch und unterstrich die geringe Verteidigungsbereitschaft Frankreichs. Die Hauptstöße waren entweder durch die Champagne oder über das Elsaß und die Franche-Comté vorgeschoben, Diversionen auch gegen den Roussillon und den Dauphiné geplant. Auf das Invasionskorps, das der König von Schweden versprochen hatte, wurde gleichfalls nicht vergessen. In diesen Kontext wahrscheinlich einzuordnen "Notes sur les affaires de la France par Monsieur Bouillé" (SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 I-V), wo er u.a. nachzuweisen suchte, daß eine Rückkehr Frankreichs zur alten Ordnung lediglich durch das Ausland mit Waffengewalt gewährleistet werden konnte. Denn von einer großen Beliebtheit einer Restaurationspolitik gegen die Revolution ging Bouillé anders als andere Emigranten nicht aus; zwar habe das neue Frankreich nur wenige Anhänger, schrieb er, das Ancien Régime aber ausschließlich Feinde.

Gedeckter Rückzug

Die inoffizielle Sistierung des Interventionskurses

Die wenig zufriedenstellenden Reaktionen des Auslandes und das unentwegte Drängen der Emigranten blieben aber schließlich am kaiserlichen Hof insofern nicht ohne Auswirkung, als sie eine Neudefinition der österreichischen Frankreichpolitik über das rein reflexive Reagieren hinaus dringend wünschenswert erscheinen ließen. Wie sah die Zukunft des ganz offensichtlich in eine Sackgasse geratenen europäischen Mächtekonzernts gegen Frankreich aus, wie sollte sich der Kaiser in der zunehmend peinlichen Pattstellung verhalten?

Am 10. September 1791 versammelten sich in Gegenwart Leopolds und Erzherzog Franz' die nach Prag mitgereisten Konferenzminister und die anwesenden Spitzenbeamten der Staatskanzlei zu einer Sitzung, in der es weniger um die Substanz - denn hier war erst die definitive Annahme der Verfassung durch Ludwig XVI. abzuwarten -, sondern mehr um prestigepolitische "Oberflächenkosmetik" ging. Welche Sprache sollte man in der gegenwärtigen verfahrenen Situation gegenüber den zum Konzert eingeladenen Mächten führen, welche "einstweilige unkostspielige Vorkehrungen" waren zu treffen, "um zu verhindern, dass der Allerhöchste Hof beargwohnt werde, an der Ausführung des von ihm selbst angetragenen Concerts nicht werthätigen Theil nehmen zu wollen, ohne jedoch in die Gefahr zu gerathen, sich durch vorcillige Vorkehrungen zu compromittiren"?

FM Lacy hatte besonders engagiert gegen den Interventionskurs des Kaisers Position bezogen. Eine Wiederherstellung der französischen Monarchie in altem Glanz und Pomp, die mit militärischen Mitteln ohnedies kaum durchzusetzen war, schien ihm ganz und gar nicht im Staatsinteresse Österreichs gelegen. Nach Lacys Meinung hatte sich Österreich mit den Konzertbemühungen bereits viel zu weit nach vorne gewagt, um nicht zwischen dem international reputationsschädlichen Zurückweichen vor der selbst zu hoch gelegten Hürde und der Verwicklung in ein außenpolitisches Abenteuer zerrieben zu werden. In seinen Augen hätte schon nach Abflauen der Lebensgefahr für die königliche Familie allein "kaltblütiges Nachsehen gegen Frankreich" der Wiener Politik am besten entsprochen. Der Feldmarschall war sich nicht mehr sicher, ob Leopold überhaupt noch "freye Hände" hatte. Mit gutem Grund warnte er davor, sich weiter durch Unentschlossenheit bloßzustellen und dadurch auch Gefahr zu laufen, von anderen in bedenkliche Entwicklungen hineingezogen zu werden.

"Dann, wenn auch durch einseitige Scheinmittel nur Zeit gewonnen werden wollte, in der Hoffnung, daß auswärtige Zufälle uns aus der Verlegenheit ziehen werden, so stellt sich doch abermahls, wann diese Scheinmittel fehlschlagen oder derley Zufälle sich nicht ereignen, in unserer dermahligigen Lage die Verlegenheit neuerdings dar, zwischen zweyen Uebeln eines zu wählen, welches mit der Würde der oesterreichischen Monarchie nicht vereinbarlich wäre. Ich kann also meines wenigen Orts keine andere Meynung hegen, die ich auch in Gegenwart Seiner Majestät des Kaysers und des Königs in Preußen von mir zu geben mir die allerunterthänigste Freyheit genommen habe, daß nemlich, wann beyde Monarchen auch nur den ersten Schritt durch ihre Erklärung zur thätigen Theilnahme an den frantzösischen Unruhen zu thun geruhen, es ihrer Würde daran liege, auch nach dieser ihrer Erklärung vorzugehen."

Das Ergebnis der Prager Konferenz war freilich wieder eine halbherzige Kompromißlösung. Zwar sollte einerseits ohne Zustandbringung des Konzerts überhaupt nichts unternommen werden, wollte man sich mit den französischen Emigranten in keine Unterhandlungen mehr einlassen. Andererseits aber war man entschlossen, wenigstens verbal und grundsätzlich Eifer und Entschiedenheit zu demonstrieren. Ganz auf dieser Linie der Halbheiten gedachte der Kaiser den konzertwilligen Höfen schon jetzt zu eröffnen, daß Österreich nach Bildung des Konzerts den größten Teil seiner 50.000 Mann in den Nieder- und Vorlanden für etwaige Sofort-Aktionen gegen Frankreich zur Verfügung stellen und zur Füllung der Lücken in Belgien frische Mannschaft aus Böhmen nachrücken lassen werde. Einstweilen sollten, wie bereits seit längerem geplant und beschlossen, zwei Kavallerieregimenter in die Niederlande bzw. nach Vorderösterreich verlegt, eigentlich zur Rückkehr bestimmte Einheiten aber noch vor Ort belassen werden. So meinte man ein vorsichtiges, aber doch wahrnehmbares Signal der Entschlossenheit zu setzen, ohne das schwa-

che Staatsbudget mit unnötigen Mehrkosten zu belasten, das Konzert am Leben zu erhalten, ohne sich fruchtlos zu kompromittieren. Den rheinischen Kurfürsten, die sich in Wort und Schrift recht weit gegen Frankreich vorgewagt hatten, wußte man die bis zur Bildung des Konzerts jetzt vorsichtiger werdende Linie Wiens als eine auch in ihrem Interesse gelegene Maßnahme zu schildern, würden doch übereilte Schritte leicht zum Krieg führen; und "der Ausbruch wirklicher Feindseligkeiten an den französischen Grenzen [könnte] wegen den unvermeidlichen Unordnungen und Beschwerden des Krieges die Verlegenheit der Landesfürsten über die hie und da bedenkliche Stimmung ihrer eigenen Unterthanen nicht anders als vermehren"²⁰⁹).

Daß aber die Grundvoraussetzung für ein tatsächliches und tatkräftiges Agieren Wiens - die Bildung der Mächtegemeinschaft - überhaupt jemals geschaffen würde, glaubte unter den Wiener Entscheidungsträgern kaum noch jemand so recht. Wohl mit mehr Erleichterung als Enttäuschung nahm man zur Kenntnis, daß nur wenige Souveräne den "zèle magnanime" gegen die Französische Revolution so weit trieben wie Katharina II. in ihrem "Kreuzzugseifer". Eben sie bereitete der Kaiser in aller Behutsamkeit schon im September 1791 auf das abschbare Scheitern seiner Konzertbemühungen vor. Speziell in Petersburg mußte Wien betont vorsichtig agieren, hatte man doch die Frankreichfrage und die Notwendigkeit einer internationalen Aktionsgemeinschaft gegen die Revolution im Sommer 1791 als willkommenen Aufhänger benützt, um sowohl das endgültige Ausscheiden aus dem Türkenkrieg als auch das in Petersburg natürlich sehr verdächtige Bündnis mit Preußen unter "übergeordneten" Gesichtspunkten zu rechtfertigen. Noch im Spätsommer 1791 wagte es die Staatskanzlei nicht wirklich, sich im Verkehr mit den Russen offen zur Allianz mit Friedrich Wilhelm II. zu bekennen, man wollte sie vielmehr in einem "sehr schwachen und zweydeutigen Lichte" erscheinen lassen, "als ein bloß zeitliches Nebenmittel", das der eigentlich zentralen Bündnisachse Wien-Petersburg untergeordnet blieb. Die Sorge der Staatskanzleibeamten vor einer merklichen Abkühlung der Beziehungen zu Petersburg hatte gewiß ihre Berechtigung und stand ja seit Beginn der Regierung Leopolds II., der vielleicht auch hinsichtlich der durchaus gefährvollen russisch-österreichischen Freundschaft mit dem Erbe Josephs II. zu brechen gedachte, auf der Tagesordnung. Paßte die bisher mehr kompromittierende als hilfreiche Partnerschaft mit dem expansionslustigen Zarenreich zu Leopolds Reputation als Friedensfürst?

Der schwarze Peter ließ sich nun im September 1791, als man Erklärungen für das Scheitern der österreichischen Frankreichpolitik suchte, immerhin den Engländern zuspiesen, die eine Teilnahme am vorgeschlagenen Konzert nicht nur für sich ablehnten, sondern durch Obstruktion und versteckte Drohungen auch andere Mächte von jeder Aktivität abhalten wollten; englische Neutralität reichte nicht aus, um das Konzert zu aktivieren. Für die Staatskanzlei war, wie Vizekanzler Cobenzl seinem Cousin in Petersburg Anfang September 1791 ausdeutschte, klar, "daß ihm [dem englischen Hof] zur Erreichung seiner herrschsüchtigen Zwecke nichts Erwünschteres ist als was die Verwirrung, Verlegenheit und Schwächung der Mächte des Continent und insonderheit der großen Mächte befördern kann, in welcher Rücksicht derselbe die Verbreitung des französischen Revolutionsgeistes vielmehr gern sieht und begünstigen, als zu dessen Einschränkung beytragen dürfte." Aber auch die übrigen Höfe kamen in der Bilanz, die Wien für die Russen nun zog, nur mit blauen Flecken davon. Alle - auch oder besonders Preußen, das unter der Hand die Schuld an der allgemeinen Tatentlosigkeit auf Wien schob - schienen sich in dem Wunsch einig, möglichst alle Lasten auf den Kaiser abzuwälzen, ihn zu kompromittieren und dann alleine an die Front zu schicken.

²⁰⁹ Ph. Cobenzl an Kaunitz (Prag, 11. 9. 1791; StK FriedA 75 Konv. B/A; Druck: Vivenot 1, S. 246) mit dem Protokoll der Konferenz vom 10. 9. 1791 (dies auch in SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 IX-XII; Druck: Vivenot 1, S. 245f). Nicht bei Vivenot das Votum Lacys zur Konferenz (SA Frkr. 45 Konv. Frkr. Varia 1791 IX-XII; KA Nachlaß Lacy 11 Konv. X/1). KA Kabinettskanzlei HBP 78b (28. 9. 1791). - RVK Colloredo war über die neue österreichische Linie offensichtlich kaum informiert worden, ging er doch auch nach der Septemtermitte von einer baldigen ABERUFUNG der meisten europäischen Diplomaten aus Paris, einem armierten Kongreß in Aachen usw. aus: RVK an Kfst von Mainz (Prag, 17. 9. 1791; RK RkgF 3-5). Die Staatskanzlei übernahm die undankbare Aufgabe, den Kfst und Erzkanzler des Reichs zu enttäuschen und ihm auch seine Illusionen hinsichtlich des Zusammentreffens von Pillnitz zu rauben, das gegen die falsche Interpretation der französischen Prinzen hauptsächlich der Begründung eines Vertrauensverhältnisses zwischen Friedrich Wilhelm II. und Leopold II. gedient habe - zum Wohle der Interessen "unseres deutschen Vaterlandes": Kaunitz an Schlick (15. 9. 1791; StK DK Reich Weisungen 251 Konv. Weisungen an Schlick 1791) mit Kaunitz an Kfst von Mainz (15. 9. 1791; Druck: Vivenot 1, S. 249-252). Kaunitz an Kfst von Mainz (20. 9. 1791; Druck: Vivenot 1, S. 258f). Der Mainzer ventilierte daraufhin andere Ausweichmöglichkeiten, den Ärger der Reichsstände nicht erkalten zu lassen: Kfst von Mainz an Kaunitz (Aschaffenburg, 2. 10. 1791; Druck: Vivenot 1, S. 260-263). - Die österr. Frankreichpolitik im Spätsommer 1791 ist im übrigen sehr scharfsichtig zusammengefaßt bei Blanning, Origins, S. 80-95.

So fand man gar nichts dabei, die eigene Erwartungshaltung von der arroganten Sprache einer harschen Interventionspolitik auf ein überraschendes Maß von selbstgefälliger Bescheidenheit zurückzuschrauben; ein "état intérimal plus supportable et plus susceptible d'amendements subséquents", ein halberträglicher Vergleich, war nun die Wunschvorstellung des Kaisers, die Marie-Antoinette auch selbst durch Geheimverhandlungen mit den Revolutionären realisieren konnte. Wien tröstete sich in der Tat, daß alleine schon die Angst der "Häupter der französischen Revolution" vor der drohenden Intervention des Auslandes zu einer rücksichtsvolleren Behandlung der königlichen Familie und "zu einiger Schonung des königlichen Ansehens" geführt hatte. Dies war zwar, wie man wohl wußte, letztlich "mehr Schein als Wirklichkeit", aber selbst die königliche Familie plädierte aus den Tuileries für ein Spiel auf Zeit, wollte die Verfassung annehmen und erwartete, wie Vizekanzler Cobenzl in seiner Weisung nach Petersburg sich ausdrückte, "theils von den widrigen Folgen und der practischen Unmöglichkeit des jezigen Systems selbst, theils von einem künftigen so beschaffenen Concert der Mächte, dessen Gewicht und Erfolg durch Anwendung hinlänglich kräftiger Mitteln außer Zweifel gesetzt würde" eine Wende zum Besseren. 'Gefahr im Verzug' war nun einmal mit der zu erwartenden Wiederherstellung des Königtums in Frankreich nicht mehr gegeben und eine Militäraktion vor Frühjahr 1792 ohnedies unmöglich. Für Botschafter Mercy, den Koordinator und Leiter der österreichischen Frankreichpolitik, über den auch der Gedankenaustausch zwischen Wien und Paris verbindlich zu laufen hatte, resümierte Vizekanzler Cobenzl Anfang September 1791 die österreichische Politik des kleineren Übels:

"Die allseitigen Umstände sind so beschaffen, daß es eigentlich [...] darauf anzukommen scheint, das minder möglichste Übel fürzuwählen und sich lieber mit dem geringeren, aber sicheren und schleunigen Erfolg vor der Hand zu befriedigen, als sich auf höher gespannte Unternehmungen zu verlassen, deren Verwicklung, langsamer Gang und bedenkliche Einhängungen mehrere Schwierigkeiten und besorgliche Nebenfolgen als reelle Wirkungen voraussehen lassen."

Ein anhaltend offenes Bekenntnis zu den Konzertbemühungen - selbstredend "in terminis generalissimis" - schien den meisten völlig ausreichend, um "den Schein zu retten und eine anständige Contenance zu zeigen", und gleichzeitig nichtssagend genug, um den Kaiser nicht unnötig bloßzustellen, denn, so die Staatskanzlei fast machiavellistisch, daß das Konzert als *conditio sine qua non* überhaupt zustande käme, war gar nicht mehr wahrscheinlich, "es sey dann, daß die französischen Umstände sich dergestalt verschlimerten, daß die fremde Einmischung höchst dringlich würde."²¹⁰)

²¹⁰) Leopold II. an Katharina II. (Prag, 8. [9.] u. 13. 9. 1791; Druck: Vivenot I, S. 557f, Beer, Leopold, S. 153-155); Ph. Cobenzl an L. Cobenzl mit P.S. (Prag, 14. 9. 1791; SA Rußland II Weisungen 176 Konv. Weisungen 1791). "Nota für den Herrn Fürsten von Reuß" und "Geheime Nota" (Prag, 27. 9. 1791; StK DK Preußen 69 Konv. Weisungen 1791). Ph. Cobenzl an Mercy (Prag, 5. 9. 1791), an Kaunitz (Prag, 21. 9. 1791; StK FriedA 75 Konv. B/A). - Zu diesem Kapitel insgesamt auch Beer, Leopold II., S. 82-85.

*Die Sanktionierung der Verfassung durch Ludwig XVI.
und die Folgen*

Bei seinen Versuchen, die abwartende und zunehmend interventionsfeindliche Haltung zu rechtfertigen, hatte sich Wien, wie wir bereits mehrfach sahen, auch auf entsprechende Signale aus den Tuileries berufen. Hier steuerten König und Königin in der Tat seit längerem einen gefährlichen Mittelkurs zwischen innerlicher Ablehnung der zur Vorlage an Ludwig XVI. anstehenden neuen französischen Verfassung und äußerlichem Eingehen auf einen offensichtlich irreversiblen Transformationsprozeß.

Marie-Antoinette ließ in einer längeren "Denkschrift" an Botschafter Mercy in Brüssel keinen Zweifel, daß ihre Position nach eigener Einschätzung zwar "affreuse" und durchaus unfrei, das bald abgeschlossene Verfassungswerk der Konstituante monstruös war, doch sah sie wohl ein, daß dem Königtum keine ernstzunehmenden Alternativen offenstanden; nicht nur wegen der persönlichen Gefahr, der man sich in Paris angesichts kaum noch kontrollierbarer Zustände ausgesetzt sah, oder angesichts der enttäuschenden Tatenlosigkeit des Auslandes und der Unentschlossenheit des schwachen Königs. Entscheidender war: Jeder Widerstand mußte der Verfassung noch mehr Halt und Festigkeit geben, den "Republikanern" und "factieux" zuarbeiten, und dies lag ebensowenig im Interesse der Tuileries wie die ärgerliche Hetze der Emigranten, die Marie-Antoinette als feige Heimatflüchtlinge kritisierte. Sollte ihre Umsturzpolitik wider Erwarten Erfolg haben, so fürchtete die Königin eine noch viel schlimmere Sklaverei des Königs unter der Knute seiner Brüder und ihrer übelgesinnten Ratgeber, besonders Calonnes, der nur seinen Rachegehlüsten, seinem Ehrgeiz und seiner "légèreté ordinaire" gehorchte. Die fehlende Bereitschaft zur Zusammenarbeit zwischen den Auslandsagenten des Königs und dem Conseil der Prinzen verwies insofern schon auf bedenkliche Gräben und unterschiedliche politische Ziele, und die Reise Artois' nach Pillnitz wie auch die dort erlassene Deklaration sorgten in den Tuileries für entsprechende Aufregung. Um so mehr als das "Triumvirat" und seine Vertrauten vor dem Hintergrund der bedenklichen internationalen Lage zu resignieren begannen, und die Tuileries vielleicht auch noch diese Stütze zu verlieren drohten.

Die neue Politik der königlichen Familie wollte die "impossibilité de gouverner avec le nouvel ordre de choses" auf viel subtilere Weise bloßstellen, Ludwig XVI. die Verfassung unter Anmeldung gewisser Vorbehalte annehmen, anschließend durch pflichtbewußten "Dienst nach Vorschrift" die Unhaltbarkeit des "nouveau régime" in der täglichen Regierungspraxis klar herausstellen und so die enttäuschte, von ihrer Verblendung rasch geheilte Bevölkerung in den Schoß des Königtums zurückführen. Einer vorsichtig drohenden Haltung des Auslands, die zusätzlich günstigen Einfluß auf die ohnehin zerstrittene Nationalversammlung haben konnte, wurde größte Bedeutung zugemessen. "Il n'est plus possible d'exister comme cela", schrieb die Königin nach Brüssel; "il ne s'agit pour nous que de les endormir et de leur donner confiance en nous pour les mieux déjouer après. [...] il vaudrait mieux être roi d'une seule province que d'un royaume aussi vicié et désordonné que celui-ci". Die dem Ausland unter Führung des Kaisers zuge dachte Rolle, auf die man freilich weiterhin die Heilserwartung richtete, blieb bei alledem im Aktionsplan der Tuileries merkwürdig schwach konturiert. So wie sich die Königin über die unsichere Haltung der Mächte und auch über den Kaiser selbst beklagte, so konnten jene nun mit einigem Recht von einer unklaren Linie der königlichen Familie sprechen, die einst die Stimmführer im Mächtekoncert hätten sein sollen²¹⁾.

Comte de Lamarck unterstützte die Linie des Abwartens und die Politik der unbedingten Verfassungstreue nach außen. Ihm schien die Verfassung schon a priori derart defekt, daß sich ein Zusammenbruch des Staates und damit eine Reform im Sinne der Tuileries früher oder später nicht vermeiden ließen, während eine Ablehnung der Konstitution den König sofort auf die Anklagebank setzen und den Weg Richtung Republik beschleunigen mußte. Und selbst nach Beendigung eines kurzen republikanischen Zwischenspiels würde man gewiß nicht mehr auf die jetzt regierende Dynastie zurückgreifen. Ludwig XVI., der durch seine Energie- und Tatenlosigkeit auch in den Augen Lamarcks schwer am traurigen Schicksal der Monarchie trug, konnte seine Ansprüche nur wahren, wenn er mehr schlecht als recht den Thron weiterhin besetzte. Daß die verschlagene Politik der Tuileries freilich eines starken und solidarischen Ministeriums zur Unterstützung bedurfte, das weit und breit nicht in Sicht war, machte das neue Programm der subtilen Aushöhlung von Anfang an recht wackelig.

²¹⁾ Marie-Antoinette an Mercy (16./21./26. 8. 1791; FA SB 71 d. A Konv. 1791, SB 88 Konv. I, SA Frkr. Varia 44 Konv. Auslieferung a. d. Archives Nationales; Druck: Feuille 2, S. 220-229, Rocheterie/Beaucourt 2, S. 270-280; bei Armeth, Marie-Antoinette, S. 203-206, fehlt der umfangreichste Briefteil vom 16. 8.).

Auch eine Exekutive, die fester im Sattel saß als das heterogene Ministerium des Sommers 1791, hätte mit der Umschiffung der verschiedenen Riffe im stürmischen Meer der französischen Innenpolitik ihre Schwierigkeiten gehabt. Die eigentlich führungslosen Tuileries wurden gerade im Vorfeld der Verfassungsannahme im September 1791 von Denkschriften und Projekten überflutet, und die Berater des Conseil Secret, allen voran Lamarck und Pellenc, genossen bekanntlich nicht das unbedingte Vertrauen der allenthalben Verrat witternden königlichen Familie. Ludwig XVI. selbst hatte durch seine Flucht vom Juni 1791 und mehr noch durch die doch recht deutliche Protesterklärung eine Situation geschaffen, aus der sich nur schwer ein Ausweg finden ließ, ohne daß der Eindruck völliger Unglaubwürdigkeit entstand. Zu einer platten Annahme der Konstitution wollte der Conseil Secret und speziell Pellenc in einer umfangreicheren Denkschrift, die auch Botschafter Mercy zu seinem "Glaubensbekenntnis" machte, jedenfalls nicht raten. Begründete Einwendungen provozierten aber - auch dessen war man sich bewußt - ohne Zweifel lebhaften Widerspruch, Änderungsvorschläge liefen Gefahr, zurückgewiesen zu werden, und eine totale Ablehnung führte ohne Zweifel zu einer republikanischen Revolution, jedenfalls zum Sturz des Hauses Bourbon. Der fortschreitende Machtverlust des Triumvirats und der Partei der Verfassungsreformer ließ es angezeigt erscheinen, die Hoffnung auf eine allmähliche Verbesserung der Konstitution nur verhalten zum Ausdruck zu bringen. Auch für Pellenc mußte die Hauptaufgabe des Königs für die Folgezeit sein, die Unausführbarkeit der Verfassung in praxi durch konsequente Anwendung zu demonstrieren. Eine geschickte Öffentlichkeitsarbeit, ein brauchbarer Mitarbeiterstab und die sprichwörtliche Güte Ludwigs als einzig wesentlicher Beitrag des schwachen Monarchen sollten garantieren, daß das erwartete Scheitern des Verfassungsexperiments nicht am Ende auf die Tuileries zurückfiel und so die tödliche Ansicht Boden gewann, der Krise wäre durch einen Wechsel an der Spitze der Exekutive leicht zu begegnen. Auch eine Intervention der europäischen Mächte hatte nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn der König nicht als ausgewiesener Verfassungsfeind der heimlichen Kooperation mit dem Ausland geziehen werden konnte, wenn es nicht um eine Wiedereinsetzung Ludwigs, sondern "nur" um eine Verbesserung seiner Position ging²¹²).

Botschafter Mercy schwenkte Anfang September 1791 nach seiner Rückkehr aus England ganz auf den von Marie-Antoinette und dem Conseil Secret scheinbar unisono gesteuerten Kurs ein. Auch ihm schien die - freilich nicht kritiklose - Annahme der Verfassung ("constitution monstrueuse") eine notwendige Folge der aktuellen Lage. Die Ruhigstellung sicherte vorerst die Position der königlichen Familie ab und hielt dennoch Ausweichmöglichkeiten offen. Außerdem gewann Wien wieder wertvolle Gelegenheit, die lästigen Konzertbemühungen weiter aufzuschieben, mußte man doch erst die Folgewirkungen der Verfassungsannahme und der neuen königlichen Politik einer (unehrlichen) Aussöhnung mit der Revolution abwarten.

Ebenfalls Anfang September, wenige Tage vor der endgültigen Annahme der Verfassung durch Ludwig XVI., wandte sich Marie-Antoinette brieflich und mit einer ausführlichen Denkschrift an ihren kaiserlichen Bruder in Wien und faßte die politische Linie der Tuileries und ihre Forderungen an Leopold nochmals zusammen. Das Programm hatte in einem Satz Platz:

"[...] il est de notre plus grand intérêt, faisant tant que d'accepter, d'inspirer la plus grande confiance. C'est le seul moyen pour que le peuple, revenu de son ivresse, soit par les malheurs qu'il éprouvera dans l'intérieur, soit par la crainte du dehors, revienne à nous en détestant tous les auteurs de ses maux."

Zur Vergrößerung dieser angeblich so hilfreichen Angst vor dem Ausland durften allerdings die Emigranten keinesfalls beitragen; sie sollten möglichst ganz aus dem Spiel bleiben, ihre Pläne vereitelt werden. Mit der Deklaration von Pillnitz freilich hatte Österreich die lange Zeit (von einigen Ausritten des Kaisers abgesehen) einigermmaßen konsequent eingehaltene Distanz zu den Emigranten dem äußeren Schein nach aufgegeben. Was im Verständnis der österreichischen Verantwortlichen ein Versuch zur Abwehr der lästigen Zudringlichkeiten der Prinzen war, erschien weiten Teilen der Öffentlichkeit als überaus gefährliches Zugeständnis an die Kriegstreiberei der Emigranten. Die Signalwirkung war durch die geschickte Propaganda von Artois und Provence so stark, daß die eigentlich sehr harte Linie von Hofburg

²¹²) Lamarck an Mercy (26. 8. 1791; FA SB 88 Konv. I), dto. (6., 10. 9. 1791; Druck: Bacourt 2, S. 299-316, 317-320), beim Schreiben vom 6. 9. 1791 das Mémoire Pellencs. - Söderhjelm, Fersen, S. 206ff.

und Staatskanzlei gegen die Prinzen und Führer der französischen Flüchtlinge in den Wochen und Monaten danach die ungünstige Optik nicht mehr zu korrigieren vermochte. Von den europäischen Mächten und besonders vom Kaiser in Wien erwartete man sich dabei in den Tuileries keinesfalls direkte Einmischung in französische Interna, eine bewaffnete Intervention, für die man gegen die "fureurs d'un peuple armé" keine reale Chance sah, oder die Entzündung eines nicht steuerbaren Bürgerkrieges, sondern eine starke, Eindruck gebietende Sprache mit entsprechenden Machtdemonstrationen im Hintergrund. Marie-Antoinette skizzierte eine solche Absichtserklärung der Mächte gleich selbst und stellte bei dieser Gelegenheit das in den Vordergrund, was ihrer Meinung "cause commune" der europäischen Höfe sein durfte: Sicherung der monarchischen Staatsform Frankreichs (Erblichkeit der Krone, Unverletzlichkeit und Unabsetzbarkeit des Königs usw.), Einmahnung der völkerrechtlich-vertraglichen Verbindlichkeiten Frankreichs (päpstliche Enklaven in Südfrankreich, Besitzungen und Gerechtsame einzelner Reichsstände in Elsaß und Lothringen), Protest gegen die französische Aufrüstung, Eindämmung der ordnungswidrigen Prinzipien der revolutionären Anarchie, für die die Trikolore in den Augen der Königin sinnfälliges Symbol war ... "le signe des troubles et des séditions enfantés par ces maximes subversives de tous les gouvernements". So ersparte man den Mächten aktives Eingreifen und versprach sich schon alleine von der Interventionsangst dieselben Folgewirkungen; der König konnte dann im Fall der Fälle als Mittler zwischen das Mächtekonkord und seine reumütigen Untertanen treten: "La révolution [die royalistische "Gegenrevolution" wohl gemerkt] se fera dans l'intérieur de chaque ville; elle se fera par l'approche de la guerre et non par la guerre même."²¹³⁾

Die Ratschläge zu einer bloß konditionalen und bewußt kritischen Annahme der Verfassung, zu einer "acceptation la mieux ménagée possible dans les conditions et les formes", wie Mercy sich ausdrückte, hatte Ludwig XVI. - auch zum Bedauern Marie-Antoinettes - schließlich nicht befolgt. Am Abend des 3. September 1791 war eine Deputation der Constituante in den Tuileries vorstellig geworden, um dem König das in langen Beratungen während der hektischen Sommermonate endlich fertiggestellte Verfassungswerk zur Prüfung und Sanktionierung vorzulegen. Sofort öffneten sich die seit Juni abgeriegelten Tuileries Besuchern und besonders dem diplomatischen Korps, das nun wieder zu den üblichen Aufwartungen zugelassen wurde. Blumendorf fand die Königin über die Monate der Quarantäne abgemagert und gealtert, er konstatierte "mélancholie" und "tristesse". Schon am 14. September 1791 verfügte sich Ludwig XVI. in die Nationalversammlung, um die Verfassungsurkunde in aller Form anzunehmen; selbst die Ansprache des Monarchen stammte aus der Feder des Triumvirats und ließ nicht erkennen, wie gekränkt sich die arg zusammengeschrumpfte, von ernsten inneren Zwistigkeiten geplagte königliche Familie in den Tuileries fühlte. Paris für die Phase der Begutachtung zu verlassen, hatte der König nicht für nötig befunden und so gleich selbst - vor allem im Ausland - für allerhand Zweifel an der Aufrichtigkeit seiner Entscheidung gesorgt.

Aus dem letztlich beschränkten, aber nicht kontrollierten Königtum des Ancien Régime mit einem obersten Rechtsprechung, "Exekutive" und "Legislative" in sich vereinigenden Monarchen an der Spitze machte die Konstitution vom 3./14. September 1791 (Titre III, chapitre II, section I-III) einen dem Gesetz und skrupulösen Detailrichtlinien unterworfenen, auf die Verfassung vereidigten, durch eine eigene Zivilliste besoldeten und absetzbaren Funktionär der zum eigentlich Souverän aufgewerteten Nation, von der alle Gewalten ausgingen. Im Sinne der "séparation des pouvoirs" erhielt der König die exekutive Gewalt überantwortet (Titre III, chap. IV), durch Sanktions- und suspensives Vetorecht bzw. eine gewisse Vorschlagsbefugnis auch Anteil an der legislativen Arbeit der Versammlungen. Die Staatsdevise "La Nation, la Loi, le Roi" brachte die neue "revolutionäre" Hierarchie bereits seit längerem ebenso deutlich zum Ausdruck wie die Umbenennung des Roi Très-Chrétien, des "Roi de France et de Navarre", in "Roi des

²¹³⁾ Mercy an Marie-Antoinette (6. 9. 1791; FA SB 71 d. B/A; Druck: Feuillet 2, S. 282-286), an Kaunitz und an Leopold II. (4. 9. 1791), an Lamarck (6. 9. 1791; FA SB 71 d. B/A). Marie-Antoinette an Leopold II. (8. 9. 1791; FA SB 88 Konv. I [A]); Druck: Arneth, Marie Antoinette, S. 206-208), bei Arneth jedoch ohne die beigelegte Denkschrift, die bei Feuillet 2, S. 287-309, oder Rochetier/Beaucourt 2, S. 282-304, zu finden ist. Sie war bereits seit längerer Zeit zur Absendung bereit gewesen, blieb aber mangels sicherer Gelegenheit liegen. Die Sendung ging nun über Mercy nach Wien: Marie-Antoinette an Mercy (12. 9. 1791; FA SB 71 d. A/Konv. 1791; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 208-211). Das O des Schreibens vom 8. 9. 1792 wurde bei der Auslieferung von entfremdetem Schriftgut österreichischer Provenienz aus den Archives Nationales 1924 in Paris zurückbehalten (AN AE I 6 No. 1/AE II 1241; vgl. Musée de l'histoire de France IV: Salle de la Révolution française, Paris 1965, S. 41), das Mémoire dagegen im O ausgeliefert; statt des originalen Schreibens erliegt im Konv. eine Photographie: SA Frkr. Varia 44 Konv. Auslieferung a. d. Archives Nationales.

Français, par la grâce de Dieu et la loi constitutionnelle de l'Etat" (Dekrete vom 8./10. Oktober 1789) und die Beseitigung des dynastischen Lilienbanners zugunsten der Trikolore als Nationalfahne (Oktober 1790).

Fast allenthalben war im September 1791 erleichtertes Aufatmen zu hören, bei den Beratern der königlichen Familie und besonders im Ausland. Auch Comte de Lamarck, der sich nun anschickte, als Leiter der Pariser Außenstelle des Conseil Secret zu demissionieren, um - wie seit langem geplant - womöglich in österreichische Dienste überzuwechseln, mußte bei aller Kritik an der Schwäche des Königs bekennen, daß anderes als die Sanktionierung der Verfassung nicht in Frage gekommen wäre, nicht zuletzt wegen des fehlenden Einsatzwillens im Ausland. Nun galt es freilich, in der täglichen Praxis die beschworene Verfassungstreue unter Beweis zu stellen. Ludwig hatte eindeutig mit den Feinden der Revolution gebrochen und durfte sich nicht durch zwispältiges Agieren auch noch gegenüber den Revolutionären isolieren. Die Position der Tuilerien war Mitte September 1791 erfreulich wie noch nie, die generelle Erleichterung schuf eine euphorische Glückstimmung, die allerdings nur solange vorwalten konnte, wie es gelang, den Anschein der Aussöhnung zwischen "royauté" und "révolution" einigermaßen aufrecht zu erhalten. Dazu schienen die Zukunftsaussichten denkbar ungünstig. Denn in der Legislativversammlung, die sich Anfang Oktober 1791 konstituieren sollte, saßen - so Lamarck vorausschauend - entweder "hommes nuls" oder aber längst berüchtigte Brandredner, die gewiß für eine Verstärkung des republikanischen Elements sorgen würden, während der Hof ohne verlässliches Ministerium lediglich mit dem bedenklichen Instrument einer zweifelhaften Bestechungs- und Geheimpolitik agierte. Die immer noch nicht beseitigte Angst vor einem Krieg mit dem restlichen Europa sorgte in Frankreich weiterhin für eine unruhige Stimmung, die die Anarchie am Leben erhielt und vielleicht gar wahnwitzige Projekte etwa zu einer totalen Revolutionierung des Beneluxraumes bis nach Holland hinein für die Abgeordneten zur Legislative enttabuisierte. Die viel gemäßigtere Constituante hatte ja selbst noch, ehe sie auseinander ging, das Schicksal der päpstlichen Enklaven Avignon und Comtat Venaissin besiegelt und die Vereinigung mit Frankreich dekretiert, "sans calculer que c'était une belle page qu'elle préparait pour le manifeste futur des puissances étrangères contre la France". Geradezu prophetisch sah Lamarck in der Förderung von Aufstand und Revolte in den Reihen des Gegners die Erfolgsformel französischer "revolutionärer" Außenpolitik, die über Insurrektionen im Inneren zur Eroberung von außen schreite ... "Rome, détrônant les rois, quand les peuples se mettaient sous sa protection, n'avait pas d'autre système"²¹⁴).

Mit z. T. großer Sorge wurden in Paris wenige Tage nach Annahme der Verfassung durch den König die entsprechenden Notifikationsschreiben für die Souveräne Europas ausgefertigt: alle internationalen Bemühungen um Freiheit und Zukunft des Allerchristlichsten Königs mußten nun aufhören, der König hatte freiwillig zum Wohle Frankreichs und auf Wunsch der Nation auf einen Teil seiner "ancienne autorité" verzichtet, der Gesundungs- und Sanierungsprozeß durfte nicht durch Querschüsse aus dem Ausland gehemmt werden, um so weniger als man für sein "régime intérieur" niemandem Rechenschaft schuldig war. Gerade in Wien, so fürchtete das Außenministerium, konnte man aber eine Zurückweisung nicht gänzlich ausschließen. Verstand sich der Kaiser überhaupt selbst noch als Alliierter Frankreichs, oder war das "système de 1756" längst zu Grabe getragen? Die Deklaration von Pillnitz, von der man sich in Paris lange wünschte, daß sie apokryph und ein Gespinnst der Emigranten wäre, und das Bündnis zwischen Wien und Berlin, hinter dessen Bestimmungen man vergeblich zu kommen trachtete, ließen nicht unbedingt Gutes ahnen.

Ganz das Gegenteil war schließlich der Fall. Zwar fiel ein Zusammentreffen des französischen Botschafters Marquis de Noailles, in der Kaunitz in den letzten Septembertagen eine Kopie des königlichen Notifikationsschreibens vom 18. September 1791 und ein Exemplar der Verfassung zur Weiterleitung an den immer noch in Prag weilenden Hof übergeben wurden, reichlich frostig und unbefriedigend aus. Hinter der Fassade der Ablehnung, bestenfalls der Gleichgültigkeit jubilierte aber in Wahrheit auch der Staatskanzler.

Mit großer Erleichterung, aus der Einbahn der Konzertbemühungen doch noch herausgekommen zu sein, leitete Fürst Kaunitz die Freudenbotschaft mit scherzhaften Kommentaren an Staatsreferendar Spielmann in Prag weiter:

²¹⁴) Blumendorf an Kaunitz (3., 16. 9. 1791), an Mercy (8. 9. 1791). Mercy an Ph. Cobenzl (16./17. 9. 1791). Lamarck an Marie-Antoinette (16. 9. 1791), an Mercy (16. 9. 1791); Bacourt 2, S. 320-325.

"Le Roi a mieux aimé être roi sur le pied de la constitution que de ne plus l'être du tout; das ist, dünkt mir, ungefähr das Resultat von allem, was man dieserwegen sagen könnte, und nach meinem Sinne sollten wir et Compagnie Gott danken, daß ce bonhomme de roi nous ait tiré par sa détermination du mauvais pas dans lequel nous nous trouvions embarqués."²¹⁵⁾

Die umständliche Rückreise des Hofes und der mitgezogenen Staatskanzleibeamten aus Prag verzögerte sich noch bis Anfang Oktober; der Kaiser machte sogar noch einen Abstecher nach Mähren und langte erst in den frühen Morgenstunden des 12. Oktober 1791 wieder in Wien an, so daß man für eine ausgewogene Beantwortung der französischen Notifikation noch genügend Zeit gewann. Eines war jedem klar: Mit der Annahme der Verfassung durch Ludwig XVI. mußte jeder weitere Schritt Richtung Intervention unterbleiben.

Sofort nach der Rückkehr Leopolds wurde Botschafter Noailles wegen einer Audienz beim Kaiser vorstellig, um die Notifikationsschreiben des Königs und die seit März 1791 noch immer nicht überreichten Kreditive in aller Form einzuhändigen. Am Sonntag, dem 16. Oktober 1791, war es dann soweit. Marquis de Noailles erhielt - gegen mancherlei Intrigen - nach dem Gottesdienst zu Mittag seine Audienz bei Leopold II. Auf seine kurze Anrede antwortete der Kaiser recht gnädig, und der Botschafter maß dabei dem Einfluß der Königin Marie-Antoinette und ihrer Korrespondenz mit dem Kaiser große Bedeutung zu. Er hoffe, so Leopold, daß in Paris alles zum Besten des Königs und der Königin ausschlage, und wünsche die Aufrechterhaltung der guten Beziehungen. Auf konkrete Bitten Noailles', etwa die Rückkehr der Prinzen nach Frankreich durch eine entsprechende Aufforderung zu beschleunigen, wollte der sichtlich peinlich berührte Kaiser nicht eingehen, fand aber durchaus Gefallen an der Idee, die Brüder des Königs zu einem Eingehen auf die Amnestie und zu einer Mitwirkung an der Sanierung der Lage in Frankreich von innen heraus zu bewegen. Voreilige Freude war, relativierte der französische Botschafter sogleich warnend, nicht angezeigt, denn die frankreichfeindliche Partei unter Führung des mächtigen kaiserlichen Günstlings Fürst Liechtenstein, blieb nicht untätig und konnte sich wegen der schwankenden Linie Leopolds Chancen ausrechnen, den Kaiser nach und nach zu ihrem Standpunkt zu bekehren. "L'Empereur qui n'est pas exempt de foiblesse peut toujours nous faire du mal, même en n'agissant pas, mais en laissant agir."²¹⁶⁾

Mit besonders ängstlicher Neugierde wartete man nun in der französischen Hauptstadt auf die kaiserliche Antwort. Nach und nach waren in Paris ab Oktober 1791 die Reaktionen der europäischen Mächte auf die Verfassungsnotifikation eingetroffen; viele antworteten sehr allgemein und relativ freundlich. Spanien blieb bei seiner verbalradikalen Linie und bestritt kurzerhand die Freiheit des Königs bei Annahme der Konstitution.

In Wien entschloß man sich - freilich nicht ohne kleinere Meinungsverschiedenheiten zwischen Kaunitz und Staatsreferendar Spielmann - zu einer möglichst förmlichen und unverfänglichen Antwort, "sans entrer autrement dans aucune discussion sur le fond" und ohne Änderungen zur Verbesserung der königli-

²¹⁵⁾ Montmorin an Noailles (19. 9. 1791; AMAE CP Autriche 362 u. suppl. 23), Noailles an Montmorin (28. 9., 1., 5., 8. 10. 1791; AMAE CP Autriche suppl. 23). Die französische Notifikation Ludwig XVI. an Leopold II. (18. 9. 1791) im O in SA Frkr. HK 5 Konv. Ludwig XVI.-Leopold II., gedr. bei Arneth, Marie-Antoinette, S. 212, u. Vivenot 1, S. 257f. - Kaunitz an Spielmann (28. 9. 1791; StK FriedA 75 Konv.B/C; Druck: Vivenot 1, S. 259), an Leopold II. (28. 9. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 VIII-X), Spielmann an Kaunitz (Prag, 30. 9. 1791; StK FriedA 75 Konv. B/B; Druck: Vivenot 1, S. 259f), Leopold II. an Kaunitz (Prag, 2. 10. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 VIII-X; Druck: Beer, Joseph, S. 426). Leopold II. an Marie-Christine (Brünn, 9. 10. 1791; Druck: Wolf, S. 267f). Keith an Grenville (1., 8. 10. 1791; Druck: Clapham, S. 228).

²¹⁶⁾ Kaunitz an Leopold II. (12. 10. 1791; FA SB 70 Konv. NW Kaunitz-Leopold II./1791). Noailles an Kaunitz (12. 10. 1791) u. Kaunitz an Noailles (14. 10. 1791); SA Frkr. NW 14 Konv. V. d. frz. Botschaft/von Noailles bzw. A. d. frz. Botschaft/an Noailles. - Noailles an Montmorin (12., 17., 19. 10. 1791; AMAE CP Autriche suppl. 23). So manchem widerstrebte die vorsichtigernde Linie der Staatskanzlei, und vereinzelt wurden Stimmen nach einer Ablöse Kaunitz' laut, der eben schon zu alt wäre und daher auf die neuen Entwicklungen nicht gebührend reagieren könne. Vgl. Merodes "Rapport verbal fait aux pieds de Sa Majesté [...] dans son audience du jeudi 22 de décembre 1791" (SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 IX-XII). - Auch Kaiser Leopold II. - er sprach Abbé Fontbrune gegenüber von der Wichtigkeit, auf einen ohnedies unvermeidlichen Schlagabtausch mit Frankreich vorbereitet zu sein - war angeblich nicht bloß verärgert, daß sein schwächerer Schwager in Paris die Verfassung widerspruchsfrei angenommen hatte, er wußte auch nur zu gut, daß die Staatskanzleibeamten oft genug seine Befehle, wenn sie nicht für gut befunden wurden, nicht oder nur schleppend ausführten; "je crois devoir aviser aux moyens de pouvoir comencer avec le plus d'avantage possible une guerre qui tôt ou tard sera peut-être inévitable. [...] Les ordres que je donne sont assés souvent exécutés avec lenteur et quelquefois aténués"; Journal Fontbrunes (Eintragung zu Oktober 1791; SA Frkr. Varia 45).

chen Position im Verfassungswerk zu fordern. Denn hierüber war man sich in der Staatskanzlei durchaus einig: nach der Sanktionierung der Verfassung durch den König hatte Europa nicht mehr den Anflug eines Rechts, sich in französische Interna zu mengen. Jeder unabhängige Staat durfte sich eine wie immer defekte Regierungsform nach seinem Gutdünken geben, und die (selbstverschuldete) persönliche Situation des Königs von Frankreich mußte dem Kaiser - wenigstens offiziell - gleichgültig sein. Die Wiener Polenpolitik präjudizierte auch die Haltung in der "französischen Frage". In Polen war ja im Mai 1791 gleichfalls eine bedeutende Verfassungstransformation über die Bühne gegangen, die Wien nicht nur tolerierte, sondern durchaus begrüßte, obwohl es die Vorgängerkonstitution mit garantiert hatte.

Obwohl in lateinischer Sprache ausgefertigt ("in stilo majori cancellariae"), entbehrte die Antwort des Kaisers (23. Oktober 1791) nicht eines - freilich recht freundschaftlich-väterlichen - kritischen Grundtones. Scheite für das Vergangene und ein wenig Skepsis für die Zukunft waren unüberhörbar, wenn am Schluß der Wunsch ausgesprochen wurde, "ut consilium quod V.M. in praesenti rerum statu sibi capiendum credidit ii consequantur successus qui expectationi suisque pro publica felicitate votis plene respondeant et simul illae quae regibus et principibus communes sunt ex nuper praeteritis sinistre ominandi causae deinceps cessent serioque cavendi necessitas evitetur."²¹⁷)

Kaunitz machte sich indes auch privat seine Gedanken über das französische Verfassungswerk. Die in den Staatskanzleiakten überlieferten, leider sehr fragmentarischen und großteils unfertigen philosophisch-staatsrechtlichen Überlegungen des Staatskanzlers zu Güte und Wert der französischen Konstitution des Jahres 1791 mögen eine zweifache Absicht verfolgt haben. Zum einen konnte Kaunitz gewiß der intellektuellen Versuchung beckmesserisch-selbstzweckhafter Kritik nicht widerstehen, zum anderen boten die umfassende Festschreibung der seit 1789 in Frankreich eingeführten Neuerungen und deren selbstbewußte Notifikation an das Ausland natürlich die beste Gelegenheit, den "unwiderleglichen" Beweis zu führen, daß die monarchische Regierungsform alten und langerprobten Zuschnitts doch der *salus publica* am förderlichsten war, die metaphysische Seifenblase des französischen Experiments aber bald wieder zerplatzen mußte. Nicht zuletzt dieses Bewußtsein der Impraktikabilität der neuen französischen Staatsordnung konnte und sollte in der Konfrontation mit der Ausstrahlungskraft der Französischen Revolution die nötige Zuversicht geben. Die Bilanz der französischen Verfassungstransformation war demnach in der Sicht Kaunitz' ganz eindeutig negativ, ja recht eigentlich vernichtend. Eine nur kleine Gruppe von Verantwortungsträgern hatte in Wahrheit seit 1789 die souveräne Gewalt an sich gerissen und die fehlerhafte alte Verfassung zum Schaden aller Bürger - die Abgeordneten zur Nationalversammlung ausgenommen - und zum Nachteil von Macht und Ansehen Frankreichs durch eine neue, noch viel unbrauchbarere ersetzt. Die für Frankreich so katastrophale Endabrechnung ergab für die übrigen Mächte unterm Strich um so beruhigendere Aussichten, nicht weiter behelligt zu werden; jedenfalls in den selbstgefälligen Prognosen, die der Staatskanzler im letzten Friedensherbst 1791 wagte.

²¹⁷) Vortrag Kaunitz (19. 10. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 VIII-X), Notiz Spielmanns (17. 10. 1791; SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 IX-XII), Kaunitz an Spielmann mit dem französischen Entwurf des kaiserlichen Antwortschreibens (17. 10. 1791; GK 406 Konv. E; Druck: Schlitter, Kaunitz, S. 89). Über die Entstehungshintergründe auch Schlitter, Marie-Christine, S. LXXXIII-LXXXV. "Observations du prince de Kaunitz sur les dépêches du comte de Mercy" (17. 10. 1791; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Mercy 1792 u. SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 IX-XII). Die kaiserliche Antwort Leopold II. an Ludwig XVI. (23. 10. 1791 - lat.; Druck: Vivenot 1, S. 269) in zahlreichen A u.a. in SA Frkr. HK 5 Konv. Leopold II.-Ludwig XVI.; das ausgefertigte O in AMAE CP Autriche 362. Leopold II. an Marie-Christine (17. u. 25. 10. 1791; Druck: Wolf, S. 270-273). Blumendorf an Kaunitz (20. 10. 1791; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1791 VII-XII). Kaunitz an RVK (17. 10. 1791; RK RkgF 3-5) mit dem frz. Notifikationsschreiben und den neuen Kreditiven Noailles'. Bei Zustellung der kstl. Antwort soll Kaunitz Noailles mit den Worten beruhigt haben: "Vous verrez que j'ai soigné ma fille [die österr.-frz. Allianz]" - Iriarte an Floridablanca (11. 11. 1791; registriert bei Chaumié, Correspondance. In: Bulletin hispanique 37 [1935] 367). Die habsburgischen Nebenlande antworteten getrennt. Der Großherzog von Toskana ließ sein Schreiben über Blumendorf in Paris überreichen: Blumendorf an Kaunitz P.S. (7. 11. 1791). - Zu Belgien vgl. Marie-Christine an Leopold II. (27. 9. 1791; Druck: Schlitter, Marie-Christine, S. 181), Kaunitz an Metternich (6. 10. 1791; Belgien DD A 67). - Lagravère an Montmorin (3. 10. 1791; AMAE CP Pays-Bas espagnols/autrichiens 181). Die belgische Antwort auf die Notifikation erging schließlich am 21. 11. 1791 (AMAE CP Pays-Bas espagnols/autrichiens 181). Von den Reichsständen replizierte Mainz besonders unfreundlich und unter Wiederholung alter Proteste, so daß das Schreiben wieder zurückgeschickt wurde. Die etwas beruhigte Gesinnung des Mainzer Kurfürsten war bis November 1791 wieder zugunsten des altbekannten Interventionismus verfliegen. In gleichem Maße wuchs allerdings die Angst vor einem militärischen Schlag der Franzosen gegen das militärische Zentrum der Emigranten in Worms: Ludwig XVI. an Kfst von Mainz (19. 9. 1791) und die Antwort des Kfst (4. 11. 1791) als Beilagen zu Kfst von Mainz an Kaunitz (6. 11. 1791; Vivenot 1, S. 258, 264, 266. Schlick an RVK (23. 11., 6., 9. 12. 1791; Druck: Hansen 1, S. 1025-1029, 1053f, 1059f).

Kaunitz hatte sich von den Verfassungsvätern eine weniger realitätsferne, weniger popularitätsheischende Konstruktion gewünscht, einen Rechte- und Pflichtenkatalog der Staatsbürger mit klarer Abgrenzung der Machtmöglichkeiten und Grenzen der königlichen Autorität. Die Charte von 1791 basierte für ihn ganz im Gegensatz dazu auf dem "fantôme séduisant d'une liberté imaginaire ainsi qu'impossible et la chimère d'une égalité chimérique qui ne l'est pas moins". Und aus diesen falschen Prinzipien mußte man notgedrungen falsche Schlüsse ziehen ... "cette constitution est devenue un rassemblement d'articles dans lesquels il n'y en a pas un seul auquel il n'y est [!] pas des objections très fondées à y opposer".

Besonders die 17 Artikel der Menschen- und Bürgerrechte, die als Präambel der Verfassung von 1791 neuerlich vorgeschaltet worden waren, hatten es dem Staatskanzler angetan. Vom Freiheits- und Gleichheitssatz, der angeblich in weltfremder Weise über die allgegenwärtigen Abhängigkeiten des Menschen hinwegstieg, über das Widerstandsrecht, die Definition von Souveränität, Freiheit und Gesetz bis zur schrankenlosen Rede-, Druck- und Religionsfreiheit blieb kein gutes Haar an den jahrelangen Arbeiten der Constituante²¹⁸).

Exkurs: Revolution und Staatenwelt

Das Problem der völkerrechtlichen Anerkennung

Die völkerrechtliche Anerkennung von sich auf Kosten eines Altstaates gänzlich neu bildenden bzw. von aus der allgemeinen Ordnung mehr oder minder stark herauswachsenden Staaten durch innere Umformung und wenigstens teilweise Depossedierung des angestammten Souveräns kann als Schlüsselproblem jeder Staatenordnung aufgefaßt werden²¹⁹).

Eine besonders wichtige Frage im Beziehungsgeflecht zwischen Alteuropa und dem "neuen" bzw. sich erneuernden Frankreich war dementsprechend von Anfang an auch die der internationalen Anerkennung des innerstaatlichen Transformationsprozesses durch die Staatenwelt und die Neugestaltung bzw. Weiterführung des Kontaktes auf diplomatischer Ebene. Gerade die prekäre Situation im Sommer 1791 zeigte in aller Deutlichkeit die Brisanz der Problematik auf. Die Anerkennung der im September 1791 den europäischen Mächten notifizierten neuen französischen Verfassung war längst keine rein machtpolitische Frage mehr. Es ging weniger um das Gewicht Frankreichs im engeren Konzert der Mächte, zu dem es ja im Zeichen seiner inneren Turbulenzen immer weniger gerechnet wurde, sondern um die internationale Sanktionierung einer neuen, von den Prinzipien des übrigen Europa z.T. losgelösten Verfassungsgrundlage und die damit verbundenen Gefahren. Drohte nicht eine weitergehende Auflockerung der Homogenität der Staatenwelt, letztlich eine Infragestellung wesentlicher Bausteine des *ius publicum europaeum* (etwa

²¹⁸) Die undatierten, z.T. unzusammenhängenden Fragmente erliegen in SA Frkr. Varia 45 Konv. Denkschriften des Fürsten Kaunitz über die Französische Revolution, abgedr. bzw. rekonstruiert bei Vivenot 1, S. 290-301. Vgl. auch Kuntzel, S. 103-107. Nicht bei Vivenot: "Sur les deux paradoxes de la prétendue liberté et égalité de l'homme dont il est fait mention dans la Constitution française" (28. 7. 1792) und weitere leicht abweichende Fragmente. Zu den Kaunitzischen Skizzen über die Menschen- und Bürgerrechte vgl. auch Wangermann, S. 116, der ausführt, Kaunitz habe im Zuge des leopoldinischen Vorhabens einer Kodifizierung der politischen Gesetze im Staatsrat mit anderen gegen die Aufnahme von "Menschenrechten" und für eine Beschränkung auf "Bürgerrechte" votiert (Sommer 1791). Der preußische Gesandte Jacobi berichtete im Oktober 1791 von einem angeblichen Plan des Staatskanzlers, ein Parlament aus Delegierten aller habsburgischen Erblande einzuberufen: ÖZV Abt. II, Bd. 1/2/2, S. 6. Eine (hier nicht mögliche) detailliertere Untersuchung der Überlegungen des Fürsten Kaunitz zur französischen Verfassung in Synopse mit anderen zeitgenössischen Wertungen und entsprechenden Überschneidungen bzw. Beeinflussungen wäre dringend wünschenswert und wird zur Zeit von Mil Sylvie Freney (Angers) in Angriff genommen. Vgl. in diesem Zusammenhang z.B. auch Helmut Reinalter, Joseph von Sonnenfels als Gesellschaftstheoretiker. In: Ders. (Hrsg.), Joseph von Sonnenfels (= Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte Österreichs 13; Wien 1988) 139-156 zu Sonnenfels' Schrift "Ueber die Ursachen der französischen Revolution" (1797) und besonders Sebastiano Ayala De la liberté et de l'égalité des hommes et des citoyens (Wien 1792). Ayala dürfte vergeblich versucht haben, Kaunitz' *Aperçus* über die Droits de l'homme im Anhang seines Bandes zu bringen (siehe die Andeutungen S. 410f). - Zinzendorf überliefert in seinem Tagebuch die Kaunitzische "Maxime" (KA NL Zinzendorf TB 34, 4. 11. 1789): "[...] il vaut mieux dépendre d'un seul tyran que de plusieurs". Zum "Vorzug der Alleinherrschaft vor den sogenannten Freistaaten" vgl. Kaunitz Votum vom 14. 6. 1794 (KA Kaunitz-Voten 6 Konv. 1793/94).

²¹⁹) Vgl. u.a. mit konkretem Österreichbezug Hans-Otto Kleinmann, Die österreichische Diplomatie und die Anerkennung der amerikanischen Staaten. In: MÖStA 34 (1981) 174-233 und - über das Völkerrechtliche weit hinausgehend - Thomas Fröschl, Kaiser Joseph II., "Haus Österreich" und das Heilige Römische Reich in der Sicht der Vereinigten Staaten (1776-1789). In: MIOG 101 (1993) 328-359.

durch den "Souveränitätstransfer" vom König auf die Nation, den damit verbundenen Angriff auf das dynastische Legitimitätsprinzip, die internationalistischen Momente des Kosmopolitismus und durch den Universalismus der Menschenrechtserklärung), eine Gefährdung der Sicherheit der internationalen Ordnung durch den bereits grundgelegten und schließlich ab Herbst 1791 verstärkt aktivierten universalen Anspruch des neuen Staats- und Gesellschaftsverständnisses? Nachdem Frankreich in den Jahren 1787-1789 alleine schon durch seinen Ausfall aus der Pentarchie der Großmächte die Bündnisstrukturen und damit die wohlgeordneten Bahnen des europäischen Staatensystems durcheinandergebracht hatte, begann es im Zeichen der Revolution und ihrer Abstrahlung nach außen allmählich zu einem direkten, selbstaktiven Ärgernis zu werden.

"Die Entstehung eines 'heterogenen' internationalen Systems als Folge der Französischen Revolution, in dem die rechtlich-politischen Ordnungsvorstellungen bis zur gegenseitigen Negation kraß auseinandergingen und eben dadurch das Prinzip der Gegenseitigkeit, das der Staaten- und Fürstengesellschaft des Ancien Régime ihr festes Fundament gab, wirkungslos machten, brachte das Normgefüge des Droit des gens und Droit public de l'Europe ins Wanken und stellte seine zentralen Kategorien wie sein ganz auf die Status- und Machtchancen der fürstlichen Souveräne abgestimmtes Instrumentarium des zwischenstaatlichen Verkehrs in Frage. Es kann kein faktischer Konsens über den normativen Anspruch völkerrechtlicher oder gesamtgesellschaftlicher Institutionen Bestand haben oder hergestellt werden, wo die eigenen Norm- und Wertpräferenzen verabsolutiert werden."²²⁰⁾

Eine Entwicklung freilich, die sich in ihrer Radikalität erst aus der ex-post-Perspektive des späteren Betrachters voll enthüllt. Dem Realpolitiker der Zeit, gerade in der Wiener Staatskanzlei, vernebelte aber bis weit in das erste Kriegsjahr 1792 hinein das Denken in den herkömmlichen Schemata der Macht- und Mächtepolitik des Ancien Régime die Sicht auf das "ideologische" Element des Konfliktpotentials und trübte vollends den Blick für die dynamisierende Seite des innerfranzösischen Umgestaltungsprozesses und die Mobilkraft des "revolutionary optimism".

Anhand der Bemühungen der secessionistischen nordamerikanischen Kolonien Englands um Einlaß in die *communitas gentium* war das (völkerrechtliche) Problem der internationalen Anerkennung unter mehreren Gesichtspunkten, auch unter Berücksichtigung einer freilich noch sehr gemäßigten "antimonarchischen Tendenz", bereits thematisiert worden. Dabei erwies sich durch die äußerliche Kooperation zwischen König und Revolution in Frankreich und das oft sehr problematische Fortlaufen der diplomatischen Kontakte in den alten Kanälen der vorrevolutionären Zeit die Lage als noch viel diffiziler denn gegenüber den völlig neu erstehenden Vereinigten Staaten von Amerika, denen man als revoltierenden, über kein ausgebildetes diplomatisches Instrumentarium verfügenden Untertanen des englischen Königs zunächst aus dem Weg gehen konnte.

Eine zuweilen mit skeptischen Zwischentönen und offener Feindseligkeit untermischte Zurückhaltung vieler Souveräne im Anerkennungsprozeß gegenüber dem neuen Frankreich mußte dagegen das Klima des Miteinander belasten und schließlich das zu verstärkter Radikalität drängende Gegeneinander in den Vordergrund schieben. Die vielerlei Bedenken des Auslands gegen den innerfranzösischen Transformations-

²²⁰⁾ Kleinmann, *Diplomatie*, S. 195. In "A World Restored. Metternich, Castlereagh and the Restoration of Peace" (Boston/Cambridge 1957), S. 328, beschrieb Henry Kissinger das Konfliktpotential zwischen ideologisch fundamental divergierenden Mächten ganz ähnlich (hier das Zitat nach der deutschen Fassung *Großmacht-Diplomatie. Von der Staatskunst Castlereaghs und Metternichs*, TB-Ausg. 1975, S. 386): "Die außenpolitische Erfahrung eines Volkes stellt aber die Allgemeingültigkeit seiner Vorstellung von der Gerechtigkeit in Frage, weil die Stabilität einer internationalen Ordnung auf Selbstbescheidung, auf das Abstimmen verschiedener Versionen von Legitimität untereinander angewiesen ist. Eine Nation wird jede Außenpolitik an den Begriffen ihrer inneren Legitimation messen, weil sie gar keinen anderen Maßstab hat. Doch der Versuch, das legitimierende Prinzip der internationalen Ordnung mit dem begrenzten Gesichtskreis heimischer Gerechtigkeit gleichzusetzen, führt zu einer revolutionären Lage, besonders wenn die jeweiligen innenpolitisch legitimierenden Ziele stark voneinander abweichen. Wenn sich eine Gesellschaft durch ein Prinzip selbst legitimiert, das Anspruch sowohl auf Allgemeingültigkeit als auch auf Exklusivität erhebt, wenn ihre Vorstellung von der 'Gerechtigkeit' also kurz gesagt die Existenz anderer Prinzipien der Legitimität nicht mit umfaßt, werden die Beziehungen zwischen ihr und anderen Gesellschaften allmählich nur auf Gewalt basieren. Darum ist es für einander widerstreitende Systeme der Legitimität so außerordentlich schwierig, füreinander Verständnis aufzubringen". Vgl. auch die kurzen allgemeinen Überlegungen zur Problematik "revolutionärer Außenpolitik" bei Kissinger, *A World Restored*, S. 1-3.

prozeß, mahnende oder gar tadelnde Worte mochten dort von einer selbstbewußten, die einzelstaatliche Souveränität und Selbstbestimmung besonders deutlich betonenden Nation als hart an "autoritative Intervention" grenzend empfunden werden, wo man ganz einfach ein Zur-Kennntnis-Nehmen erwartet hatte. Mit dem Kriegsausbruch im April 1792 war dann im Gegenschlag die beschleunigte Distanzierung Frankreichs von den Prämissen konventioneller Außen- und Kriegspolitik notgedrungen vorgezeichnet: Die Revolution ging endlich in ihrer Isolation selbst zum Angriff auf die Grundlagen des "alteuropäischen" *ius publicum* über, um die Fundamente des Ancien Régime zur Gänze zu erschüttern. Völkerrechtssubjektivität setzte nach der neuen Doktrin Volkssouveränität voraus, nur demokratische legitimierte Systeme konnten sich also Hoffnung auf Respektierung machen; Völkerrecht war nun eben wörtlich zu verstehen, und dies kam einer "Rechtlosstellung der Souveräne Europas" (W. Martens) gleich^{220a)}

"Sauve qui peut ... le Roi!"

Der Gleichklang, der zwischen den Tuileries und Botschafter Mercy in Brüssel in den Monaten September und Oktober 1791 herrschte, hielt nicht lange vor. Mercy verurteilte die bedingungslose Annahme der Verfassung, war aber zunächst mit dem Programm von König und Königin, die öffentliche Meinung für sich einzunehmen und dadurch der "republikanischen" Bewegung einen Damm zu setzen, sich von den Emigranten so kräftig als möglich zu distanzieren und weitere heilsame Verbesserungen der Situation einerseits von der augenfälligen "Monstrosität" der Verfassung und Kraftdemonstrationen des Auslands andererseits zu erwarten, einverstanden. Der Botschafter kalkulierte fest mit einem aus Anarchie, Staatsbankrott und Versorgungsmangel geradezu zwangsläufig resultierenden Bürgerkrieg, und auch aus diesem Grunde mußte sich das Königspaar durch offenherziges Betragen gegen die drohenden Konvulsionen sicherstellen. Von den Brüdern des Königs und ihrem wirren Treiben wollte man sich dem Wunsch der Tuileries entsprechend deutlichst lossagen und als Ansprechpartner nur mehr die Königin, Graf Fersen und Baron de Breteuil, der sich Anfang September 1791 endlich nach dem Ende der Kursaison in Spa ebenfalls in Brüssel niedergelassen, eine Einladung der königlichen Brüder nach Koblenz aber abgelehnt hatte, anerkennen.

Das Trachten der Königin zielte, was den dem Ausland zgedachten Aktionsplan betraf, seit Sommer 1791 konsequent auf einen bewaffneten Kongreß der europäischen Mächte in Aachen, wie ihn der Kaiser selbst zu Beginn der Konzertbemühungen im Juli 1791 ohne Erfolg angeregt hatte. Viele - darunter auch Mercy - waren der Meinung, daß Baron de Breteuil als Auslandsagent Ludwigs XVI. diese Idee forcierte, um hier als Repräsentant des Königs primär seinen Ehrgeiz zu befriedigen. Wenigstens im Kontakt mit Marie-Antoinette unterstützte der Botschafter noch bis Ende Oktober 1791 den Kongreß-Plan, der vielleicht doch am besten dem billigen Prinzip "Einschüchterung ohne Eingreifen" Rechnung trug und für den Krisenfall der erwarteten "Zweiten Revolution" eine ausbaufähige Aktionsbasis bereitstellte. Die den meisten ausländischen Mächten als Vorwand durchaus dienliche Dichotomie zwischen dem äußerlichen Einschwenken des Allerchristlichsten Königs auf die Linie der Verfassung von 1791 und seinen wahren "intentions et désirs" war und blieb freilich ein fast unübersteigbares Hindernis auch für einen armierten Kongreß.

Die größte Sorge der königlichen Familie galt weiterhin den Provokationen der Emigranten. Ihre Zahl wuchs so rasch an, daß ein Dammbruch selbst gegen den Willen der Prinzen bald nicht mehr ausgeschlossen werden konnte. Auch für König und Königin ließ sich vorausberechnen, daß eine "action d'éclat" der französischen Flüchtlinge gegen ihr Mutterland die Stimmung nur aufheizte, die Verteidigungsbereitschaft stärkte, die schwierige Position der Tuileries zwischen den Fronten dramatisch verschärfte und keine auch noch so scharfe Erklärung gegen sie den tödlichen Eindruck einer heimlichen Kooperation zu überdecken vermochte. Auch prominente Revolutionsgegner, die Frankreich bereits verlassen hatten, wie etwa der in die Schweiz, später nach Köln emigrierte ehemalige Marineminister Marschall Castries, den Ludwig XVI. im November 1791 förmlich zum Vermittler zwischen Breteuil in Brüssel und den Prinzen in Koblenz einsetzte, oder der nach Auslaufen seines Angeordnetenmandats ausgewanderte Abbé Maury suchten die königlichen Brüder zu zügeln und derart die Atempause für die Tuileries und ihr Programm der gespielten Verfassungstreue zu verlängern. Die Sorgen waren berechtigt, denn die Annahme der Verfassung durch den König beeindruckte die Prinzen in keiner Weise - nur unter den Morddrohungen der revolutionären Briganten hatte ihrer Meinung der König den erniedrigenden Schritt

^{220a)} Wolfgang Martens, Völkerrechtsvorstellungen der Französischen Revolution in den Jahren von 1789 bis 1793. In: Der Staat 3 (1964) 295-314.

getan und die Verfassung akzeptiert. Welchen Beweis brauchte man noch, daß der König immer noch nicht frei, sondern weiterhin Gefangener war. Barhäutig und stehend hatte einer der einst mächtigsten Herrscher Europas vor einer sitzenden und bedeckten Versammlung von Rebellen seine Kapitulation besiegeln müssen. Die Prinzen hatten zwar Recht, wenn sie meinten, auch der Kaiser werde dies wohl einsehen; aber Wien war froh, nötigenfalls im puren Schein eine Ausrufe parat zu haben, um sich nicht weiter in das ungemütliche Abenteuer einlassen zu müssen. Die Zeit der vorpreschenden Aktionen war einfach vorbei²²¹).

In ein immer noch aufgewühltes Paris, "dans un coupe-gorge et parmi des cannibales qui me suspecteroient trop pour me laisser auprès de la Reine un accès assez libre", zurückzukehren, verspürte Botschafter Mercy indes immer noch keinerlei Lust. Dabei war ihm und anderen durchaus klar, daß König und Königin dringend einer Koordinationsstelle bedurften, um zu jener konsequenten Linie zu finden, zu der sie offensichtlich - auf sich alleine gestellt - nicht fähig waren. Ein starkes Ministerium konnte freilich nicht gebildet werden, viele Minister glaubten der Nationalversammlung für ihr eigenes politisches Überleben schmeicheln zu müssen und stellten so zum Schaden des Königs eine bedenkliche Brücke zwischen der verschüchterten Exekutive und einer expandierenden Legislative her. Der Kreis der vertrauenswürdigen Berater schrumpfte weiter: Ende Oktober 1791 nahm Außenminister Montmorin seinen seit langem erbetenen Abschied, nachdem schon Comte de Lamarck enttäuscht, ja angewidert über die unbefriedigende "demi-confiance" seitens der Tuileries Paris den Rücken gekehrt und sich nach Auslaufen seines Abgeordnetenmandats Anfang Oktober 1791 auf seine Güter bei Valenciennes zurückgezogen hatte. Ein weiterer harter Schlag für die Tuileries, war doch Montmorin bei aller Schwäche ein wichtiger Koordinationspunkt, an dem die Fäden der offiziellen französischen Außenpolitik mit den Bemühungen des "Conseil secret" zusammenliefen. Umsonst hoffte Montmorin gegen den Buchstaben der Verfassung seinen Platz im Conseil d'état behalten zu können; weder die Position eines "grand maître de la maison du Roi" noch die Funktion eines "gouverneur du Dauphin" wurde ihm übertragen. Montmorin war längst nicht mehr Brückenbauer zwischen den gemäßigt progressiven Kräften, der Nationalversammlung und den Tuileries, als der er noch im Jahre 1790 punktet und sich durch beträchtliche Popularität gegen seine verschricenen Ministerkollegen absetzen, ja selbst als einziger den Mißtrauensanträgen gegen das Kabinett im Oktober/November 1790 entgegen konnte, sondern selbst zur Belastung und zum Ansatzpunkt vielerlei Verdächtigungen geworden. Die Verfassungskrise nach Varennes hatte nicht nur im prinzipiellen Bereich die sehr weitgehende Entmachtung des Außenministers zugunsten der Constituante festgeschrieben. Der Fluchtversuch der königlichen Familie rückte gerade Montmorin persönlich in ein besonders ungünstiges Licht und zog das Kreuzfeuer der Kritik immer enger. Von der Wirklichkeit Lügen gestrafte Dementis von Fluchtgerüchten im Mai 1791, die Ausstellung der Pässe, deren sich die königliche Familie für ihr Entkommen bediente, und sein merkwürdiges Verhalten nach Bekanntwerden der Flucht machten Montmorin zum wohl umstrittensten Minister, der sich alleine noch durch größte Kooperationsbereitschaft gegenüber der Versammlung zu halten vermochte. Auch als geheimer Berater der Tuileries reüssierte er nicht, seine Verbindungen zum Hof allerdings wurden ihm später zum Verhängnis. Nach dem Sturz des Königtums im August 1792 unter Anklage gestellt und inhaftiert, kam er während der Pariser Septembermassaker 1792 ums Leben.

Wie schwierig und wie wenig erstrebenswert nun unter der scharfen Kontrolle der Volksvertretung die Übernahme eines Ministerportefeuilles war, zeigte sich bei dem Versuch, das Außenministerium rasch nachzubesetzen. Viele lehnten ab, darunter Comte de Ségur, der ehemalige französische Gesandte in Pe-

²²¹) Mercy an Marie-Antoinette (17., 26. 9. 1791; FA SB 71 d. B/A; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 211, 213-215), Marie-Antoinette an Mercy (28. 9. 1791; FA SB 71 d. A/Konv. 1791; Druck: Rochetier/Beaucourt 2, S. 312-316). Über Breteuil auch die Bemerkung Mercys zu diesem Brief der Königin. Feuillet 2, S. 404-406, gibt einen angeblich interzipierten Brief der Königin an Leopold II. (4. 10. 1791). Marie-Antoinette an Mercy (19. 10. 1791; FA SB 71 d. A/Konv. 1791; Druck: Arneth, S. 215-217), Mercy an Marie-Antoinette (26. 10. 1791; FA SB 71 d. B/A; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 217-219). - Polignac an Leopold II. (12. 10. 1791; SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Leopold II.) mit Mémoire (o.D.). - Lagravière an Montmorin (7. 9., 18., 25. 10., 2. 11. 1791; AMAE CP Pays-Bas espagnols/autrichiens 181). - Vgl. auch zwei Fragmente aus der Privatregistatur Mercys, der sich hier wohl unbefugt Einsicht in nicht für ihn bestimmte Korrespondenzstücke der Königin verschafft hatte: Marie-Antoinette an Craufurd bzw. Fersen ([31. 10. 1791]); FA SB 71 d. F, Klinckowström 1, S. 206-212. Hier gewährt die Königin tiefe Einblicke in das schlechte Klima, das innerhalb der geschrumpften königlichen Familie in den Tuileries herrschte ("c'est un enfer que notre intérieur"). Besonders Madame Elisabeth erwies sich durch ihre zu engen Kontakte zu den Emigranten in Koblenz als Belastung. Zur Rolle Castries' vgl. Castries, Maréchal de Castries, S. 163-172, Bombelles, Journal 3, S. 387-391.

tersburg, Choiseul-Gouffier in Konstantinopel, Barthélemy, der Geschäftsträger in London, Béranger aus Regensburg, und schließlich einer der aussichtsreichsten Kandidaten, der betont königstreue französische Gesandte in Berlin Demoustier, der im Herbst 1791 vorsorglich aus der preußischen Hauptstadt abberufen worden war, nun aber nicht mehr an so exponierter Stelle "verheizt" werden sollte; Gegen Mitte Oktober 1791 über Brüssel, wo er mit Baron de Breteuil konferiert hatte, in Paris eingetroffen und auch später kompromißlose Königstreue affichierend, lehnte er - auch unter dem Druck der Konstitutionellen die Nachfolge Montmorins ab; er ging 1792 ins Ausland und fand sich bald in den Reihen der Emigranten.

Die Verfassung des Jahres 1791 enthielt ausführliche Bestimmungen über die Minister, ihr Verhältnis zum König und zur legislativen Gewalt; doch auch hier klafften, wie bei den allgemeinen Rahmenregelungen zur außenpolitischen Kompetenz, Verfassungsfiktion und Wirklichkeit deutlich auseinander. Das alleinige Recht des Königs zur Auswahl und Ernennung der Minister (Titre III, chap. II, section IV *Des ministres*), die seit Beschluß vom November 1789 keinesfalls den Reihen der Abgeordneten entnommen werden durften, wurde durch die scharfe Aufsicht der Volksvertreter über die ministeriellen Agenden wenigstens aufgewogen, wozu die jährliche Rechnungslegung und Rechtfertigung der Ausgaben gegenüber der Volksvertretung eine nicht unwichtige Handhabe bot. Die Minister hatten Zugang zu den Sitzungen der Nationalversammlung und sollten dort auf Wunsch bzw. über Aufforderung der Volksvertretung gehört werden (Titre III, chap. III, section IV, art. 10). Für Vergehen in Ausübung ihrer Funktion (u.a. "contre la sûreté nationale et la Constitution") konnten sie nach Dekret der Legislative vor dem Staatsgerichtshof, der Haute Cour, angeklagt werden (Titre III, chap. II, section IV, art. 5 sowie chap. V, art. 23). Die Möglichkeit eines Mißtrauensantrags in der Versammlung bestand nicht (der ursprünglich vorgesehene "droit d'adresse" zur Entziehung des Vertrauens ohne rechtliche Konsequenzen wurde nicht in die Verfassung übernommen). Einzig der König war befugt, die Minister abzuberufen, doch kam nun viel stärker als bisher der auch von anderen politischen Institutionen geförderte Druck der öffentlichen Meinung zum Tragen, und die (strafrechtliche) Verfolgung durch die Ministeranklage konnte leicht mißbraucht und zur rein politisch motivierten Bekämpfung der Minister benützt werden.

Die gerade in der brenzligen Situation ab Herbst 1791 undankbaren Funktionen des Außenministers übernahm nach dem Ausscheiden Montmorins Ende Oktober 1791 vorerst provisorisch und schließlich im November 1791 definitiv Innenminister Jean-Marie-Antoine-Claude de Valdec (Waldeck) de Lessart (1741-1792), "Exponent der Triumviratspolitik" (F. Maier), ein Mann, über den Mercy eigentlich nur Bitterkeiten zu sagen wußte, ein Protégé Neckers, "plat valet de la Révolution", aber doch dem König sehr ergeben und von diesem geschätzt²²²).

Die Hoffnung der letzten Getreuen der königlichen Familie war nun Marie-Antoinette selbst, die das Heft in die Hand nehmen sollte, um das bedenkliche *laissez-aller* zu beenden. Dem gefährlich schwachen König durfte man nach Meinung des Comte de Lamarck keinen zu großen Freiraum lassen: "Car enfin, il faut trancher le mot: le roi est incapable de régner, et la reine, bien secondée, peut seule suppléer à cette incapacité." Ludwig war, so Lamarck in seiner Abrechnung mit dem Monarchen, unfähig "par l'apathie de son caractère, par cette rare résignation qu'il prend pour du courage et qui le rend presque insensible au danger de sa position, et enfin par cette répugnance invincible pour le travail de la pensée qui lui fait détourner toute conversation, toute réflexion sur la situation dangereuse dans laquelle sa bonté a plongé lui et son royaume". Bis Ende Oktober 1791 war die anfänglich zuversichtliche Hoffnung auf eine Selbsterstörung der neuen Verfassungsordnung und eine dauerhafte Umpolung der öffentlichen Meinung gegen republikanische Strömungen einer resignativen Niedergeschlagenheit gewichen, die auch die Königin ihr Heil mehr denn je in der Forderung nach Drohgebärden des Auslands suchen ließ. "En combinant cet-

²²²) Die Herkunft de Lessarts ist nur dürftig aufgehehlt. Er entstammte wohl einer kleinadeligen Familie der Guyenne. Nach Studium am Pariser Collège Louis-le-Grand finden wir ihn 1767 als "maître des requêtes" und bald im engeren Kreise Jacques Neckers - eine Bekanntschaft, die seiner Karriere in der Finanzverwaltung eine neue Dimension gab. Im November 1790 wurde er schließlich selbst zum Generalkontrollleur der Finanzen bestellt, im Januar 1791 dann zum Innenminister: Michaud 24, S. 310, NBG 30, Sp. 962f, Masson, S. 111-141, Soboul, S. 670, Yvert, S. 66f. Eine romanhafte "Biographie" de Lessarts legte Florence Mothe, La terrasse des Feuillants (Paris 1985) vor.

te conduite avec l'agitation démoniaque de vingt-quatre millions de fous, comment prévoir d'autre résultat que l'avenir le plus déplorable?"²²³)

Im direkten Gespräch mit dem k.k. Geschäftsträger in Paris, in ihren beschwörenden Briefen an Mercy in Brüssel drängte Marie-Antoinette nun immer hektischer auf eine "démonstration des forces armées". Gerade vom Kaiser erwartete man sich "une chose grande et noble", die die königliche Familie aus ihrer schrecklichen Lage befreien sollte. Botschafter Mercy hatte es zunehmend schwer, die Hinhaltetaktik Wiens zu rechtfertigen und Leopold als einzig wahren Freund der königlichen Familie zu glorifizieren, während andere Mächte wie Rußland und Schweden - allerdings in bedenklich enger Kooperation mit den Emigranten und in wohltuender Entfernung vom Krisenherd selbst - wesentlich mehr Aktivität entfalteten. Wie schon in der Vergangenheit suchte Mercy dem Drängen der Tuileries auf Hilfe von außen durch Ratschläge zur Selbstheilung aus dem Inneren zu begegnen und mit unzweideutiger Kritik an der "acceptation presque pure et simple" der Verfassung durch den König und Hinweise auf andere irreführende Schritte die durchaus logische Zurückhaltung und Passivität der Mächte zu rechtfertigen: durch konsequente und gewinnende "Öffentlichkeitsarbeit" des Königspaares und die Bildung eines soliden Ministeriums oder - war dies nicht möglich - durch Neukonstituierung eines "Conseil secret", "composé de quelques personnes d'une habileté reconnue, d'un attachement à toute épreuve et capables de suggérer la marche journalière à tenir" ließ sich die Zeit bis zu einem angeblich in Vorbereitung befindlichen Kongreß sinnvoll nutzen.

In Wahrheit wurde im November 1791 im Anschluß an die durchaus gemäßigte kaiserliche Antwort auf die Verfassungsnotifikation Ludwigs XVI. jeder Gedanke an Drohungen irgendwelcher Art aufgegeben. In nicht eben überzeugend gespielter Naivität weigerte sich Wien nun, zwischen der offiziellen Linie des französischen Königs und seiner "wahren Gesinnung" zu differenzieren. Die Anerkennung der Verfassungsreform durch Leopold II. und den Rückzug von den längst lästigen und kompromittierenden Konzertbemühungen wollte man den Tuileries als verdienstvolles Eingehen auf die Linie des Allerchristlichsten Königs schmackhaft machen. Da halfen die Klagen der Königin über die Tatenlosigkeit des Kaisers, für die man seiner "italienischen Umgebung" die Hauptschuld zumaß, nur wenig, blieb die Versicherung, daß alle Handlungen des Königspaares nur Fassade seien, wirkungslos; "nous ne voulons ni ne pouvons tenir à une constitution qui fait le malheur de tout le royaume", stellte Marie-Antoinette gegenüber Botschafter Mercy klar und forderte endgültig von den fremden Mächten jene Hauptrolle bei der Bereinigung der innerfranzösischen Probleme ein, zu der die durch Parteienkämpfe zerrissenen Franzosen selbst erwiesenermaßen nicht mehr fähig waren. Der Schock über die schließlich unwiderrufliche Rückkehr Österreichs zu einem "passiven Observationssystem" saß tief und trug sicher dazu bei, daß das Königtum bald keinen anderen Ausweg mehr sah, als sein eigenes Heil in einem Krieg mit Österreich zu suchen, da nur so eine Aktivierung des eingeschlafenen Konzerts wahrscheinlich war. Ein bedenkliches Zeichen für die Radikalisierung in den Tuileries mußte es sein, wenn man Blumendorf Anfang Dezember 1791 zurief: "Ah! C'est la Russie qui saura pousser l'Empereur et l'engager à faire quelque chose pour nous tirer d'embarras." Die Auslandsoffensive der Tuileries, von der noch zu handeln sein wird, hatte begonnen (vgl. unten das entsprechende Kapitel)²²⁴).

²²³) Mercy an Kaunitz (2. 10. 1791; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1791, O in SA Frkr. Varia 44 Konv. Auslieferung aus den Archives Nationales; Druck: Feuillet 2, S. 402-404), an Leopold II. (2. 10. 1791; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Leopold II. 1791; O in SA Frkr. Varia 44 Konv. Auslieferung a. d. Archives Nationales), an Kaunitz (8. 10. 1791; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1791), an Kaunitz (9. 10. 1791; SA Frkr. Varia 44 Konv. Auslieferung a. d. Archives Nationales; Druck: Feuillet 2, S. 413-415), an Leopold II. (9. 10. 1791; FA SB 88 Konv. I, SA Frkr. Varia 44 Konv. Auslieferung aus den Archives Nationales; Druck: Feuillet 2, S. 416-420), an Kaunitz P.S. (28. 11. 1791; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1791), an Blumendorf (15. 10. 1791; FA SB 71 d. B/A). Blumendorf an Kaunitz (5., 20. 10., 7. 11. 1791), an Mercy (12., 17., 24., 30./31. 10., 9. 11. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy 1790/91). Metternich an Kaunitz (17. 10. 1791; Belgien DD A Berichte 323). - Montmorin an Noailles (3. 11. 1791; AMAE CP Autriche 362). Lamarck an Mercy (28. 9., 10., 15., 30. 10. 1791; Druck: Bacourt 2, S. 325-327, 330-334, 337f), Montmorin an Lamarck (26. 10. 1791; Druck: Bacourt 2, S. 334-336), Mercy an Lamarck (27. 10. 1791; Druck: Bacourt 2, S. 336f). Das Schreiben Lamarcks vom 28. 9. 1791 in A in SA Frkr. Varia 44 Konv. Auslieferung a. d. Archives Nationales, gedr. u.a. auch bei Feuillet 2, S. 374-382.

²²⁴) Blumendorf an Mercy (30./31. 10. 1791), dto. (26. 11., 8. 12. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy 1790/91). Marie-Antoinette an Mercy (1. 11. 1791; SA Frkr. Varia 49 Konv. Korrespondenz Marie-Antoinette-Mercy 1791/92; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 219f), an Leopold II. (2. 11. 1791; FA SB 71 d. D [A, dat. 20. 11. 1791]; Druck: Feuillet 4, S. 230f mit Facsimile einer Abschrift); Mercy an Marie-Antoinette/Blumendorf (6., 18./21. 11. 1791; FA SB 71 d. B/A; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 220-225), Marie-Antoinette an Mercy (25. 11. 1791; FA SB 88 Konv. II; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 225-227), Mercy an Marie-Antoinette/Blumendorf (30. 11. 1791; FA SB 71 d. B/A, SB 88 Konv. II; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 227-229). Einen Überblick über die politische Linie der Tuileries von der Verfassungsannahme bis zum Dezember 1791 gibt auch Ranke, Ursprung und Beginn, S. 135-150.

Ludwig XVI. war für Wien durch die Annahme und Beschwörung der neuen Konstitution eins mit Versammlung und Nation. So führte sich die Idee eines Kongresses zur Lösung der französischen Frage von selbst ad absurdum. Mit wem sollte auf französischer Seite verhandelt werden, mit dem König, der als Vertreter seiner eigenen Interessen und als Bevollmächtigter der Versammlung auftrat, als "avocat pour et contre"? Ließen sich überhaupt noch Änderungen in der Verfassung zugunsten des Königs fordern, der sich doch mit ihr einverstanden erklärt und das Ausland in feierlicher Form davon benachrichtigt hatte? Ein heillooses Durcheinander mit absurden Konstellationen schien Kaunitz, von dem eine Anzahl intellektueller Impromptus zur Verfassungsfrage in Frankreich vorliegt, die logische Folge dieses eigenartigen Projekts der Königin. Ein durch nichts zu rechtfertigendes bewaffnetes Einschreiten gegen die neue Staatsordnung in Frankreich mit durchaus zweifelhaften Erfolgsaussichten bei hohem Aufwand kam für den Fürststaatskanzler unter keinen Umständen mehr in Frage; ernstzunehmende ausländische Hilfe war weit und breit nicht in Sicht ... "malgré les rodomontades romanesques du cabinet de St. Pétersbourg". Eine Wiederherstellung des Ancien Régime lag ohnedies nicht im Interesse des Staatenkonzerts, und Modifikationen einzelner Verfassungsbestimmungen, die dem Königtum zu enge Fesseln anlegten, hätte wohl der französische Monarch selbst im Vorfeld der Sanktionierung einmahnen müssen. Der Reformprozeß, den Frankreich seit 1787 durchmachte, hatte für Kaunitz nichts Ungesetzliches. Die Nationalversammlung, aus den von Ludwig XVI. selbst zusammengerufenen Generalständen hervorgegangen, war mit einem expliziten Auftrag des Königs versehen, einen "meilleur ordre des choses" herzustellen. Die Güte des Reformwerks der Constituante - "arrangement domestique" - zu beurteilen, war nun aber ebensowenig Aufgabe des Auslands, wie ungebeten die Freiheit des Königs und die Freiwilligkeit seiner Sanktion für die Verfassung zu bestreiten, in Widerspruch zu Ludwigs Politik, dafür aber im Einklang mit den Emigranten.

Freilich hatte der Staatskanzler erkannt, daß die verdächtigen Rahmenbedingungen der Verfassungsannahme in Wahrheit berechtigte Zweifel am "état de parfaite liberté" des Königs nähren mußten. Viel sinnvoller wäre es daher auch nach Meinung Kaunitz' gewesen, sich von einem Ort außerhalb des Königreichs zur vorgelegten Verfassungsurkunde zu erklären, sowohl gegenüber der Versammlung als auch gegenüber dem skeptischen Ausland ... etwa in Brüssel, wohin man unter dem Prätext eines Besuchs bei der Schwester der Königin, Marie-Christine, hätte reisen können. Der Fürst hoffte sogar, daß sich eben diese Reise nach Brüssel zur Beseitigung der letzten Zweifel und Unklarheiten nun noch nachholen ließ! Eine andere "rêverie" des Staatskanzlers scheint in diesem Kontext nicht weniger kurios; auch hier bleibt freilich unklar, ob es sich um ironische Gelegenheitsschriftstellerei oder einfach um ehrliches, wenn gleich unrealistisches Bemühen um eine allseitig akzeptable Kompromißlösung handelte, die eine dauerhafte Beruhigung der aufwühlenden Frankreichfrage über den fadenscheinigen Ausgleich vom September 1791 hinaus anpeilte. In einem "Sentiment d'un homme impartial..." meldete Kaunitz Bedenken gegen die neue französische Verfassung an. Für einen großen Staat wie Frankreich konnte sie letztlich nicht tauglich sein. Einzig eine echt monarchische Regierungsform war sinnvoll. Statt eines aufwendigen, mit vielen Kinderkrankheiten behafteten Revisionsprozesses, für den die Zeit fehlte, sollte der Nationalversammlung vom König der Vorschlag unterbreitet werden, ein erprobtes und erfolgreiches Konstitutionssystem für französische Verhältnisse zu adaptieren: die englische Verfassung, die - für ganz Europa augenscheinlich - die englische Nation zu Reichtum und Blüte geführt habe²²⁵!

Diese gedankliche Spielerei ist vielleicht im Zusammenhang mit jener Denkschrift zu sehen, die Ende Oktober 1791 beim Kaiser in Wien eingetroffen sein muß und ein engagiertes Plädoyer für die englische Verfassungsstruktur als Vorbild lieferte. Edmund Burke war nicht der einzige bedeutende Denker, dessen

²²⁵ Kaunitz an Mercy (11. 11. 1791; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Mercy 1791 VIII-XI; Druck: Vivenot 1, S. 559f) mit einem zweiten Partikularschreiben (nicht bei Vivenot), dem ein "Sentiment d'un homme impartial qui n'est ni démocrate ni royaliste ni même François sur les circonstances actuelles de la France" beilag (eine abweichende Version ist bei Vivenot 1, S. 301f, abgedr.; s. auch SA Frkr. Varia 45 Konv. Denkschriften des Fürsten Kaunitz). Vgl. weiters nach den entsprechenden Vorlagen in SA Frkr. Varia 45 Konv. Denkschriften des Fürsten Kaunitz den Schluß der "Réflexions du prince de Kaunitz sur les prétendus dangers de contagion..." (Vivenot 1, S. 285f), "Réflexions du prince Kaunitz sur la nouvelle constitution de la France, son acceptation et ses suites possibles tant au dehors qu'au dedans de ce royaume" (19. 11. 1791; Druck: Vivenot 1, S. 284f) sowie - nur sehr bruchstückhaft erhalten - "Questions et réponses du prince Kaunitz relatives aux affaires françaises" (25. 11. 1791; Druck: Vivenot 1, S. 286f). Gemeinsam mit den Bewertungen der französischen Verfassung (vgl. oben) würden diese "Kaunitziana" eine eingehendere Behandlung lohnen.

wohlmeinende Ratschläge und Überlegungen in den Wiener Archiven überlebt haben. Neben unzähligen Mémoires und Denkschriften obskurer Provenienz und wenig interessanten Inhalts, mit denen der Kaiser und seine Behörden in den Jahren der Revolution auch und vor allem aus den Reihen der Emigration überflutet wurden, muß speziell ein ausführliches Elaborat aus der Feder Jean-Joseph Mouniers (1758-1806) erwähnt werden, das dieser im Oktober 1791 aus seinem Genfer Exil an den von ihm als "Aufklärer" bewunderten Kaiser sandte.

Als Advokat am Parlement von Grenoble war Mounier während der so entscheidenden Vorgänge im Dauphiné zur Zeit der Prérévolution und in der Anfangsphase der Revolution als Abgeordneter zu den Generalständen durch seine Bemühungen um eine schriftliche Verfassung für die französische Monarchie und die Arbeit an der Menschenrechtserklärung hervorgetreten. Schon die Niederlage der sich von den "Patrioten" lösenden "monarchiens" im September 1789 mit der Ablehnung des Zweikammersystems und dem Sieg des "veto suspensif" über das "veto indéfini" und vollends die Oktobertage des Jahres 1789 hatten ihn, der als bedeutendster Kopf der "monarchiens" vehement für eine "Aristokratie der Talente" und eine parlamentarische, aber durchaus starke Monarchie mit Zweikammersystem nach englischem Vorbild eintrat, gegen die in seinen Augen irregeleitete, über das Maß der gewünschten "révolution limitée" hinausgeratene revolutionäre Entwicklung aufgebracht und zur Aufgabe seines Abgeordnetenmandats bewogen. Bereits 1790 war er ins Ausland gegangen.

Nach einer ausführlichen Ursachenanalyse der Revolution, bei der er interessanterweise auch den enthusiastischen Einfluß der französischen Unterstützung für den Freiheitskampf der nordamerikanischen Kolonien nicht zu nennen vergaß, und einer Konstitutionelle wie Republikaner gleichermaßen verurteilenden Darstellung gegenwärtiger Zustände mit einem machtlosen, von einer königsfeindlichen Nationalversammlung gänzlich abhängigen und vor dem Hintergrund schrankenloser Klubherrschaft stets in Lebensgefahr schwebenden König widmete sich Mounier in seiner Eingabe dem allesentscheidenden Problem: "Ce qu'on doit faire pour sauver la France".

Oberstes Ziel seines "Aktionsplanes" war die Beseitigung der aktuellen Regierungsform in Frankreich, nicht mit dem Ziel der Wiederherstellung des Ancien Régime und einer Festschreibung der altbekannten unversöhnlichen Frontstellung zwischen Adel und Tiers Etat. Es ging um die Reformierung der Generalstände zum steuerbewilligenden Gremium mit einer zweiten Kammer nach englischem Muster unter Dominanz der "riches propriétaires" und "hommes éclairés".

Diese beschränkte Zielvorgabe wünschte sich Mounier auch auf die Fahnen der königlichen Prinzen und Emigranten geheftet zu sehen; als "Royalisten" im engeren Wortsinne und nicht als egoistische Interessen verfolgende "Noblesse" sollten sie sich als "Gegenkraft" zum revolutionären Frankreich konstituieren, durch ihre gemäßigte Position alle "honnêtes citoyens" Frankreichs und damit eine hinreichend große Anhängerschaft um sich versammeln, um nicht einzig und allein auf die Hilfe der europäischen Mächte angewiesen zu sein. Die Intervention der Höfe reduzierte sich für Mounier auf eine punktuelle Polizeiaktion, die ein ganz Europa mit Ansteckung bedrohendes "foyer d'anarchie", eine "doctrine ennemie du genre humain" ausschalten mußte und als limitierte bewaffnete Mediation letztlich weniger den üblen Beigeschmack einer faktischen Invasion trug. Mit drohenden Erklärungen sollte die Befreiung des französischen Königs aus seiner Pariser "Gefangenschaft" erreicht und nur bei Weigerung tatsächlich militärische Gewalt gebraucht werden. Ludwig XVI. erhielt so die Möglichkeit, an einem Ort seiner Wahl, unterstützt von einem nach seinem Willen zusammengesetzten Ratsgremium und ausländischen Diplomaten, die Verfassungsreform im Sinne Mouniers zu vollziehen. Während einer kurzen "verfassungsfreien Diktatur" ließ sich dabei alles für ungültig erklären, was der König seit 1789 nicht freiwillig, sondern nur unter größten Pressionen konzidiert hatte, dafür aber zugleich das sanktionieren, was in der Mehrzahl der Cahiers de doléances gefordert worden war (darunter die Wiederherstellung der "parlements", jedoch nur in ihrer Eigenschaft als Gerichtshöfe). Auch Mounier versprach sich vom Einfall einer Emigrantenarmee unter dem Banner ihrer derzeitigen - übertrieben reaktionären - Revancheideologie bestenfalls eine Katastrophe. Alle, die zwar gerechte, aber "unpolitische" Rache zu fürchten hatten, mußte eine solche "Konterrevolution" zu bedingungslosem Kampf mobilisieren, aber auch jene in die Neutralität drängen, die eine Rückkehr des Ancien Régime tel quel ablehnten²²⁶).

²²⁶ Mounier an Leopold II. mit "Mémoire sur les moyens de rétablir l'ordre en France" (Genf, 13. 10. 1791; SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia IX-XII; Druck: Feuillet 4, S. 156-198). Zur Person Mouniers und weiteren Schriften aus seiner Feder verweise ich nur auf Jean Egret, La révolution des Notables. Mounier et les monarchiens 1789 (Paris 1989); über die auch als Anglomanen oder "Impartiaux", v.a. aber als "Monarchiens" bezeichneten Bikameralisten nach Mounier u. ihre Führer Stanislas de Clermont-Tonnerre (1757-1792), Trophime-Gérard Marquis de Lally-Tollendal (1751-1830) u. Pierre-Victor Malouet (1740-1814) vgl. etwa Charles Dubus, Stanislas de Clermont-Tonnerre et l'échec de la Révolution monarchique 1757-1792 (Paris 1931) u. Ro-

3.9 Die "Einfrierung" der Konzertbemühungen:

Das Novemberzirkular

Während Geschäftsträger Blumendorf in Paris durch die Zustellung der kaiserlichen Antwort auf die Verfassungsnotifikation Ludwigs XVI. über den Kurierdienst der französischen Botschaft in Wien und das Fehlen jeder Information seitens der Staatskanzlei in eine überaus peinliche Situation geriet und seine Verstimmung kaum verbergen konnte (er erfuhr nur beiläufig durch den russischen Gesandten vom Eintreffen des kaiserlichen Schreibens und mußte im Außenministerium Einsicht und Abschrift nehmen), herrschte im diplomatischen Dienst Frankreichs sichtbare Erleichterung, auch wenn der Schlußsatz des kaiserlichen Antwortschreibens bei der Verlesung in der Nationalversammlung mit einigem Murren quittiert wurde. Im November 1791 war endgültig klar: der Initiator des Mächtekonzerts blies gerne zum Rückzug, das Paduaner Zirkular, das Sendschreiben der Staatskanzlei und die unglückselige Erklärung von Pillnitz wurden de facto gegenstandslos.

Botschafter Noailles, der Leopolds Haltung noch bis vor kurzem mit viel Skepsis beurteilt hatte, sah im Kaiser jetzt plötzlich den Garanten für eine Beruhigung der internationalen Stimmung gegen Frankreich, vorausgesetzt, wie Kaunitz präziserte, die Lage in Paris konsolidierte sich, der "gouvernement monarchique" blieb sichergestellt und eine neue Eruption anarchischer Zustände zwang den Kaiser nicht zum Eingreifen. Die Österreichskeptiker unter den französischen Diplomaten fanden aber auch an der merklichen Passivität des Kaisers seit Herbst 1791 nichts Beruhigendes: Bérenger etwa, der französische Resident am Regensburger Reichstag, war überzeugt "que la politique héréditaire de la maison d'Autriche contempera de sang-froid la décadence progressive d'une puissance qui, quoiqu'amie généreuse pendant trente cinq ans n'a pas cessé un instant d'être regardée avec envie comme redoutable et toujours rivale."²²⁷)

Die Antwort des Kaisers auf die Notifikation der Verfassungsannahme mußte nun aber auch Einfluß auf die im Sommer eingeleiteten Konzertbemühungen haben. Sie waren zwar weitgehend eingeschlafen, standen aber offiziell noch immer auf der Tagungsordnung. Staatskanzler Kaunitz fand es daher Anfang November 1791 dringend geboten, die k.k. Vertretungen in Petersburg, Madrid, Berlin und Neapel (sowie den König von Sardinien direkt durch kaiserliches Handschreiben) über die neuen, der aktuellen Situation angepaßten Grundsätze der Wiener Politik zu informieren und auch in Stockholm, Kopenhagen, Lissabon und Den Haag entsprechende Hinweise anzubringen. Einzig in London wollte man durch offizielles Still-schweigen zeigen, wie sehr man die eigenartige und unfreundliche Haltung des britischen Kabinetts mißbilligte.

Ein Zirkularschreiben der Staatskanzlei, das im November 1791 an die Vertretungsbehörden im Ausland erging, schloß als Gegenstück zum Rundbrief vom Juli 1791 den Reigen der erfolglosen Interventionsbemühungen und benachrichtigte die Höfe von der neuen kaiserlichen Linie im Angesicht der Verfassungsannahme durch Ludwig XVI. Die Gründe für die Sistierung der Konzertbemühungen schienen auf der Hand zu liegen: Das aktive Bemühen Leopolds II. um eine Befriedung des französischen Unruheherds im Sommer 1791 galt v.a. der Sicherheit der königlichen Familie und der Sicherstellung eines "gouvernement monarchique", der - "attaqué dans ses principes essentiels par les progrès d'une anarchie populaire qui devenait dangereuse pour tous les gouvernements de l'Europe" - zu kollabieren drohte. Nun bestand diese unmittelbare Gefahr nicht mehr, Hoffnung für die Zukunft schien nicht ganz unberechtigt, die Mehrheit der französischen Bevölkerung wollte offensichtlich von sich aus zu gesünderen Prinzipien zurückkehren, eine Entwicklung, die durch Aufmunterung des "parti modéré" zu fördern auch der Staatengemeinschaft aus Wiener Sicht gut anstand. "Il paraît que la partie majeure de la nation française, frappée elle-même des maux qu'elle se préparait, revient à des principes plus modérés, reconnaît la nécessité de

bert Griffiths, *Le centre perdu: Malouet et les "monarchiens" dans la Révolution française* (Grenoble 1988). - Im Sommer 1792 wurde der ehemalige Intendant von Valenciennes, Gabriel Sénac de Meilhan (1736-1803), von Graf Trauttmansdorff bei Kaunitz eingeführt. Sénac hatte schon 1790 ein Werk "Des principes et des causes de la Révolution" verfaßt und sich in seiner russischen Emigration weiter einschlägig betätigt. Jetzt bot er den Österreichern seine Dienste für eine durchdachte Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in Frankreich an; die entsprechenden Schriftstücke in SA Frkr. Varia 47 Konv. Trauttmansdorff-Kaunitz und SA Frkr. Varia 46 Konv. Frkr. Varia 1792 I-V. Vgl. auch Godechot, *Contre-Révolution*, S. 43-46.

²²⁷) Blumendorf an Mercy (7., 11. u. 15. 11. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy 1790/91), an Kaunitz (29. 11. 1791; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1791 VII-XII), Staatskanzlei an Noailles (25. 10. 1791; AMAE CP Au-

maintenir la seule forme de gouvernement propre à un grand état et tend à rendre au trône la dignité et l'influence qui tiennent à l'essence du gouvernement monarchique." Viel wichtiger war freilich, daß auch der König offensichtlich zur gefundenen Lösung stand; die Annahme der Verfassung war, so schien es jedenfalls, freiwillig erfolgt. Immerhin: Zur völligen Beruhigung aller Befürchtungen bestand kein Anlaß. Der Kaiser jedenfalls sah sich außerstande, die Frage, ob die Situation des Allerchristlichsten Königs noch "cause commune pour les autres puissances" sei, schlüssig zu beantworten. So sollte das projektierte Konzert angesichts der Unsicherheiten und der unklaren Zukunft nicht ganz aus den Augen verloren werden und jedes Abweichen Frankreichs vom gegenwärtigen Kurs umgehend wieder das Recht auf "intervention commune" begründen, wie dies auch zwischen den Zeilen der kaiserlichen Antwort auf die Notifikation der Verfassungsannahme zu lesen war. Daß gerade die französischen Prinzen und ihre Ratgeber, die sich von einer blindwütigen Konterrevolution "goldene Berge" versprochen und nur ihre "Privatinteressen" verfolgten, mit "diesem auf die politische Nothwendigkeit gegründeten System einer zweckmäßigen Unthätigkeit" ganz und gar nicht zufrieden sein würden, wußte man in Wien von Anfang an. Ihnen sollte jedenfalls in den k.k. Vorlanden und in den belgischen Provinzen nichts gestattet werden, "was nur immer die unzeitige Vermuthung erregen könnte, als wenn man mit ihnen itzt schon gemeine Sache machen, sie irgend in einer gewaltsamen Unternehmung unterstützen oder solche auch nur begünstigen wollte". Nur wenn sie sich ruhig und gemäßigt verhielten, keine bewaffneten Truppenkörper unterhielten und nicht mit Erklärungen und Manifesten Staub unnütz aufwirbelten, wollte man sie dulden²²⁸).

Der König von Sardinien hatte sich als einer der ersten Anfang Oktober 1791 nach Erhalt der Notifikationsschreiben Ludwigs XVI. in Wien nach der nun einzuschlagenden Richtung im Verhältnis zu Frankreich erkundigt. Sollte man zustimmend oder ablehnend reagieren, wie sich verhalten, wenn inakzeptablerweise auch ein Exemplar der französischen Verfassung überreicht würde? In seinem Auskunftsbegleichen warf Viktor Amadeus, während des Sommers 1791 einer der bereitwilligsten und dabei doch realistisch-vernünftigen Partner Leopolds im Rahmen der Konzertbemühungen, durchaus scharfsinnige Fragen von allgemeiner Bedeutung auf:

"En effet, V.M.I. remarquera aussi bien que moi qu'outré les nouvelles loix constitutives de la monarchie françoise dont la notification pourroit être indifférente ou simplement sujette à des protestations, cet acte présente une déclaration de principes et de droits [die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte] faite pour toutes les nations qui attaquent directement tous les souverains et les autorités légitimement subsistantes et invite les peuples à la soulevation et à la révolte dans tous les gouvernements."

In seiner Antwort beruhigte der Kaiser vorsichtig ausweichend und verwies darauf, daß auch er selbst dem französischen Verfassungswerk in seinen offiziellen Schritten keine direkte Approbation erteilen wollte. Wien würde weiterhin trachten "à éviter toute apparence d'une reconnoissance avouée et formelle de cette nouvelle constitution"²²⁹).

Staatskanzler Kaunitz freilich, von dessen Überlegungen zur französischen Verfassung von 1791 bereits die Rede war, sah im mißglückten Konstitutionswerk der Franzosen gar nichts Bedenkliches. Im Gegenteil. Wohl vom November 1791 datieren allgemeine Reflexionen über die Gefahren einer Ansteckung Eu-

triche 362). - Noailles an Montmorin (26. 10., 16. 11. 1791), Delessart an Noailles (14. 11. 1791), Noailles an Delessart (23. u. 26. 11. 1791); AMAE CP Autriche suppl. 23 bzw. CP Autriche 362. Bérenger an Montmorin (2. 11. 1791; AMAE CP Allemagne 663). Zur Sitzung der Legislative vom 16. 11. 1791 AP 35, S. 92-94 (Verlesung der Antwortschreiben ausländ. Mächte).

²²⁸) Vortrag Kaunitz (5. u. 20. 11. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 XI-XII). Der Zirkularerlaß ist bei Vivenot I, S. 270f, gedruckt und in Form ostensibler Weisungen z. T. mit der ksrll. Antwort auf die französische Verfassungsnotifikation an die einzelnen k.k. Vertretungsbehörden hinausgegangen oder direkt den Fürsten zugestellt worden: z. B. Kaunitz an Kageneck (19. 11. 1791; SA Spanien DK 121 Konv. 3). Das K der Zirkulardepesche (12. 11. 1791) in StK Interiora Circularien und Notifikationen 7, A u.a. in SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 IX-XII. - Kaunitz an Mercy (12. 11. 1791; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Mercy 1791 VIII-XI; Druck: Vivenot I, S. 560-563). Aus den "Eisässer Irrungen" freilich konnte sich der Kaiser als Reichsoberhaupt nicht so leicht absentieren wie Österreich als Reichsmistand; nur verhältnismäßig und bei gleich tätiger Mitwirkung aller Reichsstände war auch Wien bereit, seine Solidarität zu demonstrieren: Kaunitz an Kfst von Mainz (11. 11. 1791; StK DK Reich Weisungen 251 Konv. Weisungen an Schlick 1791; Druck: Vivenot I, S. 266-269). RVK an Kfst von Mainz (15. 11. 1791; RK RkgF 3-5; Druck: Vivenot I, S. 283f). - Zur innen- und außenpolitischen Entwicklung nach der Verfassungsannahme vgl. im übrigen auch Ranke, Ursprung und Beginn, S. 114-150.

²²⁹) Viktor Amadeus an Leopold II. (8. 10. 1791; SA Sardinien HK 35 Konv. Sard. Hof a. d. Kaiser 1791), Leopold II. an Viktor Amadeus (10. 11. 1791; SA Sardinien HK 35 Konv. Leopold II. a. d. sard. Hof 1791) mit einem Précis zu den französischen Anlässen (7. 11. 1791), Viktor Amadeus an Leopold II. (10. 1. 1792; SA Sardinien HK 35 Konv. Sard. Hof a. d. Kaiser

ropas mit dem französischen Revolutionsvirus, deren Ziel schwerlich "philosophischer Selbstzweck" oder Kalmierung innenpolitischer Ängste gewesen sein kann. Sie untermauerten vielmehr auf einer (freilich bescheidenen) "philosophischen Ebene" gegen die Hetze der französischen Emigranten und das Drängen der "Kreuzzugsmächte" Schweden und Rußland, was auf dem Niveau der Realpolitik für die Österreicher längst beschlossene Sache war: die Rücknahme einer viel zu aktiven Frankreichpolitik. In diesen interessanten "Réflexions du prince Kaunitz sur les prétendus dangers de contagion dont la nouvelle constitution française menace tous les autres états souverains de l'Europe" bestritt Kaunitz den Schluß, daß es durch Verschiedenartigkeit der Regierungssysteme - wie sie ja bisher schon in breitem Fächer von Despotien bis zu vergleichsweise demokratisch organisierten Republiken existierte - automatisch zu einer "Ansteckung" oder besser gesagt zu einer Aktivierung des "Nachahmungstriebes" kommen mußte; das war einfach "terreur panique, une chimère démentie par le fait". Staaten stünde auch, so der Staatskanzler weiter, gar nicht das Recht zu, andere Nationen zur Beibehaltung einer bestimmten Regierungsform zu zwingen oder ihnen Änderungen zu verwehren, "à moins qu'ils ne fussent manifestement offensifs et menaçants [pour] la sûreté et la tranquillité générale". Frankreichs neue Staatsform war nun aber nichts weniger als für Europa bedrohlich. Vielmehr schien (jedenfalls in den Augen Kaunitz') die Schlußfolgerung zu gelten: "Si elle [Frankreichs Verfassung] est mauvaise, elle ne l'est que pour elle, et cela peut-être tout au moins très indifférent pour toutes les autres nations."²³⁰⁾

Dabei stand seit Einleitung des gedeckten österreichischen Rückzuges im September 1791 außer Zweifel, daß die wiederholten Bekenntnisse zu einer allfälligen Reaktivierung der Konzertbemühungen primär dazu dienten, anderen Höfen jeden Vorwand zu nehmen, die Schuld an der eigenen Untätigkeit auf die beispielgebende Unwilligkeit des Wiener Hofes abzuwälzen. Mercy in Brüssel war über die nun halbwegs klar fixierte Linie Wiens nicht unbedingt unglücklich, obwohl sie ihn natürlich mit den geheimsten Wünschen der Tuilerien in Konflikt brachte, zu stereotypen Ratschlägen zu "sagesse", "contenance" und "circonspection" zwang und das heuchlerische "système purement passif", zu dem die Abstinenz des Auslandes die königliche Familie verhielt, das politische Geschick der Tuilerien überstieg. Nicht ohne eine gewisse Betroffenheit läßt sich aus den Akten erkennen, wie machiavellistisch auch Botschafter Mercy den bekannten Gegensatz zwischen der durch Zwänge diktierten offiziellen Linie der königlichen Familie und dem eigentlichen politischen Bekenntnis schlichtweg übersah. Denn daß Ludwig XVI. durch die Sanktionierung der Verfassung - das Werk einer "association de scélérats insensés" - die europäischen Mächte keineswegs aus ihrer Verpflichtung entlassen und durch sein Scheinmanöver schwerlich eine freie Wahl zwischen zwei Interpretationsmöglichkeiten zulassen wollte, wußte Mercy besser als jeder andere: "il est hors de doute que le Roi, en déclarant aux cours son état de parfaite liberté, étoit dans la persuasion et le désir bien intime d'être toujours regardé par elles comme captif", räumte er selbst ein.

Das Agieren des Königs nach außen freilich, nicht zuletzt seine Appelle an die Emigranten zur Rückkehr erweckten in kontinuierlichem Maße den mißverständlichen Eindruck eines ehrlichen Aufgehens in der "revolutionären Politik". Mit Entsetzen mußte der Botschafter denn auch erkennen, daß die Staatskanzlei nach der formalen Sanierung der Lage in Frankreich eine Rückkehr Mercys nach Paris in ernsthafte Erwägung zog, und sammelte emsig Gegenargumente, um die Rückversetzung in das unruhige Paris abzuwehren. Hier hielt er sich, da man ihm seine einstige Machtposition im Umfeld Marie-Antoinettes nicht mehr einräumen würde, ohnedies für denkbar nutzlos; wenigstens bis Januar 1792 und bis zur weiteren Aufklärung der Entwicklung sollte noch zugewartet werden. Mercy war auch jetzt überzeugt, daß ein teilweise ja bereits schwelender Bürgerkrieg schließlich ganz Frankreich erfassen und zu Schreckensszenen führen mußte, bei denen man den Repräsentanten Wiens als den angeblich bösen Geist der Königin wohl kaum zu verschonen gedachte.

1792/1) mit Note. Viktor Amadeus an Ludwig XVI. (8. 11. 1791; SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 IX-XII).

²³⁰⁾ Botschafter Noailles hatte schon Anfang August 1791 Exemplare des Verfassungsentwurfs und anlässlich der Übersendung des Notifikationsschreibens Ludwigs XVI. vom französischen Außenministerium Drucke der endgültigen Konstitutionsurkunde mit der Weisung erhalten, ein Stück dem Staatskanzler zur Weiterleitung an den Kaiser zu übermitteln: Montmorin an Noailles (5. 8., 19. 9. 1791), Noailles an Montmorin (20. 8., 28. 9. 1791); AMAE CP Autriche 362 bzw. suppl. 23. Ein Exemplar des Verfassungsentwurfs ("La Constitution française. Projet présenté à l'Assemblée Nationale", Druck) heute in SA Frkr. Varia 45 Konv. Denkschriften des Fürsten Kaunitz. "Réflexions du prince de Kaunitz sur les prétendus dangers de contagion ..." in SA Frkr. Varia 45 Konv. Denkschriften des Fürsten Kaunitz über die Französische Revolution, abgedr. Vivenot 1, S. 285f. "Deshalb die Hände fort von Frankreich, solange von dort kein Angriff erfolgte. Er [Kaunitz] schlug dabei zwei Fliegen mit einer Klappe: Er wahrte das Interesse Österreichs und zugleich die Gebote der politischen Moral [...]. So überraschend es klingt: Kaunitz war zum Anwalt des Selbstbestimmungsrechts der Völker geworden": Kuntzel, S. 106.

Nicht nur die Tuileries waren aber mit der neuen österreichischen Haltung überaus unzufrieden; auch unter den weiland zum Konzert aufgeforderten Mächten machte sich nach Beobachtungen Mercys vorsichtige Erbitterung breit. In Berlin und sogar in Brüssel im Umkreis der königlichen Agenten Fersen und Breteuil witterte der Botschafter eine üble Intrige, die Wien und besonders auch dem Kaiser die alleinige Schuld am Nichtzustandekommen der internationalen Aktionsgemeinschaft zuzuschreiben trachtete. Schokkierende Kommentare und Klagen über die angebliche Tatenlosigkeit Wiens schienen Mercy auf eine Rufmordkampagne zu deuten, durch die man Österreich zu unbedachten Schritten treiben und - aus dem Blickwinkel der Tuileries - doch noch die merkwürdige Idee eines internationalen Kongresses realisieren wollte; für Mercy eine mittlerweile eindeutig widersinnige "démarche [...] combinée dans un contresens et avec l'inconséquence qui accompagnent souvent les opérations des Tuileries".

Geleitet von den das rein Realpolitische oft zugunsten allgemeinerer Überlegungen verlassenden Reflexionen Pellencs, des letzten politischen Kopfes im Conseil Secret der Tuileries, wagte auch Botschafter Mercy Ende November 1791 im Briefverkehr mit Staatskanzler Kaunitz wieder ein kräftigeres Tableau der französischen Lage und ihrer möglichen Auswirkungen. Ein verschlüsselter Appell, doch rechtzeitig auf eine Erstickung des Revolutionsherdes zu sehen und die Lässigkeit gegenüber dem revolutionären Phänomen zu überdenken, solange es noch Zeit war?

"Les causes de la Révolution française peuvent s'apercevoir, j'ose dire même que je les vois indiquées longtems avant leur explosion, mais tout est nouveau dans les effets surprenants de cette catastrophe, c'est une religion politique inconnue, ce sont des acteurs dont la scélératesse et l'audace mettent toutes les règles à l'écart. Ils consomment leur crime avant que l'Europe ait le tems d'en bien connoître l'étendu et d'en juger les conséquences. Elles pourroient devenir funestes par la seule raison qu'il est très difficile d'établir dans les cabinets étrangers des calculs de prévoyance et de mesures sur un phénomène qui pourroit paroître une chymère, dès lors qu'il s'agit d'une monarchie sans monarche, sans ministres, sans armée, dominée par une troupe de brigands qui dirige les mouvements d'un grand peuple en démence. L'orgueil qu'on a sçu lui inspirer, son caractère féroce ci-devant ignoré ou oublié, son dénuement naturel de toutes les facultés qui conduisent à une récipiscence raisonnable peuvent rendre fort inquiétant son état d'anarchie et laissent bien peu d'espoir qu'une pareille nation revienne d'elle-même à un ordre de choses qui soit compatible avec la sûreté et la tranquillité des autres puissances européennes, peut-être éprouvent-elles un jour de grandes agitations, de cruels embarras pour remédier à un mal invétéré qui n'aura pas été arrêté dans son principe."²³¹⁾

Rußland

Das Rückzugssignal Wiens kam eher zu spät als zu früh, denn nicht alle waren so gelehrig und folgsam wie der Turiner Hof. Blumendorf geriet in Paris an vorderster Front noch Ende September/Anfang Oktober 1791 unter Beschuß des russischen Gesandten Simolin. Aus Petersburg entsprechend instruiert, bestürmte dieser den uninformierten k.k. Geschäftsträger wegen allfälliger Schritte im Sinne einer konterrevolutionären Intervention der Mächte, zu einem Zeitpunkt, als Botschafter Mercy aus Brüssel längst signalisierte, daß sich mit der Annahme der Verfassung die Sachlage geändert hatte. Auch der preußische Gesandte von der Goltz und der schwedische Botschafter Staël waren an Blumendorf herangetreten, um Näheres über eventuelle Gemeinschaftsaktionen zu erfahren. Umsonst: von der Goltz beschwerte sich sogar in Berlin, daß der Geschäftsträger ihm immer auswich und vorsorglich behauptete, er habe keine Weisungen, was allerdings den Tatsachen entsprach²³²⁾.

Neben den Emigranten und dem in Wien nicht ernstgenommenen König von Schweden war es v.a. die Zarin, die durch ihren "zudringlichen Eifer" und ihre "lebhafteste Theilnehmung" an den französischen Angelegenheiten unangenehm auffiel und die kalmierende Politik Österreichs zu durchkreuzen drohte. Bei den Emigranten in Koblenz hatte die Zarin bereits im Sommer 1791 ihren Beauftragten im Reich, Graf Romanzow, als Gesandten förmlich akkreditiert - ein Schritt, der die Prinzen und ihre Berater natürlich

²³¹⁾ Mercy an Kaunitz (28. 11. 1791 - O und P; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1791).

²³²⁾ Blumendorf an Mercy (29. 9., 12. 10. 1791); Mercy an Blumendorf (6. 10. 1791; FA SB 71 d. B/A). Reuß an Kaunitz (22. 11. 1791; StK DK Preußen 69 Konv. Berichte 1791).

ebenso in Hochstimmung versetzte wie die großzügigen Geldzuwendungen (ein Wechsel über zwei Millionen Rubel) Katharinas. Der französische Geschäftsträger Genêt wurde daher auch nach der Sanktionierung der Konstitution durch Ludwig XVI. in Petersburg nicht wieder bei Hof zugelassen, das russische Ministerium durfte nicht mehr mit ihm kommunizieren, während man den Interessengegensatz zwischen der gefangenen königlichen Familie und den geflüchteten Prinzen um so lebhafter bedauerte und für eine Anerkennung Monsieurs als Regent plädierte. Die Zarin hatte sogar selbst die Entsendung eines Emigrantenbeauftragten nach Petersburg angeregt. Die Wahl fiel schließlich auf Graf Esterházy, der schon Ende August 1791 nach den Pillnitzer Gesprächen an die Newa aufgebrochen war und auftrags der Prinzen die Zarin zur Ausübung gehörigen Drucks auf Wien und Berlin aneifern sollte.

Mercy, der in dem neuen russischen Sondergesandten am Rhein einen weiteren Unruhefaktor zu bekämpfen hatte, und seine vorgesetzte Behörde in Wien waren über diese künstliche Aneiferung der Koblenzer "Hitzköpfe" alles andere als erfreut; und wirklich hatten die Prinzen die Übergabe der Beglaubigungsschreiben durch Romanzow im September 1791 zu einem feierlichen Spektakel ausgestattet. Aus dem Theatralisch-Komischen wurde allerdings der Brückenschlag in die Realpolitik sehr rasch vorgenommen, als im Oktober 1791 der Kurfürst von Trier in der Elsässer Sache nach den Teschener Friedensbestimmungen von 1779 mit großem Getöse die Garantie der russischen Kaiserin für die deutsche Reichsverfassung anrief²³³).

Anders als die meisten übrigen Souveräne benützte Katharina II. die Beruhigung der innerfranzösischen Lage im September 1791 nicht zu einem Absprung von ihrem scharf revolutionsfeindlichen Kurs; denn selbst die Annahme der Verfassung durch den Allerchristlichsten König, die Vizekanzler Ostermann als "oeuvre d'iniquité, de violence et de déraison également inouïes" verdammt, änderte nichts an dem internationalen Ärgernis, das nach russischem Verständnis auch durch die völkerrechtswidrige Annexion der päpstlichen Enklaven in Südfrankreich eine zusätzliche Dimension erhielt.

Freilich - die Vorreiterrolle wollte Rußland nicht selbst spielen, sondern vielmehr den Kaiser, der ja auch bisher als "Rädelsführer" der interventionswilligen Mächte aufgetreten war, weiterhin auf die im Sommer 1791 unter anderen Auspizien eingeschlagene Linie festlegen, besonders mit Hinweis auf seine verwandtschaftlichen Bande zur leidgeprüften Königin von Frankreich und auch mit Bezug auf die gefährlichen französischen Einflüsse auf die belgischen Provinzen. Leopold war gehalten, jetzt jene Rolle zu spielen, die Friedrich Wilhelm II. 1787 in Holland zugunsten seiner Schwester gespielt hatte. Für sich selbst versäumte die Zarin natürlich nicht, schon vorab auf die großen Hindernisse für etwaige russische Hilfeleistung hinzuweisen, wie sie aus der "situation topographique" nun einmal erwachsen; auch betonte die russische Politik gerne, daß das Zarenreich durch die französische Pestilenz, durch die das übrige Europa bedrohende "anarchie générale" nicht wirklich gefährdet sei, das Interesse der Zarin an einer schleunigen Bereinigung der leidigen Frankreichfrage nur ihren "vues de générosité, de modération et surtout d'humanité" entspringe. Ende September 1791 aber appellierte Katharina II. - unter starkem Einfluß der Emigrantengruppe in Petersburg - nicht nur vehement an den Kaiser und an den König von Schweden, sondern auch - vielleicht mit mehr Aussicht auf Erfolg - an die ritterlichen Gefühle des Königs von Preußen. Sie applaudierte der Pillnitzer Erklärung, wünschte sich lebhaft die Realisierung der dort gemachten Versprechungen und heuchelte sogar Freude über die neue Verbindung zwischen Österreich und Preußen, die nun bei der Lösung der "französischen Frage" erste Früchte tragen konnte.

Die merkwürdige Petersburger Haltung, über deren Motive man sich in Wien nicht restlos klar war, erforderte also gerade im Umfeld der Sistierung der Konzertbemühungen im November 1791 besonderes Augenmerk.

²³³) Polignac an Kaunitz (5. 9. 1791), an Leopold II. (12. 10. 1791) mit Mémoire (o.D.; z.T. gedr. bei Schlitter, Marie-Christine, S. 323f); SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Kaunitz bzw. Polignac-Leopold II. Romanzow an Mercy (Koblenz, 13./23. 9. 1791) und Mercy an Romanzow (27. 9. 1791), beide gedr. bei Feuillet 2, S. 362f bzw. 372f, die Stücke als Beilage zu Mercy an Kaunitz (2. 10. 1791). Kornrumpf an RVK (24. 9., 24. 10., 5. 11. 1791), Schlick an RVK (22./24. 10., 10./11. 11. 1791); Hansen 1, S. 962-964, 977-984, 997f. 1002-1007. Im November 1791 leistete übrigens auch Schweden durch Akkreditierung des schwedischen Reichstagsgesandten Baron Johann Gabriel Oxenstierna in Koblenz seinen Beitrag zur diplomatischen Aufwertung der Emigranten: Kornrumpf an RVK (22. 11. 1791; Druck: Hansen 1, S. 1022f). - Über die Akkreditierung der russ. u. schwed. Diplomaten in Koblenz vgl. weiters einige Stücke in der Korrespondenz des RVK (September/November 1791, Januar 1792): RK RkgF 3-5. - Zur russischen Politik gegenüber den Emigranten aus eher anekdotischem Blickwinkel Waliszewski, S. 300-308. Esterházy, Mémoires, S. 311-327, Charles de Larivière, la France et la Russie au XVIII^e siècle (Paris 1909) 195-265 ("Le comte d'Esterházy à la cour de Russie").

"Es ist nicht leicht zu bestimmen", räsionierte Kaunitz, "welches die eigentlichen Beweggründe dieser lebhaften Theilnehmung der Kaiserinn seyn mögen. Ist sie eine Folge jenes bekannten Bestrebens dieser Fürstinn, sich in allen Gelegenheiten, die ihrer Ruhmbegierde schmeicheln, auszuzeichnen, so läßt sich daraus erklären, daß, nachdem sie sich einmal kurz vor Bekanntwerdung der königlichen Acceptation in so eclatante Schritte eingelassen hatte, es ihr sehr empfindlich gefallen ist, alle diese Schritte umsonst gemacht zu haben und gleichsam wieder zurucknehmen zu müssen, worunter der Verlust der den Prinzen geschenkten 2 Millionen und die nun etwas lächerlich werdende Graf Romanzowische Ostentation allerdings mitbegriffen sind." Die dadurch gekränkte Eigenliebe der Kaiserin "mag also leichtbegreiflichermaßen denen schwülstigen Declamationen und Exagerationen, so die Emissaires der französischen Prinzen und Aristokraten in Petersburg nicht mehr als hier spahren werden und welche sie die Unverschämtheit haben mit den unbilligsten Vorwürfen gegen den allerhöchsten Hof zu verknüpfen, geeigneten Eingang verschafft haben."

Andererseits hielt man es in Wien für durchaus wahrscheinlich, daß die hitzige Handlungsweise der Zarin von konkreten politischen Absichten nicht frei war. Die "polnische Frage", für deren Lösung die Zarin durch ihren bevorstehenden Definitivfrieden mit der Pforte sich freizuspielen im Begriff stand, hatte auch die Staatskanzlei als neues Kalkulationsmoment nicht übersehen. Die "rasche" Frankreichpolitik konnte vielschichtige Ursachen haben:

"Es sey, daß diese Fürstinn dadurch sich gegen England rächen oder den König von Schweden in eine verderbliche Unternehmung verwickeln oder den preußischen, ja vielleicht den allerhöchsten Hof selbst in fremde Händel einmengen wollte, um beyder Aufmerksamkeit von den polnischen Umständen abziehen und damit ihre dießfälligen eigenen Plane freyer ausführen zu können. Es wäre aber auch dem ächten russischen Staatsinteresse nicht unangemessen, die Wiederauflebung der französischen Macht aus eben dem Beweggrunde zu wünschen, aus welchem uns die Erniedrigung dieser Macht zustatten kömmt, aus dem Besorgniß nämlich, daß der höhere Grad von politischer Unabhängigkeit, welchen das Erzhaus durch diese Erniedrigung gewinnt, mit der Zeit einige Verminderung in der bisherigen nothgedrungenen Anhänglichkeit desselben an die russische Allianz nach sich ziehen dürfte. Ein Besorgniß, welches insofern gegründet scheint, als wir künftig von seiten des russischen Hofes auf ein gleicheres Verhältniß der freundschaftlichen Rücksichten und Vortheile werden Anspruch machen können, obschon uns übrigens die türkische und polnische Nachbarschaften, die ihrer Natur nach unauslöschliche preußische Eifersucht und die Gefahr einer möglichen russisch-preußischen Coalition die Fortdauer gedachter Allianz immer höchst rätlich machen werden."

Eilig sollten dem k.k. Botschafter in Petersburg Graf Cobenzl allerhand Argumente an die Hand gegeben werden, um das russische Drängen auf eine gewaltsame Lösung der "französischen Frage" zu entkräften, freilich unter Schonung der bekannten Empfindlichkeit und Eigenliebe der Zarin. Andererseits galt es, den österreichischen Rückzug vom Interventionskurs nicht als feige "Gesinnungsänderung", sondern als konsequent und den ursprünglichen Zielen durchaus entsprechend darzustellen. Besonders "durch Anvertraung unserer geheimen Notizen" wollte man den Zweifel Katharinas an der Aufrichtigkeit der Verfassungsannahme durch Ludwig XVI. widerlegen und so jeder weiteren Interventionslust von russischer Seite die Grundlage entziehen. Daß die neue Linie Wiens den wahren Absichten des Allerchristlichsten Königs entsprach und daher die einzig mögliche war, sollte nun die unwiderlegliche Basis für die österreichische Argumentation in Petersburg abgeben und den russischen "Eifer auf fremde Gefahr und Unkosten" - so Kaunitz bitter - brechen. Ausgerechnet die Tuileries selbst hatten aber diesen Plan der Staatskanzlei in bedenklicher Weise durchkreuzt. Über Graf Esterházy, der nun in Petersburg die Interessen der Emigranten vertrat, war dort ein verzweifelter Brief der Königin bekannt geworden, und dies goß natürlich Wasser auf die Mühlen der russischen Interventionspolitik. Um so größer war Wiens Ärger angesichts der "Zumuthungen und verdeckten Vorwürfen" aus Petersburg; nachdem Österreich "in den wichtigsten Angelegenheiten und gefährlichen Unternehmungen" bereits des öfteren gegen seine eigene Convenienz und zum Wohle des russischen Verbündeten gehandelt hatte, erwartete man sich jetzt in einem Gegenstand, der die Zarin nach eigener Behauptung ohnedies nicht unmittelbar tangierte, daß endlich auch einmal Rußland "den Maaßregeln ihres dabey unmittelbar interessirten Freundes" ohne weiteres Hin

und Her beitrug und dem Kaiser zutraute, auch im Sinne einer tatsächlichen Freiheit und "anständigen Repräsentanz" des Königs von Frankreich zu handeln. Man verwies bemüht auf den bisherigen Einsatz für Ludwig XVI., für den man sogar den Türkenfrieden beschleunigt und trotz der Demütigungen der Tripartitallianz die Annäherung an England und Preußen gesucht hatte, und schrieb sich und den heilsamen angst erzeugenden Konzertbemühungen durchaus einen gewichtigen Anteil an der Beruhigung der Lage in Frankreich zu. Dem Allerchristlichsten König ging es zur Zeit vor allem darum, in der öffentlichen Meinung wieder Fuß zu fassen und auf diese Weise einer allmählichen und schrittweisen Verbesserung der neuen Konstitution das Terrain zu bereiten. Diese Politik des Ausgleichs zu unterstützen, darin sah der Kaiser nun seine vordringliche Aufgabe, ohne die Mittel für ein direktes Einschreiten vollends aus der Hand zu legen; die Hoffnung auf eine Unterstützung seitens anderer Mächte veranschlagte man dabei sehr gering: war schon in der akuten Krisenzeit des Sommers 1791 die Bereitschaft zu aktivem Handeln schwach gewesen, so ließ sich schon ungefähr erahnen, wie es mit der Kooperationswilligkeit der zum Konzert aufgerufenen Puissancen nach Beruhigung der Lage stand. In keinem Fall, so wollte sich Wien gegen Rußland abgrenzen, gedachte man sich zum Handlanger der Emigranten zu machen, in ihre "Declamationen, Hirngespinnste und ungebührliche Vorwürfe" einzugehen, die Stabilisierung der Revolution zu gefährden und durch die Anmeldung von Zweifeln an der Aufrichtigkeit der geänderten Haltung Ludwigs XVI. einen Krieg mit Frankreich zu provozieren, für den man dann angesichts einer zur Unzeit demonstrierten sturen und radikalen antirevolutionären Haltung über keinerlei Unterstützung aus dem Inneren Frankreichs selbst mehr rechnen durfte, sondern vielmehr alle ins Lager der "Demokraten" trieb.

Der Schwebezustand in Paris paßte den Österreichern gut ins Konzept, einzig die nicht restlos auszu-schließende Kontagiosität des revolutionären Krisenherdes trübte vielleicht das Gesamtbild ... speziell mit Blick auf Belgien. Die drastische Machteinbuße Frankreichs - einst als absolute Monarchie entscheidend in der "balance générale" Europas -, die außenpolitische Lähmung des alten Erbfeindes waren Österreich durchaus willkommen; ja, es galt, wie Kaunitz dem k.k. Botschafter in Petersburg deutlich machte, der zynische Leitsatz: nichts sei "plus combinable avec la sûreté complete et durable de ses propres états, épars et entourés d'ennemis puissants, qu'un relâchement et une complication des ressorts internes de cette formidable monarchie [Frankreich] qui détourneraient à l'avenir son énergie des entreprises étrangères". All dies mußte natürlich mit der Gefahr abgewogen werden, die mit einer Ausbreitung der revolutionären Prinzipien in Europa verbunden sein mochten. Die Schwäche Frankreichs war längst ein Faktum, und das Gespenst der revolutionären Bedrohung ließ sich nach den Wiener Prognosen wohl auch am besten durch aufmerksames Abwarten vertreiben. Man sorgte für die Bewahrung der monarchischen Staatsform in Frankreich, behielt sich daher die Reaktivierung des Konzerts für den Ernstfall vor und lebte zum anderen der Hoffnung, daß "les inconvénients sans nombre d'une constitution métaphysique, incompatible avec l'ordre moral des choses humaines" - also mit einem Wort das negative Beispiel der französischen Erfahrung - die Gefahr einer Nachahmung außerhalb geringhielten; auch hierfür war freilich neben milden und wohltätigen Gesetzen ein Klima der Ruhe erforderlich.

Anders als Petersburg, das, wie die Staatskanzlei kritisierte, seine Erklärungen offensichtlich mehr nach Gefühlswallungen abmaß, durfte sich Wien als unmittelbarer Nachbar Frankreichs nicht weiter hinauswagen, als es Staatsklugheit, Interesse, die erschöpften Staatsfinanzen und die geopolitischen Gegebenheiten nun einmal zuließen. Bestenfalls für Frühjahr 1792 schien ein aktives Vorgehen der Mächte nicht ganz ausgeschlossen; an österreichischer Mitwirkung wollte man es dabei nicht fehlen lassen, aber schon jetzt zur Unzeit entsprechende Pläne zu erkennen zu geben, wie dies die Umtriebe des schwedischen Königs taten, empfand Wien doch als kontraproduktiv²³⁴).

²³⁴) Vortrag Kaunitz (5. 11. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 XI-XII), daraus die beiden umfangreicheren Zitate. Kaunitz an L. Cobenzl (12. 11. 1791; SA Rußland II 176 Konv. Weisungen 1791; Druck: Vivenot 1, S. 271-277) und drei weitere P.S. die französischen Angelegenheiten betreffend (nicht bei Vivenot). Ph. Cobenzl an Mercy (29. 9. 1791), Kaunitz an Mercy (12. 11. 1791) mit Katharina II. an Leopold II. (29. 9. 1791; Druck: Beer, Leopold, S. 156-159), Ostermann an Galiczy (30. 9. 1791), Katharina II. an Friedrich Wilhelm II. (28. 9. 1791; Druck: Beer, Leopold, S. 157f Anm.), Leopold II. an Katharina II. (7. [12.] 11. 1791; Druck: Beer, Leopold, S. 160f). Blumendorf an Kaunitz (29. 11. 1791). Stadion an Mercy (18. 11. 1791; SA Frkr. Varia 49 Konv. Stadion-Mercy 1791/93) u.a. mit Katharina II. an Gustav III. (29. 9. 1791). - Beer, Leopold II., S. 107f, Esterházy, Mémoires, S. 329f.

Preußen

Wesentlich kooperativer verhielt sich der neue preußische Verbündete. Berlin machte im Angesicht der Verfassungsannahme durch Ludwig XVI. eine ähnliche Entwicklung durch wie Wien, nur war hier der Rückfall vom deutlich bekundeten Interventionismus im Spätsommer 1791 zur Nichteinmischung ab Oktober 1791 noch deutlicher. Die radikale Kehrtwendung Friedrich Wilhelms II. verstörte die Emigranten und erfreute den scheidenden französischen Gesandten in Berlin, der schon Ende September 1791 von einem ganz pragmatischen Kurs Preußens zu berichten wußte. In den Augen Demoustiers sah der preußische König die Sanktionierung der Verfassung als notwendigen Schritt und wurde in der Partnerschaft mit Österreich als gutgesinnter Bremser gegen den angeblich frankreichfeindlichen Kaiser zur nützlichen Stütze für Frankreich. Nicht für den französischen Adel und die Emigration, sondern äußerstenfalls zur Verhinderung der Ausbreitung der französischen Prinzipien würde sich der preußische König eventuell zum Einschreiten veranlaßt sehen, so die Einschätzung Demoustiers. Nun wußte der prussomane französische Diplomat auch die Deklaration von Pillnitz positiv auszulegen, nämlich als "mesure éventuelle en faveur du Roi" zu einem Zeitpunkt, als die Frage der Verfassungsannahme noch offen war²³⁵).

Nun im Oktober 1791 wünschte Friedrich Wilhelm sehr zum Besten der königlichen Familie einzig "Mittel der Douceur und Negociation" zur Beruhigung der innerfranzösischen Lage und forderte besonders, "daß die Prinzen die Sache des Königs und der Königin nicht schlimmer machen möchten, als sie schon wäre". Berlin gab sich zwar über die zwiespältigen Explikationen des französischen Königs hinsichtlich seiner wahren Position unzufrieden, ging aber jedenfalls davon aus, daß die Tuileries keine bewaffnete Intervention des Auslands mehr wünschten. Auch im Gespräch mit dem k.k. Gesandten in Berlin Fürst Reuß stellte sich Friedrich Wilhelm II. zuversichtlich, daß notfalls schon ein Zusammengehen zwischen Wien und Berlin ausreichen würde, um Frankreich in die Schranken zu weisen: "Unser nachbarlicher Bund soll unsre Unterthanen wohl im Zaum halten, da soll der französische Schwindelgeist nichts vermögen".

Von einer bewaffneten Intervention distanzierte sich auch die preußische Politik mehr und mehr. Die Unzufriedenheit der Berliner Verantwortlichen über die anhaltenden Zudringlichkeiten der Emigranten nahm entsprechend zu; man hielt die lästigen Emissäre der Prinzen hin und scheute sich nicht, den Verdacht zu äußern, die Emigranten wollten um ihrer Sache willen ganz Europa in einen Krieg stürzen. Auch das maßlos übertriebene Interesse der Zarin am Schicksal der französischen Prinzen wurde nicht gebilligt, ebensowenig ihr Drängen zu einem engen Zusammenschluß der europäischen Mächte gegen das revolutionäre Frankreich; Preußen ließ sich von seiner neuen Linie der Zurückhaltung nicht mehr mit Appellen an die Ritterlichkeit des Königs abbringen und wünschte vielmehr in Einmütigkeit mit Wien, "daß der König durch aufrichtiges Mitwirken zur Ruhe und die Königin durch ihren Verstand und den männlichen Charakter, den Höchstdieselbe gezeigt hätte, nach und nach wieder an Terrain gewannen und das Ansehen des Thrones, wenn auch limitirt, widerherzustellen suchten".

Eine ähnlich umständliche Rechtfertigung für die Sistierung der Konzertbemühungen wie in Petersburg war daher in Berlin eigentlich nicht vonnöten. Die Preußen zeigten sich schon zufrieden, endlich aus der langen und beunruhigenden Ungewißheit über die Haltung Wiens nach der Verfassungsannahme Ludwigs XVI. erlöst zu werden, die Fürst Reuß mit peinlichen Ausweichmanövern hatte überbrücken müssen. Dennoch ließ die Staatskanzlei die in Rußland eingesetzten Argumente für eine Rückkehr zu einem passiven "Observationssystem", das angeblich den offiziell notifizierten wie den geheimen Wünschen des Allerchristlichsten Königs entsprach, auch in Berlin wiederholen, ohne daß man die Preußen dabei völlig aus der Verpflichtung zu einem konzertierten Vorgehen gegen Frankreich entlassen wollte. Das Konzert sollte eben nicht gänzlich aufgehoben, sondern lediglich "eingefroren" werden.

²³⁵) Demoustier an Montmorin (28. 9., 1. 10. 1791; AMAE CP Prusse 212). Dort auch das offizielle Antwortschreiben Friedrich Wilhelms II. (7. 10. 1791) zur Verfassungsannahme. - In Berlin, wo Geschäftsträger Dreyer den seit Mitte August 1791 zur Prager Krönungsreise des Kaisers gestoßenen und erst Anfang Oktober 1791 wieder nach Berlin zurückkehrenden Fürsten Reuß vertrat, erregte die Mitteilung der Verfassungsannahme offensichtlich mehr "Verwunderung" als erleichterte Freude: Dreyer an Kaunitz (24. 9. 1791; StK DK Preußen 69 Konv. Berichte 1791). Über die "Vorgeschichte" der preußischen Kontakte zu den Emigranten seit 1790 vgl. übrigens auch Härter, S. 196f.

Es galt abzuwarten, wie sich die Lage in Frankreich und insbesondere die Situation des Königtums entwickelte. Wien war nicht ohne Zuversicht,

daß "der vernünftige und überwiegende Theil der Nation die Nothwendigkeit, das Wesentliche der monarchischen Regierungsform beyzubehalten und der Unbündigkeit des Volkes Schranken zu setzen, ernstlich einsehe und zu dießfälligen stufenweisen Berichtigungen der neuen Constitution nach Zeit und Umständen sich aufrichtig herbeylaße. Gleichwie nun in dieser Hinsicht das Schreckbild des Concerts der Mächte so wie bißher also auch ferner nützlich einfließen wird, so wird eben auch nur die Folge der Umstände anhandgeben können, inwiefern als es zur Beförderung des Endzweck thunlich und erforderlich seyn werde, zu vereinigten Insinuationen, Erklärungen, Demonstrationen, ja allenfalls thätigen Maaßnahmen zu schreiten."²³⁶⁾

Spanien und Schweden

Neben Rußland blieben auch Spanien und das stets für Aufregung sorgende Schweden Faktoren, die die kalmierend-passive Politik, wie sie Wien ab November 1791 definitiv steuern wollte, durch ihr dauerndes und oft inkonsequentes Agitieren beträchtlich störten und gefährdeten.

Besonders die spanische Politik blieb verwirrend, mißverständlich und zweideutig: großspurig im Auftreten gegen das revolutionäre Frankreich, dem man noch im November 1791 die Gründung eines Clubs unterstellte, der sich angeblich neben der "Ausbreitung der phylosophischen Wahrheiten" und der "Vertilgung der kristlichen Religion" speziell der Vernichtung der Inquisition in Spanien widmete. Auch die Annahme der Konstitution durch den Allerchristlichsten König im September 1791 akzeptierte Madrid nicht als wirklich freie und freiwillige Handlung; der Chef des Hauses Bourbon galt weiterhin als Gefangener seines eigenen Volkes, als Sklave einer verbrecherischen Versammlung. Graf Floridablanca hielt sich, wie Botschafter Graf Kageneck Wien nicht ohne Ironie mitteilte, für "die Seele der erwünschten Contre-Révolution in Frankreich", verfolgte aber - so der Verdacht - durchaus handfeste Ziele: angeblich hatte er ein Auge auf den 1659 an Frankreich verlorenen Roussillon mit Perpignan, auf Französisch Navarra, ja - für den äußersten Fall - gar auf die französische Krone geworfen. Einer Realisierung der außenpolitischen Traumtänzereien stand vielerlei entgegen. Besonders die Haltung Londons, das Spanien erst 1790 in demütigender Weise in die Schranken gewiesen hatte und nun auch die französischen Wirrnisse nach fast allgemeinem Konsens der europäischen Diplomatie als Plus im eigenen Kalkül begriff, galt als Hindernis für ernstzunehmende spanische Aktivitäten. Wiens "bête noire", Staatsminister Floridablanca, schien dafür um so eifriger an einem "nordischen System" zu zimmern, das als Gegengewicht zu dem nach Frankreichs Ausfall übermächtigen Großbritannien und dessen drohender Seehegemonie dienen sollte. Das merkwürdige Einverständnis mit Schweden, das sich überall für Subsidien als Speerspitze Spaniens gegen das revolutionäre Frankreich anbot, lief weiter. Auch im Königshaus selbst, so mutmaßte jedenfalls die österreichische Diplomatie, gab es starke Gegner einer energischen, vielleicht zum Krieg führenden Frankreichpolitik: allen voran die verschwendungssüchtige Königin, die eine Schmälerung der Finanzen fürchtete und daher anders als der offensichtlich interventionsfreundliche König gegen Floridablancas Eingreifpläne auftrat.

Nach den Beobachtungen der k.k. Diplomatie war die innenpolitische Situation in Spanien selbst trotz scharfer Überwachung nicht völlig sicher und Revolutionsimmunität keineswegs gewährleistet. "Revolutionsanhänger" kamen nicht nur aus Frankreich, auch Einheimische zählten dazu. Mehrere tausend Exemplare der ins Spanische übersetzten französischen Verfassung hatten bereits Verbreitung gefunden. Um so lebhafter verurteilte Madrid Haltung und Agieren der Legislativversammlung in Paris und ereiferte sich, wie Graf Kageneck Anfang November 1791 mit Genuß aus dem Escorial mitteilte, "daß dadurch allen Mächten Europens der Krieg angekündigt worden und die französische Nation in diesem Augenblick als wie Korsaren anzusehen sind, gegen welche man nicht genug mit Schärfe verfahren könne, weil ihre gefährdevolle Absichten nicht so wohl auf die Zugrundrichtung ihres Vaterlandes als auf die Untergrabung der Konstitutionen aller Staaten in Europa gerichtet wären".

²³⁶⁾ Kaunitz an Reuß u. P.S. (12. 11. 1791), Reuß an Kaunitz (10./11., 15., 25., 29. 10., 12. u. 19. 11. 1791), preußische "Note verbale" (20. 11. 1791); StK Preußen DK 69 Konv. Weisungen 1791 u. Konv. Berichte 1791. Kornrumpf an RVK (10. 11. 1791; Druck: Hansen I, S. 1001f).

Ein innerfranzösischer Bürgerkrieg mochte vielleicht im Denken des spanischen Staatsministers den Weg aus der Misere weisen, in die ihn der Zwiespalt zwischen außenpolitischem Wollen, internen Hemmnissen und fehlenden Machtmitteln stürzte. Entsprechend zweideutige Kontakte unterhielt man daher auch zu den französischen Emigranten, die man nur nach außen wiederholt verurteilte. Denn selbst die k.k. Vertretung in Spanien entdeckte in Wahrheit genügend Anhaltspunkte dafür, daß man den Prinzen mit Geldmitteln unter die Arme griff. Die Wirrnisse der spanischen Frankreichpolitik spiegeln sich auch sehr eindrucksvoll in der Dreiheit der französischen Repräsentanten am spanischen Königshof wider: Joseph-Anne-Auguste-Maximilien de Croy Duc d'Havré (1744-1839) vertrat seit September 1791 die Emigranten, der ehemalige Botschafter Duc de la Vauguyon agierte als Sprachrohr Baron de Breteuils und galt daher als eigentlicher diplomatischer Vertreter des (unfreien) Allerchristlichsten Königs, der sich besonders guter Kontakte zu Floridablanca erfreute und sich bei den Aufwartungen des diplomatischen Korps immer noch nach vorne drängte. Der Geschäftsträger des "offiziellen Frankreich" konnte ihm nicht das Wasser reichen und mußte froh sein, wenn er nach der Beruhigung der Verfassungskrise im September 1791 von den Spaniern wenigstens etwas besser behandelt wurde.

Das Resümee aus der spanischen Frankreichpolitik der Ära Floridablanca, das Botschafter Kageneck im März 1792 kurz nach dem Sturz des Ministers für die Staatskanzlei skizzierte, war eindeutig: Madrid zog sich im wesentlichen auf Verbalakrobatik zurück und schob lieber andere Mächte in die erste Reihe der potentiellen Kombattanten vor, hauptsächlich darauf schieelend, sich bei den mächtigeren Höfen wenigstens als möglicher Verhandlungspartner anzupreisen. Es kam aber noch schlimmer. Der Nachfolger Floridablanca's und neue dirigierende Minister, Pedro Pablo Abarca de Boleo Graf Aranda (1718-1798), Galeonsfigur des aufgeklärten Spanien unter Karl III. und lange Zeit Botschafter am französischen Königshof, schien zunächst nicht nur von dieser schwachen Linie weiter zurückzuweichen, sondern wurde sogar - und nicht nur von der österreichischen Diplomatie - verdächtigt, echte Sympathien für das neue revolutionäre Frankreich zu hegen²³⁷).

In Gustavs III. von Schweden radikaler Frankreichpolitik waren die Zurückweisung der Verfassungssanktionierung und das Postulat der anhaltenden Unfreiheit Ludwigs XVI. nur marginale Signalpunkte gegen die perhorreszierte Revolution. Viel wichtiger schienen die Gespräche mit Spanien und schließlich vor allem der seit langem angepeilte Abschluß der Annäherung an den russischen Erzfeind. Am 19. Oktober 1791 kam in Drottningholm ein russisch-schwedischer Allianz- und Freundschaftsvertrag zum Abschluß, wobei man auch auf geheime Bestimmungen zur "französischen Frage" nicht vergaß. Der an Projekten nicht arme Schwedenkönig sollte durch jährliche Subsidien aus Petersburg in der Höhe von mehreren hunderttausend Rubeln außenpolitisch wieder flottgemacht werden - in sehr begrenztem Rahmen und tunlichst außerhalb der engeren russischen Interessenssphäre.

Anders als im Sommer 1791 konnte die Staatskanzlei nun im November 1791 den besonders umtriebigen Schwedenkönig nicht mehr übergehen, als sie die vorläufige Aufhebung der Konzertbestrebungen notifierte, war dies doch eine günstige Gelegenheit, Gustav einzubremsen und seinen Eifer für das unglückliche Königspaar durch Mitteilung "geheimer Nachrichten" aus den Tuileries zu drosseln. Die Verfassungsannahme durch Ludwig XVI. basierte - so erklärte Österreich in Stockholm apodiktisch - auf dem ernstesten und unumstößlichen Willen des Allerchristlichsten Königs, "non seulement de ne point mettre d'empêchement à la nouvelle constitution, mais de se prêter lui-même de bonne foi à ce qu'elle exige de sa part". Das französische Königtum trachte jetzt danach, Liebe und Zuneigung der Bevölkerung zurückzugewinnen und eine Verbesserung der Verfassung auf "natürlichem" Wege zu erreichen; eine (ungebetene) ausländische Intervention mußte daher denkbar ungelegen kommen. Als man Petersburg Ende November 1791 zum Abschluß der Allianz mit Schweden gratulierte, versäumte man nicht, auch hier nochmals auf den Gegensatz zwischen den vernunft- und einsichtslosen Emigranten und den angeblichen Kon-

²³⁷) Kageneck an Kaunitz (10., 24. 10., 7., 11., 21. 11., 5., 13., 26. 12. 1791, 2., 30. 1., 6. 2., 5. 3. 1792; SA Spanien DK 121 Konv. 2, 122 Konv. Kageneck-Kaunitz 1792 I-II bzw. 1792 III-V). Die Note, durch die Spanien seine Zweifel an der "moralischen" und "physischen" Freiheit des Allerchristlichsten Königs bei Annahme der Verfassung aussprach, u.a. in AN F 7 4398 d. Espagne (1. 10. 1791). Blumendorf an Kaunitz (20. 10. 1791). - Wien fand übrigens nichts dabei, Frankreich auch noch über die spanische Umtriebigkeit auf dem laufenden zu halten: Noailles an Delessart (30. 11., 16., 17. u. 21. 12. 1791; AMAE CP Autriche suppl. 23). Offiziell gab Spanien dem französischen Gegenüber schon zu Zeiten Floridablanca's stets zu verstehen, daß Madrid nicht aktiv gegen Frankreich auftreten wollte: Delessart an Noailles (3. 1. 1792; AMAE CP Autriche 363).

solidierungsprozeß in Frankreich selbst zu verweisen. Jede Mahnung zu Zurückhaltung und Vorsicht war hier freilich umsonst. Gemeinsam mit Spanien und Rußland blieb Schweden führend unter jenen Mächten, die die Pattstellung in der französischen Frage keineswegs hinnehmen wollten²³⁸).

Ein prominentes Opfer des kaiserliche Rückzugs war auch der Papst, der mittlerweile die europäischen Höfe - und allen voran natürlich den Kaiser als traditionellen *advocatus ecclesiae* - mit der Frage der von Frankreich Mitte September 1791 "annektierten" Enklaven Avignon und Comtat Venaissin konfrontierte (Oktober/November 1791), eine flagrante Rechtsverletzung, die sich eigentlich noch viel eher als die komplexen Verhältnisse im Elsaß und in Lothringen zu einer propagandistischen Ausbeutung gegen Frankreich eignete. Der Kaiserhof erhielt ein *Mémoire* zugleitet, und auch der Nuntius in Wien wurde vorstellig, um für eine Unterstützung des Hl. Vaters zu werben. Kaunitz freilich drängte Leopold II. zu größter Zurückhaltung, dem Nuntius sollte nur der ganz allgemeine und nichtssagende Wunsch ausgesprochen werden, "daß die europäischen Mächte dem Verlangen Seiner Päpstlichen Heiligkeit zu willfahren sich geneigt zeigen mögen, in welchem Falle Eure Majestät gemeinschaftlich mit ihnen sich gerne verwenden würden". Erst die Wiederaufnahme der Konzertbemühungen im Januar 1792 rief die Problematik der päpstlichen Territorien in Südfrankreich wieder verstärkt ins Gedächtnis und verschaffte ihr unerwarteten Stellenwert²³⁹).

²³⁸) Kaunitz an Ludolf/P.S. zum Zirkular (28. 11. 1791; SA Schweden 71 Konv. Weisungen 1791). Kaunitz an L. Cobenzl (26. 11. 1791; SA Rußland II Weisungen 176 Konv. Weisungen nach Rußland 1791). A. Geffroy, Une négociation à la cour de Catherine II. In: RHD 2 (1888) 344-366. - Der schwedische König wünschte sich - auf Anregung der Emigranten und ihres "Botschafters" in Stockholm, Baron d'Escars - die Anlandung eines schwedisch-russischen Expeditionskorps in der Normandie; schwedische Offiziere erkundeten bereits im Sommer 1791 heimlich den Seine-Lauf. Die Verhandlungen mit den Österreichern um die Überlassung Ostendes standen ja gleichfalls mit dem Landungsprojekt in Zusammenhang. Auch Marquis de Breteuil machte Vorschläge für eine Invasion von der Seeseite. Vgl. Geffroy 2, S. 171-173, 196-199, Crüwell, S. 95f, André Lefèvre, L'idée du débarquement de 1744 en Normandie remonte-t-elle au XVIII^e siècle. In: RHD 71 (1957) 264-271.

²³⁹) Vortrag Kaunitz (11. 11. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 XI-XII). Kaunitz an Kardinal Hrzan (21. 11., 22. 12. 1791; SA Rom 210 Konv. Weisungen 1791). - Noailles an Montmorin (12. 11. 1791; AMAE CP Autriche suppl. 23).

TEIL IV

DIE INTERVENTION UND IHR SCHEITERN

1. Der Weg in den Krieg

1.1 Die Kardinalprobleme

Der Zusammentritt der neuen französischen Nationalversammlung zu Anfang Oktober 1791 markierte auch im Verhältnis des revolutionären Frankreich zu den übrigen Mächten Europas einen entscheidenden Wendepunkt. Stand bislang die innere Regeneration des Landes im Mittelpunkt der Arbeit in der Volksvertretung, so rückte jetzt mit dem Bemühen um eine Absicherung des hart errungenen Fortschritts seit Herbst 1791 auch die Außenpolitik immer deutlicher, ja übermächtig in das Blickfeld der Abgeordneten. Während Kaiser Leopold II. als Anführer des im Juli 1791 projektierten Mächtekonzernts nach der Konsolidierung des Verfassungswerkes und der Wiedereinsetzung seines Schwagers im September 1791 bis zum November dieses Jahres seinen zu aktiven Kurs in der "französischen Frage" aufgeben zu können meinte, hatte sich in Paris selbst eine ganz gegenläufige Tendenz Bahn gebrochen. Für die Behandlung außenpolitischer Fragen und die Gestaltung der diffizilen zwischenstaatlichen Kontakte mangelte es allerdings den neuen französischen Volksvertretern an der nötigen Erfahrung, und auch sonst schienen Fingerspitzengefühl und Takt nicht die starken Seiten der Deputierten zu sein.

Kaum hatte der König am 30. September 1791 die Constituante geschlossen und eine Woche darauf die Assemblée Législative in feierlicher Sitzung eröffnet, drängten sich bereits nostalgische, für die Position der königlichen Familie freilich nicht ganz ungünstige Vergleiche mit der Vorgängerversammlung auf. Auch der k.k. Geschäftsträger Blumendorf wußte in einer kurzen Phase der Hoffnung auf Besserung zu berichten, daß sich die neue Volksvertretung mit vielen Abgeordneten, die ihre Wahl republikanisch-verfassungsfeindlichen Gesinnungen oder aber dem Einfluß der Jakobinerklubs dankten, mit wirren und unedlen Diskussionen von Anfang an diskreditierte und den Tuilerien so die Chance eröffnete, in der Gunst des Publikums zu steigen. Dazu "trug unter andern die lärmende und der Würde einer solchen Versammlung so wenig angemessene Berathschlagungsart [...] sowie die Versplitterung einer kostbaren Zeit mit nichtsbedeutendem Wortstreite, und dieses auf Unkosten weit wichtigerer Gegenstände [...] nicht wenig bey". Die Grandseigneurs der Constituante, denen man z. T. noch staatsmännisches Können zuge-
traut hatte, waren verschwunden und hatten Deputierten von bescheidenerer Herkunft machen müssen. Daß freilich das republikanische Element durchaus auf Zuspruch hoffen durfte, zeigte sich schon wenig später, als im November 1791 der ehemalige Abgeordnete zur Constituante, Pétion, "der sich", so Blumendorf, "durch seine öffentlich bekannte republikanischen Grundsätze vor andern ausgezeichnet hatte", die Bürgermeisterwahlen der Hauptstadt sogar gegen den einstmals so populären Marquis de Lafayette bei extrem geringer Wahlbeteiligung klar für sich entschied¹⁾.

Der König selbst hatte während seiner Eröffnungsrede vor der Legislative am 7. Oktober 1791 die Außenpolitik und die Haltung der europäischen Mächte gegenüber dem neuen Frankreich als neuen wesentlichen Fixpunkt im politischen Interesse der Nation angesprochen und, dem Diktat des "Triumvirats gemäß, seiner Hoffnung Ausdruck verliehen, daß Frankreich gerade jetzt nicht durch ausländische Aggression beunruhigt würde. Der Lagebericht, den der scheidende Außenminister Montmorin am 31. Oktober 1791 der Nationalversammlung erstattete, war freilich alles andere als beruhigend: das europäische Ausland begegnete Frankreich auch nach der Annahme der Verfassung durch den König mit Zurückhaltung, teilweise mit Mißtrauen und offener Ablehnung, die französischen Auslandsvertretungen hatten mit entsprechenden Problemen zu kämpfen. Um so gewaltiger schien das Interesse der Abgeordneten an dem nunmehr zwölfköpfigen, alle drei Monate zur Hälfte zu erneuernden Comité Diplomatique der Versammlung, das am 16. Oktober 1791 gebildet worden war. Mehr als 50 Abgeordnete hatten sich gleich zu Anfang beworben. Ursprünglich nur mit der Überprüfung der von Frankreich geschlossenen Völkerrechtsverträge betraut, wuchs der Ausschuß rasch in die Rolle eines die Minister scharf kontrollierenden Aufsichts- und Regierungsorgans, besonders dann, wenn, was bis März 1792 der Fall war, Kabinett und Versammlung politisch nicht harmonierten. Berechtigter Widerstand gegen die verfassungsrechtlich unzu-

¹⁾ Blumendorf an Kaunitz (5., 20., 10., 29. 11. 1791), an Mercy (30./31. 10., 15. 11. 1791).

lässige "Mitregierung" des Comité und Hinweise auf die in außenpolitischen Fragen stark zugunsten des Königs eingeschränkte Kompetenz der Versammlung erwiesen sich zunehmend als gefährlich und entsprachen letztlich auch nicht mehr den realen Machtverhältnissen²⁾.

Den Kern der außenpolitisch aktivsten Abgeordneten bildete jene Gruppe, die sich seit Herbst 1791 um Jacques-Pierre Brissot de Warville (1754-1793) zunächst unter dem logischen Sammelbegriff "Brissotins" scharte. Als "Girondisten" und romantisch verklärter Gegenpol zu den terroristischen Montagnards im Konvent sind sie dann später in die Geschichte eingegangen. Dem bereits wohlbekannten Journalisten, an dessen antimonarchischer Gesinnung seit Sommer 1791 kaum noch Zweifel bestehen konnten, war der Einzug in die Versammlung gegen den Widerstand der Tuileries nur unter Schwierigkeiten gelungen; nun entfaltete er hier auf diesem neuen Forum unterstützt von den später namengebenden Abgeordneten aus der Gironde wie Marguerite-Elie Guadet (1758-1794), Armand Gensonné (1758-1793) oder Pierre Vergniaud (1753-1793) und sich rasch assoziierenden Deputierten, aber auch im Jakobinerklub und natürlich in seiner Zeitschrift "Le Patriote français" bemerkenswerte Aktivität; zahlenmäßig der rechtszentristischen Mehrheit in der Versammlung weit unterlegen, gelang es den Brissotins-Girondins mit ihrer relativ klar umrissenen Linie, die Legislative sehr weitgehend in ihren Beschlüssen zu steuern. Der Jakobinerklub hatte sich zudem im Herbst 1791 wieder von der Krise des Sommers erholt, als sich im Umfeld der Verfassungskrise und der Pariser Unruhen vom Juli 1791 die gemäßigeren Clubmitglieder abgespalten und den Club des Feuillants gegründet hatten. Bei den Jakobinern, die im Oktober 1791 wieder etwa 200 Abgeordnete zur Nationalversammlung in seinen Reihen zählten, trafen sich nun überwiegend jene, für die die Revolution noch nicht beendet, die Zukunft des Königtums kein wirkliches Tabu war³⁾.

Die Emigranten

Eines der brennendsten Probleme der französischen Innen- und Außenpolitik war seit Herbst 1791 mehr denn je die Frage der Emigranten, die sich unter der Führung der Brüder des Königs seit Sommer 1791 am Rhein konzentrierten und so ihr gefährliches konterrevolutionäres Potential besonders deutlich in das Blickfeld der Franzosen rückten. In Koblenz bildete sich ein regelrechter "Gegen-Hof" zu jenem in Paris aus, mit einem eigenen Conseil, in dem sich freilich Parteien- und Richtungsstreitigkeiten zwischen den beiden Brüdern Ludwigs XVI. und ihrem jeweiligen Anhang deutlich widerspiegelten, einem die offiziell-

²⁾ AP 34, S. 118f, 550-555: Rede des Königs 7. 10. 1791, Lagebericht Montmorins 31. 10. 1791. Das Journalbuch des Comité Diplomatique der Legislative über seine Sitzungen in AN F 7 4395; in F 7 4396 weitere Protokollbücher über Beratungsgegenstände und Übersichten über die infolge der Gutachten des Comité gefällten Dekrete der Nationalversammlung. Über die Zusammensetzung des Comité Diplomatique bis Sommer 1792 vgl. Goetz-Bernstein, S. 123, 136f, 231f nach AN F 7 4395.

³⁾ Zum Folgenden insgesamt neben Sorels Bd. 2 ("La chute de la Royauté) Ranke, Ursprung und Beginn, S. 177-219, Sybel, Geschichte (4. Aufl./neue Ausg.) I, S. 317-346, Clapham, S. 103-129, Goetz-Bernstein, S. 25-41, Glagau, S. 32-59, Hedwig Hintze, Staatseinheit und Föderalismus im alten Frankreich und in der Revolution (Neuauf. Frankfurt 1989) 294-314 (Kap. "Die Parteibildung in der Legislative und die Illusion des Propagandakrieges"), Maier, S. 135-190, Kurt Marktanner, Die Frage des nationalen Krieges bei den großen, ausschlaggebenden Rednern der Französischen Revolution 1789-94 (ungedr. phil. Diss. Wien 1963), Reinhard, Chute, S. 244-257, Blanning, Origins, S. 96-119, Winock, Echec, S. 121-130, 141-152, 181-190. Besonders gelungen: Jean Jaurès, Histoire socialiste de la Révolution française, 2: La Législative (ND der Neuausg. Paris 1970 Paris 1989, kommentiert von Albert Soboul) 53-245. Georges Michon, Le rôle de la presse en 1791/92: La déclaration de Pillnitz et la guerre (Paris 1941) war mir nicht zugänglich. Über Brissot selbst Goetz-Bernstein, S. 2-10, und speziell zu seiner abenteuerlichen und umstrittenen vorrevolutionären Karriere das 'Dossier Brissot' in FHS 17 (1991) 159-218. Weiters Alberth Mathiez, Girondins et Montagnards (Paris 1930; Aufsatzsammlung), M. J. Sydenham, The Girondins (= University of London Historical Studies 8; London 1961), der v.a. auf die Heterogenität der Gruppe um Brissot aufmerksam gemacht und die Existenz einer veritablen girondistischen Partei bestritten hat, Albert Soboul (Hrsg.), Actes du colloque Girondins et Montagnards. Sorbonne 14 octobre 1975 (Paris 1980) mit dem Aufsatz von Jacqueline Chaumié (S. 19-60): Les Girondins, Suzanne d'Huart, Brissot. La Gironde au pouvoir (Paris 1986), François Furet/Mona Ozouf (Hrsg.), La Gironde et les Girondins (Paris 1991), hier bes. S. 189-205 den stark von Jaurès beeinflussten Aufsatz von François Furet, Les Girondins et la guerre: les débuts de l'Assemblée législative. Vgl. zum schwankenden Bild der Gironde in der französischen Geschichtswissenschaft nun zusammenfassend Antoine de Baecque, La Gironde et la Sorbonne. Les Girondins dans l'historiographie universitaire 1886-1989. In: Furet/Ozouf, La Gironde, S. 111-133. Die Außenpolitik der Feuillants ab Herbst 1791 bei Michon, Dupont, S. 345-384. - Die ungedr. Dissertationen von J. P. McLaughlin, The Annexation Policy of the French Revolution 1789-1793 (London 1951) und Frank L. Kidner, The Girondists and the Propaganda War of 1792. A Re-Evaluation of French Revolutionary Foreign Policy from 1791 to 1793 (Princeton 1971) waren mir nicht zugänglich.

len französischen Vertretungen konkurrenzierenden "diplomatischen Dienst" an den wichtigeren europäischen Höfen und einer den Hochzeiten des Versailler Hofes kaum nachstehenden Mätressen- und Günstlingswirtschaft⁴).

Der k.k. Geschäftsträger in Paris, Blumendorf, wußte wohl, wovon er sprach, als er die Staatskanzlei seit Oktober 1791 immer wieder über den enormen Stellenwert der Emigrantenfrage in Frankreich belehrte, wo die Prinzen durch Umdeutung besonders der mißglückten Pillnitzer Deklaration vom August 1791 oder andere publizistische Tricks der im wesentlichen ablehnenden bis gleichgültigen Linie vieler Mächte einen anderen Anstrich zu geben und so das Klima kräftigst anzuheizen vermochten: "Die ganze Aufmerksamkeit der Nation ist indeßen fortan auf die Bewegungen der französischen Prinzen und ihrer Anhänger gerichtet"⁵).

Seit Oktober 1791 nahm sich die Legislative konsequent und mit Verbissenheit dieser Thematik an, und Brissot rührte sofort kräftig die Kriegstrommel gegen die Flüchtlinge, die er durchaus zu Recht verdächtigte, Frankreich ihren Willen mit Waffengewalt aufzwingen zu wollen. Bei seiner im ganzen zwar schiefen, weil zu rosigen Ausdeutung der internationalen Lage, wie er sie schon im Juli 1791 im Jakobinerklub skizziert hatte, traf er mit einem jedenfalls durchaus den Nagel auf den Kopf: Europa war im allgemeinen nicht bereit für kriegerische Abenteuer, auch wenn es sich durchaus konspirative Machenschaften gegen Frankreich zuschulden kommen ließ. So mahnte der Abgeordnete Maximin Isnard (1755-1825) zu großer Wachsamkeit; "le despotisme et l'aristocratie n'ont ni mort ni sommeil; et que si les nations s'endorment un instant, elles se réveilleront enchaînées".

Mit Dekret vom 31. Oktober 1791 wurde der Comte de Provence schließlich binnen zwei Monaten zur Rückkehr nach Frankreich aufgefordert, widrigenfalls er all seiner Regenschäftsrechte verlustig gehen sollte. Am 9. November 1791 folgte ein Beschluß, der allen Emigranten bis zum 1. Januar 1792 die Rückkehr nach Frankreich vorschrieb und sie bei Nichterfüllung der Sommation im Betretungsfalle mit dem Tode bedrohte. Ludwig XVI. stimmte zwar dem Aufforderungsdekret gegen seinen Bruder zu, der mit einer spöttischen Antwort reagierte; die brutale Proposition vom 9. November 1791 wies er aber zurück⁶).

Österreich und das Reich waren dabei gut beraten, die sich verschärfende französische Gesetzgebungs- und Verordnungspolitik gegen die Emigranten genau mitzuverfolgen, denn Deutschland als wichtigster Gastgeber der Flüchtlinge wurde so auch - von der immer noch schwebenden Elsaß-Frage ganz zu schweigen - zu einer ernststen Bruchzone im Verhältnis zum revolutionären Frankreich. Ganz besonders Leopold II. als Reichsoberhaupt geriet mehr und mehr zwischen die Fronten. Denn beide Seiten fühlten sich bedroht und erwarteten vom Kaiser mehr als Mittlerdienste: Frankreich beobachtete über seine Gesandten bei den rheinischen Kurfürsten gerade nach der Seßhaftwerdung des Prince de Condé in Worms (Ende Februar 1791) die Bewegungen der Emigranten am Rhein mit Mißtrauen, und auch die Reichsbehörden sahen die fortschreitenden Rüstungen des militärischen Arms der Emigration nicht ohne Sorge. Gerade das mit Vorderösterreich und reichsunmittelbaren Landen bedenklich verwachsene rechtsrheinische Territorium des Fürstbischofs von Straßburg mit Zentrum Ettenheim entwickelte sich unter den streng beobachtenden Augen des vorderösterreichischen Regierungspräsidenten Sumerau zunehmend zum dritten Schwerpunkt der Emigranten neben Worms und Koblenz und damit zum Sorgenkind auch der österreichischen Politik. Hier rekrutierte der Bruder des Comte de Mirabeau, der im Sommer 1790 emi-

⁴) Neben der allgemeinen Literatur zur Emigrantenproblematik vgl. etwa Pierre de Vaissière, *A Coblenz ou les émigrés français dans les pays rhénans de 1789 à 1792* (Paris 1924) [illustrative "Alltagsgeschichte" der Emigration], Alois Schumacher, *L'accueil des émigrés dans l'électorat de Trèves. La ville et les états de Trèves*. In: Marita Gilli (Hrsg.), *Actes du XIXe congrès de l'AGES. Besançon 26-28 avril 1986. La réception de la Révolution française dans les pays de langue allemande* (= Collection du Bicentenaire de la Révolution française 6; Paris 1987) 7-41. Die reichsständische Unterstützung der Emigranten im Überblick bei Härter, S. 195-213.

⁵) Blumendorf an Kaunitz (5. u. 20. 10., 7. u. 29. 11. 1791).

⁶) Erste Beratungen über die Emigrantenfrage und Gegenmaßnahmen waren im Februar 1791 verhandelt worden: AP 23.S. 566-575 (28. 2. 1791), AP 34, S. 309-317, 540f, 556: Rede Brissots (20. 10. 1791), Rede Isnards und Dekret (31. 10. 1791), Dekret (9. 11. 1791). Die spöttische Antwort des Comte de Provence ist u.a. abgedr. bei Walter, Provence, S. 191. Söderhjelm, *Correspondance*, S. 179-184. Da der Aufforderung vom 31. Oktober 1791 natürlich nicht Folge geleistet wurde, erhob die Versammlung am 1. Januar 1792 nach ausführlicher Diskussion Anklage gegen Provence, Artois, Condé, Calonne, Laqueuille und Mirabeau-Tonneau. Zwei Wochen später wurde Monsieur seiner Regenschäftsrechte definitiv für verlustig erklärt: AP 36, S. 740, 37, S. 444f, 483f. Eine Übersicht über die wichtigsten Beschlüsse der Nationalversammlungen in betreff der Emigranten bietet im übrigen Marcel Ragon, *La législation sur les émigrés 1789-1825* (Thèse sciences politiques, Paris 1904).

grierte Vicomte André-Boniface-Louis de Riqueti de Mirabeau (1754-1792) nach einem Vorspiel in der Schweiz v.a. aus französischen Deserteuren von jenseits des Rheins eine Legion, über deren Stärkezahlen in Wien z.T. beunruhigende Angaben einliefen. Die vorderösterreichischen Gebiete selbst, wo seit Sommer 1791 strenge Aufenthaltsbestimmungen galten, waren von der Emigrantenflut noch einigermaßen verschont geblieben, Ettenheim, Worms, Oberkirch, Offenburg, Rastatt und Karlsruhe quollen dagegen bereits über⁷⁾.

Aber auch die Emigranten - v.a. wenn sie wie Fürstbischof-Kardinal Rohan sogar Reichsstandschaft hatten - erwarteten sich vom Kaiser Schutz und Schirm gegen angebliche Gefahren aus Frankreich, gerade als im Sommer 1791 die internationale Krise über der französischen Frage ein bedenkliches Hoch erreicht hatte und den Führern der französischen Flüchtlinge, den Brüdern des Königs, eine weitere Verstrickung Leopolds II. sehr willkommen sein mußte. Das Ersuchen Rohans und seiner Protektoren in Koblenz, seine Reichslande im Falle eines französischen Angriffs mit k.k. Truppen zu schirmen, wurde freilich schon damals abschlägig beschieden, "weil dieser Herr zu hitzig und nicht gut beraten ist, folglich sehr zu fürchten war, er möchte sich nicht mit der nöthigen Genauigkeit in den strengen Schranken der Defension halten, sondern die Aristokraten dürften dadurch zu Thätlichkeiten aufgemuntert werden, die großes Unglück über die am Rhein gelegene und wehrlose Reichsprovinzen verbreiten könnten." In Wien, wo man die Emigranten und speziell ihre Führer ohnedies nicht leiden mochte, hatte man auch keine Probleme, die Frage einigermaßen objektiv abzuwägen. Man wollte den Franzosen durchaus nicht verübeln, daß sie nach Ettenheim, einem echten Sammelplatz für konterrevolutionäre Rekruten, recht finster blickten, und dachte gar nicht daran, den Übermut der Emigranten noch durch mißverständliche Schritte zu steigern und den k.k. Hof zu kompromittieren, der auch jetzt noch "mit nachbarlicher Rücksicht, mit Bescheidenheit und auch mit Nachsicht" gegen Frankreich auftrat. Ein unkontrollierter Angriff des französischen "Pöbels" schien der Staatskanzlei reichlich unwahrscheinlich, wenn man ihn nicht unnötig reizte, und sollte es dennoch zu einem Überfall kommen, so waren ohnedies das gesamte Reich und besonders die Reichskreise zur tätigen Unterstützung des Kardinals verbunden. Die vorderösterreichische Regierung einerseits, Baden und Basel andererseits hatten bereits Abreden getroffen, wie man sich im äußersten Ernstfall "mit Truppen und mit bewaffneten Bürgern und Bauern" helfen konnte⁸⁾.

Anders als in Vorderösterreich lag die Emigrantenproblematik in den belgischen Provinzen. Hier ergingen sich Generalgouverneure und bevollmächtigte Minister in ihren Berichten nach Wien in aller Ausführlichkeit über die kaum noch bewältigbaren Flüchtlingsscharen, die von Frankreich in die bisher recht gastfreundlichen Österreichischen Niederlande strömten. Mehrere tausend Emigranten belasteten die Städte Tournai, Ypern, Luxemburg und v.a. die Kapitale Brüssel. Dies aber vor dem Hintergrund einer noch keineswegs beruhigten inneren Situation in den nach Einschätzung vieler nur oberflächlich befriedeten Provinzen. V.a. die pessimistische Erzherzogin Marie-Christine war trotz der Politik der Milde vom üblen Willen der belgischen Bevölkerung restlos überzeugt. Ihr schien die Abneigung gegen das Erzhaus derart stark, daß selbst die revolutionäre Gefahr aus Frankreich nicht erkannt, vielmehr als Verbündete im Kampf gegen Wien gesehen wurde; von ungünstigen englisch-niederländischen Einflüssen zu schweigen. Die Wiedereröffnung der 1787 von Joseph II. geschlossenen Brüsseler Nuntiatur - entsprechende Schritte in Rom waren noch im Sommer 1791 eingeleitet worden - galt dabei nicht nur dem Generalgouvernement als erster wichtiger Schritt, wenigstens den traditionellen Katholizismus der Belgier als Schutzschild gegen die "französische Seuche" zu aktivieren, die Versöhnung zu vertiefen und die öffentliche Meinung zu steuern. Jeder Politik der Befriedung aber mußte die übergroße Gastfreundschaft gegen die

⁷⁾ "Mémoire sur la situation, les forces et les projets des princes possessionnés en Alsace, des Français rassemblés le long des frontières helvétiques et germaniques [...]" ([März/April 1791]; AN F 7 4396), Sammlung von Gesandtenberichten zur Emigrantenfrage in AN F 7 4398 d. Allemagne bzw. d. Mannheim. - Max Franz an Leopold II. (7. 2. 1791; FA FK A 26 Konv. Max Franz-Leopold II.). Reichswerbungsdirektion an HKR (Frankfurt, 9. 5. 1791; RK RkgF 1/2). Sumerau an Leopold II. (16. 6. 1791; StK Provinzen Vorderösterreich Berichte 1). Verordnung der vö. Regierung (26. 8. 1791); Pawlik, S. 67. - Mirabeau hatte dem Kaiser schon zu Jahresende 1790 seine Dienste und die Aufstellung eines starken Korps aus französischen Edelleuten angeboten: Mirabeau an Leopold II. (Frankfurt, 13. 11.[10.?] 1790; SA Frkr. Varia 42 Konv. Frkr. Varia 1790). Sieger, S. 85-147. Bray, Mémoires, S. 122-124 (13. 10. 1790). Zur Situation der Emigranten in Baden vgl. Sabine Diezinger, Französische Emigranten und Flüchtlinge in der Markgrafschaft Baden 1789-1800 (= Europäische Hochschulschriften III/500; Frankfurt etc. 1991).

⁸⁾ Vgl. oben sowie Kaunitz an Mercy (19. 8. 1791/P.S.), an Schlick (30. 8. 1791; StK DK Reich Weisungen 251 Konv. Weisungen an Schlick 1791). Monsieur an Leopold II. (Schönbornlust, 27. 7. 1791; SA Frkr. HK 6 Konv. Provence-Leopold II.).

umtriebigen, stets mit absurden Projekten schwanger gehenden französischen Emigranten den Todesstoß versetzen. Mit überzeugender Logik suchte Marie-Christine den Wiener Stellen verständlich zu machen, daß sich die Nationalversammlung für die Aufnahme der Flüchtlinge durch verstärkte Entsendung von Revolutionspropagandisten revanchieren würde. So war es nur logisch, wenn Brüssel den Emigranten in Belgien noch im August 1791 klarzumachen suchte, daß die Aufnahme auf österreichisches Gebiet einer Übung des Asylrechts entsprach, nicht aber mit feindseligen Hintergedanken gegen Frankreich erfolgte. In den Grenzregionen wurden daher überdimensionale Ansammlungen von Emigranten tunlichst aufgelöst und die Flüchtlinge - so jedenfalls der Plan - gleichmäßiger über das Land verteilt. Bis Oktober 1791 verbot man alle "atroupements" an den Grenzen zu Frankreich und jede Art von militärischen Übungen - selbst ohne Waffen. Vom französischen Außenministerium erntete man für diese Geste des guten Willens durchaus Beifall⁹⁾.

Auch in Wien selbst stießen die Emigranten seit Herbst 1791 auf jene Kühle, die der gänzlichen Rücknahme des Interventionskurses ab November 1791 entsprach. Einem der engsten Vertrauten des Comte d'Artois, Comte de Vaudreuil, der Ende Oktober 1791 in Wien nochmals auf einen bewaffneten Schlag des Kaisers gegen den fadenscheinigen Kompromiß zwischen Königtum und Revolution drängen sollte, war so gar kein Erfolg beschieden. Vaudreuil hatte in seiner besonders turbulenten Art, die den Wiener Verantwortlichen nicht behagte, dringend davor gewarnt, die, wie man fälschlicherweise annahm, beschwichtigenden Ermahnungen der Königin an Leopold II. für voll zu nehmen, hielt man doch in Koblenz die ausschließlich von "Verrätern" aus dem Kreis der Konstitutionellen umgebene Königin für wenig geeignet, eine wirklich adäquate Politik zu steuern. Im Gegenteil: Möglichst rasch mußte der Kaiser nach Einschätzung der Emigrantenführer eingreifen, um den Wagemut der Revolutionäre zu dämpfen und die einstweilen noch mangelnde Verteidigungsbereitschaft Frankreichs für ein Eingreifen von 40.000 Österreichern und Preußen unterstützt von einer Emigrantenarmee, hessen-kasselschen Hilfstruppen und einer Abschottung der jeweiligen Grenzen durch Spanien, die Eidgenossenschaft und Sardinien zu nützen. Mit den an den Ostgrenzen Frankreichs massenhaft aufgestauten Emigranten verfügten die Prinzen in Koblenz über ein nicht zu unterschätzendes Druckmittel gegen die Untätigkeit Wiens: Blieb eine Aktion des Kaisers noch lange aus, so ließen sich die tausenden Flüchtlinge vielleicht schon bald nicht mehr von einem Verzweiflungsschlag abhalten. Botschafter Noailles, dem die starke Präsenz der französischen Emigranten in Wien immer größere Ungelegenheiten verursachte, war aber angesichts solch hitziger und undiplomatischer Fürsprecher der Emigranten zuversichtlich, daß ihre Intrigen gegen die vernünftige Politik des Kaisers und die angeblich beruhigenden Briefe der Königin an ihren Bruder keine Chance auf Unterstützung hatten¹⁰⁾.

Alle Zusagen, die Leopold den Emigranten im Sommer 1791 gemacht hatte (darunter auch versprochene Waffenlieferungen für den "Widerstandskampf" der Katholiken im Languedoc), waren im Herbst 1791 immer noch unerfüllt. Nicht einmal die geforderte Bürgschaft für das Darlehen über zwei Millionen Livres war bis Dezember 1791 realisiert worden. Die namhaft gemachten Bankhäuser in Amsterdam und Frankfurt hatten abgelehnt, und die Ausstellung einer Blankovollmacht wurde in Wien verweigert. Der Sturmlauf des offiziellen Vertreters der königlichen Brüder in Wien, Duc de Polignac, prallte indes am unterschiedlich freundlichen Widerstand von Staatskanzler und Kaiser ab. Gerne zogen sich beide nun darauf zurück, die offizielle Linie des scheinbar mit seiner Lage zufriedenen Allerchristlichsten Königs nicht konterkarieren zu wollen. Nur sein ausdrücklicher Wunsch begründete eben ein Interventionsrecht des Auslands¹¹⁾.

⁹⁾ Marie-Christine an Leopold II. (3., 13., 21., 25., 28. 8. 1791; Druck: Schlitter, Marie-Christine, S. 144-151, 158f mit Anm. 167, 159-164). Note Metternichs an Marquis de Laqueuille (19. 8. 1791), Note des Generalgouvernements für Duc d'Uzès (10. 10. 1791); Belgien DD B rot 1. - Lagravière an Monmorin (4. 9., 1., 13. 10. 1791); AMAE CP Pays-Bas espagnols/autrichiens 181. - Zeissberg 1, S. 251-256 (Ordre vom 22. 10. 1791). Zur Nuntiauffrage vgl. auch Schlitter, Marie-Christine, S. 315f Anm. 150.

¹⁰⁾ Vaudreuil an Leopold II. (31. 10. 1791; SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 IX-XII). Noailles an Monmorin (22., 29. 10., 5., 9., 16., 19. u. 23. 11. 1791; AMAE CP Autriche suppl. 23). - Pingaud, Correspondance de Vaudreuil 2, S. 29-50 (an Artois, 20., 28. 10., 2. u. 9. 11. 1791, an Leopold, 31. 10. 1791).

¹¹⁾ Polignac an Leopold II. (18. 11. 1791) mit Beilagen und Mémoire Polignacs zum "Religionskrieg" im Landguedoc, der Antwortentwurf Kaunitz' (22. 11. 1791); SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Leopold II., Leopold II.-Polignac, Kaunitz-Polignac. Leopold II. an Kaunitz (20. 11. 1791), Kaunitz an Leopold II. (23. 11. 1791), Leopold II. an Kaunitz (23. u. 29. 11. 1791), Kaunitz an Leopold II. (2. 12. 1791); StK Vorträge 149 Konv. XI-XII. Leopold II. an Marie-Christine (16. 11. 1791; Druck: Wolf, S. 278f). Zur Frage der ksrfl. Bürgschaft speziell Polignac an Leopold II. u. an Kaunitz (28. 10. 1791), Kaunitz an Polignac (3. 11. 1791), Polignac an Leopold II. (27. 11. 1791) u. an Kaunitz (28. 11. 1791), Kaunitz an Polignac (3. 12. 1791); SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Leopold II., Polignac-Kaunitz, Kaunitz-Polignac. Leopold II. an Kaunitz (9. 12. 1791) u. Vortrag Kaunitz (9.

Ganz gegen den Wunsch der Prinzen in Koblenz benützte der Kaiser im November 1791 die Versendung des Zirkularschreibens zur Sistierung der Konzertbemühungen auch nochmals zur Belehrung der Emigrantenführer, die sich unbedingt der neuen abwartenden Haltung der europäischen Mächte unterwerfen mußten. Die Drohung mit einer gesamteuropäischen Intervention hatte nach Ansicht Leopolds bereits ihre Schuldigkeit getan, der König die Verfassung freiwillig angenommen, und die gespannte Aufmerksamkeit Europas verbürgte ihrerseits, daß sich die weitere Entwicklung durch etwaige Verbesserung der Unzukömmlichkeiten in der Verfassung nur zum Besseren wenden konnte. Nach den verheerenden Dekreten der Nationalversammlung vom Oktober/November 1791 war dies keinesfalls, was Artois und Provence von Leopold II. erwarteten. Diese pochten immer noch auf die längst überholten Zusagen von Pillnitz und hielten den Zeitpunkt für ein Losschlagen für durchaus passend: die Nationalversammlung war in Mißkredit geraten, der Staatsbankrott stand bevor, Frankreich selbst vor dem unmittelbaren Zerfall. Andererseits verlieh dies den mit dem Rücken zur Wand stehenden Revolutionären den Mut der Verzweiflung, der Schlimmes anrichten konnte. Durfte die verbrecherische Nationalversammlung auf die Passivität des Kaisers zählen, so mochte sie sich vielleicht in der Hoffnung, straffrei auszugehen, zu einem letzten, aber entscheidenden Schritt entschließen, Ludwig vom Thron stoßen und Orléans zum Regenten berufen; eine entschiedene Démarche Leopolds und eine Erklärung zugunsten der geächteten Emigranten hieß man in Koblenz für ausreichend, um in Frankreich den Bürgerkrieg zu entfachen und damit die Ausgangsbasis für weitere Schritte Richtung Restauration zu schaffen. Die Antwort des Kaisers von Anfang Dezember 1791 mußte jede Hoffnung auf ein Tätigwerden der Österreicher restlos zerstören. In bisher kaum dagewesener Deutlichkeit scholt Leopold die königlichen Brüder für ihr Abweichen von dem in Pillnitz gemeinsam festgelegten Kurs und ihr hektisches Agieren, mit dem sie sich in eklatanten Gegensatz zum Willen Ludwigs XVI. setzten. Dieser hatte jedem Konterrevolutionsprojekt eine klare Absage erteilt und seine Brüder selbst über die Ablehnung ihrer Auslandstätigkeit informiert. Er, Leopold, teile die Hoffnung des Allerchristlichsten Königs auf eine friedliche Rückkehr Frankreichs zu Ruhe und Ordnung und seine Abneigung gegen alle gewaltsamen Maßnahmen, die nur die Sicherheit der königlichen Familie gefährdeten. Diese neue Politik des Abwartens beinhaltete auch eine Ruhigstellung der Emigranten, die man zwar immer gastfreundlich aufnahm, deren "protection active" aber unnötig Staub aufwirbeln und die "tranquillité publique" der Erblande stören mußte. Dies war der Stand der Dinge, bis im Dezember 1791 die weitere Radikalisierung der französischen Emigrantenpolitik und die dadurch ausgelösten Verwicklungen auf internationaler Ebene auch die Wiener Politik zu einer Neuorientierung zwangen¹²⁾.

Reich und Revolution

Die Frage der gekränkten Reichsstände stand seit der Übersiedlung der französischen Prinzen und ihrer Anhänger an den Rhein in engem Zusammenhang mit der Emigrantenproblematik. Die Reichsfürsten, die den Flüchtlingen Asyl und Unterstützung gewährten und darüber auch gelegentlich die Gesetze gutnachbarlicher Beziehungen zu Frankreich vergaßen, waren sich durchaus bewußt, was sie dem Reich mit ihrer keineswegs selbstlosen Gastfreundschaft aufluden; freilich ... mit ernststen Gegenmaßnahmen eines vermeintlich in Anarchie und Chaos versinkenden Frankreich wollte man nicht rechnen¹³⁾.

12. 1791): StK Vorträge 149 Konv. XI-XII, Kaunitz an Metternich (3. 12. 1791; Belgien DD A Weisungen 67). Marie-Christine an Leopold II. (8. 12. 1791; Druck: Schlitter, Marie-Christine, S. 210f. und die ergänzenden Hintergrundinformationen in Ann. 236). Laqueuille an Metternich (31. 7. 1791; Belgien DD B rot 1). - Zu den ursprünglich von der Toskana aus geplanten Waffenlieferungen: Leopold II. an Leopold von Toskana (5. 7. 1791; SA Frkr. Varia 44 Konv. Leopold II. Großhgz. v. Toskana 1791).

¹²⁾ Leopold II. an Monsieur/Artois (10. 11. 1791; SA Frkr. HK 5 Konv. Leopold II.-Provence/Artois; Druck: Feuillet 4, S. 246f [dort datiert 12. 11. 1791]), Monsieur/Artois an Leopold II. (16. 11. 1791; SA Frkr. HK 6 Konv. Provence/Artois-Leopold II.). Leopold II. an Monsieur/Artois ([3.] 12. 1791; SA Frkr. HK 5 Konv. Leopold II. an Monsieur/Artois; Druck: Feuillet 4, S. 283-285). Polignac an Leopold II. (13. 12. 1791; SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Leopold II.); Leopold II. an Kaunitz (16. 12. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 XI-XII). Der Kaunitzische Antwortentwurf (o.D.) in SA Frkr. Varia 46 Konv. Leopold II.-Polignac. - Die Publizierung des Briefes der kgl. Brüder vom 16. 11. 1791 in der "Gazette de Cologne" führte zu einem scharfen Protest der Emigranten in Wien, wo man die undichte Stelle vermutete: Polignac an Kaunitz (6. 1. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Kaunitz).

¹³⁾ Die Situation im Reich vom Sommer 1791 bis zum kstl. Ratifikationsdekret vom Dezember 1791 behandelt ausführlich Härter, S. 167-195.

Selbst der Erzkanzler des Heiligen Römischen Reichs, der Kurfürst von Mainz, der mit Worms der Emigrantenarmee einen wichtigen Stützpunkt zur Verfügung stellte, fand, als die Reichshofkanzlei in Wien ernste Bedenken gegen die reichsverfassungswidrigen Rüstungen der Emigranten auf deutschem Boden anmeldete, nur wenig dabei, wenn die von Frankreich in so vielfacher Hinsicht beleidigten Reichsstände auf ihrem Territorium die französischen Emigranten tolerierten, ihre Armierungen auch als Schutzschild gegen kleinere französische Übergriffe betrachteten und so insgesamt die geringe Sympathie signalisierten, die sie verständlicherweise für die Revolution empfanden. Es gab - so der Mainzer in seiner Konfrontation mit dem Reichsvizekanzler in Wien - kein Reichsgesetz, das den Reichsständen verbot, sich auf jede nur erdenkliche Art Genugtuung gegen Unrecht zu verschaffen. Versprachen sich einzelne Reichsfürsten von der sicher nicht ungefährlichen Begünstigung der französischen Emigranten irgendwelche Chancen, so mußte es schwer fallen, sie davon abzubringen, solange sie von Reichs wegen keine Aussicht auf effektive Hilfe erwarten konnten. Der Kurfürst von Trier hatte auf diese Weise bekanntlich schon im Oktober 1791 zur großen Freude der Zarin Rußland als Garant des Westfälischen Friedens zu verstricken versucht. Am Kaiser als Reichsoberhaupt lag es daher, diesen individuellen Versuchen, Unrecht zu bekämpfen, durch die Ratifizierung des Reichsgutachtens vom August 1791 und entsprechenden Schutz der Betroffenen vorzubeugen¹⁴⁾.

Der österreichisch-preußische Ausgleich vom Sommer 1791 hatte im Reich z. T. Unbehagen erzeugt und viele Klein- und Mittelstaaten ihrer alten Orientierungsmarken beraubt. Manche witterten geheime Absichten hinter dem Bündnis zwischen den beiden ehemaligen Erbfeinden, und bis 1803 wirkte die Angst, die neue Eintracht zwischen den beiden deutschen Großmächten könnte zu einer Aufteilung des Reichs in zwei Interessensphären führen, paralysierend. Vom Fehlen eines ursprünglich geplanten Passus zur Reichsverfassung im Präliminarvertrag vom Juli 1791 ist bereits die Rede gewesen. Im Oktober 1791 bügelte man diesen peinlichen Faux-pas auf preußische Initiative wie vorgesehen durch wechselseitige Ministerialerklärungen eilig aus, kursierten doch im Reich finstere Gerüchte, wonach die österreichisch-preußische Idylle "vues contraires à la Constitution et aux droits du corps germanique" mit beinhaltete; ein Dementi durfte aber nicht mehr bis zum Abschluß der Definitivallianz auf sich warten lassen. So stellte auch die Staatskanzlei Anfang Oktober 1791 zur Überbrückung gerne eine feierliche Erklärung aus, in der man sich zum "maintien" und zur "garantie de la constitution et des droits de l'Empire germanique comme faisant une des bases de l'union [...] entre les deux cours" verpflichtete; in Regensburg und an den wichtigeren Reichshöfen hatte man so ein gutes Instrument, die reichspatriotische Gesinnung der Großmächte hervorzustreichen¹⁵⁾.

Den meisten Reichsständen lagen freilich die befriedigende Klärung der Elsaßfrage und entsprechendes Engagement des Reichsoberhauptes viel mehr am Herzen. Nach der Sistierung des Interventionskurses im November 1791 war allerdings auch in diesem Punkt die Politik Habsburgs im Reich wieder ganz auf die alte, zurückhaltende Linie eingeschwenkt, die man mit großer Geduld bis in den Krisensommer 1791 eingehalten hatte. An die Vertretungen in Regensburg erging die übliche Weisung, sich in der französischen Frage "geschlossen" zu halten und - mit Rücksicht auf Rußland - auch zur Anrufung der russischen Garantie durch Trier zu schweigen, obgleich für die Reichskanzlei außer Zweifel stand, daß der Zarin als Garantin des Friedens von Teschen keineswegs automatisch ein Garantierrecht für den Westfälischen Frieden zuwuchs. Auch die Reichsstände sollten sich bequemen,

"gelaßener nachzudenken, besonders da man allgemach sich überzeuget, daß keine Macht von Europa ohne sichere Mitwirkung anderer Mächte sich vor den Riß stellen und wo nicht mit Gefahr, doch mit großer Belästigung der eigenen Länder sich in so kostbare Unternehmungen einlassen [werde], bey denen nicht nur kein Vortheil möglich ist, sondern am Ende bey dem glücklichsten Erfolg unangenehme und auch nachtheilige Wirkungen der politischen Scheelsucht zu erkennen sind."

¹⁴⁾ HKR an RVK (21. 9. 1791) mit Beilage, RVK an Kfst von Mainz (25. 10. 1791; Druck: Vivenot 1, S. 263f) u. an HKR (25. 10. 1791); RK RkgF 11, Kfst von Mainz an RVK (5. 11. 1791; RK RkgF 3-5; Druck: Vivenot 1, S. 264-266). Kornrumpf an RVK (2., 7. 9. 1791), Schlick an RVK (17., 22. 9. 1791); Hansen I, S. 946-948, 950-952, 956-958, 959-961. Auch der Kfst von Mainz hatte sich im September 1791 mit dem Gedanken getragen, russische Hilfe anzurufen. Trier wandte sich in weiterer Folge auch an Schweden als Garanten des Westfälischen Friedens. Die Emigranten unterhielten seit April 1791 mit François-Louis Bégon Marquis de La Rouzière (1750-1814) einen eigenen "Geschäftsträger" beim Regensburger Reichstag (Härter, S. 198). Seine "Instruktionen", entworfen von Marquis de Bombelles, in Bombelles' Journal 3, S. 176-180.

¹⁵⁾ Jacobi an Staatskanzlei (7. 10. 1791) u. Kaunitz an Jacobi mit der entsprechenden "déclaration ministérielle" (9. 10. 1791); StK DK Preußen 70 Konv. Preuß. Promemorien bzw. Noten der Staatskanzlei 1791. Kaunitz an Schlick (2. 12. 1791; StK DK Reich Weisungen 251 Konv. Weisungen an Schlick). - Noailles an Delessart (21. 12. 1791; AMAE CP Autriche suppl. 23). - Lüdtko, Kampf, S. 120-125.

Mit Säbelrasseln und feurigen Reden glaubte der k.k. Hof dem Reich keine guten Dienste zu erweisen und nahm es so auf sich, wenn jene, die sich vom Kaiser mehr erwarteten, als "kluge Mäßigung und vorsichtiges Betragen" zuließen, unzufrieden und enttäuscht waren. In Wien jedenfalls rechnete man es der besonnenen Politik Leopolds als Verdienst an, daß die vorliegenden Reichskreise nicht schon längst der "Schauplatz der Verheerung" geworden waren und das französische Unheil noch nicht voll auf die deutschen Provinzen übergegriffen hatte. Die Reichskanzlei legte Anfang November 1791 Wert auf die Feststellung, "daß [...] die innere Angelegenheiten Frankreichs mit der eigentlichen Elsasser Sache und den Beschwerden der friedensschlußwidrig gekränkten Reichsstände in keiner unmittelbaren Verbindung stehen und also auch nicht zur Beschäftigung des Reichstages gehören." Botschafter Noailles war ob der großen Zurückhaltung Wiens in fast allen Belangen derart entzückt, daß er sogar an die verstiegene Möglichkeit glaubte, die lästige Elsaßfrage durch einen veritablen Ländertausch zu berichtigen - denn eine rein finanzielle Abgeltung wurde in Wien rigoros ausgeschlossen¹⁶).

Mit einer Wiederaufnahme des Reichsgutachtens vom August 1791 konnte Leopold aber zumal nach Erledigung der Konzertfrage nicht ewig zuwarten. Bei einigen Reichsständen hatte sich angesichts des überlangen Ausbleibens der kaiserlichen Ratifikation bereits einige Unzufriedenheit aufgestaut, und auch Wien mußte im Interesse seiner zurückgenommenen wünschen, durch Erschöpfung der verfassungsmäßig vorgesehenen Schritte des Kaisers jenen den Wind aus den Segeln zu nehmen, die die Tatenlosigkeit Wiens als Freibrief für Selbsthilfe - etwa durch Begünstigung der Emigranten - betrachteten.

Auf Antrag der Reichshofkanzlei ratifizierte Leopold II. daher endlich am 6. Dezember 1791 das Reichsgutachten; trotz der äußerlich beruhigten Situation des Spätherbsts hatte man damit aber das - vom allgemeinpolitischen Entstehungsumfeld her verständlicherweise - für Radikallösungen und klare Standpunkte plädierende Papier vom Sommer 1791 approbiert und sich voll hinter die gekränkten Reichsstände und ihre Gravamina gestellt: die französischen Neuerungen waren für die Reichsenklaven in Elsaß und Lothringen null und nichtig. Die französische Argumentation gegen die Einwendungen der Reichsstände erachtete man für nicht stichhaltig. Gewiß durfte ein Staat über das Eigentum seiner Untertanen zum allgemeinen Besten auch gegen den Willen der Betroffenen verfügen, doch keineswegs dann, wenn er sich selbst durch Völkerrechtsverträge die Hände gebunden hatte, es um das Eigentum von "Nicht-Untertanen" und z. T. um Territorien ging, deren volle Souveränität Frankreich ja gar nicht zustand. In jenen Gebieten des Elsaß und Lothringens, in denen Paris nicht über das *dominium eminens* verfügte, konnte ohne Zustimmung von Kaiser und Reich weiterhin nichts Bindendes verfügt werden. Die individuellen Unterwerfungen einzelner Reichsstände unter das Diktat des französischen Absolutismus waren daher unbeachtlich. Zugleich versandte die Reichskanzlei unterm 3. Dezember 1791 auch ein neues kaiserliches Protestschreiben an Ludwig XVI., in dem man - nun gemäß Reichsgutachten auch im Namen des gesamten Reiches - dem französischen König nochmals den Rechtsstandpunkt des Kaisers auseinandersetzte. Demzufolge verblieben eben jene reichsständischen Besitzungen, die seit 1648 nicht explizit der französischen Krone abgetreten worden waren, in ihren alten Rechtsbeziehungen zum Reich, und auch in den wirklich in französische Souveränität übergegangenen Teilen galten die im Westfälischen Friedensschluß vorgesehenen Beschränkungen und Ausnahmen. Von der Gerechtigkeitsliebe des Allerchristlichsten Königs wollte sich der Kaiser eine Wiedereinsetzung der Geschädigten in den vorigen Stand und eine Entschädigung für die aufgelaufenen Schäden versprechen; zugleich wies man darauf hin, welch

¹⁶ Kaunitz an Kornrumpf, Borié, Lehrbach (31. 10. 1791; StK DK Bayern 67 Konv. Weisungen 1791/2). Kaunitz an RVK (1. 12. 1791) u. dessen Antwort (2. 12. 1791); RK RkgF 3-5. Kaunitz an Borié (30. 11./1. 12. 1791; StK Regensburg Österr. Gesandtschaft Weisungen 9). RVK an Leykam (3., 16. 11. 1791); RK Weisungen a. d. Principalkommission 13a) mit Note an die Staatskanzlei (16. 11. 1791). - Noailles an Montmorin (2. u. 16. 11. 1791; AMAE CP Autriche suppl. 23). - Zur Frage der russischen Garantie übrigens Härter, S. 176-186, Erwin Oberländer, "Ist die Kaiserin von Rußland Garant des Westphälischen Friedens?". Der Kurfürst von Trier, die Französische Revolution und Katharina II. 1789-1792. In: JGO 35 (1987) 218-231, der die Unterstützung der malkontenten Reichsfürsten und der Emigranten unter dem Primat der russischen Polenpolitik einordnet. Die drohende Einschaltung Rußlands als Garant der deutschen Reichsverfassung führte zu einer lebhaften publizistischen Kontroverse. Zur Frage der russischen Reichsgarantie nun erschöpfend Karl Härter, Möglichkeiten und Grenzen der Reichspolitik Rußlands als Garantmacht des Teschener Friedens 1778-1803 (unveröffentlichtes Manuskript für die Internationale Tagung des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Zerbst, 27.- 31. August 1996; Katharina II., Rußland und Europa). - Über den Stand der Gespräche mit den verhandlungswilligen Reichsständen berichtete Außenminister Montmorin der Versammlung am 31. 10. 1791: AP 34, S. 551f ("Note concernant les indemnités dues aux princes étrangers possessionnés en France").

bedenkliche Folgewirkungen für die internationale Rechtssicherheit drohten, wenn Frankreich einseitig Verträge kündigte oder nur nach seiner Konvenienz beurteilte, und zwar gerade mit Blick auf den prekären völkerrechtlichen Status der Provinzen Elsaß und Lothringen¹⁷⁾.

Auch die Gefahr revolutionärer Kontamination war mit zunehmender Radikalisierung der innenpolitischen Situation in Frankreich auf Reichsebene verstärkt thematisiert worden. Je näher der französische Keimherd, desto größer die noch durch realpolitische Verflechtungen vermehrte Sorge vor den linksrheinischen "Exzessen", desto hartnäckiger das Bemühen um Gegensteuerung. Der Oberrheinische Kreis übernahm hier auf Initiative Speyers und Kurmainz' eine gewisse Vorreiterrolle und sollte auch im April 1791 ein entsprechendes Ansuchen an Kaiser und Reichstag gelangen lassen,

"ob es nicht zur unumgänglichen Abhaltung empörerischer Aufwieglungen [...] so räthlich als nötig seyn wolle, daß der Erscheinung sowohl als dem Aufenthalt der französischen Emissaires in den deutschen Staaten eigene Schranken gesetzt und durchaus kein Individuum dieser Nation mehr geduldet werde, wider welches in Ansehung des geleisteten Constitutions- und Bürgereides oder sonstigen noch bedenklichen Verbindungen der allergeringste Verdacht entstehen könne, der die Verbreitung verfassungswidriger oder ruhestörerischer Gesinnungen besorgen lasse."

Scharfe Überwachung der Franzosen und sogar das Projekt eines "cordon sanitaire" gegen den französischen "Schwindelgeist" sollten ebenso beschlossen werden wie Maßnahmen zur Beschleunigung reichsgerichtlicher Exekutionen in Empörungsfällen.

Kurköln entschloß sich im Frühjahr 1791 zu konkreten Vorschlägen und nahm in sein Reichstagsvotum zur Elsässer Angelegenheit auch schärfste Maßnahmen zu energischem Vorgehen gegen die Emissäre der Propaganda auf, deren Arbeit zur Verbreitung demokratischer Grundsätze mit der Reichsverfassung nicht vereinbar war. In einem Reichsgutachten sollte beim Kaiser darauf angetragen werden, "ein Reichsgesetz in der Maas zu genehmigen, daß gegen alle Franzosen oder Deutsche, welche die demokratische Grundsätze öffentlich oder heimlich ausbreiten würden, nach Beschaffenheit der Umstände mit Leibs- oder Lebensstrafe verfahren werden soll, zu welchem End alle dergleichen Grundsätze enthaltende Bücher zu verbiethen und von den Ortsobrigkeiten ohnnachsichtig zu confisciren seyen."¹⁸⁾

Die Novellierung der überalteten Reichsgesetze zur Preß- und Druckfreiheit und Überlegungen zur Verbesserung der zuständigen Exekutivorgane waren bereits seit längerem Gegenstand von intensiven Diskussionen unter den Reichsfürsten, besonders auch auf dem Frankfurter Wahlkonvent vom Sommer 1790, Angelpunkt eines Kollegialschreibens der kurfürstlichen Wahlbotschafter und schließlich ein besonderer Punkt der Wahlkapitulationen Leopolds II. gewesen. Spezifische Maßnahmen - wie schon 1789 herausgegebene Warnungspatente einzelner Reichskreise - blieben aber vereinzelt. Während der Verhandlungen über das Reichsgutachten in der Elsässer Angelegenheit im Frühjahr/Sommer 1791 erntete denn auch Kurköln mit seinem Antrag auf drastische Verschärfung der Zensur Zustimmung bei den geistlichen Reichsständen, viel Ablehnung bei einigen weltlichen, besonders bei Hannover, das den streng landesherrlichen Gesichtspunkt auch in dieser Frage durchsetzen wollte. Nach kontroversen Diskussionen durfte sich der Kaiser schließlich im Dezember 1791 damit begnügen, anstelle eines entsprechenden Reichschlusses zur Frage der Unterdrückung aufrührerischer Schriften und Grundsätze mit kaiserlichen Mandaten an die einzelnen Reichskreise hervorzutreten und unter Berufung auf die alten Reichspolizeiordnungen

¹⁷⁾ RVK an Kaunitz (24. 11. 1791), Kaunitz an RVK (27. 11. 1791), RVK an Kaunitz (27. 11. 1791): RK RkgF 3-5. Vortrag RVK (3. 12. 1791; RK RkgF 3-5) mit dem Entwurf des ksr. Kommissionsdekrets und des Schreibens an Ludwig XVI. (3. 12. 1791; Druck: Vivenot 1, S. 287f; das O in AMAE CP Autriche 362). RVK an Leykam (30. 11., 3. u. 6. 12. 1791), an Thurn u. Taxis (6. 12. 1791), Leopold II. a. d. Prinzipalkommission (6. 12. 1791): RK Weisungen a. d. Principalcommission 13a. Dort auch K und O des Ratifikationsdekrets, der Druck u. a. in RK RTA 365 (10. 12. 1791, diktiert 12. 12. 1791). RVK an Kfst von Mainz (7. 12. 1791; Druck: Vivenot 1, S. 287) u. an Kaunitz (8. 12. 1791), Kfst von Mainz an RVK (16. 12. 1791): RK RkgF 3-5.

¹⁸⁾ "Copia Instructionis an den Oberrheinischen Kreißdirectorialis von Hertling d. d. Maynz den 27. April 1791" als Beilage zu Flachslanden an Leopold II. (9. 5. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Flachslanden-Leopold II.). Das kurkölnische Votum Elsaß und Lothringen betr. als Beilage zu Kfst von Köln an RVK (6. 6. 1791; RK RkgF 1/2) und ebd. "Abhandlung für den Junius 1791". Max Franz von Köln an Kfst von Trier (23. 4. 1791; Druck: Hansen 1, S. 812-815). Vgl. auch Biermanns, S. 59-64 (Kap. "Maximilian Franz und die revolutionäre Propaganda").

gen und einschlägige Reichsabschiede des 16. Jahrhunderts zur Aufrechterhaltung der "guten Polizey" und zur energischen Unterdrückung "aller zur Empörung und Aufruhr anfachenden Schriften und Grundsätze" aufzufordern¹⁹⁾.

Die angemahnten Gegenmaßnahmen können kaum gegriffen haben, zumal einzelne Reichsstände selbst den Willen zur Härte nicht aufbrachten. Noch im Juni 1792 drückte der vorderösterreichische Regierungspräsident Sumerau gegenüber der obersten Reichsbehörde sein großes Bedauern darüber aus, "daß einige der vorzüglicheren deutschen Schriftsteller die Revolutionsfahne öffentlich ausstecken, ungescheut als Freiheitsapostel auftreten, Aufruhr und Insubordinazion unter den glänzendsten Vorspieglungen anempfehlen". Inzendiöse Journale würden sogar mit landesfürstlicher Genehmigung herausgegeben und verbreiteten ungehemmt den "Freiheitsunsinn". "Sogar öffentliche Erziehungsanstalten sind bereits auf deutschem Reichsboden aufzufinden, wo die Kinder Rabauds Revolutions-Almanach zur Vorlesung erhalten." Gerade der Oberbefehlshaber der alliierten Invasionsstreitkräfte 1792, Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, setzte sich durch seine äußerst liberale Zensurpolitik und die Tolerierung der revolutionsfreundlichen Publizistik Joachim Heinrich Campes heftiger Kritik aus und stand so ganz im Gegensatz zu seinen obersten "Dienstherren" Leopold II. und Friedrich Wilhelm II., die ja Hoffmanns erkonservative "Wiener Zeitschrift" poussierten und viel Druck ausüben mußten, ehe das "Braunschweigische Journal" schließlich außer Landes ging und zum "Schleswigschen Journal" mutierte und der Braunschweiger Herzog selbst - wenigstens äußerlich - eine rigorosere, den kaiserlichen Exhortatorien angemessenere Haltung einnahm²⁰⁾.

Auch die konkreten Schritte der Thurn und Taxissche Reichspostverwaltung gegen die in Straßburg erscheinende Zeitung "Geschichte der gegenwärtigen Zeit", die "ganz der verführerischen Freiheit gewidmet und auf die benachbarten Lande um so gefährlicher beabsichtigt sey, da sie den Dorfschulmeistern und Landlehrern um die Hälfte des gewöhnlichen Preißes recht leicht in die Hände gespielt werde wolle" und ab Sommer 1791 nicht mehr im Reich expediert werden sollte, waren Einzelmaßnahmen von allerdings beträchtlicher Breitenwirkung. Der Reichsvizekanzler benützte damals die Angelegenheit dazu, beim Kurfürsten von Mainz als Erzkanzler anzuregen, die Zensurfrage als solche zur Reichsdeliberation zu bringen.

"Inzwischen ist es in Ansehung der Preß- und Druckfreyheit in dem Jahre nach der Wahl und Krönung noch nicht besser, vielmehr darinn bedenklicher geworden", konstatierte der Reichsvizekanzler, "daß vielleicht noch nicht ein Jahr als eben dieses an Schriften und Brochüren so fruchtbar war, welche durch directe und indirecte Weege auf die Untergrabung und den gänzlichen Umsturz der gegenwärtigen Verfassung und die eben dadurch zu befürchtende Störung der öffentlichen Ruhe abzielen. Offenbar hat der epidemische Freyheitsgeist sich auch schon eines ansehnlichen Theils der teutschen Journalisten, Schriftsteller und mehrerer andern öffentlicher und heimlicher Verehrer dieses Idols des sich zu Ende neigenden Jahrhunderts bemächtigt."

Die Herausgeber der "Geschichte der gegenwärtigen Zeit", Johann Friedrich Simon und Andreas Meyer, hielten allerdings nicht still und beschwerten sich über das gegen ihr Organ verhängte Einfuhrverbot mit der Begründung, "daß darinnen französische Bürger ihren Lesern die französische Staatsverfassung bloß in der Güte darstellen und erklären, so wie sie selbst davon überzeugt sind. Sollte dies für Deutschland verhänglich seyn? Sollten französische Bürger von der französischen Constitution nicht schreiben dürfen,

¹⁹⁾ Vortrag RVK (3. 12. 1791; RK RkgF 3-5) mit dem Entwurf des Rundschreibens an die Reichskreise. Vgl. auch Letner, S. 104-107. In seiner Empfangsbestätigung für das Rundschreiben stellte der Kurfürst von Sachsen als kreisausschreibender Fürst des obersächsischen Kreises stolz fest (23. 1. 1792; RK RkgF 3-5): "Uebrigens kann ich nicht unbemerkt lassen, daß in meinen Landen sowohl gegen den inländischen Druck solcher Schriften, welche empörerische und staatsverderbliche Grundsätze enthalten, die zweckmäßigste Censur-Anstalten bereits vorhanden sind, als auch auf die möglichste Vorbeugung der Verbreitung auswärts gedruckter dergleichen Schriften der ernstlichste Bedacht genommen wird und daß ich auch erst noch in dem vorigen Jahre zu Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit ein erneuertes Mandat wider Tumult und Aufruhr erlaßen habe."

²⁰⁾ Sumerau an Colloredo (22. 6. 1792; RK RkgF 30/31). Gemeint ist der "Précis de l'histoire de la Révolution" von Rabaud Saint-Etienne 2 Bde. (Paris 1792). - Selma Stern, Ein Kampf um die Preßfreiheit in Braunschweig zur Zeit der Französischen Revolution. In: Jahrbuch des Geschichtsvereins für das Herzogtum Braunschweig 14 (1915/16) 18-76.

wie Wieland, Campen, Schubart, Cotta etc. in Deutschland selbst davon schrieben?" Auch verwiesen sie darauf, daß extrem radikale Zeitungen wie Carras "Annales Patriotiques" oder Marats "Ami du Peuple" durchaus im Reich ausgeliefert werden durften²¹⁾.

Belgien

Alleine durch das Bemühen, die Emigranten speziell in Belgien härter an die Lisière zu nehmen, war freilich das Interesse der in eine neue, bald expansive Phase tretenden Französischen Revolution an der "Schwesterrevolution" in Belgien keineswegs beseitigt; der vereinnahmende Titel der seit 1789 erscheinenden Wochenzeitung von Camille Desmoulins (1760-1794) *Les Révolutions des France et de Brabant* erhielt gerade ab Herbst 1791 ein höheres Maß an Berechtigung. Über die nach Frankreich emigrierten, sowohl von den konservativen statistischen Partnern wie von den letztlich reformunwilligen Österreichern enttäuschten Vonckisten war endlich jene Zündschnur gelegt, die das Pulverfaß Belgien bei einer Verschärfung des Konflikts mit Frankreich jederzeit zur Explosion bringen konnte. Je näher die Gironde bis 1792 den Regierungszügeln kam, desto eher wurde das starke Interesse an einer Neugestaltung Belgiens im vonckistischen Sinne auf ein gleichsam offiziöses Niveau gehoben. In Lille und Paris hatten die belgischen "Demokraten" um Vonck seit ihrer Entmachtung durch die Statisten starke Positionen aufgebaut, die Lütticher Revolutionäre nach ihrem Schiffbruch Anfang 1791 v.a. in Givet Zuflucht gefunden. In der zweiten Jahreshälfte 1791 nahm die "konspirative Tätigkeit" aller "Untergrundbewegungen" zu, und auch wenn die Versöhnung von Statisten und Vonckisten nicht zustandekam, so war doch die Verbindung der belgischen "Patrioten" mit den ideologisch viel verwandteren Lüttichern zu einem Comité des Belges et Liégeois réunis zu Jahresanfang 1792 ein erster wichtiger Schritt zur Organisierung des Unzufriedenheitspotentials im französischen Glacis.

Auch jene, die mit den immer noch massiv gegen Habsburg opponierenden Brabanter Stände sympathisierten, versuchten, sich aus Offizieren und Soldaten der ehemaligen Patriotenarmee außerhalb der Österreichischen Niederlande eine militärische Eingreiftruppe zu schaffen - zuerst im Holländischen, dann in Frankreich. Die Leitung dieser kleinen Privatarmee, die sich im nordfranzösischen Douai in harter Konkurrenz zu parallelen Bemühungen der belgischen Demokraten unter Walckiers und Vonck sammelte, übernahm ein schillernder politischer Abenteurer, der seit 1789 mehrfach mit belgischen Ambitionen auf den Plan getreten war: Armand-Louis Comte de Béthune-Charost (1770-1793), der freilich bald mehr für eigene Rechnung arbeitete. Hauptsächlich gegen diese von französischen und belgischen Demokraten bekämpfte Splittergruppe der belgischen Malkontenten richtete sich das vom französischen Außenministerium sofort stolz nach Wien weitergeleitete Dekret der Nationalversammlung vom 21. Dezember 1791, in dem Frankreich wie zuvor schon das belgische Generalgouvernement Völkerrecht und Gastrecht in Einklang zu bringen suchte. Die Emigrantenverbände im Grenzbereich sollten zerstreut werden, die belgischen Flüchtlinge ihr Unterkommen außerhalb der Festungsstädte im Norden suchen. Die Rüstungen der Vonckisten oder Béthune-Charosts liefen dennoch weiter, so wie auch die französischen Emigranten in Belgien immer aufs neue Staub aufwirbelten²²⁾.

²¹⁾ Der umfangreiche Briefwechsel zu dieser Angelegenheit erliegt in RK Reichskrieg gegen Frankreich 30/31. Die Zitate entstammen dem Schreiben des Reichsvizekanzlers an den Kurfürsten von Mainz (24. 7. 1791) und dem Beschwerdebrief der Straßburger Herausgeber der "Geschichte der gegenwärtigen Zeit" vom 9. 6. 1791. Hansen I, S. 890f. - Zur Zensur- und Pressepolitik im Reich vgl. erschöpfend Härter, S. 305-325, speziell zur Zeitungslandschaft am Rhein Hansen I, S. 24*-48*.

²²⁾ Dekret vom 21. 12. 1791: AP 36, S. 293. Delessart an Noailles (22. 12. 1791; AMAE CP Autriche 362; frz. Kommunikat SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 IX-XII; Druck: Hubert, S. 90f). - H. Boulanger, L'affaire des "Belges et Liégeois unis" 1792-1793. In: Revue du Nord I (1910) 3-40, 144-165, 216-244. Orient Lee, Les comités et les clubs des patriotes belges et liégeois 1791-an III (Thèse, Paris 1931), Suzanne Tassier, Le prince de Béthune-Charost, candidat au trône de Belgique 1789-1793. In: Revue d'histoire moderne N.S. 5 (1936) 31-43; zu den internen Schwierigkeiten der habsburgischen Herrschaft, bes. zur Subsidienverweigerung in Brabant vgl. Zeissberg I, S. 160-205. "Réponse faite par Monsieur de Rochembeau, président du club des amis de la Constitution de Maubeuge, aux patriotes brabançons" (18. 9. 1791; SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 IX-XII): "Les amis de la Constitution française embrassent le monde entier dans leur système de philanthropie et c'est à ce titre, Messieurs, qu'ils espèrent qu'en retournant dans votre pays, vous y jeterés les germes de nos projets bienfaisants pour qu'ils produisent une recolte abondante." Dieser "Aufruf" wurde gedruckt und sorgte in Brüssel für große Aufregung. Das frz. Innenministerium ordnete daraufhin eine Untersuchung an.

Selbst in den nach dem Bürgerkrieg von 1787 noch nicht völlig zur Ruhe gekommenen Vereinigten Niederlanden war die Beunruhigung über die unsichere Lage in den belgischen Provinzen Österreichs gewachsen; immer neue Horrormeldungen über Verschwörungspläne der Vonckisten und Vandernootisten drangen an die europäischen Höfe. So offerierten die Generalstaaten im November 1791 dem Kaiser in Wien den Abschluß eines Beistandspakts, eine "convention d'amitié et de voisinage", durch die man in Den Haag die turbulenten "têtes chaudes" mit ihrem latenten "esprit de mécontentement et d'opposition" wirkungsvoll im Zaum zu halten gedachte. Ein Angebot, das auch in Wien als erster Schritt zur Anbindung der Vereinigten Provinzen an die in Verhandlung stehende Definitivallianz mit Preußen nicht unwillkommen, aber vor allem mit Blick auf eine nachhaltige und notfalls militärische Knebelung der unruhigen peripheren Provinzen sehr reizvoll war; was sich 1789 durch die stillschweigende Duldung bzw. die heimliche Unterstützung des Comité de Breda ereignet hatte, konnte sich so nicht mehr wiederholen. Im Falle innerer Unruhen wollte man sich sofort mit Truppen unterstützen, flüchtigen Malkontenten und Aufständischen keinen Unterschlupf gewähren und sie auf Ersuchen der Vertragspartners ausliefern. Staatskanzler Kaunitz befürwortete den niederländischen Antrag auf das wärmste. Er sah darin nicht nur die Möglichkeit zu einer dauerhaften Ruhigstellung des niederländischen Raumes, sondern auch das Kernstück einer rein defensiven und mit dem Novemberzirkular durchaus verträglichen Interessengemeinschaft "gegen die Gefahr der Verbreitung der französischen Epidemie", "gegen den französischen Freyheitsschwindelgeist und gegen alle hieraus für die allgemeine Sicherheit, Ruhe und Ordnung besorgliche Folgen". Allen potentiellen Ruhestörern - Franzosen, Belgiern wie holländischen Patrioten - sollte durch dieses signalhafte, primär der Abschreckung dienende Abkommen die Aussichtslosigkeit ihres Unterfangens schon zum voraus klargemacht werden. London war es schließlich, das - die "belgische Frage" wegen der modifizierten Ratifikation des Haages Abkommens auf österreichischer Seite als ungelöst betrachtend - das Zustandekommen der Konvention durch entsprechenden Druck auf seinen Satelliten Den Haag verhinderte²³).

Innerhalb der dramatischen Klimaverschlechterung zwischen Österreich und Frankreich spielte ohne Zweifel die kritische Situation in Belgien eine entscheidende Rolle. Gerade für das Denken Leopolds II. und seine Beurteilung der gegen Jahresende 1791 dringend revisionsbedürftig erscheinenden österreichischen Frankreichpolitik müssen die peinliche Lage in Belgien und die vermuteten französischen Einflüsse großen Stellenwert beanspruchen. Längst war der Kaiser angesichts der laufenden Obstruktion der Brabanter Stände von seinen belgischen Träumereien der Jahre 1789/90 abgekommen und zu einem Verfechter einer Politik der harten Hand geworden, der sich alle toleranten Anwendungen - ob nun gegen die verwirrend vielseitigen Verschwörungen des Comte de Béthune-Charost, über die Blumendorf aus Paris viel zu berichten wußte, oder gegen die bisher zur Überraschung vieler tolerierten vonckistischen Amis du bien public - versagen zu müssen glaubte und für den Fall eines Aufstands seiner Schwester militärisches Durchgreifen empfahl. Das Generalgouvernement bestärkte den Kaiser nur in seiner Ansicht, daß die "belgische Frage" einzig und allein im Verbund mit der "französischen Frage" gelöst werden konnte, und je zielsicherer der Konflikt mit Frankreich auf eine unfreundliche Entladung zielte, desto wahrscheinlicher schien den Verantwortlichen in Belgien, daß die französischen Vorarbeiten für eine Revolutionierung der Österreichischen Niederlande auf Hochtouren liefen, desto unrealistischer die Ansicht, die Verfügungen von Nationalversammlung und Regierung zur Zerstreung der belgischen Malkontenten in Nordfrankreich gemäß Dekret vom Dezember 1791 könnten gegen die Schikanen der lokalen Jakobiner-

²³) Vortrag Kaunitz (5. 11. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 XI-XII). Kaunitz an Buol (12. 11. 1791; SA Holland Weisungen 93 Konv. Weisungen 1789-1792) mit "Note verbale" vom 3. 11. 1791, an Reuß P.S. (12. 11. 1791; StK DK Preußen 69 Konv. Weisungen 1791), Reuß an Kaunitz (14. 1. 1792; StK DK Preußen 70 Konv. Relationen aus Berlin 1792 Januar-Juni). Kaunitz an Metternich (22. 11. 1791; Belgien DD A Weisungen 67). Mercy an Kaunitz mit P.S. (28. 11. 1791). Goltz an Friedrich Wilhelm II (10. 10. 1791), Buol an Kaunitz (11. u. 18. 10. 1791); Beilagen zu Kaunitz an Mercy 12. 11. 1791. Leopold II. setzte durchaus Hoffnungen in die Konvention mit den Niederlanden: Leopold II. an Hzg. Albrecht v. Sachsen-Teschen (15. 11. 1791; Druck: Wolf, S. 277f). Marie-Christine dagegen hielt nicht viel von dem Vertragsprojekt: an Leopold II. (14. 2. 1792; Druck: Schlitter, Marie-Christine, S. 246-251). - Vgl. auch Theodoor Jorissen, *De eerste coalitie en de republiek der Vereenigde Nederlanden* (Amsterdam 1877) 90-98.

klubs, in österreichischen Augen "amis de la licence, du désordre et de l'insurrection", und die beinahe noch aktivere Gruppe um Béthune-Charost wirklich durchgesetzt werden²⁴).

1.2 Die Provokation

Die Offensive der Nationalversammlung

Natürlich hatten die Abmahnungen des Königs an die Adresse der Emigranten und ihrer Führer nicht die gewünschte Wirkung gezeigt. Nun griffen die seit November 1791 in Nationalversammlung und Comité Diplomatique diskutierten offensiven Maßnahmen gegen jene Reichsfürsten entlang des Rheins, die den französischen Emigranten auf ihrem Hoheitsgebiet nicht nur Zuflucht gewährten, sondern auch Rüstungen und bewaffnete Verbände duldeten. Eine entsprechende Adresse an den König wurde am 29. November 1791 beschlossen und durch eine Deputation der Nationalversammlung dem Monarchen überbracht, der die notwendigen Maßnahmen veranlassen sollte. Die Rede des Abgeordneten Isnard ließ dabei schon erahnen, was im Falle eines Konflikts von einer Auseinandersetzung mit dem neuen Frankreich zu erwarten stand:

"Le Français est devenu le peuple le plus marquant de l'univers; il faut que sa conduite réponde à sa nouvelle destinée. Esclave, il fut intrépide et grand; libre serait-il faible et timide? [...] Disons à l'Europe que les Français voudraient la paix, mais que si on les force à tirer l'épée, ils en jetteront le fourreau bien loin et n'iront le chercher que couronnés du laurier de la victoire [...] Disons à l'Europe que nous respecterons toutes les constitutions des divers Empires, mais que si les cabinets des cours étrangères tentent de susciter une guerre des rois contre la France, nous leurs susciterons une guerre des peuples contre les rois. Disons-lui que dix millions de Français, embrasés du feu de la liberté, armés du glaive de la raison, de l'éloquence, pourraient seuls, si on les irrite, changer la face du monde et faire trembler tous les tyrans sur leurs trônes."²⁵)

Auch im Ministerium des Königs fanden jene, die einer außenpolitischen Radikalkur der Emigrantenfrage das Wort redeten und den Kriegskurs gegen Österreich nicht scheuten, im neuen Kriegsminister Louis-Marie-Jacques Comte de Narbonne-Lara (1755-1813) einen tätigen Befürworter, dessen Motivation und politische Position im Parteienspektrum freilich nicht leicht zu durchschauen sind: ein nationaler Krieg sollte zur Harmonisierung der inneren Gegensätze, zur Beseitigung der inneren Anarchie und letztlich - im Schutze der Armee - zu einer Stärkung der königlichen Stellung auf der Basis der Verfassung von

²⁴) Leopold II. an Marie-Christine (Brünn, 9. 10., 25. 10. 1791, zwei Briefe o.D., 28. 11. u. 31. 12. 1791; Druck: Wolf, S. 267f, 271-276, 281f, 283-286). Marie-Christine an Leopold II. (1., 6., 18., 20. 10., 4., 9., 13., 18., 20., 24., 26., 29. 11., 3., 6., 11., 19., 22. u. 24. 12. 1791; Druck: Schlüter, Marie-Christine, S. 183-185, 185-187, 190-195, 196-210, 212f, 213-219, mit Anm. 249 u. 250). Mercy an Kaunitz (8. 10. 1791; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1791). Metternich an Kaunitz (11. 10., 8., 19., 20. u. 22. 12. 1791); Belgien DD A Berichte 323. Lagravrière an Deflessart (27. 12. 1791; AMAE CP Pays-Bas espagnols/autrichiens 181). "Note remise à Monsieur de Lagravrière, résident de France [...]" (15. 1. 1792; AMAE CP Pays-Bas espagnols/autrichiens 182; Druck: Hubert, S. 53f Anm. 4). Blumendorf an Mercy (13., 21., 26., 29. 9., 27. 11. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy 1790/91). Besonders bei den Engländern erregte die lange Zeit positive Einstellung gegenüber den Vonckisten verärgerte Verwunderung: Stadion an Mercy (21. 10. 1791; SA Frkr. Varia 49 Konv. Stadion-Mercy 1791-1793). ²⁵) AP 35, S. 290-292, 439-443: Rapport Koehls für das Comité Diplomatique (22. 11. 1791), Adresse an Ludwig XVI. und Rede Isnards (29. 11. 1791). Christoph Wilhelm Koch (1737-1813), gebürtiger Hanau-Lichtenberger, wirkte vor seiner Wahl zum Abgeordneten des Departements Bas-Rhin als Rechtslehrer an der protestantischen Straßburger Hochschule, wo er bereits Assistent Schöpfhins gewesen war, sowie als Seele der Straßburger "Diplomatenschule". Er profilierte sich 1791/92 als betont sachlicher und sachkundiger Sprecher des Comité Diplomatique speziell in der Elsässer Frage. Koch hatte 1791 auch zwei Arbeiten zur aktuellen Position Frankreichs im europäischen Staatenkonzert verfaßt. Vgl. Friedrich Buech, Christoph Wilhelms Koch (1737-1813). Der letzte Rechtslehrer der alten Straßburger Hochschule. Ein Bild aus dem elsässischen Gelehrtenleben (= Schriften des wissenschaftlichen Instituts der Elsaß-Lothringer im Reich an der Universität Frankfurt N.F. 17; Frankfurt/Main 1936), Jean Richeraudeau, Le rôle politique du Professeur Koch (= Collection d'études sur l'histoire du droit et des institutions de l'Alsace 2e Série, Bd. 5; Straßburg 1936) bes. S. 121-131, Jürgen Voss, Christoph Guillaume Koch (1737-1813). Homme politique et historiographe contemporain de la Révolution. in: History of European Ideas 13 (1991) 531-543.

1791 benutzt werden ... eine Linie, die auch Lafayette vertrat; und als Zugeständnis an letzteren wertete man auch vielfach die vom König anfangs bekämpfte, vom Triumvirat befürwortete Berufung des populistischen Narbonne in das Feuillant-Ministerium. Gemeinsam mit dem Bischof von Autun, Talleyrand, und unterstützt von seiner Geliebten, Madame de Staël, der Gattin des schwedischen Botschafters, und ihrem Salon, nutzte Narbonne - ohne ihr republikanisches Gedankengut zu goutieren - zweifellos den Aufwind der Brissotins und ihr Säbelrasseln seit Eröffnung der Legislative für eine Beschleunigung seiner eigenen Karriere, die in der euphorischen Stimmung durch martialische Reden über die Kriegsbereitschaft Frankreichs nur gewinnen konnte und vielleicht bis zur Nachfolge Lafayettes als "maire du Palais" führen mochte. Die Mitwirkung am Kriegskurs und an der anti-österreichischen Politik der Gruppe um Brissot führte natürlich zu einer Entfremdung gegenüber dem Triumvirat²⁶).

Mittlerweile folgte der König - gemeinsam mit Marie-Antoinette die Kriegsgefahr als Chance erkennend, das Ausland zum Handeln zu zwingen (zur "geheimen" Außenpolitik der Tuilerien vgl. ausführlich unten) - dem Vorschlag der Versammlung. Höchstpönlich kündigte er den Abgeordneten am 14. Dezember 1791 an, den Kurfürsten von Trier, in dessen Hoheitsgebiet mit Koblenz der organisatorische Schwerpunkt der französischen Flüchtlinge lag, ultimativ zur schleunigen Auflösung der Emigrantenverbände bis 15. Januar 1792 auffordern zu wollen, während der Kriegsminister zugleich die Bildung dreier Heeresgruppen an den Ostgrenzen des Landes mit einer Gesamtstärke von 150.000 Mann bekanntgab, um so den französischen Drohgebärden mehr Nachdruck zu verleihen. Sogleich brach er selbst zu einer umfangreichen Inspektionsreise an die östlichen Grenzen auf. Den Kaiser wollte man nochmals ersuchen, seine Autorität als Reichsoberhaupt bei den rheinischen Kirchenfürsten und Gastgebern der Emigranten in die Waagschale zu werfen. Schüchterne Versuche der die Initiative verlierenden Regierung, den konfliktbetonten Hintergrund der französischseits nun gewünschten Radikalkur etwas mit moderaten Zwischenstufen aufzuhellen. Ein massiver Umbesetzungsschub im französischen diplomatischen Korps trug der Wende Rechnung.

Anacharsis Cloots, der kosmopolitische "orateur du genre humain", plädierte jetzt ebenso für den Krieg wie Camille Desmoulins in seinen *Révolutions de France et de Brabant* oder Brissot im *Patriote français*. Dabei war nicht nur von einer Bestrafung der leichtfertigen Gastgeber der französischen Emigranten die Rede. Der Kreuzzugsgedanke, der Wunsch nach einer revolutionären Missionierung Europas beflügelte mehr und mehr jene, die in Wort und Schrift für eine bewaffnete Auseinandersetzung mit dem feindseligen Ausland eintraten; denn es würde ein Krieg sein, der nicht Elend, sondern Befreiung brachte²⁷).

Neben der Rednertribüne der Nationalversammlung bot auch der Pariser Jakobinerklub den Befürwortern des Kriegskurses ein wichtiges Forum. Nicht zuletzt im Zuge der heftigen Kriegsdebatten 1791/92 zeigten sich aber bereits die ideologisch-politischen Risse, die später zur Teilung der Jakobiner in "Girondins" und "Montagnards", im Herbst 1792 zum Auszug der Girondisten und zu einer erbitterten Gegnerschaft zwischen beiden Gruppierungen führen sollten.

Schon seit November 1791 ließ Robespierre - unterstützt von Marat - an seiner Opposition gegen die heftige Kriegspropaganda der Gruppe um Brissot keinen Zweifel. Eine undankbare und auch wenig erfolgreiche Rolle. Weniger die Flügelkämpfe innerhalb der Jakobiner sind es, die in diesem Zusammenhang interessieren, sondern die Argumente, mit denen v.a. Brissot seit Dezember 1791 in heftigen, dabei aber recht inkohärenten und widersprüchlichen Reden ganz offen die Notwendigkeit eines Krieges zu untermauern suchte: Die Ausrichtung der Aufmerksamkeit nach außen schien ihm nach dem vorläufigen Sieg der Revolution im Inneren zur Konsolidierung des Werks, zur Abhärtung und Bewährung der Bevölkerung besonders nötig. Um ein Zweites ging es ihm jedoch bei der konsequenten Festlegung Frankreichs auf Kriegskurs: die letzten Reste des Despotismus und jene, die sich nicht aufrichtig zur Revolution be-

²⁶) Narbonne war wohl ein natürlicher Sohn Ludwigs XV.: Abel-François Villemain, *Souvenirs contemporains d'histoire et de littérature* (Paris 1854) 25-41, Emile Dard, *Un confident de l'Empereur. Le comte de Narbonne 1755-1813* (Paris 1944), Jean Popereu/Georges Lefebvre, *Etudes sur le ministère de Narbonne*. In: AHRF 19 (1947) 1-36, 193-217, 292-321. Vgl. auch Heinrich Küster, *Die politische Rolle der Frau von Staël in der französischen Revolution* (Diss. Greifswald 1931). Anders als bei den Triumvirat war das Bemühen um eine Verbesserung der Verfassung von 1791 bei Narbonne wie bei Lafayette durchaus mit einer "nationalen" Politik nach außen verknüpft, die ja auch der Armee als potentieller Stütze des Königtums größeren Stellenwert verleihen mußte. Sydenham, S. 107, bezeichnet Narbonne als Führer der "royalist war-group".

²⁷) AP 36, S. 110-112 (14. 12. 1791). Zu den publizistischen Ergüssen von Brissot und Desmoulins mit markanten Zitate Goetz-Bernstein, S. 44f. Zur Unübersichtlichkeit der Positionen im feuillantistischen-konstitutionellen Lager vgl. auch den "Ghederungsversuch" Rankes, *Ursprung und Beginn*, S. 154.

kannten, sollten endgültig beseitigt werden. Ganz deutlich wird hier der gewünschte Purgierungseffekt. Nur der alle Kräfte anspannende Konflikt mit dem Ausland konnte den fadenscheinigen Kompromiß zwischen König und Nation entweder in eine echte Versöhnung verwandeln oder aber Ludwig XVI. endgültig als Feind der Revolution und Kollaborateur des Auslands und der Emigranten enttarnen. Zerschlug man Koblenz, so schuf man nach Meinung Brissots die wesentlichste Voraussetzung für eine Ruhigstellung nach innen wie nach außen und konnte in einem Zug die neuentdeckte Rolle eines Befreiers der Völker spielen: ein neuer Kreuzzug stand an, heiliger und nobler als das abschreckende Beispiel des Mittelalters; nun ging es um eine "croisade de liberté universelle". Robespierre dagegen sah das Zentrum des Übels im Inneren Frankreichs selbst und fürchtete durch den Krieg eine Stärkung des Königtums, gar eine Art "Militärdiktatur" der Generale; erst mußte das eigene Haus gereinigt werden, ehe man darangehen konnte, auch im ausländischen Vorgarten Ordnung zu machen, und an eine erfolgreiche Missionierung durch Bajonette wollte der "Incorruptible" schon gar nicht glauben²⁸).

Die Dezembernote der Staatskanzlei

Mit der vom König und Teilen seines Ministeriums aus unterschiedlichen Motiven mitgetragenen Offensive der Nationalversammlung gegen die Gastgeber der Emigranten am Rhein wuchsen endgültig alle Konfliktstränge, die Frankreich mit Alteuropa in bedenklicher Weise verflochten, zu einem gordischen Knoten der Verwicklungen zusammen. Geschäftsträger Blumendorf, der richtig erkannte, daß der neue französische Kurs der Härte den Emigranten eher nützte als schadete, indem man Kaiser und Reich zum Schutz der bedrohten Gastgeber auf den Plan rief, registrierte mit Entsetzen die Radikalisierung der französischen Politik, der Außenminister Delessart, von der Nationalversammlung getrieben, kaum noch retardierende Akzente verleihen konnte²⁹).

Bereits im November 1791 - also noch deutlich vor den Beschlüssen der Nationalversammlung - hatte die offizielle französische Diplomatie eine Offensive gegen die sich am Rhein konzentrierenden Emigranten gestartet. Am Botschafter Noailles mußte dem Staatskanzler ein Protestschreiben des französischen Außenministeriums übergeben, in dem Paris über die unrühmliche Tätigkeit einzelner Reichsstände (insbesondere der Kurfürsten von Trier und Mainz sowie des Kardinals Rohan) als hauptsächliche Gastgeber der Emigranten Klage führte und diese ausdrücklich mit den erfreulichen Verfügungen der Österreicher in den belgischen Provinzen kontrastierte. Wien wurde über die entsprechenden Schritte bei den betroffenen Reichsfürsten, die diesbezügliche Schritte vom Oktober 1791 erneuernden Abmahnungsschreiben Ludwigs XVI. an seine Brüder und die Proklamation des Königs gegen die anhaltende Emigration informiert und Leopold II. zugleich ersucht, als Reichsoberhaupt im Sinne Frankreichs einzuschreiten³⁰).

Nicht nur die Ermahnung der königlichen Brüder, die sich auf ihre Stellungnahme vom September 1791 bezogen und Ludwig XVI. weiterhin als Gefangenen einer verirrten Nation, seine Schritte gegen sie daher als aufgezwungen betrachteten, blieb ohne Erfolg. Zwar bekannte selbst der stark antirevolutionär gesinnte Reichsvizekanzler Colloredo dem französischen Botschafter, daß Trier im Umgang mit den Emigranten sehr unklug handelte, der Kurfürst schwach und daher leicht beeinflussbar war und die Hetze der Zarin als reines Ablenkungsmanöver betrachtet werden müsse. Doch andererseits erging sich Colloredo

²⁸) Die kontroversen Diskussionen im Pariser Jakobinerklub (Dezember 1791/Januar 1792) beleuchten eingehend Goetz-Bernstein, S. 42-63 und Georges Michon, Robespierre et la guerre révolutionnaire 1791-1792 (Paris 1937). Vgl. auch Michel Eude, La politique de Robespierre en 1792 d'après "le Défenseur de la Constitution". In: AHRF 28 (1956) 1-28, 113-138. Glagau, S. 122-130.

²⁹) Blumendorf an Kaunitz (13. u. 19. 12. 1791; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1791 VII-XII), an Colloredo (14., 19. 12. 1791; RK RkgF 3-5), an Mercy (14., 30. 12. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy 1790/91). - Zum Folgenden auch Glagau, S. 60-85. Schlitter, Marie Christine, S. LXXXVI-CVII, resümiert die österr. Politik nach den Akten des HHStA (bis zum Tode Leopolds II.).

³⁰) Delessart an Noailles (14. 11. 1791; AMAE CP Autriche 362 bzw. suppl. 23, z. T. gedr. bei Hubert, S. 82-85). Noailles an Delessart (19. 11. 1791; AMAE CP Autriche suppl. 23). Die Nationalversammlung wurde über diese Schritte am 16. 11. 1791 unterrichtet: AP 35, S. 93f. RVK an Noailles (23. 11. 1791; AMAE CP Autriche suppl. 23). Vortrag Kaunitz (24. 11. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 XI-XII). "Lettres du Roi aux princes françois ses frères" (11. 10. 1791 u. 11. 11. 1791; SA Frkr. Varia 44 Konv. Ludwig XVI.-vgl. Brüder; Druck) und ebd. die beiden Antworten von Provence und Artois (20. 11. 1791). "Proclamation du Roi" [gegen die Emigration] (12. 11. 1791, Druck; SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 IX-XII). Vgl. auch AP 34, S. 324-325. - Charles Vellay, Une lettre de Delessart au ministre de France à Mayence sur la question des émigrés (14 novembre 1791). In: Revue historique de la Révolution française et de l'Empire 5 (1914) 333-336.

in Klagen über französische Wühlarbeit in den Österreichischen Niederlanden, wo sie das ohnedies mühsame Konsolidierungswerk des Generalgouvernements gefährdeten. Marquis de Noailles empfahl seinen Vorgesetzten in Paris eindringlich, diese gefährlichen Manöver zu unterdrücken, wollte man die Beziehungen zu Wien nicht unnötig auf eine harte Probe stellen und so einen wichtigen Verbündeten im Kampf für eine Ruhigstellung des europäischen Kontinents an die Kriegstreiber verlieren. Dem französischen Botschafter in Wien entging auch nicht, daß die Verhärtung des französischen Kurses gegenüber einzelnen Reichsständen à la longue das Verhältnis zum Kaiser belasten mußte, da Leopold bei aller Objektivität doch seine Pflichten als Reichsoberhaupt zu erfüllen hatte. Die Zarin, von Kurtrier angerufen, drängte ja schon gefährlich in die Szene, und die lästige Frage der in Elsaß und Lothringen possessionierten Reichsstände harpte immer noch einer befriedigenden Lösung: von Leopold II. eine ernste Ermahnung an die Adresse der Asylgeber der Emigranten im Reich zu erwarten, ohne ihn zugleich durch ein Nachgeben in der Elsaß-Frage zu gewinnen, war, wie auch der Reichsvizekanzler durchblicken ließ, aussichtslos.

Mehr und mehr verfinsterte sich in den Berichten Noailles' aus Wien der Horizont. Der Botschafter erfuhr durch Indiskretionen des Fürsten Liechtenstein von den (nicht eingelösten) finanziellen Zusagen des Kaisers an die Emigranten, die - an sich unbedeutend - ein bedenkliches Licht auf das ganze Ausmaß der charakterlichen Biagsamkeit Leopolds warfen und nachhaltige Zweifel an seiner Aufrichtigkeit säten. Noailles jedenfalls war endgültig, was die Haltung des Kaisers anlangte, zu Skepsis, ja Pessimismus bekehrt. Er erinnerte an die angebliche Anglophilie Leopolds und schloß nicht aus, daß er insgeheim wünschte, daß in Frankreich Demokraten und Aristokraten einander zerfleischten.

Als Botschafter Noailles im Dezember 1791 über die Taufe Marie Louises, der jüngsten Tochter des Erzherzog-Thronfolgers Franz und späteren Gattin Napoleons I., durch den Kurfürsten von Köln berichtete, mußte er sich eingestehen, daß auch Staatskanzler Kaunitz sogar im gänzlich unpassenden gesellschaftlichen Rahmen wieder recht deutliche Worte fand, wenn es darum ging, sich über die tatsächliche Unfreiheit des Allerchristlichsten Königs auszulassen. Mit verständlichem Schaudern nahm Noailles daher aus den Zeitungen den Mitte Dezember 1791 eingeschlagenen Kriegskurs der Nationalversammlung zur Kenntnis, der seinen wiederholten Ratschlägen zu Mäßigung und Zurückhaltung diametral entgegengelauf und statt des gewünschten Ausgleichs vielmehr eine "guerre générale" zu provozieren schien³¹).

Entsprechend heftig fiel denn auch die Antwort der Staatskanzlei auf Frankreichs Ersuchen um kaiserliches Einschreiten gegen Mainz, Trier und Kardinal Rohan aus, die der französische Botschafter am 21. Dezember 1791 in Form einer Note zugestellt erhielt. Noch ehe König und Nationalversammlung am 14. Dezember 1791 den Gastgebern der Emigranten offen drohten, hatte sich der Kurfürst von Trier - zunehmend auch seitens seiner Landstände und des Domkapitels unter massiven Druck geraten - am 12. Dezember hilfeschend nach Wien gewandt und beteuert, in seinen Landen bei Behandlung der Emigranten jene Regelungen beachten zu wollen, die in den Österreichischen Niederlanden zur Zufriedenheit Frankreichs eingeführt worden waren. Trotz seiner Bemühungen um eine Regulierung der Emigrantenflut im Einvernehmen mit den Prinzen drohte dem kurtrierischen Gebiet aber nun offensichtlich ein bewaffneter Schlag Frankreichs. So ersuchte der Onkel von Artois und Provence den Kaiser dringend, im Ernstfall mit k.k. Truppen aus Luxemburg den Schutz seines Territoriums in die Hand zu nehmen, und wiederholte seine Bitte wenig später nochmals, diesmal bereits mit detaillierteren Angaben über die französischen Aggressionsabsichten gegen Trier, Mainz und Kardinal Rohan.

Wien benützte die günstige Gelegenheit, den allzu turbulenten Franzosen, die die europäische Ruhe gefährdeten, in einer deutlichen Note den Kopf zu waschen. Der Friedenswilligkeit und moderaten Haltung des Allerchristlichsten Königs wie der französischen Regierung glaubte man sicher sein zu können. Anders verhielt es sich mit den Lokalgewalten, die zu notorischer Mißachtung der Befehle aus der Zentrale neigten und daher auch in den Beziehungen Frankreichs zum Ausland ein beträchtliches, von Paris aus schwer kontrollierbares Gefahrenpotential darstellten. Gerade mit Blick auf ein unautorisiertes Losschlagen regionaler Unruhestifter erteilte der Kaiser daher in der Tat FM Bender, dem Oberbefehlshaber in Belgien, zur Verwunderung der österreichischen Verantwortlichen in Brüssel, die glaubten, keinen einzi-

³¹) Noailles an Delessart (26., 30. 11., 6., 10., 14., 17., 21. 12. 1791; AMAE CP Autriche suppl. 23). - Die Geburt Marie-Louises wurde Ludwig XVI. auch offiziell notifiziert: Leopold II. an Ludwig XVI. (13. 12. 1791; SA Frkr. HK 5 Konv. Leopold II.-Ludwig XVI.), Staatskanzlei an Blumendorf (14. 12. 1791; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Blumendorf 1791). Die verhärtete Sprache des Staatskanzlers geht auch aus der Korrespondenz Keiths mit dem britischen Außenamt hervor: Keith an Grenville (14., 17. 28. 12. 1791; Druck: Clapham, S. 229f).

gen Mann entbehren zu können, Weisung "de porter aux états de S.A.S.E. [des Kurfürsten von Trier] les secours les plus prompts et les plus efficaces, au cas qu'ils fussent violés par des incursions hostiles ou imminemment menacés de celles." Zum Schutz der Interessen des Reichs, aber auch der eigenen Lande, wie es in dem Office für Noailles hieß. Ernstlich wurde Frankreich abgemahnt, alles zu unterlassen, was den Kaiser als Reichsoberhaupt, die Reichsstände, aber auch die übrigen Souveräne Europas "réunis en concert pour le maintien de la tranquillité publique et pour la sûreté et l'honneur des couronnes" auf den Plan rufen mochte. *Conditio sine qua non* für die Truppenhilfe zugunsten Triers war allerdings die vom Kurfürsten bereits zugesagte Erfüllung der französischen Forderungen.

Botschafter Noailles schien indes die "harte" Sprache der bislang so moderaten Österreicher weniger im konkreten Anlaßfall begründet als vielmehr auf einer allgemeinen Ebene angesiedelt: Die laufenden Berichte über die instabile Lage in Frankreich, die Mißachtung jeder Autorität und die bedenklichen Fortschritte der "demokratischen Partei" waren es in den Augen der französischen Vertretungsbehörde in Wien, die den Kaiser tief betroffen machten und die Unterstützung des Kurfürsten von Trier veranlaßten, obwohl man seine Politik keineswegs approbierte und auch die ablehnende Haltung gegenüber den Emigranten nicht aufgab, die gerade die sich aufbauende Kriegsgefahr für eine Aktivierung des Kaisers in ihrem Sinne zu nützen suchten. Wien wollte ein Signal setzen und den französischen Revolutionären demonstrieren, daß der Langmut der europäischen Mächte gegenüber wiederholten Provokationen nicht unerschöpflich war³²).

Trier selbst hatte dabei in Wahrheit auf die ersten Ersuchen Frankreichs vom November 1791, die militärisch organisierten Emigrantenkorps im Herrschaftsbereich des Kurfürsten zu zerstreuen, fast zynisch reagiert und dem französischen Gesandten Constantin Gravier Comte de Vergennes (1761-1832), dem Sohn des 1787 verstorbenen französischen Außenstaatssekretärs, der selbst bald in die Reihen der Emigration überwechselte, bedeutet, es gebe auf trierischem Boden keine Zusammenrottungen bewaffneter französischer Emigranten mit feindlichen Absichten; die Flüchtlinge seien voller Ergebenheit für den Allerchristlichsten König und der Kurfürst habe ohnedies - ungeachtet seiner berechtigten Beschwerden gegen Frankreich - Maßnahmen zur Zerstreung übergroßer Emigrantenansammlungen getroffen. Die kaiserliche Reichswerbungsdirektion in Frankfurt freilich, die die militärischen Aktivitäten der Emigranten auf Reichsboden genau beobachtete, wußte anderes mitzuteilen. Hier registrierte man auch noch im November 1791 heftige Zurüstungen, Werbetätigkeit und Organisation von Truppenkörpern. Alleine für Koblenz veranschlagte die Reichswerbungsdirektion die exorbitante Zahl von 6.000 Emigranten, und kleinere Reichsstände wie auch Private hatten sich zusätzlich erbötig gemacht, den Brüdern des Königs weitere Mannschaft zuzuführen.

Das französische Außenministerium konnte angesichts der Wirkungslosigkeit wiederholter Ermahnungen mit einigem Recht den unverhältnismäßigen Groß- und Langmut des Königs in einer Frage hervorheben, deren befriedigende Bereinigung auch für eine Beruhigung im Inneren des Landes nachgerade essentiell war. So startete Paris Ende Dezember 1791 - die Wiener Note vom 21. war noch nicht eingelangt - eine weitere Initiative, um den Kurfürsten zum Einlenken zu bewegen: ein neuer bevollmächtigter Minister, Claude Bigot de Sainte-Croix (1744-1803), eilte mit entsprechenden Aufträgen nach Koblenz. Vom Kaiser versprach man sich immer noch tatkräftige Unterstützung und stellte klar, daß der Wunsch nach Dämpfung der Emigranten nicht als Mißachtung des Gastrechts zu werten sei, doch gebiete es das Völ-

³²) Vortrag Kaunitz (20. 12. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 XI-XII); Office der Staatskanzlei (21. 12. 1791; AMAE CP Autriche suppl. 23, K in SA Frkr. NW 14 A. d. frz. Botschaft/an Noailles; Druck Vivenot I, S. 566f). Noailles an Kaunitz (22. 12. 1791; SA Frkr. NW 14 A. d. frz. Botschaft/an Noailles). Kfst von Trier an Leopold II. (12. 12. 1791), dto. (18. 12. 1791; Druck: Vivenot I, S. 563f), Metternich an Dominique (19. 12. 1791); StK DK Trier 5. Kaunitz an RVK (31. 12. 1791) u.a. mit Leopold II. an Kfst von Trier (20. 12. 1791); RK RkgF 3-5. Monsieur/Artois an Leopold II. (11. 12. 1791; SA Frkr. HK 6 Konv. Provence/Artois an Leopold II.), Leopold II. an Monsieur/Artois (20. 12. 1791; SA Frkr. HK 5 Konv. Leopold II.-Provence/Artois). Polignac an Leopold II. (17. 12. 1791; SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Leopold II.). - Noailles an Delessart (22. 12. 1791; AMAE CP Autriche suppl. 23). Zeissberg I, S. 259-266. Vgl. insgesamt neben Clapham, S. 130-159, auch Glagau, S. 86-103. "Der schwere Fehler, den Kaunitz ohne Zweifel mit der Dezernernote beging, resultierte aus dem falschen Bilde, das er sich von der allgemeinen Lage in Frankreich machte. Vergegenwärtigen wir es uns recht, so stoßen wir hier auf den Grundirrtum seiner französischen Politik; er sollte im Verlauf weniger Monate den grossen Konflikt zwischen der Revolution und Europa heraufführen." (Ebd., S. 103). Bei dem wiederholten Griff zu einer Politik der Einschüchterung und der Drohung spielte, wie Glagau richtig erkannt hat, sicher eine Rolle, daß Wien die Beruhigung der innerfranzösischen Lage nach der Flucht von Varennes dem Paduaner Manifest zuschrieb.

kerrecht, das Asylrecht so zu handhaben, daß interessierte Nachbarn dadurch nicht belästigt oder gefährdet würden. Dabei verhehlte man sich gar nicht, daß die internationale Lage Frankreich alles andere als günstig war. Außenminister Delessart vermutete in Reichsbelangen einen Popularitätswettstreit zwischen Österreich und Preußen und teilte auch das alte Vorurteil gegen England, das er finsterner Absichten und weiterhin heimlicher Anfeuerung der innerfranzösischen Turbulenzen verdächtige, um so leichter den Plan einer auf den Trümmern Frankreichs zu errichtenden "monarchia universalis" verwirklichen zu können³³).

So beängstigend die allgemeine Entwicklung für den Friedenskurs des französischen Außenministeriums war, so unzufrieden mußten bald auch Kaiser und Staatskanzlei mit den Folgewirkungen ihrer Schutzzusage an den Kurfürsten von Trier sein, der nicht müde wurde, sowohl in Brüssel als auch in Wien für die Realisierung der Zusicherungen Sturm zu laufen. Ungezählte Male unterstrichen die k.k. Diplomatie und der Kaiser persönlich, daß Wien nur im äußersten Fall einer tatsächlichen Bedrohung Kurtriers und nur nach Adaptierung der lockeren Trierer Zustände an die in den Österreichischen Niederlanden gültigen Emigranten-Reglements zur Umsetzung der in Aussicht gestellten Hilfeleistung bereit war. Bloße Gerüchte oder Vermutungen reichten nicht aus, um k.k. Truppen in Marsch zu setzen und Leopold in einen Konflikt zu ziehen, den er bestenfalls im Schutze eines gesamteuropäischen Konzerts auszufechten bereit war. Und hierin lag vielleicht trotz aller beschwichtigender Zusagen nach Wien und Paris die eigentliche Absicht des Kurfürsten von Trier oder besser seiner Neffen, der Emigrantenführer. Die Note vom 21. Dezember 1791 sollte dagegen das "revolutionäre Frankreich" und die perhorreszierte "demokratische Partei" nicht provozieren, sondern nach Möglichkeit einschüchtern und von unbedachten Ausritten auf Reichsgebiet abhalten. Immerhin erreichte man Anfang Januar 1792 nach mehreren Ermahnungen soviel, daß Clemens August seine bislang inhaltsleeren Beschwichtigungsversuche wirklich zu einer eigenen Ordonnanz zusammenfaßte, in der die Behandlung der Emigranten im Erzstift minutiös geregelt wurde. Man garantierte ihnen "Sicherheit und Unterkunft", militärische Verbände und militärische Übungen wollte Trier aber nicht mehr dulden. Waffenlieferungen an die Emigranten wurden unter strenge Strafe gestellt. Die faktische Wirkung der strengen Emigrantengesetzgebung im Kurfürstentum Trier blieb freilich gering, sieht man von der Auflösung der gewaltigen Agglomerationen und einer gleichmäßigeren Verteilung der Flüchtlinge auf dem Land ab.

Gerade in Brüssel, wo man den Grundsatz der Nichteinmischung in französische Interna wegen der unsicheren, durch den revolutionären "délire universel" und die Nachwehen der Belgischen Revolution explosiven Situation besonders hochhielt, griff man die vom Kaiser für die Umsetzung des Hilfsversprechens an Trier gestellten Bedingungen dankbar auf, um sich nach dem ersten Schock sehr zur Freude des französischen Residenten die lästigen Zudringlichkeiten des Kurfürsten wenigstens einigermaßen vom Leib zu halten. Auch in einer Zeit der revolutionären Bedrohung war sich jeder selbst der nächste. Graf Metternich und die Generalgouverneure beteuerten, jeden verfügbaren Mann für die Verhinderung einer von innen wie von außen betriebenen Explosion in Belgien zu benötigen, deren Ziel bei aller "ideologischen" Divergenz das gleiche war: die Beseitigung der österreichischen Herrschaft über die südlichen Niederlande. Speziell der Kurfürst von Trier schien Graf Metternich in der Rolle des Opfers recht unglaublich; viel wahrscheinlicher war es, daß er im Auftrag der Emigranten wie im eigenen Interesse versuchte, den Wiener Hof weiter in die französische Frage zu verwickeln. Wie auch immer: Die Ende Dezember 1791 vom Kaiser für Belgien angeordnete Bereitschaft und das deutlich vernehmbare Waffengeklirr in der österreichischen Belgienarmee, dem einzigen in unmittelbarer Nachbarschaft zu Frankreich vorhandenen

³³) Delessart an Noailles (23. 12. 1791; AMAE CP Autriche 362; - frz. Kommunikat SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 IX-XII; teilweise gedr. bei Hubert, S. 85-88). HKR an RVK (27. 11. 1791). Kerpen an RVK (28., 31. 12. 1791) mit Beilage: RK RkgF 3-5. - Emil Zenz, Die französischen Gesandten am kurtrierischen Hofe vor und während der Französischen Revolution. In: Kurtrierisches Jahrbuch 25 (1985) 199-220, bes. S. 213-219. Bigot de Ste Croix' Vorgänger, Vergennes, trat sofort zu den Emigranten über. Der französisch-trierische Konflikt ist am eingehendsten behandelt bei Franz Liesenfeld, Klemens Wenzeslaus, der letzte Kurfürst von Trier, seine Landstände und die französische Revolution (1789-1794) (= Westdeutsche Zeitschrift für Geschichte und Kunst 17; Trier 1912). Vgl. auch franz. Material bei Georges Livet (Hrsg.), Recueil des instructions données aux ambassadeurs et ministres de France 28/3; Etats allemands - Trèves (Paris 1966) 307-328.

Truppenkörper von ernstzunehmender Stärke, illustrierte den festen Entschluß Wiens, im Ernstfall Gewalt gegen das Reich mit Gewalt zu begegnen, und fügte sich so in die verunglückte Einschüchterungspolitik des Wiener Hofes³⁴).

Daß in Wien die Zeichen auf Sturm standen, wurde auch aus den Berichten der französischen Botschaft von Ende Dezember 1791 klar. Hier sah Marquis de Noailles den Schlüssel zur Abwendung weiterer Verwicklungen in der immer noch ungelösten Elsaß-Frage, in der sich Frankreich einfach nicht zur Anerkennung des Rechtszustandes bereiterklären wollte. Damit mußte sich auch die Position des Kaisers verhärten, dem in dieser Causa, wollte er sich nicht als Reichsoberhaupt diskreditieren, die Hände gebunden waren. "Echanges réels", also Entschädigung der Betroffenen durch Landbesitz, und nicht in vielfacher Hinsicht inadäquate finanzielle Abgeltungen boten die einzige Gewähr für eine befriedigende Lösung der Frage. Daß die Zusage an Trier eine rein konditionale war und ja ohnedies die Erfüllung der französischen Forderungen voraussetzte, verlor sich zur Haarspalterei angesichts beunruhigender Äußerungen eines übel gelaunten Fürsten Kaunitz, der nicht müde wurde, die neu entdeckte Bestürzung des Kaisers über die Entwicklungen in Frankreich zu betonen, sich privatim sarkastisch nach dem Grad der tatsächlichen Freiheit des Allerchristlichsten Königs erkundigte und offen davon sprach "qu'il étoit tems d'arrêter les incartades des François, parce qu'ils en faisoient trop." Die Vorgänge in der Nationalversammlung am 14. Dezember 1791 kamen daher auch aus Wiener Sicht einer regelrecht revolutionären Kehrtwendung aus der Sackgasse der französischen Frage gleich³⁵).

Berlin - auch hier war der Kurfürst von Trier in seiner Bedrängnis natürlich vorstellig geworden, heftig unterstützt von einer neuen Offensive der Emigranten unter dem Ende Dezember 1791 wieder in der preußischen Hauptstadt eingetroffenen Baron Roll - schien sich mit Wien in dieser Frage völlig einig und befürwortete gleichfalls eine abschreckend deutliche Sprache in Paris. Friedrich Wilhelm II. wollte dem Kurstaat zwar keine Truppenhilfe aus den preußischen Westprovinzen gewähren, hatte aber gegen einen seit langem diskutierten Truppenstellungsvertrag Triers bzw. der Emigrantenführer mit dem Landgrafen von Hessen-Kassel nichts einzuwenden. Wichtiger war, daß Preußen in Wien die Abgabe einer gemeinsamen Note an Frankreich vorschlug, in der die beiden Mächte jeden Angriff auf Reichsgebiet zum casus belli erklärten. So war es ab Januar 1792 schon vereinte preußisch-österreichische Hilfe, die sich der Kurfürst von Trier - nun nach weitgehender Erfüllung der vom Kaiser erteilten Auflagen, nach Rücknahme der Emigranten ins Landesinnere, Auflösung der Truppenkörper usw. zunehmend von einer "révolte générale" seiner Lande bedroht - für den Fall einer unverschuldeten französischen Aggression versprechen durfte; Wien und Berlin hofften, daß auch die übrigen Reichsstände ihr Schärfflein beitragen würden, wenn es darum gehen sollte, für Anstand, Sicherheit und Würde des Reichs einzuschreiten und das Asylrecht der Reichsstände gegenüber den Emigranten zu wahren. Denn eines war bei aller Rücksicht auf französische Sensibilitäten klar: "daß man aus kleinmüthiger Verlegenheit sich nicht abhalten laße, die der Menschlichkeit angemessene, in dem Völkerrecht gegründete Gastfreiheit gegen diese Unglückliche [die Emigranten] auszuüben." Nach Ansicht des Kaisers, der - von seinen kritischen Diplomaten im Rheinland bestärkt - Clemens Wenzeslaus und seiner in Wahrheit immer noch zu laxen Emigrantenpolitik mit Recht mißtraute, war daher auch eine Ausweisung der Grafen von Provence und Artois aus Koblenz, wie sie von den österreichischen Verantwortlichen in Brüssel angeregt wurde, nicht nötig und mit den vereinten preußisch-österreichischen Sicherheitserklärungen eine akute Bedrohung durch Frankreich vorerst abgewehrt. Der erste wesentliche Dienst, den die Achse Wien-Berlin dem Reich erwiesen hatte; und auch "für die Consolidirung seiner hic und da schwankenden Verfassung" durfte sich das Reich, so die

³⁴) Vortrag Kaunitz (24. 12. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 XI-XII) mit Leopold II. an Kfst von Trier (26. 12. 1791; auch in StK DK Trier 5). Kaunitz an Kornrumpf (22. u. 24. 12. 1791; StK DK Reich Weisungen 252 Konv. Weisungen an Kornrumpf). "Vorschrift, nach welcher die französischen Emigranten in dem Erzsüß Trier zu behandeln sind" (Koblenz, 3. 1. 1792, Druck; u. a. in RK RkgF 3-5, AMAE CP Pays-Bas espagnols/autrichiens 182 usw., veröffentl. bei Hansen 2, S. 18-20). Metternich an Kaunitz (30. 12. 1791) mit "Rapport du ministre plénipotentiaire" (30. 12. 1791), Metternich an Kaunitz (31. 12. 1791); Belgien DD A Berichte 323. Metternich an Kaunitz (4. 1. 1792; Belgien DD A Berichte 324) mit zahlreichen Beilagen. Kaunitz an Metternich (22. 12. 1791; Belgien DD A Weisungen 67), dto. (27. 12. 1791; StK DK Trier 5). Marie-Christine an Leopold II. (30. 12. 1791; Druck: Schlitter, Marie-Christine, S. 219-225). Kfst von Trier an FM Bender (30. 12. 1791), Metternich an Kornrumpf und an Dominique (31. 12. 1791), Generalgouverneure an Kfst von Trier (31. 12. 1791); StK DK Trier 5. Leopold II. an Marie-Christine (31. 12. 1791; Druck: Wolf, S. 283-286). - Lagravière an Delessart (2., 3., 5., 6., 7., 8., 10. 1. 1792; AMAE CP Pays-Bas espagnols/autrichiens 182).

³⁵) Noailles an Delessart (24., 28. u. 31. 12. 1791; AMAE CP Autriche suppl. 23).

Staatskanzlei mit Kennerblick für den propagandistischen Effekt, noch einiges versprechen. Sofort waren natürlich auch andere Reichsstände - so etwa der Fürstbischof von Basel - zur Stelle, um in den folgenden Monaten mit unterschiedlichem Erfolg den Schutz der kaiserlichen Waffen gegen das drohende Überschwappen der Französischen Revolution über den Rhein zu erleben³⁶).

Wohin mit den Emigranten?

Der Vertreter der Emigranten in Wien, Duc de Polignac, hätte die scharfe Note der Staatskanzlei vom 21. Dezember 1791 freilich nur zu gerne im Sinne einer generellen Radikalisierung der österreichischen Frankreichpolitik ausgelegt. Den diffizilen Zick-Zack-Kurs Leopolds II. zwischen drohender Sprache gegen Frankreich und Erfüllung der französischen Forderungen wollte man dagegen nicht zur Kenntnis nehmen; auch die unfreundliche und rigorose Abweisung der trierischen Hilfsersuchen durch das Generalgouvernement in Brüssel gab Anlaß zu Beschwerden. Anfang Januar 1792 hielt Polignac wieder einmal den Zeitpunkt für eine "démarche d'éclat" der Mächte gekommen. Die Chancen für eine Konterrevolution standen nach Einschätzung des Emigranten-Botschafters überaus günstig. Ein Manifest des Kaisers, in dem die Franzosen zu einer radikalen Kehrtwendung in ihrem Verhalten gegen den Allerchristlichsten König ermahnt wurden, erfüllte den Einschüchterungsplan - noch ohne Blutvergießen - bereits zu zwei Dritteln, und Leopold schien den Emigranten geradezu verpflichtet, die Drohungen der Nationalversammlung gegen die Reichsfürsten als auch gegen sich in seiner Eigenschaft als Reichsoberhaupt gerichtet zu bewerten und den über Gebühr Eingeschüchterten den Rücken zu stärken, anstatt sie durch eine weiterhin undurchsichtige Politik zu verunsichern.

Mitte Januar 1792 traf mit dem russischen Admiral Fürst Nassau-Siegen ein Sonderbeauftragter der königlichen Brüder aus Koblenz in Wien ein, um Leopold das Schicksal der von Artois und Provence auf mehr als 10.000 Köpfe geschätzten französischen Edelleute nachdrücklichst ans Herz zu legen, die sich um die Fahnen des konterrevolutionären Exilfrankreich geschart hatten und hier ein Bollwerk gegen die usurpatorischen Ambitionen der Nationalversammlung bildeten. Mit kritischen Zwischentönen und irritiert über die Nachgiebigkeit der Wiener Politik, ließ man dem Kaiser ausführlichen Bericht über die Durchführung der Abrüstungsaktion in den Reihen der Emigranten legen. Nicht nur in ihrer Hochburg, im Kurfürstentum Trier, mußten die französischen Flüchtlinge in Befolgung des kaiserlichen Auftrags selbst an der eiligen Zerstörung ihrer Machtposition mitwirken. Auch Prince de Condé hatte auf Wunsch des Mainzer Kurfürsten sein Militärlager in Worms aufzulösen und anderswo Asyl zu suchen (Dezember 1791). Dieses fand er mit einem Teil seiner Mannen vorübergehend, ehe er mit seinem Gefolge wieder im mainzischen Bingen unterkam (März 1792), ausgerechnet im rechtsrheinischen Territorium des Straßburger Fürstbischofs Kardinal Rohan, das nun - vollgestopft mit 3-4.000 bewaffneten Emigranten - die kritische Aufmerksamkeit der Franzosen noch mehr auf sich zog. Diese potentielle Gefährdung der vorderösterreichischen Lande, die leichtfertige Entblößung Triers von den Emigrantenverbänden, die ja den einzig ernstzunehmenden Schutzschild des Kurfürstentums auch gegen die latente Unruhe im Inneren gebildet hatten, und schließlich die fast als gefährliche Drohung gedachte, vom Kaiser aber überraschend bereitwillig gewährte Bütte, die zur Übersiedlung gezwungenen Emigranten in den Vorlanden aufzuneh-

³⁶) Kaunitz an Kornrumpf (4., 20. 1. 1792; StK DK Reich Weisungen 252 Konv. Weisungen 1792/93). Die Weisung an Kornrumpf vom 6. 2. 1792 (StK DK Reich Weisungen 252 Konv. Weisungen 1792/93) ist bei Vivenot 1, S. 369f, gedr. Kfst von Trier an Leopold II. (1., 6. 1. 1792), Leopold II. an Kfst von Trier (9., 12. 1. 1792): Vivenot 1, S. 304, 312f, 316, 318. Kornrumpf an RVK (22., 29., 31. 12. 1791, 2., 7., 12., 16., 24. 1. 1792; Druck: Hansen 1, S. 1070f, 1084f, 1092-1094, Bd. 2, S. 14-16, 23-27, 35f, 37f), Westphalen an RVK (27. 1., 2., 4., 9., 10., 13., 17. 2. 1792; Druck: Hansen 2, S. 41-43, 44-46, 49f, 53-65, 70f), Mölck bzw. Schlick an RVK (21., 24., 28., 31. 12. 1791, 24. 1., 6., 24. 2. 1792; Druck: Hansen 1, S. 1067f, 1071-1074, 1083f, 1094f, Bd. 2, S. 36f, 51f, 71-76). Kaunitz an Seifern (9. 1. 1792; StK DK Regensburg Kurböhm. Gesandtschaft Weisungen 6). Kerpen an RVK Colloredo (8. 1. 1792; RK RkgF 3-5). Reuß an Kaunitz (13., 17., 27., 31. 12. 1791; StK DK Preußen 69 Konv. Berichte 1791). - Friedrich Wilhelm II. an Kfst von Trier (29. 12. 1791; SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 IX-XII; Druck: Vivenot 1, S. 289f). Auf heftiges Drängen der niederrheinischen Reichsritterschaft, deren Territorien an den Grenzen zu Lothringen im trierischen Gebiet eingesprengt lagen, also faktisch einen Teil des Kurfürstentums bildeten und so im Falle eines Angriffs das Schicksal des Unlands teilen mußten, wurde die konditionale Hilfszusage an den Kurfürsten auch auf die reichsritterschaftlichen Enklaven erstreckt. Vgl. den entspr. Notenwechsel in RK RkgF 3-5 (Januar/Februar 1792). Dort u. in RK Kleinere Reichsstände Basel 69 auch der Schriftwechsel zwischen Reichshofkanzlei und dem Fstbf von Basel (Januar/Februar 1792).

men und den König von Preußen zu gleichem Großmut zu bewegen, all das konnte die offizielle Wiener Politik nicht von ihrer klar vorgezeichneten Linie abbringen, den Franzosen jeden Anlaß, ja jeden Vorwand für einen bewaffneten Schlag zu nehmen, um so im Falle einer dennoch erfolgenden Aggression alles Recht auf österreichischer Seite zu haben. Von der von Fürst Nassau geforderten Einbindung der königlichen Brüder in das Konzert der Mächte konnte natürlich überhaupt keine Rede sein, auch wenn der Kaiser in privaten Gesprächen mit dem Sondergesandten aus Koblenz anderes in Aussicht gestellt hatte. Der recht durchsichtigen Versicherung der Prinzen zu glauben, wonach in Absprache mit den Tuilerien hinfert nur jene Willenskundgebungen Ludwigs XVI. als gültig und relevant anzusehen waren, die über Koblenz liefen, sah man in der Staatskanzlei keinen Grund³⁷).

Wie bereits angedeutet hatte das ehrliche Bemühen Wiens um eine Auflösung der Emigrantenagglomerationen am Rhein auch zur Folge, daß Österreich gleichfalls seinen Beitrag zu einer größeren Verteilungsgerechtigkeit liefern und verstärkt sein Asylrecht üben mußte. Der achtungsgebietende Charakter der österreichisch-preußischen Abwehrfront gegen die französischen Drohgebärden - erste heilsame Wirkungen vermeinte man bald wahrnehmen zu können - und die gleichzeitige Umsetzung einer von Frankreich gewünschten Emigrantenpolitik erleichterten es der vorsichtigen Wiener Politik, im Januar 1792 "in Erwägung des harten Schicksals dieser Unglücklichen" auch die vorderösterreichischen Lande in begrenztem Maße dem französischen Flüchtlingsstrom zu öffnen. Nicht in unmittelbarer Nähe zum Rhein, sondern eher im Hinterland angesiedelt, ausschließlich unbewaffnet und in kleinen Gruppen ohne militärische Organisationsformen mußten sich die Emigranten wohl oder übel zu dem bequemen, was der Kaiser als Gegendienst erwartete: "ein stilles, ruhiges, sittliches und nach den Landesgebräuchen abgemessenes Betragen", das den französischen Nachbarn in keiner Weise beunruhigte. Die Kommandozentrale der Emigration durfte weiterhin in Koblenz bleiben.

Für seine Weiterreise nach Berlin und Petersburg erhielt Fürst Nassau nicht nur ein Handschreiben des Kaisers an die Zarin, der so nochmals die bevorstehende Wende in der österreichischen Frankreichpolitik angezeigt und die Notwendigkeit russischer Mithilfe vor Augen geführt werden konnte (vgl. dazu unten ausführlicher), sondern auch ein Empfehlungsschreiben an Friedrich Wilhelm II., in dem Leopold den Antrag der Prinzen auf Aufnahme französischer Emigranten in Preußisch Kleve unterstützte. Dies war auch bitter nötig, denn Baron Roll hatte bislang mit seinen Bemühungen in Berlin keinen Erfolg gehabt, der König seine angebliche Zuneigung für die französischen Flüchtlinge im allgemeinen und Baron Roll im speziellen nicht in werktätige Hilfe umgemünzt; lediglich die Aufnahme von Emigranten in Hessen-Kassel und den Abschluß eines Truppenstellungsvertrags zwischen dem Landgrafen einerseits und den Prinzen andererseits war er bereit zu fördern. Die Zulassung der Vertriebenen in seinen erst im Januar 1792 förmlich in Besitz genommenen Provinzen Ansbach und Bayreuth wollte er vor dem Solidaritätssapell des Kaisers zunächst nicht gewähren. Die Argumentation der Wiener Stellen, die Aufnahme von Emigranten in das Hoheitsgebiet der deutschen Großmächte leiste zugleich einen Beitrag zur Beruhigung der Lage, indem die Flüchtlinge hier verstärkt überwacht und von unbedachten Schritten abgehalten werden konnte, punktete aber schließlich auch in Berlin³⁸).

³⁷) Polignac an Rosenberg (2. 1. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Rosenberg) mit Mémoire. Monsieur/Artois an Leopold II. (6. 1. 1792; SA Frkr. HK 6 Konv. Provence/Artois-Leopold II.); Leopold II. an Monsieur/Artois (12. 1. 1792; SA Frkr. HK 5 Konv. Leopold II.-Provence/Artois; Druck: Vivenot 1, S. 318). "Mémoire pour servir d'instruction à Monsieur le prince de Nassau" (7. 1. 1792), "Résumé de ma conversation avec le prince de Nassau-Siegen" [Vizekanzler Cobenzl] (14. 1. 1792 Druck: Vivenot 1, S. 318-321, dort Kaunitz zugeschrieben), Stellungnahme Nassaus ([] Januar 1792). "Réponse du cabinet de Vienne adressée au prince de Nassau ..." (16. 1. 1792; Druck: Vivenot 1, S. 323-325), Kaunitz an Nassau (17. 1. 1792; Druck: Vivenot 1, S. 326f); SA Frkr. Varia 46 Konv. Verhandlungen mit dem Fürsten Nassau-Siegen. Leopold II. an Monsieur/Artois (16. 1. 1792; SA Frkr. HK 5 Konv. Leopold II.-Provence/Artois; Druck: Vivenot 1, S. 326). "Précis du discours que j'[ai] eu avec le prince de Nassau" [Kaunitz?] (16. 1. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 I-II). Mölck an RVK (26. 12. 1791; Druck: Hansen 1, S. 1080-1082). - Noailles an Delessart (14. 1. 1792; AMAE CP Autriche suppl. 24).

³⁸) Kaunitz an Sumerau (17. 1. 1792; StK Provinzen Vorderösterreich Weisungen 4), an Scilern (21. 1. 1792; StK DK Regensburg Kurböhm. Gesandtschaft Weisungen 6; Druck: Vivenot 1, S. 341f). Leopold II. an Friedrich Wilhelm II. (16. 1. 1792; StK DK Preußen HK 1 Konv. Kaiser an Kg. v. Preußen; Druck: Vivenot 1, S. 325). Vortrag Kaunitz (31. 1. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 I-II). Zu den Bemühungen der Emigranten in Berlin seit Dezember 1791: Reuß an Kaunitz (1. 1. 1792; StK DK Preußen 70 Konv. Relationen aus Berlin 1792 Januar-Juni). Note Jacobis (Januar 1792) mit Prinzen an Friedrich Wilhelm II. (17. 12. 1791) u. Kfst von Trier an Friedrich Wilhelm II. (18. 12. 1791), Jacobi an Kaunitz (18. 1. 1792) u.a. mit Friedrich Wilhelm II. an Ldgrf von Hessen-Kassel (12. 1. 1792); StK DK Preußen 71 Konv. Promemorien der preuß. Gesandtschaft 1792. Hessen-Kassel verstärkte im Januar 1792 seine Abwehrmaßnahmen gegen Frankreich und zog einen Kordon von Hanau in die Grafschaft Katzenelnbogen und nach Rheinfels. Kurpfalz dagegen blieb - wiewohl am meisten exponiert - untätig: Schlick an RVK (1. 4. 2. 1792; Druck: Hansen 2, S. 43f, 46-48). Leopold II. an Katharina II. ([] Januar 1792; Druck: Beer, S. 162-164). - Über die Anfänge der preußischen Verwaltung in Ansbach-Bayreuth vgl. Fritz Hartung, Hardenberg und die preußische Verwaltung in

Gegen Kardinal Rohan - spätestens seit der Halsbandaffäre für das Erzhaus ein rotes Tuch - und seine zu bedenkenlose Übung des Asylrechts richtete sich seit Januar 1792 die Spitze der Wiener Emigrantenpolitik. In den fürstbischöflich-straßburgischen Territorien Ettenheim, Oberkirch und Umgegend tummelten sich die aggressivsten militärischen Verbände der Emigranten: die Legion Mirabeau und das aus französischen Diensten desertierte Regiment Berwick. Die von Rohan nicht nur tolerierten, sondern in ihrem händelsüchtigen Verhalten noch eifrig geförderten Truppenkörper schienen es offensichtlich darauf anzulegen, das französische Gegenüber jenseits des Rheins zu feindseligen Gegenaktionen zu provozieren. Dies widersprach der allgemeinen Leitlinie der Wiener Politik, nur defensiv auf einen ungerechtfertigten französischen Angriff zu reagieren, und gefährdete auch unmittelbar vorderösterreichisches Territorium, das wegen der für den Süden des Reichs charakteristischen verwirrenden Gemengelage bei Kampfhandlungen notwendigerweise mit zu Schaden kommen mußte und durch die Drohungen der Nationalversammlung vom Dezember 1791 ohnedies beunruhigt war. Gleiches galt für die durch ein provokantes Ultimatum aus Straßburg eingeschüchterte Reichsritterschaft der Ortenau und Baden. Für einen effizienten Schutz der Rheingrenze im Süden waren die nur wenige tausend Mann starken österreichischen Verbände in und um Freiburg und die bereits mobilisierten schwäbischen Kreistruppen zu schwach. Entsprechend interessiert zeigte man sich daher auch in Wien - Ermahnungen der vorderösterreichischen Regierung und scharfe Zurechtweisungen seitens des Schwäbischen Kreises hatten nicht die gewünschte Wirkung gehabt -, dem Ersuchen Frankreichs um ein Einschreiten des Kaisers als Reichsoberhaupt zu willfahren³⁹). Solange kein Reichskrieg erklärt war, hieß es aus Wien, mußte sich jeder Reichsstand gegen ausländische Mächte prinzipiell friedlich und "in den Schranken kluger Mäßigung" verhalten. Erlaubte man kriegerische Vorbereitungen mit notwendigerweise feindlichen Absichten, so verschaffte man Frankreich dadurch Gelegenheit zu einem berechtigten Gegenschlag, den der Kaiser für sich nicht als *casus belli* betrachten könne. Unter dem allgemeinen, massiven Druck beugte sich Rohan schließlich im Februar 1792, auch wenn er sich keiner Schuld bewußt war. Die Truppenverbände verließen zwar bis März allmählich seine Reichsherrschaft, wurden aber nicht - wie von Wien eigentlich gewünscht und mehrfach verfügt - aufgelöst, da dies der Emigrantenführung für die Flüchtlinge selbst wie für die innerfranzösische Opposition zu entmutigend schien, sondern sollten in teilweise schwer durchschaubare Dienstverhältnisse zu anderen Reichsständen übertreten, die Legion Mirabeau als Legion Hohenlohe zu den Fürsten Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst ins Fränkische, das Regiment Berwick zum Fürsten von Neuwied marschieren, was im März 1792 geschah. Wien hatte eine Übernahme der Verbände in k.k. Dienste abgelehnt, und auch ein letzter Appell des Vicomte de Mirabeau - er sandte im Februar 1792 sogar seine Frau mit einem Bittbrief zum Kaiser nach Wien -, doch seine militärische Aufbauarbeit nicht einfach zu zerstören, machte wenig Eindruck. Viel eher sorgten die unzusammenhängenden Strategien der Schaltzentrale in Koblenz, die einerseits ihre Unterwerfung unter die Vorschriften des Kaisers beteuerte, andererseits aber ihre interventionistischen Parolen nicht aufgab, für Unwillen. Nicht zuletzt die notorische Inkonsistenz Leopolds II. im persönlichen Verkehr mit Vertretern der Emigranten eröffnete freilich den Exilfranzosen immer neue Ausreden und Ausweichmöglichkeiten, die die Staatskanzlei dann eilig und den Kaiser Lügen strafend versperren mußte. Kaunitz widerriet energisch jede Tolerierung bewaffneter Verbände in Rohans Exklaven. Durchkreuzte man die Beschlüsse des Herzogs von Württemberg und des Schwäbischen Kreises lud man für den Fall eines französischen Gegenschlags große Verantwortung auf sich, provozierte ein berechtigtes Schutzersuchen des Kreises und mußte wohl oder übel auch für den angerichteten Schaden haften. Die geplante Verlegung der Einheiten ins fränkische Hinterland nahm man unter Protest zur Kenntnis.

Ansbach-Bayreuth 1792-1806 (Tübingen 1906) und K. Süssheim, Preußens Politik in Ansbach-Bayreuth 1791-1806 (= Historische Studien 33; Berlin 1902). Nach Übernahmevertrag mit dem letzten Markgrafen vom Januar 1791 und dessen Abdankung im Dezember 1791 erging das preußische Besitzergreifungspatent am 5. Januar 1792.

³⁹) Kaunitz an Schlick (28., 30. 12. 1791; StK DK Reich Weisungen 251 Konv. Weisungen an Schlick). Schlick an RVK (12. 1. 1792; Druck: Hansen 2, S. 27-29). Sumerau an Leopold II. (29. 12. 1791; StK Provinzen Vorderösterreich Berichte 1). RVK an Kaunitz (30. 12. 1791; RK RkgF 3-5). Zur Bedrohung der Reichsritterschaft in der Ortenau vgl. *Municipalité de Strasbourg* an das Direktorium der Reichsritterschaft der Ortenau (9. 1. 1792; u.a. in *AMAE CP Autriche suppl.* 24, RK RkgF 3-5). Vortrag RVK (28. 1. 1792; RK RkgF 3-5). Frz.-badischer Notenwechsel (Januar 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Frkr. Varia 1792 I-V). - René Bittard des Portes, *Histoire de l'armée de Condé pendant la Révolution française 1791-1801* (Paris 1896) [ungenügend], Erwin Dittler, *Emigrantentruppen in der Herrschaft Ettenheim unter Louis-René-Edouard Prinz von Rohan-Guéméné, Fürst und Bischof von Straßburg, im Jahre 1791*. In: *Die Ortenau* 55 (1975) 111-149, Sieger, S. 148-153.

Die letztlich unbefriedigende Transferierung des Problems von einem Reichskreis in den nächsten blieb natürlich nicht ohne Folgewirkungen: der Fränkische Kreis widersetzte sich der Aufnahme der Emigrantenverbände auf das heftigste, der Schwäbische Kreis wollte einer Rückkehr derselben notfalls mit Waffengewalt begegnen, und die Untertanen derer von Hohenlohe und Neuwied demonstrierten unüberhörbar ihr Mißfallen mit der gefährlichen Gastfreundschaft ihrer Fürsten; die Neuwieder wandten sich im Januar 1792 sogar - letztlich ohne Erfolg - an das Reichskammergericht zu Wetzlar, um eine Abmahnung ihres Landesherrn zu erreichen.

Rohan selbst behielt mit einer als Legion Rohan firmierenden Truppe von mehreren hundert Mann eine überdimensional starke Leibwache zurück, rächte sich späterhin aber für die erzwungene Liquidierung seiner alten Kriegsmacht durch lästige Hilfsersuchen an die Österreicher in Wien und v.a. in Freiburg. Hier freilich stießen nicht nur die Zumutungen der Emigranten auf erbitterten Widerspruch, auch die Politik des Kaisers, seine Pflichten als Schirmherr des Reichs besonders zu betonen, fand wenig zustimmendes Echo. Kaum war Leopold II. im März 1792 gestorben, sprach sich der Freiburger Regierungspräsident Freiherr von Sumerau auch schon dafür aus, die Verteidigungsmaßnahmen bewußt egoistisch auf die eigentlich österreichischen Lande zu beschränken, denn die Zahl der schutzsuchenden Reichsstände hatte beunruhigend zugenommen. Von Wien aus ließ man jedoch sofort wissen, daß die Erledigung des Kaiserthrones keine wesentliche Änderung der österreichischen Deutschlandpolitik im Angesicht der revolutionären Bedrohung bedeutete; an die Stelle des reichsoberhauptlichen Schutzes trat lediglich die - faktisch identische - mitständische Hilfe des Apostolischen Königs für die benachbarten Reichsstände⁴⁰).

Was man von den Reichsständen als Zugeständnis an die allgemeine Friedenspolitik des Kaisers verlangte, mußte man natürlich auch in eigenen Landen möglichst lückenlos durchführen. Gerade in Belgien, das ja immer wieder als Musterbeispiel für eine dem Asylrecht angemessene, gleichzeitig aber auch auf französische Empfindlichkeiten Rücksicht nehmende Emigrantenpolitik angepriesen wurde, gab es dabei Probleme, der französischen Flüchtlinge wirklich Herr zu werden. Von Koblenz aus lancierten die Emigranten schädliche Gerüchte, wonach ihren Leidensgenossen in den Österreichischen Niederlanden gestattet sei, was der Kaiser etwa für Trier untersagt hatte. Richtig war immerhin, daß es dem Generalgouvernement erst im März/April 1792 nach zähen Verhandlungen und unter finanzieller Mithilfe gelang, die Grenzregion zu Frankreich - v.a. Ath, Mons und Tournai - von Emigranten zu säubern und diese immerhin 4-5.000 Mann ins Hinterland oder gar ins Ausland Richtung Lüttich und Trier abzuschieben. Die Franzosen glaubten denn auch im März 1792 mit der "Zerstreuung" der Emigranten nicht wirklich zufrieden sein zu können, da sie in Wahrheit eigentlich eine Verteilung der lästigen Auslandsfranzosen auf eine Strecke von Belgien bis Süddeutschland bedeutete. Der französische Sondergesandte für Trier, Bigot de Sainte-Croix, schätzte nach seiner Rückkehr im März 1792 die Zahl der Emigranten im Grenzgebiet zwischen den Österreichischen Niederlanden und Worms auf etwa 19.000.

Die österreichischen Verantwortlichen in Belgien waren aber auch mit einer anderen besonders peinlichen Aufgabe belastet: mit der Umsetzung der kaiserlichen Bürgerschaft für die von den königlichen Brüdern geplante und immer noch nicht realisierte Aufnahme eines Kredits über zwei Millionen Livres. Der Spiel-

⁴⁰) Vortrag RVK (4. 1. 1792), RVK an Fstbf von Straßburg (5. 1. 1792), RVK an Kaunitz (7. 1. 1792), Hgz. von Württemberg/Maximilian Bf. von Konstanz an Leopold II. (31. 1., 23. 2. 1792), Vortrag RVK (23. 2. 1792) mit Rohan an Leopold II. (12. 2. 1792), RVK an Rohan (24. 3. 1792) mit Rohan an RVK (11. 2. 1792); RK RkgF 3-5. RVK an Noailles (6. 1. 1792; RK RkgF 3-5 u. AMAE CP Autriche suppl. 24). - Noailles an Delessart (25. 1. 1792; AMAE CP Autriche suppl. 24). Vortrag (17. 3. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 III), Reichswerbungsdirektion an HKR (10., 11., 14., 15., 30. 3., 15. 4. 1792; RK RkgF 11). Mémoire bzw. Note Polignacs (5. u. 9. 2. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Kaunitz). Vortrag Kaunitz (10. 2. 1792) mit "Mémoire pour le duc de Polignac" (10. 2. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Kaunitz-Polignac), Vortrag Kaunitz (14. 2. 1792) mit Note des Duc de Polignac (11. 2. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Kaunitz) u. Kaunitz an Polignac (14. 2. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Kaunitz-Polignac; Druck: Vivenot 1, S. 371); StK Vorträge 150 Konv. 1792 I-II. Monsieur/Artois an Leopold II. (26. 1. 1792; SA Frkr. HK 6 Provence/Artois-Leopold II.), Leopold II. an Monsieur/Artois (9. [10.] 2. 1792; SA Frkr. HK 5 Konv. Leopold II.-Monsieur/Artois), Vicomte de Mirabeau an Leopold II. (2. 2. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Frkr. Varia 1792 I-V). Rohan an Cobenzl [?] und Mémoire (13. 2. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Frkr. Varia 1792 I-V). Polignac an Spielmann [?] (15. 2. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Kaunitz). Westphalen an RVK (24. 2., 2., 5. 3. 1792; Druck: Hansen 2, S. 77f, 85-87). Sumerau an Kaunitz (24., 30./31. 1., 9., 20., 23., 26., 28. 2., 1., 5., 9., 16., 19., 22. 24. 3., 2. 4. 1792); StK Provinzen Vorderösterreich Berichte 1, dort auch die Korrespondenz zwischen Sumerau, dem Hgz von Württemberg und Rohan. Kaunitz an Sumerau (15., 18. 2., 7. 3., 4. 4. 1792); ebd. Weisungen 4. - Marbois an Delessart (17. 3. 1792; AMAE CP Allemagne 666). AN F 7 4395 - Procès verbaux (21. 3. 1792). - Vgl. auch das Kapitel "Die Legion Mirabeau im Hohenlohschen" bei Wilhelm Wühr, Die Emigranten der Französischen Revolution im bayerischen und fränkischen Kreis (= Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 27; München 1938) 121-137.

raum der Prinzen in Koblenz wurde immer enger, das zu ernährende Gefolge dafür immer größer; Hilfszahlungen aus Petersburg blieben aus, ein Zuschuß aus Neapel platzte durch den Bankrott des beauftragten Bankhauses, und die von Wien zur Aufnahme der Anleihe unter österreichischer Garantie vorgeschlagenen Bankiers zeigten sich derart widerwillig, daß man den Kaiser letztendlich um eine Blankogarantie bat und sich ein geeignetes Geldinstitut selbst suchen wollte. Nach langem Hin und Her gab Wien im Februar 1792 seine Zustimmung⁴¹⁾.

⁴¹⁾ Note des Generalgouvernements an Duc d'Uzès (6. 1. 1792), "Note sur les mesures qui ont été prises par le gouvernement général des Pays-Bas à l'égard des émigrés" (29. 1. 1792); Belgien DD B 1. Cobenzl an Polignac (27. 2. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Kaunitz-Polignac). Metternich an Kaunitz (15., 21., 23. 2., 21. 3. u. 29. 4. 1792), Note Metternichs (9. 3. 1792); Belgien DD A Berichte 324, 325, 327). Generalgouverneure an Leopold II. (3. 3. 1792; Belgien DD A Berichte 326). Laquaille an Metternich (10. 3., 3. 4. 1792; Belgien DD B 1). - Lagravère an Delessart (4., 10. 3. 1792; AMAE CP Pays-Bas espagnols/autrichiens 182). - Zeissberg 2, S. 54f. - Zur Frage der kaiserlichen Bürgerschaft vgl. auch den bereits aufgeführten Notenwechsel mit Nassau bzw. Polignac. AN F 7 4395 - Procès verbaux (12., 14. 3. 1792), F 7 4397; Delessart an Comité Diplomatique (16. 4. 1792), F 7 4398; de Alton an Delessart an Comité Diplomatique (9. 2. 1792).

1.3 Krieg als Allheilmittel

Die Offensive der Tuileries (Dezember 1791)

Bis Anfang Dezember 1791 haben wir bereits im letzten Teil die vergeblichen Bemühungen der Tuileries verfolgt, die offizielle Rücknahme der erfolglosen Interventionspolitik durch den Kaiser doch noch zu verhindern und die unerträgliche Situation mit Hilfe eines bewaffneten Kongresses zu sanieren. Ein chronologischer Sprung zurück ist nun angezeigt, um zu sehen, wie die "geheime" Außenpolitik Ludwigs XVI. und Marie-Antoinettes mit ihrem Drängen auf ausländisches Eingreifen einerseits und der Kriegskurs der Nationalversammlung andererseits ab Dezember 1791 zu überraschender Deckungsgleichheit gelangten.

Tief verärgert nicht nur über angeblich von den Emigranten lancierte und besonders hartnäckige Gerüchte eines neuerlichen Fluchtversuchs der königlichen Familie, sondern mehr noch über die leicht durchschaubare Hinhaltepolitik des Bruders und Schwagers in Wien ergriffen Marie-Antoinette und Ludwig XVI. Anfang Dezember 1791 die Initiative und starteten eine Werbekampagne für eine offensivere und energischere Frankreichpolitik der Mächte; nicht nur der Kaiser, wie früher, sondern auch die Zarin, die Könige von Preußen, Schweden und Spanien wurden angeschrieben und um die Formierung eines bewaffneten Kongresses gebeten, dessen Gegenstand Frankreich und seine Königsfamilie zur Vermeidung innenpolitischer Kompromittierung nur in verhüllter Form sein sollten. Auch in Wien hatte man damit endlich Erfolg: Denn im Zusammenspiel mit der sich allgemein verschärfenden Lage nahm selbst die bisher so abweisende Staatskanzlei zu Jahresende 1791 den dringenden, seit Monaten aber vergeblichen Wunsch der Tuileries nach einer Reaktivierung einer aktiven Frankreichpolitik wieder auf.

In schonungsloser Offenheit und mit unverhüllten Vorwürfen ließ die Königin nun dem Kaiser über Mercy bestellen, daß das Schicksal der königlichen Familie und auch das Frankreichs weiterhin in den Händen des Bruders lag und durch die Realisierung des seit langem erfolglos vorgetragenen Plans eines Mächtekongresses vielleicht doch noch zum Guten gewendet werden konnte. Diesmal blieb es freilich nicht bei kniefälligen Bitten. Wirkungsvolle Drohungen unterstützten das Anliegen des Königspaares: Hatten bisher Wien und Brüssel weitgehend das Monopol auf direkten Kontakt mit den Tuileries gehabt, so wollte Marie-Antoinette angesichts jener verzerrenden, ja verfälschenden Wiedergabe ihrer unmißverständlichen Willenskundgebungen, die sich die Österreicher zur Rechtfertigung ihrer non-interventionistischen Politik oft genug an fremden Höfen erlaubten, und angesichts der bewußten Nicht-Unterscheidung von offizieller und geheimer Politik der Tuileries, mit diesem Usus brechen, selbst mit den gutwilligen Mächten in direkten Kontakt treten und so notfalls auch die beschwichtigenden Aussagen des Kaisers vor aller Welt Lügen strafen. Das Damoklesschwert einer für das Ansehen Leopolds II. und seine internationale Glaubwürdigkeit verheerenden Auslandsoffensive des Königspaares hing jetzt über der Wiener Politik. Auch die Unterwerfung des Königs unter den kriegerischen Willen der Nationalversammlung und die Sanktionierung eines angesichts mangelnder Vorbereitung und fehlender Ressourcen objektiv geradezu selbstmörderischen Konfrontationskurses versuchte Marie-Antoinette als Beweis für die Unfreiheit des Allerchristlichsten Königs ins Treffen zu führen. Ludwig XVI. wagte das Veto-Recht nur selten und nicht einmal in allen entscheidenden Fragen zu üben. Einzig ein äußerliches Eingehen auf die Linie der Versammlung garantiere das politische Überleben, und da man diesen Kurs weiter konsequent zu steuern gedachte, war Rücksichtnahme auf Leib und Leben der königlichen Familie - im Ausland ein beliebtes Argument, die politisch opportune Abstinenz in der französischen Frage zu rechtfertigen - überflüssig. Sehr klar erkannte die Königin, daß der Kaiser früher oder später - etwa bei französischen Übergriffen auf österreichisches Territorium und vollends bei einer nun durchaus nicht unwahrscheinlichen Attacke auf einzelne Reichsstände - gezwungen sein würde, im Angesicht der endgültig außer Kontrolle geratenden Staatsumwälzung in Frankreich Stellung zu beziehen. Je früher dies geschah, desto besser für die Schwester in Paris. Auch im politischen Kalkül der Tuileries erschien so die martialische Drohung an die Gastgeber der Emigranten in Wahrheit als Chance, eine unerträgliche Pattstellung endlich aufzubrechen. An Botschafter Mercy war es nun, mit seiner in Erfüllung des Auftrags aus den Tuileries am 24. Dezember 1791 nach Wien abgehenden Depesche die Weichenstellung für eine Rückkehr zur Interventionspolitik vorzunehmen.

Die kurzfristigen Terraingewinne des Königs gegen eine anfangs wenig populäre Legislative schienen auch Mercy, dem Koordinator der österreichischen Frankreichpolitik, geringfügig verglichen mit den trickreichen Möglichkeiten der die orientierungslosen Massen dirigierenden Revolutionäre, einer kleinen, aber um so engagierteren Gruppe, die mehr denn je auf die Beseitigung des Königtums im Inneren und auf die Propagierung der Menschenrechte, dem neuen Völkerevangelium, von Volkssouveränität, von "liberté" und "égalité" nach außen zielte ... "en promettant la terre aux pauvres, comme le christianisme leur promettoit le ciel". Ein Vergleich, mit dem bereits die Nähe des neuen französischen Gedankenguts zu beinahe religiösem Fanatismus angezogen war. Die philosophischen Totgeburten und Extravaganzen machten zwar jedes vernünftige Regieren in Frankreich unmöglich, Schwärmerei ließ sich aber durch Kalkül und Vernunft nicht kurieren, sondern, so der Botschafter, nur durch Zwang beseitigen. Auch Mercy schien es nun gegen Ende Dezember 1791 angezeigt, den Keim des Wahnsinns rechtzeitig abzutöten. Angeblich arbeiteten die französischen Jakobiner nach Berichten Blumendorfs bereits an einer Übersetzung der Menschenrechtserklärung und der Verfassung ins Ungarische, um sie unter den magyarischstämmigen Truppenteilen in den Österreichischen Niederlanden als Propagandawaffe einzusetzen. Und nirgendwo war man besser postiert als in Belgien, um den pervertierenden Einfluß der "voisinage empesté" Frankreichs in seiner ganzen Tragweite abschätzen zu können. Mercy, selbst ein aufgeklärter Skeptiker, schloß sich der Meinung vieler an, wenn er angesichts der immer problematischeren Lage der belgischen Provinzen gleichfalls für eine nachhaltige Abwehr der "doctrine française" durch Stärkung des Katholizismus, eine Wiedereröffnung der Nuntiatur und enge Zusammenarbeit mit Rom eintrat. Ein schwaches Hilfsmittel für die von den Franzosen angedrohte "guerre des nations" gegen Europas Souveräne.

Die diffuse und von der Königin wieder nicht näher ausgeführte Kongreßidee behagte zwar Mercy nicht sonderlich, aber das, was die Tuileries an diesem Kongreß wohl am meisten interessierte - die einschüchternden Armierungen der zum Kongreß zusammentretenden Mächte - konnte in der Tat gute Wirkung zeigen. "Le projet d'une guerre à déclarer aux électeurs est une chance des plus décisives", schrieb er der Königin Ende Dezember 1791 und rühmte sich, auch in Wien durch schwarz eingefärbte Schilderungen zur traurigen Situation in Frankreich und ihrer Gefahreneigtheit für ein verstärktes Bemühen, die bisher dankbar hingenommenen internationalen Hindernisse für eine stets nur widerwillig betriebene Interventionspolitik zu überwinden, geworben zu haben. Die Schutzzusage an den Kurfürsten von Trier war hier vielleicht ein erster wichtiger Schritt zu jener Klimaverschlechterung, die von so vielen herbeigesehnt wurde. Von seiten des Kaisers und des Kurfürsten ließ sich jede Aggression ausschließen. Ein berechtigter Kriegsgrund bestand daher für Frankreich eigentlich nicht mehr; für Mercy aber noch allemal kein Anlaß, an der kriegerischen Lösung der französischen Frage zu zweifeln. Für ihn war eines klar, so belehrte er die Königin Anfang Januar 1792: "Il est moralement impossible que l'on finisse sans guerre civile ou étrangère". Eine Chance für die Absicherung des Thrones, und mit der Erfüllung der französischen Forderungen bei gleichzeitig demonstrierter Entschlossenheit, auf die unverschämten Zumutungen der Versammlung nicht kleinmütig zu reagieren, hatte man eine wichtige Voraussetzung für die weitere Isolierung Frankreichs geschaffen. Man spielte der Nationalversammlung den schwarzen Peter des ungerichten Angreifers zu; Mercy war sich sicher, daß Frankreich den Köder schlucken würde - "faute qu'il est clair qu'elle commettra et qui en ce cas lui attirera le ressentiment de toute l'Europe"⁴³).

⁴³ Blumendorf an Mercy (31. 10., 12. 12. 1791; SA Frkr. Varia 42 Konv. Blumendorf-Mercy 1790/91). Marie-Antoinette an Mercy (6., 16./17. 12. 1791; FA SB 88 Konv. II, FA SB 71 d. A/Konv. 1791; Druck: Arno, Marie-Antoinette, S. 229f, 231-236). Mercy an Marie-Antoinette (14. 12. 1791; FA SB 71 d. B/A; Druck: Arno, Marie-Antoinette, S. 230f). Mercy an Kaunitz (24. 12. 1791; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1791; Druck: Feuille 4, S. 338-348 [unvollständig]), an Marie-Antoinette (27. 12. 1791, 2. 1. 1792; FA SB 71 d. B/A; Druck: Arno, Marie-Antoinette, S. 236-239). Die Wichtigkeit der Depesche Mercys vom 24. 12. 1791 wird anhand der Berichte Jacobis aus Wien vom Januar/Februar 1792 besonders deutlich (Herrmann, Geschichte Erg. Bd., S. 139-143, 153f). - Die Fluchtgerüchte der Partei des Baron de Breteuil in die Schuhe, Metternich machte die Pariser Jakobiner verantwortlich: Calonne an Metternich (25. 11. 1791), Metternich an Calonne (4. 12. 1791); Belgien DD B 1. Kornrumpf an RVK (15. 10., 24., 28. 11. 1791; Druck: Hansen 1, S. 969f, 1029ff). - Hinsichtlich der hoffnungsvollen Hintergedanken, die man in den Tuileries - von einer französischen Niederlage ausgehend - an den Kriegskurs der Versammlung knüpfte, vgl. etwa Marie-Antoinette an Fersen (9. 12. 1791) und eine ähnliche Aussage Ludwigs XVI. gegen Baron de Breteuil (14. 12. 1791 [echt?]): Klinckowström 1, S. 271f, Lever, Louis XVI, S. 617, Feuille 4, S. 296-303, Geffroy 2, S. 202-207. Vgl. auch Girault de Courzac, Enquête, S. 347-350, zur Frage der Echtheit der königl. Instruktion für Breteuil. Breteuil und Fersen hatten den Tuileries aus Brüssel zu massivem Mißtrauen gegen den Kaiser und Graf Mercy und in weiterer Folge zu einer Ausdehnung der Auslandskon-

Anfang Januar 1792 legte der Botschafter auch der Staatskanzlei in Wien seine Ansichten über den seiner Meinung einzuschlagenden Kurs des Kaisers vor. Ihm ging es darum, die Nützlichkeit der innerfranzösischen Parteikämpfe als Hebel für ein Ansetzen ausländischer Intervention zu betonen. Zwar war es unmöglich, eine geeinte Nation von 24 Millionen Menschen zu bezwingen, wohl aber schien es denkbar, in Koalition mit anderen innerfranzösischen Kräften die angeblich nur kleine Gruppe von Revolutionsführern zu vernichten. So durfte nichts geschehen, was die französische Uneinigkeit sanieren konnte, und damit war in erster Linie gemeint: eine Unterstützung der Emigranten, ihrer egoistischen, konterrevolutionären Kreuzzugspläne mußte unbedingt vermieden werden. Schrieb ein Interventionsversuch von außen die Sache der Emigranten auf seine Fahnen, wagte man also mit einem Wort einen Frontalangriff auf das neue Frankreich, so versöhnte man jeden inneren Gegensatz und riskierte eine Revolutionierung Europas im Gegenschlag. Wollte man einen revolutionären Krieg vermeiden oder jedenfalls den missionarischen Eifer nicht noch anheizen - und die Chancen standen nach den beunruhigenden Meldungen von den Vorbereitungen zu Propagandaaktionen an den französischen Grenzen nicht zum Besten -, so galt es nach Einschätzung Mercys, die Emigranten möglichst weit in den Hintergrund zu schieben, sie im Kriegsfall nur getrennt und scheinbar unabhängig von den Mächten agieren zu lassen und alles zu vermeiden, was direkt als Bemühen um eine Revision der französischen Verfassung gedeutet werden konnte. Realpolitische Gravamina waren in den Vordergrund zu stellen: die Sanierung der Elsaß-Frage, die Restitution der päpstlichen Enklaven, kurzum ein "begrenzter" Krieg um Territorien nach alter Façon, ein Krieg einer großen europäischen Koalition um die Aufrechterhaltung des Westfälischen Konsenses von 1648 war eine brauchbare Schiene.

Freilich fehlte es nicht an französischen Gegenstimmen, die den Kaiser vor Überreaktionen gegen die französische Kriegspropaganda abhalten wollten. Botschafter Mercy war selbst eines der ersten Opfer dieser späten Mahner zu Ruhe und Besonnenheit, in die sich nun überraschenderweise auch eine - parteipolitisch konturlose - Galeonsfigur der Kriegstreiber einreichte: der neue Kriegsminister Narbonne. Er sandte dem Botschafter nun von seiner Inspektionsreise an die Ostgrenze ein Schreiben nach Brüssel, in dem er Wünsche für eine Beruhigung der innerfranzösischen Lage, ein rasches Ende des Chaos und sogar für Reformen in der Verfassung formulierte; im Sinne der Umsetzung dieses ambitionierten Programms optierte er für die Rückkehr Mercys nach Paris, wohl nicht nur als deutlich sichtbares Zeichen der für Frankreich und Europa so dringend nötigen Beruhigung, sondern auch um im Botschafter wieder einen Lenker der in der Vielfalt widerstreitender Einflüsse kaum beherrschbaren Königin bei der Hand zu haben. Mercy kam in der Frage der Wiederbesetzung seines Pariser Botschafterpostens natürlich dem schwer durchschaubaren Narbonne nicht weiter entgegen als seiner vorgesetzten Behörde in Wien: Gerade angesichts der französischen Kriegsdrohungen an die Adresse einzelner Reichsfürsten und der Gefahr kriegerischer Entladung war die Rückkehr des kaiserlichen Vertreters mehr als deplaciert⁴³).

Anfang Januar 1792 übermittelte die Königin - zur ferneren Bestellung an den Kaiser - eine wohl nach der Dezembermitte 1791 fertiggestellte umfangreichere Denkschrift nach Brüssel. Wie schon im Sommer 1791 desavouierte Marie-Antoinette unter einem, was sie auftrags der Konstitutionellen um Lameth, Barnave, Duport übersandte, und bezog sehr zum Kummer Botschafter Mercys, der mit so manchem Gedanken des Mémoire durchaus etwas anzufangen wußte, zum Inhalt selbst nicht weiter Stellung. Wieder erwarteten sich die Tuileries offensichtlich eine vorzeigbare, will sagen mißbilligende Antwort für die Autoren des Schriftsatzes.

Über das Aufspringen der königlichen Familie auf den rasenden Zug Richtung Krieg ab Dezember 1791 waren sie dann aber nicht zeitgerecht informiert worden: Bombeilles, *Journal* 3, S. 264 Anm. 1, Söderhjelm, *Fersen*, S. 208-216, 234f. Die Korrespondenz zwischen Fersen und Marie-Antoinette bei Klinckowström Bd. 1. Zur Haltung der kgl. Familie in der Kriegsfrage insgesamt vgl. auch die nützliche Zusammenfassung bei Arnaud-Bouteloup, S. 302-348. Angesichts der massiven Vorwürfe der Tuileries an die Adresse des Bruders in Wien nimmt sich die "lyrische" Bewertung der kaiserlichen Frankreichpolitik durch A. Wandruszka recht eigenartig aus, der die verzweifelten Appelle der Schwester aus Paris als schwerwiegendste Motivation für den Schwenk Österreichs Richtung Intervention festmacht (Wandruszka 2, S. 358).

⁴³) Mercy an Kaunitz (7. 1. 1792; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1792 I-VI; Druck: Herrmann, *Geschichte der Wiener Convention*, S. 288f Anm. 3, Glagau, S. 279-283 [unvollständig]) mit Narbonne an Mercy (21. 12. 1791; Druck: Glagau, S. 283-285) u. der Antwort Mercys (25. 12. 1791). Mercy an Lamarek (9. 1. 1792), Lamarek an Mercy (10. 1. 1792); Bacourt 2, S. 353-355, mit Korrekturen bei Feuillet 5, S. 127-129.

Ein Schriftsatz, in dem nun von den Autoren besonders deutlich die dringende Notwendigkeit einer Verfassungsreform in Frankreich hervorgehoben wurde; ein Satz umfaßte treffend das gesamte Programm der Constitutionnels: "les destructions opérées par la révolution sont justes, seulement elles ont été excessives." War die Allmacht des Königs vor dem Ende des Ancien Régime zu erdrückend, so verfügte der Monarch jetzt nicht einmal mehr über genügend Mittel, seine verfassungsmäßig vorgesehene Funktion zu erfüllen; der Adel - als Spitze der gesellschaftlich notwendigen Kraft von "Besitz und Bildung" - war völlig vernichtet, dabei aber ein idealer Schild gegen die weitere Radikalisierung der Revolution von unten. Die simplistische Schilderung der Parteienlandschaft nach einem Dreistufenschema, das mit eindeutig verteilten Sympathien Emigranten-Royalisten, Jakobiner und eine den Großteil der Bevölkerung umfassenden "classe mitoyenne" unterschied, entsprach durchaus dem Bild, das sich die Verantwortlichen in Wien in weiterer Folge von der innerfranzösischen Kräfteverteilung machten. Hier lag auch für den weiteren Kurs von Kaiser und Staatskanzlei das Reservoir, aus dem man für die politischen Prognosen schöpfen konnte. Die Emigranten, die aus egoistischen Motiven nur an einem Umsturz, an einer Wiedererrichtung des Ancien Régime interessiert waren und so die hauptsächliche Verantwortung dafür trugen, daß das Land nicht zur Ruhe kommen wollte, und die "republikanische Partei", die einzig und allein in allgemeiner Unruhe überleben konnte und durch die rastlose Tätigkeit ihrer verbrecherischen Exponenten und einiger verblendeter Idealisten ihre zahlenmäßige Unterlegenheit wettmachte, kamen als Verbündete des Königs bei seinem Kampf um die Wiedergenesung Frankreichs nicht in Betracht. Ihre Zahl durfte keinesfalls weiter vergrößert werden. Unterstützung fand Ludwig am sichersten bei jenem Großteil der Staatsbürger ("classe mitoyenne"), der Friede, Ordnung, Sicherheit und Freiheit auf der Basis der geltenden, beschränkt monarchischen Verfassung wollte und den Konstitutionellen deshalb als "wahre Nation" galt. Hier, bei der sanior pars der französischen Bevölkerung, lag die Hoffnung, auch ohne Bürgerkrieg und zerstörerischen Kampf der extremistischen Gruppen aus dem Dilemma herauszukommen und die anstehende entscheidende Krise zum Besten der Monarchie zu nützen. In diesen Kontext wollte das "Triumvirat" auch die offenbar als Theaterdonner eingeschätzten Kriegsdrohungen an die Gastgeber der Emigranten eingeordnet wissen, Schritte, die den in der öffentlichen Meinung abgerutschten König mit dem gekränkten Nationalgefühl versöhnen und durch Distanzierung von seinen Brüdern das Vertrauen in ihn stärken sollten. Vom Kaiser erwartete man sich eine Unterstützung dieses Kurses. Viel war schon gewonnen, wenn Leopold bewies, daß die Souveräne Europas nicht notwendigerweise die Feinde des neuen Frankreich sein mußten. Unbedingt sollte sich Wien hüten, die Emigranten zu unterstützen, einen tatsächlichen Konflikt mit Frankreich gerade im Interesse der Tuileries vermeiden. Denn ihnen würde man in einem Krieg mit dem Schwager keinesfalls Unbefangenheit und ein ehrliches Seite-an-Seite mit der Revolution zutrauen. Eine Stärkung der Republikaner und die wagemutigsten Versuche, die Völker Europas im revolutionären Sinne zu missionieren, ließen sich dagegen als mögliche Folgen einer unklugen Einmischungspolitik nicht ausschließen. Eine offene Desavouierung der Emigranten und ein Bekenntnis des Kaisers zu unbedingter Friedenswilligkeit dagegen konnten der Politik des Königs zuarbeiten.

Kaum hatten die Konstitutionellen das Mémoire für den Kaiser zu Ende gebracht, als die Nachricht von der Unterstützungserklärung Leopolds für den Kurfürsten von Trier eintraf: ein bedenkliches, zeitlich sehr unpassendes Zeichen für eine eventuelle Aufgabe des Kurses der Moderation. Dringend warnte man in einem hastig nachgetragenen Supplément vor allem, was einer Unterstützung der Emigranten nahekommen und einen Krieg mit Frankreich auslösen konnte, in dem sich dann Republikaner und Emigranten, die extremen Pole des politischen Spektrums, zum Schaden des Königtums bekämpften, die österreichischen Truppen und in weiterer Folge vielleicht die Völker Europas den Verlockungen der französischen Propaganda erlagen.

Mercy, der der politischen Weitsicht der Tuileries wie nicht minder deren Auslandsbeauftragten mißtraute, fand nun in seinem Begleitschreiben für die Staatskanzlei gar keinen Grund, die vernünftigen Gedankengänge des Triumvirats zu tadeln und mit Mißachtung zu strafen. Lag es wirklich, wie das Memorandum ausführte, nur am König, die öffentliche Meinung durch Eingehen auf die "Volksseele" zurückzugewinnen, um dergestalt der angestrebten Verfassungsrevision den Boden zu bereiten, so war es in der Tat nicht klug, den Beginn des inneren Regenerationsprozesses durch übertrieben drohendes Gehaben von außen zu paralysieren, und den Hilferuf der Königin von Mitte Dezember 1791 zu wörtlich zu nehmen. Freilich der bewährte Vertraute der Königin, ihr Kabinettssekretär François de Goguelat (1746-1831) - er hatte schon öfters wichtige Sendungen von Paris nach Brüssel überstellt, war auch am Fluchtversuch der königlichen Familie prominent beteiligt gewesen, dabei verwundet, inhaftiert und unter Anklage gestellt

worden und erst durch die Amnestie nach Annahme der Verfassung wieder freigekommen -, der das Mémoire Mercy in der belgischen Hauptstadt einhändigte, kommentierte das Schriftstück im Auftrag der Königin so kritisch als möglich: Auch Leute wie Dupont, Barnave, Lameth galten der Königin eben als Demagogen, die in Wahrheit von einer Stabilisierung und Festigung der Monarchie nichts wissen wollten und es nur darauf anlegten, das einmal geweckte Interesse des Kaisers wieder einschlafen zu lassen. Für die Antwort ihres Bruders wünschte sie sich die unmißverständliche Klarstellung, daß Wien - also eigentlich den im Hintergrund die Feder führenden Tuilerien - auch das Anfang 1792 bereits als rückwärtsge wandt einzustufende Revolutionsbild der Konstitutionellen zu weit ging.

In dem einen wie in dem anderen Fall war Wien in den Augen Mercys zumindest "moralisch" wieder einmal erzbereit: Durch die wunschgemäße Auflösung der Emigrantenverbände führte der Kaiser, sollte ihm von den Jakobinern in der Tat der Krieg aufgezwungen werden, keineswegs mehr das Banner der Konterrvolution, sondern hatte die gerechte Sache des unschuldig Angegriffenen für sich⁴⁴).

Kriegskurs

Während es Brissot im Jakobinerklub auch während der Monate Januar und Februar 1792 in mehreren leidenschaftlichen Reden nicht gelang, jeden Widerstand - insbesondere jenen Robespierres, der meinte, der Krieg müsse v.a. den Tuilerien und ihren konterrevolutionären Plänen in die Hände arbeiten - gegen seine Kriegspolitik niederzukämpfen, so schienen er und sein Kreis wenigstens die Nationalversammlung fest im Griff zu haben und sie von dem überzeugen zu können, woran im Jakobinerklub die helisichtigeren Mitglieder zweifelten: daß die von Brissot drohend angekündigte "explosion universelle" nur die Souveräne, nicht die Völker des Kontinents gefährdete⁴⁵).

Am 31. Dezember 1791 präsentierte Außenminister Delessart der Nationalversammlung mit der als Reaktion auf ein freundschaftliches französisches Vermittlungersuchen sehr mißverständlichen Note der Staatskanzlei vom 21. Dezember nun ein Dokument, das wenig geeignet war, die antiösterreichische Stimmung der überaus tätigen Kriegspartei aufzulockern oder die mit den Brissotins liebäugelnden Fayetisten zu gewinnen. Im Gegenteil: Die Emigrantenfrage wurde infolge der mißverständlichen Schutzzusage des Kaisers sehr rasch durch eine prinzipielle Diskussion über das französisch-österreichische Verhältnis überlagert. Die seit langem schwelende Austrophobie brach endgültig auf. Nach Vorbereitungen im Comité Diplomatique legte der Abgeordnete Gensonné am 14. Januar 1792 einen Dekretsentwurf vor, mit dem der Kaiser ultimativ bis zum 10. Februar zu unmißverständlichen Klarstellungen aufgefordert werden sollte: würde er die französische Verfassung respektieren und die im Allianzvertrag von 1756 stipulierten Beistandsverpflichtungen im Falle eines Angriffs auf Frankreich erfüllen? Nach Ablauf der gestellten Frist sollte das Ausbleiben der gewünschten Erklärungen als feindseliger Akt, die Allianz mit Österreich aber als hinfällig betrachtet werden. Die Sanktionierung durch die Versammlung blieb zunächst aus. Dafür traf man ebenfalls am 14. Januar 1792 eine Verfügung, wonach Franzosen, die mit dem Ausland über eine Änderung der Verfassung, über die Emigrantenfrage und die Problematik der gekränkten Reichsstände verhandelten, zu Landesverrätern erklärt wurden ("serment de Guadet").

⁴⁴) Marie-Antoinette an Leopold II. (Januar 1792; SA Frkr. HK 6 Konv. Marie-Antoinette-Leopold II.) mit "Mémoire" und "Supplément au mémoire, ajouté depuis la connaissance de l'office de l'Empereur", gedr. Armeth, S. 240 und 269-281. Mercy an Kaunitz (14. 1. 1792; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz I-IV; Druck: Feuillet 5, S. 92-104). Das Mémoire stammte von Dupont. Dazu die Korrespondenz zwischen Barnave und der Königin von Ende Dezember 1791 bei Söderhjelm, Correspondance, S. 214-225, samt Abdruck des Originalmémoire von Dupont ebd., S. 233-239; Michon, Dupont, S.361-363, Klinckowström 2, S. 2 (Journal, 8. 1. 1792), Herrmann, Geschichte Erg. Bd., S. 152f. - Zu einem anderen Mémoire des Triumvirats, dessen direkte Versendung an den Kaiser Marie-Antoinette noch abgelehnt hatte, vgl. Söderhjelm, Correspondance, S. 184-197, mit dem Druck des "Mémoire au comte de Mercy (27. 11. 1791). Darin war es v.a. um die Mitwirkung des Kaisers an der Beruhigung der Emigrantenfrage gegangen, die die Konstitutionellen zu Recht als das Kernproblem der franz. Innenpolitik betrachteten. Das Mémoire wurde über Laborde nach Brüssel zugestellt, von der Königin aber entgegen ihrer Zusage nicht unterstützt, ja in der Korrespondenz mit Mercy sogar mit Stillschweigen übergangen. - Über Goguelat, ursprgl. Ingenieuroffizier, vgl. u.a. auch Madame de Campan, Mémoires sur la vie privée de Marie-Antoinette 2 (Paris 1823) 130f. Er hinterließ u.a. Mémoire [...] sur les événements relatifs au voyage de Louis XVI à Varennes (Paris 1823), Mémoires (fragments). Louis XVI et l'émigration. In: Mémoires de tous. Collection de souvenirs contemporains 3 (Paris 1835) 283-406, - Glagau, S. 130-136.

⁴⁵) Zum Folgenden im Überblick Goetz-Bernstein, S. 65-93, Glagau, S. 104-121, 136-147.

Da half es nur mehr wenig, wenn Außenminister Delessart die Deputierten etwas später über zufriedenstellende Nachrichten aus Trier unterrichten konnte, wo der Kurfürst unter allgemeinem Druck endlich wunschgemäß handelte, und auch der Präsident des Comité Diplomatique seine Zufriedenheit mit der erfreulichen Wende in der Trierer Frage und den kaiserlichen Ermahnungen an Kardinal Rohan erklärte. Selbst diese scheinbare Entspannung der Lage vermochte den Kriegskurs jetzt nicht mehr aufzuhalten.

Am 17. Januar 1792 ließ sich Brissot in der Nationalversammlung unter bewußter Verfremdung der Wiener Gesinnungen zu wilden Tiraden gegen den Kaiser hinreißen, der nun ungeschminkt als Hauptfeind Frankreichs apostrophiert wurde. "Le masque est enfin tombé; votre ennemi véritable est connu; l'ordre donné au général Bender vous apprend son nom. C'est l'Empereur [...] Votre ennemi véritable, c'est l'Empereur; c'est à lui, à lui seul que vous devez vous attacher; c'est lui que vous devez combattre". Die jüngst erfolgte Ratifizierung des Reichsgutachtens vom August 1791 zur Frage der in Elsaß und Lothringen begüterten Reichsstände, seine Bemühungen um ein gegen Frankreich gerichtetes Mächtekoncert, alles konnte nun dazu dienen, den Kaiser in die Rolle eines Aggressors zu versetzen. So war auch die Proposition Brissots zur Abänderung des Dekretvorschlags, wie ihn das Comité Diplomatique präsentiert hatte, wesentlich schärfer: Frankreich betrachte den Vertrag von 1756 als gebrochen, die Weigerung Leopolds, seine "bons offices" und Truppen für eine Vertreibung der Emigranten einzusetzen, den Entschluß, vielmehr die Asyl gewährenden Reichsfürsten zu schirmen, und die Konzertbemühungen als feindselige Akte. Für die Zeit nach Ablauf des Ultimatums und dem Ausbleiben befriedigender Erklärungen wünschte sich Brissot sofort tätige Maßnahmen und offensives Vorgehen. Hitzige Redner drohten mit einem Befreiungskrieg der Völker und stellten außer Streit: Die Allianz mit Österreich war letztlich mit den Neuerungen seit 1789 unverträglich; die Sicherstellung der Revolution nach außen generierte notwendigerweise den Konflikt mit Österreich.

Am 25. Januar 1792 beschloß die Nationalversammlung endlich ein Kompromißdekret, ein "décret d'invitation" an den König, der angesichts der feindseligen, Frankreichs Sicherheit und Souveränität bedrohenden Schritte seinen Schwager in Wien befragen sollte, ob dieser zu einer Fortführung des guten Einvernehmens überhaupt noch bereit war. Die Frist endete am 1. März 1792. Ludwig XVI. ging freilich unter Hinweis auf die ihm nach den Bestimmungen der Verfassung alleine zustehende Gestaltung der französischen Außenpolitik auf den Antrag der Legislative nicht ein (28. Januar 1792)⁴⁶.

Ohne Wissen der Nationalversammlung war inzwischen der unfreundliche Notenwechsel zwischen der Staatskanzlei und dem ob des geringen österreichischen Entgegenkommens bestürzten französischen Außenministerium weitergegangen. Ludwig XVI. bedauerte, so ließ Außenminister Delessart Anfang 1792 über die französische Botschaft ausrichten, die geringe Bereitschaft seines Schwagers zur Unterstützung der französischen Friedensbemühungen, und auch das beharrlich unnachgiebige Schreiben in betreff der Elsaß-Frage rief Skepsis an den freundschaftlichen Gesinnungen des Kaisers wach. Noch schien es aber nicht zu spät; die früher vielgerühmte Friedensliebe und -willigkeit Leopolds mochte etwa durch Rücknahme des Marschbefehls an Feldmarschall Bender noch in allerletzter Minute Wunder vollbringen. Denn von seinem auf den 15. Januar 1792 anberaumten Ultimatum an Trier wollte Frankreich nicht abrücken. Auch Ludwig XVI. verfügte als Reaktion auf die unfreundliche Haltung Wiens verstärkte Grenzsicherung, und Blumendorf mußte aus Paris berichten, daß hier der Krieg das alles beherrschende Gesprächsthema geworden war.

In Wahrheit aber hatte Wien bei allen objektiven Zwischentönen mit der Dezembernote ein bisher nur selten und vorsichtig in Ausnahmesituationen gebrauchtes Instrumentarium entdeckt: die Drohung. Botschafter Noailles sah es ganz richtig, wenn er bedauerte, daß der Kaiser, anstatt unmißverständlich zu kalmieren, nun in gefährlicher Weise mit den Emotionen einer revolutionär aufgewühlten Nation spielte, die natürlich wenig Sensibilität für die diplomatisch-umständliche Formulierungskunst der Staatskanzlei entwickelte, auch wenig Lust und Muße hatte, zwischen den Zeilen zu lesen. Daß der Kaiser zugleich mit der Schutzzusage an den Kurfürsten von Trier die Erfüllung der französischen Forderungen vom November 1791 verlangt hatte, fiel auf den ersten Blick nicht deutlich genug ins Auge und verursachte so Mißverständnisse. Blumendorf mußte daher im Januar 1792 nochmals von Brüssel aus instruiert werden, dem

⁴⁶) AP 36, S. 698f: Vorlage des Kaunitz'schen Office und der Antwort des Königs (31. 12. 1791); AP 37, S. 410-415: Bericht des Comité Diplomatique und "serment de Guadet" (14. 1. 1792); AP 37, 447, 462-471, 484-496, 543-547: Diskussionen am 16., 17., 18. u. 20. 1. 1792). Einladungsdekret an den König (25. 1. 1792), Ablehnung des Königs (28. 1. 1792); AP 37, S. 644-657, 717. - Zu den Diskussionen im Comité Diplomatique vgl. AN F 7 4395 - Procès verbaux (Januar 1792).

französischen Außenministerium ein für allemal klarzumachen, daß Trier nur dann mit Deckung durch k.k. Truppen aus Belgien rechnen konnte, wenn er zuvor die vom Kaiser erteilten Auflagen erfüllt hatte. Ansonsten sparten Blumendorf und Delessart nicht mit wechselseitigen Vorwürfen, wobei der Österreicher besonders die laufenden Insulte der Pariser Journalisten und, was noch schwerer wog, einzelner Deputierter gegen Europas Souveräne und speziell gegen den Kaiser ins Visier nahm. Gerade die Debatte um das schließlich vom König abgewiesene Ultimatum an den Kaiser zeigte, wie fest der leidenschaftlichste anti-österreichische Parteigeist nun schon Fuß gefaßt hatte. Delessart wieder ließ durchblicken, daß auch auf höchster Ebene Unzufriedenheit mit der österreichischen Allianz weit verbreitet und daher die Suche nach neuen Verbündeten angezeigt war; und damit hatte Frankreich ja schon z.T. vor dem Jahreswechsel begonnen. Das Kaunitzische System von 1756 stand kurz vor dem endgültigen Schiffbruch.

Während Blumendorf den Wiener Zentralbehörden über die offiziellen Explikationen mit dem französischen Außenministerium Bericht legte, verfügte Botschafter Mercy durch seinen Freund Comte de Lamarck bekanntlich über einen weiteren, durch die innenpolitischen Verwicklungen der ersten Jahreshälfte 1792 immer wichtigeren Informanten: Pellenc, den letzten, in den Tuileries nicht geschätzten Getreuen des zerfallenen "Conseil secret", "l'homme le plus intelligent, le plus adroit et le plus à même de procurer des informations sûres", wie Mercy ihn begeistert charakterisierte⁴⁷).

Von ihm erfuhr man über die Andeutungen Blumendorfs hinaus auch Näheres über eine versponnene diplomatische Auslandsoffensive der Franzosen, deren Initiative - unterstützt von den Brissotin Brissot - von Kriegsminister Narbonne und seinem Kreis ausging. Delessarts eher bremsende Rolle blieb schwammig, wie es überhaupt zunehmend schwer fiel, die Parteien in dem heillos zerstrittenen Kabinett und die von hier nach außen laufenden Verbindungsfäden zu überblicken. Vorstöße in drei Richtungen waren geplant, sollten Österreich isolieren und die überschätzten Konzertplanungen vereiteln helfen: Laurent-Louis-Philippe-François de Custine (1768-1794), der in Berlin erzogene Sohn des gleichnamigen Generals, eilte nach Braunschweig, um Herzog Karl Wilhelm Ferdinand den Oberbefehl über die französische Armee anzubieten, der Bischof von Autun, Talleyrand, sollte ab Ende Januar 1792 in England für Frankreich werben, London gegebenenfalls, so munkelte man, durch weitreichende Zusagen in den französischen Kolonien ködern oder es durch Kontakt mit der Opposition unter Druck setzen. Comte de Ségur wieder, seit langem als Botschafter beim Hl. Stuhl vorgesehen, vom Papst jedoch zur persona non grata erklärt, erhielt Auftrag, Berlin mit allen Mitteln von seiner engen Kooperation mit dem Kaiser abzubringen. Selbst von einem geplanten Dynastiewechsel zum englischen Königshaus, von einer "Entmachtung" der "österreichischen" Königin war in der öffentlichen Diskussion die Rede, und die Suche nach neuen Bündnispartnern wurde auch Gegenstand erhitzter Debatten in der Nationalversammlung⁴⁸).

⁴⁷) Blumendorf an Kaunitz (13. 18. 1. 1792; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1792), an Mercy (5. 7. 14., 16. 1. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Blumendorf-Mercy 1792; Druck: Hubert, S. 21-40); Mercy an Kaunitz (14. 1. 1792) mit Pellenc an Lamarck (8. 1. 1792; Druck: Feuillet 5, S. 124-127), Lamarck an Mercy (10. 1. 1792) sowie mit Mercy an Blumendorf (7. 1. 1792; Druck: Feuillet 5, S. 60-62); Mercy an Lamarck (14. 1. 1792; Druck: Bacourt 2, S. 355f). Mercy an Kaunitz (23. 1. 1792; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1792 I-IV) mit dem gedr. Rapport des Kriegsministers Narbonne über seine Inspektionsreise (11. 1. 1792), Pellenc an Lamarck (13. 1. 1792) u. dto. (14. u. 15. 1. 1792; Druck: Glagau, S. 285-288 [jeweils mit Auslassungen]). - Delessart an Noailles (3. 1. 1792; AMAE CP Autriche 363), Noailles an Delessart (12. 1. 1792; AMAE CP Autriche suppl. 24), Kommunikat Noailles' f. d. Staatskanzlei (11. 1. 1792; SA Frkr. NW 14 V. d. frz. Botschaft/von Noailles; Druck: Vivenot 1, S. 316-318). Ludwig XVI. an die Nationalversammlung (31. 12. 1791, Druck; SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 IX-XII), "Proclamation du Roi concernant le maintien du bon ordre sur les frontières" (4. 1. 1792; Druck; RK RkgF 3-5 - frz. Kommunikat 18. 1. 1792). AP 37, S. 85-89, 647-651; Reden Isnards (5. 1. 1792) u. Condorcets (25. 1. 1792) für ein Mehr an Flexibilität bei der Suche nach Verbündeten oder Freunden.

⁴⁸) Zur Mission Talleyrands u.a. Sorel 2, S. 382-393. Duc de Broglie (Hrsg.), Mémoires du prince de Talleyrand 1 (Paris 1891) 219ff, Alphonse Aulard, Les mission de Talleyrand à Londres en 1792. In: RF 17 (1889) 160-172 [unter Betonung der pro-österreichischen Politik Delessarts und seines konterkarierenden Einflusses auf die Auslandsoffensiven], Ward/Gooch 1, S. 212-215. Die dokumentarische Basis für die frz. Seite bei G. Pallain (Hrsg.), La mission de Talleyrand à Londres en 1792 (= Correspondance diplomatique de Talleyrand; Paris 1889). Pétion hatte vor seiner Wahl zum Pariser Bürgermeister im Oktober/November 1791 eine Reise nach London unternommen, die allerdings nicht außenpolitischer Kontaktaufnahme, sondern der Intensivierung der (persönlichen) Beziehungen zu den englischen Demokraten diente: Marcel Reinhard, Le voyage de Pétion à Londres 24 octobre - 11 novembre 1791. In: RHD 84 (1970) 5-64. Zu den Missionen Ségurs in Berlin bzw. Custines in Braunschweig vgl. ausführlich Sorel 2, S. 333-342, 350-357, ders., La mission de Custine à Brunswick en 1792. In: RH 1 (1876) 154-183, der auch die Legende widerlegt, wonach sich hinter dem Angebot des französischen Oberbefehls in Wahrheit der Wunsch von Teilen der Gironde nach einem veritablen Dynastiewechsel zugunsten Braunschweigs verborgen hätte. Ein nicht näher bezeichnetes Stück zum Angebot des frz. Armeeeoberbefehls an den Hzg. von Braunschweig (falsch datiert auf Juni 1792) in AN AF III 76 d. 311. Hintergründe zu der von Narbonne, Biron-Lauzun, Talleyrand usw. seit Dezember 1791 betriebenen franz. Auslandsoffensive enthalten einige Stücke in der überaus aufschlußreichen Quellensammlung Comte de Lott de Sérignan (Hrsg.), Un Duc et Pair au service de la Révolution. Le duc de Lauzun (Général Biron) 1791-1792. Correspondance intime (Paris 1906), Pal-

Wende in Wien

In Wien hatten das Schreiben der Königin und die kommentierende Depesche des Frankreichexperten der k.k. Diplomatie, Botschafter Mercy, vom Dezember 1791 die Tendenz zu einer Neufassung der Politik gegenüber der Revolution wesentlich verstärkt. Schon Anfang Januar 1792 schien auch Staatskanzler Kaunitz klar, daß "eine ernsthafte thätige Demonstration gegen Frankreich" wohl kaum noch zu vermeiden war. Im Verhältnis zu Preußen gewann die "französische Frage" gleichfalls mehr und mehr die Oberhand, und wie ernst die Lage eingeschätzt wurde, zeigte sich schließlich auch darin, daß der k.k. Geschäftsträger in Paris, Blumendorf, verstärkt in die nun in eine kritische Phase eintretende Frankreichpolitik des Kaisers eingebunden wurde.

Am 5. Januar 1792 erhielt der französische Botschafter in Wien nach neuerlichen Beschwerden in der Trierer Angelegenheit ein Office zugestellt, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ: die Rückendeckung durch Preußen gab Mut. Zwar verbürgte man sich nochmals für die Ausführung der gewünschten Maßnahmen gegen die Emigranten in Trier, gab aber unmißverständlich zu erkennen, daß die Trierer Frage längst nur mehr Testfall für einen deutlich vielschichtigeren und Eigendynamik gewinnenden Kriegskurs war. Die massive Aufrüstung an den Grenzen Frankreichs zu den Österreichischen Niederlanden und zum Deutschen Reich, die unverschämten Ausritte französischer Publizisten und Abgeordneter zur Nationalversammlung gegen die gekrönten Häupter Europas, die notorische Mißachtung völkerrechtlicher Verbindlichkeiten, eigenmächtige Aktionen der Jakobinerklubs in den Provinzen mußten das Ausland nachhaltig alarmieren ("solliciter l'attention la plus sérieuse de la part des puissances étrangères réunies en concert avec S.M.I.") und notwendigerweise zu Gegenmaßnahmen führen. Im Einvernehmen mit dem König von Preußen, der eine gleichlautende Erklärung durch seinen Gesandten in Paris überreichen lassen wollte, drohte der Kaiser: Eine Invasion französischer Truppen auf Reichsgebiet würde einer faktischen Kriegserklärung gleichgehalten und entsprechend beantwortet.

Dem französischen Botschafter in Wien war sehr bald klar, daß die von ihm seit Dezember 1791 befürchtete und vorerst an Äußerlichkeiten festgemachte "Verhärtung" der Position des Kaisers durch den laufenden Ärger über die schädliche Ausstrahlung der Revolution auf die österreichische Achillesferse Belgien nur noch verschlimmert werden konnte. Nicht selten wurde Noailles mit Beispielen konfrontiert, die zeigten, daß das Dekret der Nationalversammlung gegen die belgischen Flüchtlinge in Nordfrankreich - in Wiener Sicht ohnedies nur eine Gegenleistung für vorangegangene Verfügungen gegen die französischen Emigranten - gegen Widerstand und Eigenmächtigkeiten der selbtherrlichen Lokalgewalten nicht wirklich griff. Im Gegenzug verweigerte jetzt Wien die Annahme der von Noailles stolz übergebenen Druckfassung des Dekrets gegen die belgischen Emigranten in Lille und Douai (vgl. oben). In den Augen der Staatskanzlei ein Fauxpas erster Ordnung, denn völkerrechtlich war und blieb der König einziger Bezugspunkt im Verkehr mit den auswärtigen Mächten. Hierin eine Ausnahme zu machen und in der völkerrechtlichen Aufwertung der Legislative sogar noch mit effektvollem Beispiel voranzugehen, sah man in Wien gerade in der verbitterten Atmosphäre zu Jahreswechsel 1791/92 keine Veranlassung. Nicht nur Blumendorf in Paris, sondern auch Graf Cobenzl in Petersburg erhielt die vielsagende Mitteilung, daß der vom Kaiser bisher zur Förderung einer stabilen Ordnung in Frankreich gesteuerte Kurs der Zurückhaltung offensichtlich gescheitert war, letztlich nur den "esprits violents" - den französischen "Demokraten" - in die Hände gearbeitet hatte und jetzt entsprechend adaptiert werden mußte: Das Konzert der Mächte war nach dem Wunsch der Königin wieder auf die Tagesordnung zu setzen, der Kaiser bereit, sämtliche Aktionen mitzutragen, vorausgesetzt alle wirkten im Verhältnis ihrer Kräfte mit, die Ziele beschränkten sich auf die Sache des Allerchristlichsten Königs und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe ... und - eine Anspielung auf die immer noch schwebende polnische Frage (vgl. dazu ausführlich weiter unten) - das Kalkül der Mächte und besonders des Erzhauses wurde "durch keine anderwärtigen angelegentlicheren Besorgnisse und Gefahren" gestört⁴⁹⁾.

lain, Mission de Talleyrand, und Bombelles, Journal 3, S. 273.

⁴⁹⁾ Kaunitz an Mercy (5. 1. 1792; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Mercy 1792 I), an Blumendorf (11. 1. 1792; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Blumendorf 1792 I-II; Druck: Vivenot 1, S. 564-568) mit zahlreichen Beilagen. Kaunitz an RVK (8. 1. 1792; RK RkgF 3-5) mit den entspr. Beilagen. Kaunitz an Cobenzl (7. 1. 1792; SA Rußland II Weisungen 177 Konv. Expeditionen 1792; Druck: Vivenot 1, S. 314-316). Office der Staatskanzlei für den frz. Botschafter (5. 1. 1792; SA Frkr. NW 14 A. d. frz. Botschaft/an Noailles, O in AMAE CP Autriche suppl. 24; Druck: Vivenot 1, S. 567f). - Noailles an Defessart (4., 6., 7., 10. 1. 1792; AMAE CP Autriche suppl. 24).

Die Aufgabe, die zum ungezählten Mal von den Ereignissen überholte österreichische Frankreichpolitik zu revidieren, wurde mit jenem Konferenzpapier in Angriff genommen, das die Staatskanzlei als Diskussionsvorlage für die am 17. Januar 1792 zur Besprechung der österreichischen Frankreichpolitik zusammentretende Geheime Konferenz ausarbeitete. Nach den Nachrichten aus Brüssel und Paris und dem nur zu offensichtlichen Schiffbruch jeder Hoffnung auf Selbstkurierung Frankreichs betrachtete die Behörde nun den im November 1791 angenommenen "système de l'attente et de l'observation" als hinfällig und behielt sich vor, was im Novemberzirkular der Staatskanzlei für den Ernstfall ohnedies in Aussicht genommen worden war: die Reaktivierung der Konzertpläne des Kaisers vom Sommer 1791. Denn die Königin selbst zerstörte mit der ersten Drohung, den von vielen längst vermuteten Gegensatz zwischen dem wahren Willen der Tuileries und der von Wien behaupteten Zustimmung der Königin zum passiven Observationssystem publik zu machen, die Basis der bisherigen österreichischen Politik, und auch die mit der Entwicklung in Frankreich eng verflochtene Lage in Belgien erheischte eine beherztere Vorgangsweise.

Allerdings war nun die Situation wesentlich komplizierter als im Sommer 1791, als man sich noch für einen evident unfreien, ja an Leib und Leben gefährdeten Monarchen engagieren konnte. Jetzt handelten die Tuileries zum eigenen Schutz nach einem komplizierten Dissimulationsplan in scheinbarem Einverständnis mit der Revolution und waren daher auch bei einem Einschreiten des Auslands gezwungen, für Frankreich und ihre eigenen Kerkermeister Partei zu ergreifen. Jede Intervention der Mächte mußte daher so ausgelegt sein, daß keinerlei Verdacht auf den König zurückfiel, dieser aber auch nicht genötigt wurde, die Sache der Intervenienten, die ja zugleich die seine war, vor aller Welt Augen zu desavouieren. Die Konferenz einigte sich schließlich nicht ohne heftige Diskussion auf ein Minimum an "Forderungsgegenständen", von denen man annahm, daß ihre Durchsetzung einer Interessensgemeinschaft europäischer Fürsten zustand:

- die Einstellung der das Reich bedrohenden Rüstungen an den französischen Ostgrenzen
- die restitutio in integrum der deutschen Reichsstände, wobei man zur Annahme echter Äquivalente im Zuge weiterer Verhandlungen bereit war, denn eine echte Wiedereinsetzung in den vorigen Stand war ohne Umsturz bzw. Durchlöcherung der französischen Verfassung nicht möglich.
- die Wiedereinsetzung des Papstes in seine von Frankreich annektierten Enklaven Avignon und Comtat Venaissin.

Machtpolitisch eine "Kleinigkeit", aber zum einen dadurch nützlich, daß hier Frankreich zeigte, wie wenig es sich um das eigene Versprechen, Vergrößerungsabsichten entsagen zu wollen, scherte, und zum anderen deshalb von Wert, weil der Papst, der seit langem die europäischen Mächte mit seinen diesbezüglichen Beschwerden befaßte, als moralisch-spirituelle Autorität ein wichtiger Partner werden und gerade als Verbündeter in Belgien ersprießliche Dienste leisten konnte. Brachte man die Avignon-Frage noch vor den katholischen Vormächten Spanien und Portugal zur Sprache und stellte man die Wiedereröffnung der Brüsseler Nuntiatur in Aussicht, so durfte man rechnen, sich den Papst zu verpflichten; "bei den Gegenständen des vorliegenden Concerts, wo so vieles auf Volksmeinungen ankommt, [war es] nicht gleichgiltig, gerade die Sache desjenigen Hofes anzuschließen, der auf eben diese Meinungen vorzüglichen Einfluß hat."

Schon kurze Zeit nach der Konferenz erhielt der Reichsvizekanzler Auftrag zur Begutachtung der päpstlichen Proteste gegen die Annexion der römischen Enklaven in Südfrankreich, dem er in einem ausführlichen Memorandum mit eingehender Würdigung der Geschichte von Avignon und des Comtat Venaissin nachkam. Die Besetzung der beiden päpstlichen Außenbesitzungen erschien Fürst Colloredo zwar "auffallend, ja höchst ärgerlich", auch hatte sich der Kaiser ja in seinen Wahlkapitulationen nach altem Brauch zur Beschirmung der Christenheit und besonders des Heiligen Stuhls verpflichtet. Andererseits war das Reichsoberhaupt aber dazu angehalten, das Reich aus Kriegen mit Nachbarn nach Möglichkeit herauszuhalten. Es bedurfte daher auch hier nach der Rechtsmeinung der Reichsbehörde einer eigenen "Reichsberatung", wollte der Kaiser als Reichsoberhaupt tätig werden, und diese schien nur dann wirklich sinnvoll, wenn auch die speziellen Probleme des Deutschen Reichs mit Frankreich zur Entscheidung anstanden. Bis dahin war nach dem Votum der Reichshofkanzlei eine dilatorische Behandlung der Problematik angezeigt. Die Staatskanzlei nützte die Annexion der päpstlichen Enklaven in weiterer Folge gerne, um in der Diskussion mit dem französischen Gegenüber die gefährliche Vorbildwirkung des in Südfrankreich erstmals zur Anwendung gebrachten Prinzips des Selbstbestimmungsrechts herauszustreichen und entsprechende Rückschlüsse auf

Frankreichs Belgienpolitik zu ziehen. Vorhaltungen, denen das französische Außenministerium gerne mit Verweisen auf die alten, nie aufgegebenen Ansprüche und die Kontinuität des Rechtsstreites begegnete⁵⁰).

- Sicherstellung von Freiheit, Sicherheit, Inviolabilität und nötigem decorum für die königliche Familie
- garantierter Erhalt der monarchischen Regierungsform und Verhinderung der weiteren Ausbreitung des revolutionären Gedankenguts.

Dies waren zwei Punkte, bei denen die Staatskanzlei und auch der Kaiser besondere Behutsamkeit am Platze glaubten, obwohl gerade hier in der Vermeidung der 'Republikanisierung' Frankreichs ein Hauptziel des Konzerts liegen sollte. Einer großen, freien und unabhängigen Nation durfte man letztlich vom Planungstisch aus keine Vorschriften zur Gestaltung ihrer Verfassung machen, zu vielen "revolutionären" Reformen hatte der König selbst und freiwillig die Hände geboten, und rührte man an wesentlichen Punkten der Verfassung von 1791, so wurde man in dem Bekenntnis, die Konstitution keinesfalls umstürzen zu wollen, unglauwbüdig, einte so nur, wie man in Wien wohl wußte, die Nation im Angesicht einer drohenden Konterrevolution, wie sie die Emigranten wünschten, und führte das eigene Sanierungswerk ad absurdum. Denn ein dem größten, aufgeklärten und wohldenkenden Teil der Franzosen widerstrebender Zustand konnte nur durch Waffengewalt hergestellt und ausschließlich durch sie aufrechterhalten werden. Späteren Verhandlungen mit einem niedergelegenen oder freiwillig nachgebenden Frankreich sollte es daher vorbehalten sein, die königlichen Prerogative und die nötigen Ingredienzen einer monarchischen Regierungsform zu spezifizieren. Eines war dabei schon jetzt klar: Im österreichischen Staatsinteresse durfte dabei nicht mehr wiederhergestellt werden als ein "ordre de choses supportable". "Auf was Mehreres anzutragen", hieß es in der Kaunitzschcn Konferenzvorlage weiter, "ja wohl gar mit Aufopferung unsers Guts und Bluts dahin beizutragen, dass Frankreich wieder in eine solche Verfassung komme, wodurch es sich nach und nach auf den alten Grad seiner Macht, seines Einflusses in Europa, seiner Rivalität gegen uns schwingen könnte, würde der allerunverzeihlichste und gefährlichste Staatsfehler sein, den das Erzhaus in seinen politischen Massnahmen jemals begangen hat und künftighin jemals begehen könnte". Ein Endzweck, den man leicht erreichen zu können glaubte, auch ohne ihn offenzulegen, denn die großen Differenzen zwischen den Parteien und den Interessen der intervenierenden Mächte erleichterten es gewiß, "ein solches Mittelding von Vergleich und einer monarchischen Regierungsverfassung zustande zu bringen, woraus für Frankreich nichts anderes als eine fortwährende Fluctuation, Gährung, innerliche Schwäche und äusserliche Nullität entstehen kann." Die Gewährleistung eines leidlichen Maßes an innerer Ruhe und Sicherheit genügte, um die Ausbreitung des französischen Unheils zu verhindern.

- Bestätigung der von Frankreich eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtungen, denn die Staatengemeinschaft durfte nicht dulden, daß eine Nation die von seinem Souverän geschlossenen Verträge für obsolet erklärte. Weitere Verhandlungen mit den übrigen konzertwilligen Mächten sollten durch deren Vertreter in Wien geführt werden.

Die Frage der finanziellen oder territorialen Entschädigung für die Aufwendungen der Mächte, würde man wider besseres Erwarten doch zum tatsächlichen Einschreiten gegen Frankreich gezwungen (kam es zu bloßen Demonstrationen, so glaubte man die Unkosten selbst tragen zu müssen), sollte sich in den folgenden Monaten zur Schlüsselfrage der gesamten österreichisch-preußischen Interventionspolitik gegen Frankreich entwickeln. Die Vorlage der Staatskanzlei empfahl schon im Januar 1792 ohne nähere Details dringend, etwaige territoriale Rochaden unbedingt zum Tausch der niederländischen Provinzen, einer geopolitisch überaus belastenden Schwachstelle, gegen Bayern zu nutzen, sogar um den Preis finanzieller Nachteile. Leopold II. wollte es vorerst aber den Preußen überlassen, die Entschädigungsfrage aufs Tapet zu bringen.

Ob sich nun die Planungen für ein Operationskonzert realisierten oder nicht, war letztlich zweitrangig. Wichtig schien v.a., daß Wien seinen guten Willen bewiesen hatte und nicht mehr für die Untätigkeit Europas verantwortlich gemacht werden konnte. Im Anschluß an die Herstellung einer europaweiten Aktionsgemeinschaft und nach der Vorlage des Forderungskatalogs hatte dann auch die Lieblingsidee der Königin eine echte Chance auf Realisierung. Auf einem Kongreß zur gütlichen Austragung der Streitfra-

⁵⁰) Vortrag RVK (31. 1. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 I-II) mit einem lat. Mémoire des päpstlichen Nuntius in Wien. Noailles an Delessart (12. 3. 1792; AMAE CP Autriche suppl. 24), Dumouriez an Noailles (27. 3. 1792; AMAE CP Autriche 363).

gen oder aber auf einem Pazifikationskongreß nach der militärischen Niederringung Frankreichs konnte sich Ludwig XVI. eventuell als Mediator zwischen die intervenierenden Mächte und seine Untertanen schieben.

Um der Wende in der österreichischen Frankreichpolitik den gebührenden Nachdruck zu verleihen, für den Ernstfall vorbereitet zu sein und die Verhandlungswilligkeit Frankreichs zu erhöhen, sollten - abgesehen von den bereits in den Nieder- und Vorlanden stationierten Einheiten - 40.000 Mann k.k. Truppen in Marsch gesetzt bzw. marschfertig gemacht werden ... sofern Preußen zu Gleichem bereit war, denn Schritte, die Wien einseitig kompromittieren oder isolieren konnten, wollte man in jedem Fall vermeiden. Der innere Zustand der Monarchie und besonders die schlechte Finanzverfassung ließen es dabei geraten erscheinen, der Devise 'mehr scheinen als sein' nachzuleben. Sofort erforderliche oder wünschenswerte Truppenverstärkungen sollten daher relativ gering gehalten werden; was die erst später zu realisierenden Verschiebungen anlangte, so glaubte man, doch etwas mehr versprechen zu können, ohne wirklich alles einhalten zu müssen. So einigte man sich darauf, als Abschlag auf die 40.000 Mann Truppenverstärkungen vorerst 6.000 Mann in die Vorlande zu entsenden, während der preußische König ein gleich starkes Truppenkorps in seine Rheinprovinzen marschieren lassen sollte. Weiter wollte es Wien im Grunde gar nicht kommen lassen und gab sich der Hoffnung hin, daß man in Paris "wenigstens bei dem klügeren Theile der Nation" die gigantischen Gefahren eines Kriegskurses erkannte, der zum Bruch mit so vielen europäischen Mächten führen mußte. Und das bei gänzlich mangelhaften wirtschaftlichen und militärischen Voraussetzungen und drohendem Bürgerkrieg. Der Kaiser dagegen war äußerstenfalls durch ein stattliches Mächtekoncert gedeckt und führte - dies machte auch Kaunitz, der nicht viel von kriegerischen Entladungen hielt, einigermaßen ruhig - Krieg gegen eine Nation "in der äussersten Détresse".

Die schrittweise Wende der habsburgischen Politik zu mehr Energie und Tatkraft wollte die Staatskanzlei auch für eine rigorosere Säuberung Belgiens nützen und riet in ihrer Konferenzvorlage zu einer Suspension der Joyeuse Entrée, die belgischen Emigranten in Nordfrankreich zu ächten, die verweigerten Steuerleistungen mit Gewalt einzutreiben, Brabant gegenüber den anderen Provinzen zu isolieren, die Beistandskonvention mit Den Haag auch gegen den Willen der Briten durchzusetzen. Nicht nur in diesem Punkt gab es - v.a. von Seiten des Fürsten Rosenberg - scharfen Widerspruch: Feldmarschall Lacy etwa hatte mit Blick auf die österreichischen Staatsfinanzen, die unruhige Lage in Belgien und die mit einem allfälligen Vorstoß gegen Paris verbundenen Schwierigkeiten für eine passivere Haltung plädiert und statt dessen verstärkte Grenzsicherungen in Belgien, Trier und Vorderösterreich anempfohlen. Fürst Starhemberg wieder sorgte sich um eine zeitgerechte Einbeziehung Großbritanniens, das seiner Meinung selbst am meisten an der Sicherstellung einer schwachen monarchischen Regierungsform in Frankreich interessiert sein mußte und doch nicht dem Entstehen einer neuen und kraftvollen Republik tatenlos zusehen durfte, und Fürst Rosenberg warnte davor, die Zarin, einen alten Bündnispartner, allzusehr zugunsten Preußens, eines noch nicht erprobten Alliierten, in den Hintergrund zu drängen⁵¹).

Suche nach neuen Freunden

Die französische Auslandsoffensive an der Jahreswende 1791/92 hatte eine Macht besonders im Visier, deren Zusammengehen mit Österreich seit Sommer 1791 die Gemüter bewegte: Preußen⁵²).

⁵¹) Vortrag Kaunitz (12. 1. 1792) mit Überlegungen zu den französischen Angelegenheiten (Druck: Vivenot 1, S.330-341), Konferenzprotokoll (17. 1. 1792; Druck: Vivenot 1, S. 327-330); StK Vorträge 150 Konv. 1792 I-II u. mit weiteren Bezugsstücken in SA Frkr. Varia 46, dort auch (Konv. Frkr. Varia 1792 I-V) das schriftliche Votum des erkrankten Fürsten Rosenberg. FA Handarchiv Kaiser Franz 19 Bd. "Konferenzen der inländisch und auswärtigen Geschäften von Jahren 1790 & 1791": Notat zur Konferenz vom 17. 1. 1792. Leopold II. an FM Lacy (13. 1. 1792; KA Kabinettskanzlei HBP 105). "Précis der von der Staatskanzley unterm 12. Januar 1792 [...] vorgeschlagenen Maaßnahmen" (KA NL Lacy 11 Konv. X/2). - Glagau, S. 157-167. Auf Weisung des Kaisers nahm der Hofkriegsrat schon im Januar 1792 seine Planungsarbeiten für die Truppenverschiebungen nach Westen in Angriff: Leopold II. an HKR-Präsident Wallis (10. 1. 1792; KA Kabinettskanzlei HBP 105). Krieg gegen die Französische Revolution 1, S. 42f.

⁵²) Vgl. dazu im Überblick neben der bereits oben genannten Spezialliteratur Goetz-Bernstein, S. 95-121, Glagau, S. 147-156, der den Gegensatz zwischen den die Sondierungen in London und Berlin betreibenden Brissotins und Fayetteisten einerseits und den sie ablehnenden Konstitutionellen stark betont.

Hier waren die Chancen freilich gegen alle Befürchtungen Wiens gering, und Anknüpfungsversuche nach altem Muster hatten im Zeichen der sich festigenden Partnerschaft zwischen Berlin und Wien wenig Aussicht auf Erfolg. Gerade in der sich über den französischen Drohungen gegen Trier seit Dezember 1791 erhitzenden Stimmung ließ der König von Preußen keinen Zweifel daran, daß er mit Wien im Gleichschritt gegen jeden Angriff auf Reichsterritorium zu marschieren gedachte. Goltz und Blumendorf sollten in Paris die entsprechende Einmütigkeit zur Schau tragen. Der Abschluß der österreichisch-preußischen Definitivallianz, die sich vorzüglich als Kernstück des Mächtekonzernts zur Regelung der französischen Frage eignete, wurde durch die Wende in der österreichischen Frankreichpolitik zu Anfang Januar 1792 nur noch beschleunigt. Kaum waren die beunruhigenden Meldungen Botschafter Mercys und der Hilferuf der Königin in Wien eingegangen, mußte auch Friedrich Wilhelm II. auf den neuen Kurs der Österreicher eingeschworen werden: eine Sanierung der Lage in Frankreich und eine nachhaltige Einbremsung der Republikaner schienen "ohne demonstrative Unterstützung der fremden Mächte" nicht mehr möglich, und dazu wieder empfand man es als unumgänglich, das bisher hohle Gerede von einem Konzert der Mächte mit etwas mehr Gehalt zu füllen⁵³).

Seit Oktober 1791 schon hatte Preußen wiederholt den Wunsch geäußert, die Allianzpräliminarien vom Juli 1791 zu einem echten Freundschaftsbund auszugestalten, dem man sogar in Wien verhaßte Diplomaten wie Jacobi oder Lucchesini opfern wollte; Wien wünschte sich am Kaiserhof einen preußischen "Minister von rechtschaffener Denckungs- und Benehmungsart, frey von den alten Vorurtheilen und überzeugt von der Güte und von dem wesentlichen wechselseitigen Nutzen des neuen Systems". Eine solche Ansicht konnte sich vor dem Hintergrund einer für Preußen nicht sehr rosigen internationalen Lage leichter Bahn brechen. Das Verhältnis zu England war trotz österreichischerseits mißtrauisch verfolgter Gegensteuerungsversuche der Engländer immer kühler geworden. Die schwedisch-russische Allianz vom November 1791 bereitete der tief gefallenem preußischen Politik gleichfalls ernste Sorge, v.a. wenn auch Dänemark beitrat und so die Ostsee völlig abgeriegelt wurde. Im Dezember 1791 waren die Weichen für einen raschen Abschluß des österreichisch-preußischen Allianzvertrags gestellt. Ort der letzten Verhandlungen und schließlich der Unterzeichnung sollte diesmal Berlin sein⁵⁴).

In diese vielversprechende Entwicklung platzte nun die Nachricht von der Entsendung des Comte de Ségur und des Chevalier Maisonrouve nach Berlin. Das französische Außenministerium machte zwar daraus auch Wien gegenüber gar kein Geheimnis und beteuerte, daß es nur darum ging, sich der friedlichen Gesinnungen des preußischen Hofes zu versichern, man also den König von einem etwaigen Beitritt zu einer antifranzösischen Liga abhalten wollte. Von Blumendorf aus Paris und Mercy aus Brüssel kamen jedoch abenteuerliche Gerüchte über die angeblichen Hintergründe der Mission, hinter der man ein Wiederaufleben alter französischer Bestechungspläne bei gewichtigen Personen in der Entourage Friedrich Wilhelms II. vermutete; und wenn selbst der Bürgermeister von Paris, Pétion, Anfang Januar 1792 tätig wurde, um den preußischen Gesandten in Paris, von der Goltz, eine alte Bekanntschaft aus Tagen gemeinsamer anti-österreichischer Bemühungen, nach Kräften zu bearbeiten und über ihn Berlin zu einer Anbindung der Tripelallianz an Frankreich zu bereden, mußte klar werden, daß wesentlich Gefährlicheres hinter der Auslandsoffensive steckte, als sich selbst das Pariser Außenministerium eingestehen wollte. Die Brissotins fürchteten offensichtlich in der Tat einen Plan Österreichs, den Totalumsturz der neuen französischen Verfassungsordnung durchzusetzen und Frankreich im Anschluß daran wieder gänzlich unter das Joch der Allianz von 1756 zu zwingen.

Angebliche Instruktionen für Ségur kamen unterdessen in die Hände der Österreicher, die das peinliche Dokument in Berlin sofort in geeigneter Weise einsetzten. Gegen Ende Januar 1792 fand sich sogar ein weiterer französischer Sendling in der preußischen Hauptstadt ein, um neben Ségur auf offiziöser Ebene an der Sprengung der sich abzeichnenden preußisch-österreichischen Aktionsgemeinschaft zu arbeiten, al-

⁵³ Leopold II. an Reuß (4. 1. 1792), Kaunitz an Reuß (4., 5., 11. 1. 1792); StK DK Preußen 71 Konv. 1792 Rescripte nach Berlin u. Sperrkonv. Die Stücke vom 4. 1. 1792 sind fast vollständig gedr. bei Vivenot I, S. 304-312. - Die österr. Diplomatie hatte ihr Mißtrauen gegen die Preußen vielerorts noch nicht abgelegt. So beklagte Graf Stadion in London das für ihn überaus verdächtige gute Einvernehmen zwischen Preußen und Großbritannien, obwohl letzteres keineswegs im Sinn hatte, seine bewußt Verwirrung und Unsicherheit stiftende Frankreichpolitik zu ändern: Stadion an Mercy (13. 12. 1791; SA Frkr. Varia 49 Konv. Stadion-Mercy).

⁵⁴ P.S. Kaunitz an Reuß (12. 11. 1791; StK DK Preußen 69 Konv. Weisungen 1791); Reuß an Kaunitz (10. 10., 8., 15. 11. 1791), Note verbale des preuß. Ministeriums (20. 11. 1791); StK DK Preußen 69 Konv. Berichte 1791. Vortrag Kaunitz (8. 12. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 XI-XII). - Noailles an Delessart (3. 12. 1791; AMAE CP Autriche suppl. 23).

lerdings ohne jedes innere Engagement, ja geradezu widerwillig: der ehemalige preußische Oberst François Jarry de Vrigny de la Ville (1733-1807), der - nach einem Einsatz als preußischer Agent während der belgischen Unruhen seit 1791 wieder in französischen Diensten, aber längst mit einem Wechsel ins Lager der Emigranten liebäugelnd - den Österreichern via Comte de Lamarck neue Hintergrundinformationen über die angeblich "finsternen" Pläne der Franzosen zuspielen konnte und Berlin bald wieder verließ⁵⁵).

Im Sperrfeuer der lästigen französischen Bemühungen, das drohende Zusammengehen zwischen Österreich und Preußen zu torpedieren, und der nicht minder ärgerlichen Zudringlichkeiten der Emigranten legte sich Friedrich Wilhelm in der französischen Frage noch im Januar 1792 eindeutig auf eine Zusammenarbeit mit Österreich fest und drängte auf eine schleunige Klärung der Vorfragen, um möglichst rasch - unabhängig vom großen Konzert der europäischen Mächte - ein "concert préalable et confidentiel" zwischen Berlin und Wien herzustellen und so auch auf eine unerwartete Eruption in Frankreich vorbereitet zu sein. Ziel, Mittel und, was den Preußen am wichtigsten war, die zu erwartende Entschädigung für eine immer wahrscheinlicher werdende "Polizeiaktion" mußten diskutiert werden. Der Kaiser hatte sich für diese Gespräche bereits Anfang Januar 1792 wieder einmal die Entsendung Bischoffwerders gewünscht.

Als Comte de Ségur dagegen in den ersten Januartagen 1792 in der preußischen Hauptstadt eintraf, hatte hier die k.k. Diplomatie bereits für einen würdigen Empfang des französischen Sondergesandten gesorgt. Aus Brüssel mit den angeblichen Instruktionen Ségurs versorgt, in denen der preußische Hof nichts anderes vorstellte als eine für Bestechungsversuche sehr anfällige Lasterhöhle, und bei der Ausstreuung bösigster Gerüchte nicht verlegen, gelang es Reuß um so leichter, gegen Ségur und seinen Begleiter Maissonneuve eine Front totaler Ablehnung zu errichten. Das preußische Kabinettsministerium konfrontierte den französischen Diplomaten lediglich mit Vorwürfen und Ermahnungen, die von Frankreich ausgehenden Ärgernisse abzustellen und sich einstweilen nicht zu wundern, wenn sich Europas Fürsten gegen die gefährlichen französischen Prinzipien zusammenschlossen. Friedrich Wilhelm, dem die französische Diplomatie eine gefährliche Zuneigung für die Emigranten attestierte, illustrierte gut und gerne seinen Abscheu vor dem neuen Frankreich, indem er Ségur de facto als persona non grata betrachtete und behandelte. Die Schauerpropaganda Reuß' und Bischoffwerders hatte ihre Wirkung getan und die wachsende Revolutionsfurcht vertieft. Auch innenpolitisch - Reuß wie Ségur waren sich einig, daß die Berliner Bürgerschaft dem "französischen" Gedankengut zuneigte und zunehmend "schwindlich" wurde - schien sich in den Augen ausländischer Beobachter in Berlin ohnediesneine weitergehende Abkehr vom friderizianischen Liberalismus abzuzeichnen.

Zudem erreichte im Zuge der diplomatischen Großoffensive der königlichen Geheimpolitik ausgerechnet Mitte Januar 1792 den preußischen König über Baron de Breteuil eine geheime Eröffnung Ludwigs XVI. von Anfang Dezember 1791, die das wiederholte, was die Königin Mitte Dezember 1791 Mercy geklagt hatte, und Berlin jedenfalls in seinem der Intervention nicht abgeneigten Kurs bestätigte: die Tuileries glaubten nicht mehr daran, auch durch die bittersten Zugeständnisse eine Beruhigung der Lage herbeiführen zu können, und betrachteten den seit langem geforderten bewaffneten Kongreß als einzige Möglichkeit, dem Dilemma zu entfliehen. Auch die Zarin tat alles, um Friedrich Wilhelm II. auf Kriegskurs zu bringen, mit dem Ziel, so meinten jedenfalls schon viele zeitgenössische Beobachter, sich selbst in Polen freie Hand zu verschaffen. Die beunruhigende Entwicklung, die die französischen Angelegenheiten seit Spätherbst 1791 nahmen, gaben der seit Sommer 1791 konsequent und radikal interventionistischen Politik Katharinas recht.

Schon etwa eine Woche nach seiner Ankunft kam Ségur in Paris um seine Abberufung ein und schützte eine Erkrankung vor, um sich in Berlin nicht weiter absichtlichen Kränkungen seitens der Preußen aussetzen; Anfang Februar 1792 erfüllte ihm das Außenministerium seinen Wunsch. Die Sondierungsversuche waren - jedenfalls in Preußen - kläglich gescheitert, und Ségur bilanzierte mit geschultem Auge: "Nous avons vu un traité entre la Suède et la Russie. Nous en allons voir un autre entre Vienne et Berlin.

⁵⁵) Mercy an Kaunitz (24. 12. 1791 P.S., 27. 12. 1791; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1791); Mercy an Kaunitz (14. 1. 1792) mit "Extrait des instructions de Monsieur de Ségur". Mercy an Marie-Antoinette (27. 12. 1791). Blumendorf an Kaunitz (28. 12. 1791; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Mercy 1791 VII-XII), dto. (13., 18. 1. 1792), an Mercy (27. 1. 1792). Lamarck an Mercy (10., 22. 1. 1792; Druck: Bacourt 2, S. 354-357). Sumerau an Kaunitz (24. 1. 1792; StK Provinzen Vorderösterreich Berichte 1). - Delessart an Noailles (23. 12. 1791; AMAE CP Autriche 362).

Nous sommes la cause et l'objet de ces incroyables changemens de système". Die Gegenstimmen, die sich in Preußen gegen den neuen Kurs durchaus noch erhoben, etwa jene der entmachteten Hertzberg-Partei oder der zunehmend einflußlose Prinz Heinrich, fielen fürs erste nicht mehr ins Gewicht⁵⁶⁾.

Die Umsetzung des neuen Kurses

Wenige Tage nach der Konferenzsitzung vom 17. Januar 1792 gingen die entsprechenden Anregungen zur Umwandlung des passiven Observationssystems in eine aktivere Abwartehaltung von Wien nach Berlin; auch in Petersburg teilte man die neuen Planungen mit. Der Vorstoß des Baron de Breteuil in Berlin und die Bekanntmachung der (in Wahrheit schon 1789 in Spanien deponierten) feierlichen Protestation Ludwigs XVI. durch Floridablanca ließen es angezeigt erscheinen, über die ganz offensichtlich verfehlte Politik des zögerlichen Zuwartens seit November 1791 einen Schleier aus Ausreden und Halbwahrheiten zu spinnen und die letzten Neuigkeiten aus Paris und Brüssel als Rechtfertigungsgründe für eine plötzlich und unerwartet notwendig gewordene Kehrtwendung auszugeben.

Der österreichische Aktionsplan sah nun gemäß Beschluß der Konferenz die Mobilisierung von 40.000 Mann unter FZM Fürst Hohenlohe und die sofortige Entsendung einer Eingreiftruppe von 6.000 Mann nach Vorderösterreich vor. Preußen sollte so rasch als möglich mit entsprechenden Maßnahmen nachziehen. Nach Herstellung eines Einverständnisses zwischen Wien und Berlin hoffte man weitere Staaten in das Konzert einzubeziehen, um schließlich - gestützt auf diese eindrucksvolle politisch-militärische Abwehrfront - Frankreich den Forderungskatalog vorzulegen. Das Reich, Portugal, Spanien, Neapel, Sardinien, Rußland, Dänemark, Schweden, eventueü Genua und Venedig, die zumindest finanzielle Leistungen erbringen konnten, kamen als Konzertmächte in Frage. Das Werben um London und Den Haag dagegen wollte man den Bemühungen der Preußen überlassen. Denn auch wenn speziell die Briten großes Interesse an der (im Konzertplan ja vorgesehenen) fortdauernden Schwächung des französischen Rivalen haben mußten und - so jedenfalls die Ansicht der Staatskanzlei - gegen die "Gefahr der epidemischen französischen Freiheitsgrundsätze" und die "Grundsätze der äußersten Volksfreiheit" durchaus nicht immun waren, so hatte doch die Erfahrung der bisherigen österreichischen Bemühungen und zuletzt die Querschüsse Londons gegen den Beistandspakt mit Den Haag deutlich erwiesen, daß Wien gegen den strengen Neutralismus Englands und seinen bösen Willen nichts vermochte.

⁵⁶⁾ Reuß an Kaunitz (10. 1. 1792), an Kaunitz u. an Leopold II. (14. 1. 1792 [nur die Passage betr. die Mission Ségur in Berlin ist bei Vivenot 1, S. 321-323, abgedr.]) mit der Note des preuß. Kabinettsministeriums (13. 1. 1792), Reuß an Kaunitz (17., 22., 24., 26., 28. u. 31. 1. 1792), Goltz an Friedrich Wilhelm II. (16. 1. 1792) sowie Reskript Ostermanns (25. 12. 1791/5. 1. 1792) u. die preuß. Antwortnote: StK DK Preußen 70 Konv. Relationen aus Berlin 1792 Januar-Juni. - Gorla, frz. Chargé d'affaires, dann Ségur an Delessart (7., 11., 12., 14., 17., 24., 31. 1., 8., 12., 18., 24./25. 2. 1792), Delessart an Ségur (21. 1., 4. 2. 1792); AMAE CP Prusse 213. - Mémoires tirés des papiers d'un homme d'état 1, S. 180-194, Beer, Leopold, S. 87-89. - Ludwig XVI. an Friedrich Wilhelm II. (3. 12. 1791; SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 IX-XII; dort auch eine Photographie des O aus dem Preußischen Geheimen Staatsarchiv). Vgl. dazu im speziellen Jules Flammermont, *Négociations secrètes de Louis XIV et du haren de Breteuil avec la cour de Berlin (décembre 1791-juillet 1792)* (Paris 1885), Philippe Sagnac, *L'entente de la Cour de France avec l'étranger en 1791-1792. Le prix de l'alliance*. In: RHM 18 (1913) 97-102. Es versteht sich von selbst, daß Girault de Coursac in Fortsetzung ihrer "Verschwörungstheorie" auch diese Auslandsoffensive der Tuilerien einseitig der Königin zur Last legen und die angeblichen Briefe Ludwigs XVI. als Fälschungen zu entlarven suchen. Auch wenn man der Theorie nicht wird folgen wollen, so sind doch einige allgemeine Argumentationsmuster zumindest interessant. - In seiner Antwort vom 14. 1. 1792 unterstrich Friedrich Wilhelm neben seiner Bereitschaft, zu einem "congrès armée" die Hand zu bieten, die Notwendigkeit für seine Aufwendungen "une juste indemnisation" zu erhalten. Breteuil sagte Anfang Februar 1792 im Namen des Königs volle Entschädigung zu. Als Verbindungsmann Breteuils in Berlin fungierte seit Februar 1792 Oberst Louis-Charles-Victor de Riquet de Caraman (1762-1839). Dessen Erinnerungen sind leider völlig wertlos: Duc de Caraman (Hrsg.), *Mémoires du duc de Caraman*. In: *Revue contemporaine* 10 (1853) 373-393, bes. S. 378ff. Seine Korrespondenz mit Baron de Breteuil bei Klinckowström Bd. 2. Den Aktivitäten Caramans in Berlin entsprach die Mission des Marquis de Bombelles nach Petersburg (Januar-Juli 1792), der hier gegen die starke Position der Emigranten keine Aussicht auf Erfolg hatte. Die Zarin betrachtete die königlichen Prinzen als die einzig legitimierten Vertreter des wahren Frankreich: Bombelles, *Journal* 3, S. 267-350, Esterházy, *Mémoires*, S. 328-346, Chaumié, *Correspondance Las Casas*, S. 105-116. Der von Bombelles überbrachte Brief der Königin an Katharina II. (3. 12. 1791) mit der bezeichnenden Aufforderung "engagez aussi l'Empereur à se montrer enfin mon frère" ist u.a. gedr. im *Journal Bombelles* Bd. 3, S. 393-395. Die Zarin erteilte der Kongreßidee eine Absage und brachte wie alle anderen auch die Entschädigungsfrage aufs Tapet (Bombelles an Breteuil, 23. 3. 1792: Ebd., S. 397-399). Ein Sohn Bombelles', Charles de Bombelles, heiratete übrigens 1834 Marie-Louise von Österreich.

Ein Kongreß, auf dem Ludwig XVI. den Mediator zwischen Franzosen und intervenierenden Mächten spielte, war bei allseitiger Konzessionsbereitschaft trotz früherer Skepsis jetzt eine Möglichkeit, die Streitfragen zu einem friedlichen Austrag zu bringen und der Nation die Angst vor einer Konterrevolution zu nehmen. In der von Preußen von Anfang an forcierten Entschädigungsfrage verhielt sich Österreich auf Wunsch des Kaisers zurückhaltend, hieß zwar die Wünsche des preußischen Königs gut, scheute sich aber nicht, auf die unvermeidlichen Schwierigkeiten hinzuweisen, sollte es nicht tatsächlich zum Krieg und entsprechenden Eroberungen kommen, die sich als Faustpfand nutzen ließen. Sicher konnte der Allerchristlichste König für einen Teil der Kosten haftbar gemacht werden und andererseits jene Höfe, die den Aktionen des Mächtekonzerts nur durch Zahlungen in eine Art Operationskasse beitraten, gleichfalls den Kostenaufwand Österreichs und Preußens reduzieren⁵⁷).

Der österreichische Plan verstand sich durchaus auch als vernunftorientierter Gegenentwurf zu den unrealistischen Planungen Schwedens, Spaniens und Rußlands, die, wie die Mächte selbst offen erklärten, nie an die scheinbare Freiheit Ludwigs XVI. geglaubt und so die Brüder des Königs und Führer der französischen Emigration als das "wahre Frankreich" anerkannt hatten ... Rußland und Schweden bekanntlich sogar durch Akkreditierung eigener Gesandter in Koblenz.

All diesen Projekten war daher auch gemein, daß sie die Emigranten als Speerspitze für eine Invasion Frankreichs nützen wollten. Ein radikalerer Widerspruch zu den Konzepten Wiens, in denen die Prinzen samt Anhang bewußt ferngehalten wurden, um die Erfolgchancen nicht unnötig zu verringern und das zerstrittene Frankreich nicht durch Unterstützung aristokratischer Rachsucht zu einen, ließ sich schwer denken. So wie in Berlin hatten die Russen auch in Wien den Plan der Zarin offiziell notifiziert. Dieser sah im wesentlichen vor, den unternehmungslustigen, aber finanziell impotenten König von Schweden, einzelne deutsche Reichsstände und v.a. die Emigranten gegen das revolutionäre Frankreich ins Feld zu schicken, selbst aber im Verbund mit anderen Mächten wie Sardinien, Spanien und Neapel bestenfalls durch Bereitstellung finanzieller Mittel und logistischer Voraussetzungen sowie durch die Abschottung der Grenzen seitens der Anrainerstaaten tätig zu werden. Die Zarin hatte, als sie im Januar 1792 Leopold II. persönlich über den Abschluß ihres Türkenfriedens in Jassy informierte, den "esprit de vertige et d'innovation funestes", der sich in einigen Teilen des Kontinents bemerkbar machte, als letztes großes Ärgernis für den europäischen Ruhestand bezeichnet. Nun, da die beiden Kaisermächte wieder völlig freie Hand bekamen, sollte dieser Entwicklung unbedingt Einhalt geboten werden. Katharina II. jedenfalls erklärte sich zu einem engen und aktiven Zusammenwirken mit dem Kaiser bereit. Die Abberufung des schwedischen Botschafters Baron de Staël (Januar 1792), der durch seine glücklose Ehe mit der politisch gerade 1791/92 überaktiven Tochter Jacques Neckers in den Verdacht geriet, die zu fortschrittlichen Ideen seiner Gattin und ihres Kreises zu teilen, und wirklich seit langem der Interventions- und Emigrantenpolitik seines Königs hartnäckigen Widerstand leistete, und die gleichzeitige Rückbeorderung des russischen Gesandten Simolin waren in den Augen der Öffentlichkeit deutliche Signale für die kompromißlose Haltung der beiden Höfe.

Spanien, das wenig später einen sehr verwandten Plan präsentierte, begründete die Notwendigkeit, selbst nicht aktiv einzugreifen, sondern die Emigranten vorzuschieben, nicht nur mit der unsicheren Haltung Englands, sondern auch mit der Gefahr, durch Gerüchte, wonach sich die Mächte an französischem Territorium gütlich tun könnten, die eigentlich heilsamen Intentionen der interessierten Mächte völlig zu überlagern. Wien versprach sich davon nicht mehr als bestenfalls einen mehrjährigen Kleinkrieg, in dem

⁵⁷) Kaunitz an Reuß (25. 1. 1792; StK DK Preußen 71 Konv. 1792 Rescripte nach Berlin; Druck [unvollständig]: Vivenot 1, S. 344-360) mit "Note à présenter par le prince de Reuss" (25. 1. 1792) und "Précis secret et supplétoire sur les motifs qui déterminent les sentimens actuels de l'Empereur concernant les affaires françoises"; Kaunitz an Reuß (27. 1. 1792; StK DK Preußen 71 Sperrkonv.; Druck: Vivenot 1, S. 360-362). Leopold II. an Fürst Hohenlohe (25. [26.] 1. 1792; Druck: Vivenot 1, S. 344), Hohenlohe an Leopold II. (29. 1. 1792), Leopold II. an Sumerau (3. 2. 1792): KA Kabinettskanzlei HBP 105. - Der engl. Gesandte in Wien, Keith, meinte zwar, daß Leopold zum Krieg bereit war, sollten ihn die Franzosen dazu zwingen, schien aber doch aus guter Quelle erfahren zu haben, daß das Säbelrasseln und die mit größter Publizität hinausposaunten Truppenverlegungen nach Vorderösterreich letztlich nur eine "empty parade" waren, die sich gut in die ab sofort gesteuerte Politik der Einschüchterung einordneten: Gillespie Smyth 2, S. 493-495. - Die schwankende österreichische Frankreichpolitik vom Herbst 1791 bis zur Kriegserklärung im April 1792 behandelt im übrigen Heigel 1, S. 449-534, in sehr ansprechender Weise und konzentriert auf das österreichisch-preußische Verhältnis. Nach den Berichten Jacobis hebt Heigel besonders deutlich den kriegsscheuen Kurs von Staatskanzler Kaunitz und allgemein die Laueheit des Wiener Hofes hervor und stellt dem das preußische Drängen auf energisches Einschreiten gegenüber.

das schwache Häuflein der Emigranten, unterstützt von den ungenügenden Kräften Gustavs III., gegen 24 Millionen hochmotivierte Franzosen schwerlich Ernstzunehmendes ausrichten konnte und vielleicht nur das traurige Schicksal der königlichen Familie weiter verschlimmerte; durch Unterstützung der Emigranten beraubten sich die Mächte im Hintergrund zugleich jedes Rechts auf Neutralität und wurden über kurz oder lang ohnedies in den Konflikt hineingezogen, an dem sie besser von Anfang an und mit realistischen Zielsetzungen und wirklich imposanten Machtdemonstrationen mitwirken sollten. Besonders die spanischen Propositionen fand Kaunitz absurd und lächerlich, der Verdacht, den man gegen Madrid hegte, daß Spanien die Last auf andere abwälzen, selbst aber nichts beitragen wollte, schien auch gegenüber Rußland berechtigt, dem die Lösung der "polnischen Frage" nach eigenem Geschmack sicher mehr am Herzen liegen mußte⁵⁸).

Staatskanzler Kaunitz, dessen Rolle bei Festschreibung der neuen Frankreichpolitik trotz nomineller Federführung nur schwer faßbar ist, blieb währenddessen im wesentlichen bei seinem eigenartigen Wunsch vom Herbst 1791, dem französischen König die Möglichkeit zu einer begrenzten Modifizierung der Verfassung zu eröffnen, die er dann in unbestreitbarer Freiheit von einem Ort außerhalb Frankreichs nochmals sanktionieren sollte - ein Gedanke, mit dem er auch Mercy in Brüssel konfrontierte; das äußerste, woran mitzuwirken ein Mächtekonkordat - auf dem Verhandlungswege und begleitet von militärischen Demonstrationen - berechtigt und in der Lage war, schien eine Kompromißlösung zwischen König und Nation, die sich später auch ohne waffenstarrende Präsenz des Auslands aufrechterhalten ließ ... "toute autre idée est chimérique"⁵⁹).

Die Tuilerien und der österreichische Vorposten in Brüssel mußten Gelegenheit erhalten, sich auf den neuen Kurs der Wiener Politik einzustellen, den herbeigeführt zu haben ihr eigenes größtes Verdienst war. Dies geschah einerseits durch gehörige Instruierung Botschafter Mercys und andererseits durch die auf Effekt bedachte Beantwortung jenes Mémoires, das die Konstitutionellen im Januar 1792 an den Kaiser hatten gelangen lassen. Angesichts der Dynamisierung der Entwicklung und der bekannten Orientierungslosigkeit der Tuilerien mochte aber selbst dies und die Anwesenheit des offiziellen kaiserlichen Repräsentanten Blumendorf zu wenig sein und die Entsendung einer Vertrauensperson - etwa Thuguts - nach Paris angezeigt erscheinen ("da bei der Schwachheit des Königs, bei der Fluctuation der Königin, bei den ihnen ermangelnden getreuen, festen und konsequenten Rathgebern der bloß schriftliche Weg theils bedenklich, theils zu Erlangung gründlicher Erläuterungen unzulänglich ist"). Eine Idee, die bereits zeigte, daß Wien die Achse Pellenc-Lamarck nicht in dem Maße schätzte wie Mercy, der wieder von ei-

⁵⁸) Leopold II. an Katharina II. (Januar 1792) mit einer sehr vorsichtigen Ablehnung des russischen Angriffsplans gegen Frankreich, Reskript Ostermanns nach Berlin (25. 12. 1791/5. 1. 1792). Katharina II. an Leopold II. (13. 1. 1792; Druck: Beer, Leopold, S. 165f). Floridablancas Plan dargelegt in "Plan de la cour d'Espagne communiqué par celle de Naples en février [1792]" als Beilage zu Kaunitz an Kageneck P.S. (21. 4. 1792; SA Spanien DK 122 Konv. 5). Kaunitz an L. Cobenzl (27. 1. 1792; SA Rußland Weisungen 177 Konv. Expeditionen 1792; Druck: Vivenot I, S. 362-364). Kaunitz an Mercy (19. 2. 1792; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Mercy 1792; Druck: Vivenot I, S. 388-390). Schweden beharrte auf der Idee des bewaffneten Kongresses in Aachen (ohne Beteiligung Frankreichs), auf dem man die Satisfaktion des Hl. Stuhls und die Sache der deutschen Reichsstände in den Vordergrund schieben wollte; Noten Nolckens (1. u. 20. 12. 1791; SA Schweden 71 Konv. 1791/2), Note verbale der Staatskanzlei an Baron Nolcken (25. 12. 1791; SA Schweden 71 Konv. 1790/3), Franc an Nolcken (20. 1. 1792; SA Schweden 72 Konv. 1792/1). Klinckowström 2, S. 146-149, 159f. Herrmann, Geschichte Erg. Bd., S. 158f, 225ff; die wichtigsten Stücke, v.a. die Korrespondenz zwischen Gustav III. und Fersen, bei Klinckowström Bde. 1 u. 2. Gustav III. nannte das Auf und Ab der Frankreichpolitik Leopolds II. eine "conduite perfide": Gustav III. an Fersen (30. 12. 1791 - Interzept; StK Interiora Interzepte 1 Konv. Interzepte alt Fasz. 1), gedr. bei Klinckowström 1, S. 313f. Die schwedische Erklärung von Anfang Dezember 1791 gelangte ebenso wie der neuerliche Kongreßvorschlag vom Januar 1792 auch zur Kenntnis der französischen Stellen: Noailles an Delessart (3. 12. 1791; AMAE CP Autriche suppl. 23), Delessart an Noailles P.S. (23. 12. 1791; AMAE CP Autriche 362), Noailles an Delessart (1. 3. 1792; AMAE CP Autriche suppl. 24). Spanien und Schweden setzten sich für die unbedingte territoriale Integrität Frankreichs um so mehr ein, je wahrscheinlicher wurde, daß die von Österreich und Preußen zunehmend diskutierte Entschädigungsfrage allenfalls in eine Spolierung Frankreichs münden könnte. Die anti-englische Seite der russisch-schwedisch-spanischen Allianzverhandlungen an der Jahresende 1791/92 bei Baumgarten, S. 350ff. - Invasionsprojekte der frz. Emigranten bringt auch Léouzon le Duc, S. 399-410: "Lettre du duc d'Harcourt" an Gustav III. (Aachen, 3. 1. 1792) und "Mémoire présenté au roi de Suède pour démontrer la nécessité de s'emparer d'une place maritime pour entreprendre avec succès la guerre contre la France" (20. 1. 1792). Hier war lediglich eine Gemeinschaftsaktion Rußlands, Schwedens, Spaniens und italienischer Fürsten vorgesehen. Russen und Schweden sollten Dünkirchen besetzen, die Spanier Perpignan, eine sardinisch-neapolitanisch-schweizerische Armee hatte Grenoble und Lyon zu nehmen.

⁵⁹) "Considérations du prince de Kaunitz sur l'état actuel des circonstances de la France" (24. 1. 1792; SA Frkr. Varia 45 Konv. Denkschriften des Fürsten Kaunitz; Druck: Vivenot I, S. 343f). Vortrag Kaunitz (27. 2. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 I-II) mit Beilagen, darunter die "Considérations ...".

ner zu aufsehenerregenden Entsendung Thuguts wie im Jahre 1791 nichts wissen wollte und die Gelegenheit nützte, um Comte de Lamarck dem mißtrauischen Kaiser und den Wiener Behörden ein weiteres Mal als speziell nützlichen und sehr bemühten Fachmann in Frankreichfragen und potentiellen Berater der Tuilerien ans Herz zu legen. Noch im März 1792 startete der Botschafter eine neue Offensive in diese Richtung.

Dringend rieten jetzt Wien und a fortiori Botschafter Mercy der Königin davon ab, den Bruder in Wien in undankbarer und v.a. unüberlegter Weise weiterhin durch Verleumdungen im Ausland in Verruf zu bringen, und ermahnten den König, seine Dissimulationspolitik gegenüber der Nationalversammlung nicht so weit zu treiben, selbst gefährliche Auslandsaktivitäten wie die Missionen Ségurs und Talleyrands zu approbieren und den herbeigerufenen Helfern so tausenderlei Hindernisse in den Weg zu legen. Ganz wie Botschafter Mercy es wünschte, dachte der Kaiser nicht daran, dem revolutionären Frankreich, das angeblich nur noch in Extremmaßnahmen sein Heil sah, Vorwände für eine Aggression zu liefern; er wollte Zeit für die Formierung des Konzerts gewinnen und glaubte bis dorthin die Nationalversammlung durch die beiden Noten vom Dezember und Januar hinreichend eingeschüchtert bzw. durch die gerechte und vorsichtige Emigrantenpolitik einigermaßen beruhigt. Seinem Bruder Max Franz legte Leopold sein Programm in wenigen Worten prägnant offen:

"je ne veux ni commencer ni provoquer une guerre, je ne veux pas animer les princes et leurs adhérens, beaucoup moins les mettre à la direction des affaires ni leur donner mes troupes à leur disposition, car je n'ai aucune confiance dans leur prudence ni dans leurs aientours".

Damit traf er ganz den Ton, den der Kurfürst von Köln selbst angeschlagen wissen wollte. Tief empört über die Umtriebe der Emigranten, die leichtfertig ganz Europa in Brand steckten, wenn es nur ihrer eigenen Sache diene, und die Untugenden der glänzenden Tage von Versailles auch in Koblenz weiter pflegten, empfahl er dringend, ihre unwürdige Sache nicht mit der viel wichtigeren Elsaß-Frage zu vermengen. Der Kaiser konnte wohl zur französischen Verfassung schweigen, durfte aber die Verletzung von Reichsrechten keinesfalls zulassen. Insgesamt schienen die Aussichten nicht schlecht zu stehen, sah man von dem ärgerlichen Verhalten der Engländer und der für Leopold besonders beunruhigenden Lage in Belgien ab, wo die mit den "Jakobinern" eng verflochtenen Vonckisten definitiv zur akuten Bedrohung wurden und eine zwar verfassungskonforme, aber entsprechend feste Vorgehensweise der Regierungsgewalt erforderten.

Indem Wien bei der Beurteilung der innenpolitischen Entwicklung in Frankreich zu stark auf die längst dahingeschwundene Macht der Konstitutionellen baute, die nun mit den Kriegsrednern der Legislative gleichgesetzten Jakobiner dagegen zu einer kleinen Minderheit perverser Extremisten abstempelte, bewies es, daß es die Kräfteverschiebung seit Herbst 1791 nicht gehörig einzuschätzen wußte. Ausdrücklich sah man in den Autoren der letzten Denkschrift Marie-Antoinettes, gemäßigten Revolutionären, die wichtigsten Verbündeten im gemeinsamen Kampf gegen die stärker werdende republikanische Bewegung und fand durchaus übereinstimmende Ansichten. Erfüllte man ihre Wünsche nach einer gemäßigten Haltung des Kaisers, so ließ sich noch am ehesten erwarten, daß dadurch der "gesunde Teil" der französischen Nation für das moderate Sanierungswerk des in Verhandlung stehenden Mächtekonzerts eingenommen werden konnte und nicht in die Arme der Jakobiner flüchtete. Das "Triumvirat" war es nun, das anstelle des zum (widerwilligen) Exekutor der radikalen Linie gewordenen Außenministeriums auf französischer Seite für die Staatskanzlei zum eigentlichen Gegenüber auf der Ebene der Geheimdiplomatie aufstieg und jetzt sogar zu weiterem Gedankenaustausch eingeladen wurde. So war denn auch die rasche Antwort des Kaisers auf das Memorandum alles andere als die von der Königin gewünschte Zurückweisung einer zwar gemäßigeren, aber nichtsdestoweniger verbrecherischen Linie; sie geriet vielmehr zum Bekenntnis für die Linie der Konstitutionellen, mit denen zu kooperieren man auch den Tuilerien dringend anempfahl: die durch Konsens herbeizuführende Harmonisierung der neuen französischen Verfassung mit den "principes fondamentaux" einer monarchischen Ordnung und unter vorsichtiger Rehabilitierung von Klerus und Adel wurde als Ziel der österreichischen Frankreichpolitik herausgestellt, und nur zur Sicherung dieses friedlichen Weges in Richtung einer innerfranzösischen Einigung bzw. zur Unterstützung der gutgesinnten Franzosen gegen die jakobinische Bedrückung trat Habsburg in jüngster Zeit verstärkt auf den Plan. Ganz im Sinne des politischen Überlebens der gemäßigten Kräfte in Frankreich wollte sich Leopold auch durch das provokante Betragen der Legislative, die grundlose französische Aufrüstung, die Hetze

gegen die gekrönten Häupter Europas und die Wühlarbeit im Ausland nicht aus der Reserve locken lassen und den Revolutionsfanatikern keinesfalls den gesuchten Vorwand zum Krieg liefern, in dessen blutigem Schatten nur die radikalen Elemente der Revolution triumphieren konnten. Die getroffenen Abwehrmaßnahmen sollten unter keinen Umständen als Abkehr von dieser Politik mißverstanden werden. Auch jetzt standen weder eine Unterstützung der Emigranten noch ein Umsturz der französischen Verfassung zur Debatte, sondern nur die Abschreckung des "parti fanatique" und - wie bisher - die Förderung der "classe modérée" und ihrer Anliegen.

Botschafter Mercy - kaum von einer schweren Rheumaerkrankung genesen, die ihn wochenlang ans Bett gefesselt hatte - beurteilte das pauschale Einschwenken Wiens auf die Linie der von ihm im Grunde wenig geschätzten Konstitutionellen unverhüllt skeptisch. Er sah die französische Krisis auf eine noch nie dagewesene Explosion zusteuern. Eine "horde féroce" hatte dort dem Menschengeschlecht den Krieg erklärt und mußte Europa über kurz oder lang zwingen, sich der Sache ernstlich anzunehmen, Frankreich wenn nicht gänzlich zu zerschlagen, so doch wenigstens in einen Zustand zu drücken, in dem es seine verderbliche Wirkung nicht mehr entfalten konnte⁶⁰).

In Berlin stießen die österreichischen Eröffnungen vom Januar 1792 sofort auf das gewünschte Echo. Zwar hielt man nun die Anfang des Jahres noch akute Kriegsgefahr für einigermaßen gebannt, glaubte aber weiterhin an die Notwendigkeit, für eine internationale Lösung der Frankreichfrage Vorsorge zu treffen. War das Konzert der Mächte erst einmal gebildet, wollte auch Friedrich Wilhelm II. seinen stattlichen Beitrag leisten, statt der vorgeschlagenen 40.000 sogar 50.000 Mann ins Feld stellen und so das Säbelrasseln noch eindrucksvoller gestalten. Dafür empfand Berlin die in Wien angeregte Entsendung von 6.000 Mann in die preußischen Rheinprovinzen als unnötig provozierende und daher gefährliche Geste und sah seine Vortruppen lieber in Ansbach-Bayreuth, wo nun nach Intervention des Kaisers ebenso wie in Kleve Teile der in Trier nicht mehr erwünschten französischen Emigranten aufgenommen werden sollten ... sofern sie sich ruhig und ordentlich verhielten. Dies war schon alles, was der Anfang Februar 1792 in Berlin eingetroffene Fürst Nassau für die Prinzen erreichte. Eine aktivere Rolle wollte auch Preußen - mit Wien einer Meinung, daß es nur um Herstellung einer leidentlichen Ordnung in Frankreich gehen konnte - den französischen Flüchtlingen keinesfalls zubilligen. Nur an einem Punkt wünschte sich der preußische König eine Ausgestaltung der Zielpunkte im Konzertplan, und zwar - durchaus unter dem Beifall Österreichs - Maßnahmen gegen die Auslandsaktivitäten der Jakobiner, gegen die "menées audacieuses et criminelles des associations & des individus qui ne visent à rien de moins qu'à sapper les fondemens de la tranquillité publique dans d'autres pays en y prêchant soit par des émissaires ou par des écrits dangereux l'insubordination et la licence". Zugleich blieb man in der Frage der von Frankreich für den Fall einer tatsächlichen Aktivierung des Mächtekonzerts zu leistenden Entschädigung hart. Lediglich mit den Beiträgen anderer zu einer Art Operationskasse wollte man sich in Berlin nicht zufriedengeben, zumal auf den Beitritt Londons und damit auch Den Haags wenig Aussicht bestand, und beharrte auf einer geheimen Verpflichtungserklärung des Allerchristlichsten Königs. So war man selbst für den Fall gedeckt, daß das Agieren der Mächte über den Punkt bloßer Demonstrationen nicht hinauskam und (eintauschbare) Eroberungen folgerichtig ausblieben⁶¹).

⁶⁰) Kaunitz an Mercy (31. 1. 1792; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Mercy 1792; Druck: Vivenot 1, S. 364-367). Leopold II. an Marie-Christine (31. 1. 1792; Druck: Wolf, S. 206-211 [irrig 31. 1. 1791 datiert]). Leopold II. an Max Franz von Köln (31. 1. 1792), Max Franz von Köln an Leopold II. (31. 1. 3. 1792); FA FK A 26 Konv. Max Franz-Leopold II. Mercy an Kaunitz (31. 1. 1792; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1792 I-IV; Druck: Glagau, S. 288f [Auslassungen]). Mercy an Marie-Antoinette (24. 1. 1792; FA SB 71 d. B/A; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 241). Vortrag Kaunitz (1. 2. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 I-II); Leopold II. an Marie-Antoinette (31. 1. 1792; u.a. in SA Frkr. HK 5 Konv. Leopold II.-Marie-Antoinette; Druck: Arneth, S. 242, 282-287) mit Mémoire ("Réponse au mémoire envoyé par la Reine"). Dessen stark bearbeitetes K in SA Frkr. Varia 44 Konv. Auslieferung a. d. Archives Nationales. Kaunitz an Mercy (1. 2. 1792; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Mercy 1792; Druck: Vivenot 1, S. 367-369); Mercy an Blumendorf mit "note chiffrée" (14. 2. 1792; FA SB 71 d. B/A u. als Beilage zu Mercy an Kaunitz 18. 2. 1792; Druck: Schlitter, Marie-Christine, S. 343f) u. an Kaunitz (18. 2. 1792; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz I-IV; Druck: Schlitter, Marie-Christine, S. 341-343, 344 Anm. 283).

⁶¹) Reuß an Kaunitz (4. u. 6. 2. 1792), Note verbale des preuß. Kabinettsministeriums (5. 2. 1792); StK DK Preußen 70 Konv. Relationen aus Berlin 1792 Januar-Juni. Leopold II. an HKR-Präsident Graf Wallis (14. 2. 1792) u. an FZM Fürst Hohenlohe (27. 2. 1792); KA Kabinettskanzlei HBP 105. KA NL Zinzendorf TB 37 (15. 2. 1792).

1.4 Die preußische-österreichische Allianz und die "polnische Frage"

Rückblende

Anfang Februar 1792 fanden auch die österreichisch-preußischen Allianzverhandlungen ihren Abschluß. Die Krise der "französischen Frage" hatte ohne Zweifel das Ihre dazu beigetragen, die längere Zeit stotternde Vervollkommnung der Präliminarkonvention vom 25. Juli 1791 - der Abschluß der Allianz selbst war damals ja auf die Zeit nach Ende des Türkenkriegs der beiden Kaiserreiche verschoben worden - schließlich doch noch zu beschleunigen. Während aber die Haltung gegenüber der Französischen Revolution überraschend einfach in Übereinstimmung gebracht werden konnte, zeigten bereits die Vorgespräche die Bedeutung eines anderen, viel kontroverseren Krisenherdes in erschreckender Deutlichkeit: die unsichere Lage in Polen war ob des verdächtigen Schweigens der Zarin auch bald ein Jahr nach der Revolution vom Mai 1791 einer Lösung noch keinen Schritt näher gekommen⁶²).

Schon während der Konferenz von Pillnitz Ende August 1791 hatte der Kurfürst von Sachsen klargestellt, daß für ihn die Annahme der polnischen Königskrone nur dann in Frage kam, wenn auch Rußland vorbehaltlos zustimmte und der Sejm selbst einige Wünsche Friedrich Augusts erfüllte (Beseitigung der zu starken Bindung des polnischen Königs an den Willen des Reichstags, Vererbung der polnischen Krone an seine Brüder und damit ihre dauernde Verbindung mit der Linie der sächsischen Kurfürsten). Preußen tat indes nach dem jämmerlichen Scheitern seiner alten Polenpläne nicht eben viel, um den in Wahrheit bereits im Sommer 1791 fixierten Kurs der Zarin Richtung Revision des polnischen "Verfassungsputsches" abändern zu helfen. Im Gegenteil: Im Oktober 1791 sorgte ein kurioser diplomatischer Vorstoß Berlins in der Staatskanzlei für Aufsehen: Diese Mißgeburt der "Geistes- und Gemüthsseigenschaft" des Königs, "vermöge welcher dieser Fürst für jeden Eindruck, den ihm seine Minister und Günstlinge beibringen wollen, bis zu den raschesten Entschlüssen empfänglich ist", sah vor, einen nachgeborenen Sohn des niederländischen Statthalterpaars mit einer Tochter des Herzogs von Kurland zu verheiraten und den Brautleuten später auch die Nachfolge des Hauses Biron zu verschaffen. Ausgerechnet Österreich, das gerade gegen die Prinzessin von Oranien und ihre Politik ausschließlich Grund zu Klage und Mißtrauen hatte, sollte dafür in Petersburg das Terrain sondieren; eine Initiative, die eigentlich gegen die Abmachung verstieß, in Polen keine weitere Machtverschiebung zugunsten eines der drei "schwarzen Adler" zuzulassen. Kaunitz schien die Zumutung der Preußen, die sich in den letzten Jahren bei den beiden Kaiserhöfen wirklich alles andere als beliebt gemacht hatten, "höchst unverschämt", fand aber nichts gegen eine inoffizielle und durchaus die innere Ablehnung Wiens signalisierende Rekognoszierung am Zarenhof einzuwenden, ehe Katharina den Antrag ohnedies höflich ablehnte. Sie sah keine Veranlassung, die Söhne des regierenden Herzogs von der Erbfolge auszuschließen.

Als man im November 1791 recht widerwillig und pro forma den preußischen Wunsch in Petersburg wenigstens der Form nach erfüllte, gestattete man den Russen zugleich tiefe Einblicke in die Qualität der neuen österreichisch-preußischen Freundschaft. Ob dies nur zur Beschwichtigung der Zarin bzw. zur Rechtfertigung der Aufgabe des Interventionskurses diente oder ob die Abneigung gegen Preußen wirklich immer noch derart tief eingewurzelt war, bleibt dabei fraglich. Jedenfalls gab sich die Staatskanzlei ziemlich überzeugt, daß über kurz oder lang das antiösterreichische System in Berlin wieder die Oberhand gewinnen mußte,

"und weit gefehlt, daß wir auf die Aussöhnung und Freundschaft des Berliner Hofes hinlänglich bauen könnten, um uns in voreilige und einseitige Unternehmungen gegen Frankreich einzulassen, werden wir vielmehr alle Mühe und Behutsamkeit anwenden müssen, um den Bestand unserer ge-

⁶²) Vgl. oben. Herrmann, Geschichte Erg. Bd., S. 231-262, Beer, Leopold II., Franz II., S. 110-120, Sybel, Geschichte (4. Aufl./neue Ausg.) I, S. 450-469, Ranke, Ursprung und Beginn, S. 151-176, Lord, S. 217-242. Zur russischen Haltung vgl. bes. Madariaga, Russia, S. 427-432. Nicht zu vernachlässigen die sehr materialreiche Arbeit von Erhard Moritz, Preußen und der Kosciuszko-Aufstand 1794. Zur preußischen Polenpolitik in der Zeit der französischen Revolution (= Schriftenreihe des Instituts für Allgemeine Geschichte an der Humboldt-Universität Berlin 11; Berlin-Ost 1968).

genwärtigen künstlichen Näherung solange aufrecht zu erhalten, als es einerseits die Zustandebringung eines wenigstens nothdürftigen Concertes der Mächte in den französischen Angelegenheiten, anderseits die nöthige Erholung der zwei kaiserlichen Höfe, die vollkommene Beruhigung der Niederlande, die Abhaltung neuer polnischer Unruhen etc. erheischen werden.⁶³⁾

Der leise Verdacht, daß Katharina II. trotz österreichischer Bemühungen nur den Definitivfrieden mit den Türken abwartete, um der Konsolidierung der neuen polnischen Verfassung tunlichst entgegenzuarbeiten, und die Gewißheit, daß Berlin dem Kräftigungsprozeß in Polen noch viel weniger abgewinnen konnte und nur aus Rücksicht auf den Kurfürsten Beifall klatschte, beflügelte die Staatskanzlei, gemeinsam mit den Polen in Dresden energisch auf eine rasche Annahme der Königskrone zu dringen und so die beiden anderen Partagemächte vor vollendete Tatsachen zu stellen, ohne daß Wien mit dem Verbündeten Rußland in einer Frage ernstlich die Klängen kreuzen mußte, die das "Fundamentalinteresse" Petersburgs auf das lebhafteste berührte und das Verhältnis der ohnedies auf Distanz gegangenen Alliierten auf eine harte Probe stellte (November 1791). Die polnische Diplomatie war nicht nur beunruhigt über die möglichen Folgewirkungen der russisch-schwedischen Allianz vom Herbst 1791, sondern ordnete auch durchaus das scheinbare Engagement der Zarin in der französischen Frage als Ablenkungsmanöver und damit als Instrument der russischen Polenpolitik ein; und Wien schien nach den Beobachtungen des französischen Botschafters, der seit Jahresende 1791 die polnische Krise prophetisch als schwere Hypothek für die Zukunft wertete, diese Befürchtungen zu teilen.

Dem Staatsinteresse Österreichs entsprach es nach Einschätzung der Staatskanzlei durchaus, wenn Polen nicht zuletzt durch eine Personalunion mit Sachsen und das Ende der ärgerlichen Wahlspektakel mehr Konsistenz gewann und sich künftig selbst gegen zu große Abhängigkeit von Preußen wie von Rußland wehren konnte. Statt des erkrankten Gesandten Graf Hartig wurde so im Dezember 1791 Cavaliere Landriani in die sächsische Hauptstadt geschickt, um dort ohne offiziellen Charakter den Kurfürsten im Sinne einer österreichischen "via media" zu bearbeiten. Das hieß einerseits Friedrich August in der Frage der Bindung des polnischen Königs an die Mehrheitsbeschlüsse des Reichstags zum Nachgeben zu bewegen, da dies die Machtbefugnisse eines Erbkönigs in bedenklichem Maße vergrößerte und nicht nur in Warschau, sondern v.a. auch in Petersburg auf lebhaften Widerspruch stoßen mußte, andererseits aber, was die in Dresden gewünschte Erblichkeit der Königskrone in der sächsischen Kurlinie betraf, die Zustimmung des Kaisers zu signalisieren. Die dauerhafte Ruhigstellung des Krisenherdes Polen war, so führte die Staatskanzlei in den Instruktionen für Landriani aus, ein wesentlicher Eckstein des kaiserlichen Friedenssystems: die polnische Frage durfte das in Arbeit befindliche Bündnis zwischen Österreich und Preußen und dessen Erweiterung durch Beitritt der wechselseitigen Verbündeten nicht trüben, indem sie altes Konkurrenzdenken wieder aufleben ließ. Alleine in der Umwandlung Polens in eine eigenständige Erbmonarchie mit einer wirklich handlungsfähigen Staatsspitze sah man in Wien eine echte Chance für die Konsolidierung der Republik. Dabei waren sich Kaiser und Staatskanzlei wohl bewußt, daß von den drei Partagemächten des Jahres 1772 Österreich die einzige Macht war, die wirklich kein Interesse an weiterem Landgewinn auf Kosten Polens hatte. Ganz anders Preußen, das sich nach Wiener Sicht nur mit Mühe unter den "premières puissances" Europas zu halten vermochte und dafür jedenfalls neuen territorialen Zugewinns bedurfte; diesen sich zu verschaffen, war eben in einem machtpolitischen Unterdruckgebiet wie Polen am leichtesten möglich. Für das territorial 1772 gesättigte Rußland ortete die Staatskanzlei andere Gründe für eine zu erwartende Opposition gegen die sächsische Lösung in Polen: Petersburg fürchtete den Beginn eines Prozesses, der Polen mit der Zeit über Gebühr stärkte, vielleicht bald zu einer Bedrohung Rußlands werden ließ, es jedenfalls in seiner europäischen Politik behinderte und am Ende gar wieder wie ein Sperriegel aus den europäischen Angelegenheiten ausschloß.

Die Überwindung der beunruhigenden Pattstellung in Dresden gelang auch der Mission Landriani nicht: Der Kurfürst schien viel mehr besorgt über die Entwicklung der französischen Frage und das Ansteckungspotential der revolutionären Ideen. Die Annahme des polnischen Angebotes, gegen die es auch in

⁶³⁾ Spielmann an Kaunitz (31. 8. 1791); Vortrag Kaunitz (20. 10. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 VIII-X). P.S. Kaunitz an Reuß (12. 11. 1791; StK DK Preußen 69 Konv. Weisungen 1791); Reuß an Kaunitz (26. 11. 1791; StK DK Preußen 69 Konv. Berichte 1791). Kaunitz an L. Cobenzl (12. 11. 1791; SA Rußland II Weisungen 176 Konv. Weisungen 1791; Druck: Vivenot 1, S. 282f).

Sachsen selbst Widerstand gab, kam solange nicht in Frage, solange sich nicht alle drei Nachbarmächte in befriedigender Weise zu dieser Variante und zum "changement total" der polnischen Verfassung geäußert hatten und die bekannten Abänderungswünsche des Wettiners nicht Berücksichtigung fanden⁶⁴).

In Petersburg, das sich bisher nicht zu dem von Wien schon im Mai 1791 geforderten Einverständnis herbeilassen wollte, hatte Kaunitz noch im November 1791 unter Offenlegung der österreichischen Polenpolitik einen weiteren Vorstoß unternommen, um die Zarin von der "Gründlichkeit" der österreichischen Polenpolitik zu überzeugen und unkoordinierte Aktionen Rußlands zu verhindern, die ein schlechtes Licht auf die Allianz warfen. Für russisches Mißtrauen sah die Staatskanzlei um so weniger Veranlassung, als die Interessen der beiden Kaiserhöfe in Polen nach Lesart der Staatskanzlei völlig übereinstimmten: Man mußte verhindern, daß sich Preußen zum Schaden der Republik weiter vergrößerte oder dort wieder übertriebenen Einfluß gewann, wie es sich etwa in dem ärgerlichen Projekt, dem niederländischen Neffen Friedrich Wilhelms II. das Herzogtum Kurland zu verschaffen, abzeichnete. Andererseits durfte Polen nicht durch zu beträchtliche innerliche Kräftigung zu einer echten Bedrohung der Nachbarn werden. Vor allem der erste Punkt lag Wien am Herzen und sollte daher auch dem russischen Verbündeten eingebleut werden: Das Anwachsen der Hohenzollern seit 1740 mußte auch im Konzept der Zarin eine Schwerpunktverlagerung von der bloßen Satellitisierung Polens hin auf eine Zurückdrängung des preußischen Einflusses bewirken, der nur auf eine weitere territoriale Ausgestaltung des preußischen Staates abzielte. In einer neuerlichen Polnischen Teilung aber, so mahnte die Staatskanzlei, konnte bloß Preußen gewinnen, und gleiches galt von der Instabilität in Polen, wie sie durch die alten polnischen Verfassungen notwendigerweise konserviert wurde. Ein anderer Punkt kam noch hinzu: Gelang in der Rzeczpospolita nicht bald eine Stabilisierung, so besorgte auch die Staatskanzlei - jedenfalls im Meinungsaustausch mit dem hier speziell sensiblen Rußland - die "Überhandnehmung der französisch-demokratischen Grundsätze". Eine Beschränkung der königlichen Gewalt durch den Reichstag und der Unabhängigkeitsgeist des polnischen Adels waren zwar nützliche Gegengewichte, durften aber nicht dazu führen, daß die Republik einen dauernden Reibungspunkt unter den Nachbarn bildete. Das Projekt einer Erbmonarchie behob diese Mißstände, bot aber doch Wien und Petersburg weiterhin gute Ansatzpunkte, um die widerstreitenden Elemente in Polen gegeneinander auszuspielen,

"die hochmüthigen und enthusiastischen Gedanken der polnischen Nation von selbständiger Politik, Entfernung alles fremden Einflusses, Errichtung eines zahlreichen Kriegsfusses, patriotischer Freigebigkeit in Bewilligung großer Auflagen etc.etc. bald wieder sinken zu machen und wie vorhin den unruhigen Streit- und Parteigeist dieser Nation auf innere Verwaltungsgegenstände und insonderheit auf eine eifersüchtige Widersetzlichkeit gegen die mindesten Autoritätserweiterungen des Königs zu heften".⁶⁵)

Die mühsame Einigung

Das Konzept des österreichisch-preußischen Allianzvertrags, das Anfang Januar 1792 als Verhandlungsgrundlage nach Berlin ging, enthielt zur "polnischen Frage" im wesentlichen die Bestimmungen des Präliminarvertrags vom Juli 1791, nur die begleitenden Instruktionen für Fürst Reuß zeigten das nun deutlich erhöhte Interesse der Wiener Politik an einer dauerhaften Ruhigstellung Polens in Äquidistanz zu den drei Nachbarmächten. Ein Idealzustand, den man den Preußen tunlichst schmackhaft machen wollte. Die Verfassungsreformen von 1791 markierten dabei auch für Österreich das non plus ultra an Konzessionswilligkeit, weiteren Fortschritten der polnischen "Enthusiasten und Demokraten" und einer übertriebenen

⁶⁴) Vorträge Kaunitz (25. 11., 11., 24. 12. 1791; StK Vorträge 149 Konv. 1791 XI-XII). Spielmann an Kaunitz (3. 11. [recte wohl Dezember] 1791; GK 406 Konv. E; Druck: Schlüter, Kaunitz, S. 89f) mit einem Aufsatz Kaunitz'. Die wesentlichen Stücke zur Mission Landriani in Dresden sind gesammelt in StK FriedA 75 Konv. Mission des Chevalier Landriani, vgl. besonders die Instruktion vom 11./12. 12. 1791 und den ersten ausführlichen Bericht Landrianis aus Dresden (30. 12. 1791). Leopold II. an Kfst von Sachsen (13. [12.] 12. 1791; StK FriedA 75 Konv. Mission Landriani/A; Druck: Beer, S. 249), Kfst von Sachsen an Leopold II. (30. 12. 1791; StK DK Sachsen HK 2 Konv. Kfst v. Sachsen a. d. Kaiser; Druck: Beer, Leopold, S. 250f). - Noailles an Montmorin (12. 11., 14., 21., 31. 12. 1791; AMAE CP Autriche suppl. 23).

⁶⁵) Kaunitz an L. Cobenzl (12. 11. 1792; SA Rußland II Weisungen 176 Konv. Weisungen 1791; Druck: Vivenot 1, S. 277-282).

Kräftigung der Rzeczpospolita mußte ein Riegel vorgeschoben werden, wollte man verhindern, daß auch in Osteuropa ein Krisenherd mit ansteckenden "Volksgrundsätzen" entzündet wurde. Nicht zuletzt dieses Argument sprach dafür, Polen keinesfalls länger sich selbst zu überlassen⁶⁶⁾.

In Preußen stieß man damit allerdings auf wenig Gegenliebe. Berlin wollte - mit Blick auf die ungewisse russische Haltung, wie es hieß - von einer förmlichen Approbierung der neuen polnischen Verfassung im Rahmen des Allianzvertrags mit Österreich nichts wissen und bestenfalls eine Garantieerklärung für die Freiheit und Unabhängigkeit Polens im allgemeinen abgeben; dies sei ja auch mit dem in Wien nun viel zu konkret ausgelegten Passus der Präliminarkonvention vom 25. Juli 1791 intendiert gewesen, obwohl hier nicht von 'une constitution', sondern von 'la libre constitution de Pologne' die Rede war. Ein Polen, das mit der Zeit vielleicht gar in die Lage kam, alle seine Ressourcen nach Art eines modernen Machtstaates auszuschöpfen, hielt man für einen bedenklichen Störfaktor, der keinem Nachbarn ins Kaikül passen konnte. Entsprechend allgemeine Formulierungen wünschte man sich daher auch für den Definitivvertrag, wo recht diffus nur von der Aufrechterhaltung der Freiheit und Unabhängigkeit der Adelsrepublik gesprochen werden sollte, Verfassungsgarantien aber unbedingt vermieden werden mußten. Auch Wien war letztlich nach dem Abschluß des Friedens von Jassy über die mögliche weitere Entwicklung der russischen Polenpolitik in Sorge und einigermaßen sicher, daß die Zarin gleichzeitig ihr Drängen in Wien und Berlin, die "französische Frage" einer Radikalkur zu unterziehen, nur deshalb so heftig gestaltete, um die beiden Konkurrenten im Westen zu beschäftigen und "alles in Polen Geschehene auf die eine oder die andere Art wieder über den Haufen zu werfen". Der preußische Widerstand gegen den vorgeschlagenen Aktionsplan in Polen sorgte so für erste Mißtöne in der nach 50 Jahren des wechselseitigen Belauerns und Bekämpfens ohnedies sensiblen neuen Freundschaft zwischen Berlin und Wien. Die Staatskanzlei jedenfalls war um Drohungen nicht verlegen: Erwies sich, daß Preußen einem allenfalls drohenden russischen Gegenschlag in Warschau mit unangemessener Schüchternheit begegnete, weil es gegen den selbstauferlegten Grundsatz der Mäßigung eine Vergrößerung auf polnische Kosten noch nicht aus den Augen verloren hatte, so wollte Wien sofort zu einer Unterstützung der russischen Polenpolitik zurückkehren, um jede Übervorteilung und speziell eine rigoros abgelehnte neuerliche Teilung zu verhindern: Polen war ein unentbehrliches Zwischenglied - modern gesagt: eine wichtige Pufferzone - zwischen den drei Großmächten Österreich, Rußland und Preußen. Berlin pflichtete durchaus bei, war aber trotzdem nicht bereit, aktiv für den Erhalt Polens einzutreten und so die Russen vor den Kopf zu stoßen. Warschau durfte sich nicht durch Österreich und Preußen geschützt glauben und unter allzu freundlichen Rahmenbedingungen lernen, seine potentiellen Machtmittel gegen seine Nachbarn (besonders das durch den Weichselhandel erpreßbare Preußen) zu gebrauchen. Ernstlich warnte die Staatskanzlei angesichts der aufziehenden Gewitterwolken davor, das alte System der gegenseitigen Schwächung insgeheim weiterzuführen, das Preußen und Österreich so schlecht bekommen war und nur den jeweiligen Verbündeten Großbritannien und Rußland zu einer übermächtigen Einflußnahme auf das politische System Berlins bzw. Wiens verholfen hatte.

Auch was die gegenseitige militärische Unterstützung im Falle innerer Unruhen betraf, wie sie im 2. Separatartikel des österreichischen Entwurfs vorgesehen war, gab es Schwierigkeiten. Das preußische Kabinettsministerium hielt Truppenverschiebungen zum Zwecke innenpolitisch motivierter Polizeiaktionen etwa nach Italien oder Belgien für zu umständlich und bestand zum Entsetzen des Staatskanzlers, für den hier "der wesentlichste Werth der Allianz" überhaupt lag, darauf, die Beistandsverpflichtungen auf die "deutschen" Provinzen der Vertragspartner (unter Ausschluß der Österreichischen Niederlande, Preußisch Westfalens und Preußisch Ostfrieslands) einzuschränken. Selbst der Hinweis der Staatskanzlei, daß die Österreichischen Niederlande Teil des Reichs waren, verfing nicht; die zur Abschreckung der Untertanen gedachte Festschreibung wechselseitiger Hilfe gegen innere Unruhen in Art. II des "acte séparé" wurde schließlich in einem geheimen Separatartikel des Allianzvertrags durch die von Preußen gewünschten Ausnahmeregelungen durchlöchert - ein wenig zufriedenstellender Kompromiß; und in der Polenfrage gelang es Fürst Reuß nur, den "Sinn" der Formulierung aus der Präliminarkonvention in das Vertragsinstrument herüberzuretten. Das Berliner Kabinettsministerium hatte nun seine Revanche für die Bischoffwerder im Juli 1791 entlockten Zugeständnisse, während die Staatskanzlei - zunehmend verbittert dar-

⁶⁶⁾ Leopold II. an Reuß (4. 1. 1792), Kaunitz an Reuß (4. 1. 1792); StK DK Preußen 71 Konv. 1792 Rescripte nach Berlin. Die Stücke sind fast vollständig gedr. bei Vivenot 1, S. 304-312.

über, daß man sich in Warschau und Dresden derart weitgehend für die sächsische Option exponiert hatte - in Petersburg auf eine Klärung der russischen Position drängte und klarstellte, daß eine Sanierung der Lage in Polen Voraussetzung für eine effiziente Intervention in Frankreich war⁶⁷).

Am 7. Februar 1792 wurde endlich in Berlin der Allianzvertrag unterzeichnet, in dem sich die ehemaligen Erbfeinde "amitié sincère et constante" versprachen und so "repos", "tranquillité publique" und "prosperité" der Untertanen fördern wollten. Die Verträge von Breslau, Dresden, Hubertusburg und Teschen wurden erneuert, wechselseitige Beistandsverpflichtungen gegen Angriffe dritter Mächte festgeschrieben und schließlich London, Den Haag, Petersburg und Dresden zum Beitritt eingeladen. Art. VIII des Vertragsinstruments sanierte das Provisorium vom Oktober 1791 in betreff der Reichsverfassung (vgl. oben). Berlin und Wien sagten einander zu "de veiller soigneusement à maintenir la constitution germanique dans toute son intégrité". Der eigentliche politische Schwerpunkt des Bündnisses lag in den ostensiblen Separatartikeln, in denen die entsprechenden Abmachungen des Präliminarvertrags von 1791 wiederholt wurden: 1. die Zustandbringung des vom Kaiser im Juli 1791 initiierten Konzerts "sur les affaires de France"; 2. "secours et assistance réciproque au cas que la tranquillité interne de l'un ou de l'autre de leurs états fût menacé de troubles". Der dritte Punkt galt den polnischen Angelegenheiten. Zwar hieß es auch jetzt noch, Österreich, Preußen und Rußland sollten in Hinkunft nicht mehr versuchen, einen Kandidaten aus ihren Häusern auf den polnischen Thron zu bringen - weder durch Heirat, was die sächsische "Option" im Spiel hielt, noch im Falle einer Rückkehr zum Wahlrecht. Von der Anerkennung der neuen polnischen Verfassung war nun aber nicht mehr die Rede - es gab nur die vage Aussicht, mit Rußland übereinzukommen, nichts gegen "l'intégrité et le maintien d'une libre constitution de la Pologne" zu unternehmen (statt 'de la libre constitution de Pologne' wie im Präliminarvertrag) und Einflußnahme auf die Besetzung des Königsthrons ausschließlich im dreiseitigen Einvernehmen auszuüben. Dieser Schlappe der österreichischen Polenpolitik ungeachtet eröffnete der Kaiser dem neuen Berliner Verbündeten in einer anderen, schon 1791 andiskutierten Frage durchaus freudige Aussichten: Fielen die Lausitzen nach einem allfälligen Erlöschen der sächsischen Kurlinie tatsächlich wieder an Österreich, so war Leopold II. zu dem von Preußen gewünschten "arrangement des limites" bereit, das die geopolitische Bedrohung der preußischen Kernlande durch diesen Rückerwerb minimierte (1. geheimer Separatartikel). Der 2. geheime Separatartikel hobschließlich, wie ausgeführt, die im 2. Separatartikel normierten Beistandsverpflichtungen in Fällen innerer Unruhen für die Österreichischen Niederlande und die preußischen Provinzen in Ostfriesland und Westfalen auf ("bien entendu toutefois que, si l'une des deux puissances était obligée, pour faire face à des troubles intérieurs survenus dans quelque partie de ses états à laquelle d'après l'explication ci-dessus l'assistance promise à l'article séparé numéro 2 ne s'étendrait pas, de dégarnir de ses troupes telle ou autre de ses provinces comprises sous cette stipulation, l'autre puissance, à la réquisition de la première, sera tenue d'y suppléer en remplaçant par ses troupes celles que la partie requérante aura été obligée d'en retirer").

Weniger wegen der Sache selbst - so die Staatskanzlei -, sondern wegen der möglichen bedenklichen Mutmaßungen, die sich aus dieser Ausnahmeregelung ergeben mochten, war man in Wien speziell daran interessiert, daß dieser Geheimartikel auch wirklich geheim blieb. Ähnelte der Widerspruch der Preußen in diesem Punkt nicht verdächtig der Haltung Londons, die das "so offenbar unschuldige und besonders bei den gegenwärtigen kritisch-epidemischen Umständen so wohlthätige" Beistandsabkommen zwischen Den Haag und Wien-Brüssel noch im Ansatz verhindert hatte? Preußen wies jeden diesbezüglichen Verdacht auf das schärfste zurück und verließ sich ganz auf die Wirkung des ostensiblen Separatartikels⁶⁸).

⁶⁷) Reuß an Kaunitz (10., 14., 22., 26. 1., 4., 6. u. 7. 2. 1792), Note des preuß. Kabinettsministeriums (13. 1. 1792); StK DK Preußen 70 Konv. Relationen aus Berlin 1792 Januar-Juni. Die Depeschen Reuß vom 22., 26. 1. u. 6. 2. 1792 sind bei Ranke (2. Aufl.), S. 268-274, abgedr. Kaunitz an Spielmann (28. 1. 1792; GK 406 Konv. E; Druck: Schlitter, Kaunitz, S. 91). Kaunitz an Reuß (25. 1. 1792)/Note à présenter und 5. und 6. P.S. Kaunitz an Reuß (27. 1. 1792). Kaunitz an L. Cobenzl (27. 1. 1792).

⁶⁸) Der Vertrag ist bei Neumann I, S. 470-475, abgedr., jedoch ohne die geheimen Separatartikel. Diese bringen Vivenot 1, S. 370f, und Ranke, Ursprung und Beginn (2. Aufl.) (mit Kommentar), S. 274-277. Vgl. Bittner, Chronologisches Verzeichnis 2, S. 47. Kaunitz an Reuß (20. 2. 1792; StK DK Preußen 71 Konv. 1792 Rescripte nach Berlin u. Sperrkonv.; fast vollständig gedr. bei Vivenot 1, S. 390-394). Reuß an Kaunitz (29. 2. 1792; StK DK Preußen 70 Konv. Relationen aus Berlin 1792 Januar-Juni) mit Note des Kabinettsministeriums (28. 2. 1792). - Noailles an Delessart (18. 2. 1792; AMAE CP Autriche suppl. 24).

1.5 Die unaufhaltsame Entwicklung Richtung Krieg

Das belgisch-französische Junktim

Dabei war und blieb der Benelux-Raum - gerade im Hinblick auf eine mögliche Konfrontation mit Frankreich - eine Krisenzone erster Ordnung, in der sich innere Unzufriedenheit in sonst nicht vergleichbarer Art und in durchaus ernstzunehmender Größenordnung mit jakobinischer Wühlarbeit zu einem bedenklichen Bedrohungsbild fügte. Beide Partner dieser unheiligen Allianz verfolgten dabei zum Schaden der bestehenden Herrschaftsverhältnisse ihre je eigenen Zielrichtungen: die Belgier etwa verstanden die französische Unterstützung als einzigen Hoffnungsträger für einen doch noch erfolgreichen Umsturz gegen Habsburg und die Franzosen destabilisierten durch Förderung der inneren Opposition einen wichtigen Außenposten Österreichs, der im Falle eines Krieges um so eher einem militärischen Schlag erliegen mußte.

Vor diesem Hintergrund war es denn auch nicht verwunderlich, wenn gerade die Verantwortungsträger in Brüssel die Unterstützungszusage des Kaisers an Trier vom Dezember 1791 als potentielle Schwächung der starken österreichischen Militärpräsenz und zusätzliche Provokation der Franzosen verurteilten und den Kurfürsten als Hauptverursacher der krisenhaften Wendung besser seinem eigenen Schicksal überlassen wollten.

Nicht aber in verstärkter Isolation, sondern in einer Bereinigung der französischen Frage sah Leopold II., überzeugt "que jamais nous ne finirons et n'aurons du repos aux Pays-Bas que quand les affaires de France seront finies et arrangées", auch den entscheidenden Lösungsansatz für eine Absicherung der instabilen Situation in Belgien. Seine Verpflichtungen als Reichsoberhaupt lieferten einen schicklichen Vorwand, zu Gegenrüstungen anzusetzen, das Mächtekoncert zu aktivieren und einstweilen durch deutliche Worte die offensichtlich zu Gewaltmaßnahmen aufgelegten Franzosen im Zaum zu halten. Erst für Frühjahr 1792 und gestützt auf eine größere Aktionsgemeinschaft konnte sich Leopold II. ein Mehr an Aktivität vorstellen, um den ärgerlichen "histoires" ein Ende zu bereiten. In dieser Anwärmphase war gerade in den Österreichischen Niederlanden eine Regierung mit harter Hand angezeigt. Ein im Januar 1792 in Brüssel aufgeflogenes Komplott der Gruppe unter Béthune-Charost führte trotz der Beschränkungen durch die Brabanter Verfassung und gegen den Protest der Stände zu Verhaftungen und einer insgesamt restriktiveren Atmosphäre; auch unter den in Belgien stationierten Truppen, ja selbst im Reich argwöhnte man - jetzt mit mehr Berechtigung als in vergangenen Jahren - französische Korruptionen unter Führung prominenter Revolutionäre am Werk.

Im Januar/Februar 1792 traf man daher in Belgien Vorbereitungen, um mit den vorhandenen 45/50.000 Mann einen eventuellen Schlag der zahlenmäßig überlegenen Franzosen im Ernstfall auch ohne weitere Verstärkung zu parieren. Die Generalgouverneure sahen einen bewaffneten Konflikt mit Frankreich längst als unvermeidlich an und glaubten nicht recht an die Möglichkeit, die Franzosen noch bis zur Bildung eines Konzerts der Mächte hinhalten zu können. Nicht nur die unterschiedlichen Stärkeverhältnisse, auch die Tatsache, daß Joseph II. den belgischen Festungsgürtel hatte niederlegen lassen, erwies sich nun als gravierendes Manko der Österreicher, das die Disziplinlosigkeit und Unordnung bei den Franzosen - durch Fanatismus leicht kompensierbar - nicht wirklich aufzuwiegen vermochte. Am meisten irritierte freilich die perniziöse Außenwirkung des französischen Beispiels - gerade auf Belgien - die Zukunftsprognosen in Brüssel; hier machte Frankreich das zum Teil wett, was die Revolution an "regulärem" Machtpotential gekostet hatte, und behielt so im europäischen Mächtesystem eine nicht zu vernachlässigende negative Kraft; "ce désir de l'égalité et indépendance qui règne généralement dans toutes les classes des hommes dans le siècle présent, ceci me fait trembler", schrieb Marie-Christine Ende Januar 1792 ihrem Bruder Leopold II. nach Wien. Die Staatskanzlei verwarf die vom Generalgouvernement angeregte, prinzipiell für nötig befundene Reformierung der belgischen Repräsentativsysteme, riet zu strengerer Polizeiaufsicht und exemplarischer Bestrafung jener, die gefährliche Brandschriften verfaßten oder verbreiteten. Selbst die bisher zur Verwunderung vieler geduldete, ja geradezu geförderte Société des amis du bien public der Vonckisten mußte allmählich diese Klimaveränderung zu spüren bekommen. Privatleute durften in Krisenzeiten, so hieß es seit Dezember 1791 aus Wien, wo man die "démocrates modérés" viel skeptischer beurteilte als in Brüssel, nicht länger das Recht haben, sich in Regierungsangelegenheiten einzumischen und Fragen der Gesetzgebung und Verfassung öffentlich mitzudiskutieren oder Reformen einzu-

mahnen. Schon gar nicht ein Personenkreis, der eine ähnliche Ideologie vertrat wie jene, die für die Katastrophe in Frankreich verantwortlich zeichneten, und mit diesen gefährliche Kontakte knüpfte. Bei aller ideologischen Gegensätzlichkeit zwischen konservativen Statisten und progressiveren Vonckisten schien man sich, wie die Generalgouverneure befürchteten, in einem gefährlichen Bestreben einig: die souveräne Macht auf die eine oder andere Weise zu beschränken oder ganz zu beseitigen.

Eben zu diesem Zwecke fanden sich, wie bereits erwähnt, im Januar 1792 unter Federführung Edouard de Walckiers' Lütticher und belgische Patrioten in Paris in einem "Comité général des Belges et Liégeois unis" zusammen: Die Vertreibung der Tyrannen und eine geeinte belgisch-lüttichische Republik waren das erklärte Ziel dieser Bewegung, die im Kreise der Brissotins/Girondisten eifrige Unterstützung fand⁶⁹).

Notenkrieg

Angesichts der - spät aber doch - von österreichischer Seite nachgetragenen Erläuterungen zum Office vom Dezember 1791 und der schrittweisen Zusagen des Kurfürsten von Trier betrachtete auch das französische Außenministerium den eigentlichen Anlaßfall der winterlichen Krise als saniert. Über den Anlaßfall hinaus hatte die Sache nun aber Eigendynamik entfaltet. Die beiden Noten der Staatskanzlei - Außenminister Delessart hütete sich wohl, jene vom 5. Januar 1792 der Nationalversammlung mitzuteilen und so weiter Öl ins Feuer zu gießen - entwarfen bekanntlich zur Einschüchterung Frankreichs bewußt das Schreckbild einer europäischen Koalition, die in Paris nur als gefährliche Drohung aufgefaßt werden konnte. Während die Deputierten in bewußter Radikalität den österreichischen "Verbündeten" ultimativ zu einer Offenlegung seiner Absichten oder aber zum offenen Bruch der ungeliebten Allianz von 1756 aufforderten, war Außenminister Delessart, durchaus gegen den Strom der Zeit, zur Beibehaltung des "système de 1756" geneigt und entsprechend bemüht, die aufsehenerregenden Missionen Talleyrands nach London bzw. Ségurs nach Berlin zu rechtfertigen, erwartete er sich doch von Wien weiterhin ein Mahnen zu Vorsicht und Besonnenheit. Das diffizile und entsprechend mißverständliche Agieren des Kaisers zwischen den Extremen einer noch unausgegorenen Frankreichpolitik überforderte die Geduld des französischen Gegenüber, das auch mit dem verwirrenden Bemühen der österreichischen Politik, die Konzertdrohung als keineswegs gegen die neue französische Konstitution gerichtet zu relativieren, wenig anzufangen wußte. Die k.k. Diplomatie wieder, verwirrt durch die verschiedenen Zungen, mit denen Frankreich sprach, war nicht länger bereit, die französische Zusammenarbeit mit den belgischen Emigranten in Nordfrankreich oder die Brandreden der Kriegspartei in der Nationalversammlung als vernachlässigbare Ausritte erhitzter Köpfe zu tolerieren, die - so die französischen Beteuerungen - nicht mit der Linie des offiziellen Frankreich verwechselt werden durften; wie zur Bestätigung folgte das Veto des Königs gegen das von der Nationalversammlung am 25. Januar 1792 vorgeschlagene Ultimatum an den Kai-

⁶⁹) Marie Christine an Leopold II. (1., 5., 10., 13. 1., 7., 14., 16. 2. 1792; Druck: Schlitter, Marie-Christine, S. 225-235, 241f, 246-255), Albert von Sachsen-Teschen an Leopold II. (26. 1., 8. 2. 1792; Druck: Schlitter, Marie-Christine, S. 237-241, 242-245), Marie-Christine an Leopold II. (7., 21., 30. 1., 6. 2. 1792; Druck: Wolf, S. 288-291, 298-302, 308-310, 318-320), Leopold II. an Marie-Christine ([4.] 1. 1792; Druck: Wolf, S. 292-295, Beer, Leopold, S. 220-221 [beide Male falsch datiert 1791]), dto. (10., [12.], 16., 18., [ca. 24.] 1., 7. 2. 1792; Druck: Wolf, S. 296-298, 302f, 306). Kaunitz an Metternich (21. u. 29. 12. 1791, 9. 1. 1792; Belgien DD A Weisungen 67 u. 68); Metternich an Kaunitz (3., 14., 19., 22. 1., 9., 13., 15., 17. 2. 1792), Generalgouverneure an Leopold II. (20. 1., 19. 2. 1792); Belgien DD A Berichte 324, 326, 327. Blumendorf an Mercy (20. 1. 1792 u. Beilage, 23. 1. 1792); SA Frkr. Varia 46 Konv. Blumendorf-Mercy 1792; Druck: Hubert, S. 41-56. HKR an RVK (28. 3. 1792) mit Beilagen: RK RkgF 3-5. - Lagravière an Delessart (25. 1., 5., 8., 9., 14., 15. 2., 1. 3. 1792; AMAE CP Pays-Bas espagnols/autrichiens 182). - Zur Bekämpfung Béthune-Charosts und der "amis du bien public" vgl. Zeissberg 1, S. 204-221. Das radikalere Comité in Paris stand nicht nur mit den "Béthunisten", sondern auch mit den gemäßigeren Kräften um Vonck in Lille in Konkurrenz. Vgl. etwa Lee, S. 122ff. Der Truppenstand in Belgien wird für Januar 1792 unterschiedlich, am verlässlichsten aber mit ca. 51.000 Mann angegeben, doch betrug die effektive Dienststärke nur ca. 42.000 Mann mit 147 Geschützen. Davon konnten maximal 35.000, nach anderen 25.000 Mann für den Felddienst freigemacht werden. 2.000 Mann standen immer noch in Lüttich: k.u.k. Kriegsarchiv, Kriege unter der Regierung des Kaisers Franz. Krieg gegen die Französische Revolution 1792-1797. 2; Feldzug 1792 (Wien 1905) 9-14, hier S. 9, Zeissberg 2, S. 71.

ser⁷⁰⁾.

Die offizielle französische Diplomatie wählte denn auch anders als von der Nationalversammlung gewünscht einen behutsameren Weg, um mit Österreich ins Reine zu kommen (Januar 1792). Über Botschafter Noailles, dem Delessart in einer großen vertraulichen Depesche sein Herz ausschüttete, sollte noch einmal an die Vernunft des österreichischen Verbündeten appelliert werden, die primär von den Emigranten angefachte unruhige Situation in Frankreich nicht noch durch das leichtfertige Spiel mit einer drohenden europäischen Liga unter österreichischer Führung weiter anzuheizen. Die alte und umstrittene Idee, auf einem internationalen Kongress die französische Verfassung zur Diskussion und damit letztlich auch zur Disposition zu stellen, widersprach eklatant dem Wunsch der Bevölkerungsmehrheit und schien ohnedies durch das Gesetz vom 14. Januar 1792 hinfällig, das verfassungswidrige Verhandlungen mit dem Ausland und insbesondere den Versuch, eine Modifikation der Konstitution herbeizuführen, zur "crime de lèse-nation" erklärte. Die Verfassung hatte - auch nach Einschätzung des französischen Außenministers - für viele Franzosen bereits den Stellenwert einer Art Ersatzreligion erlangt, für deren Verteidigung sich auf entsprechenden Enthusiasmus in der Bevölkerung zählen ließ. Über Botschafter Noailles wollte Delessart dem Wiener Gegenüber nun Ende Januar 1792 eine regelrechte Wunschliste vorlegen lassen, durch deren Erfüllung die beängstigend gewachsene Kriegsgefahr noch abgebaut werden konnte. Dies meinte v.a.

- eine noch deutlichere Distanzierung des Kaisers von der Sache der Exilfranzosen, die sich seit der feierlichen Annahme der Verfassung durch den König endgültig selbst ausgegrenzt hatten, und ein Bekenntnis zum Frieden und zur Allianz von 1756. Denn selbst eine vielleicht mögliche Niederringung Frankreichs schadete in letzter Instanz nur dem österreichischen Bündnissystem. Einzig England würde vielleicht - so der französische Außenminister in seiner zwischen Selbstbewußtsein und Lamento schwankenden Depesche - durch einen Überfall auf die französischen Kolonien profitieren. Die Englandmission Talleyrands und die Entsendung Ségurs nach Berlin aber erhielten in der Darstellung des Außenministeriums, das offensichtlich im Gegensatz zum linken Flügel der Nationalversammlung seine anglophobe Grundhaltung keineswegs aufgegeben hatte, primär den Charakter einer Warnung an den österreichischen Alliierten und mehr noch einer puren Finte, die den König gegen den Vorwurf unstatthafter Österreicherhörigkeit sicherstellen sollte.
- einen gelasseneren Umgang mit den publizistischen Eskapaden einiger französischer Wirkköpfe, die selbst zur Blütezeit des französischen Absolutismus nie vollständig unterdrückt werden konnten und ohnedies nicht würdig waren, die zwischenstaatlichen Beziehungen maßgeblich zu beeinflussen. Gerade im Kriegsfall aber mußte die Gefahr einer systematischen Verbreitung der französischen Doktrin für Deutschland und Belgien gefährliche Ausmaße annehmen.
- eine befriedigende Erklärung zu der in den letzten Wiener Noten angesprochenen Wiederaufnahme der Konzertpläne Leopolds und ein deutliches Bekenntnis, sich nicht in französischen Interna mischen zu wollen.

Delessart sparte dabei nicht mit guten Ratschlägen, wie der Kaiser seine bisherigen Meriten um eine Beruhigung der Lage in Frankreich und sein - bei näherer Betrachtung - durchaus objektives Verfahren mit den Emigranten zu Propagandazwecken in die Waagschale werfen konnte, um das von vielen bereits als aufgelöst betrachtete "système autrichien" vor dem unwiederbringlichen Zerfall zu retten. Die neue Linie

⁷⁰⁾ Delessart an Noailles (7. 1. 1792; AMAE CP Autriche 363); Delessart an Bigot de Ste Croix (7. 1. 1792; - frz. Kommunikat SA Frkr. Varia 46 Konv. Frkr. Varia 1792 I-V). Noailles an Delessart (20. 1. 1792/I+II; AMAE CP Autriche suppl. 24). Blumendorf an Kaunitz (31. 1. 1792; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1792), an Mercy (27., 30. 1. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Blumendorf-Mercy 1792 I-IX; Druck: Hubert, S. 56-67). - Auszüge aus Meldungen Blumendorfs und v.a. Stadios (24., 27., 31. 1., 3., 10., 17. 2., 20. 3. 1792) zur Mission Talleyrands bringt Schlitter, Marie-Christine, S. 335-340 Anm. 277. Talleyrand berichtete dem Comité Diplomatique nach seiner Rückkehr im März 1792 von günstigen Signalen, die er in London empfangen hatte: englische Neutralität für den Fall einer bewaffneten Auseinandersetzung mit Österreich war so gut wie sicher, ein Allianzvertrag - etwa gegen Abtretung von Tobago - nicht auszuschließen: AN F 7 4395 - Comité Diplomatique Procès-verbaux (14./15. 3. 1792); Blumendorf an Kaunitz (17. 3. 1792; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1792).

Wiens seit Dezember 1791 jedenfalls schien dafür alles andere als geeignet und gab bestenfalls den Emigrantenführern in Koblenz Zuversicht⁷¹⁾.

Das Pariser Außenministerium wiederum zeigte sich im Gegenzug bereit, die Sache der gekränkten Reichsstände durch einen Kompromiß zu lösen. Das kaiserliche Schreiben an Ludwig XVI. - eine eindeutige Aufforderung, sich nicht länger über völkerrechtliche Verbindlichkeiten hinwegzusetzen - war kurz vor Weihnachten 1791 von Blumendorf übergeben und noch am 24. Dezember 1791 der Nationalversammlung vorgelegt worden. Mit der Ratifikation des Reichsgutachtens durch den Kaiser sah sich Frankreich der bisher stark forcierten Möglichkeit, durch Separatverhandlungen mit einzelnen Reichsständen einem argen Dilemma zu entkommen (mit Salm und Löwenstein war man bereits auf gutem Weg), beraubt. Andererseits hatte das bekannte Dekret vom 14. Januar 1792 einer Durchlöcherung der französischen Verfassung im Elsaß und in Lothringen im Sinne einer restitutio in integrum der Betroffenen eine deutliche Absage erteilt. Es blieb ein kurioser und in Wien mit bitterer Ironie kommentierter Ausweg: die Entschädigung der Reichsstände durch Ankauf von gleichwertigen Territorien in Deutschland (etwa aus den schwäbischen Besitzungen des Kaisers), Böhmen oder Polen! Zur sach- und fachgerechten Behandlung der Entschädigungsfrage sollte nun ein guter Kenner der Reichsverfassung François Barbé-Marbois (1745-1837), ehemaliger Legationssekretär u.a. in Regensburg, dann Generalkonsul in den Vereinigten Staaten, zuletzt Intendant von Santo Domingo und jüngst zum neuen französischen Vertreter beim deutschen Reichstag ernannt, nach Wien entsandt werden und für die Ausgleichsbemühungen Frankreichs werben. Auf Befehl Marie-Antoinettes mußten Mercy und Blumendorf die Mission Marbois' sofort als eine von den Tuileries nur äußerlich approbierte und daher unbeachtliche Initiative der Nationalversammlung desavouieren⁷²⁾.

Während Noailles in Wien noch Anfang Februar 1792 die Aufträge seines Ministers erfüllte und die Staatskanzlei zur Sanierung der obwaltenden Mißverständnisse und Unklarheiten einlud, sorgte schon die von Ludwig XVI. mit Mühe abgewehrte Initiative der Versammlung, den Kaiser ultimativ zu einer verbindlichen Erklärung aufzufordern, für neuerliche Verstimmung. Auch in Österreich wußte man die tatsächlichen Machtverhältnisse zwischen Exekutive und Legislative korrekt einzuschätzen und richtete sich nun bei der entsprechenden Reaktion auf die Anträge der französischen Diplomatie nicht nach deren gemäßigt-freundlichen Äußerungen, sondern nach den unfreundlichen Deklamationen der Brissotins in der Nationalversammlung. Mehr als 14 Tage dauerte es, bis endlich die bislang schärfste Note der Staatskanzlei zur Approbierung durch den Kaiser vorlag und in Form einer ostensiblen Weisung an den k.k.

⁷¹⁾ Delessart an Noailles (16./21. 1. 1792; AMAE CP Autriche 363; Druck: Goetz-Bernstein, S. 415-427), begleitendes Partikularschreiben (21. 1. 1792; AMAE CP Autriche suppl. 24); Noailles an Delessart (21. und 28. 1. 1792; AMAE CP Autriche suppl. 24); Bigot de Sainte-Croix an Delessart (22. und 23. 1. 1792); AMAE CP Autriche 363. Aus der großen Depesche Delessarts vom 16. 1. 1792 fertigte Noailles einen "Extrait communiqué confidentiellement de la lettre de Monsieur de Lessart" für Kaunitz an (SA Frkr. Varia 47 Konv. Delessart-Noailles; Druck: Vivenot I, S. 380-385). Delessart an Noailles (21. 1. 1792; - frz. Kommunikat RK RkgF 3-5) mit "Loi qui déclare infâme, traître à la patrie & coupable du crime de lèse-nation tout François qui pourroit prendre part à aucune médiation tendant à modifier la Constitution française" (14. 1. 1792; Druck). - Vgl. auch Glagau, S. 136-147, Clapham, S. 160-182. Zu brit. Interesse an den frz. Zuckerinseln siehe David Geggus, The British Government and the Saint Domingue Slave Revolt. In: EHR 96 (1981) 285-305 u. Michael Duffy, Soldiers, Sugar and Seapower. The British Expeditions to the West Indies and the War against Revolutionary France (Oxford 1987).

⁷²⁾ RVK an Blumendorf (6. 12. 1791, 4., 7. u. 23. 1. 1792), Blumendorf an RVK (31. 12. 1791, 20. 1. 1792); RK RkgF 3-5. Noailles an Kaunitz (2. 1. 1791; SA Frkr. NW 14 Konv. Von d. frz. Botschaft/von Noailles). - "Note sur la façon d'agir du baron [!] de Blumendorf" ([Herbst 1791]; SA Frkr. Varia 46 Konv. Frkr. Varia 1792 I-V), Blumendorf an Kaunitz (28. 12. 1791, 18., 19. u. 31. 1. 1792; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1791 VII-XII bzw. 1792), an Mercy (23., 27. 1. 1792). Mercy an Kaunitz (23. 1. 1792). Wiener Zeitung vom 11. 1. 1792. - Delessart an Noailles (23. 12. 1791, 23. 1. 1792); AMAE CP Autriche 362 u. 363; Delessart an Béranger (23. 12. 1791), Béranger an Delessart (11. 1. 1792); AMAE CP Allemagne 663 bzw. 666. Bis zur Ankunft Marbois' wurde ein Neffe Bérangers, Béranger de Burck, zum Legationssekretär und geschäftsführenden Agenten in Regensburg bestellt: Delessart an Béranger neuve bzw. an Béranger (4. bzw. 21. 2. 1792; AMAE CP Allemagne 666); Auerbach, France, S. 447, 450. Die Instruktion für Marbois bei Bertrand Auerbach (Hrsg.), Recueil des instructions données aux ambassadeurs et ministres de France 18: Diète germanique (Paris 1912) 375-383. Zur Frage zoll- und handelspolitischer Sanktionen des Reichs gegen Frankreich und einer entsprechenden kurpfälzischen Initiative vgl. übrigens Kaunitz an Schlick u. Lehrbach (7. und 28. 12. 1791; StK DK Reich Weisungen 251 Konv. Weisungen an Schlick). Fürst Konstantin von Salm-Salm kam Anfang 1792 um die kaiserliche Erlaubnis zum Austausch seines reichslehenbaren Fürstentums ein, die auch erteilt wurde: RVK an Leykam (26. 2. 1792; RK Weisungen a. d. Prinsipalkommission 13b). Er hatte Senones bereits im Sommer 1791 verlassen, der Zusammenhang des Fürstentums Salm mit dem Reich sich längst auf Null reduziert. - AN F 7 4395 - Comité Diplomatique Procès-verbaux (27., 30. 1. 1792). AP 36, S. 352-356 (Vorlage des ksrll. Schreibens).

Geschäftsträger in Paris zur weiteren Verwendung beim französischen Außenministerium abging: es war mehr eine Antwort auf das vom Allerchristlichsten König abgewiesene Dekret der Assemblée Nationale denn auf die freundliche Anregung Delessarts. Bis die Staatskanzlei mit ihren Arbeiten zu Ende gekommen war, herrschte freilich große Unsicherheit über die mögliche Reaktion Wiens. Botschafter Noailles konnte sich auf die widersprüchlichen Äußerungen der österreichischen Spitzenbeamten, auf die Rüstungen und Truppenverlegungen bei gleichzeitigen Anzeichen großer Friedenswilligkeit keinen Reim mehr machen. Bei den Mitgliedern der Geheimen Konferenz - besonders bei dem stets von französischen Emigranten umschwirrten Oberstkämmerer Fürst Rosenberg - ortete der Diplomat Mitte Februar 1792 verstärkt Bereitschaft, den französischen Zumutungen deutlich zu antworten und sich auf einen Defensivkrieg vorzubereiten⁷³).

Die ostensible Weisung der Staatskanzlei für Blumendorf (17. Februar 1792) versuchte nun auf offizieller Ebene mit großem Publikum das, was die Antwort auf das Mémoire der Königin bereits Ende Januar 1792 gegenüber dem Triumvirat für einen kleinen Kreis an Eingeweihten skizziert hatte: die Einschüchterung der Jakobiner, die Bloßstellung ihrer Kunstgriffe und die moralische Unterstützung der "gutgesinnten" und "vernünftigen" Franzosen, mit denen sich der Kaiser solidarisierte. Zu diesem deutlichen Schritt, den die Rückendeckung durch die Defensivallianz mit Preußen wesentlich erleichterte, zwang z.T. die Tatsache, daß Außenminister Delessart der Nationalversammlung das Office vom 5. Januar und die mündlichen Unterstützungserklärungen des preußischen Gesandten in Paris von der Goltz vorenthalten und so eine rechtzeitige Dämpfung der Kriegspartei durch eine damals noch relativ diplomatische Politik der Einschüchterung verhindert hatte. Nun wurde durch unbedingtes Insistieren auf größtmögliche Publizität sichergestellt, daß die drohenden Worte auch wirklich den Adressaten erreichten und so nicht wieder wirkungslos verpufften.

Nicht der Kaiser war es nach Darlegung der Staatskanzlei, der Kurs Richtung Krieg steuerte, sondern jene "secte pernicieuse" in Frankreich, die durch unerträgliche Provokationen auch den friedliebenden Leopold aus seiner defensiven und nachgiebigen Politik herauslocken wollte: die Jakobiner. Ihnen als den wahren Feinden von Ruhe und Ordnung galt es in aller Deutlichkeit die Maske vom Gesicht zu reißen. Die Jakobiner und ihre Politik der enormen französischen Hochrüstung an den Ostgrenzen und nicht die nur wenige tausend Köpfe zählenden Emigranten, die von keiner europäischen Macht - am wenigsten von Österreich - in ernstzunehmendem Maße unterstützt, sondern vielmehr knapp am Zaum gehalten wurden, gefährdeten den Frieden in Europa und erweckten die im November 1791 nach Beruhigung der innerfranzösischen Lage suspendierten Konzertbemühungen zu neuem Leben. Die "anarchie populaire", die schlimmste Staatskrankheit, bedrohte nicht alleine Frankreich, sondern im Wege der Ansteckung auch die übrigen Länder des Kontinents. Der mit den tragenden Bauteilen der französischen Verfassung des Jahres 1791 im Grunde völlig inkompatible und dennoch von der Nationalversammlung zunehmend Besitz ergreifende "parti républicain", der an den Grundfesten der französischen Monarchie rüttelte und mangels Mehrheitsfähigkeit den Großteil der Nation durch Anarchie und harte Intoleranz im Inneren und nach Möglichkeit durch Krieg nach außen in seinen Bann schlagen wollte, rief ja selbst bewußt die europäischen Mächte zum Schutz der öffentlichen Ruhe und Sicherheit auf den Plan und arbeitete nach Kräften daran, Gleichmut und Großzügigkeit der europäischen Höfe bis zum äußersten zu strapazieren. Nicht bloß durch die Konzentration von unverhältnismäßig großen Truppenkörpern oder durch unverschämte Ultimaten wie jenes vom 25. Januar 1792, sondern mehr noch durch die mehr oder weniger ungeschminkten Versuche, auch Untertanen im Ausland - besonders in den Österreichischen Niederlanden - zur Rebellion gegen ihren rechtmäßigen Souverän anzureizen. Dieser Übeltaten zum Trotz gedachte Leopold II. sich bei aller Bereitschaft zur Abwehr eines Schlags gegen das Reich keinesfalls aus der Reserve locken zu lassen. Denn für ihn bestand kein Zweifel daran, daß der "parti frénétique" als antimonarchischer und daher verfassungsfeindlicher Staat im Staate nie mit der Zustimmung der Mehrzahl der Franzosen - der "partie saine et majeure" - oder des Königs rechnen konnte. Als Rückhalt für diese beiden Hoffnungsträger der Nation gegen die "constitutionswidrigen Ruhestörer" wollte man ein eventuelles Konzert der Mächte verstanden wissen.

⁷³) Delessart an Noailles (29. 1. 1792; AMAE CP Autriche 363; Druck: Goetz-Bernstein, S. 427-430); Noailles an Delessart (1. 2. 1792; Druck: Goetz-Bernstein, S. 430-432), dto. (4., 8., 15. 2. 1792); AMAE CP Autriche suppl. 24. Die Initiative der Nationalversammlung (25. 1. 1792) als frz. Kommunikat übrigens in SA Frkr. Varia 46 Konv. Frkr. Varia 1792 I-V, mit der Antwort des Königs vom 28. 1. 1792 (Druck).

Botschafter Noailles zeigte sich über die unerwartet heftige Reaktion Wiens betroffen. Verständlicherweise ging er davon aus, daß die nun sehr unverblümete Sprache der Österreicher auch den Versuch darstellte, einen für Wien gleichfalls unerträglichen Schwebestand so oder so, jedenfalls aber eindeutig zu beenden. Vielleicht wollte sich der Kaiser, eine "guerre déclarée" einer "paix trompeuse" vorziehend und gerade mit Blick auf Belgien, so aus einem längst geführten Guerillakrieg befreien, sich gar von Frankreich den Krieg erklären lassen, auch wenn militärisch - sah man von Belgien ab, wo man für Anfang März 1792 bereits mit einem Schlag rechnete - noch keine nennenswerten Vorkehrungen für den Ernstfall getroffen worden waren⁷⁴).

Ohne sich übermäßig zu kompromittieren und der Tätigkeit des projektierten europäischen Konzerts vorzugreifen, hatte man wieder einmal selbstlos - so die Überzeugung der Staatskanzlei - für das allgemeine Reichsbeste gesorgt und setzte sogleich Worte in beliebig auslegbare Taten um, indem man die Entsendung der 6.000 Mann mit 16 Geschützen nach Vorderösterreich in erster Linie als Unterstützung der Verteidigungsanstalten des Schwäbischen Kreises verstanden wissen wollte. Nicht die mächtigeren Reichsstände glaubte man in Wien von einem Angriff französischer Horden bedroht, sondern primär die kleinen Territorien, in denen sich gleichzeitig gefährlicher Druck von innen manifestierte, so daß sie nicht nur des Schutzes gegen französischen Pöbel, sondern auch gegen die eigenen Untertanen benötigten, "die hie und da sehr mißvergnügt mit ihren Herrschaften und Obrigkeiten sind". Im Gegenzug erwartete Wien, daß die Reichsstände Frankreich nicht unnötig reizten, im eigenen Interesse die konflikt-dämpfende Politik Leopolds nicht gefährdeten und so die Gefahr innerer Unruhen noch selbst vergrößerten. Das bedeutete auch eine Fortsetzung der bisherigen Emigrantenpolitik und eine strikte Beschränkung kaiserlicher Hilfszusagen auf jene Reichsstände, die Frankreich keinen Anlaß zu Beschwerden gaben. Wer daher bewaffnete Emigrantenverbände auf seinem Territorium tolerierte, tat dies auf eigene Gefahr und konnte auf die preußisch-österreichische Achse als "Schutzwehr für die Reichsstände" nicht zählen. Die Politik der vorsichtigen Einschüchterung und das bemühte Versprühen von nur z.T. ehrlichem Optimismus im Kampf gegen die Ansteckungskraft der französischen Doktrin sind in einer Weisung der Staatskanzlei an den vorderösterreichischen Regierungsrat von Greifenegg von Ende Februar 1792 gut zusammengefaßt:

"Man muß keine Gelegenheit verabsäumen, den Franzosen über dem Rhein, ich meine jenen von der tollkühnen Parthey, mit größter Kaltblütigkeit wohl begreiflich zu machen, daß man gegen ihre großsprecherische Drohungen durch bereite wirkliche Macht und gegen ihre elenden Verführungskünste durch kluge und gerechte Staatsverwaltung sattsam gesichert ist und ihr sophistisches Blendwerk, mit dem man die erhitzte Einbildungskraft leichtfertiger Leute täuschen kann, auf den deutschen, mit gesundem Verstand begabten und von seiner Obrigkeit anständig behandelten Bürger und Bauern gar keinen Eindruck machen wird, wenigstens man in den Staaten Seiner Majestät dießfalls verlegen zu seyn keine Ursache hat."⁷⁵)

⁷⁴) Noailles an Kaunitz bzw. an Ph. Cobenzl (7. u. 13. 2. 1792): SA Frkr. NW 14 V. d. frz. Botschaft/von Noailles; Ph. Cobenzl an Noailles (13. 2. 1792), Noailles an Delessart (14. 2. 1792): AMAE CP Autriche suppl. 24. Vortrag Kaunitz (14. 2. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 I-II) mit "Extrait communiqué ...", Kommunikat Noailles' (7. 2. 1792) u. der österr. Reaktion auf die Anwürfe durch ostensible Weisung an Blumendorf (17. 2. 1792). Diese frz. Weisung mit dt. Nachschrift auch in SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Blumendorf 1792 I-II; Druck: Vivenot 1, S. 372-379, incl. Beilagen. Kaunitz an Noailles (19. 2. 1792; SA Frkr. NW 14 A. d. frz. Botschaft/an Noailles, O AMAE CP Autriche suppl. 24; Druck: Vivenot 1, S. 385f), Noailles an Kaunitz (20. 2. 1792; SA Frkr. NW 14 V. d. frz. Botschaft/von Noailles) u. an Delessart (20., 22., 25., 27. u. 29. 2. 1792; AMAE CP Autriche suppl. 24). Die Weisung an Blumendorf mit den Beilagen und weiteren Stücken ist dem Wunsch der Staatskanzlei nach maximaler Publizität entsprechend in zeitgenössischen Drucken, offiziellen wie inoffiziellen, (z. B. "Office de l'Empereur ... tiré d'une feuille de Paris", Paris-Brüssel [1792], "Réponse de l'Empereur aux explications demandées par le Roi au sujet de l'office du 21 décembre" usw.) verbreitet worden. Vgl. SA Frkr. DS 9, AMAE MD Autriche 46. Leopold II. an Marie-Christine (18. 2. 1792; Druck: Schlitter, Marie-Christine, S. 255-258), Marie-Christine an Leopold (25.-28. 2., 1., 3. u. 7. 3. 1792; Druck: Schlitter, Marie-Christine, S. 259-270, 271-275). Leopold II. an Max Franz von Köln (18. 2. 1792; FA FK A 26 Konv. Max Franz-Leopold II.; Druck: Schlitter, Marie-Christine, S. 344-346 Anm. 285). - Graf Zinzendorf berichtet in seinem Tagebuch von heftigen Deklamationen des bisher sehr trockenen Staatskanzlers gegen die Nationalversammlung: KA NL Zinzendorf TB 37 (22. 2. 1792). Auch Mercy in Brüssel zeigte Anfang März 1792 kriegerische Miene: Klinckowström 2, S. 11f (Journal, 8. 3. 1792). - Keith an Grenville (17. 2. 1792; Druck: Gillespie Smyth 2, S. 500-502). - Glagau, S. 168-177.

⁷⁵) Kaunitz an Seilern/Borié (18./19. 2. 1792; StK Regensburg Österr. Gesandtschaft Weisungen 9, O an Seilern in StK DK Regensburg Kurböhm. Gesandtschaft Weisungen 6; Druck: Vivenot 1, S. 386-388), an Schlick (28. 2. 1792; StK DK Reich Weisungen 252 Konv. Weisungen 1792/93; Druck: Vivenot 1, S. 398-400 [als Zirkular a. d. Reichsvertretungen]), an Greifenegg (29. 2. 1792; SA Schweiz Weisungen 182 Konv. 1792/93).

Österreich und Preußen trieben indes ihre Vorbesprechungen für das großeuropäische Mächtekoncert weiter voran; Mitte Februar 1792 bekräftigte Friedrich Wilhelm II. sein Programm, in der französischen Frage stets nur im Gleichschritt mit dem Kaiser handeln zu wollen, und brachte die Ziele der Interessengemeinschaft auf den Punkt: "de maintenir une constitution monarchique en France et - en rétablissant par là l'ordre dans ce malheureux royaume - d'empêcher que la contagion séditieuse ne fasse des progrès dans d'autres états".

Zur Besprechung weiterer Details wurde auf Wunsch des Kaisers Ende Februar 1792 wieder Generalmajor Bischoffwerder nach Wien entsandt. Ernste Zweifel an der prinzipiellen Kooperationswilligkeit einzelner Mächte wie England-Hannover und ihrer Satelliten sowie Bedenken hinsichtlich der Bereitschaft jener eingreiflustigen Höfe wie Petersburg, Madrid und Stockholm, die unter starkem Einfluß der Emigranten die Idee einer totalen Konterrevolution zu verfechten schienen, sich doch noch zu den österreichisch-preußischen Planungen bekehren zu lassen, machten sich aber schon damals in den Diskussionen breit. Die einfachsten Verhältnisse schufen - hier waren sich Wien und Berlin einig - eine Kriegserklärung der Nationalversammlung an den Kaiser und ein Einbruch der Franzosen in die Österreichischen Niederlande: In diesem Fall trat der *casus foederis* unmittelbar ein, preußische Truppen mußten gemeinsam mit österreichischen Gewalt mit Gewalt beantworten; die Einladung weiterer Mächte und besonders der Reichsstände zur Aktionsgemeinschaft gegen Frankreich war dann erst ein zweiter Schritt. blieb dagegen alles in einem Schwebzustand und verhandelte man mit den europäischen Höfen weiterhin über noch rein hypothetische militärische Auseinandersetzungen, so stieg die Gefahr, daß man sich über Zweck und Mittel des Konzerts nicht einigen konnte. Die Staatskanzlei jedenfalls ließ keinen Zweifel daran, daß der Kaiser einer Totalrevision der französischen Verfassung im Sinne Spaniens oder Rußlands seine Mitarbeit unbedingt versagen mußte, handelte es sich doch um einen Eingriff in französische Interna, zu dem die Staatengemeinschaft gar nicht berechtigt war und dessen Absicherung für die Zukunft kaum Aussicht auf Erfolg hatte. Auch Preußen war zu diesen extremen Schritten nicht aufgelegt und wollte sich für den Fall der Fälle dem Arbeitsstreik des Kaisers anschließen. Dabei heuchelte Wien durchaus Verständnis für die unterschiedlichen Zugänge der beiden Kaiserhöfe zur französischen Frage, die sich schon aus der Verschiedenheit der physischen und politischen Lage ergeben mußten. Österreich kam nun einmal mit seinen dislozierten Provinzen dem Theater der Wirrnisse besonders nahe und mußte daher im Gegensatz zur Zarin mit entsprechender Vorsicht zu Werke gehen.

Ebensowenig war man in Wien und Berlin bereit und in der Lage, ohne militärische oder finanzielle Mithilfe wenigstens der europäischen Hauptmächte einzugreifen und "die ganze Last für andere" zu tragen; selbst unter den Reichsständen drohte seitens der hannoverschen Politik und ihrer Trabanten, was auf europäischem Niveau vom englischen Kabinett zu erwarten stand: Abstinenz oder gar Obstruktion. Vor dem Hintergrund dieser Kardinalfragen verblaßte die Anregung Preußens, doch auch die Schweiz in den Reigen der potentiellen Partner aufzunehmen, zu einem unbedeutenden Randproblem, dessen Lösung man ohnedies den Preußen überlassen wollte, da die k.k. Vertretung bei der Eidgenossenschaft durch den Tod des Residenten im Dezember 1791 verwaist war. Eine Verstärkung der diplomatischen Aktivitäten an dieser wichtigen Nahtstelle wurde dabei auch von Österreich sehr begrüßt, hatte doch das französische Außenministerium einen besonders bewährten Diplomaten, Barthélemy, bisher *Chargé d'affaires* in London, auf den Botschafterposten in die Schweiz berufen, um, wie man vermutete, die Eidgenossenschaft für den Fall eines Konflikts auf die Seite Frankreichs zu ziehen⁷⁶).

⁷⁶) Friedrich Wilhelm II. an Leopold II. (13. 2. 1792; StK DK Preußen HK 1 Konv. Kg. v. Preußen a. Kaiser). Kaunitz an Reuß (20. 2. 1792); Reuß an Kaunitz (29. 2. 1792) mit Note verbale des preuß. Kabinettsministeriums (28. 2. 1792). Kaunitz an Westphalen (18. 2. 1792; StK DK Reich Weisungen 252 Konv. Weisungen 1792/93). - Anregungen zu einer deutlichen Aktivierung der kaiserlichen Politik in der Schweiz kamen schon seit Sommer 1791 hauptsächlich aus dem Lager der Emigranten: Note (17. 2. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1791 I-II), Note Polignacs (21. 2. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Kaunitz). Das französisch-schweizerische Verhältnis begann sich um diese Zeit merklich zu verfinstern; Barthélemy wurde entsprechend kalt empfangen: Blumendorf an Kaunitz (31. 3. 1792); Barthélemy, *Mémoires*, S. 71-90, Jean Kaulek (Hrsg.), *Papiers de Barthélemy, ambassadeur de France en Suisse 1792-1797*. 1: 1792 (= *Inventaire analytique des archives du ministère des affaires étrangères* 2; Paris 1886), besonders die Instruktion für Barthélemy vom 22. 1. 1792 (S. 3-8). Philippe Gern, *Aspects des relations franco-suisse au temps de Louis XVI. Diplomatie-économie-finances* (Neuchâtel 1970) widmet sich nur der Zeit bis 1777. Edouard Chapuisat, *La Suisse et la Révolution française. Episodes* (Genf o.J.) enthält bloß historische "Miniaturen" zum Thema, die aber einen guten Überblick über die Bandbreite der schweizerisch-französischen Beziehungen vermitteln. - Graf Stadion schätzte den österreichfeindlichen Barthélemy übrigens als "le seul homme avec qui il n'était pas embarrassant de se trouver pendant les présents troubles de la France" und bedauerte dementsprechend seinen Abgang aus London: Stadion an Mercy (23. 12. 1791; SA Frkr. Varia 49 Konv. Stadion-Mercy).

Ende Februar 1792 verließ Comte de Ségur die preußische Hauptstadt unverrichteter Dinge, aber auch sein Nachfolger als französischer Beauftragter am Hof Friedrich Wilhelms II., Custine, ein junger Mann mit alten Kontakten nach Preußen und besonders zu Prinz Heinrich, war nicht viel glücklicher. Schon seine abstruse Mission nach Braunschweig im Januar 1792, wo er dem Herzog den Oberbefehl über die französischen Streitkräfte anbieten mußte, hatte natürlich keineswegs die gewünschten Resultate erbracht. Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig-Wolfenbüttel war der Kandidat des preußischen Königs für den Oberbefehl über die alliierte Interventionsarmee gegen Frankreich. Mitte Februar 1792 fanden in Potsdam bereits die ersten Besprechungen mit ihm statt, bei denen es um die Ausarbeitung eines Operationsplanes für den Eventualfall ging.

Als Custine in der zweiten Februarhälfte 1792 in Berlin eintraf, war also der enge Anschluß Preußens an die Wiener Politik längst vollzogen und unumkehrbar, die Abspaltung des Königs von der widernatürlichen Allianz mit dem Kaiser, wie sie den Brissotins besonders am Herzen lag, unmöglich. Nicht nur die französische Diplomatie, auch Fürst Reuß wußte ab Februar 1792 von einer stärkeren Verhärtung des innenpolitischen Klimas in Preußen zu berichten. Das "Freyheitpredigen in Schriften nach französischer Manier" und entsprechender Widerhall in der Berliner Bourgeoisie reizten den zunehmend beunruhigten König, der sich bei seiner Revolutionsfurcht nach französischen Beobachtungen an Wöllner, dem Träger der nach dem Sturz Hertzbergs weiter verstärkten intoleranten Entwicklung, und Bischoffwerder, dem Architekten der Allianz mit Österreich, orientierte, zu Gegenmaßnahmen. Auf diesen Kern reduzierte das Kabinettsministerium, das von Verboten und verstärkter Zensur eigentlich nichts hielt, auch die politischen Vorwürfe an die Adresse Frankreichs: Den europäischen Mächten konnte wohl die französische Verfassung gleichgültig sein, wenn Ludwig XVI. mit ihr zufrieden war, die Ansteckungsgefahr durch aufrührerisches Schrifttum aber, das ganz Deutschland in Aufregung versetzte, lasse es wohl kaum verwunderlich erscheinen, wenn sich die Souveräne organisierten "pour arrêter la propagation des principes révolutionnaires". Die weitere Radikalisierung der Revolution in Paris, die Berufung eines Jakobinermministeriums im März 1792, finstere Drohungen gegen Friedrich Wilhelm II., die später vor dem Hintergrund der Ermordung des schwedischen Königs einen neuen Stellenwert erhalten mußten, all das verstärkte nur die latente konterrevolutionäre Komponente der preußischen Politik⁷⁷).

In Paris wartete man indes Ende Februar 1792 noch gespannt und mit wachsender Ungeduld auf die Antwort des Kaisers. Gab Leopold II. die gewünschten Zusagen, so wollte Außenminister Delessart die Abrüstung an den französischen Ostgrenzen durchsetzen. Die Berichte Blumendorfs ließen keinen Zweifel daran, wie aufgeheizt das Klima in der französischen Hauptstadt war, wo die Jakobiner und mit ihnen die königsfeindlichen Kräfte die Oberhand gewannen und auch Charost-Béthune als selbsterkorener Erlöser der Belgier seine Aktivitäten weiter verstärkte. Der "republikanische Geist" verbreitete sich durch die lokalen Organisationsnetze des Jakobinerklubs mit beängstigender Geschwindigkeit, schürte die "Mißkenning" der öffentlichen Gewalten, das Mißtrauen gegen König und Minister, die Unruhe in den Provinzen, rückte Anarchie und Bürgerkrieg in greifbare Nähe - so die Einschätzung Blumendorfs.

In den Tuileries zeigte man sich auch gegenüber Comte de Lamarck, der für einige Tage nach Paris zurückgekehrt war, dementsprechend erbost über die Kälte und das mangelnde Engagement des Kaisers, aber auch verwundert über das eigenartige Agieren des preußischen Gesandten in Paris, der die Wiener Noten bisher bloß mündlich und - vielleicht gar im Einvernehmen mit den Brissotins - sichtlich widerwillig unterstützt hatte. Botschafter Mercy beruhigte mit dem Hinweis auf die nun in eine neue Phase tretende Politik des Kaisers und warb um Verständnis für jene Verzögerungen, die aus der geringen Unterstützung seitens anderer Mächte erwachsen. Erst Mitte Februar 1792 leitete er die Ergebnisse der Konferenz vom 17. Januar als Grundlage der österreichisch-preußischen Interventionspolitik an die Königin weiter und beschwor sie, diese einzig vernünftige Linie, durch die dem Königtum im Gegensatz zu den Verrücktheiten der Emigranten und ihrer Helfershelfer in Madrid und Petersburg auf behutsame Weise wie-

⁷⁷) Reuß an Kaunitz (11., 14., 18., 20., 24. 2., 3. 3. 1792; StK DK Preußen Konv. Relationen aus Berlin 1792 Januar-Juni). Die Korrespondenz Custines nur z.T. in AMAE CP Prusse 213, z. T. in AN D XXIII/1 d. CP Prusse und großteils in AF III 76 d. 313; Dumouriez an Custine jr. (18. 3. 1792) und Custine an Delessart bzw. Dumouriez (20., 22. 1., 13., 28. 2., 2., 6., 13., 23. 3., 1., 6., 10. 4. 1792). - Blumendorf hatte mehrfach aus Paris über die dort kursierenden Gerüchte zum Scheitern der Mission Ségurs berichtet. Sogar von einem angeblichen Selbstmord Ségurs aus Verzweiflung war dabei die Rede gewesen: an Mercy (5., 9./12., 29. 2. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Blumendorf-Mercy 1792 I-IX; Druck: Hubert, S. 67f, 69-76, 96-103), an Kaunitz (31. 1., 20. 2. 1792; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1792).

der zu "éclat" und "autorité" verholfen werden konnte, nach Kräften zu unterstützen und nicht wie bisher den Kaiser an fremden Höfen ins Unrecht zu setzen: statt eines Frankreich einenden Frontalangriffs auf die Verfassung und einer unrealistischen Konterrevolution wollte man in Wien trachten die Bruchlinien der französischen Innenpolitik zur Durchsetzung des Forderungskatalogs zu nützen und militärische Demonstrationen nur zur Vergrößerung der Verhandlungsbereitschaft einsetzen. All dies natürlich auf Rechnung des Allerchristlichsten Königs, der auf preußischen Wunsch die Entschädigung der Intervenienten für etwaige militärische Aufwendungen garantieren mußte! Baron de Breteuil in Brüssel hatte zur Führung entsprechender Gespräche bereits Auftrag erhalten.

Dabei standen die Aussichten auf starke Unterstützung einer vorsichtigen Interventionspolitik des Auslands durch die innerfranzösische Opposition gar nicht zum Besten. Lamarcks Parisaufenthalt, der ihm auch Anlaß zu Gesprächen mit den Exponenten des "Triumvirats", mit dem Kriegsminister und Delessart bot, brachte ernüchternde Einsichten in die Kopflösigkeit der meisten politischen Gruppierungen; weder der Hof noch das Ministerium waren Rückhalt für jene, die das Königtum gegen die als einzige zähe und konsequent ihr Ziel verfolgenden Republikaner schützen wollten; "folie, discorde, terreur, impuissance" waren für Comte de Lamarck die Schlagworte, die die Situation Frankreichs Mitte Februar 1792 am treffendsten charakterisierten. Der ehemalige Außenminister Comte de Montmorin, der nur mehr an eine Lösung durch eine "crise violente" glaubte, den orientierungslosen Tuileries überhaupt keine zielführende Initiative zutraute und sich selbst gerne als Kopf eines geheimen Beratungsgremiums im Königspalast gesehen hätte, meldete sich gleichfalls bei Mercy brieflich zu Wort und riet, die Versammlung durch eine würdige Entgegnung des Kaisers zu einer Kriegserklärung nachgerade zu zwingen und ihr so die odiose Verantwortung für den Krieg aufzuladen. Den Weg aus dem bald beschwerlichen und rasch verhassten Konflikt mit dem Ausland, das sich dabei überdeutlich von Emigranten und Verfassungsrevision gleichermaßen distanzieren mußte, konnte dann nur mehr der König weisen, indem er als einziger von den europäischen Mächten als möglicher Verhandlungspartner auf französischer Seite anerkannt wurde⁷⁸).

Mittlerweile hatte Marie-Antoinette aber bereits Anfang Februar 1792, als von der herbeigesehnten Neuorientierung der österreichischen Frankreichpolitik in Paris noch nichts bekannt war, einen neuen Vorstoß gewagt, um das Schweigen und die offensichtliche Tatenlosigkeit des Bruders aufzubrechen, ihn, der für den Geschmack der Königin zu sehr Großherzog von Toskana geblieben war, zu einer ehrfurchtgebietenden Machtdemonstration gegen die französischen Factieux zu veranlassen: die Zeit des Temporisierens war ein für allemal vorbei. Als Vertrauensmann für diese Geheimmission wählte sie den eben abberufenen russischen Gesandten am französischen Königshof, Iwan Baron Simolin (1730-1799), der in den ersten Februartagen von Paris über Brüssel nach Wien reiste und dort gegen Ende des Monats einlangte.

In Wien angekommen, war dem russischen Diplomaten freilich kein anderes Schicksal beschieden als seinen verschiedenen Vorgängern und ihren Versuchen, die Wünsche der Tuileries mit der offiziellen österreichischen Politik in Übereinstimmung zu bringen: Staatskanzler Kaunitz maß der Mission Simolins keine nennenswerte Bedeutung zu und begegnete dem verdächtigen Emissär mit einem prononcierten, fast aggressiven Bekenntnis zu einer kühlen Vorgehensweise, bei der eine ungebetene Einmischung in französische Interna keinen Platz hatte. Der Kaiser signalisierte wie immer mehr Mitgefühl für das Schicksal seiner Schwester und ihrer Familie und deutlichere Ablehnung der französischen Verfassung, die er als Gefahr für die Throne Europas insgesamt begriff, und Reichsvizekanzler Fürst Colloredo, der nach eigener Aussage für ein viel energischeres Vorgehen plädierte, schien im Gespräch mit dem russischen Diplomaten ein weiteres Mal zu bestätigen, was schon an verschiedenen Punkten der Darstellung mehr oder weniger deutlich durchschimmerte: Die Staatskanzlei und besonders der übervorsichtige Staatsreferendar Freiherr von Spielmann im Hintergrund bremsten jeden Interventionskurs auf das unvermeidliche Mindestmaß ein. Gegen die in Brüssel um Baron de Breteuil gruppierten Vertrauten der Tuileries - besonders auch gegen Graf Fersen, vor dem der Kaiser Marie-Christine seit Januar 1792 wiederholt und dringend warnte - hegte man mittlerweile, wohl nicht zuletzt deshalb, weil sie die ärgerliche Auslandsoffensive der

⁷⁸) Blumendorf an Mercy (19./20. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Blumendorf-Mercy 1792; Druck: Hubert, S. 91-95), an Kaunitz (20. 2. 1792). Mercy an Blumendorf (17. 2. 1792; FA SB 71 d. B/A). Metternich an Kaunitz (21. 2. 1792; Belgien DD A Berichte 324). Mercy an Marie-Antoinette (11. u. 16. 2. 1792; FA SB 71 d. B/A; Druck: Arneth, S. 246-252). Kaunitz an Mercy (19. 2. 1792). Mercy an Kaunitz (29. 2. 1792; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1792 I-IV) mit Lamarck an Mercy (23. 2. 1792; auch in SA Frkr. Varia 46 Konv. Frkr. Varia 1792 I-V) u. Montmorin an Mercy (16. 2. 1792; auch in SA Frkr. NW 14 Konv. NW Paris).

königlichen Familie vom Dezember 1791 provoziert hatten, tiefes Mißtrauen, das einer ehrlichen Aussprache mit der Schwester in Paris noch hinderlicher war als die problematischen Kommunikationswege. Wenige Tage nach der Audienz Simolins bei Leopold II. starb der Kaiser völlig überraschend nach kurzer Krankheit (1. März 1792); das zugesagte Mémoire für die Königin blieb unausgefertigt⁷⁹⁾.

Zäsur oder Kontinuität ?

Dem Tod Leopolds II. im März 1792 und der Thronbesteigung seines Sohnes Franz ist von der Forschung fast durchgehend ein besonderer Zäsurcharakter im Übergang von der bis dahin extrem zurückhaltenden Politik Wiens gegenüber Frankreich zu einer betont kriegerischen und kompromißlosen Haltung zugewiesen worden⁸⁰⁾.

Auch die Überlagerung des "liberalen Erbes" des Josephinismus durch eine Politik der reaktionären Verhärtung hat man dem bei der Thronbesteigung noch nicht einmal 25jährigen Monarchen angelastet. Dabei spielte sicherlich auch die Rückprojektion des Metternichschen Systems auf den Beginn der Regierungszeit eine Rolle; F. Walter betitelte das entsprechende Kapitel in seinem Abriß der österreichischen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, in der er an seiner Ablehnung der einzig am Staat und nicht an der "Nation" orientierten Politik der Ära Franz II./I. bzw. Metternichs keinen Zweifel ließ und dieser Zeit der "Restauration" den Wunsch nach einer Auslöschung der thersianisch-josephinischen Aufklärungsepoche unterstellte, mit "eudämonistisches Staatsziel und Autorität als Selbstzweck" und machte die Forderung nach Ruhe als "Hauptgrundsatz der Innenpolitik", ihre psychologischen Wurzeln aber in der Angst vor der Französischen Revolution aus, die bei Franz angeblich zu einer "Schockwirkung" geführt habe. Der Angelpunkt des Staates sollte - in der Zeit der sich Bahn brechenden Volkssouveränität völlig anachronistisch - wieder vom Volk in die Dynastie zurückverlegt werden. Die "Mobilisierung der Geister" von 1809 blieb Episode. "Die gesamte Innenpolitik wurde in zunehmendem Maße von der Angst vor einer Ansteckung der eigenen Untertanen mit dem revolutionären Gedankengut beherrscht, das man in Frankreich so zerstörend wirken sah. Sie erschöpfte sich in dem Bemühen, jede staatsbürgerliche Teil-

⁷⁹⁾ Marie-Antoinette an Leopold II. (1. 2. 1792; FA FK A 26; Druck: Arneht, Marie-Antoinette, S. 243f), an Mercy (Februar 1792; FA SB 71 d. A/o.K.; Druck: Arneht, Marie-Antoinette, S. 244-246). Blumendorf an Mercy (6. 2. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Blumendorf-Mercy 1792; Druck: Hubert, S. 68f). Kaunitz an Leopold II. (25. 2. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 I-II; Druck: Beer, Joseph, S. 427f). Simolin hatte auch ein Schreiben für Kaunitz (1. 2. 1792; SA Frkr. HK 6 Konv. Marie-Antoinette-Leopold II.; Druck: Rocheterie/Beaucourt 2, S. 379f) und die Zarin (1. 2. 1792; Druck: Rocheterie/Beaucourt 2, S. 380f) mit auf den Weg erhalten. Simolin an Katharina II. (Brüssel, 31. 1./11. 2. 1792, Wien, 19. 2./1. 3. 1792); Feuillet 5, S. 165-173, 255-265. Klinckowström 2, S. 4f (Journal, 9. 2. 1792). - Mercy hatte Simolin zu Beginn seiner Gesandtenätigkeit in Frankreich zwispältig positiv beurteilt: Mercy an Kaunitz (27. 12. 1785; Arneht/Flammermont 1, S. 474f). Marie-Christine an Leopold II. (12. 2., 3. 3. 1792; Druck: Schlitter, Marie-Christine, S. 245f, 270f); Leopold II. an Marie-Christine (31. 1., 24. 2. 1792; Druck: Wolf, S. 206-212 [beide irrig datiert 1791]). - Während Simolin Paris verließ, kehrte Fersen im Februar 1792 zu einem kurzen Absteher zurück. Vgl. Söderhjelm, Fersen, S. 241-247, 252f.

⁸⁰⁾ Die hagiographische Beurteilung Leopolds durch A. Wandruszka bedarf auch hier einer Relativierung (Bd. 2, S. 369): "Es war eine Politik der Klugheit und Friedfertigkeit, die den Rahmen und die Sicherung abgeben sollte für Reformen im Innern, eine Politik des geduldigen Zuwartens und des Vertrauens auf die menschliche Vernunft, die reife Frucht einer langen Regierungserfahrung und des Glaubens an die Möglichkeit und alleinige Zweckmäßigkeit rationalen politischen Handelns. Sie mußte scheitern an dem elementaren Ausbruch einer allen diesen Prinzipien radikal entgegengesetzten und daher von Leopold in ihrer wahren Bedeutung gar nicht erkannten neuen politischen Kraft; an der irrationalen Dynamik des revolutionären französischen Imperialismus." E. Herrmann hat bereits 1865 die vehemente Revolutionsfeindlichkeit des Kaisers betont, dabei aber wohl das Systematische der "konterrevolutionären" Bemühungen überschätzt (Geschichte der Wiener Convention, S. 287ff). Dagegen u. a. Sybel, Kaiser Leopold II., S. 388f. - Zutreffend scheint mir die Einschätzung des brit. Gesandten in Wien, Keith, der den "Weg in den Krieg" schon durch die unter Leopold II. gesetzten Schritte im wesentlichen vorgezeichnet sah. Keith betonte auch - sicher nicht ganz zu Unrecht - die bis zuletzt obwaltende österreichische Hoffnung auf einen Kompromiß, ehe die Politik der äußerlichen Härte und der Einschüchterung Schiffbruch erlitt: Keith an Grenville (1. 3. 1792; Druck: Gillespie Smyth 2, S. 503-507). Härter, S. 218f, überzeichnet m. E. durch verkürzte Darstellung des Notenwechsels im März/April 1792 die österreichischen "Provokationen" als bewußte Beschleunigung des Kriegausbruchs. "Ich bin überzeugt, daß die Kriegserklärung dem Wiener Kabinette unerwartet, wenigstens zu frühe kommt, dasselbe also nur halb vorbereitet findet. Hätten Leopold und Kaunitz die Möglichkeit dieser Erklärung vermutet, nimmermehr, glaub' ich, wäre jener musternde, für die französische Unabhängigkeit beleidigende Ton angenommen worden", schrieb am 20. April 1792 der "deutsche Girondist" Konrad Engelbert Oelsner (1764-1828); Konrad Engelbert Oelsner. Luzifer oder Gereinigte Beiträge zur Geschichte der Französischen Revolution, hrsg. von Werner Greiling (Frankfurt/Main 1988) 99-102, hier S. 99.

nahme am öffentlichen Leben auszuschalten." Eine Teilung der Souveränitätsrechte zwischen Herrscher und Beherrschten, der der franziszeische Eudämonismus das Ideal einer "väterliche Regierung", den Ordnungs- und Obrigkeitsstaat par excellence entgegensetzte, kam nicht in Frage. Die Bevormundung der Untertanen wurde um so krasser empfunden, je mehr der Eudämonismus als Deckmantel zur Ausschaltung der den Absolutismus beschränkenden Machtfaktoren dienen mußte und die totale Unterordnung des Einzelnen unter das Staatsinteresse zur politischen Entmündigung führte. Soweit Friedrich Walter⁸¹⁾.

In dieses Bild scheint sich zu fügen, daß Franz II. zum josephinischen Polizeisystem zurückkehrte und Graf Pergen Ende 1792/Anfang 1793 zum Chef der retablierten "Polizeihofstelle" berief; der eigentliche Schwerpunkt der Aufmerksamkeit lag dabei wieder auf der Geheimen Polizei. Seit Regierungsantritt 1792 wurden allmählich Zensur, Ausländer- und Paßkontrollen weiter verstärkt. Nach Kriegsausbruch 1792, besonders aber nach dem Sturz des französischen Königtums im Sommer 1792, angesichts der girondistischen Propagandapolitik und des immer verbissener werdenden "totalen" Krieges schien auch in Wien verständlicherweise ein Überdenken des "liberalen Kurses" angezeigt; eine konservative "Überformung" des Josephinismus drohte. Dabei ließ sich - von der Kurskorrektur der leopoldinischen Ära als Weichenstellung gar nicht zu reden - durchaus an "reaktionären Entwicklungen" anknüpfen, die bereits gegen Ende der Regierungszeit Josephs II. grundgelegt worden waren, als der Kaiser angesichts der Gefährdung seines Reformwerks und mannigfaltiger innerer Widerstände Polizei, Zensur und Einschüchterung verstärkte und "mißverständliche Neuerungen" relativierte. Besonders die Neuorganisierung der Polizeiverwaltung, der systematische Ausbau der quasi neben dem Gesetz operierenden Geheimen Polizei zur Überwachung der öffentlichen Meinung im Jahre 1789 und die Verschärfung der 1781 stark gelockerten Zensur sind für die Endphase des Josephinismus kennzeichnend gewesen (1789/90).

Staatskanzler Kaunitz blieb lange Zeit bei seiner gelassenen Ruhe und wohl auch Garant dafür, daß das ansehnliche reformerische Oeuvre der letzten Jahrzehnte nicht zu leichtfertig durch kindische Panik gefährdet wurde. Im innenpolitischen Spitzengremium, dem Staatsrat, bewährte er sich auch über seine Entmachtung als Staatskanzler 1792 hinaus als führender Kopf der österreichischen Aufklärung, als "animating soul of enlightened absolutism in the Habsburg Monarchy" (F. Szabo). Im Zeichen der drohenden "konterrevolutionären Wende" setzte er sich weiterhin konsequent für die Bewahrung des "liberalen Erbes" aus der Zeit des Josephinismus ein; auch angesichts eines sich merklich ideologisch aufladenden Kampfes gegen die revolutionäre "Bedrohung" durfte es im eigenen Lande zu keiner "Lossagung von der Aufklärung" kommen⁸²⁾.

⁸¹⁾ Walter, Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, S. 118-124, im übrigen die schon zur Person Franz' genannte Literatur. Ohne größeren Wert Victor Bibl, Die niederösterreichischen Stände und die Französische Revolution. In: Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich N.F. 2 (1903) 79-97 und besonders einseitig bis entstellend von dems., Kaiser Franz. Der letzte römisch-deutsche Kaiser (Leipzig/Wien 1938) bes. 25-81. Das Fehlen einer nur annähernd befriedigenden Biographie Franz II./I. erschwert logischerweise auch die Beurteilung seiner "Revolutionspolitik". Vgl. einstweilen die allgemeine Würdigung von Walter Ziegler, Kaiser Franz II. (I.). In: Wilhelm Brauneder (Hrsg.), Heiliges Römisches Reich und moderne Staatlichkeit (= Rechtshistorische Reihe 112; Frankfurt etc. 1993) 9-27. Ziegler hebt zu Recht hervor, daß die Politik Franz' in den ersten 20 Jahren notgedrungen ganz unter dem "Primat der Außen- und Kriegspolitik" stand. Noch ganz anders als Bibl, Walter u.a. die hagiographische Überhöhung durch Hermann Meynert, Kaiser Franz I. Zur Geschichte seiner Regierung und seiner Zeit (Wien 1872), der die von Franz schon in seiner ungarischen Thronrede vom 3. Juni 1792 unterstrichene rein defensive Frontstellung Wiens gegenüber dem revolutionären Frankreich betont (S. 48f). Diesem Bild hat Viktor Bibl in seiner polemischen Schrift Kaiser Franz und sein Erbe (= Der Zerfall Österreichs 1; Wien etc. 1922) 34f das auch heute bestimmende Klischee eines reaktionären und schwachen Herrschers gegenübergestellt, dabei aber auch Leopold II. eine maßgebliche Rolle bei der Wandlung Österreichs vom reformfreundigen Land des aufgeklärten Absolutismus zum "Hort der Reaktion" zugemessen.

⁸²⁾ Vgl. demnächst eingehender Michael Hochedlinger, "...daß Aufklärung das sicherste Mittel ist, die Ruhe und Anhänglichkeit der Untertanen zu befestigen". Staatskanzler Kaunitz und die 'franziszeische Reaktion' 1792-1794. In: Aufklärung-Vormärz-Revolution 1995-1997.

Selbst dem greisen Fürststaatskanzler war im Laufe der neunziger Jahre dann allerdings sichtlich das Phlegma, mit dem er anfänglich der revolutionären Umwälzung in Frankreich begegnete (das noch 1791 zur Umschreibung der Vorgänge in Frankreich verwendete Wort "Unfug" scheint hier sehr charakteristisch), abhanden gekommen; dem missionarischen, staatenstürzenden Charakter der "neuen" französischen Politik konnte nicht mehr allein mit lässiger Verachtung für den "unpolitischen" Charakter der Revolution und die von ihr verfochtenen Werte begegnet werden. Kurz vor seinem Tod im Juni 1794 reflektierte der Fürst:

"les maximes de la Convention sont allarmantes et [...] les moyens dont elle se sert sont surprenants. L'histoire ne contient pas d'exemple de l'emploi des pareils moyens. Les maximes de républicaniser toute la terre et de changer toutes les constitutions font frémir, car combien de secousses horribles, combien de sang ne coûtera-t-il pas, ce bouleversement!"⁸³⁾

Die Jakobinerverschwörung und ihr klägliches Scheitern im Sommer 1794 hat Kaunitz nicht mehr erlebt. Was immer die vielschichtigen Gründe für das Ausbleiben einer auch nur annähernd ernstzunehmenden revolutionären Bedrohung in Österreich gewesen sein mochten - gemessen an den mageren Vorgängen im Inneren der Habsburgermonarchie wirkten die polizeistaatlichen Vorkehrungen nur noch übersteigert. Denn der aus dem radikalen Zweig des Josephinismus herausgewachsene österreichische "Jakobinismus" bewegte sich in überaus bescheidenen Bahnen. Sein harter, großteils freimaurerisch geprägter Kern aus Adeligen mit sozialutopischen Ambitionen, bürgerlichen Beamten, Intellektuellen, Schriftstellern und Mitgliedern des leopoldinischen Geheimdienstes erwies sich als kaum ausbaufähig und langte jedenfalls nie über das Stadium phantastischer Planungen hinaus, obgleich doch der Josephinismus das politische Bewußtsein allgemein und auf breiterer Basis angeregt hatte; die österreichisch-ungarische "Jakobinerverschwörung" (1793/94), extremer Ausbruch der Spannung zwischen Reformabsolutismus und radikaler Aufklärung, wurde zwar 1794/95 zerschlagen und blutig verfolgt, war aber im Grunde keine wirkliche Gefahr für die innenpolitische "pax habsburgica"; "keine Volksbewegung ließ ihrer Sehnsucht wirkende Macht", so hat G. Mann das Fehlen einer revolutionären Situation in Deutschland und Österreich lyrisch umschrieben⁸⁴⁾.

Wie auch immer: der neue Souverän vergrößerte schon wenige Tage nach dem Tod Leopolds II. den Kreis der Konkurrenten des Staatskanzlers. Hatte Leopold II. die Kaunitzische Alleinherrschaft in der Staatskanzlei gebrochen, so kam diesmal die Gefahr von außerhalb. In der Kabinettskanzlei saß von nun an einer der einflußreichsten Berater des jungen Apostolischen Königs. Bisher bloßes Hilfsamt, sollte die "Schreibstube" der Monarchen jetzt zu einem alles überwölbenden Regierungs- bzw. Beratungsorgan des anlehnungsbedürftigen Franz werden und eine echte Regierung "aus dem Kabinett" ermöglichen. Dazu bedurfte es natürlich nicht bloß subalternen Bediensteter, sondern in erster Linie einer gewichtigen Persönlichkeit an der Spitze des Kabinetts. Am 3. März 1792 bestellte Franz II. seinen ehemaligen Ajo, den

⁸³⁾ "Les entretiens du prince de Kaunitz dans les dernières semaines de sa vie 1794 par l'abbé comte d'Ayala" (Hs. Weiß 808)

⁸⁴⁾ Palmer 2, S. 156-171, Denis Silagi, Jakobiner in der Habsburger-Monarchie. Ein Beitrag zur Geschichte des aufgeklärten Absolutismus in Österreich (= Wiener Historische Studien 6; Wien/München 1962), Helmut Reinalter (Hrsg.), Jakobiner in Mitteleuropa (Innsbruck 1977), ders., Aufgeklärter Absolutismus und Revolution. Zur Geschichte des Jakobinertums und der frühdemokratischen Bestrebungen in der Habsburgermonarchie (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 68; Wien 1980) mit ausführlicher Forschungsdiskussion zum "außerfranzösischen Jakobinismus", ders., Einwirkungen der französischen Revolution auf die Innen- und Außenpolitik des Kaiserhofes in Wien. In: Jürgen Voss (Hrsg.), Deutschland und die Französische Revolution. 17. Deutsch-französisches Historikerkolloquium des Deutschen Historischen Instituts Paris (Bad Homburg 29. September-2. Oktober 1981) (= Beihefte der Francia 12; München 1983) 49-64. Weiters Helmut Reinalter, Der Jakobinismus in Mitteleuropa. Eine Einführung (UTB 326 - Stuttgart etc. 1981), spezieller seine Aufsatzsammlung Österreich und die Französische Revolution, dort bes. auch S. 48-64, Die Jakobiner in der Habsburgermonarchie, und das Literaturverzeichnis zum österreichischen Jakobinismus (S. 222-229), ders., Die österreichischen Jakobiner im mitteleuropäischen Zusammenhang. In: ÖGL 39 (1995) 343-356. Eine gute Forschungsdiskussion zum "deutschen Jakobinismus" u.a. bei Elisabeth Fehrenbach, Vom Ancien Régime zum Wiener Kongreß (= Grundriß der Geschichte 12; Wien/München 1981) 152-161. Golo Mann, Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (Neuauf. der Ausgabe Frankfurt 1958) 55-103 (Zitat S. 95). Sehr kritisch zur Jakobinismusforschung T.C.W. Blanning in seiner Sammelrezension German Jacobins and the French Revolution. In: HJ 23 (1980) 985-1002.

nicht übermäßig begabten, aber wegen seiner hohen Moralität geschätzten Franz Graf Colloredo-Waldsee (1736-1806) zum Konferenz- und geheimen Kabinettsminister ... ohne nähere Definition seiner Zuständigkeiten⁸⁵).

Neben Colloredo spielte auch der Rechtslehrer und persönliche Sekretär des Monarchen, Johann Baptist (1793 Freiherr) von Schloißnigg (1746-1804), als Kabinettsrat eine nicht zu unterschätzende Rolle; in militärischen Belangen gewann - hinter den Kulissen - Franz' militärischer Erzieher und Generaladjutant Franz Xaver (Freiherr) von Rollin (1737-1812) großen Einfluß⁸⁶).

⁸⁵ Über ihn ADB 4, S. 414f, NDB 3, S. 326f. Franz II. äußerte über seinen ehem. Ajo: "[...] c'est moins mon ministre que mon père et mon ami" (Augeard, Mémoires, S. 323). "[...] zum Beweis meiner Dankbarkeit und Freundschaft für die mir von meiner Kindheit an bezeugten immerwährenden Treue", erhielt Colloredo diese bemerkenswerte Vertrauensstellung, wie es in der entsprechenden Verständigung für den Staatskanzler hieß: Franz II. an Kaunitz (3. 3. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 III) und an Rosenberg (4. 3. 1792; KA Kabinettskanzlei HBP 105). Noailles an Delessart (7. 3. 1792; AMAE CP Autriche suppl. 24). Colloredos bruchstückhaftes Tagebuch in FA SB 74 enttäuscht: "Eigenhändiges Journal des Grafen Colloredo über seine Dienstleistung als Obristhofmeister bey S.K.H. Eh. Franz, dann über die Krankheit und den Tod Kaysers Leopold und den Regierungsantritt S.M. Kaysers Franz und andern Notaten des obgedachten Grafen Colloredo die allerhöchsten Personen beyder Majestäten betr." 1784-1793, vgl. dort sub 3. 3. 1792 seine Ernennung zum "Cabinets-Conferenz-Minister". Colloredo verfügte über eine gewichtige Stimme in den Konferenzen und hatte, nachdem Franz II. die mündlichen Beratungen in größerem Rahmen mehr und mehr zugunsten der Schreibtischarbeit zurückdrängte, den ausschlaggebenden Vortrag beim Monarchen. Er war damit der eigentliche "Regierungschef", dem nach dem Rücktritt Baron Thuguts (September 1800/Januar 1801) auch die Oberleitung der mit dem Kabinett gleichsam verschmolzenen Staatskanzlei unter dem neuen Vizestaatskanzler und ehemaligen Botschafter in Petersburg Graf Johann Ludwig Cobenzl überantwortet wurde. Nach dem Zusammenbruch seiner Politik im Jahre 1805 erhielt Colloredo mit Cobenzl die Entlassung, und das Kabinett fiel wieder auf den Rang eines Hilfsamtes zurück.

⁸⁶ Zu Schloißnigg: Wurzbach 30, S. 137-140. - Rollin wurde 1792 zum Generalmajor, 1796 zum Feldmarschall-Leutnant ernannt: Österreichisches Staatsarchiv/Abt. Kriegsarchiv, Wien, Archivbehelf 339-3-39 "Verzeichnis der kaiserlichen Generale bis zum Jahre 1815", KA Kabinettskanzlei HBP 105 (an FM Wallis, 6. 3. 1792).

Der Sturz des Feuillant-Ministeriums

Zur selben Zeit, als Leopold in Wien überraschend das Zeitliche segnete, nahm man endlich auch in den Tuilerien die verstärkten Aktivitäten des Kaisers und seines preußischen Verbündeten für eine Sanierung der Lage in Frankreich mit einiger Erleichterung zur Kenntnis. Freilich auch mit Bedauern, daß Wien nicht schon viel früher den Wünschen der bedrängten Königsfamilie entsprochen hatte; und die von Mercy nun wiederholt lancierte Frage der Entschädigung für die eingreifwilligen Mächte war sicher wenig geeignet, den Verdacht zu zerstreuen, Wien wolle auch in dieser Frage keineswegs selbstlos, sondern mit egoistischen Hintergedanken handeln. Resolute Unterstützung von außen schien jedenfalls der Königin der einzige Weg, die eingeschüchterten gutgesinnten Franzosen gegen die Tyrannei der Jakobiner zu mobilisieren, ein armer Kongreß in Aachen oder Köln immer noch das eindrucksvollste Forum für eine entsprechende Willenskundgebung der europäischen Mächte⁸⁷⁾.

Schon Anfang Februar 1792 war in Wien Barbé-Marbois als Sonderverhandler des französischen Außenministeriums eingetroffen, um in der ins Stocken geratenen Elsaß-Lothringen-Frage wieder etwas zu bewegen. Bei ersten Gesprächen mit dem französischen Diplomaten signalisierte Reichsvizekanzler Colloredo zwar guten Willen und betonte den ungeachtet der ideologischen Differenz zwischen den aristokratischen Entscheidungsträgern in Wien und den Revolutionären in Paris auf Objektivität und Rationalität bedachten Blickwinkel, unter dem Österreich die Vorgänge in Frankreich betrachtete. Die Lösung der Elsaßproblematik zu allseitiger Zufriedenheit konnte dabei nach Ansicht Barbé-Marbois' einiges zur weiteren Entkrampfung des Verhältnisses insgesamt beitragen. Selbst die unerwartet scharfe Antwort der Staatskanzlei auf die französischen Auskunftsbegehren mußte das durchaus noch sanierbare Klima nicht notwendigerweise vergiften⁸⁸⁾.

Die reichlich extravagante Idee, möglichst unter Mitwirkung Österreichs Land zur Entschädigung der gekränkten Reichsstände einzutauschen, hatte freilich von Anfang an keinerlei Aussicht auf Erfolg, und Mitte Februar 1792 stellte die verspätete Antwort Ludwigs XVI. auf das Protestschreiben Leopolds II. vom Dezember 1791 klar, daß die geforderte Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und damit eine Durchlöcherung der französischen Verfassung im Elsaß oder in Lothringen unter keinen Umständen zur Debatte stand; das Comité Diplomatique der Nationalversammlung hatte in einem Gutachten Anfang Februar 1792 ein weiteres Mal zu beweisen versucht, daß Frankreich sehr wohl im Besitz der uneingeschränkten Souveränität über Elsaß-Lothringen war und daher auch in diesen Provinzen nach Gutdünken verfahren durfte. Alles was der französische König in seinem Brief an den Schwager in Wien zusichern konnte, war daher eine - von einigen Betroffenen durchaus gerne akzeptierte - Ablöse in Geld, eine Entschädigung für den Einnahmensentgang seit Sommer 1789 oder aber äußerstenfalls Ankauf von Land im Reich, mit dem die Betroffenen 1:1 abgefunden werden konnten. Durch Krankheit und Tod des Kaisers und das anschließende Interregnum blieb das erst Ende Februar 1792 in Wien zugestellte Schreiben des französischen Königs zunächst ohne weitere Folgen⁸⁹⁾.

Nicht so die Weisung der Staatskanzlei an Blumendorf, deren Inhalt dem französischen Außenministerium vom k.k. Geschäftsträger Ende Februar zur Kenntnis gebracht und sodann dem Comité Diplomatique und der Nationalversammlung vorgelegt wurde (1. März 1792). Am 28. Februar 1792 reichte der preußi-

⁸⁷⁾ Marie-Antoinette an Mercy (2./7. 3. 1792/Beilage zu Blumendorf an Mercy 9. 3. 1792, SA Frkr. Varia 46 Konv. Blumendorf-Mercy 1792 I-IX, u. A in SA Frkr. Varia 49 Konv. Mercy-Marie-Antoinette; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 254-257), Mercy an Marie-Antoinette (1. 3. 1792; FA SB 71 d. B/A; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 253f). Blumendorf an Mercy (27. 3. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Blumendorf-Mercy 1792; Druck: Hubert, S. 135-139). - Zum gesamten Kapitel grundlegend: Goetz-Bernstein, S. 123-158, und Glagau, S. 178-236, sowie Sybel, Geschichte (4. Aufl./neue Ausg.) I, S. 361-370.

⁸⁸⁾ Wiener Zeitung (29. 2. 1792). Die Korrespondenz Marbois' mit dem frz. Außenministerium in AMAE CP Autriche suppl. 24. Vgl. bes. Marbois und Noailles an Delessart (8. 2. 1792), Marbois an Delessart (11., 17./18., 20., 27., 28. 2., 1. 3. 1792), Bérenger an Delessart (17. 2. 1792); AMAE CP Autriche suppl. 24. Noailles an RVK (11. 2. 1792) und dessen Antwort (12. 2. 1792); RK RkgF 3-5. - Biographisch zu Barbé-Marbois: Jean Deviosse, L'homme qui vendit la Louisiane (Paris 1989; romanhaft), zu seiner Mission - natürlich völlig ungenügend - S. 152-163.

⁸⁹⁾ AP 38, S. 66-74; Vortrag Kochs für das Comité Diplomatique (1. 2. 1792). - Ludwig XVI. an Leopold II. (15. 2. 1792; AMAE CP Autriche suppl. 24, A auch in RK RkgF 3-5, SA Frkr. HK 5 Konv. Ludwig XVI.-Leopold II.; Druck: Hubert, S. 137-139) mit kommentierendem Begleitschreiben Delessarts an Noailles (15. 2. 1792; AMAE CP Autriche 363). Noailles an Delessart (28. 2., 3. 3. 1792), Marbois an Delessart (4. 3. 1792); AMAE CP Autriche suppl. 24. RVK an Blumendorf (11. 2., 4. 3. 1792), Blumendorf an RVK (13. 2. 1792), Noailles an RVK (2. 3. 1792), RVK an Kfst von Mainz (7. 3. 1792), an Ph. Cobenzl (14. 3. 1792), Kfst von Mainz an RVK (15. 3. 1792), RVK an Kfst von Mainz (24. 3. 1792), Kfst von Mainz an RVK (31. 3. 1792); RK RkgF 3-5. Note Colloredos (3. 3. 1792; RK RkgF 3-5; AMAE CP Autriche suppl. 24).

sche Gesandte von der Goltz endlich eine schriftliche Unterstützungserklärung nach. In Paris entfaltete nun die österreichische Note eine gänzlich unerwartete Wirkung: Statt einer Einschüchterung der viel verteufelten Jakobiner zu erreichen, wirkte die österreichische Politik daran mit, das Feuillant-Ministerium zu stürzen und endlich Parteigänger Brissots und Sympathisanten in ein neues Kabinett zu bringen (März 1792). Der seit Jahren schwelende Kleinkrieg zwischen vorwärts drängender Legislative und bremsend-konservativer Exekutive kam nun vorübergehend zum Stillstand, und die Anzeichen häuften sich, daß sich die Tuilerien nicht ungerne dem Kriegskurs des neuen Ministeriums hingaben und so die innere und äußere Lage sicher korrekter einschätzten, als ihnen die k.k. Diplomatie zutraute: Die mit Regierungsverantwortung ausgestatteten "Jakobiner" der Fraktion um Brissot schienen noch am ehesten geeignet, dem Ausland das aufzuzwingen, wofür es selbst nicht die Haftung übernehmen wollte - Krieg. Nur wenige betrachteten, wie Geschäftsträger Blumendorf von der gutgesinnten Mehrheit in Frankreich eigentlich erwartet hatte, die harsche Abfertigung der französischen Anfragen "als ein Meisterstück der menschlichen Klugheit und als das Resultat eines tiefen Raisonnement" oder als Brückenschlag zu den gutgesinnten Franzosen; die hauptsächlich angegriffenen Jakobiner - mittlerweile tonangebend - werteten es als willkommene Kriegserklärung an die ganze Nation. Der Wiener Plan, Frankreich in einen kleinen Teil verirrter Hitzköpfe und in eine sanior et major pars, die sich zur konstitutionellen Monarchie bekannte und als potentieller Verbündeter galt, zu spalten, mußte so fehlschlagen.

Außenminister Delessart, der seit längerem durch seinen hartnäckigen Widerstand gegen die Einmischungsversuche von Nationalversammlung und Comité Diplomatique in die außenpolitischen Prärogative der Exekutive den Kriegskurs der Linken behinderte, war eines der für die weitere Entwicklung wichtigsten Opfer der Regierungskrise vom März 1792. Sein Sturz schuf die Voraussetzung dafür, daß die bisher nur in Teilen der Presse, in der Nationalversammlung und im Pariser Jakobinerklub forcierte Kriegspolitik der Gruppe um Brissot nun auch von einem erneuerten Außenministerium mit getragen wurde. Daß der französische Botschafter in Wien Anfang März 1792 nochmals den jetzt allerdings wesentlich selbstbewußter formulierten Befehl erhielt, die Auflösung des Konzerts und die Reduzierung der österreichischen Truppenpräsenz an den französischen Grenzen auf Friedensstand einzufordern, und Verhandlungen über innere Angelegenheiten kategorisch ausgeschlossen wurden, konnte den katastrophalen Eindruck nicht wettmachen, den die Unterschlagung der österreichischen Note vom 5. Januar 1792 und das lamentöse, die Schattenseiten der revolutionären Entwicklung breittretende vertrauliche Schreiben Delessarts an Marquis de Noailles hervorriefen. Sofort setzten in der Versammlung und in der brissotinschen Presse die Angriffe auf das Außenministerium und die Tuilerien ein, denn von hier kamen angeblich die inhaltlichen Anregungen für die unerträglichen Anmaßungen der Wiener Politik. Als am 9. März 1792 der König inmitten einer schweren Kabinettskrise auch noch dem allzu ehrgeizigen, sich den Brissotins nähernden Kriegsminister Narbonne unter kräftiger Mitwirkung der Konstitutionellen und des ihnen nahestehenden Außenministers sein Portefeuille entzog, war das Maß voll. Die Brissotins und der Freundeskreis Narbonnes um Madame de Staël holten zum Gegenschlag aus, während der Zusammenschluß der Reste des Triumvirats mit den Anhängern Lafayettes über Detailfragen des von beiden Gruppierungen gewünschten Zweikammersystems scheiterte. Am 10. März wurde Delessart in der Versammlung denunziert, ohne Möglichkeit zur Verteidigung unter Anklage gestellt (14. März) und sofort zur Behandlung seines Falles vor den Staatsgerichtshof nach Orléans gebracht. Beim Rücktransport der vor der Haute Cour Angeklagten nach Paris im September 1792 fiel auch Delessart mit den übrigen Gefangenen in Versailles einer Lynchjustizaktion zum Opfer. Nicht wenige erinnerte das Schicksal des glücklosen Außenministers in beängstigender Weise an das Verhältnis Karls I. von England zu Thomas Wentworth Earl of Strafford (1592-1641).

Am 10. März 1792 langte mit Kurier auch die Nachricht vom Tod Leopolds II. in Paris ein. Der französische Hof legte zwar sehr zum Mißfallen weiter Teile der Öffentlichkeit Trauerkleidung an, innerlich aber fehlten zum Schrecken des konsternierten Blumendorf jene Betroffenheit und Bestürzung, die fast genau zwei Jahre zuvor anlässlich des Ablebens Josephs II. in den Tuilerien geherrscht hatten. Von der neuen Ära unter Leopolds Sohn und Nachfolger Franz II., von dem man annahm, daß er eher in den Fußstapfen seines Onkels Josephs wandeln und so vielleicht auch mit einem Paukenschlag in der französischen Frage das lange herbeigesehnte Signal setzen würde, erwartete man sich mehr. Auch der französi-

sche Botschafter in Wien befürchtete bei seinen Versuchen, die Persönlichkeit Franz' zu skizzieren, eine Zunahme jener aggressiven Einflüsse in der Umgebung des jungen und leichter beeinflussbaren Apostolischen Königs, die bislang gegen den unbedingten Friedenswillen Leopolds nichts vermocht hatten⁹⁰). Diese Befürchtungen Botschafter Noailles' schienen sich schon bald zu bestätigen, als der französische Diplomat in Ausführung der Weisungen des mittlerweile bereits gestürzten Delessart von Anfang März 1792 in der Staatskanzlei eine Note überreichen, die kategorische Zurückweisung ausländischer Einmischungsversuche in französische Interna bekräftigen und ultimativ die Abrüstung der österreichischen Truppen im Breisgau und in den Österreichischen Niederlanden auf den Stand vom 1. April 1791 fordern mußte (11. März 1792). Die Staatskanzlei betonte nach der alten Linie aus leopoldinischer Zeit, daß Österreichs Truppenverstärkungen lediglich defensive Nachrüstungen gegen die französischen Drohgebärden waren und der Konzertgedanke solange seine Gültigkeit behielt, als die Situation in Frankreich und ihre bedenkliche Ausstrahlungskraft für das Ausland ein berechtigtes "sujet d'alarme" blieben. Was die Sicherung der Erblande gegen die latente Bedrohung von außen anlangte ("pour la sûreté et la tranquillité de ses propres états et surtout pour étouffer les troubles que les exemples de la France et les coupables menées du parti des jacobins fomentent dans les provinces belgiques"), wollte sich auch der Apostolische König gerade vom Unruhestifter Frankreich keinerlei Grenzen und Beschränkungen vorschreiben lassen. Die Antwortnote für Botschafter Noailles (18. März 1792) schloß mit dem bislang schärfsten Angriff auf die "Jakobiner", von denen man in Wien noch nicht wußte, daß sie in Paris mittlerweile die Regierung stellten: Das Konzert verstand sich nicht als Einmischungsversuch in französische Interna, sondern bestenfalls als Stütze für die "partie saine et principale" der Franzosen gegen die "atteintes d'une faction sanguinaire et furieuse qui, s'acharnant de plus en plus à détruire par la voie des émeutes et des violences populaires tout exercice et respect d'autorités, de lois et de principes, ne vise qu'à réduire à des jeux de mots illusoire et la liberté du Roi Très-Christien et le maintien de la monarchie française et l'établissement de toute constitution et de tout gouvernement régulier ainsi que la foi des traités les plus solennels et les devoirs les plus sacrés du droit public". Ein eventueller Krieg der europäischen Mächte bedrohte daher nur diese ohnehin Bann und Acht verfallenen Factieux⁹¹).

⁹⁰) Blumendorf an Mercy (29. 2., 4., 9., 13., 17., 19., 25. 3. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Blumendorf-Mercy 1792; Druck: Hubert, S. 96-122, 131-135), an Kaunitz (2., 17. 3. 1792; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1792), Mercy an Kaunitz (7. 3. 1792; Druck [incl. Beilage]: Schlüter, S. 347-351 Anm. 305) mit Pellenc an Lamarck (2. 3. 1792; Druck: Glagau, S. 290f [Auslassungen]), dto. (10., 13., 15. u. 18. 3. 1792) mit Pellenc an Lamarck (4. u. 5. 3. 1792; Druck: Glagau, S. 291-295 [Auslassungen]), Pellenc an Lamarck (9. 3. 1792; Druck: Glagau, S. 295-297 [Auslassungen]), Pellenc an Lamarck (11. 3. 1792; Druck: Bacourt 2, S. 357-359) u. Mercy an Kaunitz (21. 3. 1792) mit Pellenc an Lamarck (14., 15. u. 16. 3. 1792; Druck: Glagau, S. 297-302 [Auslassungen]); SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1792 I-IV. Die Note von der Goltz' vom 28. 2. 1792 findet sich in den zeitgenössischen Drucken (vgl. oben), das O in AMAE CP Autriche suppl. 24, eine A v. d. Hand Blumendorfs auch in SA Frkr. Varia 46 Konv. Frkr. Varia 1792 I-V. Kaunitz an Blumendorf mit den entspr. Notifikationsschreiben (1. 3. 1792; Druck: Vivenot 1, S. 402f), Kanzleinotifikationen (5., 7. 3. 1792); SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Blumendorf 1792 III-VII; Kaunitz an Mercy (1. 3. 1792; Druck: Vivenot 1, S. 402), Metternich an Kaunitz (10. 3. 1792; Belgien DD A Berichte 324), Lagravère an Delessart (8., 9. 3. 1792; AMAE CP Pays-Bas autrichiens/espagnols 182). - Noailles an Delessart (1., 3., 7., 19. 3. 1792; AMAE CP Autriche suppl. 24). - AN F 7 4395 - Comité Diplomatique Procès-verbaux (13., 18., 23., 26., 27. 2., 1., 2., 5., 9., 12. 3. 1792). AP 39, S. 234-256, 528-531, 534-550, 692-698: 1., 10., 14. 3. 1792. - In den über die Haltung Wiens zunehmend ernüchterten Tuilerien scheint man von dem jungen Franz zunächst mehr erwartet zu haben, ehe auch diese Hoffnungen enttäuscht wurden. "et la même lenteur exista dans les préparatifs de la cour de Vienne", so berichtet jedenfalls die Gouvernante der Königskinder, Madame de Tourzel, in ihren Memoiren. Auch über die offensichtliche Teilnahmslosigkeit Merlys war die Königin betroffen (Tourzel 2, S. 72f, 107). Zu jenen, die - wie mehrheitlich die französischen Emigranten - den Tod des Kaisers begrüßten, zählten in Brüssel auf österreichischer Seite die Militärs und auch Baron Thugut, der sich sehr interventionistisch gab: Klincowström 2, S. 12 (Journal, 9. 3. 1792).

⁹¹) Vorträge Kaunitz (11. u. 14. 3. 1792; StK Vorträge 159 Konv. 1792 III). Delessart an Noailles (1., 8. 3. 1792), Noailles an Delessart (12., 13., 14., 19. 3. 1792), Noailles an Kaunitz (19. 3. 1792), "Articles à proposer pour le rétablissement de la paix entre le roy des François et le roy de Bohême et de Hongrie" (o.D. [nach 1. 3. 1792]); AMAE CP Autriche 363 bzw. suppl. 24. Noailles an Kaunitz (10. 3. 1792; SA Frkr. NW 14 V. d. frz. Botschaft/von Noailles). Die Note Noailles' vom 11. 3. 1792 und die Antwort Kaunitz (18. 3. 1792) sind u.a. als Beilagen zur Weisung an Blumendorf (18. 3. 1792; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Blumendorf 1792 III-VII; Druck: Vivenot 1, S. 424f), zum Vortrag vom 11. 3. 1792 und in SA Frkr. NW 14 V. d. frz. Botschaft/von Noailles bzw. A. d. frz. Botschaft/an Noailles überliefert; das O der Note vom 18. 3. 1792 in AMAE CP Autriche 363. Die Stücke sind gedr. bei Vivenot 1, S. 415-417, 425f, und zeitgenössisch in einer weiteren Sammlung der wichtigsten Stücke aus dem österreichisch-französischen Notenwechsel seit November 1791: "Explications survenues entre les cours de Vienne et de France au sujet des rassemblements armés des émigrés ..." (Wien, Ignaz Alberti, 1792; SA Frkr. DS 9 u. AMAE MD Autriche 46). Kaunitz an Reuß (17. 3. 1792; StK DK Preußen 71 Konv. 1792 Rescripte nach Berlin; Druck: Vivenot 1, S. 422-424). Der heftige Ausfall gegen die "Jakobiner" soll nicht auf den Willen der Staatskanzlei, sondern auf einen Befehl Leopolds II. (!) zurückgehen, wie der sächsische Gesandte in Wien, Schönfeldt, berichtete (31. 3. 1792); Herrmann, Allianz, S. 107.

Zu Delessarts Nachfolger im Amte war mittlerweile am 15. März 1792 ein Mann aus dem weiteren Dunstkreis der Brissotins, ein Adept Jean-Louis Faviers bestellt worden: Generalleutnant Charles-François Duperrier Dumouriez (1739-1823), der sich neben seiner Karriere im Waffenhandwerk schon öfters als "diplomatisch-militärischer Agent des Hofes von Versailles" (L. v. Ranke) in aller Herren Länder betätigt und gerade an der Entwicklung in den Österreichischen Niederlanden seit langem ein vorzügliches Interesse bekundet hatte. Dumouriez' Amtszeit brachte erste gravierende Einschnitte in der bis dahin fast unangetasteten Bürokratie des Ministeriums aus der Zeit des Ancien Régime - v.a. gründliche personelle Säuberungen - und erleichterte das Einsickern von "revolutionären" Ideen und Ansichten über zwischenstaatliche Beziehungen und Diplomatie, wie man sie bisher nur aus dem Munde fachfremder Abgeordneter gehört hatte. Die außenpolitischen Agenden wurden nun nach Auflösung der beiden "bureaux politiques" und der Entlassung ihrer altgedienten Vorstände nach geographischen Gesichtspunkten auf sechs Bureaus unter Vertrauensleuten des neuen Ressortleiters verteilt. Sämtlichen Bureaus vorgeordnet war mit 16. März 1792 ein "directeur politique" oder "directeur général des affaires étrangères", Guillaume Bonnacarrère - eben jener "Jakobiner", dessen erste Schritte in der französischen Diplomatie 1791 für so großes Aufsehen gesorgt hatten (vgl. oben)⁹².

Die Wiener Note vom 18. März 1792 kreuzte sich mit dem ersten Auftrag des neuen französischen Außenministers an Botschafter Noailles, der im wesentlichen den letzten Direktiven Delessarts entsprach (19. März 1792). In Offenheit und Aufrichtigkeit, aber vor allem auch mit jenem Stolz und Selbstbewußtsein, die einer Großmacht wie Frankreich angemessen waren, bestand Dumouriez nochmals auf einer unzweideutigen Absichtserklärung der Österreicher, die über Krieg oder Frieden und das weitere Schicksal der Allianz von 1756 entscheiden mußte. Weder die auf dem Verhandlungswege lösbare Frage der gekränkten Reichsstände noch das Schicksal der Emigranten, die französischen Rüstungen, die lediglich als Reaktion auf die Drohungen des Sommers 1791 erfolgten, und schon gar nicht etwaige hitzige Aktivitäten politischer Clubs rechtfertigten in den Augen des Ministers ernstlich einen Krieg mit Frankreich, dessen Last primär auf die benachbarten Provinzen der Österreicher fallen mußte und speziell im Falle eines Auseinanderbrechens des widernatürlichen Mächtekonzernts - "un monstre en politique" - üble Konsequenzen zeitigen konnte. Die von Frankreich gewünschte Abrüstung in den Österreichischen Niederlanden dagegen signalisierte nicht nur guten Willen, sondern löste auch - jedenfalls nach französischer Lesart - den nicht zuletzt durch die massive Truppenpräsenz geförderten Zustand der internen Hochspannung in Belgien auf.

Noch ohne Kenntnis der brüskten Note der Staatskanzlei vom 18. März 1792 erneuerte Außenminister Dumouriez Ende März angesichts einer offensichtlichen Verzögerungstaktik des Wiener Hofes seinen dringenden Wunsch nach einer verbindlichen und Frankreich aus unerträglicher Ungewißheit erlösenden Zusage des Apostolischen Königs, Konzertbemühungen und Rüstungen endlich einzustellen (27. März 1792). War bis zum 15. April 1792 eine solche Erklärung nicht eingegangen, mußte sich Frankreich notgedrungen als mit Österreich im Kriegszustand befindlich betrachten. Für die Staatskanzlei war längst alles gesagt. Hier gab man sich der ehrlichen Überzeugung hin, mit der heftigen Note vom 18. März den Wünschen Mercys und seiner Vertrauensleute entgegengekommen zu sein. Gelang es auch diesem Knalleffekt nicht, den vernünftigen Menschen in Frankreich die Augen zu öffnen und sie zu Widerstand anzuspornen, so mußte die "allgemeine Verdorbenheit" der Franzosen Dimensionen erreicht haben, die kaum noch hoffen ließ und der Realisierung eines Mächtekonzernts nur noch dringlichere Motive an die Hand gab⁹³.

⁹²) Zu Dumouriez und der Zeit seines Ministeriums u.a.: Masson, S. 143-181, Six 1, Sp. 398f, DBF 12, S. 259-262, Sybel, Geschichte (4. Aufl./neue Ausg.) I, S. 372-399, Goetz-Bernstein, S. 160-193, Clagau, S. 237-269, Clapham, S. 183-200, Patricia Chastain Howe, Charles-François Dumouriez and the Revolutionizing of French Foreign Affairs in 1792. In: FHS 14 (1986) 367-390. Grundlegend die allerdings mit Vorsicht zu genießende "Autobiographie" Dumouriez': La vie et les mémoires du général Dumouriez 4 Bde. (Édition Berville/Barrière) (Paris 1822/23). Sydenham, S. 105 u. Anm. 4, hat zu Recht auf die Heterogenität des sog. Gironde-Kabinetts seit März 1792 hingewiesen. Dumouriez, der Marineminister und der Justizminister bewahrten eine gewisse Distanz zu bzw. Unabhängigkeit gegenüber den Brissotins.

⁹³) Dumouriez an Noailles (18. [19.] 3. 1792; AMAE CP Autriche 363 und suppl. 24, jeweils A, das O nicht erhalten, eine beglaubigte A. dat. 18. 3. 1792, auch in AN D XXIII/1). Die Weisung ist gedr. bei Feuillet 5, S. 332-336 (datiert 18. 3. 1792). Das letzte frz. Ultimatum: Dumouriez an Noailles (27. 3. 1792; AMAE CP Autriche 363, A in AN D XXIII/1). Die Note der Staatskanzlei, die mehr noch als jene vom Februar als veritable Kriegserklärung galt, wurde der Nationalversammlung am 29. 3. 1792 von Außenminister Dumouriez mit bissigen Kommentaren vorgelegt: AP 40, S. 660f. AN F 7 4395 - Comité Diplomatique Procès-verbaux (17., 19., 29. 3. 1792). Blumendorf an Kaunitz (31. 3. 1792; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Kaunitz-Blumendorf 1792), an Mercy (31. 3. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Blumendorf-Mercy 1792; Druck: Hubert, S. 139-142). Kaunitz an Mercy (28. 3. 1792; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Mercy 1792; Druck: Vivenot 1, S. 428).

Krieg in jedem Fall?

Mit der Radikalisierung des österreichisch-französischen Verhältnisses in den Monaten März und April ließ sich österreichischerseits mit großer Wahrscheinlichkeit erwarten, daß die Hochspannung gegenüber Frankreich sich über kurz oder lang in einen Krieg entlud, bei dem man unbedingt auf die Hilfe des neuen preußischen Verbündeten zählen konnte und die komplizierte Konstruktion eines gesamteuropäischen Konzerts fürs erste in den Hintergrund trat. Gerade in Berlin, so hatte es seit März 1792 den Anschein, wollte man endlich mit der dort als für die beiden deutschen Großmächte zunehmend kompromittierend empfundenen übervorsichtigen Linie der Vergangenheit zu einem Ende kommen - speziell mit Blick auf die Interessen des Reichs. Nach den Beobachtungen des Fürsten Reuß schien nur zu offensichtlich, daß Friedrich Wilhelm II. - durchaus im Gegensatz zu seinem behutsamer agierenden Ministerium - darauf brannte, die Wirrnisse in Frankreich baldmöglichst offensiv zu bekämpfen.

Die dritte Mission Bischoffwerders nach Wien - er war in den letzten Februartagen 1792 in der österreichischen Hauptstadt eingetroffen und herzlichst aufgenommen worden - bot günstige Gelegenheit, die Österreicher mit den Ergebnissen der ersten militärischen Planungen der Preußen bekanntzumachen. Der plötzliche Tod des Kaisers und der anschließende Thronwechsel hatten dabei weder auf die junge Freundschaft zwischen Wien und Berlin noch auf die Gespräche mit Bischoffwerder irgendeinen nennenswerten Einfluß; beide Herrscher bekräftigten ihren Entschluß, den eingeschlagenen Kurs forzusetzen und gingen sofort zur Tagesordnung über. Zur Besprechung der militärischen Detailfragen berief Franz FZM Hohenlohe nach Wien und konfrontierte den preußischen Sendling mit FM Lacy, einem übervorsichtigen Skeptiker, dessen Bedenken gegen eine vom preußischen König gewünschte Übertragung des Oberbefehls an den Herzog von Braunschweig und also gegen eine unleugbare Unterordnung Österreichs unter die preußische Linie durch einen Machtspruch der Staatskanzlei zerstreut werden mußten. Wichtige politische Gründe machten es erforderlich, Herzog Karl Wilhelm Ferdinand, einen Veteranen des Siebenjährigen Krieges, den ruhmreichen Befehlshaber der Preußen im Holland-Feldzug 1787, der als der größte Strategie seiner Zeit galt, an die Spitze der alliierten Armeen zu stellen; die österreichischen Befehlshaber FZM Fürst Hohenlohe und FZM Johann Georg Graf Browne (1741-1794) sollten ihm nachgeordnet sein. Bischoffwerder übergab auch den im Februar 1792 von Braunschweig skizzierten Feldzugsplan, der für den Fall einer Offensive der Alliierten im wesentlichen nur Aktionen der österreichisch-preußischen Verbündeten vorsah; Spanien, Sardinien und die Schweizer Eidgenossenschaft sollten in ihren Grenzabschnitten zu Frankreich französische Truppen binden. Den Hauptstoß führten die Preußen, die - im Rücken gedeckt von hessischen Truppen - über Koblenz, Trier und Luxemburg moselaufwärts zu marschieren hatten, während die österreichische Belgienarmee die französische Heeresgruppe Nord band. Die Österreicher im Breisgau konnten entweder, wenn die Schweizer den Durchzug gestatteten, bei Basel den Rhein überschreiten und über Porrentruy weiter gegen Hüningen, Mülhausen, Colmar, Belfort und gegen die Franche-Comté vorgehen, oder aber sie drangen über die Saar in das Elsaß ein und beschäftigten dort die französische Rheinarmee. An einen aktiven Einsatz der Emigranten war zunächst nicht gedacht; sie konnten sich aber - bestand politisch die Bereitschaft hierzu - im Hinterland bei Köln und Mainz formieren und die erwarteten französischen Überläufer aufnehmen. Auch der Campagneplan des Herzogs von Braunschweig ging von der beruhigenden Grundvoraussetzung aus, daß man gegen ein tief gespaltenes, seiner besten Köpfe beraubtes Land und eine krisengeschüttelte Armee Krieg führen würde und lediglich den innenpolitischen Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker, den "parti dominant", die Hand reichen wollte: eine blitzartige, aber sehr macht- und eindrucksvolle Polizeiaktion nach dem Vorbild der Aktion gegen die holländischen Patrioten 1787 war es, was den Preußen vorschwebte⁹⁴).

⁹⁴) Franz II. an FZM Hohenlohe (6. 3. 1792), an FM Lacy (14. 3. 1792): KA Kabinettskanzlei HBP 105, KA NL Lacy 11 Konv. X/2. Franz II. an Kaunitz (17., 21. 3. 1792) mit Truppenverzeichnissen, "Resolutionsentwurf auf die von dem Feldmarschall Lacy gemachte Anfragen" (18. 3. 1792): StK Vorträge 150 Konv. 1792 III, SA Frkr. Varia 47 Konv. Plan des Feldzugs gegen Frankreich. Noten FM Lacys (16. u. 20. 3. 1792; SA Frkr. Varia 47 Konv. Plan des Feldzugs gegen Frankreich. KA NL Lacy 11 Konv. X/2). Feldzugsplan des Herzogs von Braunschweig (19. 2. 1792, übergeben durch Bischoffwerder 13. 3. 1792; SA Frkr. Varia 47 Konv. Plan des Feldzugs gegen Frankreich, auszugsweise gedr. in *Krieg gegen die Französische Revolution* 2, S. 374-377). Vgl. Sybel, *Geschichte* (4. Aufl./neue Ausg.) 1, S. 472-475. - Selma Stern, *Karl Wilhelm Ferdinand, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg* (Hildesheim/Leipzig 1921). - Preußen wollte später den Eindruck widerlegen, als habe es gegen das vorsichtige Österreich zum Krieg mit Frankreich gedrängt, nur habe man, wie der preußische Gesandte Jacobi Staatsreferendar Spielmann nach Kriegsausbruch darlegte, bloß zwei ernstzunehmende Alternativen gesehen: entweder sich überhaupt nicht einzumischen oder aber mit "vigueur" und "énergie" vorzugehen (Bericht Jacobis, 3. 5. 1792, gedr. bei Herrmann, *Geschichte der Wiener Convention*, S. 287 Anm. 1). Vgl. auch Ranke, *Ursprung und Beginn*, S. 220-235. - Der Landgraf von Hessen-Kassel wollte sich nicht nur einzelnen nicht-armierten Reichsständen als Truppenlieferant anbieten, sondern auch den Emigranten ein Kontingent

Staatskanzler Kaunitz polemisierte kurz vor seinem Tod 1794 im Rückblick recht heftig gegen die Übertragung des Oberbefehls an Braunschweig und die unvorsichtige Unterordnung unter die preußischen Wünsche, aber auch gegen die überhastete und unüberlegte Allianz mit Berlin insgesamt, von der er sich überdeutlich distanzierte. Alle kritischen Weichenstellungen schob er Kabinettsminister Colloredo, Vizekanzler Cobenzl, Staatsreferendar Spielmann und, was die allgemeinen Vorgaben betraf, natürlich Kaiser Leopold II. in die Schuhe, die den Tricks eines Bischoffwerder und den Intrigen des Duc de Polignac ins Netz gegangen waren. Auf dem Sterbebett schleuderte der Fürst Bannstrahlen gegen all jene, die den Ausklang seiner langen Amtszeit beschleunigt hatten, speziell gegen den schwachen Leopold II., der seinen Staatskanzler nur mehr pro forma konsultierte und sich - selbst angeblich ohne Verständnis für die hohe Politik - hinter dem Rücken Kaunitz' auf beschränkte Köpfe wie Cobenzl und Spielmann stützte; über deren mangelndes Format wußte aber auch Graf Zinzendorf in seinem Tagebuch schon im Jahre 1792 zu berichten. Daß man die Schwachstellen des Allianzvertrags mit Preußen nicht nach dem Tod des Kaisers ausbesserte, sondern Franz II. vielmehr sofort alle Abmachungen unrevidiert bestätigen ließ, schien dem Staatskanzler 1794 ein unverzeihlicher Fehler, obwohl 1792 kein Widerstand von dieser Seite feststellbar ist. Bei den Verhandlungen mit Preußen führte in der Tat Spielmann die Feder, der als unbedingter Anhänger der Achse Berlin-Wien galt und Kaunitz jetzt offensichtlich noch mehr als unter Leopold II. in den Hintergrund drängte. Franz II. ließ Bischoffwerder sogar zum voraus versichern, daß etwaige kritische Bemerkungen des Staatskanzlers nur als "les rêveries d'un respectable vieillard" zu betrachten seien, "qui ne tirent pas à conséquence"!

Auch in der bislang recht akademisch diskutierten Entschädigungsfrage gab Preußen jetzt den Takt vor. Preußen verlangte eine formelle Zusage Ludwigs XVI., die Unkosten für die preußischen Rüstungen und erforderlichenfalls für ein wirkliches militärisches Eingreifen zu übernehmen, und hatte sich in Separatverhandlungen mit Baron de Breteuil hier bereits weitgehend geeinigt. War eine bewaffnete Intervention nicht nötig, so schien Entschädigung in klingender Münze das non plus ultra. Im anderen Fall rechnete man mit Eroberung und Besetzung französischen Gebiets (Elsaß, Lothringen), das sich als Faustpfand für die Erfüllung der Geldforderungen, aber auch und vor allem als erstes Kompensationsreservoir für territoriale Umschichtungen anbot. In Elsaß-Lothringen konnte sich auch Wien die ihm konvenierende Entschädigung suchen, während sich Preußens Blicke letztlich auf Jülich und Berg richteten. Der hier zu deklorierende pfälzbayerische Kurfürst sollte dafür gleichfalls aus elsässischem oder lothringischem Gebiet abgefunden werden⁹⁵).

Aus Paris kamen seit Ende März 1792 Meldungen, die am bevorstehenden Kriegsausbruch keinen echten Zweifel mehr ließen. Zum einen hatte die Königin - die verwirrende Vielfalt an Emissären und Vertrauensleuten weiter vermehrend - bereits Mitte März 1792 ihren Kabinettssekretär Goguelat unter falschem

zur Verfügung stellen, wofür er in Wien und Berlin um Zustimmung warb: Vortrag Kaunitz (10. 3. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 III). Wien beobachtete die Aktivitäten des Landgrafen im Dunstkreis der Emigranten schon seit Sommer 1791 mit großem Mißtrauen. Er galt nicht unbedingt als Freund des Erzhauses und verfolgte mit seinem (möglichem) Engagement in der französischen Frage primär sein Eigeninteresse - den Erwerb der Kurwürde: Kaunitz an Schlick (26. 8., 31. 10. 1791; StK DK Reich Weisungen 251 Konv. Weisungen an Schlick 1791).

⁹⁵) Vortrag Kaunitz (11. 3. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 III) mit "Extrait de l'instruction du général Bischoffwerder" (Berlin, 12. 2. 1792), Friedrich Wilhelm II. an Leopold II. (20. 2. 1792; Druck: Vivenot I, S. 396) bzw. an Jacobi (6. 3. 1792; Druck: Vivenot I, S. 405f). Franz II. an Kaunitz (23. 3. 1792; KA Kabinettskanzlei HBP 105). - Die gesamte Instruktion Bischoffwerders (18. 2. 1792) finden sich bei Ranke (2. Aufl.), S. 278-285. Bischoffwerder an Kabinettsministerium (6. 3. 1792; Druck: Ranke 2. Aufl., S. 285-288): Bischoffwerder fand "que le jeune monarque paroît disposé à vouloir agir dans cette affaire avec plus de fermeté que l'Empereur son père". Franz II. an Friedrich Wilhelm II. (1. 3. 1792; StK Preußen DK HK I Konv. Kaiser an Kg. v. Preußen; Druck: Vivenot I, S. 403), Friedrich Wilhelm II. an Bischoffwerder (6. 3. 1792; Druck: Vivenot I, S. 405-408), an Franz II. (6. 3. 1792; Druck: Vivenot I, S. 408). Reuß an Kaunitz (6., 10., 20., 27., 31. 3., 2., 7. 4. 1792; StK DK Preußen 70 Relationen aus Berlin 1792 Januar-Juni). - Insgesamt Heidrich, S. 33-41. - Auch die Zarin erneuerte natürlich in ihrem Kondolenzschreiben an Franz II. vom 6. 3. 1792 (a. St.) postwendend die alte Freundschaft mit Österreich (Beer, Leopold, S. 167). Kaunitz' kritische Rückschau im Jahre 1794 in "Les entretiens du prince de Kaunitz dans les dernières semaines de sa vie 1794 par l'abbé comte d'Ayala" (Hs. Weiß 808). KA NL Zinzendorf TB 37 (11. u. 29. 2., 22. 3. 1792). Zinzendorf kolportierte im Sommer 1792 ein Gerücht, wonach Bischoffwerder Leopold II. 1791 in Italien zum Eintritt in den Rosenkreuzerorden bewogen hatte und hier der wahre Ursprung der preußisch-österreichischen Allianz lag (ebd., 19. 6. 1792). - Die megalomane territorialen Ambitionen Preußens und Österreichs sickerten rasch durch und verursachten auch in Emigrantenkreisen größeres Unbehagen. Hier dachte man bestenfalls an eine finanzielle Entschädigung potentieller Interventionen: Polignac an Kaunitz bzw. Ph. Cobenzl (11. 3. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Kaunitz bzw. Polignac-Cobenzl). Kaunitz an Polignac (17. 3. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Kaunitz-Polignac; Druck: Vivenot I, S. 424).

Namen über Brüssel nach Wien in Marsch gesetzt, um ihrem Neffen in Wien durch entsprechend deutliche Schilderungen der verheerenden Lage in Paris auf die Sprünge zu helfen. Auch im Eigeninteresse der Mächte war rasches Handeln geboten, denn, so ließ Marie-Antoinette Mercy Ende März 1792 wissen, die Angriffspläne des "Girondekabinetts" gegen Savoyen und Lüttich waren bereits geschmiedet und im Ministerrat abgesegnet worden⁹⁶).

Auch Blumendorf gab sich überzeugt, daß, fiel die österreichische Antwort auf die letzten Ultimaten Dumouriez' nicht befriedigend aus, eine sofortige Kriegserklärung zu gewärtigen war. Der Geschäftsträger ergänzte die möglichen Angriffspläne der Franzosen um eine besonders beunruhigende Facette: Der Schlag gegen Lüttich sollte nur ein Flankenstoß zur Sicherung eines Großangriffs der Nordarmee unter Marschall Rochambeau gegen Belgien sein. In Sardinien-Piemont trat die französische Diplomatie energisch auf den Plan, verlangte dem Turiner Hof Erklärungen über Truppenkonzentrationen und -verschiebungen ab, interessierte sich für österreichische Truppenverlegungen in die Lombardei und forderte eine Zerstreung der Emigrantenverbände in Nizza. Sardinien dementierte alle Gerüchte und versprach, die Entfernung der französischen Flüchtlinge zu urgieren, wurde aber gleichzeitig im April 1792 in Wien vorstellig, um gegen die ruchbar werdenden Angriffspläne der Franzosen gegen Savoyen Unterstützung aus der österreichischen Lombardei zu erhalten. Die Staatskanzlei befürwortete diesen Antrag sehr lebhaft und hoffte so dem europäischen Konzert in Savoyen und Piemont eine nützliche Vormauer gegen Frankreich zu gewinnen und durch eine Sicherung an der Alpengrenze auch für eine Ruhigstellung Mailands Vorsorge treffen zu können. Je offensiver Turin auftrat, desto mehr französische Truppen wurden im Süden gegen Savoyen gebunden und dem künftigen Kriegsschauplatz im Norden entzogen. Gegen Bestreitung der Unterhaltskosten durch Sardinien sollten nun nach dem Willen Franz II. dem Nachbarn tatsächlich alle in der Lombardei entbehrlichen Truppen überlassen werden, vorausgesetzt die Franzosen attackierten tatsächlich und Turin entschloß sich, der Einladung zum Mächtekonzert Folge zu leisten⁹⁷).

Botschafter Mercy und Pellenc in Paris bestätigten die feindlichen Absichten der Gironde gegen Belgien. Aus dieser Ecke und auch von Dupont und den Lameths kam jetzt Kritik an der österreichischen Note vom 18. März, die die Jakobiner ausgerechnet zu einem Zeitpunkt hart anfaßte, als ihnen der König - der öffentlichen Meinung Rechnung tragend - das Regierungsruder übergab und sich für viele eine innenpolitische Beruhigung abzuzeichnen schien. Selbst der krampfhafteste Versuch der Österreicher, Frankreich in zwei Lager zu spalten, konnte von Außenminister Dumouriez geschickt abgewehrt werden, indem er Wien unterstellte, mit der "partie saine de la nation" recht eigentlich die Aristokraten zu meinen; entsprechend fiel der Jubel unter den französischen Emigranten aus. Dem - nach Interpretation Mercys - verzweifelten Bemühen der französischen "Verbrecher", in äußeren Verwicklungen ihr Heil zu suchen, gab es nur wenig Positiva entgegenzuhalten. Die Antikriegspartei innerhalb der Pariser Jakobiner um Robespierre war zu schwach, ein Veto des Königs gegen den Krieg nicht zu erwarten. Vielversprechender schien hier schon, daß man über Kontakte zu königstreuen Offizieren in führenden Positionen der drei Heeresgruppen an den Ostgrenzen verfügte, zu General Jarry bei der Nordarmee, dessen Befehlshaber Marschall Rochambeau als eingefleischter Gegner eines Offensivkrieges bekannt war, zu Generalleutnant Toulangeon, Divisionskommandant bei der Rheinarmee; selbst Marschall Johann Nikolaus Graf Luckner (1722-1794), der Oberkommandierende der Rheinarmee, ein einfacher Söldner ohne wirkliche innere Be-

⁹⁶) Marie-Antoinette/Ludwig XVI. an Franz II. (13. 3. 1792; SA Frkr. HK 9 Konv. Ludwig XVI./Marie-Antoinette-Franz II.; Druck: Arnoth, Marie-Antoinette, S. 258); dazu auch Girault de Coursac, Enquête, S. 351-357. Breteuil an Franz II. (24. 3. 1792; SA Frkr. Varia 48 Konv. Korrespondenz Breteuil; Druck: Arnoth, Marie-Antoinette, S. 258-260 Anm.). Breteuil überstellte auch ein Einführungsschreiben an Kaunitz (24. 3. 1792; SA Frkr. Varia 48 Konv. Korrespondenz Breteuil). Mercy an Kaunitz (24. 3. 1792; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1792 I-IV). Marie-Antoinette an Mercy (26. 3. 1792; FA SB 71 d. A/1791 [!]). Mercy an Kaunitz (1. 4. 1792; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1792 I-IV) mit Pellenc an Lamarck (27., 28. 3. 1792; Druck: Glagau, S. 303-305). Klinckowström 2, S. 13ff (Journal, 23./25. 3. 1792). Auch die Emigranten wußten vom angeblichen Angriffsplan des Ministeriums Dumouriez und leiteten diese Nachricht prompt noch Ende März 1792 an die Österreicher weiter: Laqueuille an Metternich (30. 3. 1792; Belgien DD B 1). - Die Pläne zu einem geballten Angriffsschlag gegen den Beneluxraum wurden von Dumouriez dem Conseil am 22. März 1792 vorgelegt; dabei rechnete man bekanntlich mit Volkserhebungen in Lüttich und den Österreichischen Niederlanden ("Note pour le Conseil du 22 mars 1792"): Howe, Dumouriez, S. 386f.

⁹⁷) Blumendorf an Mercy (5., 6. 4. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Blumendorf-Mercy 1792; Druck: Hubert, S. 142-148). Vortrag Kaunitz (20. 4. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 IV) mit einer Übersicht über die in der Lombardei stationierten Einheiten. AN F 7 4398 d. Turin (März 1792). Selbst die Wiener Zeitung vom 25. 4. 1792 berichtete von den frz. Démarchen in Turin. Dumouriez. Mémoires 2, S. 245-254. - Goetz-Bernstein, S. 204f.

ziehung zur revolutionären Umwälzung in Frankreich, mochte gegen Aussicht auf persönliche Vorteile gewonnen werden. Lediglich Lafayette mit seiner gut ausgestatteten Zentrumsarmee (Metz) hielt man für einsatzwillig und begeisterungsfähig. Mit Entsetzen versah sich Mercy - durchaus prophetisch - auf eine "2. Revolution", deren Ziel nur die Errichtung einer Republik sein konnte⁹⁸).

Der unerwartete Verlust der Kaiserkrone schuf natürlich für die Wiener Aktionsplanungen neue Probleme, von denen die erschwerte Erlangung der Durchmarschgenehmigungen für die österreichischen Truppen zu ihren Einsatzgebieten noch das geringste war. Gerade die Reichspolitik des Erzhauses hatte im Zusammenhang mit dem an Frankreich zu stellenden Forderungskatalog eine neue Bedeutung erhalten, und ein überlanges Interregnum störte zweifellos das Kalkül, indem es durch Ausfall der wesentlichsten Koordinationsstelle die Steuerbarkeit des Reichs fühlbar reduzierte. Schon das Schreiben Ludwigs XVI. an Leopold II. von Mitte Februar 1792 konnte dem Reichstag nicht mehr ordnungsgemäß vorgelegt werden.

So war die größtmögliche Beschleunigung der Wahl Franz II. zum Nachfolger seines Vaters ein wesentliches Anliegen der österreichischen Politik in den ersten Wochen nach dem Ableben Kaiser Leopolds, bei dessen Realisierung Preußen kräftig mitwirken sollte. Gerade in dem beruhigenden Wissen, daß der Apostolische König der einzige Kandidat für die Kaiserkrone war und die beiden deutschen Großmächte das Reich letztlich ohnedies kontrollierten, riet die Staatskanzlei zu bewußt bescheidenem Auftreten und zu weitreichenden Zugeständnissen in Formalfragen. Das von Leopold II. wieder gefestigte Vertrauen der Reichsstände in das Erzhaus war ein ganz wesentlicher Bonus österreichischer Politik und durfte durch arrogante Betonung der Erpreßbarkeit des Reichs im Angesicht der französischen Frage nicht verspielt werden⁹⁹).

In den Genuß des österreichischen Werbefeldzugs kam sichtlich auch der Kurfürst von Trier, der Ende Februar 1792 über die nahezu vollständige Durchführung seines Emigrantenreglements vom Januar 1792 berichten konnte, aber immer noch in ernster Sorge war, daß aller gute Wille gegen Verleumdungen und Anschwärzungen letztlich doch nicht ausreichte, um auf die kaiserliche Hilfe unbedingt zählen zu dürfen. Dabei war die Grenze des Kurfürstentums Richtung Lothringen völlig ungeschützt. Wegen der scharfen Haltung Frankreichs hatte man nicht einmal gewagt, die Besatzung von Trier zu verstärken und die Artillerie ausrücken zu lassen. Mißverständnisse schienen freilich, wie selbst der Kurfürst zugeben mußte, geradezu vorprogrammiert, denn der verzweifelte Versuch, die Emigrantenströme zu regulieren, konnte mit den nie versiegenden Flüchtlingswellen aus Frankreich kaum noch mithalten. Trier sah sich am Ende seiner Aufnahmekapazitäten und mußte zudem mit wachsender Unzufriedenheit der eigenen Untertanen rechnen. Der schüchtern-ängstliche Ton des Kurfürsten, der zu jeder Nachgiebigkeit bereit war, um nur ja nicht die Rückendeckung aus Wien zu verlieren, traf dort nun aber nicht mehr auf Leopold II., sondern auf Franz II. Staatsreferendar Spielmann empfahl dem neuen Herrscher mit Blick auf die Bemühungen um die Kaiserkrone eine geänderte Tonart, ließ Franz in seinem Antwortschreiben zum einen die Hilfszusage seines Vaters unter den bekannten Auflagen erneuern und andererseits auf die Dringlichkeit einer raschen Nachbesetzung des Kaiserthrones als "centre commun à l'intérêt particulier que les affaires françaises inspirent au corps germanique" hinweisen¹⁰⁰).

⁹⁸) Mercy an Kaunitz (3., 8. 4. 1792) mit Pellenc an Lamarck (31. 3. 1792; Druck: Glagau, S. 305-308 [Auslassungen]) u. Pellenc an Lamarck (2. u. 3. 4. 1792; Druck: Glagau, S. 309-313 [Auslassungen]), Mercy an Kaunitz (17. 4. 1792; Druck: Glagau, S. 313f); SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1792 I-IV. Die Staatskanzlei gab Anfang Mai 1792 grünes Licht für die Nutzung der geheimen Kontakte zu den französischen Generälen, jedoch nicht, um ihren Übertritt auf die Seite der Alliierten zu erreichen. Sie sollten vielmehr auf ihren Posten im Lager des Feindes - gleichsam als "Maulwürfe" - der guten Sache ersprießliche Dienste leisten: Kaunitz an Mercy (2. 5. 1792; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Mercy 1792; Teildruck: Vivenot 2, S. 18). - Über Luckner vgl. etwa Michael Hochedlinger, Johann Nikolaus Graf Luckner 1722-1794. Söldnertum zwischen Ancien Régime und Revolution (Militärhistorisches Beiheft zur Europäischen Wehrkunde/Wehrwissenschaftliche Rundschau 6/Dezember 1990) und ders., Johann Nikolaus Luckner 1722-1794. In: Revue historique des Armées 1/1991, S. 64-70.

⁹⁹) Zirkularschreiben Kaunitz' an Lehrbach, Schlick, Westphalen (5. 3. 1792; Druck: Vivenot 1, S. 404f). Vortrag Kaunitz (10. 3. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 III). Dieser ist bei Vivenot 1, S. 411-415, mit einer den Akten nicht beiliegenden "Punctation" (14 Punkte) für die Kaiserwahl gedr. Kaunitz an Reuß (14. 3. 1792; StK DK Preußen 71 Konv. 1792 Rescripte nach Berlin; Druck: Vivenot 1, S. 417).

¹⁰⁰) Kfst von Trier an Leopold II. (20., 29. 2. 1792; Druck: Vivenot 1, S. 396-398, 401f), Spielmann an Franz II. (7. 3. 1792), Franz II. an Kfst von Trier (7./8. 3. 1792; Druck: Vivenot 1, S. 409f); StK DK Trier 5. - Das Comité Diplomatique diskutierte am 12./14. 3. 1792 in Anwesenheit des aus Trier zurückgekehrten Gesandten Bigot de Ste Croix die immer noch beträchtlichen Emigrantenzahlen (ca. 5.000) in Trier: AN F 7 4395 - Comité Diplomatique Procès-verbaux (12./14. 3. 1792).

Die Mission Barbé-Marbois' als Versuch, kurzfristig eine Klärung der Elsaß-Lothringen-Frage herbeizuführen, war mit dem Tod des Kaisers aussichtslos geworden; auch die nach vielem Hin und Her doch beschlossene Akkreditierung am Reichstag schien während des Interregnums letztlich wenig sinnvoll. Der Anfang März 1792 eingetroffene neue französische Chargé, Béranger jr., hatte es ohnedies schwer genug, in Regensburg dem deutlich angewachsenen Mißtrauen gegen alles Französische, will sagen: gegen alles demokratisch-republikanisch kontaminierte entgegenzuwirken.

Mitte März 1792 - das scharfe Office vom 18. März war noch nicht bekannt - reiste Barbé-Marbois über Regensburg, von wo er noch einen relativ optimistischen Abschlußbericht über seine Wienmission erstattete und einen Ausbruch der Feindseligkeiten weitgehend ausschließen zu können glaubte, zu weiteren Gesprächen zurück nach Frankreich. Hier legte er Ende des Monats nach dem Sturz von Außenminister Delessart sein Mandat nieder. Staatsvizekanzler Cobenzl hatte ihm noch in einem ausführlicheren Gespräch kurz vor dem Aufbruch zu verstehen gegeben, daß man in Wien mit der neuen französischen Verfassung durchaus gut leben könne. Stelle man Österreich heute vor die Wahl zwischen einer Wiederherstellung der absoluten Monarchie und einer Beibehaltung der Konstitution von 1791, so würde es sicher letzterem den Vorzug geben, explizierte der Staatsvizekanzler, um den Franzosen jede Angst vor angeblich konterrevolutionären Absichten der Österreicher zu nehmen, und ließ dabei andeutungsweise die in der internen Diskussion seit 1791 immer wieder anzutreffende Freude der Staatskanzlei über das Ausscheiden Frankreichs aus der Pentarchie der europäischen Vormächte erkennen. Die gemischte Verfassung hielt Frankreich in einem "système permanent de tranquillité" gefangen, das von einem absoluten Monarchen und seinen außenpolitischen Ambitionen einfach nicht zu erwarten stand¹⁰¹).

Ende März 1792 war für Optimismus allerdings wenig Anlaß. Botschafter Noailles ortete Kriegskurs der Wiener Politik, die schon in der Öffentlichkeit Stimmung gegen Frankreich machte, und aus Berlin kam gewiß keine Mahnung zu Mäßigung und Zurückhaltung. Im Gegenteil: Generalmajor Bischoffwerder zeigte in aller Öffentlichkeit die Liste der zum Einsatz bestimmten preußischen Regimenter herum, ehe er Anfang April 1792 nach Berlin zurückkehrte. Die französische Vertretungsbehörde in der österreichischen Hauptstadt sah keine Möglichkeit mehr, auf dem Verhandlungswege die in Reichweite gerückte große europäische Koalition zu verhindern. Der Botschafter und sein Sekretär Gabard de Vaux, die aus den Zeitungen vom Sturz des Feuillant-Ministeriums erfuhren, kamen um ihren Abschied ein, mußten sich schließlich aber doch auch der neuen Administration zur Verfügung stellen. Anfang April 1792 übergab Noailles Staatsvizekanzler Cobenzl auftragsgemäß das Ultimatum, dem die Staatskanzlei mit Gegenforderungen begegnete, mit der Frage der Entschädigung der gekränkten Reichsstände, der Rückstellung der päpstlichen Enklaven in Südfrankreich und der Beseitigung jener Instabilität in Frankreich, die auch für das (benachbarte) Ausland eine akute Bedrohung darstellte. Das französische Ultimatum wurde keiner weiteren schriftlichen Entgegnung mehr gewürdigt. Man verwies den französischen Botschafter einfach auf die Note vom 18. März, der man nichts mehr hinzufügen wollte. Bis Ende April 1792 liefen in den Berichten der französischen Vertretung in Wien Meldungen über die starken österreichischen Rüstungen und großangelegte Truppenverschiebungen und Beteuerungen friedliebender Gesinnungen parallel. In Wahrheit war das Klima bereits derart vergiftet, daß selbst ein Formfehler im Kondolenzschreiben Ludwigs XVI. aus Anlaß des Todes Leopolds II. zur Staatsaffäre geriet. Die Staatskanzlei rechnete nach Abweisung des französischen Ultimatus durchaus mit einer Beschleunigung in Richtung Krieg. Blieb die Initiative bei den Alliierten, erläuterte Kaunitz dem bevollmächtigten Minister in Brüssel Graf Metternich Anfang April 1792, so veranschlagte man die ersten Demonstrationen frühestens für Herbst 1792. Gingen bis dahin aber die Franzosen zum Angriff über, so mußten die österreichische Belgienarmee, die Verbände in Vorderösterreich, die Emigranten und die Truppen der deutschen Reichsstände für wenigstens zwei Monate, bis das österreichisch-preußische Interventionskorps von 100.000 Mann am Ort des

¹⁰¹) Marbois an Delessart (1., 3., 13. 3. 1792), Delessart an Noailles (2., 9. 3. 1792), Noailles an Delessart (13., 17. 3. 1792), Marbois an Dumouriez (26. 3. 1792); AMAE CP Autriche 363 bzw. suppl. 24. Delessart an Marbois (9. 3. 1792), Béranger jr. an Delessart/Dumouriez (11., 12., 20., 27. 3. 1792), Marbois an Delessart (17. 3. 1792), Dumouriez an Marbois (1., 11. 4. 1792); AMAE CP Allemagne 666. Noailles an RVK (12. 3. 1792) und dessen Antwort vom gleichen Datum: RK RkgF 3-5. Blumendorf an Mercy (11. 4. 1792).

Geschehens einsatzbereit war, als Schutzschild dienen¹⁰²).

Auch Kaunitz, der sich im März 1792 in einigen nicht eben kohärenten Skizzen Gedanken über eine Lösung der französischen Frage machte, hielt die unsichere und unentschiedene Lage zwischen Krieg und Frieden für dringend klärungsbedürftig. Ihm schien es daher schon Anfang März 1792 durchaus geboten, Frankreich durch raschestmögliche Vorlage der geplanten Erklärung der "principales puissances du concert" zu einer klaren Stellungnahme zu zwingen: Entweder 1. es erfüllte den Forderungskatalog der Mächte, oder aber 2. es erklärte Österreich den Krieg, bzw. 3. Paris versetzte Wien in die Lage, gegen Frankreich mit gewaffneter Hand auf den Plan zu treten. Dabei war ein reiner Defensivkrieg der Mächte im Falle der erwarteten unbefriedigenden Antwort in den Augen des Staatskanzlers die ideale, da sich Frankreich mit jeder Aggression selbst weiter ins Unrecht setzte und Eroberungen der Alliierten zur Entschädigung für die Kriegsaufwendungen um so mehr Berechtigung verlieh. Den Vorwand, unter dem sich Europas Souveräne "à titre de conciliateur" sehr vorsichtig in französische Interna einmengen, sozusagen in einem Arbeitsgang mit der Verfechtung der Eigeninteressen auch Verbesserungen des französischen Verfassungswerkes - kein wirkliches "rétablissement", wie es Ludwig XVI. wohl wünschte - fordern oder anregen durften und so zugleich vor dem Tribunal der öffentlichen Meinung den Vorwurf der Tatenlosigkeit zerstreuten, lieferten die Völkerrechtsverletzungen und Vertragsbrüche des neuen Frankreich. Ein nur unter militärischem Druck von außen und ohne ehrlichen Interessensausgleich erzwungener Balancezustand hatte bei alledem immer noch etwas Bedenkliches, eröffnete er doch wenig Aussicht auf eine dauerhafte Sanierung der Lage. Vielmehr stand zu befürchten, daß nach dem Abzug der alliierten Truppen das künstlich geschaffene Gebäude einstürzte und möglicherweise einer noch viel erschreckenderen politische Bausünde Platz machen mußte, als es das Frankreich der Verfassung von 1791 je war. Nichts konnte daher im letzten eine ehrliche Versöhnung zwischen König und Nation - eine im wesentlichen innerfranzösische Lösung - aufwiegen, schon gar nicht der in den Tuileries lange Zeit favorisierte bewaffnete Kongreß. Dieser schuf gerade in bezug auf die völkerrechtlich ungeklärte Stellung der französischen Nationalversammlung problematische Konstellationen. Einerseits wollte man nur mit dem König als Vertreter Frankreichs verhandeln, andererseits bedurfte dieser eines Auftrags der Assemblée, die von vielen Mächten als Usurpatorin der legislativen Gewalt gar nicht anerkannt wurde. Und von der Legislative wieder war schwerlich zu erwarten, daß sie sich in Verhandlungen über rein französische Interna einließ und selbst einer Stärkung des Königtums zuarbeitete¹⁰³).

Noch kurz vor seinem Tod hatte Leopold II. in Reaktion auf die Mission des russischen Gesandten Simolin nach Wien die Ausarbeitung eines geheimen Mémoires für Marie-Antoinette angeordnet, in dem der österreichisch-preußische Aktionsplan in groben Zügen entwickelt, der Kaiser aber gegen die Verleumdungen seitens der Tuileries verteidigt werden sollte und die alten Appelle zu Mäßigung und Vernunft wiederkehrten. Jedem Versuch, das Ancien Régime zu retablieren und die Opposition mit Waffengewalt beiseite zu fegen, erteilte man in Wien weiterhin eine klare Absage; hier plädierte man für ein Vorgehen in sorgsamer Abstimmung mit den Wünschen und Ängsten der nach altem Muster in 'gut' und 'böse' geteilten französischen Nation. Die Franzosen durch das Gespenst einer brutalen Verfassungsrevision zu einen und so eine militärische Aktion schon a priori selbst zu vereiteln, indem man den Enthusiasmus der Bevölkerung aktivierte, konnte gerade den Tuileries am wenigsten ins Konzept passen und bedrohte die Intervenienten mit unabsehbaren Folgen für die Ausbreitung des revolutionären Virus in ihren eigenen Ländern. Bestenfalls der Wunsch nach Schaffung jener Rahmenbedingungen - und auch dies nur ansatz-

¹⁰² Noailles an Delessart (21. 3. 1792), Noailles an Ludwig XVI. (24. 3. 1792), Noailles an [Dumouriez] (28. 3., 1. 4. 1792), Gabard an Dumouriez (1. 4. 1792), Noailles an Dumouriez (5./7., 11., 14., 18., 21., 28. 4. 1792): AMAE CP Autriche 363. Vortrag Kaunitz (5. 4. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 IV) mit Bericht Vizekanzler Cobenzls über sein Zusammentreffen mit Noailles (5. 4. 1792; Druck: Vivenot 1, S. 434f). Ph. Cobenzl an Blumendorf (7. 4. 1792; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Blumendorf 1792 III-VII; Druck: Vivenot 1, S. 434) u. Beilagen. Kaunitz an Metternich (7. 4. 1792; Belgien DD A Weisungen 68). - Dumouriez an Noailles (25. 3. 1792) mit Ludwig XVI. an Franz II. (25. 3. 1792), Kaunitz an Noailles (11. 4. 1792), Noailles an Kaunitz (12. 4. 1792), Noailles an Dumouriez (14. 4. 1792): AMAE CP Autriche 363, SA Frkr. NW 14 Konv. V. d. frz. Botschaft/von Noailles u. A. d. frz. Botschaft/an Noailles. Das O des Schreibens Ludwigs XVI. in SA Frkr. HK 9 Konv. Ludwig XVI.-Franz II. - Keith an Grenville (7. 3. 1792; Druck: Gillespie Smyth 2, S. 508f).

¹⁰³ "Canévas sur l'état actuel des affaires françaises" (3. 3. 1792), "Considérations sur le projet d'un congrès" (März [?] 1792), "Réflexions sur l'assemblée d'un congrès pour y traiter des affaires de la France" (März [?] 1792), "Réflexions sur les affaires de France" (März 1792), "Réflexions sur les affaires françaises" (29. 3. 1792), gedr. bei Vivenot 1, S. 403f, 428-430, nach den entsprechenden Vorlagen in SA Frkr. Varia 45 Konv. Denkschriften des Fürsten Kaunitz.

weise durch Grobsicherung der Monarchie und Verurteilung der revolutionären Subversion im Ausland -, die mit der Zeit eine tiefergehende und ehrliche Beruhigung der innenpolitischen Situation ermöglichten, durfte unter der Decke der primär machtpolitisch-völkerrechtlich bestimmten Motive der Mächte hervorschwimmern.

Nachdem Simolin auch bei Franz II. vorstellig geworden war und von diesem eine Bestätigung der Zusagen des Vaters erhalten hatte, sollte die Denkschrift als politisches Vermächtnis des Kaisers mit einem Begleitbrief des Nachfolgers gegen Ende März 1792 zur Absendung vorgelegt werden. Plötzlich widerriet Staatskanzler Kaunitz dringend die Expedierung der durch die Ereignisse und den geladenen Notenwechsel mit dem französischen Außenministerium seiner Meinung überholten Schriftstücke. Wurde der Inhalt bekannt - und damit war zu rechnen -, so konnte man sich nun nach der Totaländerung der innenpolitischen Situation in Frankreich schon zum voraus auf verheerende Folgewirkungen einrichten; auf die Königin jedenfalls, so Kaunitz zynisch, würde auch dieses Mémoire nicht die gewünschte Überzeugungskraft ausüben. Statt der recht umfassenden Rechtfertigungsschrift, die der Wiener Politik aus Gründen der Kosmetik gegenüber den Tuileries einen seit Sommer 1791 konsequent auf bewaffnete Intervention ausgerichteten Charakter verlieh, die Schuld am Scheitern der damaligen Konzertbemühungen dem Zögern bzw. dem Widerstand anderer zuschob und die Sistierung im November 1791 mit der vorgerückten Jahreszeit rechtfertigte, wurde nur mehr ein knappes Schreiben abgesandt, das die Königin auf das Zustandekommen des Konzerts vertröstete. Dies schien Kaunitz die adäquatere Art und Weise, um auf die Entsendung Simolins zu reagieren¹⁰⁴).

Anfang April 1792 wurde auch der endlich in Wien eingelangte Vertraute der Königin, Baron de Goguelat, kurz abgefertigt und über Brüssel zurück nach Paris geschickt. Hilfe für die Tuileries wurde zwar wie immer in Aussicht gestellt, voraussehbare Verzögerungen entschuldigte man aber schon vorab durch die Vielschichtigkeit der Konzertverhandlungen; dringend mahnte man v.a. eine Entscheidung in der Frage der Kriegskostenentschädigung an. Auftragsgemäß hatte der Sendling die Lage der königlichen Familie in den schwärzesten Farben ausgemalt, alle offiziellen Willenskundgebungen Ludwigs XVI. einmal mehr als gänzlich unbeachtlich dargestellt und um so mehr auf einem raschen Eingreifen des Auslands ohne Rücksicht auf die Sicherheit Marie-Antoinettes und ihrer Familie bestanden. Die Gefahr, durch die Jakobiner vom Thron gestoßen zu werden, galt dem Königspaar offensichtlich als reell, der verhassten Königin drohten schlimmste Verfolgung und Demütigung, wenn nicht der von den Jakobinern selbst gewünschte Kriegsausbruch die unerträgliche Spannung in eine andere Richtung lenkte. In den Tuileries versprach man sich von einem Krieg mit dem Ausland auch eine weitere willkommene innenpolitische Folgewirkung: eine starke Koalition zwischen dem König und dem gutgesinnten Teil der Nation, die beide zum Wesen der Verfassung standen, aber anders als die Jakobiner Verbesserungen für unabdingbar hielten; eine ideale Basis für die von Staatskanzler Kaunitz privatim so sehr gewünschte innerfranzösische Lösung auf friedlichem Weg. Dies vergrößerte auch - praktisch gedacht - die Sicherheit der Tuileries, die dann auf die Garde Constitutionnelle, den Großteil der Pariser Nationalgarde und die Pariser Bürgerschaft zählen konnten. Gegen diese solide Abwehrfront würde auch die politisch aktive "canaille" aus den Vororten nichts ausrichten. Die Emigranten, die sich längst von der geheimen Politik ihres Königs weit entfernt hatten und ohne Autorisierung handelten, mußten - so resümierten jedenfalls die Wiener Verantwortlichen das Vorbringen des französischen Sendlings, um ein weiteres, von den Tuileries selbst geliefertes Argument zur Ausschaltung der Emigranten zu gewinnen - bei den Aktionen der europäischen Mächte im Hintergrund bleiben und durften bestenfalls im Rücken der alliierten Armee tätig werden. Frankreich werde, so hatte Goguelat dargelegt, den ausländischen Truppen sicher weniger Widerstand leisten als den auf Privatrache sinnenden Flüchtlingen.

¹⁰⁴) Simolin an Katharina II. (6./17. 3. 1792; Druck: Feuillet 5, S. 308-312). Vortrag Kaunitz (23. 3. 1792) mit Franz II. an Marie-Antoinette (März 1792) und dem Mémoire (O in SA Frkr. Varia 44 Konv. Auslieferung a. d. Archives Nationales), Vortrag Kaunitz (24. 3. 1792); StK Vorträge 150 Konv. 1792 III. Das Mémoire ist u.a. bei Feuillet 2, S. 421-432, mit dem irrigen Datum Oktober 1791 abgedr. (vgl. Arneth, Marie-Antoinette, S. 260 Anm.). Ph. Cobenzl an Franz II. (März 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 III). Franz II. an Marie-Antoinette (30. 3. 1792; SA Frkr. HK 8 Konv. Franz II.-Marie-Antoinette; Druck: Arneth, Marie-Antoinette, S. 260f). Spielmann beklagte sich bei Kaunitz in ungewöhnlich scharfer Form über dessen überraschendes Plädoyer für eine Zurückbehaltung des vom Staatsreferendar entworfenen Mémoire. Der Staatskanzler hatte offensichtlich hinter dem Rücken Spielmanns agiert und sich durchgesetzt: Spielmann an Kaunitz (28. 3. 1792; GK 406 E; Druck: Schütter, Kaunitz, S. 91f).

Auch Mercy mahnte Mitte April 1792 nochmals zur Geduld und warnte vor den unrealistischen Planungen Schwedens und Rußlands. Jene, auf die es wirklich ankam, Österreich und Preußen, rüsteten und standen sicher bereit, wenn der erste Kriegsfunkel das Pulverfaß zur Explosion brachte und die Vorfrage der vom Allerchristlichsten König zu leistenden bzw. wenigstens zu garantierenden Entschädigungen für die Intervenienten einigermaßen befriedigend geklärt war. "On est ici en bonne posture, bien préparé, et on ne craint rien."¹⁰⁵⁾

In Wahrheit war natürlich von einem echten Sicherheitsgefühl weder in Brüssel noch entlang des Rheins die Rede. Kaum hatte Mercy die Angriffspläne des Girondeministeriums nach Wien weitergeleitet, mußte die Staatskanzlei über Reuß in Berlin Druck machen, um die preußische Mobilmachung zu beschleunigen. Gerade in den Österreichischen Niederlanden, wo man alle Augenblicke mit einem französischen Erstschatz rechnete, fühlte man sich keineswegs "en bonne posture" und schon gar nicht stark genug, gleichzeitig die unruhigen Provinzen unter Kontrolle zu halten und andererseits gegen eine französische Invasion Front zu machen.

Der kurtrierische Minister Baron Ferdinand von Duminique (1742-1803) war indes schon Mitte März 1792 in Wien eingetroffen, wo er die Staatskanzlei mit Denkschriften und Eingaben bombardierte. In Brüssel selbst hatte sich Trier in seinem Bemühen, hinter dem Schutzschild der österreichischen Belgienarmee Deckung zu suchen, wiederholt eine Abfuhr geholt. In der Hauptstadt der Donaumonarchie war Duminique nun mehr Erfolg vergönnt; er realisierte wenigstens einen Teil dessen, was auch Duc de Polignac namens der Prinzen parallel zu den kurtrierischen Bemühungen durchzusetzen trachtete. Während man sich aber in der Staatskanzlei über die heftigen Angriffe der Emigranten auf die moderate Politik Leopolds II. ärgerte und ihre Anstrengungen, Franz II. die Bewilligung zur Wiederversammlung und Wiederaufrüstung der waffenfähigen Flüchtlinge in Trier zu entlocken, als plumpen Versuch einschätzte, Österreich unrettbar zu kompromittieren, billigte man der gleichartigen Initiative des Kurfürsten von Trier mehr Berechtigung zu.

Die bald unmittelbar drohende Kriegsgefahr ließ in einer so heiklen Frage wie der Emigrantenproblematik in den Rheinländern auch bei österreichischen Verantwortlichen ein gewisses Umdenken Platz greifen. Was bisher ein ärgerlicher Stein des Anstoßes im Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland gewesen war, mochte Mitte April 1792 im Angesicht des Krieges schon ganz anders bewertet werden. Die Anregung des trierischen Ministers Duminique, im Falle wirklicher Tülichkeiten von französischer Seite die Ausführung des Emigrantenreglements sofort zu suspendieren, das in großzügigen Schätzungen auf bis zu 20.000 Mann veranschlagte Mannschaftspotential der Flüchtlinge in den geistlichen Fürstentümern zur Verteidigung der ansonsten fast schutzlosen Zone zu nützen und auch die massenhaft über die Saar desertierenden französischen Linientruppen aufzunehmen, schien - mit Vorsichtsklauseln versehen - sehr vernünftig, ersparte Wien vielleicht, die Belgienarmee durch Abstellung der im Dezember 1791 zugesagten Schutztruppen für Trier weiter zu schwächen. Die Festung Trier sollte jedenfalls im Kriegsfall von Luxemburg aus eine kleine österreichische Besatzung erhalten. Schließlich billigte man dem Kurfürsten in mühsamen Diskussionen mit seinem nach Wien geeilten Minister wirklich zu, einem Schlag Frankreichs durch Sammlung und Armierung der Emigranten und mit Unterstützung des Landgrafen von Hessen-Kassel nach dem Recht der Selbstverteidigung zu begegnen und so die Zeit bis zum Eintreffen der österreichisch-preußischen Interventionsarmee zu überbrücken. Bis zu einer tatsächlichen Aggression der Franzosen bzw. bis zur Kriegserklärung - Schritte, die weitere Rücksichtnahme hinfällig machten - mußte freilich jede Provokation sorgsamst vermieden werden (19. April 1792).

Die Nützung der Emigrantenverbände und der Truppen des Landgrafen von Hessen-Kassel rieten auch die Preußen dem belgischen Generalgouvernement an, das Anfang April 1792 unter Weiterleitung der geheimen Angriffspläne der Franzosen direkt um Bereitstellung preußischer Truppen aus Westfalen ersucht hatte und hier - anders als erwartet und von Wien angekündigt - auf wenig Kooperationsbereitschaft gestoßen war; schon seit der ersten Wiener Anregung, die Entsendung von 6.000 Mann k.k. Truppen in die

¹⁰⁵⁾ Vortrag Kaunitz (9. 4. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 IV) mit dem Bericht Cobenzls über sein Gespräch mit Goguelat ([30. 3. 1792]; Druck: Vivenot I, S. 430-432) und dem "projet de billet" von König Franz (9. 4. 1792, K; A in SA Frkr. HK 8 Konv. Franz II.-Ludwig XVI./Marie-Antoinette). Kaunitz an Mercy (9. 4. 1792; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Mercy 1792) und Beilagen, darunter auch Kaunitz an Breteuil (8. 4. 1792). Breteuil an Caraman (27. 4. 1792); Flammermont, *Négociations*, S. 26-28. Kaunitz an Reuß (12. 4. 1792; StK DK Preußen 71 Konv. 1792 Rescripte nach Berlin u. Sperrkonv.; Druck: Vivenot I, S. 437). Mercy an Marie-Antoinette (16. 4. 1792; FA SB 71 d. B/A; Druck: Amedh, S. 261f).

Vorlande durch Verlegung einer gleich starken preußischen Einheit nach Kleve zu unterstützen, keimte in den Preußen der Verdacht, daß es den Österreichern dabei vielleicht eher um eine Einschüchterung der malkontenten Belgier ging. Immerhin wurden jetzt auch die Kriegsvorbereitungen in Berlin deutlich beschleunigt: Friedrich Wilhelm war nach Eintreffen der bedenklichen Meldungen aus Brüssel wild entschlossen, der "phrénésie des démocrates" ein Ziel zu setzen¹⁰⁶).

Ob die Erteilung der von Trier gewünschten Erlaubnis für den Einsatz der Emigranten im äußersten Notfall zugleich auch als Signal für eine prinzipielle Änderung in der Haltung des Wiener Hofes oder bei Teilen desselben gegenüber den französischen Flüchtlingen gewertet werden muß, bleibt mehr als fraglich. Relativ zweifelsfrei scheint, daß sich Duc de Polignac mit der Thronbesteigung Franz II. neue Möglichkeiten eines direkten Kontakts zum Herrscher eröffneten und er v.a. über Kabinettsminister Colloredo, z. T. auch über Staatsreferendar Spielmann den abweisenden und unfreundlichen Staatskanzler Kaunitz, der in der Emigrantenfrage zu keinerlei Zugeständnissen bereit war, noch deutlicher und öfter umgehen konnte als in der Ära Leopolds II. Der offizielle Kurs der Staatskanzlei blieb jedenfalls der gleiche. Es war die kluge, auf Mäßigung bedachte und zugleich dem Zwang der Konjunkturen angepaßte Linie Leopolds II., von der sich auch der neue Souverän nicht entfernen durfte. Die Emigranten mußten gleich allen anderen in Ruhe die Bildung des Mächtekonzerts abwarten und sollten dessen möglichen Aktionen in keiner Weise vorgreifen. Von den Emigranten freilich war gerade in den turbulenten Monaten März und April 1792 eine Politik der Vernunft weniger denn je zu erwarten. Speziell nach der Berufung des Gironde-Ministeriums Mitte März 1792 mußten in Koblenz die faktische Entmachtung des Königs und die Realisierung der Jakobinerherrschaft nur zu einer weiteren Verschärfung des Drängens auf rasche und unnachsichtige Intervention führen. Es galt, der Verbreitung des französischen Übels, das ganz Europa in Gestalt philosophisch verbrämten Gedankenguts bedrohte, nicht durch einzelstaatliche Polizeimaßnahmen, sondern durch rigorose Ausmerzung des Krankheitsherdes zu steuern. Verseuchtes Schrifttum und Emissäre der französischen Propaganda hatten angeblich selbst die Ratsstuben und Kabinette der europäischen Fürsten infiltriert, Tyrannenmörder vielleicht schon im Ausland ihre buchstäblich giftvolle Tätigkeit entfaltet ... eine Anspielung auf den mysteriös plötzlichen Tod Leopolds II. Am französischen Beispiel sollte, ging es nach den Vorstellungen der Emigrantenführer, von der Staatengemeinschaft beispielhaft demonstriert werden, daß Rebellion und Verbrechen niemals ungesühnt blieben. Das alles - so meinte man in Koblenz - ohne wirkliches Risiko für die handlungswilligen Mächte, ohne ernstzunehmenden Widerstand. Frankreich lag so gut wie am Boden, vier Fünftel der Bevölkerung waren angeblich der Wiederherstellung der Monarchie (also des Ancien Régime) und einer echten "autorité royale" nicht abgeneigt. Truppenkonzentrationen an den französischen Grenzen und ein wiederholt gefordertes drohendes Manifest der Mächte sollten so eigentlich genügen, um trotz der Rodomontaden der Nationalversammlung der gutgesinnten Mehrheit Mut zu machen, die Revolutionäre einzuschüchtern und zu verhindern, daß der Pöbel Hand an die königliche Familie legte. Viele Städte würden freiwillig ihre Tore öffnen und die intervenierenden Mächte als Befreier mit Blumen begrüßen: ein würdiges Debüt für Franz II. auf der Bühne der Weltgeschichte, bei dem Koblenz natürlich - anders als von Wien geplant - keineswegs nur eine Statistenrolle spielen wollte. Die guten Kontakte ins Innere Frankreichs und der Mut der Verzweiflung der meisten Emigranten prädestinierten gerade die königlichen Brüder und ihren zahlreichen Anhang zur Speerspitze einer alliierten Invasion. Daß vorbereitende Rüstungen im Kurfürstentum Trier von einer verbrecherischen Nationalversammlung möglicherweise als Provokation betrachtet wurden, galt der Politik der Emigranten bestenfalls als begrüßenswerter Beitrag zur Beschleunigung einer viel zu trägen Ent-

¹⁰⁶ Metternich an Kaunitz (12. 4. 1792), Kfst von Trier an Generalgouverneure (9. 4. 1792) u. deren Antwort (12. 4. 1792); Belgien DD A Berichte 325. Kfst von Trier an Franz II. (12. 4. 1792), Franz II. an Kfst von Trier (18. 4. 1792); StK DK Trier 5, gedr. bei Vivenot 1, S. 448-450, 467f. Der Notenwechsel zwischen der Staatskanzlei und Duminiq (März/April 1792) gesammelt in StK DK Trier 5 u. SA Frkr. Varia 47 Noten von/an Duminiq. Vortrag Kaunitz (19. 4. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 IV). Schlick an RVK (8. 3., 18., 30. 4. 1792), Westphalen an RVK (9., 12., 17. 3., 14., 19., 24., 30. 4., 7. 5. 1792); Hansen 2, S. 89-91, 93f, 97f, 119, 124f, 145f, 157-160, 177-179. Max Franz von Köln an Kfst von Trier (19. 4. 1792), Kfst von Mainz an Kfst von Trier (20. 4. 1792), Kfst von Trier an Kfst von Mainz (21. 4. 1792) u. an Max Franz von Köln (21. 4. 1792), an Ldgrf von Hessen-Kassel (26. 4. 1792); Hansen 2, S. 125-131, 140-142, 149f. Franz II. an Albert von Sachsen-Teschen (22. 4. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 8). HKR an RVK (30. 4. 1792; RK RkgF 3-5) mit Beilage. Reuß an Kaunitz (11. u. 17. 4. 1792; StK DK Preußen 70 Konv. Relationen aus Berlin 1792 Januar-Juni); Kommunikat Jacobis (6./18. 4. 1792; StK DK Preußen 71 Konv. Promemorien d. preuß. Gesandtschaft 1792). Kabinettsministerium an Bischoffwerder (5. 4. 1792; Druck: Ranke, Ursprung und Beginn [2. Aufl.], S. 288f). - Lagravière an Delessart (12. 3. 1792; AMAE CP Pays-Bas espagnols/autrichiens 182).

wicklung. An finanziellen Bedenken sollte das noble Unternehmen nicht scheitern, und so verpflichteten sich die Brüder Ludwigs XVI. in ihrem und seinem Namen, die Unkosten der Österreicher für ihren selbstlosen Einsatz "pour sauver et maintenir dans son intégrité la monarchie française" zu übernehmen. Mit diesem Nebensatz war klar: auch für die Emigranten kam eine Verstümmelung Frankreichs, also eine Entschädigung der Intervenienten durch Abtretung französischen Territoriums, nicht in Frage. Vollmachten des Allerchristlichsten Königs vermochten Artois und Monsieur anders als der offizielle Auslandsagent Ludwigs XVI., Baron de Breteuil, allerdings nicht vorzuweisen; sie fanden aber einen recht aner kennenswerten Fluchtweg aus diesem Dilemma. Eine entsprechende Anfrage Baron Spielmanns beantwortete Polignac Mitte April 1792 mit einer geschickten Gegenklärung: Verfügten die Brüder des Königs über eine Vollmacht, so mußten sie diese ohnedies geheimhalten, um Ludwig, der dann für jeden Schritt der Emigranten haftete, nicht zu kompromittieren. Angesichts der faktischen Gefangenschaft des Königs konnte man sich eine wirklich ehrliche Willenserklärung der Tuilerien ohnehin nicht mehr erwarten; ja, wer die scheinbaren Wünsche des Königs erfüllte, machte sich automatisch zum Vollstrecker der finsternen Absichten der Nationalversammlung - eine Spitze gegen Baron de Breteuil, der seinem Herrn - etwa auf dem vielbeschworenen bewaffneten Kongreß - schwerlich dienen konnte, ohne das königliche Leben in ernste Gefahr zu bringen. Die anhaltende Unfreiheit Ludwigs XVI. übertrug nach der Rechtsauffassung der Prinzen eo ipso die königliche Autorität auf Monsieur und Artois, die so in eigenem Namen und aus eigener Machtvollkommenheit handeln durften, ohne den König zu gefährden, da dieser sie bei Bedarf problemlos desavouieren konnte, während er für die Aktionen seines Bevollmächtigten Breteuil selbst geradestehen mußte. Eine allfällige Desavouierung der Prinzen aber durfte wieder als aufgezungen gelten und war somit gegenstandslos. Damit hatte man sich in Wien einmal mehr als einzig relevanter innen- wie außenpolitischer Partner im bevorstehenden Kampf gegen das revolutionäre Frankreich angepriesen, trotzdem aber nicht mehr erreichen können, als daß man im äußersten Notfall in Trier militärischen Lückenbüsser spielte¹⁰⁷).

Die letztlich sehr vorsichtigen, aber in gewisser Weise doch aussagekräftigen Zusagen an den Kurfürsten von Trier und seine problematischen Gäste erfolgten im Rahmen einer nun in eine neue Phase tretenden Frankreichpolitik Österreichs. In Wien war schon am 13. April 1792 die Geheime Konferenz - erstmals in Gegenwart der "grauen Eminenz" des neuen Herrschers, Graf Colloredo, und in Anwesenheit des Hofkriegsratspräsidenten Graf Wallis - zusammengetreten, um über jene österreichisch-preußischen Gegenmaßnahmen zu beraten, die die erst wenige Tage zuvor über Brüssel eingelangten geheimen Nachrichten aus den Tuilerien dringend zu erfordern schienen. Als vordringlich galt dabei, daß Berlin und Wien mit der Entsendung der 50.000 Mann (abzüglich der bereits in Marsch gesetzten Truppen) Richtung Rhein nicht länger zuwarteten und die jeweils marschfertigen Staffeln sofort abschickten; gedacht war an eine weitere "Vorhut" von 15.000 Mann, die bis Monatsende abrücken konnte. Die Preußen sollten sobald als möglich nachziehen. Die Zielorte der österreichisch-preußischen Truppenmärsche lagen dort, wo die Korps am schnellsten eintreffen konnten und auch gebraucht wurden: für die Preußen zur Flankendeck-

¹⁰⁷) Polignac an Colloredo (23., 27./28. 3. 1792, SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Colloredo); Colloredo an Polignac (29. 3. 1792 u. o.D.; SA Frkr. 45 Konv. Colloredo-Polignac). Polignac an Kaunitz (24. 3. 1792) mit zwei Noten vom 18. 3. 1792, dto. (28. 3. 1792; Druck: Vivenot 1, S. 427f) mit Note vom 24. und zwei Noten vom 28. 3. 1792, Kaunitz an Polignac (24. 3. 1792; Druck: Vivenot 1, S. 426f); SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Kaunitz bzw. Kaunitz-Polignac, SA Frkr. Varia 44 o.K. Monsieur/Artois an Franz II. (23. 3. 1792; SA Frkr. HK 10 Konv. Provence/Artois-Franz II.; Druck: Feuillet 5, S. 340f), Franz II. an Monsieur/Artois (28. 3. 1792; SA Frkr. HK 8 Konv. Franz II.-Provence/Artois). Vortrag Kaunitz (1. 4. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 IV); Polignac an Kaunitz (1. 4. 1792), Kaunitz an Polignac (1. 4. 1792; Druck: Vivenot 1, S. 432f); SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Kaunitz bzw. Kaunitz-Polignac. Polignac an Kaunitz (14. 4. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Kaunitz). Beglaubigte Abschriften der "Instruction pour Monsieur le duc de Polignac" (1. 4. 1792) in SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Kaunitz u. SA Frkr. HK 10 Konv. Provence/Artois-Franz II. Vortrag Kaunitz (19. 4. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 IV). Kaunitz an Polignac (19. 4. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Kaunitz-Polignac; Druck: Vivenot 1, S. 468). Polignac an Spielmann (19. 4. 1792), an Colloredo (20. 4. 1792); SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Colloredo. In den April 1792 gehören wohl auch zwei auf 19. 5. 1792 datierte Noten Polignacs (SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Kaunitz). - Im März/April 1792 hielt sich auch Vaudreuil wieder in Wien auf. Vgl. seine interessanten Briefe bei Pingaud, *Correspondance de Vaudreuil* 2, S. 58-90. Seinen Beobachtungen zufolge war der Kaiser zum Zeitpunkt seines Todes zu einer militärischen Radikallösung der "französischen Frage" bekehrt. Das retardierende Element verortete Vaudreuil zu Recht bei Kaunitz, Spielmann und deren "lenteur insupportable", mußte aber rasch den überragenden Einfluß des Staatsreferendars zur Kenntnis nehmen. Dagegen meinten die Emigranten, die Galle Kaunitz' gegen die Franzosen recht rege gemacht zu haben, und zwar mit Hilfe des Favoriten und Maître de Palais des Staatskanzlers, des Malers Francesco Casanova (1727-1802).

kung der österreichischen Position in Belgien in Luxemburg und Lüttich, für das österreichische Armeekorps unter Fürst Hohenlohe in den Vorlanden. Um französischen Erstschlägen gegen Reichsgebiet vor Einlangen der preußisch-österreichischen Armeen die Aussicht auf einen leichten Erfolg zu nehmen, stand nun - neben der Aufrüstung der Emigranten - auch die Aktivierung der Rheinbarriere in Form einer Assoziation der fünf vorderen Reichskreise (Kurrhein, Österreich, Franken, Schwaben und Oberrhein) zur Debatte. Es war dies seit den Franzosenkriegen des 17. und 18. Jahrhunderts eines der schnellsten, weil den Formalismen des Reichstags nicht unterworfenen Verteidigungsmittel, die das Reich in akuten Notfällen beihanden hatte, und die schwachen österreichischen Truppen in den Vorlanden konnten durch die zahlenmäßig beachtlichen Kreistruppen - alleine das Simplum betrug 21.000 Mann - immerhin abgepolstert werden. Kurzfristige Verstärkung für die österreichische Belgienarmee erhoffte man sich allen abweisenden Reaktionen zum Trotz immer noch aus den nahegelegenen preußischen Provinzen¹⁰⁸).

Schon Anfang April 1792 hatte König Franz II. dem Herzog von Braunschweig in aller Form den Oberbefehl über die zur Aktion bestimmten verbündeten Armeen angetragen. Die Wichtigkeit der Unternehmung verdiene es, so hieß es in schmeichelhafter Form, daß man einen der größten Feldherren der Gegenwart an die Spitze der Expedition stellte. Der Herzog freute sich in seinem Dankschreiben, daß man ihm Gelegenheit bot, bei der Vernichtung der "principes destructeurs de toute félicité publique" an so prominenter Stelle mitzuwirken. Wien folgte bei dieser Entscheidung triftigen politischen und militärischen Überlegungen, war aber keineswegs bereit, neben den Preußen eine bloß kränkende Nebenrolle zu spielen. Der Befehlshaber der in die Vorlande bestimmten österreichischen Hauptarmee FZM Fürst Hohenlohe erhielt ebenfalls zu Monatsbeginn Weisung, die weiteren militärischen Details mit dem Herzog von Braunschweig direkt zu besprechen; für Mitte Mai 1792 war eine Militärkonferenz in Potsdam anberaumt. Rechnete man einerseits mit einem beachtlichen Spielraum von 8-10 Wochen, innerhalb dessen die Antworten der Mächte auf die Einladungen zu einem Mächtekonkret eintreffen und so die weitere Vorgehensweise mitbestimmen sollten, galt andererseits für ausgemacht, daß die nie aus den Augen verlorene und jetzt wahrscheinliche zweite Alternative, die österreichisch-preußische Sofortlösung "zur schleunigsten Gegenwehr", auch ohne die Unterstützung der übrigen Mächte zu greifen hatte, wenn die Franzosen von sich aus den Krieg erklärten oder gegen die Niederlande bzw. gegen das Reich losschlugen¹⁰⁹).

Die Staatskanzlei erkannte dabei sehr wohl die Gefahr, die mit einem zu einseitigen Engagement der beiden deutschen Großmächte verbunden war. Machten Österreich und Preußen Anstalten, die Bereinigung der französischen Fragen energisch anzugehen, so war nicht auszuschließen, daß die übrigen Höfe "zu lau" oder auch gar nicht reagierten. Deshalb hielt man es auch für angezeigt, vor der europäischen Öffentlichkeit klarzustellen, daß es bei den einsetzenden militärischen Manövern der Verbündeten - etwa der Entsendung von weiteren 15.000 Mann nach Vorderösterreich - nur um Defensivanstalten als Reaktion auf die französischen Angriffspläne ging, alle weiterführenden Maßnahmen aber von der Aktivierung des Konkrets abhingen.

Lebhaft engagierte sich die österreichische Reichspolitik für die Sicherung der Reichsgrenzen im Westen und somit für die Zustandebringung der Assoziation der vorderen Reichskreise, bemühte um so heftiger deutschen Patriotismus und anti-französisches Nationalgefühl, je deutlicher das Mißtrauen gegen ein

¹⁰⁸) Spielmann a. d. Konferenzminister (11. 4. 1792; SA Frkr. Varia 47 Konv. Konferenzprotokolle 1792) mit Beilagen, Vortrag Spielmann (14. 4. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 IV) mit dem Konferenzprotokoll (Druck: Vivenot 1, S. 456-458, dieses auch in SA Frkr. Varia 47 Konv. Konferenzprotokolle 1792) u. den Schreiben an Albert von Sachsen-Teschen ([17. 4. 1792]; Druck: Vivenot 1, S. 459f), FZM Browne (o.D.), FZM Hohenlohe ([15. 4. 1792]; Druck: Vivenot 1, S. 458); Spielmann a. d. Konferenzminister (15. 4. 1792; SA Frkr. Varia 47 Konv. Konferenzprotokolle 1792) mit Nachtragsvoten; Spielmann an Lacy (16. 4. 1792; KA NL Lacy 11 Konv. X/2). Heidrich, S. 49-53. - Nicht nur Kaunitz, auch Oberskämmerer Fürst Rosenberg leistete übrigens beim jungen Souverän Widerstand gegen die bedenkliche Alleinherrschaft Spielmanns: KA NL Zinzendorf TB 37 (9. 4. 1792). Interessant ist die Feststellung des eben erst in Wien eingetroffenen Erzherzog Karl gegenüber seiner Tante Marie-Christine: "personne ne croit à la guerre" (12. 4. 1792) - Zeissberg 2, S. 70 Anm. 1. - Zur Kreisassoziation auch Härter, S. 222-229. Am Rande Erwin Riedenaier, Gesandter des Kaisers am Fränkischen Kreis. Aus der Korrespondenz des Grafen Schlick zwischen Fürstenbund und Reichskrieg. In: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 28 (1965) 259-367.

¹⁰⁹) Vortrag Spielmann (2. 4. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 IV). Franz II. an Friedrich Wilhelm II. (3. 4. 1792; StK DK Preußen HK 1 Konv. Kaiser a. d. Kg. v. Preußen; Druck: Vivenot 1, S. 433) u. an Herzog von Braunschweig (3. 4. 1792; SA Frkr. Varia 47 Konv. Franz II.-Hzg. v. Braunschweig; Druck: Vivenot 1, S. 434). Vortrag Spielmann (6. 4. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 IV) mit Franz II. an FZM Fürst Hohenlohe (7. [6.] 4. 1792; auch SA Frkr. Varia 47 Konv. Plan des Feldzugs gegen Frankreich u. KA Kabinettskanzlei HBP 105; Druck: Vivenot 1, S. 435f); FZM Hohenlohe an Franz II. (10. 4. 1792; KA NL Lacy 11 Konv. X/2).

mögliches Dominat der beiden deutschen Großmächte und ihren bevorstehenden Feldzug in Frankreich bei den Reichsständen Fuß faßte. Österreichs und Preußens Politik gegen Frankreich - "hauptsächlich gegen eine zügellose Menschenklasse gerichtet, deren Grundsätze jeder ordentlichen Landesregierung den Umsturz drohen und gerade zur allgemeinen Anarchie führen" - erhielt nun plötzlich den Charakter einer selbstlosen Aufopferung für Reichsbelange. So wie ein bewaffneter französischer Einfall auf Reichsgebiet von Wien und Berlin zum casus belli erklärt worden war, so mußte doch wohl auch ein Schlag gegen die Österreichischen Niederlande zur cause commune des ganzen Reichs werden. Denn Wien hätte sich leicht aus seiner Verantwortung fortstehlen und durch Opferung der Reichsrechte problemlos Frieden an seinen Grenzen erkaufen können.

Historische Beispiele für noch gut erinnerliche gräßliche Verwüstungszüge der Franzosen im Rheinland fehlten nicht; und was war erst zu erwarten, wenn die zügellosen Revolutionshorden nach Deutschland durchbrachen. "Dermalen ist aber von Leuten, die nun alles, was bisher den Völkern heilig und verehrungswürdig war, aus Grundsätzen verachten gelernt haben und in ihrem eigenen Land sich an Ausschweifungen aller Art, an Frevelthaten und kaltblütige Grausamkeiten gewöhnt haben, das Ärgste zu erwarten, wenn nicht diesen ungezogenen und undisciplinierten Horden ein ordentlicher Damm entgegengesetzt wird". Eben dafür verfügte das Reich über in seiner Geschichte einmalige Ausgangspositionen. Hatte Frankreich schon in der Vergangenheit gegen die "natürliche Überlegenheit" der Deutschen nie viel vermocht, so ließ sich gegen ein einiges, entschlossen agierendes und von den beiden deutschen Großmächten geschirmtes Reich von einem in anarchischer Auflösung und Bürgerkrieg befindlichen Frankreich um so weniger Bedrohliches ausrichten¹¹⁰⁾.

In Berlin begrüßte man die Entscheidung Wiens, die Truppensendungen Richtung Krisengebiet zu beschleunigen, zunächst als Signal, "nach dem vorgesezten Plan angreifend vorzugehen" und sofort nach Einlangen der Heeresgruppen tätig zu werden. Das preußische Kabinettsministerium rechnete ohnedies seitens der europäischen Mächte - Rußland vielleicht ausgenommen - mit keiner nennenswerten Unterstützung, so daß eine Konzertidee wenig Realitätgehalt haben mußte. Eine rasche und rein preußisch-österreichische Lösung der leidigen französischen Frage schien in Berlin am meisten zu gefallen. Auch wenn die innerpreußische Opposition gegen den Kriegskurs längst nicht verstummt war, so hatten doch die anhaltenden Bemühungen der französischen Diplomatie, Friedrich Wilhelm II. von der Seite seines Wiener Verbündeten zu drängen, keinerlei Aussicht auf Erfolg. Sie waren Teil eines großangelegten Planes der Amtsperiode Dumouriez', Franz II. im anstehenden Konflikt möglichst vollständig zu isolieren, wobei sich der Bogen der französischen Anstrengungen von England über Spanien, das Reich und die Schweiz bis zu den Drohungen in Turin spannte.

Ende April traf mit dem eigentlich als Legationssekretär nach Zweibrücken bestimmten Pierre Vincent Benoist (1758-1834) ein weiterer Sonderemissär ein, um sowohl die preußischen Truppenkonzentrationen zu beobachten als auch - durch beschwichtigende Mitteilungen, diffuse Zugeständnisse und schmeichelfhaftes Werben um preußische Mediation im Konflikt mit den gekränkten Reichsständen - die Stimmung gegen den Krieg zu fördern. Benoist scheint dabei aber derart klägliche Figur gemacht zu haben, daß Minister Schulenburg die Jakobinerherrschaft in Frankreich schon als im Sinken begriffenes Schiff betrachtete, das hier ein letztes Rettungsboot abzusetzen versuchte. Schon kurze Zeit später wurde in Berlin die französische Kriegserklärung an Österreich bekannt. Alle Diskussionen waren damit beendet und klare Fronten geschaffen: Der Bruch mit Wien zog den Krieg mit Preußen automatisch nach sich (29. April 1792)¹¹¹⁾.

¹¹⁰⁾ Kaunitz an Reuß (12./13. 4. 1792; StK DK Preußen 71 Konv. 1792 Rescripte nach Berlin), fast vollständig gedr. bei Vivenot I, S. 450-451. Kaunitz an Schlick (13. 4. 1792; StK DK Reich Weisungen 252 Konv. Weisungen 1792/93), an Seifern (13. 4. 1792) StK DK Regensburg Kurböhm. Gesandtschaft Weisungen 6; Druck: Vivenot I, S. 451-456 [als Zirkular], an Boré (11. 4. 1792; StK DK Regensburg Österr. Gesandtschaft Weisungen 9; Druck: Vivenot I, S. 436f), an Lehrbach (17. 4. 1792; StK DK Bayern 68 Konv. Weisungen 1792/1). Unter den assoziationsfeindlichen Reichsständen ragten Württemberg, Bayern und Hannover hervor.

¹¹¹⁾ Reuß an Kaunitz (21., 24., 26., 29. 4. 1792), Notes verbales des preuß. Kabinettsministeriums (19. u. 23. 4. 1792); StK DK Preußen 70 Konv. Relationen aus Berlin 1792 Januar-Juni. Dumouriez an Custine (10. 4. 1792; AMAE CP Prusse 213). Custine an Dumouriez (21., 24., 29. 4. 1792; AN AF III 76 d. 313). Benoist an Dumouriez (28. 4. 1792; AN AF III 76 d. 311). Benoist sollte auch mit Hertzberg verhandeln: Dumouriez an Custine (8. 4. 1792; AN D XXIII/1 d. CP Prusse). Rechenschaftsbericht Dumouriez' an den Präsidenten der Nationalversammlung (22. 6. 1792; AN F 7 4397). Die Österreicher wußten über die Mission Benoists sichtlich gut Bescheid: SA Frkr. Varia 47 Konv. Aktenstücke betreffend die Sendung Benoists nach Berlin. Dazu auch Chuquet I, S. 18f. Der schillernde Benoist spielte übrigens später unter der Restauration eine prominente Rolle.

Die Reaktivierung des Mächtekonzerts

In Wien waren indes die Bemühungen um eine Beschleunigung der Konzertverhandlungen weitergegangen. Noch ehe die Kriegserklärung an den König von Ungarn und Böhmen eingelangt war, hatte die Staatskanzlei endlich nach langen Vorarbeiten seit Mitte April 1792 staffelweise jene Zirkulare samt ausführlichen Beilagen an die österreichischen Auslandsvertretungen und an das diplomatische Korps in Wien versandt, in denen verabredungsgemäß auch das übrige Europa "zur gemeinsamen thätigen verhältnismäßigen Theilnehmung" an der Klärung der französischen Frage eingeladen wurde. Zugleich erhielt das Ausland Mitteilung vom Abschluß des österreichisch-preußischen Defensivallianzvertrags vom 7. Februar 1792. Die alten Alliierten beider Seiten - Großbritannien, Rußland, die Vereinigten Niederlande und - etwas aus der Reihe - der Kurfürst von Sachsen - wurden zugleich in einer konzertierten Briefaktion Franz' II. und Friedrich Wilhelms II. aufgefordert, die Achse Berlin-Wien zu einem erweiterten System der kollektiven Sicherheit auszugestalten, das nur eines im Sinn hatte ... "la tranquillité générale de l'Europe, le repos et le bonheur des peuples".

Die Reaktivierung der kaiserlichen Konzertpläne vom Sommer 1791 wurde dabei als wesentlichstes Erbstück aus dem politischen Nachlaß Leopolds II. gefeiert; es war dies zugleich ein Auftrag des Verstorbenen, dem König Franz II. nicht nur aus Sohnespflicht oder mit Rücksicht auf die politischen und familiären Verbindungen mit dem Allerchristlichsten König nachkommen mußte: Der "parti violent" drohte in Paris den Thron zu stürzen, eine "intervention armée" der Mächte schien somit mehr denn je berechtigt und die "Abwendung der Gefahren, welche jedem andern Staate mehr oder weniger früher oder später durch die Verbreitung der französischen Seuche bevorstehen" dringend erforderlich. Die in Wien akkreditierten diplomatischen Vertreter der angeschriebenen Mächte sollten mit Instruktionen und Vollmachten für die weiteren Verhandlungen in der österreichischen Hauptstadt versehen werden. Es galt, einen allgemeinen "Wirkungsplan" zu erarbeiten und die Forderungen der Höfe mit der nötigen militärischen Macht zu stützen, um sich eine Blamage zu ersparen und einen etwaigen Triumph des "französischen Freiheitschwinds" mit katastrophalen Folgewirkungen für ganz Europa zu verhindern. Alle mußten daher im Verhältnis ihrer Mittel - durch Truppenstellung oder ersatzweise in Geld - zur gemeinsamen Sache beitragen; die seit Januar 1792 laufenden Vorbereitungen Österreichs und Preußens dienten einstweilen nur der Defensive. Waren die militärischen Konzentrationen, die den Bemühungen des Konzerts erst den nötigen Nachdruck verliehen, beendet, konnte Frankreich endlich der schon lange diskutierte Forderungskatalog vorgelegt und eventuell auf einem armierten Kongreß sogleich ausverhandelt werden: 1. Einstellung der Rüstungen, 2. Unterbindung jeder weiteren Verbreitung von ruhestörerischen Prinzipien im Ausland, 3. Einhaltung der völkerrechtlichen Vertragsverbindlichkeiten, also Restitution oder Entschädigung der beiden wichtigsten Opfer, der Reichsstände und des Hl. Stuhls, 4. Sicherstellung der monarchischen Regierungsform, der Freiheit, Inviolabilität und der Prärogativen des Königs. Eben dieser letzte Punkt, der sich im Gegensatz zu den primär außenpolitischen Forderungen eines heiklen "innenpolitischen" Themas annahm, hatte für die Staatskanzlei immer noch einen störenden Beigeschmack; man wußte sehr wohl, daß man einer großen, unabhängigen Nation eigentlich über die innere Struktur keine Vorschriften machen konnte. Jede Modifikation, zu der sich der einmal "freie" bzw. "befreite" König im Zusammenwirken "mit den legalen Repräsentanten der Nation" (eine nähere Bestimmung fehlte) verstehen würde, d.h. jede innerfranzösische Lösung in gütlicher Einigung war sofort als rechtmäßig anzuerkennen, ein leidlicher Kompromiß allem, was nach Konterrevolution und Umsturz der französischen Verfassung roch, nur gegen den erbittertsten Widerstand Frankreichs durchgesetzt und daher lediglich mit Waffengewalt aufrechterhalten werden konnte, unbedingt vorzuziehen. Die in Frankreich verhaßten Emigranten durften eben deshalb bestenfalls eine Statistenrolle übernehmen.

Auch die Kurhöfe wurden von der Wiederingangsetzung der Konzertaktivitäten in Kenntnis gesetzt, und gerade von seiten des jederzeit von französischer Aggression bedrohten Reiches erhoffte, ja erwartete man sich in Wien "Vergnügen und Beifall" für das österreichisch-preußische Vorgehen und in weiterer Folge entsprechende Mitwirkung an einer Unternehmung, "von welcher die Ruhe aller Fürsten und des deutschen Vaterlandes insonderheit abhängt". Bis zur Eröffnung des Konzerts und zur Beiziehung des Reichs durch ein bis dahin wohl schon gekürtes Reichsoberhaupt, empfahl die Staatskanzlei Abwehrmaß-

nahmen gegen den Republikanismus von jenseits des Rhein und eine entsprechende Sicherung der deutschen Grenzen, die das Mächtekonkordat sicher nicht übernehmen konnte. Um so dringender empfahl es sich, die geplante Assoziation der vorderen Reichskreise möglichst rasch ins Werk zu setzen¹¹²). Am wichtigsten war freilich die Gewinnung des russischen Hofes. Nicht nur in der polnischen Frage konnte Wien leicht zwischen die Fronten geraten. So wie man in Berlin die zögerliche Linie der Österreicher gegen Frankreich mißbilligte, so tat man sich in Wien immer noch schwer, dem preußischen Verbündeten rückhaltlos zu trauen. Großbritannien verdächtigte man in der Staatskanzlei, alles zu unternehmen, um Friedrich Wilhelm II. sowohl von der Allianz mit Österreich als auch von der bevorstehenden Aktion gegen Frankreich abzubringen; ein Teil des Ministeriums drohte - angeblich aus Eifersucht gegen General Bischoffwerder, den Führer der "Österreicher" in Berlin - diese gefährliche Politik Londons zu unterstützen. Neben diesen großen Unsicherheitsfaktor trat die "merkliche Abnahme des Vertrauens und der Freundschaft" des russischen Verbündeten als weiteres Gefahrenpotential. Die Wurzeln dafür, analysierte die Staatskanzlei Mitte April 1792, reichten in die Zeit Leopolds II. zurück, dessen Friedenspolitik von den Russen - so die österreichischen Beteuerungen - in jeder Hinsicht falsch eingeschätzt wurde: trotz seines Absprungs aus dem Türkenkrieg habe der Kaiser alles getan, um der Zarin die ihm noch mögliche Hilfe bei ihrem Abwehrkampf gegen die preußisch-britischen Kriegsdrohungen zukommen zu lassen, und auch sein Einsatz in der französischen Frage war der einzig wirklich ernstzunehmende Schritt in die richtige Richtung. Daß alleine die üble Nachricht aus dem Lager der Emigranten ausreichte, um Leopold und seine Politik in Petersburg in Verruf zu bringen, empfand man als ebenso kränkend wie die Haltung der Russen in bezug auf die jüngste Entwicklung in Polen. Ungeachtet tiefer Zweifel an der Aufrichtigkeit des russischen Engagements in der französischen Frage warb Österreich in Petersburg besonders engagiert um einen Beitritt Rußlands. Die Drohung, daß Wien keinesfalls gesonnen war, sich alleine und ohne gerechte Verteilung der Lasten vorzuwagen, sollte als zusätzlicher Anreiz für die Zarin dienen, die Politik Wiens zu unterstützen. Franz II., so Wien in wenig überzeugender Kühle, könne sich wohl auch darauf beschränken, seine ohnedies nur kurzen Grenzen mit Frankreich zu decken, und sich ansonsten zurücklehnen, ja müsse dies tun angesichts des desolaten Zustandes der österreichischen Finanzen, wenn nicht andere Mächte ihr Schärfflein zur "cause commune" der europäischen Höfe beitragen. Von England erwartete man dies nach den bisherigen Erfahrungen nicht mehr, sondern witterte hier im Gegenteil "le dessein secret de perpétuer les troubles entre les autres grandes puissances de l'Europe, afin de les enchaîner et abaisser l'une par l'autre et de les tenir ainsi toutes dans la crainte de son ascendant ou dans la dépendance de son amitié".

Der Beitritt wenigstens der gutwilligen europäischen Mächte zu den österreichisch-preußischen Konzertbemühungen war auch für die Realisierung des Wiener Aktionsplanes eine wesentliche Grundvoraussetzung, den man unter zwei psychologisch gut gewählte Leitworte stellte: größtmögliche Machtdemonstration bei größtmöglicher Mäßigung der Forderungen. Zwar konnte auch die stets übervorsichtige Staats-

¹¹²) Vortrag Kaunitz (28. 3. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 III) mit den entsprechenden Entwürfen der beiderseitigen Einladungsschreiben nach Petersburg und London. Franz II. an Katharina II. ([], April 1792; Druck: Vivenot 1, S. 409 [falsch datiert], u. Beer, S. 170f), an Georg III. (19. 4. 1792; SA England HK 5 Konv. Franz II.-Georg III.; Druck: Vivenot 1, S. 410f). Ende April 1792 lud Franz II. als letzten auch den Kurfürsten von Sachsen zum Allianzbeitritt ein: Kaunitz an Hartig (2. 5. 1792; StK DK Sachsen 29 Konv. Berichte/Weisungen 1792). Franz II. an Kfst von Sachsen (28. 4. 1792; StK DK Sachsen HK 2 Konv. Kaiser an Kfst von Sachsen; Druck: Vivenot 1, S. 411 [dort mit falscher Datierung]). - Vortrag Kaunitz (2. 4. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 IV) mit Zirkularschreiben in dt. u. frz. Sprache u. P.S. nach Kopenhagen, Neapel, Lissabon, Turin, Stockholm, Madrid, Berlin, London, Den Haag, Rom, Petersburg, Venedig (o.D. [21.- 28. 4. 1792]; Druck: Vivenot 2, S. 5-7), Mémoire (o.D.; Druck: Vivenot 2, S. 1-4); die Entwürfe dazu in StK Interiora Circularien u. Notificationen 7. Die "Note verbale" an die ausländischen Gesandten in Wien (21. 4. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 1) und das Zirkularschreiben zur Bekanntmachung der preuß.-östr. Allianz (21. 4. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 7f) finden sich in StK Interiora Circularien u. Notificationen 7, A des Zirkulars an die österr. Gesandtschaften und des Mémoires auch in SA Frkr. Varia 46 Konv. Varia 1792 I-V. Kaunitz an Mercy (19. 4. 1792; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Mercy 1792). Zirkularschreiben an Lehrbach, Schlick, Hartig, Westphalen (28. 4. 1792; StK Interiora Circularien u. Notificationen 7; Druck: Vivenot 2, S. 8f). - Staatskanzler Kaunitz hing indes privatim immer noch seiner alten Idee nach, der König solle den einmal erzielten Kompromiß von einem Ort außerhalb Frankreichs aus nochmals den Mächten notifizieren, um so ein für allemal jeden Zweifel an seiner Freiheit auszuräumen: Kaunitz an Ph. Cobenzl (3. 4. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 IV), Ph. Cobenzl an Kaunitz (4. 4. 1792; GK 406 Konv. A; Druck: Schlitter, Kaunitz, S. 58f). - Ein "Mémoire du chancelier de cour et d'état pour les ambassadeurs et ministres de l'Empereur" gibt Vivenot 1, S. 213-216, mit dem falschen Datum 17. 7. 1791. Es dürfte sich dabei um jenes Mémoire zur Reaktivierung des Konzerts handeln, das beim Tod Leopolds II. bereit lag und sodann überarbeitet werden mußte (es gehört daher richtig etwa in den Februar 1792). Es liegt in SA Frkr. Varia 44 o.K.

kanzlei nicht ausschließen, daß schon die Zusammenziehung der geplanten internationalen Eingreiftruppe die Revolutionäre in Paris einschüchterte und so zu einer "composition amiable" führte, doch mußte man auch auf den kritischen Fall eines aufwendigen Kampfes gegen eine fanatisierte Bevölkerung vorbereitet sein. Der Aufruf zum Maßhalten meinte v.a. den Verzicht auf eine Wiederherstellung des Ancien Régime, wie sie die französischen Emigranten anstrebten. Rücksichtnahme auf die Meinungslandschaft in Frankreich bedeutete, wie die Staatskanzlei dem österreichischen Botschafter Graf Cobenzl explizierte, kein weichliches Nachgeben; es war dies vielmehr ein Gebot der Vernunft, wollte man nicht selbst eine ganze Kette von Katastrophenszenarien schmieden, eine Koalition aller Gruppierungen, geschlossene Widerstandsbereitschaft der Bevölkerung, die restlose Vernichtung des Adels, eine Gefährdung der Sicherheit und des Lebens der königlichen Familie in den Tuileries, die Beseitigung der monarchischen Staatsform und die Durchsetzung einer republikanischen Variante herbeiführen, die nach Wiener Einschätzung dann sogar eine echte Überlebenschance hatte, wenn sich Frankreich nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika in einem Föderativsystem aus kleinen, die Provinzpartikularismen berücksichtigenden Republiken organisierte. Eine solche Schreckensvision sollte das geplante europäische Konzert nicht erst a posteriori rächen, sondern schon im Ansatz verhindern.

Im Verkehr mit der Zarin stilisierte man nun in Wien das zum Hauptziel des geplanten Einschreitens in Frankreich, was man in der internen Diskussion und im Meinungsaustausch mit Berlin meist als den kritischen Schwachpunkt des Konzertvorhabens empfunden: den "maintien de la monarchie française", also die Einmischung in französische Interna, die unter der Voraussetzung möglich war, daß 1. der Erfolg durch haushohe Überlegenheit feststand, 2. die Durchführung rasch erfolgte, 3. die Stabilität der einzuführenden Neuordnung berechenbar war und 4. die Sicherheit der Tuileries nicht gefährdet wurde¹¹³).

Daß man von England nicht viel erwarten konnte, hatte die Staatskanzlei bereits in ihrer umfangreichen Depesche nach Petersburg deutlich werden lassen; eine "unfreundliche und bedenkliche Gesinnung" und ein Verharren Pitts und seines Kabinetts in Neutralität schienen nach den ärgerlichen Erfahrungen der letzten Jahre mehr als wahrscheinlich; und da Den Haag der Staatskanzlei nicht mehr als selbständige Macht, sondern als reiner Satellit des Kabinetts von St. James galt, war damit zugleich auch über die Haltung der Generalstaaten das letzte Wort gesprochen. Da schien es nahezu irrelevant, daß Georg III. aus seinem Haß auf die Nationalversammlung gar kein Hehl machte und der Nachfolger Barthélemy als Chargé d'affaires, Hirsinger, dem Graf Stadion erfreut beträchtliche Revolutionskepsis attestierte, alle Tiraden des Königs tapfer ertragen mußte. Das britische Kabinett blieb bei seinem Doppelspiel, und die französischen Sondierungen seit der Mission Talleyrand boten dafür genügend Aufhänger.

Entsprechend kühl und zurückhaltend wollte die österreichische Diplomatie nun auch in London und Den Haag agieren und die wesentlichen Initiativen - sowohl was den möglichen Beitritt Georgs III. zur österreichisch-preußischen Allianz als auch ein eventuelles Mitwirken der Engländer am Konzert der Mächte betraf - den Preußen überlassen. Österreich jedenfalls erklärte seine Entschlossenheit, eine positive Antwort in beiden Fällen keineswegs mit Zugeständnissen an englische Erpressungsversuche erkaufen zu wollen, etwa durch Rücknahme der umstrittenen Vorbehaltsklausel in der Ratifikation der Haager Konvention von 1790. Wien konnte nach dem Scheitern der britischen Intrigen in Berlin vorerst auf Friedrich Wilhelms Entschlossenheit zählen, die französische Frage in Angriff zu nehmen, und mußte diese günstige Konstellation unbedingt beim Schopf packen. Man brauchte Berlin, um des französischen Unwesens Herr zu werden und die besonders bedrohten Niederlande abzusichern. Friedrich Wilhelm II. wieder mußte froh sein, so die Argumentation der Staatskanzlei, sich mit österreichischer Hilfe aus der Unterordnung unter die Londoner Diktate zu befreien und gegenüber Rußland ein wenigstens leidliches Verhältnis herzustellen. Natürlich war es nicht in erster Linie die "Bezähmung des französischen Revolutionsgeistes", die das starke Interesse Preußens an einer militärischen Aktion im Westen motivierte. Friedrich Wilhelm II. suchte v.a. seinen materiellen Vorteil. Preußen hoffte auf realen Landgewinn, wenn es, was zunehmend wahrscheinlich wurde, tatsächlich zum Krieg gegen Frankreich kam. Wien sah selbstredend jede weitere territoriale Ausgestaltung Preußens mit tiefer innerlicher Abneigung und setzte darauf, daß es die Revolutionäre - durch das Säbelrasseln der Alliierten hinreichend erschreckt - gar nicht

¹¹³) Kaunitz sowie Staatsvizekanzler Ph. Cobenzl an L. Cobenzl (12. 4. 1792; SA Rußland II Weisungen 177 Konv. Expeditionen 1792; Druck: Vivenot 1, S. 437-448); Franz II. an Katharina II. (12. 4. 1792; Druck: Beer, Leopold, S. 168f).

zum äußersten kommen ließen und so Berlin einen Strich durch seine Erwerbsabsichten machten. Geling dies nicht mehr, so mußte allerdings auch Franz II. darauf sehen, daß die österreichische Konvenienz gewahrt blieb und man auf die eine oder andere Weise nachzog, um das Gleichgewicht zu erhalten¹¹⁴).

Schon bei Versendung der verschiedenen Einladungsschreiben an Europas Fürstenhöfe schien aber klar, daß die Resonanz gering sein würde. Rußland betrachtete die "französische Frage" wohl primär als nützliche Ablenkung der Österreicher und Preußen, um endlich in Polen Ordnung zu machen, England und damit auch die Vereinigten Niederlande blieben bewußt abseits. Selbst zwei Mächte, die bislang gemeinsam mit Rußland einer scharfen Interventionspolitik gegen die Französische Revolution das Wort geredet hatten, waren mittlerweile unberechenbaren Faktoren im österreichischen Kalkül geworden: Schweden und Spanien.

In Schweden war Gustav III. einem Pistolenattentat zum Opfer gefallen (29. März 1792) - ein Ereignis, das gerade am preußischen Königshof tiefe Beunruhigung auslöste. Unter der Regentschaft des Herzogs von Södermanland für den minderjährigen Gustav IV. (1792-1809) verließ Stockholm den radikalen Kurs und zog sich vorerst auf strikte Neutralität zurück. Die Bemühungen der Staatskanzlei, die Schweden doch noch davon zu überzeugen, daß gerade das tragische Schicksal ihres Königs die Notwendigkeit begründe "que toutes les puissances s'unissent pour mettre un terme raisonnable au dangereux exemple d'insubordination et de bouleversement que donne la France à tous les peuples de l'Europe", verliefen so notgedrungen im Sande¹¹⁵).

Die überraschendste Kehrtwendung hatte aber Spanien seit dem Sturz Floridablanca im Februar 1792 durchgemacht. Der neue starke Mann der Regierung, Graf Aranda, Haupt der frankreichfreundlichen spanischen Aufklärer ("afrancesados"), wurde weithin als "Jakobiner" und "Demokrat" gehandelt, der natürlich nicht im entferntesten daran dachte, gegen die Revolution in Frankreich einzuschreiten, und sich in diesem Punkt mit der tonangebenden und interventionsfeindlichen Partei der Königin traf. Von der Aranda mit größtem Mißtrauen beobachtenden österreichischen Botschaft in Madrid liefen seit März 1792 derart entsetzliche Meldungen ein, daß man in Wien schon bloße Neutralität als non plus ultra der spanischen Kooperationsbereitschaft wertete und froh sein mußte, wenn Aranda nicht den Kontakt zur französischen Nationalversammlung ausbaute. Spanien, so die Beobachtung des Grafen Kageneck, sah die angeblich drohende territoriale Verstümmelung Frankreichs und letztlich den Verlust eines wichtigen Partners im Kampf gegen die englische Tyrannei mit mehr Schrecken als die vom Ursprung der Revolution ausgehende Gefahr. Anders als sein Vorgänger Floridablanca, berichtete der österreichische Botschafter aus Madrid, hielt Graf Aranda nichts von einer rigorosen Verbotspolitik und antifranzösischer Propaganda als Mittel, sich vor dem Mißvergnügen der in ganz Europa ihrer eigenen Kräfte zunehmend bewußter werdenden Untertanen und damit vor revolutionären Erschütterungen zu schützen; Sicherheit gab alleine eine aufgeklärte und gerechte Regierungspflege. Nicht nur der an Gewicht verlierende verlängerte Arm Breteuils in Madrid, der ehemalige französische Botschafter beim Katholischen König, Duc de la Vauguyon, und die Vertreter der Emigranten, die Aranda - bemüht um eine Auflösung der Flüchtlingsballungsräume an der Pyrenäengrenze - offen zur Rückkehr nach Frankreich aufforderte, sahen nun die Ära Floridablanca in doppelt positivem Licht. Selbst die österreichische Diplomatie, die den Vorgänger

¹¹⁴) Kaunitz an Stadion (17.-19. 4. 1792; SA England Weisungen 130 Konv. Weisungen 1792; Druck: Vivenot 1, S. 460-468), an Buoi (19. 4. 1792; SA Holland Weisungen 93). Stadion an Mercy (24. I., 14. 2. 1792; SA Frkr. Varia 49 Konv. Stadion-Mercy): "L'accueil que le Roi a fait à Monsieur Hirsinger en lui disant tout le mal de l'Assemblée Nationale et des affaires de la France ne changera vis-à-vis de personne qui connaît ce pais-cy l'opinion qu'on doit avoir de son présent système sur les affaires françaises. Depuis deux ans S. M. parle de même et son ministère n'en a pas moins joué ce rôle double et assez peu digne d'une grande puissance." Außenstaatssekretär Grenville war längst von einem "mild Austrophile" zu einem "vehement Austrophobe" geworden (Jupp, S. 144). - Ein Feuergefecht zwischen einer englischen und einer französischen Fregatte an der Küste von Malabar in Ostindien, bei dem die Franzosen schließlich den kürzeren zogen, belastete das Verhältnis Paris-London nicht nennenswert, zumal sich Außenminister Dumouriez beeilte, die Schuld für den Zwischenfall auf den französischen Kapitän zu wälzen und so die Wogen in der Nationalversammlung zu glätten. Die Engländer hatten zwei französische Handelsschiffe nach etwaigem Schmutzgeleit für Tippo Sahib durchsuchen wollen und waren daraufhin von der franz. Fregatte unter Feuer genommen worden. Ein kurzer Parisaufenthalt von Lord Elgin, den Österreichern als Träger britischer Geheimaufträge noch wohl bekannt, wurde natürlich sofort mit dieser Affäre in Verbindung gebracht: Blumendorf an Kaunitz (20. 4. 1792), Metternich an Kaunitz (23. 4. 1792). AN D XXIII/1 d. CP Angleterre (12. 4. 1792). AP 41, S. 488f (11. 4. 1792). Black, British Policy, S. 218-222.

¹¹⁵) Vortrag Spielmann (2. 4. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 IV). P.S. Kaunitz an Ludolf (23. 4. 1792; SA Schweden 72 Konv. 1792/1). Über gerüchteweise verlautende Querverbindungen zwischen der Ermordung des schwedischen Königs und den Pariser Jakobinern berichtete Blumendorf an Kaunitz (20. 4. 1792; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1792).

Arandas stets betont kritisch bewertet hatte, wollte jetzt plötzlich einbekennen, daß dieser immerhin die von Frankreich ausstrahlende Bedrohung richtig erkannt hatte und hauptsächlich durch den Haß der Königin an einer konsequenten Umsetzung seiner anti-französischen Politik gehindert worden war. Aranda dagegen polemisierte nicht etwa gegen die Pariser Revolutionäre, sondern erlaubte sich zum Entsetzen Kagenecks peinliche Ausritte gegen Ludwig XVI., über dessen landesverräterische Geheimpolitik man natürlich in Spanien besonders gut Bescheid wußte. In den Händen eines "jakobinischen" Ministers freilich wurden das Wissen um die Auslandsaktivitäten des Königs und besonders die 1789 in Spanien hinterlegte feierliche Protestation zu gefährlichen Waffen¹¹⁶).

1.6 Die französische Kriegserklärung

Die kaum verhohlene Unzufriedenheit, mit der man in Berlin die immer noch zwischen Offensive und Defensiv schwankende Linie des österreichischen Verbündeten beurteilte und ihm zugleich unterstellte, daß er die preußischen Truppen eigentlich nur zur Sicherstellung seiner gefährdeten belgischen Provinzen mißbrauchen wollte, war hauptsächlich Thema der Geheimen Konferenz in Wien am 28. April 1792. König und Konferenzminister zeigten sich über solcherlei Verdächtigungen, Berlin übervorteilen zu wollen, und die Verzögerung des Marschbefehls um so mehr entrüstet, als Preußen selbst den österreichischen Zurüstungen und den in vollem Gang befindlichen Truppensendungen nach Vorderösterreich noch nichts entgegenzusetzen hatte: Ende Juli 1792 wollte Wien seine gesamte Streitmacht am Einsatzort versammelt haben. Um aber alle Zweifel zu beseitigen und den einzig hilfreichen Verbündeten gegen Frankreich nicht zu vergrämen, sollte Fürst Reuß für Franz II. in Berlin Bereitschaft signalisieren, den preußischen Offensivplan - ohne den Beitritt weiterer Mächte abzuwarten - sofort zu realisieren. D.h. man wollte gegen Frankreich losschlagen, sobald die Truppen an Ort und Stelle versammelt, die Forderungskataloge übergeben und schließlich - wie sich vermuten ließ - abgelehnt waren. Preußen - besonders der König - hatte eine offensive Vorgehensweise mehrfach als die beste Methode angepriesen, um das Abenteuer möglichst zügig zu beenden und die Gefahr einer weiteren Verbreitung "der abscheulichen französischen Maximen" wirksam einzudämmen. Die retardierende Konzertierte Idee war nun noch vor dem Eintreffen der französischen Kriegserklärung in Wien - in den Hintergrund geschoben; "so entstand unter Preußens Drängen aus dem europäischen Concert ein Angriffskrieg der deutschen Vormächte" (Langwerth von Simmern).

Eine ganz essentielle Frage stand dabei reichlich spät und durchaus bezeichnend für einen im Denken der Großmächte nicht selten übersteigerten Primat der prestigeorientierten Machtpolitik noch zur Klärung an: Konnte sich die durch Türkenkrieg, innere Krise und den Rüstungswettlauf mit Preußen im Jahre 1790 geschwächte Monarchie einen neuerlichen Waffengang überhaupt leisten? Immerhin hatte die Staatsschuld bereits im Sommer 1791 nicht zuletzt durch die gigantischen Ausgaben für den Türkenkrieg die 400-Millionen-Gulden-Marke überstiegen. Nicht nur der Hofkriegsratspräsident Michael Johann Graf Wallis (1732-1798) war seit einiger Zeit Dauergast in der Geheimen Konferenz in der Hofburg. Am 29.

¹¹⁶ Kageneck an Kaunitz (12., 19. 3., 9., 16. u. 23. 4. 1792; SA Spanien DK 122 Konv. Kageneck-Kaunitz 1792 III-IV). Kaunitz an Kageneck u. P.S. (21. 4. 1792; SA Spanien DK 122 Konv. 5), an Mercy (9. 4. 1792) mit Beilage. Blumendorf an Mercy (9. 3., 13. 4. 1792), an Kaunitz (17. 3., 20. 4. 1792). - Ob Leopold II. tatsächlich den umstrittenen Abbé Fontbrune auf geheime Erkundungsmission nach Spanien gesandt hat, bleibt zweifelhaft. Fontbrune berichtet jedenfalls in seinem großen Rechtfertigungsbericht von 1793 von entsprechenden Gesprächen mit Floridablanca und - nach dessen Sturz - mit Aranda (Januar/Februar 1792); SA Frkr. Varia 45 Konv. Briefe u. Journal Fontbrune. Vgl. Bray, Mémoires, S. 229f (18. 12. 1791), wonach es sich vielmehr um eine Mission im Auftrag Calottes gehandelt hat. - Das Comité Diplomatique sah die Berufung Arandas mit Erleichterung (9. 3. 1792); AN F 7 4395 - Comité Diplomatique Procès-verbaux. - Lucienne Domergue, Propaganda y contrapropaganda en España durante la Revolución francesa 1789-1795. In: Jean-René Aymes, España y la Revolución francesa (Barcelona 1989) 118-167. Über die verwirrende Politik Arandas bes. Baumgarten, S. 363-415. Richard Konetzke, Die Politik des Grafen Aranda. Ein Beitrag zur Geschichte des spanisch-englischen Weltgeschehens im 18. Jahrhundert (= Historische Studien 182; Berlin 1929) beschäftigt sich hauptsächlich mit der Zeit Arandas als spanischer Botschafter in Paris, vgl. jedoch S. 189-197, Herr, S. 269-296. - Fast zeitgleich mit der Berufung Arandas traf ein neuer frz. Vertreter (bevollmächtigter Minister) in Madrid ein, Jean-François de Bourgoing (1748-1811), der sich auch als Schriftsteller einen Namen machte. Seine Instruktion nebst Zubehör bei Morel-Fatio/Léonardon, S. 393-404.

April 1792 fand sich hier auch Hofkammerpräsident Rudolf Graf Chotek (1748-1824) mit einem Mitarbeiter ein, um über die finanzielle Bedeckung für das anstehende Kriegsabenteuer Bericht zu legen. Die Aussichten waren nicht eben rosig: Schon bei den laufenden regulären Ausgaben hatte man ein beträchtliches Defizit erwirtschaftet, dem man, um die innere Ruhe nicht zu gefährden, weder mit drastischen Sparschritten noch mit einer Vermehrung der Steuerbelastung begegnen wollte. Größere Anleihen im Ausland boten ungeachtet der zu erwartenden hohen Zinsfälligkeit den einzigen Ausweg, um die außerordentlichen Aufwendungen irgendwie abzudecken.

Als eben die Sitzungsprotokolle am nächsten Tag unter den Konferenzministern zirkulierten, platzte auch in Wien die Bombe. Ein Kurier aus Brüssel hatte am Mittag des 30. April 1792 endlich die Nachricht von der Kriegserklärung Frankreichs vom 20. April 1792 überbracht, die sich in Windeseile in der Stadt verbreitete. Von Blumendorf aus Paris hatte man dagegen seit langem nichts mehr gehört. Was war passiert?¹¹⁷⁾

Paris

Im April 1792 sah sich der österreichische Geschäftsträger in der französischen Hauptstadt von seiten des Außenministeriums zunächst keineswegs mit jener Haltung konfrontiert, die man angesichts der allgemein kolportierten Österreichfeindlichkeit Dumouriez' und der nun schon recht deutlichen Entwicklung Richtung Krieg erwartet haben mochte¹¹⁸⁾.

Im Gegenteil: Der neue Außenminister und seine rechte Hand, Generaldirektor Bonnacarrère, beteuerten in Gesprächen mit Blumendorf wiederholt den Wunsch, den Frieden, ja selbst die umstrittene Allianz mit Österreich zu bewahren, und stellten nachdrücklich jede französische Wühlarbeit in Belgien - ob nun von seiten des offiziellen Frankreich oder seitens der Jakobinerklubs - in Abrede; der Lieblingsfeind der Österreicher, Béthune-Charost, war ganz wie der Jakobinerfürst Friedrich III. von Salm-Kyrburg, der im April 1792 nach Angaben der Tuilerien in Belgien gegen Österreich agitierte, in den Augen der Franzosen "ein wahrer Wahnsinniger", der keine ernstliche Aufmerksamkeit verdiente. Ende März 1792 hatte Charost-Béthune - er führte mittlerweile schon Titel und Wappen eines souveränen Grafen von Flandern - sogar Blumendorf im Pariser Gesandtschaftspalais aufgesucht, um alle Beschuldigungen, er arbeite an einer antiösterreichischen Verschwörung zurückzuweisen und einen eigenartigen Handel anzubieten: Gegen völlige Wiederherstellung der belgischen Verfassung, die Rehabilitierung der Säuberungsoffer von 1790/91 und eine angemessene Belohnung für seine Mittlerdienste erklärte er sich bereit, seinen Einfluß in Belgien und seine angeblichen internationalen Kontakte für eine dauerhafte Beruhigung der Lage in die Waagschale zu werfen und zu starken Einfluß der französischen 'Republikaner', also der den Exil-Vonckisten zuneigenden französischen Belgienpolitik, zu verhindern. Doch hatte er die Geduld der Österreicher zu lange strapaziert; bereits Anfang Februar 1792 war in Brüssel ein Haftbefehl gegen ihn ausgestellt worden.

¹¹⁷⁾ Konferenzprotokoll (28. 4. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 IV; Druck: Vivenot 2, S. 10-12) mit dem Ladungsschreiben vom 26. 4. 1792 u. Beilagen: Friedrich Wilhelm II. an Franz II. (17. 4. 1792; O in StK DK Preußen HK 1 Konv. Kg. v. Preußen an Kaiser; Druck: Vivenot 1, S. 460), Hzg. von Braunschweig an Franz II. (13. 4. 1792; Druck: Vivenot 1, S. 450). Kabinettsministerium an Jacobi mit dem Entwurf einer Instruktion für den Herzog von Braunschweig (o.D. [April 1792]; StK DK 70 Konv. preuß. Promemorien 1791). Dazu Heidrich, S. 72f Anm. 3, Franz II. an Graf Chotek (28. 4. 1792; KA Kabinettskanzlei HBP 105). Protokoll der Konferenz vom 29. 4. 1792 (StK Vorträge 150 Konv. 1792 IV; Druck: Vivenot 2, S. 12-15) mit Zirkulationsprotokoll und Nachtragsvoten. - Franz II. scheint die Fäden der Macht und insbesondere die Geheime Konferenz nicht wirklich im Griff gehabt zu haben. Fürst Rosenberg kritisierte ihn jedenfalls als unreif: KA NL Zinzendorf TB 37 (29./30. 4. 1792). - Zum kritischen Zustand der Finanzen Wolfsgruber 2, S. 170ff. Das Wiener Publikum war angeblich mit der kriegerischen Wendung überaus unzufrieden, zumal es neue steuerliche Belastungen erwartete: Heigel 1, S. 539 (nach Bericht Jacobis, 2. 5. 1792). Das jetzt besonders betonte - verhele - Säbelrasseln der Österreicher und auch des Staatskanzlers hebt der preuß. Gesandte Jacobi in seinen Berichten hervor: Herrmann, Geschichte Erg. Bd., S. 212-216.

¹¹⁸⁾ Zur prekären Lage Blumendorfs in Paris bis Ende April 1792 und zum Folgenden insgesamt vgl. Blumendorf an Mercy (13. 4. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Blumendorf-Mercy 1792 I-IX), an Kaunitz (20. 4. 1792; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1792) mit Nachträgen vom 20., 21. und 27. 4. 1792. Bei dem Bericht vom 20. 4. 1792 auch der Briefwechsel zwischen Blumendorf und Dumouriez zur angeblichen preuß.-österr. Konvention. Noailles in Wien erhielt dazu gleichfalls Weisung, die Hintergründe zu erhellen - Dumouriez an Noailles (13. 4. 1792), Noailles an Dumouriez (25., 28. 4. 1792); AMAE CP Autriche 363. Blumendorf an Kaunitz (24. 4. 1792; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1792), an Mercy (22., 23., 27., 29. 4. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Blumendorf-Mercy 1792; Druck: Hubert, S. 151f. 154-159, 1530f.).

Schuld an der explosiven Lage in Belgien trug nach Meinung des französischen Außenministeriums Wien selbst: die teilweise Mißachtung der alten Verfassung und die massive Truppenpräsenz ließen, so Dumouriez, das Land einfach nicht zur Ruhe kommen und boten Frankreich für den eventuellen Kriegsfall tatsächlich einen guten Ansatzpunkt. Am Ausbau dieser Angriffspunkte, an der Förderung des "esprit démocratique", wurde aller Widerrede zum Trotz heftigst gearbeitet, selbst durch den Kanal der offiziellen Diplomatie; die Berufung Dumouriez', dessen alte Belgienkontakte aus der Zeit der Brabanter Revolution niemandem verborgen blieben, war Brüssel Signal genug. Der langgediente französische Vertreter in Brüssel, Lagravière, erst im Februar vom Residenten zum bevollmächtigten Minister befördert, erhielt jetzt seine Abberufung, versah aber weiterhin neben dem neuen Legationssekretär Ruelle (1738-?), der als Apostel der französischen "doctrine empoisonnée" galt und von den Österreichern entsprechend mißtrauisch beobachtet wurde, seinen Dienst in konkurrierender Berichterstattung. Die Österreicher waren ihrerseits bei den nötigen Abwehrmaßnahmen gegen den grassierenden "esprit démocratique" nicht säumig. Schließlich wurde die Société des amis du bien public auf Drängen der Staatskanzlei ohne größeres Aufsehen aufgelöst, und Franz II. verfügte durch das Generalgouvernement strenge Zensurbestimmungen gegen die wuchernde Angriffspublizistik¹¹⁹⁾.

Die wenig eindeutige, ja doppelbödige Linie des gesäuberten französischen Außenministeriums fügte sich schwerlich in das Bekenntnis zu einer offenen und ehrlichen Diplomatie, paßte aber gut zu den Beobachtungen Peilencs, der Mitte April von beträchtlicher Unsicherheit im Umkreis Dumouriez' zu berichten wußte. Die unerwartet aktive Rolle Preußens an der Seite der Österreicher störte die Kalkulationen der girondistischen Außenpolitik empfindlich. Weder waren die Gegenbearbeitungen in Berlin von Erfolg gekrönt, noch machten die Warnungen Dumouriez' an Blumendorf, die österreichisch-preußische Allianz - "alliance monstrueuse" - könnte sich als wahres Kuckucksei entpuppen, also Wien von Preußen hinter Licht geführt werden, wirklichen Eindruck. Nun kam alles auf die Antwort des Apostolischen Königs auf das französische Ultimatum von Ende März 1792 an. Trotz der waghalsigen Argumentationskunststücke und Formulierungspirouetten der Staatskanzlei, trotz des hartnäckigen Widerspruchs Blumendorfs war auch dem von Dumouriez gründlich gesäuberten französischen Außenministerium nicht auszureden, daß das so oft beschworene Konzert der Mächte nicht zuletzt - und insgeheim wohl primär - eine Einmischung in französische Interna anstrebte. Dabei kam den Franzosen der Abdruck einer angeblichen österreichisch-preußischen Konvention in einer englischen Zeitung sehr zupaß, in der Bausteine des Allianzabkommens vom Februar mit Versatzstücken des Forderungskatalogs für das Mächtekonzert und den Resten des nicht zustandegekommenen Beistandspaktes zwischen Österreich und den Vereinigten Provinzen zu einem beunruhigenden Beweis für die Interventionspolitik der beiden deutschen Großmächte verschmolzen und die Kongreßidee wieder aufgewärmt wurde. Ein Grund mehr, in Wien auf einer kategorischen Absichtserklärung zu bestehen und sich endlich aus der unerträglichen Ungewißheit der letzten Monate herauszuwinden. Dies war nach Einschätzung Blumendorfs das oberste Ziel der französischen Politik. Scheiterte aber die Einschüchterungspolitik gegen Wien, ließ sich Österreich nicht zum Einlenken bewegen, so konnten die Revolutionäre hoffen, im Chaos eines Krieges unter der Decke des gemeinsamen Kampfes gegen die äußere Bedrohung vieles von jenen Gefahrenmomenten (wie Staatsbankrott und Bürgerkrieg) zu verbergen, die der Nation nun nach einer verfehlten Politik drohten.

Wie sehr dem französischen Außenministerium an einer zügigen Klärung des Verhältnisses zu Österreich gelegen war, zeigte auch seine Überreaktion auf die kurzfristig zögerliche Haltung des Botschafters in Wien, Marquis de Noailles. Dessen Bedenken gegen die Note Dumouriez' vom 19. März, deren Übergabe er aussetzen wollte, bis in Paris das gleichzeitige Office der Staatskanzlei bekannt wurde, reichten aus,

¹¹⁹⁾ Blumendorf an Mercy (24., 25. 3., 11. 4. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Blumendorf-Mercy 1792; Druck: Hubert, S. 123-135, 149-151), an Kaunitz (31. 3. 1792). Metternich an Kaunitz (11. 2., 4., 7., 21., 26. 3., 1., 5., 21. 4. 1792; Belgien DD A Berichte 324, 325, 327). Kaunitz an Metternich (19., 23. 3. 1792; Belgien DD A Weisungen 68). Ph. Cobenzl an Franz II. (20. 3. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 III) mit Beilage. Schon im Mai 1791 hatte sich übrigens Charost-Béthune auch an Hertzberg in Berlin gewandt und sich als "anti-österreichische" Speerspitze Preußens in Belgien offeriert: Charost-Béthune an Hertzberg (6. 5. 1791; SA Frkr. Varia 45 Konv. Frkr. Varia 1791 I-V). Zeissberg 2, S. 55-64. - Am 29. April 1792 rief die Nationalversammlung sechs "Legionen" aus ausländischen Freiwilligen ins Leben, darunter eine belgische und eine lüttichische: André Lasseray, Les corps belges et liégeois aux armées de la République 1792/93. In: Revue d'histoire moderne 4 (1929) 161-195. - Über die Ernennung Lagravières zum "ministre plénipotentiaire" (Januar 1792) und die Veränderungen bei der frz. Vertretungsbehörde in Brüssel vgl. die entsprechenden Stücke in AMAE CP Pays-Bas espagnols/autrichiens 182 bzw. 183 (Januar, März/April 1792).

um ihn unter Anklage stellen zu lassen und Vorbereitungen für eine Spezialmission zu treffen, die das nachzuholen hatte, was zu versäumen der Botschafter alle Anstalten zu machen schien (14./15. April 1792).

Der zum Gesandten für Den Haag ernannte Maréchal de Camp Emmanuel de Maulde-Hosdan (1740-1806) sollte als außerordentlicher Botschafter nach Wien eilen, die französischen Ultimaten vom 19. und 27. März 1792 erneut vorlegen und eine sofortige Antwort begehren; im Falle befriedigender Signale war Maulde zum Abschluß eines Streitbeilegungsabkommens berechtigt. Ein persönliches Schreiben Ludwigs XVI. für Franz II. lag bereit, um den Österreichern vor Augen zu führen, daß kein Grund für eine Einmischung in die französische Innenpolitik bestand: Der König hatte die Verfassung freiwillig angenommen, sie beschworen und damit sein Schicksal mit dem der Konstitution untrennbar verbunden. Die Entsendung Mauldes unterblieb, da Noailles noch Anfang April die wunschgemäße Ausführung der iterativen Instruktionen Dumouriez' vom 27. März einberichtete und zugleich die Zurückweisung des französischen Ultimatus durch die Österreicher meldete. Die Anklage wurde fallen gelassen¹²⁰).

Am 18. April 1792 konfrontierte der Außenminister die Nationalversammlung mit der Reaktion aus Wien; am selben Tag votierte der Ministerrat einstimmig für den königlichen Vorschlag an die Nationalversammlung, dem König von Ungarn und Böhmen den Krieg zu erklären. Am Mittag des 20. April 1792 verfügte sich Ludwig XVI. in die Nationalversammlung, um gemeinsam mit Dumouriez den Deputierten die Proposition für die Kriegserklärung zu unterbreiten. Der Außenminister wiederholte dabei jene Rede, mit der er zuvor den Conseil zu seiner Kriegsentscheidung bestimmt hatte. Auch diesmal waren die Mehrheitsverhältnisse eindeutig, als die Assemblée in ihrer Abendsitzung vom 20. April den königlichen Vorschlag annahm und Franz II. den Krieg erklärte. Nur sieben Abgeordnete der gemäßigten Rechten hatten dagegen gestimmt. Der Kreis der Kriegsgegner war mit den Monaten immer weiter eingeschrumpft und reduzierte sich schließlich auf die Reste der Feuillant-Partei um die Lameth-Brüder. Das war also der traurige Rest dessen, was die Staatskanzlei so gerne als die sanior und maior pars der französischen Nation beschworen hatte. Auch Robespierre mußte sich im Jakobinerklub vorerst geschlagen geben; nur Marat donnerte in seinem "Ami du peuple" unbeirrt gegen die Kriegspolitik der Gironde, die nach seinem Gefühl einzig und allein dem Hof und seinen geheimen Absichten zuarbeitete. Von der in Wien so gerne beschworenen Spaltung des Landes in eine "gutgesinnte" Mehrheit und eine kleine Gruppe verbrecherischer "Volksaufwiegler" konnte nun wahrlich keine Rede mehr sein. Unbedeutend schien jetzt bestenfalls der Rückhalt, den die Konstitutionellen - die Ansprechpartner der Staatskanzlei im Inneren Frankreichs - noch genossen.

Das Dekret der Versammlung zur Kriegserklärung begründete die Entscheidung mit den altbekannten Beschwerdepunkten gegen Österreich: mit der Unterstützung der französischen Emigranten, der starren Weigerung, das Konzert gegen Frankreich aufzuheben und die Rüstungen einzustellen, der Beleidigung der französischen Souveränität durch Unterstützung der Reichsstände und ihrer mit den Bestimmungen der französischen Verfassung unverträglichen Restitutionsforderungen und schließlich mit der bewußten Schürung des Bürgerkriegs durch Österreich. Dabei legte die Versammlung wert auf die Feststellung, daß Frankreich nur zur Verteidigung seiner Freiheit und Unabhängigkeit zu den Waffen griff. Ein freies Volk stellte sich gegen die ungerechte Aggression eines Königs. Was kam, sollte kein Krieg von Nation gegen Nation sein. Im Gegenteil: Frankreich wollte seine Brüder niemals mit den wirklichen Feinden verwechseln und die Kriegsfurie möglichst zielgenau auf den wahren Gegner lenken. Weit war noch der Weg zur revolutionären "guerre totale", doch fehlten schon jetzt Ankündigungen nicht, die durch ihre Radikalität

¹²⁰) Die nie expedierte Instruktion für Maulde, "Instruction pour Monsieur de Maulde allant à Vienne en qualité d'ambassadeur extraordinaire de France" (14. 4. 1792) in AN D XXIII/1. Das von Maulde zu überbringende Schreiben Ludwigs XVI. an Franz II. ([14.] 4. 1792; AMAE CP Autriche 363) gibt - nach einer anderen Vorlage - Feuillet 5, S. 406f. Dumouriez an den Präsidenten des Comité Diplomatique (15. 4. 1792; AN D XXIII/1). Marie-Antoinette an Fersen (15. 4. 1792; Druck: Klinckowström 2, S. 230). AP 41, S. 605-610, 682, 695ff (mit Abdruck des Schriftverkehrs zwischen Außenministerium u. franz. Botschaft in Wien, dabei auch das nicht expedierte Schreiben Ludwigs XVI. an Franz II.); 14./15. 4. 1792. Gerhard Wolf, Une instruction à un envoyé spécial avant la déclaration de la guerre le 20 avril 1792. In: AHRF 62 (1990) 500-502; zur Biographie Mauldes vgl. Six 2, S. 172. - Der Landgraf von Hessen-Darmstadt hatte Wien über die geplante Entsendung Mauldes in Kenntnis gesetzt und dabei behauptet, in diesem Zusammenhang sei ein Mordanschlag auf Franz II. geplant: Ldgrf von Hessen-Darmstadt an Franz II. (23. 4. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Varia 1792 I-V) mit Beilage. Wien bedankte sich artig für die freundliche Anzeige: Franz II. an Ldgrf v. Hessen-Darmstadt (6. 5. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 29f).

das Ausland schockieren mußten. Frankreich, hieß es da am Schluß des Dekrets, "adopte d'avance tous les étrangers qui, abjurant la cause de ses ennemis, viendront se ranger sous ses drapeaux et consacrer leurs efforts à la défense de sa liberté"¹²¹).

Umsonst wartete die Staatskanzlei im April auf Hintergrundinformationen des österreichischen Geschäftsträgers aus der französischen Hauptstadt. Seit Mitte des Monats bemühte sich Blumendorf nämlich vergeblich um einen Paß für seinen Kurier. Auch nach der Kriegserklärung hielt man ihn im Außenministerium in skandalöser Weise hin, um - so die Vermutung des österreichischen Diplomaten - Zeit für einen Überraschungsschlag französischer Truppen zu gewinnen; lediglich auf dem normalen Postwege konnte der Chargé der Staatskanzlei kurz über den Kriegsausbruch berichten. Die weitere Informationskollekte Blumendorfs hatte immer beunruhigendere Details zutage gefördert, gerade was die noch kurze Zeit zuvor von den französischen Verantwortlichen lebhaft bestrittenen Aktivitäten Frankreichs in bezug auf Belgien anging. Der König hatte bei der Nationalversammlung mit Erfolg einen außerordentlichen Zuschuß von 6 Millionen Livres für das Außenministerium beantragt, die am 26. April 1792 auch bewilligt wurden. Béthune-Charost verstärkte in Douai seine Aktivitäten, die vereinigten patriotischen Lütticher und Belgier in Paris um Edouard de Walckiers traten selbstsicher auf, und Bernard-Hugues Maret (1763-1839), der spätere Kabinettsdirektor Napoleons I. und Herzog von Bassano, wurde mit weiteren Mitarbeitern von Außenminister Dumouriez nach Norden geschickt, um als "agent général du gouvernement pour les affaires de Belgique" bei der Nordarmee die neue "Belgienpolitik" vor Ort umzusetzen und v. a. eine "Fusion aller insurrectionellen Elemente" herbeizuführen¹²²).

Die Tuileries hatten dagegen nichts zu bieten. Durch das bereitwillige Eingehen auf den Wunsch des Girondenkabinetts nach der Kriegserklärung und die demonstrierte Dreieinigkeit von Königtum, Nationalversammlung und Volkswillen schränkte man die Interventionsplanungen in ihrem Argumentationsspielraum weiter ein¹²³). Den Ärger der österreichischen Verantwortlichen über die königliche Familie bekam stets

¹²¹) "Rapport du ministre des affaires étrangères de France fait au Conseil du Roi le 18 avril et lu à l'Assemblée Nationale le 20 avril 1792", Druck der Rede des Königs und des Außenministers sowie der Druck der "Loi portant déclaration de guerre contre le roi de Hongrie & de Bohême" (20. 4. 1792): AMAE CP Autriche 363. AP 42, S. 70, 169-171, 195-199, 201-210, 217f: 18., 19. u. 20. 4. 1792. Michon, Dupont, S. 385-396. - Die frz. Kriegserklärung ist u. a. auch bei Vivenot 1, S. 469f abgedr. Ein mit Gramina beladener historischer Rückblick auf das österreichisch-französische Verhältnis "Mémoire sur la conduite de la maison d'Autriche à l'égard de la France" (o. D.): AN D XXIII/1. Die Apologie der Kriegserklärung durch Condorcet (20. 4. 1792), die als Reaktion auf die Provokationen Österreichs ausgegeben wird, in AP 42, S. 210-213. Condorcet betont darin die Entschlossenheit Frankreichs, auf seine hart erstrittenen Rechte auch im Angesicht ausländischer Intervention nicht zu verzichten.

¹²²) Die Aktenüberlieferung zu den Aktivitäten Marets bei der Unterstützung der belgischen lüttichischen Emigranten wie auch des vonckistischen Korps in AMAE CP Pays-Bas espagnols/autrichiens suppl. 14; Boulanger, Affaire, hat sie gründlich ausgewertet; vgl. auch Henri Boulanger, Tentative de rapprochement en 1792 entre Henri van der Noot et le gouvernement français. In: Bulletin de la commission historique du département du Nord 28 (1911) 341-358, Baron Ernouf, Maret, duc de Bassano (Paris 1884) 52ff. Zeissberg 2, S. 67ff. - Zu den für geheime Sonderausgaben ("pour dépenses extraordinaires et secrettes") gewidmeten sechs Millionen Livres: AN F 7 4396 - "Décrets qui ont été rendus sur des matières diplomatiques ..." (26. 4., 1. 6. 1792). Ludwig XVI. an den Präsidenten der Nationalversammlung (23. 4. 1792; AN D XXIII/1 d. CP [générale], abgedr. in AP 42, S. 307). Ein ansehnlicher Posten des Sonderzuschusses wurde für die Bewaffung und Ausrüstung des belgischen Freiwilligenkorps verwendet, das im Juni 1792 unter Marschall Luckner als Vorhut des zweiten französischen Einfalls in Belgien kämpfen sollte, 1,2 Millionen für nicht näher bezeichnete besondere Aufgaben; Rechnungslegung Dumouriez' über seine Amtsführung (22. 6. 1792; AN F 7 4397).

¹²³) Unbestätigt und mit den bekannt großen Hoffnungen, die die Tuileries an den Krieg und die erwartete Hilfe von außen knüpften, in Widerspruch ist die Angabe der Madame de Campan, 1. Kammerfrau der Königin, wonach der König im Conseil gegen den Krieg gestimmt habe (Campan, Mémoires 2, S. 269); vgl. aber auch A. F. de Bertrand-Molleville, Mémoires particuliers pour servir à l'histoire de la fin du règne de Louis XVI 2 Bde. (Paris 1816), hier Bd. 1, S. 356f, oder - aus dem königsfeindlichen Lager - Oelsner, Luzifer, S. 103 (14. 5. 1792): "Daß der König nur ungern zu der so überraschenden Kriegserklärung die Hand geboten, leidet keinen Zweifel." Madame de Tourzel insistiert in ihren Memoiren (Bd. 2, S. 91-94) auf die Widerwilligkeit, mit der der König dem Drängen Dumouriez' auf Krieg nachgegeben habe. "[...] il avait bien fallu déclarer la guerre, parti sur lequel on disputa vivement et que le roi ne parut prendre qu'avec une extrême répugnance; il en avait retardé beaucoup la décision, et ne sembla vaincu que par l'opinion déjà connue de la majorité de l'Assemblée et l'unanimité de son Conseil": Cl. Perroud (Hrsg.), Mémoires de Madame Roland 1 (Paris 1905) 238. Selbst der als Exekutor der Kriegspolitik in die Geschichte eingegangene Außenminister Dumouriez betonte aber in seinen Memoiren (Bd. 2, S. 197-219) das anhaltende Bemühen seines Ministeriums um Frieden, das freilich - so seine Darstellung - an der unnachgiebigen und provozierend arroganten Haltung Wiens zumal gegenüber dem "Jakobinerministerium" scheitern mußte. "Certainement rien n'était plus défensif que cette déclaration de guerre". Glaubhafter scheint die Grundtendenz der Lebenserinnerungen, Dumouriez von den Girondisten abzusetzen und ihn als "Unabhängigen" innerhalb des im März 1792 gebildeten neuen Kabinetts darzustellen, der durch den Krieg nicht den Sturz des Königiums, sondern vielmehr eine Harmonisierung innerer Gegensätze und die Stärkung der Exekutive erreichen wollte. Auch Baron de Malouet (Hrsg.), Mémoires de Malouet 2 (Paris 1868) 132 unterstreicht, daß Dumouriez - als Revolutionär getarnter Royalist - durch den Krieg die Position des Königs absichern wollte.

ihr Auslandsbeauftragter, Baron de Breteuil, zu spüren, dem es in Brüssel nicht nur akut an finanziellen Mitteln fehlte. Immer wieder sah er sich zudem mit kränkenden Zweifeln an seiner Bevollmächtigung als Auslandsagent des Königs konfrontiert, auch was die Entschädigungsverhandlungen mit Wien und Berlin anlangte. Den österreichischen Ansprechpartnern fiel es nicht schwer, ihre Verwirrung über die vielen verschiedenen und dissonanten Sprachebenen in den Willenskundgebungen Ludwigs XVI. vorzuschieben, wenn sie unangenehmen Ersuchen ausweichen wollten.

Brüssel

Erst am 27. April - volle sieben Tage nach erfolgter Kriegserklärung - konnte der österreichische Kabinettskurier mit einem detaillierten Bericht Blumendorfs über die Geschehnisse via Brüssel nach Wien in Marsch gesetzt werden. Eine Mißachtung von zwischenstaatlicher Courtoisie und Völkerrechtsgeboten, die die Staatskanzlei bei ihrem Kriegsmanifest vor der europäischen Öffentlichkeit noch gebührend breit-treten sollte. In der Zwischenzeit hatte Blumendorf natürlich seine geheime Korrespondenz mit Mercy zur Weiterleitung der wichtigsten Mitteilungen in die belgische Hauptstadt genutzt, wo man spätestens seit dem 23. April gut Bescheid wußte und noch am gleichen Tag Wien in Kenntnis setzte.

Als der Kurier Blumendorfs am 29. in Brüssel einlangte, war der erste Invasionsversuch der französischen Nordarmee bereits in einem für die Österreicher erfreulichen Debakel gescheitert. Nach den Weisungen aus Paris lag der Schwerpunkt der ersten französischen Offensive wie nicht anders erwartet im Benelux-Raum. Die Zentrums-Armee Lafayettes sollte über Namur Richtung Lüttich vorstoßen und die Nord-Armee Rochambeaus die Österreicher in Belgien binden, bei günstigen Aussichten aber den Vormarsch der Zentrumsarmee durch eine Diversion direkt gegen Brüssel unterstützen. Eine Katastrophe war die Folge, als dieser ursprüngliche Plan in letzter Minute durch neue Befehle aus Paris umgestoßen und die Hauptlast der Offensive der Nordarmee überbürdet wurde, die nun in drei kleineren Korps in die Österreichischen Niederlande einzufallen hatte, um den fest erwarteten Generalaufstand der Belgier gegen die habsburgische Herrschaft unmittelbar zu nützen: von Valenciennes und Maubeuge aus Richtung Mons, von Lille gegen Tournai und schließlich von Dünkirchen gegen Furnes.

Am 28. und 29. April 1792 stießen tatsächlich zwei französische Kolonnen - die kleinere auf Tournai, die größere auf Mons - vor, lösten sich aber nach kurzen Feuergefechten mit den Österreichern in panikhafter Flucht auf und traten den schleunigen Rückzug über die Grenze an (29./30. April); auch Flandern, wo das kleine französische Detachement auf keinen Widerstand getroffen war, wurde wieder geräumt. Marschall Rochambeau - seit langem amtsmüde - legte daraufhin das Kommando zurück, und Marschall Luckner, der mit der Besetzung Pässe im Gebiet von Pruntrut/Porrentruy (28. April 1792), der als Verkehrsknotenpunkt strategisch wichtigen Residenz des Basler Fürstbischofs, als einziger erfolgreich gewesen war, folgte ihm als Oberbefehlshaber der Nordarmee. Politisch orientierungslos, geriet Luckner nun völlig unter den Einfluß Lafayettes und seines Kreises¹²⁴).

Mit der leichten Abwehr des ersten Vorstoßes Ende April 1792 war aber die Gefahr nur vorübergehend gebannt (Kassen und Archive wurden sicherheitshalber Anfang Mai 1792 von Brüssel nach Antwerpen in Sicherheit gebracht), die gerade im vorgeschobenen Lager der Zentrumsarmee in Givet für den nächsten Streich lauerte. Metternich gab denn auch einem bewaffneten Schlag der Franzosen gegen Lüttich große Chancen. Die gegen österreichischen Rat von Fürstbischof Hoensbroech geübte unversöhnliche "Privatrache" hatte ein Unruhepotential geschaffen, das nur eines geringen Anstoßes bedurfte, um endlich in einer neuerlichen Revolte loszubrechen. Erst im April 1792 war neues französisches Gesandtschaftspersonal in Lüttich eingelangt, von dem natürlich sofort angenommen wurde, daß es der erwarteten französischen Invasion propagandistisch vorarbeitete. Österreich fühlte sich in der Lütticher Frage an vorderster Front

¹²⁴) Krieg gegen die Französische Revolution 2, S. 15-29; Gontaut-Biron, Lauzun, S. 232-258, Zeissberg 2, S. 69-77, Paul Foucart/Jules Finot, La défense nationale dans le Nord de 1792 à 1802 (Lille 1890), Bd. 1, Arthur de Ganniers, La dernière campagne du maréchal de Rochambeau 1792. In: RQH N.S. 24 (1901) 74-132, 438-470, Comte de Lort de Sérignan, Le préliminaires de Valmy. La première invasion de la Belgique 1792 (Paris 1903). Vgl. auch den bereits zitierten von Lort de Sérignan herausgegebenen vertraulichen Briefwechsel Biron, besonders mit Dumouriez, - Die Wiener Zeitung No. 39, 16. 5. 1792, berichtete relativ ausführlich von der Abweisung des ersten franz. Einfalls, vor allem aber von den anschließenden Ausschreitungen der franz. Soldaten nach ihrer Flucht in die Ausgangspositionen.

kompromittiert, seit es im Dezember 1790 die Ausführung der Reichsexekution übernommen hatte. Die immer noch im Fürstbistum stationierten österreichische Truppen gerieten leicht in den Verdacht, Handlanger der bischöflichen Willkürherrschaft zu sein, und sollten daher endlich abgezogen werden, wenn es schon nicht gelang, den Fürstbischof zu einer Beruhigung der Lage auf gütlichem Wege zu bewegen.

Größer aber als die Sorge vor einem ausgerechnet in Lüttich beginnenden Dominoeffekt innerer Unruhen im Benelux-Raum war die Beunruhigung über die nun in großem Stil einsetzende Propagandatätigkeit der Franzosen im Ausland. Bedenkliche Hetzpamphlete und Propagandaschriften hatten schon den ersten Einfall der Franzosen in die Österreichischen Niederlande begleitet und sollten besonders die Belgier unter den österreichischen Soldaten zur Massendesertion bewegen. Der gallische Hahn wollte den belgischen Löwen aus seinen österreichischen Fesseln befreien und ermunterte die Kämpfer der Gegenseite, dem großartigen Kampf Frankreichs gegen die Tyrannen des Kontinents nicht als unmenschlich behandelte Söldner-Sklaven Widerstand zu leisten, sondern ihn vielmehr an der Seite der Franzosen auszufechten. Ein Krieg begann, in dem auch mit in dieser Schärfe neuen Waffen gefochten wurde, in dem es nun wirklich, wie Botschafter Mercy befürchtete, um die "séduction des peuples et des troupes" ging. Vielen schien nun schlagartig klar, wofür Dumouriez den von der Nationalversammlung bewilligten Sonderzuschuß verbrauchte: für den Propagandakrieg gegen die österreichische Herrschaft in Belgien. Mit um so härterer Hand mußte daher das Generalgouvernement in Brüssel ein Land unter Kontrolle halten, das für derlei subversive Aktivitäten doppelt anfällig war. Noch Ende April 1792 hatte FM Bender für Belgien das Standrecht verkündet, alle in Belgien befindlichen Franzosen mußten sich umgehend der Prüfung und Registrierung durch eine in Brüssel eingerichtete Kommission der französischen Emigranten unterziehen, die so unverhofft von unwillkommenen Gästen zu Agenten des Generalgouvernements aufgewertet wurden; so gedachte man echte Flüchtlinge von potentiellen Agenten des Feindes rasch und zuverlässig unterscheiden zu können. In ihrer Proklamation an die belgische Bevölkerung von Ende April 1792 setzten endlich auch die Generalgouverneure Marie-Christine und Albert von Sachsen-Teschen auf jenen Traditionalismus und Konservativismus der Belgier, der schon die josephinischen Reformen zu Fall gebracht hatte und nun vielleicht auch das brauchbarste Mittel zur Immunisierung des Landes gegen die in Frankreich propagierte "liberté chimérique" darbot. Soziale Ordnung, öffentliche Ruhe, Sicherheit, Religion wurden als die wahren belgischen Werte beschworen, gegen die gottlose Anarchie und philosophische Neuerungen eigentlich nichts ausrichten durften¹²⁵).

Auch am Rhein und in Vorderösterreich, wo die Kriegserklärung von Straßburg aus bekannt geworden war, wuchs die Beunruhigung, nachdem - wie erwartet - die französische Rheinarmee in einer Blitzaktion parallel zum Einfall der Nordarmee in Belgien Pruntrut/Porrentruy besetzt hatte. Der Fürstbischof von Basel und das kleine österreichische Detachement von 400 Mann zogen sich nach Biel bzw. Rheinfelden zurück. Selbst der württembergische Statthalter von Mömpelgard hatte das Feld geräumt und sich nach Basel und schließlich nach Bayreuth zurückgezogen. Kardinal Rohan traf gleichfalls Vorbereitungen, sein exponiertes rechtsrheinisches Territorium zu verlassen, und gefährliches französisches Propagandaschriftgut ganz nach der Art der in Belgien ausgestreuten Pamphlete drohte auch Deutschland zu überschwemmen¹²⁶).

¹²⁵) Mercy an Kaunitz (23., 25., 30. 4. u. 2. 5. 1792; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1792 I-IV bzw. V-XII) mit Pellenc an Lamarck (14. 4. 1792; Druck: Glagau, S. 314-316 [Auslassungen]; 15. 4. 1792, 16. 4. 1792; Druck: Glagau, S. 316-318; 20., 21., 25. u. 27. 4. 1792) u. Montmorin an Lamarck (19. 4. 1792; Druck: Bacourt 2, S. 359-362). Metternich an Kaunitz (23., 24., 26. 4. 1792; Belgien DD A Berichte 325). Metternich an Kaunitz (30. 4. 1792 Druck: Vivenot 2, S. 15-18) mit "Proclamation de la nation française aux Belges", "Proclamation et adresse aux soldats autrichiens, hongrois, üroliens et brabançons [...]" und "Soldats autrichiens ouvrez les yeux!", dto. (30. 4./1. 5. 1792) mit den entsprechenden Verordnungen/Proklamationen FM Benders und der Generalgouverneure (28./29. 4. 1792; Drucke), dto. (3., 6., 8., 10. 5. 1792); Belgien DD A Berichte 325; Zeissberg 2, S. 51f. Kaunitz an Metternich (9. 5. 1792; Belgien DD A Weisungen 68). Zu Lüttich die Berichte Metternichs vom 12. 3. 1792 und 5. 5. 1792; Belgien DD A Berichte 324 u. 325. HKR an RVK (26., 30. 4. 1792) mit Bender an HKR (17., 23. 4. 1792), HKR an RVK (4. 5. 1792) mit Notenwechsel: RK RkgF 3-5. - Lagravière an Dumouriez (18., 23., 24., 26., 27. 4., 1., 2. 5. 1792), Ruelle an Dumouriez (23. 4. 1792); AMAE CP Pays-Bas espagnols/autrichiens 183. Annales Patriotiques No. 123 (2. 5. 1792).

¹²⁶) Sumerau an Kaunitz (6., 23., 27., 30. 4., 4. 5. 1792; StK Provinzen Vorderösterreich Berichte 1). HKR an RVK (3. 5. 1792), dto. (12. 5. 1792) mit "Die französische Nation an die Deutschen", "Ein Wort von einem Vortheile, welcher der französischen Constitution eigen ist", "Die Franken an die Officiere und Soldaten der wider sie verbundenen Kriegsheere"; RK RkgF 3-5. - Die Herrschaft des Basler Fürstbischofs wurde übrigens auch in seiner Abwesenheit von den franz. Okkupanten respektiert; erst zu Jahresende 1792 entstand eine durchaus instabile "république rauracienne", die im April 1793 als eigenes Departement an Frankreich angeschlossen wurde.

Wien und Berlin

Fast gleichzeitig mit dem belgischen Kurier, der am 30. April die Nachricht von der Kriegserklärung nach Wien überstellte, traf hier mit einiger Verspätung ein Abgesandter des französischen Außenministeriums, Monsieur Maison, ein und übergab Marquis de Noailles die Kriegserklärung sowie Weisungen für sein weiteres Verhalten. Der Botschafter und sein Personal mußten die österreichische Hauptstadt sofort verlassen und durften die Kriegserklärung erst der Staatskanzlei zusenden, wenn sie österreichisches Hoheitsgebiet verlassen hatten. Nur Maison sollte zur Bergung des Gesandtschaftsarchivs länger in Wien bleiben. Auch wenn seine offiziellen Instruktionen keinen Verhandlungsauftrag enthielten, so ist doch klar, daß mehr hinter der mysteriösen Mission steckte. Marie-Antoinette selbst sprach jedenfalls Ende April 1792 in einem ihrer nun ganz selten gewordenen Briefe an Mercy in Brüssel von eventuellen Wiener Friedensangeboten, mit deren Anhörung Maison betraut worden sei.

Die Staatskanzlei dachte indes gar nicht daran, den Franzosen noch irgendwelche Eröffnungen zu machen, sondern mühte sich redlich, es dem Kriegsgegner mit gleicher Münze heimzuzahlen. Leidtragender war zuerst der Personalstab der französischen Botschaft in Wien. Als Noailles nun wirklich weisungsgemäß bei der Staatskanzlei seine Abberufung notifizierte und um Pässe für sich, seine Domestiken und das Botschaftspersonal ersuchte, revanchierten sich die Österreicher für die völkerrechtswidrige Behinderung Blumendorfs, indem sie dem französischen Botschafter solange die Ausreise verweigerten, bis Blumendorf sicher und wohlbehalten in Brüssel eingelangt war. Da die Kriegserklärung durch die Meldungen aus Belgien und durch die entsprechenden Zeitungsnachrichten in Wien längst durchgesickert war, übergab Noailles noch am 1. Mai 1792 die Kriegserklärung Frankreichs an Franz II. Nur der Botschaftssekretär Gabard de Vaux entkam dem Schlamassel: Er quittierte den diplomatischen Dienst und durfte so nach Polen ausreisen¹²⁷).

Nicht besser erging es der französischen Vertretung in Berlin. Der Sonderbeauftragte Benoist hatte sich nach Bekanntwerden der Kriegserklärung unter verunsichernden Versprechungen rasch wieder aus dem Staub gemacht, und Custine jr. wurde bedeutet, daß er erst dann ausreisen durfte, wenn der preußische Gesandte in Paris, von der Goltz, sein et sauf in Brüssel angekommen war. Die Kriegserklärung vom 20. April 1792 hatte nach den Beobachtungen Custines Anfang Mai 1792 hektische Betriebsamkeit und die drängendsten Befehle des Königs zum Truppenmarsch nach Westen zur Folge. Die Berliner Presse wechselte zu ungewohnt inobjektiver Berichterstattung über Frankreich, und so mancher träumte bereits von einem militärischen Spaziergang. Custine maß gerade bei Beurteilung der Frankreichpolitik Friedrich Wilhelms II. dem gekränkten Selbstwertgefühl der Souveräne und mehr noch der nun deutlich nach außen getragenen subversiven Fermentation, die die Grundprinzipien eines monarchischen Europa insgesamt gefährdete, entscheidende Bedeutung bei. Die Schlußpassage des Kriegsdekrets der Nationalversammlung, die durchaus als Aufruf zu Desertion und Revolte aufgefaßt werden konnte, erleichterte es dem König, die Kriegserklärung Frankreichs an Österreich zugleich als Kampfansage an Preußen zu werten.

Trotzdem stießen die ängstlichen Anfragen des belgischen Generalgouvernements in der preußischen Hauptstadt nach den zu erwartenden und von der Staatskanzlei stets als verlässliche Rückendeckung namhaft gemachten direkten Hilfsleistungen des Verbündeten auf deutliche Ablehnung. Statt der preußischen Truppen in Westfalen sollte Österreich, so die Preußen nach der alten Leier, eher auf die hessischen Truppen zurückgreifen, die der Landgraf zu mobilisieren versprochen hatte¹²⁸).

¹²⁷) Dumouriez an Noailles (21. 4. 1792), "Instruction pour le sieur Maison, chargé d'aller à Vienne pour mettre ordre aux papiers de l'ambassade" (21. 4. 1792): AMAE CP Autriche 363 u. suppl. 24, AN D XXIII/1. Marie-Antoinette an Mercy (30. 4. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Blumendorf-Mercy 1792; Druck: Arneih, Marie-Antoinette, S. 263f), von Blumendorf über England nach Brüssel eingesandt, das Begleitschreiben ist nicht mehr erhalten. - Noailles an Kaunitz (30. 4. 1792), Maison an Dumouriez (1. 5. 1792), Noailles an Dumouriez (1. 5. 1792), an Ph. Cobenzl (1. 5. 1792), Kaunitz an Noailles (1. 5. 1792), Ph. Cobenzl an Noailles (1. 5. 1792), Noailles an Kaunitz (1. 5. 1792), Gabard an Kaunitz (4. 5. 1792), Kaunitz an Gabard (5. 5. 1792), Maison, Noailles und Gabard an Dumouriez (5. 5. 1792): AMAE CP Autriche 363 bzw. suppl. 24 und - für den Notenwechsel mit den Wiener Stellen - SA Frkr. NW 14 Konv. V. d. frz. Botschaft/von Noailles bzw. a. d. frz. Botschaft/an Noailles bzw. von/an Gabard.

¹²⁸) Reuß an Kaunitz (1., 5., 8. 5. 1792; StK DK Preußen 70 Konv. Relationen aus Berlin 1792 Januar-Juni). - Custine an Dumouriez (1., 2./5. 5. 1792; AN AF III 76 d. 313). Zur preuß. Politik in den kritischen Monaten März/April 1792 Heidrich, S. 53-88. Bzgl. der Mission Custines in Berlin und zu den übrigen franz. Sendlingen vgl. u.a. Mémoires tirés des papiers d'un homme d'état 1, S. 366-368, Sorel 2, S. 442-450, Heidrich, S. 106-117, Goetz-Bernstein, S. 201-204.

2. Krieg

2.1 ... para bellum

Schwanengesang auf den Konzertgedanken

Die Aussendung von Zirkularschreiben an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland war, wenn es um die propagandistisch wirksame Offenlegung der österreichischen Politik ging, schon seit der Krise des Jahres 1791 zu einem Fixpunkt im Waffenarsenal der Staatskanzlei geworden. Nun nach Erhalt der französischen Kriegserklärung wollte die Gelegenheit gleichsam beim Schopf gepackt werden, die europäischen Mächte im Lichte der neuesten Entwicklungen nochmals zu einem raschen Beitritt zum projektierten Mächtekonzert anzufrischen. Die unzweideutigen ideologischen Zwischentöne, die im Umfeld der französischen Kriegserklärung in Paris laut geworden waren (etwa während des Auftritts des einmal mehr gegen Europas Tyrannen und das Feudalsystem wetternden Anacharsis Cloots vor der Nationalversammlung am 21. April 1792), bewirkten jetzt nach eher gemäßigten Vorstadien auch in Wien eine gewisse Trendwende, eine verstärkte Betonung des weltanschaulichen Abgrunds, der das revolutionäre Frankreich vom Rest Europas trennte.

Staatskanzler Kaunitz hatte allerdings scharf gegen die Absendung eines Zirkulars Stellung bezogen, in dem die Untaten der Franzosen breitgetreten wurden. Ging es nach seinen Vorstellungen, so sollte man dem Kriegsgegner nur mehr "à coups de canon" antworten und im übrigen die Veröffentlichung des großen Manifests der Verbündeten abwarten, "um nicht zu beleidigenden Repliquen Gelegenheit zu geben und die Gemüther umsonst noch mehr zu verbittern". Der Staatskanzler hatte sich aber wieder nicht behaupten und in den nun schon zur Routine gewordenen kleinlichen Differenzen mit seinen Spitzenbeamten durch die Androhung der Unterschriftverweigerung nur einige wenige Abänderungen durchsetzen können. König Franz bestand auf dem eingeschlagenen Kurs und dem Rundschreiben, das für ihn keine Erklärung an Frankreich war, sondern primär der Instruierung der österreichischen Gesandtschaften und der Information der für das Konzert umworbene Höfe diente. Das Ausland erfuhr nun durch das Zirkular und eine Masse von illustrativen Beilagen von den zahllosen französischen Freveltaten: von der völkerrechtswidrigen Behinderung des österreichischen Geschäftsträgers in Paris, von der nur unter Druck erfolgten Übergabe der Kriegserklärung in Wien - Vorgänge, die darauf hindeuteten, daß es Frankreich nur darauf ankam, für den glücklicherweise gescheiterten Überfall auf die belgischen Provinzen den nötigen Vorsprung zu gewinnen -, von der Ausbreitung von Hetz- und Brandschriften durch die französische Armee usw.

Das beunruhigende Herauswachsen des neuen Frankreich aus dem Regel- und Normenwerk des europäischen Ancien Régime sollte im Verständnis der Österreicher auch auf das bisher ganz überwiegend realpolitisch motivierte Konzert der Mächte anspornend wirken.

"Inzwischen wird und muß nicht nur jeder Souverän, jeder Landesfürst, jede Regierung, von welcher Beschaffenheit sie sei, sondern auch jeder Privatmann, der irgend mit einem Vermögen, mit ererbten oder erworbenen Besitzungen und Gerechtsamen von Gott gesegnet ist, selbst überzeugend einsehen, dass der Sr. königl. Apost. Maj. zum äußerlichen Schein bis nun zu allein angekündigte Krieg ein allen Staaten, allen Regierungsformen, allen Privatbesitzern und jeder ordentlichen Menschengesellschaft angekündigter allgemeiner Krieg ist, wie solches der Gräuel der innerlichen Verwüstungen in Frankreich und die rasende Wuth, diese Gräuel der Verwüstungen überall zu verbreiten, sonnenklar beweiset."

Denn die mordbrennerischen Reden in der Nationalversammlung halfen über den etwas gemäßigteren Text der Kriegserklärung selbst hinaus den wahren Sinn der französischen Bestrebungen korrekt auszulegen: Es ging den Franzosen schlichtweg um die "Erregung einer allgemeinen Völkerempörung", man

forderte ungescheut zu Desertion und Abfall auf, nützte wohl die dem französischen Außenministerium bewilligten Extramittel von 6 Millionen Livres zu entsprechenden Zwecken und konnte sich vielleicht realistische Chancen auf den Umsturz der herrschenden Ordnung ausrechnen,

"wenn der einbrechenden Seuche nicht von allen Seiten und mit vereinigten Kräften der wirksamste Einhalt geschehen sollte, weil die von der Nationalversammlung zum voraus angekündigte 'adoption de tous les étrangers [...]' wahrhaftig im Grunde nichts anders ankündigt, als daß alle Monarchen-, Kirchen- und Altarbestürmer, alle Störer der öffentlichen Ruhe, alle gewaltsamen Eingreifer in das Eigenthum ihrer höheren Mitbürger, alle Untergräber der Ordnung und der festgesetzten Constitution jedes Staats, alle meineidigen Verletzer ihrer Militärflichten, mit einem Worte, alle Zerreißer der allgemeinen bürgerlichen Gesellschaftsbande in Frankreich mit offenen Armen werden empfangen und auf möglichste Art begünstigt werden."

Aber selbst diese neue Facette in der Argumentation Wiens bewirkte keineswegs jene Welle der Solidarität zugunsten der österreichisch-preußischen "Efforts", die sich manche vielleicht erwartet hatten. Auch jetzt half niemand einen Endzweck befördern, "der, wenn jemals einer auf das wesentlichste und dringendste öffentliche und Privatinteresse gegründet war, sonnenklar hierauf gegründet ist."¹²⁹⁾

In Kopenhagen etwa begegnete Graf Bernstorff dem österreichisch-preußischen Werben mit einer strikten Neutralitätserklärung, die Dänemark auch seinen Handelsinteressen in Frankreich schuldig zu sein glaubte. Der dänische König - ohne konkrete Beschwerdepunkte gegen Paris - hatte die Verfassungsannahme durch Ludwig XVI. akzeptiert und sah auch jetzt noch keinen Grund, einen Monarchen zu rächen, der sich doch selbst offiziell als frei und zufrieden bezeichnete. In Neapel rechnete die Staatskanzlei mit mehr Einsicht in die großen Gefahren, die von der Situation in Frankreich ausgingen, und wollte zumindest die Hoffnung auf einen finanziellen Beitrag des Königs nicht aufgeben, während in Portugal sicher viel guter Wille vorhanden, aber die Machtlosigkeit des Landes und seiner Regierung - Königin Maria (1734-1816), die Witwe Pedros III. (gest. 1786), verfiel seit 1792 in geistige Unnachtung - mindestens ebenso evident war. Verschiedene seit Beginn der neunziger Jahre auftretende Volksunruhen wurden in Lissabon sofort mit geheimer französischer Aufwiegelei in Verbindung gebracht und führten zu entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen, denen die Staatskanzlei im Januar 1792 begeistert Beifall klatschte. Immerhin: Die Abneigung der Portugiesen gegen alles Französische im eigenen Lande ging schließlich so weit, daß man in Wien bald Bedenken hatte, den k.k. Gesandtschaftssekretär - einen gebürtigen Provençal - weiter in Lissabon zu belassen. Letztlich verpuffte aber die zunehmende Francophobie der Portugiesen ungenützt, Ende Februar 1792 erklärte das portugiesische Ministerium bei aller Anerkennung für die Aktivitäten Wiens "la plus parfaite neutralité" zur außenpolitischen Linie Lissabons, die Weisungen in die portugiesische Hauptstadt verflachten zusehends und beschränkten sich rasch auf Kundgebungen des Mitleids zur Geisteskrankheit der Königin¹³⁰⁾.

An der englischen Haltung hatte sich nach wie vor sehr zum Ärger der Staatskanzlei nichts geändert: Außenminister Grenville ließ Mitte Mai 1792 am festen Willen Londons, vorerst neutral zu bleiben, keinen Zweifel, schloß aber nicht aus, daß auch diese "neutralité parfaite" - etwa im Falle eines direkten An-

¹²⁹⁾ Kaunitz an Ph. Cobenzl mit Resolution Franz II. (8. 5. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 V; Druck: Schlitter, Kaunitz, S. 60 Anm. 1). Kaunitz an Ph. Cobenzl (9. 5. 1792; GK 406 Konv. A; Druck: Schlitter, Kaunitz S. 59f). Der Zirkularenlaß an die österreichischen Vertretungen im Ausland (9. 5. 1792) ist bei Vivenot 2, S. 32-35, abgedr., K u. Reinschrift des Zirkulars in StK Interiora Circularien u. Notificationen 7, A u. a. in SA Frkr. Varia 46 Konv. Frkr. Varia 1792 I-V. Kaunitz an Reuß (9. 5. 1792; StK DK Preußen 71 Konv. 1792 Rescripte nach Berlin), an Mercy (9. 5. 1792; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Mercy 1792), an Kageneck (9. 5. 1792; SA Spanien DK 122 Konv. 5), an Seilem (9. 5. 1792; StK DK Regensburg Kurböhm. Gesandtschaft Weisungen 6). - Gazette Universelle de Paris Nr. 114 (24. 4. 1792). Cloots' Adresse an die Nationalversammlung (21. 4. 1792) auch in AP 42, S. 252f. Cloots legte bei dieser Gelegenheit sein Traktat "La République universelle" vor, "dont" - wie er zu Recht vermutete - "le titre seul fait frissonner les aristocrates".

¹³⁰⁾ Preuß.-österr. Note (12. 5. 1792) mit Mémoire u. die Antwort des dän. Außenministers Bernstorff (1. 6. 1792) gedr. bei Neumann 1, S. 479-487. Punktation für Herrn Grafen Franz von Esterházy-Galantha (9./10. 5. 1792; SA Neapel 26). Kaunitz an Lebzelter (22. 1., 30. 5., 11. 7. 1792; SA Portugal Weisungen 33 Konv. Weisungen 1786-1798), die Weisungen vom 22. 1. u. 30. 5. sind bei Vivenot 1, S. 342f, bzw. Bd. 2, S. 67, gedr. Ph. Cobenzl an Lebzelter (2., 16. 9. 1792; SA Portugal Weisungen Konv. Weisungen 1786-1798; Druck: Vivenot 2, S. 180, 203f); Kaunitz an Mercy (9. 4. 1792)/Beilage. - An Mizellen zur dänischen und portugiesischen Revolutionsperzeption können genannt werden: Jean-Marie Bizière, La Révolution française vue de l'ambassade de Danemark à Paris 1788-1794. In: AHRF 63 (1991) 499-513, Leopoldo Cossor Jobim/João Luis Lisboa, Les diplomates portugais devant la Révolution. In: Dix-Huitième Siècle 20 (1988) 277-288.

griffs auf einen Alliierten Britanniens - überdacht würde. Bis dorthin allerdings beschied man sich mit den besten Wünschen für den Fortgang der alliierten Operationen, und König Georg III. empfing den von Talleyrand im Hintergrund gesteuerten neuen französischen Gesandten Marquis de Chauvelin und dessen stattliches "Jakobinergefolge" betont kühl. Daß eine Allianz zwischen dem neuen Frankreich und Großbritannien, wie sie Ludwig XVI. gezwungenermaßen in einem die neue Mission Talleyrand-Chauvelin begleitenden Schreiben beschwor (April 1792), wirklich zustande kam oder London gegen die Überlassung des seit 1783 französischen Tobago Paris eine Anleihe in Millionenhöhe gewährte, war mehr als unwahrscheinlich.

Graf Stadion vermochte sich aber nicht des absurden Verdachts zu erwehren, daß - zumindest für Pitt - bei einer Aufgabe der strikten britischen Neutralität auch eine Unterstützung Frankreichs durchaus im Bereich des Denkbaren lag. Im eigenen Hause machte die britische Regierung dagegen - unterstützt von der Opposition - Ordnung und begann gegen Personen und Gesellschaften mit verdächtigen Beziehungen nach Frankreich und gegen zu radikale innenpolitische Reformbestrebungen aller Art vorzugehen.

Irritiert über die sture und arrogante Haltung Londons in der Belgien-Frage, war man in Wien aber nicht bereit, den Beitritt Georgs III. zur österreichisch-preußischen Allianz oder zum Konzert irgendwie zu erkaufen. Pitt und sein Kabinett lehnten immer noch die Fixierung des status quo in Belgien mit Regierungsantritt Maria Theresias ab und wollten "auf einem entfernteren, unbestimmten, dunkleren und daher zu Einhängungen geschickten Termine fest beharren". England mußte einsehen, so die Staatskanzlei, daß eine Einmischung in die Interna eines großen Hofes wie die Wiens anders als in Polen, Schweden oder den Vereinigten Provinzen unstatthaft war und sich Österreich und Preußen von den englischen Terziversationen nicht länger aufziehen lassen durften. Immer noch rechnete man in der Staatskanzlei damit, daß London nur den günstigsten Zeitpunkt abwartete, um aus der komplexen internationalen Situation auf die eine oder andere Weise Kapital zu schlagen. Erwartungsgemäß erhielt man auch seitens der Generalstaaten die Mitteilung, daß die Entscheidung Den Haags sich natürlich nach dem Kurs Englands richtete. Freilich war das Interesse der Briten an der französischen Frage seit Kriegsausbruch deutlich gewachsen. Die kurzzeitige Aufgabe Seeflanderns und Ostendes durch die Österreicher während der ersten französischen Invasion Ende April 1792 etwa hatte für einige Beunruhigung gesorgt und die Verwundbarkeit der Vorfeldsicherung für die Vereinigten Niederlande aufgezeigt, so rückte vielleicht die von Staatssekretär Grenville angedeutete Möglichkeit einer Änderung der britischen Haltung zumindest etwas näher¹³¹⁾.

Krieg der Manifeste

Bereits im Mai 1792 legte man in der Staatskanzlei Hand an ein Gegenmanifest, mit dem Österreich vor den Augen der Weltöffentlichkeit "den Ungrund und die Nichtigkeit der in der französischen Kriegserklärung angeführten Ursachen überzeugend" darstellen wollte. Marie-Antoinette hatte Ende April 1792 über Blumendorf Hintergrundinformationen zum Kriegsausbruch nach Brüssel gesandt, die nun auf offizielles Niveau gehobene Subversionspolitik des französischen Ministeriums hervorgehoben und dabei auch konkrete Wünsche für ein von den Intervenienten zu erlassendes Manifest geäußert. Dem argumentativen Zick-Zack-Lauf zu entsprechen, war sicher nicht einfach: Zum einen mußte der Wiener Hof - so der Wunsch der Tuilerien - seine Distanz gegenüber den Anliegen der Emigranten möglichst deutlich hervorheben. Aber auch Ludwig XVI. durfte natürlich, wollte man ihn nicht in gefährlicher Weise kompromittieren und zu einer schädlichen Verstärkung der Verstellungspolitik zwingen, nicht zu stark ins Spiel gebracht oder gar offen als Verbündeter der Alliierten angesprochen werden. Ging es nach den geheimen Vorstellungen der Königin, so war zwar die Neugestaltung französischer Interna die eigentliche Absicht der österreichisch-preußischen Intervention. Das Ziel durfte aber nur verdeckt verfolgt und keinesfalls offen einbekannt werden, da man ansonsten den geschlossenen Widerstand einer in ihrem Stolz gekränkten Nation riskierte¹³²⁾.

¹³¹⁾ Mercy an Kaunitz (20. 5. 1792; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1792 V-XII). Stadion an Mercy (5., 18., 25. 5., 1. 6. 1792; SA Frkr. Varia 49 Konv. Stadion-Mercy). Kaunitz an Reuß (29. 5. 1792; StK DK 71 Konv. 1792 Rascripte nach Berlin; Druck: Vivenot 2, S. 62f). - Sorel 2, S. 438-442, 452-454, Pallain, Mission de Talleyrand, mit den Instruktionen für Chauvelin und Talleyrand (20. 4. 1792), S. 219-242, Goetz-Bernstein, S. 195-201.

¹³²⁾ Marie-Antoinette an Mercy (30. 4. 1792). Das Schreiben der Königin wurde über London zugestellt und war daher länger unterwegs. Botschafter Mercy übersandte es erst Mitte Mai 1792 nach Wien: Mercy an Kaunitz (16. 5. 1792; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1792 V-XII).

Das österreichische Gegenmanifest, das schließlich Ende Mai 1792 zur Drucklegung in deutscher und französischer Sprache bereitlag, aber erst Anfang Juli 1792 - also wie ursprünglich geplant noch deutlich vor Beginn der Operationen - mit einem Zirkular an die österreichischen Vertretungsbehörden verteilt wurde, entsprach durchaus den Wünschen der Tuilerien und fiel nach hartem Ringen zwischen Kaunitz und Franz II., in das auch die Konferenzminister eingeschaltet worden waren, eigentlich recht gemäßigt aus. Auch wenn, wie Wien nun gerne betonte, der formal nur Österreich erklärte Krieg in Wahrheit eine viel tiefergehende Konfrontation zwischen "alt" und "neu" implizierte, so blieb Franz II. auch angesichts der französischen Aggression unter deutlicher Distanzierung von den Wünschen der Emigranten bei seinen beschränkten Kriegszielen. Österreich kannte eben keine Rachegefühle, auch nicht gegenüber dem unvernünftigen Teil der französischen Nation, sofern er sich noch besann; die "partie saine de la Nation" hatte ohnedies nichts zu befürchten. So knapp das programmatische Element in der Erklärung des Wiener Hofes ausfiel, so ausführlich geriet andererseits die Rückblende auf den langwierigen "Weg in den Krieg". In der Emigrantenfrage, was das im Herbst deaktivierte Konzert der Mächte betraf, und auch in bezug auf die Trierer Affäre zeigte sich nach österreichischer Darstellung permanent der feste Wille des revolutionären Frankreich, selbst den besten Willen zur Friedenserhaltung zu schwärzesten anti-französischen Gesinnungen umzudeuten; und dies obwohl die Nationalversammlung das Ausland auf vielfältige Art provozierte - speziell durch Verbreitung des "poison de la séduction et de la révolte" - und das jus publicum europaeum mit Füßen trat. Alles glich - in scharfem Kontrast zu einer betont gemäßigten österreichischen Haltung - einer krampfhaften Suche der Franzosen nach einem Kriegsvorwand. Vor diesem Hintergrund fühlte sich Franz II. als angegriffener Teil berechtigt, vor dem Tribunal der Weltöffentlichkeit in einer "cause commune à l'honneur et à la sûreté des gouvernements" die Indignation, vor allem aber auch die Unterstützung Europas für seine Sache zu reklamieren. Für die zu erwartenden Kriegsübel trug einzig Frankreich die Verantwortung.

Passagen in der Vorlage der Staatskanzlei, in denen in recht drastischen Worten die Impraktikabilität der französischen Verfassung, Anarchie, Gewalt, Unruhe, drohender Bankrott und Bürgerkrieg ausgebreitet worden waren, strich Franz II. ... gegen den scharfen Widerspruch des Fürsten Kaunitz. Für den Staatskanzler ging es in dieser wichtigen "Staatschrift" um mehr als nur darum, den "Ungrund" der Vorwürfe gegen Österreich zu beweisen. Um die Wiederaufnahme des im November 1791 abgeblasenen Konzerts zu rechtfertigen, bedurfte es nach Ansicht Kaunitz' der dramatischen Verschlechterung der innerfranzösischen Situation, und eben diese kräftig auszumalen hatte man sich im Konzept der Staatskanzlei eifrig bemüht. Schon Ende Mai 1792 war zudem klar, daß das geplante Konzert der Mächte sich nicht realisieren würde; so mußte auch eine gemeinsame Erklärung der Höfe ausbleiben, wenigstens die Hauptpunkte dieser Deklaration sollten aber zumindest in das österreichische Gegenmanifest übernommen werden, um den "allgemeinen Charakter" des Krieges auch vor dem Hintergrund einer auf Österreich und Preußen zusammengeschrumpften antifranzösischen Koalition nicht ganz zu verdecken.

Aus einem weiteren Grund waren heftige Schelten für die herrschende Partei in Paris nach der Argumentation Kaunitz' mehr als angebracht. Für die Zeit nach der bewaffneten Unterwerfung Frankreichs mußten die Dinge auf einen Stand zurückgeführt werden, "wodurch der Anarchie und den Gewalttätigkeiten der Volksklassen Schranken gesetzt würden". Andererseits durfte es keinesfalls zu einer Konterrevolution kommen, "welche die vorige Allgewalt des Königs und damit jenen gefährlichen Einfluß wieder herstellte, den Frankreich vorhin in ganz Europa behauptet hat und der immerwährend die Ruhe und das Ansehen des Erzhauses mehr als jeder andern Macht bedrohte". Deshalb hatte man ja auch offiziell die das französische Königtum gebührend fesselnde Konstitution von 1791 nie ganz verworfen und stets nur Feinabstimmungen in Erwägung gezogen. Wirklich impraktikabel war die Verfassung alleine, wenn sie widersinnig und willkürlich ausgelegt und exekutiert wurde und die monarchische Basis des Staates in der Realität nicht gewahrt blieb. Eben deswegen schien es notwendig, die ganze Verantwortung jener Partei aufzuladen, die für diese "verkehrte Ausübung" verantwortlich zeichnete und nun auch in der innerfranzösischen Diskussion - jedenfalls nach Kaunitz'scher Interpretation - ins Trudeln geriet: den Jakobinern, mit deren Sturz angeblich inner balden gerechnet werden konnte. Ihre Nachfolge mußten dann wohl wieder die gemäßigten Kräfte antreten, und ihnen wollte man signalisieren, daß Wien immer noch zu seinen moderaten, nur auf Beendigung des gewaltsamen Zustandes abzielenden Gesinnungen stand. Außerdem: Zu einem Zeitpunkt, da Frankreich Europas Souveräne schmähte, auswärtige Untertanen zum Abfall und zur Gehorsamsverweigerung aufforderte, Propagandaschriften ausstreute und Soldaten zur Desertion anstiftete, war es sich auch Wien schuldig, das traurige Beispiel des französischen Staatsverfalls abschrek-

kend "mit lebhaften, im Grunde aber gewiß nicht übertriebenen Farben" darzustellen. Wiedereinmal vermochte sich Kaunitz aber gegen eine relativ geschlossene Opposition von König, Staatsreferendar und Konferenzministern nicht durchzusetzen¹³³).

Auch die Preußen hatten schließlich bis Ende Juni 1792 mit Zustimmung der Staatskanzlei ein gedrucktes Kriegsmanifest vorgelegt, das die Österreicher für durchaus "wohl verfaßt" erachteten. Mit Bedauern griff Preußen zu den Waffen, hieß es hier. Frankreich selbst ließ aber keine andere Wahl: die Kränkung der immer noch auf billige Entschädigung wartenden Reichsstände in ihren elsäß-lothringischen Gerichtsamen, die bewußte Zerstörung der überkommenen "subordination sociale", "ce funeste esprit d'insubordination générale", der die natürliche Bindung zwischen Untertan und gerechtem Fürsten auflöste, die Verbreitung von Zügellosigkeit und Unordnung, die Beleidigung der ausländischen Souveräne in Wort und Schrift, die Kriegserklärung gegen Österreich - gefolgt von einem Angriff auf Belgien und das Fürstbistum Basel, zwei Glieder des Reiches - riefen Friedrich Wilhelm II. als verantwortungsvollen, um die Wahrung der "foi des traités" besorgten europäischen Monarchen, als Verbündeten Österreichs und als mächtigen Reichsstand auf den Plan. Eben die reichspolitische Komponente wurde in der preußischen Denkschrift wohl nicht ganz von ungefähr besonders betont: Preußen löste durch seinen Kriegseintritt an der Seite Österreichs sein im Januar 1792 gegebenes Versprechen ein, jeden Angriff auf Reichsgebiet als faktische Kriegserklärung zu betrachten. Gewiß nach österreichischem Vorbild bemühte sich auch das Berliner Kabinett zwischen dem gesunden (gemäßigten) und zahlreicheren Teil der französischen Nation, der die Rückkehr zu geordneten Zuständen wünschte und daher die alliierten Heere als Befreier begrüßen mußte, und der herrschenden Partei zu scheiden, die allein die Exzesse zu verantworten hatte¹³⁴).

Die Mobilisierung der Kräfte

Die Haltung der Preußen, ihre Widerstände gegen eine Rückenstärkung der österreichischen Belgienarmee durch Truppen aus Westfalen und ihr Mißtrauen gegen die aufrichtige Bereitschaft Wiens, in Frankreich endlich reinen Tisch zu machen, hatten in der österreichischen Hauptstadt Ende April 1792 bekanntlich für einigen Mißmut gesorgt. Offensichtlich gab es in Berlin immer noch einflußreiche Kreise, die es sich zum Ziel gesetzt hatten, "die so sehr erwünschte wahre Harmonie zwischen beiden Höfen" auch weiterhin zu stören. Die Staatskanzlei verwies - gleichsam zum Beweis der österreichischen Ernsthaftigkeit - auf die eigenen Rüstungen alleine für den Breisgau. Hier standen schon Ende April 1792 über 11.000 Mann, bis Ende Juni 1792 würden weitere 15.000 Mann eintreffen und schließlich zu Anfang August 1792 insgesamt 51.000 Mann einsatzbereit in Vorderösterreich stehen. Ob die bislang untätigen Preußen damit noch Schritt halten konnten, schien mehr als fraglich.

¹³³) Vortrag Kaunitz (19. 5. 1792), Franz II. an Kaunitz (24. 5. 1792), Vortrag Kaunitz (27. 5. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 59-62) u. dto. (30. 5. 1792); StK Vorträge 150 Konv. 1792 V; die jeweils beiliegenden - korrigierten u. verbesserten - Entwürfe der "Contre-déclaration" sind z. T. nicht richtig zugeordnet. Spielmann an die Konferenzminister (17. 5. 1792), an Franz II. (Ofen, 5. 6. 1792); SA Frkr. Varia 46 Konv. Frkr. Varia 1792 I-V, dort auch (Konv. 1792 VI-XII) eine stark überarbeitete Fassung der "Contre-déclaration". Die frz. "Contre-déclaration de la cour de Vienne au sujet de l'agression de la France" ist bei Vivenot 1, S. 470-474, abgedr., die deutsche Fassung ("Gegen-Erklärung des Wiener Hofes über den von Seite Frankreichs erfolgten feindlichen Angriff", Wien 1792) erschien beim Hofbuchdrucker Joseph von Kurzbeck. Wiener Zeitung No. 55 u. 56, 11. bzw. 14. 7. 1792. Zirkular der Staatskanzlei (5. 7. 1792; z.B. an Mercy SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Mercy 1792; Druck: Vivenot 2, S. 470 Anm.). Das VorlageK in StK Interiora Circularien u. Notificationen 7. Graf Zinzendorf berichtet in seinem Tagebuch Anfang Mai 1792 davon, daß besonders Oberstkämmerer Fürst Rosenberg Franz II. zu einem energischen Kriegskurs drängte: KA NL Zinzendorf TB 37 (9. 5. 1792). - Eine sehr engagierte anti-revolutionäre Kampfschrift, betitelt mit "Provocation de l'Empereur aux électeurs, princes, vassaux, sujets et peuples de l'Empire d'Allemagne, à ceux de ses royaumes de Hongrie, de Bohême, de tous les autres états et provinces de sa maison ainsi qu'à tous les princes et peuples de l'Europe" ([5. 7. 1792?]; SA Frkr. Varia 46 Konv. Frkr. Varia 1792 VI-XII), ist nicht recht einzuordnen. In ihr versucht der anonyme Autor den anstehenden Krieg mit Frankreich als eine "guerre inouïe et sans exemple" darzustellen, als einen Kampf auf Leben und Tod zwischen Bestehendem und Neuem.

¹³⁴) Vortrag Kaunitz (4. 7. 1792; StK Vorträge 151 Konv. 1792 VII) mit "Exposé succinct des raisons qui ont déterminé Sa Majesté le roi de Prusse à prendre les armes contre la France" (Berlin, 26. 6. 1792), im Ms. u.a. auch in StK DK Preußen 71 Konv. Promemorien d. preuß. Gesandtschaft, im Druck in SA Frkr. DS 9, Dreyer an Kaunitz (21. 7. 1792; StK DK Preußen 70 Konv. Relationen aus Berlin 1792 Juli-Dezember). - Zu den österr. u. preuß. Manifesten vgl. auch Heidrich, S. 127-136. Das preuß. Exposé wurde erst Ende Juli 1792 einer breiteren Öffentlichkeit und dem preuß. diplomatischen Dienst zugänglich gemacht.

Nicht weniger unsicher war wie bekannt die Haltung der Zarin. Schon jetzt galt es daher mit dem Fall zu kalkulieren, daß sich die Zarin im Westen sehr zurückhielt und die beiden alleingelassenen Alliierten Österreich und Preußen folgerichtig von ihrem ursprünglichen Plan abrücken mußten. Die Frage einer gesamteuropäischen Interessen- und Aktionsgemeinschaft trat nach der französischen Kriegserklärung in den Hintergrund und konnte jetzt ohnedies nicht mehr *conditio sine qua non* sein. Österreich und Preußen hatten sich schon viel zu sehr für das bedrohte Reich exponiert, bereits zu viel Geld ausgegeben, um jetzt noch einen honorablen Rückzug wagen zu können, und jede Verzögerung der Operationen vermehrte nur unnötig den gigantischen Kostenaufwand. Wien war daher nach Beschluß der Konferenz von Ende April 1792 fest entschlossen, sofern man auf Preußen zählen konnten, die Armee in den Niederlanden (im Mai 1792 ca. 56.000 Mann) und die in den Vorlanden zu konzentrierenden Truppen von etwa 50.000 Mann auch dann für die Aktion gegen Frankreich zur Verfügung zu stellen, wenn Rußland aus dem Unternehmen ausscherete und sich auch sonst kein Verbündeter fand. Schon bald nach Aussendung der Einladungsschreiben zum Konzert der Mächte Ende April 1792 war also die realistische Wunschliste der Staatskanzlei dramatisch geschrumpft: Betreiben wollte man nur noch die Bildung einer Assoziation der vorderen Reichskreise und - nach der Kaiserwahl - die allgemeine Reichshilfe. Berlin sollte London wenigstens zu vollständiger Neutralität verpflichten, Sardinien durch österreichische Truppenhilfe aus der Lombardei gestärkt werden, soweit es "die strenge Erforderniss der eigenen innerlichen Landessicherheit und Polizei" gestattete.

Noch bis weit in den Mai 1792 blieb die Abstellung preußischer Truppen für die Österreichischen Niederlande ein wesentliches Anliegen der österreichischen Diplomatie in Berlin. Die preußische Abneigung gegen die Erfüllung dieser unschuldigen Bitte um interimistische Hilfe verschlimmerte in der Sicht der gereizten Staatskanzlei die Widersetzlichkeit der Belgier, die das Ausbleiben des wiederholt geforderten Freundschaftsdienstes natürlich als Beweis für die Fortdauer alter Animositäten zwischen Wien und Berlin werteten. Eine Ruhigstellung Belgiens war auch für den weiteren Verlauf der Operationen gegen Frankreich essentiell, denn nur unter dieser Voraussetzung konnten Einheiten der österreichischen Belgienarmee für den Feldzug gegen die Revolution abgegeben werden. Angesichts anhaltender preußischer Widerwilligkeit mußte König Franz schließlich ursprünglich zur österreichischen Hauptarmee bestimmte Truppenkörper nach Belgien umdirigieren.

In der Mission Benoist und dem eigenartigen Vorbringen des Emissärs (vgl. oben) sahen die Wiener Verantwortlichen einen Ausfluß angeblicher Pariser Angst- und Untergangsstimmung eine Bestätigung ihrer Frankreichpolitik, die man mit den Wünschen der Mehrheit der Nation im Einklang glaubte. Um so nötiger schien es daher, die Brüder des Königs und "ihren rasenden Anhang" aus dem Spiel zu lassen und ihnen die Möglichkeit zu nehmen, blinde Rache zu üben und damit letztlich eine Koalition aller verfeindeten Parteien zu bewirken. Noch aber war die Herzenssache der Preußen ohne wirkliche Lösung geblieben: die Frage der Entschädigung. Wien stellte mehrere Optionen zur Auswahl, die Entscheidung wollte man gerne dem preußischen König überlassen und sich selbst tunlichst zurückhalten; immerhin: die französische Kriegserklärung hatte gerade auch für diesen Punkt "Rechte und Aussichten" der Alliierten deutlich vergrößert. 1. beide Herrscher verzichteten großmütig auf Entschädigung und trugen diese zum Wohl der vielbeschworenen "cause commune" selbst. 2. Man begnügte sich nach getaner Arbeit mit einem Versprechen von König und Nation, die Unkosten in Raten zu refundieren. 3. Man besetzte Landstriche als Unterpfand, das man aber nicht behält und nach Begleichung der Schuld zurückstellt. 4. Die Verbündeten decken die Unkosten durch wirkliche Eroberung und Besetzung, die in *tali et quanto* natürlich ausgewogen sein mußten - eine Lösung, die der Staatskanzlei am wenigsten behagte, aber bei völliger Harmonie zwischen den Bündnispartnern notfalls auch zu realisieren war¹³⁵).

Ende April 1792 hatte sich FZM Hohenlohe weisungsgemäß von Prag aus mit dem Herzog von Braunschweig in Verbindung gesetzt, um ein Treffen zur Besprechung weiterer militärischer Fragen zu verabreden. Am 12. Mai 1792 traf der österreichische General in Potsdam ein und wurde gleich zur Tafel nach Sanssouci geführt. Am Nachmittag fand schließlich die Militärkonferenz statt, bei der die preußische Seite durch den König, den Herzog von Braunschweig, Kabinettsminister von der Schulenburg, Bischoffwerder und Generaladjutant Oberst von Manstein vertreten war. Hohenlohe selbst - einziger Repräsentant Österreichs - bekannte sich als Gegner des Offensivplanes. Auch nach Abschluß der Truppenkonzentra-

¹³⁵) Kaunitz an Mercy (2. 5. 1792), an Reuß (2., 4., 16. u. 19. 5. 1792; StK DK Preußen 71 Konv. 1792 Rescripte nach Berlin; Druck: Vivenot 2, S. 18-23, 51f [falsch datiert 21. 5. 1792], 23-25, 41-43, 47f).

tionen an den vorgesehenen Sammelpunkten hielt er es für besser, sich defensiv zu halten, nichts aufs Spiel zu setzen und nur besonders günstige Gelegenheiten zu nützen. Dennoch blieb es weitgehend bei dem Offensivplan Braunschweigs: die preußische Hauptarmee sollte entlang der Mosel vorstoßen, die österreichische Armee aber nicht weit davon entfernt operieren, damit man sich im Ernstfall gegenseitig beistehen konnte. Der ursprünglich geplante Vorstoß über den Rhein bei Basel wurde daher fallengelassen. Statt dessen hatten die Österreicher den Rhein bei Mannheim zu überschreiten. Den Emigranten war es nun vorbehalten, nach Versammlung auf speyerischem Territorium zwischen Bruchsal, Philippsburg und Rothenburg bei Basel über den Rhein zu gehen und - eventuell gemeinsam mit den Schweizern, mit denen man auch in der Staatskanzlei noch rechnete - eine Diversion zu versuchen; ein Zugeständnis, das die gesamte bisherige Emigrantenpolitik über den Haufen warf und wegen befürchteter überhitzter Reaktionen auch erst sehr viel später bekannt gemacht werden sollte. Einstweilen erhielten die Emigranten in der Person ihres Vertreters am preußischen Königshof, Baron Roll, lediglich Weisung, Koblenz und Umgehend bis Mitte Juli 1792 möglichst unauffällig zu räumen.

Feldmarschall Lacy, der die Ergebnisse der Militärkonferenz Ende Mai 1792 in Wien begutachtete, zeigte sich angesichts der Oberflächlichkeit der Gespräche einigermaßen überrascht. Ihm jedenfalls, so ironisierte der große österreichische Militärreformer der mariateresianisch-josephinischen Zeit blieben Sinn und Ziel der ganzen Unternehmung ein Rätsel. Deshalb beschränkte er sich auch darauf, die Sinnhaftigkeit einer Teilnahme der französischen Emigranten an den geplanten Operationen vehement in Zweifel zu ziehen. Erst durch die Einbeziehung der Prinzen und ihres Anhangs entstand vielleicht in Frankreich das, was man bisher immer hatte vermeiden wollen: eine geschlossene Front der Ablehnung, die auch die Operationen der Alliierten akut gefährdete. blieb es aber trotz aller Bedenken bei der Einbindung der Emigranten, so mußten diese wenigstens nicht abgesondert, sondern aufgeteilt auf die alliierten Heeresgruppen eingesetzt werden, um unerwünschte Ausritte tunlichst zu unterbinden¹³⁶).

Gerade nach Kriegsausbruch hatten die Emigranten unter Monsieur und Artois natürlich nicht stillgehalten, sondern - ihre entscheidende Chance witternd - neue Offensiven gestartet, nicht zuletzt in Belgien, wo Calonne Anfang Mai 1792 zu bedenken gab, daß die Kriegserklärung exzessive Rücksichtnahme Österreichs in der Emigrantenfrage doch wohl überflüssig machte. Auch wenn Graf Metternich endlich im Mai 1792 den vielumstrittenen Garantieakt für die Aufnahme von Krediten durch die Emigranten bei holländischen Bankhäusern ausstellte, so ließ er doch andererseits keinen Zweifel daran, daß sich bis zum Eintreffen neuer Weisungen aus Wien an der österreichischen Haltung gegenüber den Emigranten und ihrer Rolle im Rahmen der "französischen Frage" nicht wirklich etwas geändert hatte. Die Prinzen mußten die Bildung der alliierten Operationsarmeen abwarten und sehen, welche Rolle ihnen am Ende zugebilligt würde¹³⁷).

Gerade in Wien hatte sich aber ungeachtet der französischen Kriegserklärung zunächst im wesentlichen keine Verschiebung in der österreichischen Haltung zur Emigrantenfrage abgezeichnet. Noch Anfang Mai 1792 schärfte Staatskanzler Kaunitz dem österreichischen Gesandten in Trier ein weiteres Mal ein, daß

¹³⁶) Hohenlohe an Franz II. (25. 4., 5., 13., 27. 5. 1792), Franz II. an FZM Hohenlohe (29. 4., 30. 5. 1792), Protokoll der "Militärkonferenz" von Potsdam (12. 5. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 38-40), Antwort des Hzgs von Braunschweig für Baron de Roll (o.D.): SA Frkr. Varia 47 Konv. Plan des Feldzugs gegen Frankreich. Reuß an Kaunitz (15. 5. 1792; StK Preußen DK 70 Konv. Relationen aus Berlin 1792 Januar-Juni). Note Lacys (21. 5. 1792; KA NL Lacy 11 Konv. X/2). Die großflächigen Umgruppierungen der Emigranten, um den Preußen im Trierischen Platz zu machen, zogen natürlich auch habsburgisches Territorium, etwa die Grafschaft Falkenstein, in Mitleidenschaft und machten auch einmal mehr finanzielle Mithilfe der Österreicher nötig: Sumerau an Kaunitz (9. 7. 1792; StK Provinzen Vorderösterreich Berichte 1). Metternich an Kaunitz (25. 6. 1792; Belgien DD A Berichte 327); Laqueuille an Metternich (29. 5. 1792; Belgien DD B 1). - In seinen Memoiren (Bd. 2, S. 172-174) schrieb sich Bouillé - Ende Mai 1792 vom König von Preußen zu Besprechungen nach Magdeburg gerufen - das Verdienst zu, für eine Aufteilung der Emigrantentruppen auf die einzelnen österr.-preuß. Operationskorps geworben zu haben. Vgl. auch Bouillé, Souvenirs 2, S. 12-37, Ranke, Ursprung und Beginn, S. 220-235, zu den Kriegsvorbereitungen im größeren Kontext.

¹³⁷) Metternich an Kaunitz (8. 5. 1792); Calonne an Metternich (5. 5. 1792), Metternich an Calonne (10. 5. 1792); Belgien DD A Berichte 325. Laqueuille an Metternich (5., 17. 6. 1792), Metternich an Laqueuille (10., 20. 6. 1792); Belgien DD B 1. Polignac an Kaunitz (25. 6. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Kaunitz). Bis Ende Juni 1792 hatten die Emigranten immer noch erst ein Viertel der versprochenen Summen beheben können. Die Bankiers verlangten zusätzliche Garantien und Rückversicherungen der Hofburg. Zur zähen Bürgschaftsangelegenheit vgl. auch Presle, S. 87-93 et passim. Die Österreicher setzten sich erst dann wirklich in ernstzunehmendem Maße für die Flüssigmachung der Gelder ein, als die Ebbe in den Kassen der Emigranten diesen sogar die von Wien und Berlin verordnete Räumung ihrer Hochburgen zu verunmöglichen drohte und damit auch die Gefahr bestand, daß sie den anmarschierenden Preußen in ihren Sammelpunkten im Mosel-Rhein-Raum nicht Platz machen konnten (Ende Juni 1792). Die letzte Rate der 1-Millionen-Bürgschaft wurde erst nach September 1792 behoben.

eine Armierung der Emigranten nur im äußersten Notfall - also bei einem Angriff auf das Kurfürstentum - gestattet war. Nun hatte die Nationalversammlung allerdings die Kriegserklärung bewußt nur gegen den König von Böhmen und Ungarn gerichtet, so daß eine übereilte Bewaffnung der Emigranten in Trier immer noch als Provokation ausgelegt werden konnte und eine Überschreitung der Grenzen der Gastfreiheit leicht verheerende Folgen nach sich zog. Wie groß hier die Spielräume waren, mußte der Kurfürst von Trier selbst beurteilen; in der Staatskanzlei ließ man allerdings wenig Zweifel daran, daß man die königlichen Brüder und ihr Gefolge als letztlich ohnedies unzureichende Schutzwehr betrachtete und man gut beraten war, den geringen Nutzen mit der Gefahr, die Franzosen durch verdächtige Vorbereitungen regelrecht ins Land zu locken, sorgsam abzuwägen¹³⁸).

Die ersten Erfolge der österreichischen Waffen bei der Abwehr des französischen Invasionsversuchs von Ende April 1792 hatten Artois und Provence Anfang Mai 1792 zu einem neuerlichen Vorstoß in Wien bewogen. Nun nach der Kriegserklärung und dem Ausbruch der Kampfhandlungen wollten auch die Prinzen samt Anhang als Platzhalter des unfreien Königs und Vertreter des wahren Frankreich unbedingt in die anstehende Abrechnung mit der Revolution einbezogen werden, und zwar von Beginn an in der vordersten Frontlinie, wo sie sich gleichsam zwischen die irregeleiteten Franzosen und die alliierte Armee schieben konnten. So legitimierte man den Einsatz gegen Frankreich als primär innenpolitische "Polizeiaktion" und nahm der Intervention der Mächte die gefährliche Aura eines Eroberungs- und Aggressionskrieges von außen. Vorbereitend sollte den Emigranten daher ab sofort die Sammlung und Bewaffnung ihrer Verbände an den Grenzen zu Frankreich gestattet werden; in einem Krieg, dessen Hauptgrund sie nach eigenem Eingeständnis waren, wollten sie keinesfalls abseits stehen.

Gegen die philosophischen Spekulationen der neuen französischen Staatsordnung hielten die Brüder des Königs natürlich weiterhin die altehrwürdige Verfassung, die "antique constitution", hoch, zu der angeblich auch - eine wohl kaum erstzunehmende Einschätzung - der größere Teil der französischen Bevölkerung stand. Und eben dieser würde durch das Eingreifen des Auslandes und der Emigranten neue Energien erhalten. Von König Franz wünschte man sich daher den Erlaß eines Manifests, in dem er versprach, Ludwig XVI. wieder seine ganze Autorität nach den Grundgesetzen der französischen Monarchie verschaffen zu wollen. Zusätzlich sollte Artois und Provence die Veröffentlichung ihres programmatischen Mémoire gestattet werden. Denn den Prinzen und ihrem Vertreter in Wien, Duc de Polignac, der Mitte Mai 1792 in Wien die neue Offensive mit Verve vortrug und zunehmend versuchte, die hinderliche Staatskanzlei durch Schleichwege über Kabinettsminister Colloredo zu umgehen, schien es hoch an der Zeit, die wahren Gesinnungen der Emigranten öffentlich bekanntzumachen. Den Pariser "factieux" durfte nicht länger Gelegenheit gegeben werden, sich hinter dem König zu verschanzen und seine Brüder als rachedurstige Rebellen zu verteufeln; der Panikmache der Revolutionäre konnte einfach schon dadurch entgegengewirkt werden, daß man die "conduite sage et modérée" von Monsieur und Artois, ihre bewundernswerte "clémence" herausstrich und so Reue allmählich die Angstgefühle in weiten Teilen der Bevölkerung ablöste. Staatskanzler Kaunitz fand alleine schon die permanente Wiederholung laufend zurückgewiesener Ansinnen unverschämt, hatte aber Verständnis dafür, daß die Emigranten die Veröffentlichung ihres Mémoire so eifrig betrieben. Auch der kritische Fürst-Kanzler mußte eingestehen, daß es sich dabei um ein durchaus gelungenes Produkt Koblenzer Publizistik handelte. An der Ablehnung der Vorschläge änderte dies nichts, selbst wenn in der internen Diskussion die Einbindung der französischen Flüchtlinge und ihres Potentials jetzt viel weniger kritisch gesehen wurde: Auch weiterhin mußten die Emigranten das Eintreffen der Alliierten am Rhein abwarten, ehe von einer Wiederversammlung und -bewaffnung ernstlich die Rede sein konnte, von der Versetzung in die erste Linie ganz zu schweigen, denn dies unterstrich optisch die Führungsrolle der Emigranten und war gleichbedeutend mit der nicht minder bedenklichen Identifizierung Berlins und Wiens mit dem exzessiven Ziel einer "Totalrevolution". Daß die Emigranten in Frankreich natürlich nicht als Vertreter des "gesünderen Teils" der Nation galten, sondern vielmehr Gegenstand des allgemeinen Volkshasses waren, unterlag für Kaunitz, als er Franz II. den übereilten Einsatz von Emigrantenverbänden madig zu machen suchte, keinem Zweifel. Er teilte sichtlich die Vorbehalte Feldmarschall Lacys gegen die Beschlüsse der Potsdamer Militärkonferenz, soweit sie die Emigranten betrafen: Die Beschwerlichkeiten einer militärischen Zusammenarbeit mit einer Armee von

¹³⁸) Kaunitz an Westphalen (2., 9. 5. 1792; StK DK Reich Weisungen 252 Konv. Weisungen 1792/93).

über 10.000 Edelleuten, die daraus erwachsenden Unkosten standen mit den zu erwartenden Folgewirkungen - nämlich der Schaffung einer fast einheitlichen Front der innerfranzösischen Ablehnung - in keinem Verhältnis. Man würde sich gleichsam selbst die Hemmung der eigenen Absichten finanzieren.

Selbst den Druck des Mémoire, der ja eine indirekte Billigung der den Grundlagen des Konzerts schnurstracks entgegenlaufenden Anliegen der Emigranten würde bedeutet haben, verweigerte die Staatskanzlei. Der Autor - wohl Calonne - sollte mit seinem Elaborat auf jenen Zeitpunkt vertröstet werden, zu dem ein Manifest der königlichen Brüder zu erlassen war. In dieses konnten dann auch die Inhalte der Denkschrift Eingang finden. Wie dieses auszusehen hatte und unter welchen Konditionen eine Teilnahme der Emigranten möglich war, ließ sich erst nach Eintreffen der alliierten Heeresgruppen am Rhein schlüssig beurteilen. Der preußische Verbündete wurde noch Ende Mai 1792 über die Vorstöße der Emigranten und die diesbezüglichen österreichischen Bedenken informiert. Die von den Brüdern des Königs intendierte "absolute Vernichtung der neuen Constitution" und die Wiedererrichtung des Ancien Régime kamen nicht in Frage, ebensowenig das bei der Militärkonferenz in Potsdam vorgesehene selbständige Agieren der Prinzen und ihrer wohl schon auf 18-20.000 Mann angewachsenen Privatarmee bei Basel, zumal sich von den Schweizer Kantonen bald nicht mehr als strikteste Neutralität erwarten ließ¹³⁹).

Wesentlich interessanter erschien der Staatskanzlei die Übernahme en bloc desertierter französischer Truppenkörper, die man auch den Preußen schmackhaft zu machen trachtete. Im Mai 1792 hatten sich etwa drei französische Kavallerieregimenter zu den königlichen Brüdern abgesetzt, aber nur einen Teil der Regimentskassen in Sicherheit bringen können. In Koblenz verfügte man freilich nicht über ausreichende Geldmittel, um Löhnung und Verpflegung der Soldaten zu übernehmen, und wandte sich daher wieder einmal nach Wien. Die Staatskanzlei sah jetzt die Chance, wenigstens die brauchbarsten Verbände aus den Reihen der Emigranten - nämlich die militärisch organisierten Deserteure - zu zwei Drittel in österreichischen, zu einem Drittel in preußischen Sold zu übernehmen. Sie sollten, bis sie nach Beendigung der Strafexpedition gegen Frankreich wieder als Kern einer neuen, verlässlichen Armee in die Dienste des Allerchristlichsten Königs zurückkehrten und dann für die Stabilität der wiederhergestellten Ordnung sorgen, für den österreichischen Anteil auf Franz II. vereidigt, nach dem gewöhnlichen Armeestand entlohnt und auf die verschiedenen Heeresgruppen verteilt werden.

Koblenz lehnte die Übernahme der desertierten Einheiten durch die Alliierten Mitte Juni 1792 ab. Immerhin waren die Regimenter, so die königlichen Brüder, nur aus französischen Diensten geflüchtet, um sich dem wahren Frankreich jenseits des Rhein anzuschließen, nicht aber, um unter ausländische Fahnen zu treten. Ein Treueeid auf einen anderen Souverän kam daher nicht in Frage¹⁴⁰).

Wien beschritt aber in dieser Richtung auch andere Wege. Der französische Generalleutnant Hippolyte-Jean-René marquis de Toulangeon (1739-1804), Korpskommandant der französischen Rheinarmee, hatte sich im Frühjahr 1792 aus Frankreich abgesetzt und war mit geheimen Empfehlungen der Tuileries, Mercys und des ehemaligen Außenministers Montmorin nach Wien gekommen, wo er seine Dienste anbot. Toulangeon regte an, seine Verbindungen zu Truppenkörpern der Rheinarmee zur Förderung der dortigen Desertionsbewegung spielen zu lassen und die ankommenden Einheiten für die Österreicher im Breisgau zu organisieren. Ende Mai 1792 ging der französische Generalleutnant nach positiver Begutach-

¹³⁹) Monsieur/Artois an Franz II. (5. 5. 1792) mit einem Mémoire (6. 5. 1792); SA Frkr. HK 10 Konv. Provence/Artois-Franz II. Polignac an Colloredo (10. 5. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Colloredo); Vortrag Kaunitz (11. 5. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 V) mit Polignac an Kaunitz (8. 5. 1792) u. Kaunitz an Polignac (11. 5. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 36); Kaunitz an Ph. Cobenzl (18. 5. 1792; GK 406 Konv. A; Druck: Schlüter, Kaunitz, S. 60f); Vortrag Kaunitz (20. 5. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 V) mit Polignac an Kaunitz u. Note (16. 5. 1792; O in SA Frkr. Varia 46 Konv. Nachtrag); Polignac an Colloredo (17. 5. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Colloredo). Kaunitz an Polignac (24. 5. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Kaunitz-Polignac u. Nachträge; Druck: Vivenot 2, S. 56). Kaunitz an Reuß (22.-24. 5. 1792; StK DK Preußen 7; Konv. 1792 Rescripte nach Berlin; Druck: Vivenot 2, S. 52-55).

¹⁴⁰) Polignac an Kaunitz (22. 5. 1792), Kaunitz an Polignac (24. 5. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 56f); SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Kaunitz u. Kaunitz-Polignac. Monsieur/Artois an Franz II. (14. 6. 1792; SA Frkr. HK 10 Konv. Provence/Artois-Franz II.). - "Entwurf, auf was für eine Art und unter welchen Bedingungen die herübertretenden Franzosen in der allgemeinen Sache zur Mitwirkung könnten zugelassen und verwendet werden" (o.D.), Spielmann an Lacy (23. 5. 1792); SA Frkr. Varia 46 Konv. Frkr. Varia 1792 I-V, KA NL Lacy 11 Konv. X/2. Zu einer Übernahme der drei en bloc zu den Emigranten desertierten französischen Regimenter kam es schließlich erst nach der Katastrophe des Champagne-Feldzugs (mit Wirkung vom 1. 2. 1793).

tung seiner Vorschläge durch Feldmarschall Lacy nach Vorderösterreich - mit der Zusage, die französischen Deserteure selbst kommandieren zu dürfen. Außerdem erhielt er den Rang eines Feldmarschall-Leutnants¹⁴¹⁾.

Berlin war mit den österreichischen Einwänden in Sachen Emigranten durchaus einverstanden, bekannte sich nun plötzlich zu der prinzipiell wünschenswerten Ausschaltung der Emigranten aus der Lösung der Frankreichfrage. Nicht nur die königliche Familie in den Tuileries wollte ihre Befreiung keinesfalls den königlichen Brüdern danken; auch Österreich und Preußen hatten sich ja fest vorgenommen, nur das anzuerkennen, was der vollkommen freie König und die von ihm für rechtmäßig angesehenen Repräsentanten der Nation vereinbaren würden. Das preußische Kabinettsministerium fand aber auch Verdienstvolles an den Aktionen der Emigranten: ihnen war es ja hauptsächlich zu danken, daß sich nicht alle mit der Existenz des neuen Frankreich angefreundet oder resignativ abgefunden hatten, sie waren es gewesen, die stets zu Tätigkeit und Aktivität gemahnt hatten. Insoferne wollte man sich nicht jede Rücksichtnahme versagen¹⁴²⁾.

Klare Fronten

Als in Potsdam Mitte Mai 1792 die österreichisch-preußische Militärkonferenz zur Vorbereitung des Frankreichfeldzuges tagte, trafen im Auftrag des französischen Außenministeriums zwei neue, als Legationssekretäre getarnte französische Emissäre in Berlin ein, die Custine die Kriegserklärung der Nationalversammlung an Österreich überbrachten: ein gewisser Nicolas de Bays und Louis-Marc Rivals, der dann seit Ende Mai 1792 auch offiziell als Legationssekretär auftrat. De Bays war ganz konkret mit Sondierungsgesprächen mit Graf Hertzberg betraut und sollte so - alte Kontakte nutzend - den Kriegseintritt Preußens an der Seite Österreichs in letzter Minute verhindern. Wie schon Marie-Antoinette in ihrem Brief an Mercy Ende April 1792 angekündigt hatte: Die Zerschlagung der österreichisch-preußischen Koalition war und blieb ein ganz zentrales Anliegen im politischen System Dumouriez'. De Bays kam gegen den Widerstand Custines und auch Hertzbergs, der durch diese Mission natürlich peinlichst kompromittiert wurde, nicht weit und erhielt von allen Seiten das consilium abeundi. Custine selbst - seit der Kriegserklärung Frankreichs an Österreich völlig isoliert - wurde bekanntlich so wie Noailles in Wien solange in Berlin zurückgehalten, bis Nachricht von der sicheren Ankunft Blumendorfs und von der Goltz' aus Brüssel eintraf. Ende Mai 1792 gingen nach dem Schiffbruch der letzten Hoffnungen auf einen preußischen Absprung auch endlich die Abberufungsschreiben des Pariser Außenministeriums an Custine nach Berlin. Anfang Juni 1792 konnte der französische Diplomat um seine Pässe einkommen und abreisen. Die Zurücklassung eines Geschäftsträgers hatten sich die Preußen ausdrücklich verboten; das Archiv mußte in der spanischen Vertretung untergestellt werden¹⁴³⁾.

Bereits wenige Tage nach Bekanntwerden der Kriegserklärung in Wien Anfang Mai 1792 hatte die Staatskanzlei Botschafter Mercy in Brüssel Weisung erteilt, alle nötigen Einleitungen zur eiligen Abberufung Blumendorfs aus Paris direkt zu treffen, was auch umgehend geschah. Der Geschäftsträger hatte nach Kriegsausbruch seine Kontakte zum französischen Außenministerium, das sich mit ausgesuchter Höflichkeit um die problemlose Abreise Blumendorfs und seines preußischen Kollegen bemühte und sich über die harte Behandlung des französischen Botschafters in Wien um so irritierter zeigte, eingestellt und erschien auch nicht mehr bei Hof. Die Schreckensszenen nach dem fehlgeschlagenen ersten Invasionsversuch der Franzosen in Belgien, die Ermordung General Dillons durch meuternde Soldaten und die Lynch-

¹⁴¹⁾ Vortrag Cobenzl (13. 5. 1792) mit Mémoire Toulongeons (o.D.), Cobenzl an Franz II. (25. 5. 1792), Lacy an Franz II. (30. 5. 1792); StK Vorträge 150 Konv. 1792 V. Franz II. an Lacy (30. 5. 1792; SA Frkr. Varia 47 Konv. Aktenstücke betr. Toulongeons). Franz II. an FM Lacy (18. 5. 1792; KA Kabinettskanzlei HBP 105). Kaunitz an Mercy (31. 5. 1792; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Mercy 1792). - Über Toulongeons Biographie - er war Abgeordneter zur Constituante gewesen - unterrichten Lemay 2, S. 893-895, Six 2, S. 504.

¹⁴²⁾ Reuß an Kaunitz (4. 6. 1792; StK DK Preußen 70 Konv. Relationen aus Berlin 1792 Januar-Juni) mit Beilagen zur preußischen Emigrantenpolitik.

¹⁴³⁾ Reuß an Kaunitz (15., 19. 5., 9. 6. 1792); StK DK Preußen 70 Konv. Relationen aus Berlin 1792 Januar-Juni. Die Korrespondenz des Außenministeriums mit den beiden "Legationssekretären" De Bays und Rivals in AMAE CP Prusse 213 (April/Mai 1792). Die Instruktion für de Bays (22. 4. 1792) in AN D XXIII/1 d. CP Prusse, ebd. die Abberufungsschreiben für Custine (25. 5. 1792). Custine an Dumouriez (13., 15., 18., 22. 5., 2. u. 9. 6. 1792; AN AF III 76 d. 313). - Krauel, Hertzberg, S. 87f.

justiz an einigen österreichischen Gefangenen in Lille verhiessen zwar nichts Gutes; trotzdem verlief die gemeinsame Rückreise Blumendorfs und von der Goltz' über Senlis, Compiègne, Noyon, Cambrai und Valenciennes nach Brüssel, wo man am 25. Mai 1792 wohlbehalten eintraf, völlig problemlos. Die meisten Wertsachen und ein Großteil der Botschaftspapiere hatten allerdings in Paris - zum Teil in der venetianischen Botschaft deponiert - zurückbleiben müssen. Ihnen sollte schließlich ebenso wie den in Paris ausharrenden Privatangestellten in den Stürmen der Revolution noch ein unangenehmes Schicksal beschieden sein. In einem letzten inoffiziellen Gespräch mit Außenminister Dumouriez hatte dieser selbst Blumendorf einen Verdacht bestätigt, der dem politischen Kalkül der Österreicher wohl behagte, alte Vorurteile bestätigte: Anarchie und Chaos waren durch die Nichtachtung der konstituierten Gewalten selbst nach dem Geständnis des Außenministers derart angewachsen, daß die Lage allmählich aber sicher unhaltbar wurde. Wenn selbst jene, die wie der Außenminister ihren Aufstieg der Revolution dankten, derart negativ bilanzierten, dann konnte der tatsächliche Zusammenbruch nicht mehr weit sein. Mit der Abreise Blumendorfs aus Paris war natürlich auch ein in jeder Hinsicht wichtiger Nachrichtenknotenpunkt weggefallen, der sich durch die geheimen Berichte Pellencs und die verstärkte Abonnierung wichtiger, den Pariser "esprit du jour" getreu wiedergebender französischer Tageszeitungen nur z. T. ersetzen ließ¹⁴⁴).

Die vorzügliche Behandlung Blumendorfs hob sich sehr zum Kummer der österreichischen Diplomatie recht deutlich vom Schicksal des Ende April 1792 in Brüssel eingetroffenen neuen französischen Vertrauensmannes in Belgien, Ruelle, ab. Seit langem vorliegende Verdachtsmomente hatten das Generalgouvernement schließlich zur Unzeit zu einem energischen Schlag gegen den Unruhestifter bestimmt. In der Nacht vom 22. auf den 23. Mai 1792 stürzte die Polizei das Wohnhaus Ruelles in Brüssel, traf ihn aber nicht an; seine Papiere wurden beschlagnahmt. Am Abend stellte sich der Gesuchte den Behörden; erst nach einigen Tagen Haft kam Ruelle durch die Vorstellungen de la Gravières, der ihn offiziell als französischen Legationssekretär reklamierte, wieder frei - jedoch unter der Auflage, das Land umgehend zu verlassen. Unter österreichischer Eskorte wurde Ruelle an die Grenze gebracht. Auch de la Gravière erhielt schließlich Ende Mai 1792 die schon viel älteren Abberufungsschreiben zugestellt und traf Anfang Juni 1792 in Valenciennes ein. Der von den Österreichern als klug und vorsichtig geschätzte Diplomat konnte der habsburgischen Herrschaft in den belgischen Provinzen zum Abschluß nur eine traurige Zukunftsprognose stellen: "Tous ont une haine invétérée contre le gouvernement autrichien et contre la personne de Madame l'archiduchesse. C'est l'effet naturel des fautes du gouvernement".¹⁴⁵)

Immerhin befreite die sichere Ankunft Blumendorfs in Brüssel den französischen Botschafter in Wien aus seiner Geiselhaft. Alle Beschwerden Noailles' bei der Staatskanzlei waren bisher fruchtlos geblieben. Noailles und der Sonderbeauftragte Maison verließen das Palais in der Johannesgasse nur mehr, um Luft zu schnappen. Erst am 5. Juni 1792, als beruhigende Mitteilungen aus Brüssel eingelaufen waren, erhielt das Personal der französischen Botschaft seine Pässe. Im Morgengrauen des 6. brachen Noailles und Maison Richtung Heimat auf.

Kaum in Paris angekommen legte Noailles Mitte Juni 1792 Bericht über die letzten Jahre seiner Tätigkeit in der österreichischen Hauptstadt. Eine bittere Abrechnung mit der österreichischen Allianz von 1756 und ihrem Architekten Fürst Kaunitz entstand. "La cour de Vienne n'a jamais été sincèrement attachée à la France; elle l'a toujours regardée, au contraire, comme le seul obstacle qu'elle rencontrait partout et surtout dans l'Empire. Son penchant véritable a été pour l'Angleterre, allié utile et nullement à craindre pour l'Autriche, puissance purement continentale et militaire". Die Vorteile des Bündnisses lagen, so dis-

¹⁴⁴) Kaunitz an Mercy (2. 5. 1792), Mercy an Kaunitz (16. 5. 1792). Blumendorf an Mercy (5., 13., 15., 20. 5. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Blumendorf-Mercy 1792; Druck: Hubert, S. 163-179), an Kaunitz (10., 23. 5. 1792; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1792). Blumendorf an Dumouriez (17., 23. 5. 1792); AMAE CP Autriche 363. Der Bericht über die Rückreise: Blumendorf an Kaunitz (Brüssel, 29. 5. 1792; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1792). Von der Goltz blieb noch bis Mitte Juni 1792 in Brüssel, ehe er aus Berlin Befehl zur Abreise erhielt: Flammermont, Correspondances, S. 137f. Metternich an Kaunitz (27. 5. 1792; Belgien DD A 325). Mercy an Kaunitz (30. 5., 3. 6. 1792; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1792 V-XII); Kaunitz an Mercy (5. 7. 1792; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Mercy 1792). - Gerhard Wolf, Quelques remarques concernant la politique étrangère de Vienne, de Paris et de la faction Dupont-Lameth après le 20 avril 1792. In: AHRF 64 (1992) 223-233.

¹⁴⁵) Metternich an Kaunitz (29. 5., 2., 6. 6. 1792; Belgien DD A 325 u. 327) mit Beilagen. Lagravière an Dumouriez (23., 24., 25., 26., 27., 28., 30., 31. 5., 3. 6. 1792), Ruelle an Lagravière (23. 5. 1792), Dumouriez an Lagravière u. Ruelle (26./28. 5. 1792); AMAE CP Pays-Bas espagnols/autrichiens 183. AN F 7 4390/2 d. 15. - Zeissberg 2, S. 64ff.

sertierte der Botschafter, stets eindeutig auf österreichischer Seite, wo man dennoch die Allianz nur als Deckmantel begriff, unter dem man alte Absichten ungestraft ohne Rücksicht auf Frankreich weiter zu verfolgen hoffte. Daß es Wien nur um eine einseitige Instrumentalisierung und Ausbeutung zu tun war, zeigte sich für Noailles mit dem machtpolitischen Verfall Frankreichs nach 1789. Nicht Leopold II. aber galt Botschafter Noailles als für den Bruch verantwortlich; hätte dieser Monarch, der stets abschliff und mildernd eingriff, länger regiert, so wäre es vielleicht nicht zum Krieg gekommen. Vielmehr schien dem Botschafter ausgerechnet der immer mehr an den Rand des Entscheidungsprozesses gedrängte Staatskanzler als böser Geist des erst 24jährigen und unerfahrenen Franz II. Tief gekränkt über den üblen Leumund, den sein diplomatisches Meisterstück, der "système de 1756", in Frankreich seit langem hatte, wollte Fürst Kaunitz - so die Hypothese Noailles' - sein Lebenswerk offensichtlich lieber mit einem aufsehenerregenden Knalleffekt zerplatzen als still und unrühmlich verfallen sehen. Und die Bilanz aus den letzten Amtsjahren des französischen Botschafters in Wien: "Elle [der Wiener Hof] se servoit de nous en 1788, elle nous abandonna en 1789, nous regarda comme dans un état de nullité en 1790 et se tourna contre nous en 1791"¹⁴⁶).

Verpaßte Gelegenheiten

Als Kaunitz im Rahmen der Diskussionen um das österreichische Gegenmanifest Ende Mai 1792 auf die Krise der französischen Jakobiner verwiesen und ihren baldigen Sturz zugunsten gemäßigter Kräfte prophezeit hatte, gründete er diesen Verdacht wohl nicht nur auf Meldungen aus der Pariser Gerücheküche. Mitte Mai 1792 war nämlich mit Abbé Lambinet, einem Ex-Jesuiten, der als Erzieher höherer Söhne längere Zeit in der belgischen Hauptstadt gelebt hatte, ein Abgesandter des Kommandeurs der französischen Zentrumsarmee, Lafayette, in Brüssel vorstellig geworden und hatte von einer erstaunlichen Entwicklung berichtet. In Gesprächen mit Crumppien, dem Staats- und Kriegssekretär Feltz und schließlich auch mit Botschafter Mercy enthüllte der Sendling die feste Entschlossenheit Lafayettes und seines Kollegen von der Nordarmee, Rochambeau, gegen Paris zu marschieren, die Jakobiner zu vernichten und die "autorité royale" nach den Vorgaben der Verfassung von 1791 wiederherzustellen. Die Emigranten sollten zurückgerufen werden und ihren Besitz wiedererhalten. Der Adel würde - ohne die alten Prärogativen - retabliert, Klerus und Parlements blieben, ging es nach dem Programm Lafayettes, entmachteter. Die Nationalgarden sollten verschwinden. Voraussetzung für die Realisierung dieses Putschplanes waren jedoch in jedem Fall Garantieerklärungen der Österreicher zur französischen Konstitution von 1791 und die Zusage, sich nicht in französische Interna einzumengen. Auf dieser Grundlage konnten dann leicht ein Waffenstillstand vereinbart und die Kräfte der beiden französischen Heeresgruppen im Nordosten gegen Paris undirigiert werden.

Botschafter Mercy begegnete dem ungewöhnlichen Ansinnen mit bewährter Kühle und wich aus: Nach der feierlichen Kriegserklärung Frankreichs an Österreich könne sich der Apostolische König nicht so einfach aus jenen Verpflichtungen verabschieden, die er gegenüber seinem preußischen Verbündeten eingegangen war, und müsse in engstem Einvernehmen mit diesem handeln. Und was die Position der Österreicher zur französischen Frage im allgemeinen betraf, so glaubte man diese in den letzten Noten und Memoranden hinreichend erläutert. Mercy und Metternich stimmten bei der Einschätzung der Mission in ihrer großen Skepsis überein. Vielleicht war man im Hauptquartier Lafayettes nur verzweifelt angesichts des verheerenden Zustandes der französischen Armee, oder aber man wollte im Sinne des Du-

¹⁴⁶) Noailles an Cobenzl (17. 5. 1792; SA Frkr. NW 14 Konv. V. d. frz. Botschaft/von Noailles). - Maison an Dumouriez (9., 16., 21. 5., 11. 6. 1792), Dumouriez an Noailles (11. 5. 1792), Noailles an Dumouriez (12., 16., 19., 22., 30. 5., 5. 6. 1792); AMAE CP Autriche 363. Der weitere Notenwechsel zwischen frz. Botschaft u. Staatskanzlei in AMAE CP Autriche suppl. 24 u. in SA Frkr. NW 14 Konv. V. d. frz. Botschaft/von Noailles bzw. A. d. frz. Botschaft/von Noailles. Die direkte Weisung der Staatskanzlei an Blumendorf, Paris umgehend zu verlassen, erreichte den Geschäftsträger nicht mehr; das Schreiben wurde ihm vom frz. Außenministerium nach Brüssel nachgesandt: Kaunitz an Blumendorf (21. 5. 1792; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Blumendorf 1792 I-IX) mit Noailles an Kaunitz (19. 5. 1792) u. der Antwort der Staatskanzlei (21. 5. 1792), gedr. samt Beilagen bei Vivenot 2, S. 48-50. KA NL Zinzendorf TB 37 (6. 6. 1792). - Mémoire Noailles' über seine Karriere im diplomatischen Dienst (18. 6. 1792), Mémoire zur Botschafterzeit in Wien 1791/92 (18. 6. 1792); AMAE CP Autriche 363. Das zweite Mémoire ist bei Feuillet 5, S. 453-470, abgedr. Bitschreiben Noailles' aus dem Gefängnis (2 floréal an II [21. April 1794]); AMAE Personnel 1re série vol. 54.

mouriezischen Programms an einem weiteren Punkt Zwietracht zwischen Österreich und Preußen säen; möglicherweise trachtete man aber auch die Österreicher einzuschläfern, bis Frankreich zum nächsten großen Schlag gegen Belgien bereit war. Graf Metternich sah eben letzteres mit großer Sorge und wünschte einen entscheidenden Präventivstoß der österreichischen Belgien-Armee. Bisher war man in der Abwehr französischer Offensiven durchaus erfolgreich gewesen, erlitt man aber auch nur eine ernste Niederlage, so der bevollmächtigte Minister pessimistisch, dann würden Belgien und Lüttich sofort wieder in Flammen aufgehen, noch ehe die Verstärkungen eingetroffen wären.

Staatskanzler Kaunitz teilte die Bedenken der Verantwortlichen in Belgien. Auch seiner Meinung verdienten die Eröffnungen Lafayettes keinerlei Zutrauen. Eine Sanierung der innerfranzösischen Lage war erst dann zu erwarten, wenn die alliierten Armeen an Ort und Stelle zum Einsatz schritten und der Allerchristlichste König dadurch seine volle Freiheit wiedererlangte. Trotz allem erhielt Brüssel freilich Auftrag, im Falle weiterer französischer Sondierungen diese nicht brutal abzuweisen, auch den Vorschlag zu einem Waffenstillstand nicht abzulehnen, sondern durch entsprechend dilatorisches Verhalten die ganze Angelegenheit derart in die Länge zu ziehen, bis die alliierten Armeen am Rhein eingelangt waren. Auf französischer Seite, wo die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen an den Ostgrenzen Mitte Mai 1792 den Offensivplänen der Verantwortlichen in Paris nochmals eine energische Absage erteilten, hatte man die Äußerungen des österreichischen Gegenüber zuerst durchaus positiv gewertet, ehe zur Unzeit unternommene kleinere österreichische Offensiven gegen französische Vorposten das Klima vergifteten und Lambinet im Hauptquartier Lafayettes verdächtig machten¹⁴⁷).

Fürst Reuß in Berlin wurde umgehend zu einer Offenlegung der französischen "Anbiederungsversuche" instruiert. Auch das preußische Kabinettsministerium sah in den Zudringlichkeiten Lafayettes nur den plumpen Versuch, die bedrohliche Achse Berlin-Wien zu sprengen und das Eingreifen der Alliierten noch zu verzögern, um so vielleicht doch noch selbst eine innerfranzösische Lösung finden zu können. Dafür sprach auch, daß Paris in Zweibrücken nach Informationen des fürstlichen Ministers von Eisebeck Druck machte, gegen finanzielle Zuwendungen und großzügige Entschädigung im Elsaß an der Unterwanderung der österreichisch-preußischen Allianz mitzuwirken. Selbst der Einmarsch der Russen in Polen (vgl. unten) sorgte in Paris noch für ein letztes Hoffnungsschimmern: Würden die Preußen unter diesem Druck nicht umkehren und die Österreicher alleine zurücklassen?

Kabinettsminister von der Schulenburg plädierte engagiert dafür, keine Vorschläge der Franzosen anzuhören und sich in dem ursprünglichen Plan nicht irremachen zu lassen, den Revolutionären auf französischem Boden mit Waffengewalt die nötigen Gesetze vorzuschreiben, wozu man durch die Kriegserklärung der Nationalversammlung alles Recht der Welt hatte. Dabei war in Berlin der Widerstreit konträrer Ansichten zu den Ereignissen in Frankreich noch keineswegs beendet. Nicht nur Marquis de Bouillé fiel den Preußen lästig, indem er sich nun um eine Mission zu den Schweizer Kantonen bewarb und die vielleicht aus französischem Sold in die Eidgenossenschaft zurückkehrenden Regimenter zum Übertritt in alliierte Kriegsdienste bereden wollte. Auch und gerade im Inneren der preußischen Monarchie fehlte es offensichtlich nicht an Sympathisanten des neuen Frankreich. Selbst bei Hof. Franz Michael Leuchsenring (1746-1827), Lehrer des Kronprinzen, wurde als "Apostel der verderblichen französischen Philosophie" enttarnt und rasch außer Landes geschafft, und auch die Gräfin Elisabeth von Bielefeld, die für Leuchsen-

¹⁴⁷) Mercy an Kaunitz P.S. (16. 5. 1792; Druck: Zeissberg 2, S. 94f Anm. 1, Glagau, S. 318-320), Metternich an Reuß (17., 20. 5. 1792; Belgien DD A 325). Das Schreiben Metternichs an Reuß vom 17. 5. 1792 ist gedr. bei Glagau, S. 318f Anm. Kaunitz an Mercy (26. 5. 1792; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Mercy 1792; Druck: Vivenot 2, S. 58f). Metternich an Kaunitz (12. 6. 1792) mit Lambinet an Feltz (6. 6. 1792; Druck: Zeissberg 2, S. 96 Anm. 1, Glagau, S. 363f); Belgien DD A Berichte 327. - Zeissberg 2, S. 91-98, Krieg gegen die Französische Revolution 2, S. 30-44, Albert Mathiez, L'intrigue de Lafayette et des généraux au début de la guerre de 1792. In: Annales Révolutionnaires 13 (1921) 89-105, Michon, Dupont, S. 389f, Reinhard, Chute, S. 308ff, Gerhard Wolf, Les négociations secrètes des Feuillants: juin-juillet 1792. In: 111^e congrès national des sociétés savantes. Poitiers 1986. Section d'histoire moderne Bd. 1/2, S. 231-236, Jean-René Suratteau, Sur la "trahison" de Lafayette d'après une biographie récente. In: AHRF 67 (1995) 399-407. Lafayette selbst hat seine bei aller Gegnerschaft zu den "Jakobinern" auf die nationale Ehre bedachte Position klar von jener des Triumvirats abgesetzt, das an einer Einschüchterung Frankreichs durch das Ausland und einer "contre-révolution pure et simple" interessiert gewesen sei: Mémoires 1, S. 440f. Auf seine Geheimverhandlungen mit den Österreichern ging er dabei nicht ein. In Wahrheit hatte sich Lafayette natürlich durch den bevorstehenden Bruch mit der Gironde dem Triumvirat genähert. Zwei der drei Gebrüder Lameth erhielten höhere Kommanden in seiner Heeresgruppe.

ring entflamte erste Gouvernante der Prinzessin Auguste, mußte entfernt werden. Fürst Reuß witterte hinter den Bestrebungen dieser "profranzösischen" Hofkabale sogleich eine großangelegte Verschwörung gegen Bischoffwerder und seinen konservativen, österreichfreundlichen Kurs¹⁴⁸).

Auch seitens der Feuillants drohte eine weitere Erkundungsmission nach Brüssel, wie Marie-Antoinette in einem Brief von Ende Mai 1792, den sie noch dem abreisenden Blumendorf mit auf den Weg gab, ankündigte. Der Kreis um Duport und die Lameths hatte seinen Traum von einer Verfassungsrevision mit dem Ziel eines Zweikammersystems nach englischem Vorbild noch nicht aufgegeben. Auch jetzt ließ die Königin aber keinen Zweifel daran, daß das politische System der Feuillants von den Tuileries bei aller Schonung und taktischen Cajolierung scharf abgelehnt wurde. Die Versuche der Feuillants, über die Tuileries mit den Österreichern in Kontakt zu bleiben oder vermittels einer Geheimsprache in einer bestimmten Zeitung zu korrespondieren, torpedierte Marie-Antoinette nach Kräften.

Mercy lag sicher nicht allzu falsch, wenn er aus dem verwirrenden Dissimulationssystem der königlichen Familie jetzt endlich ein politisches Ziel heraussezierte, das den zur Intervention ansetzenden Mächten schwerlich behagen konnte: ein "rétablissement des choses sur l'ancien pied", wie es ja auch den Emigranten vorschwebte! Zwar wußte der Botschafter in Brüssel, daß die Feuillants zur Umsetzung ihrer politischen Vorstellungen längst viel zu schwach waren, aber eine innerfranzösische Ordnung nach ihrem Konzept mit einem nur mäßig starken König an der Staatsspitze entsprach ganz der österreichischen Konvention.

Auch der ehemalige Außenminister Montmorin hatte Blumendorf Post mit auf den Weg nach Brüssel gegeben: Die im Mai 1792 in besonderer Lebhaftigkeit aufbrechende Diskussion um die Existenz einer sinnig "Comité Autrichien" getauften konterrevolutionären Schaltzentrale mit Sitz in den Tuileries, in die Montmorin selbst in gefährlicher Weise verwickelt wurde, und die Konkurrenz Lafayettes und seiner Anhänger, die zugleich gegen die ausländische Intervention und die Factieux im Inneren Stellung bezogen, bestimmten die sorgenvollen Überlegungen des ehemaligen Außenministers. Nur ein eklatanter Schiffbruch gegenüber den alliierten Armeen konnte Lafayette als Galeonsfigur vieler "gens honnêtes" und mit ihm das "fantôme constitutionnel" ein für allemal zum Verschwinden bringen. Zentrales Anliegen Montmorins, der sich immer noch als Berater der königlichen Familie verstand, war aber jenes anti-revolutionäre Manifest, das sich auch in Paris viele - bisher umsonst - von den Österreichern erwarteten. Die wilden Debatten und Rechtsstreitigkeiten rund um den "Comité Autrichien" hatten natürlich besonders die umstrittene Königin im Visier, die nun in immer ernsterer Gefahr geriet, wirklich unter Anklage gestellt zu werden. Das Manifest sollte dieser bedenklichen Entwicklung durch verbalen Terror von außen gegensteuern: Anschläge auf die königliche Familie galt es mit blutiger Rache zu bedrohen. Erschien es, sobald die alliierten Armeen einsatzbereit vor Ort standen, brauchte man niemanden mehr zu schonen, und die royalistische Partei wuchs ohnedies in dem Maß, in dem Widerstand gegen sie und ihre ausländischen Protektoren zu gefährlich wurde, die Emigranten aber weiterhin im Abseits blieben¹⁴⁹).

Dies freilich schien jetzt vielerorts zweifelhaft. Offensichtlich waren die in der Potsdamer Militärkonferenz in Aussicht genommenen Zugeständnisse allmählich durchgesickert und hatten die Emigranten bis Anfang Juni 1792 wieder zu Höchstleistungen leichtfertigen Übermuts auflaufen lassen. Aus Brüssel wußte man mitzuteilen, daß die zugesagte Teilnahme der Emigranten am Kampf gegen Frankreich bereits allgemein verbreitet wurde. Für Mitte Juni 1792 war in Koblenz angeblich sogar eine Versammlung der emigrierten Pairs von Frankreich und geflohenen Parlamentsmitglieder angesetzt, bei der ein Regierungsplan entworfen und die Regentschaftsfrage geklärt werden sollte! Um so dringender warnte Mercy: Schlossen sich die Emigranten wirklich den alliierten Heeren an, so mußte mit einer Koalition aller innerfranzösischen Kräfte und in logischer Konsequenz mit einer Verlängerung und Verkomplizierung der

¹⁴⁸) Kaunitz an Reuß (26. 5. 1792; StK DK Preußen 71 Konv. 1792 Rescripte nach Berlin; Teildruck: Vivenot 2, S. 59). Reuß an Kaunitz (29. 5., 2. 6. 1792; StK DK Preußen 70 Konv. Relationen aus Berlin 1792 Januar-Juni). Hansen 2, S. 237f. Weiters Eisebeck an Schlick (15. 6. 1792; Druck: Hansen 2, S. 250f). - Chuquet I, S. 19. Walter Grab, *Revolutionärsfreunde in Preußen im Zeitalter der Französischen Revolution*. In: Otto Büsch/Monika Neugebauer-Wölk (Hrsg.), *Preußen und die revolutionäre Herausforderung seit 1789* (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 78; Berlin/New York 1991) 119-144, zur Causa Leuchsenring hes. S. 120f (mit weiterer Literatur).

¹⁴⁹) Mercy an Kaunitz (30. 5. 1792; Druck der entspr. Stelle: Glagau, S. 320f) mit Montmorin an Lamarck (22. 5. 1792; Druck: Bacourt 2, S. 363-366). Der Brief der Königin - irrig datiert 1. 8. 1791 (!) - gedr. bei Arneth, S. 194f. Das O in FA SB 71 d. A/Konv. 1791. Zur richtigen Datierung in den Mai 1792 vgl. Glagau, S. 320 Anm. 2. Mercy an Kaunitz (17. 6. 1792; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1792 V-XII; Teildruck: Glagau, S. 360 Anm. 1).

Operationen gerechnet werden. Nicht genug damit, daß die Emigranten überall, wo sie auftraten, Verwirrung und Unruhe stifteten, und daher auch im Laufe der Operationen nur lästig fallen konnten, sie vermochten auch der drohenden Entschädigung der kriegführenden Alliierten aus französischem Territorium nicht das Geringste abzugewinnen. Gleiches galt für Baron de Breteuil.

Die stürmische Entwicklung im Inneren Frankreichs verhielt letztlich nichts Gutes; selbst wenn die Franzosen durch allenthalben herrschenden Mangel zur Defensive gezwungen wurden, so blieb den Revolutionären doch eine Waffe, mit der sie den Vorstoß der Alliierten Richtung Paris zu einem Schlag ins Leere machen konnten: die Entführung der königlichen Familie in den Süden Frankreichs (etwa nach Bordeaux), wo man über stärkeren Rückhalt verfügte. In diesem Fall fehlte den Intervenienten jede weitere Möglichkeit, für die Sicherheit von König und Königin vorzusorgen. Auch Mercy unterstrich die Notwendigkeit eines Manifests: ein Jahrhundertstück in den Augen des Botschafters, an das er selbst Hand anlegte. Gemeinsam mit Comte de Lamarck sammelte er Material, um die Abläufe und die noch komplizierteren Zusammenhänge offenzulegen.

Auch Pellenc drängte aus Paris, die unruhige französische Hauptstadt in einer energischen Erklärung für die Sicherheit der königlichen Familie verantwortlich zu machen und so das vorläufige Ausbleiben der militärischen Hilfe einstweilen zu überbrücken. Wie für Mercy mußte es aber auch für den letzten Konfidenten in Paris über konkrete Primärziele hinaus zugleich "un des monuments les plus remarquables dans les fastes diplomatiques", ein antirevolutionärer Appell an die Nachwelt sein, der Frankreich dem allgemeinen Abscheu preisgeben und den bewaffneten Einsatz der Mächte als gesamteuropäische Mission rechtfertigen sollte¹⁵⁰).

Mittlerweile hatte sich in Paris das ereignet, was Pellenc noch im Mai und Juni 1792 als vitale Bedrohung für das politische Überleben des Königtums geschildert hatte: das Gironde-Kabinet stürzte nach einer schweren Kabinettskrise Mitte Juni 1792 über die unerwartet energische Übung des königlichen Vetorechts; damit verloren die Tuileries einen Schutzwall gegen immer lauter werdende Vorwürfe der Doppelzüngigkeit und des Verrats. Dumouriez vertauschte zunächst das Außen- mit dem Kriegsministerium, ehe er am 15. Juni 1792 auch hier seine Entlassung erhielt und als Generalleutnant zur Nordarmee zurückkehrte. Neuer Außenminister in dem unter dem Einfluß Duports und der Gebrüder Lameth gebildeten Feuillant-Kabinet wurde der französische Vertreter in Zweibrücken, Pierre-Paul de Mérode Baron de Naillac (1737-?). Dumouriez' Vertrauensmann im Außenamt, der "directeur général des affaires étrangères, Bonnecarrère, demissionierte trotz heftigster Anfeindungen erst im August 1792. Noch ehe Naillac seinen Posten angetreten hatte, wurde er am 16. Juni durch eine schillernde, den harten Anforderungen des Amtes aber nicht gewachsene Persönlichkeit ersetzt: Scipion-Charles-Auguste-Victor Marquis de Chambonas (1750-1830)¹⁵¹).

Die Dichotomie zwischen Regierung und der immer noch von den Girondisten beherrschten Nationalversammlung mußte nun erneut aufbrechen und die Last der Verantwortung für die keineswegs rosige Situation des Landes wieder ungebremst auf den König zurückfallen. Die schwachen, zwischen allen Stühlen sitzenden Feuillants und ihr bereits reichlich unrealistisches Projekt einer Verfassungsreform waren bei der Lage der Dinge - zumal bei anhaltender Konkurrenz zu Lafayette und seinem Kreis - schwerlich geeignet, die Entwicklung aufzuhalten.

So wie man in Brüssel Lafayette und seine Anhänger als potentielle Alliierte im Inneren Frankreichs nicht einmal entfernt in Erwägung zog, so vermochten Blumendorf und Mercy auch einigen vorsichtigen Fühlern Dumouriez' in seinen letzten Amtswochen im Juni 1792 nichts abzugewinnen. Der Außenmini-

¹⁵⁰) Mercy an Kaunitz (3., 10., 13. 6. 1792; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1792 V-XII) mit Pellenc an Lamarck (Ende Mai 1792; Druck: Glagau, S. 321-332), "Remarques sur l'état actuel du moment" (o.D.; Druck: Glagau, S. 333-336).

¹⁵¹) Chambonas war 1790-1791 Bürgermeister von Sens gewesen, wurde 1791 Maréchal de Camp und Ende März 1792 Kommandeur der 17. Militärdivision (Paris): Masson, S. 183-198, Goetz-Bernstein, S. 221-226, 228-238. In jüngerer Zeit entstand unverhältnismäßig viel biographisches Schrifttum zu dieser Persönlichkeit: Gerhard Wolf, Le marquis Scipion de Chambonas, ministre des affaires étrangères de Louis XVI (juin-juillet 1792). In: AHRF 57 (1985) 25-45, ders., Le dernier ministère feuillant et la politique étrangère du marquis Scipion de Chambonas. In: 110^e Congrès National des Sociétés savantes (Montpellier 1985) 256-271, ders., Un fils oublié de l'Ardèche: Le marquis Scipion de Chambonas, ministre des affaires étrangères. In: La Révolution en Ardèche (Privas 1989) 187-198, ders., Un oublié de la diplomatie sous la Révolution française. Le marquis de Chambonas (1750-1830). In: Bulletin de la Société des sciences historiques et naturelles de l'Yonne 123 (1991) 75-80 und Jacques Schnetzler, Scipion-Charles de la Garde, marquis de Chambonas, ministre des affaires étrangères de Louis XVI sous la Législative. In: Revue du Vivarais 93 (1989) 11-55.

ster hatte zuerst die Nachsendung der letzten Weisung der Staatskanzlei an Blumendorf nach Brüssel, später einige konsularische Angelegenheiten von denkbar geringem Belang benutzt, um den Kontakt mit Brüssel und den dort tätigen österreichischen "Frankreichexperten" nicht gänzlich abreißen zu lassen. Angesichts der innerfranzösischen Probleme und des tristen Zustands der französischen Armee, von denen auch der russische und der schwedische Geschäftsträger Novikow und Bergstedt nach ihrer Abberufung aus Paris in Brüssel gerne berichteten, vermutete man hinter "dieser geschäftigen Geflossenheit" die Absicht, vielleicht doch noch das eine oder andere Angebot an die Österreicher gelangen zu lassen, um das Schlimmste zu verhüten. Der Sturz des undurchsichtigen Dumouriez als Außen- und wenig später auch als Kriegsminister machte alle weiteren Überlegungen über die Hintergründe seiner bemühnten Kontakte hinfällig¹⁵²).

Mercy und Lamarck arbeiteten indes weiter an ihrem Manifestentwurf; Mitte Juni 1792 lag bereits eine Skizze vor, die nun nach Wien übersandt werden konnte. Die allgemeine Bedrohung, die von Frankreich und seiner Revolution ausging, rechtfertigte auch eine speziell wichtige generalisierende Präambel, auf die man in Brüssel größten Wert legte, während man sich mit den einzelnen konkreten Beschwerdepunkten nicht im Detail abgeben und ihre Zusammenstellung einem "publiciste de métier" überantworten wollte. Dabei durfte man zwar die aufgenötigte Entwicklung in Richtung Krieg aus österreichischem Blickwinkel rechtfertigen und den inneren Widerspruch zwischen Verfassungsideal und Verfassungswiderstand herausstreichen, sich aber in weitere, die spätere Entwicklung präjudizierende Details nicht einlassen und schon gar nicht für eine bestimmte Partei Stellung beziehen.

Die großen Züge einer "profession de foi politique des souverains" waren es, die von einem genialen Politiker skizziert werden mußten. Es sollte eine Staatsschrift für die Ewigkeit sein, "la pièce diplomatique la plus mémorable qui soit jamais sortie d'aucun cabinet".

"La guerre actuelle, ses causes, son but et ses suites appartiennent à l'humanité entière, à la postérité. [...] Ce n'est point ici une querelle de rois ni de puissance". . . c'est la cause de la société entière, la cause de la royauté et des gouvernements en général comme institutions sociales nécessaires à la tranquillité et au bonheur des hommes." Eine pathetische Absage an ein Frankreich, das sich selbst isolierte und zur Feindin Europas wurde. Nach der neuen "théorie française" waren allgemeine Destabilisierung, Vernichtung von Ordnung und Religion verbindliche Leitsätze, Revolte galt als staatsbürgerliche Pflicht, Anarchie als das erste Regierungsprinzip. Selbst unfähig, für das Glück der eigenen Staatsbürger zu sorgen, gefährdete Frankreich gerne die Ruhe anderer Staaten. Auch in der belgischen Hauptstadt hatte man übrigens die aus Paris mehrfach gewünschte Androhung fürchterlicher Rache, für den Fall, daß der königlichen Familie etwas zustieß, als festen Bestandteil in das Repertoire übernommen. Ansonsten freilich wollte man sich generös zeigen, nochmals die Hand zum Frieden ausstrecken. Ein Angebot, das sicher ausgeschlagen würde, für die Nachwelt allerdings die übergroße Mäßigung der Höfe von Berlin und Wien unterstrich. Am Ende des Waffenganges aber stand, ging es nach den Anregungen Lamarcks, ein bisher in dieser Radikalität nie geäußertes Vorhaben: die Zerschlagung des zum politischen Monstrum gewordenen Frankreich in Einzelteile. Nicht zur territorialen Satisfaktion der Intervenienten, sondern im Sinne des hehren Ziels "de mieux arrêter l'incendie et de prémunir contre la contagion de l'esprit français"¹⁵³).

¹⁵²) Blumendorf an Kaunitz (Brüssel, 13. u. 28. 6. 1792; SA Frkr. Berichte 178 Konv. Blumendorf-Kaunitz 1792) mit dem Briefwechsel Dumouriez-Blumendorf. - Nach der Abberufung des russischen Geschäftsträgers Novikov aus Paris wurde Mitte Juli 1792 der seit langem geächtete französische Chargé d'affaires in Petersburg, Edmond-Charles Genêt (1763-1834), ausgewiesen; die Zarin gedenke, so hieß es, den Kontakt mit Frankreich solange einzufrieren, bis der Allerchristlichste König wieder in seine vollen Rechte eingesetzt war (Note vom 19. Juli 1792). Trotz des gerade in der russischen Hauptstadt besonders starken Drucks der Emigranten glaubte Genêt nicht an eine aktive russische Beteiligung am Kampf gegen Frankreich. Im Zentrum des Interesses in Petersburg stand nach Einschätzung des französischen Geschäftsträgers die Situation in Polen. Die Korrespondenz Genêts in AMAE CP Russie 138. - Auszüge aus Genêts Korrespondenz mit Paris bei Rambaud, Recueil, S. 479-540. Weiters William L. Blackwell, Citizen Genêt and the Revolution in Russia 1789-1792. In: FHS 3 (1963) 72-92 [mit weiterer sowjetrussischer Literatur zu den russisch-französischen Beziehungen während der Revolution], Marc Bouloiseau, Edmond C. Genêt à Saint-Petersbourg 1789-1792. Papiers conservés à la "Library of Congress", Washington. In: Bulletin d'histoire économique et sociale de la Révolution française Jg. 1968 (Paris 1969) 17-51.

¹⁵³) Mercy an Kaunitz (17. 6. 1792) mit Lamarcks "Quelques idées relatives au manifeste que l'on présume qui sera publié à l'occasion de la guerre avec la France" (o.D.). - Auch die Emigranten verwiesen die Staatskanzlei in Wien Ende Juni 1792 auf die dringende Notwendigkeit eines scharfen und drohenden Manifests, um das gefährdete Leben der königlichen Familie möglichst sicherzustellen; Polignac an Kaunitz (25. 6. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Kaunitz).

Brüssel stand derart im Bann der Pariser Ereignisse, daß der zweite militärische Versuch der Franzosen, die österreichische Herrschaft in Belgien zum Einsturz zu bringen, daneben sehr weitgehend verbläste. Seit Anfang Juni 1792 hatte Graf Metternich von der Gefahr einer drohenden neuerlichen Invasion Flanderns durch die französische Nordarmee berichtet. Hier hatte im Mai 1792 das Aushängeschild der Kriegspartei, der Kommandeur der Rheinarmee, Marschall Luckner, den Befehl übernommen und trotz größter Bedenken wegen des schlechten Zustands der Truppen mehrfach Angriffsbefehl erhalten, um über Menin und Courtrai Richtung Gent vorzurücken, während der Zentrumsarmee der Vorstoß über Mons gegen Brüssel übertragen wurde. Am 16. Juni 1792 war es soweit; die französische Nordarmee fiel in mehreren Kolonnen in Belgien ein, besetzte nahezu kampflös Ypres, Menin und Courtrai (17./18. Juni 1792), blieb dann aber stehen und zog sich am 29./30. Juni 1792 - man vermutete primär innenpolitische Motive - wieder auf französisches Territorium zurück. Die erhoffte Aufstandsbewegung unter der belgischen Bevölkerung war ausgeblieben. Mehr noch: die Inbrandsetzung der Vororte von Courtrai durch die abziehenden französischen Truppen schien den Österreichern der schlagendste Beweis dafür, daß von den Franzosen, die fremden Völkern Frieden und Respektierung des Eigentums versprochen, in Wahrheit nur Unheil und Zerstörung ausgingen¹⁵⁴).

Mittlerweile hatte Mercy schon in einer anderen unerfreulichen Sache nach Wien Bericht erstatten müssen: über die Pariser Schreckensszenen des 20. Juni 1792. Eine bewaffnete Menschenmenge war in die Tuileries eingedrungen und hatte die königliche Familie stundenlang und in kränkender Form bedroht. Der König blieb dennoch standhaft und verweigerte die Rücknahme des Vetos, mit dem er einige Dekrete der Versammlung belegt hatte; die Ausschreitungen waren aber vielleicht nur Vorboten der befürchteten Verschleppung der königlichen Familie nach Südfrankreich oder aber ein Beweis für einen geplanten Königsmord, zumindest für den Sturz Ludwigs XVI. Indessen wagte Generalleutnant Lafayette auch ohne die Rückendeckung der Österreicher, dafür unterstützt von dem von ihm gänzlich beherrschten Marschall Luckner, deutliche Schritte gegen die Diktatur des Pariser Jakobinerklubs. Am 16. Juni 1792 wandte er sich brieflich an die Nationalversammlung und denunzierte hier in aller Form den angeblich staatschädigenden Einfluß der Jakobiner als Staat im Staate, als kriminelle Minderheit, die sogar durch ihre Subversionstätigkeit die Verteidigung gegen den äußeren Feind lähmte. Von Kriegsminister Lajard forderte Lafayette ein schleuniges Ende der Offensivorientierung der französischen Kriegspläne, um sich der kritischen innenpolitischen Lage widmen zu können. Am 28. Juni 1792 gab er - unterstützt von Luckner - in einem persönlichen Auftritt vor der Nationalversammlung dem Abscheu seiner Armee vor den Ereignissen des 20. Juni Ausdruck und forderte nicht nur die Bestrafung der Verantwortlichen, sondern auch einmal mehr die Zerschlagung des Jakobinerklubs. Anfang Juli 1792 drängten Luckner und Lafayette sogar offen auf eine Beendigung des Krieges und tauschten schließlich, als die Nationalversammlung am 11. Juli 1792 im Angesicht der äußeren Gefahr "la patrie en danger" erklärte, in einem kuriosen Querfeldeinmarsch ihre Positionen: aus Luckners Nordarmee wurde so die Zentrumsarmee, während Lafayettes Heeresgruppe nach Norden marschierte und ihr Hauptquartier bei Sedan-Montmédy aufschlug, wie man annahm, um eine günstigere Ausgangsposition für einen Schlag gegen Paris zu gewinnen und eben zu dieser Zeit wieder aufgewärmte Fluchtpläne der königlichen Familie - die Rede war von einer Verbringung Ludwigs XVI. nach Compiègne - besser decken zu können.

Konnte Lafayette auf seine Armee wirklich zählen, so hielt Mercy einen Bürgerkrieg für nicht gänzlich ausgeschlossen; aber auch dieses Signal genügte nicht, um die extrem stark gegen den "héros des deux mondes" eingenommene österreichische Diplomatie eines Besseren zu belehren, sie von der Sinnhaftig-

¹⁵⁴) Metternich an Kaunitz (8., 11., 16., 18., 19., 21., 23., 30. 6., 3. 7. 1792; Belgien DD A Berichte 327 u. 328). - Zeissberg 2, S. 87ff, 100f, 105ff, Heinrich Pfeiffer, Der Feldzug Luckners in Belgien im Juni 1792 (Diss. Leipzig 1897), Arthur de Ganniers, Le maréchal de Luckner et la première campagne de Belgique en 1792. In: RQH N.S. 19 (1898) 437-508, ders., La campagne de Luckner en Belgique en juin 1792. In: RH 68 (1898) 295-311, L'armée du Nord sous le commandement du maréchal Luckner (19 mai - 11 juillet 1792). In: Revue militaire 2 (1900) 307-344, 420-443, 669-727, Krieg gegen die Französische Revolution 2, S. 45-63, Mémoires de Louis-Philippe Bd. 2. Die Nationalversammlung sicherte den Opfern der französischen Zerstörungsmaßnahmen eine Entschädigung zu. Die Einäscherung der Vorstädte von Courtrai erfolgte übrigens auf Anordnung des Kommandeurs der französischen Vorhut, General Jarry. Es war dies eben jener Jarry, der in der ersten Jahreshälfte 1792 mit seiner Berlin-Mission gescheitert war und den Österreichern über Comte de Lamarck geheime Informationen über die angeblichen Bestechungsaufträge Ségur zugespielt hatte. Er emigrierte im August 1792: Arthur de Ganniers, Le général Jarry et l'incendie de Courtrai par l'armée française en 1792. In: RQH N.S. 23 (1900) 506-551, dort auch Informationen über Jarrys Geheimmission in Berlin Anfang 1792; Jean de Béthune, La prise et l'occupation de Courtrai par Luckner. 18-30 juin 1792. In: Mémoires du cercle historique et archéologique de Courtrai N.S. 6 (1927) 51-68.

keit einer Koalition mit Lafayette zu überzeugen. Und dies obwohl der Lieblingsfeind der Königin genau das zu realisieren suchte, was auch im Kalkül der Staatskanzlei des öfteren als erstrebenswerte Lösung der Frankreichfrage erörtert wurde: die Beibehaltung der Verfassung von 1791 bei gleichzeitiger (vorsichtiger) Stärkung der monarchischen Gewalt und die Ausschaltung der radikalen innenpolitischen Kräfte des rechten wie des linken Spektrums. In Brüssel war man keinesfalls gesonnen, Lafayettes innenpolitische Säuberungsaktion und seinen Plan einer Vereinigung aller gemäßigten Kräfte durch einen Waffenstillstand zu unterstützen, und lebte lieber untätig in Angst vor einer nun immer wahrscheinlicher werdenden Verlegung von Exekutive und Legislative nach Südfrankreich. Dem Versuch einer Einigung der zersplitterten und uneinigen "modérés" - Feuillants und Fayettisten - als Gegengewicht zu den gut organisierten und mit klaren politischen Zielsetzungen operierenden Jakobinern räumte auch Pellenc nur wenig Aussicht auf Erfolg ein; lediglich die Wahrscheinlichkeit für einen Bürgerkrieg schien ihm zu steigen, und klar war auch, daß, sah man von Royalisten und Emigranten ab, keine innenpolitische Kraft Frankreichs die kommende Intervention Österreichs und Preußens wirklich vorbehaltlos begrüßte; nicht einmal die heterogene Gruppe der Feuillants. So blieb im Fall der Fälle vielleicht wirklich nur mehr der König als Fels in der Brandung des innenpolitischen Chaos, als Sprachrohr gegenüber den Invasionsmächten und Vermittler zwischen den Fronten. Daß aber auf die Alliierten bei ihrer "Strafexpedition" eine fast unlösbare Aufgabe wartete, lag für den Konfidenten Lamarcks und Mercys auf der Hand: Österreich und Preußen schickten sich an, bewaffnet in ein fremdes Land einzudringen, ohne dennoch erklärter Feind sein zu wollen, ergriffen die Partei des Königs, des Adels und des Klerus, mochten dabei aber auch die gemäßigten Revolutionäre nicht verärgern¹⁵⁵).

In Wien allerdings war das Interesse an den Vorgängen in und um Frankreich offensichtlich dramatisch zurückgegangen, wie Baron Thugut - Anfang Juni 1792 im Auftrag Mercys aus Brüssel eingetroffen - überrascht feststellen mußte. Mit einer Front der Gleichgültigkeit konfrontiert, sah er überall nur "l'étonnante indifférence" und andererseits die "lenteur habituelle" regieren. Weder mit Staatskanzler Kaunitz noch mit anderen Verantwortungsträgern konnte er sich über die "französische Frage" befriedigend aussprechen. Am liebsten, so schien es, hätte Wien - von Parteikämpfen zerrissen und offensichtlich ganz im Bann der "polnischen Frage" (vgl. unten) - das gesamte französische Pazifikationsgeschäft am liebsten gänzlich und endgültig an Botschafter Mercy abgetreten¹⁵⁶).

Nicht nur in Wien, wohin Franz II. am Abend des 27. Juni 1792 von seiner ungarischen Krönungsreise zurückgekehrt war, um sogleich in der ersten Juliwoche über Regensburg-Nürnberg-Würzburg wieder zur Kaiserkrönung nach Frankfurt aufzubrechen, auch in Berlin war jetzt das Reisefieber ausgebrochen: Friedrich Wilhelm II. schickte sich an, über die neuerworbenen preußischen Besitzungen in Franken an den Rhein zu reisen, wo er sich nach der Kaiserkrönung mit dem neuen Reichsoberhaupt treffen und das preußische Armeehauptquartier in Koblenz in Augenschein nehmen wollte. Auch der österreichische Gesandte Fürst Reuß befand sich in der großen Suite des Königs.

Zeitgerecht hatten die Emigranten in Berlin eine neue Offensive gestartet und den Preußen nach kürzerem Widerstand schließlich eine weitere Geldspende entlockt. Für die Reise des Königs nach Koblenz, buchstäblich in die Höhle des Löwen, ließ die Nachgiebigkeit Friedrich Wilhelms nicht unbedingt Gutes erwarten; "bei unserm gemeinsamen Kreuzzuge gegen die Franzosen", so Staatsreferendar Spielmann etwas

¹⁵⁵) Mercy an Kaunitz (25., 27. u. 28. 6. 1792) mit Pellenc an Lamarck (24. 6. 1792; Druck: Glagau, S. 336-338); SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1792 V-XII. Die Depesche vom 27. 6. 1792 ist auszugsweise bei Glagau, S. 339, abgedr. Mercy an Kaunitz (2. 7. 1792; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1792 V-XII; Teildruck: Glagau, S. 339f) mit Abbé Louis an Mercy (26. 6. 1792; Druck: Glagau, S. 341f); Mercy an Kaunitz (8. 7. 1792; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1792 V-XII) mit Pellenc an Lamarck (29. u. 30. 6. 1792; Druck: Glagau, S. 342-352). - In verklausulierter Art und Weise erklärte die Nationalversammlung am 16. Juli 1792, jene Reichsstände, die die beiden Alliierten bei ihren militärischen Maßnahmen unterstützten, als Feinde behandeln zu wollen: AP 46, S. 510f. - Arthur de Ganniers, Un cas d'insubordination militaire: Dumouriez contre Luckner (juillet 1792). In: RQH N.S. 21 (1899) 498-559, Goetz-Bernstein, S. 238-244, Krieg gegen die Französische Revolution 2, S. 64-75.

¹⁵⁶) Mercy an Kaunitz ([] Mai 1792; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1792 V-XII) mit "Notes de quelques objets recommandés au souvenir de Monsieur le baron de Thugut...". Thugut an Mercy (21. 6., 4. 7. 1792; SA Frkr. Varia 49 Konv. Thugut-Mercy). Blumendorf folgte Thugut im Hochsommer 1792 nach Wien. Nach 27jähriger ununterbrochener Auslandsstätigkeit hatte im Staatskanzler Kaunitz Anfang Juli 1792 problemlos Heimaturlaub bewilligt: Kaunitz an Blumendorf (9. 7. 1792; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Blumendorf 1792 III-VII).

ironisch an die Adresse Preußens, mußte aber wenigstens sichergestellt werden, daß die Prinzen nicht separat und eigenständig agierten und so die problematischen Auxiliartruppen zumindest so gut als möglich unter Kuratel blieben¹⁵⁷).

¹⁵⁷) Reuß an Kaunitz (16., 19., 23. u. 30. 6. 1792; StK DK Preußen 70 Konv. Relationen aus Berlin 1792 Januar-Juni); Dreyer an Kaunitz (10. 7. 1792; StK DK Preußen 70 o.K.). Spielmann an Reuß (Ofen, 22. 6. 1792; StK DK Preußen 71 Konv. 1792 Rescripte nach Berlin; Druck: Vivenot 2, S. 110f).

2.2 Schutz und Schirm

"altdeutscher Patriotismus" oder: die Last der Kaiserkrone

Nicht nur die europäischen Mächte, sondern auch und besonders die Reichsstände, deren Beschirmung Habsburgs ungewollten "Weg in den Krieg" nach österreichischer Lesart doch ganz wesentlich mitbestimmt hatte, enttäuschten durch ihre "Lauigkeit" die Erwartungen Wiens bitter, allen voran der bisher als Anwalt der deutschen Sache verbal so engagierte Kurfürst von Mainz. Die reichsväterliche Ermahnung Leopolds II. vom Dezember 1791, im Angesicht der französischen Gefahr die Reichskreise in Verteidigungsbereitschaft zu setzen und so die österreichische Aufrüstung im Breisgau zu unterstützen, wurde sichtlich nicht befolgt. Auch die von Baden und anderen vorderen Reichsständen lancierte Idee einer Aktivierung der Kreisassoziation war schließlich trotz Unterstützung von österreichischer und preußischer Seite ins Stocken geraten. Die französische Kriegserklärung an Franz II. und die ersten Angriffsspitzen gegen das Reich erweckten zunächst die Hoffnung, daß "billig denkende" Reichsstände den Konflikt mit Frankreich auch wirklich als gemeinsame Sache betrachten würden, so wie ja auch der Kaiser die Angelegenheit der gekränkten Reichsstände und die Ehre des Reiches - "nicht ohne große Verlegenheit" - zu seiner Sache gemacht hatte. Fehlte es an den Reichshöfen an einsichtigen "politischen" Köpfen, so erübrigte nur noch die verhaltene Drohung. Da es nun einmal kein Zurück mehr gab, erwarteten sich die beiden deutschen Großmächte für ihren schirmenden Einsatz v.a. zugunsten der in der Gefahrenzone am Rhein liegenden Reichsherrschaften schleunige Erklärungen und zumutbare, verhältnismäßige Mithilfe - sowohl des Reichs in corpore als auch der einzelnen Reichsstände. Diese Unterstützung konnte vielfältige Gesichter haben, sollte die Reichsstände aber nicht zu gleichberechtigten Partnern im Kampf gegen Frankreich aufwerten (und zwar, um - wie die Forschung seit Aretin gerne betont - niemanden an der erwarteten französischen Beute beteiligen zu müssen): Stellung von Truppen, Gestattung der freien Werbung, angemessene Geldbeiträge, Naturalzulieferungen. Insbesondere aber die Assoziation der vorliegenden Reichskreise war jetzt eine unabdingbare Notwendigkeit und daher sofort zu verwirklichen. Bestand allerdings keine aufrichtige Kooperationsbereitschaft und trauten die Reichsstände wirklich der französischen Beteuerung, Krieg ausschließlich gegen Österreich führen zu wollen, so gedachte Österreich das zu realisieren, was der vorderösterreichische Regierungspräsident Sumerau schon kurz nach des Kaisers Tod dringend anempfohlen hatten: seine Verteidigungsanstalten nach dem Grundsatz 'wer nicht für uns ist, ist gegen uns' konsequent auf die eigenen Provinzen zu beschränken. Als distanzierter, in sich zurückgezogener Beobachter der weiteren Geschehnisse wollte man sich dann freuen, "wenn die von uns getrennten Reichsstände so glücklich sind, ein anderes Mittel zu finden, die bestehende Verfassung ihrer Länder von dem Untergang zu retten und sich gegen die unübersehbaren unglücklichen Folgen eines an den Grenzen wirklich ausgebrochenen Krieges sicherzustellen." Die forcierten Märsche der preussischen und österreichischen Truppen an den Rhein boten Gelegenheit, den guten Willen der Landesherren in den Durchzugsgebieten auf die Probe zu stellen. In Wien jedenfalls erwartete man sich, daß die betroffenen Reichsstände die österreichischen Truppen als ihre Beschützer begrüßten und das habsburgische Ärar durch möglichst preisgünstige Zulieferungen entlasteten. Der absolute Mindestbeitrag, wie es in einem Zirkular der Staatskanzlei an die Gesandtschaften im Reich Mitte Mai hieß, für die gute "Sache jedes Landesherrn von jedem Rang, des vermöglichen Bürgers und wohlhabenden Landmannes gegen eine Nation [...], die von einer übermächtigen, sich alles erlaubenden frechen Menschenhorde hingerissen und in einen Taumel versetzt wird".

Von allgemeiner Reichshilfe und einem Reichsschluß in der französischen Frage konnte freilich erst nach der Kaiserkrönung Franz' im Juli 1792 die Rede sein. Einstweilen blieb es dabei, daß die nun von französischen Emissären wieder verstärkt ins Spiel gebrachte Entschädigung der im Elsaß possessionierten Reichsstände - für Wien ohnedies bloß "eitel Blendwerk" - durch Reichsgutachten und kaiserliches Ratifikationsdekret für unzulässig galt und daher jede Verhandlungswilligkeit gegenüber dem "Reichsfeind" die beiden deutschen Großmächte und mehr noch die Ehre des Reiches kränken mußte¹⁵⁸).

¹⁵⁸) Kaunitz an Seilern (8. 5. 1792; StK DK Regensburg Kurböhmische Gesandtschaft Weisungen 6) mit Zirkular der Staatskanzlei an die Vertretungen im Reich (5. 5. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 27-29); Zirkular der Staatskanzlei an Reuß, Hartig, Seilern/Borié (8. 5. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 30f), an Lehrbach Schlick und Westphalen (10. 5. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 35f), an Lehrbach, Schlick, Westphalen, Sumerau, Degelmann (12. 5. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 36-38), an Schlick, Westphalen, Lehrbach (25. 5. 1792; StK DK Reich Weisungen 252 Konv. Weisungen 1792/93; Druck: Vivenot 2, S. 57f). "Gedanken" des Mainzer

Auch die Franzosen waren natürlich an klaren Fronten interessiert und drängten an einzelnen Reichshöfen auf Neutralitätserklärungen oder gleichwertige Zugeständnisse. Ganz besonders der Kurfürst von Mainz zeigte sich im Mai 1792 einigermaßen beunruhigt über das, was den Rheinlanden von französischer Seite möglicherweise noch bevorstand, und in Trier rebellierten die Stände offen gegen den Landesherrn und seine immer noch zweideutige Emigrantenpolitik.

Die Staatskanzlei sah in diesem unangenehmen Schwebezustand nur die logische Folge jener Versäumnisse, vor denen Österreich in den letzten Monaten immer wieder gewarnt hatte. Ein französischer Einfall in das Reich schien fürs erste nicht zu erwarten, auch wenn der Krieg gegen Österreich in Wien zugleich als - indirekter - Krieg gegen den Reichsverband ausgelegt wurde. Bis zum Eintreffen der alliierten Heere am Rhein sollten und mußten sich die Reichsstände aber verstellen, sich mit Defensivanstalten und der Unterstützung Österreichs und Preußens bescheiden, geforderten Neutralitätsversicherungen einstweilen ausweichen und die Kriegserklärung nach außen hin wörtlich und in ihrem beschränkten Sinn verstehen, wollten sie nicht das traurige Schicksal des Fürstbischofs von Basel teilen. Für ihn, sein Ministerium und die eigensinnigen Domkapitulare fand die Staatskanzlei nur die bittersten Worte und ergriff nahezu Partei für Frankreich, das den Bischof Ende April 1792 verjagt hatte. Gegen den dringenden Rat Wiens hatte es Roggenbach versäumt, "sein armes, mit der Regierung aus nicht ganz unbilligen Gründen mißvergnühtes Land" zu versöhnen, den Vertrag mit Frankreich von 1780 mißachtet (Art. 3 verbot die Stationierung fremder Truppen in Porrentruy, gestattete aber die Besetzung durch französisches Militär) und, anstatt sich rechtzeitig unter den schützenden Deckmantel der Schweizer Neutralität zu flüchten, unter verschiedenen Vorwänden den Aufenthalt des österreichischen Detachements in Porrentruy verlängert. Mit einem Wort: der Fürstbischof war für sein tristes Schicksal selbst verantwortlich.

Was blieb, waren immer noch ernste Befürchtungen der Staatskanzlei, daß ungeachtet aller Aufmunterungen, Drohungen und Anregungen manche Reichsstände und besonders die Domkapitel "aus Grundsätzen einer unzeitigen Sparsamkeit oder aus sorgloser Unthätigkeit den schicklichen Zeitpunkt und das sicherste Mittel, für ihr dauerhaftes Interesse zu sorgen, außer Acht lassen und bei diesen Zeiten, die so reich an unvermutheten Begebenheiten sind, sich und das deutsche Vaterland unübersehbaren Gefahren aussetzen". Man beschwichtigte sich mit dem schwachen Trost, daß, "wenn dann das Unglück zentnerschwer auf die Reichsstände fällt, wir uns mit dem Gedanken beruhigen können, kein Mittel unversucht gelassen zu haben, den altdeutschen Patriotismus zu beleben"¹⁵⁹).

Ausgerechnet von den größeren süddeutschen Reichsständen kamen nun aber im Mai und Juni 1792 Störmanöver gegen die österreichisch-preußische Politik. Bei der Regierung in Freiburg lief Ende Mai 1792 ein Schreiben des Markgrafen von Baden ein, das der Hofkriegsrat sofort als eindeutige Neutralitätserklärung deutete: Markgraf Karl Friedrich signalisierte, daß er sich gegen alle französische Einbrüche sichergestellt glaubte, solange Baden an den Kriegshandlungen keinen Anteil nahm und Kehl nicht von österreichischen Truppen besetzt wurde. Reichsvizekanzler Colloredo hielt dem die bisherigen "reichspatriotischen Bemühungen" des Markgrafen entgegen, der ja ein besonders eifriger Förderer der Assoziationsbestrebungen gewesen war.

Kurfürsten zur Assoziation der vorderen Reichskreise (28. 4. 1792; Druck: Hansen 2, S. 152-153). Mainz begründete seine Zweifel, mit der extremen Zurückhaltung von Kurpfalzbayern, das den Franzosen de facto eine (verklauusulierte) Neutralitätserklärung gegeben hatte, und auch der Kölner Kurfürst zeigte sich im Mai 1792 unerwartet scheu und allen Offensivmaßnahmen denkbar abgeneigt: die vorderen Reichskreise waren zu schwach, um einen etwaigen Gegenschlag der Franzosen abzuwehren, und mußten daher einen allgemeinen Reichsschluß als Rückendeckung abwarten, ehe sie sich festlegten. Für Max Franz waren die friedlichen Lösungsvarianten der Elsässer Frage noch nicht erschöpft und die Erklärungen der französischen Diplomatie, das Reich selbst nicht feindlich behandeln zu wollen, zur Überbrückung durchaus zufriedenstellend. Vgl. die bei Hansen 2, S. 191-197, abgedruckten Stücke. - Aretin 1, S. 271f, Härter, S. 213-229. Zur pfälzbayerischen Neutralitätspolitik vgl. bes. Schrepfer, S. 28-48, die österr. Gegenposition angedeutet bei Gerhard Xaver, Konrad Ludwig Graf von und zu Lehrbach (1744-1805). Leben und Wirken eines österreichischen Staatsmannes (ungedr. phil. Diss. 1975) 138-143.

¹⁵⁹) Kaunitz an Schlick (17. 5. 1792; StK DK Reich Weisungen 252 Konv. Weisungen 1792/93; Druck: Vivenot 2, S. 43-46), an Lehrbach, Schlick und Westphalen (19. 5. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 47). Kaunitz an Greifenegg (16. 5. 1792; SA Schweiz Weisungen 182 Konv. 1792/93). Westphalen an RVK (14., 20., 25. 5. 1792; Druck: Hansen 2, S. 200f, 212f, 221-223), Schlick an Kurmainz (26. 5. 1792) u. d. Kurmainzer Antwort (29. 5. 1792); Hansen 2, S. 224-231. - Edouard de Barthélemy, Les derniers mois de la légation de France à Mayence 1791-1792. In: RQH 29 (1881) 580-600, Georges Livet (Hrsg.), Recueil des instructions données aux ambassadeurs et ministres de France 28/1: Etats allemands - Mayence (Paris 1962) 283-287, 28/2: Etats allemands - Cologne (Paris 1963) 367-375, Jorio, S. 30-43.

Der Herzog von Württemberg ging in seinem ob der Drohungen der französischen Diplomatie zusehends verzweifelten Bemühen um Neutralität sogar noch einen Schritt weiter und gerierte sich beinahe als Antagonist der deutschen Großmächte, indem er verbreitete, Preußen und Österreich arbeiteten bei ihrem anstehenden Krieg mit Frankreich nur eigennützigen Zielen zu, die Reichsstände müßten daher auf der Hut sein. Ein für die Mobilisierung des Reichs gefährlicher Verdacht, der keinesfalls an Boden gewinnen durfte und von den österreichischen Wahlbotschaftern am Frankfurter Wahlkonvent, Joseph Freiherr von Bartenstein und Fürst Nikolaus Esterházy (1765-1833), mit großer Sorgfalt widerlegt werden mußte. An jene, die nichts zum allgemeinen Besten beitrugen und dafür noch querschossen, die also "unter dem Schein nöthiger Behutsamkeit Mißtrauen, Zaghaftigkeit und Unthätigkeit im Reiche verbreiten wollen", ging die erboste Ermahnung, doch wenigstens andere nicht von ihren guten Gesinnungen abzubringen. Hatte die französische Reichspolitik also in Teilbereichen vielleicht gar ihr Ziel erreicht, die Reichsstände durch "glatte Worte und Verheissung goldener Berge einzuschläfern", ohne selbst dabei Propaganda und Verbreitung aufrührerischen Schrifttums zu entsagen? Wenigstens was die inneren Vorkehrungen gegen die "ideologische" Bedrohung von jenseits des Rheins anlangte - etwa durch die Armatur der Kreise -, mußte also im ureigensten Interesse der Reichsstände liegen; damit war eine Provokation Frankreichs keineswegs automatisch verbunden, wie die Staatskanzlei den österreichischen Gesandten an den Kurhöfen Anfang Juni 1792 explizierte:

"Es ist also ganz einleuchtend, daß die ganz unumgänglich nothwendig gewordene thätige Sorgfalt der Landesfürsten für ihre eigene Erhaltung und die Vorkehrungen gegen gefährliche Ausbrüche des Schwindelgeistes unserer Zeiten von einer wirklichen Theilnahme an dem ausgebrochenen Krieg sehr unterschieden sind und wohl unterschieden werden müssen. [...] Die vorgeschlagene, sich von selbst verstehende Operation der vorliegenden Reichskreise ist eine natürliche, nothwendige Folge dieser Anstalten, und man kann den Reichsständen ebensowenig verargen, für die Aufrechterhaltung ihrer eigenen Constitution mit dem nämlichen Eifer zu wachen, mit dem die Feinde der guten Ordnung über dem Rhein ihre eigene, übel zusammenhängende und verworrene Constitution zu verbreiten bemüht sind."¹⁶⁰⁾

Bereits 14 Tage nach dem Tod seines kaiserlichen Vaters hatte Franz II. Mitte März 1792 seine Bewerbung um die Würde des Reichsoberhauptes bekanntgegeben. Österreich drängte auf eine Beschleunigung (Antizipation) des Wahlgeschäftes, eine drastische Reduktion von Prunk und Pracht bei der Kaiserkrönung und eine Verkürzung der Feierlichkeiten, verzichtete auf eine Neuverhandlung der beschränkenden Wahlkapitulationen, so wie auch die Kurfürsten - sechs Kurfürsten hatten Habsburg ihre Stimme bereits zugesagt - der üblichen Monita und sonstiger, die Wahl verzögernder Schritte entsagen wollten. Selbst wenn Wien als Grund für die Eile die Bedrängnis des Reichs im Angesicht der französischen Bedrohung namhaft machte und "hastiges Verlangen nach dem Besitze der Kaiserkrone" auf österreichischer Seite ausschloß, so blieben doch Kurhannover "aus angewohnter Gehässigkeit" mit seinen streng protestantischen Grundsätzen und den "publicistischen Subtilitäten der hohen Schule zu Göttingen" und Sachsen, das - so die Staatskanzlei - aus protestantischer Intoleranz überall eine drohende katholische Übermacht witterte, skeptisch; auch die günstige Verbindung mit Preußen hatte im Reich immer noch nicht alle Hindernisse aus dem Weg räumen können.

Dabei war für die Wiener Politiker die Kaiserkrone viel eher eine "von allen reellen Vortheilen nun sehr entblöste und mit unverkennbaren Lasten verbundene Würde", die zu tragen sich Habsburg aber auch in gegenwärtigen schweren Zeiten ("bei der herrschenden Volksstimmung") als Dienst am Reich zur Pflicht machen wollte. Ökonomische Vorteile waren mit der Reichskrone längst nicht mehr verbunden, die Hoheitsrechte des Kaisers sahen sich durch die Wahlkapitulationen drastisch eingeschränkt; "die alten, dem Reichsoberhauptes günstigen Reichsgesetze verlieren durch Nichtbeobachtung, durch offenbare Widersetz-

¹⁶⁰⁾ HKR-Präsident an RVK (21. 5. 1792) mit Beilagen, RVK an HKR (21. 5. 1792): RK RkgF 3-5. Kaunitz an Lehrbach, Schlick u. Westphalen (8. 6. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 86f), an Bartenstein (11. 6. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 91-94), an Esterházy-Galantha (14. 6. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 94). - Zur Opposition Württembergs gegen eine Mitwirkung des Reichs und insbesondere des Schwäbischen Reichskreises am österr.-preuß. "Eroberungskrieg" gegen Frankreich vgl. ausführlich Heinz-Günther Borck, Der Schwäbische Reichskreis im Zeitalter der französischen Revolutionskriege 1792-1806 (= Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg B, 61; Stuttgart 1970) bes. 68-74.

lichkeit und durch die schlaun Subtilitäten der ungebundenen Staatsrechtslehrer in dem Verhältnisse ihre Wirksamkeit, als der altdeutsche Patriotismus abnimmt und an dessen Stelle egoistische politische Systeme an den Reichshöfen entscheidenden Eingang gefunden haben". Dementsprechend hatte die deutsche Kaiserkrone "schon lange aufgehört, für das Erzhaus Österreich ein Gegenstand eines besonderen politischen Interesses zu sein". Immerhin: die Würde des Reichsoberhauptes stellte Habsburg noch eine Stufe über alle anderen Herrscher Europas, vergrößerte das Ansehen des Hauses und machte es - ein Programm der Mäßigung und des strengen Agierens in den Bahnen der Reichsverfassung vorausgesetzt - im Ernstfall wesentlich leichter, Aktionen gegen österreichisches Interesse im Reich zu verhindern.

Für eine Unterstützung der österreichisch-preußischen Frankreichpolitik sah man bei alledem wenig Hoffnung. Die "Unbehilflichkeit des deutschen Staatskörpers" ließ auch für die von Mainz anstelle einer Reichshilfe in Truppen vorgeschlagene Bewilligung von Römermonaten durch den Reichstag wenig Zuversicht über, jedenfalls was die Schnelligkeit dieser an sich begrüßenswerten Unterstützung anlangte. Nicht zuletzt die innere Situation hinderte offensichtlich nach Einschätzung der Staatskanzlei so manchen Reichsfürsten daran, "ohne neue Belästigung seiner Länder, folglich ohne bei den in den meisten Provinzen ohnehin mißvergnügten Unterthanen noch mehr Unzufriedenheit zu erregen, einige Hilfe zu leisten". Und die von französischen Drohungen geschürte Angst tat ein Übriges, um lähmend zu wirken. Nicht wenige versteckten sich hinter dem Fehlen eines förmlichen Reichsschlusses und dem Widerstand der Landstände in ihren Territorien und wünschten die Aufnahme von Verhandlungen über einen allgemeinen Reichskrieg, der eine gleichmäßige Verteilung der Lasten und eine annähernd gleichberechtigte Beteiligung der Reichsstände am bevorstehenden Kampf der deutschen Großmächte gegen Frankreich versprach. Eine von vielen befürchtete Instrumentalisierung des Reiches durch Österreich und Preußen konnte so am besten verhindert werden.

Der Frankfurter Wahlkonvent drohte aber natürlich auch zum Forum für jene zu werden, deren antifranzösisch-konterrevolutionäre Gesinnungen das gemäßigte Programm der beiden deutschen Großmächte bei weitem überstiegen. So war Abbé Maury, einst wortgewandter Führer der äußersten Rechten in der Constituante, nun nach seiner Emigration als päpstlicher Nuntius für Frankfurt mit unangenehmen Aufträgen des HI. Stuhls betraut, nicht nur in der Frage des deutschen Nuntiaturstreits, sondern auch zur Anrufung des kaiserlichen Schutzes in Sachen der päpstlichen Enklaven in Südfrankreich. Und schließlich drohten die geschäftigen Emigranten, unterstützt von Graf Romanzow, mit einer neuen Offensive. Von österreichischer Seite gedachte man ihnen so lange als irgend möglich auszuweichen und den königlichen Brüdern im äußersten Notfall neuerlich zu erklären, daß man ihre Absichten und Grundsätze mit jenen des Allerchristlichsten Königs in unauflösbarem Widerspruch glaubte, wollte sie aber hinfort nicht mehr daran hindern, "sich nach ihren Kräften und auf eine wohlcombinirte Art thätig zu zeigen". Nur - legten sie Wert auf eine Unterstützung der Alliierten, so mußten sie sich auch an deren Vorgaben halten. Viel einfacher lag demgegenüber das Verhältnis zu den Gesandten des Kriegsgegners Frankreich, die sich vielleicht mit der ihnen eigenen Unverschämtheit nach vorne drängen mochten: Ihnen war mit "eiskalter Höflichkeit" zu begegnen¹⁶¹⁾.

Setzte Wien bei der Bewerbung um die Kaiserkrone gute alte Traditionen fort, so dachte man andererseits nicht mehr daran, sich weiter in den rituellen Streit um Erz- und Hochstifte oder Koadjutorien an vorderster Front einzuschalten und hier gar - wie früher - die Kandidatur von Erzherzögen zu forcieren. Die sensiblen Zeitläufte und sicher auch das abschreckende Beispiel josephinischer Reichspolitik mahnten zur Vorsicht, auf gar keinen Fall "beunruhigende Vermuthungen von Vergrößerungsabsichten" zu erwecken und so die relative Eintracht des Reiches mit "Scheelsucht" und Mißtrauen zu vergiften. Die Einkünfte der in Frage kommenden kirchlichen Herrschaften waren oft nicht allzu bedeutend, der Kirchenfürst selbst bei bestem Willen nicht selten gegen Domkapitel und Landstände ohnmächtig. Und was das wichtigste war: die Erz- und Hochstifte verfügten in aller Regel über kein "Staatsystem" und richteten sich nach der aktuellen Konjunktur. Jedes Engagement konnte vor diesem Hintergrund leicht zu einer Investition à fonds perdu werden. Test- und Anlaßfall für diese Mahnung der Staatskanzlei zu Zurückhaltung

¹⁶¹⁾ Das zentrale Dokument zur Reichspolitik der Staatskanzlei ist die Instruktion für den zweiten böhmischen Wahlbotschafter Freiherr von Bartenstein: Kaunitz an Bartenstein (1. 6. 1792) mit der Punctation für die beiden kurböhmischen Wahlbotschafter Bartenstein und Esterházy (o.D.): Vivenot 2, S. 68-80. Kaunitz an Lehrbach, Westphalen und Hartig (5. 5. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 25f), an Schlick (5. 5. 1792; StK DK Reich Weisungen 252 Konv. Weisungen 1792/93; Druck: Vivenot 2, S. 26f), an Borie (21. 5. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 51). Bartenstein an Kaunitz (Frankfurt, 21. 6. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 108-110).

war im Juni 1792 der Tod des Fürstbischofs von Lüttich, der sein Retablissement zu Jahresanfang 1791 nur dem Reichskammergericht und schließlich der k.k. Armee zu danken hatte. Nachfolgeabsichten waren von der österreichischen Diplomatie klar und deutlich zu dementieren.

Dieses reiche Maß an Zurückhaltung traf natürlich auch andere, die an eine Verschiebung des Mächtegleichgewichts im Reich dachten, etwa den Landgrafen von Hessen-Kassel, der sich schon seit längerem um die Erlangung der Kurwürde bemühte. Ein entsprechendes Kommissionsdekret des - noch zu wählenden - Kaisers mußte wohl, so befürchtete die Staatskanzlei, zu einiger Aufregung führen. Auf Drängen des preußischen Verbündeten - in Berlin rechnete man mit der Unterstützung Kassels für den bevorstehenden Krieg mit den Franzosen - entschloß man sich trotz der großen Bedenken, dem Landgrafen nicht jede Hoffnung zu rauben, ohne sich dabei durch positive Zusicherungen vor der Zeit festzulegen¹⁶²).

In der Reichshauptstadt Regensburg hatten sich die Franzosen einstweilen bestenfalls durch immer neue Personalrochaden bei ihrer Vertretung am Reichstag ausgezeichnet, wo man französische Diplomaten ohnehin zusehends mit Propagandisten der neuen revolutionären Ordnung gleichsetzte. Dies nicht zu Unrecht, denn nach dem Willen Außenminister Dumouriez' sollte nun endlich Patriotismus die wesentlichste Meßlatte für Avancement im diplomatischen Dienst Frankreichs sein. Obwohl es Bérenger jun. gewiß nicht daran fehlen ließ, wurde er Mitte April 1792 durch einen neuen Gesandtschaftssekretär, J.G. Labène, ersetzt, der Anfang Mai 1792 nach einer abenteuerlichen und gefährvollen Reise - die Preußen hatten ihn in Ansbach eine Woche lang als vermeintlichen Spion festgehalten - an der Donau eintraf. Er blieb als Privatmann ohne offiziellen Charakter in Regensburg und hatte hier auch mit dem das Legationsgebäude weiterhin mit Beschlag belegenden Bérenger sen. zu kämpfen, ehe ihn der im Mai 1792 zum bevollmächtigten Minister ernannte Antoine-Bernard Caillard, ein erfahrener Diplomat, ablöste. Auch er hatte sich nur unter Problemen durchschlagen können (Juni 1792).

Mit Caillard sollte die französische Vertretung beim Reichstag wieder den ihr im radikal gewandelten außenpolitischen Gesamtsystem Frankreichs zukommenden Stellenwert einnehmen. Dies meinte auch hier in Regensburg einen weiteren Versuch, Preußen von Österreich zu trennen und im allgemeinen eine entschlossene Wiederanknüpfung an die "klassische" Reichspolitik Frankreichs zu wagen. Caillards enge Bekanntschaft mit dem kurbrandenburgischen Reichstagsgesandten Goertz - ein Produkt gemeinsamer Dienstzeit in Petersburg - bildete den Ansatzpunkt für die Realisierung zumindest der ersten Absicht. Freilich: die unrealistischen Hoffnungen des Pariser Außenministeriums konnten sich in keiner Weise erfüllen. Graf Goertz war längst zu einem geschworenen Feind Frankreichs bzw. der Französischen Revolution geworden und Preußen gänzlich auf österreichischen Kurs festgelegt. Unter strenger Polizeiüberwachung fehlte Caillard jede Bewegungsfreiheit für die Kontaktaufnahme mit anderen Diplomaten, und der Mainzer Direktorialgesandte von Strauß half mit, unter verschiedenen Vorwänden die ordnungsgemäße Akkreditierung des neuen französischen Vertreters zu sabotieren. In dieser peinlichen Situation stellte sich schon kurz nach der Ankunft die Frage, ob es überhaupt sinnvoll und mit der Reputation Frankreichs vereinbar war, in einer derart erniedrigenden Position weiter auszuharren. Die Staatskanzlei, die freilich Caillards Gegenwart bei der anstehenden Reichsdeliberation in der französischen Frage als hinderlich betrachtete, weigerte sich indes, in der Akkreditierungsfrage wirklich Position zu beziehen. Ließ sich eine Akkreditierung nicht verhindern, so mußte man es wohl oder übel geschehen lassen, zumal das Reich mit Frankreich formal noch im Frieden lebte. Wies man Caillard zurück, wollte man diesem mutigen Schritt gerne Beifall zollen, "weil die französischen Minister nun aus einer Menschenklasse gewählt werden, die in keinem Staate Zutrauen verdienen"¹⁶³).

¹⁶²) Kaunitz an Bartenstein (20. 6. 1792; Vivenot 2, S. 95-97), an Westphalen (24. [23.] 6. 1792; StK DK Reich Weisungen 252 Konv. Weisungen 1792/93; Druck: Vivenot 2, S. 111-114). - Ldgrf von Hessen-Kassel an Kfst von Mainz (11. 5. 1792; Druck: Hansen 2, S. 185f).

¹⁶³) Bérenger jun. an Dumouriez (3., 10., 17., 20., 26. 4., 5., 30. 5. 1792), Dumouriez an Bérenger jun. (9. 4. 1792), an Labène (15. 4. 1792), Labène an Dumouriez (8., 29. 5. 1792), "Mémoire pour servir d'instruction à Monsieur Caillard, ministre plénipotentiaire du Roi auprès de la diète germanique" (10. 5. 1792), Caillard an Dumouriez (14., 18. 6. 1792); AMAE CP Allemagne 666. - Kaunitz an Seilern (27. 6. 1792; StK DK Regensburg Kurböhm. Gesandtschaft Weisungen 6). - Auerbach, France, S. 450-456.

Nothelfer in Italien

Nicht nur im Reich, auch in einem anderen machtpolitischen Unterdruckgebiet mußte Österreich bald die Rolle des Helfers in der Not übernehmen: in Italien. Hier grassierte schon bald nach Kriegsausbruch und der Armierung der französischen Flotte in Toulon beträchtliche Angst vor allfälligen Invasionsabsichten der Franzosen. Sogar der Papst fürchtete einen Angriff auf seinen völlig ungeschützten Hafen Civitavecchia. Der Nuntius in Wien mußte die Staatskanzlei ersuchen, Franz II. möge zum Schutz des Kirchenstaates Venedig zur Entsendung seiner Flotte bereden. Zwar versprach sich Fürst Kaunitz angesichts der bekannten Schüchternheit der Signoria nicht viel von einer solchen Intervention; sie bot aber andererseits doch willkommene Gelegenheit, die Republik auf die eine oder andere Art in die Konzertbemühungen einzubeziehen. Außerdem hatte sich im Juni 1792 der Bruder des Apostolischen Königs, der Großherzog von Toskana, angeschlossen, trotz intensiver Bemühungen um Neutralität und ein entspanntes bis freundschaftliches Verhältnis zu Frankreich seinen gravierenden Sorgen um die Sicherheit Livornos Ausdruck verliehen und um eine Ausdehnung des in Verhandlung stehenden venezianischen Schutzes auf die habsburgische Sekundogenitur gebeten. Wien wollte freilich durchaus Bedingungen an die Erfüllung des päpstlichen Ersuchens knüpfen: diese waren nachdrückliche Schritte des Hl. Vaters an den Höfen von Lissabon und Madrid, um einen Beitritt dieser Mächte zum Konzert "gegen die Bestrebungen der in Frankreich herrschenden Jakobiner-Parthei" zu erreichen, und schließlich die Wiedereröffnung der Nuntiatur in Brüssel mit dem Auftrag, "durch Anwendung aller dem päpstlichen Einfluße und Ansehen offestehender Mittel unter dem Volke der Oesterreichischen Niederlande Gehorsam und Ehrfurcht gegen den Landesfürsten, Liebe für die ofentliche Ruhe, Beständigkeit und Eifer für die catholische Religion und Abscheu vor den anarchischen Grundsätzen und Bewegungen bestens zu unterhalten und zu verbreiten." Die rasche Absendung eines Nuntius schien jetzt derart dringlich, daß man sogar darauf verzichtete, die sonst übliche große Personaldiskussion zu eröffnen.

Sowohl die Schritte der österreichischen Diplomatie in Venedig als auch die Intervention des Oberhauptes der Christenheit beim Katholischen König in Spanien und Ihren Allergläubigsten Majestäten in Portugal blieben freilich fruchtlos. Der Beitritt zum Konzert gegen Frankreich und die gewünschte Deckung des Kirchenstaates durch die venezianische Flotte wurden von der Serenissima rundaus abgelehnt. Venedig blieb bei seinem eisernen Neutralitätssystem und hielt zudem die eigene Flottenkraft für zu schwach, um selbst die venetianischen Territorien nötigenfalls zu schirmen. So blieb auch dem Papst nichts anderes übrig, als selbst in seinen Landen mit Verteidigungsmaßnahmen zu beginnen, die das etwas hilflose Lob Wiens fanden¹⁶⁴).

Die bedrohlichsten Konstellationen zeichneten sich aber an der Westflanke Italiens ab. Nach russischen Konfidentenberichten bemühten sich die Franzosen recht eifrig um die Kontrolle von Schlüsselpunkten und Übergängen im genuesisch-mailändisch-piemontesischen Grenzraum, speziell um Gavi. Gerade in Genua konnte Paris bis hinauf zum Dogen und anderen Notablen auf einige Sympathien rechnen. Einer Bitte um Durchzugserlaubnis für französische Truppen Richtung Turin und Mailand stand daher vielleicht weniger im Wege, als den Österreichern lieb war. Enge Zusammenarbeit mit dem Turiner Hof erschien hier zur Abwehr französischer Einflüsse unbedingt angeraten¹⁶⁵).

¹⁶⁴) Vortrag Kaunitz (27. 5. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 V). Der Entwurf eines entsprechenden italienischen Schreibens an den österreichischen Botschafter in Venedig ist nach SA Frkr. Varia 46 Konv. Frkr. Varia 1792 VI-XII bei Vivenot 1, S. 116-118, abgedr. Kaunitz an Breuner (30. 5., 13., 20. 6., 4., 14. 7. 1792; SA Venedig Weisungen 11 Konv. Kaunitz an Breuner 1791/92); Kaunitz bzw. Ph. Cobenzl an Kardinal Hrzan (31. 5., 18. 6., 2. 7., 13. 9. 1792; SA Rom Korrespondenz 213 Konv. Weisungen 1792). Franz II. an Kaunitz (Ofen, 10. 6. 1792; StK Vorträge 151 Konv. 1792 VI), Ph. Cobenzl an Veigl (22. 11. 1792; SA Toskana Weisungen 32 Konv. Kaunitz-Veigl 1791/92). - Félix Bormarel, *Relations de la France et de la Toscane de 1792 à 1795*. In: RF 14 (1888) 673-706, Brian Moloney, *Anglo-Florentine Diplomatic Relations and the French Revolution*. In: *English Miscellany* 19 (1968) 273-293 [zu den später aus der toskanischen Neutralitätspolitik erwachsenden Spannungen mit England]. - Die diplomatischen Berichte der venetianischen Gesandten am französischen Königshof sind natürlich auch noch für unsere Zeit eine interessante Quelle: F. A. Aulard, *La correspondance des ambassadeurs vénitiens pendant la Révolution*. In: RF 29 (1895) 468-475, Rudolf von Albertini, *Die französische Monarchie des Ancien Régime im Urteil der venezianischen Relationen. Zur Frage der zeitgenössischen Beurteilung*. In: *Archiv für Kulturgeschichte* 33 (1951) 307-336. Eine Übersicht über die verschiedenen Editionen bei Carucci/Santoro, *Rivoluzione* 1, S. 81f. Unbefriedigend ist die Zusammenfassung der venetianischen Politik im Angesicht der Revolution bei André Bonnefons, *Un état neutre sous la Révolution. La chute de la République de Venise 1789-1797* (Paris 1908) 65-121.

¹⁶⁵) Note des russ. Botschafters Fürst Galiczyn (18. 5. 1792) mit der Anzeige des russ. Geschäftsträgers in Genua, Lisakewitz (22. 4./3. 5. 1792); Beilage zu Kaunitz an Ph. Cobenzl (18. 5. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 V).

Von sardinischer Seite mußte man an einer solchen Kooperation natürlich besonders interessiert sein. Zum einen hatte das Verhältnis zu Paris wegen der unsanften Zurückweisung des neuen französischen Vertreters für Turin, Sémonville, beträchtlich gelitten, den man in Italien seit seiner Zeit als Repräsentant Frankreichs in Genua als "schwarzes Schaf" des diplomatischen Korps betrachtete (April/Mai 1792). Vor allem aber entwickelte sich der spanische Neutralismus zur Gefahr für Sardinien-Piemont: Jetzt da die Spanier der Aktionsgemeinschaft gegen Frankreich unbedingt fernbleiben wollten, schien die Befürchtung, daß sich die freiwerdenden oder -bleibenden französischen Truppen auf die Grenzen zu Savoyen und Nizza konzentrierten, durchaus nicht unbegründet. Gelang hier ein Einbruch, stand den Franzosen ganz Oberitalien offen.

Anfang Juni 1792 bestürmte der sardinische Gesandte in Wien, Marquis de Brême, Vizekanzler Cobenzl, um Klarheit über die Absichten Österreichs in Norditalien zu gewinnen. War der Apostolische König nach der Kriegserklärung Frankreichs an dem lange forcierten Konzertgedanken und damit an einer Mitwirkung Sardiniens überhaupt noch interessiert? Viktor Amadeus III. bot Franz II. jedenfalls die gemeinsame Verteidigung ihrer italienischen Positionen an und bevollmächtigte Brême zum Abschluß einer entsprechenden Konvention. Angesichts der konkreten Offerten des Turiner Hofes aber blieb letztlich zweifelhaft, ob man sich mit den Sardinern nicht noch einen weiteren Klotz ans Bein band. Viktor Amadeus stellte die Aufstockung seiner Armee auf 40.000 Mann in Aussicht, gab jedoch gleichzeitig zu bedenken, daß man 10.000 Mann für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und von den verbleibenden Feldtruppen wieder etwa die Hälfte zur Besetzung der Grenzfestungen benötigte. Selbst unterstützt von den bereits zugesagten 8.000 Österreichern aus der Lombardei war man daher für eine Offensive gegen den Dauphiné oder die Provence ohne spanische oder schweizerische Hilfe viel zu schwach. Selbst die Aufrüstung auf 40.000 Mann brachte den Turiner Hof - so die Eigendarstellung - an den Rand des Mach- und Bewältigbaren, und konnten schon keine Geldmittel von außen aufgetrieben werden, so erwartete man sich in Turin, daß Wien wenigstens das in Aussicht gestellte Truppenkontingent nicht als ausgeliehene Subsidentruppe betrachtete, sondern die Unkosten zur Gänze selbst trug. Franz II. lehnte die Ansinnen Sardiniens ab: Auch Österreich hatte von anderen Mächten keinen ernstzunehmenden Beitrag zu erwarten; seine Finanzen gestatteten keine Geldzuwendungen für Sardinien, und eine Erhöhung des versprochenen Truppenkontingents kam ebenfalls nicht in Frage. Einstweilen wünschte man sich von Viktor Amadeus eindrucksvolle Defensionsanstalten und Maßnahmen zur Sicherstellung der inneren Sicherheit. Ein Allianz- und Beistandspakt sollte freilich nach dem Willen des Monarchen weiterhin auf der Tagesordnung bleiben; die für die entsprechende Nachdenkpause nötige Verzögerung wollte man mit den Krönungsgeschäften rechtfertigen.

Mitte Juni 1792 wurde Marquis de Brême entsprechend beschieden. Franz II. denke gar nicht daran, den gerechten Einsatz für die Ruhe und Sicherheit Europas, seinen Kampf gegen den "progrès contagieux de l'anarchie françois" aufzugeben, auch wenn die ganze Last des Krieges angesichts der überraschend großen Zurückhaltung der meisten übrigen Höfe nun alleine auf Wien und Berlin zurückfiel. Um so interessierter mußte man die sardinischen Angebote aufnehmen und für jede Ablenkung der französischen Aufmerksamkeit durch tatsächliche Operationen oder wenigstens imposante Demonstrationen dankbar sein, die so den raschen Vorstoß der preußisch-österreichischen Armee im Norden erleichterten. Die Wünsche des Turiner Hofes nach einem Mehr an militärischer Unterstützung und tüchtigen Finanzspritzen vermochte man zwar nicht zu erfüllen, der vorbereitete gewaltige Schlag der österreichisch-preußischen Heeresgruppen, der die Hauptaufmerksamkeit Frankreichs auf sich zog, die innere Zerrüttung Frankreichs und besonders der schlechte Zustand der französischen Armee mußten aber ohnedies französische Aggressionsabsichten deutlich dämpfen und die potentielle Gefahr für Sardinien-Piemont reduzieren.

Die unbefriedigende Antwort der Staatskanzlei rief umgehend eine neue sardinische Gegenoffensive hervor. Kaum mit der enttäuschenden "réponse verbale" der Österreicher konfrontiert, zog Marquis de Brême schon eine gemäßigte Proposition aus dem Ärmel. Sardinien wollte sich nun auch mit einer Konvention zufriedengeben, die eine Garantie des beiderseitigen Besitzstandes in Italien beinhaltete, die Entschädigung für die Kriegskosten der Einfachheit halber dem Gegner Frankreich überbürdete und die sofortige Überlassung der 8-9.000 Mann österreichischer Hilfstruppen für die sardinischen Kriegsvorbereitungen vorsah. Die Staatskanzlei bat sich zwar hinsichtlich der Defensivallianz Bedenkenzeit aus, fand aber gegen die gewünschte Garantieerklärung und die Entschädigungsforderung an Frankreich - als Ansprechpartner konnte dem Turiner Hof Baron de Breteuil empfohlen werden - nichts einzuwenden, sofern sie sich

Sardinien, ohne das vorerst ad acta gelegte Mächtekonzept abzuwarten, zum Kriegseintritt oder wenigstens zu eindruckgebietenden Demonstrationen entschloß und sich so das Recht erwarb, in einen späteren Friedensschluß Österreichs und Preußens mit Frankreich aufgenommen zu werden¹⁶⁶).

In Spanien litt indes der österreichische Botschafter Graf Kageneck unter den leidenschaftlichen Ausbrüchen des Grafen Aranda und mehr noch unter der traurigen Gewißheit spanischer Neutralität. Sicher qualifizierte der neue starke Mann am Madrider Hof auch die Revolutionäre in Paris ab und an als Narren, gewiß sah auch er die Gefahr einer rasanten Ausbreitung der "französischen Krankheit" nicht immer ganz ohne Sorge, natürlich subventionierte Spanien die Emigranten und besonders die königlichen Prinzen, und Unterstützung für Frankreich in seinem Kampf gegen Österreich und Preußen konnte es trotz des formal fortbestehenden Pacte de famille von 1761 natürlich nicht geben; vielleicht aber nur solange sich die Waagschale nicht überdeutlich zugunsten der Revolution neigte. Die Berichte des österreichischen Diplomaten vom spanische Königshof schlossen beinahe schon routinemäßig mit heftigen Schelten für die ungebrochene Francophilie Arandas, die sich offensichtlich auch auf das neue Frankreich erstreckte. Graf Kageneck war nicht der einzige, der dem aufgeklärten Staatsminister ernstlich "demokratische Grundsätze" und aufrichtige Sympathien für die Revolutionäre unterstellte. Unentschlossenheit und Furcht ortete der Botschafter Anfang Juni 1792 als bestimmende Impulsgeber der spanischen Außenpolitik. Besonders die Sorge Arandas vor einer allfälligen Vergrößerung Österreichs, Preußens oder anderer Reichsstände auf Kosten Frankreichs ließ Kageneck nicht gänzlich ausgeschlossen erscheinen, daß sich Spanien - eine unerfreuliche weitere Alternative - vielleicht gar an der Seite des Erzrivalen England als Mediator in den Krieg der Alliierten mit Frankreich drängte¹⁶⁷).

2.3 Ablenkung vom Ziel

Die "polnische Frage" und kein Ende

Schon die Verhandlungen mit Bischoffwerder in Wien im März 1792 und schließlich auch die unglücklichen Versuche, Rußland in das Mächtekonzept gegen Frankreich einzubinden, standen unter dem Unstern der "polnischen Frage".

Daß auch Preußens Herz keineswegs an der polnischen Verfassungsreform von 1791 oder überhaupt an einer Kräftigung des schwachen Nachbarn hing und Berlin nur äußerlich - etwa um dem sächsischen Kurfürsten zu gefallen - Zustimmung zu einer neuerlichen Verbindung der Adelsrepublik mit dem Kurfürstentum Sachsen signalisierte, war der Staatskanzlei von allem Anfang an kein Geheimnis. Berlin machte auch wenig Hehl daraus, daß es durch diese fadenscheinigen Gesten des guten Willens keineswegs irgendeine Verpflichtung eingegangen war, die neue polnische Verfassung zu schützen oder zu garantieren. Mußte schon eine Umwandlung des polnischen Wahlkönigtums in ein Erbreich Platz greifen, so war natürlich auch in den Augen Friedrich Wilhelms II. die sächsische Kandidatur die angenehmste Lösung, keinesfalls aber die dauerhafte Verbindung Sachsens mit Polen zu einem gefährlichen Machtkomplex. Preußen sagte zu, sich der Umsetzung der polnischen Verfassungsreform nicht widersetzen zu wollen, und konnte dies um so leichter tun, als auch in Berlin mit lebhafter russischer Opposition gerechnet wurde, die preußische Diplomatie aber gerade Zustimmung und Mitwirkung der Russen "pour l'établissement d'un système solide et permanent sur les affaires de Pologne" für unabdingbar hielt. Bestand auch - wie das preußische Kabinettsministerium zu versichern sich beeilte - keinerlei geheime Übereinkunft zwischen Berlin und Petersburg, um "vues d'agrandissement et de partage" ohne Wissen des österreichischen Verbündeten umzusetzen, so ließ sich andererseits doch damit kalkulieren, daß Rußland im Fall der Fälle in Preußen einen nur zu willigen Verbündeten gegen das "neue Polen" finden würde.

¹⁶⁶) Vortrag Kaunitz (5. 6. 1792) mit "Substance d'une conférence que j'ai eue [Cobenzl] avec le marquis de Brême" (3. 6. 1792) u. weiteren Beilagen, v.a. zur Affäre Sémonville, sowie "Observations faites verbalement par le marquis de Brême au ministère de S.M.R.A. en date du 20 de mai lors de la remise de la note responsive à la dépêche circulaire de Monsieur le prince de Kaunitz", Vortrag Kaunitz (17. 6. 1792) mit österr. "Réponse verbale" (15. 6. 1792) und der sard. Antwort (16. 6. 1792): StK Vorträge 151 Konv. 1792 VI.

¹⁶⁷) Kageneck an Kaunitz (7., 21., 28. 5., 4., 11., 18., 25. 6. 1792; SA Spanien DK 122 Konv. 3).

Erst im März 1792 langte beim russischen Botschafter in Wien, Fürst Galiczyn, die im Mai 1791 erbetene Stellungnahme Petersburgs zur polnischen Frage ein (Insinuation verbale, 17./28. Februar 1792), und auch Berlin wurde über die russische Polenpolitik aufgeklärt; allerdings in wenig konkreter Form. Katharina II. war jedenfalls, soviel stand fest, wild entschlossen, die polnische Verfassung gänzlich über den Haufen zu werfen und alles in den alten, von Rußland garantierten Stand zurückzusetzen; eine sächsisch-polnische Personalunion kam nicht in Frage. Hauptziel der Russen war - so sah man es in Wien - eine tiefgreifende Stärkung Polens zu verhindern, eine Absicht, mit der sich die Österreicher nur bis zu einem gewissen Punkt anfreunden konnten. Womöglich in Abstimmung mit Berlin wollte die Staatskanzlei aber wenigstens die Reste ihrer Polenpolitik auch unter dem Damoklesschwert einer russischen Intervention umsetzen, Polen "auf immer" für seine Nachbarn unschädlich machen, also einen Aufstieg zu einem gefährlichen modernen Machtstaat verhindern, andererseits aber auch vermeiden, daß ein machtpolitisches Vakuum in Polen zu einem permanenten Anlaß für Zwietracht und Eifersucht unter den drei Anrainerstaaten wurde. Bischoffwerder etwa hatte die Staatskanzlei Mitte März 1792 vorgeschlagen, im Gegenzug für eine dauerhafte Verbindung der Republik mit dem Kurfürstentum Sachsen eine Beschränkung der polnischen Heeresstärke auf 40-50.000 Mann festzulegen und Warschau eine immerwährende Neutralität in allen Zwistigkeiten seiner Nachbarn zur Pflicht zu machen. Polen als echte "puissance intermédiaire" zwischen den drei schwarzen Adlern profitierte gleichfalls von dieser Neutralisierung, indem es in Hinkunft frei von jeder "Kriegseinflechtung" blieb. Dies bedeutete eine Teilrevision der neuen Verfassung von 1791, und eben hier lag aus österreichischer Sicht für Berlin und Wien eine Chance, sich "legalen" Einfluß in Polen auf den Leib zu schreiben. Österreich und Preußen sollten diese in ihrem Sinne zu modifizierende Verfassung garantieren, sich mit Sachsen absprechen und sodann die Zarin mit dieser "Mehrheitsentscheidung" konfrontieren. Eine Zustimmung Rußlands hielt die Staatskanzlei vor dem Eintreffen der schlimmen Nachrichten aus der russischen Hauptstadt noch für durchaus wahrscheinlich, da zum einen wesentliche Interessen Petersburgs gewahrt blieben, andererseits aber ein offenes Bekenntnis Katharinas zu einem russischen Dominat in Polen oder gar dessen gewaltsame Durchsetzung gegen eine Interessengemeinschaft der anderen Partagemächte selbst von der resoluten Kaiserin nicht erwartet wurden. Die gleichzeitigen russischen Erklärungen in Berlin und Wien, aber auch die rigorose Abneigung der Preußen gegen die Kraftkuren der Österreicher für Polen und speziell gegen eine permanente Anbindung der Republik an Sachsen belehrten die Staatskanzlei jetzt eines Besseren¹⁶⁸).

Franz II. war damit in eine peinliche Lage geraten, nicht nur weil die "polnische Frage" die dringend nötige Konzentration auf die in ein entscheidendes Stadium getretene Frankreichpolitik behinderte. Man stand gewissermaßen zwischen den Fronten und lief Gefahr, beide Verbündeten gegen sich aufzubringen und so vielleicht noch selbst eine Radikalkur in Polen zu provozieren. Der Kurfürst von Sachsen sah sich in seiner bisher überaus vorsichtigen Politik bestätigt und blieb bei einer streng defensiven Abwartehaltung, worin ihn auch die zwar betont freundliche, aber doch entschiedene Feststellung des über Dresden nach Wien reisenden Bischoffwerder bestärkte, daß Friedrich Wilhelm II. sich der neuen Verfassung zwar nicht widersetzen wollte, doch andererseits auch an eine Garantie oder Unterstützung der Reform vom Mai 1791 nicht dachte. Daß jene Rahmenbedingungen eintraten, die Friedrich August den Österreichern Anfang April 1792 als Voraussetzung für eine Annahme der polnischen Krone namhaft machte ("de ne point rechercher cette couronne et de ne l'accepter un jour que sous des auspices et à des conditions qui puissent me faire espérer le bonheur de la Pologne sans exposer celui de Saxe"), war angesichts der rigorosen Ablehnung der sächsischen Variante durch die Zarin und der nicht einmal halbherzigen preußischen Unterstützung kaum mehr zu erwarten¹⁶⁹).

¹⁶⁸) Allgemein die bereits zur "polnischen Frage" genannte Literatur von Sybel über Herrmann bis Beer. Vortrag Kaunitz (11. 3. 1792) mit "Extrait de l'instruction du général Bischoffwerder" (Berlin, 12. 2. 1792); Vortrag Kaunitz und "Betrachtungen über die gegenwärtigen polnischen Angelegenheiten" (14. 3. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 III; Druck: Vivenot 1, S. 417-420) mit irrtümlich hier eingeteilten Beilagen: Preuß. Kabinettsministerium an Bischoffwerder (14. 3. 1792; Druck: Vivenot 1, S. 420f), russ. "Insinuation verbale" für Graf von der Goltz, preuß. Gesandten in Petersburg (17./28. 2. 1792); Kaunitz an Reuß (17. 3. 1792). Bischoffwerder an Kabinettsministerium (6. 3. 1792). Die Verhandlungen in der Polenfrage scheinen weitestgehend unter Umgehung Kaunitz' abgewickelt worden zu sein (vgl. etwa Herrmann, Polnische Politik, S. 409). Heidrich, S. 172-184.

¹⁶⁹) Franz II. an Kfst von Sachsen (24. 3. 1792; StK FriedA 75 Konv. Mission Landriani/A; Druck [mit irriger Datierung und Bestimmung]: Vivenot 1, S. 106), Staatskanzlei an Landriani (25. 3. 1792; StK FriedA 75 Konv. Mission Landriani/B). Kfst v. Sachsen an Franz II. (6. 4. 1792; StK DK Sachsen HK 2 Konv. Kfst v. Sachsen-Kaiser).

Der österreichischen Diplomatie ist es in der Folge nicht mehr gelungen, die Zarin zu einer Kursänderung im Sinne Wiens zu bereden. Als man Katharina II. Mitte April 1792 den Beitritt zur österreichisch-preußischen Allianz antrug und die Mittel und Ziele der bevorstehenden Polizeiaktion gegen Frankreich erläuterte, für die man natürlich einen satten russischen Beitrag erwartete, legte man nochmals das österreichische Programm zur Sanierung der polnischen Frage vor. Die Staatskanzlei blieb dabei: Erblichkeit der polnischen Krone, Garantie der polnischen Verfassung vom 3. Mai 1791 auf der Basis einer preußisch-österreichisch-russischen Tripelallianz unter Assoziierung Sachsens und Polens und gleichzeitige Beschränkung weiterer machtpolitischer Wachstumsmöglichkeiten für die Adelsrepublik im Bereich von Armee und Staatsfinanzen waren die einzig sinnvollen Maßnahmen, um "sûreté" und "prépondérance essentielle" der drei Nachbarmächte gleichermaßen zu verbürgen, eine notorische Konfliktquelle zum Versiegen zu bringen und im Falle eines Konflikts zwischen den Teilungsmächten eine billige Instrumentalisierung Polens durch eine Macht zu verhindern. Die Wiedereinführung der alten polnischen Verfassung dagegen schuf nicht das von Österreich erträumte "Zwischenland", sondern erneut eine Zone der Instabilität und einen Zustand, den man nur durch Druck und notfalls Waffengewalt aufrechterhalten konnte. Dies freilich ausgerechnet in einem Moment, in dem Österreich ganz nach dem Wunsch Rußlands sein Hauptaugenmerk auf den lästigen französischen Krisenherd im Westen richtete. Je weniger Mittel man in Wien gerade angesichts des Wiederaufbrechens der Ost-West-Dichotomie in der österreichischen Außenpolitik bei der Hand hatte, um sich in der "polnischen Frage" doch noch gegen Rußland oder gar gegen eine allfällige russisch-preußische Interessengemeinschaft durchzusetzen, desto größer die Verbitterung über das lange russische Schweigen seit Mai 1791 und die Unnachgiebigkeit der Zarin. Von allen Beteiligten hatte sich Österreich während der irritierenden Funkstille aus Petersburg am meisten für den sächsischen Kurfürsten exponiert; jetzt drohte mit jedem Rückzug von dieser vorgeschobenen Position eine internationale Blamage und natürlich eine schwere Verstimmung des sächsischen Kurfürsten.

Die den Russen schon seit Herbst 1791 unterstellte Strategie, die beiden Partner der 1. Polnischen Teilung in einen Krieg mit Frankreich zu hetzen, um so größtmögliche Bewegungsfreiheit gegen Polen zu gewinnen, schien voll aufgegangen. Im Mai 1792 war dann der Punkt erreicht, an dem eine gegengerichtete Junktimierung "französische Frage" - "polnische Frage", wie sie die Staatskanzlei versuchte, um Rußland mehr Flexibilität abzupressen, überhaupt nicht mehr griff. Österreich hatte sich auch in der französischen Frage nolens volens so weit nach vorne gewagt, daß eine ehrenhafte Retirade, mit der Wien für den Fall fehlender internationaler Unterstützung drohte, in Wahrheit gar nicht mehr möglich war. Das einstmalige exzessive Interesse Katharinas an den Vorgängen in Frankreich hatte dementsprechend deutlich abgenommen und einem Vorschlag zur Arbeitsteilung Platz gemacht: Preußen und Österreich sanierten die Lage in Paris, Rußland nahm sich der polnischen Revolution an. Und daß Verbindungslinien von der Seine an die Weichsel führten, schien außer Zweifel zu stehen, nachdem der französische Gesandte in Warschau Descorches in Außenminister Dumouriez einen kongenialen Partner für ein großangelegtes Anknüpfen an Frankreichs "klassische" Außenpolitik erhalten hatte und die von Preußen restlos enttäuschten Patrioten in Frankreich einen neuen Hoffnungsträger erblicken wollten.

Katharina II. beglückwünschte Franz II. jedenfalls, daß er seinen Regierungsantritt mit einem derart gloriösen Unternehmen wie der anstehenden Aktion gegen Frankreich adelte ("dont l'objet est de préserver toute l'Europe de la contagion d'un exemple à la fois funeste et scandaleux"). Für sich selbst warb sie freilich um Verständnis, wenn sie ihre Aufmerksamkeit und v.a. dem näheren und ebenso bedenklichen Krisenherd in Polen zuwenden mußte, um "désordres" und "anarchie", wie sie in Frankreich herrschten und nun nach russischer Auffassung durch die Mai-Verfassung auch in Polen gesät wurden, an der Weichsel schon im Ansatz mit Stumpf und Stiel auszureißen. Ungeschminkt sprach Petersburg die Erwartung aus, daß Franz II. als wahrer "Schüler" Josephs II. die Polenpolitik seiner treuesten Verbündeten unterstützte und so allfälligen polnischen Widerstand entscheidend verkürzte. Den Beitritt Rußlands zur preußisch-österreichischen Allianz aber lehnte die Zarin ab, weil der Separatartikel Polen betreffend Bestimmungen enthielt, die ihr mit ihren eigenen Verpflichtungen sowohl gegen die Adelsrepublik als auch gegen den österreichischen Verbündeten ganz und gar unverträglich schienen, behielt sich dafür allerdings den Abschluß eines Vertrags mit dem König von Preußen vor. Die von Wien eingemahnte kompromißbereite Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse Österreichs, das seine Ostgrenzen durch die Rüstungen gegen Frankreich entblößen und eben daher sowie wegen der bekannten Verbindungen zwischen Galizien und den polnischen Patrioten jeder kriegerischen Verwicklung in Polen doppelt unruhig entgegensehen mußte, beantworteten die Russen einfach mit Gegenforderungen.

Daß die Staatskanzlei gerade damals bei ihrem Werben um den Beitritt anderer Höfe zum Mächtekoncert und ihrem Plädoyer für eine gemäßigte Lösung in Frankreich ihre Glaubwürdigkeit verspielen mußte, wenn Österreich gleichzeitig in Polen an der befürchteten russischen Gewaltaktion mitwirkte, bedeutete in Petersburg eher eine sehr willkommene beträchtliche Behinderung der lästigen Wiener Politik des Maßhaltens. Schon im April 1792 mußte sich Österreich den Bankrott seiner Polenpolitik eingestehen und in jene Modifikationen der polnischen Verfassung von 1791 einwilligen, die man in Petersburg für unabdingbar notwendig und dringlich hielt. Die vorläufige Beschränkung der nicht mehr aufzuhaltenden russischen Aktion, die Vermeidung peinlicher "Gewaltmittel" und die Einwilligung der Zarin, den jetzigen erbenlosen Kurfürsten von Sachsen für seine "unüberwindliche Unentschlossenheit" zu belohnen und wenigstens ad personam auf den polnischen Thron gelangen zu lassen, war schließlich alles, wofür man sich bei der Zarin noch verwenden wollte.

Erinnert man sich der Selbstbeschwichtigungen, mit der sich die Staatskanzlei seit 1789 über den angeblich erlösenden Schiffbruch der systembestimmenden französischen Allianz von 1756 hinwegzutrusten suchte, und der rückblickend überaus kritischen Einschätzung des Bündnisses als das freie Spiel der Kräfte hemmende Fessel der österreichischen Außenpolitik, so fällt sofort die Parallele zur unerfreulichen Bilanz ins Auge, die man am Tiefpunkt der österreichisch-russischen Beziehungen im April 1792 auch aus über einem Dezennium der Partnerschaft Wien-Petersburg zu ziehen gesonnen war. Bei all ihren Hauptallianzen schien die Habsburgermonarchie letztlich erpreßbar und dem Bündnispartner mehr oder weniger ausgeliefert; möglichste bündnispolitische Unabhängigkeit wurde daher wieder einmal zum summum bonum hochstilisiert. Ganz besonders das außenpolitische System Rußlands der letzten zehn Jahre lebte einzig von der kritischen Lage Österreichs zwischen dem unsicheren Verbündeten Frankreich und dem offenen Feind Preußen und der daraus resultierenden Abhängigkeit Wiens von Petersburg. Dies ermöglichte es den Russen, so die Staatskanzlei, stets die größten Früchte der österreichisch-russischen Verbindung zu ernten. Mit dem Ausfall Frankreichs aus der Pentarchie der Großmächte und der Aussöhnung zwischen den Häusern Habsburg und Hohenzollern endete nun diese Vorzugsstellung der Zarin, solange es nicht gelang, Preußen in das russische Lager zurückzuführen und Franz II. vollends zu isolieren. Dies freilich konnte im Wege der polnischen Frage, wo Berlin die späte russische Willenserklärung sofort dazu benützte, um sich eiligst von der österreichischen Polenpolitik loszusagen, schneller bewerkstelligt werden, als der Staatskanzlei lieb war. Der für die übrigen Partagemächte zu vielschichtige Wunsch der österreichischen Diplomatie dagegen, Polen möge wenigstens soweit an innerer Konsistenz gewinnen, daß eine weitere Zerstückelung verhindert wurde, "ohne darum die Haupteigenschaften eines beschränkten, unschädlichen und neutralen Mittelstaates zu verlieren" - so in der Weisung an Graf Stadion nach London vom April 1792 -, hatte vor diesem Hintergrund kaum noch irgendeine Chance auf Realisierung¹⁷⁰⁾.

Die österreichischen Liebedienste für Sachsen beschränkten sich daher in der Folge darauf, die Informationen aus Petersburg und Berlin auch Dresden zugänglich zu machen und dem Kurfürsten so ein situationsangepaßtes Agieren zu ermöglichen. Sich in diesem Stadium noch zu widersetzen oder es gar auf einen Bruch mit den Russen ankommen zu lassen, erschien der Staatskanzlei sinnlos; "ce que l'on n'est pas en état de pouvoir empêcher, il faut bien y consentir" - so Kaunitz verbittert zu Staatsvizekanzler Cobenzl. Eines war freilich auch für die Zukunft unabdingbar: Die Zarin mußte dazu gebracht werden, in und gegen Polen nichts mehr ohne Absprache mit den beiden anderen Partagemächten zu unternehmen. Schon Anfang Mai 1792 skizzierte Kaunitz folgerichtig die Möglichkeit einer österreichisch-preußisch-russischen Konvention, in der sich die drei Partner zu stets konzertiertem Vorgehen verpflichten sollten. Immerhin durfte sich der Staatskanzler freuen, daß sich in der polnischen Frage Rußland "zuerst das Maul habe verbrennen wollen", daß also die Zarin die ganze "odiosité" des Unterfangens nach außen auf sich geladen hatte. Mischte sich nun auch Wien ein, so war eine Rechtfertigung dafür rasch gefunden: Man zog nur nach, um nicht außen vor zu bleiben, als Katharina II. im Mai 1792 in Wien und Berlin ihr bevorstehendes Eingreifen in Polen ankündigen ließ (23. April/4. Mai 1792). Auch die Russen waren natürlich um Ausreden und trickreiche Begründungen nicht verlegen: sie folgten nach offizieller Lesart mit ihrer Intervention nur dem Ersuchen der mit der neuen polnischen Verfassung unzufriedenen Kräfte des Landes, die sich im April 1792 in der Konföderation von Targowica zusammengefunden hatten; die man-

¹⁷⁰⁾ Kaunitz u. Ph. Cobenzl an L. Cobenzl (12. 4. 1792). Katharina II. an Franz II. (12. 4. 1792 [a. St.], 2. 5. 1792 [a. St.]; Druck: Becr, Leopold, S. 172-176). Kaunitz an Stadion (18. 4. 1792).

gelinde Absprache mit den beiden anderen Partagemächten entschuldigte man zunächst mit der Notwendigkeit, die aus den geräumten türkischen Provinzen abziehenden russischen Truppen bei ihrem Rückmarsch möglichst rasch in Polen einzusetzen. Schon am 19. Mai 1792 überschritten die ersten russischen Einheiten die Grenze nach Polen, und bis Ende Juli 1792, als sich auch König Stanislas nach längerem Lavieren zwischen den Fronten bedingungslos unterwarf und den polnischen Truppen die Einstellung der Kampfhandlungen befahl, hatten Russen und konföderierte Polen gegen durchaus ehrenhaften Widerstand der Patrioten die Oberhand gewonnen¹⁷¹).

Die Wiedererweckung des "bayerischen Tauschplanes"

Die Reaktion des Berliner Kabinettsministeriums auf die Absonderlichkeiten der russischen Polenpolitik war demgegenüber weit weniger schicksalsergebend. Schon gegen Ende Mai 1792 mußte sich Fürst Reuß auf Ersuchen Graf Schulenburgs in geheimer Sache an Staatsreferendar Spielmann wenden, der jetzt unter Franz II. endgültig als neuer starker Mann der Staatskanzlei galt; die letzte Wienmission Bischoffwerders hatte auch dies klar zutage gefördert. Nach den einseitigen Entschlüssen der Russen schien dem Kabinettsministerium der Zeitpunkt für eine konzertierte preußisch-österreichische Gegenoffensive und damit in weiterer Folge für eine Klärung der leidigen Entschädigungsfrage gekommen, die Wien Anfang Mai 1792 in Berlin offiziell zur Sprache gebracht hatte. Der Vorschlag Schulenburgs sah daher auch recht deutliche Schritte vor: Berlin und Wien sollten dem nun erfolgenden russischen Einmarsch keinesfalls tatenlos zusehen, sondern gleichfalls zwei Observationskorps von je 11-12.000 Mann in Polen einrücken lassen, ohne für irgendeine Seite Partei zu ergreifen, nur mit dem Ziel, die Zarin zu einer klaren Sprache zu zwingen und gleichzeitig zu verhindern, daß Rußland "alleinige Gewalt" über Polen gewann oder einseitig Erwerbungen einstrich. Trachtete Petersburg wirklich nach der Abpolsterung des russischen Staatsgebietes durch Zuerwerb der Ukraine, so eröffnete dies auch der noch ungelösten Frage der Entschädigung für den anstehenden preußisch-österreichischen "Polizeieinsatz" gegen Frankreich neue Möglichkeiten. Preußen konnte sich gleich Rußland in Polen arrondieren und Österreich seine Entschädigung am Rhein suchen¹⁷²).

In Berlin waren also die Würfel zuungunsten Polens gefallen. Als sich daher Ende Mai 1792 der polnische König im Angesicht der russischen Bedrohung an seinen (nominellen) Verbündeten Preußen wandte und seiner Hoffnung auf preußische Unterstützung gegen flagrante russische Aggression Ausdruck verlieh, holte man sich eine kalte Dusche. Preußen sah keine Allianzverbindlichkeiten, interessierte sich

¹⁷¹) Staatskanzlei an Landriani (2. 5. 1792; StK FriedA 75 Konv. Mission Landriani/B); Kaunitz an Ph. Cobenzl (4., 18. 5. 1792; GK 406 Konv. A; Druck: Schlitter, S. 59, 61). Der Brief vom 18. 5. 1792 ist auch bei Vivenot 2, S. 47, abgedr., dort jedoch falsch als Billet des Staatskanzlers an Franz angegeben. Reuß an Kaunitz (15. 5. 1792). - Herrmann, Geschichte Erg. Bd., S. 263-286, Heidrich, S. 184-190, Lord, S. 243-309, Jerzy Lojek, Catherine's Armed Intervention in Poland: Origins of the Political Decisions at the Russian Court in 1791 and 1792. In: Canadian Slavic Studies 4 (1970) 570-593 verweist auf die höchst unterschiedlichen Meinungen der russischen Verantwortungsträger und der Hofparteien, wie auf den "Verfassungsputsch" in Polen zu reagieren sei. Als treibende Kraft einer anti-österreichischen Neuorientierung der russischen Politik, einer weiteren polnischen Teilung gemeinsam mit Preußen und als Verfechter einer völligen Vertreibung der Osmanen aus Europa mit anschließender Errichtung eines neuen oströmischen Kaiserreichs unter Großfürst Konstantin und eines dacischen Pufferstaates unter seinem eigenen Szepter wertet Lojek Fürst Potemkin, der allerdings vom Günstling der Zarin, Platon Zubov, in allem konterkariert wurde. Nach Potemkins Tod im Oktober 1791 übernahm Zubov selbst die Führung der "Interventionisten". Gegen heftigsten Widerstand des Staatsrats wurde die Intervention erst Anfang April 1792 definitiv beschlossen. Vgl. auch Palmer 2, S. 86-96, Madariaga, Russia, S. 431-433.

¹⁷²) Reuß an Spielmann (22. 5. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 55f). Zum Folgenden auch: Herrmann, Geschichte Erg. Bd., S. 287-301, Sybel, Geschichte (4. Aufl./neue Ausg.) 1, S. 477-486, Beer, Analekten, S. 13-17. Die Anregung, Preußen möge sich auf polnische Kosten gütlich tun, dafür aber Österreich anderweitige Entschädigung (den Eintausch Bayerns) gestatten, hat Spielmann dem preuß. Gesandten Jacobi gegenüber bereits im März 1792 nach dem Scheitern der Wiener Stabilisierungspläne ausgesprochen. Schon Bischoffwerder berichtete Ende Februar 1792 von der Bereitschaft der Österreicher, den Tauschplan wiederaufzunehmen: Herrmann, Polnische Politik, S. 412, Heidrich, S. 162f, Aretin 1, S. 263. Seit Mitte Mai 1792 führten die Preußen auch Sondierungsgespräche mit den Russen. - Die "polnische Ablenkung" veranlaßte schon L. von Ranke zu dem berühmten Diktum, daß Friedrich Wilhelm II. an Maas und Seine eigentlich bloß Danzig und Thorn erobern wollte (Ursprung und Beginn der Revolutionskriege 2. Aufl., S. 194). Die Unmöglichkeit von Erwerbungen im Osten bei Absenz im Westen unterstreicht auch Holzapfel, S. 792. - Die "Entschädigungsfrage" insgesamt thematisiert für die preuß. Seite erschöpfend Heidrich im Hauptkapitel seiner Arbeit (II. Abschnitt, 3. Kapitel), zu den Diskussionen ab Ende Mai 1792 bes. S. 191-198, 219-230. Vgl. auch Lord, S. 310-347.

nicht für die territoriale Integrität der Adelsrepublik, die man im Bündnisvertrag von 1790 garantiert hatte. Vielmehr tadelte Berlin die unüberlegte Kehrtwende in Polen seit 1791 und mancherlei Provokationen an die Adresse der Zarin, gegen die man oft genug warnend die Stimme erhoben habe. Preußen hatte nie Anteil an der Verfassungsänderung vom Mai 1791 gehabt und sie nur stillschweigend zur Kenntnis genommen, an dem festen Entschluß, die reformierte polnische Verfassung unter keinen Umständen zu verteidigen, keinerlei Zweifel gelassen. Das Polen, das nun einer bewaffneten russischen Intervention entgegenblickte, war nach preußischer Auffassung nicht mehr jenes Polen, mit dem sich Friedrich Wilhelm II. 1790 verbunden hatte¹⁷³).

Ganz ähnlich reagierte die Staatskanzlei auf vermehrte Gerüchte, Franz II. werde weiterhin energisch für die Aufrechterhaltung der Verfassung vom 3. Mai 1791 eintreten. Nun war man heilfroh, daß man *offiziell* nie wirklich zu dieser Problematik Stellung genommen hatte und sich jetzt um so leichter darauf zurückziehen konnte, daß zu der behaupteten Vorgehensweise keine vertragliche oder sonstige Verpflichtung bestand. Die freundschaftlichen Gefühle des Apostolischen Königs für den sächsischen Kurfürsten lagen auf einer gänzlich anderen Ebene, setzten sich auch nicht in Widerspruch zu dem sich jetzt abzeichnenden Absprung der Wiener Politik, hatte doch Friedrich August selbst erklärt, die polnische Krone nur dann annehmen zu wollen, wenn alle Nachbarn einverstanden waren. Umsonst machte daher der polnische Gesandte in Wien, Graf Woyna, die Staatskanzlei Anfang Juni 1792 mit den russischen Drohungen gegen Warschau bekannt und gab zugleich seiner zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck, daß Wien dem Einmarsch russischer Truppen in der Republik nicht indifferent gegenüberstehen werde. Österreich sollte vielmehr, ging es nach den Wünschen Polens, bei seinem Verbündeten Rußland intervenieren, um "le gouvernement légal établi et sanctionné par la nation dans le but d'obvier aux maux de l'ancienne anarchie" in Warschau doch noch vor dem Untergang zu bewahren. Der österreichische Geschäftsträger in Warschau, Caché, war bereits angewiesen worden, den polnischen Hoffnungen auf österreichische Unterstützung eine klare Absage zu erteilen. Den russischen Alliierten machte man natürlich einigermaßen verärgert darauf aufmerksam, daß ein offeneres Gebaren Petersburgs und zeitgerechte Willenskundgebungen in der polnischen Frage allen Beteiligten viel peinliches Hin und Her erspart hätten¹⁷⁴).

Ende Mai 1792, ehe er zur ungarischen Königskrönung nach Ofen abreiste, beantwortete Staatsreferendar Spielmann - immer noch hinter dem Rücken Kaunitz' - die vertraulichen Anregungen des preußischen Kabinettsministers von der Schulenburg. Auch dem Staatsreferendar leuchtete ein, daß ein *Dédommagement* Preußen und Rußland primär auf Kompensationen aus polnischem Territorium verwies. Anders als die Preußen selbst noch in der ersten Jahreshälfte im Rahmen sich konkretisierender Gespräche über eine mögliche Entschädigung für ihren Einsatz gegen Frankreich erwogen hatten, schien nun klar, daß die einzig sinnvolle Arrondierung des preußischen Staatsgebietes gegen Polen erfolgen mußte, und Wien wollte, so Spielmann, dem neuen Freund diesen Zuerwerb gerne und ohne Jalousie gönnen. Eine Abfindung Österreichs am Rhein, wie von Schulenburg vorgeschlagen, kam aber nicht in Frage. Was nützte Vergrößerung ohne Arrondissement, noch dazu wenn der Zugewinn aus der französischen Konkursmasse kam und sich Wien so als einzige Macht gegen alle bisherigen Versicherungen doch auf Kosten Frankreichs bereicherte. Interessanter schien der Erwerb von Französisch Flandern und Hennegau, die die Österreichischen Niederlande nach Süden erweiterten, dabei freilich wegen des engen Festungsgürtels schwer und sicher nicht im zeitlichen Rahmen der diesjährigen, den "französischen Unfug" beendenden Campagne zu erobern waren. Denn dafür hätte man den Operationsplan des Herzogs von Braunschweig ändern und den Hauptstoß der Alliierten von den Österreichischen Niederlanden aus führen müssen. Spielmann sah nur eine wirklich befriedigende Lösung: den Austausch der belgischen Provinzen gegen Bayern und die Oberpfalz, eine zu Zeiten der österreichisch-preußischen Feindschaft undenkbare Variante. Der Staatsreferendar unterließ nichts, um dem preußischen Gegenüber diese Lösungsmöglichkeit schmackhaft zu machen. Das Haus Pfalzbayern zog nur Vorteile daraus, Preußen - endlich am Ziel seiner polnischen Ambi-

¹⁷³) Kg. von Polen an Kg. v. Preußen (31. 5. 1792) u. die preuß. Antwort (o.D.) als Beilage zu Reuß an Kaunitz (9. 6. 1792); StK Preußen DK 70 Konv. Relationen aus Berlin 1792 Januar-Juni. Preuß. Mémoire (prés. durch Baron Jacobi 20. 4. 1792; StK DK Preußen 71 Konv. Promemorien d. kgl. preuß. Gesandten in Wien 1792).

¹⁷⁴) Vortrag Kaunitz (1. 6. 1792) mit dem Kommunikat des poln. Gesandten (1. 6. 1792); StK Vorträge 151 Konv. 1792 VI. Kaunitz an Caché (6. 6. 1792; SA Polen II Weisungen 82 Konv. Expeditionen 1792), an L. Cobenzl (9. 6. 1792; SA Rußland II Weisungen 177 Konv. Expeditionen 1792; Druck: Vivénot 2, S. 88f).

tionen - hätte zumindest keine Nachteile zu gewärtigen, der Status quo im Deutschen Reich blieb vollauf gewahrt (!), Großbritannien und den Vereinigten Niederlanden konnte dieser Plan durchaus genehm sein, und Rußland hatte den Tauschplan schon Mitte der achtziger Jahre unterstützt.

Einer Brückierung der Russen durch einen Einmarsch österreichischer und preußischer Truppen in Polen wollte sich Spielmann aber unbedingt versagen. Nicht nur für Österreich mußten die bitteren Reaktionen der Zarin bedenkliche Folgen haben; auch und gerade gegenüber Preußen waren die saueren Reminiszenzen an die Jahre 1789-1791 in Petersburg sicher rasch wieder aufgewärmt, und möglicherweise lauerte London schon im Hintergrund, um Katharina bei den ersten Anzeichen einer Verstimmung zwischen den drei schwarzen Adlern wieder an sich zu ziehen. Spielmann plädierte daher dafür, den russischen Wünschen zu willfahren und dafür die Zarin im Gegenzug auf die Vorstellungen Berlins und Wien festzulegen. Gegen eine preußische Entschädigung auf polnische Kosten würde Petersburg wohl kaum ernste Einwände erheben, zumal so das Hauptziel der russischen Polenpolitik um so eher erreicht werden konnte - jedenfalls nach österreichischer Ansicht: Polen in einem beruhigenden Grad an Nullität zu erhalten¹⁷⁵).

Schon Anfang Juni 1792 kam die Antwort Schulenburgs. Berlin war mit den Einwänden Spielmanns einverstanden. Angesichts der Tatsache, daß sich ja auch Preußen arrondieren wollte (es ging v.a. um die Gewinnung eines Verbindungsstücks zwischen Preußen und Schlesien), durfte man gleichgelagerte Wünsche Österreichs, die sich durch den "bayerischen Tauschplan" noch vergleichsweise am einfachsten realisieren ließen, nicht abschlagen. Die Details des komplizierten Verfahrens - auch die Frage einer "Zuwaage" für den pfalz-bayerischen Kurfürsten etwa aus dem französischen Hennegau - sollten während der Entrevue zwischen Franz II. und Friedrich Wilhelm II. nach der Kaiserkrönung besprochen werden. Nun schien auch dem Berliner Kabinett der Zeitpunkt gekommen, die österreichisch-preußischen Explikationen wieder in offizielle Kanäle zurückzulenken.

Der Eklat mit dem bisher übergangenen Staatskanzler Kaunitz war dadurch quasi vorprogrammiert, nachdem es schon Ende Mai/Anfang Juni 1792 zu ersten Reibereien zwischen Kanzler und Staatsreferendar gekommen war. Baron Jacobi, Anfang Mai 1792 abberufen, und sein eben eingetroffener Nachfolger als preußischer Gesandter in Wien, Christian Heinrich Kurt Graf Haugwitz (1752-1832), hatten eigenmächtig nach einer entsprechenden Ouverture Kaunitz' der Staatskanzlei Ende Mai 1792 zur polnischen Frage den Entwurf einer Erklärung an den russischen Hof vorgelegt. Fürst Kaunitz war von der Möglichkeit, sich durch eine solche (im Gegensatz zur ursprünglichen preußischen Vorlage merklich entschärfte) Erklärung einen schicklichen, gegenüber Rußland nicht kompromittierenden Fluchtweg aus dem polnischen Schlamassel zu bahnen und der Zarin doch noch so gut als möglich die Hände zu binden, angetan und stritt sich bald mit Staatsreferendar Spielmann, der die Idee zu rabiät und dem großangelegten Kompensationsplan wenig angemessen fand. Bei Franz II. beschuldigte der greise Staatskanzler seinen Referendar gefährlicher Querschüsse gegen die Abgabe einer solchen Deklaration und warnte den Souverän bei dieser Gelegenheit generell vor dem perniziösen Einfluß Spielmanns. In Berlin goutierte Schulenburg den unautorisierten Vorstoß der beiden preußischen Diplomaten keineswegs, optierte er doch, wie seinem ersten Schritt gegenüber Spielmann zu entnehmen war, zunächst für ein deutlich resoluteres und weniger verdecktes Auftreten gegen Rußland und votierte später dagegen, die Zarin nutzlos zu reizen. Das bedrohliche Gespenst einer russischen Politik, die wieder den Spaltkeil zwischen Berlin und Wien zu trei-

¹⁷⁵) Spielmann an Reuß (29. 5. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 63-67). Der Zustimmung Karl Theodors glaubte man angesichts seiner anhaltenden Gier nach der Königswürde sicher sein zu können: Schrepfer, S. 26f. Die (sehr kritische) Gesamteinschätzung des bayerischen Tauschplanes als Kernstück der Cobenzlschen und Spielmannschen Außenpolitik in der Nach-Kaunitz-Ära bei Alfred Ritter von Vivenot, *Zur Genesis der Zweiten Theilung Polens 1792-1793* (Wien 1874). - Über den bayerischen Tauschplan in den siebziger und achtziger Jahren vgl. Karl Otmar Freiherr von Aretin, *Kurfürst Karl Theodor (1778-99) und das bayerische Tauschprojekt. Ein Beitrag zur Geschichte des bayerischen Staatsgedankens der Montgelaszeit*. In: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 25 (1962) 745-800, Paul B. Bernard, *Joseph II and Bavaria. Two Eighteenth Century Attempts at German Unification* (Den Haag 1965); allgemeiner Ernst F. S. Hanfstaengl, *Amerika und Europa von Marlborough bis Mirabeau. Die weltpolitische Bedeutung des belgisch-bairischen Tauschprojekts im Rahmen der hydro-geographischen Donau-Rhein-Scheldepolitik und der österreichisch-amerikanischen Handelspläne Kaiser Josephs II. und John Adams'* (München 1930). Schon bei einem zweiten Anlauf zur Realisierung des bayerischen Tausches 1784/85 kam übrigens dem Wunsch nach größerer Selbständigkeit gegenüber dem ungeliebten französischen Alliierten in den österreichischen Überlegungen ein beträchtlicher Stellenwert zu. Die Kontinuität "geopolitischer" oder "strategischer" Anliegen auf österreichischer (bayerischer Tauschplan) wie auf preußischer Seite (Eintausch der Lausitzen) verdient unterstrichen zu werden.

ben suchte, schien gerade ihm nicht fern. Entsprechende russische Versuchsbalkons fehlten auch nicht, wie Schulenburg einbekennen mußte, und Generalmajor Bischoffwerder warnte eindringlich vor Prinz Heinrich, der immer noch alles tat, um Mißtrauen und Zwietracht zu säen.

Noch vor Ablauf des Juni 1792 verließ ein österreichischer Kurier Wien, um über Berlin dem Botschafter in Petersburg Graf Cobenzl die von Kaunitz umgearbeitete österreichisch-preußische Deklaration und den Entwurf einer Drei-Mächte-Konvention zuzustellen, die dann dem russischen Ministerium eingehändigt werden sollten, wenn sich auch Preußen zu einem solchen Schritt bereit fand. Nochmals tadelte man in der Deklaration die geringe Bereitschaft Rußlands, sich in der polnischen Frage mit den Partnern von 1772 abzusprechen. Dabei mußte auch der Zarin klar sein, daß die künstliche Wiederherstellung der inneren Verwirrung und des alten russischen Einflusses in Warschau nicht unter Ausschluß der beiden anderen Partagemächte stattfinden konnte, die auf Grund ihrer geographischen Lage und ihrer politischen Verbindungen wie auch im Sinne der eigenen Ruhe und Sicherheit ein wenigstens ebenso starkes Interesse an den Vorgängen in Polen hatten wie Rußland selbst. Das galt jedenfalls für Preußen und - durch die Kompensationsmechanik - auch, aber am schwächsten für Österreich. Deshalb glaubte man nun der Zarin zumuten zu können, auf die Führer der Konföderation von Targowica dahingehend Druck auszuüben, damit diese nachträglich auch Wien und Berlin zur gemeinschaftlichen Wiederherstellung des "ancien gouvernement républicain" im Verband mit Petersburg aufforderten. Dieser Erklärung angeschlossen war eine Konvention zwischen Berlin, Petersburg und Wien, die alle drei Mächte in der polnischen Frage zu stets konzertiertem Vorgehen verpflichtete und so einen präponderierenden Einfluß eines einzigen Hofes auszuschließen bestrebt war. Signalisierte die Zarin Einverständnis, so wollten Wien und Berlin durch ihre Vertreter in Warschau sofort jene drohenden Schritte nachholen, die der russische Gesandte Bulgakow schon Mitte Mai 1792 gesetzt hatte, und gedachten auf diesem Wege den Widerstand der Polen abzukürzen¹⁷⁶).

Auch was die Mitwirkung Rußlands am bevorstehenden Feldzug gegen Frankreich anlangte, kamen aus Petersburg bestenfalls ernüchternde Neuigkeiten. Gegen die bisher großmäuligen Russen hatte man zwar gute Argumente bei der Hand, kaum aber die nötigen Druckmittel, um die Zarin, der man jetzt wegen ihres lebhaften Drängens zur Intervention gegen die Französische Revolution maßgeblichen Anteil an der Entwicklung Richtung Krieg zuschreiben zu dürfen meinte, zur Umsetzung ihrer Ankündigungen und Versprechungen zu bewegen.

Die Staatskanzlei war sich selbst Anfang Juni 1792 im klaren, daß eine Reklamation des casus foederis österreichischerseits den russischen Beitrag zur "cause commune" viel zu niedrig ansetzen mußte: Der Vertrag von 1789 verpflichtete die Zarin zur Stellung von 10.000 Mann Infanterie und 2.000 Mann Kavallerie; bei einem Angriff auf die Österreichischen Niederlande durfte die Entsendung von Truppen der Umständlichkeit und weiten Entfernung wegen sogar in Geld abgelöst werden (400.000 Rubel). Ein Anschluß Rußlands an das Konzert - und zwar an das durch die französische Kriegserklärung selbst aktivierte österreichisch-preußische Aktionskonzert, nicht an das "eventuelle" gesamteuropäische - und die Bereitstellung angemessener Hilfsmittel schien hier schon um einiges mehr zu versprechen als die pure Erfüllung der Bündnisverpflichtungen in enger Auslegung. Die von der Zarin angebotenen russischen Truppen konnten allerdings in jedem Fall nicht vor Mitte Oktober 1792 am Schauplatz eintreffen, und zu die-

¹⁷⁶) Kaunitz an Franz II. (30. 5. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 67f) mit dem von Graf Haugwitz überreichten Projekt u. einer österr. Skizze mit dem Entwurf einer Konvention zwischen den Höfen von Wien, Berlin u. Petersburg, Spielmann an Franz II. (Ofen, 5. 6. 1792); StK Vorträge 150 Konv. 1792 V. Reuß an Spielmann (4., 9. 6. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 80-82, 89-91). Ph. Cobenzl an Kaunitz (4. 6. 1792) mit Marginalie des Staatskanzlers u. dto. ([11. 6. 1792]), Kaunitz an Ph. Cobenzl (11. 6. 1792; Druck: Schlitter, Kaunitz, S. 61f), Ph. Cobenzl an Kaunitz ([11.] 6. 1792); GK 406 Konv. A; Kaunitz an Franz II. (13. 6. 1792) mit Beilagen: StK Vorträge 151 Konv. 1792 VI; Kaunitz an Ph. Cobenzl (19./20. 6. 1792; StK Vorträge 151 Konv. 1792 VI, GK 406 Konv. A; Druck: Vivenot 2, S. 95, Schlitter, Kaunitz, S. 62f). Kaunitz an Reuß (9., 20./21. 6. 1792; StK DK Preußen 71 Konv. 1792 Rescripte nach Berlin; Druck: Vivenot 2, S. 87f, 97-100, 107) mit der "Déclaration commune de la cour de Vienne et de celle de Berlin à faire à Pétersbourg en conséquence du manifeste russe sur la contre-révolution en Pologne" (20. 6. 1792). Kaunitz an Franz II. (26. 6. 1792; StK Vorträge 151 Konv. 1792 VI; Druck: Vivenot 2, S. 115f) mit Beilagen. Preuß. Réponse verbale für den russ. Sondergesandten Alopäus (prä. Juli 1792; StK DK Preußen 71 Konv. Promemorien d. kgl. preuß. Gesandten in Wien 1792). Die von den österreichischen und preußischen Diplomaten in Petersburg Mitte Juli 1792 übergebene Deklaration stieß bei den Russen natürlich auf Ablehnung; Lord, S. 300-305, Heidrich, S. 199-206. - Im Sommer 1792 wurde für die Reichs-sachen Legationsrat Cesar als Resident am Kaiserhof bestellt. Zu den personellen Verschiebungen in der preußischen Vertretung in Wien: Friedrich Wilhelm II. an Franz II. (2. 5. u. 26. 7. 1792; StK DK Preußen 71 Konv. Promemorien d. kgl. preuß. Gesandten in Wien 1792).

sem Zeitpunkt hoffte man ja in Wien und Berlin den französischen Unruheherd längst ausgefegt zu haben. Eine Umwandlung der Truppenhilfe in Geld dünkte daher Staatskanzler Kaunitz durchaus vernünftig, vorausgesetzt, daß der Betrag - man mußte ja mit Preußen brüderlich teilen - das im Allianzvertrag von 1781/89 vorgesehene Subsidium deutlich überstieg. Dazu kam noch die Finanzierung eines schwedischen Expeditionskorps von 6-8.000 Mann durch die Zarin und die Anerkennung der begrenzten Kriegsziele, die sich Wien und Berlin im Sinne ihrer "convenances permanentes" gesteckt hatten, denn "eine frühe oder späte Wiederaufhebung des überwiegenden französischen Einflusses" widersprach den vitalen Interessen aller Nachbarn Frankreichs; das Ancien Régime war daher nur insoweit wiederherzustellen, als es "das Bedürfnis der allgemeinen Sicherheit" erforderte. Um aber die Schockwirkung des gewünschten russischen Beitritts zu der gegen Frankreich gerichteten Achse Berlin-Wien zu optimieren, sollte Rußland seine Teilnahme öffentlich ankündigen; außerdem ließ sich eine jetzt doppelt signalhafte Erneuerung des österreichisch-russischen Bündnisses gleichzeitig dazu benützen, formale Gebrechen zu beheben. Der Abschluß des Bündnisses von 1781 wie auch die erste Erneuerung 1789 waren ja aus protokollarischen Gründen nur in Form von Handschreiben der beiden Monarchen erfolgt, also für andere Höfe, aber auch für das Publikum "unvorzeiglich". Nun konnte man die Zeit bis zur Kaiserkrönung verwenden, um die lästige Frage des Alternats beiseite zu schieben und einen förmlichen Allianzvertrag aushandeln. Botschafter Cobenzl erhielt sofort die nötigen Vollmachten zugestellt.

Auch in weiterer Folge blieben aber die russischen Überlegungen zu den Vorgängen in Frankreich und der dort dringend erforderlichen Gegensteuerung sehr im allgemeinen, und dies war für die anstehende Intervention Österreichs und Preußens doppelt bedenklich. Denn mittlerweile hatte sich längst bestätigt, was Wien immer befürchtet hatte, daß nämlich viele Mächte nur auf die Festlegung Preußens und Österreichs auf den Kampf gegen die Revolution gewartet hatten, um sich aus den Verwicklungen zurückzuziehen und die Hauptlast den beiden Verbündeten aufzubürden. Und das obwohl Wien und Berlin nur eine kurze Polizeiaktion planten und sich strenge an die engen selbstgesteckten Vorgaben hielten, "calculées d'ailleurs sur les intérêts permanents de l'Autriche et de la Prusse ainsi que de la plupart des autres puissances européennes et nommément de l'Angleterre". Spanien unter Graf Aranda agierte in völlig undurchsichtiger Weise, auch Schweden machte eine Sonderentwicklung durch. Dänemark hatte sich für neutral erklärt, nur Sardinien-Piemont war zu aktiver Teilnahme am Krieg gegen Frankreich bereit, wollte dafür aber Last und Kosten auf Wien abwälzen. Von einem Konzert der Mächte ließ sich daher realistischere nichts mehr erwarten, schon gar nicht für den Verlauf des beginnenden Feldzugsjahres 1792, und ein weiteres war ja in den Kalkulationen der zuversichtlichen Kriegsplaner zunächst nicht vorgesehen. Vor diesem sehr ernüchternden Hintergrund sollte doch wohl wenigstens die Zarin für ihre Hilfeleistung an die beiden einzigen aktiven Mächte nicht den Zeitpunkt der Realisierung der mehr oder minder obsoleten Konzertidee abwarten. Hinter vorgehaltener Hand bestätigte man sich in Wien aber einen alten grausigen Verdacht: Auch Rußland hatte in Wien und Berlin nur deshalb so viel aufgesetzten Eifer in der französischen Sache an den Tag gelegt, "um beide darinnen ernstlich zu verwickeln und sich in Polen freie Hände zu beschaffen". Zudem konnte und wollte sich die Zarin mit den beschränkten Zielen der österreichischen Frankreichpolitik nicht abfinden. Sie strebte vielmehr, so die Vermutungen der Staatskanzlei, nach einer gänzlichen Wiederherstellung des Ancien Régime und wünschte im Sinne der "Staatsmaximen" des Petersburger Hofes Frankreich die Wiedergewinnung von Konsistenz und Einfluß im europäischen System. Dies bestätigte sich schließlich Anfang Juli 1792 vollauf durch Meldungen des Fürsten Reuß aus Berlin. Hier hatte die Zarin erklären lassen, daß auch sie natürlich für eine Mitwirkung an einer Strafexpedition gegen Frankreich auf Entschädigung bestehen müsse, und außerdem explizit gebeten, später bei der Sanierung Frankreichs darauf zu achten, "daß dieses Reich in der politischen Wagschale ferner ein bedeutendes Gewicht behalte und nicht in den Zustand der Nullität versetzt werden möge". Hinfort wollte man von weiteren Bekehrungsversuchen in Petersburg absehen, rückte aber selbst von den bekannten Grundsätzen der eigenen Frankreichpolitik nicht ab, "en tenant sur la situation interne de la France la réserve la plus propre à menager les esprits modérés de la nation française et à en prévenir la coalition avec le parti démocratique", was in anderen Worten auch den sehr weitgehenden Ausschluß der Emigranten bedeutete. Denn für die "Zeit danach" stellte man sich kein plumpe Diktat der Gewalt vor, sondern Verhandlungen "avec les représentants légitimement autorisés par la nation et présidés par le Roi

remis en pleine liberté¹⁷⁷⁾.

Erst am 21. Juni 1792 informierte Franz II. noch von Ofen aus den Staatskanzler über die bislang geheimen, von beiden Monarchen gedeckten Verhandlungen zwischen Schulenburg und Spielmann und warb bei Kaunitz um den bayerischen Tauschplan, dessen prinzipielle Nützlichkeit ja schon unter der Regierung Josephs II. außer Streit gestanden sei. Diesen nun in günstiger Konstellation umzusetzen, mußte in den Augen Franz' "das größte Glück des Staates" bedeuten und die Ära Kaunitz mit einem krönenden Glanzlicht versehen. Kaunitz kam der Aufforderung des Monarchen zu einem entsprechenden Gutachten - die österreichische Position sollte bis zur Abreise Franz' nach Frankfurt Anfang Juli 1792 klar umrissen sein - überraschend schnell nach.

Die Abrechnung fiel vernichtend aus, als der Staatskanzler am 25. Juni seine Überlegungen präsentierte. Kaunitz bat sich aus, mit dem Tauschplan Spielmanns in weiterer Folge in keiner Weise befaßt zu werden ("um nicht gegen meine Überzeugung durch einen solchen Schritt mein Ministerium zu endigen"), sollte Franz II. gegen das Einraten seines Kanzlers auf dem Projekt beharren. Die drohende neuerliche Spollierung Polens schien dem Fürsten ebenso unverantwortlich, wie die Durchführung des Tausches unrealistisch war. In den Augen Kaunitz' durfte man einem freien und unabhängigen Staat gegen allgemeines Völkerrecht und gültige Verträge keinesfalls zumuten, seiner Verfassungsordnung zu entsagen und der reinen Konvenienz fremder Staaten eigene Provinzen zu opfern. Aber auch auf der nüchternrealpolitischen Ebene sprach alles dagegen: die Einwilligung des pfalz-bayerischen Hauses schien mehr als zweifelhaft, auf das Recht, die Niederlande auszutauschen, hatte Österreich erst in der Haager Konvention von 1790 wieder verzichtet, und die Seemächte würden sich dem Plan sicher und sehr mit Recht widersetzen, konnte doch ein machtloser Fürst in den südlichen Niederlanden nicht in das Konzept der Seemächte passen, die eine starke Vorfeldsicherung gegen Frankreich anstreben mußten. Außerdem mißachtete das geplante Tauschgeschäft das gerade im österreichisch-preußischen Verhältnis essentielle Grundprinzip der Reziprozität: Während der Eintausch Bayerns der wittelsbachischen Zustimmung und noch mühsamen Negotiationen unterlag, konnte die Arrondierung Preußens in Polen ohne weitere Komplikationen im Einverständnis mit Rußland als pures Machtdiktat erfolgen. "Ich ersehe daher", urteilte Kaunitz in seiner "Philippika" (K. Heidrich) abschließend, "bei diesem Betragen nichts als Habsucht und politische Grundsätze, welche für die zukünftige Zeiten sehr wenig Vertrauen einflößen können und damit wenig Gutes versprechen. Eine dergleichen politische Moralität ist nicht nach meinen Grundsätzen und sollte daher von einer großen Macht, welche sich selbst zu schätzen weiß und den Werth ihres guten Namens anerkennt, nimmermehr angenommen werden". Der Staatskanzler sprach sich daher dringend dafür aus, die ganze Sache fallen zu lassen - aus einer schlechten Sache konnte nie Gutes entstehen. König Franz reagierte zunächst unbestimmt; er sicherte zu, die ganze Sache einer gründlichen Betrachtung unterziehen zu wollen. Letztendlich beschränkte man sich darauf, den territorialen Kuhhandel hinter dem Rücken Kaunitz' weiterzuverfolgen¹⁷⁸⁾.

So war es auch Anfang Juli 1792 nicht der Staatskanzler selbst, sondern sein Stellvertreter Graf Cobenzl, dem die Aufgabe zufiel, seinen Cousin, den Botschafter in Petersburg, über die wiederaufgewärmte Idee des Ländertausches zu informieren. Nachdem nun unzweifelhaft feststand, daß Berlin und Wien die Last

¹⁷⁷⁾ Kaunitz an L. Cobenzl (9. 5. 1792; SA Rußland II Weisungen 177 Konv. Expeditionen 1792; Druck: Vivenot 2, S. 31f), Kaunitz an Franz II. (5. 6. 1792; StK Vorträge 151 Konv. 1792 VI; Druck: Vivenot 2, S. 82-85), Kaunitz an L. Cobenzl (21. 6. 1792; SA Rußland II Weisungen 177 Konv. Expeditionen 1792; Druck: Vivenot 2, S. 100-107) mit "Déclaration à faire à la Russie", Reuß an Kaunitz (3. 7. 1792; StK DK Preußen 70 Konv. Relationen aus Berlin 1792 Juli-Dezember), Haugwitz an Spielmann (5. 6. 1792; StK Preußen 71 Konv. Promemorien d. kgl. preuß. Gesandten in Wien 1792). - Heidrich, S. 123-126.

¹⁷⁸⁾ Franz II. an Kaunitz (Ofen, 21. 6. 1792), Kaunitz an Franz II. (25. 6. 1792) mit "Unvorgreifliche Betrachtungen über den Vorschlag des Grafen von Schullenburg" (25. 6. 1792) u. anderen Beilagen, darunter den bekannten Schreiben Reuß' an Spielmann (22. 5., 4. u. 9. 6. 1792) sowie Spielmann an Reuß (29. 5. 1792), Franz II. an Kaunitz (29. 6. 1792); StK Vorträge 151 Konv. 1792 VI, gedr. bei Vivenot 2, S. 107f, 114f, 116. Spielmann an Reuß (Ofen, 22. 6. 1792). Daß Kaunitz seinen Souverän "wie einen Schulbuben" behandelte, wie K. Heidrich es formulierte, ist in der Tat keine Übertreibung. Stärkung der Kernlande gegen Vernachlässigung bzw. Abstoßung der peripheren Provinzen scheint dabei ohnedies stets ein Hauptmuster im geopolitischen Denken des Staatskanzlers gewesen zu sein: Szabo, Bemerkungen, S. 12. - Aretin 1, S. 267ff, betont für die entschiedene Ablehnung Kaunitz' besonders die Angst vor den verheerenden reichspolitischen Auswirkungen des Tauschplans. Warum aber die Idee des Tausches schon in der Konferenzvorlage vom Januar 1792 auftaucht, bleibt fraglich. Wahrscheinlich war auch sie im wesentlichen ein Geisteskind Spielmanns. Plausibel dazu Langwerth von Simmern 1, S. 213f. - Anfang Juli 1792 fand in Wien im übrigen noch eine weitere Sonderkonferenz "über die Mittel, die Kriegskosten zu bestreiten", statt: Rosenberg an FM Lacy (3. 7. 1792; KA NL Lacy 11 Konv. X/2).

eines Eingreifens in Frankreich - wiewohl im Interesse aller Staaten - ganz alleine zu tragen haben würden und Rußland lediglich Hilfe versprach, die - wie eine allfällige Reichshilfe - zwangsläufig zu spät eintreffen mußte, erhielt die Frage der gebührenden Entschädigung einen ganz neuen Stellenwert. Eine Entschädigung auf Kosten Frankreichs, das ja den Krieg provoziert hatte, war der Sache allerdings am angemessensten, würde aber zu allgemeiner Jalousie und bedenklichen Folgen führen. In Wien keimte daher, wie Vizekanzler Cobenzl berichtete, der Gedanke, die günstige Konstellation für den Austausch der Niederlande gegen Bayern zu nützen. Berlin war einverstanden, wenn es dafür endlich Danzig, Thorn und die nötigen ergänzenden Grenzarrondissements bekam. Dieser Vergrößerung Preußens versuchte Österreich durch verstärkte Konzentration seiner Macht und Abstoßung eines prekären Außenpostens einigermaßen das Gleichgewicht zu halten. Interessant: Von russischem Zugewinn war nun nicht die Rede, da auch die Last des Krieges gegen Frankreich ausschließlich auf Preußen und Österreich fiel; trotzdem gab man sich in der Staatskanzlei zuversichtlich, "daß derselbe [der russische Hof] zur Bewerkstelligung der Sache beförderlich wird beiwirken und uns in dieser Gelegenheit, nachdem wir bisher in allen andern leer oder noch mit Schaden ausgegangen sind, auch einmal einen Vortheil gönnen wolle". Dafür sollte Rußland von der Stellung seines Truppenkontingents und auch von einer Abgeltung in klingender Münze befreit werden. Verlangte die Zarin dennoch einen Anteil in Polen, so mußte sich der Botschafter solange bedeckt halten, bis er bestimmte Weisungen über den weiteren Verlauf der preußisch-österreichischen Verhandlungen erhielt¹⁷⁹⁾.

Inzwischen hatte der Kurfürst von Sachsen Anfang Juni 1792 auf die österreichische Einladung zum Allianzbeitritt ausweichend reagiert, und die österreichische Diplomatie verfügte angesichts der unerfreulichen Wendung in der polnischen Frage über keine Lockmittel mehr, um die Front der Zurückhaltung aufzubrechen. Die Versicherung des tiefen Bedauerns über das Scheitern der sächsischen Option für Polen und ein engagiertes Werben um Nachsicht dafür, daß bei der Lage der Dinge ein In-Schutz-Nehmen der polnischen Verfassung vom Mai 1791 gegen Rußland für Österreich nicht in Frage kam, war alles, was man dem enttäuschten Friedrich August von Sachsen im Sommer 1792 noch bieten konnte¹⁸⁰⁾.

¹⁷⁹⁾ Ph. Cobenzl an L. Cobenzl (2. 7. 1792; SA Rußland II Weisungen 177 Konv. Expeditionen 1792; Druck: Vivenot 2, S. 120-122).

¹⁸⁰⁾ Vortrag Kaunitz (18. 6. 1792; StK Vorträge 151 Konv. 1792 VI) mit Beilagen, u.a.: Friedrich August v. Sachsen an Franz II. (1. 6. 1792; StK DK Sachsen HK 2 Konv. Kfst v. Sachsen-Kaiser), Franz II. an Friedrich August (16. 6. 1792 [nicht expediert], 4. 7. u. Prag, 13. 8. 1792; StK DK Sachsen HK 2 Konv. Kaiser-Kfst v. Sachsen). Das Schreiben vom 4. 7. 1792 ist bei Vivenot 2, S. 97, abgedr., dort jedoch irrig auf Juni 1792 datiert. Der Brief vom 13. 8. 1792 ebd., S. 170f. Vortrag Kaunitz (3. 7. 1792; StK Vorträge 151 Konv. 1792 VII). Staatskanzlei an Landriani (4. 7. 1792) mit Vollmacht (3. 7. 1792); StK FriedA 75 Konv. Mission Landriani/A u. B.

2.4 Weichenstellungen

Krieg der Manifeste II

Mit dem österreichischen Gegenmanifest, das endlich Anfang Juli 1792 an die österreichischen Auslandsvertretungen ausgesandt wurde, glaubte nicht nur Botschafter Mercy in Brüssel den Erklärungsbedarf keineswegs erschöpft. Eine detailliertere und konkretere Deklaration schien nach wie vor ein absolutes Muß. Dabei verstärkte sich mit den Wochen offensichtlich in dem Maß die Bereitschaft zu brutaler Gewaltandrohung, in dem in Frankreich selbst die innenpolitische Lage zielsicher auf ein baldiges Ende des Königtums und auf ein entsprechend prekäres Schicksal der königlichen Familie in den Tuileries zusteuerte. Das bedeutete - neben den üblichen Zusagen, sich nicht in französische Interna einmengen zu wollen, soferne die anarchischen Zustände abgestellt würden - eine Aufwertung des ja schon älteren Gedankens, die Hauptstadt Paris für Sicherheit und Leben Ludwigs XVI. und seiner Familie in denkbar deutlicher Weise verantwortlich zu machen. Anarchie, Exzesse und jedes Attentat auf die Tuileries sollten exemplarisch geahndet werden. Königin Marie-Antoinette hatte eben diesen Aspekt des gewünschten Manifests besonders unterstrichen, als sie sich Anfang Juli 1792 nochmals an Botschafter Mercy wandte. Die beängstigenden Ereignisse des 20. Juni 1792 und das Versagen des militärischen Schutzes, speziell aber die Aussichten auf das Föderationsfest am 14. Juli 1792 veranlaßten die Königin einer möglichst beschleunigten Intervention und dem raschen Erlaß einer eindruckgebietenden Erklärung das Wort zu reden. Die Angst vor harter Bestrafung galt Marie-Antoinette als letztes Mittel, die Jakobiner wenigstens vom Allerschlimmsten - Königsmord und Ausrufung der Republik - abzuhalten. Eine Drohung an die Adresse von Nationalversammlung und Stadt Paris war dringend angezeigt. Mercy sagte Entsprechendes zu und sandte Erzherzog Karl mit der Note der Königin zu den Krönungsfeierlichkeiten nach Frankfurt. Den Rat Brüssels, bei bedrohlichem weiterem Anwachsen der Gefahr jede Möglichkeit zur Flucht aus Paris zu nützen und sich jedenfalls einer Verschleppung in den Süden zu widersetzen, leisteten die Tuileries indes nicht Folge. Ein Rettungsprojekt Lafayettes und Luckners - geplant für den Tag des Föderationsfestes - scheiterte an der unüberwindlichen Abneigung der Königin gegen den Helden des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges¹⁸¹).

Schon im Mai 1792 war der Genfer Journalist Jacques Mallet du Pan (1749-1800), Redakteur des *Mercur de France* und den "monarchiens" nahestehend, mit einem Spezialauftrag Ludwigs XVI. ausgestattet worden und von Paris aufgebrochen, um in Frankfurt Franz II., Friedrich Wilhelm II. und ihre Minister nocheinmal mit den wahren Wünschen der Tuileries vertraut zu machen und etwaigen übergroßen Einfluß der königlichen Brüder hintanzuhalten. Zunächst im Kreise der Emigranten eisig und mißtrauisch empfangen, mußte er sich noch mühsam eine Art Akkreditierung durch Ludwig XVI. besorgen, ehe er in Frankfurt vom 15.-18. Juli 1792 tatsächlich mit Staatsvizekanzler Cobenzl und preußischen Verantwortlichen verhandeln und ihnen die Wünsche Ludwigs XVI. unterbreiten konnte. Diese trafen durchaus den Geschmack der Verbündeten.

Eine selbständige und allzu offensive Teilnahme der Emigrantenverbände während des beginnenden Feldzuges mußte nach den Instruktionen Mallet du Pans unbedingt unterbleiben; bestenfalls durfte man sie in der letzten Linie als Reservekorps einsetzen. Denn mischten sich die Emigranten zu aktiv ein, so verlor das gesamte Unterfangen den so wichtigen Charakter einer "guerre étrangère". Auch ein allenfalls zu erlassendes Manifest der Prinzen hatte sich nicht zuletzt wegen der starken Vorbehalte der Nation gegen die Emigranten entsprechende Zurückhaltung und Mäßigung im Ton aufzuerlegen, durfte nur in Abstimmung mit Österreich und Preußen erscheinen und sollte sich vor allem mit dem traurigen Schicksal Ludwigs XVI. und den Interessen der Monarchie im allgemeinen beschäftigen. Weichenstellende Äußerungen über die nach der Sanierung der französischen Anarchie anzustrebende Regierungsform etwa mußten unbedingt dem König vorbehalten bleiben, dessen Befreiung als wesentlichstes Ziel der Expedition genannt werden konnte.

¹⁸¹) Mercy an Kaunitz (10. 7. 1792; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1792 V-XII). Marie-Antoinette an Mercy (4. 7. 1792; FA SB 71 d. A; Druck: Armeth, Marie-Antoinette, S. 265). Mercy an Marie-Antoinette (9. 7. 1792; FA SB 71 d. B/A; Druck: Armeth, Marie-Antoinette, S. 266). Marie-Antoinette an Fersen (3. 7. 1792; Druck: Klinckowström 2, S. 317). - Zu den Fluchplänen aus dem Umkreis Lafayettes siehe u.a. auch Eugène Welvert (Hrsg.), Théodore de Lameth. Mémoires (Paris 1913).

Deutlichere Worten waren natürlich, ging es nach dem Willen der Tuilerien, den Alliierten für ihr eigenes, möglichst rasch zu erlassendes Manifest gestattet. Gewährte man den Irregeleiteten auch dann noch Pardon, sofern sie rechtzeitig die Waffen streckten und kooperierten, so sollte es für die Rädelsführer keine Nachsicht geben, und für den Fall etwaiger Anschläge auf die königliche Familie empfahl man, die Nationalversammlung, die Nationalgarde und die Stadt Paris mit Feuer und Schwert zu bedrohen. Viel vorsichtiger mußte man agieren, was die politischen Zielsetzungen der anstehenden Militäraktion anlangte. Kriegsgegner waren natürlich, so belehrten die Tuilerien ihre künftigen Befreier, nicht König und Nation, zwischen denen man unter keinen Umständen differenzieren durfte, sondern jene Usurpatoren, die die Monarchie zerstört und Frankreich in den Krieg gestürzt hatten, um die französische Anarchie allenthalben zu verbreiten. Die Wiederherstellung der Ordnung in Frankreich und die Befreiung der königlichen Familie sollten die einzigen Kriegsziele der Intervenienten bilden, die, ohne Frankreich Gesetze vorschreiben zu wollen, die Hand zum Frieden ausstreckten, sobald die Position des Allerchristlichsten Königs stabilisiert war und Ludwig XVI. als wirklich freier und daher ernstzunehmender Verhandlungspartner gegenüber den Alliierten auftreten und die innerfranzösische Sanierungsarbeit selbst in Angriff nehmen konnte. Ehe aber dieses Präalabel der absoluten Freiheit des Königs nicht erfüllt war, mußte man sich im preussisch-österreichischen Lager allen weiteren Vorschlägen verschließen¹⁸²).

An der mit Vorbehalten gegen die Emigranten durchsetzten Position der Tuilerien hatte sich also nur wenig geändert. Die königlichen Brüder hingegen scheinen noch vor der Julimitte 1792 verstärkt Annäherung an Baron de Breteuil in Brüssel gesucht zu haben. Über den Herzog von Braunschweig, den alliierten Oberbefehlshaber, langte aus Koblenz ein Mémoire der Prinzen ein, in dem sie den Auslandsbeauftragten des Königs und damit Ludwig XVI. selbst dringend vor einem Eingehen auf die angeblich im Raum stehenden Waffenstillstandsabsichten der Constitutionnels warnten. Auch Mercy hatte bereits von diesen Plänen gehört, die die österreichisch-preussische Kriegsmaschinerie noch in letzter Sekunde zum Stehen bringen sollten; in London wartete seit Anfang Juli 1792 ein Abgesandter des "parti constitutionnel", um zu Gesprächen nach Brüssel zu kommen.

Monsieur, der "roi de la résistance", und Artois beteuerten für sich, nur die vollständige Freiheit des Königs, die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung zu wollen, Rachegelüsten und persönlichen Animositäten aber im Interesse der allgemeinen Ziele zu entsagen. In Koblenz war man also mit einem Wort durchaus bereit, sich den Planungen der Alliierten unterzuordnen. Als Feinde des Thrones und Gefahr für das Überleben der wahren französischen Monarchie galten den Emigrantenführern aber nicht nur die Jakobiner, die Lieblingsfeinde der österreichisch-preussischen Koalition. Auch die Feuillants und die Anhänger Lafayettes bedrohten den König mit einer anderen Art von Gefangenschaft und Sklaverei. Lieferte man sich ihnen aus, kam man bloß vom Regen in die Traufe. Nur echte Angst vor den Armeen der Alliierten vermochte daher den französischen "Staatsverbrechern" wirklich Einhalt zu gebieten und dem König jene authentische, unbezweifelbare Freiheit zu verschaffen, die ihm wieder ernstzunehmende Willensbekundungen erlaubte. An Baron de Breteuil lag es nun, so die königlichen Brüder, die Tuilerien, von denen man nicht wußte, wie sie wirklich zu den gemäßigten innenpolitischen Kräften standen, nötigen-

¹⁸²) Mercy an Kaunitz (18. 7. 1792; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1792 V-XII; Teildruck: Glogau, S. 360f Anm. 2), dto. (22. 7. 1792; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1792 V-XII) mit Pellenc an Lamarck (13., 14. u. 15. Juli 1792; Druck: Glogau, S. 352-360). "Note sommaire" der Wünsche des Allerchristlichsten Königs (Frankfurt, 17. 7. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Frkr. Varia 1792 VI-XII). Die Instruktionen Mallet du Pans wurden vom "comité secret" der Tuilerien um Montmorin, den ehemaligen Marineminister Bertrand de Molleville und Malouet ausgearbeitet: A. Sayous (Hrsg.), Mémoires et correspondance de Mallet du Pan pour servir à l'histoire de la Révolution française 1 (Paris 1851) 280-330, Malouet, Mémoires 2, S. 146f, Anne Cary Morris (Hrsg.), The Diary and Letters of Gouverneur Morris 2 Bde. (New York 1888), hier Bd. 1, S. 555 (20. 7. 1792), Sorel 2, S. 475ff, Sybel, Geschichte (4. Aufl./neue Ausg.) 1, S. 488-491, Heidrich, S. 136-156, Castries, Emigrés, S. 83-86, ders., Maréchal de Castries, S. 172-175, Lacour-Gayet, S. 421, Godechot, Contre-Révolution, S. 75-92, 176-178. Bertrand-Molleville, Mémoires 1, S. 370-394, benützt seine Ausführungen über die Mission Mallet du Pans zu einem sehr heftigen Ausfall gegen Baron de Breteuil, dessen Vollmachten als Auslandsagent Bertrand stark in Zweifel zieht. Die Kooperations-schwierigkeiten zwischen Breteuil und dem Conseil der Prinzen unter Calonne führt er auf den tiefen Haß des ersteren gegen letzteren aus der Zeit des Ancien Régime und gemeinsamer Ministertätigkeit zurück. - Die schwierige Zwitterstellung des Königs als Objekt der ausländischen Intervention und Mächtegegn-Mediator zwischen den Alliierten und seinen rebellischen Untertanen einerseits sowie als nominelles Oberhaupt des revolutionären Frankreich andererseits schuf abstruse Verhältnisse, auf die schon Anfang Juli in der Nationalversammlung hingewiesen wurde (Rede Vergniauds, 3. 7. 1792). Das Braunschweigische Manifest von Ende Juli 1792 bestätigte insofern nur offen, was jeder wußte.

falls von der selbstmörderischen Schädlichkeit jedes Waffenstillstandsangebotes an die Alliierten zu überzeugen. Jetzt, wo man wenigstens Wien und Berlin mühsam mobilisiert hatte, durfte man sie nicht kurz vor dem Ziel unsicher oder gar wankend machen.

Breteuil konnte die Brüder des Königs beruhigen: Auch die Haltung des neueingesetzten konstitutionellen Kabinetts mußte von den wahren Gesinnungen des Königs ebenso säuberlich geschieden werden wie äußerliche Willenskundgebungen des gefangenen Monarchen von seinen inneren Wünschen. Daß letztlich auch die Constitutionnels die Rechte der französischen Krone gefährdeten, wußte Ludwig XVI. durchaus richtig einzuschätzen, so jedenfalls Baron de Breteuil, der auch nicht vor der doch unzutreffenden Beteuerung zurückschreckte, die Tuileries zählten für ihre Befreiung einzig auf die königlichen Brüder, den emigrierten Adel und die europäischen Mächte. Die Idee eines Waffenstillstands - dies die Versicherung aus Brüssel - stammte jedenfalls weder vom König noch wurde sie von ihm in irgendeiner Weise gebilligt; ging es darum, die "antique autorité" der Krone wieder aufzurichten - und nur so würde es dem König möglich sein, sich bei seinen Helfern später erkenntlich zu zeigen -, so sollte nach dem von Breteuil bekanntgegebenen Wunsch der Tuileries auch etwaige Lebensgefahr für die königliche Familie von den Alliierten bewußt als notwendiges Risiko eingeplant werden.

Die allgemeine Sorge vor einem Eingehen des Königs auf die Politik seiner Feuillant-Minister war inzwischen hinfällig geworden. Am 10. Juli 1792 demissionierte das Kabinetts - stets unter dem Druck der Nationalversammlung, aber ohne aufrichtige Rückendeckung seitens des Königs -, ohne daß damit freilich die Idee einer Verhandlungslösung - mehr als das Zweikammersystem und die unbedingt notwendige Stärkung der Exekutive kam weder für Lafayette noch für die Gruppe um Duport in Frage - zur Abwehr des geplanten österreichisch-preußischen Vorstoßes gegen Paris aufgegeben worden wäre. Außenminister Chambonas blieb noch bis zum 23. Juli vorübergehend im Amt; Denunziationen aus den Reihen der Abgeordneten zur Legislative verfolgten ihn noch bis weit über seinen Rücktritt hinaus¹⁸³).

Frankfurt

Am 5. Juli 1792, dem Tag seiner einstimmigen Kaiserwahl, reiste Franz II. in Begleitung seiner Gattin in aller Frühe nach Frankfurt ab; Staatsvizekanzler Cobenzl, Staatsreferendar Spielmann und weiteres Personal der Staatskanzlei waren dem allerhöchsten Paar schon einige Zeit zuvor vorausgeeilt. In Frankfurt und in weiterer Folge in Mainz, wo das Treffen mit dem preußischen König auf österreichischen Wunsch stattfinden sollte, ging es natürlich nicht bloß um die Erfüllung von Formalerfordernissen und Abstattung von Höflichkeiten: die diffizilen Entschädigungsansprüche, die den Kampf gegen Frankreich mehr und mehr überschatteten und zunehmend die "polnische Frage" vor die "französische Frage" rücken ließen, standen zur Klärung auf höchster Ebene an. Nicht zu reden von den kleineren Unannehmlichkeiten, die schon in Frankfurt warteten. Monsieur und Artois etwa hatten dem neuen Kaiser schon wenige Tage nach Abschluß des Wahlgeschäfts gratuliert und die Gelegenheit benützt, sich gleich selbst nach Frankfurt einzuladen¹⁸⁴).

Abbé de Maury, nunmehr Erzbischof von Nikaia, hatte, ganz wie von der Staatskanzlei befürchtet, als päpstlicher Legat den Wahlkonvent in der Tat mit seinem Vorbringen in der Frage der südfranzösischen Enklaven des Papstes in Aufregung versetzt und ein kurfürstliches Kollegialschreiben begehrt, in dem der

¹⁸³) "Copie d'une note envoyée à Monsieur le baron de Breteuil le 10 juillet 1792" u. "Note des princes frères du Roi T.C. remise au baron de Breteuil le 10 juillet 1792 déclarant les vues et les intentions des princes dans leurs mesures actuelles, y joint en marge les observations du baron de Breteuil sur les mêmes objets" (10./13. 7. 1792, SA Frkr. HK 10 Konv. Provence/Artois-Franz II.). Breteuil an Schulenburg (4. u. 14. 7. 1792); Flammermont, *Négociations*, S. 29f.

¹⁸⁴) Kaunitz an Esterházy/Bartenstein (5. 7. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 123). Franz II. an Friedrich Wilhelm II. (12. 7. 1792; StK DK Preußen HK 1 Konv. Kaiser a. Kg. von Preußen; Druck: Vivenot 2, S. 124f), Friedrich Wilhelm II. an Franz II. (Ansbach, 14. 7. 1792; StK DK Preußen HK 1 Konv. Kg. v. Preußen a. Kaiser; Druck: Vivenot 2, S. 125). Monsieur/Artois an Franz II. (9. 7. 1792; SA Frkr. HK 10 Konv. Provence/Artois-Franz II.). - Die Korrespondenz zwischen Franz II., der Staatskanzlei und den österreichischen Wahlbotschaftern Esterházy und Bartenstein im Bd. 2 der Edition von Vivenot (Juli 1792). Vgl. auch Alfred Kohler, *Die Kaiserwahl von 1792. Erwartungen und Reaktionen im Reich*, In: Wilhelm Brauneder (Hrsg.), *Heiliges Römisches Reich und moderne Staatlichkeit* (= Rechtshistorische Reihe 112; Frankfurt etc. 1993) 29-40 sowie Christian Hattenhauer, *Wahl und Krönung Franz II. AD 1792. Das Heilige Römische Reich krönt seinen letzten Kaiser - Das Tagebuch des Reichsquartiermeisters Hieronymus Gottfried von Müller und Anlagen* (= Rechtshistorische Reihe 130; Frankfurt/Main etc. 1995) mit (S. 401-419) einer bemerkenswerten Denkschrift des Reichsexperten der Staatskanzlei, Hofrat Daiser, über Fragen der österreichischen Reichspolitik (Juni 1792).

neue Kaiser als *advocatus ecclesiae* noch einmal nachdrücklich zur Schirmung der päpstlichen Rechte aufgefordert werden sollte. Auch in der immer noch schwebenden Frage der päpstlichen Nuntiatoren im Reich wirbelte Maury weisungsgemäß Staub auf, ohne in diesem Punkt oder in betreff der Avignon-Frage durchzudringen. Mangelnde Kenntnis der Reichsverfassung sorgte für bitteren Tadel gerade von seiten der österreichischen Wahlbotschafter, die ein Ausufern der Avignon-Frage befürchteten und Maury nur mit Mühe zu einem anderen, weniger aufsehenerregenden *Procedere* bewegen konnten. "Jedermann wundert sich allhier", schrieben sie nach Wien, "wie der päpstliche Hof diesen Mann, der zwar als ein großer Redner bekannt ist und in Frankreich eine Rolle gespielt hat, zu gegenwärtiger Gesandtschaft ausgewählt habe, der von der deutschen Reichsverfassung nicht den mindesten Begriff hat und sich allhier den Ruf der Heiligkeit nicht erwirbt". Auch Staatskanzler Kaunitz fand in seiner Antwort das Verlangen des päpstlichen Nuntius "sonderbar und auffallend unschicklich"; ... "dermal aber ist es unbegreiflich, wie der päpstliche Hof vermuthen konnte, daß die protestantischen Kurfürsten sich zu einem Geschäft machen würden, dem Kaiser die Beschützung der päpstlichen Staaten gleichsam *ex officio* anzuempfehlen"¹⁸⁵).

Am 11. Juli 1792 war Franz II. *incognito* in Frankfurt eingetroffen. Am folgenden Tag beschwor er die Wahlkapitulationen, absolvierte das Besuchsprotokoll und ließ am 14. Juli 1792 die Krönung über sich ergehen. Ein kleiner Schwächeanfall des neuen Reichsoberhauptes ("wegen der Hitze und der Schwere seiner Kleidungen") und das unfreundlich regnerische Wetter trübten die letzte Krönungszeremonie des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation ein wenig¹⁸⁶).

Noch ehe es am 19. Juli 1792 nach Mainz zur *Entrevue* mit dem preußischen König ging, trat in Frankfurt am 17. Juli die Geheime Konferenz zusammen, um in den entscheidenden Fragen den definitiven Kurs für die Diskussion mit den Preußen festzulegen. In der Emigrantenfrage blieben die Österreicher bei ihrer eingewurzelten Abneigung gegen eine stets problematische Beteiligung der königlichen Brüder und ihrer turbulenten Anhänger. Zwar war man bereit, die preußischen Wünsche in dieser Angelegenheit zu akzeptieren, oder besser: man spielte dem Partner den 'schwarzen Peter' zu; konnten aber die Emigranten nicht von einer Beteiligung am Feldzug abgehalten werden (und dies erachtete man in der Konferenz für das eigentlich Beste), sollte man wenigstens nur echt militärische Formationen verwenden. Jeden Versuch der Prinzen, aus dem engen Regelungskorsett auszubrechen, gedachte man mit harter öffentlicher *Desavouierung* zu ahnden.

Und die Proklamation "in Rücksicht auf die französische Nation"? Die Wünsche und Forderungen des Allerchristlichsten Königs, so wie sie von Mercy aus Brüssel und direkt aus den Tuileries über Mallet du Pan an den Kaiserhof herangetragen wurden, fanden selbstverständlich Berücksichtigung. Die alliierten Armeen rückten bloß, so sollte es ungefähr heißen, als "*anges tutélares*", als Schutzengel der Gutgesinnten, zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in Frankreich ein; von der '*partie saine et majeure*' der französischen Nation erwartete man sich dementsprechend Kooperation statt Widerstand. "Am Schlusse der Proclamation wären die heftigsten Drohungen gegen jene *Corpora* und Individuen beizufügen, welche Schuld sein würden, daß die Sicherheit und Freiheit des Königs in Frankreich, der Königin und der königl. Familie verletzt würde."

Wichtiger als diese beiden Punkte waren natürlich die Frage der Reichshilfe und v.a. die angestrebte Umsetzung des "bayerischen Tauschplanes"; recht eigentlich hingen beide Problemkreise auf das engste zusammen. Denn von den Reichsständen wollte man nicht nur eine Reichskriegserklärung an Frankreich und die Bewilligung von außerordentlichen Römermonaten zur Anreicherung der alliierten Kriegskasse, sondern auch und vor allem ehrliche Zustimmung zu den österreichisch-preußischen Arrangements und Tauschplänen.

Das alles beherrschende Leitmotiv der österreichischen Politik blieb für die nächsten Monate die Realisierung des "bayerischen Tauschplanes", die noch Leopold II. in der Staatskanzleivorlage für die Konferenz vom Januar 1792 dringend und wohl kaum ohne - wenigstens stillschweigende - Billigung des greisen Staatskanzlers angeraten worden war. Nachdem aber Spielmann hier in seinen geheimen Sondierungsgesprächen mit von der Schulenburg im Mai und Juni 1792 das Heft an sich gerissen hatte, distanzierte sich Kaunitz in größtmöglicher Schärfe von den Planungen seiner Spitzenbeamten, ohne freilich das Ruder noch herumwerfen zu können.

¹⁸⁵) Esterházy/Bartenstein an Kaunitz (9. 7. 1792), Kaunitz an Esterházy/Bartenstein (16. 7. 1792): Vivenot 2, S. 123f, 129.

¹⁸⁶) Bartenstein an Kaunitz (15. 7. 1792), Ph. Cobenzl an Kaunitz (15. 7. 1792): Vivenot 2, S. 128f.

In Frankfurt - weit entfernt von den Gegenminnen des Staatskanzlers - taten Vizekanzler Cobenzl und Spielmann ihr Möglichstes, den Konferenzministern den Tauschplan schmackhaft zu machen. Die Annäherung an den Kern der Sache erfolgte über die Schilderung eines denkbar gefährlichen Szenarios. Die Initiative in der Entschädigungsfrage war von Preußen ausgegangen und der Wunsch nach Kompensation auch wirklich berechtigt. Auf diesen Wunsch des preußischen Verbündeten nicht einzugehen oder ihn hier nicht gebührend zu unterstützen, konnte für das Überleben der Allianz, aber auch für den Fortgang der Operationen, deren Leitung ja Preußen überlassen worden war, verheerende Folgen haben. Um doch noch - auch gegen Wien - auf seine Rechnung zu kommen, standen dem Berliner Kabinett mannigfache Optionen offen. Eine Einigung mit Frankreich konnte auf Unterstützung durch die traditionell preußenfreundlichen Kräfte in Paris, besonders durch die Girondisten, hoffen; auch England vermochte vielleicht dieser Variante durchaus etwas abzugewinnen. Schließlich ließ sich vermuten, daß Friedrich Wilhelm II. gerade in der Zarin eine potentielle Alliirte für die Realisierung seiner polnischen Ambitionen finden würde. Die "Erweiterungsbegierde" Rußlands mußte wohl oder übel die polnische Ukraine zur Arrondierung und Konsolidierung der letzten russischen Eroberungen gegen die Türkei im Visier haben. Kurzum: Gab sich der Kaiser zu widerspenstig, so würde er vielleicht am Ende noch gezwungen, einer weiteren polnischen Teilung zusehen zu müssen, selbst dabei aber leer ausgehen. Vergrößerung auf polnische Kosten war nach Bewertung der Staatskanzlei für die österreichische Monarchie uninteressant, akzeptable Eroberungen in Frankreich - etwa Flandern - schienen in der kurzen Frist eines Feldzugs unrealistisch. blieb die Umsetzung des alten "bayerischen Tauschplanes", wozu Preußen sein prinzipielles Einverständnis bereits erklärt hatte.

Längst war das Zauberwort der österreichischen "Staatspolitik" nicht mehr selbstzweckhafter Zugewinn an Land, Leuten und Einnahmequellen. Interessant schien vielmehr der Umbau der monarchia austriaca zu einer kompakteren und homogeneren Ländergruppe ohne strategisch allzu bedenkliche Achillesfersen in Form dislozierter Provinzen. "Die wahre Stärke einer großen Monarchie besteht in der inneren physischen und moralischen Verbindung ihrer Theile, die ihren Besitz versichert und ihre Vertheidigung leicht macht", belehrte man die Konferenzminister. Gerade die Entwicklung der letzten Jahre hatte die Österreichischen Niederlande in der Tat als echtes Problemkind der österreichischen Politik erwiesen. Sie waren nicht nur das gefährlichste Bindeglied zum französischen Unruheherd und jene habsburgische Provinz, in der sich Herrscher und Untertanen derart tiefgehend entfremdet hatten, daß eine neuerliche Sezession jederzeit zu erwarten stand. Mehr noch: der knapp achtzig Jahre unter habsburgischer Kontrolle stehende Fremdkörper Österreichische Niederlande hatte sich von Anfang an als idealer Ansatzpunkt für die Erpressung der Wiener Politik durch Gegner wie Verbündete entpuppt. Zur Deckung dieses prekären Außenpostens der Monarchie war man von jeher auf die Unterstützung von Alliirten angewiesen, die stets nur ihre eigenen egoistischen Ziele verfolgten und unter Opferung österreichischer Interessen auch durchsetzten. Dies galt für das englische System ebenso wie für das französische ab 1756. Die Erkenntnis, "daß der Versailler Hof für die Ruhe der Niederlande den Preis einer gänzlichen Entsagung auf anderweitige Vortheile" verlangte, provozierte die Osterweiterung des österreichische Bündnissystems und die Gewinnung Rußlands; doch auch hier geriet man nach dem Eingeständnis der Staatskanzlei rasch in eine bedenkliche Abhängigkeit, so daß die Früchte der Kooperation im Osten fast ausschließlich von der Zarin geerntet werden konnten.

Der "bayerische Tauschplan" - der Austausch der Österreichischen Niederlande "gegen sämtliche kur-bayerische Staaten" - bot vielfältige Gelegenheit, die mit dem weiteren Besitz der belgischen Provinzen verbundenen Hemmnisse endlich abzustreifen und anderen Mächten ein gerne benutztes Druckmittel aus der Hand zu schlagen.

"Jede Allianz wird und muß nothwendig in eine leoninische Societät ausarten", hieß es in der Konferenzvorlage der Staatskanzlei, "wo der eine Theil - wie Rußland, Frankreich, England - inattaquable ist, weil seine Staaten ein festes Ganzes ausmachen, der andere Theil aber zerstreute Provinzen besitzt, die, statt die Solidität des Hauptkörpers zu verstärken, anderen Mächten schwache Seiten darbieten, wovon sowohl Feinde als Freunde nutzen ziehen - erstere zum vortheilhafteren Haupt- oder Diversionsangriff, letztere, um ihn zum Sklaven und Opfer einer Freundschaft zu machen, die ihm unentbehrlich ist. [...] Unabhängigkeit von andern ist das Ziel, dessen Erreichung für große Monarchien die höchste Vollkommenheit der Staatspolitik ausmacht. Selbe setzt als nothwendige Bedingnisse voraus: Zusammenhang der Theile und leichte, von keinen nothwendigen Alliirten zu

erwartende Defension aller Provinzen. Dann ist der Souverain imstande, wenn es seine Neigung und das innere Bedürfniß seiner Staaten mit sich bringt, ein wahres, dauerhaftes Friedenssystem, ohne es durch Opfer und Demüthigung zu erkaufen, festzusetzen."

Eben dies war mit dem Erwerb Bayerns gleichsam automatisch verbunden. Das süddeutsche Kurfürstentum galt außerdem als wichtiger Absatzmarkt für österreichische Produkte, als "gedeihliche Aushilfsquelle für die unfruchtbaren innerösterreichischen und tirolischen Lande" und als bequemes Verbindungsstück zwischen Tirol und Böhmen. Erst damit wurden auch die vorderösterreichischen Lande wirklich Teile des Staatskörpers; hinzu kam für Österreich, das "ohnehin schon so viele fremdartige Bestandtheile in sich vereinigt", der wichtige "Vortheil, eine Nation, die an Sprache, Sitten und Landeseinrichtung ganz fremd ist, gegen eine andere, die in allen diesen Stücken mit dem Hauptstamme gleich oder ähnlich ist", abzustößen. Und die dringend gewünschte innere Sanierung des Habsburgerstaates, die verstärkte innere "Wohlstandspflege", war in jedem Fall erst dann wirklich ernsthaft möglich, hieß es in den Bemerkungen des Grafen Cobenzl über den Tauschplan, "wenn er von außen nichts zu fürchten und mithin nicht nöthig hat, den Sklaven fremder Allianzen abzugeben, wie es die Natur eines Staats, dessen Provinzen weit voneinander abgelegen sind, unabweichlich mit sich bringt, und wovon unter andern die Regierung weiland Kaiser Joseph höchstseligen Andenkens sonnenklare Beweise anhand gibt".

Die Aussicht auf die Gewinnung Bayerns zur Auspolsterung der habsburgischen Kernlande begeisterte die Beamten der Staatskanzlei derart, daß sie den Tauschplan auch für den Fall dringend anraten wollten, wenn der Einkommensunterschied zwischen den reicheren Niederlanden und dem nicht optimal bewirtschafteten Bayern - immerhin mehrere Millionen Gulden - durch keine weitere Abgeltung kompensiert werden konnte. Administrative Reformen und die Aufhebung des überspannten bayerischen Hofstaates, der Abbau der Zoll- und Mautschraken und vor allem die Kostenersparnis durch Wegfall der Aufwendungen für die österreichischen Belgienarmee sorgten über kurz oder lang für eine akzeptable Angleichung, von den Unsummen, die jeder Krieg um die belgischen Provinzen verschlang, nicht zu reden. Die Gelegenheit einer günstigen internationalen Konjunktur mußte beim Schopf gepackt werden. Berlin würde die österreichischen Vorstöße in München und Zweibrücken - wo man die Aussicht auf den Königstitel und eine Arrondierung der bald bayerischen Niederlande durch Zugewinn aus der französischen Konkursmasse als zusätzlichen Anreiz ins Spiel bringen wollte - anders als in den achtziger Jahren unterstützen, Rußland hatte im Interesse seiner Polenpolitik sicher nichts einzuwenden, England war eigentlich machtlos, sobald Österreich und Preußen geschlossen agierten und Berlin allenfalls durch die Bedrohung Hannovers Druck ausübte, und konnte überdies durch "Zuwendung irgendeines Vortheils von seite der französischen Colonien" mürbe gemacht werden, wie es ja die Franzosen selbst schon - nicht ohne jeden Erfolg - versucht hatten.

Gegenüber der enthusiastischen Vorlage der Staatskanzlei bewahrten sich die Konferenzminister etwas mehr kritische Distanz. Absolute *conditio sine qua non* war für sie die völlige Ausgewogenheit zwischen den Vorteilen des in Aussicht genommenen preußischen Arrondissements in Polen und dem Austauschprojekt: das bedeutete, daß das durch den Tauschplan eintretende Einnahmefizit unbedingt auf die eine oder andere Weise kompensiert werden mußte. Dafür boten sich mehrere Varianten an: 1. Ansbach und Bayreuth, die vom Herzen der preußischen Staaten ohnedies recht weit entfernt lagen, fielen an Österreich, wofür man aber den Preußen eventuell sogar noch das Herzogtum Berg, Belgisch Geldern oder aber eine Vergrößerung des polnischen Zugewinns bzw. die (freilich sehr hypothetische) Aussicht auf Erhalt der Lausitzen in den Geschenkkorb legen wollte. 2. Der Kaiser bekam nur einen Teil der fränkischen Markgrafschaften als "Zuwaage". 3. Die Kurpfalz übernahm die bayerischen Schulden. 4. Frankreich ersetzte die Kriegskosten in klingender Münze und stellte eine Realhypothek. Nur wenn man mit keiner dieser Zusatzforderungen durchdringen konnte, wollte man den Tausch "pure et simpliciter" durchführen, anstatt ihn gänzlich fallenzulassen. Kam das Tauschgeschäft nicht wie gewünscht zum Abschluß, verkomplizierte sich die Rechnung: Entweder Preußen verzichtete auf Vergrößerung in Polen, dann blieb beiden Höfen nur die finanzielle Abgeltung der Unkosten durch Frankreich. Oder aber Friedrich Wilhelm II. bekam trotzdem seinen territorialen Zugewinn auf Kosten der Adelsrepublik. Dann mußte das Nachzichen der Österreicher wohl oder übel gegen die französische Seite hin erfolgen, in Französisch Flandern, im Hennegau oder zur Westerweiterung der Vorlande in Straßburg und im Elsaß. Eine Variante freilich, die das österreichische Kalkül dem Erfolg der Operationen der alliierten Armeen unterordnete. Nur eines stand unverrückt fest: Ein österreichisches Äquivalent für den Fall preußischer

Vergrößerung war unabdingbar. Ein beträchtlicher preußischer Zuwachs an Land und Leuten konnte alleine durch den Tausch oder durch französische Geldzahlungen nicht wirklich aufgewogen werden. Fürst Rosenberg und schließlich auch Franz II. legten größten Wert auf das englische Einverständnis, und der Kaiser gedachte wenigstens insofern seine Kaunitz im Juni 1792 gegebene Zusage zu größter Behutsamkeit zu erfüllen, als gemäß allerhöchster Resolution aller Vorausplanungen ungeachtet schon "bei dem mindesten sich äussernden Anstände der Folgen wegen [...] von dieser Unternehmung [dem Tauschplan] abzustehen" war¹⁸⁷).

Rußlands Rolle erschien bei all dem reichlich untergeordnet. Vielleicht ein erster Beweis für jene angestrebte Systemänderung, von der man noch von Frankfurt aus Mitte Juli 1792 den k.k. Botschafter in Petersburg Graf Cobenzl verständigte. Die preußisch-österreichische Freundschaft, die nun ihre erste Bewährungsprobe zu bestehen hatte, und das Ende des eifersüchtigen Wettbuhlens um russische Gewogenheit mußten, so Vizekanzler Cobenzl mit mahnendem Zeigefinger, das bisherige politische System Petersburgs gehörig durcheinander bringen. Jetzt reichte es nicht mehr, Berlin und Wien im Bedarfsfall gegeneinander auszuspielen. Frankreich fiel als potentielle Bedrohung Österreichs weg (!), und, sollte die preußisch-österreichische Achse nicht dauerhaft halten, so galt Friedrich Wilhelm II. zweifellos als ein Gegner, dem man durchaus auch allein gewachsen zu sein glaubte. Das war freilich nicht das Schicksal, das man der österreichisch-preußischen Allianz nicht einmal ein halbes Jahr nach ihrem Abschluß in der Staatskanzlei zudedachte. Vizekanzler Cobenzl setzte ganz im Gegenteil noch große Hoffnungen in die durch die Annäherung zwischen den beiden "Erbfeinden" geschaffene neue gesamteuropäische Konstellation: durch ehrliche Aussöhnung verhinderten die beiden deutschen Großmächte nicht nur, daß man wieder zum Spielball anderer Mächte wurde, sondern man durfte vielleicht dem gesamten Kontinent bald den politischen Ton vorgeben, den Despotismus der Engländer in die Schranken weisen und auch weitere einseitige Vergrößerungen des russischen Staatskörpers zugunsten eines echten Gleichgewichts zwischen den drei schwarzen Adlern verhindern. Gegenüber 1791 waren die einst starken Signale an Petersburg, die neuentdeckte Freundschaft mit Preußen sei bloß durch "momentanische" Ursachen bestimmt und bleibe natürlich der russisch-österreichischen Allianz untergeordnet, jetzt kaum noch vernehmliche Untertöne. Es dominierte die selbstbewußte Warnung, daß für die Österreicher die Zeit vorbei war, in der sie sich in allem permanent den Launen und Wünschen des russischen Verbündeten unterwarfen "und in den Hauptangelegenheiten seine glatten Worte und Ausflüchte für baare Münze in Empfang nehmen mußten"; das galt v.a. für die komische Art von "platonischem Krieg" (J. Godechot), den die Zarin seit 1791 gegen das revolutionäre Frankreich führte. Widerstand in der noch schwebenden "polnischen Frage" blieb aber ausgeschlossen. Franz II. strich der Zarin gegenüber gerade seine Verdienste in dieser, Katharina so sehr am Herzen liegenden Sache hervor, wußte man doch am Kaiserhof nur zu gut, daß man alleine mit dem anstehenden Kampf gegen die "anarchie française" in den Sympathien der Russen nicht punkten konnte; für den "arrangement final et le maintien futur de l'ancienne constitution et des rapports en Pologne les plus convenables aux intérêts des trois voisins" durfte man in Petersburg nach Beseitigung der alten Mißverständnisse getrost auf den Wiener Verbündeten zählen¹⁸⁸).

¹⁸⁷) Konferenzprotokoll (Frankfurt, 17. 7. 1792) mit "Mémoire den Austausch der Niederlande gegen sämtliche bayerische Staaten betreffend", Spielmann a. d. Konferenzminister u. Nachtragsvoten vom 18./19. 7. 1792: StK Vorträge 151 Konv. 1792 VII, abgedr. Vivenot 2, S. 132-142. "Anmerkungen über den in Anschlag gebrachten Entschädigungsplan" beim Vortrag Ph. Cobenzls an den Kaiser (Prag, 3. 8. 1792; StK Vorträge 151 Konv. 1792 VIII) gibt Vivenot 2, S. 142-145, irrtümlich als Beilage zur Frankfurter Konferenz. Ein franz. Mémoire Cobenzls zum Tauschplan bei Vivenot, Genesis, S. 43-47, gedr.; es dürfte wohl eher mit Anfang September 1792 zu datieren sein. Feldmarschall Lacy begegnete dem Tauschplan mit viel Mißtrauen und sah "weitschichtige Unterhandlungen" drohen, "da hierdurch fast alle Mächte von Europa betroffen werden". Er plädierte dafür, zuerst den Ausgang des Feldzugs abzuwarten: Votum Lacys (Frankfurt, 12. [?] 7. 1792; KA NL Lacy 11 Konv. X/2). Vielen schien ohnedies eine zu starke "Preußenhörigkeit" der Wiener Politik zu drohen. "Ich hoffe, dass unser Ministerium wie immer so auch diesmal sein Ziel verfehlen wird, uns ganz und gar von den Preußen abhängig zu machen." (Erzherz Karl an Marie-Christine, 11. 7. 1792; Zeissberg 2, S. 131). Ranke, Ursprung und Beginn, S. 251-257, Heidrich, S. 237-245. - Über den hartnäckigen Wunsch der Österreicher, die Emigranten möglichst aus dem Spiel zu halten, berichtete auch der preuß. Gesandte in Mainz, vom Stein, nach ersten Gesprächen mit Staatsreferendar Spielmann in Frankfurt; Stein an Friedrich Wilhelm II. (9. 7. 1792; Druck: Hansen 2, S. 282-284).

¹⁸⁸) Ph. Cobenzl an L. Cobenzl (Frankfurt, 16. 7. 1792; SA Rußland II Weisungen 177 Konv. Expeditionen 1792; Druck: Vivenot 2, S. 129-131). Franz II. an Katharina II. (Frankfurt, 16. 7. 1792; Druck: Beer, Leopold, S. 177f). - Anfang Juli 1792 hatte Preußen seinen diplomatischen Vorstoß in Petersburg zur Sicherung von Zuerwerb in Polen bereits lanciert ... vorerst ohne große Resonanz. Der Vorschlag sah die Zulassung des Tauschplanes als österr. Belohnung sowie die Amputation Polens zugunsten Preußens und Rußlands vor; Heidrich, S. 230-237.

So fehlte auch in der am 3./14. Juli 1792 erstmals in Form eines ordentlichen Vertragsinstruments erneuerten Allianz zwischen Kaiser- und Zarenhof fast jeder Bezug zu den Ereignissen in Westeuropa. Die wechselseitigen Verpflichtung zu militärischer Assistenz (12.000 Mann Truppenhilfe) wurde für die österreichischen Besitzungen in Italien und Russisch Asien ausgesetzt und in einem Geheimartikel auch noch für die Österreichischen Niederlande und das russische Grenzgebiet zu Finnland zugunsten einer Jahreszahlung von 400.000 Rubel weiter durchlöchert. Im übrigen verpflichtete sich Wien zur Garantie der Ergebnisse des russisch-dänischen Ausgleichs von 1773, der Oldenburg-Delmenhorst (1777 zum Reichsfürstentum erhoben) an Großfürst Paul und dann an die jüngere gottorpsche Linie gebracht hatte. Rußland und Österreich garantierten außerdem die polnische Verfassung, wie sie im Jahre 1773 vom Sejm festgesetzt worden war, aber auch die Integrität des polnischen Territoriums; der Anfang August 1792 in Petersburg unterzeichnete russisch-preußische Vertrag enthielt eine analoge Bestimmung zur Beseitigung der "illegalen" Veränderungen von 1791.

Ein Separat- und Sekretartikel des österreichisch-russischen Vertrags beschäftigte sich besonders ausführlich mit dem Verhältnis der beiden vertragschließenden Partien zur Türkei. Die Bündnispartner garantierten einander den aktuellen Besitzstand und sämtliche Abkommen und Verträge mit der Pforte von Passarowitz bis Jassy. Verstieß der Sultan unter den gestrengen Augen der Russen und Österreicher gegen die vertraglichen Vorschriften, so sollte der Partner zunächst diplomatisch vermittelnd, dann in vollem Umfang militärisch eingreifen ("avec des forces égales à celles qu'employera la partie lésée") und den Angriff einer dritten Macht als unbedingten *casus foederis* betrachten; einseitiges Ausscheiden aus dem Konflikt durch Waffenstillstand oder Separatfrieden wurde explizit untersagt. Als Lohn für den brüderlichen Kampf Seite an Seite war dementsprechend im Falle territorialer Entschädigung für die aufgelassenen Kriegskosten brüderliches Teilen - also absolute Reziprozität - oberste Verpflichtung¹⁸⁹).

Mainz

Am 19. Juli 1792 traf die kaiserliche Familie von Frankfurt aus in Mainz ein, am Abend folgte der preußische König. Während die Souveräne ausschließlich Repräsentationsaufgaben übernahmen und die vom Mainzer Kurfürsten prunkvollst organisierten Lustbarkeiten absolvierten, traten ihre Minister und führenden Militärs - im wesentlichen Braunschweig, Schulenburg, Cobenzl, Spielmann, Lacy und FZM Fürst Hohenlohe - am 20. und 21. Juli 1792 zu jenen Konferenzen zusammen, in denen letzte Hand an die politischen Vorbereitungen für den Frankreichfeldzug gelegt werden mußte.

Die Emigrantenfrage wurde durch Kompromiß gelöst. Die Brüder des Königs durften sich zwar, wie seit den Potsdamer Gesprächen vorgesehen, an den Operationen beteiligen, sollten aber den einzelnen Heeresgruppen der Alliierten zugewiesen werden und keinesfalls getrennt agieren. Das erste Korps von nicht mehr als 8.000 Mann unter dem Befehl von Artois und Provence blieben bei der preußischen Hauptarmee, ca. 5.000 Mann unter dem Kommando von Condé und Bouillé unterstanden dem österreichischen Armeekorps im Breisgau, wo etwa 27.000 Mann k.k. Truppen zur Sicherung des Oberrheins zurückblieben, während Hohenlohe mit 23.000 Mann nach Mannheim dirigiert wurde, um von hier aus an der preußischen Offensive mitzuwirken. Die Emigranten in Belgien mit Schwerpunkt im Raum Lüttich-Stablo-Malmédy - etwa 4.000 Mann unter Duc de Bourbon - wurden dem Operationskorps der k.k. Armee in den Niederlanden unter FZM Charles de Croix Graf von Clerfayt (1733-1798) zugeteilt. Armierung und Equipierung war von den Emigranten selbst und auf eigene Kosten zu stellen. Dafür sollten ihnen endlich die noch ausstehenden Summen der kaiserlichen Bürgschaft sofort ausgeschüttet werden, weitere Geldvorschüsse von österreichischer oder preußischer Seite aber unterbleiben. Aus französischen Diensten desertierende Regimenter oder Bataillone der Linienarmee gedachte man je nach Standort dem zuständigen Emigrantenkorps zuzuweisen - allenfalls übernahmen die Alliierten die Löhnung. Eine entsprechende Instruktion für die Emigranten wurde ihren Vertretern am preußischen bzw. österreichischen Hof, Baron Roll und Duc de Polignac, am 21. Juli 1792 zugestellt. Bei Zuwiderhandeln drohte den Prin-

¹⁸⁹) Bittner, Chronologisches Verzeichnis 2, S. 47f. Der Vertrag ist gedr. bei Neumann I, S. 487-494, allerdings ohne den geheimen Separatartikel und den Sekretartikel. Diese wurden hier anhand des Originalvertrags (Allgemeine Urkundenreihe Petersburg 1792 Juli 3/14) ergänzt. - Russisch-preußische Defensivallianz (Petersburg, 27. 7./ 7. 8. 1792; präz. [in Wien] 28. 10. 1792; StK DK Preußen 71 Konv. Promemorien d. kgl. preuß. Gesandten in Wien). - Heidrich, S. 206-219.

zen eine öffentliche Desavouierung durch den alliierten Oberbefehlshaber Herzog von Braunschweig. Die Aufwendungen der beiden Verbündeten zugunsten der Emigranten galten als gemeinsame Unkosten, so wie die Einnahmen aus französischen Kassen und die auszuschreibenden Kontributionen in jenen Provinzen, die sich nicht freiwillig unterwarfen, als gemeinsame Gutschriften verbucht wurden. Für die eroberten Provinzen ernannte der Herzog von Braunschweig - im Namen des Allerchristlichsten Königs - jeweils einen Interimgouverneur. Mit diesen Zugeständnissen an die Emigranten war der Auftrag des Marquis de Toulangeon, en bloc desertierende französische Einheiten in österreichische Dienste zu überführen und neu zu organisieren, weitgehend gegenstandslos. Sozusagen als militärisches Pendant zu Baron de Breteuil war Toulangeon, der auf einer sauberen Trennung zwischen den Wünschen der Emigranten und der Linie des Allerchristlichsten Königs bestand, mit seinem Vorhaben in schärfsten Gegensatz zu den königlichen Prinzen geraten und mußte sich angesichts der Quertreibereien aus Koblenz binnen kurzer Zeit geschlagen geben.

Auch die Frage der territorialen Kompensation der beiden Intervenienten kam natürlich in Mainz zur Sprache. Kabinettsminister von der Schulenburg bekannte sich gerne zum Prinzip der völligen Gleichheit der Zugewinne. Schlug der Tauschplan auf dem österreichischen Konto mit einem Defizit zu Buche, leuchtete auch Berlin ein, daß ein zusätzliches Äquivalent für Wien gefunden werden mußte, da ansonsten Preußen auf sein Arrondissement in Polen zu verzichten gezwungen war. Dies würde dann letztlich eine Selbstbescheidung mit Entschädigungszahlungen aus Frankreich bedeutet haben. Dem von österreichischer Seite präsentierten Vorschlag, gegen die Abtretung von Ansbach und Bayreuth eine Ausdehnung der preußischen Arrondierung in Polen zu erhalten, verschloß sich Schulenburg zwar - äußerlich und aus Verlegenheit - keineswegs, seine Skepsis hinsichtlich der Bereitschaft Friedrich Wilhelms II., auf dieses uralte Stammland der Hohenzollern wirklich zu verzichten und damit dem Kaiser die faktische Dominanz in Süddeutschland einzuräumen, war jedoch unüberhörbar und versprach für den weiteren Verlauf des bayerischen Tauschplanes die befürchtete Komplizierung. In ihren internen Überlegungen sprachen die Preußen sogar einen üblen Verdacht aus: Verumständlichten die Österreicher die Entschädigungsfrage vielleicht nur deshalb, um sie letztlich überhaupt von der Tagesordnung abzusetzen? Dies in der zuversichtlichen Hoffnung, daß, so Kabinettsminister von der Schulenburg, ein paar Millionen mehr an Schulden dem österreichischen Staat wenig anhaben würden, Preußen aber leicht in den Bankrott treiben konnten ... noch dazu, wie das Kabinettsministerium aus Berlin Ende Juli 1792 klarstellte "pour une cause qui d'ailleurs nous est étrangère". Gemeint war immerhin die "französische Frage"!

Die Deckung der rückwärtigen Kommunikationen der Alliierten sollten Truppen der umliegenden Reichsstände übernehmen, denen als Lockmittel Indemnisation auf französische Kosten angeboten werden konnte. Mit Hessen-Kassel schloß Preußen eine Truppenkonvention (26. Juli 1792). Der Landgraf stellte auf eigene Kosten 6.000 Mann zur Verfügung; einziges Zugeständnis Berlins: die Unterstützung Hessen-Kassels bei den Bemühungen um die Kurfürstenwürde. Österreich war nach den Versicherungen Schulenburgs dadurch in keiner Weise gebunden, und auch Preußen sah derart gewaltige Hindernisse heraufziehen, daß sich die Sache ohnedies totlaufen mußte.

Am 22. Juli 1792 gingen Österreicher und Preußen wieder auseinander; Franz II. reiste über München zur böhmischen Königskrönung nach Prag, wo er am letzten Tag des Monats einlangte, Friedrich Wilhelm II. per Schiff nach Koblenz ins preußische Hauptquartier. Anders als der Kaiser wollte der preußische König seine Armee in eigener Person auf ihrem Frankreichabenteuer begleiten¹⁹⁰).

¹⁹⁰) Mainzer Konferenzprotokoll (Mainz, 20. 7. 1792) u. Nachtragsprotokoll (Mainz, 21. 7. 1792): Vivenot 2, S. 145-149. Schulenburg an Ph. Cobenzl (Mainz, 22. 7. 1792; StK DK Preußen 71 Konv. Promemorien d. kgl. preuß. Gesandten in Wien 1792). Gemeinsam mit der "Note ministérielle à remettre aux princes français par LL. EE. Monsieur le vice-chancelier de cour et d'état comte de Cobenzl et Monsieur le lieutenant général et ministre d'état comte de Schulenburg" (Mainz, 21. 7. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 149f) finden sich die Protokolle als Beilagen zu Ph. Cobenzl an Kaunitz (Prag, 31. 7. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 155-157) sowie beim Vortrag Ph. Cobenzls an den Kaiser (Prag, 3. 8. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 157f) in StK Vorträge 151 Konv. 1792 VII bzw. VIII. - Sybel, Geschichte (4. Aufl./neue Ausg.) I, S. 488-490, Beer, Analecten, S. 17ff. - "Force de l'armée royale commandée par S.A.S. Monseigneur le duc de Bourbon (Sommer 1792; Belgien DD BB 1). Die militärische Organisation der Emigranten behandelt Vicomte de Grouvel, Les corps de troupe de l'émigration française 1789-1815. 3: Armée des Princes, Armée de Bourbon, services de l'Autriche, de la Sardaigne, de l'Espagne et de la Suède (Paris 1964). FZM Clerfayt war schon Anfang Mai 1792 anstelle des erkrankten FZM Browne mit dem Kommando über die österr. Feldarmee in Belgien betraut worden: Franz II. an Clerfayt (5. 5. 1792; KA Kabinettskanzlei HBP 105), Zeissberg 2, S. 76ff. - Kaunitz an Ph. Cobenzl (16. 7. 1792; GK 406 Konv. A; Druck: Schlitter, Kaunitz, S. 62); Ph. Cobenzl an Kaunitz (Mainz, 22. 7. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 152f). Bartenstein an Kaunitz (23. 7. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 153f). - Schulenburg an das preuß. Kabinettsministerium (Mainz, 21./22., 25. 7. 1792), Kabinettsministerium an Schulenburg (27. 7. 1792); Ranke (2. Aufl.), S. 289-292. Bzgl. der Kasseler Bemühungen um die Kurwürde vgl. auch Aretin 1, S. 270f. Winfried Speitkamp, Die Landgrafschaft Hessen-Kassel und die Franzö-

Mit Wahl und Krönung war endlich auch wieder das verfassungsgemäße und ordentliche Funktionieren der Reichsgeschäfte verbürgt. Die Individualbeschwerden der gekränkten Reichsstände oder auch jener, die meinten, Reichsstandschaft zu haben wie der "freie Adel" in Elsaß und Lothringen, fanden nun nach Ende des Interregnums in Franz II. wieder einen Adressaten. Dieser freie Adel - durch die Nationalversammlung seiner Vorrechte entkleidet und "unter die gemeinste Klasse der Bürger" herabgesetzt - hatte schon 1789 Kontakt mit dem Reichstag aufgenommen und jetzt nochmals die schwäbische und rheinische Reichsritterschaft um Beistand ersucht. Da etwa viele Elsässer Adlige auch jenseits des Rhein mit Gütern angesessen und ad personam in die Reichsritterschaft rezipiert worden waren, ließ sich die Verbindung rasch herstellen. Auch Hessen-Darmstadt, mit Hanau-Lichtenberg einer der durch das Reformwerk der Constituante am schwersten in Mitleidenschaft gezogenen Reichsstände, ergriff wieder die Feder zur Beschwerde. Diesmal verbunden mit einem Angebot: Man wollte 3.000 Mann für den Feldzug gegen Frankreich zur Verfügung stellen, erwartete sich aber dafür, wie einer ausführlichen Denkschrift an den Reichsvizekanzler in Wien zu entnehmen war, gewaltige Zugeständnisse, die weit über die Wiederherstellung des status quo ante im Elsaß hinausreichten: Hanau-Lichtenberg sollte nach der Niederwerfung der Revolution gänzliche Souveränität und Unabhängigkeit von Frankreich sowie - im Verhältnis zum Reich - das privilegium de non appellando erhalten, verstaatlichte geistliche Besitztümer innerhalb der Grenzen der Grafschaft dem darmstädtischen Fiskus zufallen¹⁹¹⁾.

Koblenz: "Le manifeste de Brunswick"

Mit dem Datum Koblenz 25. Juli 1792 versehen, wollte das bald zu trauriger Berühmtheit gelangte Manifest des alliierten Oberkommandierenden ein letztes Mal Motive und Ziele der österreichisch-preußischen Intervention offenlegen, che die Truppen endlich die Grenzen überschritten und wirklich in Frankreich einbrachen. Ein Emigrant mit guten Kontakten nach allen Seiten, Baron Geoffroy de Limon (gest. 1799), ehemals Angehöriger des Hofstaates von Monsieur, dann Finanzintendant des Herzogs von Orléans, hatte es im Auftrag Graf Fersens in Brüssel entworfen und mit Billigung Mercys selbst Mitte Juli 1792 dem Kaiser, Cobenzl und Spielmann nach Frankfurt überbracht. Der Entwurf, der sich substantiell von dem Mémoire Mallet du Pans kaum unterschied, wurde schließlich mit geringfügigen Verbesserungen, allerdings gekürzt um seine viel zu lange Präambel, angenommen und im Druck verbreitet¹⁹²⁾.

Die unbillige Kränkung der deutschen Reichsstände in Elsaß und Lothringen, der Umsturz jeder Ordnung und legitimen Regierung in Frankreich, die Bedrohung der geheiligten Personen des Allerchristlichsten Königs und seiner Familie und die Kriegserklärung an Österreich waren Gründe genug, daß Preußen sich an die Seite seines Alliierten und schützend vor das Reich stellte. Die Darlegung der Zielsetzungen folgte durchaus dem altbekannten Programm der "Nichteinmischung" in die französische Innenpolitik, den Wünschen der Tuileries und den Anregungen Mercys und enthielt auch die Zusicherung, daß die Alliierten auf Eroberungen zu Lasten Frankreichs verzichteten.

sische Revolution. In: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 40 (1990) 145-167 beschränkt sich auf die landesgeschichtliche Ebene. - Zu Toulongeons Schicksal vgl. Vortrag Cobenzl (21. 8. 1792; StK Vorträge 151 Konv. 1792 VIII). Die verschiedenen Eingaben Toulongeons in SA Frkr. Varia 47 Konv. Aktenstücke betreffend Marquis de Toulangeon; zu seiner Übernahme in österr. Dienste: Franz II. an FM Wallis (28. 8. 1792; KA Kabinettskanzlei HBP 106a).

¹⁹¹⁾ Direktorium der mitteleuropäischen Reichsritterschaft an Franz II. (12. 7. 1792; RK RkgF 6/7). Ldgrf v. Hessen-Darmstadt an Franz II. (28. 7. 1792), ders. an RVK (28. 7. 1792) u. Mémoire (28. 7. 1792); RK RkgF 6/7. Hansen 2, S. 303 Anm. 5.

¹⁹²⁾ Mémoires tirés des papiers d'un homme d'état 1, S. 406-411, Chuquet 1, S. 146-156, Goetz-Bernstein, S. 244-250, Stern, Karl Wilhelm Ferdinand, S. 198-200, Klinckowström 2, S. 24-26 (26.-31. 7. 1792), 328f, 337f, 341f (Fersen an Marie-Antoinette, 18., 28. 7. u. 3. 8. 1792), Söderhjelm, Fersen, S. 264, 267. Zu Limons Person Bombelles, Journal 2, S. 275f. Er gab sich seit Sommer 1791 in Brüssel als Geheimagent der Königin aus und bot allenthalben seine Dienste an: Augeard, Mémoires, S. 283ff. Ein Gegenentwurf Calonnes war sichtlich abgelehnt worden: Espinhal, Journal, S. 358f. Die besten Darstellungen der Entstehung des Braunschweigischen Manifests sind immer noch K. Th. Heigel, Das Manifest des Herzogs von Braunschweig vom 25. Juli 1792. In: Sitzungsberichte der philosophisch-philologischen und der historischen Classe der k. b. Akademie der Wissenschaften zu München 1896, S. 633-686, u. H. A. Barton, The Origins of the Brunswick Manifesto. In: FHS 5 (1967) 146-169. Vgl. auch Sorel 2, S. 503-515. Vieles bleibt allerdings nach wie vor unklar. Über die Vorgänge des Sommers allgemein Ranke, Ursprung und Beginn, S. 236-263, Clapham, S. 201-222.

Ziel der Intervenienten war einzig das Wohl Frankreichs, präziser gefaßt:

"de faire cesser l'anarchie dans l'intérieur de la France, d'arrêter les attaques portées au trône & à l'autel, de rétablir le pouvoir légal, de rendre au Roi la sûreté & la liberté dont il est privé & de le mettre en état d'exercer l'autorité qui lui est due."

Dies bedeutete ganz konkret die Abreise des Königs aus Paris an einen französischen Grenzort seiner freien Wahl unter Eskorte alliierter Truppen, wo er sodann im Kreise von Beratern seines Vertrauens die nötigen Schritte zur Sanierung der innerfranzösischen Situation setzen konnte. Alle angeblichen Willenskundgebungen Ludwigs XVI., die nicht in objektiver Freiheit unter dem Schutz der österreichisch-preußischen Waffen ergingen, wurden schon zum voraus als erpreßt und damit unbeachtlich abgewiesen. Für dieses bescheidene Programm, das lediglich Beihilfe für eine in ihrem Kern selbständige innerfranzösische Lösung sein wollte, erwartete man sich die Unterstützung der 'partie saine de la nation'. Braunschweig gab sich überzeugt, daß die Mehrheit der Bevölkerung die maßlosen Exzesse der Factieux ablehnte und nur auf das Eintreffen der Befreiung von außen wartete, um sich offen für "raison", "justice", "ordre" und "paix" zu erklären.

Das legendäre Manifest begnügte sich allerdings nicht mit allgemeinerpolitischen Phrasen, sondern verstand sich durchaus auch als praxisbezogen-logistische Vorbereitung des bevorstehenden Truppeneinmarsches und natürlich als scharfe Abmahnung an jene Franzosen, die noch nicht jeden Gedanken an Widerstand aufgegeben hatten. An den Verwaltungsbehörden der verschiedenen Ebenen war es, in der kritischen Übergangszeit Plünderungen und Unordnung zu verhindern. Sie blieben im Amt, bis Ludwig XVI. nach seiner Freilassung anders entschied. Die Nationalgarden durften zwar im Auftrag des alliierten Oberkommandos in den Städten und auf dem flachen Land für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sorgen, bis die österreichisch-preußischen Truppen eintrafen. Wurden sie aber als Kämpfer gegen die Alliierten aufgegriffen, wollte man sie ebenso wie Widerstand leistende Zivilisten nach der Strenge des Kriegsrechts als öffentliche Ruhestörer und Rebellen wider den König, als dessen verlängerter Arm die Invasionsarmee auftrat, bestrafen. Wer sich hingegen unterwarf, konnte auf den Schutz der Truppen rechnen.

Auch die gerade in letzter Zeit von vielen gewünschte Bedrohung der Stadt Paris und ihrer Verantwortungsträger fehlte am Ende nicht. Eben die Ausübung scharfen verbalen Drucks und den Wink mit dem Zaunpfahl des Standrechts an die Adresse von Nationalversammlung, Département, Munizipalität, Nationalgarde usw. empfand man als nützlich, wenn es galt, die Freilassung der königlichen Familie zu erzwingen. Wurde jedoch die königliche Familie in den Tuileries beleidigt oder ein weiteres Mal angetastet, fügte man ihr gar Leid zu, so war fürchterlichste Rache seitens der Alliierten zu erwarten ... "une vengeance exemplaire & à jamais mémorable, en livrant la ville de Paris à une exécution militaire & à une subversion totale & les révoltés coupables d'attentats, aux supplices qu'ils auront mérités".

Zwei Tage nach dem Hauptstück der Erklärung folgte ein Nachtrag (27. Juli), in dem man noch eilig auf die jüngst vielkolportierte Möglichkeit einer Verschleppung der königlichen Familie in den Süden Frankreichs einging: Jede Stadt, die sich diesem verbrecherischen Vorhaben nicht widersetzte, würde von den Alliierten nach dem Pariser Beispiel grausam zur Verantwortung gezogen, die Route der Entführer dann eine blutige Spur der Rache durch ganz Frankreich nach sich ziehen.

Zunächst fand man am Manifest des Herzogs von Braunschweig auch unter den österreichischen Verantwortlichen nichts auszusetzen. Schon Ende Juli 1792 hatte es Staatskanzler Kaunitz in Manuskriptform zu Gesicht bekommen, ehe dann Anfang August 1792 aus Prag ein ganzes Faszikel der gedruckten Deklaration nachfolgte; wenige Tage später gingen schon Ansichtsexemplare der Erklärung mit einem Zirkular an die k.k. Auslandsvertretungen. Die Staatskanzlei hoffte, so hieß es begleitend, das Ausland "werde darin eine überzeugende Bestätigung derjenigen patriotischen und wohlmeinenden Absichten finden, welche die beyderseitigen Höfe seit dem Anfang der französischen Unruhen hegten". Erst Ende des Monats hatte sich dann in Wien die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß die drohende Sprache in Paris, wo das Manifest am 28. bekannt, vom König volltönend desavouiert und am 3. August im Moniteur veröffentlicht wurde, genau das Gegenteil dessen bewirkte, was man eigentlich bezweckte: den beschleunigten

Sturz des Königtums und die blutige Eroberung der Tuilerien. Kaunitz und Staatsreferendar Spielmann trafen sich hier nach Aussage des Grafen Zinzendorf in seltener Einmütigkeit¹⁹³).

In der österreichischen Hauptstadt war zu diesem Zeitpunkt eine Ära zu Ende gegangen: Staatskanzler Kaunitz hatte seinen Rücktritt erklärt.

Kaunitz' Rücktritt

Schon einen Tag nach dem Tode seines Vaters Anfang März 1792 hatte König Franz intensiv um das Wohlwollen des Staatskanzlers geworben und ihn durch besonders schmeichelhafte Freundschaftsbeteuerungen weiter im Amt zu halten versucht; viele gingen davon aus, daß die Regierung des jungen und unselbständigen Monarchen nach der bitteren Durststrecke unter Leopold II. wieder einer ungebrochenen Kaunitzischen Dominanz zuarbeiten würde¹⁹⁴).

Ganz das Gegenteil war der Fall. Zunehmend weniger selbstverständlich wurde es in den letzten Monaten der Amtszeit Kaunitz', wenn er hinter den Kulissen seine Meinung und seine Entwürfe gegen den Monarchen, Cobenzl oder Spielmann durchsetzen konnte. Ja man hoffte offensichtlich, ihn ab und an durch Veränderungen und Auslassungen in wichtigen Schriftsätzen übertölpeln zu können. So mußte er mehrfach zur Androhung der Unterschriftsverweigerung greifen, um die von ihm gewünschten Änderungen in Schlüsseldokumenten doch noch durchzusetzen. Das Mißtrauen des Staatskanzlers war schließlich dermaßen angestachelt, daß er Mitte Juni 1792 verfügte, ihm alle einlaufende Post von Hof oder ausländischen Diplomaten und alle Privatbriefe direkt und ungeöffnet zuzustellen. Ende März und wieder Ende Mai

¹⁹³) "Déclaration que Son Altesse Sérénissime le duc régnant de Bronsvic et de Lunebourg, commandant les armées combinées de Leurs Majestés l'Empereur et le roi de Prusse, adresse aux habitans de la France" (Koblenz, 25. 7. 1792, Druck) u. "Déclaration additionnelle" (Koblenz, 27. 7. 1792, Druck) u.a. in SA Frkr. DS 9: die "déclaration additionnelle" stammte von dem nun im Lager der Emigranten tätigen ehemaligen franz. Gesandten in Berlin, Demoustier. - Das Manifest war Anfang August 1792 auch schon in deutscher Übersetzung in Berliner Blättern publiziert und vom Publikum eifrig kommentiert worden: Dreyer an Kaunitz (4. 8. 1792; StK DK Preußen 70 o. K.). Das preuß. Kabinettsministerium beurteilte das Manifest wie auch den Zusatz und ihre möglichen Folgen äußerst negativ und mißbilligte die zu ausführliche politische Komponente der Proklamation, aber auch die vorläufigen Drohungen: Kabinettsministerium an Schulenburg (6. 8. 1792; Druck: Ranke, Ursprung und Beginn [2. Aufl.], S. 292f). In Paris betrachteten politisch denkende Köpfe die Erklärung zuerst als Apokryph, "weil sie die höchste Unbekanntheit mit den Dispositionen der französischen Nation verrät": Oelsner, Luzifer, S. 143-149 (4. 8. 1792). Franz II. und Friedrich Wilhelm II. hatten sogar den ursprünglichen Entwurf Limons in gesamter Länge approbiert: Sayous, Mémoires de Mallet du Pan, S. 317. Ph. Cobenzl an Kaunitz (Prag, 4. 8. 1792; StK Vorträge 151 Konv. 1792 VIII) mit dem Entwurf des Zirkularschreibens ([7. 8. 1792]; vgl. Vivenot 2, S. 159), Reinschrift des Zirkulars in StK Interiora Circularien und Notifikationen 7. KA NL Zinzendorf TB 37 (27. 8. 1792). - Irrtümlich bei einem Staatskanzleivortrag vom 19. 5. 1792 (StK Vorträge 150 Konv. 1792 V) ist die originale Manuskriptvorlage des Limonschen Manifests eingeteilt. Die im gedruckten Manifest Braunschweigs gestrichene Präambel wurde im Juli 1792 mit Einverständnis des bevollmächtigten Ministers Graf Metternich in Brüssel gedruckt als "Manifeste de tous les peuples contre la Révolution française", in dem in recht allgemeiner und vergleichsweise gemäßigter Manier gegen die aus Frankreich drohende Gefahr und für die dringend nötige Ausschaltung des französischen Revolutionsherdes Stellung bezogen wird, und zwar im Namen und von der Position der Alliierten aus: Mercy an Kaunitz (10. 7. 1792), Metternich an Kaunitz (12. 8. 1792; Belgien DD A Berichte 328) mit einem französischen Exemplar des Manifests (Druck). Die deutsche und die französische Druckfassung auch in SA Frkr. DS 9. Die mit ausführlichem Kommentar versehene deutschsprachige Version ("Manifest aller Völker gegen die Französische Revolution von einem ausgewanderten Franzosen") kann, wie inhaltlich unschwer zu erschließen, die Druckerpresse erst gegen Jahresende verlassen haben.

¹⁹⁴) Franz II. an Kaunitz (2. 3. 1792; FA SB 70, KA Kabinettskanzlei HBP 105). Die Antwort Kaunitz' hierauf (2. 3. 1792; KA NL Lacy 11 Konv. X/2); Mitte des Monats beehrte der Apostolische König seinen Staatskanzler mit einem ausführlichen, von den ausländischen Diplomaten vielbeachteten Besuch: Keith an Grenville (14. 3. 1792; Druck: Gillespie Smyth 2, S. 509f), Noailles an Delessart (13. 3. 1792; AMAE CP Autriche suppl. 24). Auch FM Lacy erhielt eine entsprechende Einladung, in Militärangelegenheiten weiter zur Verfügung zu stehen: Franz II. an Lacy (2. 3. 1792; KA Kabinettskanzlei HBP 105). - Keith an Grenville (8. 5. 1792; Druck: Gillespie Smyth 2, S. 511-515, deutsch bei Herrmann. Geschichte Erg. Bd., S. 217-224): "In the meantime, Prince Kaunitz enjoys, in supercilious state, all the prerogatives of a veteran and despotic prime minister, who, sitting supinely in his own closet, and without even paying, in three successive reigns, a single visit to his sovereign, pronounces political oracles whenever he is consulted in the first instance." Dieser Bericht Keiths enthält ganz essentielle Mitteilungen zur überragenden Stellung Spielmanns.

1792 war es, wie wir sahen, zu sehr ernsten Zusammenstößen zwischen Staatskanzler und Staatsreferendar gekommen, wobei man sich gegenseitig eifersüchtiger Intrigen beim Monarchen verdächtigte und sogar höchsten Orts denunzierte¹⁹⁵).

Auch zwischen Cobenzl und Spielmann herrschte wohl nicht immer das beste Einvernehmen. Der Vizekanzler beschwerte sich noch im Oktober 1791 bei Kaunitz über seine schwache Stellung und die Prädominanz Spielmanns in allen wichtigen Angelegenheiten. Die so wichtige belgische Abteilung verfiel indes vollständig. Dem sichtlich altersschwachen Baron Lederer stand in seinem belgischen Departement nach internen Feststellungen nicht einmal eine brauchbare Hilfskraft zur Seite¹⁹⁶).

Die Abwesenheit des Hofes von Anfang Juli bis Mitte August 1792 und die damit verbundene neuerliche Ausgrenzung aus den allerwesentlichsten Entscheidungsfindungsprozessen müssen Kaunitz endgültig von der nun schon kränkend deutlich gewordenen Entmachtung überzeugt haben. Als schließlich Anfang August 1792 zu allem Überfluß auch klar wurde, daß man sich gegen seinen Rat auf den "bayerischen Tauschplan" festgelegt hatte, waren die Würfel ein für allemal gefallen.

Daß selbst Kaunitz über die Weichenstellungen in Frankfurt und Mainz und die weiteren Vorgänge am Rhein zunächst - wenn überhaupt - nur unzureichend informiert war, berichtete auch Baron Thugut an Mercy nach Brüssel. Seit Anfang August 1792 schon beunruhigte der Staatskanzler jedenfalls seine Umgebung mit Rücktrittsplänen. Als Nachfolger war, so Thugut, Obersthofmeister Fürst Starhemberg im Gespräch. Das Informationsdefizit bezüglich der Vorgänge im Westen konzentrierte auch Thuguts Aufmerksamkeit auf das Ende der "polnischen Revolution". Er bejubelte "l'issue qu'a eu en Pologne la farce jouée par les singes de la révolution française" und wünschte den österreichisch-preußischen Anstrengungen gegen Frankreich den nämlichen glänzenden Erfolg¹⁹⁷).

Am 2. und - nach einer ablehnenden Antwort des Kaisers vom 6. August - wieder am 9. August suchte Kaunitz - "dans l'impossibilité de pouvoir persévérer plus longtemps dans un ministère dont je sens n'être plus en état de pouvoir remplir les devoirs convenablement" - dringend um seine Entlassung nach, stellte aber seinen "freundschaftlichen Rat" weiterhin zur Verfügung. Am 19. August 1792 gab Franz II. widerwillig nach; ein ausführliches letztes Gespräch zwischen dem aus Prag zurückgekehrten Kaiser und Kaunitz am 18. August bewirkte kein Umdenken mehr. Der greise Staatskanzler behielt seine vollen Bezüge, das Appartement im Staatskanzleigebäude, Einblick in alle wichtigeren Angelegenheiten und Verfügungsgewalt über die Beamten "seiner" Behörde. Vizekanzler Cobenzl, unterstützt von Spielmann, führte von nun an als Leiter der Staatskanzlei die Geschäfte, war jedoch angewiesen, Kaunitz "mittels Vorlegung der Ministerialcorrespondenz und anderer Acten in der ununterbrochenen Kenntniss der Geschäfte zu erhalten". Kaunitz selbst wiederholte seinem Nachfolger, den er bisweilen, wenn er besser auf ihn zu sprechen war, auch mit "mein lieber Sohn" oder "mon cher enfant" ansprach, diesen Wunsch des Kaisers, bat sich aus, "dass mir die Entwürfe wichtiger Expeditionen, noch ehe als solche abgehen, zugeschicket würden", und beschwichtigte zugleich allfällige Befürchtungen mit dem selbstgefälligen Hinweis: "und kann man sich von meiner Billigkeit, Bescheidenheit und Mäßigung sicher versprechen, daß bei mir die Schwachheit des Widerspruches niemals ohne höchste Nothwendigkeit sich äussern

¹⁹⁵) Kaunitz an Ph. Cobenzl (11., 14. 6. 1792; GK 406 Konv. A; Druck: Schlitter, Kaunitz, S. 61f). Auf die konkreteren Reibungspunkte zwischen Staatskanzler und Staatsreferendar sind wir bereits in situ eingegangen. Spielmann wurde trotz allem von Franz II. besonders und demonstrativ geehrt und erhielt wegen seiner "Verdienste" im Sommer 1792 das Kommandeurkreuz des Stephansordens: Franz II. an Pálffy (18. 7. 1792; KA Kabinettskanzlei HBP 106a).

¹⁹⁶) Ph. Cobenzl an Kaunitz (o.D. [Oktober 1791], 11. 3. 1792; GK 406 Konv. A). Eine vernichtende Kritik an der belgischen Abteilung unter Lederer ("un imbécille") in einer "Note" (o.D. [nach März 1792]) in Belgien DD B 121/122 Konv. Papiers secrets et très intéressants. Zu Beginn der Regierung Franz II. wurde im Zuge einer stärkeren Indienstrategie der österr. Administration in Brüssel ein neues Organ für die belgischen Angelegenheiten mit Sitz in Wien ins Leben gerufen, deren Leitung allerdings wieder Baron Lederer bekam; der neue starke Mann war nun Graf Cobenzl. Die personelle Zusammensetzung sorgte unter den Verantwortlichen in Brüssel für Aufregung: Mercy an Kaunitz (28. 3. 1792; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1792 I-IV). Ph. Cobenzl an Franz II. (10. 4. 1792; StK Vorträge 150 Konv. 1792 IV). Zur Errichtung dieser "Jointe Aulique" vgl. bes. Belgien DD B 152/153 (Korrespondenz Kaunitz-Metternich) und Note Mercys [?] (o.D.; Belgien DD A Berichte 324). - Zeissberg 2, S. 1-43. Criste, Erzherzog Karl 1, S. 42-48.

¹⁹⁷) Thugut an Mercy (2. 8. 1792; SA Frkr. Varia 49 Konv. Thugut-Mercy).

wird¹⁹⁸⁾.

Da Kaunitz hinfort als gewöhnlicher Konferenzminister seine Meinung zu den Protokollen selbst direkt schriftlich eröffnen konnte, erlosch die bisherige "Strohmann-Funktion" Cobenzls in der Konferenz, so daß er Ende August 1792 zum ordentlichen Konferenzminister berufen werden mußte. An ehrfurchteinflößendem Gewicht vermochte der neue Leiter der österreichischen Außenpolitik dem Fürst-Staatskanzler, den selbst die Monarchen mit ängstlicher Vorsicht behandelten, natürlich nicht das Wasser zu reichen. Auch was die materielle Situation des Vizestaatskanzlers anlangte, war das Gefälle nur zu offensichtlich. Während Kaunitz weiterhin das Staatskanzleigebäude nützte und sein Gartenpalais immer noch gesellschaftlicher Anziehungspunkt auch für das diplomatische Corps blieb, hatte Cobenzl hart um eine dringend notwendige Verbesserung seiner "Ausstaffierung" aus Mitteln der Staatskanzleikasse zu ringen¹⁹⁹⁾.

Nur mit Mißfallen sah man ab nun in der Behörde die ohnedies dünn gesäten Einmischungen des Staatskanzlers, die unwillkommenen Aktivitäten des "Alten" nach seiner Resignation; gegen Jahresende 1792 hörten sie sehr weitgehend auf - jedenfalls nach Ausweis der Staatskanzleiakten und zur großen Erleichterung der meisten Beteiligten, die froh sein mußten, daß - wie schon weiland gegenüber Prinz Eugen zu Ende seiner Laufbahn - die große Rücksichtnahme auf ein "altherwürdiges Denkmal", zu dem auch Kaunitz längst erstarrt war, wenigstens im normalen Dienstbetrieb nicht mehr lästig fiel²⁰⁰⁾.

Die schon öfters herangezogenen Aufzeichnungen des ragusanischen Ministerresidenten in Wien, Grafen Ayala, über Gespräche mit Kaunitz auf dem Sterbelager enthüllen die so gar nicht "stoische" Bitterkeit, mit der der Fürst aus dem Amte geschieden war. Ganz besonders die in seinen Augen ungeheuerliche Undankbarkeit Philipp Cobenzls und Spielmanns veranlaßte ihn zu betont abschätzigen Äußerungen über die beiden "faisers" und ihr verfehltes politisches System. Auch andere strafte er jetzt in seiner Verbitterung mit verächtlichen Einschätzungen²⁰¹⁾.

¹⁹⁸⁾ Kaunitz an Franz II. (2. 8. 1792), Franz II. an Kaunitz (Prag, 6. 8. 1792), Kaunitz an Franz II. (9. 8. 1792), Franz II. an Kaunitz (19. 8. 1792), Kaunitz an Franz II. (19. 8. 1792), Franz II. an Ph. Cobenzl (19. 8. 1792), Zirkularerlaß des Vizestaatskanzlers an die k.k. diplomatischen Vertreter (22. 8. 1792), Mitteilung des Vizestaatskanzlers an das diplomatische Corps in Wien (22. 8. 1792); StK Vorträge 151 Konv. 1792 VIII, die O der Kaunitzschen Schreiben mit den Konzepten der kaiserlichen Handschreiben in KA NL Lacy 11 Konv. X/2; Druck: Vivenot 2, S. 157-159, 169f, 176-179. Die am 22. 8. 1792 ergangenen Zirkulare an die k.k. Auslandsvertretungen und die ausländischen Diplomaten in Wien (mit deren Empfangsbestätigungen) auch in StK Interiora Circularien u. Notifikationen 7. Wiener Zeitung No. 68, 25. 8. 1792. - Schlitter, Kaunitz, S. XXXVIII-XL. Heidrich, S. 230. macht den engen Konnex zwischen Anbahnung des Tauschplanes gegen den Rat Kaunitz' und dem Rücktritt des Staatskanzlers am klarsten. - Den unrühmlichen Anteil Cobenzls an der Hinauskomplimentierung Kaunitz' aus der Staatskanzlei beleuchtet ein nicht datiertes Schreiben des Vizekanzlers (wohl Anfang August 1792) an den Kaiser, mit dem er den Entwurf einer Antwort auf das Entlassungsgesuch des Staatskanzlers unterbreitete (KA NL Lacy 11 Konv. X/2): "Je me flatte que vous ne verrez, Sire, en tout cela que mon désir d'écartier les ambaras et les entraves que met au cours des affaires (dont le moindre retard peut être souvent de très grande conséquence) l'âge avancé du Prince." Kaunitz könne unmöglich ein noch schonenderes Vorgehen verlangen, "et je sais bien que je serai au comble de mes vœux, si je puis me flater qu'un jour, quand ma tête foiblira, V.M. daignera me traiter avec autant de bonté et d'indulgence." - Kaunitz an Ph. Cobenzl (28. u. 29. 8. 1792) u. Ph. Cobenzl an Kaunitz (31. 8. 1792); GK 406 Konv. A; Druck: Schlitter, Kaunitz, S. 65f. KA NL Zinzendorf TB 37 (18. 7., 16., 19.-21. 8. 1792). - "Mit Kaunitz [...] schied der letzte österreichische Vertreter einer auf den Grundsätzen des Rechts gegründeten Reichspolitik aus dem Amte": Aretin I, S. 269. Zusammenfassend zur Endphase der Kaunitzschen Amstätigkeit vgl. auch Keith an Grenville (10. 9. 1792; Druck: Clapham, S. 232-235).

¹⁹⁹⁾ Vortrag Cobenzl (27. 8. 1792; StK Vorträge 151 Konv. 1792 VIII), Franz II. an Starhemberg (28. 8. 1792; KA Kabinettskanzlei HBP 106a). Die Ernennung Cobenzls zum Konferenzminister wurde den k.k. Auslandsvertretungen ebenfalls durch ein Zirkular zur Kenntnis gebracht (5.-18. 9. 1792; StK Interiora Circularien u. Notifikationen 7). Vorträge Cobenzl (15. u. 16. 9. 1792; StK Vorträge 151 Konv. 1792 IX).

²⁰⁰⁾ "Unser alter Herr ist geschäftiger als je", so Vizekanzler Cobenzl noch im September 1792. "Alle Augenblick wird bald dieser bald jener Bericht mit Beylaagen und prioribus begehret. Bisher erscheint aber nicht, zu was für einen Gebrauch solches geschehe": Ph. Cobenzl an Spielmann (20. 9. 1792; StK FriedA 75 Konv. 1792 Mission des Staatsreferendars von Spielmann ins preussische Hauptquartier/A; Druck: Vivenot 2, S. 211f). Kaunitz nahm, soweit ich sehe, letzmal am 10. 9. 1792 zu Konferenzprotokollen Stellung. Vom 12. 10. 1792 datiert noch ein mäßig bedeutender Ratschlag Kaunitz' zur politisch-militärischen Lage: KA NL Lacy 11 Konv. X/2. - Am stärksten blieb Kaunitz nach seinem Rücktritt innerhalb des Staatsrates präsent. Vgl. Ph. Cobenzl an Kaunitz und Kaunitz an Cobenzl (22./23. 8. 1792; GK 406 Konv. A; Druck: Schlitter, Kaunitz, S. 63-65). Schon 1791 plädierte Kaunitz übrigens für einen Ausbau des Staatsrates, dem er die Rolle eines wirklich zentralen Beratungsorgans zugedachte, "um durch ihn als gemeinsames Centrum Harmonie aller Theile mit dem Ganzen und Übereinstimmung aller Mittel mit den festgesetzten Endzwecken zu bewirken und zu erhalten": Votum vom 20. 7. 1791 (KA Kaunitz-Voten 6 Konv. 1791-1792).

²⁰¹⁾ Hs. Weiß 808 "Les entretiens du prince de Kaunitz dans les dernières semaines de sa vie 1794 par l'abbé comte d'Ayala, ministre-résident de la République de Raguse à Vienne".

In der "französischen Frage" waren des Staatskanzlers hochgestochene Überlegungen längst nicht mehr gefragt. Noch Ende Juli 1792 hatte Kaunitz hierzu einige Gedanken zu Papier gebracht, die weniger praktische Anleitung als Kritik an der unklaren Linie der Tuilerien sein wollten. Ein berechenbarer Faktor war in den Augen des Fürsten eigentlich nur mehr die Nationalversammlung, die wußte, was sie wollte, mehr und mehr Aufgaben der Exekutive an sich zog, den König zu einem Schatten seiner selbst degradierte und sich gewiß zu keiner Modifikation der Verfassung - der einfachsten Lösung der französischen Frage oder Tragödie, wie der Staatskanzler nun sagte - bereitfand. Von Ludwig XVI. selbst, dessen wahres Gesicht unter der dicken Schicht unehrlicher Eide und Zusagen an die Revolutionäre kaum noch zu erkennen war, wußte man immer noch nicht - unglaublich, aber wahr! -, welche Reformen innerhalb der Verfassung er nun wirklich wünschte, und auch die einmalige Gelegenheit einer bedingnisweisen Annahme der Verfassung hatte der König ja bereits im September 1791 ungenützt vorbeigehen lassen. Die Wiederherstellung des Ancien Régime blieb natürlich auch jetzt im Angesicht des bevorstehenden Einfalls der Alliierten in Frankreich pure Illusion, wie nicht minder der Fortbestand der aktuellen Verfassungssituation ein Ding der Unmöglichkeit vorstellte. Ein lebensfähiges, für das Ausland akzeptables Regierungssystem ließ sich daher, so der alte Lösungsvorschlag Kaunitz', nur durch einen - von außen unterstützten bis aufgezwungenen - friedlichen Kompromiß zwischen den Streitparteien, zwischen dem unbestreitbar freien König einerseits und den "représentants *actuels* de la nation" andererseits, erwarten. Gegenüber dem Braunschweigischen Manifest, das von einer im wesentlichen durch den König und Leute seines Vertrauens - und dies waren gewiß nicht die Abgeordneten zur Legislative - bestimmten Lösung sprach, ein erstaunliches Zugeständnis, das aber der französischen Realität noch am ehesten entsprach. Die Rolle der Intervenienten sollte es also nicht sein, mit Gewalt einen Zustand herzustellen, der auch nur mit Gewalt, also durch dauernde Truppenpräsenz, aufrechtzuerhalten war. Viel eher mußte man sich nach dem Willen des Staatskanzlers mit dem Part eines Beobachters bescheiden, der bloß über den Ausgleich wachte und dann noch die feierliche Notifikation des gefundenen Kompromisses durch Ludwig XVI. mitgestalten half. Nach einer alten Idee Kaunitz' mußte der Schlußpunkt durch den König "en quelque lieu hors de son royaume duquel sa parfaite liberté morale et physique pourra ne point être révoquée en doute" gesetzt werden²⁰²).

2.5 Intervention ohne Ziel

Der Sturz der Königtums in Paris

Auch nach Brüssel funktionierte im übrigen der offizielle Informationsfluß von Frankfurt und Mainz aus vorderhand nicht in befriedigender Weise; aus Wien, wo man selbst im dunkeln tappte, erhielt man Ende Juli 1792 nur eine kanzleimäßige Mitteilung über die vollbrachte Kaiserwahl und -krönung, und aus Mainz meldete sich Franz II. zur gleichen Zeit mit dem biedereren Wunsch, weiterhin auf Mercy als wichtigsten Berater für die französischen Angelegenheiten zählen zu dürfen. Detailliertere Informationen über die Weichenstellungen von Frankfurt und Mainz fehlten und wurden erst durch Erzherzog Karl und den bevollmächtigten Minister Graf Metternich bei ihrer Rückkehr nach Brüssel mündlich nachgetragen. Eine ausführlichere Weisung zu den österreichisch-preußischen Gesprächen und zu der in Mainz festgelegten Lösung der Emigrantenfrage ging gar erst Mitte August 1792 an Mercy in Brüssel ab. Als sie am Ort ihrer Bestimmung eintraf, hatten die Ereignisse in Paris der Frankreichexpedition der Alliierten längst ihre Grundlage entzogen. Das Königtum hatte de facto aufgehört zu sein²⁰³).

Ende Juli 1792 war aber auch die Erklärung des Herzogs von Braunschweig in Brüssel eingelangt und dort von allen "wohldenkenden" Franzosen mit Freude aufgenommen worden. Baron de Breteuil fand das Manifest perfekt und sah sich endlich am Ziel seiner Wünsche angelangt; in seiner Phantasie agierte er

²⁰²) "Questions sur l'état actuel des affaires françaises/Réponses à des questions sur l'état actuel des affaires françaises" (22. 7. 1792; SA Frkr. Varia 45 Konv. Denkschriften des Fürsten Kaunitz; Druck: Vivenot 2, S. 150-152).

²⁰³) Franz II. an Mercy (Mainz, 22. 7. 1792; SA Frkr. Weisungen 182 Konv. Franz II.-Mercy). Ph. Cobenzl an Mercy (Prag, 15. 8. 1792; SA Frkr. Weisungen 182 Konv. Cobenzl-Mercy 1792/93), Staatskanzlei an Mercy (23. 7. 1792; SA Frkr. Weisungen 179 Konv. Kaunitz-Mercy 1792; Druck: Vivenot 2, S. 154f).

schon, so Botschafter Mercy sarkastisch, als Premierminister eines befreiten Königs und schickte sich an, jenem Befehl Ludwigs XVI. nachzukommen, der ihm angeblich auftrag, sofort zum Monarchen zu stoßen, sobald dies praktisch möglich war; in der Suite des preußischen Königs bei der alliierten Armee hatte er einen Vertrauensmann placieren können, der seit längerem als Mittelsmann der königlichen Geheimpolitik bei den Preußen gute Dienste leistete und jetzt als Major und Liaisonoffizier in die preußischen Armee aufgenommen wurde: Comte de Caraman. Auch die alten Widersacher Breteuils, die königlichen Brüder, suchten seit einiger Zeit Annäherung an den Auslandsagenten des Königs, bemühten sich, ihn in ihr Lager zu ziehen - vorerst ohne Erfolg. In ihren politischen Zielen unterschieden sich freilich - das lag auch für Mercy auf der Hand - die Prinzen und Breteuil im letzten kaum: Auch für den Agenten Ludwigs XVI. in Brüssel kam als Lösung der "französischen Frage" nur eine Rückkehr zu den vorrevolutionären Zuständen in Betracht. Entsprechend schockiert gab sich Breteuil über jene Passage des preußischen Kriegsmanifests, in der nur von der Herstellung der wesentlichsten Rahmenbedingungen einer monarchischen Regierungsform in Frankreich die Rede war.

Durfte man aber die rivalisierenden Kräfte Exilfrankreichs wirklich ohne österreichische Kontrollinstanz - der einzige Verbindungsmann des Wiener Hofes im preußischen Hauptquartier, Fürst Reuß, war kein Frankreichexperte - in bedenklicher Nähe zum preußischen König ihre turbulenten Aktivitäten entfalten lassen? Mercy, der selbst Mitte August wieder zur Kur nach Spa zu reisen gedachte, brach neuerlich eine Lanze für Comte de Lamarck, der Mitte Juli 1792 zur Krönung nach Frankfurt geeilt war, um dort endlich vom Kaiser wieder in Gnaden aufgenommen zu werden; vorläufig - trotz Unterstützung durch Kaunitz - ohne Erfolg. Ihn wünschte sich der Botschafter jetzt als österreichischen Beobachter im preußischen Hauptquartier.

Von Pellenc und Montmorin aus Paris liefen immer noch Informationen in Brüssel ein. Deutlich saßen den Königstreuen bereits Angst und Schrecken in den Knochen. Der König, v.a. aber die Königin hatten bis zuletzt alle Anregungen zur Flucht ausgeschlagen und blieben bei ihrem festen Entschluß, ungeachtet der damit verbundenen Gefahren (darunter auch die Möglichkeit einer Entführung in den Süden) in der Hauptstadt auf die alliierten Befreier zu warten. Ex-Außenminister Montmorin beschäftigten aber um die Juli-Mitte 1792 viel mehr zwei Schlüsselprobleme, die über Erfolg oder Mißerfolg der dringend erwarteten ausländischen Hilfsaktion entschieden: die Mitwirkung der Emigranten und die inhaltliche Gestaltung des Manifests. Der Einfluß der königlichen Brüder schien Montmorin nicht nur wegen der verheerenden Auswirkungen auf die innerfranzösische Stimmung denkbar gefährlich. Auch von der deutlich borussophilen Neigung etwa des Comte d'Artois und vieler seiner Gefolgsleute versprach er sich nichts Gutes. Hier drohten sich irgendwo mittenwegs Emigranten und Preußen, von denen man in der französischen Diplomatie seit langem annahm, daß sie eine viel weichere Emigrantenpolitik betrieben als die Österreicher, zu treffen. Die unter österreichischem Druck aufrechterhaltene Behutsamkeit in der Emigrantenfrage konnte so vielleicht ausgerechnet in der entscheidenden Phase doch noch geopfert werden.

Auch Montmorin schien übrigens mit seinen bereits überholten Vorschlägen zum Manifest der Intervenienten von Mitte Juli 1792 gleichsam im nachhinein die Gestaltung der Braunschweigischen Erklärung zu approbieren. Mit der großen Zurückhaltung in rein innerfranzösischen Fragen und der scharfen Drohung an die Adresse der Revolutionshauptstadt Paris hatte man ganz offensichtlich den Geschmack des ehemaligen Außenministers getroffen.

Nicht nur die Emigranten, Baron de Breteuil und die Reste des Conseil Secret in Paris bestimmten das Bild, das man sich in Brüssel von der Verwirrung der französischen Verhältnisse machen konnte. Ende Juli 1792 traf der seit langem angekündigte Emissär der Feuillants in der belgischen Hauptstadt ein: Armand-Claude Masson de Saint-Amand (1756-1835), ein ehemaliger maître des requêtes, Freund Lafayette, Duports und der Lameths, der die Korrespondenz zwischen der Königin und dem Triumvirat besorgt hatte und nun - angeblich im Auftrag Marie-Antoinettes selbst - die wahren Absichten der Mächte ergründen sollte. Botschafter Mercy maß der abenteuerlichen Expedition keinerlei Bedeutung mehr zu, glaubte man doch die Feuillants jetzt im wesentlichen machtlos und wertete folgerichtig ihr Angebot zur Zusammenarbeit mit den Mächten, wenn diese sich mit einer Verbesserung der Verfassung nach englischem Muster zufriedengaben, als mäßig interessant. Dementsprechend stieß der französische Sendling auf eine Mauer der ablehnenden Zurückhaltung: Die Österreicher waren wieder einmal der Meinung, sich schon oft genug zu den wieder und wieder vorgelegten Fragen nach den innenpolitischen Absichten des österreichisch-preußischen Eingreifens geäußert zu haben, zuletzt im Manifest des Herzogs von Braunschweig. Der Kernsatz war und blieb: die Mächte dachten keineswegs daran, sich in französische Interna

einzumischen, sondern wollten vielmehr zwischen einem völlig freien und handlungsfähigen König einerseits und der Nation andererseits einen tragfähigen Kompromiß herstellen. Verhandlungspartner der Mächte konnte freilich - eine klare Absage an die Mittlerdienste der Feuillants - nur Ludwig XVI. selbst sein. Damit war letztlich auch der Stab über die geplante Verfassungsrevision des Triumvirats gebrochen, die Masson de Saint-Amand nochmals ausführlich dargelegt hatte: Zweikammernsystem mit einem Oberhaus aus Notablen, die sich nicht aus Geburtsadel, sondern aus dem reichen Grundbesitz rekrutierten, Wiedereinführung des Adels, allerdings ohne die Privilegien der vorrevolutionären Zeit, Annäherung der Position des Königs an die Stellung des englischen Monarchen.

Kaum war der erfolglose Sendling der Feuillants abgereist, traf ein weiteres Mal Abbé Lambinet in Brüssel ein. Seit Ende Juni 1792 hatte er nicht aufgehört, Lafayette und seine Armee als die idealen Verbündeten der Alliierten im Kampf gegen die "faction populaire" im Inneren Frankreichs anzupreisen. Auch er stieß freilich auf die von Botschafter Mercy verordnete Zurückhaltung, die gerade im Verkehr mit dem bei den Österreichern verhaßten Lafayette dringend geboten schien, wollte man nicht etwaige unbedachte Aussagen, vielleicht gar ein Eingehen auf das Angebot zur Kooperation, in französischen Zeitungen ausgeschlachtet wiederfinden und die österreichische Position in der "französischen Frage" entsprechend kompromittiert sehen²⁰⁴).

Die Befürchtungen Montmorins erwiesen sich in mancher Hinsicht als nur zu berechtigt, gerade was die Bändigung der Emigranten anlangte. Bereits in Koblenz, wo Friedrich Wilhelm II. für einige Tage in Schönbornlust Quartier nahm und auch mit dem Kommandeur des sich zwischen Namur und dem Luxemburgischen sammelnden österreichischen Operationskorps, FZM Clerfayt, abschließende Koordinationsgespräche geführt wurden, war es den Preußen bloß mit einiger Mühe gelungen, die Brüder Ludwigs XVI. zu dem für sie entworfenen Plan zu bekehren, der allerdings schon bald in Teilbereichen durchlöchert wurde: Das Korps der Prinzen betrug schließlich statt der vorgesehenen 8.000 doch gewaltige 13.000 Mann.

Der politische Terraingewinn der Emigranten war beträchtlich, ebenso die Versuchung, sogar noch mehr erreichen zu wollen. In Trier, wo sich die preußische Armee von Koblenz aus in den ersten Augusttagen konzentrierte, um über das Luxemburgische allmählich die Mosel abwärts vorzudringen, fand so am 8. August 1792 eine Konferenz zwischen Preußen und Emigrantenführern statt. Die Prinzen legten dabei den Entwurf eines Manifests vor, in dem kurz vor dem bewaffneten Einbruch in Frankreich noch ein letztes Mal die gemäßigten Gesinnungen der königlichen Brüder offengelegt werden sollten: Nicht Rache, sondern lediglich die Befreiung Ludwigs XVI. hefteten auch die Emigranten als Kriegsziel auf ihre Feldzeichen. Die Preußen hatten unpassende Stellen tunlichst entschärft, einige Passagen herausgestrichen, weil sie "declaratorische Sentenzen enthalten hätten, welche apanagierten Herrn nicht geziemten". Kabinettsminister Schulenburg befand die Schrift nach vorgenommener Emendation für völlig unbedeutend und damit auch für unbedenklich, und der preußische König versicherte, die Veröffentlichung durch den Druck nur dann gestatten zu wollen, wenn Wien seine Zustimmung erteilte. Ein schaler Nachgeschmack blieb zurück, denn Fürst Reuß war erst nachträglich informiert worden²⁰⁵).

Bloß eine Woche später setzten Monsieur und Artois den Kaiser in Wien über das *fait accompli* in Kenntnis. Von ihrem Lager an der Konzer Brücke bei Trier übermittelten die Prinzen am 15. August 1792 endlich auch Franz II. ein Exemplar ihres bereits eine Woche alten Glaubensbekenntnisses, das die Unterschriften aller emigrierten Prinzen von Geblüt trug. Daß gerade die Emigranten, die ja nun wider Erwarten in eindrucksvoller Stärke an der Säuberungsaktion gegen Frankreich mitwirken durften, ihrem Eingreifen an der Seite der Alliierten und gegen die eigenen Landsleute eine Art Rechtfertigung vorausschicken mußten, ließ sich schwer bestreiten; und wenn die Prinzen ausführten, daß die drängende Eile, noch vor dem Überschreiten der Grenze ein derartiges Manifest zu publizieren, ein Warten auf Zustimmung aus Wien unmöglich machte, so hatte auch dies sicher einiges für sich.

²⁰⁴) Mercy an Kaunitz (18., 31. 7. 1792; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1792 V-XII); der offizielle Teil der Depeche vom 31. 7. ist fast vollständig bei Glagau, S. 360-363, gedr. Den beigelegten Brief eines ehemaligen frz. Ministers (12. 7. 1792) gibt Bacourt 2, S. 373-377 als Montmorin an Lamarck (13. 7. 1792). Dort auch, S. 372f, ein Brief Montmorins an Lamarck vom 10. 7. 1792. - Lambinet an Feltz (29. 6. 1792; Druck: Zeissberg 2, S. 97 Anm. 2, Glagau, S. 364f) als Beilage zu Metternich an Kaunitz (5. 7. 1792; Belgien DD A Berichte 328). - Zeissberg 2, S. 98ff, Michon, Dupont, S. 418-422.

²⁰⁵) Reuß an Ph. Cobenzl (Trier, 10. 8. 1792; StK DK Preußen 70 Konv. Relationen aus Berlin 1792 Juli-Dezember).

Die beigeschlossene Erklärung freilich war nichts anderes als ein Frontalangriff auf die revolutionäre Entwicklung seit 1789 und setzte sich dergestalt in recht deutlichen Widerspruch zum Programm des innenpolitischen Maßhaltens, das die Alliierten den Franzosen aller Couleurs unbedingt verordnen wollten. In einer Art Paralleldarstellung versuchten die Prinzen einerseits den Absturz des revolutionären Frankreich in atheistische, barbarische Anarchie mit den Bemühungen der Emigranten als Stützen von Thron und Altar um Wiederherstellung der alten Ordnung zu kontrastieren. Jene, die im Jahre 1792 allerdings sogar die Einberufung der Generalstände durch Ludwig XVI. als Quelle allen Übels bezeichneten, die Usurpationen des Dritten Standes an den Pranger stellten, daraus die gänzliche Nichtigkeit des gesamten reformerischen Oeuvres seit 1789 ableiteten und die Religionspolitik der Revolution besonders aufs Korn nahmen, konnten kaum ernstlich hoffen, so die Angst vieler Franzosen vor Ressentiments und Rachegefühlen der Emigranten zu zerstreuen, geschweige denn erwarten, in Frankreich als "compatriotes", "concitoyens émigrés" oder gar als "libérateurs" aufgenommen zu werden. Wer von der Wiederherstellung alter Zustände - mithin des Ancien Régime - sprach (und dies implizierte auch die Restituierung des Emigrantenbesitzes) und bloß die Abstellung der damit verbunden gewesenen alten Mißbräuche in Aussicht stellte, wer permanent die altehrwürdigen 'maximes fondamentales' der französischen Monarchie als unbedingt wiederherzustellende tragende Säulen jeder vernünftigen Ordnung im Munde führte, durfte eigentlich die von den Alliierten herbeigeredete Teilung der Nation in Gutwillige und Gutgesinnte auf der einen und Factieux auf der anderen Seite realistischere nicht erwarten. Daß die französischen Linientruppen unter diesen Vorzeichen zu den Emigranten überliefen, ihnen, wie von den Prinzen gefordert, die Festungstore öffneten und mit Freuden die Trikolore wieder gegen das Lilienbanner austauschten, war so gut wie ausgeschlossen²⁰⁶).

Schon am nächsten Tag, am 16. August 1792, als die preußische Vorhut bereits die Grenzorte Sierck und Rodemachern genommen hatte, war auch für Trier und seine vorübergehenden Gäste mit dem Eintreffen einer verheerenden Nachricht die Situation eine dramatisch andere geworden: der "Pöbel" hatte am 10. August 1792 in Paris die Tuilerien gestürmt und so dem Sturz des Königtums ein scheinbar heroisches letztes Glanzlicht aufgesetzt. Die Revolution trat nun definitiv in ihre "königslose Zeit" und beschrift den Weg in Richtung Republik²⁰⁷).

Der 10. August und die Folgen

Nach dem dramatischen Fall der Tuilerien mußte seitens der zusammengeschrumpften Legislative deutlich radikaler verfahren werden als nach der Flucht von Varennes. Der König - er hatte sich während der Kämpfe um das Königsschloß in die nahegelegene Nationalversammlung geflüchtet - wurde suspendiert, mit seiner Familie inhaftiert, die Zivilliste gestrichen (10. August 1792). Mit dem Monarchen verschwand zugleich der völkerrechtliche Bezugspunkt der bei ihm akkreditierten ausländischen Diplomaten, deren Reihen sich nun weiter dramatisch lichteten. Selbst die gutwilligsten unter ihnen sahen sich durch peinliche Verletzungen der diplomatischen Immunität und jeder Art von internationaler Courtoisie auf eine harte Probe gestellt.

Am 10. August 1792 wurden zugleich mit der Suspendierung des Monarchen die letzten königlichen Minister entlassen, als neues Exekutivorgan bestimmte man einen "Conseil exécutif provisoire" aus sechs von der Versammlung gewählten, jedoch ihr nicht angehörigen Ministern - eine Fortführung der alten Unvereinbarkeitsklausel vom 7. November 1789, die jedem Abgeordneten den Eintritt in das Ministeri-

²⁰⁶) Monsieur/Artois an Franz II. (Konzer Brücke, 15. 8. 1792) mit "Déclaration que les princes frères de Sa Majesté Très-Chrétienne et les princes de son sang unis à eux font à la France et à l'Europe entière de leurs sentimens et de leur intention" (Trier, 8. 8. 1792): SA Frkr. HK 10 Konv. Provence/Artois-Franz II. Die Druckfassung der Proklamation in SA Frkr. DS 9.

²⁰⁷) Zum Folgenden: Ranke, Ursprung und Beginn, S. 264-288, Alphonse Aulard (Hrsg.), Recueil des actes du comité de salut public avec la correspondance officielle des représentants en mission et le registre du conseil exécutif provisoire I (Paris 1889), Pierre Caron, Conseil exécutif provisoire et pouvoir ministériel. In: AHRF 10 (1937) 4-16, ders., La première Terreur 1792 I: Les missions du conseil exécutif provisoire et de la Commune de Paris (Paris 1950).

um versagte²⁰⁸).

Der "Conseil exécutif provisoire" nahm seine Tätigkeit mit 13. August 1792 auf, tagte dreimal wöchentlich, wobei der Vorsitz jede Woche wechselte (Organisationsbestimmungen vom 15./16. August 1792). Beherrschende Persönlichkeit war bis zum Übertritt als Abgeordneter in den Konvent (Oktober 1792) Georges-Jacques Danton (1759-1794) in seiner Funktion als Justizminister des Conseil. Erst seit Januar 1793 war als Zwischeninstanz zwischen Versammlung und "Conseil exécutif" ein "Comité de défense générale" eingeschoben. An dessen Stelle trat im April 1793 das "Comité de salut public", dem allerdings nicht mehr eine bloße Mittlerfunktion, sondern die eigentliche Leitung des "Conseil exécutif" zugedacht war. Die Minister fielen auf den Rang einfacher Beamter zurück, ehe sie gemeinsam mit dem "Conseil exécutif", das 12 Exekutivkommissionen wickelte, überhaupt beseitigt wurden (12. Germinal des Jahres II/1, April 1794).

Noch am 10. August 1792 hatte die Legislative die Wahl einer Convention Nationale beschlossen, die eine den neuen Umständen angepaßte Verfassung ausarbeiten sollte. Der Konvent trat am 20. September 1792 erstmals zusammen und beseitigte schließlich in der ersten öffentlichen Sitzung am 21. September 1792 definitiv das Königtum. Der Übergang zur republikanischen Staatsform erfolgte in uneiferlicher und indirekter Form ohne Proklamation am 22. September 1792, indem man diesen Tag zum Beginn des Jahres I der Republik erklärte. Der Auftrag zur Ausarbeitung einer Verfassung wurde zwar vom Konvent erfüllt, die fortschrittliche Konstitution vom 24. Juni 1793 trat aber nie in Wirksamkeit. Vom 10. August 1792 bis zur Inkraftsetzung der Konstitution des Jahres III im Herbst 1795 blieb das französische Staatsschiff daher ohne Verfassung.

Eigentlich tonangebend war und blieb aber bis zu ihrer Entmachtung bzw. definitiven Zerschlagung 1794/95 - durchaus in ernster Konfrontation mit der zuweilen eingeschüchterten Nationalversammlung - die erneuerte revolutionäre Kommune ("Commune insurrectionnelle") der Stadt Paris, die Avantgarde der Revolution und Trägerin des 10. August und des ersten Terrors, der die Nationalversammlung auch die königliche Familie überantwortete (13. August 1792). Die Opposition wurde seit der 2. Augusthälfte 1792 hart unterdrückt, eine ganze Reihe von Zeitungen mußte ihr Erscheinen einstellen, die religiöse Verfolgung verschärfte sich. Die Guillotine begann zu arbeiten und forderte ihre ersten politischen Opfer (21. August), die ein am 17. August 1792 gegründetes Sondergericht ("Tribunal criminel extraordinaire") zulieferte.

Der Gefahr einer Abkoppelung der Provinz von der Revolutionszentrale Paris im Augenblick höchster Gefahr und militärischer Bedrohung suchten der "Conseil exécutif" und die Kommune von Paris durch die Entsendung von Kommissaren in die Départements und zu den Armeen vorzubeugen. Die unsichere Lage sollte stabilisiert und die Verteidigungsbereitschaft verstärkt werden (August/September 1792).

Nach dem 10. August 1792 übernahm der Girondist Pierre-Hélène-Marie Lebrun-Tondu (1754-1793) als Minister des "Conseil exécutif" die Verantwortung für die Außenpolitik bis zum Sturz der Gironde im Juni 1793. Er war zuerst Geistlicher, dann Soldat und schließlich Drucker und Journalist im Fürstbistum Lüttich gewesen, wo er seit 1785 das "Journal général de l'Europe" herausgab. Nach Teilnahme an der

²⁰⁸) Noch während die Monarchie bestand, war es vor dem Hintergrund der allgemeinen Krise zu Versuchen der Legislative gekommen, eine Art konkurrierende Exekutivgewalt aus Volksvertretern zu bilden. Am 6. März 1792 wurde der Zusammenschluß von je zwei Mitgliedern aus sechs Comités der Nationalversammlung zu einer "Commission extraordinaire des Douze" beschlossen (Beratung von "mesures propres au rétablissement de la tranquillité publique"). Anfangs befaßte sich die Kommission nur mit Maßnahmen zur Ruhigstellung im Landesinneren, weitete aber bald ihre Ambitionen deutlich aus. Während der Zeit des Girondemineriums (März/Juni 1792) tagte sie nicht mehr, trat aber nach dessen Entlassung sofort wieder in Aktion. Am 18. Juni 1792 wurden die Mitglieder der neuen "Commission des Douze" gewählt, "pour examiner sur tous les points de vue l'état actuel de la France, en présenter le tableau sous huit jours et proposer les moyens de sauver la Constitution, la liberté et l'empire". Nach Beziehung der neun Ersatzmitglieder - eine Maßnahme, um die Mehrheit von der Rechten auf die Linke zu verlagern - erweiterte sich die Kommission am 18. Juli 1792 zur "Commission des Vingt et un", die - bestrebt, möglichst die gesamte Regierung an sich zu ziehen - als Vorläufer des "Comité de salut public" anzusprechen ist. Dieser Kommission erstatteten auch französische Diplomaten oder Beamte des Außenministeriums Bericht. Am 12. August 1792 wurde aus der "Commission des Vingt et un" durch weitere Aufstockung die "Commission des Vingt-cinq". Vgl. Aulard, Recueil des actes, S. XLVI-LIV, Goetz-Bernstein, S.254, und Olive, S. 80-84.

Lütticher Revolution im Januar 1791 nach Paris zurückgekehrt und dort Verbindungsmann der Lütticher und Brabanter Malkontenten, arbeitete er während der Amtszeit Dumouriez' bereits als Leiter eines politischen Büros im Außenministerium²⁰⁹).

Die Emigranten am Ziel?

Noch am 16. August 1792 hatten die königlichen Brüder ihrem Brief an den Kaiser vom Vortag einen weiteren nachfolgen lassen, um Nachricht von der katastrophalen Entwicklung in Paris zu geben und die sofort nötige, in vorseilendem Vertrauen auf Wiens Zustimmung erfolgende Übernahme der Regentschaft durch Monsieur anzukündigen; angesichts der Radikaländerung der Verhältnisse in Frankreich mußte in den Augen der Emigranten das bisher zu moderate Programm aufgegeben werden. Eine zusätzliche Hiobsbotschaft für Wien, wo Duc de Polignac Ende August 1792 die Schreiben der Prinzen übergab. Dabei unterstrich der Vertreter der Emigranten am Kaiserhof natürlich nach Kräften die unbedingte Notwendigkeit, dem jetzt nach dem Verfassungsrecht des Ancien Régime führerlosen französischen Staatsschiff in Monsieur einen neuen Steuermann zu geben, die "autorité légale" so gut als möglich wieder herzustellen, einen Sammelpunkt für alle Gutgesinnten zu schaffen und für den Fall der Fälle ein Interregnum zu verhindern. Und was die in Wien unerwünschte Publizierung der Absichtserklärung der Emigranten anlangte, erinnerte Polignac an angebliche Zusagen des Kaisers an die Prinzen während ihrer Audienz in Frankfurt Mitte Juli 1792, wonach ursprünglich an die Ausarbeitung eines Manifests der Emigranten durch Calonne in Mainz gedacht war, und zwar unter direkter Anleitung der Österreicher und Preußen. Nachdem man aber diese Gelegenheit versäumt hatte, durfte man sich jetzt nicht wundern, wenn die Prinzen die Sache schließlich selbst in die Hand nahmen²¹⁰).

Die Position des Fürsten Reuß, der sich ja - ohne präzise Instruktion aus Wien - seit Mitte August direkt mit den heftigen Forderungen der Prinzen konfrontiert sah, gestaltete sich entsprechend schwierig. Der Diplomat, der den Forderungen der Emigranten bei aller inneren Abneigung bald nachgeben zu müssen glaubte, nicht zuletzt um eine Verstimmung gegenüber Preußen, die teilweise die Forderungen der Emigranten zu unterstützen schienen, zu vermeiden, holte sich zuerst Rat im nahegelegenen Brüssel. Hier machte sich Graf Metternich freilich zum Anwalt der alten, will sagen: bekannt emigrantenfeindlichen österreichischen Position. Für die problematische Übertragung der Regentenfunktion an Monsieur bzw. - eine Wertigkeit niedriger - für dessen Erklärung zum "lieutenant général du royaume" sah der bevollmächtigte Minister in Brüssel keinerlei Veranlassung. Hatten die alliierten Truppen in etwa einem Monat Paris erreicht - und damit rechnete Metternich fix -, konnte man ohnedies den König wieder in sein Amt einsetzen, und sollte Ludwig XVI. tatsächlich auf die eine oder andere Weise ums Leben kommen, verblieb immerhin noch der Dauphin als nächster in der Thronfolge. Trat dieser Thronwechsel wirklich ein, dann war der Comte de Provence während der Minderjährigkeit seines Neffen von Rechts wegen und automatisch Regent von Frankreich und - falls auch der Dauphin starb - natürlich rechtmäßiger Thronerbe. Vor diesem Hintergrund betrachtete Metternich die unnötiges Aufsehen erregende Aufwertung Monsieur zum lieutenant général bzw. zum Regenten als sinnlose Verschreckung jener, die darin einen ersten Schritt zur Machtübernahme der Emigranten ("un premier pas vers l'usurpation") sehen mochten. Nur unter dem Druck des prinzipiell zum Nachgeben bereiten preußischen Königs und des etwas skeptischeren, allmählich aber emigrantenfreundlicheren Herzogs von Braunschweig, die ohne Kenntnis der kaiserlichen Intentionen nichts verantworten wollten, hatten sich die Emigrantenführer überhaupt noch zu einer

²⁰⁹) Michaud 41, S. 659, NBG 30, Sp. 160f, Masson, S. 237-284, Goetz-Bernstein, S. 260-263, 287-296, Yvert, S. 65f. Albert Mathiez, Le lendemain du 10 août. In: AHRF 11 (1934) 385-402, Suzanne Tassier, Aux origines de la première coalition: Le ministre Le Brun Tondou. In: Revue du Nord 36 (1954) 263-272. Der österr. bevollmächtigte Minister in Brüssel, Graf Metternich, berichtete im September 1792 von einem Versuch Lebruns vom Herbst 1790, in Brüssel eine Anstellung zu bekommen: Metternich an Ph. Cobenzl (8. 9. 1792; Belgien DD A 329). - Von 1. bis 10. August 1792 war nach kurzem Interim der ehemalige Sondergesandte für Trier, Bigot de Ste Croix, Außenminister gewesen. Ihm blieb für sein Programm, die revolutionären Neuerungen (v.a. auch im personellen Bereich) wieder rückgängig zu machen, zu wenig Zeit. Die Außenpolitik war eigentlich von Brissot und der Commission extraordinaire geleitet worden, die sich auch nach dem 10. August eine sehr starke Stellung bewahrte: Masson, S. 200-215, Goetz-Bernstein, S. 250-258, DBF 6, Sp. 453. Yvert, S. 35.

²¹⁰) Monsieur/Artois an Franz II. (Konzer Brücke, 16. 8. 1792; SA Frkr. HK 10 Konv. Provence/Artois-Franz II.). Polignac an Cobenzl (26. u. 27. 8. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Polignac-Cobenzl).

Rücksprache mit Wien bereden lassen. Um den laufenden Anstürmen der Emigranten, lebhaft vorgetragen durch Comte Demoustier, den ehemaligen Gesandten am Berliner Hof, der in Koblenz zur Armee gestoßen war, und Henri-Joseph Marquis de Lambert (1738-1808), besser paroli bieten zu können, sollte nun auf Wunsch des preußischen Königs Baron de Breteuil als Interessenvertreter Ludwigs XVI. aus Brüssel zur Armee zitiert werden.

"Seine Preussische Majestät sind zu beklagen, daß sie denen unzähligen Ränken einer die französischen Prinzen umringenden Bande schlauer, eigensüchtiger Intriguants ausgesetzt sind, denen man nichts als einen felsenfesten Sinn entgegensezen kan und gegen deren allerley Mittel man sein Herz stählen muß. Was ich mich mit denen angedrehten Leuten herumgestritten habe, wäre zu weitläufig anzuführen, verführen aber sollen sie mich nicht", brüstete sich Fürst Reuß gegenüber der Staatskanzlei²¹⁾.

Auch ihm hatten die Wortführer der Emigranten einen Wust von Papieren zur angestrebten Ernennung Monsieurs zum "lieutenant général" übergeben und ihn bestürmt, ihr Anliegen beim Kaiser nach Kräften zu unterstützen. Der politisch denkende Flügel im Umkreis der königlichen Brüder war dabei zu Zugeständnissen, die eine verstärkte Einflußnahme auf die bzw. eine garantierte Kontrolle der Politik der Prinzen verbürgten, durchaus bereit.

Ein Tauschgeschäft schien sich abzuzeichnen: So wie einst zur Zeit des Hundertjährigen Krieges der Duc de Normandie, der spätere König Karl V., während der Gefangenschaft seines Vaters Johann II. in England übernahm Monsieur die Funktion eines "lieutenant général du royaume". Der Herzog von Braunschweig anerkannte ihn in dieser Eigenschaft im Namen des Kaisers und des Königs von Preußen mittels einer eigenen öffentlichen Erklärung. Monsieur verpflichtete sich im Austausch durch eine Geheimerklärung, keine Handlungen im Namen seines Bruders zu setzen, ohne das Einverständnis der beiden Verbündeten eingeholt zu haben, und bildete eine Art Regentschaftsrat aus Persönlichkeiten, die auch den Alliierten und dem König von Frankreich konvenierten und in der öffentlichen Meinung des Landes nicht völlig abgelehnt wurden. Artois erhielt das Generalkommando der Emigrantentruppen unter dem Oberbefehl des Herzogs von Braunschweig ("partout où les armées royales de France devront agir avec les armées combinées"). Alle zivilen und administrativen Vorgänge in den eroberten bzw. zu erobernden Landstrichen Frankreichs sollten unter der Autorität des "lieutenant général" ablaufen, der - natürlich unter Aufsicht der Alliierten - in Stellvertretung des gefangenen Königs die einzig gültigen Regierungs- und Verwaltungsakte setzen durfte. So wollte man sich beim Vorrücken in Frankreich des königlichen Namens bedienen, ohne Ludwig XVI. weiterhin dem Verdacht geheimer Verbindungen zu den Emigranten oder zu den beiden Alliierten auszusetzen. In deutlicher - auch geographischer - Distanz zum Hauptquartier der Verbündeten sollte im Umkreis der königlichen Brüder aus dem neuen Conseil, den Beamten der provisorischen Ersatzverwaltung und formell akkreditierten "Gesandten" Österreichs, Preußens und nachziehender anderer Mächte der Nukleus für das postrevolutionäre Frankreich heranwachsen.

Gerade gegenüber Fürst Reuß versuchten die "politiques" unter den Emigranten nicht nur das Gespenst des Zeitdrucks zu beschwören, um den österreichischen Diplomaten zum sofortigen Nachgeben und zum Verzicht auf weitere Rücksprache mit Wien zu bewegen, sondern stellten auch den reizvollen Gedanken "Kontrolle durch Kooperation" in ihrer Argumentation besonders stark heraus. Zahlte Monsieur den hohen Preis absoluter Unterwerfung unter alliierte Kontrolle, nur um die lieutenance générale übertragen zu bekommen, die ja von ihrem Stellenwert her weit unter einer allfälligen Regentschaft lag, so hatte man viel mehr gewonnen als verloren und konnte eventuelle "écarts" der Prinzen besser denn je im Keim erstickten. Zudem verhinderte man, daß mangels einer ordentlichen Regierungsgewalt administrative und politische Verwirrung und Anarchie das Vorrücken der alliierten Truppen hemmten.

²¹⁾ Reuß an Metternich (16., 21. 8. 1792), Metternich an Reuß (19. 8. 1792): Belgien DD A Berichte 328. Reuß an Ph. Cohenzl (Frisange, 17. 8. 1792; StK DK Preußen 70 Konv. Relationen aus Berlin 1792 Juli-Dezember). Schulenburg an das preuß. Kabinettsministerium (18. 8. 1792; Druck: Ranke, Ursprung und Beginn [2. Aufl.], S. 293f). - Aus dem preuß. Hauptquartier war ein gewisser Duthéil nach Paris entsandt worden, um die Zustimmung Ludwigs XVI. zur Übernahme des Regententitels durch Monsieur einzuholen, der sich dafür zur Unterordnung unter die alliierte Politik und die politische Leitung Breteuils und Marschall Castries' verpflichten wollte. Calonne sollte entfernt werden. Wie Duthéil mit dem zu diesem Zeitpunkt bereits im Temple inhaftierten König tatsächlich Kontakt aufnehmen konnte, bleibt mehr als rätselhaft. Er kehrte am 10./11. September 1792 mit der angeblichen Zustimmung Ludwigs XVI. zurück: Daudet, S. 203-205, Jolly, S. 275, Castries, Maréchal de Castries, S. 176f.

In der ganzen Frage wurde aber auch eines überdeutlich: in ihren Vorausplanungen hatten die Verbündeten offensichtlich den Fall einer faktischen Ab- und Gefangensetzung des Königs nicht ernsthaft erwogen. Nun waren die Emigranten die ersten, die erkannten, daß bereits vor dem Eindringen der alliierten Hauptarmee in Frankreich die Aussichten auf eine Befreiung Ludwigs XVI. und seiner Familie als dramatisch niedrig eingestuft werden mußten. Vielleicht gelang es nicht einmal mehr, sein Leben zu retten²¹²).

In Brüssel war die schreckliche Nachricht über die Katastrophe des 10. August 1792 schon am 13. eingelangt und sofort mit entsetzten Kommentaren nach Wien weitergeleitet worden. Die Geiselhafte der königlichen Familie im Temple und die zu erwartende radikale Orientierung der neuberufenen Nationalversammlung, des Konvents, verhiessen nichts Gutes für das Ziel der jetzt leicht erpreßbaren Alliierten.

Letzte Berichte Pellencs aus Paris hatten bereits zu Monatsbeginn bestätigt, daß gerade das Manifest des Herzogs von Braunschweig - geschickt als Propagandamittel eingesetzt - die Stimmung in der französischen Hauptstadt seit Anfang August 1792 gefährlich angeheizt hatte; von Condorcet wurde gar der spöttische Satz kolportiert: "encore une déclaration pareille et nous sommes sauvés." Über das Königtum war freilich das Todesurteil gesprochen. Die Gironde und ihre Vertreter hatten Recht: die bevorstehende Invasion aus dem Osten zwang nachgerade dazu, Ludwig XVI. abzusetzen. Denjenigen an der Spitze des Staates zu wissen, für den einzuschreiten die Invasoren offen erklärten, war ein gänzlich unhaltbarer Zustand. Hoffnung setzte Mercy bestenfalls noch auf die Oberbefehlshaber der französischen Armeen an den Ostgrenzen, Luckner und v.a. Lafayette, die seit längerem gegen die drohende "Jakobinerherrschaft" wetterten. Hier lag vielleicht noch eine kleine Chance, durch einen Bürgerkrieg die innerfranzösische Lage weiter zu destabilisieren und so das Vordringen der österreichisch-preußischen Truppen zu erleichtern²¹³).

Von der Kur in Spa aus, von der sich der Botschafter trotz der dramatischen Ereignisse in Paris nicht abhalten ließ, konnte Mercy aber auch in den nächsten Tagen der Staatskanzlei nichts Erfreuliches berichten. Im Gegenteil: Die verlässlichen Nachrichten aus Paris drohten nun, da die Opposition aus Gemäßigten, Königstreuen und Ultraroyalisten systematisch ausgeschaltet wurden, endgültig zu versickern. Alle moderaten Kräfte sollten, so die bittere Einschätzung Mercys, eingeschüchtert und ausgeschaltet werden, um der Jakobinerherrschaft des Konvents und der Errichtung einer Föderativrepublik den Weg zu ebneten. Die Plünderung der Tuilerien und die Zerstörung der Herrscherstatuen auf den Plätzen von Paris schienen um so mehr ein bedenkliches Omen und verhiessen der königlichen Familie das schwärzeste Schicksal. Fürchterliche Rache zum Zwecke der Abschreckung lag dann nicht zuletzt im Interesse aller "puissances de l'Europe".

Selbst Lafayette, auf den man, ohne ihn natürlich zu unterstützen, in Brüssel noch etwas Hoffnung gesetzt hatte, gab das Spiel verloren, als sich seine Armee ihm und dem Kurs der Konfrontation mit Paris verweigerte, und flüchtete am 19. August 1792 mit einigen Vertrauten und den meisten Angehörigen seines Generalstabs - darunter auch Alexandre de Lameth - von seinem Hauptquartier über die Grenze, wo sie von k.k. Truppen aufgegriffen wurden. Der Conseil exécutif hatte Lafayette mittlerweile zum Re-

²¹²) "Papiers reçus du marquis de Lambert avec un mémoire de deux feuilles de la part du comte Moutier consistant en 1. un projet de déclaration pour Monsieur frère du roi de France, 2. observation sur cette pièce icy nomée, 3. observations pour le prince Reuss pour présenter à sa cour, résumé des propositions de Monsieur de Moustier" (16. 8. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Frkr. Varia 1792 VI-XII). Ebd. Demoustier an Mercy (?) (Luxemburg, 19. 8. 1792) mit "Observations sur le projet de déclaration qui ne doit point être montré aux princes" (15. 8. 1792) u. "Observations que Monsieur le prince de Reuss peut présenter à sa cour" (16. 8. 1792). - Eine von Schulenburg und Reuß entworfene Instruktion (14. 8. 1792) für die alliierten Kommandeure hinsichtlich des Vorgehens in Frankreich hatte einstweilen im Unterschied zum Braunschweigischen Manifest die sofortige Absetzung der Beamten nach Einmarsch der Truppen bestimmt und den 1. Januar 1789 als Stichtag für die Rückführung in den vorigen Stand festgelegt, und zwar auch in personeller Hinsicht, sofern die alten Beamten noch verfügbar waren. Ansonsten ernannte der zuständige Kommandeur im Namen des Allerchristlichsten Königs neue Funktionäre, möglichst jene, die nach allgemeiner Meinung als die Bestgesinnten galten. Auch an Städte und Festungen ergehende Aufforderungen zur Übergabe erfolgten stets im Namen Ludwigs XVI., auf ihn wurde der neue Treueeid abgelegt. Die politischen Clubs sollten durchgehend verboten, die besetzten Orte gründlich desarmiert, die Waffen hinter die Frontlinie gebracht oder aber zerstört werden. Kassenbestände und Steuereinnahmen flossen in die gemeinsame Kriegskasse der Österreicher und Preußen und dienten vorerst zur Entschädigung für die jüngsten Aufwendungen zugunsten der Armee der Prinzen: "Instructions pour les commandants de l'armée alliée pendant la guerre de révolution" (Luxemburg, 14. 8. 1792; SA Frkr. 46 Konv. Frkr. Varia 1792 VI-XII).

²¹³) Mercy an Kaunitz (10. u. 14. 8. 1792) mit Pellenc an Lamarck (5. 8. 1792; Druck: Glagau, S. 365-368); SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1792 V-XII.

chenschaftsbericht nach Paris geladen und ihn schließlich für den gesamten Kommandobereich von Düren bis Montmédy durch Generalleutnant Dumouriez ersetzt, die Nationalversammlung ihn aber am 19. August nach mehrmaligen vergeblichen Anläufen unter Anklage gestellt.

Die extrem mißtrauische Zurückhaltung, mit der man den Anwürfen der Fayetteisten schon in den letzten Monaten von österreichischer Seite begegnet war, schlug jetzt nach ihrer kläglichen innenpolitischen Niederlage in offene Feindseligkeit, ja z. T. in Haß auf jenen Mann um, den viele für den eigentlichen "Urheber" der Revolution und den jahrelangen "Kerkermeister" der königlichen Familie hielten und für die Katastrophe des Königtums in Frankreich verantwortlich machten; Brüssel, Wien und auch das preußische Hauptquartier waren sich hierin völlig einig. Lafayette und die Seinen wurden folgerichtig nicht als Flüchtlinge, nicht einmal als Kriegsgefangene, sondern als "politische" Staatsgefangene behandelt, die man nicht nach Holland weiterreisen ließ, sondern in die Festung Luxemburg und schließlich weiter ins Hinterland in das preußische Wesel verbrachte. Nur die wirklich Unbelasteten aus dem Gefolge Lafayettes erhielten Pässe für ihre Ausreise in andere Länder.

Da war es völlig vergebene Liebesmüh, wenn die prominentesten Gefangenen die österreichischen Verantwortlichen regelrecht mit Bittbriefen bombardierten, auf ihre baldige Freilassung drängten und sich in Brüssel als Repräsentanten der gemäßigten, durchaus königstreuen innerfranzösischen Kräfte, mithin als ideale Verbündete gegen die Jakobiner, aber auch als Gegengewicht zu den borussophilen und extrem österreichfeindlichen Girondisten anpriesen. Die Führer der immer noch mehrheitsbildenden "vernünftigen" Franzosen, des "parti mitoyen", als Gefangene zu halten, anstatt sie in ihrem Kampf gegen die Pariser Factieux und ihre gefährlichen Anbändelungen mit dem Herzog von Braunschweig zu unterstützen, schien den Gefolgsleuten Lafayettes ein schwerer politischer Fehltritt. Albert von Sachsen-Teschen setzte mit preußischer Rückendeckung Anfang September 1792 in einem extrem harten Schreiben an Lafayette den vorläufigen Schlußpunkt unter die ganze Affäre. Der Heros der ersten Revolutionsjahre galt den Österreichern schlichtweg als Urheber aller Leiden der königlichen Familie, der er ja selbst 1789 die Fußseisen angelegt hatte, als "fauteur de la révolution" und "patron" der französischen Revolutionspest. So schien es nur billig und gerecht, daß Österreich und Preußen als "Interessenvertreter" des Allerchristlichsten Königs die geflohenen Gefängniswärter so lange in Gewahrsam nahmen, bis Ludwig XVI. sie nach seiner Befreiung ihrer gerechten Strafe zuführen konnte. Dazu kam es zwar nicht, für Lafayette öffneten sich aber doch erst 1797 die Gefängnistore²¹⁴).

Ende August 1792 folgte Baron de Breteuil dem Ruf, der ihn aus dem preußischen Hauptquartier erreicht hatte, und verließ Brüssel, angeblich fest entschlossen, den Prinzen und ihrer verworrenen Politik weiterhin - auch in direkter Konfrontation - die Stirn zu bieten und einen Eintritt in den Conseil der Prinzen abzulehnen. Mercy schwante für die Vorgänge im preußischen Hauptquartier nichts Gutes: Der preußische König und der Herzog von Braunschweig waren bald den konzentrischen Angriffen des Baron de Breteuil und der königlichen Prinzen ausgesetzt, während von österreichischer Seite immer noch einzig Fürst Reuß als kritischer Beobachter zur Verfügung stand²¹⁵).

Viel beunruhigender als die möglicherweise schädlichen Aktivitäten des Österreich nie besonders freundlich gesinnten Baron de Breteuil mußte den Verantwortlichen in Brüssel natürlich das allmähliche Greifen der französischen Subversionspolitik in Belgien erscheinen, vor allem seit Dumouriez das Kommando führte und alles daran setzte, die Belgier zu elektrisieren. Nach Berichten des Grafen Metternich von

²¹⁴) Mercy an Kaunitz (Spa, 21. u. 24. 8. 1792; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1792 V-XII), an Ph. Cobenzl (Spa, 24. 8., 6. 9. 1792; ebd. Konv. Mercy-Cobenzl 1791/92). Metternich an Kaunitz (22., 24., 26. 8. 1792), an Albert von Sachsen-Teschen (22. 8. 1792), an Reuß (26. 8. 1792), Albert von Sachsen-Teschen an Metternich (Mons, 22. 8. 1792); Belgien DD A Berichte 328. Metternich an Ph. Cobenzl mit Beilagen (31. 8., 1., 2. 9., 6. 9. 1792) mit den Verhörprotokollen Lafayettes und seiner Offiziere (Nivelles, 30. 8. 1792); Belgien DD A Berichte 328 u. 329. Mercy an Metternich (Spa, 22., 23., 25. 8. 1792; SA Frkr. Varia 49 Konv. Mercy-Metternich). - Die Korrespondenzen Mercys mit den prominenten frz. Gefangenen (August/September 1792) in SA Frkr. Varia 47. Weiters: Reuß an Albert von Sachsen-Teschen (Vitry, 26. 8. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 179f), Albert von Sachsen-Teschen an Lafayette (Mons, 8. 9. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 192). Ph. Cobenzl an Metternich (6. 9. 1792; Belgien DD A Weisungen 68). Bitte um Freilassung einiger Offizier aus dem Gefolge Lafayettes an Metternich (Antwerpen, 28. 8. 1792; Belgien DD B 1). - Gerhard Wolf, La correspondance d'Alexandre de Lameth avec Mercy-Argenteau après le 10 août 1792. In: AHRF 61 (1989) 307.

²¹⁵) Nach dem Sturm auf die Tuilerien betätigte sich der Auslandsbeauftragte Ludwigs XVI. v. a. als Informationslieferant für Botschafter Mercy, dem er Hintergrundmaterial über die Lage der königlichen Familie in Paris zukommen ließ; Breteuil an Mercy (17., 22., 23. 8. 1792; SA Frkr. Varia 48 Konv. Breteuil-Mercy).

Ende August 1792 wuchsen sogar die Desertionszahlen bei den k.k. Truppen in besorgniserregendem Maße. Frankreich plane sogar, hieß es, Legionen aus österreichischen und preußischen Deserteuren aufzustellen, und eine Diversion gegen die Österreichischen Niederlande, die den alliierten Vorstoß weiter im Süden natürlich irritieren mußte, ließ sich keineswegs ausschließen. Eine entscheidende Niederlage konnte aber, so Graf Metternich, auf die innere Lage in Belgien verheerende Auswirkungen haben; auch in Lüttich sprach man von französischen Wühlarbeiten, mit denen man angeblich am Tag der Wahl des neuen Fürstbischofs eine Volkserhebung provozieren wollte. Selbst die österreichische Belgienpolitik richtete sich aber offensichtlich nach den Konjunkturen des bevorstehenden Feldzugs gegen Frankreich. Noch in Frankfurt hatte die Staatskanzlei mit Graf Metternich auch über die problematische Lage in Belgien Beratungen gepflogen, und Anfang August 1792 folgte mit einiger Verspätung eine entsprechende Anweisung an den bevollmächtigten Minister nach Brüssel. Einstweilen wollte Franz II., sofern die Steuerverweigerung beendet wurde, die widersetzlichen Stände von Brabant noch mit der vagen Aussicht auf Zugeständnisse ködern. Sobald allerdings die Situation in Frankreich sich im Sinne der Alliierten zum Besseren wandte, war an ein rigoroses Durchgreifen und an nahezu "josephinische" Härtemaßnahmen wie die Suspendierung der Verfassung, die Auflösung der Stände und die Übernahme der Provinzfianzen von Brabant in zentralstaatliche Obhut gedacht²¹⁶).

2.6 Länderschacher

Während sich die innerfranzösische Lage derart dramatisch zugespitzt hatte, daß sich über den Fortgang und den möglichen Erfolg der alliierten Strafexpedition gegen Paris überhaupt keine ernstzunehmenden Voraussagen mehr treffen ließen, schien sich die leidige Frage der Kriegskostenentschädigung zusehends und mit staunenswerter Eigendynamik zu verselbständigen.

Problematisch war dabei zunächst die russische Haltung. Anfang August 1792 sahen sich die zur Krönung nach Prag mitgereisten Beamten der Staatskanzlei mit Berichten der k.k. Botschaft in Petersburg konfrontiert, die - wie erwartet - an der großen Skepsis der Russen gegen (einseitige) preußische Landgewinne in Polen keinen Zweifel ließen; die gehässige Politik Friedrich Wilhelms II. war am Zarenhof eben keineswegs vergessen, so jedenfalls die österreichische Hoffnung. Der russische Widerstand mußte die Verhandlungsposition der habsburgischen Politik in der Entschädigungsfrage etwas stärken und ließ Staatsvizekanzler Cobenzl im preußischen Hauptquartier vehement auf eine Beschleunigung der immer noch ausstehenden Entscheidung des preußischen Königs über die als Zubrot zum Tauschplan gewertete Abtretung von Ansbach-Bayreuth an den Kaiser drängen. Franz II. mußte unbedingt darauf bestehen, daß sich österreichischer und preußischer Zugewinn die Waage hielten. Von der Zarin nahm man an, daß ihre Bedenken alleine "durch eine zugleich miteintretende Acquisition des Petersburger Hofes gehoben werden dürften, wozu noch als ein diensames Vehiculum die Enthebung der Kaiserin von aller Last der Theilnehmung gegen Frankreich, es sei mit Truppen oder Geld, gebraucht werden kann".

Zwar drohte man den Preußen gerne damit, im Falle sie die Zession der fränkischen Markgrafschaften verweigerten, den ganzen Entschädigungsplan fallen zu lassen und nur mehr Kompensationen auf Unkosten Frankreichs zu gestatten, aber auch auf österreichischer Seite war hinter den Kulissen eigentlich von solcher Flexibilität nichts mehr zu spüren. So trachtete man den Russen Anfang August 1792 die zwischen Österreich und Preußen in Verhandlung stehende West-Ost-Lösung der Entschädigungsfrage so gut als möglich schmackhaft zu machen. Wien und Berlin hatten für ihren Einsatz gegen den französischen Krankheitsherd im Westen unbedingtes Anrecht auf eine ihrer je eigenen Konvenienz angemessene "Belohnung". Aber erforderte nicht auch die für die Nachbarn bedrohliche innere Stärkung Polens seit 1791 erhöhte Aufmerksamkeit, berechnete diese nicht die Teilungsmächte "à pourvoir à la tranquillité future interne et externe par les moyens les plus efficaces", wie man die Anregung zu einer neuerlichen Ver-

²¹⁶ Metternich an Kaunitz (13., 14. 8. 1792; Belgien DD A Berichte 328). Ph. Cobenzl an Metternich (Prag, 4. 8. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 161-164). Zu der Ende Oktober 1792 trotz nicht erfüllter Rahmenbedingungen beschlossenen Umsetzung ist es durch den Lauf der Ereignisse nicht mehr gekommen. Als Nachfolger des im Juni 1792 verstorbenen Hoensbroech war der unbeliebte Comte François de Méan zum Fürstbischof von Lüttich gewählt worden (16. August 1792). - Über Franz II. und Belgien zu Beginn seiner Herrschaft vgl. auch Zeissberg 2, S. 107-166.

stümmelung des polnischen Territorium doch recht zynisch umschrieb? Auch in Petersburg stellte man unmißverständlich klar, daß man auf eine unbedingte Ausgewogenheit der Arrondissements und damit letztlich auf eine Ausgestaltung des bayerischen Tauschplanes durch Abtretung Ansbachs und Bayreuths an Österreich bestehen mußte: Es ging nicht an, daß sich Preußen und Rußland eventuell auf polnische Kosten "ohne Gefahr und Anstand" vergrößerten, während eine unverzichtbare Zuwaage für den Kaiser, sofern sie äußerstenfalls doch nur aus französischem Beutegut erfolgen konnte, den Zufälligkeiten der Operationen unterworfen blieb. Denn der Eintausch Bayerns gegen die Österreichischen Niederlande war eben kein wirklicher Zugewinn (finanziell sogar ein Defizitgeschäft) bzw. konnte es nur dann werden, wenn Preußen die hohenzollernschen Markgraftümer in Franken als Zubrot zur Disposition stellte. Mehr noch: die Staatskanzlei sah die Etablierung des pfälzbayerischen Kurfürsten in Brüssel nicht als bloße Folgewirkung egoistischen österreichischen Länderschachers, sondern durchaus auch als Dienst an der europäischen res publica ... der Kontinent gewann so eine neue, Konflikte abpolsternde "puissance intermédiaire", und die Seemächte erhielten eine (dann leichter instrumentalisierbare) Barriere gegen Frankreich.

Daß eventuell das preußische Los in Polen seinerseits ausgestaltet werden mußte, wenn Berlin tatsächlich wie erhofft auf Ansbach und Bayreuth verzichtete, war einleuchtend und konnte unmöglich zu einem echten Hindernis werden, sobald Rußland dem preußischen Zugewinn durch entsprechende räumliche Ausdehnung in der Ukraine konsequent die Stirn bot. Alles ließ sich daher auf die grundlegende Frage reduzieren: Gab es russischerseits Bereitschaft zu einer weiteren polnischen Teilung? Wenn ja, wurde das konkrete "plus vel minus" zur Nebensache, zu einer letztlich zwischen Berlin und Petersburg zu klärenden Angelegenheit²¹⁷).

Mittlerweile war im preußischen Hauptquartier an der deutsch-französischen Grenze endlich die Entscheidung des Königs in dieser Sache gefallen; die Befürchtungen hatten sich vollauf bewahrheitet: Friedrich Wilhelm II. verweigerte sich dem Wunsch des österreichischen Verbündeten nach Überlassung der fränkischen Markgrafschaften und ließ sich auch durch die von den Österreichern ins Spiel gebrachten russischen Bedenken gegen die preußische Vergrößerung in Polen nicht sonderlich beeindrucken und keinesfalls erpressen. Hier wollte man zuerst selbst in Petersburg Nachschau halten und, bestand auch die Zarin nach österreichischem Wunsch auf der Abtretung Ansbach-Bayreuths, den Entschädigungsplan lieber fallen lassen; nicht ganz, denn Kompensation war ja unbedingtes Erfordernis für einen Kriegseintritt Preußens gewesen. Fiel also der Plan, die Niederlande gegen Bayern zu tauschen (zuzüglich einer französischen Zubeute für Österreich) und Preußen dafür ein Arrondissement in Polen zu gestatten, mußte man sich wohl oder übel auf eine neue Form der Abgeltung der Kriegskosten einigen, die dann wohl ausschließlich auf französische Rechnung gehen konnte. Schulenburg wagte angesichts des entschlossenen königlichen Widerstands nicht in österreichischem Sinn zu insistieren; selbst die Versicherungen Bischofwerders, Fürst Reuß bei seinem Drängen zu unterstützen, blieben ohne den gewünschten Erfolg. Nur eine - allerdings nicht aktuelle - Konstellation für einen Verzicht auf Ansbach und Bayreuth, nämlich den Eintausch der Markgrafschaften gegen die beiden Lausitzen (bisher war immer nur von einem Teil die Rede gewesen), hatte Friedrich Wilhelm II. den Österreichern als schwachen Hoffnungsschimmer am Horizont gelassen.

Daß der Gewinn der Lausitzen oder zumindest deren Neutralisierung, wenn sie eines Tages wieder an Österreich fielen, einen wirklich wichtigen Punkt in den preußischen Überlegungen bildete, hatte sich schon bei den Verhandlungen zum Vorvertrag vom Juli 1791 bzw. zum Definitivvertrag vom Februar 1792 gezeigt. Der Staatskanzlei selbst schien es nicht unplausibel, daß der König die Markgrafschaften so lange als begehrtes Tauschobjekt zurückbehielt, bis auch die Frage der Lausitzen zur Erledigung anstand. In Wien schloß man zwar den simplen Tauschhandel Lausitzen gegen fränkische Markgrafschaften für die Zukunft aus, wollte sich aber, wenn Preußen Ansbach und Bayreuth schon jetzt an den Kaiser abtrat, wenigstens zum Teil kompromißbereit zeigen: In einer förmlichen Konvention sollte Berlin die Überlassung der für Preußen strategisch bedrohlichsten Teile der Lausitzen zum voraus verbindlich zugesagt werden.

²¹⁷) Vortrag Cobenzl (Prag, 8. 8. 1792), Ph. Cobenzl an Kaunitz (Prag, 10. 8. 1792): StK Vorträge 151 Konv. 1792 VIII. Ph. Cobenzl an Reuß (Prag, 8. 8. 1792; StK DK Preußen 71 Konv. 1792 Rescripte aus Berlin u. Sperrkonv.; Druck: Vivenot 2, S. 159-161), an L. Cobenzl (Prag, 8. August 1792; SA Rußland II Weisungen 177 Konv. Expeditionen 1792; Druck: Vivenot 2, S. 164-169).

Die Chancen standen freilich schlecht, und so blieb der Staatskanzlei nicht viel anderes übrig, als sich endlich mit der Suche nach einem anderen "Surrogat" für den Kaiser anzufreunden. Zwei Optionen boten sich hier an: entweder die altbekannte Satisfaktion aus französischem Territorium (Elsaß), wie dies auch für das kurpfälzische Haus als Ausgleich für die Übernahme der bayerischen Schulden geplant war, oder aber eine verhältnismäßige Ausdehnung auch des österreichischen Herrschaftsbereichs gegen Polen hin (Galizien). Kam man aber in der Entschädigungsfrage überhaupt zu keiner Einigung, so mußte Preußen auf seine Acquisitionsabsichten in Polen und Österreich auf die Verwirklichung des Tauschplanes verzichten und man sich beiderseits mit französischen Eroberungen oder der vorübergehenden pfandweisen Besetzung französischen Territoriums "bis zur vollbrachten Vergütung der Kriegskosten" bescheiden. Eine sinnvolle Conquête für österreichische Rechnung war in diesem Fall die Rückgewinnung der seit dem 17. Jahrhundert an Frankreich verlorenen ehemals südniederländischen Provinzen; dies würde freilich die völlige Umstellung des Feldzugsplanes nach sich gezogen haben. Fürst Hohenlohe mußte dazu mit seinem Korps zur Belgienarmee beordert und mit schwerem Belagerungsgeschütz ausgestattet werden. Dazu bedurfte es natürlich nicht nur eines weiteren Feldzuges - sofern nicht Verrätereien in den französischen Festungen und Einverständnisse mit den dortigen Kommandanten die Inbesitznahme der wichtigen Plätze in Nordfrankreich doch noch wesentlich erleichterten. Letztlich mußte man, wollte sich Österreich wirklich in Nordfrankreich festsetzen, auch die maßvollen politisch-militärischen Ziele, die man bisher der Expedition gegen Frankreich unterlegte, aufgeben, galt es doch dann, nicht die Anarchie in Paris raschestmöglich zu beseitigen und den König zu retablieren, sondern ganz im Gegenteil "das Absehen dahin zu richten [...], der Verwirrung in Frankreich, wenn man auch könnte, nicht so bald ein Ende zu machen, sondern vielmehr ihre noch längere Fortdauer zu benützen", um die nötigen Fortschritte zu machen²¹⁸).

Mit den Kommentaren der Staatskanzlei ging die traurige preußische Antwort in die Geheime Konferenz, die am 3. September 1792 in Schönbrunn zusammentrat. Die Konferenzminister entschieden sich hier für einen Mehrstufenplan, der eigentlich alles offen ließ. Zum ersten wollte man nochmals bei Friedrich Wilhelm II. auf die Überlassung von Ansbach und Bayreuth dringen und den Preußen dafür einen Teil der Lausitzen in Aussicht stellen; ideal war aus preußischer Sicht das Verbindungsstück zwischen Brandenburg und Schlesien. Blieb der Verbündete bei seiner Weigerung, so sollte gleichwohl der "bayerische Tauschplan" einer Realisierung zugeführt werden, "wenn anders preußischerseits keine ganz unbilligen, alle Gleichheit zerstörenden Forderungen gemacht würden", d.h. also, sofern Preußen für seinen Zugewinn in Polen dem Kaiser anstelle der Markgrafschaften wenigstens andere Surrogate zubilligte. Diese Option schien allemal tauglicher als die Erweckung des preußischen Jagdinstinktes im Westen. Daß Preußen sich alleine mit einer Abfindung in klingender Münze zufrieden gab, glaubte man ausschließen zu können; einen Konflikt über Jülich und Berg, der ja schon in der ersten Jahrhunderthälfte das österreichisch-preußische Verhältnis vergiftet hatte, wollte Österreich tunlichst vermeiden. Aus den Verhandlungen vom März 1792 war in Wien bestens erinnerlich, daß sich Berlin für die beiden wittelsbachischen Territorien immer noch interessierte und den Kurpfälzer dafür im Zuge der allgemeinen territorialen Rochaden möglicherweise auf französische Kosten abfinden wollte - eine Variante, die bei den Österreichern zunächst auf radikale Ablehnung stieß, weil man für den Fall, daß Belgien doch österreichisch blieb, eine derart massive preußische Nachbarschaft an der Ostflanke der niederländischen Provinzen als gefährliche strategische Bedrohung empfand. Der Tausch wieder mußte dem Wittelsbacher minder attraktiv scheinen, wenn es zu keiner Verbindung von Jülich und Berg mit den niederländischen Provinzen kommen konnte.

Wo aber die unabdingbare Zuwaage für Österreich suchen? Seit dem Abgang von Fürst Kaunitz waren die Vorlagen der Staatskanzlei für die Konferenzminister keineswegs mehr jene Fesseln, denen sich das oberste Beratungsgremium früher nur sehr schwer entziehen konnte. Selbst die einst recht poliert wirkenden Konferenzprotokolle spiegeln nun die Stimmenverwirrung in der Zentrale wider. Fürst Rosenberg

²¹⁸) Reuß an Ph. Cobenzl (17. 8. 1792) mit "Rückäußerung Seiner Königlich Preussischen Majestät auf die unter dem 8ten August an mich erlaßne hochverehrte Depeche" (o.D.). Die wichtigsten Punkte der Depeche wurden für die Konferenzminister nochmals in einem speziellen Aufsatz zusammengestellt: "Wesentlicher Inhalt der Einberichtung des Fürsten Reuß de dato Frisange den 17ten August 1792" (StK Vorträge 151 Konv. 1792 VIII, Druck: Vivenot 2, S. 172-176), eine Mitschrift nach Verlesung in KA NL Lacy 11 Konv. X/2. - Zur preuß. Seite Heidrich, S. 245-261, Süssheim, S. 68-77. Die Preußen bestritten, daß die bayerischen Lande weniger einbrächten als die Österreichischen Niederlande.

plädierte für den Rückerwerb des Sundgaus im Elsaß, stieß hier aber vorerst auf wenig Gegenliebe. Man hielt ihm die wahrscheinlich übel kontaminierten "Gesinnungen" der französischen Provinzbewohner als Argument wider alle Erwerbungen auf Kosten Frankreichs entgegen. So orientierte man sich nicht zuletzt auch auf Wunsch des Kaisers zunächst in Richtung Polen; an der galizischen Grenze, und zwar, um mit Preußen nicht zu kollidieren, in Wolhynien oder Podolien (Kamieniec), sollte auch Österreich in der drohenden zweiten Teilung Polens auf seine Rechnung kommen. Dann sprach man aber davon, sich im schlechtesten Falle sogar mit dem Eintausch pure et simpliciter begnügen zu wollen, dafür jedoch den preußischen Gewinn "in einem dem uns entgehenden Surrogat der zwei Markgrafthümer entsprechenden Verhältnisse" zu vermindern.

Eines sah man aber schon damals als drohendes Szenario voraus: daß sich selbst der Tauschplan - aus welchen Gründen immer - nicht so rasch umsetzen ließ, man aber andererseits Preußen und Rußland mit ihrem Appetit auf polnisches Territorium nicht zu lange vertrösten konnte. So empfand man es als doppelt wichtig, daß auch Österreich einen äquivalenten Teil Polens besetzte, um für den äußersten Notfall - das gänzliche Mißlingen des Tauschvorhabens - gewappnet zu sein. Gelangte man dann doch noch in den Besitz Bayerns, konnte der okkupierte polnische Zipfel problemlos auf das gewünschte Maß einer bloßen "Zuwaage" zum erfolgten Tausch der Niederlande gegen Bayern reduziert werden.

Das nun fast undurchschaubar komplizierte Geflecht an Entschädigungsvarianten, aber auch die aus der Entfernung gleichfalls nicht mehr zu lenkende Frankreichpolitik der Alliierten erforderten zugleich personelle Notmaßnahmen, die freilich viel zu spät kamen. Zum einen sollte Staatsreferendar Spielmann gemeinsam mit Hofrat Collenbach und einem Offizial der Staatskanzlei zu Friedrich Wilhelm II. und dem Herzog von Braunschweig reisen, um dort die letzten Propositionen des Kaisers zur Verhandlung zu stellen, andererseits der "Frankreichexperte" der Österreicher, Graf Mercy, sich von Brüssel allmählich dem preußischen König nähern, wozu ihm noch Baron Thugut als Adlatus und - im Falle der Verhinderung - zu seiner Stellvertretung beigegeben wurde. Auch Blumendorf eilte von seinem kurzen Heimaturlaub Mitte September 1792 wieder zu Mercy zurück. In Wien, das nach der Ansicht des ehemaligen k.k. Geschäftsträgers in Paris hauptsächlich im Banne des Rücktritts von Staatskanzler Kaunitz stand, hatte auch er ganz wie Baron von Thugut sichtlich nur wenig Ansprache gefunden.

Noch aber war, als sich die neuen österreichischen Sonderbeauftragten zur Abreise Richtung Frankreich anschickten, die Frage der territorialen Kompensationen keineswegs befriedigend gelöst. Fürst Rosenberg hatte auch nach der Konferenz vom 3. September seinen energischen Widerstand gegen österreichische Erwerbungen auf Kosten Polens - eine Lösung, die er als unbillig und für die Reputation des Kaisers entwürdigend empfand - keineswegs aufgegeben, ja verstärkte ihn noch, als er zunehmend den Eindruck gewann, daß Österreich durch sein hektisches Bemühen, preußischer Vergrößerung unbedingt die Waage zu halten, in der polnischen Frage eine traurige Führungsrolle zu übernehmen Gefahr lief und Franz II. so "als der eigentliche Aufgeber zu der Zertrümmerung von Polen" erscheinen mußte. Kabinettsminister Colloredo befand es schließlich als Mentor Franz II. ebenfalls für nötig, die Reputation des Kaisers nicht durch führende Mitwirkung an einer politisch im Grunde unerwünschten neuerlichen polnischen Teilung zu gefährden. Feldmarschall Lacy ging endlich noch einen Schritt weiter: Er plädierte angesichts scheinbar unüberwindlicher Komplikationen dafür, den Tauschplan fallen zu lassen, wenn die Preußen tatsächlich auf ihrer Weigerung, Ansbach-Bayreuth abzutreten, beharrten und nur mäßig geschätzter Zuerwerb in Polen als Alternative übrigblieb.

Einzig Staatsvizekanzler Cobenzl war in seinem Vertrauen auf die Richtigkeit seiner Politik nicht zu erschüttern: auf der Ausführung des Tauschplanes eisern zu beharren und den finanziellen Verlust durch einen anderen Zugewinn zu kompensieren, schien ihm die einzig vernünftige Linie, eine unflexible Verknüpfung des Tauschplanes mit der Frage der fränkischen Markgrafschaften aber unbrauchbar. Auch der Nachfolger Kaunitz' im Amte aber votierte nun im Gefolge Rosenbergs und Colloredos plötzlich dafür, die vielzitierte "Zuwaage" in Frankreich und nicht in Polen zu suchen²¹⁹).

Die Frage, wer nunmehr, da der Gewinn von Ansbach-Bayreuth unwahrscheinlich war und der preußische Gesandte Graf Haugwitz vor entsprechenden Hoffnungen ausdrücklich warnte, als alternatives "Kompensationsreservoir" für Österreich dienen sollte, die einstige Großmacht Frankreich oder der tradi-

²¹⁹) Vorträge Cobenzl (27., 29. 8. 1792), Konferenzprotokoll (3. 9. 1792) u. Separatvoten (5.-7. 9. 1792): StK Vorträge 151 Konv. 1792 VIII bzw. IX, letztere gedr. bei Vivenot 2, S. 180-186; KA NL Lacy 11 Konv. X/2. Franz II an Fürst Starhemberg (30. 8. 1792; KA Kabinettskanzlei HBP 106a). Blumendorf an Mercy (Wien, 1. u. 9. 9. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Blumendorf-Mercy; Druck: Hubert, S. 181-188). - Beer, Analekten, S. 19ff.

tionelle "Selbstbedienungsladen" Polen, war einziger Tagesordnungspunkt einer weiteren Sitzung der Geheimen Konferenz am 7. September 1792. Cobenzl, Colloredo und Rosenberg stimmten für Frankreich (Elsaß), Fürst Starhemberg argumentierte weiterhin für Erwerbungen in Polen. Rosenberg suchte dabei in seinen Ausführungen v.a. die zuletzt hinsichtlich der revolutionären Verseuchung des Elsaß geltend gemachten Bedenken zu zerstreuen; fähige Pfarrer und die Wiedereinsetzung der deposseidierten Güterbesitzer würden rasch dafür sorgen, daß sich die bedenklichen Gesinnungen der elsässischen Einwohner wieder besserten. Frankreich blieb für lange Zeit - notfalls durch entsprechende Vorschreibungen der siegreich vordringenden Alliierten - machtpolitisch gefesselt und hatte so keine Möglichkeit, etwaigen Revanchismus auszuüben. Durch die Vogesen vom übrigen Frankreich abgeschirmt bildete das Elsaß kurzum ein ideales Grenzland zu den vorderösterreichischen Provinzen und sorgte nach Umsetzung des Tauschplanes für ein einigermaßen zusammenhängendes habsburgisches Territorium in Süddeutschland. Wichtiger, jedenfalls aber überzeugender schien das moralische Argument: Entschädigung auf Kosten des Kriegsverursachers Frankreich war mehr als gerecht, während die hehren Rechtfertigungsmuster, die man dem vorgeblich selbstlosen Einschreiten gegen die Revolution so gerne zugrundelegte, ohnedies reichlich unglaubwürdig wirken mußten, sobald man im Osten an die brutale Zerstückelung eines Unschuldigen schritt.

Freilich vermochte auch Fürst Starhemberg gute Gründe für sich und seine polnische Option ins Treffen zu führen: Sah sich auch Österreich im Osten um, so konnte es ganz wie Preußen und Rußland von einem sicheren, nicht den Fährnissen und dem ungewissen Ende des Krieges gegen Frankreich unterliegenden Zuerwerb ausgehen, der zudem neuerlich vertraglich zwischen den Partage-Mächten zu garantieren war. Jede weitere Ausdehnung von Galizien Richtung Osten brachte der Monarchie einen Zuwachs an echtem, leichter schützbarem Kernland, während das entlegene Elsaß doch wieder nur ein Außenposten sein würde, vergleichbar den Österreichischen Niederlanden, die abzustößen man sich doch so eifrig bemühte. Und der Optik war in den Augen des Obersthofmeisters schon dann Genüge getan, wenn man vermied, als Motor einer neuerlichen Spolierung Polens aufzutreten und sich nur als "Nachahmer" der Preußen und Russen ausgab.

Die Konferenz endete schließlich mit einem Erfolg jener, die in krassem Gegensatz zur bisherigen Linie für eine eindeutige Westablenkung des Länderschachers insgesamt eintraten. Denn hier sah man auch seitens der Staatskanzlei eine allerletzte Möglichkeit, die sturen Preußen doch noch zu einer Preisgabe Ansbach-Bayreuths zu bewegen und zugleich die so gefährliche "Unabhängigkeit" Berlins von den Ereignissen im Westen zu minimieren. Kam der bayerische Tausch wie gewünscht zustande, wollte Österreich den ansonsten unzulässigen Erwerb Jülichs und Bergs durch den preußischen König jetzt plötzlich zugestehen, sofern Friedrich Wilhelm II. dies als Äquivalent für die dann an den Kaiser fallenden Markgrafschaften betrachtete, eventuell noch angereichert durch die Aussicht auf die gewünschten Grenzkorrekturen in der Lausitz, aber gegen eine deutliche Verminderung des preußischen Zugewinns in Polen. Zerschlug sich dieser letzte Versuch, Preußen die fränkischen Markgrafschaften abzurufen, so hatte es bei der Suche nach österreichischen Zugewinnen im Elsaß zu verbleiben.

An Staatsreferendar Spielmann war es, die zur Auswahl stehenden Lösungsvorschläge und Lockmittel im preußischen Hauptquartier direkt und ohne zeitraubende An- und Rückfragen auf ihre Tauglichkeit zu überprüfen; Fürst Reuß wurde umgehend seine bevorstehende Entlastung durch Baron Spielmann für die Entschädigungsverhandlungen mit Preußen und in den französischen Angelegenheiten durch Graf Mercy ("der die dortige Revolution entstehen, wachsen und bis auf die gegenwärtige Monstruosität ausarten sah") angekündigt. Mercy und Thugut erhielten umfassende Vollmachten, nach den festgelegten Hauptgrundsätzen der Alliierten - dies galt besonders in der Emigrantenfrage, wo sich der Kaiser auch jetzt noch unnachgiebig zeigen wollte - und im Einvernehmen mit dem Verbündeten das Nötige ohne weiteres Hin- und Herschreiben zu vereinbaren.

Eine bisher außer von Feldmarschall Lacy in ihrem Kern nie angesprochene Grundsatzfrage warf Staatskanzler Kaunitz auf, als er sich in seiner Eigenschaft als Konferenzminister aus dem wohlverdienten Ruhestand zu den letzten Beschlüssen der Geheimen Konferenz äußerte: War man der Zustimmung des bayerischen Kurfürsten und des Herzogs von Zweibrücken, des Nächstberechtigten in der wittelsbachischen Erbfolge, überhaupt sicher? Und wenn nein, wie konnte man dann eine für die europäischen Mächte derart alarmierende Idee wie den Tauschplan überhaupt auf den Tisch legen? Die Russen hatten schon im Sommer 1792 auf die ersten österreichischen Andeutungen hin Zweifel daran angemeldet, ob Karl Theodor sein friedliches Bayern wirklich gegen die innerlich unruhigen, durch den nahen französischen Ein-

fluß aufgewühlten Österreichischen Niederlande eintauschen wollte, Bedenken, über die die Staatskanzlei damals etwas oberflächlich hinweggegangen war, nicht zuletzt im festen Vertrauen darauf, daß mit der bald erwarteten Befriedung Frankreichs zugleich endlich auch Belgien zur Ruhe kam. Kaunitz fühlte sich durch die wirren Kombinationen der Konferenzminister natürlich in seinen Vorbehalten gegen die Umsetzbarkeit des Tauschplanes bestätigt, zweifelte auch an der Zustimmung Spaniens und Großbritanniens zu österreichischen Annexionen im Elsaß und sah den Kaiser so in jedem Fall nolens volens in eine neuerliche Teilung Polens hineinschlittern, nur um das Gleichgewicht der Kräfte im Dreieck Petersburg-Wien-Berlin zu wahren²²⁰).

Russische Reminiszenzen an den unter Leopold II. vergleichsweise entschlossenen Einsatz für die polnische Verfassung von 1791 konnten jetzt, da die Zarin nach Einschätzung der Österreicher an Landgewinn in der Ukraine Interesse bekundete und Preußen sich für eine neuerliche Beraubung Polens als idealer Partner anbot, für die "neue" österreichische Politik zu einem gefährlichen Klotz am Bein werden und mußten daher schleunigst einem Bekenntnis zur Veränderbarkeit des polnischen status quo weichen, wollte man eine rein preußisch-russische Lösung der polnischen Frage vermeiden und so den Spielraum für die eigenen Entschädigungswünsche einengen. Konnte der Austausch der Niederlande gegen Bayern nicht über die Bühne gehen, sollten eigentlich auch Rußland und Preußen nichts bekommen, denn für Wien war der "Arrondierungswerth" von zusätzlichem polnischem Territorium am geringsten. Die Staatskanzlei wünschte sich daher zur einvernehmlichen Klärung der Zukunft Polens ein "concert à conclure entre les trois cours". Indem Franz II. der Zarin zur Wiederherstellung des "ancien état des choses" in Warschau gratulierte, die ja erst die Basis für die Neugestaltung der polnischen Verhältnisse schuf, suchte er sich in eine Problematik einzuschalten, mit der die Exekutierung des Tauschplans ursächlich zusammenhing; Details der österreichischen Überlegungen zum geplanten Länderschacher auf den Tisch zu legen, wagte man allerdings nicht ... zu groß war die Angst, hinterrücks von Preußen und Rußland übervorteilt zu werden und schließlich leer auszugehen, wenn der Erwerb Bayerns platzte. Katharina II. hatte allen Grund, mit der Entwicklung zufrieden zu sein und bestärkte über ihren Botschafter am Kaiserhof, Graf Rasumowsky, den österreichischen Alliierten nach Kräften in seinen Tauschplanphantasien.

Ganz anders die Stimmungslage in der Staatskanzlei, wo sich das Bewußtsein festsetzte, allmählich nicht nur erpreßbar, sondern auch im Kampf gegen das revolutionäre Frankreich gerade von dem in Worten so engagierten russischen Verbündeten schmähsch im Stich gelassen zu werden. Die Unbestimmbarkeit der Vorgänge in Frankreich und die Gefahr einer eventuellen Verschleppung der königlichen Familie aus Paris, die den Revolutionären ein ideales Faustpfand für Verhandlungen verschaffte, ließen eine Voraussage über den möglichen Erfolg "einer gemäßigten Contre-Revolution" nicht zu. War es nicht möglich, die französische Frage mit einem Schlag gegen die Hauptstadt der Revolution zu entscheiden, etwa weil sich Frankreich in einen von den Alliierten kontrollierten Nordteil und einen republikanischen Südteil aus mehreren Freistaaten spaltete (und die Anzeichen hierfür häuften sich), dann mußte man nicht nur angesichts der fortgeschrittenen Jahreszeit, sondern auch mit Blick auf die nur beschränkten Mittel Preußens und Österreichs ein vorläufiges Scheitern des ganzen Unterfangens einkalkulieren. Beträchtliche Schuld lastete für diesen Fall auf jenen Mächten, die sich der Aufforderung zur Mitwirkung entzogen hatten. "Alle diese Betrachtungen und Ereignisse beweisen sonnenklar", lautete der Vorwurf des Staatsvizekanzler Richtung Petersburg, das sich gemäß Allianzvertrag nur zu gerne mit der Zahlung von 400.000 Rubeln anstelle der für diesen Feldzug nicht mehr einsetzbaren Truppenhilfe bescheiden wollte, "wie sehr der Allerhöchste Hof Recht hatte, die französische Unternehmung als ein Werk anzusehen, welches für einzelne Mächte zu groß war und eine allgemeine Vereinigung der Mächte erfordert hätte". Ähnliches galt auch für die bedenkliche Förderung der Emigranten, die gerade Rußland in ihren Chimären unterstützt hatte. Jetzt wo sie einen Teil der Invasionsarmee bildeten, fiel der allgemeine Haß gegen die königlichen Prinzen zu einem unverdienten Teil auf die Alliierten zurück.

Staatskanzler Kaunitz fühlte sich in seinen Zweifeln an den "beaux rêves" seines Nachfolgerduos Spielmann-Cobenzl vollauf bestärkt und sah für die gewünschte Bereinigung und Stabilisierung der Situation in Frankreich oder die Erreichung des gesetzten Kriegsziels kaum noch Hoffnung. Konnte man über-

²²⁰) Protokoll der Konferenz vom 7. 9. 1792 (StK Vorträge 151 Konv. 1792 IX; Druck: Vivenot 2, S. 186-190); KA NL Lacy 11 Konv. X/2. Ph. Cobenzl an Franz II (9. 9. 1792; StK Vorträge 151 Konv. 1792 IX; Druck: Vivenot 2, S. 191f). Thugut an Mercy (7. 9. 1792; SA Frkr. Varia 49 Konv. Thugut-Mercy). Ph. Cobenzl an Reuß (9. 9. 1792; StK DK Preußen 71 Konv. 1792 Rescripte nach Berlin; Druck: Vivenot 2, S. 195f). Kaunitz an Franz II. (10. 9. 1792; StK Vorträge 151 Konv. 1792 IX, O in KA NL Lacy 11 Konv. X/2; Druck: Vivenot 2, S. 190f).

haupt noch mit Ehren aus dem Schlamassel entkommen? Nicht ohne die Schadenfreude eines von der Last der Verantwortung befreiten Pensionärs sah der Fürst den Turbulenzen der österreichischen Politik zu und kommentierte resignativ: "On a voulu s'embarquer, et vogue la galère - ibunt quo poterunt"²²¹).

²²¹) Vortrag Cobenzl (12. 9. 1792; StK Vorträge 151 Konv. 1792 IX). Franz II. an Katharina II. (13. 9. 1792) u. Katharina II. an Franz II. (17. 9. 1792); Beer, Leopold, S. 179-182. Kaunitz an L. Cobenzl (13. 9. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 196f), Ph. Cobenzl an L. Cobenzl (13. 9. 1792; SA Rußland II 177 Konv. Expeditionen 1792; Druck: Vivenot 2, S. 197-203).

2.7 Der Weg nach Paris

"C'est en France que la Prusse et l'Autriche trouvent leur expiation. Ils entrent en conquérants, et ils s'en vont en voleurs, sans guerre sérieuse ni combat."

Jules Michelet, *Histoire de la Révolution française 4* (= *Oeuvres complètes 20*; Paris o.J.) 239

Mit dem neuen Auftrag an den immer noch in Spa kurenden Mercy, die Leitung der österreichischen Frankreichpolitik im preußischen Hauptquartier zu übernehmen, erfüllte die Staatskanzlei nun durchaus das, was Mercy schon vor längerem und Comte de Lamarck erst neuerdings Ende August 1792 dringend empfohlen hatten, auch wenn der belgische Grandseigneur dabei - mit Rückendeckung des Botschafters - primär wohl sich selbst meinte: "un surveillant modéré, calme, impartial, versé dans la diplomatie, éclairé sur les intérêts présents et futurs de la cour de Vienne, joignant à la confiance entière de cette cour une expérience et une connaissance parfaite de la Révolution française" mußte im preußischen Hauptquartier darauf sehen, daß im Widerstreit der verschiedenen Einflüsse die Weichen nicht in die falsche Richtung gestellt wurden, schon gar nicht im Sinne der Emigranten, die man in Brüssel immer noch egoistischer Rachegeplüste verdächtigte. Die schwer vorausberechenbaren Konstellationen im Inneren Frankreichs machten es für Lamarck und Mercy ganz einfach unabdingbar, politische Verhandlungen nicht erst nach der Entscheidung durch die Waffen zu beginnen, sondern dem alliierten Oberbefehlshaber gleichsam begleitend einen "conseil politique" an die Seite zu stellen, der günstige Gelegenheiten zu politischen Gesprächen aufgriff und aktuellen Entwicklungen - umgehend und ohne an starre Direktiven aus Wien gebunden zu sein - Rechnung zu tragen in der Lage war; auch das Kriegsziel konnte schwerlich identisch sein und bleiben. Der Kampf war für einen faktisch unfreien König begonnen worden, nun trat man schon für einen suspendierten und gefangengesetzten Monarchen in die Bresche, eine Verlegung der Revolutionszentrale von Paris nach Blois oder Bordeaux ließ sich nicht ausschließen. Jenes diffizile und behutsame, v.a. aber leidenschaftsfreie Vorgehen, das die verwirrende innenpolitische Lage Frankreichs auch im Angesicht einer ganzen Nation in Waffen erforderte, traute Lamarck den Militärs, die an den Kampf von Staat zu Staat, zwischen regulären Linientruppen nach den geltenden Spielregeln des Ancien Régime gewohnt waren, nicht zu; "en France, l'armée c'est la nation entière. Bourgeois, paysans, femmes, enfants, tout est soldat, tout est chef". Weder konnte man einen derart zahlreichen und hochmotivierten Gegner in rangierter Feldschlacht besiegen noch die ganze Nation ausrotten. Mit den eigenen Waffen galt es die Revolutionäre zu schlagen: mit der öffentlichen Meinung, also Gewalt zwar mit Gewalt zu bekämpfen, aber nicht brutal zu unterdrücken, sondern klug zu verwalten, um im eigenen Interesse bei weiterem Vorrücken nicht das Hinterland in Anarchie zu hinterlassen, wie es wohl der Fall sein mußte, wenn man die Emigranten ungebremst schalten und walten ließ.

Die Zeit drängte freilich, denn für den 20. September 1792 war die erste Sitzung des Konvents anberaumt, jener "assemblée infernal", so Mercy, die dann dem faktisch bereits Erreichten noch das Siegel der Legalität aufdrücken konnte. Die ersten "Justizmorde" waren in Paris bereits über das Schafott gegangen, und über kurz oder lang mußte die Reihe auch an die Allerchristlichsten Majestäten kommen. Nur durch einen energischen militärischen Vorstoß auf die Hauptstadt ließ sich das Schlimmste verhüten. Zu einem Zeitpunkt aber, da man eigentlich schon in Paris stehen wollte, hatte der Herzog von Braunschweig erst die Grenze nach Frankreich überschritten. Ausgerechnet der unentschlossene und zaghafte Braunschweiger trug nun mit der militärischen Verantwortung auch die gesamte politische Last auf den Schultern. Mit Botschafter Mercys kurzem Dictum: "S'il temporise, tout est perdu" war eigentlich alles gesagt²²²).

Als Graf Metternich in den ersten Septembertagen 1792 die Nachricht von den Septembermassakern in den Pariser Gefängnissen nach Wien weiterleitete, schienen sich auch die schwärzesten Prophetien erfüllt zu haben; die Schätzungen der Österreicher schwankten zwischen 400 und 6.000 Toten. Unter den pro-

²²²) Mercy an Kaunitz (Spa, 28. 8. 1792; SA Frkr, Berichte 180 Konv, Mercy-Kaunitz 1792 V-XII) mit Lamarck an Mercy (Brüssel, 25. 8. 1792) u. dessen "Mémoire sur les objets du moment" (o.D.), Mercy an Lamarck (Spa, 27. 8. 1792; Druck: Bacourt 2, S. 382).

mintesten Opfern befand sich neben der Princesse de Lamballe auch Comte de Montmorin, wenige Tage später gefolgt von seinem Erben im Amte des Außenministers, de Lessart. Etwa zeitgleich traf Mercy in seinem Kurort, der sich angesichts des schlechten Wetters zusehends leerte, die zweite schlechte Nachricht, jene vom Rücktritt seines Langzeitmentors Kaunitz. Schon einmal - 1790 - hatte der Botschafter sein Ausharren im allerhöchsten Dienst an den Verbleib des Staatskanzlers im Amt geknüpft; auch jetzt bestand Mercy darauf, daß Kaunitz in der "französischen Frage" die Oberleitung solange behielt, bis das Abenteuer ausgestanden war. Ohne weiteren Meinungsaustausch mit dem Meister glaubte er sich verlorren, aber jenseits der höflich bedauernden Phraseologie blieb ja de facto alles beim Alten: Kaunitz hatte das Heft in Wahrheit schon Jahre zuvor aus der Hand gegeben und nun endlich die Konsequenzen aus der zunehmend peinlich werdenden Situation gezogen. Vizekanzler Cobenzl, der neue Ansprechpartner der k.k. Diplomaten, war vielleicht auch eher der Mann, auf jene zu hören, die jetzt zu raschestmöglichem Agieren rieten. Selbst für den sonst so bedächtigen Mercy stand nun gänzlich außer Frage "que les moyens extrêmes deviennent la véritable prudence". Was er damit meinte, trug der Botschafter wenig später gemeinsam mit einigen Details zu den Septembermassakern nach: "Les choses en sont au point", so der tief entsetzte Mercy, "que le salut public exigera peut-être le moyen extrême d'exterminer une horde de tigres ainsi que l'abominable repaire qui les contient et d'où ils tiendroient l'Europe dans le danger des plus grands malheurs."

Schon Ende August 1792 war Baron de Breteuil auf seiner Reise ins preußische Hauptquartier bei Mercy in Spa eingetroffen und hatte ihn dort mit einem kühnen Plan, die königliche Familie zu befreien und den Revolutionären durch ein vorgeschobenes Detachement zwischen Paris und Orléans den Rückzug nach Süden abzuschneiden, belästigt. Der Botschafter erwartete sich von der Anwesenheit des ungeliebten königlichen Auslandsbeauftragten am Hoflager Friedrich Wilhelms II. nicht viel Gutes. Im Gegenteil: die Tatsache, daß angeblich auch die königlichen Brüder die Einberufung Breteuils ins Armeehauptquartier gewünscht hatten, schien einigen Zündstoff zu bergen. In einer Linie mit dem bedenklichen Manifest der Prinzen und dem Streit um den Regenten- bzw. Generalleutnantstitel für Monsieur betrachtet ergab sich eine durchaus ungünstige Optik, drohte die - wenigstens Eingeweihten - bisher mehr oder minder klare Trennlinie zwischen der Geheimpolitik der königlichen Familie und den Emigranten vollends zu verschwimmen²²³).

Der Feldzug gegen Frankreich hatte sich anfangs recht gut angelassen. FZM Clerfayt vereinigte sich mit seinem Korps am 20. August 1792 vor Longwy plangemäß mit den Preußen unter Braunschweig. Die Festung kapitulierte nach kürzester Belagerung bereits am 23. August 1792; am 2. September 1792 zwang die Bürgerschaft von Verdun die Garnison zur Übergabe an die Alliierten; im Namen des Allerchristlichsten Königs nahm man die Stadt in Besitz und hißte das Lilienbanner.

FZM Hohenlohe war indes Anfang August 1792 mit seinen 15.000 Mann bei Mannheim über den Rhein gegangen und nach einigem Herumirren im Angesicht der zurückweichenden und daher keineswegs ausgeschalteten französischen Rheinarmee auf Wunsch des Herzogs von Braunschweig an die Saar gerückt, wo er die preußische Hauptarmee vor Flankenstößen der Zentrumsarmee Luckners aus Richtung Metz schützen sollte. Ende August 1792 begann Hohenlohe damit, gemeinsam mit den jetzt erst auf französisches Gebiet übertretenden Emigranten unter Castries und Broglie Thionville, eine der stärksten Festungen in diesem Raum, einzuschließen. Dieses hielt sich aber, u.a. weil es den Belagerern an der nötigen schweren Artillerie fehlte. Auch Metz, wo die bald durch Detachements aus dem Elsaß verstärkte Zentrumsarmee verschanzt lag, blieb in den Händen der Franzosen²²⁴).

²²³) Metternich an Ph. Cobenzl (1., 5. 9. 1792; Belgien DD A Berichte 329). Ph. Cobenzl an Mercy (22. 8. 1792; SA Frkr. Weisungen 182 Konv. Cobenzl-Mercy), Mercy an Kaunitz (Spa, 6. [7.] 9. 1792; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Kaunitz 1792 V-XII), an Lamarck (Spa, 7. 9. 1792; Druck: Bacourt 2, S. 383), an Ph. Cobenzl (Spa, 6. u. 8. 9. 1792; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Cobenzl 1791/92), - Die Aufgabe von Paris ist im Sommer 1792 in der Tat von führenden Revolutionspolitikern ausführlich diskutiert worden: Chuquet 3, S. 10-14.

²²⁴) Der Feldzug in der Champagne ist im österr. "Generalstabswerk" Krieg gegen die Französische Revolution 2, S. 91-197, gut, wenn auch platt dargestellt; ergänzend Heinrich Ritter von Zeissberg, Erzherzog Carl und Prinz Hohenlohe-Kirchberg. Ein Beitrag zur Geschichte des Feldzuges in die Champagne 1792. In: AÖG 73 (1888) 1-77, Häusser 1, S. 416-471, Sorel 3, S. 1-96 (im Zusammenhang mit der innenpolitischen Geschichte Frankreichs), Sybel, Geschichte (4. Aufl./neue Ausg.) 1, S. 541-569, Heidrich, S. 282-323, Heigel 2, S. 19-49. Weiters C. Renouard, Geschichte des französischen Revolutionskrieges im Jahre 1792 (Kassel 1865), Ranke, Ursprung und Beginn, S. 289-325. Als autobiographische Dokumente Hermann Hüffer, Aus dem Nachlasse des preußischen Geheimen Kabinettsraths Johann Wilhelm Lombard. Briefe aus dem Hauptquartier Friedrich Wilhelms II. während des Feldzugs gegen Frankreich im Jahre 1792. In: Deutsche Revue 8 (1883) 234-251, 293-335 und natürlich Johann Wolfgang Goethe, Kampagne in Frankreich 1792. Belagerung von Mainz (München 1962). Auch die Wiener Zeitung gab detaillierte Feldzugsbulletins heraus. - Für die franz. Seite - neben den Bänden La première invasion prussienne (11 août - 2 septembre 1792)

Angesichts der immer brennender werdenden Gefahr für die königliche Familie in Paris entschloß sich der Herzog von Braunschweig auf Drängen des Königs von Preußen und nicht ohne einen gewissen "Richtungsstreit" in der ersten Septemberwoche, entgegen den Prämissen der systematischen Kriegführung und trotz der drohenden Nachschubprobleme keine Zeit mit der Berennung der übrigen in Rücken und Flanke der Alliierten liegenden Festungen zu verschwenden, sondern bei Verdun über die Maas zu gehen, weiter Richtung Paris vorzustößen und den sich offensichtlich bei Châlons-sur-Marne sammelnden Feind anzugreifen. In der Tat war Marschall Luckner nach seinem Versagen an der Spitze der Zentrumsarmee, wo ihn Kellermann ersetzte, von der Revolutionsregierung Ende August 1792 mit der Bildung von Auffangstellungen bei Châlons und - in seiner neuen Eigenschaft als "Generalissimus" der französischen Armeen - mit der Koordinierung der Konzentrationsmärsche zur Abwehr des alliierten Vorstoßes betraut worden. Erst auf den Höhen von Montmartre, wo angeblich 800 Kanonen zur Verteidigung der Hauptstadt aufgeföhren waren, erwarteten aber viele im alliierten Lager den ersten wirklich ernstzunehmenden Widerstand. Hier wollte man dann die zurückgefluteten Heerhaufen mitsamt dem Pariser Pöbel aushungern.

Für seinen konzentrierten Schlag gegen die französischen Hauptkräfte in der Champagne zog der Herzog von Braunschweig bis Mitte September 1792 auch FZM Fürst Hohenlohe mit einem Teil seiner Truppen von Thionville zu sich nach Verdun. Indem man aber den Plan eines energischen Vorstoßes ins Herz Frankreichs mit methodischer Langsamkeit umsetzen wollte, verlor man wertvolle Zeit und die günstige Gelegenheit, die französischen Heeresgruppen einzeln zu schlagen. Die Zentrumsarmee unter Kellermann hatte ihre Position bei Metz schon Anfang des Monats verlassen, um in einem südlichen Bogen zu dem aus Norden anmarschierten Korps unter Generalleutnant Dumouriez zu stoßen, der den Alliierten in den Argonnen den Weg in die Champagne versperrte. Die Emigrantenarmee und österreichische Verbände deckten die rückwärtigen Verbindungen der Alliierten jenseits der Maas, schirmten Longwy und blockierten weiterhin Thionville sowie Metz.

Mit diesem Etappendienst war der Unternehmungsgeist der Emigranten natürlich nicht zu stillen. Der Duc de Bourbon etwa hatte dem Herzog von Braunschweig Mitte September 1792 eine (selbstverständlich nie realisierte) kühne Kommandounternehmung seines - bislang inaktiven - Korps mitten durch Frankreich vorgeschlagen, und zwar - unter Mitwirkung einer kleinen Verstärkung seitens der österreichischen Belgienarmee unter Albert von Sachsen-Teschen - Richtung Normandie und Bretagne, wo der königstreue Adel angeblich bereit war, der alliierten Invasion zuzuarbeiten. Friedrich Wilhelm II. und der Herzog von Braunschweig befürworteten den gewagten Plan als für die Hauptoperationen sicher nützliche Diversion, auch wenn sich die französischen Royalisten in Wahrheit gar nicht offen zu zeigen getrauten und die schwer einzuschätzende Stimmung der Bevölkerung dem Unterfangen keinen großen Erfolg verhieß²²⁵).

Fürst Reuß zeigte sich in den ersten Septembertagen einigermaßen überrascht, daß man es wider Erwarten doch nicht mit einer durch und durch fanatisierten Zivilbevölkerung zu tun hatte. Anfänglich waren die Bauern zwar aus Angst vor Exzessen der Truppen haufenweise aus den Dörfern geflüchtet, jetzt aber lieferten sie bereitwillig Naturalien und unterwarfen sich ohne größere Probleme. Für den österreichischen Diplomaten nur ein weiterer Beweis für den "Leichtsinn" und die Wankelmütigkeit der Franzosen ... und natürlich dafür, "daß das Motto vivre libre ou mourir weder im Herzen noch im Kopf der Menschen Wurzel geschlagen, sondern nur auf ihren Fahnen geschrieben war".

Während man im preußischen Hauptquartier von der in Wien beschlossenen Entsendung österreichischer Sonderbeauftragter noch nichts ahnte, waren hier anderweitig tiefgreifende personelle Veränderungen vor sich gegangen. Calonne, bisher mit der Steuereintreibung in den eroberten Gebieten befaßt, wurde durch

(Paris 1886; mit guter Vorgeschichte), Valmy (Paris 1887) und La retraite de Brunswick (Paris 1887) aus der meisterhaften Serie *Les guerres de la Révolution* von Arthur Chuquet - nicht zu vernachlässigen: *Mémoires de Louis-Philippe* Bd. 2, und für die Emigranten Malcysse, *Mémoires*, S. 330-387, Espinhal, *Journal*.

²²⁵ Reuß an Kaunitz (bei Longwy, 24. u. 28. 8. 1792; StK DK Preußen 70 Konv. Relationen aus Berlin 1792 Juli-Dezember), an Metternich (23. 8. 1792; Belgien DD A Berichte 328). "Nota, welche der Herr Baron von Spielmann über die jetzige Lage der k. k. Armee von mir [Esterházy] verlangte, nachdem ich von einem Besuch zurückkam, den ich dem Fürsten von Hohenlohe gemacht hatte" (Offenbach, 19. 9. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 207-211). FML Fürst Paul Anton Esterházy (1738-1794) kommandierte das österr. Korps im Breisgau mit insgesamt 10.000 Mann. Franz II. an FZM Hohenlohe (5., 15. 9. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 186, 203). Reuß an Albert von Sachsen-Teschen (Landres, 16. 9. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 204f). - Über die konterrevolutionären Bemühungen in der Bretagne und entsprechende Verbindungen nach Koblenz vgl. besonders Georges Lenôte, *Le marquis de la Rouërie et la conjuration bretonne 1790-1793* (Paris 1899).

die Ankunft Breteuils in Verdun (6. September 1792) schließlich aus dem Conseil der Prinzen verdrängt - ein billiges Opfer, um endlich das Konkurrenzverhältnis zur Sekretdiplomatie Ludwigs XVI. zu liquidieren - und kehrte nach England zurück, nicht ohne in der Verwaltung der Emigrantenarmee ein beträchtliches Durcheinander und einen bedenklichen Mangel an Geld und Verpflegung zu hinterlassen; ganz gegen die weltfremden Zusicherungen hinsichtlich der den Prinzen in Frankreich angeblich zu Gebote stehenden Mittel, die man sich noch in Koblenz hatte anhören müssen. Auch Kabinettsminister von der Schulenburg, in der "französischen Frage" zunehmend aus dem Entscheidungsprozeß im preußischen Hauptquartier gedrängt, verließ die Armee und kehrte nach Berlin zurück. Angeblich wegen seiner schlechten Gesundheit (die Gicht plagte ihn seit Feldzugsbeginn); doch in der preußischen Hauptstadt wußte man hinter vorgehaltener Hand von ernstern Mißhelligkeiten - v.a. zwischen Schulenburg und Bischoffwerder - und von beträchtlicher Unzufriedenheit Friedrich Wilhelms II. mit der "Desertion" seines Ministers zu berichten. Auf den Kabinettsminister folgte als Frankreichexperte der Anfang September im Hauptquartier eingetroffene Marchese Lucchesini, dem anders als Schulenburg nicht unbedingt der Ruf vorauselte, ein Freund der Österreicher zu sein. Immerhin unterstützte Baron de Breteuil, obwohl ihm Monsieur die Nachfolge Calonnes zubilligte, die vorsichtige Politik der Österreicher in der Regentschaftsfrage und approbierte durchaus die Ausweichtaktik der Preußen gegen die permanenten Anwürfe der Emigranten. Nichts ohne Mitwirkung des Wiener Hofes verantworten zu können und zu wollen, erwies sich insofern als ideale Ausflucht, bis auch Wien endlich einmal Stellung bezog. Vier Wochen veranschlagte man im preußischen Hauptquartier Anfang September 1792, ehe man Paris wirklich erreichen würde, und dies reichte bequem aus, um dem Kaiser die Problematik einer etwaigen Regentschaft Monsieurs nochmals vorzutragen.

Einstweilen blieb die Erklärung Monsieurs zum Regenten oder zum Lieutenant Général ausgesetzt, da dies dem Vordringen der alliierten Armee wohl mehr Schaden als Nutzen gebracht hätte: Fürst Reuß schloß aus, daß die französische Bevölkerung den Anordnungen Monsieurs Folge leisten würde. Für den Fall, daß Ludwig XVI. jedoch ein Unglück zustieß oder gar die königliche Familie weiter ins Landesinnere verschleppt wurde, verhielt sich die Sache freilich ganz anders. Denn sollte mit der Eroberung von Paris allein die "französische Frage" nicht gelöst, der Krankheitsherd nicht definitiv ausgebrannt werden können, dann waren die Alliierten eigentlich in Wahrheit mit ihrem Latein am Ende. Eine Eroberung des ganzen Landes ging weit über das gewollte Engagement der Intervenienten und ihre Kräfte hinaus, und es drängte sich eine wenig befriedigende Spärlösung auf: Nach Unterwerfung Nord- und Ostfrankreichs bis Paris zogen sich die Alliierten wieder zurück und ließen bloß hessische, schweizerische oder verlässliche französische Linientruppen als Grundstoff für eine neue königstreue französische Armee, eventuell auch preußische und österreichische Einheiten zur Absicherung zurück. War es bis dahin nicht gelungen, durch den Vorstoß gegen die Hauptstadt den König zu befreien, wurde eine Regentschaft Monsieurs sehr nützlich, ja unabdingbar, um dem wieder zur Raison gebrachten Teil Frankreichs eine rechtmäßige Staatsspitze zu geben, die nicht nur für Ordnung in der bereits befriedeten Zone sorgen, sondern auch die Eroberung des noch nicht zurückgewonnenen Territoriums in die Hand nehmen mußte²²⁶).

Auch in der Staatskanzlei zu Wien, wo man sich Mitte September 1792 über die ersten Erfolgsmeldungen von der Armee freute, sah man vorerst noch keine Veranlassung, bis zu veränderter Lage von der bisherigen Emigrantenpolitik abzugehen; "diese Herren [die französischen Prinzen] kennen ihr eigenes, dauerhaftes und erreichbares Interesse so wenig als die gegenwärtigen Bedürfnisse ihres Vaterlandes" und mußten es sich daher gefallen lassen, von den Alliierten politisch geführt zu werden; "man kann", so die Staatskanzlei, "selbst zu ihrem eigenen Besten diese Herren nicht ihren unvorsichtigen Rathgebern und ihrer eigenen exaltirten Einbildung überlassen, mit der sie ganz unfehlbar die gegenwärtigen Zerrüttungen im Reiche verewigen oder andere von ebenso bedenklicher Art verursachen würden". Die von den

²²⁶ Reuß an Ph. Cobenzl (Verdun, 2. u. 9. 9. 1792); Dreyer an Ph. Cobenzl (Berlin, 18. u. 25. 9. 1792); StK DK Preußen 70 Konv. Relationen aus Berlin 1792 Juli-Dezember. - Kabinettsministerium an Schulenburg (15. 9. 1792; Druck: Ranke 2. Aufl., S. 294f). Heidrich, S. 300-313. In Verdun wurde Breteuil bald von den Emigranten hofiert, auch die Brüder des Königs mußten gute Miene zum bösen Spiel machen: Espinhal, Journal, S. 416f (14. 9. 1792). - Mémoires tirés des papiers d'un homme d'état 1, S. 431-434, Ranke, Ursprung und Beginn, S. 289-304. Chuquet 1, S. 267-298, Koser, Preußische Politik, S. 223f, Höhm, S. 66-86, Walter, Provence, S. 199-202. Zum Aufeinandertreffen zwischen Invasoren und Zivilbevölkerung siehe auch Erich Schneider, Revolutionserlebnis und Frankreichbild zur Zeit des ersten Koalitionskrieges 1792-1795. Ein Kapitel deutsch-französischer Begegnung im Zeitalter der Französischen Revolution. In: Francia 8 (1980) 277-393.

weiteren Entwicklungen und besonders vom Schicksal der königlichen Familie in Paris abhängige Neueinstellung der Haltung Wiens gegenüber den Emigranten war in der Folge von Staatsreferendar von Spielmann nach Lage der Dinge vorzunehmen²²⁷).

Von Verdun aus gestaltete sich der weitere Vormarsch der alliierten Truppen recht mühsam. Fürst Reuß berichtete von den großen Behinderungen durch das Regenwetter und den ungemein tiefen Erdboden. Auch die Sorge vor Anschlägen und französischen "Selbstmordkommandos" - der Abgeordnete Jean Debry (1760-1834) hatte am 26. August 1792 in der Nationalversammlung die Aufstellung einer "légion des tyrannicides" angeregt -, wirkte durch die erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen hinderlich, gefährdete vielleicht gar die für 10. Oktober 1792 geplante Ankunft der Armee vor Paris. Reuß und Lucchesini reagierten auf diese Berichte über die fortschreitende Selbstaussgrenzung der Nationalversammlung aus der zivilisierten Welt mit einer drohenden Proklamation: Wer mit Mordinstrumenten in der Nähe des alliierten Lagers angetroffen wurde, um Friedrich Wilhelm II. und den alliierten Generälen nach dem Leben zu trachten, hatte seine sofortige Exekution ohne Prozeß zu gewärtigen. Auch jenen, die sich bei der Gefangennahme Ludwigs XVI. während seines Fluchtversuchs im Sommer 1791 ausgezeichnet hatten wie etwa der Bürgermeister von Varennes, spürte man nun von preußischer Seite nach und suchte ihrer habhaft zu werden, als die Armee bei ihrem Vormarsch Richtung Champagne diese zeitgeschichtlich bedeutsame Gegend berührte. Der von den Emigranten gewünschten Politik der brutalen Härte gegen die Bevölkerung versagte man sich allerdings²²⁸).

2.8 Kein Ende der "französischen Komödie"

Weiter im Alleingang

Auch weiterhin standen die Alliierten in ihrem, wie sie meinten; gemeinnützigen Kampf gegen die Französische Revolution allein auf weiter Flur. An die Stelle hektischen Werbens um einen Ausbau der österreichisch-preußischen Achse zu einer echten gesamteuropäischen Aktionsgemeinschaft war freilich längst das ernüchtert-verbitterte Beobachten der Beitrittsunwilligen und mehr noch jener Mächte getreten, die den beiden Alliierten auch noch Hindernisse in den Weg legten oder sie zumindest durch zweideutiges Agieren irritierten. Großbritannien und Spanien konnten hier als die hauptsächlichen Sorgenkinder der österreichischen Politik gelten.

Schon die Antwort des englischen Königs auf das Einladungsschreiben Franz II. vom April 1792 ließ monatelang auf sich warten - angeblich wegen notwendiger Konzertierungsgespräche mit den Holländern - und fiel dann ohnedies abschlägig aus, so daß auch die Linie Den Haags klar sein mußte. Georg III. sprach zwar dem Kaiser seine Anerkennung für die österreichisch-preußischen Bemühungen um Bewahrung des Friedensstandes und der Ruhe der Völker aus und versicherte ihm seiner immerwährenden Freundschaft, sah aber keine Möglichkeit, der Allianz der beiden deutschen Großmächte zu einem Zeitpunkt beizutreten, da diese bereits in einen Krieg verwickelt waren²²⁹).

²²⁷) Ph. Cobenzl an Reuß (17. 9. 1792; StK DK Preußen 71 Konv. 1792 Rescripte nach Berlin; Druck: Vivenot 2, S. 205f). Vortrag Cobenzl (19. 9. 1792; StK Vorträge 151 Konv. 1792 IX) u. Weisung an Reuß (20. 9. 1792; StK DK Preußen 71 Konv. 1792 Rescripte nach Berlin).

²²⁸) Reuß an Ph. Cobenzl (Landres, 16. 9. 1792; StK DK Preußen 70 Konv. Relationen aus Berlin 1792 Juli-Dezember). Metternich an Ph. Cobenzl (24. 9. 1792; Belgien DD A Berichte 329) mit "Copie d'une adresse de Monsieur le prince de Reuss au nom de S.M. l'Empereur et de Monsieur le marquis de Lucchesini au nom du roi de Prusse à tous les habitans de la France" (11. 9. 1792). Breteuil an Mercy (Verdun, 13., 17. 9. 1792; SA Frkr. Varia 48 Konv. Breteuil-Mercy 1791-1793). - AP 49, S. 12f (26. 8. 1792, der Antrag blieb als für Frankreich entehrend unausgeführt), Oelsner, Luzifer, S. 183-185 (30. 8. 1792). Chuquet 3, S. 35f. Dagegen sollten "Fremdenlegionen" errichtet und - nicht zuletzt zu diesem Zweck - die Desertionen bei den Alliierten durch finanzielle Anreize systematisch gefördert werden. Eine belgisch-jütlische Legion bestand bereits seit längerem und hatte auch am Einfall Luckners in Belgien im Juni 1792 teilgenommen, im Juli 1792 wurde die Aufstellung einer batavischen Legion aus holländischen Patrioten beschlossen. Vgl. besonders Arthur Chuquet, *La Légion germanique 1792-1793* (Paris 1904).

²²⁹) Georg III. an Franz II. (31. 7. 1792; SA England HK 5 Konv. Georg III.-Franz II.). Vortrag Cobenzl (28. 8. 1792; StK Vorträge 151 Konv. 1792 VIII). Ph. Cobenzl an Buol (15. 9. 1792; SA Holland Weisungen 93 Konv. Holland Weisungen 1789-1792). - Über die engl. Neutralitätspolitik 1792 im Überblick Black, *Age of Revolutions*, S. 377-405.

Alle Bemühungen Wiens, gegen die turbulenten Aktionen der Emigranten, die Wünsche der Tuileries und die Anregungen der Zarin die beschränkten Zielsetzungen der alliierten Polizeiaktion gegen Frankreich unbedingt beizubehalten und den Feldzug gegen Frankreich als militärischen Spaziergang gegen einen demoralisierten und geschwächten Gegner darzustellen, hatten London auch im Sommer 1792 nicht wirklich zu beeindrucken vermocht: Stabilisierung der beschränkt monarchischen Regierungsform und Festschreibung von Maßnahmen, die der weiteren Ausbreitung der "Volksanarchie" einen Riegel vorschoben und die Mächte jeder weiteren Sorge vor den Ränken der französischen Demokraten entheben sollten. So fand sich Wien in dem von jeher gehegten Verdacht bestätigt, daß die chaotische Lage in Frankreich der englischen Politik durchaus in ihr irreführendes Kalkül paßte und man in London dabei primär aus Verblendung und unter Verkennung des "wahren Staatsinteresses" die damit verbundenen Gefahren übersah: denn, so die Ansicht am Kaiserhof, Englands System gründete sich nicht so sehr auf eigene Macht, sondern vielmehr "auf die Collisionen und wechselseitigen Kreuzungen der übrigen grossen Mächte unter sich". Die nur mäßige Korrektur zugunsten des französischen Königtums, die die Staatskanzlei seit langem als Ziel des österreichisch-preußischen Eingreifens propagierte, entsprang aber nicht nur dem Wunsch, auch England für die gemeinsame Sache zu gewinnen. Spätestens seit den internen Diskussionen des Sommers 1791 war mehr als klar, was nun ein Jahr später in der Instruktion für den neuen k.k. Gesandten in Den Haag, Graf Ludwig Joseph von Starhemberg (1762-1833), nochmals klar festgehalten wurde: daß auch die österreichische Politik "die Herabsetzung der französischen Macht und die Vernichtung ihres äusseren Einflusses" als "Grundstein zur Festigkeit der Allianz mit Preußen" begriff. Denn erst Frankreichs Zerrüttung hatte die Habsburgermonarchie aus der vitalen Gefahr einer französisch-preußischen Kooperation endgültig befreit und die Fortdauer der österreichisch-preußischen Erbfeindschaft als "Staatsmaxime" obsolet gemacht. Jetzt, da Österreich - der Last der potentiellen französischen Bedrohung im Westen ledig - den Preußen im direkten Wettbewerb überlegen war, konnten eine wirkliche Aussöhnung und "Vergessenheit des schlesischen Verlustes" Boden gewinnen; ein Prozeß, den man in Wien tunlichst zu fördern gedachte, nicht zuletzt dadurch, daß man Berlin "in den Weltgeschäften und vorzüglich in Deutschland" eine ansehnliche, fast gleichberechtigte Rolle spielen ließ. Gerade für die Vereinigten Provinzen und ihre Verfassung hielt man in der Staatskanzlei das Potential der "demokratischen" Ansteckungsgefahr aus Frankreich für größer als in irgendeinem anderen Staat. Unbedingte Neutralität, wie sie London den Franzosen Ende Mai 1792 mehr oder minder explizit zugesichert hatte, schien jedenfalls in Wien "mit den Grundsätzen einer klugen Staatspolitik" und deren Hauptzweck, der Sicherung der eigenen Ruhe, unvereinbar. Der alteingesessene Haß auf den Erzrivalen Frankreich und bitterer Groll gegen den Wiener Hof galten den Wiener Politikern als hauptverantwortlich für die unvernünftige Linie Pitts und seines Kabinetts. Eine Linie, die sich wahrscheinlich ohnedies nicht mehr lange durchhalten ließ, mußte doch wohl auch Großbritannien im Sinne seiner Stellung als Großmacht notgedrungen an der anstehenden Neuordnung der französischen Verhältnisse mitwirken. Weiteres Drängen von kaiserlicher Seite mußte angesichts von soviel "Kaltsinn" im Interesse von Würde und Selbstachtung unterbleiben. Auch nach dem Schock des 10. August 1792 hatte London für österreichischen Geschmack zu wenig Härte und Entschlossenheit an den Tag gelegt und mußte sich - so jedenfalls Staatsvizekanzler Cobenzl - den Vorwurf gefallen lassen, durch seine Neutralitätserklärung und das Ausbleiben drohender Worte von jenseits des Kanals die Pariser Greuelszenen wenigstens mittelbar mitverschuldet zu haben. Als noch viel seltsamer empfand man natürlich die Haltung des Madrider Hofes, der unter Anleitung des Grafen Aranda in nur wenigen Monaten von panikartiger Revolutionsfurcht zu völliger Gleichgültigkeit und bedenklichem Kokettieren mit dem neuen Frankreich umgeschwenkt zu sein schien; sogar die strengen Zensurbestimmungen und das für französische Broschüren verhängte Einfuhrverbot der Zeit Floridablancas waren wesentlich gelockert worden, das "Gift des Freyheitsschwindels und der so schädlichen Volksunabhängigkeit" drohte sich auszubreiten. Hier, wo ausgerechnet die Partei des Hofes bzw. der Königin, mit den Frankreichfreunden deckungsgleich schien, mußte Wien auf der Suche nach Erklärungen nicht allzu tief dringen: Intrigen und Chaos am Hof, aber auch der hoffnungslos schlechte Zustand von Armee und Finanzen ließen in Spanien ein außenpolitisches Abenteuer wenig geraten erscheinen. So war eine Einmischung Spaniens in die "französische Frage" vielleicht nur so lange aufgeschoben, bis diese im Gefolge der alliierten Strafexpedition auch ohne großes Risiko ("ohne Last und Gefahr") und ohne nennenswerten Aufwand möglich wurde. Botschafter Kageneck glaubte aber auch einige übergeordnete Gesichtspunkte ausmachen zu können: Graf Aranda, dessen Politik freilich nicht unumstritten war, begegnete der nun offensichtlich wieder verstärkt einsetzenden Einmischung der Großmächte in die Interna anderer Länder - und Polen bot eben wieder ein

besonders trauriges Beispiel - prinzipiell mit großer Ablehnung und fühlte sich speziell zum Anwalt Frankreichs berufen ... zumindest was dessen territoriale Integrität anlangte, die man ja durch die beiden deutschen Großmächte nicht ganz zu Unrecht bedroht glaubte. Die k.k. Vertretung am spanischen Königshof wollte vor diesem Hintergrund weder eine britisch-spanische Mediation noch - für den Fall einer sich abzeichnenden katastrophalen französischen Niederlage - eine Hilfsaktion der Spanier ausschließen, wenn es darum gehen sollte, eine Zerschlagung des nördlichen Nachbarn unbedingt zu verhindern. Selbst nach dem dramatischen Sturz des Königtums hatte es zunächst - zum Entsetzen der Österreicher - nicht den Anschein, als ob sich an der eigenwilligen Haltung der spanischen Bourbonen etwas änderte²³⁰). Höchst eigenartig verhielt sich auch Schweden, nachdem Gustav III. - und mit ihm seine Kreuzzugspläne gegen Frankreich - einem Pistolenattentat zum Opfer gefallen war. Schweden war aus der Reihe der aktiven Mächte ausgeschieden und machte eine abenteuerliche Entwicklung durch. Der von Gustav III. lange Zeit betont unfreundlich behandelte französische Geschäftsträger Gaussen galt in Frankreich als zu königstreu und war endlich durch einen neuen wirklich "loyalen" Gesandten für Stockholm, Verninac de St. Maur, ersetzt worden, der Mitte Mai 1792 in Schweden eintraf, dort aber zunächst offiziell als unwillkommener Störenfried betrachtet und einfach nicht zur Kenntnis genommen wurde. Die Rücknahme der radikalen Interventionspolitik, wie sie Gustav III. betrieben hatte, eine vorsichtig anti-russische Besinnung und liberale Tendenzen des Regenten, des Herzogs von Södermanland, schienen aber trotz allem jenen in den französischen Reihen rosigere Zukunftsaussichten zu eröffnen, die Schweden jetzt wieder zum "natürlichen Verbündeten" im Nordosten aufwerten, so die internationale Ächtung durchbrechen und vielleicht auch Preußen und Rußland im Rücken bedrohen wollten. Die Signale waren dabei denkbar widersprüchlich. Im Juni 1792 wurde die französische Nationalflagge in schwedischen Häfen anerkannt, während gleichzeitig Geschäftsträger Bergstedt die französische Hauptstadt verlassen mußte. Auch wenn sich Schweden vor allenfalls schmutzigen Flecken auf der internationalen Reputation fürchtete und durch die Bindung an Rußland behindert wurde, so arbeitete man doch im Spätsommer/Herbst 1792 insgeheim an einer Defensivallianz mit dem revolutionären Frankreich, von dem sich der Regent hohe Subsidien zur Sanierung der katastrophalen schwedischen Finanzlage versprach; mehr als 20 Millionen Livres waren zwischen 1785 und 1789 vom französischen Ancien Régime zugesprochen worden, warum nicht also mit dem neuen Frankreich ähnliche Geschäfte eingehen, das sich seinerseits ein Wiedererstehen der barrière de l'Est von Stockholm über Warschau nach Konstantinopel erträumte? Zu Detailverhandlungen sollte Baron de Staël daher auf seinen Posten in Paris zurückkehren (Februar 1793), wo die Gespräche ungestört von ausländischen Einflüssen stattfinden konnten. Zugleich wurde Oxenstierna, Schwedens Vertreter bei den Emigranten, abberufen²³¹).

²³⁰) Entwurf von Instruktionen an Stadion/London bzw. Kageneck/Madrid ([Sommer 1792]; SA England Weisungen 130 Konv. Weisungen 1792), an Kageneck (Frankfurt, 14. 7. 1792), gedr. bei Vivenot 2, S. 125-128, nach der Vorlage in SA Spanien DK 123 Konv. 2. Stadion an Mercy (6. 7. 1792; SA Frkr. Varia 49 Konv. Stadion-Mercy 1791-1793). "Nachtrag zur Instruktion des Herrn Grafen von Starhemberg, k.k. Gesandten in den Haag" (Prag, 15. 8. 1792; SA Holland Instruktionen 94). Die Instruktion selbst ist lediglich eine historische Dissertation über die europäische Politik Österreichs im 18. Jahrhundert. Ph. Cobenzl an Stadion (17. 9. 1792; SA England Weisungen 130 Konv. Weisungen 1792; Druck: Vivenot 2, S. 206f), Kageneck an Kaunitz (25. 6., 2., 3., 16., 30. 7., 13. 8. 1792; SA Spanien DK 122 Konv. 3 u. 12). - Anregungen zu einer britischen Interzession hatte der französische Gesandte in London, Marquis de Chauvelin, im Juni 1792 ausgesprochen, war damit aber auf Ablehnung gestoßen. Nur auf Wunsch aller Parteien wollte London, so Außenminister Grenville Mitte Juni 1792, mit "bons offices" oder förmlicher Mediation in den Konflikt eingreifen: F 7 4398 d. Angleterre (Mitteilungen von Außenminister Chambonas an das Comité Diplomatique). Grenville an Auckland (19. 6. 1792; abgedr. Ward/Gooch 1, S. 214) zeigt, daß Großbritannien selbst damit rechnete, nach dem erwarteten Sieg Österreichs und Preußens von französischer Seite mit einem Mediationsersuchen befaßt zu werden, und dies durchaus als große Chance begriff. Eine Änderung der offiziellen Haltung war mit dieser Einschätzung nicht verbunden. "[...] it is by no means the King's intention to depart from the line of neutrality [...] or to interfere in the internal affairs of France or in the settlement of the future Government of that Kingdom" (Grenville an Auckland, 21. 8. 1792, abgedr. bei Black, Anglo-French Relations, S. 430). Die relevanten Aktenstücke zu den brit.-frz. Pourparlers der 2. Mission Talleyrand (Talleyrand-Chauvelin) ab April 1792 bei Pallain, Mission de Talleyrand, bes. S. 307-330.

²³¹) Im Mai 1793 schloß Staël unter Überschreitung seiner Instruktionen nach längeren Geheimverhandlungen einen Allianzvertrag zwischen Schweden und Frankreich, der in Stockholm nicht ratifiziert wurde: Léouzon le Duc, S. 255-262, René Pétiet, Gustave IV Adolphe et la Révolution française. Relations diplomatiques de la France et de la Suède de 1792 à 1810 (Paris 1914) 15-40. Erst im September 1795 kam eine französisch-schwedische Defensivallianz zustande; Stockholm sollte mit Hilfe französischer Subsidien seine bewaffnete Seeneutralität wahren: Barton, Scandinavia, S. 226f. Den Emigranten mußte natürlich der Fall vom fanatischen Interventionismus Gustavs III. zu den angeblichen "Jakobinersympathien" des schwed. Regenten besonders tief und schmerzhaft erscheinen. Vgl. mit der nötigen Würze der Details die Erinnerungen des "Emigrantenbotschafters" in Schweden: Des Cars, Mémoires, Bd. 2.

Auch im Reich hatte sich die eigenartige Situation nicht gelöst. Im Gegenteil. Während Österreich und Preußen die Verteidigung der Reichsrechte und den Schutz der von Frankreich bedrohten Reichsstände groß auf ihre Fahnen schrieben und natürlich auch nicht versäumten, darauf hinzuweisen, daß gerade das selbstlose Eintreten der deutschen Großmächte für die kleinen Reichsmitstände den Zorn der Nationalversammlung und damit letztlich den Krieg provoziert hatte, wuchs bei vielen Reichsfürsten das Unbehagen über die Achse Wien-Berlin. Schon der Anmarsch der Heereskolonnen an den Rhein erweckte Beunruhigung, und in den Durchmarschrequisitionen glaubten einige Reichsstände einen neuen - herrischen - Tonfall entdecken zu können; "surtout la Prusse est détestée, tandis que l'Autriche n'est que méprisée comme trop foible. En cachette, on craint moins les Français que ces deux puissances, et l'on trouve assés généralement le remède pire que le mal", stellte der Kölner Kurfürst schon Ende Juni 1792 fest. Ausgerechnet Mainz und Trier, in deren Machtbereich sich der öffentliche Widerspruch gegen die anstehende Invasion gerade unter den Intellektuellen am deutlichsten manifestierte, hatten sich im Hochgefühl des beginnenden militärischen Spaziergangs im Sommer 1792 in geheimen Verträgen entschlossen, den Alliierten kleine Truppenkorps von 2.000 bzw. 1.200 Mann zu versprechen, mit denen die rückwärtigen Verbindungen der alliierten Kampftruppen gedeckt werden sollten; insgesamt ein Tropfen auf den heißen Stein²³²).

Dabei fehlte es nicht an Anzeichen dafür, daß die Rheinlande zwischen den Fronten zerrieben zu werden drohten. Selbst die verhandlungswilligen Reichsstände konnten ihre Gegenforderungen für die Abtretung ihrer elsässischen Enklaven nicht durchsetzen. Im Mai 1792 hatte Paris versucht, Zweibrücken zu erpressen, das sich schließlich zum Verkauf seiner gesamten Besitzungen im Elsaß durchrang und für die Ablöse seiner Rechte 2,9 Millionen Livres zuzüglich einer weiteren Million als Entschädigung für die Ausstände seit 1789 und Schadenersatz forderte, ohne damit letztlich Erfolg zu haben. Lediglich mit Salm-Salm und Löwenstein-Wertheim kam es noch in der 'Ära Dumouriez', der gerade diese Verträge als wichtige Bausteine für eine Neutralisierung des Reiches verstanden wissen wollte, zu Vorstufen einer Einigung (29. April/16. Mai 1792)²³³).

Im August berichteten die Preußen von französischen Bemühungen, den pfälzbayerischen Kurfürsten unter Druck zu setzen (Juli 1792), was immerhin bewirkte, daß die Märsche der Österreicher durch pfälzisches Gebiet stets von Protesten der Pfälzer begleitet wurden. Die Bereitschaft, österreichische Truppen aufzunehmen, war selbst in Süddeutschland trotz unmittelbarer Nachbarschaft zu Frankreich ohnedies meist gering. Kardinal Rohan gelang es zwar im Juni 1792 endlich, ein kleines österreichisches Detache-

²³² Max Franz v. Köln an Metternich (26. 6. 1792; FA FK A 51 Konv. Max Franz-Metternich). Dt. zitiert bei Aretin 1, S. 369. Westphalen an RVK (30. 7., 7. 9. 1792) Schlick an RVK (5., 13. 9. 1792); Hansen 2, S. 304f, 339-341, 348-350; Stein an Friedrich Wilhelm II. (10. 8. 1792; Druck: Hansen 2, S. 310-313). Die Unkosten für die kleinen Hilfskorps sollte nach erfolgreicher Expedition Frankreich übernehmen. Der Kurfürst von Köln scheiterte, wiewohl gleichfalls beitragswillig, am Widerstand des Domkapitels. - Erwin Riedenauer, Die Neutralitätspolitik des Fränkischen Kreises gegenüber dem revolutionären Frankreich 1792-1796. In: Sieger, Auswirkungen, S. 19-43.

²³³ Die betroffenen Reichsstände sollten nach einem Dekretvorschlag vom 25. Februar 1792 ultimativ zur Einleitung von Verhandlungen bis zum 1. Juni 1792 aufgefordert werden, wollten sie nicht automatisch aller Ansprüche verlustig gehen: AP 39, S. 89f (Vorschlag Kochs), 90-98 (Proposition des Abgeordneten Mailhe). "Mémoire sur les réclamations des princes et états de l'Empire possessionnés en Alsace contre les décrets de l'Assemblée Nationale" (21. 2. 1792), Aufstellung der beschwerdeführenden Reichsstände (April 1792). "Notice pour servir au traité avec les princes possessionnés d'Alsace et de Lorraine" (21. 4. 1792), "Mémoire sur l'affaire d'indemnités accordés aux princes allemands possessionnés en France" (12. 12. 1792); AMAE MD Alsace 59. AN D XXIII/2 d. Löwenstein-Wertheim, Salm-Salm, Zweibrücken, F 7 4402, AP 42, S. 649 (2. 5. 1792), dort auch gedr. (S. 659f) die Konventionen mit Salm-Salm und Löwenstein-Wertheim; AP 43, S. 432-434 (16. 5. 1792). Am 16. Dezember 1792 revozierte die Nationalversammlung sämtliche Dekrete, die den deutschen Reichsständen Entschädigung in Aussicht gestellt hatten: AP 55, S. 78; Goetz-Bernstein, S. 205f, 344. Salm wurde nach Befragung der Bevölkerung im März 1793 mit Frankreich vereinigt, nachdem der Vertrag vom April/Mai 1792 unausgeführt geblieben war. Auch die reichsunmittelbare Herrschaft Diemeringen in Lothringen ging 1793 verloren: Kleinschmidt, S. 139-144. Schon im Februar 1793 waren u.a. die Grafschaften Kriechingen und Saarwerden sowie die hessen-darmstädtischen Besitzungen von der Republik inhaftiert worden. Kleinere Einverleibungen folgten bis 1797, etwa auf Kosten des Deutschen Ordens und Nassau-Saarbrückens: Hartmann, S. 348-353. Selbst die bisher peinlich respektierten "großen Brocken" waren noch vor der Jahrhundertwende mit Frankreich vereinigt worden: die der Schweizer Eidgenossenschaft zugewandte Stadtrepublik Mülhausen im Zentrum des Sundgau, wo sich im Laufe des 18. Jahrhunderts eine florierende Textilindustrie entwickelt hatte ("le Manchester français"), wurde im Januar/März 1798 nach einem längeren Zollkrieg reuniert. Bereits im Oktober 1793 war das württembergischen Mömpelgard von den Franzosen besetzt worden. Stuttgart sanktionierte die ohne Volksbefragung erfolgte Einverleibung Mömpelgards 1796. Vgl. die Artikel Montbéliard und Mulhouse von Jean-René Suratteau im Dictionnaire historique de la Révolution française von Soboul, S. 761-763, 772-774, und natürlich eingehender Georges Bugler, La fin de l'Ancien Régime dans le pays de Montbéliard (Neuausg. Annales littéraires de l'université de Besançon 384; Paris 1989) sowie Bruno Guessard, La réunion de la république de Mulhouse à la France 1785-1798 (Mulhouse 1991).

ment nach Ettenheim zu bekommen, die Reichsstadt Offenburg aber sperrte sich z.B. gegen eine Belagerung mit österreichischen Einheiten. Ein spezieller Streitpunkt war aber das badische Kehl, gegen dessen Besetzung durch die Österreicher der Markgraf schon Anfang Juli 1792 Beschwerde geführt hatte. Erst durch diesen Schritt, so hieß es aus Karlsruhe, wo man dem massiven diplomatischen Druck Frankreichs wenig entgegenzusetzen hatte, wurde die Stadt wirklich der Gefahr eines französischen Angriffs ausgesetzt. Anfang September 1792 räumten die k.k. Truppen Kehl, und Einheiten des Schwäbischen Kreises rückten nach, ganz so, wie es der Markgraf schon im Juli 1792 gefordert hatte. Nun freilich sah Baden die Sache bald in einem neuen Licht: die in Regensburg allmählich in Gang kommende Diskussion über einen eventuellen Reichskrieg gegen Frankreich mochte die Franzosen vielleicht zu falschen Rückschlüssen und im Ernstfall sogar dazu verleiten, auch einzelne nahegelegene Reichsstände als Feinde zu behandeln. Die vorderen Reichskreise sollten daher, so der Vorschlag des Markgrafen von Baden an die Reichshofkanzlei in Wien, durch kaiserliche Exhortatorien nochmals zu dem aufgefordert werden, wozu sie sich bisher nicht hatten aufrufen können, nämlich sich endlich in gehörigen Wehrstand zu setzen²³⁴). Nicht einmal vom russischen Verbündeten erwarteten sich Österreich und Preußen Ende September 1792 noch seriöse Unterstützung für ihre Aktion gegen Frankreich. 400.000 Rubel war und blieb alles, was die Zarin für den von ihr stets mit großer Leidenschaftlichkeit gepredigten Kreuzzug gegen die Revolution flüssig machen wollte. Nicht einmal der Gegenwert der von Petersburg anfangs angebotenen 15.000 Mann Hilfstruppen, wie Botschafter Cobenzl den Russen klarzumachen suchte, und vor allem dann für die österreichischen Finanzen keinerlei ernstzunehmende Erleichterung, wenn sich Wien und Berlin das kümmerliche Almosen auch noch teilen mußten. Vizekanzler Ostermann zeigte sich um Ausflüchte keineswegs verlegen. Auffällig war speziell der anhaltende russische Versuch, französische und polnische Frage zu parallelisieren und gleichsam eine Aufgabenteilung zwischen den drei schwarzen Adlern einzuführen; Österreich und Preußen machten im Westen Ordnung, Katharina II. kümmerte sich um den Krisenherd an der Weichsel, und zwar ohne die Unterstützung ihrer beiden deutschen Verbündeten. Insofern wollten die Russen auch ihr Subsidium von 400.000 Rubel nicht als Beitrag zum antifranzösischen Konzert, sondern als vertragsgemäße Ablöse ihrer Beistandsverpflichtungen bei einem Angriff auf die Österreichischen Niederlande verstanden wissen; die Notwendigkeit einer brüderlichen Teilung der Geldzahlung zwischen Franz II. und Friedrich Wilhelm II. sah man daher in Petersburg nicht und glaubte sich im übrigen durch die finanzielle Unterstützung der französischen Emigranten seit 1791 über jeden Vorwurf der Knausrigkeit erhaben. Für Wien freilich kein Beitrag zur "Hauptsache", sondern vielmehr eine Kleinigkeit!

Angesichts von soviel Engherzigkeit bei einem Unterfangen, dessen glücklicher Ausgang allen wohlgeordneten Staaten am Herzen liegen mußte, witterte Botschafter Cobenzl sofort Hofintrigen und machte eine Laune der Zarin dafür verantwortlich, daß die Gegenstimmen gegen eine Erhöhung der russischen Geldzahlungen auf derart fruchtbaren Boden fielen. Katharina war angeblich verärgert darüber, daß Österreich und Preußen gegen ihren Rat erst dann in Frankreich eingriffen, als sie durch den Lauf der Ereignisse ohnedies dazu gezwungen wurden, Rußland in weiterer Folge in ihren Planungen nur eine hilfeleistende Rolle am Rande zumessen wollten und schließlich - anders als erwartet - sogar die Entsendung russischer Truppen an den Rhein abgelehnt hatten. Die k.k. Diplomatie bestritt jeden Wunsch nach Ausschließung Rußlands aus der Lösung der "französischen Frage" auf das heftigste, begründete die seinerzeitige Bitte um Umwandlung der Truppenhilfe in Geld mit der unüberbrückbaren Zeitverzögerung bis zum Eintreffen der Einheiten am Ort ihrer Bestimmung und kehrte schließlich die Vorwürfe gegen Petersburg: erst das vehemente russische Drängen zur Intervention habe den "Weg in den Krieg" beschleu-

²³⁴) Preuß. Note (präsi. von Haugwitz 25. 8. 1792; StK DK Preußen 71 Konv. Promemorien d. kgl. preuß. Gesandten in Wien 1792). Sumerau an Kaunitz (20. 5., 15., 22. 6. 1792; StK Provinzen Vorderösterreich Berichte 1). Markgraf von Baden an Sumerau (6. 7. 1792), Sumerau an Kaunitz (27. 8. 1792) bzw. an Ph. Cobenzl (9. 9. 1792); StK Provinzen Vorderösterreich Berichte 1. Ph. Cobenzl an Sumerau (22. 9. 1792; StK Provinzen Vorderösterreich Weisungen 4). Markgraf von Baden an RVK (18. 9. 1792; RK RkgF 6/7). Franz II. an Hzg. von Württemberg (30. 9. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 237). Westphalen an RVK (29. 8. 1792; Druck: Hansen 2, S. 329f). - Zu den württemberg. Neutralitätsbemühungen seit Juni 1792 und der traditionell großen Verhandlungsbereitschaft gegenüber Frankreich vgl. Gerhard Wolf, *Autour de l'attitude du duché de Württemberg vis-à-vis de la France 1792-93* (unveröffentl. Manuskript). Die Bemühungen Württembergs um gute Beziehungen zu Frankreich reichten übrigens über die "Reichskriegserklärung" vom März 1793 hinaus, ehe die Okkupation Mömpelgards auch hier einen Schlußstrich zog. Zum Streit um Kehl bes. Richard Breiting, *Kehl und die süddeutschen Kriegsvorbereitungen im Jahr 1792*. In: ZGO N.F. 43 (1930) 107-137. Baden schloß sich am 21. September 1792 durch eine Militärkonvention den beiden deutschen Großmächten an.

nigt und auch Wien nach und nach auf Konfrontationskurs gebracht. Und daß Rußland bei der Sanierung in Polen auf sich alleine gestellt blieb, durfte man den Österreichern nicht zum Vorwurf machen, hatte man doch den Verbündeten in kränkender Weise über die Intentionen der russischen Polenpolitik im unklaren gelassen und mit dem bewaffneten Einschreiten im Mai 1792 überrumpelt. Als Ersatz für ausbleibende direkte Hilfe wollte sich die Staatskanzlei dann zumindest *bei anderen Gelegenheiten* massiven diplomatischen Einsatz der Zarin für eine Abgeltung der ungeheuren österreichischen Kriegsaufwendungen erwarten, also eine ersprießliche Kooperation zwischen Wien und Petersburg im Rahmen des anstehenden Länderschachers.

Angesichts der nicht eben rosigen Aussichten mußte das oberste Ziel der österreichischen Politik sein, den Krieg in Frankreich tunlichst rasch zu beenden und, wurde wirklich ein zweiter Feldzug nötig, die Fortsetzung des Kampfes mit dem geringstmöglichen Kostenaufwand zu bestreiten; dies bedeutete eine vollständige und sofortige Abwälzung der Lasten auf die eroberten bzw. noch zu erobernden französischen Provinzen und ihr Steuerpotential und implizierte die Notwendigkeit, unbedingt auf französischem Territorium zu überwintern. Staatsreferendar Spielmann erhielt so auf seine Reise ins preußische Hauptquartier von Staatsvizekanzler Cobenzl recht merkwürdige Überlegungen zu eventuellen Lösungsmustern für die "französische Frage" nachgesandt, die mehr oder weniger alle auf einen gemeinsamen Nenner zusammenliefen: wie konnte man billig, aber doch ohne ganz das Gesicht zu verlieren, aus dem außenpolitischen Abenteuer im Westen entkommen und sich auf die unentflechtbar mit der "polnischen Frage" junktimierte Realisierung des bayerischen Tauschplanes konzentrieren.

In diesem Kontext war nicht nur die Vorabsprache mit den Russen wichtig, die ohnedies Bereitschaft zu einer Dreierlösung in Polen signalisiert hatten. Auch die von Staatskanzler Kaunitz längst ironisch eingemahnte Zustimmung des bayerischen Kurfürsten und des Herzogs von Zweibrücken mußte spät aber doch gesucht werden, um den kritischen Zeitpunkt nicht zu versäumen, "wo österreichische und preußische Truppen in Polen einmarschieren und sich den russischen einstweilen zugesellen könnten, bis der Friede mit Frankreich der Sache den Ausschlag gibt." Versagten sich aber München und Zweibrücken den österreichischen Planungen, so durften weder preußische noch österreichische Armeeeinheiten die Grenze nach Polen überschreiten. Denn auch Vizekanzler Cobenzl war natürlich die wackelige Grundlage für die Umsetzung des Tauschplanes nicht entgangen: Preußen mußte erpreßbar bleiben, um - speziell in Zweibrücken - als einigermaßen engagierter Handlanger der österreichischen Politik zur Verfügung zu stehen. Hatten aber erst einmal preußische Truppen in Polen Position genommen, so war die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß sie auch dann nicht wieder abzogen, wenn der bayerische Tausch nicht zustandekam und so - jedenfalls nach den Wunschvorstellungen der Staatskanzlei - ein preußisches Arrondissement in Polen eigentlich vom Tisch sein mußte.

Wie sich die Dinge in Frankreich entwickelten, war demgegenüber schon völlig zweitrangig geworden und blieb v.a. den durch die russische Abstinenz gehörig durcheinandergebrachten wirtschaftlichen Erwägungen untergeordnet. Die in der Staatskanzlei durchgespielten Szenarien kalkultierten ziemlich emotionslos auch mit dem Schlimmsten, nicht nur mit der definitiven Absetzung des Königs, die als sicher galt, sondern auch mit seiner Ermordung, ja der Ausrottung der gesamten königlichen Familie. Monsieur's Position konnte durch diese traurigen Aussichten gegenüber früher nur an Festigkeit gewinnen, sei es, daß er für den Dauphin die Regentschaft übernahm, sei es, daß ihm überhaupt die französische Krone zufiel. Vizekanzler Cobenzl schien es daher angezeigt, mit dem neuen starken Mann des rechtmäßigen Frankreich möglichst rasch zu einer Einigung im Sinne der alliierten Interessen zu kommen. Da sich die Kriegereignisse nur zu offensichtlich weiter hinzogen, sich die österreichisch-preußischen Armeen vielleicht verbluteten und die Schatztruhen in Wien und Berlin zum Schaden der Wirtschaft leerten, gebot es das Interesse des Kaiserhofes, so Staatsvizekanzler Cobenzl die Instruktionen für Spielmann in der Emigrantenfrage korrigierend, Monsieur im Austausch für die Unterstützung seiner Aspirationen zu einer Erneuerung der von Ludwig XVI. gemachten Zusagen in Sachen Kriegskostenentschädigung zu verpflichten. Dabei war natürlich zugleich an einen beschleunigten Rückzug aus dem französischen Schlamassel gedacht, da sich der Kampf gegen die Revolution ungebührlich hinzuziehen versprach, gerade auch, wenn König oder Dauphin vielleicht in den Süden verschleppt wurden und sich so der Kampfraum in das Innere Frankreichs verlagerte. Die Hauptrolle sollte dann unter völliger Umstoßung der ursprünglichen Emigrantenpolitik der Österreicher allmählich an Monsieur abgetreten werden, der dann mit alliierten Hilfstruppen und seinen Emigranten militärisch vorgehen oder besser noch Paris "durch den Weg fremder Mediation" - gedacht war an England und Spanien - Ausgleichsvorschläge machen konnte. Erfolgte

die alliierte Retirade mit Ehren und jedenfalls gegen Abgeltung der Unkosten, war die Staatskanzlei bereit, sich mit jedem Kompromiß abzufinden, sogar mit der eventuellen "Niederlandisierung" Frankreichs, also der Spaltung des Landes in einen nördlichen Teil unter dem Szepter Monsieurs und in eine größere Föderation von Freistaaten im Süden. In allen Varianten aber - ob es nun um die Befreiung und Wiedereinsetzung des Königs, die Sicherung der Thronrechte des Dauphin oder um die Etablierung Monsieurs ging - sah Cobenzl in letzter Konsequenz nur noch eine nicht-militärische Verhandlungslösung als gangbar an; und dazu war jeder Prätext recht. Um die Möglichkeiten zur Kontaktnahme mit den Revolutionären in Paris zu multiplizieren, sollte der Herzog von Braunschweig sogar in den von den alliierten Truppen kontrollierten Gebieten die Entsendung von Deputierten zum Konvent gestatten ("deren Wahl auf die wegen ihrer mäßigeren Grundsätze bekanntesten Individuen zu leiten wäre")! Dies schien dem Staatsvizekanzler nicht nur eine gute Möglichkeit, den liberalen Grundton der österreichisch-preußischen Intervention neuerlich erklingen zu lassen. Viel wichtiger war, daß über diese Abgeordneten Waffenstillstandsverhandlungen zwischen dem alliierten Hauptquartier und dem Konvent eingeleitet werden konnten. Denn daß Österreich und Preußen für Gottes Lohn einen Kampf ausfochten, zu dem alle aufgefordert hatten, von dem sie sich aber in der Stunde der Not tunlichst fernhielten, kam nicht länger in Frage²³⁵).

Die Kanonade von Valmy und der Rückzug der Alliierten

Als die Staatskanzlei die entsprechenden Weisungen an Spielmann abfertigte, war der alliierte Vorstoß von den erst seit dem 18. September 1792 wirklich vereinigten Korps unter Kellermann und Dumouriez (ca. 50.000 Mann) bereits gestoppt worden. Bei Valmy kam es am 20. September 1792 zu einer heftigen Kanonade, die - in umgekehrter Frontstellung ausgefochten, denn die Alliierten standen nach komplizierten Umgehungsmanövern in den Argonnen mit ihrem Rücken zum Inneren Frankreichs und durchschnitt die Kommunikation der Franzosen mit ihrem Auffangbereich in Châlons, während die Aufstellung der Franzosen die direkte Verbindung der Preußen mit Verdun trennte - unentschieden, letztlich freilich mit einem moralischen Erfolg der französischen Armee endete. Die Ermüdung von Mensch und Tier bei den Alliierten war so gewaltig, daß man sich einen rangierten Angriff auf die gut positionierten Franzosen versagen mußte; gravierende Versorgungsgenässe - selbst Fürst Reuß blieb lange Zeit ohne seine Equipage, hatte mit einem Massenquartier in einer Bauernhütte vorliebzunehmen und fand nicht einmal die nötigen Schreibutensilien, um nach Wien zu berichten - und hohe Ausfälle durch Krankheit zwangen die arg angeschlagene alliierte Armee schließlich zum Rückzug²³⁶).

Bereits kurz nach dem psychologisch wichtigen Erfolg der Franzosen bei Valmy nahm Dumouriez seine alte Taktik, zwischen Österreicher und Preußen den Spaltkeil zu treiben, wieder auf. Im Zuge des Gefangenenaustausches während eines längeren Waffenstillstandes (ab 22. September) kam es zu ersten konkreten Anknüpfungsversuchen des französischen Generals, der die Unnatürlichkeit des österreichisch-preußischen Zusammengehens gegen Frankreich betonte und den Preußen Verhandlungen auf der Grundlage der von ihm seinerzeit als Außenminister angeregten Vorschläge offerierte. Der Generaladjutant des preußischen Königs, Oberstleutnant von Manstein, Parteigänger eines Bündnisses mit Frankreich, eilte daraufhin mit einem Forderungskatalog der Alliierten ins Hauptquartier Dumouriez', der v.a. die Freilassung Ludwigs XVI., seine Einsetzung zum Vertreter der französischen Nation bei Verhandlungen mit den Intervenienten und die Einstellung der französischen Propaganda im Ausland als unverzichtbare Vorbedingungen festschrieb, aber auch klarstellte, daß weder Wien noch Berlin daran dachten, in Frankreich wieder das Ancien Régime aufleben zu lassen. Beide wollten nur, beteuerte man, "un gouvernement qui soit propre au bien du royaume".

²³⁵) Vortrag Cobenzl (20. 9. 1792; StK Vorträge 151 Konv. 1792 IX). Ph. Cobenzl an Spielmann (20. 9. 1792; StK FriedA 75 Konv. Mission Spielmann 1792/A; Druck: Vivenot 2, S. 211-221), an L. Cobenzl (25. 9. 1792; SA Rußland II Weisungen 177 Konv. Expeditionen 1792; Druck: Vivenot 2, S. 227-229).

²³⁶) Neben der allgemeineren Literatur zum Feldzug (s. oben) vgl. Jean-Paul Bertaud, *Valmy. La démocratie en armes* (Paris 1970), Emmanuel Hublot, *Valmy ou la défense de la nation par les armes* (Paris 1987). Zusammenfassend Roger Dufraisse, *Valmy: Une victoire, une légende, une énigme*. in: *Francia* 17/2 (1990) 95-118.

Zunächst gewann man im alliierten Hauptquartier den Eindruck, daß durch vorsichtige Verhandlungen mit Dumouriez, dem neuen starken Mann der französischen Armee, nicht nur den alliierten Truppen auf ihrem Rückzug gedient war. Auch für den Allerchristlichsten Königs bestand noch Hoffnung, wenn man General Dumouriez geschickt zu gewinnen verstand. Fürst Reuß jedenfalls berichtete von der angeblichen Bereitschaft des französischen Kommandeurs, an der Befreiung Ludwigs XVI. mitzuwirken.

Weiter kam man nicht mehr: Die ersten Schritte des Konvents - die endgültige Absetzung des Königs und die Ausrufung der Republik am 21./22. September 1792 (die deprimierenden Nachrichten kamen über Dumouriez ins alliierte Feldlager) - schufen ganz neue Voraussetzungen; der Conseil Exécutif und Außenminister Lebrun wiesen die Forderungen der Alliierten als Einmischung in französische Interna und damit als Mißachtung der Souveränität Frankreichs zurück: Ludwig XVI. sollte endgültig vor Gericht gestellt werden und stand daher als Tausch- oder Erpressungsobjekt gar nicht mehr zur Verfügung. Immerhin: die von General Dumouriez vorgegebene preußische Orientierung gefiel auch den verantwortlichen Girondisten in Paris. Akzeptierten die Preußen den Systemwechsel in Paris, zogen sie ihre Truppen von französischem Territorium zurück, war eine Allianz mit Berlin durchaus möglich. Der schon im Frühjahr als Geheimemissär in der preußischen Hauptstadt gescheiterte Benoît sollte daher für den Fall der Fälle mit entsprechenden Vollmachten ins Lager Dumouriez' geschickt werden. Im September 1792 diskutierte kurzfristig der Conseil exécutif in Paris neben einer Wiederaktivierung der traditionellen "osmanischen Diversion" im Rücken der Habsburgermonarchie die Möglichkeit, den König von Preußen aus der Waffenbrüderschaft mit Österreich zu brechen. Die geringen Aussichten auf eine erfolgreiche Realisierung des Feldzugsplans und damit die Gefahr einer internationalen Blamage, finanzielle Avancen, eine vorsichtige Erpressung mit dem Schicksal der königlichen Familie und schließlich das Angebot einer französisch-preußischen Offensiv- und Defensivallianz, all das sollte Friedrich Wilhelm II. zum Bruch der Allianz mit Wien und in weiterer Folge zum Kampf gegen Österreich Seite an Seite mit der Revolution bewegen. Preußen winkte dafür eine angemessene Abgeltung der Kriegskosten; Frankreich bedang sich nur die Unabhängigkeit Belgiens gleichsam als Barriere gegen Norden aus.

Inzwischen hatte Dumouriez seine Politik des Zwietrachtsäens im gegnerischen Lager fortgesetzt und den Preußen ein Mémoire zugestellt (27. September 1792), "welches", so Fürst Reuß erbittert, "jedem ehrlichen Mann die Galle so rege macht als irgendetwas Schlechtes, Niederträchtiges und Boshaftes." Nicht so sehr, daß Dumouriez darin jetzt die Unabänderlichkeit des von den Franzosen selbst in die Hand genommenen Schicksals ihres Landes unterstrich, also die Unmöglichkeit einer Wiederaufrichtung des Thrones betonte und die Revisionsabsichten der Alliierten scharf zurückwies, schockierte dabei. Man ließ es sich vielleicht auch gefallen, daß das leidenschaftliche Schriftstück das Ende der bourbonischen Königsreihe mit der kontinuierlichen Miß- und Mätressenwirtschaft der unwürdigen Nachfolger Heinrichs IV. begründete. Vielmehr noch irritierte die Österreicher das hartnäckige Bemühen des französischen Generals, die Preußen als natürliche Verbündete Frankreichs zu umwerben und zu einer gemeinsamen Frontstellung gegen das "perfide" Haus Österreich zu drängen. Diese Perspektive wollte man Friedrich Wilhelm II. als wesentlich lohnender vorstellen als den blutigen Kampf gegen hochmotivierte und zahlenmäßig überlegene Franzosen und die praktisch unmögliche Eroberung Frankreichs; "il faut bien se persuader que la guerre contre des républicains, fiers de leur liberté, est une guerre sanglante qui ne peut finir que par la destruction totale des oppresseurs ou des opprimés."

Mit dem wiederholt ausgesprochenen Bedauern über den ungewollten Kampf gegen den natürlichen Verbündeten Preußen kontrastierte die zwanghaft notwendige Abrechnung mit Österreich, dessen "avidité" Frankreich mit den unglücklichen Weichenstellungen von 1756 zum Opfer gefallen war: Wien bediente sich jahrzehntelang in den Schatzkammern Frankreichs, bezog sofort bei Beginn der Revolution gegen diese Stellung, lenkte Ludwig XVI. von seinen wahren Interessen ab, ließ ihn schließlich meineidig werden und bemühte sich auch von außen gemeinsam mit den Emigranten, den revolutionären Prozeß in Frankreich umzukehren. Daß sich auch der von den Franzosen so verehrte König von Preußen von den Österreichern in ihren Krieg mit Frankreich hatte verwickeln und zu einer widernatürlichen Allianz hatte verführen lassen, schien Dumouriez ein "renversement de tous les principes politiques et moraux." Die provokante Kernfrage an die Adresse der Preußen lautete daher zum Abschluß: "Est-il possible que contre toutes les règles de la vraie politique, de la justice éternelle et de l'humanité, le roi de Prusse consente

à être l'exécuteur des volontés de la perfide cour de Vienne...²³⁷⁾

Etwaige Hoffnungen der Franzosen erfüllten sich freilich nicht. Denn sofort reagierte das alliierte Hauptquartier auf das programmatische *Mémoire Dumouriez'* und die in den turbulenten Monaten seit Erlaß des berüchtigten Braunschweigischen Manifests in Paris vorgefallenen Radikaländerungen mit einer von Marchese Lucchesini ganz im Sinne der österreichischen Maximen verfaßten Gegenproklamation, "um den gutgesinnten Theil der Nation von denen wahren Gesinnungen Seiner kaiserlichen Majestät und Seiner Majestät des Königs Wissenschaft zu geben" (28. September 1792); der Erlaß wurde an Dumouriez gesandt, der ihn der französischen Nation mit gebührender Publizität zur Kenntnis bringen sollte. Frankreich hatte, so die Alliierten weiterhin selbstbewußt, nur zwei Wahlmöglichkeiten, entweder dem König Freiheit, Sicherheit und Krone wiederzugeben oder aber auf schlimmste Vergeltungsschläge gefaßt zu sein. Ein weiteres Mal versicherte man aber, daß - jenseits der Wiederherstellung der Grundlagen der monarchischen Staatsform - den Verbündeten eine Einmischung in französische Interna grundsätzlich ferne lag. Zugleich hatten auch Monsieur und seine Emigranten nochmals die Erlaubnis erhalten, ihre Distanzierung von den ihnen unterstellten Rachegeleüsten durch die Zeitungen verbreiten zu lassen. Fürst Reuß fand selbst im Angesicht der französischen Lockrufe keinen Anhaltspunkt, an der Alliantreue des Verbündeten zu zweifeln, und die Kühle der Proklamation mußte ihn ebenso in Sicherheit wiegen, wie sie Dumouriez enttäuschte: der französische General kündigte den Waffenstillstand zum 29. September 1792, lehnte weitere Sondierungsgespräche ab und sandte das alliierte Manifest einfach an den Konvent nach Paris, wo es bestenfalls höhnisches Gelächter erntete. Am selben Tag beschloß das alliierte Hauptquartier endgültig den Rückzug hinter die Maas. Die Preußen gingen über Grandpré nach Dun, von wo man dann südlich Richtung Verdun marschieren wollte, Clerfayt hatte noch weiter nördlich in einem Bogen nach Stenay zu retirieren, von wo er dann Ende Oktober in die Niederlande zurückmarschierte, und Hohenlohe gemeinsam mit dem hessischen Korps direkt nach Verdun abzugehen²³⁸⁾.

Das vielleicht noch zu erreichende Optimum war für die Verbündeten jetzt die Sicherung von Winterquartieren auf französischem Boden, wofür freilich die bisher eroberten Festungsstädte Verdun und Longwy als Standbeine nicht ausreichten. So war schon Anfang Oktober 1792 der Fall nicht ganz auszu-

²³⁷⁾ Daß die österreichfreundliche Linie sich auch jetzt noch im preuß. Hauptquartier - gerade bei führenden Militärs - nur zu einem kleinen Teil durchgesetzt hatte, war bekannt. Daß nur etwa 30.000 Mann Österreicher unter Clerfayt und Hohenlohe sich aktiv an den Operationen beteiligten, der Rest aber in Belgien und den Vorlanden gebunden war, sorgte bei den mit ihren 42.000 Mann voll engagierten Preußen um so leichter für böses Blut (vgl. dazu bes. Heidrich, S. 262-281, Chuquet 1, S. 144f). Hzg Albert hatte sich gewiegert, FZM Clerfayt die geforderten und mit Preußen abgesprochenen 27.000 Mann für sein Expeditionskorps zur Verfügung zu stellen, weil dies die österreichische Belgienarmee über Gebühr geschwächt haben würde, und die Preußen stimmten in Mainz der Reduktion zu (dazu ausführlich Zeissberg 2, S. 127-129, 148f). Reuß an Ph. Cobenzl (bei Hans, 26./27. 9. 1792; StK DK Preußen 70 o. K.; Druck: Vivenot 2, S. 233-235). - Vgl. zu den Gesprächen zwischen Preußen und Franzosen die entsprechenden Sammlungen in AMAE CP Autriche 363 und CP Prusse 213, v.a. "Mémoire remis à Monsieur Jean Lombard ... le 22 septembre 1792", Manstein an Dumouriez (23. 9. 1792), Dumouriez an Lebrun (24. 9. 1792), Lebrun an Dumouriez (26. 9. 1792) u. die *Memoires Dumouriez'* 3, S. 61-72. AP 52, S. 162-165 (Lagebericht Lebruns an den Konvent). Das *Mémoire Dumouriez'*, von dem sich eine A auch in SA Frkr. Varia 46 Konv. Frkr. Varia 1792 VI-XII findet, ist bei Vivenot 2, S. 243-246, abgedr. - Lucchesini an das preuß. Kabinettsministerium (Hans, 29. 9. 1792; Druck: Ranke 2. Aufl., S. 295-302) mit sämtlichen Beilagen zu den Gesprächen zwischen den Preußen und Dumouriez. *Mémoires de Louis-Philippe* 2, S. 184ff, u. erschöpfend *Mémoires tirés des papiers d'un homme d'état* 1, S. 460-516, wo die Dichte der Verhandlungen besonders deutlich wird, sowie Sorel 3, S. 51-64, Hüffer, Lombard, S. 310-312, Chuquet 3, S. 70-107, Heidrich, S. 323-349. - Im August 1792 hatte sich Dumouriez gegen Außenminister Lebrun noch kompromißlos verlauten lassen (16. 8. 1792; AMAE CP Pays-Bas espagnols/autrichiens 183): "Nous ne pouvons plus penser à autre chose que la guerre. Tout projet de médiation serait un acte de faiblesse et par conséquent une trahison contre la majesté du peuple." - Der Conseil nahm die preuß. Sondierungen, die den alten Bemühungen um eine Abspaltung Preußens vom österr. Hauptfeind entgegenzukommen versprochen durchaus mit Interesse zur Kenntnis. Während man nach außen, alle Angebote kategorisch ausschlagen wollte, solange fremdes Militär auf franz. Boden stand, eilten zwei Emissäre von Paris in die Champagne, um in weitere Gespräche einzutreten. "Question à résoudre au Conseil" (September 1792), "La France & la Prusse" (15. 9. 1792) u. a. Fragmente: AN AF III 76 d. 311. - Sorel 3, S. 21-24, 77-86, Chuquet 3, S. 148-153.

²³⁸⁾ Reuß an Ph. Cobenzl (Hans, 27. 9. 1792; Beilage zu Spielmann an Ph. Cobenzl, 4. 10. 1792 - StK FriedA 75 Konv. Mission Spielmann/B; Druck: Vivenot 2, S. 235), dto. (Hans, 29. 9. 1792; StK DK Preußen 70 o. K.) mit Proklamation des Herzogs von Braunschweig ([Hans, 28. 9. 1792]; auch in SA Frkr. Varia 46 Konv. Frkr. Varia VI-XII; Druck: Ranke, Ursprung und Beginn [2. Aufl.], S. 298f) u. dem *Mémoire Dumouriez'* (o.D.). - Bei Vorpostengefechten in der Nähe von Verdun kam es dann allerdings in der ersten Oktoberhälfte 1792 nochmals zu Zusammentreffen zwischen französischen und preußischen Generalen, die ein z.T. bedenkliches Licht auf Widerstände gegen eine Fortführung der Allianz mit Österreich in den preußischen Reihen werfen: "Conférences entre les généraux français [...] et les généraux prussiens [...]" (10./11. 10. 1792), gedr. bei Vivenot 2, S. 262-266 (korrigierend Zeissberg, Erzherzog Carl, S. 63-68). Krieg gegen die Französische Revolution 2, S. 186-188.

schließen, daß man sich in Frankreich überhaupt nicht würde halten können, bei Campagnebeginn 1793 also wieder ganz von vorne beginnen mußte und beim Gegner auf französische Verhandlungsbereitschaft zur friedlichen Lösung der "französischen Frage" nicht zählen durfte. Der Schuldige für das Debakel der Alliierten stand für die Österreicher rasch fest: der Herzog von Braunschweig. FZM Fürst Hohenlohe durfte sich nun mit dem schmeichelhaften, aber billigen Selbstlob trösten, vor den unmilitärischen Feldzugsplanungen von Anfang an gewarnt zu haben. Statt des von Braunschweig schließlich angesichts der pressanten Umstände für gut befundenen direkten Vorstoßes gegen Paris hatte er immer ein systematisches Vorgehen und vor allem die Eroberung von Sedan, Thionville und Metz zur Absicherung des Hinterlandes im Sinn gehabt. Nach Wien vermochte der österreichische Befehlshaber nichts zu berichten, "es wäre denn die Beschreibung eines Zustandes, den man sich kaum vorstellen kann. Die Erzählung von dem größten Mangel an Lebensmitteln, von ein paar tausend Mann, die baarfuß gehen, keinen Mantel haben u.d.g. würde eine Lectur seyn, die den größten Chagrin verursachen müßte, weßwegen ich auch Se. Majestät den Kaiser damit zu behelligen schon seit 6 Tagen Anstand genommen". Vierwöchiges Regenwetter, unbrauchbare Wege und französische Bauern, die die Alliierten während des Rückzuges aus dem Hinterhalt anfielen, taten ein übriges. Auch Kaiser Franz schloß sich Mitte Oktober 1792 wohl oder übel der Meinung Hohenlohes an und stellte lapidar fest, "daß der mißlungene Versuch, gegen Paris vorzuzudringen, eine nicht nach den echten Militärgrundsätzen entworfene Unternehmung sei"²³⁹).

... ein wohlfeiles marché

Als die alliierten Armeen längst auf ihrem Weg nach Paris umgekehrt waren, hatten die österreichischen Sonderbeauftragten - Botschafter Mercy und Thugut für die französischen Angelegenheiten und Spielmann samt Mitarbeitern für das Indemnisationsgeschäft mit Preußen - ihre Zielorte noch gar nicht erreicht und - jedenfalls was Mercy anbetraf - von ihrer Beauftragung noch nicht einmal Kenntnis erhalten. Der Botschafter war erst nach der Septembermitte 1792 von seiner einmonatigen Kur in Spa wieder in Brüssel eingelangt und hatte sich zunächst v.a. um das traurige Schicksal der inhaftierten Königsfamilie gesorgt. Aus dem preußischen Hauptquartier war Kunde von Breteuils Befreiungsplan in die belgische Hauptstadt gedrungen, und auch von alliierten Intrigen und Bestechungsversuchen bei Dumouriez, Bürgermeister Pétion und Antoine-Joseph Santerre (1752-1809), dem Generalkommandanten der Pariser Nationalgarde, wurde gemunkelt. Große Geldsummen und großzügige Amnestieversprechen sollten angeblich doch noch für die Freilassung der königlichen Familie sorgen.

In Brüssel amtierte seit August 1792 der uns aus den Jahren 1790/91 wohlbekanntere Lord Elgin als diplomatischer Vertreter Großbritanniens beim belgischen Generalgouvernement; er hatte schon einige Male durchblicken lassen, daß sein Hof das Schicksal der Tuileries mit größter Anteilnahme verfolgte, gleichzeitig aber nie auf die Klarstellung vergessen, daß dies ebensowenig wie die Abberufung des britischen Botschafters Lord Gower aus Paris (17. August 1792) und schließlich auch des Gesandtschaftssekretärs William Lindsay (Anfang September 1792) oder die Einstellung des offiziellen Verkehrs mit dem französischen Botschafter in London, Chauvelin, ein Abweichen von der konsequenten Linie der Neutralität bedeutete. Nun nahm sich Mercy angesichts der Dramatik der Vorgänge in Paris in Gesprächen mit dem britischen Diplomaten kein Blatt mehr vor den Mund und tischte im privaten Kontakt all jene Vorwürfe auf, die sich die Staatskanzlei auf offizieller Ebene versagen zu müssen glaubte: Längst schien dem Botschafter evident, daß es sich bei den revolutionären Erschütterungen in Frankreich nicht mehr bloß um ein politisches Ereignis handelte, das man - je nach Konvenienz - beliebig einordnen konnte. Das Schicksal der königlichen Familie war jetzt mehr denn je ein "objet de cause commune" der europäischen Souveräne; niemals durfte das Leben eines Monarchen ohne die bedenklichste Beispielwirkung der Willkür

²³⁹) Hohenlohe an Hzg. von Braunschweig (8. 10. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 192-194 [irrig datiert September 1792]), "Copia eines von dem Herrn FZM Fürsten Hohenlohe [...] eingelangten Schreibens" ([28. 9. 1792]; KA NL Lacy 11 Konv. X/2). Franz II. an FZM Hohenlohe (13. 10. 1792; KA Kabinettskanzlei HBP 106a; Druck: Vivenot 2, S. 267). Heidrich, S. 349-360. Hohenlohe hatte von Anfang an die "Politisierung" der Heeresbewegungen kritisiert. Auch Erzherzog Karl, der den Feldzug im Korps Hohenlohe mitmachte, stimmte in den Chor der Kritiker ein: Krieg gegen die Französische Revolution 2, S. 175, Zeissberg, Erzherzog Carl, S. 36f. Zu unterstreichen ist freilich, daß neben der fast sprichwörtlichen Unentschlossenheit des Herzogs von Braunschweig besonders die laufende Einmischung des preuß. Königs in die Operationsplanungen wesentlichen Anteil am unglücklichen Feldzugsverlauf hatte.

der eigenen Untertanen überlassen werden. Die englische Politik jedenfalls hatte sich in den Augen Mercys vor aller Welt mit Schande bedeckt, verfügte sie doch sehr wohl über Mittel, das Schlimmste zu verhüten, ohne deswegen das politische System ändern zu müssen. Noch in Unkenntnis der alliierten Kehrtwendung nach dem 20. September setzte der Botschafter nun ganz auf die militärische Schlagkraft der österreichisch-preußischen Truppen; anders war die Halsstarrigkeit der Franzosen nicht zu brechen. "On ne voit, dans cette affluence des forcenés, qu'une horde misérable, sans ensemble, sans chefs et dénuée de tout ce qui seroit nécessaire à rendre son action imposante", hatte Mercy zwei Tage nach Valmy noch die französische Armee eingeschätzt und lediglich in der beeindruckenden Zahl der kampfbereiten Einwohner Frankreichs einen bremsenden Faktor für seine Erfolgsberechnungen gesehen; die sich seiner Erwartung bis zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen, ja gar bis zu einer neuerlichen Revolution steigernden Wirrnisse, die er mit der Einführung einer monströsen republikanischen Verfassung notwendigerweise verbunden glaubte, mußten den Alliierten den weiteren Vorstoß insgesamt aber erleichtern, sofern man sich nur gegen die Emigranten und ihre unbedachten Aktivitäten und Verwaltungsakte im besetzten Teil Frankreichs vorsah. Für Mercy war jetzt Baron de Breteuil in die undankbare Rolle Calonnes als Premierminister der Emigranten eingetreten und tat im preußischen Hauptquartier - Gerüchten zufolge nicht ohne Erfolg - alles, um die ursprüngliche Basis der alliierten Frankreichpolitik zugunsten einer Rückführung auf den status quo ante des Ancien Régime abzuändern. Die entsprechenden Passagen im *Mémoire Dumouriez* hatten dabei sonnenklar bewiesen, daß auch nur widerwilliger Kontakt und oberflächliche Zusammenarbeit mit den königlichen Brüdern in Frankreich fanatisierten Haß bewirkten und breiteste Angriffsflächen für Verleumdungen boten. Wollte man sich noch einigermaßen aus dem Schlamassel winden, blieb nach dem Rezept Mercys nichts anderes übrig, als die Emigranten endlich ganz von der Szene zu verbannen²⁴⁰).

Erst nach fast vierzehntägiger Reise war Staatsreferendar Spielmann am 24. September 1792 über Frankfurt in Luxemburg eingetroffen, gemeinsam mit dem preußischen Gesandten Graf Haugwitz, der bald die Stelle des Grafen von der Schulenburg im Kabinettsministerium einnehmen sollte und ein scharfer Gegner der Kriegspolitik gegen Frankreich war. Starke Regenfälle und die Überbeanspruchung der Straßen durch die Masse der Armeefahrzeuge hatten das Vorwärtkommen in Richtung Kriegstheater erschwert. Während Haugwitz seinem König nach Verdun entgegenreiste, blieb Spielmann einstweilen in Luxemburg, um weitere Weisungen aus dem preußischen Hauptquartier abzuwarten und zugleich die Verbindung zu Mercy in Brüssel herzustellen. Er ersuchte den Botschafter, von Brüssel nach Luxemburg zu kommen, um so dem wahrscheinlichen Verhandlungsort mit den Preußen, Verdun, näher zu sein. Ob man die "französische Komödie" überhaupt in absehbarer Zeit würde beenden können (erst recht nach dem vorgeetzten Plan), schien dem Staatsreferendar nun mehr als fraglich, vor allem als von Reuß die deprimierenden Meldungen über die Katastrophe des Rückzuges einlangten; das Ziel einer den neuen Gegebenheiten angepaßten österreichischen Frankreichpolitik war denkbar klar: sobald wie nur irgend möglich "aus dem kostbaren Spiel" zu kommen, sollte jetzt die oberste Devise lauten. Insoferne mußten selbstverständlich auch unbefriedigende Halblösungen und beschämende Kompromisse mit den Revolutionären in Paris inkalkuliert werden, ganz wie es Vizekanzler Cobenzl in Wien geraten hatte. "Um diesen Endzweck [das baldige Ausscheiden aus dem Krieg] zu erreichen", meldete Spielmann am letzten Septembertag 1792, "müssen wir den Franzosen ein so viel nur immer möglich wohlfeiles marché machen, folglich [...] hauptsächlich darauf bestehen, daß der König wo nicht in eine vollkommene, doch in eine quasi Freyheit komme, [...] dem Principe getreu bleiben, daß alles, zu was der König entweder ganz oder halb frey mit der Nation sich versteht, von uns als ratum et gratum angenommen werde." Und diese erstaunliche Kompromißbereitschaft sollte selbst für den kuriosen Fall gelten, daß Frankreich sich zu einer konföderierten Republik wandelte und dem einstweilen noch gefangenen König nach dem Vorbild der Vereinigten Nie-

²⁴⁰) Mercy an Ph. Cobenzl (22., 28. 9., 3. 10. 1792; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy-Cobenzl 1791/92). Metternich an Kaunitz (15., 16. 8. 1792; Belgien DD A Berichte 328). - Zur Abberufung des brit. Botschaftspersonals vgl. die entsprechenden Stücke bei Browning, *Despatches of Earl Gower*. Einige wenige Hintergrundinformationen über die engl. Reaktionen nach der Radikalisierung der revolutionären Entwicklung in *The Journal and Correspondence of William Lord Auckland*, Bd. 2.

derlanden bloß eine Art Statthalterschaft übertrug²⁴¹).

Anfang Oktober 1792 hatten die Alliierten ihre rückwärtigen Auffangstellungen wieder erreicht; Paris und die meisten Provinzen mußten angesichts der schweren Schlappe der österreichisch-preußischen Invasionsarmee, so Spielmann, jubilieren. Denn aus der geplanten Blitzexpedition gegen die französische Hauptstadt wurde nun, wollte man das Spiel nicht überhaupt ganz verloren geben, ein größeres und aufwendigeres Unterfangen, das zumindest eine zweite Campagne und damit schon jetzt die Suche nach guten Ausgangspositionen und Winterquartieren erforderte. Sedan, Metz und das bereits längere Zeit eingeschlossene Thionville mußten dazu aber erst genommen werden.

Kaum war jedoch Staatsreferendar Spielmann auf dringenden Wunsch des preußischen Hauptquartiers von Luxemburg nach Verdun gereist, wo Anfang Oktober 1792 auch Fürst Reuß "von dem beschwerlichsten und leyder dem fruchtlosesten Zuge, der wohl jemals gemacht worden ist", eintraf, wurde klar, daß sogar Verdun aufgegeben und der Rückzug hinter den Chiers angetreten werden mußte. Die Ausverhandlung des Entschädigungsgeschäfts, das zu Ende zu bringen der preußische König nach übereinstimmenden Aussagen mehr denn je brannte, schob man daher einstweilen auf, bis man sicherere Positionen erreicht hatte. An einem zweifelte Spielmann freilich schon Mitte Oktober 1792, als die Franzosen bereits durch Pflanzung eines Freiheitsbaumes das zurückgewonnene Verdun "reinigten", nicht mehr: Preußen war wild entschlossen, sich seine Entschädigung in Polen zu holen, ganz egal, wie die Sache in Frankreich ausging²⁴²).

In Brüssel hatte Botschafter Mercy erst Ende September 1792 - fast zeitgleich mit der Weisung der Staatskanzlei von Anfang September - die ersten Mitteilungen des Staatsreferendars aus Luxemburg erhalten. Angesichts der ernüchternden militärischen Entwicklung freilich schien die erbetene Anreise Mercys nach Süden in Richtung alliierte Armee schon bald überholt. Der Botschafter fühlte sich zunächst ohnedies von dem neuen Auftrag der Staatskanzlei einigermaßen unangenehm berührt und benützte vorderhand organisatorische Schwierigkeiten, um die Reise nach Luxemburg möglichst aufzuschieben, ehe ihm das militärische Debakel neue Argumente in die Hand gab. Denn daß die triumphierenden Franzosen den zurückweichenden Austro-Preußen irgendwelche Ausgleichsvorschläge machten oder gar, wie im Falle einer entscheidenden französischen Niederlage ursprünglich erhofft, Friedensverhandlungen eröffneten, hielt man jetzt für mehr als unwahrscheinlich. Mit der Würde des Kaisers wieder war es unvereinbar, "sich der Gefahr auszusetzen, mit unseren allfälligen Propositionen abseits Frankreich schnöde abgewiesen zu werden". Außerdem war in den ersten Oktobertagen Freiherr von Thugut, der Stellvertreter Mercys, in Luxemburg eingetroffen, dessen Ratschläge fürs erste ausreichen sollten²⁴³).

²⁴¹) Spielmann an Ph. Cobenzl (Frankfurt, 20. 9. 1792, u. Luxemburg, 27. 9. 1792; StK FriedA 75 Konv. Mission Spielmann/B). Spielmann an Ph. Cobenzl (Luxemburg, 30. 9. 1792; StK FriedA 75 Konv. Mission Spielmann/B; Druck: Vivenot 2, S. 238f) mit Reuß an Spielmann (Hans, 26. 9. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 232f). Ph. Cobenzl an Spielmann (14. 10. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 271f). Graf Zinzendorf nannte in seinem Tagebuch (Eintragung vom 7. 10. 1792) interessanterweise die Zustandebringung eines erträglichen Ausgleichs mit den Franzosen überhaupt als wesentlichstes Ziel der Mission Spielmanns: KA NL, Zinzendorf TB 37.

²⁴²) Spielmann an Ph. Cobenzl (Luxemburg, 4./5. 10. 1792; StK FriedA 75 Konv. Mission Spielmann/B; Druck: Vivenot 2, S. 248-250) mit Haugwitz an Spielmann (Verdun, 2. 10. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 242) u. Reuß an Spielmann (bei Grandpré, 2. 10. 1792), Spielmann an Ph. Cobenzl (Luxemburg, 15. 10. 1792; StK FriedA 75 Konv. Mission Spielmann/B; Druck: Vivenot 2, S. 272-276). Reuß an Ph. Cobenzl (Verdun, 8. 10. 1792; StK DK Preußen 70 Konv. Relationen aus Berlin 1792 Juli-Dezember).

²⁴³) Ph. Cobenzl an Mercy (9. 9. 1792; SA Frkr. Weisungen 182 Konv. Cobenzl-Mercy 1792/93; Druck: Vivenot 2, S. 194f), Mercy an Spielmann (26. 9., 1., 3. u. 5. 10. 1792; StK FriedA 75 Konv. Mission Spielmann/B/C; Druck: Vivenot 2, S. 239f, 242-246, 249f), Spielmann an Mercy (28., 30. 9., 4. 10. 1792; StK FriedA 75 Konv. Mission Spielmann/B/C; Druck: Vivenot 2, S. 235f, 237, 249). Mercy an Starhemberg (28. 9. 1792; Druck: A. Graf Thürheim [Hrsg.], Briefe des Grafen Mercy-Argenteau, k.k. bevollmächtigten Ministers in den Österreichischen Niederlanden, an den k.k. ausserordentlichen Gesandten zu London, Grafen Louis Starhemberg vom 26. December 1791 bis 15. August 1794 [Innsbruck 1884] 19f). Ph. Cobenzl an Metternich (21. 9. 1792; Belgien DD A Berichte 329). - Die orig. Vollmacht für Graf Mercy und - in seiner Vertretung - für Baron Thugut "zu allen Verhandlungen über und mit Frankreich" (19. 9. 1792; lat.) in SA Frkr. Varia 46 Konv. Frkr. Varia 1792 VI-XII. Thugut an Mercy (Luxemburg, 4. 10. 1792; GK 447). Blumendorf traf Anfang Oktober 1792 über Frankfurt wieder in Brüssel ein; Blumendorf an Mercy (Frankfurt, 23. 9. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Blumendorf-Mercy 1792; Druck: Hubert, S. 188). - Roider, Thugut, S. 100ff. Briefe Thuguts an Kabinettsminister Colloredo von Ende Oktober/November 1792 abgedr. bei Alfred Ritter von Vivenot, Vertrauliche Briefe des Freiherrn von Thugut, österr. Ministers des Äussern I (Wien 1872) 2-11.

2.9 Wechselbäder: Vorarbeiten zur Ersten Koalition

Der Weg zur Reichskriegserklärung

Das Debakel der ersten alliierten Invasion hatte klargemacht, daß eine Niederringung Frankreichs in der Tat bestenfalls im Rahmen einer gesamteuropäischen Aktionsgemeinschaft zu bewältigen war. Die Aussicht auf eine Erweiterung der preußisch-österreichischen Achse schien freilich zunächst recht trübe. Einzig im Reich ließ sich vielleicht trotz aller Schwierigkeiten eine Mitwirkung der Stände in welcher Form auch immer aktiv herbeiführen. Schon Ende August 1792 - nach Absolvierung sämtlicher Krönungsreisen - war der Kaiserhof in Wien daran gegangen, das Nötige in die Wege zu leiten. Ein erster wichtiger Schritt der Abgrenzung schien die "Abschaffung" der lästigen französischen Diplomaten aus München, wo der Kurfürst seine extrem vorsichtige Linie beibehielt, und v.a. Regensburg, nachdem die Kurhöfe am Rhein die bei ihnen akkreditierten Diplomaten schon im Juli 1792 zur Abreise bewogen hatten. Die Suspendierung des französischen Königs und damit das Erlöschen der gültigen Bevollmächtigung der französischen Diplomaten boten dafür hinreichende Handhaben. Anfang September 1792 wurde Caillard samt Botschaftspersonal aus Regensburg ausgewiesen; Mitte des Monats verließen die Franzosen die Reichstagsstadt Richtung Schweiz. Der Weg für unbeeinflusste und unbeobachtete Reichsberatungen war damit frei.

Auch dem französischen Gesandten in München, d'Assigny, ging es nach dem Sturz des Königtums im August 1792 an den Kragen. Nicht zuletzt seinen laufenden Drohungen war die geringe Kooperationsbereitschaft Kurpfalzbayerns und die extreme "Schüchternheit" der süddeutschen Mittelstaaten zuzuschreiben. Heftig drängte die Staatskanzlei in der bayerischen Hauptstadt daher seit längerem auf die Entfernung dieses angeblich gefährlichen, von den Bayern viel zu freundlich behandelten "Spions". Im September 1792 waren endlich die hartnäckigen Bemühungen Wiens um "Abschaffung" dieses "demokratischen Emissärs" von Erfolg gekrönt. Andere wieder verließen nach dem Sturm auf die Tuileries im Herbst 1792 von sich aus nach und nach den diplomatischen Dienst, so der französische Gesandte in Kopenhagen, Vibraye, der hinfort nur mehr Befehle von Monsieur, dem Bruder des Königs, entgegennehmen wollte, der Vertreter in Graubünden, Hirsinger, und jener in Württemberg, Maisonneuve²⁴⁴).

Die Ächtung und Ausgrenzung jener französischen Diplomaten, die auch nach dem Sturz des Königtums nicht freiwillig ihre Posten räumten, sich also nicht gebührend von der innerfranzösischen Entwicklung distanzieren, beschränkte sich natürlich nicht auf die Vertreter Frankreichs in München oder Regensburg. Auch den im Sommer 1792 als neuen französischen Botschafter an der Hohen Pforte vorgesehenen Sémonville bekämpfte "Alteuropa" mit allen Mitteln und drängte die Türken zu einer Zurückweisung des als gefährlichen Sektierer gebrandmarkten Diplomaten, dessen unrühmliche Rolle auf seinen letzten Posten in Italien man ebenso genüßlich ausschaltete wie seine recht unsanfte (und insofern vorbildliche) Zurückweisung durch den Turiner Hof. Nun verdächtigte man Sémonville, er sei dazu bestimmt, die Pforte gegen die alliierten Höfe aufzuhetzen, zu einer Diversion im Osten zu bewegen und den Pariser Revolutionären für den Katastrophenfall - die alliierte Invasion stand bevor - Zuflucht im Osmanischen Reich zu sichern. Eindringlich wollte man den Türken "die Gefahr innerlicher Unruhen und Empörungen" vor Augen führen, "die von diesen verschwornen Verbreitern des Gräuels der Verwüstung ohnfelbar zu erwarten stehen." Jetzt, da der Allerchristlichste König suspendiert und inhaftiert sei (August

²⁴⁴) Caillard an Lebrun (4., 7. u. Genf, 27. 9. 1792; AMAE CP Allemagne 666). Ph. Cobenzl an Seilern (31. 8. 1792) mit Ph. Cobenzl an Lehrbach (29. 8. 1792); StK DK Regensburg Kurböhm. Gesandtschaft Weisungen 6. Ph. Cobenzl an RVK (31. 8. 1792) mit Beilage, RVK an Staatskanzlei (1. 9. 1792); RK RkgF 6/7. Ph. Cobenzl an Lehrbach (29. 8. 1792; StK DK Bayern 69 Konv. Weisungen 1792/2). RVK an Leykam (18. 9. 1792; RK Weisungen a. d. Principalkommission 13b). AN F 7 4397, 4398 (Notenwechsel Außenminister Lebruns mit dem Comité Diplomatique betreffend die Ausweisung Caillards und das Kommissionsdekret des Kaisers für den Regensburger Reichstag). Bray, Mémoires, S. 305ff (7. 9. 1792), 308 (17. 9. 1792). Zur "Säuberung" der Kurhöfe von den unwillkommenen französischen Diplomaten vgl. auch Hansen 2, S. 305 Anm. 1, zu Bayern und seiner bemühten Neutralitätspolitik speziell Ebersold, S. 321-328, 340ff, zur Abschaffung d'Assignys auch Schrepfer, S. 44-48. Assigny hatte selbst anfangs die Ereignisse des 10. August mißbilligt und seine Vollmachten für erloschen erklärt, wenig später aber seine Entscheidung revidiert. Über die Schwierigkeiten Caillards in Regensburg und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Frankreich eingehend Härter, S. 229-240. Vgl. auch Gerhard Wolf, Autour de la neutralité de la Diète de Ratisbonne dans l'été 1792. In: Actes des 113^e et 114^e congrès nationaux des Sociétés savantes (Paris 1991) 173-178.

1792) und täglich in Todesgefahr schwebe, könne der "Jakobinerambassadeur" Sémonville unmöglich als regulärer französischer Diplomat anerkannt werden. Die Staatskanzlei appellierte Anfang September 1792 an das "europäische Solidaritätsbewußtsein" auch der Pforte:

"Da übrigens nicht dem geringsten Zweifel unterliegt, daß alle Mächte in Europa ihre in Paris bisher angestellte Minister abrufen und die bey ihnen befindliche französische Minister, deren Creditive durch die Suspension des Königs ipso facto erloschen sind, von sich entlassen werden, so fällt von selbst auf, daß es ein in ganz Europa zum allgemeinen Scandal gereichendes, folglich für die Pforte in allem Anbetracht höchst bedenkliches Benehmen seyn würde, wenn der Großherr einen von notorischen Rebellen abgeschickten Botschafter als solchen an- und aufnehmen sollte."

Mit Erfolg. Die Pforte lehnte Sémonville ab, der selbst bei den Revolutionären als ehemaliger Mitarbeiter in einer Art geheimdienstlichen Organisation Ludwigs XVI. kurzfristig ins Zwielficht geraten war und schließlich, als er im Sommer 1793 seinen Posten am Goldenen Horn wirklich antreten wollte, von den Österreichern in Italien gefangenengenommen wurde. Descorches de Sainte-Croix, ehemals französischer Gesandter in Polen, wo man ihn im Herbst 1792 ausgewiesen hatte, amtierte an seiner Stelle als (offiziell nicht anerkannter, aber freundlich behandelter) Vertreter der Republik in Konstantinopel (1793-1795).

Wien, eingedenk seiner herzhaften Bemühungen um die österreichische Sache während des Türkenkriegs 1788-1791, nahm sich dafür um so eifriger des letzten königlich französischen Botschafters an der Pforte, Choiseul-Gouffier, an. Man zeigte großes Mitgefühl für seine zusehends schwieriger werdende Situation und vermittelte seit Mai 1792 die Kontaktnahme mit den Führern der französischen Emigranten in Koblenz. Die angesichts der schwierigen Kommunikation mit dem Mutterland lange verzögerte endgültige Abberufung des im Oktober 1792 wegen seiner Korrespondenz mit den Emigranten unter Anklage gestellten Choiseul-Gouffier brachte im Dezember 1792 in einer völlig verworrenen Lage das französische Levantemperium zum Einsturz; die Kontakte mit der Pforte kamen auf offizieller Ebene zum Erliegen; das komplexe administrative Netz der "France du Levant" löste sich allmählich auf. Wahrlich keine geeigneten Rahmenbedingungen für den großen Plan des revolutionären Frankreich, die einst so hilfreiche "osmanische Diversion" im Rücken der Habsburger wieder zu aktivieren²⁴⁵).

Bereits Ende August 1792 hatte der Reichsvizekanzler dem Kaiser die nach dem Tod Leopolds II. zum Erliegen gekommene Reichsdeliberation zur französischen Frage erneut vorgetragen und dabei außer Streit zu stellen versucht, daß infolge des Angriffs französischer Truppen auf zwei Reichskreise (Burgund für die Österreichischen Niederlande und Oberrhein für Basel) das gesamte Reich schuldig war, entsprechende Hilfe zu leisten. Ein dementsprechendes kaiserliches Hofdekret, datiert vom 1. September 1792, wurde noch am 7. des Monats in Regensburg zur Diktatur gebracht. Frankreich hatte, hieß es, nicht nur die Ausgleichsverhandlungen in der Elsaß-Frage torpediert, wie nicht zuletzt der unbefriedigende Brief Ludwigs XVI. vom 15. Februar 1792 bewies. Es hatte zudem an den Reichsgrenzen hochgerüstet und schließlich zwei Reichsstände angegriffen, schreckte auch nicht davor zurück, Reichsuntertanen durch aufrührerisches Schrifttum aufzuhetzen, und plante letztlich nicht mehr und nicht weniger, "als alle gesägliche Ordnung in andern Staaten umzustürzen". Zwei Kernfragen sollten dem Reichstag in Regensburg den Weg dorthin weisen, wo Wien das Reich als Auxiliarmacht positioniert sehen wollte: 1. War Frankreich nun auch "von gesamten Reichs wegen" der Krieg zu erklären? 2. Sollte man alle Verträge mit Frankreich als hinfällig betrachten?

Mitinkludierte Detailpunkte wie die Stärke der allenfalls zu stellenden Reichstruppen im Ausmaß des Triplum der Kreiskontingente (120.000 Mann), die Problematik der Reichskriegsoperationskasse, die Sistierung von Kommerz und Korrespondenz mit Frankreich, die Verweigerung jedes Rückzugs in die Neutra-

²⁴⁵) Kaunitz an Herbert (18./19. 6., 17. 7., 11. 8. 1792), Ph. Cobenzl an Herbert (4. 9. 1792): SA Türkei II 101 Konv. Weisungen 1792. Choiseul-Gouffier an Kaunitz bzw. Ph. Cobenzl (29. 5., 20. 7. 1792; SA Frkr. Varia 47 Konv. Kaunitz/Cobenzl-Choiseul-Gouffier). Herbert an Ph. Cobenzl (25. 9. 1792) mit Mémoire Choiseul-Gouffiers an die Pforte (24. 9. 1792): Vivenot 2, S. 224-227, wohl nach den entsprechenden Vorlagen in StK FriedA 75 Konv. 1792 Mission des Staatsreferendars von Spielmann/A. - Mémoire an die Hohe Pforte (8. 8. 1792; AMAE CP Autriche 363), AN F 7 4390/2 d. 13. Der schwed. Geschäftsträger in Genua hatte schon Ende Juni 1792 dringend vor der geplanten Entsendung Sémonvilles nach Konstantinopel gewarnt: Schreiben Wrangels (26. 6. 1792; SA Frkr. Varia 46 Konv. Frkr. Varia 1792 VI-XII). - F. Clément-Simon, La Révolution et le Grand Turc 1792-1796. In: Revue de Paris 14 (1907) 426-448 u. v.a. Georges Grosjean, La mission de Sémonville à Constantinople 1792/93. In: RF 12 (1887) 888-921, Onnik Jamgocyan, La Révolution française vue et vécue de Constantinople 1789-1795. In: AHRF 62 (1990) 462-469.

lität u.v.m. zeigten an, daß man die Reichskriegserklärung nur zu gerne als gewiß voraussetzte und nun hauptsächlich noch die rasche Umsetzung - wie es "die Würde des Reichs und insonderheit die Ehre des deutschen Namens" erforderten - als das eigentliche Problem begriff²⁴⁶).

Schleunige Hilfe freilich war für diesen Feldzug kaum noch zu erwarten, würden doch die offiziellen Beratungen nach dem Scheitern der anfänglich versuchten österreichischen Überrumpelungstaktik erst Ende Oktober 1792 beginnen, und die trotz mehrfacher Ermahnungen aus Wien unterbliebenen Maßnahmen zur Selbstverteidigung wie Kreisassoziation und Kreisarmatur fehlten nun als ausbaufähige Grundlagen. Bestenfalls ließ sich vielleicht in kurzer Frist neben der signalhaften Reichskriegserklärung noch eine rasche Unterstützung der beiden kriegführenden deutschen Großmächte in Geld erreichen - etwa durch eine Vorabreduzierung der schwerfälligen und nach alten Erfahrungen wenig effizienten Reichsarmee, die ohnedies erst für einen zweiten Feldzug gegen Frankreich zur Verfügung stehen konnte, und die Überweisung der solchermaßen freiwerdenden Römermonate je zur Hälfte in die Reichsoperationskasse und in die Schatullen der Österreicher und Preußen. Dies war gleichbedeutend mit der völligen Vereinnahmung der Reichsgelder, sofern die Reichsarmee tatsächlich wie geplant der alliierten Armee unter dem Herzog von Braunschweig als Reichsgeneralfeldmarschall angegliedert wurde. Dafür wollte man in einer anderen dornigen und umstrittenen Frage, der im Prinzip wünschenswerten totalen Unterbrechung des Handelsverkehrs zwischen Deutschland und Frankreich, um so großzügiger verfahren. Gerade die vorderen Reichsstände, das konzedierte nämlich auch die Staatskanzlei, standen in regem Warenverkehr mit Frankreich, dessen jähe Abschnürung schweren Schaden anrichten konnte. In diesem Punkt gedachte Wien pragmatisch zu bleiben, auch wenn Neutralität keinem Reichsstand zugebilligt werden durfte, und wollte den Brief- und Handelsverkehr solange laufen lassen, bis Frankreich selbst die Kontakte unterbrach.

War auf der Ebene der französischen Innenpolitik bekanntlich das Ziel der österreichisch-preußischen Strafexpedition ein sehr beschränktes, so stand für die Gespräche der deutschen Großmächte mit ihren Reichsmitständen in der französischen Frage unverhüllter Revisionismus auf der Tagesordnung. Mit den wiederholten Vertragsverletzungen von französischer Seite erloschen auch für das Reich die alten Verbindlichkeiten seit 1648. Über den nächsten Friedensschluß entschied daher der Ausschlag der Waffen, und eine automatische Rückkehr zum status quo ante war dann nicht unbedingt wahrscheinlich. So ließ sich einerseits den in Elsaß-Lothringen begüterten Reichsständen Hoffnung auf eine eventuelle Verbesserung sogar ihrer vorrevolutionären Lage machen und andererseits den möglicherweise nötigwerdenden österreichischen Arrondissements im Elsaß bzw. in Lothringen vorarbeiten²⁴⁷).

Sondierungen in der Schweiz

Ein alter Hoffnungsträger aller Gegner des revolutionären Frankreich, die Schweizer Eidgenossenschaft, hatte schon auf einer außerordentlichen Tagsatzung im Mai 1792 durch eine Neutralitätserklärung klargestellt, daß sie sich in den Kampf gegen die Revolution nicht einschalten wollte, so daß in der Abriege-

²⁴⁶) Vortrag RVK (25. 8. 1792), Entwurf des Hofdekrets (1. 9. 1792), RVK an Staatskanzlei (1. 9. 1792), Rundschreiben des RVK a. d. k.k. Auslandsvertretungen: RK RkgF 6/7. Vortrag Cobenzl (29. 8. 1792; StK Vorträge 151 Konv. 1792 VIII). RVK an Leykam (1. 9. 1792) mit Beilagen: RK Weisungen a.d. Principalcommission 13b. in RK RTA 366 (Reichstagsdiktate XCVII) das Hofdekret 1. 9. 1792 (dictatum 7. 9. 1792). Mitte August erhielt der österr. Komitialgesandte seine neuen Beglaubigungen für Österreich, Burgund und Nomény. Vgl. Kaunitz an Borié (15. 8. 1792) mit den Kreditiven für den österr. Komitialgesandten (18. 8. 1792); Vivenot 2, S. 171f. Ph. Cobenzl an Hartig (1. 9. 1792; StK DK Sachsen 29 Konv. Berichte/Weisungen 1792). Westphalen an RVK (13., 18. 9. 1792; Druck: Hansen 2, S. 350f, 352). - Den Weg bis zur Reichskriegserklärung im März 1793 beleuchtet jetzt über Aretin 2, S. 262-274, hinausgehend erschöpfend Härter, S. 240-285. Aus der Sicht eines kleinen Reichsstandes Julius Frankenstein, Die auswärtige Politik Sachsen-Gotha-Altenburgs und der Reichskrieg gegen Frankreich bis zum Ausscheiden des Herzogtums 1790-1797 (= Historische Studien 281; Berlin 1935) 89-141, die - relativ "frankreichfreundliche" - bayerische Seite bei Schrepfer, S. 49-72.

²⁴⁷) Ph. Cobenzl an Seilern (26. 9., 6. 10. 1792; Staatskanzlei DK Regensburg Kurböhm. Gesandtschaft Weisungen 6), an RVK (29. 9. 1792; RK RkgF 6/7). Zirkularerlaß der Staatskanzlei an die k.k. diplomatischen Vertretungen im Reich (6./8. 10. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 252-256).

lung der französischen Ostgrenzen von Sardinien-Piemont bis in die Österreichischen Niederlande weiterhin ein größeres Loch klaffte²⁴⁸).

In Wien hatte man dennoch nicht alle Hoffnung aufgegeben, die Eidgenossen doch noch dazu bewegen zu können, die Sache der kriegführenden Mächte auf die eine oder andere Weise zu erleichtern; und in Frankreich befürchtete man angesichts der Ereignisse des 10. August und anderer Zwischenfälle mit Schweizer Soldtruppen durchaus ein rasches Umschwenken der Kantone, vor allem als die Schweiz im September 1792 - freilich einmal mehr vergeblich - das Ende der gerade im Sommer 1792 ausgedehnten französischen Besetzung im Fürstbistum Basel forderte. Den wichtigsten Honoratioren wollte Wien um so mehr in aller Eindringlichkeit vor Augen führen, "was für Unordnung in den Meinungen und in der bürgerlichen Administration durch Schonung und Duldung der Freiheitsprediger in dem Sinn der französischen Fanatiker entstehen müste", wenn die Schweizer tatenlos beiseite standen; und wenn sich die Schweiz schon nicht zu aktiver Teilnahme an der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung entschließen mochten, so sollte doch wenigstens der Schutzmantel der strikten Schweizer Neutralität auch über andere geschlagen werden: etwa über den vertriebenen Basler Fürstbischof, der selbst allerdings nach entsprechenden Sondierungen in Bern und Solothurn für eine effiziente Mitwirkung der Eidgenossenschaft nur wenig Hoffnung sah.

Der Kaiser höchstselbst wandte sich noch Ende August 1792 in einem Schreiben an die helvetische Nation, um speziell vor dem Hintergrund der blutigen Pariser Ereignisse einen letzten Anstoß zum Umdenken zu geben. Die Franzosen hatten mit dem Einfall nach Pruntrut nicht nur die Schweizer Neutralität verletzt; die noch in Frankreich dienenden Regimenter waren mit Schmach besudelt, hunderte Schweizer Gardisten beim Sturm auf die Tuileries am 10. August 1792 niedergemetzelt worden. Würde also die Eidgenossenschaft auch jetzt noch auf Passivität beharren, wo man Schweizer Leben mit Füßen trat, "wo die bürgerliche und religiöse Unordnung zum allgemeinen Aergerniß auf den höchsten Grad gestiegen sind"?

Für eine wirklich effiziente Schweizpolitik fehlte der Staatskanzlei freilich schon seit den fünfziger Jahren des 18. Jahrhunderts das nötige Instrumentarium, man ließ sich nur mehr durch einfache Residenten vertreten und räumte nach dem "renversement des alliances" endgültig das Feld zugunsten des französischen Verbündeten. Anfang September 1792 verfiel man bei dem Bemühen, ein letztes Mal in der Eidgenossenschaft Stimmung für die Sache der Alliierten zu machen, auf die Abwerbung des als Historiker bekanntgewordenen kurmainzischen Geheimen Staatsreferendars Johannes von Müller (1752-1809), eines gebürtigen Schweizers, der eine geheime Mission in sein Heimatland übernehmen sollte. Bis November hatte man freilich jede Hoffnung auf eine "Aktivierung" der Schweiz definitiv aufgegeben²⁴⁹).

Spanien

Einzig in Spanien bewirkten der Sturm auf die Tuileries und damit das faktische Ende des französischen Königtums einen nachhaltigen Wandel des politischen Systems. Im August 1792 hatten die Nachrichten des k.k. Botschafters in Madrid noch reichlich deprimierend gelautet und den Eindruck verstärkt, daß der spanischen Politik - mit dem militärischen Vordringen seit August wahrscheinlicher werdende - Erfolge der Verbündeten auf Kosten Frankreichs in jedem Fall widerwärtiger waren als der Schaden, den das

²⁴⁸) Goetz-Bernstein, S. 298-313, Feldmann, Propaganda und Diplomatie, Wolfgang von Wartburg, Zürich und die französische Revolution. Die Auseinandersetzung einer patriarchalischen Gesellschaft mit den ideellen und politischen Einwirkungen der französischen Revolution (= Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft 60; Basel/Stuttgart 1956) bes. 128-142, Jorio, S. 43-58, Evelyn Maradan/Alain-Jacques Czouz-Tornare, Les tentations autrichiennes en Suisse durant la Révolution française. In: *Austriaca* No. 29 (Décembre 1989) 61-83.

²⁴⁹) Vortrag Cobenzl (29. 8. 1792; StK Vorträge 151 Konv. 1792 VIII). Ph. Cobenzl an Greifenegg (1. 9. 1792) mit Franz II. an die schweizerische Eidgenossenschaft (29. 8. 1792), Cobenzl an Greifenegg (5. 9., 14. 11. 1792); SA Schweiz Weisungen 182 Konv. 1792/93. Ph. Cobenzl an Esterházy (12. 9. 1792), Esterházy an Ph. Cobenzl (19. 9. 1792); RK Kleinere Reichsstände Basel 69. Fstbf von Basel an RVK (Biel, 27. 9. 1792; RK RkgF 6/7). Vortrag Cobenzl (10. 11. 1792; StK Vorträge 152 Konv. 1792 XI). Vivenot 2, S. 356-364. - Zur geplanten Mission des Johannes von Müller vgl. die Korrespondenz zwischen Franz II. und Staatsvizekanzler Cobenzl von Anfang September 1792 in StK Vorträge 151 Konv. 1792 IX. Karl Henking, Johannes von Müller 1752-1809 2 (Stuttgart/Berlin 1928) 322-348. Zur strategischen Bedeutung des Veldin etwa Alfred Rufer, La question de la Valtelline. In: Jean-René Suratteau (Hrsg.), *Alfred Rufer - La Suisse et la Révolution française* (Paris 1974) 179-204.

bourbonische Mutterland vielleicht durch die Revolution nahm. Dementsprechend maß man auch den wiederholt kursierenden Gerüchten von spanisch-britischen Mediationsplänen durchaus einigen Wahrheitsgehalt zu.

Noch kurz bevor die Staatskanzlei in Wien vom Kurswechsel des Madrider Hofes Kenntnis erlangte, hatte man dort seiner ärgerlichen Verwunderung über die irreguläre Linie der spanischen Politik und die verheerenden Folgewirkungen der spanischen Untätigkeit lebhaft Ausdruck verliehen, jede Hoffnung auf ein Tätigwerden der Spanier aber sehr weitgehend fahrlässig lassen; dies obwohl gerade mit dem Vordringen der Alliierten gegen Paris und der nicht auszuschließenden Flucht der führenden Revolutionäre nach Süden spanische Unterstützung zur Einkesselung des Feindes besonders wünschenswert schien. "Es gehört unter Frankreichs vorzüglichste Unfälle", hieß es in einer Instruktion für Graf Kageneck um die Septemberrmitte 1792, "daß ein mit dem Allerchristlichsten Könige durch die Bande der Blutsverwandtschaft und der Allianz so eng verknüpfter Hof als der königlich spanische seine anfängliche Rolle eines zur Herstellung der Ordnung nachdrücklich mitwirkenden Bundesgenossen mit jener eines gleichgültigen Zuschauers zu verwechseln befunden habe." Dieser Gleichgültigkeit und der englischen Neutralität schrieb man denn auch wesentliche Wirkung auf den Übermut der Pariser Revolutionäre zu und stellte so eine Kausalkette zu den "schaudervollen Auftritten" in Paris vom August und September 1792 her. Dabei bemühte man sich in der Nach-Kaunitz-Ära der österreichischen Außenpolitik, das bislang schwache und meist recht vordergründig thematisierte ideologische Element in der Konfrontation zwischen den alteuropäischen Fürstenstaaten und dem revolutionären Frankreich zunehmend hervorstreichend; gegenüber Spanien hatte eine solche Taktik den zusätzlichen Vorteil, daß sich durch Verschieben der "übergeordneten" Ziele der österreichisch-preussischen Aktion gegen Frankreich vielleicht die Sorge Madrids vor den angeblichen territorialen Ambitionen der Interventionsmächte einigermaßen zerstreuen ließ. Die Radikalisierung der innerfranzösischen Entwicklung ab Sommer 1792 arbeitete dieser Argumentation der Österreicher natürlich in die Hände. "Der Anarchie ein Ende zu machen, die Ruhe und gesellschaftliche Ordnung in diesem durch den Freiheitsschwindel zerrütteten Reiche [Frankreich] herzustellen und von der Ansteckung eines verderblichen Beispiels ihre eigenen Staaten zu bewahren, sind das Ziel der gemeinsamen Unternehmungen. Nie hat die Macht der Fürsten sich in einer edleren Absicht vereinigt, und nie ist die Gewalt der Waffen durch dringendere Beweggründe gerechtfertigt worden", hieß es seitens der Staatskanzlei an die Adresse Madrids.

Die Katastrophe des französischen Königtums hatte denn auch wirklich zur Folge, daß die Berichte des Grafen Kageneck aus Madrid allmählich erfreulichere Informationen enthielten: der französische Geschäftsträger beim Katholischen König, Bourgoing, verlor seine Akkreditierung, und der spanische Chargé d'affaires in Paris, Domingo de Iriarte (1756-1795), Bruder des bekannten Dichters Tomás de Iriarte (1750-1791), erhielt Weisung, nicht länger mit dem französischen Ministerium zu kommunizieren und sich zur baldigen Abreise bereitzuhalten. Graf Aranda geriet mit seiner eigenartigen Politik, aber auch durch seine zu starke Anlehnung an die Königin und ihren Günstling Godoy allmählich in die Defensive. Der k.k. Botschafter ortete jedenfalls im Staatsrat verstärkten und schließlich erfolgreichen Widerstand gegen die von Aranda vorgegebene und - so jedenfalls Kageneck - durch eine Politik der gezielten Fehlinformation beim König gestützte Linie der totalen Abstinenz: gegen französische Druckwerke wurde nun erneut strenger vorgegangen, und, was die Österreicher natürlich besonders interessierte, Truppenkonzentrationen an der französisch-spanischen Grenze unterstrichen - ungeachtet der von Graf Aranda ins Treffen geführten finanziellen und militärischen Schwäche Spaniens - die absehbare Neuorientierung der spanischen Politik²⁵⁰).

In Wien hatte dann der spanische Botschafter Llano noch vor Ende September 1792 ein Kommunikat zu überreichen, aus dem die Staatskanzlei zwar bei näherem Besehen nur wenig Konkretes über die tatsächlich beabsichtigten Aktionen Spaniens ablesen konnte; zumindest durfte man sich aber über das grundsätzliche Umdenken des Madrider Hofes freuen, natürlich nicht ohne den Spaniern die ungebührliche Verspätung ihres Kurswechsels vor Augen zu führen. Spanien bedauerte jetzt offen, die Entwicklung in Frankreich falsch eingeschätzt zu haben, und schloß sich der Meinung Österreichs und Preußens an, daß

²⁵⁰) Kageneck an Kaunitz bzw. Ph. Cobenzl (27. 8., 3., 10., 24. 9. 1792; SA Spanien DK 122 Konv. 12). Ph. Cobenzl an Kageneck (19. 9. 1792; SA Spanien DK 123 Konv. 2). Iriarte reiste schließlich ab, ohne förmliche Weisung dazu erhalten zu haben. - Jacqueline Chaumié, *Lettres de Domingo de Iriarte, chargé d'affaires d'Espagne en France, au premier ministre comte d'Aranda (juin-août 1792)*. In: *Annuaire-bulletin de la société de l'histoire de France* 80 (1944) 129-258 [Edition in frz. Übersetzung].

eine Wiederherstellung der Ordnung in Paris durch autogene Regeneration gänzlich unwahrscheinlich war. Bis auf weiteres schob der Katholische König eine Observationsarmee an die Pyrenäengrenze vor und stellte für später eine mächtige Diversionsbewegung gegen Frankreich in Aussicht, die nach spanischer Meinung natürlich nur in Abstimmung mit dem preußisch-österreichischen Vorstoß erfolgen konnte, so daß für den Feldzug 1792 mit effizienter militärischer Kooperation nicht mehr zu rechnen war.

Noch wußte Wien nichts vom schmachvollen Rückzug der alliierten Armee aus Frankreich, träumte noch immer von der Unterwerfung der Revolutionszentrale Paris bis Mitte Oktober 1792, dem Ende der "Comédie", wie Vizekanzler Cobenzl es nannte, und konnte daher Madrid um so leichter den Hintergedanken unterstellen, sich durch eine oberflächliche "Beitrittserklärung" gerade noch rechtzeitig als gleichsam zum Konzert assoziierte Macht in die erwarteten Friedensverhandlungen zwischen Frankreich und den Intervenienten drängen zu wollen ("ohne die Last der Kriegsbeschwerlichkeiten auf irgendeine Art geteilt zu haben"). Selbst die bloß prinzipielle Bereitschaft Spaniens zur Mitwirkung blieb aber ungeachtet tiefer Skepsis ein wichtiger Faktor. Alleine das Vorrücken des spanischen Observationskorps an die Grenze mußte - v.a. wenn man, wie von der Staatskanzlei gewünscht, begleitend dazu ein Manifest mit entsprechenden Absichtserklärungen erließ - in Frankreich das Gefühl des Eingeschlossenseins vertiefen, förderte vielleicht die Mutlosigkeit der Revolutionäre und in weiterer Folge die Bereitschaft zu einem Waffenstillstand, wodurch "der Einleitung des Friedensgeschäfts eine der Würde der verbundenen Höfe und unserem Staatsvortheile insbesondere angemessene Grundlage verschaffet werden" konnte. Das schwammige spanische Angebot wurde Staatsreferendar Spielmann vorerst zur weiteren Diskussion mit den Preußen ins alliierte Hauptquartier nachgesandt und einstweilen in alle Welt hinausposaunt. Wien empfahl jedenfalls, kein Mißtrauen an der Aufrichtigkeit des Madrider Hofes zu verraten, um nicht jede Aussicht auf eine aktivere Mitwirkung Spaniens zu verspielen²⁵¹).

Die Hoffnung, daß auch England und damit sein "Barometer", die Vereinigten Niederlande, unter dem massiven Druck der Pariser Greuelszenen und der spanischen Kehrtwendung schließlich doch noch zu einem Kurswechsel gebracht werden könnten, erfüllte sich dagegen nicht. Die Abberufung des britischen Botschafters nach dem 10. August - sie war mit so vielen bedächtigen Erklärungen versehen, daß der Paukenschlageffekt notwendigerweise ausblieb - änderte im letzten nichts am Neutralitätssystem des englischen Kabinetts; die von Österreich gewünschte drohende Erklärung zur Einschüchterung der "Chefs der rasenden Faction" blieb aus²⁵²).

2.10 Der französische Gegenschlag

Nicht genug damit, daß der weitere Rückzug der Alliierten von Verdun nach Longwy, das am 22./23. Oktober 1792 an die Franzosen zurückfiel, in Wahrheit einer Deroute glich, der Herzog von Braunschweig in den Augen der Österreicher den Kopf verlor und in Kleinmütigkeit verfiel: die Franzosen differenzierten seit Dumouriez' Mémoire nicht nur in politischen Erklärungen zwischen dem König von Preußen, den man angeblich nur mit größtem Bedauern im gegnerischen Lager sah und mit dem man

²⁵¹) Vortrag Cobenzl (25. 9. 1792; StK Vorträge 151 Konv. 1792 IX) mit dem Kommunikat des span. Botschafters (o.D.; Druck: Vivenot 2, S. 222f) u. der frz. Übersetzung der interzipierten Originalvorlage Aranda an Llano (o.D.). Ph. Cobenzl an Spielmann (22. u. 26. 9. 1792); StK FriedA 75 Konv. Mission Spielmann/A, die Weisung vom 26. 9. mit Kageneck an Ph. Cobenzl (27. 8. 1792) ist bei Vivenot 2, S. 229-232, abgedr. Ph. Cobenzl an Mercy (22. 9. 1792; SA Frkr. Weisungen 182 Konv. Cobenzl-Mercy 1792/93; Druck: Vivenot 2, S. 221-223), an Kageneck (28. 9. 1792; SA Spanien DK 123 Konv. 2), an Gherardini (1. 10. 1792; SA Sardinien Weisungen 33 Konv. Weisungen 1792), an L. Cobenzl (8. 10. 1792; SA Rußland II Weisungen 177 Konv. Expeditionen 1792; Druck: Vivenot 2, S. 256-258). - Die Aufnahme der Sondierungsgespräche mit Wien erfolgte selbstverständlich in Erwartung eines raschen Sieges der Alliierten. Als sich das Blatt im September 1792 wendete, kehrte Aranda sofort zur alten Neutralitätspolitik zurück. Nun steuerte aber Frankreich bereits Kriegskurs gegen Madrid. S. neben Sorels Bd. 3 Baumgarten, S. 399-407, 419-445, Goetz-Bernstein, S. 320-326, Blanning, Origins, S. 159-163.

²⁵²) Stadion an Mercy (11., 21., 25. 9. 1792; SA Frkr. Varia 49 Konv. Stadion-Mercy 1791-1793); Ph. Cobenzl an Stadion (29. 9., 11. 10. 1792; SA England Weisungen 130 Konv. Weisungen 1792; Druck: Vivenot 2, S. 236, 267), an Starhemberg (5. 10. 1792; SA Holland Weisungen 93 Konv. Holland Weisungen 1789-1792). - Aulard, Recueil I, S. 26 (Sitzung 20. August 1792); Note des brit. Botschafters, der seine Abberufung mitteilt, "en annonçant néanmoins l'intention de conserver la neutralité". Bericht Lebruns an die Nationalversammlung 23. 8. 1792: AP 48, S. 656-658.

kontinuierlich verhandelte, und dem alten Erbfeind Österreich; auch in der bewaffneten Auseinandersetzung schonten sie - dies gehörte eben, so Reuß, "in den abscheuligen Plan dieser aller Menschen Glückseligkeit stöhren wollenden Höllenbruth", zwischen den Verbündeten Zwietracht zu säen - bewußt die Preußen, während Österreicher und Hessen - geschweige denn die Emigranten, deren Verbände Mitte Oktober 1792 in katastrophalem Zustand in Luxemburg einlangten und sich bis November 1792 schließlich zerstreuten - auf derlei Rücksichtnahme nicht zählen durften. Schreckliche Verdachtsmomente lagen in der Luft: Wollte sich der preußische Verbündete vielleicht doch alleine und ohne Rücksicht auf Österreich aus der Schlinge ziehen? Fürst Reuß, den mancher im österreichischen Lager verdächtigte, die österreichischen Interessen nicht hinreichend nachdrücklich zu vertreten, glaubte zwar versichern zu können, daß man dem Herzog von Braunschweig Unrecht tat, wenn man ihn "irgendeiner wirklichen Treulosigkeit gegen das Allianzsystem mit Oestreich beschuldigte", und auch der preußische König schien durchaus unschuldig; "sich zu denen für die preußischen Waffen auf immer schimpflichen Unterhandlungen mit den französischen Generals herabzulassen, um die Truppen, die Artillerie, die Bagage, einen Theil der Magazine und die zurückgelaßnen Kranken zu retten", war aber doch ein gewaltiger Fleck auf der ansonsten weißen Weste des preußischen Verbündeten. Auch der österreichische Oberbefehlshaber, Fürst Hohenlohe, war freilich gegen Ende Oktober 1792, also nach der Verdrängung der Alliierten von französischem Territorium angesichts des katastrophalen Zustands der preußisch-österreichischen Truppen ein unbedingter Anhänger des Verhandlungsweges, von Waffenstillstands- und schließlich Friedensgesprächen, um dem französischen Abenteuer möglichst rasch zu entkommen. Ein Weg, der allerdings nur mehr dann gangbar schien, wenn man die an Frankreich zu stellenden Forderungen auf ein fast schon peinliches Mindestmaß - nämlich die Verhinderung einer weiteren Ausbreitung des "französischen Unfugs", also auf den reinen Selbstschutz - reduzierte und den status quo de facto anerkannte²⁵³).

Terrainverlust im Reich

Selbst mit der gefährlichen Perspektive eines im letzten nicht ganz auszuschließenden preußischen Abbruchs waren die nach Wien dringenden Hiobsbotschaften nicht erschöpft: Wir blenden chronologisch zurück. Schon seit Ende September 1792 holten die Franzosen nach der erfolgreichen Abwehr des alliierten Vorstoßes in der Champagne zum militärischen Gegenschlag aus. Am 29. September 1792 überfiel die französische Garnison von Saarlouis nach einigen vorangegangenen Vorstößen die Stadt Merzig im Kurfürstentum Trier und vertrieb nach heftigem Gefecht das trierische Bataillon; auch das betont neutrale Zweibrücken erhielt ungebetenen militärischen Besuch aus Frankreich. Am 30. September 1792 ereilte die altherwürdige Reichsstadt Speyer das - von vielen durchaus freudig aufgenommene - Schicksal der französischen Besetzung. Nachdem FZM Hohenlohe auf Befehl des Herzogs von Braunschweig das zur Kontrolle des Elsaß bei Speyer positionierte österreichische Korps unter FML Erbach (8.000 Mann) an sich gezogen (und der Landgraf von Hessen-Darmstadt die Sicherung nicht übernommen) hatte, sah Generalleutnant Custine, seit Mitte September 1792 Kommandeur einer weitgehend selbständigen Heeresgruppe, seine Chance für einen Vorstoß ins Reich gekommen. In Landau - einer mitten in pfälzischem Gebiet gelegenen französischen Festungsklave - sammelte er etwa 15-18.000 Mann, mit denen er das fast wehrlose Speyer überrannte und das große alliierte Magazin eroberte. Von hier aus stieß Custine weiter gegen Worms, das am 4. Oktober kurzfristig besetzt wurde, und schließlich Richtung Mainz vor, wo sich Angst und Schrecken verbreiteten und man nach kurzfristigen Verteidigungsanstalten das Hasenpanier ergriff; der aus Aschaffenburg herbeigeeilte Kurfürst setzte sich auf Umwegen nach Würzburg ab.

²⁵³ Spielmann an Ph. Cobenzl (Köln, 6. 11. 1792; StK FriedA Konv. 75 Mission Spielmann/B; Druck: Vivenot 2, S. 338-348). Reuß an Ph. Cobenzl (Luxemburg, 28. 10. 1792; StK DK Preußen 70 o. K.). Promemoria des Fürsten Hohenlohe (Weiler, 21. 10. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 282f). - Die Verhandlungen zwischen Dumouriez und Braunschweig und beider Zugehörigkeit zur Freimaurerei haben zu üblen Verdächtigungen Anlaß gegeben, etwa daß einige französische Kronjuwelen dem schwer verschuldeten Herzog den Rückzug aus Frankreich "erleichtert" hätten. Dies wird u.a. auch von Aimée de Coigny kolportiert: André-Marc Grange (Hrsg.), *Journal d'Aimée de Coigny. La jeune captive* (Paris 1981) 87f.

Selbst der k.k. Gesandte in Mainz, Graf Schlick, flüchtete schließlich mit seinem Personal nach Würzburg, wo sich bald auch der Fürstbischof von Speyer einfand²⁵⁴).

Der schmerzhaft leichte Vorstoß französischer Truppen in das Innere des Reichs bestärkte die Staatskanzlei von Anfang an in ihren altbekannten Mahnungen zur schleunigen Reichshilfe. Deutlich hatte sich gezeigt, daß "gegen einen Feind, der im Taumel einer eingebildeten Freyheit und in einem Zustand, wo er nicht viel mehr zu verlieren hat, alles auf die Spitze setzt", auch auf der Gegenseite die Mobilisierung aller Abwehrkräfte unbedingt erforderlich war. Die Schwärmerei der Franzosen jedenfalls konnte lediglich an physischer Macht ihre Grenzen finden, nur eine zahlreiche Reichsarmee verhindern, daß der Rhein zu einem französischen Binnengewässer wurde. Rasch war man in Wien mit Erklärungsmustern für den französischen "Drang nach Osten" bei der Hand.

"Manigfältige innere Noth kann diese Horden leicht über die Gränzen treiben, und die Häupter der Revolution selbst, wenn sie auf Herstellung der inneren Ruhe und auf ihre dermalige Existenz bedacht sind, dürften für wesentlich nöthig finden, einer so zahlreichen Menge Menschen, die durch die Revolution oder brodloß geworden oder aus Schwärmerey sich von der stillen Handarbeit abgewöhnt und die die Werkstätten verlassen hat, in den Waffen eine Beschäftigung - und zwar so lang möglich über den Grenzen - zu verschaffen."

Nach einem kurzen Rückzug auf Landau war das Korps unter Custine Mitte Oktober 1792 ein zweites Mal über Worms nach Norden vorgestoßen und zwang am 21. Oktober 1792 endlich auch Mainz zur Kapitulation; kleinere Detachements erreichten um dieselbe Zeit Frankfurt und drangen in die hessische Wetterau vor. Mittlerweile hatte sich auch in Koblenz Panik breitgemacht - viel zu spät gab man, wie man selbst erkannte, die gefährliche Gastfreundschaft gegenüber den Emigranten zugunsten einer rigorosen Austreibung der französischen Flüchtlinge aus den kurfürstlichen Landen auf (Mitte Oktober 1792); am 21. Oktober 1792 verließen der Kurfürst und sein Ministerium die Stadt, auch in Köln wurden sicherheitshalber die Koffer gepackt, doch beschränkte sich Custine schließlich auf die Besetzung des Hunsrück gegen Bingen und Kreuznach. Die Vorhut der aus Frankreich - wenn auch stark angeschlagen - zurückkehrenden Preußen erreichte Koblenz Ende Oktober 1792²⁵⁵).

Immerhin aber war die französische Besetzung wichtiger Punkte am Rhein Grund genug, die für Ende Oktober 1792 angesetzten Reichstagsberatungen über das kaiserliche Hofdekret vom September weiter zu verschieben und im November 1792 vorerst nur die - eigentlich der Kriegserklärung untergeordnete - Mobilisierung der Reichsarmee ("zur schleunigen Befreiung und Rettung der auf so manche Art bedrängten Reichskreise und Stände sowie zur Defension der noch ferners bedrohten Reichslande und überhaupt zur völligen Sicherheit des gesamten Reichs und seiner Grenzen") zu beschließen, ehe man es am 22. März 1793 nach Aufhellung der militärischen Lage wagte, Frankreich wegen der "fortdauernden friedbrüchigen französischen Handlungen" den Reichskrieg zu erklären bzw. - korrekt gesagt - festzustellen, daß "zur Behauptung seiner [des Reiches] Ehre, zum Schutze und zur künftigen Sicherung seiner Rechte und Gränzen und zur Erlangung der gebührenden vollständigen Genugthuung die Waffen zu ergreifen" seien und "dieser von Frankreich gegen das deutsche Reich wirklich bereits angefangene, den vordern Reichskreisen durch die That selbst erklärte und durch alles dieses nach der verbandmäßigen Verfassung und allgemeinen Garantie des Reiches allen dessen Gliedern abgenöthigte Krieg für einen allgemeinen Reichskrieg zu achten" wäre; der Westfälische Friede und alle nachfolgenden Abkommen mit Frankreich wurden gekündigt. Eine förmliche Reichskriegserklärung unterblieb dagegen, und auch subtile Formen der "verdeckten Neutralität", wie sie v.a. Pfalzbayern kultivierte, konnten gegen den Wider-

²⁵⁴) FML Esterházy an Gf. Colloredo-Waldsee (4. 10. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 246-248). Westphalen an Ph. Cobenzl (Bonn, 4. 10. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 251), Schlick an Ph. Cobenzl (Würzburg, 7. 10. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 251f). Ph. Cobenzl an Reuß (11. 10. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 266f). Ldgf von Hessen-Darmstadt an Schlick (25. 9. 1792), Duminiue an Westphalen (25. 9. 1792); Hansen 2, S. 361-363. Zum Vorstoß Custines in das Reich vgl. u.a. Sorel 3, S. 97-114, Arthur Chuquet, *Les guerres de la Révolution: L'expédition de Custine* (Paris 1892), *Krieg gegen die Französische Revolution* 2, S. 201-221. Für den weiteren Überblick T.C.W. Blanning, *The French Revolution in Germany. Occupation and Resistance in the Rhineland 1792-1802* (Oxford 1983).

²⁵⁵) Ph. Cobenzl an Seifern (23. 10. 1792; Staatskanzlei DK Regensburg Kurböhm. Gesandtschaft Weisungen 6). - Lediglich das neutrale Saarbrücken wurde von den Franzosen Ende Oktober 1792 wirklich militärisch okkupiert. Vgl. auch Heiner Timmermann, *Die Saarregion und die Französische Revolution*. In: Timmermann, *Die Französische Revolution*, S. 555-575.

stand der meisten Stände nicht befriedigend (etwa mit Reichsexekution) geächtet werden; diese vielschichtige Kompromißhaftigkeit änderte freilich nichts an dem bedenklichen Faktum, daß aus einer ungern gesehenen Verwicklung des Reichs in den befürchteten Eroberungskrieg der beiden deutschen Großmächte ein Verzweiflungskampf um die Existenz der vorderen Reichskreise und gegen das Eindringen der Revolution nach Deutschland zu werden drohte²⁵⁶).

Im Inneren des Reiches verhärtete sich dementsprechend die Stimmung im Zeichen einer konterrevolutionären Wende. Das kaiserliche Ratifikationsdekret zum Reichsgutachten vom November 1792 stellte mit dem gleichzeitigen Erlaß der eigentlich erst *nach* Reichskriegserklärungen üblichen Avokatorien und Inhibitorien das Reich faktisch unter Kriegsrecht und beschränkte u.a. die Handelsfreiheit mit Frankreich, ohne jedoch wirklich über die strenge Einhaltung der Verbote wachen zu können (19./22. Dezember 1792). Seit Anfang 1793 erwogene radikale Maßnahmen gipfelten im Reichsgutachten vom 18. Februar 1793, das auch die Verfolgung der deutschen "Werkzeuge" der Französischen Revolution, die Ächtung von "Aufwieglern" und Unruhestifern zur Warnung aller Untertanen auf die Tagesordnung setzte, da "nebst den fremden Emissarien es selbst unter den deutschen Eingesessenen Personen ohne deutschen Sinn und Herz gebe, welche sich zu Werkzeugen der Volksverführungen entweder selbst darstellen oder gebrauchen lassen, unter dem gedankenlosen Namen von Gleichheit und Freiheit, von Verbrüderungen mit Frankreich und was dergleichen Blendwerke mehr sind, die Grundsätze und Einrichtungen der Regierungsverfassung umstoßen wollen und durch die dabey bezielende Einführung einer allgemeinen Unordnung den französischen Absichten beförderliche Dienste zu leisten suchen". Mit seinem Wunsch, alle Franzosen, speziell die verbliebenen diplomatischen Vertreter, auszuweisen, den Briefverkehr noch strenger zu überwachen und zu zensurieren und überhaupt die Postverbindungen nach Frankreich zu kappen, konnte sich Wien nur teilweise durchsetzen, ebenso in der Frage des gänzlichen Verbots von Geheimgesellschaften und Studentenverbindungen (März/Juni 1793); aber der "Fortschritt des Rückschritts" war aufs ganze gesehen doch bemerkenswert²⁵⁷).

Die französische Offensive gegen Belgien

Auch in Belgien stand in der kritischen Phase der letzten Monate 1792 eine französische Offensive bevor; Graf Metternich, der die Position der Alliierten nun überaus skeptisch beurteilte, rechnete jedenfalls schon Anfang Oktober 1792 unbedingt damit. Für ihn hatte der gescheiterte Vorstoß der Alliierten bewiesen, daß man die französischen Truppen keineswegs geringschätzen durfte und daß - mehr noch - die Bevölkerung insgesamt und unheilbar von der revolutionären Gangrän befallen war; und überschritt erst einmal die "épidémie française" die französischen Grenzen, dann mußte es um die alteuropäische Ordnung geschehen sein. Metternich sah nur einen gangbaren Weg für die Alliierten, wollten sie den Sturz aller Throne und der legitimen Gewalten verhindern: die Angelegenheit mit dem größten Eifer und konzentriertem Hochdruck auf der Basis eherner Prinzipien zu betreiben. Eine unzweideutige Kritik an dem bisher viel zu lässigen Umgang mit der "französischen Frage".

Auch die Belagerung von Lille, zu der v.a. das preußische Hauptquartier die durch Abgabe des Korps Clerfayt auf beiläufig 30.000 Mann reduzierte österreichische Belgien-Armee unter Albert von Sachsen-Teschchen gedrängt hatte, war Ende September/Anfang Oktober 1792 über eine recht heftige Beschießung der Stadt nicht hinausgekommen, obwohl Dumouriez ja mit dem Großteil der französischen Nordarmee nach Süden abgezogen war. Weder die Zerstörungen der österreichischen Kanonade noch die Versicherung des als Rächer der königlichen Familie und Befreier der gutgesinnten Franzosen auftretenden Albert

²⁵⁶) Conclusa und Reichsgutachten vom 23. 11. 1792 mit vorangegangener Diskussion des kaiserlichen Hofdekrets, Reichsgutachten vom 22. 3. 1793; RK RTA 263 (Reichsfürstenratsprotokoll).

²⁵⁷) Vgl. insgesamt das Kapitel "Reichsgesetzliche Maßnahmen gegen die "Ausbreitung demokratischer Grundsätze" bei Härter, S. 305-377. Conclusum und Reichsgutachten vom 18. 2. 1793 ("Die Maasregeln gegen die jeztmaligen Volksverführer und Ruhestörer und besonders die namentlich auf dieses Verbrechen anzuwendende kaiserliche allerhöchste Avokatorin vom 19. December 1792 betreffend"); RK RTA 263 (Reichsfürstenratsprotokoll).

von Sachsen-Teschen, die Bevölkerung im Falle friedlicher Unterwerfung als Freunde zu betrachten, erzielten den gewünschten Erfolg. Bis zum 8. Oktober 1792 hatten sich die Österreicher aus ihrer Position vor Lille wieder zurückgezogen²⁵⁸).

Der seit langem geplante Gegenstoß der Franzosen unter Dumouriez, der sich nach Abwehr der alliierten Invasion endlich seiner Lieblingsidee, der Eroberung Belgiens, zuwenden konnte, ließ nicht lange auf sich warten: Am 6. November 1792 schlugen die Franzosen die Österreicher bei Jemappes in der Nähe von Mons, besetzten Mitte des Monats Brüssel, Ende November 1792 Antwerpen, Namur und Lüttich, Mitte Dezember 1792 sogar die Reichsstadt Aachen. Nun verließ auch der Kurfürst von Köln seine Residenz in Bonn und setzte sich nach Münster ab. Der Tauschplan als Kernstück der Politik Cobenzls und Spielmanns hatte seine Basis verloren; ganz wie 1790 war nur Luxemburg den Österreichern geblieben, im dritten Anlauf hatte Dumouriez seine Lieblingsidee, die Eroberung Belgiens, realisiert. Allerdings nur an der Oberfläche; die traditionalistische Partei der alten anti-österreichischen Opposition gewann in den "befreiten" Provinzen sofort wieder die Oberhand, und auf französischer Seite zeigte sich - gegen den Widerstand Dumouriez' - nur zu bald die bedenkliche Tendenz, Belgien mit Haut und Haaren zu integrieren²⁵⁹).

Italien

Mittlerweile hatten die Franzosen längst auch in den Alpen eine neue Front eröffnet. Kaum hatte Sardinien-Piemont nach lebhaftem Drängen auf kaiserliche Unterstützung durch seinen förmlichen Beitritt zum österreichisch-preußischen Konzert endlich den Abschluß des Truppenhilfeabkommens mit Wien durchgesetzt (Marquis de Brême belästigte die Österreicher damit sogar während der Frankfurter Krönungsreise im Juli 1792) und der Kaiser in der Lombardei sein kleines Hilfskorps mobilisiert, da kam aus Nizza und Savoyen die Schreckensnachricht vom französischen Einfall. Geschätzte 25.000 Mann der französischen Armée du Midi unter Generalleutnant Anne-Pierre Marquis de Montesquiou-Fezensac (1739-1798) hatten in der 3. Septemberwoche die sardinische Verteidigungslinie in Savoyen durchbrochen und waren rasch bis nach Chambéry vorgedrungen, wo man sie enthusiastisch empfing. Genf fühlte sich gleichfalls bedroht und flüchtete Ende September unter den Schutz der Schweizer Neutralität, und im Hochstift Basel wuchs die französische Besatzungsmacht nach Ausweitung der Okkupation derart merkbar an, daß ein von hier ausgehender Schlag gegen die österreichische Defensivposition in Süddeutschland nicht ausgeschlossen werden konnte. Weitere 8-10.000 Mann k.k. Truppen sollten nun wenigstens nach Italien entsandt werden und den festen Willen Wiens zur Sicherung der Westflanke der österreichischen Position in Norditalien unterstreichen, während die Franzosen Ende September 1792 auch Nizza okkupierten²⁶⁰).

Gerade gegenüber den Ansprechpartnern auf dem Apennin betonte die Staatskanzlei seit Herbst 1792 zunehmend die ideologische Komponente des Kampfes zwischen der europäischen Fürstengesellschaft einerseits und dem revolutionären Frankreich andererseits. Vor allem in der Korrespondenz mit dem k.k.

²⁵⁸ Metternich an Reuß (5. 10. 1792; Belgien DD A Berichte 329). Reuß an Albert von Sachsen-Teschen (Ferne, 2. 10. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 241f). Proklamation Herzog Alberts an die Stadt Lille (vor Lille, 24. 9. 1792; Druck: Belgien DD A Berichte 329. - Krieg gegen die Französische Revolution 2, S. 76-87, Pierre Rocolle, Un siège qui n'en fut pas un; Lille, octobre 1792. In: Revue historique des armées 1989/2, S. 40-49, ders., Le siège de Lille. In: Revue du Nord 75 (1993) 59-80.

²⁵⁹ Arthur Chuquet, Les guerres de la Révolution: Jemappes et la conquête de la Belgique 1792-1793 (Paris 1890), Zeissberg 2, S. 166-261 (inclus. der franz. Bemühungen um die Annexion Belgiens), Krieg gegen die Französische Revolution 2, S. 225-293, Polasky, S. 214-262.

²⁶⁰ Vortrag Cobenzl (31. 8. 1792; StK Vorträge 151 Konv. 1792 VIII) mit Note des Marquis de Brême (26. 8. 1792) u. "Appuntamenti" (o. D.). Ph. Cobenzl an Spielmann (14. 10. 1792; StK FriedA 75 Konv. Mission Spielmann/A), an Gherardini (15. 10. 1792; SA Sardinien Weisungen 33 Konv. Weisungen 1792), an Spielmann (30. 10. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 319-321). KA NL Zinzendorf TB 37 (30. 10. 1792). "Extrait d'une lettre d'un conseiller d'état de la république de Genève" (Genf, 24. 9. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 223f), Greifenegg an Ph. Cobenzl (Basel, 3. 10. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 250f). Generalleutnant Montesquiou hatte den Befehl aus Paris, Genf, die ungeliebte Vaterstadt so mancher bedeutender "französischer" Revolutionäre, zu nehmen, mißachtet und sich auf dem Verhandlungswege mit den Schweizern geeinigt. Sorel 3, S. 114-127, Wartburg, S. 142-149, Feldmann, S. 89-107; Gustave Gautherot, Un casus belli franco-helvétique en 1792 et 1793. La neutralité de la principauté de Bâle. In: RQH N.S. 33 (1905) 84-102. - Die österr.-sard. Truppenkonvention vom 22. 9. 1792 (vgl. Bittner 2, S. 48) übrigens im O im Österreichischen Staatsarchiv/Abt. Kriegsarchiv Hofkriegskanzleiarchiv XIII Nr. 199.

Gesandten beim III. Stuhl in Rom, Kardinal Hrzan, nahm das sozialrevolutionäre Gefahrenpotential, das im Gefolge der militärischen Invasion nach Italien eingeschleppt zu werden drohte, einen beachtlichen Stellenwert ein, womit man sich der verbal zusehends aggressiver werdenden Linie des Papstes anpaßte. Immerhin: den III. Stuhl seiner "Präeminenzien" zu berauben, sei ein altbekannter Wunsch der französischen Philosophen. "Es ist zu besorgen", dozierte Staatsvizekanzler Cobenzl weiter, "daß, wenn diesen kühnen Unternehmungen nicht in Zeiten und nachdrucksamst begegnet würde, die Völker - entweder durch den verführerischen Namen eingebildeter Freyheit geblendet oder geschreckt durch die Furcht vor Plünderungen und andern Unthaten des fanatischen Heers der Franzosen - auf ihre Seite treten dürften." In Savoyen hatten französische Emissäre der bewaffneten Invasion mit Erfolg vorgearbeitet, "und Eurer Eminenz wird bekannt seyn, daß in Italien überhaupt viele unrichtige Begriffe über Verfassung und Freyheit von angeblichen Philosophen ausgebreitet worden sind." Eine gemeinsame Bedrohung der überkommenen Ordnung erforderte eben auch adäquate gemeinsame Kraftanstrengungen der wohlgesinnten Höfe; eine neue Ära zwischenstaatlicher Konflikte schien angebrochen, in der auch den Verantwortlichen in Wien die Sorglosigkeit im Angesicht der potentiellen Ansteckungsgefahr abhanden gekommen war:

"Der gegenwärtige Krieg ist anderen Kriegen, welche die Mächte sonst unter sich geführt haben, darinnen sehr ungleich, daß hier nicht sowohl oder doch nicht blos mit Waffen, sondern vornehmlich mit Persuasionen gestritten wird, und weniger zwischen Soldaten als zwischen einer sich alles erlaubenden Menschenklasse, die mit Freiheit prahlt, und Regenten zum Theil verführter oder leicht anzusteckender Nationen", belehrte die Staatskanzlei Anfang Oktober 1792 den k.k. Botschafter in Neapel, Graf Franz Esterházy, der für eine verstärkte Mitwirkung des Königreichs beider Sizilien an der Deckung bzw. Befreiung der sardinischen Staaten werben sollte.

Für ganz Italien - auch für die entfernten Lande des neapolitanischen Königs - mußte es unabschbare Folgen haben, wenn sich Leute der Schlüssel zu Oberitalien bemächtigten, "die sich ihrer bedienen, um dem Geiste des Aufruhrs Thür und Thore zu öffnen. Die französischen Demagogen, welche keine grosse Armee brauchen, weil sie in jedem Lande eine Armee von Mißvergnügten oder Schwärmern zu errichten wissen, würden in kurzem, selbst wo ihre Waffen nicht hinreichen, überall ihren Geist verbreiten." Entsprechend unfreundlich verhielt sich Ferdinand IV. auch gegen den französischen Gesandten in Neapel, Armand-Louis Baron de Mackau (1759-1827), der schon kurz nach seiner Ankunft im August 1792 nicht mehr bei Hof erscheinen durfte, ehe der drohende Bruch mit Frankreich und vollends das Eindringen einer französischen Flotteneinheit in den Hafen von Neapel (Dezember 1792) eine geschmeidigere Haltung erzwangen. Erst im September 1793 fühlte sich Neapel sicher genug, um - gestärkt durch ein Bündnis mit England (Juli 1793) - mit Frankreich auch offiziell zu brechen²⁶¹).

2.11 Pyrrhussieg des Pragmatismus?

Als Kaunitz sich Ende September 1792 - noch ehe man in Wien vom Debakel der Interventionsarmee Kenntnis erlangt hatte - für Mercys Schmeicheleien vom Anfang des Monats bedankte, schien er auch nach seinem offiziellen Rücktritt durchaus bereit, auf die Bedingung des Botschafters einzugehen, nur unter des Staatskanzlers Oberleitung weiterhin die österreichisch Frankreichpolitik dirigieren zu wollen.

²⁶¹) Ph. Cobenzl an Kardinal Hrzan (13. u. 18. 10. 1792: SA Rom Korrespondenz 213 Konv. Weisungen 1792). Vivenot 2, S. 260. Ph. Cobenzl an Esterházy (9. 10. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 259f). - Mackau, der sich schon als Koordinator der französischen Diplomatie für ganz Italien gefiel, sorgte indes in irrefühler Hochgefühl und mit der entsprechenden Rückenstärkung durch das französische Mittelmeergeschwader von Neapel aus sogar in Rom für einige Aufregung. Schon im November 1792 hatte er seinen Sekretär Nicolas-Jean-Hugou de Bassville (1753-1793) als Beobachter und selbstbewußten Anwalt französischer Interessen in die ewige Stadt gesandt, wo sich dieser durch herrisches Auftreten und provokant republikanische Attitüde verhaßt machte und schließlich von einer aufgebrachten Menge gelyncht wurde (Januar 1793). Grosjean, France, S. 32-45, Louis Madejin, Pie VI et la première coalition. A propos de quelques documents des archives du Saint-Siège. In: RH 81 (1903) 1-32, Chantal de Tourtier-Bonazzi, Un diplomate d'Ancien Régime aux prises avec la Révolution: Armand-Louis de Mackau (1759-1827). In: RHD 83 (1969) 46-69, Acton, Bourbons, S. 249-259.

"Par mes conseils et mes avis je continuerai à tâcher de faire le bien et d'empêcher le mal", schrieb der Fürst selbstbewußt und lud seinen "bon ami", seinen "ami chéri" Mercy ein, weiterhin einen vertraulichen Briefwechsel mit ihm zu unterhalten. Mit der Zeit muß freilich das Verhältnis zwischen dem Botschafter und seinem Mentor Kaunitz dramatisch abgekühlt sein. Kurz vor seinem Tod fand der greise Staatskanzler kaum noch ein gutes Haar an seinem ehemaligen Liebkind. Auch Mercy und dessen "âme damnée", Baron Thugut, traf 1794 jenes negativ-verächtliche Urteil, das Kaunitz über all jene fällt, die ihr Schicksal trotz gegenteiliger Ankündigungen nicht automatisch mit seinem eher kläglichen Karriereende im Sommer 1792 verknüpften, auch unter dem verhaßten Cobenzl-Spielmann-Clan weiter im Amte blieben und schließlich wie Thugut als "Helfershelfer" des Kabinettsministers Colloredo vielleicht sogar den Sprung an die Spitze schafften. Selbst Mercy galt dem Staatskanzler zu diesem Zeitpunkt als eine durchaus mediokre Gestalt, der seine Berufung auf den so wichtigen Botschafterposten in Paris in erster Linie nicht überdurchschnittlichen Fähigkeiten, sondern dem Wohlwollen der Kaiserin Maria Theresia für die Familie Mercy-Argenteau dankte: "Il était impossible de s'opposer à l'Impératrice quand il s'agissait de toucher à ses affections personnelles pour des familles ou pour des individus. C'était un de ses plus grands défauts. Sans ce défaut toujours dangereux et nuisible à l'état dans ceux qui gouvernent, ni les Colloredo ni les Cobenzl ni tant d'autres ne seraient parvenus à occuper les charges qu'ils occupent, car tous ces gens-là n'ont ni talents ni instructions."

Die "tragédie française" schien Kaunitz mit der Katastrophe des Königtums Ende September 1792 im wesentlichen erfüllt. Er fühlte sich in seiner nun schon alten Formel bestätigt, daß sich durch Gewalt nichts Solides aufbauen und vor allem nichts erreichen ließ, was Österreich das rasche Ausscheiden ohne Gesichtverlust - und das war nun das absolute summum bonum - ermöglichte. Die erwartete Abschaffung des Königtums freilich machte jede gutwillige Einigung der Kriegsparteien schwer vorstellbar. Der Kriegspfad, aber auch der Weg der Verhandlung schienen so, beharrte man auf seinen alten Forderungen, hoffnungslos verlegt; was blieb da selbst dem trickreichen Diplomaten Kaunitz anderes als die resignative Feststellung: "nous nous sommes embarqués là dans une bien mauvaise affaire"; zum Schaden der Bevölkerung und der Staatsfinanzen hatte man eine Investition "à pure perte" getätigt und mußte nun sehen, wie man dem Dilemma vielleicht doch noch mit Ach und Krach entkam. Von eigener Schuld an den Weichenstellungen Richtung Krieg wollte der Staatskanzler natürlich nichts wissen. Für ihn stand das erste Zirkular an die europäischen Hauptmächte vom Sommer 1791 am Beginn einer verhängnisvollen Entwicklung; er, Kaunitz, habe jedenfalls an der Erarbeitung dieses Schriftstücks keinen Anteil gehabt.

"C'est ainsi qu'on ne fait jamais de petites fautes dans les grandes affaires politiques, les suites en sont toujours incalculables et souvent funestes, comme ne le prouve que trop malheureusement notre maudite première circulaire"²⁶²).

Bis Oktober 1792 hatte der Staatskanzler schließlich seinen Wunsch nach einem raschen Ende des Krieges in die Form konkreterer Vorschläge umgegossen, die vielleicht seinen Schreibtisch nie verließen, wegen der extremen Begrenzung der Friedensziele aber überaus bemerkenswert sind. Daß eine rasche Beendigung der Kampfhandlungen letztlich im Interesse beider Konfliktparteien lag, stand längst außer Frage: die Alliierten mußten mit weiter explodierenden Kriegskosten rechnen, die Franzosen aber mit einer ernstzunehmenden Erweiterung des Kreises der Kriegsgegner. Erreichten beide Seiten unter dem Druck der wenig erfreulichen Zukunftsaussichten den Großteil ihrer der Entwicklung angepaßten Kriegsziele bequemer auf dem Verhandlungswege, so sparte man sich nach Kaunitz weiteres Blutvergießen und einen zweiten Feldzug im nächsten Jahr. Für die Alliierten und ihr Lager galt es, die Freilassung der königlichen Familie, ihre Verbringung außer Landes und ihre Apanagierung auf französische Kosten durchzusetzen (eine Wiedererrichtung der Monarchie schien gegen den allgemeinen Widerstand unmöglich), den status quo von 1789 in Elsaß-Lothringen herzustellen bzw. adäquate Entschädigung zu garantieren und dem Papst wieder zu seinen südfranzösischen Enklaven zu verhelfen. Auf die ohnedies schwer realisierbare Erstattung der Kriegskosten sollte man, so der Rat des Staatskanzlers, verzichten und beiderseits alle

²⁶²) Kaunitz an Mercy (24. 9. 1792; SA Frkr. Weisungen 182 Konv. Cobenzl-Mercy [!]; Druck: Pimodan, S. 355-357). - "Les entretiens du prince de Kaunitz dans les dernières semaines de sa vie 1794 par l'abbé comte d'Ayala" (Hs. Weiß 808). Die Anti-Kriegs-Propaganda des Staatskanzlers scheint dabei weitere Kreise gezogen zu haben (Heidrich, S. 412f, nach den Berichten des preuß. Residenten Cesar). - Vgl. auch Vivenot 2, S. 473f.

Eroberungen zurückstellen. Frankreich wollte man in dem mit Beseitigung der Monarchie erreichten Zustand belassen und ihm so den ungestörten Genuß von "liberté" und "égalité" ermöglichen, sich aber die Rückberufung der Emigranten durch Generalamnestie und das Versprechen zur Rückgabe des Eigentums ausbedingen. Adel und Klerus sollten wieder je einen Stand bilden dürfen, aber in Hinkunft nur mehr die allgemeinen Bürgerrechte erhalten.

Daß diesen "Friedensrufen" Kaunitz', der sich nun in seinen Mahnungen bevorzugt den schmückenden Ehrentitel "ami de l'humanité" zulegte, keine wie immer geartete Sympathie für die innere Erneuerung Frankreichs zugrunde lag, wird aus seinen gleichzeitigen "Considérations sur le système actuel du gouvernement de la France" deutlich. Gerade von "liberté" konnte nach seinem Geschmack in Frankreich keine Rede sein, ja der Staatskanzler qualifizierte den französischen Bürger sogar als "l'homme social le plus malheureux". Anarchie und Machtmißbrauch bedrohten sein Eigentum, seine Freiheit, sein Leben, der neugewählte Konvent erreichte ein in der französischen Geschichte bisher ungekanntes Maß an machtballetendem Despotismus; und dennoch fand sich niemand, so Kaunitz bedauernd, der es wagte, gegen diese unerträgliche Situation anzukämpfen. Ein Grund mehr für die Alliierten, sich in Frankreich nicht für ein politisches Anliegen zu verbluten, das offensichtlich wenige und jedenfalls keine wirklich aktiven Anhänger hinter sich hatte²⁶³).

Auch Mercy und Lamarck, die beiden Frankreichsachverständigen der österreichischen Politik, waren von ihrem Standquartier in Brüssel aus nicht untätig geblieben und hatten Anfang Oktober 1792 eingehende Überlegungen zur möglichen Entwicklung der französischen Frage eingesandt. Für sie freilich beantwortete sich die Frage "Weiterführung des Krieges oder rasches Ausscheiden" nicht so eindeutig wie für Kaunitz. Im Gegenteil: Überließ man Frankreich sich selbst, so war - eine Ansicht, die vom Brüsseler Standpunkt aus, wo man sich jetzt besonders bedroht glaubte, durchaus verständlich sein mußte - mit einer Ausbreitung der "doctrine française" im Infektionswege zu rechnen, mit schweren und unberechenbaren Erschütterungen, hatte man es doch mit einer grausamen und "verrückten" Nation zu tun, mit der schon aus moralischen Gründen Verhandlungen schwer vorstellbar schienen. Als ebenso "impolitique" empfand Mercy natürlich die Wiederherstellung der alten Zustände in Frankreich; aber langfristig berechnet und in wohlüberlegten Bahnen konnte ein sehr begrenztes Königtum vielleicht sogar in Paris wieder Wurzeln schlagen: eine letztlich schwache, dem Geist der Zeit entsprechend moderierte Königsherrschaft, die das Volk unter Kontrolle hielt, weitere Eruptionen verhinderte und somit als Garantiefaktor für den gesamteuropäischen Frieden arbeitete ("une forme monarchique sous une ombre de royauté la plus limitée à côté d'autres pouvoirs d'une nature à se balancer autant qu'il est nécessaire pour ramener l'ordre et détruire l'anarchie populaire"). Jenseits dieses bescheidenen Zieles lag nur mehr die Welt der Illusion, in der die Emigranten lebten. Eben diese Parasiten, deren Anwesenheit im alliierten Heerlager durch die ungünstige Optik alleine ausreichte, der Frankreichpolitik der Österreicher und Preußen nachhaltig zu schaden, mußte man jetzt endlich so rasch als möglich loswerden. Nach Meinung Mercys sollte man nun das tun, was auch im ersten Plan des Herzogs von Braunschweig vorgesehen war, nämlich die Emigranten bestenfalls fernab und getrennt von den Alliierten operieren lassen (etwa über Basel oder Genf)²⁶⁴).

So ließ sich noch am leichtesten jenes Signal setzen, dessen man auch dringend bedurfte, um die Abkehr von der unfreiwilligen ideologischen Ausrichtung des Krieges augenfällig zu demonstrieren. Aus unserer bisherigen Darstellung ist keineswegs der Eindruck entstanden, als habe Österreich einen Krieg der Kon-

²⁶³) "Réflexions du prince Kaunitz sur l'état actuel de la guerre", "Réflexions du prince Kaunitz sur l'état des choses, relativement à la guerre et à la politique vers la fin d'octobre 1792" (vier Versionen), "Considérations du prince Kaunitz sur le système actuel du gouvernement de la France", allesamt auf den Oktober 1792 datiert, abgedr. bei Vivenot 2, S. 283-288. Die Fragmente erliegen in SA Frkr. Varia 45 Konv. Denkschriften des Fürsten Kaunitz. S. zum Vergleich die nicht expedierte Weisung Ph. Cobenzls an Spielmann (26. 10. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 300-305): "Wiederherstellung der Monarchie und Einsetzung der königlichen Familie in ihre Rechte" war nun deklariert nicht mehr das Ziel der österr. Politik, die sich darauf konzentrieren wollte, "den erlittenen feindlichen Angriff nachdrücklichst zu rächen und Genugthuung zu verschaffen und womöglich den Feind zur Annahme solcher Friedensbedingungen zu nöthigen, wodurch wir wenigstens zum Theil entschädiget und die verletzten Verträge in Ansehung der Reichsfürsten auf eine oder andere Art aufrecht erhalten werden."

²⁶⁴) Diese Idee übernahm Ph. Cobenzl in seiner nicht expedierten Instruktion für Spielmann vom 26. 10. 1792 (vgl. oben) als mögliche Alternative zur Zerstreung und Entwaffnung der Emigrantenverbände, "wodurch immer eine uns nützliche Diversion bewirkt und die Unordnung in Frankreich zu unserem Vortheil in etwas vermehret werden dürfte". Auch die Kaunitzschen Friedensbedingungen (vgl. oben) übernahm Cobenzl. Die vom Staatsvizekanzler skizzierten Richtlinien wurden jedoch von den Konferenzministern verworfen. - Vortrag Cobenzl (1. 11. 1792) u. die Antwort des Kaisers (3. 11. 1792): Vivenot 2, S. 323-325, 326-329.

terrevolution, eine "guerre vraiment sociale" gegen die französischen Gesellschaftsfeinde führen wollen, auch wenn ab und an nach außen ideologische Verbrämungen zur Ausschmückung der - intern - im wesentlichen realpolitischen Argumentation dienten. Um so interessanter mutet die Kritik Botschafter Mercys an, der nun bedauerte, daß sich die Alliierten nicht für einen reinen "Verteidigungskrieg" gegen französische Aggression und Vertragsverletzungen entschieden hätten. Noch Ende Juli 1792 hatte Mercy selbst - allerdings unter anderen Gegebenheiten - einen Manifestentwurf erarbeitet, in dem er eben die Überhöhung der österreichisch-preußischen Sache zur "cause de la société entière" propagiert hatte. Damals galt ihm der bevorstehende Schlagabtausch mit dem revolutionären Frankreich nicht als Streit von Macht zu Macht im herkömmlichen Sinn, sondern als Kampf aller Nationen gegen die Factieux und ihre verderbliche Soziallehre ("qui n'est que l'art funeste de désorganiser les sociétés") ... zum Schutz altherwürdiger Institutionen und damit der überkommenen und bewährten sozialen Ordnung. Nicht einmal drei Monate später kritisierte Mercy nach dem Vorbild Kaunitz' die früher noch als selbstlose Aktion im gesamteuropäischen Interesse bejubelten Konzertbemühungen Leopolds II. und die Deklaration von Pilsnitz als schwere Verirrungen, feierte die Rückkehr zum passiven Observationssystem im November 1791 als einzig vernünftigen Schritt und bedauerte schließlich doppelt, daß Österreich und Preußen zu guter Letzt doch noch in die Fänge der Emigranten geraten waren. Von hier an mußte der Weg in die Katastrophe vorgezeichnet sein. Nach dem Manifest des Herzogs von Braunschweig - "qui ne rallia personne, parce qu'il ne présentait aucun point de ralliement, qui n'effraya personne, parce qu'il annonçait d'inexécutables prétentions et des rigueurs exagérées, qui enfin n'obtint rien, parce qu'il demandoit l'impossible" - betrat man Frankreich auch noch unter den Auspizien der im Lande so verhaßten Brüder des Königs und ihrer Anhänger, nahm im Namen Ludwigs XVI., der so Krieg gegen sich selbst führte, einige französische Festungen in Besitz und provozierte auf diese Weise das Ende eben jenes Regimes, das man hatte stützen wollen.

Eine echte Konterrevolution gelang nach Mercy nur im ersten Ansturm oder gar nicht; die Entwicklung hatte überdeutlich gezeigt, daß auch wohlexerzierte Linientruppen gegen die zu Unrecht verlachten französischen Armeen oder gar gegen 24 Millionen verteidigungsbercichte Bürger in Waffen nichts ausrichten konnten, und auf einen den alliierten Vorstoß entlastenden Bürgerkrieg wagte man im Gegensatz zu früheren Spekulationen nicht mehr zu hoffen; kleinere "Unabhängigkeitsbewegungen" hatten im Laufe der Geschichte auch weit überlegenen Mächten durch starke Motivation erfolgreich standgehalten: die Schweizer, die Holländer und die Amerikaner nannte Mercy bei seinem nicht eben ermutigenden Ausflug in die Geschichte der welthistorischen Freiheitskämpfe.

In der Rückstufung des gegenwärtig zu "politischen" Kriegen um Parteien und Verfassungsvarianten in einen rein militärisch-methodischen, mithin in der Reduzierung der Kriegsziele sahen der Botschafter und Comte de Lamarck die einzige Möglichkeit, doch noch irgendetwas zu erreichen. Hier lag eine ernste Chance, die natürliche Überlegenheit einer gut disziplinierten und organisierten Armee auszuspielen, um wenigstens die Grenzregionen systematisch Platz für Platz zu erobern, so gut gesicherte und politisch "gereinigte" Ausgangspositionen für weiteres Vordringen zu schaffen, Pfandschaften für eine spätere Lösung der Entschädigungsfrage in die Hände zu bekommen bzw. den Kostenaufwand sofort einzubringen und schließlich das Glacis vor den bedrohten belgischen Provinzen zu erweitern. Auch was die angestrebte Sanierung der politischen Situation in Frankreich betraf, war die mögliche Spaltung des Landes in einen von den Alliierten "befreiten" und in einen republikanischen Teil, wie man sie bekanntlich schon des öfteren thematisiert hatte, vielleicht die einzig realistische Lösung. Die Einhegung des französischen Ansteckungsherd, nicht aber die Quadratur des Kreises und die Rettung des Unrettbaren (weniger lyrisch: die Wiederherstellung der bourbonischen Monarchie) sollte als Ziel der alliierten Frankreichpolitik fixiert werden²⁶⁵).

²⁶⁵ Mercy an Ph. Cobenzl u. an Kaunitz (9. 10. 1792; SA Frkr. Berichte 180 Konv. Mercy an Kaunitz 1792 V-XII) mit "Remarques sur la Révolution française et sur la guerre à laquelle elle a donné lieu" (Druck: Pimodan, S. 444-452, abweichend bei Bacourt 2, S. 386-390) u. "Quelques pensées et quelques observations sur l'état de la France et sur la grande entreprise dont elle est l'objet" von Lamarck. - "Projet de manifeste proposé au gouvernement impérial par le comte de Mercy-Argenteau" (29. 7. 1792; Druck: Bacourt 2, S. 377-381). Ph. Cobenzl an Mercy (14., 30. 10. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 268-271, 319).

3. Ausblick und Zusammenfassung

3.1 Die Zweite Polnische Teilung und Kaunitz' Triumph

Als Franz II. Ende Oktober 1792 seinem Verbündeten Friedrich Wilhelm II. zum unglücklichen Ausgang des Feldzuges gegen Frankreich gleichsam kondolierte und dies mit dem unbedingten Wunsch verband, den Krieg im nächsten Jahr mit aller Energie fortsetzen zu lassen, war die Nachricht von der "Umorientierung" der preußischen Politik in Wien noch nicht bekannt.

In Luxemburg, wo ihm Thugut und endlich für kurze Zeit auch Mercy zur Seite standen, hatte Staatsreferendar von Spielmann aus dem preußischen Hauptquartier zu Merle westlich Luxemburg ein auf den 25. Oktober 1792 datiertes Ultimatum übermittelt erhalten, in dem der preußische König Bedingungen für seine weitere Mitwirkung am Krieg gegen Frankreich stellte: Kam es zu keiner größeren europäischen Gemeinschaftsaktion, um die Ausbreitung der französischen Anarchie einzubremsen oder die monarchische Regierungsform wiederherzustellen, hielt es also mit einem Wort der Kaiser dennoch für nötig, auch auf sich alleine gestellt Frankreich energisch die Stirn zu bieten, so versprach Friedrich Wilhelm zwar, Franz II. "in künftiger Campagne mit denen in der diesjährigen Campagne gleichen Kräften allen Beistand zu leisten"; allerdings nur gegen "vollkommenen und schleunigen" Ersatz der aufgelaufenen Kriegskosten und Menschenverluste und entsprechende Entschädigung der noch zu erwartenden Aufwendungen, "auch ehe und bevor Allerhöchstdieselben ferneren Antheil an der Fortsetzung des Krieges nehmen". Das bedeutete - im Klartext - die sofortige Inbesitznahme jenes polnischen Territoriums, das man Berlin im Zuge der Ländertausch- und -schachergespräche seit Sommer 1792 als Arrondissement in Aussicht gestellt hatte, und zwar unter österreichischer und russischer Garantie. Ansonsten mußte sich Österreich mit der durch den Bündnisvertrag stipulierten Truppenhilfe von 20.000 Mann zufrieden geben. Auch in diesem Fall war Preußen zur Annexion eines - allerdings kleineren - polnischen Landsplitters zum Zwecke der Entschädigung entschlossen. Die preußische Frankreichpolitik enthüllte sich definitiv als "Faustpfand bei der Erpressung der anderen europäischen Großmächte" (K. Holzapfel¹⁾).

Ende November 1792 - Spielmann war eben von seiner traurigen Mission zurückgekehrt - beschäftigte sich in Wien die Geheime Konferenz mit den preußischen Forderungen. Preußische Mithilfe war in den Augen der Wiener Politiker auch weiterhin unerlässlich, selbst wenn von einer Wiederherstellung der bourbonischen Monarchie in Frankreich keine Rede mehr sein konnte und die ehebaldigste Zustandebingung eines "schicklichen" Friedens mit den Pariser Revolutionären jetzt als absolutes non plus ultra galt. Kriegsziel war nur, "daß der äußern Verbreitung der französischen Revolutionsepidemie Einhalt geschehe". Natürlich: Sogar für derlei bescheidene Zielsetzungen fühlte sich die Habsburgermonarchie zu schwach, denn, um das nun recht selbstbewußte Frankreich an den Verhandlungstisch zu zwingen, bedurfte es eindrucksvoller Kriegsrüstungen und Machtdemonstrationen, für die man auf den preußischen

¹⁾ Franz II. an Friedrich Wilhelm II. (29. 10. 1792; StK DK Preußen HK 1 Konv. Ksr. an Kg. v. Preußen; Druck: Vivenot 2, S. 317). Note von Merle (25. 10. 1792), gedr. bei Vivenot 2, S. 292f. Das O erliegt in StK FriedA 75 Konv. 1792 Mission des Staatsreferendars von Spielmann/A. Der Inhalt der Note war Spielmann, Mercy und Thugut bereits am 24. vom König selbst in Merle mitgeteilt worden. Spielmann schilderte die Vorgänge in seinem Bericht aus Köln (6. 11. 1792; siehe oben) ausführlich. Zu den weiteren Verhandlungen zwischen Spielmann und Haugwitz vgl. die bei Vivenot Bd. 2 abgedr. relevanten Stücke, zusammengefaßt bei Langwerth von Simmern I, S. 276-284. Lord, S. 348-361. Mercy hielt sich vom 19. bis 29. Oktober 1792 in Luxemburg auf. - Spielmann verzichtete zwar letztendlich auf die Bedingung, daß die Annexion polnischer Gebiete durch Preußen paripassu mit dem Austausch erfolgte, unterstrich aber um so heftiger die unbedingte Notwendigkeit einer "Zuwaage" für Österreich, die man sich in Elsaß-Lothringen (nach den Forderungen Spielmanns an die Adresse Haugwitz' sogar bis zur Mosell; vgl. das bei Vivenot 2, S. 348-351, abgedr. "Protokoll") oder notfalls - für die Preußen besonders unangenehm - doch noch in Polen suchen wollte. Zur Sicherstellung des Tausches samt supplément verlangte der Staatsreferendar ohnedies - gegen den Beschluß der Konferenz vom 7. September 1792 - die pfandweise Besetzung polnischer Gebiete durch k.k. Truppen. - Sybel, Geschichte (4. Aufl./neue Ausg.) 1, S. 587-603 (mit ausführlicher Vorgeschichte), Herrmann, Geschichte Erg. Bd., S. 302-316. Heidrich, S. 390-411, Moritz, S. 32-35, Holzapfel, S. 796, 800. Zeitgleich mit der Übergabe der Note von Merle zeigten die Preußen den Franzosen und mehr noch dem verunsicherten Alliierten bei den von Lucchesini mit franz. Generälen geführten Verhandlungen in Aubange, daß man durchaus weiterhin zum Bündnis mit Österreich stand (vgl. u.a. Höhm, S. 78, Heidrich, S. 354ff). Die franz. Anbiederungen hörten indes nicht auf (vgl. auch Sorel 3, S. 180-183, Heidrich, S. 372-385).

Partner angewiesen blieb. Daß dieser jetzt seine künftige Teilnahme am Krieg gegen Frankreich von der Erfüllung seiner territorialen Ambitionen in Polen abhängig machte, fand man in der Konferenz nicht außergewöhnlich, und die Grundlage des Entschädigungsgeschäfts - preußischer Zugewinn in Polen gegen Realisierung des "bayerischen Tauschplans" - stand ohnedies seit langem fest.

Eigentlich war nur der Zeitplan durch den unglücklichen Ausgang des Feldzugs - wofür Feldmarschall Lacy den Preußen alle Schuld zuwies - durcheinandergeraten. Während Preußen und Rußland in Polen nicht ewig hingehalten werden konnten, war im Westen nach dem erfolgreichen Vorstoß der Franzosen gegen die belgischen Provinzen der Zeitpunkt für eine Einigung mit dem Kurfürsten von Bayern und seinem Haus denkbar ungünstig. Wien mußte daher endlich festlegen, wie es für den jetzt wahrscheinlich gewordenen Fall, daß der Tausch der Österreichischen Niederlande gegen Bayern "und alle übrigen Besitzungen, welche dem Kurhaus Pfalz bei Erlöschung der kurbayerischen männlichen Branche erblich zugefallen sind", nicht zustandekam, eine alternative Entschädigung sicherstellen konnte, um nicht als einziger leer auszugehen. Den gangbarsten Ausweg bot eine vorläufige Mitwirkung Österreichs an der bevorstehenden Zweiten Polnischen Teilung; k.k. Truppen okkupierten interimistisch ein den russischen und preußischen Besatzungszonen entsprechendes Gebiet, bis man es nach Realisierung des Tauschplanes vollständig oder - ließ sich kein anderes Surrogat als "Zuwaage" finden - nur zum Teil an Polen zurückgab. Erhielt der Kaiser allerdings zufriedenstellende Garantie- und Unterstützungserklärungen der Höfe von Berlin, Petersburg und London, "wodurch der Austausch mit irgendeinem annehmlichen Superplus sichergestellt und dessen reelle Effectuirung garantirt werden könnte", war man bereit, auf die Mitbesetzung polnischen Territoriums zu verzichten.

Nach langem Schmolzen angesichts der Kühle der britischen Politik schien der k.k. Diplomatie eine neue Offensive in London angezeigt. Eine Anfrage der Briten hinsichtlich der wahren Ziele der österreichischen Frankreichpolitik bot willkommene Gelegenheit, einmal mehr die gemäßigte, keineswegs auf Konterrevolution abzielende Linie Österreichs im Kampf gegen die Französische Revolution zu unterstreichen und für die Zukunft klarzustellen, daß eine Wiederherstellung der monarchischen Regierungsform in Frankreich bestenfalls mit britischer Mithilfe möglich, die Verhinderung einer weiteren Ausbreitung der Revolutionsseuche aber wahrscheinlich ohnehin das Äußerste war, was sich noch erreichen ließ. Dabei konnte dann endlich auch gegenüber den Engländern der Tauschplan zur Sprache gebracht und um die Zustimmung Pitts geworben werden²).

Der zur schmachvollen Defensive geschrumpfte Kampf gegen das revolutionäre Frankreich, der eine verzweifelte Suche nach Bündnispartnern nötig zu machen schien, der zunehmend unrealistische Wunsch nach einer Umsetzung des "bayerischen Tauschplanes" und - damit verbunden - der Zwang, sich ohne tieferes Engagement in die "polnische Frage" einzuschalten, um von Berlin und Rußland nicht gänzlich an den Rand gedrängt zu werden, ein derart umfassender Mehrfrontenkrieg überforderte die habsburgische Außenpolitik fast zwangsläufig. Dabei entbehrte die Argumentationslinie des Tandems Cobenzl-Spielmann nicht einer gewissen inneren Logik, wenn es galt, die verschiedenen Problemlinien zu bündeln.

"Die baldigste Herstellung des Friedens" mahnte alleine schon die für Wien zu beschwerlich gewordene Last des Krieges ein. Die Staatskanzlei erklärte sich als Signal an England Ende Dezember 1792 bereit, Frankreich sich selbst zu überlassen, wenn nur die Frage des prekären Außenpostens, der die Österreichischen Niederlande nun einmal waren, befriedigend und dauerhaft geklärt wurde, und dies bedeutete nicht etwa die Reintegration der Provinzen nach der Rückeroberung im nächstjährigen Feldzug, sondern den raschen Abtausch des lästigen Vorpostens gegen Bayern. Letzte Zweifel an der wahren britischen Haltung waren immer noch nicht restlos zerstreut, als die Staatskanzlei endlich auch dem offensichtlich in einem Umdenkprozeß begriffenen Londoner Kabinett den Tauschplan schmackhaft zu machen trachtete; denn die Zeit drängte. Während Preußen durch seine polnischen Ambitionen für eine nachdrückliche Unterstützung des Tauschgeschäfts hinreichend motiviert schien, und wäre es nur, um ein Mitnaschen der Österreicher in Polen zu verhindern, argumentierte Wien den Briten gegenüber in übergeordneten Kategorien. Eben die Unmöglichkeit, die belgischen Provinzen gegen Frankreich zu verteidigen, seitdem Preußen zu einer europäischen Hauptmacht und zum Erzfeind des Hauses Österreich aufgestiegen war, hatte - hieß es nun in einer Weisung an Graf Stadion in London - das "old system" zwischen Österreich

²) Das Konferenzprotokoll vom 29./30. 11. 1792 ist gedr. bei Vivenot 2, S. 377-382. Antwort der Staatskanzlei auf die Merler Note (Dezember 1792; Druck: Vivenot 2, S. 293-295).

und England zerstört und Wien zu einer zwar unnatürlichen, aber lebensnotwendigen Allianz mit dem französischen Erbfeind gezwungen. Den Engländern wollte man also einreden, daß der Kaiser auch ohne jene Erpreßbarkeit, durch die die geopolitische Achillesferse Belgien der habsburgischen Außenpolitik seit beinahe 80 Jahren ein unterträgliches Korsett anlegte, ein verlässlicher (wenngleich im Vergleich zu früher weniger abhängiger) Partner gegen Frankreich blieb. Mitte Januar 1793 legte die Geheime Konferenz in Wien gegen den Widerstand Staatsvizekanzler Cobenzls fest, daß die Hauptmacht der Kaiserlichen im kommenden Feldzug in den Niederlanden zu operieren hatte. Ging es - äußerlich - um Rückgewinnung und Sicherung Belgiens, von wo aus die Franzosen leicht auch die Vereinigten Provinzen bedrohen konnten, so war die Wahrscheinlichkeit, daß sich London und Den Haag endlich doch zum Kriegseintritt entschlossen, sicher am größten. Außerdem durfte man die Franzosen in den Österreichischen Niederlanden nicht allzulange ungestört schalten und walten, ihre schädlichen "Freiheitsgrundsätze" sich verbreiten und Wurzeln schlagen lassen; dies würde nicht nur die Rückeroberung deutlich erschweren, sondern mehr noch die Provinzen wirtschaftlich auszehnen und ihren Tauschwert mindern.

Auch in Rußland machte die Staatskanzlei seit Dezember 1792 verstärkt Dampf. Ludwig Cobenzl erhielt Auftrag, in Petersburg den preußischen Wunsch nach einer Beschleunigung des Friedrich Wilhelm II. so sehr am Herzen liegenden Entschädigungsgeschäftes in Polen zu unterstützen. Da man in Wien eine neuerliche polnische Teilung für sehr wahrscheinlich hielt, schien weder eine rasche russisch-preußische Einigung im Osten noch eine herzhaftere Unterstützung des Tauschplanes durch Katharina II. zweifelhaft und eine rasche Deponierung der vor den Preußen geheimzuhaltenden österreichischen Desiderien in Petersburg um so mehr angezeigt: Verzögerung des Okkupationsgeschäftes in Polen bzw. vorläufige Beteiligung Österreichs, da sich der Tauschplan nach dem Verlust Belgiens momentan nicht realisieren ließ, und jedenfalls Verminderung des preußischen Anteils angesichts der Weigerung Berlins, dem Kaiser Ansbach-Bayreuth zu überlassen³⁾.

Ein derart mäandrischer Einsatz für die preußischen Ambitionen in Polen war freilich überflüssig. Katharina II., längere Zeit dem Drängen Berlins ausweichend, und Friedrich Wilhelm II. hatten sich eben im Dezember 1792 in Geheimverhandlungen geeinigt, das polnische Staatsgebiet ein weiteres Mal gehörig zu verkleinern, und unterzeichneten am 12./23. Januar 1793 eine entsprechende Geheimkonvention. Die militärischen Vorbereitungen waren schon im Sommer 1792 angelaufen; am 24. Januar 1793 überschritten preußischen Truppen die Grenzen nach Polen. Friedrich Wilhelm II. erhielt jetzt endlich Danzig und Thorn sowie einen recht ansehnlichen Aufschlag von fast 60.000 km², der die Verbindung zwischen Ostpreußen und Oberschlesien herstellte; der Zuwachs an Untertanen bewegte sich bei mehr als einer Million. Den Russen fielen annähernd 250.000 km² - auf kurzer Strecke nun direkt an Österreich anstoßend - mit drei Millionen Menschen zu; dies übertraf selbst das, was Restpolen verblieb: kaum 220.000 km² mit etwa 4 Millionen Einwohnern.

Natürlich versäumten Preußen und Rußland dabei nichts, um ihren Landhunger tunlichst zu bemsätteln und die Zweite Polnische Teilung als billige Entschädigung für geleistete wie zukünftige Dienste im Kampf gegen die revolutionäre Bedrohung in Ost und West darzustellen. Denn da man die Adelsrepublik schwer für die "Vergehen" der Pariser Revolutionäre büßen lassen konnte, mußte das russische Einschreiten in Polen - dem preußisch-österreichischen Kampf gegen den französischen Revolutionsgeist vergleichbar - eine höhere "ideologische" Rechtfertigung erhalten: die Zarin wollte mit ihrer Invasion in Polen vom Mai 1792 verhindern, daß sich die gefährliche französische Seuche auch an der Weichsel ausbreitete (wofür angeblich Anzeichen wie z. B. die Gründung von Jakobinerklubs vorhanden waren) und die Nachbarländer Preußen und Rußland durch die Ansteckungsgefahr und eine "subversion totale" Polens unmittelbar bedroht wurden. So erhielt selbst die neuerliche Spolierung Polens durch die beiden Partagemächte den Charakter einer reinen Selbstschutzmaßnahme: mit der territorialen Amputation der Republik Polen erreichte man zugleich eine Einhegung des latenten Krisenherdes, reduzierte das leicht außer Kontrolle geratende Land von seiner riesenhaften Ausdehnung auf einen Umfang, der einer "puissance intermédiaire" viel eher entsprach, und sicherte zudem das eigene Kerngebiet durch Einverleibung

³⁾ Ph. Cobenzl an Stadion bzw. an Haugwitz (22. 12. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 406-425), an L. Cobenzl (23. 12. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 425-435). Vortrag Cobenzl (25. 12. 1792, 11. 1. 1793; Druck: Vivenot 2, S. 435-437, 462-464), Protokoll der Konferenz vom 15. 1. 1793 (Druck: Vivenot 2, S. 464-466). Die Priorität der Rückeroberung der Österreichischen Niederlande im strategischen Gesamtkonzept für 1793 war schon in einer Militärkonferenz in Frankfurt (30. 12. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 448-451) festgelegt worden.

der Grenzregionen, also durch Gewinnung von Pufferzonen, ab. Im Gegenzug sagte der König von Preußen für das Kriegstheater im Westen verbindlich zu, im Kampf gegen Frankreich weiter an der Seite des Kaisers auszuharren und keinen Separatfrieden zu schließen, bis man das Kriegsziel ("annoncé par leurs déclarations uniformes") erreicht hatte. Katharina II. wieder versprach, Land- und Seestreitkräfte weiterhin mobilisiert zu unterhalten, um nicht nur ihre eigenen Staaten zu schützen, sondern generell Rebellionen und Unruhen in Osteuropa unterdrücken zu können ("soit en Pologne, soit dans quelque province appartenante aux dits hauts alliés et limitrophe de cet état").

Auf die Interessen des Kaisers, der natürlich zum Beitritt eingeladen wurde (Art. VIII), hatte man zwar nicht ganz vergessen; die Zusage aber "de n'omettre, lorsqu'il en sera temps et qu'elles [die Höfe von Berlin und Petersburg] en seront requises, aucun de leurs bons offices ni autres moyens efficaces qui seront en leur pouvoir, afin de lui [dem Kaiser] faciliter et procurer l'échange qu'il désire de faire de ses états héréditaires des Pays-Bas contre la Bavière, en y ajoutant tels autres avantages qui seront compatibles avec la convenance générale" (Art. VII) war recht unverbindlich und vielleicht gar - anders als die in Wien erwartete förmliche Garantie - eine leere Versprechung, wenn man bedachte, daß Rußland und Preußen bereits auf ihre Kosten gekommen waren, ihre Motivation, Österreich und seinen Tauschplan zu unterstützen, also vergleichsweise niedrig sein mußte. Staatsvizekanzler Cobenzl fand durchaus die richtigen Worte, als er Ende März 1793 nach der eben erfolgten förmlichen Notifikation der Teilungskonvention durch den russischen und den preußischen Vertreter in Wien Botschafter Mercy über den unerfreulichen Ausgang der Verhandlungen zwischen Petersburg und Berlin informierte. Aus dem Vertrag war zum Schock der Österreicher zu ersehen, daß Russen und Preußen "sich zu ihrem Loos die Hälfte von Polen zuteilen und über unsere Entschädigungsmittel sehr unbestimmt sich ausdrücken." Für Cobenzl aber noch beileibe kein ausreichender Grund, den Schiffbruch seiner Lieblingsidee, des Tauschplanes, zu akzeptieren. Im Gegenteil: Je gewaltiger und bedrohlicher sich Preußen und Rußland auf Kosten Polens und auch des Osmanischen Reiches ausdehnten, desto dringender schien dem Staatsvizekanzler für Österreich die Notwendigkeit, sich durch Realisierung des geplanten Ländertausches zu "konzentrieren" und wenigstens auf diese Weise das Gleichgewicht zu halten.

Die Staatskanzlei wußte spätestens Anfang 1793 von der bevorstehenden russisch-preußischen Einigung und dem bevorstehenden Einmarsch preußischer Truppen in Polen. Dennoch hatte die Geheime Konferenz in einer Sitzung kurz nach der Jahreswende eine gleichzeitige "Interimlokkupierung", also die schon oft diskutierte, von der Staatskanzlei eben erst in Petersburg angeregte pfandweise und vorübergehende österreichische Besetzung polnischen Gebiets bis zur Realisierung des Tauschplanes, verworfen, da man zu diesem Schritt des Mißtrauens nur dann greifen wollte, wenn die Abstoßung Belgiens und der Zuerwerb Bayerns nicht ohnedies durch russisch-preußische Garantieerklärungen hinreichend abgesichert waren und so eine fernere Unterdrucksetzung der Verbündeten wider Erwarten doch nötig werden sollte. Sowohl mit Rücksicht auf die Lage in Galizien als auch auf die Erfordernisse des Krieges im Westen stimmte man dem wie immer bedächtigen Vorschlag Feldmarschall Lacys zu, einstweilen auf weitläufige Truppendispositionen zu verzichten und nur eventuelle casu Krakau und Kaminiec durch einige Bataillone besetzen zu lassen ... und selbst dies möglichst nur als scheinbarer Platzhalter der Russen. Bis zuletzt wollte man also kurzum jeden Anschein einer österreichischen Teilnahme an dem unappetitlichen Teilungsgeschäft vermeiden⁴).

Natürlich fehlte es nicht an Stimmen, die, noch ehe die Schlappe der Wiener Politik zur vollendeten Tatsache wurde, dringend davor warnten, weiterhin den zu vielen Unwägbarkeiten unterworfenen Tauschplan zum Fundament österreichischer Hoffnungen zu machen. Unter ihnen war Baron Thugut - seit seiner Rückkehr nach Wien gegen Jahresende 1792 zunehmend in die Entscheidungsprozesse auf höchster Ebene einbezogen und dem Duo Spielmann-Cobenzl bald lästig - führend. In einem Mémoire vom März 1793 - die definitive Mitteilung der russisch-preußischen Teilungskonvention war noch nicht erfolgt - schimmert bereits das durch, was später für die Politik Thuguts so charakteristisch werden und ihn zum

⁴) Protokoll der Konferenz vom 3. 1. 1793 mit Separatvoten (Druck: Vivenot 2, S. 456-461). L. Cobenzl an Ph. Cobenzl (7. 3. 1793; Druck: Vivenot 2, S. 488f). Ph. Cobenzl an Mercy (25. 3. 1793) mit einer Abschrift der Geheimkonvention zwischen den Höfen von Petersburg und Berlin (12./23. 1. 1793) und der russisch-preußischen Déclaration: Vivenot 2, S. 516-521. - Herrmann, Geschichte Erg. Bd., S. 317-366, Sybel, Geschichte (4. Aufl./Neuausg.) 2, S. 107-181, Madariaga, Russia, S. 434-451, Langwerth von Simmern 1, S. 285-314, Heidrich, S. 411-478, Lord, S. 362-483, Reul, S. 56-78. Zur 2. und 3. Polnischen Teilung im Überblick Müller, S. 43-55.

angeblichen "Schüler" und wahren Nachfolger Kaunitz' stempein sollte: tiefes Mißtrauen gegen preußische Aufrichtigkeit und Bündnisloyalität. Während Berlin, so führte Thugut aus, seine Wünsche sofort zu realisieren wünschte, mutete es dem Alliierten zu, sich auf glücklichere Zeiten verträsten zu lassen; denn - wenn überhaupt - ließ sich der Tausch erst dann effektuieren, wenn Belgien nicht nur wieder zurückerobert, sondern auch die österreichische Herrschaft in den niederländischen Provinzen wieder hinreichend stabilisiert war. Vor diesem Hintergrund schien Thugut ein Szenario nicht gänzlich abwegig, in dem vielleicht einzig Österreich am Ende leer ausging und in jedem Fall bis zur Epreßbarkeit vom guten Willen anderer Mächte abhing. Ohne den Tauschplan aus den Augen zu verlieren, sollte der Kaiser daher - so der Rat Thuguts - verstärkt auf andere Entschädigungsmöglichkeiten (etwa auf Kosten des Kriegsgegners Frankreich) reflektieren. Hatten sich Cobenzl und Spielmann bis zuletzt verzweifelt an das riskante Tauschprojekt geklammert, so wurde die von Thugut eingeforderte Flexibilität in der Entschädigungsfrage nicht weniger zu einer Hypothek: eine bis zum Ende der Ära Thugut 1800 nicht abgeschlossene hektische Suche nach Kompensationen begann, engte den Spielraum für Wien in fataler Weise ein und fixierte den Kaiser auf eine gefährliche Politik des bedingungslosen Kriegs bis zu einem unrealistischen Siegfrieden über Frankreich⁵⁾.

Die 2. Polnische Teilung erfüllte im übrigen ihren nach außen besonders hervorgestrichenen Zweck einer Ruhigstellung einer revolutionsgefährdeten Zone keineswegs. Zwar ratifizierte der Reichstag von Grodno im Herbst 1793 unter massivem Druck die von Berlin und Petersburg aufgenötigte Teilung und stimmte auch einer Verfassungsänderung mit weitgehender Beseitigung der Reformen von 1791 zu, doch verstärkten die geflohenen Gegner der Konföderation von Targowica v.a. von Sachsen aus den Kontakt zum revolutionären Frankreich wie auch ihre Bemühungen um eine Revision des preußisch-russischen Diktats. Die zweite Verstümmelung der Rzeczpospolita und das wiedererrichtete russische Protektorat über Restpolen schufen so die wesentlichen Voraussetzungen für den sozialrevolutionär gefärbten polnischen "Aufstand" ab März 1794, zu dessen Niederwerfung massiver preußischer und russischer Truppeneinsatz nötig wurde. Eine letzte Teilung des verbliebenen Rumpfstaaes tilgte schließlich die Adelsrepublik von der Landkarte (Januar/Oktober 1795, Januar 1797). Die drei Teilungsmächte wurden damit endgültig zu unmittelbaren Nachbarn ohne Zwischenpuffer. Eine Möglichkeit, die gerade Fürst Kaunitz kurz vor seinem Tod 1794 mit ernster Sorge heraufziehen sah. Was ihn aus der engen "volkswirtschaftlichen" Sicht des Erwerbs von Land und Leuten für den österreichischen Staat durchaus vorteilhaft dünkte, schien - eingeordnet in die großen politischen Rahmenbedingungen - mehr als bedenklich. Eine Verbannung Polens von der Landkarte empfand Kaunitz nicht nur als unmoralisch; als weitere Stärkung Rußlands und Preußens widersprach ein solcher Schritt auch dem Staatsinteresse Österreichs, rückte er doch das Zarenreich auf einer breiten Grenzlinie in direkte Nachbarschaft zur Habsburgermonarchie, und diese Aussicht wollte er nicht anders als "diamétralement opposé à notre tranquillité et à nos intérêts" und damit als Hypothek für die Zukunft bewerten.

Auch für die Interpretation der österreichisch-preußischen Frankreichpolitik hatte der brutale Länderraub in Osteuropa belastende Auswirkungen; denn wie konnte man Mächten, die ihren Landhunger derart skrupellos stillten, ernstlich das von ihnen allenthalben kundgemachte moderate Sanierungsprogramm für Frankreich und einen Verzicht auf Länderschacher im Westen abnehmen. Viel zutreffender schien das Bild, das Robespierre im November 1793 vor dem Konvent gebrauchte, um den Kaiser und den König von Preußen in ihrer Beutegier zu charakterisieren: sie glichen ihm zwei gewöhnlichen Straßenräubern, die sich normalerweise um ihre Beute prügeln, sich gegen Frankreich aber zusammaten, um gemeinsam über das Land herzufallen. Freilich: Anders als Polen war Frankreich ein Reisender, der sich wohl gegen Briganten zu wehren wußte und vehement zurückschlug!⁶⁾

⁵⁾ *Mémoire Thuguts* (März 1793; Druck: Vivenot 2, S. 498-501). Dagegen noch die Denkschrift Cobenzls an den Kaiser (23. 3. 1792; Druck: Vivenot 2, S. 507-515). - Langwerth von Simmern 1, S. 317-355. Über Thuguts Politik allgemein besonders Roeder, Thugut, und Dean passim.

⁶⁾ Vgl. grundsätzlich die oben genannte Literatur. Palmer 2, S. 86-96, 140-156; zu den Verbindungen zwischen Frankreich und Polen ab 1792 noch W. M. Kozłowski, *Le dernier projet d'alliance franco-polonaise 1792-1793*. In: RHD 37 (1923) 257-275, 464-499. Grosshart, *Politique polonaise*, Eva Ring, *Tentatives envisageant le changement de la situation politique dans l'Est de l'Europe centrale sous la Révolution française*. In: AHRF 62 (1990) 446-461. - "Les entretiens du prince de Kaunitz dans les dernières semaines de sa vie 1794 par l'abbé-comte d'Ayala" (Hs. Weiß 808). - Rede Robespierres vor dem Konvent (17. 11. 1793): AP 79, S. 377-386.

Gegen die bittere Erkenntnis, daß Cobenzl und Spielmann wirklich auf das falsche Pferd gesetzt hatten, wogen auch der Kriegseintritt Großbritanniens und der Vereinigten Niederlande im Februar 1793 oder die Kriegserklärung des Konvents an Spanien (März 1793) - Graf Aranda war Mitte November 1792 gestürzt und durch den Günstling der Königin Manuel Godoy (1767-1851) ersetzt worden - nicht mit ihrem eigentlichen Gewicht.

Fast logischerweise löste im März 1793 Freiherr von Thugut das erfolglose Duo Spielmann-Cobenzl in der Leitung der Außenpolitik ab. Cobenzl wurde italienischer Hofkanzler, auch die belgische Abteilung der Staatskanzlei erhielt volle Eigenständigkeit. Gleichzeitig hob Kaiser Franz die Stelle eines Staatsreferendars auf und ernannte Baron Spielmann statt dessen zum zweiten österreichischen Direktorial- und burgundischen Gesandten am Reichstag. Der greise Kaunitz blieb auf Wunsch des Monarchen weiterhin in die wichtigeren Agenden der Staatskanzlei eingebunden, nicht ohne dadurch den Aktiven in der Behörde, die er noch 1793/94 gelegentlich mit Aufträgen und diktatorischen Anwendungen traktierte, ernstes Kopfzerbrechen zu bereiten⁷⁾.

Nach dem Tode Kaunitz' am Abend des 27. Juni 1794 blieb der Posten eines Staatskanzlers unbesetzt. Thugut führte seit März 1793 lediglich die Amtsbezeichnungen "directeur général (du bureau) des affaires étrangères" bzw. ab Juli 1794 "Minister der auswärtigen Geschäfte"⁸⁾. Erst 1821 wurde in der Person Fürst Metternichs - verheiratet übrigens mit Eleonore Kaunitz (1775-1825), einer Enkelin des großen Vorgängers - wieder ein Hof- und Staatskanzler berufen.

⁷⁾ Die entsprechenden Veranlassungen zur Machtübernahme Thuguts (März 1793) abgedr. bei Vivenot 2, S. 541-546 nach StK Vorträge 153 Konv. 1793 III. Ein aktiv fördernder Anteil Kaunitz' an der Berufung Thuguts bleibt umstritten, auch wenn man vordergründig die Rückkehr zu einer preußenkritischen bis -feindlichen Politik als Besinnung auf "Kaunitzsche Prinzipien" verstehen mag (Roider, Thugut, S. 106f). Hauptsächlich war es ein Sieg des Kabinettsministers Colloredo. - Zu anhaltenden Ingerenzen Kaunitz' vgl. etwa Kaunitz an Thugut (4. 8. 1793; StK Vorträge 153 Konv. 1793 VI-XII), Kaunitz an Erzherzog Leopold (16. 4. 1794; StK Vorträge 154 Konv. 1794 IV-VIII). Zur Frage, was man Kaunitz vorlegen könne oder nicht, bzw. wie auf Aufträge des Kanzlers zu reagieren sei, wenn er "hier auftragen könnte, Expeditionen zu machen, welche sonst die Kanzley ohne positiven Auftragen Eurer Excellenz zu machen sich nicht getrauen würde", siehe u.a. eine Denkschrift von Hofrat Jenisch für Thugut ("Ohnmaaßgebige Bemerkungen") vom 14. 3. 1794, Punkt IV (StK Interiora 1 Organisation/Fasz. 1). Über eine letzte "diktatorische Anwendung" Kaunitz' kurz vor seinem Tod siehe Thugut an Colloredo (4. 6. 1794); Vivenot, Vertrauliche Briefe 1, S. 107.

⁸⁾ Wiener Zeitung vom 28. 6. 1794 (Nachruf auf Staatskanzler Kaunitz). Ebd. vom 23. 7. 1794: "Se. k.k. Maj. haben dem [!] bisherigen General-Direktor der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherrn von Thugut, zu Höchstdero Minister der auswärtigen Geschäfte zu ernennen und zugleich ihm die Vertretung der sämtlichen zu der bisher von dem verstorbenen Fürsten v. Kaunitz bekleideten Höchstderoselben geheimen Hof-Staats- und Hauskanzlers-Stelle gehörigen Verrichtungen ganz auf den bisher üblichen Fusse gnädigst zu übertragen geruhet."

3.2 Einige allgemeine Betrachtungen

Neues Völkerrecht und "New Diplomacy"

Die Kritik der Aufklärung:

Ideeller Anspruch oder Politik als Moral

Die völkerrechtlichen Vorstellungen der Revolutionszeit, die Konzeption revolutionärer Denker und Akteure von Diplomatie und internationaler Staatengemeinschaft wurden aus vielen Einflußreservoirs gespeist. Die wichtigste Rolle spielte zweifellos die höchst kritische Beschäftigung der Aufklärung, ja deren vernichtende Abrechnung mit der, wie man meinte, ausschließlich von den "passions aveugles des princes" beherrschten, vom wahren Interesse der Völker aber abgelösten Staatenordnung Alteuropas und ihrem wichtigsten Werkzeug - der Arkandiplomatie¹⁾.

¹⁾ Eine erschöpfende Studie zur völkerrechtlichen Konzeption der Französischen Revolution und zu den ideengeschichtlichen Hintergründen ihres außenpolitischen Agierens ist nicht bekannt. Bd. I (Les moeurs politiques et les traditions, Paris 1885) von Albert Sorels *L'Europe et la Révolution française* bietet einige strukturelle Überlegungen zum außenpolitischen Agieren eines "dekadenten Europa" am Vorabend der Revolution; vgl. natürlich auch Goetz-Bernstein, *passim*, bes. S. 298-342. Scharfe Argumentation und illustrative Fallbeispiele (darunter natürlich auch die Französische Revolution) machen David Armstrong, *Revolution and World Order. The Revolutionary State in International Society* (Oxford 1993), bes. S. 79-111, 204-219, 251-270, zu einem unverzichtbaren Zulieferer für allgemeinere Denkanstöße. Auch Patricia Chastain Howe, *Revolutionary Perspectives on Old Regime Foreign Policy*. In: *Consortium on Revolutionary Europe. Proceedings* 15 (1987) 265-275 bietet nützliche Anregungen, besonders zum Angriff der radikaleren Aufklärung auf die traditionelle Außenpolitik und zum Einfluß ihrer idealistischen Tradition auf die Constituante. Auf die Nennung von Spezialuntersuchungen zu den völkerrechtlichen Konzepten prominenter Aufklärer oder revolutionärer Denker (wie etwa des Abbé Grégoire) muß verzichtet werden. Zur postumen Rolle des Abbé de Mably, insbesondere auch während der Kriegs- und Friedensdebatte vom Mai 1790, siehe u.a. die nicht wirklich befriedigende Abhandlung von Georg Müller, *Die Gesellschafts- und Staatslehren des Abbés [!] Mably und ihr Einfluß auf das Werk der Constituante (= Historische Studien 214; Berlin 1932)*.

Vgl. im allgemeinen Ernest Nys, *La Révolution française et le droit international*. In: Ders., *Études de droit international et de droit politique* (Brüssel/Paris 1896) 318-406. Ders., *Le droit des gens et les écrits de Jean-Jacques Rousseau*. In: *Revue de droit international et de législation comparée. Série* 2/9 (1907) 77-89 [zu Georges Lassudrie-Duchêne, *Jean-Jacques Rousseau et le droit des gens* (Paris 1906)], Robert Redslob, *Völkerrechtliche Ideen der französischen Revolution*. In: *Festschrift für Otto Mayer*. Zum siebenzigsten Geburtstag dargebracht von Freunden, Verehrern und Schülern. 29. März 1916 (Tübingen 1916) 271-307. [ohne Autor], *Les annexions de territoires. Principes et vues du comité diplomatique de la Convention Nationale*. In: *RF* 69 (1916) 68-74 [Bericht Carnots vor dem Konvent 14. Februar 1793]. B. Mirkine-Guetzévitch, *La Révolution française et l'idée de renonciation à la guerre*. In: *RF* 82 (1929) 255-268 [leider keine abstrakte Reflexion über die "doctrine internationale" der Revolutionsära, sondern eine Ableitung des Briand-Kellogg-Paktes und der Kriegsächtung aus der Tradition der Französischen Revolution], Peter Klassen, *Nationalbewußtsein und Weltfriedensidee in der französischen Revolution*. In: *Die Welt als Geschichte* 2 (1936) 33-67, Corneliu S. Blaga, *L'évolution de la diplomatie. Idéologie, moeurs et technique* 1: *Le dix-huitième siècle* (Paris 1938) 365-410 und 413-467 [gute Zusammenfassung zur amerikanischen und französischen Diplomatie im Zeichen von Unabhängigkeitskrieg bzw. Revolution], Godechot, *Grande Nation* 1. S. 65-98, Roman Schnur, *Weltfriedensidee und Weltbürgerkrieg 1791/92*. In: *Der Staat* 2 (1963) 297-317. Wolfgang Mariens, *Völkerrechtsvorstellungen der Französischen Revolution in den Jahren von 1789 bis 1793*. In: *Der Staat* 3 (1964) 295-314, Marc Bouloiseau, *L'organisation de l'Europe selon Brissot et les Girondins à la fin de 1792*. In: *AHRF* 57 (1985) 290-294, Norman Paech, *Die Französische Revolution und die Entwicklung des Völkerrechts*. In: *Herzig/Stephan/Winter* (Hrsg.), *Sie, und nicht wir*, S. 763-785, Linda und Marsha Frey, *The Reign of the Charlatans is Over: The French Revolutionary Attack on Diplomatic Practice*. In: *JMH* 65 (1993) 706-744, Hervé Leuwers, *Révolution et guerre de conquête. Les origines d'une nouvelle raison d'état 1789-1795*. In: *Revue du Nord* 75 (1993) 21-40, Sophie Wahnich, *Les républiques-soeurs. Débat théorique et réalité historique, conquêtes et reconquêtes d'identité républicaine*. In: *AHRF* 66 (1994) 165-177, Anna Maria Rao, *Republiques et monarchies à l'époque révolutionnaire - une diplomatie nouvelle*. Ebd., S. 267-278, Marc Belissa, *La cosmopolitique du droit des gens 1713-1795. Fraternité universelle et intérêt national au siècle des Lumières et pendant la Révolution française*. In: *AHRF* 68 (1996) 723-733, Marsha L. & Linda S. Frey, *Diplomatic Immunity? International Law and the French Revolutionary Legacy*. In: *Proceedings of the Annual Meeting of the Western Society for French History* 20 (1993) 213-224 kann vernachlässigt werden. Zur amerikanischen Tradition der "new diplomacy" siehe Felix Gilbert, *The "New Diplomacy" of the Eighteenth Century*. In: *World Politics* 4 (1951/52) 1-38, verarbeitet in Ders., *To the Farewell Address. Ideas of Early American Foreign Policy* (Princeton University Press 1961) 44-75 ("Novus ordo seculorum: Enlightenment Ideas on Diplomacy"), das entsprechende Kapitel bei Gerald Stourzh, *Benjamin Franklin and American Foreign Policy* (University of Chicago Press 1969) 214-246, Daniel George Lang, *Foreign Policy in the Early Republic. The Law of Nations and the Balance of Power* (Louisiana State University Press 1985), Sasson Sofer, *Old and New Diplomacy: A debate revisited*. In: *Review of International Studies* 14 (1988) 195-211. Einen prägnanten Überblick über das Eindringen der "new diplomacy" in den internationalen Gebrauch vermittelt Enrico Serra, *L'évolution récente des méthodes diplomatiques*. In: *RHD* 75 (1961) 42-57. Vgl. auch Herbert

Wenn das Machtdenken und -handeln der Kabinette überhaupt ein Quentchen an höherer Rechtfertigung suchte, so lag dies begründet in selbstgeschaffenen quasi-ethischen Ordnungsprinzipien oder in dem sehr starken Bedürfnis, de facto herbeigeführte Zustände auch de iure international absichern und garantieren zu lassen. Macht alleine war letztlich nicht ausreichend ("force ne fait pas droit"); man bedurfte einer wenn auch noch so vordergründigen "internationalen Anerkennung". Daß dies mit Moralität wenig gemein hatte, wurde speziell durch die polnischen Teilungen schlaglichtartig beleuchtet und als zunehmend unerträglich empfunden. Eben diese "politische Amoral" führte zu einer seit Rousseau und speziell während der Französischen Revolution deutlich greifbaren "Diplomatiefeindlichkeit" und zu einer Ablehnung herkömmlicher Bündnis- und Machtpolitik, die bis ins 20. Jahrhundert nachwirkte. Der von Rousseau beeinflusste Abbé Gabriel Bonnot de Mably (1709-1785), ein besonders scharfer Kritiker des französischen Ancien Régime und übrigens Autor eines positivistischen Völkerrechtswerkes, einer Vertragsammlung, faßte die Vorbehalte der Aufklärung gegen die Diplomatie drastisch zusammen: "L'art de négocier n'est que l'art d'intriguer." Die Anforderungen der neuen "bürgerlichen Privatmoral" schienen mit den bisherigen "Lebensgesetzen des Staates", die - so sah man es jetzt jedenfalls - als Maßstab nur den Erfolg kannten, unverträglich.

Auch die Brauchbarkeit der Gleichgewichtskonzeption als Mittel der Krisen- und Konfliktbewältigung und Garant einer Friedensordnung, wie es nicht nur Großbritannien zur ideologischen Unterlage seiner Außenpolitik machte, wurde schon von Zeitgenossen in Zweifel gezogen. Besonders vehement von dem Kameralisten Johann Heinrich Gottlob von Justi (1717-1771) in seiner Schrift über die "Chimäre des Gleichgewichts von Europa" (1758); für ihn war das Schlagwort vom europäischen Gleichgewicht in Wahrheit bestenfalls Ausfluß des nachbarlichen Neides, "reziproke Sklaverei" mit der Gefahr dauernder Einmischung in die Interna anderer Staaten und - im letzten - Larve für Hegemonialstreben. Machtpolitik rechtfertigte sich für Justi nur noch durch die Möglichkeit, mit diesem Mittel die Glückseligkeit im Inneren sicherzustellen.

Viele Aufklärer - darunter auch aufgeklärte Praktiker wie Fürst Kaunitz - brandmarkten jetzt mehr und mehr die Gleichgewichtsdoktrin als Deckmantel für egoistische Suprematiewünsche und permanenten Rüstungswetlauf ... besonders in der Hand der "imperialistischen Politik" Großbritanniens, des spiritus rector des balance-of-power-Denkens, das zwar den Kontinent in die Fesseln seiner Gleichgewichtspropaganda schlagen wollte, auf See und in den Kolonien aber ein kaum noch zu brechendes Übergewicht erlangte.

Teile der "radikaleren" Aufklärungsphilosophie des 18. Jahrhunderts versuchten über die Einhegung des Krieges und die pragmatischen Bemühungen um eine Stabilisierung des Staatensystems hinaus - auch für den aufgeklärtesten Fürsten Endpunkte seines inneren Ringens zwischen Machtwillen und humanitärer Vernunft - einen konsequenten Schritt weiter in Richtung Ächtung von Krieg und Machtpolitik überhaupt. Der "esprit de partage", der hemmungslose "Länderschacher" des 18. Jahrhunderts, schuf vielerorts ein tiefes Unrechtsbewußtsein, das in die neue Völkerrechtsdoktrin der Revolutionszeit Eingang fand, sich aber in der außen- und kriegspolitischen Praxis nicht bewähren konnte. Die Verurteilung von Krieg und Eroberung als integrale Bestandteile der Politik des "despotischen" Fürstenstaates, die Ablehnung der Gleichgewichtsdoktrin als "Narrenseil", an dem Großbritannien Europa führte, die das Immaterielle und Moralische betonende Zurückweisung einer mathematischen "Außenpolitik", einer "Mathematik der Macht", wie sie die Kameralistik betrieb, all dies blieb - einmal auf die Probe gestellt - theoretischer Anspruch. Auch hier führte die politische Praxis zu Kompromißfähigkeit und zur Anpassung der programmatischen Leitlinien an die "politische Wirklichkeit" ... zur Destillierung einer "Realpolitik".

Gegenüber dem kühl praxisorientierten *ius publicum europaeum* kehrte die Aufklärung zu einer Spielart naturrechtlich-moralischer Überlegungen aus der Frühzeit der Völkerrechtslehre zurück. Auch spätere Völkerrechtler und Historiker wie Robert Redlob empfanden das klassische *ius publicum europaeum* als moralisch "unterwertig" und lobten den "höheren Geist" der Aufklärungsphilosophie auf dem Gebiet des Völkerrechts. Für die Ära zwischen Westfälischem Frieden und Revolution findet Redlob harte Worte: "Man streitet nicht mehr um Ideen, man streitet um Macht allein. Die politischen Begebenheiten dieser Jahre stehen darum auf einer tieferen moralischen Linie als der Dreißigjährige Krieg."²⁾

Butterfield, *The New Diplomacy and Historical Diplomacy*. In: Herbert Butterfield/Martin Wight (Hrsg.), *Diplomatic Investigations. Essays in the Theory of International Politics* (London 1966) 181-192.

²⁾ Redlob, S. 274.

Das Plädoyer des Abbé de Mably für Offenheit ("franchise") in den internationalen Beziehungen, die Ablehnung jeder "Geheimdiplomatie" durch Jeremy Bentham (1748-1832), einen besonders heftigen Kritiker von Machtpolitik und Diplomatie, in seiner Aufsatzsammlung "Principles of International Law" (1786-1789, postum erschienen), der Ruf nach Gerechtigkeit und Vernunft als Grundlagen eines adäquaten, von den dynastischen Grundlagen losgelösten Völkerrechts, die Verurteilung der absolutistischen Machtpolitik, der "folie des conquêtes" und des Krieges als Sukzessionsspiel der Fürsten verweisen auf das stark kosmopolitische Gedankengut der "Lumières", aber auch auf die pragmatische Ablehnung des Krieges durch den Physiokratismus. Nationen wurden zu Individuen, an die man auch die Maßstäbe der Individualmoral anzulegen hatte. Gegen das etablierte Völkerrecht standen nun die *iura hominum et gentium*.

Über dieses neue, von Idealen getragene und nicht auf kühle Realpolitik gegründete moralisch-moralistische Selbst- und Sendungsbewußtsein führte der Weg schon in der Anfangsphase der Französischen Revolution unter Abkehr von den Tricks und Finten der Diplomatie des Ancien Régime zu dem Wunsch nach einem Spiel mit offenen Karten vor der Weltöffentlichkeit, nach deutlicher Transparenz und einer verstärkten Einbringung der öffentlichen Meinung in die Gestaltung der internationalen Politik, letztlich zu einer Betonung der "internationalen Moral", des "Weltribunals der öffentlichen Meinung" (E. Fraenkel) als neuer "Garantiemacht" im zwischenstaatlichen Verkehr.

Der "moral approach to international relations" (G. Stourzh), Leitschlagworte wie "reason", "confidence" und "equity" als Prinzipien des internationalen Zusammenlebens, sind nun schon Kernstücke jener grundsätzlichen Diskussion gewesen, die die vom englischen Mutterland sich lösenden nordamerikanischen Kolonien führten, als sie Kontaktnahme mit alteuropäischen Staaten suchten. Bereits hier zeigten sich alsbald enorme Vorbehalte gegen konventionelle "power politics", der man zunächst rein handelspolitisch motivierte Außenbeziehungen entgegenstellen wollte. Noch 1804 bezeichnete Thomas Jefferson, immerhin ein Mann mit diplomatischer Erfahrung, "diplomacy as the pest of the world, as the workshop in which nearly all the wars of Europe are manufactured"³); ganz ähnliche Vorbehalte sind für die Überlegungen maßgeblicher Exponenten der Französischen Revolution kennzeichnend. Die in "Fachkreisen" äußerst umstrittene "new diplomacy" des US-Präsidenten Wilson in der Zeit nach dem 1. Weltkrieg mit ihrer Ablehnung der Gleichgewichtsmaxime zugunsten eines Systems der kollektiven Sicherheit und ihrem Bemühen, die öffentliche Meinung, den "government of public opinion", zur Propagierung und faktischen Umsetzung einer transparenten, durch die Öffentlichkeit kontrollierten Außenpolitik zu nützen, hat also sehr tiefe Wurzeln im anglo-amerikanischen Denken und steht mit ihrer Ablehnung von Arkandiplomatie und brutaler Machtpolitik ("diplomacy shall always proceed frankly and in the public view") in der Tradition der amerikanischen wie der französischen Revolution.

Daß die "völkerrechtliche Doktrin" des revolutionären Frankreich nicht völlig in einem widersprüchlichen Geflecht von moralischen Postulaten, frenetischen Exklamationen und harter politischer Realität stecken blieb, von dem noch weiter die Rede sein soll, ist nicht zuletzt den Überlegungen des Abbé Henri Grégoire (1750-1831) zu einer "Moralisierung der internationalen Beziehungen" zu danken. Mit seiner "déclaration du droit des gens" (21 Artikel), die er dem Konvent am 18. Juni 1793 zur Ergänzung der völkerrechtlich relevanten Bestimmungen der Verfassung von 1793 und neuerlich im April 1795 unterbreitete⁴), hatte er zwar keinen praktischen Erfolg. Seine an die naturrechtliche Moralphilosophie angelehnten Überlegungen sind aber dennoch bezeichnend für das anhaltende Bemühen um jenen "moral approach", der Politik als Teil einer "morale universelle" und nicht als eigengesetzlichen, zwanghaft amoralischen Bereich begreifen wollte. Dabei unterschied Grégoire zwei Ebenen von Völkerrecht, eine unveränderliche naturrechtliche, das dem *ius gentium* als *ius naturale* entspricht, und eine arbiträre konventionelle Stufe, also das *ius inter gentes* als *ius voluntarium*, in dem die Staatengemeinschaft selbst als Gesetzgeber auftreten konnte. Eben letztere Ebene war es, die seiner Meinung nach einer moralischen Besinnung bedurfte, nachdem sich Staatskunst und Außenpolitik im 17. und 18. Jahrhundert zunehmend auf die skrupellose Manipulation des zur Stabilisierung der internationalen Ordnung dekretierten "Gleichgewichts der Kräfte" reduziert hatten. Gegenüber anderen derart zu handeln, wie man selbst behandelt werden wollte (auch ein Lieblingsdiktum des Fürsten Kaunitz), schien Grégoire ebenso ein Gebot des zwischenstaatlichen Verkehrs wie die Ächtung des nationalen Egoismus ("Prinzip der allgemeinen Solidarität").

³) Zitat nach Gilbert, *New Diplomacy*, S. 31 Anm. 92.

⁴) AP 64, S. 676.

"Damit ersteigt die völkerrechtliche Theorie der Revolution ihre letzte Höhe. Die Lehre von der Selbstbestimmung der Menschen führt zu der Lehre von der Verbrüderung der Völker. Das Phänomen des Gemeinwillens zerbricht den Rahmen des Staates und ergreift die gesamte Welt. Man erschaut in verkürzter Zukunft eine universelle Republik."⁵⁾

Gravitationspunkt dieser "république universelle", mit der man gleichsam zur magna communitas des Naturrechts zurückkehrte, sollte freilich Frankreich sein. Die rasche Verbiegung des république-universelle-Gedankens zur Inhalierung von Territorien und schließlich zur pax napoleonica legte denn auch die imperialistischen und nationalistischen Wurzeln bloß.

Von der "Selbstbestimmung der Völker" zum französischen "Imperialismus"

Die fortschreitende Radikalisierung der französischen Außenpolitik, das Herauswachsen Frankreichs aus dem völkerrechtlichen Regelwerk Alteuropas nach 1789 ist ein schleichender Prozeß gewesen, dessen wirklichen Höhepunkt man erst nach Sturz und Hinrichtung des Königs erreichte. Dabei waren das Auseinanderklaffen von feierlich proklamierten Prinzipien (Verzicht auf Angriffskriege und Eroberungen) und nüchterner Realpolitik und der Zusammenprall verschiedener und widersprüchlicher Leitlinien revolutionärer Politik geradezu vorprogrammiert.

In der Frage der päpstlichen Enklaven Avignon und Comtat Venaissin zeigte sich mehr noch als bei der staatsrechtlich wesentlich komplizierter gelagerten Problematik der in Elsaß und Lothringen begüterten deutschen Reichsstände das in Art. 3 der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte festgeschriebene Souveränitätsrecht der Nation - der Vorrang des Selbstbestimmungsrechts der Völker, des zur obersten Rechtsinstanz stilisierten mythischen Volkswillens vor "ehrwürdigen" Rechtstiteln - als möglicher Zerstörer der alten Staatenordnung, schwächer zu Beginn der Debatten in der Nationalversammlung 1789, stärker dann im weiteren Verlaufe ab 1790. Ein Volk konnte nicht "Besitz" eines einzelnen sein, wenn es im Sinne des Rousseauschen Contrat Social aufgerufen war, den Gegensatz zwischen Obrigkeit und Untertan aufzulösen und die "Selbstherrschaft" der Bürger zu realisieren. Ein bedenklicher Imperativ, wenn sich bloß in einem Staat des Gesamtsystems die "Völkerrechtssubjektivität" vom Monarchen auf das Volk verlagerte. Den Vorwurf, sich mit der Annexion der päpstlichen Enklaven in schreienden Gegensatz zu dem im Mai 1790 dekretierten und in die Verfassung vom September 1791 aufgenommenen Verzicht auf Angriffskrieg und Eroberung zu setzen, ließ man nicht gelten; es handle sich um die "réunion libre d'un peuple", und dies sei eben keine Eroberung, nicht einmal ein außenpolitischer Vorgang, sondern eine Sache des "contrat social". Die Bewohner Avignons hätten Frankreich zu einem "contrat libre de part et d'autre" eingeladen. So wie eine Nation oder Volksgruppe ihre Verfassung ändern durfte (in moderner Völkerrechtsdiktio könnten wir von "Verfassungsautonomie" sprechen), war sie auch berechtigt, sich abzuspalten (Sezessionsrecht), einen eigenen Staat zu bilden oder sich - wie hier - einem anderen Staat anzuschließen. Ein matter Vorgeschmack auf jene Ideologisierung- und Radikalisierungstendenzen der französischen Außenpolitik, die man heute gemeinhin mit der Frontstellung 'hie Alteuropa, dort revolutionäres Frankreich' assoziiert⁶⁾.

⁵⁾ Redstob, S. 298.

⁶⁾ Zu den Schlüsselbegriffen, jeweils mit weiterführender Literatur vgl. J.-P. Bertaud, *Frontières naturelles*. In: Soboul, *Dictionnaire*, S. 485f. Zugleich auch: J.-R. Suratteau, *Nation/Nationalité*. Ebd., S. 781-783, ders., *Cosmopolitisme/universalisme*. Ebd., S. 297-299, ders., *Républiques-socurs*. Ebd., S. 892-894, ders., *Patrie/patriotes/patriotisme*. Ebd., S. 822-824. François Furet/Mona Ozouf (Hrsg.), *Dictionnaire critique de la Révolution française* (Paris 1988), hier Denis Richet, *Frontières naturelles*, S. 742-750, und auch: Pierre Nora, *Nation*. Ebd., S. 801-812. Keith Michael Baker, *Souveraineté*. Ebd., S. 888-902.

Auf die Problematik der "frontières naturelles" als Kernstück einer alten wissenschaftlichen Kontroverse soll hier nicht weiter eingegangen werden. Albert Sorel betonte die Idee der "frontières naturelles" ganz besonders und stellte diese aus einem geographisch-geopolitischem Muß und dem "instinct national" gespeiste Konzeption stark in die "ewige Tradition" des Ancien Régime: *L'Europe et la Révolution française* 1, S. 244-336, bes. S. 310-336 und S. 541f. Band 4 hat er überhaupt mit "Les limites naturelles" überschrieben. Gegen eine derartige Ablenkung hat sich sehr nachdrücklich Gaston Zeller in mehreren Aufsätzen gewandt. Vgl. *La France et l'Allemagne depuis dix siècles* (Paris 1932) und in dem Sammelband *Aspects de la politique française sous l'Ancien Régime* (Paris 1964) den Aufsatz *Histoire d'une idée fautive*. S. 90-108. Biro 1, S. 1-27. Jüngst sind Zellers Ansichten wieder relativiert worden: Peter Sahlins, *Natural Frontiers Revisited. France's Boundaries Since the Seventeenth Century*. In: *AHR* 95 (1990) 1423-1451. Die politische Brisanz dieser Thematik innerhalb der traditionellen "deutsch-französischen Erbfeindschaft" liegt auf der Hand. Die diesbezügliche Forschungsdiskussion bei Paul Egon Hübinger, *Die Anfänge der französischen Rheinpolitik als historisches Problem*. In: *HZ* 171 (1951) 21-45.

Stand man in der Frage der päpstlichen Enklaven in Südfrankreich und bei der Aufarbeitung feudaler Altlasten in Elsaß und Lothringen noch auf selbst dem Machtpolitiker des 18. Jahrhunderts in letzter Instanz verständlichem Boden, indem man, wenngleich z.T. unter Zuhilfenahme neuer Argumentationsmuster, alte Bemühungen des Ancien Régime lediglich zu Ende führte und mit dem Prinzip des flächendeckenden (National-)Staates unverträgliche Hypotheken beseitigte, so geriet die junge französische Republik noch in der zweiten Jahreshälfte 1792 in den Sog einer zunehmend radikaler werdenden Ideologisierung, deren Wurzeln freilich weiter zurückreichen und, einmal abgesehen von besonders enragierten Stimmen im Blätterwald des üppig sprießenden Pariser Journalismus, mit dem Zusammentritt der Legislativversammlung im Oktober 1791 und dem Kriegskurs der Brissotins heftig auszuschlagen begannen.

V.a. seit Ende 1792 trieben der revolutionäre Messianismus und damit die Radikalisierung der französischen Außenpolitik deutliche Blüten; Frankreich begnügte sich nicht mehr mit der Konsolidierung der Revolution innerhalb seiner Grenzen und einer, wie man mutmaßen durfte, letztlich unehrlichen Anerkennung seitens der Staatenwelt, sondern drängte danach, in einer regelrechten "croisade de liberté universelle" seine Errungenschaften, insbesondere das Prinzip der Volkssouveränität, nach außen zu tragen; zur tatsächlichen Realisierung einer einzigen "Weltzivilisation", einer globalen "Republik der Menschen" unter Auflösung der Grenzen oder bloß mit dem bodenständigen Primärziel der Destabilisierung des Gegners? Sicher jedenfalls auch in Reaktion auf die konterrevolutionären Bestrebungen, die man dem feindlichen Ausland unterstellte. Der Wink mit dem Zaunpfahl der "Ansteckung" durch revolutionäres Gedankengut war schlichtweg auch Trotz- und Notwehrreaktion, eine Art Geheimwaffe im Arsenal des neuen Frankreich, dem es an konventionellen Machtmitteln zu gebrechen schien.

Die Beseitigung des Königtums, bisher lästiges Gegengewicht, im August/September 1792 erlaubte es, nun endgültig auch die Exekutive vor den ideologischen Karren zu spannen. Die zentrale These der Arbeit von Goetz-Bernstein über die inneren Grundlagen der girondistischen Kriegspolitik betont die erstmalige Verwendung des Instruments der systematischen Propaganda durch die Girondepartei in dem von ihr selbst provozierten Krieg, und zwar mit dem klaren Ziel der Auflösung der "corps politiques étrangers".

"Ils [die Girondisten] avaient créé une diplomatie nouvelle, conformément aux principes de la Révolution, qui négociait non pas avec les maîtres de l'Europe, mais avec leurs sujets pour les convaincre que leurs véritables intérêts étaient toujours opposés à ceux de leurs gouvernants, toujours conformes à ceux de la République française. [...] Ils voulaient conquérir l'univers, moins par la force des armes que par la puissance d'un idéal d'émancipation. Ils répandirent dans le monde entier leurs principes, qui ne tarderont pas à germer et qui fourniront les bases sur lesquelles s'édifiera l'Etat moderne. La Gironde avait fait don de ses idées à l'Europe; celle-ci, d'abord réservée et prudente, les adopta par la suite avec empressement; et l'on vit se produire le miracle lent, mais certain, de son rajeunissement: l'absolutisme mourait, la féodalité disparaissait et la loi, égale pour tous, les remplaçait."⁷⁾

François Furet kommt dieser Argumentation nahe, wenn er der französischen "Propaganda" nicht nur das machiavellistische Bemühen um politische Destabilisierung attestiert, sondern dem Willen zur Sprengung des überkommenen politischen und sozialen Werterahmens positiv gewendet auch aufrichtiges Sendungsbewußtsein - "idéisme conquérant" - zubilligt; diese "sozialrevolutionäre" Komponente war es zugleich, die die Ereignisse in Frankreich von anderen Revolutionen - speziell etwa von der amerikanischen - unterschied.

Die Erklärungen an die Völkergemeinschaft nach dem Sturz des Königtums im August 1792 waren noch überaus zahn gewesen; man konnte es sich vorderhand nicht leisten, nach dem Kriegseintritt Österreichs und Preußens noch weitere Mächte gegen sich aufzubringen. So war denn auch der von Brissot entworfenen, zu selbstbewußten Erklärung, mit der man der Abberufung des britischen Botschafters nach dem Sturm auf die Tuilerien begegnen wollte, in der Legislative kein Erfolg beschieden⁸⁾.

⁷⁾ Goetz-Bernstein, S. VIIIff, 410-413 (Zitat).

⁸⁾ Brissot suchte darin nachzuweisen, daß, da es nach der von der Staatenwelt anerkannten französischen Verfassung möglich sei, die Regierungsform zu ändern, die noch neutralen fremden Mächte nun nicht unter diesem Vorwand mit Frankreich brechen könnten: "Projet de déclaration de l'Assemblée Nationale aux puissances étrangères, rédigé par J.-P. Brissot", BN Lc 33/3 k (41). AP 48, S. 658-660 (Vorlage durch Brissot am 23. August 1792), Goetz-Bernstein, S. 291ff.

Auch als man den ausländischen Mächten die Absetzung des Königs und die Ausrufung der Republik notifiziert, bekannte man sich ausdrücklich zu den friedlichen und wohlwollenden Gesinnungen, die man unter der konstitutionellen Monarchie proklamiert hatte. Die Republik "déclare de plus qu'elle ne prétend s'immiscer dans le gouvernement intérieur d'aucun peuple. [...] Elle offre paix, alliance, amitié à tous les amis de la justice et de la liberté." Gleichzeitig drohte man aber all jenen, die sich ihrerseits in französische Interna einzumischen gedachten⁹⁾.

Der unaufhaltsam zunehmenden Isolation im Staatenkonzert folgte freilich rasch die Selbstausslösung aus dem Rahmen des europäischen Völkerrechts und die Entfesselung eines kreuzzughaften Kampfes um Freiheit; das Bewußtsein der Andersartigkeit in einem Europa der Könige und Fürsten, auf das schon Jules Michelet freilich in romantischem Gewand zu sprechen kam, um die französische Kriegspolitik als Notwehrreaktion zu interpretieren, wurde in der "Divergenz der konstitutionellen Maximen" gespiegelt und schließlich zur absichtlichen Herausforderung des Bestehenden, zur Mißachtung der überkommenen Spielregeln des *ius publicum europaeum* gedehnt.

Der Weg vom radikalen Pazifismus zur bedingungslosen Gewaltanwendung war ein kurzer, ebenso jener vom Kosmopolitismus zu chauvinistisch-imperialistischen Ergüssen. Auch das Postulat der Selbstbestimmung der Völker stieß letztlich die Tür zu einem System der fragwürdigen Zwangsbeglückung auf, sobald Realität und Ideal in Widerspruch gerieten. Die ganze Bandbreite der inneren Unstimmigkeiten zeigt gerade das Beispiel des klevischen Barons "Anacharsis" Cloots auf, des engagiertesten Kosmopoliten und Propagators einer "république universelle du genre humain" mit Ausgangs- und Kernpunkt in Frankreich. Am 19. Juni 1790 hatte er die legendäre "ambassade du genre humain" aus Vertretern verschiedener Völkerschaften vor die Constituante geführt, die "französische Erneuerung" auch für die ganze Menschheit reklamiert und damit, wie S. Stern meinte, den - noch zahmen - Gedanken der friedlichen Propaganda in die Revolution eingeführt¹⁰⁾. Bereits gegen Ende des Jahres 1791 schlug seine Stimmung im Sinne der girondistischen Kriegspolitik um; der ideale Weltstaat mit Paris als Hauptstadt sollte - nun wurde man konkreter - durch Angliederung aller Länder in Form französischer Departements realisiert werden, so Cloots Plan in seinem im April 1792 vorgestellten Werk "La République Universelle ou adresse aux tyrannicides ...". Im September 1792 in den Konvent gewählt, vollzog Cloots endgültig den Sprung vom Radikalidealist und "Redner des Menschengeschlechts" zum fanatischen Wortführer des kompromißlosen antifeudalen Eroberungskrieges, "vom romantischen Träumer zum aktiven Willensmenschen" (S. Stern). Partielle, einzelstaatliche Souveränität rang mit dem Gedanken einer einheitlichen Souveränität des Menschengeschlechts.

Die aufklärerische Skepsis gegen dynastische und machtpolitische Allianzen - als deren bedrückendster Prototyp die bündnispolitische Verklammerung mit Österreich empfunden wurde - lieferte seit langem Diskussionsstoff für viele Dispute in den Nationalversammlungen, speziell nach den Debatten über die außenpolitische Kompetenz vom Mai 1790. Mit dem ersten "Girondeministerium" der Monate März-Juni 1792 wurde das "revolutionäre Verständnis" von Außenpolitik gleichsam hoffähig. Als "grand peuple" und "peuple libre et juste" fühlte man sich, wie der neue Außenminister der Gironderegierung General Dumouriez verkündete, als "allié naturel de tous les peuples" und lehnte daher "alliances particulières" ab. Eine Ausnahme bildeten lediglich Handelsverträge, denen man im Sinne des Physiokratismus völkerverbindende Heilwirkung zubilligte. Erst nach dem Ende der konstitutionellen Monarchie im Sommer 1792 und der Beseitigung der letzten retardierenden Momente konnte man darangehen, revolutionäre Maximen und außenpolitische Realität endgültig in Einklang zu bringen. Das Instrument der Diplomatie sollte endlich der neuen Entwicklung angepaßt werden ("la diplomatie française doit enfin revêtir le caractère de notre révolution"); Brissot forderte das Ende der dem diplomatischen Dienst des Despotismus inhärenten Zweideutigkeiten und Finessen und wollte "simplicité", "laconisme" und "clarté" an ihre Stelle setzen¹¹⁾.

⁹⁾ Goetz-Bernstein, S. 285f (Entwurf Condorcets).

¹⁰⁾ AP 16, S. 372-374. "Vous avez reconnu authentiquement [...] que la souveraineté réside dans le peuple: or le peuple est partiout sous le joug de dictateurs qui se disent souverains", hieß es bei dieser Gelegenheit in der Adresse Cloots'. Über Cloots vgl. am besten Selma Stern, Anacharsis Cloots, der Redner des Menschengeschlechts. Ein Beitrag zur Geschichte der Deutschen in der Französischen Revolution (= Historische Studien 119; Berlin 1914) und auch Albert Soboul, Anacharsis Cloots. L'orateur du genre humain. In: AHRF 52 (1980) 29-56.

¹¹⁾ Brissot im Konvent am 21. November 1792 zu den Verhandlungen Frankreichs mit Genf: AP 53, S. 503-506.

Der traditionellen Subsidien- und Geschenkpoltik des französischen Ancien Régime wurde der Kampf angesagt:

"Il fallait bien recourir aux vils moyens de la corruption", so Außenminister Lebrun im September 1792, "quand la diplomatie n'était que l'art de la dissimulation, de la perfidie, de l'imposture, de la tromperie, quand le plus rusé négociateur était aussi le plus célèbre, quand le titre de grand politique était réellement le synonyme de grand fourbe, quand tout le talent des ministres les plus renommés était de tout brouiller pour avoir ensuite la gloire aisée de tout débrouiller. Mais aujourd'hui que notre politique sera aussi franche que peu compliquée, aujourd'hui que nous n'avons plus d'autres présents à offrir aux peuples que justice et liberté, que nous n'avons à en exiger pour nous-mêmes que paix et justice, la Convention Nationale jugera sans doute que ces richesses frivoles peuvent être employées plus utilement en les échangeant contre du fer, le métal de la liberté."¹²⁾

Der Gegensatz zwischen pazifistischem Kosmopolitismus einerseits, Patriotismus, Nationalgefühl und ideologischem Imperialismus andererseits, der bislang in schwungvollen, inhaltlich nicht immer kohärenten Reden leicht kaschiert werden konnte, drängte zu einer konkreten Lösung, als nach Abwehr des ersten preußisch-österreichischen Invasionsversuchs im September 1792 der Gegenstoß der französischen Armeen zur Besetzung weiter Teile der Nachbarländer führte. Schon die ersten Erfolge gegen die Koalitionsmächte stärkten das Selbstbewußtsein: "Nos victoires, voilà nos alliés, quant à présent et ceux-là nous en donneront bien d'autres"¹³⁾. Sie brachten aber auch die "neuen" Grundsätze revolutionärer Außenpolitik auf den Prüfstand.

Das Schicksal besetzter Gebiete wurde bald zu einer Kernfrage realer Politik und zum Testfall für die Praxisrelevanz von Schlagworten wie "Volkssouveränität - Nationalitätsprinzip - Selbstbestimmung", sofern nicht die Armeeführer selbst mangels einheitlicher Direktiven nach eigenem Gutdünken agierten. Wie war mit den okkupierten Territorien zu verfahren? Sollten Schwesterrepubliken ("républiques-socours") als Marionettenstaaten gegründet oder aber die Grenzen Frankreichs durch Annexion an die "limites naturelles" des Hexagons (Rhein-Alpen-Pyrenäen) vorgeschoben werden? Universelle "Einheitsrepublik" gegen "Föderativrepublik"? War eine Verknüpfung beider Konzepte möglich, wie sie etwa Brissot thematisierte: "extension de la France jusqu'aux bornes que prescrit la nature; au delà, ceintures de républiques fédératives, et point de république universelle."¹⁴⁾

Am 19. November 1792 beschloß der Konvent ein bedenkliches, von vielen Mächten als Aufruf zum universalen Bürgerkrieg interpretiertes Dekret: "La Convention Nationale déclare, au nom de la nation française, qu'elle accordera fraternité et secours à tous les peuples qui voudront recouvrer leur liberté et charge le pouvoir exécutif de donner aux généraux les ordres nécessaires pour porter secours à ces peuples et défendre ceux qui auraient été vexés ou pourraient l'être pour la cause de la liberté." Das Dekret sollte in verschiedenen Sprachen gedruckt und von den vorrückenden französischen Armeen verbreitet werden¹⁵⁾. Schon kurz darauf sah wenigstens Abbé Grégoire Alteuropa vor der solchergestalt offensiv nach außen getragenen Erklärung der Menschenrechte erzittern: "La royauté est ou détruite ou agonisante sur des décombres féodaux; et la déclaration des droits, placée à côté des trônes, est un feu dévorant qui va les consumer." Alle Völker waren Freunde Frankreichs, alle Regierungen aber seine Feinde¹⁶⁾.

¹²⁾ Außenminister Lebrun in seinem außenpolitischen Lagebericht vor dem Konvent (26. 9. 1792): AP 52, S. 162-165.

¹³⁾ Rede Brissots am 3. Oktober 1792: AP 52, S. 297-299 (Bericht über die Beschwerden Berns und Uri gegen die französische Besetzung Porrentruys).

¹⁴⁾ Goetz-Bernstein, S. 328.

¹⁵⁾ AP 53, S. 472-474. Sorel 3, S. 144-157, 164-170. Die unterlegenen und nach Frankreich geflohenen Aktivisten anderer "revolutionärer Entwicklungen" der letzten Jahre etwa aus Belgien, Lüttich oder den Vereinigten Niederlanden wurden schon seit Frühjahr 1792 zu Speerspitzen einer aggressiveren, gegen das Ausland gerichteten Linie, zu "Vorboten der Revolutionierung des Auslands", umfunktioniert. Sie bildeten v.a. nach Kriegsausbruch im April 1792 von staatlicher Seite geförderte Comités, aber auch bewaffnete Verbände (Legionen).

¹⁶⁾ Sitzung vom 28. November 1792: Goetz-Bernstein, S. 364, AP 53, S. 635f (Adresse Grégoires als Präsident des Konvents an eine Delegation englischer Republikaner). - "Tous les gouvernements sont nos ennemis, tous les peuples sont nos amis": Abbé Grégoire am 27. November 1792 in seiner Rede vor dem Konvent zum Anschluß Savoyens an Frankreich. Vgl. AP 53, S. 610-614.

Am 15. Dezember 1792 rief Pierre-Joseph Cambon (1756-1820), der Finanzfachmann des Konvents, den Abgeordneten das eigentliche Kriegsziel - die Vernichtung der Privilegien, der Monarchen und ihrer "Komplizen" - vor Augen und wies auf die davon merklich abweichende Realität in den besetzten Gebieten, besonders in Belgien, hin, wo die kommandierenden Generäle die vorgefundenen Strukturen bislang meist respektierten. Nun wurden die Ausrufung der Volkssouveränität, die Zerschlagung des alten Verwaltungsnetzes und - nach der markigen Devise "guerre aux châteaux, paix aux chaumières" - die Vernichtung des Feudalregimes samt Zehent, Kirchengütern und "privilegierten Kasten" auch in den von französischen Revolutionstruppen okkupierten Zonen verfügt; dies waren die Bedingungen für die Befreiung vom Tyrannenjoch, die die französischen Generäle kundzumachen hatten. Von der großzügigen Unterstützung eines selbständigen Weges in die Freiheit war man rasch zu einer durch eine Art "protectorat révolutionnaire sur les peuples" nur dürftig bemäntelten Französisierung übergegangen ... "quel démenti à l'optimisme premier de la Gironde!" (J. Jaurès). Ganz Europa mußte in Brand gesteckt werden, wollte Frankreich sicher sein, so selbst Brissot schon im November 1792; und der enragierte Ultra Pierre-Gaspard Chaumette (1763-1794) prägte den bekannten Aufruf zur "Französisierung, Munizipalisierung und Jakobinisierung" Europas von Paris bis Petersburg. Wenn man sich überhaupt noch auf den Kontinent beschränkte. Denn im Zeichen des heraufziehenden bewaffneten Konflikts mit Madrid wurde auch die Revolutionierung des spanischen Kolonialreichs in Amerika ernstlich erwogen¹⁷⁾.

Schließlich verschmolz - soweit möglich - die von Realpolitikern des "nationalen Instinkts" wie Georges Danton, Lazare Carnot u.a. getragene Konzeption der lediglich durch Entfremdung verlorengegangenen "frontières naturelles et anciennes" (Rhein, Alpen, Pyrenäen) mit den übergeordneten Topoi der nationalen Souveränität und des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Die Annexion von Gebieten galt nicht mehr als Eroberung im herkömmlichen Sinn, sondern als plebiszitär zu vollziehender "Selbstanschluß" einer befreiten Bevölkerung durch einen "contrat formel d'adhésion", war also eine "Eingliederung auf Wunsch". Das seit September 1792 besetzte Savoyen wurde im November 1792 nach entsprechendem Votum einer "Nationalversammlung der Allobroger" mit Frankreich vereinigt, Anfang 1793 folgten Nizza und Monaco. Die erste "république soeur", die im Dezember 1792 im Fürstbistum Basel proklamierte "république de Rauracie" (Porrentruy), traf wenig später ein gleiches Schicksal (April 1793), im März/Mai 1793 kam die Reihe an Lüttich; auch das anschlusseindliche, auf Selbstbestimmung bedachte Belgien stand schließlich ganz gegen frühere Zusagen auf der Wunschliste der Propagatoren der "frontières naturelles". Linksrheinisches Reichsgebiet wurde ebenso aufgesogen, während Mainz im März 1793 seinen "Selbstanschluß" erklärte, ehe die ungünstige militärische Entwicklung 1793 die politischen Entscheidungen des Konvents überholte.

Die primär naturrechtliche Grundlage des revolutionären Völkerrechts machte die Auffassung einleuchtend, daß die Natur auch die wahren Grenzen der Nationalstaaten abstecken müsse. "L'idéal d'une 'république universelle' s'incarne ainsi dans une réalité qu'on prétend expliquer par la géographie et l'histoire; sur la croisade libératrice se greffe l'expansionnisme passionnel de la France", so Furet/Richet. Der Befreiungskrieg mündete schließlich in eine Okkupationspolitik. Von der "guerre d'affranchissement" zur "guerre de prosélytisme" und schließlich zur "guerre de révolution et de conquête"¹⁸⁾

Die zu Jahresende 1792 beschlossene zwangsweise "Revolutionierung" und "Gleichschaltung" der besetzten Länder und der aggressive Export der "Ware Revolution" ins Ausland wurden im April 1793 wieder zurückgenommen, als die girondistische Expansionspolitik Schiffbruch erlitt und man sich im Zeichen der europäischen Großoffensive vordringlich der Verteidigung des Erreichten widmen mußte. Das Versprechen "La Convention déclare [...] qu'elle ne s'immiscera d'aucune manière dans le gouvernement des autres puissances" (13. April 1793) war weniger Programmatik denn Ergebnis einer realpolitischen

¹⁷⁾ Rede Cambons und Debatte AP 55, S. 70-76; Sorel 3, S. 232-238, Jaurès 4, S. 151. Eine harte Kontributionspolitik gegenüber den "Eliten", den "castes dévorantes", in den besetzten Gebiete hatte Cluots bereits am 20. Oktober 1792 unter Aufnahme des Mottos "Guerre aux châteaux, paix aux cabanes" angeregt: AP 52, S. 593f. Die vielfach abgewandelte Losung "il faut déclarer la guerre aux rois et la paix aux nations" geht auf einen Zwischenruf des Merlin de Thionville in der Sitzung der Nationalversammlung vom 20. 4. 1792 zurück (vgl. Sorel 2, S. 433, Michon, Dupont, S. 387), der Imperativ des "municipaliser partout" nach Hintze, S. 298, auf Pierre-Louis Roederer (1754-1835) zurück. Brissot an Servan (26. 11. 1792) - "Je tiens que notre liberté ne sera jamais tranquille tant qu'il restera un Bourbon sur le trône. Point de paix avec les Bourbons [...] Nous ne pouvons être tranquilles que lorsque l'Europe et toute l'Europe sera en feu.": Cl. Perroud (Hrsg.), J.-P. Brissot. Correspondance et papiers (Paris 1912) 312f.

¹⁸⁾ Furet/Richet (TB-Ausg.), S. 185. Sorel 3, S. 197-208, 307-312.

Zwangslage¹⁹). Die neue Selbstbescheidung, die Besinnung auf die nationale Ebene, fand auch in die (nicht wirksam gewordene) Verfassung von 1793 (Art. 119) Eingang, wobei man sich selbstredend Gleiches von den anderen Nationen erwartete. Zugleich hieß es freilich auch - ein altes Menetekel an die Fürstenstaaten (Art. 118): "Le peuple français est l'ami et l'allié naturel des peuples libres." Diese Verheißung sollte weiterhin in einer bewußten "Asylpolitik" gegen politisch Verfolgte anderer Länder konkrete Anwendung finden.

Mit dem Eintritt Robespierres in den Comité de salut public (Juli 1793) kam es im Gegensatz gegen die defensive Politik der Geheimverhandlungen im Stile Dantons zu einer Radikalisierung des Krieges und zur Forderung nach einer schonungslosen Behandlung des Gegners ("guerre à outrance" und "levée en masse", August 1793). Gegenüber den Mächten der 1. Koalition sollte eine "diplomatie à coups de canon" das Szenario bestimmen. Schrecklich gegen den Feind, großzügig gegen die Verbündeten und gerecht gegen alle Völker, so wollte sich die französische Republik präsentieren (November 1793). Die oft sehr belastete Freundschaft zu den "freien Völkern" (USA und Eidgenossenschaft) sollte gepflegt, die Neutralität der Kleinen respektiert werden; die traditionellen Allianzen wollte man wieder aufnehmen.

Zu diesem Zeitpunkt waren die letzten französischen Auslandsvertretungen freilich ohnedies bereits drastisch zurückgegangen. Diesem immer deutlicheren Einschrumpfen der aktiven Außenbeziehungen war schon seit längerem ein Ausdünnungsprozeß innerhalb des diplomatischen Korps in Paris selbst vorausgegangen. Geschäftsträger traten an die Stelle der nach und nach unter verschiedenen Vorwänden abwandernden Botschafter und Gesandten und führten interimistisch die Agenden, ehe sie ebenfalls das Land verließen. Auch hier markierte der 10. August 1792 mit dem Sturz des Königtums einen weiteren Tiefpunkt; die psychologische Wirkung der zunehmenden Verwaisung der ausländischen Gesandtschaften in Paris und des dazu proportionalen Gefühls der Isolation Frankreichs gegenüber einem ohnedies als prinzipiell feindselig empfundenen Alteuropa darf dabei nicht unterschätzt werden.

Die Erklärung William Pitts zum Menschenfeind und seine Ächtung als Vogelfreier im August 1793, der Beschluß vom Mai 1794, keine britischen oder hannoverschen Gefangenen mehr zu machen, waren in Abkehr von der Anglomanie der Orléanisten und der Girondins weitere Marksteine zunehmender "völkerrechtlicher Exzentrizität" und Zeichen für die Bereitschaft zum "totalen Krieg", zum "Weltbürgerkrieg", der nicht Krieg von Staat zu Staat war, "sondern von globalen Parteien untereinander, nämlich der Freiheitsliebenden gegen die Unterdrücker" (R. Schnur), des Guten gegen das Böse. Er kannte nun wieder den "hostis iniustus", den Feind als "Nicht-Menschen", und dessen rücksichtslose "debellatio". Dem inneren "Ausnahmestand" der "Terreur" und der im Oktober 1793 proklamierten Revolutionierung des administrativen und politischen Lebens bis zum Frieden korrespondierte ein entsprechendes Außenverhalten.

Die Zurückdrängung der "Eliten" im revolutionären Prozeß der Jahre 1793/1794 und die "Demokratisierung" der Revolutionsbewegung "von unten" waren vor dem Hintergrund des außenpolitischen Überlebenskampfes mit Voraussetzungen für das definitive Ende des Kosmopolitismus in der Tradition der "lumières", an dessen Stelle nun ein verstärkt kriegspolitisch nutzbares Nationalgefühl trat. Hatte man noch am 26. August 1792 auf girondistischen Antrag 17 großen europäischen Aufklärern, Denkern und Schriftstellern feierlich das französische Bürgerrecht verliehen (darunter bekanntlich auch Campe, Pestalozzi, Klopstock und - mit Verspätung - Schiller) und im September des gleichen Jahres mit Cloots und Thomas Paine (1737-1809), Erfolgsautor von "Common Sense" (1776) und "The Rights of Man" (1791/92), die ebenfalls im August zu französischen Bürgern erklärt worden waren, zwei prominente Nicht-Franzosen in den Nationalkonvent gewählt, so ließ der xenophobische Rückschlag nicht lange auf sich warten: Systematische Terrormaßnahmen gegen Fremde, Angst vor einer von England gesteuerten "conspiration de l'étranger", Ausschluß, Hinrichtung bzw. Inhaftierung der "Ausländer" Cloots und Paine. Kosmopolitismus war ab sofort gleichbedeutend mit Vagabundentum, wie es Abbé Grégoire in Abkehr von seinen alten weltverbrüdernden Thesen 1795 formulierte²⁰).

¹⁹) AP 62, S. 3f. Sorel 3, S. 373-391, 426f.

²⁰) Lagebericht Robespierres vor dem Konvent und Dekret der Versammlung (17. 11. 1793): AP 79, S. 377-386. Sophie Wah-nich/Marc Belissa, Les crimes des Anglais: Trahir le droit. In: AHRF 67 (1995) 233-248. Albert Mathiez, La Révolution et les étrangers. Cosmopolitisme et défense nationale (Paris 1918), Jacques Godechot, Nation, patrie, nationalisme et patriotisme en France au XVIII^e siècle. In: AHRF 43 (1971) 481-501, Eberhard Weis, Zur Bedeutung von Absolutismus und Revolution für den französischen Nationalstaat und das französische Nationalbewußtsein. In: Otto Dann (Hrsg.), Nationalismus in vorindustrieller Zeit (= Studien zur Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts 14; München/Wien 1986) 101-112, Elisabeth Felrenbach, Nation. In: Rolf Reichardt/Eberhard Schmitt (Hrsg.), Handbuch der politisch-sozialen Grundbegriffe in Frankreich 1680-1820, Heft 7 (München 1986) 75-107. Knapp zur robespierristischen Außenpolitik Sorel 3, S. 524-535, Albert Mathiez, La politique étrangère:

Die Entdeckung des Nationalgefühls, der Nationalismus waren wesentliche Ingredienzen der Revolution, deren Export den Kontinent mit umgestaltete. Hier, im nationalen Element, lag viel von der Kraft des revolutionären Aufbruchs wie auch - im Gegensatz - des "Befreiungskampfes" der okkupierten oder ruhiggestellten Nationen gegen die pax napoleonica. Auf das "kosmopolitische" 18. Jahrhundert mit dem Höhepunkt des revolutionären Kosmopolitismus in den Anfangsjahren 1789-1792 folgte das "nationale" 19. Jahrhundert; die Rivalität der Fürsten und Dynastien übertrug sich auf das Niveau der Nationen. Natürlich barg die französische "doctrine subversive", deren Verbreitung Alteuropa zum Teil so beunruhigte, nicht nur das langfristig belastende Ferment des Nationalismus in sich, sondern mehr noch jene Reform- und Modernisierungsansätze, die - in der bonapartistischen Phase durch die siegreichen französischen Armeen immer weiter nach außen getragen - als Grundlagen für konstitutionelle, institutionelle oder soziale Regenerationsprozesse dienen konnten²¹⁾. Albert Sorel hat es auf die schöne Formel gebracht: "La France fit mieux que de vaincre l'Europe: elle la convertit". Freilich mit durchaus konventionellen - machtpolitischen - Mitteln. Denn nach Jahren des erbitterten bewaffneten Kampfes, der den "Eroberungszug der Ideen" erst ermöglichte, ja überlagerte, kam es wie so oft zu einem Sieg des Pragmatismus und einer "Sozialisation" der revolutionären Außenpolitiker (D. Armstrong). Das uneinige Europa der Könige und die erfolgreiche Revolution mußten sich letztlich am Verhandlungstisch wiederfinden; nicht über die prinzipiellen, wohl aber über die realpolitischen Fragen war der Kontakt zwischen "alt" und "neu" herzustellen. Das Arsenal an Handlungsmöglichkeiten stellte dabei nicht die wenig praktikable Revolutionsdiplomatie bereit, sondern die Diplomatie des Ancien Régime; so stand denn auch das große "Verhandlungsjahr" 1795 über die 3. Polnische Teilung hinaus ganz im Zeichen territorialer Rochaden nach dem Muster der herkömmlichen Kompensationspolitik, mit denen die Revolution wesentliche Prinzipien über Bord warf. Vertreter des revolutionären Frankreich saßen mit Preußen und Spaniern am Verhandlungstisch, um nach alter Manier die Einflußzonen abzustecken; "mettre un peu la philosophie de côté" (Merlin de Douai) und "allier la politique aux vertus républicaines" (Danton) war angezeigt, und zwar zugunsten der pragmatischen Staatsräson, die die handfesten Interessen Frankreichs vor die Umsetzung aufklärerischer Postulate oder revolutionären Zeltotismus stellte. Wieder einmal siegte also "statehood" über "revolutionary identity" (D. Armstrong)²²⁾.

Le plan robespierriste. In: AHRF 12 (1935) 481-494, Kurt Holzapfel, Robespierre und Preußen. In: ZfG 26 (1978) 878-886. - Jürgen Voss, Der Mann, der Schiller 1792 zum Ehrenbürger Frankreichs machte: Philippe-Jacques Rühl (1737-1795). In: Ders., Deutsch-französische Beziehungen im Spannungsfeld von Absolutismus, Aufklärung und Revolution (= Pariser Historische Studien 36; Bonn/Berlin 1992) 313-329. Rühls prominente Rolle in der Frage der "princes possessionnés" im Elsaß beleuchtet spezieller Alfred Maurer, Rühl. Ein Elsässer aus der Revolutionszeit (Straßburg 1906). Rühl war, ehe er in die Legislative gewählt wurde, Verwalter der leiningischen Grafschaft Dagsburg (Dabo).

²¹⁾ "Die eigentliche historische Wirkung der Französischen Revolution auf Bayern wie auch auf Deutschland allgemein scheint mir nicht in den wenigen lokalen Erhebungen, Jakobinerzirkeln und Traktaten der Zeit von 1789 bis 1799 zu liegen, sondern vielmehr in den Reformen, die in der napoleonischen Zeit - unter dem Druck oder durch die Vermittlung des imperialen Frankreich - durchgeführt wurden": Weis, Pfalz-Bayern, S. 130, u. allgemein Eberhard Weis, Der Einfluß der französischen Revolution und des Empire auf die Reformen in den süddeutschen Staaten. In: Francia 1 (1973) 569-583, ders., Preußen-Frankreich-Amerika. Revolution und Reformen. In: Otto Büsch/Monika Neugebauer-Wölk (Hrsg.), Preußen und die revolutionäre Herausforderung seit 1789 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 78; Berlin/New York 1991) 3-20. Gleichmaßen hebt Härter, S. 643-654 (Zusammenfassung), "die langfristigen, katalytischen Auswirkungen" der Revolution auf das Reich durch die Aktivierung der "zentrifugalen und auflösenden" Kräfte hervor. Die Koalitionskriege und die Politik Napoleons entschieden den "Konflikt zwischen Reichsidee und Staatssouveränität" zugunsten der "Souveränitätsbildung der deutschen Einzelstaaten". Dazu bedurfte es freilich auch einer Änderung der alten französischen Deutschlandpolitik, die traditionell einer Zersplitterung Deutschlands zuarbeitete, um es als "boulevard de la France" unter Kontrolle zu halten. Im Laufe der Revolution obsiegte schließlich die Idee der Ausdehnung bis zur "natürlichen" Rheingrenze und - jenseits dessen - die großzügige "Flurbereinigung" durch Ausbau der mittleren und größeren Reichsstände, die das Glacis übersichtlicher gestalten half (vgl. Buddruss, Deutschlandpolitik. In: Aretin/Härter, S. 145-154). Franz Dumont, Wirkungen auf Deutschland und Europa. In: Rolf Reichardt (Hrsg.), Ploetz, Die Französische Revolution (Freiburg/Würzburg 1988) 264-284 betont gleichfalls die massive Katalysatorwirkung der Revolution.

²²⁾ Vgl. Sorel I, S. 544-552.

3.3 Anstelle einer Zusammenfassung

Die "Kriegsschuldfrage" im Widerstreit der historischen Interpretationen

Der Krieg des revolutionären Frankreich gegen Alteuropa, dessen Anfängen wir in den vorangegangenen Kapiteln nachgespürt haben, stellt mit all seinen Folgewirkungen für die Geschichte des Kontinents einen derart monumentalen Ereigniskomplex dar, daß Historiker von jeher geneigt schienen, die Eruption des Konflikts im Jahre 1792 als unvermeidlichen und logischen Ausbruch einer fundamentalen Differenz der Prinzipien einzustufen.

Eine Sicht, die sich mit erstaunlicher Zähigkeit in der allgemeineren Literatur hält¹⁾. Denn die spezifische Detailforschung hat zwar schon lange zu einem differenzierteren Bild gefunden und die Ex-post-Überfrachtung des Bruchs von 1792 einigermaßen relativiert, ist aber in ihren meist sorgsam abwägenden und bedächtigen Schlußfolgerungen gegenüber den Rezipienten wohl zu selten hinreichend apodiktisch gewesen oder leidet gar z.T. selbst an einer fast zwanghaften Tendenz zur (nachträglich aufgesetzten) Hyperinterpretation. Gerade Albert Sorels Klassiker "L'Europe et la Révolution française" ist ein gutes Beispiel für die schwierige Gratwanderung zwischen positivistischer Realgeschichte, romantischer Revolutionssicht und historizistischem Telos. Sorel stellt einerseits den bewußten Kriegskurs der Brissotins in der Legislativversammlung deutlich heraus. Der Krieg schien notwendig, um den Feind im Inneren wie im Ausland bloßzustellen und nach Möglichkeit zu vernichten, die revolutionären Errungenschaften gegen Revisionsversuche zu sichern. Die Girondisten wollten aber mehr als nur die Kontrolle Frankreichs und der revolutionären Entwicklung, sie wollten auch "libérateurs de l'Europe", ja "bienfaiteurs de l'humanité" sein, wodurch die "guerre politique" rasch zur "guerre révolutionnaire" geworden sei. So vermag Sorel in seinem beeindruckenden Panorama dem ideologischen Ferment und dem Problem der selbsttätigen, dann aggressiven "Propaganda" ohne Stilbruch einen großzügig ausgemessenen Platz anzuweisen. Geht es freilich um eine Gesamtbewertung, dann rückt mit "la force des choses" wieder das Unvermeidliche, das Zwanghafte des Kriegsausbruchs vor den platten Ereignisablauf. Jenseits der "idées abstraites", also im konkreten Fall des revolutionären Gedankenguts, sind es für Sorel und seine Kernthese nicht Ideologie und revolutionärer Messianismus, sondern die ewigen Gebote der nationalen Machtpolitik, "passions héréditaires" und "intérêts permanents", die immer aufs neue ihre geschichtsmächtige Kraft entfalten und so die Brücke zwischen Ancien Régime und Revolution schlagen²⁾

Gegen Überinterpretation und eine den Konflikt zwischen der Revolution und Alteuropa ideologisierende Lesart hat jetzt speziell F. Furet - die eindeutigen Urteile von Sybel, Bourgoing, Taine, Sorel, Arnaud-Bouteloup und besonders Jaurès in Sachen "Kriegsschuldfrage" unterstreichend - die realpolitisch-innenpolitischen Ursprünge des Krieges herausgearbeitet und pointiert zusammengefaßt³⁾: Die progressi-

¹⁾ Vgl. z.B. jüngst noch Bély, S. 646, mit der starken Betonung der "dimension idéologique" des Krieges, der sogar dem Dreißigjährigen Krieg an die Seite gestellt wird. Ähnlich auch bei Scott/McKay, S. 272ff ("The war which broke out in the spring of 1792 between France and the two German powers, Austria and Prussia, was to have primarily ideological causes", S. 275). Dagegen scheinen mir die allgemeinen Bemerkungen bei Blanning, *Origins*, S. 120-123 (Kap. "An Ideological War?"), und Hochedlinger, *Österreich und die Französische Revolution*, S. 81-110, auch nach geleisteter Detailforschung im wesentlichen durchaus noch haltbar. Blannings Einschätzung "The Austrians were undeniably more inclined [than the French] to view the Revolution in terms of ideology" (S. 121) vermag ich nicht heizpflichten. - Im folgenden kann natürlich keine erschöpfende Revue der bisherigen Bewertungsversuche des Kriegsausbruchs durch die Revolutionshistoriographie von Thiers bis Vovelle vorgenommen werden. Einige allgemeine Bemerkungen müssen genügen.

²⁾ Sorel 2, S. 314, 435, 437, 516-520, 565, Bd. 3, S. 276.

³⁾ Vgl. besonders das Standardwerk von Furet/Richet, *Révolution* (hier war das Kapitel über den Kriegsausbruch 1792 mit "La guerre voulue par la Révolution" übertitelt worden, TB-Ausgabe, S. 148-150), sowie Furet, *Les Girondins et la guerre*, S. 189-205. H. Taine, *Les origines de la France contemporaine. La Révolution. 2: La conquête jacobine* (Paris 1884) 129-149, Jaurès, *Histoire socialiste* 2, S. 59: "[...] la guerre a été machinée. La Gironde y a conduit la France par tant d'artifices, qu'on n'a pas le droit de dire que la guerre était vraiment inévitable." Pierre Bourretz, Jaurès et la Gironde. In: François Furet/Mona Ozouf (Hrsg.), *La Gironde et les Girondins* (Paris 1991) 89-110. Vgl. auch die Diskussion der "Kriegsschuldfrage" bei Ernst Schulin, *Die Französische Revolution* (München 1989) 114-117. Nützlich die Kriegsursachendiskussion bei Attar, S. 82-121, der für die französische Seite die drei Hauptkräfte (Tuilerien, Feuillants, Girondisten) in ansprechender Weise beleuchtet. - Die Betonung der finanziellen bzw. kommerziellen Interessen der Gironde an einem Krieg scheint zugleich mit der unhaltbaren klassenkämpferischen Scheidung zwischen großbürgerlichen Girondins und kleinbürgerlichen Montagnards heute obsolet. Vgl. noch Soboul, *Kurze Geschichte* (Stand: 1965), S. 69: "Als Repräsentanten der hohen Handelsbourgeoisie hatten die Girondisten vor, endlich mit der Konterrevolution aufzuräumen, vor allem auch, um damit den für die positive Entwicklung der Unternehmen notwendigen

ven Kräfte der im Herbst 1791 zusammentretenden Assemblée Législative, die Gruppe um Brissot, wollten den Krieg und provozierten ihn durch eine herausfordernde Außenpolitik gegenüber einer ohnedies zunehmend skeptischen, wenn auch zutiefst uneinigen Staatengemeinschaft. Zuerst über das Comité Diplomatique der Nationalversammlung, das zum regelrechten "Schatten-Außenministerium" emporwuchs, und schließlich während ihrer ersten Regierungsverantwortung ab März 1792, als endlich die bisher "inoffizielle", in Konkurrenz zum Kabinett gesteuerte außenpolitische Linie offen umgesetzt werden konnte, stellten sie konsequent die Weichen in die gewünschte Richtung.

Im Rahmen der aggressiven Kriegspolitik stand keineswegs die revolutionär-ideologische Expansion im Vordergrund, wie die Tatsache vermuten lassen könnte, daß die Brissotins der Legislative dann als Girondisten im Konvent einem dick aufgetragenen "messianisme conquérant" huldigten und die ersten Vorboten dieser Entwicklung schon ab Herbst 1791 unüberhörbar waren. Vielmehr ging es der Kriegspartei hauptsächlich darum, den trügerischen Schleier des Kompromisses zwischen Königtum und Revolution zu zerreißen und dem matt gewordenen revolutionären Feuer neuen Zunder zu geben; "remuscler la Révolution" (M. Winock), "donner un deuxième souffle à la Révolution par la défaite du Roi" (F. Furet)⁴⁾ lautete der Kampfruf der Kriegspolitik à la Brissot - "manoeuvre de politique intérieure", wie sich A. Mathiez, F. Furet u.a. durchaus einig sind - gegen die Bestrebungen jener, die im Sommer 1791 trotz der belastenden Flucht der königlichen Familie die Revolution beendet und den König als Ruhepol dieses Programms verankert sehen wollten. Im Krieg des neuen Frankreich gegen die feindlichen Mächte ließ sich die "royauté" am besten und endgültig von der Nation trennen, der mit dem Gegner im Ausland paktierende Feind in den eigenen Reihen bloßstellen, die Republik als logischer Gegenentwurf zum bankrotten Königtum realisieren und der Kanon der neuen republikanischen Tugenden sogleich nach klassisch-antikem Vorbild in kriegerischer Bewährung auf die Probe stellen. Die Nation sollte zugleich über die latenten inneren Konflikte hinweg durch die Sammlung aller Kräfte für den Kampf gegen den äußeren Feind geeint, gereinigt und gestählt werden. Nicht alle freilich teilten diese romantische Sicht der Dinge; manche wie Robespierre verschmähten die gewundene und indirekte Annäherung an den Kampf gegen die inneren Feinde der Revolution, das umständliche Herantasten an die republikanische Staatsform und wollten dem ungeschminkten internen "Reinemachen" den Vorrang vor einer bei revolutionären Staaten allerdings oft anzutreffenden Verlängerung der Innenpolitik in die Außenpolitik einräumen.

Freilich wird man der Kriegsstimmung seit Herbst 1791 schwerlich gerecht werden, wenn man ihre breite Basis außer Acht läßt. Die Entzündung des Patriotismus durch die girondistische Kriegspolitik hatte Erfolg. Weiten Teilen der Bevölkerung konnte im Angesicht der seit 1789 ohnedies grassierenden Ängste vor einer konterrevolutionären Intervention des Auslands die Notwendigkeit einer todesmutigen "Flucht nach vorne" plausibel gemacht werden, und, betrachtet man die Kriegspläne der Achse Berlin-Wien,

Kredit der Assignate wieder anzukurbeln. Der Krieg, den die Aristokratie wünschte, um nach der Niederlage die Konterrevolution im Inneren durchzuführen, schreckte auch die Handelsbourgeoisie nicht: waren die Waffenlieferungen an die Armee nicht schon immer äußerst einträglich gewesen?" Ebenfalls aus ökonomischen Gründen habe der Krieg gegen England noch bis 1793 auf sich warten lassen: "Die Girondisten, die den Kontinentalkrieg im April 1792 ausgelöst hatten, erklärten England erst im Februar 1793 den Krieg: gefährdete der Seekrieg doch den Handel mit den Antillen und den Wohlstand der Seehäfen", der wieder, so Soboul, den Reichtum der Handelsbourgeoisie von Marseille, Nantes oder Bordeaux ausmachte. Ähnlich schon der Urahn der franco-sozialistischen Schule, Albert Mathiez, *La Révolution française. 1: La chute de la Royauté 1787-1792* (Paris 1951) 180f, 187f. Soboul hat seine klassenkämpferische Einschätzung der Girondisten schon in den siebziger Jahren aufgeben müssen. Deutlich ausgewogener das "wirtschaftliche Argument" bei Michel Vovelle, *La chute de la monarchie 1787-1792* (Paris 1972) 249-253 und kritisch Attar, S. 143f.

⁴⁾ Winock, *Echec*, S. 145, Furet, *Girondins*, S. 199. - Schon Lamartine schrieb in seiner *Histoire des Girondins* 1, S. 371: "L'Assemblée était pressée de ressaisir la passion publique", und bemerkte sehr zutreffend, daß der König bei dem bevorstehenden Zusammenstoß das erste Opfer sein mußte (Bd. 2, S. 175). Talleyrand bemerkte in seinen *Mémoires* (Bd. 1, S. 221): "La guerre, en 1790, aurait utilement servi la royauté. En 1792, elle devait infailliblement renverser le trône; et c'est pour cela que les révolutionnaires la voulaient." Der Girondist Buzot thematisiert in seinen *Mémoires sur la Révolution française* (Paris 1823) 49ff das tiefe und berechtigte Mißtrauen der Brissotins gegen die "menées de la cour" und die heimliche Kooperation mit dem Ausland. "Les républicains virent donc dans la cour et parmi l'aristocratie leurs plus dangereux ennemis. Ils pensèrent que, placés dans l'alternative de renoncer au souverain ou à la jouissance des principes posés par la constitution, les principes devaient l'emporter, et cette résolution devint la règle de leur conduite".

nicht ohne Berechtigung! Niemand hat es schöner formuliert als Lamartine⁵⁾):

"La France se sentait sûre d'elle-même en attaquant la première l'Europe conjurée contre elle. Il semblait aux bons citoyens que tous les troubles intérieurs allaient cesser devant cette grande action extérieure d'un peuple qui défend ses frontières, que le procès de la liberté allait se juger en quelques heures sur les champs de bataille et que la constitution n'avait besoin que d'une victoire pour que la nation fût désormais libre au dedans et triomphante au dehors."

Die eine oder andere neue Facette zu dieser innenpolitischen Sichtweise bringt Franz Maier im interpretativen Teil seiner durchaus gelungenen Zusammenfassung der zum Kriegsausbruch führenden Entwicklungen bei⁶⁾. Maier hat das ideologische Element als Movens sehr niedrig veranschlagt, das Motiv der Völkerbefreiung dem auch unter der Revolution ungebrochenen "Machtwillen" Frankreichs untergeordnet und neue Mittel der Diplomatie wie Propaganda und Ideologieexport nur als Hilfsmittel, als "Geheimwaffen" der Brissotins eingeschätzt; das "Nationale", der von den Brissotins geschickt kanalisierte nationale Machttrieb - so die deutlich von Sorel beeinflusste Hauptthese Maiers - überwog stets das "Universale": Frankreich sollte den seit 1756 durch die freiwillige Ankettung an Österreich-Habsburg sukzessive verspielten Platz in der europäischen Mächtelandschaft wieder zurückgewinnen. Dazu mußte v.a. die Versklavung durch den egoistischen österreichischen Verbündeten - verkörpert durch die verhaßte Königin Marie-Antoinette - gesprengt werden. Die Lösung des unsympathischen Bündnisses von 1756 empfand der Brissotin Vergniaud im Januar 1792 bekanntlich als für den Erfolg der Revolution ebenso notwendig wie den Sturm auf die Bastille im innenpolitischen Bereich. Ein schönes Gleichnis auf die "Austrophobe paranoia" (T.C.W. Blanning), in die die auch durch die Zäsur von 1756 nicht wirklich überlagerte Skepsis gegen den alten Erbfeind seit 1789 gemündet war. Niemand geringerer als Leopold von Ranke hat in dem verhaßten Bündnis von 1756 "eines der wesentlichsten Motive der Revolution" gesehen

⁵⁾ Lamartine, *Histoire des Girondins* 2, S. 291f. Den Krieg als "Flucht nach vorne" stellt auch Brissot in seiner "défense devant le tribunal révolutionnaire" (1793) in den Mittelpunkt seiner Argumentation. Dabei rangiert aber die Notwendigkeit, einen de facto bereits seit lange bestehenden Kriegszustand gegenüber Österreich zu officialisieren und die anhaltenden Provokationen Wiens zu rächen, weit vor der notwendigen Entlarvung des Königs als Feind im eigenen Hause. Um den defensiven Charakter des Paukenschlags zu betonen, habe man auch - so Brissot - am 20. April 1792 nicht den Krieg erklärt, sondern lediglich den bereits bestehenden Kriegszustand festgestellt. Vgl. Cl. Perroud (Hrsg.), J.-P. Brissot, *Mémoires* 2: 1784-1793 (Paris o.J.) 287-292. Treffender scheint das - von Jaurès (*Histoire socialiste* 2, S. 656) mit Recht so hervorgehobene - Bekenntnis Brissots vom 20. September 1792, als er eine Art Rechenschaftsbericht der Legislative versuchte: "Pour convaincre tous les Français de la perfidie de la cour, il fallait la mettre à une grande épreuve et cette épreuve était la guerre contre la maison d'Autriche". Die "Republikanisierung" hätte sich ansonsten noch Jahre, ja Jahrzehnte verzögert. Diese Entwicklung offensiv angestrebt zu haben, war für Jaurès die historische Mission der Legislative. Sehr interessant ist jedoch der Hinweis Reinhards, Chute, S. 304ff, auf die betont "defensive", den Abwehrcharakter betonende Wortwahl der "Marseillaise", die immerhin als "Chant de guerre pour l'armée du Rhin" im Straßburg des April 1792 entstand. - Hinzuweisen ist an dieser Stelle im übrigen ein früher und scharfsichtiger Versuch aus sehr prominenter Feder, die Ursprünge der Revolutionskriege zu ergründen: Friedrich Gentz, *Über den Ursprung und Character des Krieges gegen die französische Revolution* (Berlin 1801). Gentz widerlegte in dieser gründlichen, in vielen ihrer Schlußfolgerungen auch heute noch überzeugenden Schrift die unter Zeitgenossen gängige Lesart, der Krieg von 1792 sei "die Frucht einer freiwilligen und planmäßigen Verbindung der Europäischen Mächte gegen die Französische Revolution [die "rois conjurés" der Marseillaise!] gewesen" und stellte dem die damals keineswegs selbstverständliche These von dem bewußt gesteuerten Kriegskurs der Girondisten entgegen, die auf diesem Umwege die Monarchie beseitigen wollten. Die in ihren Zielsetzungen beschränkte Polizeiaktion zur Wiederherstellung einer rechtmäßigen Macht in Frankreich galt Gentz nicht als unzulässige Intervention, sondern als Schlußpunkt berechtigter Selbstverteidigung. Kritisch bewertete Gentz dagegen die irriige Ansicht der Alliierten, gegen das neue Frankreich einen "militärischen Spaziergang" wagen zu können, und - gipfelnd im Braunschweigischen Manifest - den schlagenden Kontrast zwischen einer wortgewaltigen österreichisch-preußischen Politik der Einschüchterung und der Drohungen einerseits und "der Kraftlosigkeit der Maßregeln" andererseits (S. 189 Anm.). Die These von der Notwendigkeit und Berechtigung der Kriegserklärung sowohl als Reaktion auf ausländische Provokation als auch und v.a. im Sinne einer dringend gebotenen Beseitigung des Königs als Knotenpunkt zwischen innerem und äußerem Feind vertrat besonders vehement Jules Michelet im Bd. 3 seiner *Histoire de la Révolution française* (= *Oeuvres complètes* 19; Paris o.J.) Livre VI und bes. die Passage über die Kriegserklärung im April 1792 (S. 427-433). Heinrich von Sybel hat dagegen die These Gentz' dokumentarisch zu erhärten versucht und sich geweigert, "die These vom 'Kreuzzug' der europäischen Monarchien gegen die Revolution zu akzeptieren" (K. Malettké). Walter Markov, *Krieg und Frieden 1792*. In: *Revue internationale d'histoire militaire* Nr. 43 (1979) - DDR-Ausgabe, S. 24-37, wertet dagegen Frankreichs Krieg als "angemessene Einstellung auf das Verhalten auswärtiger Feudalmächte".

⁶⁾ Maier, bes. S. 159-178. Sorel (siehe oben) und Blanning, *Origins*, S. 121, betonen gleichfalls die Schwerkraft der traditionellen nationalen Interessen Frankreichs, ebenso deutlich Simon Schama, *Citizens. A Chronicle of the French Revolution* (New York 1989) 581-597, bes. S. 591.

und so den Stellenwert der unpopulären Allianz mit Österreich im Rahmen der rapiden Entfremdung von Königtum und Nation sicher richtig eingeschätzt. Die Revolution wollte gerade an diesem Punkt an die Wurzeln der klassischen französischen Außenpolitik des 16. Jahrhunderts anknüpfen. Sorels These vom unbezwingbaren Beharrungsvermögen der außenpolitischen Leitlinien des Ancien Régime, die auch für den Kriegsausbruch 1792 das Nationalstaatliche weit über das sonst gerne betonte ideologische Element stellt, hat - zumindest was die Persistenz der französischen Austrophobie anlangt - einiges für sich. Allerdings: die jahrhundertealte Österreichfeindlichkeit war bestenfalls Vehikel der Kriegspropaganda.

Realpolitische Kollisionen mit dem auch nach 1756 nie zum Freund und aufrechten Alliierten gewordenen "Erbfeind" Österreich - besonders die Emigrantenfrage - lieferten denn auch die dankbare Kulisse für das unüberhörbare französische Säbelrasseln ab Spätherbst 1791. Die auf Erlösung durch ausländische Intervention hoffende französische Königsfamilie in den Tuileries - enttäuscht über die bisherige Passivität der Mächte - ließ dem Kriegskurs freien Lauf und blockierte so die vernünftige Friedenspolitik der nicht-fayettistischen Feuillants, die - sehr zu Recht - in einem bewaffneten Konflikt mit dem Ausland das Ende ihrer Stabilisierungspolitik und damit letztlich auch des Königtums heraufziehen sahen.

Nolens volens mußte vor diesem Hintergrund sogar Wien allmählich der Notwendigkeit ins Auge blicken, das französische Ärgernis, den "französischen Unfug", wie sich Staatskanzler Kaunitz ausdrückte, nicht einfach ausbrennen zu lassen, sondern durch eine in Ausmaß und Zielsetzung sehr beschränkte "Polizeiaktion" zu bereinigen, wobei man auch mit einer entsprechend heilsamen Wirkung der Sanierungsarbeit in Frankreich auf die kritische Situation in Belgien spekulierte. Die Absicherung einer beschränkt monarchischen Verfassung, die Frankreich innenpolitisch ruhigstellte und außenpolitisch auf Dauer zu einer berechenbaren *quantité négligeable* reduzierte, war stets das *non plus ultra* der österreichischen Politik. Daß man dabei die Feuillants, die in Frankreich mit Ausdauer das mit den Wiener Wünschen oft deckungsgleiche Programm einer limitierten, aber durchaus handlungsfähigen Monarchie predigten, als "natürliche" innerfranzösische Verbündete und potentielle Kerntuppe einer mit dem Ausland sympathisierenden Bürgerkriegspartei ansprach, scheint durchaus logisch. Es war wohl verständliches Wunschdenken, wenn die Staatskanzlei - trotz hervorragenden Informationsstandes in Sachen französischer Innenpolitik - die gemäßigten Feuillants, die zudem bis März 1792 das Ministerium stellten, zu autorisierten Sprachrohren der wohldenkenden und gemäßigten Mehrheit der französischen Nation hochstilisierte, die radikale Kriegspartei um Brissot aber als fanatische und tyrannische Minderheit verteufelte. Durch diese Fehleinschätzung der ab Herbst 1791 deutlich veränderten innerfranzösischen Machtverhältnisse erklärt sich jene Politik der verbalen Einschüchterung, die - anstatt die "wohldenkenden" Franzosen zu ermutigen, die radikalen "Jakobiner" aber auf die internationale Schandbühne zu stellen und zu isolieren - in Wahrheit der Kriegspartei zuarbeitete, das französische Nationalgefühl irritierte, anstelle eines die Intervention nützlich unterstützenden Bürgerkriegs die nationale Geschlossenheit herbeiführte und so den Bruch beschleunigte. Man beschwor das Gespenst eines - in Wahrheit inexistenten - europäischen Konzerts mit Stoßrichtung Frankreich und gab damit der "grande peur" auf außenpolitischem Gebiet - der fast hysterischen Angst vor ausländischer Intervention und Einmischung - reiche Nahrung. Dergestalt erleichterte Wien - wiewohl von einem Kreuzzug gegen die Revolution weit entfernt - jenen ihre Aufgabe, die dem österreichischen Erzfeind auch noch das Stigma konterrevolutionärer Bestrebungen aufdrücken wollten.

An diesem Punkt zeigte sich vielleicht am deutlichsten jener Niveauunterschied, jenes Gefälle, das Alturopa vom revolutionären Frankreich absetzte: Hier - von der Pillnitzer Deklaration 1791 bis zum Braunschweigischen Manifest 1792 - ein Weiterführen der klassischen Diplomatie des Schattenboxens, des verklausuliert-kasuistischen Drohens, von "Schein und Täuschung" (G. Küntzel), die eigentlich dem Konflikt ausweichen will, aber dennoch den riskanten "Abschreckungsspoket" wagt; dort eine Außenpolitik, die - weil zunehmend von gewählten Volksvertretern dominiert - dem innenpolitischen Imperativ gehorcht und mit entsprechend drastischer Sprache und oft irrationaler Argumentation in einem Klima wachsender Gereiztheit die öffentliche Meinung als Mittel zum Zweck mobilisiert. Ein Operieren mit divergierenden Instrumentarien, das die realpolitischen Gegensätze um so schärfer hervortreten ließ. Die zunehmend unterschiedliche Natur der außenpolitisch-diplomatischen "Sprache" in Wien und Paris - die von der Staatskanzlei zur Perfektion vorangetriebene "bürokratische (Außen-)Politik" im Sinne Henry Kissingers und eine (zunächst nur vorsichtig) "revolutionäre" Außenpolitik der französischen Nationalversammlungen - generierte den beschleunigten Verlust einer gemeinsamen Gesprächsebene, eines gemeinsamen Werte- und Ehrenkodex. Brachte man in Wien schon für die komplexen Verwicklungen etwa

der britischen Außenpolitik, für Rücksichtnahme auf ökonomische Zwänge und den Druck der "öffentlichen Meinung" nur wenig Verständnis auf, dann läßt sich denken, wie schwer es der Staatskanzlei fallen mußte, aus dem scheinbar irrationalen Außenverhalten Frankreichs in den Jahren 1791/92 Konsequenz und Folgerichtigkeit abzulesen und entsprechend zu reagieren. "[...] la guerre est inévitable. Elle éclate précisément parce qu'il n'existe plus de droit commun entre la France et l'Europe." Oder, wie Hans Glagau schrieb: Beide Gegner atmeten "gleichsam in verschiedenen geistigen Atmosphären"⁷⁾

Derart stand auch in bezug auf das verbissene Festhalten an einer Politik der Einschüchterung bei den Wiener Kabinettsdiplomaten um so eher eine weitere Fehlkalkulation am Beginn des Irrweges. Schrieb man der Drohung mit dem europäischen Mächtekoncert vom Sommer 1791 das Verdienst zu, die turbulente innenpolitische Situation in Frankreich nach der "Flucht von Varennes" kalmiert zu haben, so schien es naheliegend, die vermeintlich bereits erfolgreich eingesetzte und ab der Jahreswende 1791/92 von vielen erneut lebhaft gewünschte Einschüchterungstaktik ein weiteres Mal zur Anwendung zu bringen und die konterproduktive Gefahr einer Kränkung nationaler Ehre und Souveränität einfach zu übersehen.

Als nicht weniger irrig und in seinen Folgewirkungen besonders dramatisch erwies sich die Einschätzung jener Anforderungen, die das Auslösen des revolutionären Krankheitsherdes an die zur Intervention entschlossenen Mächte stellen würde. Maß man die Vorgänge und Veränderungen in Frankreich an den konventionellen Maßstäben der Macht- und Wohlfahrtspolitik des Ancien Régime, las man die Berichte der Diplomaten vom Ort des Geschehens, so mußte man in Wien und Berlin - mit nur wenigen Ausnahmen - zweifellos den verführerischen Eindruck gewinnen, gegen ein in Anarchie versinkendes, materiell ressourcenloses Frankreich leichtes Spiel zu haben und sich letztlich auf nicht mehr als einen militärischen Spaziergang nach Art der preußischen Strafexpedition gegen Holland im Jahre 1787 einzulassen.

Man darf dabei nicht so weit gehen wie G. Künzlel, der die Verfehltheit der österreichischen Frankreichpolitik der Jahre 1791/92 als weiteres Schulbeispiel dafür gewertet hat, daß einem kühlen, abgeklärten und leidenschaftslosen Machtpolitiker wie Kaunitz notwendigerweise das Verständnis für "seelische Kräfte und moralische Energien" - kurzum für "nationale Leidenschaften" - als politische Kategorien fehlen mußte und ihm der Freiheitsgedanke ebenso wie die Menschenrechte bestenfalls als Naivitäten aufstießen. Vielmehr werden wir gut beraten sein, die konzeptionelle Standortgebundenheit der österreichischen Politik, die sich hier durchaus mit der anderer Kabinette eins wußte, nicht zu sehr zu personalisieren, wozu uns ja auch unser Wissen um das eigentlich schon 1790 besiegelte Ende der "Ära Kaunitz" verhält. Vor allem gilt es zu bedenken, daß es innerhalb der Staatskanzlei vielleicht noch am ehesten der greise Staatskanzler war, der - die Revolution primär als innenpolitischen, Frankreich nach herkömmlichen Begriffen machtpolitisch neutralisierenden Zusammenbruch begreifend - zu möglichst weitgehender Abstinenz riet⁸⁾).

Während die Tuileries wie die interventionswilligen Mächte Preußen und Österreich eine katastrophale Niederlage der Revolutionäre erwarteten, vertraute die französische Kriegspartei in staunenswerter Selbstüberschätzung auf die neuen, durch den revolutionären Aufbruch freigesetzten Energien - auf die "unüberwindliche Kraft der revolutionären Ideen" (F. Maier) - und verachtete die europäischen Fürstentstaaten als morsche Zwingburgen, deren versklavte Insassen potentielle Sympathisanten der Revolution und ihres Kampfes mit den Tyrannen des Kontinents sein konnten und daher für den, sagen wir es salopp, Werbeslogan "Krieg den Schlössern-Friede den Hütten!" entsprechend anfällig sein mußten⁹⁾).

Bestimmte Paris lange Zeit das Tempo, konnte man die Haltung der Mächte eigentlich nicht als aktives Agieren, sondern bestenfalls als zähneknirschendes Reagieren auf ärgerliche Provokationen bezeichnen, so änderte sich allmählich das Bild, als Preußen und Österreich mehr und mehr die Überzeugung gewan-

⁷⁾ Sorel 2, S. 520. Glagau, S. 273.

⁸⁾ Künzlel, S. 108, 114f. Recht ähnlich schon Schlitter, Marie Christine, S. XCV: "[...] der Sturm, der mit elementarer Gewalt sich über Europa zu verbreiten drohte, war nicht mit Beschwörungsformeln zu verhüten, die man tiefsinnig in der Staatskanzlei ausgekügelt hatte. Noch glaubte Kaunitz, der zu alt war, um die Bewegung, die sich vorbereitete, zu verstehen, an die Allmacht der Diplomatie, und mit ihrer Hilfe dachte er dem unsichtbaren Feinde beizukommen."

⁹⁾ Eben diese wechselseitige Fehleinschätzung der eigenen wie der gegnerischen Machtmöglichkeiten und -ressourcen - basierend auf einem unterschiedlichen Wertekanon und Beurteilungsinstrumentarium - hat T.C.W. Blanning, Origins, S. 123, 163, 208ff, sehr zu Recht als hemmschwellensenkend hervorgehoben, auch wenn er - wie schon vor ihm Gutz-Bernstein (vgl. S. 133) - den Wissensstand der Österreicher hinsichtlich der innerfranzösischen Veränderungen unterschätzt.

nen, sich für ihren gemeinnützigen Einsatz für gesamteuropäische Interessen nach dem erwarteten "Blitzkrieg" gegen das revolutionäre Frankreich mit entsprechenden Entschädigungen in Land und Leuten belohnen zu dürfen ... und zwar durchaus auf Kosten unbeteiligter Dritter.

Nach dem Tode Leopolds II. im März 1792 und dem Rücktritt Kaunitz' im Sommer 1792 wurde zwar ungeachtet der dramatischen Entwicklung in Paris das ursprüngliche Programm einer bloßen Ruhigstellung Frankreichs nicht aufgegeben, aber doch durch die zunehmend hektische Suche nach territorialen Kompensationen anstelle finanzieller Entschädigung völlig überlagert. Frankreich war eigentlich nicht länger Objekt der preußisch-österreichischen Politik, sondern - wie von K. O. von Aretin und K. Härter mit Recht betont - eher Vorwand, jene Umverteilung nachzuholen, die sich Wien und Berlin in den zurückliegenden 50 Jahren der Feindschaft und des mißtrauischen Belauerns nicht hatten gönnen können. Erst das Zerschneiden der erstarrten Kaunitzischen Stabilitätspolitik ließ hier die letzten Bastionen fallen. Die neuen Gestalter der außenpolitischen Geschicke Österreichs - Vizekanzler Cobenzl und Staatsreferendar Spielmann - teilten weder die moralischen noch die politischen Vorbehalte Kaunitz' gegen die seit Frühjahr 1792 vehement diskutierten Territorialrochaden gigantischen Ausmaßes¹⁶⁾.

Dem Pathos des Historismus freilich würde eine derart karge realpolitische Interpretation einer für wahr geschichtsmächtigen Ereigniskette zu dürftig erschienen sein. So erklärt es sich denn wohl auch, daß man der Detailforschung immer wieder übergeordnete Interpretationsversuche an die Seite gestellt hat, die nicht selten und bis heute nachwirkend durch ein verwirrendes Springen zwischen überwiegend realpolitisch-ereignisgeschichtlicher Darstellung und der oft aufgesetzt wirkenden Suche nach tiefschürfenden, gleichsam ideengeschichtlichen Erklärungsmustern frappieren.

Leopold von Ranke, der selbst mit dem Klischee aufgeräumt hat, daß die Französische Revolution von Anfang an die Politik der europäischen Kabinette antipathisch bestimmt und "gegen das Wesen der revolutionären Ideen" auf die Barrikaden getrieben habe, findet unter bewußter Distanzierung von seinem "Schüler" Sybel zu der eigenartigen Schlußfolgerung: "Die Politik suchte den Frieden, die universalen Gegensätze stellten den Krieg in Aussicht." Eine merkwürdige, dem Ereignisablauf eigentlich widersprechende "ideengeschichtliche" Überhöhung der realgeschichtlichen Basis, die man in verwandter Weise schon bei Lamartine antrifft. In die sehr scharfsichtige Analyse der diplomatischen Vorgänge drängt sich auch in Lamartines "Histoire des Girondins" ein zwanghafter Kampf der Prinzipien zwischen der "liberté des peuples" und der "souveraineté absolue des monarques".

Folgt man Bernhard Hoeltz und seiner Analyse der Rankeschen Revolutionsgeschichte, wagte auch der Altmeister gegen das Verdikt Sybels in der "Kriegsschuldfrage" und seine rein "realpolitische" Lesart den "kühnen Schritt [...], den Jakobinern von 1792, als den Dienern der Idee der Nationalsoveränität, die Berechtigung zum kriegerischen Angriff auf das monarchische Europa einzuräumen" und einer "fatalistischen" Auffassung zu huldigen. Der Krieg zwischen Österreich und Frankreich als unausweichlicher Krieg der Ideen und Prinzipien, als Kampf zweier Welten, der "in der Notwendigkeit der Dinge" eingeschlossen war: Revolution gegen Reaktion, Volkssouveränität versus Monarchie.

Auch für Hans Glagau - nach Sybel Pionier bei der gründlichen Aufhellung der Kriegspolitik der Brissotins, die Verantwortung aber stark bei Kaunitz und seiner die nationalen Leidenschaften entfesselnden Einschüchterungspolitik suchend und letztlich sehr mutig für die "Jakobiner" als Retter von nationaler Selbständigkeit und bürgerlicher Freiheit Stellung beziehend - liegt der Urgrund ganz nach Ansicht Rankes "jenseits von menschlicher Schuld und menschlichem Irrtum", in der Verbindung zwischen der altchhrwürdigen französisch-habsburgischen Feindschaft und dem Gegensatz der Ideen, also in einer "nationalen" und "ideellen" Frontstellung. In Glagaus Augen

"entsprangen die Revolutionskriege im letzten Grunde aus den Prinzipien von 1789, deren revolutionärer Charakter mit den historischen Gestaltungen des europäischen Kontinents bald in Widerspruch geriet. Notwendig mussten sie sich im Kampfe mit den alten Institutionen erst das Heimats-

¹⁶⁾ Härter, S. 249 (Anm.): "Das alles beherrschende, wesentliche Motiv auf seiten der österreichisch-preußischen Allianz war das völlig in den althergebrachten politischen Denkstrukturen und Zielvorstellungen des Ancien Régime verhaftete machtpolitische Kalkül, die vermeintliche innere Schwäche Frankreich für Eroberungen und Gebietsweiterungen auszunutzen. Die Bekämpfung der Revolution war hierbei zwar ein vorhandenes, aber durchaus zweitrangiges Ziel." K. O. Freiherr von Aretin konnte folgerichtig von einem "österreichisch-preußischen Eroberungskrieg gegen Frankreich" sprechen (so die Kapitelüberschrift, 1, S. 262). "Der Krieg gegen Frankreich wurde in Wien und Berlin von Anfang an nicht als ein Verteidigungs-, sondern als ein Eroberungskrieg angesehen. [...] Für beide Partner war bei diesem Krieg der Sieg über Frankreich nicht das Ziel, sondern die Voraussetzung für die Verwirklichung aller weiteren, für beide Staaten sehr viel wichtigeren Absichten." (Ebd., S. 262f).

recht erwerben. [...] Unter den gewaltsamsten Erschütterungen bildete die neue politische Theorie mit der Zeit fast den ganzen Verfassungszustand Europas um, wie ein kräftiger Sauerteig überall hindringend, doch auch dem Bestehenden sich assimilierend und anbequemend. Noch heute ist ihre Wirksamkeit nicht abgeschlossen. Wie einst das Christentum, wie die reformatorischen Ideen - denn nur solchen religiösen Strömungen, so hohen weltgeschichtlichen Notwendigkeiten kann man ihre Lebenskraft vergleichen - führte sie im Abendlande eine neue Epoche herauf."

Selbst Goetz-Bernstein, der unsere Kenntnis der französischen Kriegspolitik nach Glagau weiter vertiefte und den konsequenten Kriegskurs der Brissotins in eingehender Quellenarbeit ebenso außer Streit stellte wie die anfängliche Friedenswilligkeit der Österreicher, hielt doch am Ende wieder den Krieg zwischen der Revolution und Alteuropa für über kurz oder lang "inévitabile" und betonte, Sorels Andeutungen ausbauend, Propaganda und Revolutionsexport als wesentliche Versatzstücke Brissots und der Seinen in für die weitere Historiographie besonders prägender Weise. Noch Michel Winock ortete in seiner gekonnten Darstellung der Krisenjahre 1791/92 bei allem Eingehen auf die Kriegstreiberei des Kreises um Brissot die tieferen Wurzeln des Konflikts in einer grundlegenden "opposition idéologique entre les principes de 1789 et les puissances étrangères", die die Ansteckung mit den "idées françaises" fürchteten, und auch Jacques Solé wertete den von den Franzosen provozierten Krieg als "conflit idéologique et total". Adam Wandruszka sprach von der "irrationalen Dynamik des revolutionären französischen Imperialismus", die selbst die geduldige Friedenspolitik Leopolds II. zum Scheitern verurteilt habe¹¹⁾.

Daß freilich auch bei fundamentalen "ideologischen" Gegensätzen ein kriegerischer Ausbruch nicht zwanghaft erfolgen muß, soferne die Realpolitik konfliktentschärfend wirkt und nicht wie im Falle Frankreichs den Kriegskurs nach außen erst selbst vorgibt, haben nicht zuletzt in unserem Jahrhundert die Dezennien des Ost-West-Konflikts bewiesen, wobei allerdings die einschüchternde Wirkung eines Atomkrieg-Szenarios nicht übersehen werden sollte.

Bei der unzutreffend ideologisierenden Interpretation der in Richtung Kriegsausbruch führenden Entwicklungslinien haben wir es offensichtlich mit dem Phänomen der Rückprojektion zu tun. Die Radikalität der girondistischen Propaganda und ihres Ideologieexports ab der 2. Jahreshälfte 1792 - eine Wunder- und Vergeltungswaffe im Arsenal Frankreichs, sicher aber nicht Selbstzweck - hat dazu verführt, auch den Beschluß des 20. April 1792 unter dieser Rubrik abzulegen.

Näherten sich die beiden ersten Kriegsgegner der Revolution - Österreich und Preußen - von jeher der "französischen Frage" aus einer überraschend unleidenschaftlichen realpolitischen Position und bemühten sie das Schreckbild der ideologischen Bedrohung nur zum Zwecke der Rechtfertigung, ja man könnte sagen: zum Zwecke der Überhöhung ihrer Interventionspolitik, so ist auch das Abgehen Großbritanniens von seinem strikten Neutralitätskurs ab November 1792, wie es scheint, keineswegs durch die Angst vor dem sozialrevolutionären Gefahrenpotential von jenseits des Ärmelkanals bestimmt worden.

Die insgesamt wesentlich klarer akzentuierten Aussagen der Forschung zum Kriegseintritt Großbritanniens im Februar 1793 räumen anders als im Zusammenhang mit dem Bruch zwischen Österreich und Frankreich im April 1792 dem ideologischen Moment keine wirklich entscheidende Triebkraft ein, weder für die britische noch für die französische Seite; bestenfalls diente London die Beschwörung einer wie immer diffusen ideologischen Bedrohung als zusätzliche Rechtfertigung des Konfrontationskurses, der gegen Ende 1792 die verkrustete Neutralitätspolitik ablöste¹²⁾.

¹¹⁾ Ranke, Ursprung und Beginn, S. 78, 113, 170, 205f; ganz ähnlich Hüffer, Oestreich, S. 31, Glagau, S. 103, 269-275, hier S. 273ff; Goetz-Bernstein, S. 121; Winock, Echec, S. 190, 197; Jacques Solé, La Révolution en questions (Paris 1988), Kap. "Une guerre idéologique?", S. 138-168, Wandruszka 2, S. 369. Zum Verhältnis Ranke-Sybel auch Hoefl, S. 219-261, Zitat S. 318. Eine nützliche Übersicht der Gesamtproblematik liefern u.a. Blanning, Origins, S. 69-73, Attar, S. 122-162 (Kap. "Du mythe à la réalité. La nature de la guerre de 1792").

¹²⁾ Weniger Einigkeit besteht offensichtlich darüber, ob das britische Kabinett durch die französische Haltung in den Krieg gezwungen wurde oder aber den bewaffneten Konflikt selbst zunehmend suchte. Jeremy Black, The Coming of the War Between Britain and France 1792-1793. In: Francia 20/2 (1993) 69-108 etwa betont die "ideologisch eingefärbte" Angst des britischen Kabinetts vor dem durch die Erfolge des Herbsts 1792 erstarkten neuen Frankreich und seiner Bereitschaft zu Konsensbruch und bewußter Destabilisierung des Staatensystems, für die die Scheldeöffnung der schlagendste Beweis war. Nach Jahren der berechenbaren Nullität war der alte Rivale jetzt wieder ein gewichtiger, wenn auch schwer einzuschätzender Faktor der europäischen Politik geworden. Zum Beginn des englisch-französischen Konflikts vgl. u.a. Sorel 3, S. 139-144, 212-230, 240-245, 255-263, 271-282, Goetz-Bernstein, S. 359-380, Ward/Gooch 1, S. 216-243, Stoker, S. 205-209, Palmer 2, S. 459-505, Jaurès 4, S. 419-455, Jupp, S. 146-151, Ehrman 2, S. 206-258, Blanning, Origins, S. 131-172, Black, British Policy, S. 222-228, ders., Age of Revolutions, S. 406-471 (mit weiterer Literatur), Wagner, England, S. 85-105, Louis Legrand, La Révolution française en Hollande. La République Batave (Paris 1895). - Die innenpolitischen Entwicklungen in (z.T. losem) Zusammenhang mit der Französischen

Sicher entfaltete die politische Entwicklung in Frankreich auch in England eine gewisse Katalysatorwirkung. Radikale Sozietäten, die das Gedankengut Thomas Paines popularisierten, und Bestrebungen, das Wahlrecht zu demokratisieren oder die Ungleichbehandlung der Dissenters abzumildern, wurden in den frühen neunziger Jahren fraglos durch das französische Beispiel zu vermehrter Akitivität angeregt; gewiß gab es auch Verbindungen der englischen Radikalen nach Paris, kam es zu pro-französischen Kundgebungen und Antikriegspropaganda. Die seit Mai 1792 einsetzenden, recht scharfen Gegenmaßnahmen der Regierung, die beispielsweise Thomas Paine zur Flucht nötigten, Ende 1792 zu einer harten Ausländergesetzgebung führten (Alien Bill) und 1794 in der Sistierung des Habeas Corpus gipfelten, konnten freilich auf breiteste Akzeptanz in der englischen Bevölkerung und die Unterstützung einer sehr erfolgreichen konservativ-loyalistischen Bewegung zählen. Selbst die oppositionellen Whigs unter dem überzeugten Kriegsgegner James Fox bekamen dies in Form ernster Zerfallserscheinungen zu spüren, indem jene, die die unverhüllte Anerkennung des Parteiführers für den Transformationsprozeß in Frankreich nicht goutierten, Edmund Burke folgten und Fox den Rücken kehrten. Aus dieser Position der Stärke heraus war es der Regierung Pitt erst möglich, den Weg in den Krieg zu beschreiten.

Entscheidende Bedeutung für den Schwenk der Briten hatte aber nach breitem Konsens der Forschung der erfolgreiche Vorstoß der Franzosen in die Österreichischen Niederlande im November 1792 und in weiterer Folge die Bedrohung der Vereinigten Provinzen, also die Gefährdung eines in London als strategische Schlüsselzone betrachteten Gebiets, von dem Edmund Burke einmal sagte, es gehöre ebenso zu England wie Kent. Der Beschluß von Conseil exécutif und Konvent, nach der Eroberung Belgiens die 1648 vertraglich verankerte Sperre der Scheldeschiffahrt als natur- und völkerrechtswidrig aufzuheben (16./20. November 1792), war faktisch an sich unbedeutend, als Geste allerdings ein böses Omen, das sich gut dramatisieren ließ. Wenn sich das neue Frankreich nicht an altehrwürdige Vertragswerke hielt, dadurch zu einem unberechenbaren Faktor der europäischen Politik wurde, realpolitische Interessen Britanniens gefährdete und dazu noch die Drohung mit der Revolutionierung des Kontinents als taktische Waffe einsetzte, sich kurzum in jeder Hinsicht als Konsensbrecher erwies, dann mußte es endlich auch dem Londoner Kabinett trotz weiterlaufender inoffizieller Verhandlungen mit Frankreich dringend geboten erscheinen, der willkürlichen Infragestellung und Destabilisierung der politischen Ordnung Europas gebührend zu begegnen und zugleich - so etwa Jeremy Black - den alten nationalen Gegner ein für allemal zu bezwingen. Die Gelegenheit war jedenfalls so günstig, daß die von einer verwirrenden Fülle offiziöser und geheimer Emissäre vorgetragene Ausgleichsbereitschaft der Franzosen in London auf zunehmend geringe Gegenliebe stieß. Die Hinrichtung Ludwigs XVI. schien der ideale Aufhänger, die französischen Verhandler des Landes zu verweisen und mit der so beschleunigten formellen Kriegserklärung des Konvents an Großbritannien und die Vereinigten Niederlande klare Fronten zu schaffen (1. Februar 1793).

Erst mit dem Kriegseintritt Großbritanniens entstand nach und nach durch Kooperationsverträge Londons mit Rußland, Sardinien, Spanien, Neapel, Preußen, dem Kaiser ... die erste Koalition, die dem Krieg gegen das revolutionäre Frankreich auch den Namen gab (März-September 1793).

Revolution beleuchtet William Thomas Laprade, *England and the French Revolution 1789-1797* (Diss. Baltimore 1909) mit einer sehr rigorosen Minimierung des innenpolitischen Einflusses der Revolution. Weiters Ehrman 2, S. 53-205, H. T. Dickinson, *British Radicalism and the French Revolution 1789-1815* (Oxford/New York 1985), Frank O'Gorman, *Pitt and the "Tory"-Reaction to the French Revolution 1789-1815*. In: Dickinson, *Britain*, S. 21-37, John Derry, *The Opposition Whigs and the French Revolution 1789-1815*. In: Ebd., S. 39-59, John Stevenson, *Popular Radicalism and Popular Protest 1789-1815*. In: Ebd., S. 61-81, H. T. Dickinson, *Popular Conservatism and Militant Loyalty 1789-1815*. In: Ebd., S. 103-125, Maurice Hutt, *The Impact of the French Revolution on English Politics*. In: *Franco-British Studies* no. 6 (1988) 3-20, Mark Philip (Hrsg.), *The French Revolution and British Popular Politics* (Cambridge 1991).